Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte

Erich Marcks

Digitized by Google

REESE LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY OF CALIFORNIA.
Class

Digitized by Google

Heidelberger Abhandlungen
zur mittleren und neueren Geschichte
Herausgegeben von Erich Marcks und Dietrich Schäfer
I. Heft

Die Anschauungen
von
Staat und Kirche
im Reich der Karolinger

Ein Beitrag zur mittelalterlichen Weltanschauung

von

Heinrich Lilienfein

REESE LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF
CALIFORNIA

Heidelberg 1902
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Digitized by Google

Alle Rechte, besonders das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen, werden vorbehalten.

Digitized by Google

Vorwort.

Der Thatenbereich der karolingiſchen Geſchichte hat eine Reihe grundlegender Darſtellungen erfahren: Die Werke von Dümmler, Hauck, von Noorden, Mühlbacher und Simſon erſchöpfen das politiſche Geſamtbild des frühen Mittelalters, ſoweit es beim heutigen Stand der Forſchung quellengemäß ſich zeichnen läßt. Wer immer dieſes keineswegs lückenloſe Geſamtbild monographiſch ergänzen will, wird auf ſie zurückgreifen müſſen: eine Arbeit wie die vorliegende, die den Anſchauungsgehalt eines Jahrhunderts nach beſtimmter Richtung zuſammenzufaſſen ſucht und ſomit die politiſche Geſchichte als gegebene Größe vorausſetzt, wird am wenigſten die ehrenvolle Abhängigkeit von jenen Darſtellungen vermeiden können. Ich habe darum überall dort, wo mir eine Perſon oder ein Zuſtand von anderer Feder treffend gekennzeichnet ſchien, ihr Urteil einfach wortgetreu übernommen, da ſich ja meine Selbſtändigkeit auf einem ganz anderen Gebiete zu bewähren hatte. Ob ihr dies gelang, wo es ſich nicht mehr um politiſche, ſondern um gedankengeſchichtliche Entwicklung handelte, möge der Leſer entſcheiden.

Heidelberg, im April 1902.

Heinrich Tilienfein.

167696

Digitized by Google

Abkürzungen.

Für Citate aus den Monumenta Germaniae historica (Hannover und Berlin 1826 ff.) werden die üblichen Abkürzungen gebraucht:

MG. für Monumenta Germaniae.

MG. SS. für die Abteilung Scriptores.

MG. Leg. für die Abteilung Leges.

MG. Ep. für die Abteilung Epistolae.

MG. SS. rer. Mer. für die Abteilung Scriptores rerum Merovingicarum.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Einleitung:

I. Das Ideal 1

II. Staat und Kirche im fränkischen Reich 6

III. Der Patriziat 9

Erstes Kapitel:

Die Einheit von Staat und Kirche 22

Zweites Kapitel:

Die Trennung von Staat und Kirche 46

Drittes Kapitel:

Die Erhöhung der Kirche über den Staat 83

Digitized by Google

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Einleitung.

I. Das Ideal.

Schwerlich ließe sich aus der gewissenhaften zeitlich geordneten Aufzählung von Thaten das erschöpfende Lebensbild eines Einzelnen gewinnen. Man würde einem solchen Biographen entgegenhalten, daß die Darstellung eines menschlichen Lebens erst dann wertvoll wird, wenn sie außer der Kenntnis seiner Thaten die seiner Beweggründe vermittelt. Letztere scheinen zweifacher Art zu sein: entweder sie wurzeln unmittelbar im Affekt, oder aber sie treten im Licht des Bewußtseins als Leitgedanken auf, die beliebig idealer oder materieller Natur sein können.

Der Philosoph, der im Besonderen das Allgemeine, im Zeitlichen das Zeitlose sucht, löst die Gesamterscheinung des Menschen in Wille und Vorstellung auf. Auch der Historiker, mag er nun ein Einzelleben oder das Leben eines Volkes begreifen wollen, wird sich der prinzipiellen Wahrheit dieser Analyse nicht verschließen und versuchen, diese Erkenntnis für sich nutzbar zu machen.

Was für Vorstellungen sind es, die ihm für seine Untersuchung vorliegen? Nicht sind es jene primären Vorstellungen, die der Verstand gewohnheitsmäßig erzeugt und die Vernunft zum alltäglichen Weltbild vereinfacht: es sind Vorstellungen von Vorstellungen, und unter diesen die besonderen, nach denen ein Einzelner oder eine Mehrheit ihr Verhalten innerhalb jenes Weltbildes motivieren, d. h. ihre Thaten sich und anderen zweck-

Digitized by Google

voll erscheinen lassen. Sie mögen nach solcher Bestimmung *Anschauungen* heißen. Sofort leuchtet die Schwierigkeit des Unternehmens ein: der Stoff des Historikers widerstrebt der Einführung des philosophischen Ergebnisses. Jedes Menschenleben, das er zu fassen sucht, giebt ihm von neuem das unlösliche Rätsel einer engen und wirren Verstrickung von That und Gedanke, einer Wechselbeziehung, deren völlige Enthüllung ihm immer versagt sein muß. Das Rätsel steigert sich ins Unermeßliche, wenn nicht mehr nur das Einzel-, sondern das Völkerleben zum Gegenstand seiner Forschung wird. Er wird darum auf jene Erkenntnis nicht verzichten; er erinnert sich, daß der Mensch sich selbst erst aus seinen Thaten kennen lernt, daß somit die *That* der „*Meinung von der That*" und damit jeder Vernunftauslegung voraufgeht. Jene Scheidung von Motiven in rein affektvolle und in bewußte ist somit nur scheinbar: auch die höchsten ethischen und religiösen Ideale wurzeln in *einem* Boden mit den genannten Affekthandlungen: in der Willensbeschaffenheit.

Das *negative* Resultat steht fest: Die Anschauung, im erläuterten Sinn verstanden, ist nur der Gedankenreflex von Willensakten; es wird also *nicht* gelingen, einen selbständigen, abgeschlossenen *Geschichtsbereich der Anschauungen neben den der Thaten* zu stellen, einfach deshalb nicht, weil die Grenze beider Gebiete wohl für die philosophische Selbstbesinnung, nicht aber für die historische Beurteilung besteht. Die Verknüpfung, die sich dem Historiker darstellt, ist so innig, daß sie, wie für die ontogenetische Einzelentwicklung, so für die philogenetische Gesamtentwicklung geradezu als eine *Einheit* erscheint.

Dem negativen Ergebnis steht eine doppelte *positive* Erwägung gegenüber: einmal enthält die geschichtliche Überlieferung Thaten *und* Anschauungen; dann aber, und diese Thatsache ist entscheidend, jener Kreis von Anschauungen, der sich im Ein-

Digitized by Google

zelleben und in dem eines Volkes zu *Idealen* auszureifen vermag, ist eine Macht, die, obwohl von Thaten ausgelöst, ihrerseits Ursache von Thaten werden kann und muß. Die Handlung kann das Verständnis für die Anschauung, aber auch ebensogut umgekehrt, die Anschauung das Verständnis für die Handlung erschließen.

Es unterliegt keinem Zweifel: *Thaten* müssen die Grundlage historischer Darstellung sein, weil sie nicht nur die häufigste, sondern auch die bestimmteste Sprache der Vergangenheit reden. Nichtsdestoweniger gebührt den *Anschauungen* die unentbehrliche zweite Stellung: *sie dienen der Ergänzung*. Die Verwebung beider Faktoren gewährleistet auch den Anschauungen ihre Geschichte; sie rechtfertigt den Versuch, die Vorstellung von bestimmten politischen Verhältnissen *geschichtlich* zu erfassen. Vielleicht vermag die folgende Untersuchung zu erweisen, daß eine so verstandene „Geschichte der Anschauungen", die der Grenzen ihres selbständigen Wertes sich bewußt bleibt, das historische Urteil über einen Zeitraum nicht allein ergänzt, sondern auch vertieft.

Politische Anschauungen sind überall dort, wo sie mehr als oberflächliche Meinungen sind, die Ausschnitte aus einer Gesamtauffassung des Lebens, d. h. aus einer mehr oder minder klaren *Weltanschauung*. So gewiß dieser Zusammenhang ist, so schwierig dürfte in den meisten Fällen sein Erweis sein. Für das *Mittelalter* liegt er überraschend klar. Gleich die ersten nachchristlichen Jahrhunderte haben die Glaubensthatsache des Christentums: die Erlösung der Menschheit — benutzt, um von ihr aus die Vorstellung der gesamten Menschheitsgeschichte zu redigieren. So vollzog sich der enge *Gedankenbund* von *Christentum* und *Geschichte*, der eben die Eigenart der mittelalterlichen Weltanschauung ausmacht. In ihr verschmilzt die *politische* Anschauung mit der *religiösen* zu erstaunlicher

Digitized by Google

Einheit. Genau dort liegt die Geistesgrenze zweier Zeitalter, wo ein Bruch dieser Einheit sich offenbart. Der Zweiheit von Gedankenfaktoren, aus denen sie sich mischt, entspricht eine Zweiheit der menschlichen Gesellschaftsformen: Staat und Kirche. Rückwirkend wird die Folge sein, daß das mittelalterliche Ideal — dieses Wort befaßt, was oben Weltanschauung hieß — jene gesellschaftliche Zweiheit in seiner theoretischen Einheit gelöst sieht.

Die Erinnerung an bestimmte geschichtliche Erscheinungen erläutert unsere allgemeine Aufstellung.

Eine erste Betrachtung wird sich mit dem Satze begnügen, daß das Christentum nicht im stande gewesen sei, die Zersetzung des römischen Weltreichs aufzuhalten. Von dem unerquicklichen Schauspiel einer zusammenbrechenden Kultur richtet sie den Blick hoffnungsfreudig auf den elementaren Vorstoß der nordischen Volksmassen, um in ihnen zuerst die würdigen Vertreter der jungen christlichen Glaubens- und Gedankenwelt zu begrüßen. Für eine solche Auffassung ergiebt das 5. Jahrhundert die deutliche Scheidelinie zweier Zeitabschnitte, die wir als Altertum und Mittelalter zu nennen gewohnt sind. Für sie liegt der Schwerpunkt in dem Eintritt neuer und zwar germanischer Volksenergien in die abendländische Geschichte, in dem Übergang der europäischen Hegemonie vom Romanen zum Germanen.

Das gewonnene Ergebnis erfährt bei verschärftem Blick seine Berichtigung. Wohl vollzieht sich im Zusammenbruch des römischen Reichs der gewaltige Sturz romanischer Schöpfung, aber über den Trümmern erhebt sich ein neuer, gleichgewaltiger und wiederum romanischer Riesenbau: diesmal ein Ideenbau, dessen Wesen der Name «Civitas Dei» ausspricht. Was diese Neuschöpfung sofort als romanisch kennzeichnet, ist ihre weltherrschaftliche Strebung und ihre vollendete staatliche Gliederung. Den geschichtlichen Unterbau und namhafte Züge der Gottes-

Digitized by Google

vorstellung entlehnt sie beim Judentum; ihr religiöser Kern ist eine Lehre der Selbstverleugnung und Weltverachtung, dem Judentum so diametral entgegengesetzt, daß der Geschichte eine Deutung des Zusammenhangs versagt bleibt.

Aber nicht mit einem Ideal allein hatte sich der praktische, staatsbildnerische Sinn des Romanen begnügt; „an die Stelle des Schattenbildes des himmlischen Staates ließ er die wirkliche Darstellung desselben treten“[1]: er schuf die römische Weltkirche. Es war der große Gregor, der folgerichtig die bedeutungsvolle Gleichung von Kirche und Civitas Dei zog.[2]

Jetzt erst erschließt sich, daß mit dem Verfall des römischen Weltreichs die Frage der europäischen Hegemonie nicht entschieden war. Nicht mit einer jungfräulichen, unberührten Gedankenwelt schloß der Germane seinen Bund, sondern mit einem romanischen Ideal. Er übernahm es kritiklos, im Zwang der geschichtlichen Notwendigkeit; andachtsvoll trat er zugleich in die weiten Hallen der römischen Kirche. Innerhalb dieser Kirche und jenes Ideals, das ihm fremde Hand bestimmt umschrieben hatte, mußte er, wenn überhaupt, seine staatliche Existenz sich begründen. Er begann eine Aufgabe, die nicht zu lösen war. Schon ein erster Versuch mußte die Unmöglichkeit enthüllen. Als ein solcher ergiebt sich das Karolingische Reich. Im folgenden wird unternommen, die Gedanken dieser Epoche über das Verhältnis von Staat und Kirche geschichtlich zu entwickeln, um darzulegen, daß, parallel mit der Geschichte der äußeren Ereignisse, die Geschichte der Anschauungen die innere Unhaltbarkeit einer solchen Staatsgründung offenbart.

---

[1] J. Biegler, Die Civitas Dei des heil. Augustinus, Paderborn 1894, S. 69. H. Reuter, Augustinische Studien, Gotha 1887, S. 149.

[2] Harnack, Grundriß der Dogmengeschichte, 3. Auflage, Freiburg i. B. 1898, S. 279.

Digitized by Google

II. Staat und Kirche im fränkischen Reich.

Nirgends läßt sich so deutlich als in Gallien das Emporwachsen und Erstarken der Kirche parallel mit dem Niedergang des alten Reiches verfolgen. In dem Maße, als die Bevölkerung den Halt des Staatsschutzes und der Staatsverwaltung verlor, scharte sie sich um ihre Bischöfe, die recht eigentlich zu Herren der Städte wurden. War ja doch „die Kirche die einzige Institution, welche die große Umwandlung aller Zustände unverändert überdauert hatte".[1] Diese Entwicklung, begleitet von einer raschen Zunahme des Kirchenvermögens, erfuhr eine wertvolle Gewährleistung durch den Übertritt Chlodovechs zum Christentum. Hochwichtig war die Frage, wie sich das Verhältnis der beiden Mächte, des jugendlichen Frankenstaats und der aufblühenden Kirche, gestalten würde. Die Bedingungen, unter denen sich jetzt weltliche und geistliche Gewalt gegenübertraten, waren neu und eigenartig: „Die Kirche, welcher sich Konstantin anschloß, war eine Korporation innerhalb des Reiches; die Kirche dagegen, von welcher Chlodovech getauft wurde, war ein Organismus, der sich weit über die Grenzen seines Reiches hinaus erstreckte: sie trat dem Staat als eine von ihm unabhängige Macht gegenüber."[2] Die Frankenkönige zeigten sich der schwierigen Aufgabe gewachsen. Noch war innerhalb der fränkischen Kirche der Universalgedanke zu jung, als daß man über die Betonung einer rein religiösen Zusammengehörigkeit hinausgekommen wäre. Der germanische Staatsgedanke, gegründet auf das Treuverhältnis von König und Volk, war viel zu mächtig, als daß er nicht auch die Kirchenpolitik der fränkischen Könige bestimmt hätte. Sie ließen die moralische Autorität der Bischöfe unangetastet, liehen vielmehr der Kirche kräftigen Schutz. Andererseits aber sicherten sie sich in

[1] Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands, 2. Aufl., Leipzig 1898, I, S. 132.

[2] Hauck, l. c. S. 114.

Digitized by Google

vollem Maße die Kirchenhoheit und entzogen der Kirche den Charakter einer Universalweltkirche.[1] Die Bischöfe traten in die Reihe der Unterthanen. Von einer Gleichstellung geistlicher mit weltlicher Macht war nicht die Rede. Dafür zeugen die Worte Gregors von Tours an Chilperich I.: «Si quis de nobis, o rex, iustitiae tramitem transcendere voluerit, a te corrigi potest; si vero tu excesseris, quis te corripiet?»[2] Eine natürliche Folge dieses „Staatskirchentums“[3] war es, daß nicht nur Berufung der Konzilien und Bestätigung der Konzilsbeschlüsse Sache der Könige wurde, sondern auch die anfängliche Bestätigung eines von Klerus und Laien gewählten Bischofskandidaten in freies königliches Ernennungsrecht überging.[4]

Entsprechend gestaltete sich auch das Verhältnis zum Papsttum. Gern erkannte das Königtum Rom als höchste Instanz für schwierige Lehr- und Glaubensfragen an; aber es dachte nicht daran, ihm jurisdiktionelle oder disziplinare Befugnisse gegenüber dem fränkischen Klerus einzuräumen.[5] Seit Anfang des 7. Jahrhunderts stockte der Verkehr zwischen Frankenland und Rom völlig und fand erst um 720 eine neue dauernde Belebung.

So war es der fränkischen Königspolitik gelungen, auch die Kirche mit dem germanischen Staatsgedanken zu durchdringen. Der Staat hatte auf der ganzen Linie seine Obergewalt gewahrt und die Kirche in dienende Stellung herabgedrückt. Den Schaden hatte nicht er, sondern die Kirche: die Metropolitanverfassung zersprang, der Klerus verweltlichte. Nur eine tiefgreifende Reformation konnte weiterem unheilbarem Verfall vorbeugen.

[1] R. Weyl, Das fränkische Staatskirchenrecht zur Zeit der Merowinger, Breslau 1888, S. 7. E. Loening, Geschichte des deutschen Kirchenrechts, Straßburg 1878, Band II, S. 54, 185.

[2] MG. SS. Rer. Mer. I, S. 211 (Hannover 1885).

[3] P. Hinschius, Staat und Kirche, Freiburg 1883, S. 194.

[4] Weyl, l. c. S. 17, 25, 60. Loening, S. 35, 130, 185.

[5] Weyl, l. c. S. 11. Hauck, l. c. S. 408. Loening, l. c. S. 63.

Digitized by Google

Der Reformator erschien in Bonifatius. Außer einer Stärkung des Glaubens und des kirchlichen Gefüges brachte er den Franken das römische Weltkirchentum. Am 30. November 722 weihte ihn Gregor II. zum Bischof für fränkisches Gebiet. Seine letzte Synode hielt er im Frühjahr 747; dort erklärte der fränkische Klerus feierlich und einstimmig: «fidem catholicam et unitatem et subiectionem Romanae ecclesiae fine tenus vitae . . . velle servare; sancto Petro et vicario eius velle subici; . . . metropolitanos pallia ab illa sede quaerere, et per omnia praecepta sancti Petri canonice sequi desiderare.»[1] Sind auch die Beschlüsse jener Synode niemals ausgeführt worden: sie krönen gleichwohl das Lebenswerk des Bonifatius; der fränkische Klerus war endgiltig in die römische Weltkirche einbezogen.

Wie verhielten sich zu dieser Neugestaltung die fränkischen Fürsten? Karl Martell ließ den Bonifatius gewähren, ohne ihn zu fördern. Er las das päpstliche Empfehlungsschreiben mit derselben Gleichgültigkeit, wie 17 Jahre später die Gesuche Gregors III. um Hilfe gegen die Langobarden. Erst Karlmann und Pippin, seine Nachfolger, traten aus dieser politisch klugen Zurückhaltung heraus. In Austrasien und Neustrien wurden Reformsynoden gehalten. Freilich vollzogen sie sich anders, als Papst Zacharias erwartete, nämlich je unter Vorsitz der Fürsten, nicht unter dem seines Legaten Bonifatius. Was beschlossen wurde, galt nur, weil sie es genehmigten.

War so von einer Erschütterung des staatlichen Übergewichts, einer Umgestaltung der rechtlichen Verhältnisse nicht die Rede[2], so trieb doch die Vertiefung und universale Erweiterung des kirchlichen Gedankens im Verein mit den äußeren Ereignissen

[1] Jaffé, Bibliotheca Rerum Germanicarum, Berlin 1864 ff., Band III, Monumenta Moguntina, Ep. 70, S. 101 und Ep. 67, S. 193.

[2] Hauck, l. c. S. 509.

Digitized by Google

unaufhaltsam in der eingeschlagenen Richtung vorwärts. Die Anerkennung Roms als der höchsten moralischen Autorität konnte nicht glänzender geschehen, als wenn Pippin die Zustimmung des Papstes zur Entthronung des letzten Merovingers einholte: wie hoch mußte der Apostelfürst in der Schätzung des fränkischen Volkes gestiegen sein, wenn eine so selbstbewußte Natur wie Pippin zur Rechtfertigung eines politischen Schrittes nicht nur seine Billigung nicht entbehren wollte, sondern sogar glaubte, den Thronwechsel auf die Autorität des Papstes stützen zu müssen! Es war nur natürlich, wenn zwei Jahre später, im Oktober 753, Papst Stephan II. im Frankenreich bei jenem Fürsten, dem die Anerkennung seines Vorgängers Zacharias so wertvoll gewesen war, sich Hilfe gegen die Bedrängnis der Langobarden erbat. Auf der Pfalz zu Ponthion, in den Januartagen des Jahres 754, trafen sich König und Papst. Hier und auf dem wenige Monate später zu Quierzy abgehaltenen Reichstag wurde jenes denkwürdige Schutzverhältnis zwischen Königtum und Papsttum begründet, das die Grundlage des mittelalterlichen Kaisertums geworden ist. Der mächtigste Volksbeherrscher des Abendlandes und das Oberhaupt der universalen Kirche waren sich so nahe getreten, daß eine Auseinandersetzung über die beiderseitigen Machtsphären unvermeidlich war. Sie fand den, wenn man so sagen darf, „staatsrechtlichen" Ausdruck in eben jener Schutzpflicht, die der fränkische König dem Papsttum gegenüber antrat. Mit der Betrachtung ihres Gedankengehalts erschließt sich unser Thema.

III. Der Patriziat.

Der Bilderstreit zerriß die ideelle Gemeinsamkeit von Byzanz und Rom. Zwar dauerte die politische Abhängigkeit fort bis

Digitized by Google

794[1], um sich aber bei der zunehmenden Ohnmacht des Exarchen von Ravenna mehr und mehr zu lockern. Mit der Übernahme zahlreicher öffentlicher, staatlicher und namentlich städtischer Aufgaben trat die reiche Kirche in die Lücken ein, welche die desorganisierte kaiserliche Verwaltung offen ließ.[2] Nichts war natürlicher, als daß die Bevölkerung Roms im Angesicht der verhaßten Langobarden, die mit dem Herzogtum von Spoleto als einem gefährlichen Keil ständig die schmale Verbindung zwischen Rom und Ravenna bedrohten, immer enger unter der einzigen Macht sich zusammenschloß, die den nationalen Gedanken vertrat: unter dem Papsttum.[3] War es auch vor allem der Primat Petri, auf den die Päpste ihre kirchliche Machtstellung begründet hatten, so vergaßen sie doch nicht, „die Würde der Stadt Rom" als einen wichtigen Mitgrund für diese Stellung geltend zu machen.[4] Und gerade das Bewußtsein von der historischen Würde der ewigen Stadt war es auch, was den nationalen Stolz der römischen Bevölkerung ausmachte. Von Generation zu Generation lebte die Idee des Imperiums in den Köpfen fort: „kein Römer konnte den Zustand Italiens anders denn als einen vorübergehenden Notstand betrachten".[5]

So wuchs das Papsttum in eine politische Stellung hinein, die durch den Reichtum des Patrimoniums ihre materielle Grundlage erhielt. Wie einst die Provinzen das kaiserliche Rom, so ernährten jetzt die Patrimonien das päpstliche.[6] Mit der Or-

[1] Harnack, Das Karolingische und das Byzantinische Reich in ihren wechselseitigen politischen Beziehungen, Göttingen 1880, S. 7.

[2] L. M. Hartmann, Geschichte Italiens im Mittelalter, Leipzig 1897 ff., I, S. 374 ff.

[3] Döllinger, Das Kaisertum Karls des Großen und seiner Nachfolger, München 1864 (Münch. histor. Jahrb. 1865), S. 182.

[4] Langen, Geschichte d. röm. Kirche von Nikolaus I. bis Gregor VII., Bonn 1892, S. 15.

[5] Döllinger, l. c. S. 317. [6] Hartmann, l. c. II, 1, S. 151 ff.

Digitized by Google

ganisation der Wohlthätigkeit und der Naturalverſorgung des Heeres trat der Papſt in die Erfüllung wichtiger Staatsaufgaben. Langſam aber ſtetig vollzog ſich im 7. Jahrhundert die Entſtehung eines ſelbſtändigen römiſchen Verwaltungsgebiets. Es entſtand jenes eigenartige Gemeinweſen, das als «Romanorum Res publica» oder «Sancta Res publica» in den Quellen auftaucht. Für unſere Zeit bedeutet der Begriff nur den römiſchen Dukat oder das römiſche Stadtgebiet.[1] Mit dem Beginn des 8. Jahrhunderts war der Papſt auf dem beſten Weg, ſouveräner Herrſcher in Mittelitalien zu werden.

Dieſe Entwicklung geriet durch das feindliche Vordringen der Langobarden in Gefahr. Papſt Gregor III. nahm bei den entſtandenen Verwicklungen die Partei der Herzoge von Benevent und Spoleto; die Folge war, daß König Liutprand 739 Rom belagerte. Von Byzanz war keine Hilfe zu erwarten; jetzt entſchloß ſich der Papſt zum entſcheidenden Schritt: „er gab der päpſtlichen Politik die beſtimmte Richtung nach dem Weſten".[2] Was Karl Martell Gregor III. abſchlug, gewährte 15 Jahre ſpäter ſein Sohn Pippin Stephan II.: er übernahm den Schutz des Papſttums und des römiſchen Dukats gegen die Langobarden.[3]

Über den Inhalt der mündlichen Abmachungen von Ponthion, der verlorenen Urkunde von Quierzy, iſt viel geſtritten worden. Die Frage des Umfangs der Verleihung Pippins braucht hier nicht neu aufgeworfen zu werden. Nach den zuſammenfaſſenden Unterſuchungen Lindners enthielt die Urkunde von Quierzy „nur ein allgemein gehaltenes Verſprechen, die Gerechtſame des heiligen Petrus zurückzubringen".[4] Eine genaue Umſchreibung des den Päpſten zugeſicherten Gebiets unterblieb;

[1] Lindner, Die ſogenannten Schenkungen Pippins, Karls des Großen und Ottos I., Stuttgart 1896, S. 23.

[2] Hauck, l. c. S. 499. [3] S. o. S. 8. [4] Lindner, l. c. S. 79.

Digitized by Google

als Inhalt der «iustitia beati Petri», wie sie in den Papstbriefen des 8. Jahrhunderts so häufig wiederkehrt[1], wird — wie sich aus der kritischen Untersuchung der strittigen Quelle durch Scheffer-Boichorst ergiebt — das Papsttum von Anfang an die ganze „römische Republik", d. i. das gesamte, ehemals byzantinische Gebiet von Mittelitalien betrachtet haben.[2]

Wie war nun das neue Verhältnis zwischen König und Papst gedacht? Am 28. Juli 754 wurde König Pippin mit seinen Söhnen Karl und Karlmann durch die Hände des Papstes Stephan gesalbt und geweiht[3], eine Handlung, deren erstes Auftreten im fränkischen Reiche schwerlich ohne Mitwirkung des Bonifatius erfolgte, der sie als angelsächsischen Brauch kannte, und der zugleich der rührige Förderer des päpstlichen Einflusses war. Die nächstliegende Bedeutung dieses Moments liegt in der nochmaligen feierlichen Legitimierung des Karolingischen Hauses durch den Papst, der denn auch den fränkischen Adel streng verpflichtete: «ut numquam de alterius lumbis regem in aevo praesumant eligere».[4] Diese confirmatio der Karolingerherrschaft war eine wertvolle Gefälligkeit, die Stephan dem König erwies. Mit ihr ist die Bedeutung der Salbung noch nicht erschöpft. Schon in der Clausula selbst heißt es vom Hause Pippins: «divina pietas exaltare dignata est».[5] Der Sinn dieser Worte klärt sich, wenn man die Auffassung der Salbung in den Papstbriefen verfolgt. Stephan II. schreibt 755 an Pippin und seine Söhne: «Super turbas populorum et multarum gentium isdem rex regum et dominus domi-

[1] So z. B. Jaffé, Bibliotheca, Bd. IV, Monumenta Carolina, Ep. 6, S. 35, Ep. 7, S. 38, 40, 41 und Ep. 14, S. 72 u. f. f.

[2] Lindner, l. c. S. 23, 30, 41. Scheffer-Boichorst in den Mitteilungen des Instituts f. österr. Geschichtsforschung V (1884), S. 200.

[3] MG. SS. XV, S. 1. De unctione P. regis nota.

[4] l. c. [5] l. c.

Digitized by Google

nantium salvos vos instituit, ut per vos sancta Dei ecclesia exaltetur»[1] und im selben Brief «ideo vos Dominus . . . unxit in reges, ut per vos sancta sua exaltetur ecclesia»[2], und noch deutlicher «prae ceteris regibus et gentibus vos suos peculiares faciens». Nimmt man dazu eine Äußerung Pauls I. aus seinem Briefe an Karl und Karlmann vom Jahr 763: «vos quippe Dominus elegit prae omnibus regibus et liberatores sanctae suae catholicae et apostolicae constituit ecclesiae et in reges per manus beati Petri ungui dignatus est»[3] und eine solche Stephans III. (an dieselben Fürsten 769/770): «perfecti estis christiani et gens sancta atque regale estis sacerdotium . . . quia oleo sancto uncti . . . caelesti benedictione estis sanctificati»[4], so ergiebt sich, was gemeint ist. Das karolingische Königtum ist durch die päpstliche Salbung zu einer besonderen, erhabenen Sendung geweiht worden; es ist durch sie nicht nur legitimiert, sondern auch emporgehoben worden. Eben diese Bevorzugung, seine religiöse ideale Sendung legte ihm die reale Verpflichtung auf, die «iustitia beati Petri» zu gewährleisten. Der Papst war derjenige, der allein — durch die Salbung — die Auszeichnung verleihen konnte. Mußte das nicht von Anfang an eine — wenn auch zunächst nur geistliche — Überhöhung des Papsttums über das Königtum bedeuten? Hier trat eine eigentümliche, gewiß nicht bewußt konstruierte Abhilfe in die Lücke des Gedankenganges: nicht der Papst, sondern der heilige Petrus war der eigentliche Verleiher der neuen Würde; in seinem Namen — auf mittelbaren Befehl Gottes — hatte der irdische Stellvertreter die Weihe vollzogen.[5] Der Papst erschien

[1] Jaffé IV, Ep. 7, S. 38. [2] l. c. S. 41. [3] Ep. 26, S. 104.
[4] Ep. 47, S. 160. Außerdem: Ep. 6, S. 36. Ep. 13, S. 71. Ep. 16, S. 76. Ep. 33, S. 118. Ep. 36, S. 126. Ep. 44, S. 147/148.
[5] Ep. 45, S. 152.

Digitized by Google

jetzt als zweiter Mittelsmann: Gott gab Petrus den Auftrag und Petrus erledigte denselben durch die irdischen Hände des Papstes. Das Verhältnis gewinnt dadurch nicht an Klarheit. Wo uns eine staatsrechtliche Normierung erwünscht wäre, tritt eine spirituelle Verflüchtigung ein.

Und doch war die verworrene Anschauung vielleicht ein unbewußter Niederschlag der thatsächlichen Stellung beider Gewalten: des Königtums und des Papsttums.

In Wirklichkeit trat der Papst als demütig Bittender vor den Frankenherrscher. Wenn eine wenig spätere Nachricht ihn mit Asche auf dem Haupt und auf dem Boden liegend Pippin anflehen läßt[1], so schmückt sie vielleicht den Vorgang dramatisch aus, charakterisiert aber treffend die Sachlage. Der bettelnde Papst mußte sich selbst zu dürftig vorkommen, um seine eigene Person als gleichberechtigten Kontrahenten neben den Inhaber so beträchtlicher Macht zu stellen. Er trat bescheiden zurück und schob die Gestalt des heiligen Petrus ein. Die überirdische Persönlichkeit des Apostels stand über beiden, über Pippin nicht minder als über ihm. Vielleicht tritt es nirgends so deutlich zu Tage, wie sehr schon im frühesten Mittelalter die religiöse Erwägung die politische überwog. Wäre es anders gewesen, der Papst hätte an dem Erfolg seines Hilfegesuchs verzweifeln müssen.

Petrus hatte den Frankenkönig zu seinem Dienst ausersehen. Diese Erwählung hatte er ihm durch die Gnade der Salbung kundgethan; jetzt war es am König, sich für solche Bevorzugung erkenntlich zu zeigen. Aus dem „helfen wollen" wurde ein „helfen dürfen": es handelte sich um eine Glaubens-

[1] MG. SS. I, S. 293. Vergl. dazu Ep. 9, S. 51 (Stephan II. an Pippin 756): «peto te et . . . provolutus terrae et tuis vestigiis me prosternens . . . coniuro . . .»

Digitized by Google

probe[1], zu der ihm der Heilige Gelegenheit bot. Zu ihrer Erfüllung trat der König in ein Treuverhältnis zum Apostel. Es ist schwer zu entscheiden, ob das romanische Papsttum mit Absicht gerade diese echt germanische Treuvorstellung in den Gedankengang einführte, um dem Franken seine Aufgabe mundgerechter zu machen. Das Papstbuch berichtet, daß zu Ponthion der König dem Papst einen Eid geleistet habe: «omnibus mandatis eius . . . . sese totis nisibus obaudire».[2] Ist ein solcher Eid thatsächlich geleistet worden, so wurde er, wie nach dem Vorhergehenden zweifellos ist, dem heiligen Petrus in die Hand des Papstes geschworen und bezog sich nur auf die jetzt eben zu leistende Hilfe, ohne das Gesamtverhältnis bekräftigen zu wollen, in dem die Beziehung beider Gewalten der Anschauung sich darstellte. Dieses scheint vielmehr in einem allgemein gehaltenen Treuversprechen seinen Ausdruck gefunden zu haben, und zwar so, daß Pippin dem Apostel Treue gelobte, mit andern Worten: er trat in seinen Dienst. Dafür spricht die Art, wie die Päpste späterhin an die Vorgänge von Ponthion mahnen: «polliceri», «promittere» und «spondere» sind die üblichen Worte, die sie den Königen vorhalten.[3] Paul I. redet auch wohl von «foedera», welche sein Vorgänger Stephan mit den fränkischen Fürsten geschlossen habe[4], aber an einen Eid wird nie gemahnt; derselbe Papst spricht in einem Brief an Pippin (zwischen 761/66) geradezu von «fidei pollicitatione . . . quam beato Petro principi apostolorum nostroque praedecessori . . . . Stephano papae spopondistis». Die «fides» als Treue meint auch schon Stephan II., wenn er den Söhnen Pippins mit Anlehnung an eine Bibel-

[1] Ep. 2, S. 16. Ep. 7, S. 38.

[2] Duchesne, Liber pontificalis, Paris 1884, I, S. 448.

[3] Ep. 6, S. 35. Ep. 7, S. 38.

[4] Ep. 12, S. 67.

Digitized by Google

ſtelle (2. Tim. 4, 7) wünſcht, ſie möchten am jüngſten Tag ſprechen können: «Domine noster, princeps apostolorum beate Petre, ecce nos clientuli tui, cursum consumantes fidem servantes tibi ecclesiam Dei a superna clementia tibi commendatam . . . defendentes . . . liberavimus».[1] Erſchöpfender wird dieſes geiſtliche Treuverhältnis nirgends gekennzeichnet. Wird an unzähligen anderen Stellen der Apoſtel «protector» oder «fautor» der fränkiſchen Könige, genannt oder heißt er ſie gar einmal ſelbſt «adoptivos filios»[2] oder «peculiares suos»[3], ſo können ſolche allgemeine Bezeichnungen nur den beſchriebenen Charakter der Verbindung beſtätigen.

Die reale Verpflichtung, welche der übernommene Dienſt in ſich ſchloß, iſt oben geſtreift worden.[4] Seine ideale Seite kam in dem ſtändigen Zuſatz: «ad exaltationem sanctae Dei ecclesiae» zum Ausdruck. Wer die Kirche des Apoſtels und damit das «fundamentum et caput omnium Christianorum»[5] ſchützte und förderte, war zugleich mitthätig an der Feſtigung des hierarchiſchen Geſamtbaues.

Dieſe Mitarbeit übernahm der fränkiſche König als Anwalt des heiligen Petrus: «omnes suas causas vobis commisit» und «nos infelices juxta dominicum praeceptum egimus, et omnes causas beati Petri vobis commendavimus», ſchreibt Stephan II. 755 an Pippin und ſeine Söhne. Dasſelbe beſagen die ſo oft wiederkehrenden Namen «defensor» und «liberator» und endlich auch der Titel «patricius» oder vollſtändiger «Romanorum patricius».[6] Der letztgenannte

[1] Vergl. auch Ep. 6, S. 34: «fidem quam . . . colitis». Ep. 22, S. 96: «in ea sponsionis fide».

[2] Ep. 10, S. 57. [3] Ep. 7, S. 38. [4] S. o. S. 11 ff.

[5] Ep. 43, S. 145.

[6] Die ſo oft wiederholte Bezeichnung von ſeiten des Papſtes als «compater» iſt zu ſehr perſönlicher und formeller Natur, um hier beſonders beſprochen zu werden.

Digitized by Google

Titel, der auch dem ganzen neugeschaffenen Verhältnis des Königs zum Papst den Namen gegeben hat, befaßt den dargestellten Gedankengang, ohne ihn zu bereichern. Die Wahl gerade dieses Titels entsprang gewiß keinem andern Bedürfnis als dem, ein thatsächlich Neues vor sich selbst und der Welt zu rechtfertigen.

Und ein Neues war es in der That, was mit diesem fränkischen „Patriziat" geschaffen war. Die Stellung des ehemaligen Exarchen von Ravenna, dem Pippin, wie meist vermutet wird, im Titel nachgefolgt sein soll, war eine ausgesprochene Rechtsstellung gewesen. Die des fränkischen Königs war, fast ebenso ausgesprochen, nur ehrenvolle Pflichtstellung. Die Frage nach seinen Rechten hängt aufs engste zusammen mit einer andern, die bisher zurückgestellt wurde: Welche Stellung nahm nun eigentlich die Person des Papstes innerhalb des neu gewonnenen Zustandes ein?

Bis jetzt sahen wir den Papst hinter der unmittelbaren Beziehung von König und Apostel zurücktreten. In der «Romanorum Respublica» war der Papst schon vor der fränkischen Schutzherrschaft Landesherr geworden.[1] Wie stellte sich zu dieser souveränen Herrschaft der fränkische König? Konnte nicht auch er als Anwalt des Apostels, als Schützer Roms und der römischen Kirche innerhalb des Kirchenstaates Herrenrechte beanspruchen? Oder, um die Kernfrage zu fassen: Wer stand eigentlich höher — der Stellvertreter oder der Anwalt des Apostels?

Leider bleibt gerade diese wichtigste Frage recht im unklaren.

Daß sich die Päpste als Herren im werdenden Kirchenstaat betrachteten, sprachen sie unverhohlen aus. Zwar wird

[1] S. o. S. 11.

Digitized by Google

auch hier der Heilige als eigentlicher Besitzer genannt. Es wird von seinem «populus peculiaris»[1], wohl auch von der «copiosa familia beati Petri»[2] gesprochen; gelegentlich nimmt der Apostel selbst für „sein römisches Volk“[3] das Wort. Aber hier, wo es sich um einen realen Besitztitel handelte, reichte seine überirdische Persönlichkeit nicht aus. Er war der Eigentümer, Besitzer war der Papst. Dieser spricht von dem ihm anvertrauten Volk, von seinen Städten und seinen Optimaten[4]: „in der Verwaltung, der Politik, der Rechtspflege des römischen Gemeinwesens erscheint der Papst als leitend“.[5]

Was blieb unter solchen Umständen für den Frankenkönig übrig? Stephan II. versicherte ihn zwar einmal ums andere: «Post Deum in manibus vestris nostras omnium Romanorum commisimus animas»[6] und «vobis animas omnium nostrum Romanorum tradidimus»[7], aber das wollte nicht mehr besagen als: Auf dich allein haben wir unsere Hoffnung gesetzt. Paul I. verspricht: «firmi et robusti usque ad animam et sanguinis nostri effusionem in ea fide et dilectione et caritatis concordia atque pacis foedera, que praelatus . . . pontifex vobiscum confirmarit, permanentes et cum nostro populo permanebimus usque in finem» und fügt bei fast gleichlautendem späteren Versprechen noch hinzu: «vestris obtemperantes voluntatibus».[8] Ganz ähnlich schreibt Konstantin II.: «regni vestri Francorum caritate et dilectione atque sincera fidelitate cum omni nostro populo firma constantia erimus permansuri».[9] Auch diesen Versicherungen läßt sich nicht mehr entnehmen, als daß Stephan II. in Ponthion auch seinerseits für sich und die Römer dem Frankenkönig Treue

[1] Ep. 2, S. 16/17. [2] Ep. 8, S. 45. [3] Ep. 10, S. 59.
[4] Die Belege sind schon gesammelt von Hauck II., S. 29, n. 4.
[5] Hauck l. c. [6] Ep. 8, S. 45/46. [7] Ep. 9, S. 55.
[8] Ep. 12, S. 68. Ep. 43, S. 142. [9] Ep. 45, S. 153.

Digitized by Google

verſprochen haben muß. Die Einräumung irgend eines Herrſcherrechtes im Kirchenſtaat war in dieſem allgemein gehaltenen Gelöbnis nicht beſchloſſen. Merkwürdig iſt das Verſprechen des Gehorſams bei Paul I. (ſ. o.). Es läßt ſich kaum anders erklären denn als eine Wendung, die dem Papſt angeſichts der imponierenden Machtſtellung des Frankenherrſchers entſchlüpfte. Dieſem ſelbſt muß es ganz fern gelegen haben, in die politiſche Stellung des Papſtes mit eigenen Anſprüchen einzugreifen. Aus einem Brief, den Senat und Volk von Rom zwiſchen 757 und 758 an den König richten, um ihm für den erwieſenen Schutz zu danken, geht hervor, daß er ſie nach der Wahl Pauls I. ſchriftlich ermahnt hatte: firmos ac fideles debere permanere erga beatum Petrum principem apostolorum et sanctam Dei ecclesiam et circa beatissimum . . . et a Deo decretum dominum Paulum summum pontificem et universalem papam».[1] Sie geloben ihm, beſtändige und treue Diener der heiligen Kirche Gottes und ihres Vorſtehers, des Papſtes, zu ſein; ſie nennen ſich ſeine Getreuen und verſprechen faſt mit denſelben Worten, wie die Päpſte zu thun pflegten, in der Liebe zu ihm und zum fränkiſchen Reich zu verharren. Der Brief ergiebt fürs erſte, daß Pippin die Römer nicht als *ſeine*, ſondern als des *Papſtes* Unterthanen betrachtete, denn er forderte ſie ausdrücklich auf, ihrem Herrn, dem Papſt, zu gehorſamen; dann aber beweiſt er, daß das Verhältnis der Römer zu ihm ebenſowenig rechtlich feſtgelegt war wie ſeine Beziehung zum Papſt. Es ſcheint außer Zweifel, daß die Römer ſich dem König eidlich verpflichteten. Wurde ein ſolcher Eid geleiſtet, ſo war er nach dem Geſagten keinesfalls ein *Unterthaneneid*, ſondern ein ganz allgemein gehaltener Treueid[2], der wohl ihre politiſche

[1] Ep. 13, S. 76.

[2] Die Beweisführung für die Leiſtung eines Treueids bei Hauck II., S. 31, iſt überzeugend. Nur darf, wie unſere Ausführungen ergeben,

Digitized by Google

Bewegungsfreiheit nach außen band, aber innerhalb des Kirchenstaates dem König keine Rechte einräumte; war er vielleicht als Patrizius an der Papstwahl entscheidend beteiligt?

Im April 756 starb Stephan II. Sein Bruder Paul wurde als Paul I. zu seinem Nachfolger gewählt.[1] Der Brief, in dem Paul seine Wahl mitteilte, ist uns erhalten.[2] Er beschränkt sich darauf, den Tod Stephans anzuzeigen und von der Thatsache der vollzogenen Wahl und Konsekration Kenntnis zu geben. Von einer Bitte um Genehmigung der einen oder andern ist nicht die Rede. Es handelte sich lediglich um die Erfüllung einer Anstandspflicht gegenüber dem fränkischen Schutzherrn; daran schloß sich die übliche Versicherung «in fide et dilectione et caritatis concordia» beständig zu bleiben.[3] In ganz ähnlicher Weise stattete 767 Konstantin II. Anzeige von seiner Wahl ab.

Der König hatte also auch hier auf jedes Recht der Mitwirkung verzichtet; er unterließ es, irgend ein Übergewicht gegenüber dem Papst geltend zu machen. Äußerlich war ja die Abhängigkeit des Papstes von ihm augenscheinlich; die spirituelle Dunkelheit des Verhältnisses überhob der Notwendigkeit, einen Schluß auf die Stellung des einen zum andern zu ziehen.

Überblickt man den Gesamtinhalt des Patriziats, so ergiebt sich, daß ein Rechtsgedanke in dieser Neuerscheinung nicht ent-

wohl nicht an einen Unterthaneneid gedacht werden, sondern lediglich an ein Treuversprechen, das den Schutz des Frankenkönigs zur Folge hatte.

[1] Oelsner, Jahrbücher des fränkischen Reichs unter König Pippin, Leipzig 1871, S. 292.

[2] Ep. 12, S. 67.

[3] S. o. S. 18. Auf die Benützung derselben Worte für die Todesmitteilung, wie sie in dem für den Exarchen von Ravenna bestimmten Formular (Liber diurnus ed. Sickel, Regensburg 1889, S. 49) üblich waren, vermag ich bei der Starrheit der kurialen Kanzleigebräuche kein Gewicht zu legen. Siehe dagegen Mühlbacher, Deutsche Geschichte unter den Karolingern, Stuttgart 1896, S. 72.

Digitized by Google

halten ist. Die Berührung von König und Papst und damit von Staat und Kirche war noch nicht real genug, um zu einer realen, d. i. rechtlichen Auseinandersetzung beider Gewalten zu zwingen. Die religiöse Veranlassung, der sie entsprungen war, gab ihr das Gepräge. Der König übernahm eine Schutzverpflichtung, die für ihn vorzugsweise von idealem Werte war und allerdings in dieser Eigenschaft auch politisch nutzbar werden konnte.[1] Er trat als Anwalt des Apostels neben dessen Stellvertreter; eine Rangfrage wurde nicht aufgeworfen; die äußeren Ereignisse waren für eine solche nicht reif genug. Der Papst stand außerhalb des fränkischen Reichsverbands; mit ihm als dem Oberhirten der Kirche schloß der König einen Treuvertrag, in dem er ihn als Stellvertreter des eigentlichen Kontrahenten, Petrus, betrachtete. Damit verlor sich die Beziehung beider Gewalten in überirdisches Gebiet; gleichzeitig verloren sich auch etwaige Rechte des Königs in Jenseitsverheißungen.

Der ganze Patriziat war ein Übergangszustand, zu flüchtig und locker, um sich in klaren Rechtsanschauungen niederzuschlagen.

Noch lag das Langobardenreich, wenn auch gedemütigt, so doch ein selbständiger Staat, zwischen dem Papst und seinem Schutzherrn. War erst diese Scheidewand gefallen, dann standen sich König und Papst so nahe, daß eine Klärung ihrer Stellung zu einander unvermeidlich war: die mittelalterliche Welt wurde sich bewußt, daß es eine Frage nach dem Verhältnis von Staat und Kirche gab.

[1] S. o. S. 9.

Digitized by Google

Erſtes Kapitel.

Die Einheit von Staat und Kirche.

«Omnipotens Dominus . . . terminos vestros dilatet, subiciens excellentissimis regibus vestris omnes barbaras nationes ad perfectam liberationem et exaltationem sanctae universalis Dei ecclesiae et fidei orthodoxae integritatem», ſo hatte Paul I. den Franken verheißen. Karl der Große führte dieſe Verheißung der Erfüllung entgegen. In den Jahren 773 und 774 warf er die Langobarden nieder und nahm ſelbſt den Titel eines Königs der Langobarden an. Damit war der fränkiſche König Nachbar des Papſtes geworden: Italien und der fränkiſche Norden wurden Teile *eines* Reichskörpers.

Dieſes bedeutungsvolle Ereignis konnte nicht ohne Einfluß auf die weitere Ausgeſtaltung des Patriziates bleiben.

Bisher war ſein Hauptinhalt Schutz des Papſtes gegen die Langobarden geweſen. „Nun war der fränkiſche König zugleich König der Langobarden, die Notwendigkeit einer Schutzmacht hatte damit aufgehört.“ [1] An Oſtern 774 erſchien Karl in der ewigen Stadt. Er erneuerte dem Papſt Hadrian I. das von ſeinem Vater zu Quierzy gegebene Schenkungsverſprechen; „der bisher nicht ins einzelne gehenden Verheißung gab er Form und Geſtalt“ und „geſtand allen Beſitz zu, der je den Päpſten von den Langobarden entzogen worden war“.[2] Doch

[1] Hauck II, S. 85.

[2] Lindner, l. c. S. 81.

Digitized by Google

knüpfte er offenbar daran die Bedingung, daß der Papst seine Ansprüche urkundlich zu erhärten habe.[1] Bei Gelegenheit jener Abmachungen muß auch der Inhalt des Patriziats neu bestimmt worden sein. Wenn Pippin sich mit einer bloßen Pflichtstellung zufrieden gegeben hatte, so mußte sich Karl gewisse Rechte vorbehalten. Es fiel ihm so wenig ein wie einst seinem Vater, den Papst in seiner Stellung als Territorialherr des Kirchenstaates beschränken zu wollen, aber eine vollfreie politische Stellung nach außen konnte ihm jetzt noch weniger als früher gewährt werden.[2] „Rom blieb dem fränkischen Reich angefügt; der Papst hatte ein Anrecht auf den fränkischen Schutz; er blieb in vieler Hinsicht souverän, aber er entbehrte des wichtigsten Souveränetätsrechts: seine politische Stellung nach eigenem Ermessen wählen zu können."[3]

Die Lage war eigenartig genug: der Papst sah sich einbezogen in die weiter und weiter sich dehnende Machtsphäre des Frankenreiches. Durch Gewährung seiner territorialen Ansprüche hatte ihm Pippin den Rückhalt gewährt, dessen er bedurfte, um seine Stellung als geistliches Haupt der christlichen Kirche endgültig zu behaupten. Mußte ihm nicht jetzt, wo er innerhalb einer so imponierenden Gebietseinheit stand, die Einheit seiner Kirche, die über diese ganze weite abendländische Welt ihr Netz spannte, mehr als je in die Augen springen, um sein Machtbewußtsein zu steigern? Diese Gebietseinheit beherrschte Karl. Wie oben gezeigt wurde, hatten die fränkischen Könige an der Kirchenhoheit in ihrem Reich allezeit unentwegt festgehalten.[4] Daran hatte auch Pippin nichts geändert.[5]

---

[1] Abel-Simson, Jahrbücher des Fränkischen Reichs unter Karl d. Gr., Leipzig 1888, I, S. 170.

[2] S. o. S. 19/20. [3] Hauck II, S. 85.

[4] S. o. S. 8. [5] Hauck II, S. 33.

Digitized by Google

Hier der Papst, zwar politisch nicht unabhängig, aber doch der anerkannte Oberhirte der Kirche, dort der König mit dem Anspruch, Staat und Kirche unumschränkt zu leiten —: die neue Lage drängte zu einer neuen Lösung der Frage. Auch die Anschauungen reiften einer solchen entgegen.

Die Idee des Papsttums gipfelt in dem Gedanken einer alles überragenden geistlichen und sittlichen Machtstellung. „Es können Zeiten kommen, in welchen das Streben, diese Idee zu verwirklichen, vor dem Drange der allgemeinen Ereignisse zurücktreten muß... Aber die Idee selbst ist unveränderlich, ist keinem Wechsel der Zeiten, keiner Veraltung durch den Einfluß der sich mehrenden Jahrhunderte unterworfen."[1] Eine solche Zeit des Dranges war die Langobardennot um die Mitte des 8. Jahrhunderts gewesen. Das Papsttum vergaß seine Ansprüche nicht, aber ihre Betonung trat zurück. Es war wohl die Rede vom «fundamentum et caput omnium ecclesiarum»[2] oder «firmamentum fidei» und den Frankenkönigen wurde als Inbegriff ihres Schutzes die «orthodoxa fides»[3] nicht zu nennen versäumt. Doch bei vereinzelten Äußerungen blieb es. Eine energische Betonung der geistlichen Ausnahmestellung gegenüber dem Königtum fand nicht statt. Angesichts solcher Zurückhaltung mußten es Karl und Karlmann seltsam finden, wenn Stephan III. auf die Kunde, daß einer von ihnen eine Tochter des Langobardenfürsten heimführen wolle, sich ereiferte: sie dürften nicht wagen, „gegen den Willen des apostolischen Stuhles zu handeln", und gar ausdrücklich Gehorsam von ihnen verlangte.[4] Der Papst verstieg sich damals bis zur Drohung mit dem Bann.[5] Die Drohung verhallte

[1] Carl von Noorden, Hinkmar, Erzbischof von Rheims, Bonn 1863, S. 211.

[2] Ep. 43, S. 145. [3] Ep. 13, S. 69. Ep. 33, S. 118 u. sonst.

[4] Ep. 47, S. 161. [5] Ebendas. S. 164.

Digitized by Google

wirkungslos. Gleichwohl giebt der Brief eine erste Ahnung, wie weit das Papstum die Konsequenzen aus seiner geistlichen Machtstellung treiben konnte.

Sieht man von dieser einmaligen Aufwallung ab, so sind es erst die Briefe Hadrians I., welche die ausgezeichnete Würde des apostolischen Stuhls wieder mehr hervorheben. Bisher hatte die Anschauung den Stellvertreter und den Anwalt des Apostels harmlos nebeneinander gestellt; jetzt, wo die äußerlich veränderte Lage nur zu leicht beide Gewalten in einen Gegensatz trieb, mußte das Hoheitsgefühl des Papstes häufiger zum Ausdruck drängen. Der Apostel Petrus hörte nicht auf, in den Briefen zu fungieren, aber die Naivetät des Verhältnisses litt unter dem Druck der Thatsachen. An die Stelle der überirdischen Persönlichkeit trat langsam, aber zusehends ihr irdischer Stellvertreter. Der Papst beginnt von «sancta Romana nostra ecclesia»[1] und «nostra summa sedes»[2] zu reden; er nennt sich den «rector» der Kirche[3] und spricht es unverhohlen aus, daß er „durch Gottes Gnade die heilige Kirche Gottes lenke und regiere".[4] Feierlich faßt er alles zusammen in der Erklärung: «Nos quippe vel immeriti sedem apostolorum adepti vice beati Petri principis apostolorum suscipientes ac tenentes atque cuncto populo christiano nobis a Deo commisso regentes, non ab hominibus neque per hominem electi sumus, sed per Jesum Christum dominum nostrum vocati».[5] Höher konnte die päpstliche Aufgabe kaum aufgefaßt werden, als wenn er die ganze Christenheit in sein Regiment einschloß und seine Wahl unmittelbar auf Christus zurückführte. Stolz nannte er ein andermal die «pastoralis cura omnium ecclesiarum» sein eigen[6] und schrieb dem König: „Wir zweifeln

[1] Ep. 54, S. 180. [2] Ep. 96, S. 280. [3] Ep. 73, S. 225.
[4] Ep. 96, S. 280. [5] Ebendas. S. 281. [6] Ep. 98, S. 286.

Digitized by Google

nicht, daß jedermann weiß, wie groß die Autorität ist, die dem seligen Petrus, dem Apostelfürsten, und seinem allerheiligsten Stuhl zugestanden ist; so daß dieser Stuhl, der das Recht hat, über alle zu richten, keinem erlaubt, über seinen Spruch zu Gericht zu sitzen".[1] Er rühmt die Macht der Päpste, das Gebundene zu lösen, mit den Worten des Dionysius Exiguus: «per quos ad unam Petri sedem universalis ecclesiae cura conflueret et nihil unquam a suo capite dissideret».[2]

Wenn so das Papsttum in Hadrian I. seiner Bedeutung sich bewußt wurde und aus seiner schattenhaften Zurückhaltung herauszutreten schien, so konnte doch auch andererseits Karls überwältigende Machtfülle, seine eindrucksvolle Persönlichkeit nicht ohne Einfluß auf die römische Anschauung bleiben. Diese Wendung tritt allerdings nur in einem ziemlich äußerlichen Moment zu Tage. Früher war es die Salbung von St. Denis gewesen, die man gerne dem Königtum vorgehalten hatte, um darauf hinzuweisen, daß eigentlich erst durch diese Gnadenerhöhung sein göttlicher Charakter außer Frage gestellt sei.[3] Jetzt wird dieser Umweg beiseite gelassen: «a Deo institute magne rex» wird zur ständigen Anrede des Königs.[4] Die regalis potentia wird abwechselnd bezeichnet als «a Deo fundata»[5], «a Deo instituta»[6] und «confirmata»[7] oder gar als «a Deo inspirita»[8] und «divinitus praeordinata»[9]; das regnum selbst als «a Deo confortatum».[10] Daß damit dem Königtum als solchem die unmittelbare göttliche Einsetzung zuerkannt wird, bestätigt wohl auch die freilich ziemlich

[1] Ep. 98, S. 289.
[2] Ebendas. n. 4 (vergl. auch Ep. 33, S. 246).
[3] S. o. S. 13, n. 4. [4] Ep. 55, S. 183. Ep. 59, S. 195 u. s. w.
[5] Ep. 57, S. 190/191. Ep. 80, S. 245.
[6] Ep. 63, S. 204. Ep. 73, S. 225. [7] Ep. 66, S. 212.
[8] Ep. 85, S. 258. Ep. 90, S. 270.
[9] Ep. 73, S. 225. [10] Ep. 61, S. 199.

Digitized by Google

dunkle Phrase: «Omnipotens Deus, in cuius manu sunt omnia iura regnorum».[1]

Verfehlte die wachsende politische Macht des Frankenkönigs selbst auf die päpstliche Anschauung nicht ganz ihre Wirkung: wie viel mehr mußte im Norden, wo Karls Gewalt und Person unmittelbar auf die Menschen wirkten, auch der Gedanke eine Annäherung an das Thatsächliche und damit das Mögliche suchen. Er fand sie, indem er an die alttestamentliche Theokratie anknüpfte und den jüdischen König als Vorbild des fränkischen betrachtete. Erst aus dem Ergreifen dieser Vorstellung, die in gewissem Sinne die Kontinuität der jüdischen und der fränkischen Geschichte herstellte, erhellt, daß die mittelalterliche Welt mit Bewußtsein in ihr großes Thema eintrat: die Umsetzung des gottesstaatlichen Ideals in die Wirklichkeit.[2]

Der Vergleich mit alttestamentlichen Königen — nahe wie er lag — war auch den byzantinischen Kaisern nicht fremd geblieben. Noch Gregor II. verbot Leo dem Isaurier sich Kaiser und Priester zugleich zu nennen.[3] Auch bei den Merovingern tauchte er frühzeitig auf. Da der fränkische König von Anfang an die Leitung der Kirche beanspruchte, so mußte diese auch von den Bischöfen anerkannte Stellung notwendig den Gedanken auslösen, daß die Königsherrschaft eine von Gott gegebene und übertragene sei, „welche eben deshalb auch Ehre und Gehorsam zu fordern hat".[4] Für die Vereinigung der Kirchen- und Staatshoheit in einer Hand bot sich kein trefflicheres Beispiel als das des entwickelten jüdischen Königtums.

[1] Ep. 75, S. 229 und sonst.

[2] Siehe oben S. 4 ff.

[3] Hauck II., S. 119, n. 5.

[4] Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte, 3. Aufl., Kiel 1882, II, 1 S. 202. Dort sind auch die Belege gesammelt. Vergl. dazu Hauck I, S. 149. Loening II, S. 24 ff.

Digitized by Google

Aus merovingiſcher Zeit iſt uns ein merkwürdiger Brief eines Biſchofs an einen jungen Frankenfürſten, Chlodovech II. oder Sigbert III., (etwa 645) erhalten, den man gewöhnlich als Exhortatio ad Francorum regem zu zitieren pflegt.[1] Er eröffnet die Reihe jener Königsſpiegel, die uns als wertvolle Quellen bis in die Mitte des 9. Jahrhunderts begleiten. Hier zuerſt findet ſich die breite Ausführung des Vorbilds in David und Salomon, wenn auch die Analogie ſelbſt älter iſt und ſchon der Dichter Venantius Fortunatus Chilbebert I. beſang als: «Melchisedek noster merito rex atque sacerdos».[2] Der nicht eben gedankenreichen Ermahnungen des Verfaſſers iſt hier nur deshalb zu gedenken, weil das Königspriеſtertum in ihnen als Ideal aufgeſtellt wird. Unter den Söhnen Chlodovechs nennt er Chilbebert und Chlothar I., um an ihnen beſonders die geiſtliche Seite preiſend hervorzuheben. Dem erſteren rühmt er nach «quicumque adhuc . . . suum memorant nomen extensis manibus tam sacerdotes quam et laici eius spiritum commendant», letzterem: «quasi sacerdos in hoc saeculo conversatus est».[3]

Zu neuem, kräftigem Leben erwachte dieſer Vergleichsgedanke unter den Karolingern. Hatten ſelbſt die Päpſte es nicht unterlaſſen können, Pippin als «novus Moyses novusque David» zu begrüßen[4], wie viel mehr mußte dieſe Anſchauung im Norden verfangen, wo ſie nie ganz eingeſchlafen war. Mit alter Friſche bricht ſie unter Karl in einem zweiten Königsſpiegel hervor, auch diesmal in Geſtalt eines Briefes, den ein fränkiſcher Prieſter, Cathuulf, um 775, kurz nach der Nieder-

[1] MG. Ep. III, S. 457 ff.

[2] Migne, Cursus Patrologiae, Paris 1857 ff., Bd. 88, S. 105.

[3] l. c. S. 459.

[4] Ep. 38, S. 135. Vergl. dazu Ep. 11, S. 61. Ep. 43, S. 145. Ep. 44, S. 147/148.

Digitized by Google

werfung der Langobarden, an den König richtet.[1] Als acht Segnungen führt er ihm zum Eingang sein Glück und seine Erfolge vor bis zum Einzug in die «aurea et imperialis Roma», der Gewinnung der italischen Herrschaft. Die göttliche Führung soll Karl zum Dank verpflichten: «Ipse te exaltavit in honorem gloriae regni Europae».[2]

Ausgehend von dieser großartigen Machtstellung löst Cathuulf so klar und germanisch, wie es nach ihm kaum mehr in karolingischer Zeit geschehen ist, die Rangfrage von Staat und Kirche: «Memor esto ergo semper, rex mi, Dei regis tui cum timore et amore, quod tu es in vice illius: super omnia membra eius custodire et regere, et rationem reddere in die iudicii, etiam per te. Et episcopus est in secundo loco, in vice Christi tantum. Ergo considerate inter vos, diligenter legem Dei constituere super populum Dei, quod Deus tuus dixit tibi, cuius vicem tenes . . .»[3] Ob die Rangscheidung von Gott-Vater und Gott-Sohn theologisch glücklich war, ist hier nicht zu entscheiden; thatsächlich war ein Ausweg gefunden. Betrachtete der Germane sein Königtum als ein von Gott verliehenes, so war es das nächstliegende, ihm den ersten irdischen Platz einzuräumen. Die Stufenleiter lautete dann: Gott, König, Bischof. Eine religiös-historische Berechtigung dazu gab wiederum das alttestamentliche Königspriestertum. Unmittelbar nachdem Cathuulf den fränkischen König als den höchsten geistlichen wie weltlichen Machthaber auf Erden bezeichnet hat, kommt er auf das Beispiel Davids und Salomons zu sprechen: «tu sis in sapientia divina et saecularibus litteris imbutus, sicut David et Salomon et ceteri reges fuerunt».[4] War der König über beides gesetzt, so mußte ihm auch Geist-

[1] Jaffé IV, Ep. Car. 1, S. 336 ff.
[2] l. c. S. 337. [3] l. c. S. 337/338. [4] l. c. S. 338.

Digitized by Google

liches gleich geläufig sein wie Weltliches; wie konnte er sonst „das Gesetz Gottes aufstellen über dem Volk des Herrn"? Mit eindringlichen Worten hält ihm der Priester seine Verpflichtungen gegenüber der Kirche vor. Erschöpfend zeichnet er die Aufgabe, die dem «minister Dei», wie er ihn nennt[1], zukomme. Die Einzelheiten ergänzen nur das ihm vorschwebende Bild des königlichen Priesters.

Cathwulf stand mit seiner Auffassung nicht allein. Auch Alcuin, „das neidlos anerkannte Oberhaupt des Gelehrtenkreises"[2] am Hofe Karls, hat ähnlich gedacht wie er. Seine Weltanschauung war durchtränkt von Augustinischen Gedanken; kein Wunder also, wenn er mit den glorreichen Zeiten seines großen Gönners und Freundes den Gottesstaat wahrhaftig gekommen glaubte. Aus den zahlreichen Briefen, die von ihm erhalten sind, läßt sich zwar keine strengdurchdachte Theorie, wohl aber ein leidliches Bild von Vorstellungen herausschälen, welche die schon dargelegten bereichern.

Alcuin ist der erste mittelalterliche Schriftsteller, der die Scheidung von «saecularis» und «spiritualis» aufstellt. «Divisa est potestas saecularis et potestas spiritualis» schreibt er 793 an Erzbischof Ethelhard von Canterbury. Wenn er aber dann fortfährt: «Ilia portat gladium mortis in manu, haec clavem vitae in lingua»[3], so ist damit zwar ein moralisches Urteil gegeben — es bleibt kein Zweifel, daß er der höheren Aufgabe entsprechend die geistliche Gewalt über die weltliche setzt — aber in Wirklichkeit ist wenig gewonnen, da er den Unterschied nicht genug vertieft. Ähnlich verhält es sich mit einer späteren Briefäußerung an denselben Bischof (802). Wieder holt er aus zu einer Scheidung: «Divisa est sacerdotalis atque regalis potentia»[4] und wieder bleibt er mit der

[1] l. c. S. 340. [2] Mühlbacher, l. c. S. 241.
[3] Jaffé VI, Ep. 28, S. 207. [4] Ep. 190, S. 670.

Digitized by Google

Folgerung an der Oberfläche geiſtlicher Betrachtung: «Sed multo praestantior potestas quae vivificat quam illa quae occidit: quia melior est vita quam mors, melior est eterna beatitudo, quam temporalis iocunditas». Man bringt etwas tiefer in ſeine Auffaſſung, wenn man einer anderen Scheidung im erſtgenannten Briefe nachgeht, der zwiſchen «sacerdotes» und «saeculares». «Illi sint, id est saeculares, defensores vestri, vos intercessores illorum.»[1] Der Vergleich mit anderen Briefſtellen ergiebt ſeine Anſchauung vom prieſterlichen Amt. Er ſchreibt im gleichen Brief an Ethelhard: «Locus tuus est inter Deum stare et homines; ut Dei legationes deferas ad populum et pro populi peccatis intercedas ad Deum».[2] Und ein Jahr ſpäter an denſelben: «sacerdotis ministerium est inter Deum hominesque stare»[3] und 796 an Erzbiſchof Eanbald von York: «Sacerdos Dei verbi et voluntatis illius praedicator debet esse in populum et intercessor ad Deum pro populo quasi mediator inter Deum et homines». Er war ſich der Bedeutung und Würde dieſer Mittlerſtellung wohl bewußt, wenn er meinte: «Sacerdos angelus domini Dei est excelsi; et lex sancta ex ore eius requirenda est».[4] Alcuin vertrat eine ſehr hohe Auffaſſung vom Prieſtertum, aber wie mir ſcheint, zugleich eine ſehr ſtrenge: die *eine* erhabene Mitterpflicht ſollte den Prieſter ganz ausfüllen; ſie ſollte ihn über die Welt der Erſcheinung hinausheben, um ihn auf das rein Geiſtliche zu beſchränken. Die weltlichen Gewalten «principes et judices» waren beſtimmt, die äußere Ordnung durch ein frommes und gerechtes Regiment zu wahren[5], damit die Prieſter um ſo ungeſtörter ihrem tiefinnerlichen Beruf, der Vermittlung zwiſchen Gott und Menſchheit, leben könnten. So hob er den Prieſterſtand über die Laienwelt empor: er verlangte von ihr,

[1] Ep. 28 l. c. [2] l. c. S. 204. [3] Ep. 248, S. 194.
[4] Ep. 28, S. 204. [5] Ep. 23, S. 188.

Digitized by Google

ob hoch, ob nieder, geiſtlichen Gehorſam[1] gegen die Seelenlenker.[2] Andererſeits beſchränkte er die prieſterliche Aufgabe auf rein religiöſes Gebiet. An der Spitze des Standes dachte er ſich als höchſten Mittler, berufen: «pro populo jugiter totius orbis intercedere christiano»[3], den Papſt. Denſelben hohen Sinn verband er mit dem Begriff, wenn er ihn «caput omnium ecclesiarum Christi» nannte.[4]

Alcuin hatte alſo in der That Geiſtliches und Weltliches geſchieden, aber er zog aus dieſer Scheidung nur die Konſequenz, die ſchon im Wortſinn lag: das Geiſtliche den Prieſtern, das Weltliche den Laien; er wollte durch eine gerade Linie trennen, was nicht einmal durch eine unendlich gebrochene zu trennen war. Er war ſich eines Unterſchiedes bewußt, nicht aber eines Gegenſatzes. Wie konnte er jenen erkennen, dieſen überſehen? Gab er den Biſchöfen die Leitung der Seelen, ſo blieb logiſch den weltlichen Vorgeſetzten die der Körper. Der Widerſtand von Körper und Seele war ein kontinuierliches Thema der chriſtlichen Philoſophie und auch Alcuin nicht fremd. Warum zog er nicht die unabweisliche Folgerung? Die Antwort liegt in der Übergewalt der hiſtoriſchen Thatſachen. Einer war da, der über Körper und Seele gleich gebot, über Weltliches wie Geiſtliches, Prieſter wie Laien: der König; und, was entſcheidend war, ein König wie Karl, deſſen überragende und kraftvolle Perſönlichkeit ſtark genug war, beides in ſich zu vereinigen. Die Gegenwart ließ die Lücke des Gedankenganges voll ausgefüllt erſcheinen.

Alcuin mündete in denſelben Gedankenſtrom wie Cathuulf und deſſen früher Vorgänger, der Verfaſſer der Exhortatio.

[1] Ep. 22, S. 183, Ep. 23, S. 187 und ſonſt.
[2] Ep. 28, S. 206.
[3] An Hadrian I., Ep. 32, S. 243.
[4] Ep. 120, S. 490.

Digitized by Google

Auch ihm erſchien der Frankenkönig als Nachfahre der altteſtamentlichen Judenkönige. Von dieſem hiſtoriſchen Rückhalt aus feierte er die Doppelſtellung Karls. „Glückliches Volk" — ſo ſchrieb er an ihn um 793 — „das durch einen ſolchen Lenker erhöht und einen ſolchen Prediger geſchützt ward. Beides iſt ihm eigen; das Schwert triumphierender Gewalt funkelt in ſeiner Rechten und die Poſaune katholiſcher Predigt klingt auf ſeiner Zunge. So ſtand einſt David, des vorhergegangenen Volkes König, von Gott erwählt und geliebt, ein trefflicher Pſalmiſt, mit Israels ſiegreichem Schwert die Völker unterwerfend, auf unter ſeinem Volk — ein unerreichter Prediger des Geſetzes Gottes".[1] Gleich darauf faßt er dieſe weite Apoſtrophe in der Wendung zuſammen: «Christus . . . David regem populo suo concessit rectorem et doctorem».[2] Aber er blieb nicht dabei ſtehen, des Königs geiſtliche Aufgabe nur mit Titeln wie praedicator und doctor zu umſchreiben; dazu war ſie ihm viel zu wichtig: galt ſie ihm doch mehr als die weltliche, wie er an König Cönulf von Mercia ſchrieb: «Te magis agnosce pastorem et dispensatorem donorum Dei quam dominum vel exactorem».[3] Des Königs vornehmſter Beruf ſoll es ſein, den chriſtlichen Glauben in ſeiner Reinheit zu bewahren. Er iſt berufen: «a sectis perversi dogmatis fidem catholicam evangelica soliditate munire . . ., ne quid novi et apostolicis inconveniens doctrinis . . . oboriri valeat, sed caelestis gratiae lumine fides ubique fulgeat catholica».[4] Damit war der König in eine Thätigkeit eingerückt, die bisher nur dem römiſchen Stuhl zugeſtanden war. Er ward zur Autorität in Glaubensfragen. Auch der geiſtige Kern der chriſtlichen Kirche, ihr Tiefſtes und Heiligſtes war ihm anvertraut: die Lehre. Zu ihrer Verwaltung

[1] Ep. 29, S. 209. [2] Ebendaſ. [3] Ep. 80, S. 352.
[4] Ep. 29, S. 210. Ep. 58, S. 190 und ſonſt.

Digitized by Google

dachte ſich Alcuin den König beſonders ausgeſtattet: «spiritualis sapientiae latitudine». Daß er ihn daneben als Lenker und Schutzherrn der Kirche ſelbſt betrachtete, iſt natürlich: «Sta viriliter pro ea quam accepisti a Deo tuo regendam et conservandam»[1], ruft er dem König ein andermal zu, oder nennt ihn geradezu: «clarissime ecclesiae rector et defensor».[2] Am weiteſten geht Alcuin in der Zuerkennung äußerer Kirchengewalt in einem Brief an Karls Schatzmeiſter Megenfrid (796). Mit Anlehnung an das Gleichnis vom Weinbergherrn (Matth. 20, 4) ſchreibt er[3]: «Tu vero roga dominum messis, id est David meum dilectum: ut mittet operarios in messem suam; quatenus illis dicat rogatus, sicut suus proprius protector et unicus amator Christus deus dixit discipulis suis: Ite, ecce ego mitto vos (Luc. 10, 3). Ipse est dominus vineae, mittat operarios in vineam suam et dicat: ‚Ite et vos in vineam meam et quod iustum fuerit, accipietis pro labore vineae meae'. (Matth. 20, 4.) Ipsius est potestas et dispensatio vineae Christi, id est ecclesiarum Dei. Illius est laus et gloria et merces aeterna, ut bene ordinentur et regantur, et pastores habeant, quantos invenire possint, dignos et Deo placabiles. Ille est in hoc regno, qui omnibus praedicare potest et omnibus ecclesiis . . .» hier bricht der Satz jäh ab; ein ſpäterer Schreiber hat wohl die Fortſetzung gewaltſam getilgt, mochte ſie nun «praestare» oder: «legem Dei constituere» oder noch beſtimmter lauten. Die Stelle ſagt gleichwohl genug. Hier war die Theorie der Praxis näher als je: „So regelmäßig übertrug Karl das biſchöfliche Amt, daß man im Beginn der Regierung Ludwigs des Frommen die Ernennung eines Biſchofs und eines Grafen auf die gleiche Linie ſtellte."[4]

[1] Ep. 99, S. 420. [2] Ep. 96, S. 397. [3] Ep. 69, S. 323.
[4] Hauck II, S. 201/202.

Digitized by Google

Am besten hat Alcuin des Königs Doppelstellung in dem Gleichnis zusammengefaßt, das dem späteren Mittelalter in so ganz anderem Sinne dienen sollte: dem Gleichnis von den zwei Schwertern (Luc. 22, 33). Einst sollte sich das Papsttum anmaßen, beide Schwerter sein eigen zu nennen, um das eine, das weltliche, huldvoll dem deutschen Könige zu verleihen. Dem frommen Gelehrten im 8. Jahrhundert schien eine andere Lösung die nächstliegende; er dachte sich beide Schwerter in Kaisers Hand. Im Frühjahr 799 schrieb er an Karl: «hoc mirabile et speciale in te pietatis Dei donum praedicamus: quod tanta devotione ecclesias Christi a perfidorum doctrinis intrinsecus purgare tuerique niteris, quanta forinsecus a vastatione paganorum defendere vel propagare conaris. His duobus gladiis vestram venerandam excellentiam dextra laevaque divina armavit potestas; in quibus victor laudabilis et triumphator gloriosus existis.»[1] Mit diesem Ausspruch war das Königspriestertum normiert. Den alten Gedanken, den der Germane innerhalb des überkommenen romanischen Ideals als einzigen vorfand, der fähig war, sich mit seinem Staatsgedanken zu vermählen, hatte er durchgebildet vom bescheidenen Vergleich bis zur klaren unzweideutigen Norm. In dem Maße, als der Frankenkönig politisch emporwuchs, vom nordischen Volksbeherrscher zum Herrn des Abendlandes, ward er vom Kirchenherrn in Francien zum Herrn der Christenheit. Die geschichtliche Entwicklung hatte ein völlig Neues erzeugt: Befangen unter dem Banne des gottesstaatlichen Ideals hatte der germanische Geist eine weite Einheit von Staat und Kirche geschaffen, die sich als solche verkörperte in der Reckengestalt des großen Königspriesters: in Karl.

[1] Ep. 111, S. 453.

Digitized by Google

Und Karl war ſich dieſes hohen Berufes voll bewußt. Es bedurfte gar nicht erſt der Aufforderung eines Paulinus von Aquileja: «Sit dominus et pater, sit rex et sacerdos, sit omnium christianorum moderatissimus gubernator.[1]» Seine Geiſtesbildung machte es ihm möglich, ſich ſelbſt eine ernſte, tiefe Meinung von ſeiner Aufgabe zu bilden. Es iſt nicht bedeutungslos, wenn Einhard berichtet: „Er erfreute ſich auch an den Büchern des heil. Auguſtinus, insbeſondere an denen, die «De civitate Dei» genannt ſind".[2] Daß er den großen Kirchenlehrer genau kannte, beweiſt ein Citat in einem ſeiner Briefe an König Offa von Mercia[3]; wie hoch er ihn ſchätzte, die bekannte Anekdote im „Mönch von St. Gallen"[4], wo Karl dem Alcuin klagt: „O hätte ich zwölf Geiſtliche, ſo gelehrt und in aller Weisheit unterrichtet wie Hieronymus und Auguſtinus", und dieſer ihm antwortet: „Der Herr des Himmels und der Erde hatte ſelbſt nicht mehr, die dieſen ähnlich waren, und du willſt deren zwölfe?"

Leider ſind die Äußerungen, die er ſelbſt über ſeinen Beruf that, wenig zahlreich. In der Hauptſache ſind wir darauf angewieſen, von ſeinen Thaten auf ſeine Geſinnung zurückzuſchließen. Es iſt hier nicht der Ort, um auf Karls umfaſſende kirchliche Thätigkeit näher einzugehen. Sie iſt von berufener Feder glänzend geſchildert worden.[5] Karl übte die Kirchenhoheit, wie ſie im fränkiſchen Reich von alters her dem König zukam, in ihrem vollen Umfang.[6] Die Ernennung der Biſchöfe, der Gerichts-

[1] Paulini Aquileiensis Libellus Sacrosylabus, Migne l. c. Bd. 99, S. 166. Vergl. daſ. auch die Äußerung: Quatenus vicariam ei retributionem in illa die pro ecclesia sua Dei filius rependat.

[2] Einhardi, Vita Caroli Imperatoris, ed. A. Holder, Freiburg 1882, cap. 24, S. 19.

[3] Ep. 57, S. 289.

[4] Mon. S. Gall. I, 9, bei Jaffé IV, S. 639.

[5] Hauck II, Kap. 4, S. 200 ff.

[6] Siehe oben, S. 7.

Digitized by Google

ſtand des Klerus, die Leitung der Synoden, die mit den Reichsverſammlungen verſchmolzen, die Verfügung über das Kirchengut — alles lag in ſeiner Hand. Die kirchliche Geſetzgebung trug den Charakter ſeiner Perſönlichkeit; Lehrfragen beſchäftigten ihn aufs tiefſte; aus ſeinem Briefwechſel mit Biſchöfen und Äbten geht hervor, wie rege gerade in dieſem Punkt ſein Anteil war.[1] Für ſein Intereſſe legen die nach ihm benannten Bücher, die Libri Carolini — jene Proteſtſchrift des Abendlandes gegen die Entſcheidungen des ſogenannten 7. Nicäniſchen Konzils in der Bilderfrage — beredtes Zeugnis ab. Sind ſie auch nicht aus ſeiner eigenen Feder gefloſſen, ſondern wahrſcheinlich aus der Alcuins, — ſie vertreten doch die Geſinnung deſſen, der in ihnen ſpricht. Die Praefatio[2] kann uns eine Ahnung geben, welche hohe Auffaſſung Karl beſeelte. Nach einer Einleitung über Bedeutung und Würde der Ecclesia fährt er fort: «Cuius quoniam in sinu regni gubernacula Domino tribuente suscepimus, necesse est, ut in eius defensione et ob eius exaltationem Christo auxiliante toto annisu certemus . . . Quod quidem non solum nobis, quibus in huius saeculi procellosis fluctibus ad regendum commissa est, sed etiam cunctis ab eius uberibus enutritis sollicite observandum est».[3] Offener konnte ſich der König nicht als Oberhaupt der Kirche bekennen; und nicht nur die fränkiſche Kirche ſchwebte ihm dabei vor, ſondern die ganze Chriſtenheit als ein «regnum sanctae ecclesiae», wie er ſich einmal ausdrückte[4], denn: «Omne, quod ecclesiasticum est, catholicum est, et omne, quod catholicum est, universale est».[5]

[1] Vergl. z. B. Ep. 25, S. 388 (Jaffé III) u. a.

[2] Migne, Bd. 98, S. 999 ff.

[3] l. c. S. 1001. Vergleich mit jüdiſchen Königen S. 1005; auch Admonitio generalis vom 23. März 789. MG. Leg. I, S. 53.

[4] Ep. 57, S. 289. [5] Migne, l. c. S. 1246.

Digitized by Google

Was war aus dem Patriziat geworden? In einem Kapitular von 769 hatte er den Titel «devotus sanctae ecclesiae defensor humilisque adiutor» geführt.[1] Bis zu welchem Inhalt hatte ſich dieſe «defensio» geſteigert! Seiner beſtimmten äußeren Fixierung unter Hadrian I. iſt oben gedacht worden. Sie hatte zur Folge, daß der Papſt zum „Unterthan des fränkiſchen Königs wurde“[2], wie auch Karl die Römer als ſeine Unterthanen betrachtete und der Papſt auf ſich und ihn den Unterthaneneid ſchwören ließ.[3] Prinzipiell konnte das Papſttum für ſich eine Unterordnung niemals anerkennen und gewiſſermaßen als ein Proteſt ergab ſich, daß der Inhaber des apoſtoliſchen Stuhls den Anſpruch *geiſtlicher* Obmacht in dem Maße mehr und mehr betonte, als Karl den Patriziat, wie ſich einmal Hadrian I. beklagte, «in holocaustum»[4] erweiterte. Dem Nachfolger Hadrians, Leo III., hat er mit klaren Worten ſeine Stellung zugewieſen. „*Unſere* Aufgabe iſt es“, ſo ſchrieb er ihm, „die heilige Kirche Gottes *nach außen* gegen den Anſturm der Heiden und die Verwüſtung der Ungläubigen mit den Waffen zu verteidigen, *nach innen* aber die Anerkennung des katholiſchen Glaubens zu befeſtigen. *Euere* Aufgabe, heiligſter Vater, beſteht darin, mit zu Gott erhobenen Händen unſer Thun zu unterſtützen, damit durch Euere Vermittlung, unter der Führung und Gnade Gottes, das chriſtliche Volk überall über die Feinde ſeines heiligen Namens den Sieg davon trage, und der Name unſeres Herrn Jeſus Chriſtus auf dem ganzen Erdkreis verherrlicht werde.“ Mit dieſer Auffaſſung, die dem Papſttum genau ſoviel einräumte, als ſich aus Alcuins Anſichten für den oberſten Prieſter ergab, war *der Begriff des Patriziats*

[1] MG. Leg. I, S. 44. [2] Hauck II, S. 95. S. o. S. 22/23.
[3] Ep. 56, S. 187. Ep. 77, S. 232. Ep. 86, S. 260. Vergl. auch Abel-Simſon II, S. 111 ff., S. 248.
[4] Ep. 98, S. 290.

Digitized by Google

geſprengt. Karl zog aus ihr nur die Folgerungen, wenn er im Jahre 800 „zwar nicht zur Papſtwahl, wohl aber zur Konſekration des gewählten Papſtes“ die Genehmigung ſich vorbehielt.[1]

So bietet ſich die bedeutungsvolle Erſcheinung, daß am Ende des Jahrhunderts zwei Anſchauungen ſich gegenüberſtanden: die römiſche und die nordiſche. Ihre Kraft entſprach dem augenblicklichen Gewicht ihrer Vertreter. Die Lage des Papſttums war derart, daß nicht zweifelhaft ſein konnte, wer Sieger bleiben würde: die nordiſche Anſchauung von der Allmacht des Königs verſchlang für einige Jahrzehnte die römiſche von der Allmacht des Papſtes. Was Leo dem Iſaurier von Gregor II. verboten worden war, das mußte jetzt das Papſttum in ſeiner Ohnmacht gewähren.[2] Ein äußerer, thatgeſchichtlicher Anlaß brachte es dahin, daß der Papſt ſelbſt dieſen Sieg des Königsprieſtertums vor den Augen der Welt durch einen Titel proklamierte: am 23. Dezember 800 ſtand der fränkiſche König als Richter vor Leo III.; zwei Tage darauf, am Weihnachtstag, ſetzte ihm der Papſt in der Peterskirche die Kaiſerkrone aufs Haupt und das Volk rief ihn «Romanorum Imperator».[3]

Wenn neuerdings auseinandergeſetzt wurde[4], Leo habe die Kaiſerkrönung vorgenommen, weil er und ſeine Partei das Bedürfnis fühlten, ihre Herrſchaft durch einen Kaiſer zu ſichern, der nach römiſchem Recht allein die Kapitaljuſtiz in der Stadt erwerben durfte, ſo kann darin doch nur höchſtens ein Anlaß geſehen werden, nicht die viel tiefer liegende Urſache. «Quod primo in tantum aversatus est, ut adfirmaret se eo die,

[1] Abel-Simſon II, S. 245. [2] S. o. S. 27.
[3] Abel-Simſon II, S. 234 ff. Mühlbacher S. 201 ff.
[4] Ernſt Sackur in der Hiſtoriſchen Zeitſchrift, N. F. Bd. 57, 1901, S. 385 ff.

Digitized by Google

quamvis praecipua festivitas esset, ecclesiam non intraturum, si pontificis consilium praescire potuisset.»[1] Eine Reihe von Vermutungen und Rückschlüssen sind an diese Worte Einhards geknüpft worden. Hauck hat gegenüber der neuerdings wieder vertretenen Ansicht, Karl habe um die Absicht des Papstes gewußt[2], mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Annahme durchaus hypothetisch ist. „Wir wissen nicht, daß sein Ehrgeiz dahin ging, römischer Imperator zu heißen." Er hat seine Meinung trefflich unterstützt durch Hinweis auf eine Stelle in den Libri Carolini (II. 19)[3], wo Karl „in einer offenen Staatsschrift das herbste Urteil über das römische Imperium, seine Träger und seine Institutionen" ausspricht.[4] In der That lag gewiß ein wesentliches, bis jetzt meist übersehenes Motiv für Karls Bedenken in seiner Gesinnung. War es „in Wirklichkeit ein germanisch-christliches Reich"[5], also eine Neuschöpfung, sollte dann die Zeit selbst sich des Neuen im Gegensatz zum Alten so gar nicht bewußt worden sein? Alcuin belehrt uns eines andern: «Tres personae» — schreibt er 799 an Karl, gleich nachdem er ihm beide Schwerter zugesprochen — «in mundo altissimae huc usque fuerunt. Id est apostolica sublimitas, quae beati Petri principis apostolorum sedem vicario munere regere solet; quid vero in eo actum sit (gemeint ist seine Verstümmelung am 25. April 799), qui rector praefatae sedis fuerat, mihi veneranda bonitas vestra innotescere curavit. Alia est imperialis dignitas et secundae Romae saecularis potentia; quam impie gubernator imperii illus depositus sit (gemeint ist Konstan-

[1] Einhard, l. c. Kap. 28.

[2] Mühlbacher, l. c., auch schon Döllinger, S. 346 ff., gegen ihn Harnack, Das karoling. und das byzant. Reich, S. 40, n. 5.

[3] Migne, l. c. S. 1082 ff.

[4] Hauck II, S. 105.

[5] Mühlbacher, S. 208.

Digitized by Google

tius V. Verjagung 797), non ab alienis sed a propriis et concivibus ubique fama narrante crebrescit. Tertia est regalis dignitas; in qua vos domini nostri Jesu Christi dispensatio rectorem populi christiani disposuit, ceteris praefatis dignitatibus potentia excellentiorem, sapientia clariorem, regni dignitate sublimiorem. Ecce in te solo tota salus ecclesiarum Christi inclinata recumbit.»[1]

War hier nicht Karls Königspriestertum als eine neue eigenartige Würde aufgefaßt, die die päpstliche und die kaiserliche durch Gottes Fügung abgelöst habe? Es dürfte schwer sein, zu bezweifeln, daß auch Karl, der Augustin und seine Verdammung des römischen Staates kannte, sich bewußt war, seine Stellung als Haupt des Gottesstaates widerstreite in ihrer germanischen Eigenart dem, was ein römischer Cäsar gewesen war. Das Gefühl eines Gegensatzes zwischen dem Titel und seinem Inhalt mochte es sein, was Karl im Freundeskreise zur angeführten Äußerung bewog. Daß wichtige politische Bedenken mit unterliefen, wird niemand bestreiten. Noch bestand das byzantinische Kaisertum mit dem berechtigten Anspruch seiner Inhaber, das römische in gerader Linie fortzusetzen. Das Mittelalter hat stets einen feinen Sinn für historisch begründete Rechte bewiesen; schon damals suchte man Karls Kaiserkrönung zu rechtfertigen. Eine gleichzeitige Quelle, die Annales Laureshamenses[2], weiß zu berichten, daß man das byzantinische Kaisertum für erloschen gehalten habe, seit eine Frau (Irene) dort den Thron inne hatte.[3] Diese Beweisführung konnte nicht überzeugend sein, „nicht einmal im gegenwärtigen Momente, noch viel weniger aber, wenn, was doch bald wieder eintreten mußte, ein Mann die oströmische Krone trug".[4] Die

[1] Ep. 114, S. 464. [2] MG. SS. I, S. 22 ff. [3] Ebendas. a. 801.
[4] Harnack, S. 42.

Digitized by Google

historische Idee des Imperium Romanum, wie sie vom Papst und den Römern durch die Kaiserkrönung auf Karls Reich übertragen worden war, konnte sich nach der Anschauung der Zeit nur in Einem, nicht in Zweien verkörpern. Aus solchen Erwägungen heraus ist wohl der merkwürdige Gedanke einer Vermählung von Karl und Irene erwachsen. Nur der byzantinische Geschichtsschreiber Theophanes weiß von dem Plan zu berichten. Historische Glaubwürdigkeit ist ihm kaum beizumessen; man wird gut daran thun, die Nachricht ins Reich der Sage zu verweisen.[1] Karl trug der herrschenden Ansicht nur insoweit Rechnung, als er sich eifrig um die Anerkennung seines Titels durch den byzantinischen Kaiser bemühte. Es war für ihn Notwendigkeit, „einen Ausgleich mit Byzanz zu suchen, da jeder Streit um die Krone sein Ansehen nur mindern konnte".[2] Erst ungefähr ein Jahr vor seinem Tode sollte ihm gelingen, was er erstrebte; Michael I. erkannte das abendländische Kaisertum an. In dem Brief, den Karl damals dem Byzantiner schrieb, gebrauchte er zum erstenmal den Ausdruck: «Orientale et occidentale imperium».[3] Mit dieser Scheidung war ein Hauptkriterium des Begriffs imperium Romanum — die Vereinigung in einer Hand — aufgegeben. Bewies nicht Karl, wenn er eine solche Scheidung zugab und erstrebte, daß er sich eines Unterschiedes bewußt war? Sein germanisches Kaiserreich ruhte auf anderer Grundlage als das byzantinische, und eben darum sah er keinen anderen Weg, als den: eine gleichberechtigte Stellung für sein Imperium Romanum neben dem oströmischen zu beanspruchen.

Wenn endlich darauf hingewiesen wurde, Karl habe sich an der Anmaßung gestoßen, die in dem eigenmächtigen Vor-

[1] Abel-Simson II, S. 282.

[2] Harnack, l. c.

[3] Ep. 40, S. 415 (Jaffé III).

Digitized by Google

gehen des Papstes lag[1], so übersah man doch wohl die augenblickliche, demütigende Lage des Papsttums: war es möglich, daß derselbe Papst, der noch eben als Angeklagter vor des Königs Gericht sich durch einen Eid hatte reinigen müssen, zwei Tage später, zum Vollgefühl seiner geistlichen Obmacht emporschnellend, Kaiserkronen huldreich vergab, gar mit dem Gedanken, durch diese Gnadenverleihung den Frankenkönig, einen Karl den Großen, zu verpflichten?[2] Leo III. handelte gewiß lediglich als Repräsentant des römischen Gemeinwesens, an dessen Spitze er stand.[3] Für den Augenblick gab er nur dem nie versiegenden Selbstgefühl der Römer Ausdruck, wenn er seinem Retter und Herrn die Krone der Cäsaren bot. Was verleiten konnte, mehr hinter dieser Handlung zu suchen, als der Handelnde selbst empfand, war ein Blick auf die Folgerungen, die das Papsttum später aus ihr zog.

Karl trug die römische Kaiserkrone, und was er etwa an Bedenken gegen seinen neuen Titel gehegt hatte, verschwand vor dem Zauber, den die imperiale Idee noch immer ausstrahlte. Das Universale war ein Hauptzug des gottesstaatlichen Ideals.[4] Vom römischen Reich hatte das Ideal diese Strebung übernommen. Jetzt, wo Staat und Kirche zu einer weiten Einheit sich vermählt hatten, die sich dem Morgenland gegenüber als eine besondere Welt fühlte, war es der Titel des römischen Imperators, der den Universalgedanken des Ideals im Abendland für Jahrhunderte auch politisch fruchtbar machte, indem er ihn dem Gesichtskreis des nordischen Königtums unlöslich einwob. Das Erhabenheitsgefühl Karls wurde durch

[1] So Dahn, Urgesch. d. german. u. roman. Völker, Berlin 1880/89, S. 1080. Thijm, Karl d. Gr., deutsche Ausg., Münster 1868, S. 343. Baxmann, Politik d. Päpste, Elberfeld 1868, I, S. 317. Ranke, Weltgesch. V, 2, 186 u. a.

[2] Mühlbacher, S. 202/203. [3] S. o. S. 10 f. [4] S. o. S. 4 f.

Digitized by Google

den neuen Namen geſteigert; dies beweiſt die Anordnung, die er im Jahre 802, nach ſeiner Rückkehr auf fränkiſchen Boden, traf: vom 12. Jahre an ſollte jeder männliche Unterthan ſeines Reiches das Treugelübde, das er dem König geleiſtet, dem Kaiſer erneuern.[1] Mit ſeinem vollen Titel nannte er ſich ſtolz: «Carolus serenissimus Augustus, a Deo coronatus magnus pacificus imperator, Romanum gubernans imperium, qui et per misericordiam Dei rex Francorum atque Langobardorum». Wie ernſt er es mit ſeinen Herrſcherpflichten, beſonders auch den religiöſen, nahm, hatte er ſchon als König gezeigt. Es wirft ein helles Licht auf den Charakter ſeines Kaiſertums, wenn in den Urkunden nach der Krönung die Invokation „Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geiſtes" immer voranſteht.[2]

Den Zeitgenoſſen aber mußte es dünken, das Reich Gottes wäre wahrhaftig auf Erden angebrochen, ſo wie es der große Auguſtin in ſeiner Civitas Dei erträumt hatte. Es iſt ein ergreifendes Bild, das Alcuin in jener viel citierten Briefſtelle zeichnet, wo der gewaltige Kaiſer, nach all ſeinen Kriegen und Siegen des Friedens froh, inmitten ſeines Volkes thront und jeder vertrauensvoll ſeinem gerechten Spruch, ſeiner heiligen Mahnung entgegenharrt, um beglückt von des Kaiſers Weisheit und Umſicht nach Hauſe zurückzukehren.[3] Der alte treue Freund und Gelehrte kann ſich nicht genug thun, Karl in ſeiner Königspriefterwürde zu feiern. Einmal ruft er mit Plato: «felicia esse regna, si philosophi, id est amatores sapientiae regnarent»[4], oder er ſchreibt ihm, ſeine ganze Auffaſſung vom Kaiſertum zuſammenfaſſend: „Dem Auserwählten wird von Gott die Macht und die Weisheit verliehen: die Macht, damit er die Trotzigen unterdrücke und vor den Schlechten die Niedrigen

[1] Abel-Simſon II, S. 273. [2] Mühlbacher, S. 207/208.
[3] Ep. 191, S. 672. [4] Ep. 170, S. 613.

Digitized by Google

verteidige; die Weisheit, damit er mit frommer Sorgfalt seine Unterthanen regiere und belehre“[1]; denn: „Daß der Fürst des christlichen Volkes alles wissen und predigen muß, was Gott gefällt, ist jedem bekannt“.

Und in dieses Loblied fallen die Dichter am Hofe volltönend mit ein. Ein Theodulf von Orléans besingt Karl geradezu als den Stellvertreter des heil. Petrus:

«Teque sua voluit fungire ille vice
Caeli habet hic claves, proprias te iussit habere;
Tu regis ecclesiae, nam regit ille poli,
Tu regis eius opes clerum populumque gubernas».[2]

Und Alcuin der Dichter jubelt ihm zu:

«Grex est quippe tuus, tu pastor amabilis illi»[3]

und

«Rector et ecclesiae, per te, rex, rite regatur».[4]

Was wollte es da noch bedeuten, wenn er den Papst als «Doctor in orbe pius» und «caput ecclesiae» besang oder gar ihm zurief:

«Tu rege doctrinis, mundi laus, regna per orbem».

In diesen letzten Versen lag ein seltsamer Gegensatz zu den ersten, der niemand ins Auge fiel, dem Dichter selbst am wenigsten. Für den Augenblick war ja das Papsttum verblaßt vor der allüberstrahlenden Sonne des Kaisertums. Demütig versicherte Leo III. den Kaiser: «nos omnes in vestro servitio salvi existere cupimus».[5] Der Papst und der ganze unter ihm stehende Priesterstand waren zurückgeschoben, als wäre es möglich, diese ganze Hierarchie auf die Jenseitigkeit des geistlichen Gebietes zu beschränken. Man ahnte nicht, daß „Weltverneinung und Weltbeherrschung sich gegenseitig bedingten“.[6]

[1] Ep. 191, S. 672. [2] MG. Poetae I, S. 524. [3] Ebendas. S. 247.
[4] Ebendas. S. 257. [5] Jaffé IV. Leonis III. Ep. 2, S. 314.
[6] Heinrich v. Eicken, Geschichte und System der mittelalterlichen Weltanschauung. Stuttgart 1887, S. 129.

Digitized by Google

Zweites Kapitel.

Die Trennung von Staat und Kirche.

Das imposante christlich-germanische Staatsgebilde Karls des Großen war in seiner Eigenart die einzige praktische Lösung, die das Mittelalter für das Verhältnis von Staat und Kirche aufgestellt hat. Die Größe einer Persönlichkeit hatte in sich den Gegensatz geistlicher und weltlicher Gewalt gebändigt — aber nur gebändigt, nicht getilgt. Die Lösung war nur möglich geworden durch das Erscheinen einer riesenhaften Individualität; mit ihrem Verschwinden zerstob sie in nichts; am wenigsten war ein Ludwig der Fromme imstande, die Zersetzung auch nur für ein Jahrzehnt aufzuhalten.

Die Eigenart von Ludwigs Persönlichkeit hat nicht wenig dazu beigetragen, die Entwicklung der geschichtlichen Ereignisse derart zu bestimmen, daß dadurch der Fortschritt der Anschauungen beschleunigt wurde. Die Unselbständigkeit seines Charakters fand ihren Ausdruck in einer bigotten, mönchischen Frömmigkeit, die durch ihre Gewissensbedenken die ohnehin schwache Thatkraft paralysierte. Ein Blick auf seine Kirchengesetzgebung genügt, um den unseligen Zwiespalt seiner Natur erkennen zu lassen. Vor und nach dem Streit mit seinen Söhnen trug sich Ludwig mit kirchlichen Reformgedanken: „Man kam nie über Überlegungen, Worte, Beschlüsse hinaus".[1]

[1] Hauck II, S. 562.

Digitized by Google

Derſelbe Mann, für den durch uralte Gewohnheit die Ernennung der Biſchöfe ein Axiom ſeiner Herrſcherrechte bedeutete, hat in den erſten Jahren ſeiner Regierung das Recht der Gemeinden, ihre Biſchöfe ſelbſt zu wählen, anerkannt. Die Verfügung änderte nichts am bisherigen Zuſtand: „Selbſt die Biſchöfe wußten es nicht anders, als daß es der König iſt, welcher die Leiter der Kirche beſtellt“. Wo aber Wahl der Gemeinden eintrat, „blieb die Beſtätigung oder Ablehnung durch den König die Hauptſache“.[1]

Die Geſchichte der politiſchen Ereigniſſe vollzog in jähem Fortgang die Sprengung des Karolingerreiches und damit auch der Idee ſeiner Einheit. „Jene privatrechtliche Auffaſſung, welche den Staat und das Staatsweſen im König verkörperte“[2], hatte die Aufteilung des Länderbeſitzes unter die leiblichen Erben eines Königs zum germaniſchen Gewohnheitsrecht gemacht. Von den Merovingern übernahmen die Karolinger dieſes Teilungsprinzip: „Karl Martell, Pippin und Karl der Große im Hausgeſetz von 806 hatten das Reich geteilt; nur eine Reihe günſtiger Zufälle, denen wohl auch gewaltthätige Nachhilfe nicht fehlte, hatte trotzdem die Einheit des Reiches bisher gewahrt“. Man hatte gelernt, in dieſer Einheit eine gottgewollte Notwendigkeit zu ſehen: das Ideal des Gottesſtaates forderte ſie nicht minder als der wirtſchaftliche und hierarchiſche Verband der Kirche. So entſtand jenes Erbgrundgeſetz[3], das Ludwig der Fromme im Jahre 817 zu Aachen erließ; ſein Leitgedanke war, der Gefahr einer Teilung unter die drei Söhne des Kaiſers vorzubeugen. Die Meiſterſchaft des Erbvertrags lag darin, daß er eine Teilung aufſtellte, die in Wahrheit keine war. Die einige, oberſte Reichsgewalt blieb ſamt der Kaiſerkrone Ludwigs älteſtem Sohne, Lothar, vorbehalten. Mit Recht

[1] Ebendaſ. S. 563. [2] Mühlbacher, S. 330.
[3] MG. Leg. I, S. 198 ff.

Digitized by Google

hat man das Gesetz auf Rechnung der Geistlichkeit gesetzt.[1] Die Feierlichkeit, mit der im Eingang die «unitas imperii» gleich einem Glaubenssatz festgelegt und ihre Verletzung einer Beleidigung Gottes gleichgesetzt wird, ist der Beachtung wert: sie erklärt zum voraus den geistigen Zwiespalt, dessen Entstehung und Vertiefung im folgenden darzustellen ist.

Am 13. Juni 823 wurde Ludwig von seiner zweiten Gemahlin Judith ein vierter Sohn, Karl, geboren. Der charakterschwache Kaiser war nicht imstande, dem Wunsche seiner Gemahlin, auch diesem Sohne einen eigenen Reichsteil zuzuweisen, zu widerstehen. Nach wiederholten Schwankungen brach Ludwig im August 829 endgültig den Teilungsvertrag von 817; er verlieh Alamannien an Karl. Parteibildungen waren die Folge. Die Häupter der westfränkischen Geistlichkeit waren es vornehmlich, die sich als Einheitspartei mit Lothar, Pippin und Ludwig zusammenschlossen gegen die Anhänger des Kaisers, die man wohl überwiegend im Osten suchen darf. Für Ludwig den Frommen begann jene Reihe von Erniedrigungen, die mit Colmar und Soissons ihren Höhepunkt erreichten.

Während so der Staatsbau Karls des Großen in seinen Voraussetzungen wankend wurde, begann gleichzeitig sein Innengefüge sich unwiderstehlich zu lockern. Entscheidende Fragen tauchten auf, die die Gemüter tief bewegten und einen Umschwung der Anschauung vorbereiteten. Trotz der weisen, vielseitigen Fürsorge Karls hatte die Kirche in ihrem inneren Organismus Schaden gelitten. Er hatte jener Entwicklung nicht Halt geboten, die sich stetig und überall, wo Germanen in die christliche Kirche eingetreten waren, ähnlich vollzog: wie der Frankenkönig seit früher Zeit das Recht geltend machte, die Bischöfe seines Reichs zu ernennen — ein Recht, das der Gleichsetzung von Kirchengut und Königsgut (Staatsgut) naturgemäß

[1] Hauck II, S. 492.

Digitized by Google

entſprang — ſo beanſpruchte der fränkiſche Grundbeſitzer, für die von ihm auf ſeinem Grund und Boden errichtete und im Stand erhaltene Kirche den Prieſter ſelbſt ernennen zu dürfen. Unter der Rechtsform des Eigentums verlangte er die Kirchherrſchaft.[1] So entſtand die kirchenrechtliche Inſtitution der Eigenkirche, deren Sieg im Frankenland ſeit dem Ende des 7. und dem Anfang des 8. Jahrhunderts entſchieden war. Es leuchtet ein, welche Gefahr der kirchlichen Hierarchie durch dieſe Einrichtung drohte. Das römiſche Kirchenrecht gebot: jeder Prieſter ſoll dem Biſchof ſeiner Diözeſe unterthan ſein; die germaniſche Rechtsanſchauung ſtellte den Prieſter der Eigenkirche unter den Grundherrn. Die nächſte Folge war, daß der Einfluß des Biſchofs auf dem Lande allmählich faſt ganz verſchwand und ſich auf die Städte beſchränkte; der Eigenprieſter war völlig in die Hand ſeines Herrn gegeben und ſank meiſt zu einer Knechtſtellung herab, die weder ſeiner würdig noch dem Anſehen der Kirche förderlich war. Seit Pippin und Karlmann war die Eigenkirche ein Gegenſtand der Geſetzgebung.[2] „Die Intereſſen des Königtums waren geteilt; als Großkirchenbeſitzer ſtand es auf ſeite der Grundherren, als Hüter der ſtaatlichen und kirchlichen Ordnung neigte es ſich den Biſchöfen zu.“[3] Karl der Große legte die Grundlage der Eigenkirchengeſetzgebung. Seine wichtigſte Verordnung war das Verbot der Zerſtörung einer Eigenkirche.[4] Dadurch, daß er ferner dem Biſchof die Befugnis einräumte, den vom Grundherrn ernannten Kleriker zu beſtätigen und zu beaufſichtigen[5], ſuchte er der kirch-

[1] Stutz, Die Eigenkirche als Element des mittelalterlich-germaniſchen Kirchenrechts, Berlin 1894, S. 17.

[2] Stutz, Geſchichte des kirchlichen Benefizialweſens, Berlin 1895, S. 216 ff.

[3] Stutz, Eigenkirche, S. 21.

[4] Stutz, Geſch. d. k. B., S. 224.

[5] Stutz, ebendaſ. S. 227 ff.

Digitized by Google

herrlichen Willkür zu steuern. Die Folgezeit bewies, daß weder Grundherren noch Geistliche mit dieser Regelung am Ziel ihrer Wünsche waren.

Eng verknüpft mit der Frage der Eigenkirchen war die des Kirchenguts. Obwohl ein Recht der fränkischen Könige auf das Kirchengut nicht zu erweisen ist[1], verfügten sie doch seit Chlodovech frei darüber[2] —, einfach weil, wie schon oben berührt wurde, die staatsrechtliche Anschauung der Franken Kirchengut als Staatsgut erachtete. Im Prinzip konnte die Kirche das Verfügungsrecht niemals zugeben. Das beweist ihre nachmalige Verdammung der sogenannten Säkularisationen Karl Martells. Hatten es sich die Könige bisher an Einzelverfügungen genügen lassen, so bewerkstelligte jener eine Einziehung des Kirchenguts von solchem Umfang, daß die Kirche geschädigt wurde. Zweifellos wurden den Bistümern und Klöstern außer ihrem Gute auch Kirchen entfremdet. Die Zusage Karlmanns auf der Synode von 742, den entfremdeten Besitz wieder herzustellen und zurückzugeben, scheiterte an der Unmöglichkeit ihrer Durchführung; sie hätte die Interessen des Staates aufs empfindlichste getroffen. Die zurückbehaltenen Güter sollten als Prekarien gelten; damit war wenigstens das Eigentumsrecht der Kirche anerkannt.[3] Erst Karl zog auch diese Frage in den Rahmen seiner Gesetzgebung. Er verzichtete zwar keineswegs auf die Verfügung über das Kirchengut; aber er suchte die Einkünfte der Kirche sicher zu stellen, indem er von den Grundherrn dieselbe gewissenhafte Leistung des Zehnten verlangte, wie er sie den Verwaltern der Königshöfe anbefahl.[4] Eine allgemeine Befolgung dieser Vorschriften hat er freilich niemals erreicht.

[1] Ebendas. S. 182 ff. [2] Hauck I, S. 397 ff.
[3] Hauck I, S. 516. [4] Hauck II, S. 223.

Digitized by Google

Beide Fragen, die der Eigenkirchen und die des Kirchenguts, treten schon in den ersten Regierungsjahren Ludwigs des Frommen gebieterisch in den Vordergrund. Das Maß ihrer Bedeutung erhellt daraus, daß ihnen die ersten publizistischen Schriften des Mittelalters gewidmet sind.

Agobard, Erzbischof von Lyon (geboren um 769; 816 Erzbischof von Lyon; gestorben 840); hat zuerst in einer Reihe von Schriften die Zeitfragen zum Gegenstand seiner Betrachtung gemacht.[1] Er kämpfte aus voller Überzeugung für die Würde der Kirche, die er in ihrem materiellen und geistigen Bestand bedroht sah. Seine Schriften sind deshalb in diesem Zusammenhang überaus wertvoll, weil sein Gegenstand ihn zwingt, sich in das Grenzverhältnis des geistlichen und weltlichen Gebiets mehr und mehr zu vertiefen.

Ein offenes Sendschreiben Agobards, wohl zwischen 815 und 820 an Erzbischof Bernard von Vienne gerichtet, handelt «De privilegio et iure sacerdotii».[2] Es läßt tief in die zerrütteten Zustände der Kirche und der Zeit überhaupt blicken, wenn Agobard es für nötig hält, die Würde des Priestertums vor den Augen seiner Zeitgenossen historisch zu begründen. Mit Anlehnung an 1. Petri 2, 9 geht er aus vom allgemeinen Priestertum aller Gläubigen: «sunt sub capite summo unus sacerdos». Ganz augustinisch verfolgt er dann die «gradus» des «commune sacerdotium» von Kain und Abel über Noah, Melchisedek u. s. f., die alle Altäre gebaut haben.[3] Wie auch Hieronymus bezeugt, waren vor dem Gesetz: «omnes primogeniti . . . sacerdotes».[4] Das Gesetz erst bestimmte zur

[1] Vergl. über ihn Ebert, Allg. Geschichte der Litteratur des Mittelalters im Abendlande, Bd. II, Leipzig 1880, S. 209 ff. Dümmler, Neues Archiv für ältere deutsche Geschichtsk., Hannover 1876 ff., IV, S. 263. Marks, Die politisch-kirchl. Wirksamkeit d. Erzb. Agobard v. Lyon, Gymnasialprogr. Viersen 1888.

[2] Agobardi Opera ed. Baluzius, Paris 1666, S. 122 ff.

[3] l. c. S. 123. [4] l. c. S. 126.

Digitized by Google

Prieſterſchaft ausſchließlich den Stamm Levi.[1] Damit iſt ein eigener Prieſterſtand von Gott erleſen, deſſen Schädiger und Verächter — nach Beiſpielen des alten und des neuen Teſtaments — ſchwere Strafe trifft. Von dort an ſind Geiſtliche und Laien endgiltig geſchieden; es iſt wichtig, wie tief Agobard dieſen Unterſchied faßt: «quamquam aeterna vita plus digni sunt iusti populares, quam iniusti sacerdotes; tamen sacramento, in quibus salus populi consistit, agere possunt iniusti sacerdotes, quod non possunt iusti populares».[2] Was ihn zwingt, ſo ſcharf zu formulieren, iſt die Verderbtheit ſeiner Zeit. Im folgenden enthüllt er denn auch das Eigenprieſtertum als den Grund zur Entwürdigung und Verweltlichung des Klerus: «increbuit consuetudo impia, ut paene nullus inveniatur anhelans et quantulumcumque proficiens ad honores et gloriam temporalem, qui non domesticum habeat sacerdotem, non cui oboediat, sed a quo incessanter exigat licitam simulatque illicitam oboedientiam non solum in divinis officiis, verum etiam in humanis».[3] Er entwirft eine beißende Schilderung von den unwürdigen Dienſten dieſer Prieſter und faßt ſeine Entrüſtung ſcharfſinnig dahin zuſammen: «Quod non habeant eos propter honorem, apparet ex hoc, quod non habent eos in honore».[4] Agobard verhehlt ſich freilich auch nicht die Unfähigkeit und Unwiſſenheit vieler Prieſter: ſie hängt zuſammen mit jener Erniedrigung des Standes. Zum Schluß betont er nochmals die Wirkung des Sakraments, auch wenn es von unwürdiger Hand geſpendet wird.

Während dieſe Schrift ihre Spitze vornehmlich gegen die adlige Laienwelt kehrt, geißelt ein Brief an die Kleriker und Mönche von Lyon «De modo regiminis ecclesiastici»[5]

[1] l. c. S. 127/28. [2] l. c. S. 129. [3] l. c. S. 134.
[4] l. c. S. 135. [5] Bal. S. 210 ff.

Digitized by Google

aufs empfindlichſte die Schäden der Geiſtlichkeit. Die Hingabe an die Äußerlichkeiten der Welt wird ſchroff gerügt. Was Agobard gegen dieſe Verweltlichung ins Feld führt, iſt die Hoheit der Kirche, die er nicht müde wird, in ſymboliſchen Namen zu feiern, und die Hoheit des Kirchenregiments. Hat er in der vorigen Schrift die Prieſterwürde hiſtoriſch begründet, ſo hier moraliſch. Auch dieſer Weg führt ihn zu einer beſtimmten Formulierung, die freilich nicht neu iſt — ſchon bei Alcuin hatte ſie angeklungen[1] — aber die in dieſem Zuſammenhang, wo es ſich darum handelt, dem Prieſter die ganze Höhe ſeiner Stellung vorzuführen, vielſagend iſt: Der Beruf des Prieſters iſt das «regimen animarum». Die Verantwortung für dieſes Seelenregiment iſt groß, ſo groß, daß ein falſcher Seelenlenker nicht «amicus sponsae» (i. e. ecclesiae), ſondern «adulter» iſt.[2] Gegen den Schluß wird auch hier gemahnt, einen ſchlechten Hirten zu ertragen. «Haec verba . . . omnibus necessaria sunt, ab illo qui sedet in solio usque ad eum, qui laborat ad molam.»[3]

In einer dritten Schrift, im «Liber de dispensatione ecclesiasticarum rerum»[4] — wahrſcheinlich nach 823 an einen Amtsbruder gerichtet — beſchäftigt ſich Agobard mit der Frage des Kirchenguts. Auch für dieſen Gegenſtand erbringt er eine hiſtoriſche Begründung[5]: «Postquam enim diffusa est Ecclesia Dei toto orbe terrarum, et coepit exaltari ac magnificari per omnes regiones et nationes, coeperuntque templa erigi a fidelibus imperatoribus ac regibus atque episcopis, vel ceteris potentibus, ditarique rebus et thesauris ornari». Es war folgerichtig, daß die Fürſten Geſetze erließen, die Biſchöfe canones aufſtellten «de rebus sanctificatis i. e. sacris locis deputatis», um ihren

[1] S. o. S. 32. [2] l. c. S. 217. [3] l. c. S. 220. [4] Bal. S. 268 ff.
[5] l. c. S. 270.

Digitized by Google

Bestand vor jedem sicher zu stellen. Die von den Bischöfen festgelegten, von den Fürsten bestätigten («oboedientia principum») canones besiegeln für alle Zeit die Unantastbarkeit des Kirchenguts.[1] Der rechtshistorischen Erläuterung schließt Agobard von Kapitel 7 eine biblisch-historische an. Dem auserwählten Priesterstand der Leviten (s. o.) hat der Herr für jedes dritte Jahr einen Zehnten verordnet. «Iussit etiam Dominus, ut sacerdotibus et Levitis darentur ab omnibus filiis Israel urbes ad habitandum.» Dieser Besitz ist ihnen verblieben bis Jerobeam, «qui peccare fecit Israel», daran getastet hat: «tunc primum electi sunt sacerdotes Domini». Mit zahlreichen Bibelstellen gewaffnet, führt Agobard die Geschichte des Kirchenguts durchs ganze alte Testament, mit dem Hinweis: «Si omnipotens Deus consecrari sibi homines, animalia vel agros nollet, nunquam hoc vel in veteri praeciperet, vel in novo fieri permitteret testamento».[2] Jetzt freilich sei alles anders geworden.[3] Agobard findet den Grund auch für diesen Umschwung im Eigenkirchentum, dessen Unwesen er grell beleuchtet: «Nunc non solum possessiones ecclesiasticae, sed ipsae etiam ecclesiae cum possessionibus venumdantur». Von Kapitel 18 an beginnt die Beweisführung mit neutestamentlichen und kanonischen Belegstellen.[4] Agobard versäumt nicht, den 26. Kanon von Chalcedon in Erinnerung zu bringen, wonach Laien nicht einmal Verwalter, geschweige denn Besitzer von Kirchengut sein dürften. Auch den Zweck des Kirchenguts erweist er aus den canones: «ut in alienis egenis, in sustentandis clericis, in reparandis fabricis, atque in rectorum supplendis necessitatibus expenderentur».[5] Und Kapitel 24 sagt er, an eine Stelle im 1. Korintherbrief

[1] l. c. S. 271. [2] l. c. S. 276/277. [3] l. c. S. 282. [4] l. c. S. 288.

[5] Vergl. Migne, Bd. 106, S. 204. Jonas, De institutione laicali cap. 9: Pontificum sane ministerium est u. s. f.

Digitized by Google

erinnernd: «Dominus ordinavit, ut hi, qui evangelium annuntiant, de evangelio vivant».[1] Daraufhin hat sich bei den Gläubigen der lobenswerte, heilige Brauch eingebürgert, die Kirchen zu beschenken «quatenus ipsa Ecclesia de suo pascat praedicatores suos et choros minstrorum turbasque pauperum ac multitudinem confluentium peregrinorum». Wenn es aber schon verboten ist, nach dem Gut des Nächsten zu trachten, wie viel mehr nach dem Gottes?[2]

Die Verteidigung von Priestertum und Kirche hatte Agobard in den dargelegten Schriften dazu geführt, den Priesterstand aus seiner demütigenden, einflußlosen Lage als Stand von eigenen heiligen Pflichten neben die Laienschaft zu stellen. Indem er überdies das Besitzrecht der Kirche entscheidend verfocht, begann er sie in ihrem persönlichen und wirtschaftlichen Bestand aus der seitherigen Verquickung mit dem Staat zu lösen, um sie als eigenen Organismus neben diesen treten zu lassen. Wie ernst es ihm mit seinen Ansichten war, wird zur Genüge dadurch bewiesen, daß er auf der Reichsversammlung von Attigny, im August 822, den Gedanken einer vollen Restitution des Kirchenguts anzuregen wagte.[3]

Agobard war nicht der einzige, den seine Gedanken soweit führten. Wala, der Abt von Corbie, erschien auf einer Zusammenkunft geistlicher und weltlicher Großer, im Winter 828/29, mit einer Schedula, in der er sich zur Unterstützung seines Gedächtnisses kurz notiert hatte, über welche Reichsschäden er sprechen wolle.[4] Der Biograph Walas, Paschasius Radbertus[5], berichtet, was er damals

[1] l. c. S. 294. [2] l. c. S. 295.

[3] Simson, Jahrbücher des fränk. Reichs unter Ludwig d. Frommen, Leipzig 1874/76, I, S. 181. Stutz, Gesch. d. k. B., S. 238 ff.

[4] Simson I, S. 300/301. Hefele, Konziliengeschichte, 2. Aufl., Freiburg 1873 ff., Bd. IV, S. 53.

[5] Ebert II, S. 243 ff. Wattenbach, Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter, 6. Aufl., Berlin 1893, I, S. 251/52.

Digitized by Google

vorbrachte.[1] Es hieße in der Kritik Radberts zu weit gehen, wollte man die von ihm überlieferten Äußerungen Walas inhaltlich in Zweifel ziehen. Sie ergänzen und bereichern Agobards Gedanken, indem der König in die Frage des Kirchenguts mit hineinbezogen wird. Man ist überrascht, in den Worten Walas jene neue Auffassung, die sich aus Agobards Schriften nur andeutungsweise ergab, bereits nahezu formuliert zu finden.

Der Gedanke des einheitlichen Gottesstaates war einem Wala, der in den letzten Jahren Karls Hof einflußreich nahe gestanden hatte[2], zu sehr eingewachsen, als daß er nicht von ihm seinen Ausgang hätte nehmen sollen.[3] Der Gottesstaat zerfällt für ihn deutlich in zwei Stände (ordines), deren Pflichten in der Weise geteilt sind, daß dem einen die Ordnung der Lehre (ordo disciplinae), dem andern das Wohl des Staates (status reipublicae) am Herzen liegen muß. Demnach giebt es eine göttliche Innenthätigkeit, eine menschliche Außenthätigkeit im Gottesstaat: «his duobus totius ecclesiae status administratur ordinibus». Die menschliche Außenthätigkeit bedeutet in ihrer Gesamtheit den Rechtskreis des Kaisers: «nec aliena gerat, sed ea quae sui iuris competunt propria»; die göttliche Innenthätigkeit ist Sache der Bischöfe und Priester: «specialius, quae Dei sunt, agant». Entsprechend seiner Aufgabe hat der König im Reiche solche Beamte (rectores) zu bestellen, die im Gesetz bewandert und treu bewährt sind: „Nicht nach eigenem Gutdünken diejenigen, die ihm schmeicheln, sondern die die Habsucht hassen und Gott und die Gerechtigkeit lieben". Seines Amtes ist es: „Immer was richtig und gerecht ist, zu verfügen, und was verkehrt ist, zu

[1] Vita Walae, MG. SS. II, S. 547 ff.

[2] Simson I, S. 19/21.

[3] Was er l. c. S. 548 als «ecclesia» bezeichnet, kann nur als eine Einheit von Staat und Kirche gefaßt und etwa mit „Gottesstaat" übersetzt werden.

Digitized by Google

beſſern"; auf ihm beruht «totius stabilimentum regni» — allerdings mit der bedeutſamen Einſchränkung: «in divinis autem ne ultra te ingeras quam expediat». Von hier kommt Wala auf das Kirchengut zu ſprechen. Durch Verfügung über kirchliches Gut hat der König ſich in die Sphäre der göttlichen Innenthätigkeit gemiſcht («in divina te transmittis»), die ja den Dienern der Kirche vorbehalten iſt. Was helfen all ſeine Schenkungen, wenn er ſie durch ſeine Eingriffe zu Laſten der Kirche macht? «Quod si res Domino iure elemosynarum consecratae sunt, ecclesiarum eius sunt: quia suis pauperibus et specialiter sibi servientibus legaliter datae sunt.» Das Kirchengut iſt alſo unantaſtbares Eigentum der Kirche. Unmittelbar anſchließend fährt Wala fort: «Si autem benedictiones et Spiritum sanctum, quem digne Deo electi deinceps a Domino et a sacris consecratis praesulibus percepturi sunt, auctoritate divina dare te existimas, noveris, quod extra tui officii est, quod praesumis». Den Zuſammenhang dieſes Satzes mit dem vorhergehenden vermag ich nur ſo zu erklären, daß Wala ſagen will: Willſt du vor dem Kirchengut nicht Halt machen, ſo mußt du es vor ſeinen Inhabern, den Prieſtern; denn du darfſt dir nicht einbilden, daß du es biſt, der ihnen kraft göttlicher Autorität auch die geiſtliche Weihe verleihen kann. Seine Äußerung muß in Verbindung gebracht werden mit einer anderen Klage, von der uns ſein Biograph erzählt: «Detestatus est, quod episcopatus secundum canonicam auctoritatem non rite daretur neque electio servaretur.»[1] Offenbar rührt Wala an die Frage, die ſpäter zur Kernfrage des Streits von König und Kirche geworden iſt, an die Inveſtitur. Hätte ſie ſich ihm ſchon klar geſtellt, ſo hätte er, wie aus dieſem einen Streiflicht hervorgeht,

[1] MG. SS. II. Vita Walae II, Kap. 4, S. 550.

Digitized by Google

auch nur den einen Weg der Scheidung von «spiritualia» und «temporalia» finden können. Auf dem Weg solcher Scheidung lag ja, freilich damals unter anderen kirchenrechtlichen Verhältnissen, die von ihm angeregte Forderung freier Bischofswahl. — Für jetzt hatte er nur soviel gefolgert, daß der König nicht beanspruchen könne, auch Spender der geistlichen Segnungen zu sein. Der würdelose Zustand des Klerus bringt ihn zu dem Gedanken, ähnlich, nur viel tiefer als Agobard, die göttliche Eigenart des Priesterstandes hervorzukehren, die dem Eingriff weltlicher Hände verwehrt sein muß. Darum spricht er es offen aus: es muß die Grenze beider Sphären, der geistlichen und der weltlichen, streng gezogen werden; es muß ein «modus» gefunden werden, der dem König und seinen Beamten verbietet, in das Geistliche, Göttliche, einzugreifen, «quoniam in his non nisi divina consideranda sunt, et salutis nostrae documenta». So wenig es dem König und seinen Dienern gestattet ist, über die Person des Priesters zu verfügen, ebensowenig soll es ihnen erlaubt sein, über das Kirchengut nach Willkür zu verfügen: «Ideo identitas est paene et in rebus ecclesiarum». Wala vergleicht den Gottesstaat gewissermaßen mit einer Doppelherrschaft: «Habeat igitur rex rempublicam libere in usibus militiae suae ad dispensandum, habeat et Christus ecclesiarum quasi alteram rempublicam, omnium indigentium et sibi servientium usibus suis commissam ministris fidelibus». Damit war die Einheit des Gottesstaates in der Theorie zerrissen: der Staat unter dem König, die Kirche unter Christus, war das vorläufige Neuergebnis. Das Ernennungsrecht der Verwalter von Christi «respublica» bestreitet Wala dem König nicht: «hoc sit regis officium, ut talibus committatur (offenbar altera respublica), qui et fideliter dispensent et sapienter provideant». Hier brach die Praxis durch

Digitized by Google

Walas Theorie; er mußte den «saeculares viri» zugeben, daß, da nun einmal der Staat ohne Inanſpruchnahme des Kirchengutes nicht beſtehen könne[1], ein Modus gefunden werden müſſe, «si quid vos vestrique ab ecclesiis ob defensionis magis, quam ad rapinam accipere debeatis». Er dachte jedenfalls an Prekarienverleihung. —

Der Diakon Florus von Lyon[2], ein Kleriker Agobards, hat — wohl um dieſe Zeit — die freie Wahl der Biſchöfe in einer beſonderen Schrift: «De electionibus episcoporum» verteidigt. Aus einer Reihe von Sentenzen der Kirchenlehrer weiſt er nach: «legitime praefuisse universo populo deinceps omnes ecclesiarum Dei antistites absque ullo consulto mundanae potestatis, a temporibus apostolorum, et postea per annos fere quadringentos». Erſt allmählich ſei es in einigen Königreichen von der «integra et rata ordinatio» dazu gekommen: «ut consulto principis ordinatio fieret episcopalis». Dies ſei geſchehen «propter pacem et concordiam mundanae potestatis», widerſpreche aber der allein wahren Ordination, «quae nequaquam regis potentatu, sed solum Dei nutu, et ecclesiae fidelium consensu, cuique conferri potest». Jeder Fürſt vergeht ſich, wenn er glaubt, «suo beneficio» verleihen zu können, was doch nur die göttliche Gnade geben kann. Das was ſeines Amtes iſt, hat nicht vorauszugehen, ſondern nachzufolgen: «ministerium suae potestatis in huiusmodi negotium peragendo adiungere debeat, non praeferre». Gemeint ſein kann nur die Beſtätigung von ſeiten des Fürſten nach vollzogener Wahl. Darauf ſcheint mir auch die Entſchuldigung am Schluß zu paſſen: „Alles dies ſagen wir nicht, um die Macht des Fürſten zu mindern, oder um gegen die heilige Sitte des Königtums

[1] l. c. S. 549.

[2] Ebert II, S. 268 ff. Agob. Op. ed. Bal. II, Anh.

Digitized by Google

etwas vorzubringen, sondern damit klar erwiesen werde, daß in dieser Sache die göttliche Gnade genüge, menschliche Macht aber, wenn sie sich nicht mit ihr im Einklang befindet, nichts vermag."

Ein eigentümliches Schauspiel vollzieht sich vor unseren Blicken: die Kirche — in ihren wirtschaftlichen und moralischen Existenzbedingungen bedroht — gewinnt Verfechter, die, während sie sich in die Aufgabe der Verteidung vertiefen, unbewußt vor die Kernfragen des Verhältnisses von Staat und Kirche treten. Sie lösen diese Fragen harmlos, mit den dürftigsten Konsequenzen, wie es eben ihrer Unbewußtheit und der Neuheit des Stoffes entspricht. Gleichwohl drängt sie ihre Geistesarbeit Schritt für Schritt einer neuen Auffassung entgegen, die weit entfernt ist von den Gedanken des Königspriestertums, wie sie unter Karl herrschend waren. Die Lücke des Gedankengangs, die der große König ausgefüllt hatte, war neu und unheilbar aufgebrochen, seit sein kraftloser Sohn im Reich gebot. Ein Heer von Mißständen zerrüttete unter Ludwig das Land, ohne daß er im stande gewesen wäre, ihrem Wüten ein Ziel zu setzen. „Mit der Schwäche des Regenten, der gegenseitigen Eifersucht der Großen, der Verweltlichung des Klerus, der Habsucht der Beamten, dem überall um sich greifenden Eigennutz, dem Schwert und der Brandfackel wilder Feinde, schien auch die Natur sich verschworen zu haben, den allgemeinen Verfall zu beschleunigen."[1] Hungersnot, Mißwachs, Pest und Kälte quälten die Bevölkerung mit unerhörter Härte. Angesichts dieser fürchterlichen allgemeinen Not entschlossen sich Ludwig und Lothar, den der Vater 823 zum Mitkaiser erhoben hatte, vier Provinzialkonzilien für das ganze Reich auszuschreiben.[2] In Mainz, Paris, Toulouse und Lyon sollten die Erzbischöfe ihre Suffragane versammeln, um

[1] Simson I, S. 301 ff. [2] Ebendas. S. 309 ff.

Digitized by Google

die Schäden an Religion und Moral, in Kirche und Staat von Grund aus zu unterſuchen und den Mitteln zur Abhilfe nachzuforſchen. In ihrem Sendſchreiben «ad episcopos quatuor provinciarum»[1] legen die beiden Kaiſer demütigende Selbſtbekenntniſſe über ihre Unterlaſſungsſünden ab. Als vornehmſte Aufgabe der Synoden ſoll die gelten, daß geiſtlicher und weltlicher Stand unterſuchen ſollten, was jeder wider Gottes Gebot verfehlt habe. Nur die Akten der Pariſer Synode ſind uns erhalten.[2] In ihnen iſt das Geſamtergebnis jener Wandlung niedergelegt, die binnen rund 15 Jahren in den Anſchauungen der Zeit ſich vollzogen hatte. Der Redaktor dieſer Akten war Erzbiſchof Jonas von Orléans.[3] Er hat in einer um 834 verfaßten Schrift: «De institutione regia» die Pariſer Synodalakten für Ludwigs Sohn Pippin exzerpiert.[4]

Die Vorrede der Akten giebt einen Überblick über die Schäden des Reiches, die der Verbeſſerung bedürfen. Die Einſicht in dieſe Übel hat die Kaiſer zur Berufung der Synode vermocht, um als orthodoxe Diener Chriſti den ihnen zu Leitung und Schutz vertrauten Gottesſtaat («ecclesiam, quam Christus ... gloriosis Augustis regendam tuendamque committere ... voluit») von ſeinem Elend zu heilen.[5] In dem Wunſche «totius ecclesiae sibi commissae generalitati consulere», entſchloſſen ſie ſich, das Geſchäft der Verſöhnung mit Gott denen zu übertragen, «per quos homines ... de filiis irae filii adoptionis efficiuntur». Bezeichnender Weiſe wird dieſer Entſchluß der Fürſten motiviert mit der Einſicht: «idque sui offici non esse humiliter diiudicantes». Schon dieſe eine Äußerung zeigt zur Genüge, wie das Bewußtſein der Geiſtlichkeit als eines ge-

[1] Manſi, Conciliorum collectio, Florenz u. Venedig, 1759/98, XIV, S. 529 ff.

[2] Manſi, l. c. Simſon I, S. 312. Dümmler, Geſchichte des oſtfränk. Reichs, 2. Aufl., Leipzig 1887/88, I, S. 48 ff.

[3] Ebert II, S. 225 ff. [4] Ebert, l. c. S. 227. [5] Manſi, l. c. S. 534.

Digitized by Google

ſchloſſenen, hochgeſtellten Standes gegenüber der Ohnmacht des Königtums geſtiegen war. Ausdrücklich wird ihre Gewalt zu binden und zu löſen betont: «Hos quippe constat vicarios esse apostolorum et luminaria mundi». Dem Wunſch der Fürſten folgend, haben nun die Biſchöfe in drei Büchern ihre Meinungen zuſammengefaßt.

Ausgegangen wird auch in dieſen Kapiteln von der Einheit des Gottesſtaates. «Primum igitur, quod universalis sancta Dei ecclesia unum corpus manifeste esse credatur, eiusque caput Christus, apostolicis oraculis approbamus.»[1] Dieſe Einheit aber zerfällt in ſich auf zwei ausgezeichnete Perſonen, nämlich die persona sacerdotalis und die persona regalis: das Prieſtertum und das Königtum. Mit der Feſtlegung dieſer Scheidung war der Gedanke des Königspriſtertums aufgegeben. Hier zum erſtenmal im Mittelalter wird das Verhältnis der beiden Gewalten in einer ſcharfen Trennung erfaßt und wiederum hier zum erſtenmal wird in unmittelbarer Anknüpfung die Rangfrage beider mit dem Satz entſchieden, den einſt im Jahr 493 Papſt Gelaſius I. an den oſtrömiſchen Kaiſer Anaſtaſius ſchrieb, und der von jetzt an faſt in allen Synodalakten des 9. Jahrhunderts wiederklingt[2]: „Zwei Gewalten ſind es, erlauchter Kaiſer, von denen die Welt geleitet wird, die heilige Autorität der Prieſter und das Königtum. Von dieſen iſt aber die erſtere um ſo gewichtiger, als die Prieſter auch über die Könige vor Gottes Richterſtuhl Rechenſchaft ablegen müſſen."

So ſicher es iſt, daß damit die Erhöhung des Prieſtertums über das Königtum ausgeſprochen war — darum auch die Folgerung: „Da ſich nun dies ſo verhält, haben wir beſchloſſen,

[1] Manſi, l. c. S. 537. [2] Manſi l. c.

Digitized by Google

zuerst von der priesterlichen, hernach von des Königs Person zu reden" —, so gewiß ist es andererseits, daß die Worte nicht im Vollbewußtsein ihrer tiefen Konsequenzen hier zitiert worden sind. Noch dachte niemand daran, daß jener Satz praktisch auf die gegebenen Verhältnisse anzuwenden sei. Noch ward jene Überhöhung nur moralisch, nicht politisch verstanden. In der Einleitung war ja doch die generalitas ecclesiae unbedenklich der Leitung der Kaiser zugesprochen worden, und im Kapitel 30 des ersten Buches heißt es, Kaiser Ludwig habe befohlen (iussum), daß die Bischöfe wackere Krieger Christi erziehen sollten[1]; noch deutlicher war die Befehlsgewalt in der Kirche dem Kaiser im 3. Buch, Kapitel 22, zugestanden, wenn er aufgefordert wurde: «in bonis pastoribus rectoribusque in ecclesiis Dei constituendis magnum studium atque sollertissimam adhibeatis curam».[2]

Aber auch moralisch bedeutete die Erhöhung der geistlichen Gewalt, wie sie hier ausgesprochen war, genug: sie bewies, daß der Gedanke des Königspriestertums sich in voller Auflösung befand. Dementsprechend entwirft auch das zweite Buch der Akten „von des Königs Person und Amt" ein recht verschwommenes Bild.[3] Über des Königs Person erfahren wir, daß sie gerecht und barmherzig sein soll: «si his caruerit, non rex, sed tyrannus est».[4] Seine erste Tugend soll die Selbstbeherrschung sein. Das erste Kapitel schließt mit der Drohung: „Doch mag er wissen, daß er, wie er auf dem Throne als erster der Menschen eingesetzt ist, so auch, wenn er nicht Gerechtigkeit geübt hat, in der Strafe den ersten Platz haben wird".[5] Höher konnte seine Person nicht gestellt werden, als es mit der Be-

[1] Manſi, l. c. S. 558.
[2] Manſi, l. c. S. 601. [3] Manſi, l. c. S. 574 ff.
[4] Aus Isidori Sententiae, cap. 48.
[5] Manſi, l. c. S. 576.

Digitized by Google

zeichnung „erſter der Menſchen“ geſchah. Des Königs Amt iſt mit nicht weniger allgemeinen Worten umſchrieben. Die Hauptaufgabe ſoll ihm die Verteidigung von Kirchen und Prieſtern ſein.[1] Noch immer gilt ſein Beruf als ein von Gott geſetzter: „Er muß wiſſen, daß die Sache, die er gemäß dem ihm anvertrauten Amt verwaltet, nicht der Menſchen, ſondern Gottes Sache iſt.“[2] Die Anſchauung, daß des Königs Amt auch kirchliche Rechte und Pflichten in ſich ſchließt, iſt nicht verdrängt. Dafür zeugt ein merkwürdiges Citat aus Iſidor: «Principes saeculi nonnunquam intra ecclesiarum potestatis adeptae culmina tenent, ut per eandem potestatem disciplinam ecclesiasticam muniant» und «qui intra ecclesiam positi contra fidem et disciplinam agant, rigore principum conterantur»; denn: «eorum potestati suam ecclesiam credidit». Die Praxis des kirchlichen Gewohnheitsrechtes, die dem König ſeit Jahrhunderten die Kirchgewalt einräumte, blieb unerſchüttert; die Theorie machte mit ihren Konſequenzen Halt, wo immer die Übermacht der Praxis es ihr gebot. Solange man die unmittelbare göttliche Einſetzung verkündigte, und ein jeder «utpote membrum capiti» gehorchen ſollte[3], war die Rangfrage von geiſtlicher und weltlicher Gewalt noch immer nicht zu tief erfaßt. —

Was den in Paris verſammelten Biſchöfen das wichtigſte war, hoben ſie im 3. Buch der Akten, wo nach einem Auszug der beiden vorhergehenden Bücher als Ergebnis 20 Artikel von Forderungen und Bitten der Synode formuliert wurden, noch einmal deutlich hervor: «specialiter unum obstaculum ex

[1] Manſi, l. c. S. 577.

[2] Vergl. cap. 5, S. 580: «Non ab hominibus sed a Deo regnum terrenum tribuatur» und S. 551: «Qui pie et iuste et misericorditer regnant, per Deum regnant».

[3] Manſi, l. c. cap. 8, S. 585.

Digitized by Google

multo tempore cognovimus id est, quia et principalis potestas, diversis occasionibus intervenientibus, secus quam auctoritas divina se habeat, in causas ecclesiasticas prosilierit, et sacerdotes . . . in saecularibus negotiis . . . se occupaverint».[1] In einer genauen Scheidung des geiſtlichen und weltlichen Gebiets erblickte alſo auch dieſe Synode, wie ſchon Wala, die einzige Löſung der entſtandenen Schwierigkeiten.

So darf denn als Reſultat des geſchichtlichen Fortſchritts der Anſchauungen bis zum Jahr 829 aufgeſtellt werden, daß die Einheit des Gottesſtaats, die noch immer an der Einheit des fränkiſchen Reiches einen gewiſſen Rückhalt hatte, in der Theorie zwar brüchig geworden war, ohne aber prinzipiell aufgegeben zu werden. Schwankend und unklar erwies ſich die Meinung darüber, wer in Gottes Reich die höchſte, wenn auch nicht, wer die leitende Perſon ſei. Die Unklarheit entſtand daraus, daß der Kampf der Kirche um ihren materiellen und ſittlichen Beſtand und der Mangel einer kräftigen Herrſcherhand den Gedanken ausgelöſt hatte, die Kirche als ſelbſtändige, göttliche Einrichtung der Verſchlingung mit dem Staat zu entziehen. Das ſo erſtehende Neuverhältnis fand keine klare Normierung, weil in Wirklichkeit jene Verſchlingung in der Perſon des Königs fortbeſtand und eben darum auch der Gedanke des Königsprieſtertums, wie die folgenden Unterſuchungen zeigen werden, keineswegs erloſchen war. So vertiefte ſich zwar die oberflächliche Scheidung Alcuins in «potestas saecularis» und «potestas spiritualis»[2] oder auch «potestas sacerdotalis» und «potestas regalis» zu den realeren Begriffen: «persona regalis» und «persona sacerdotalis»; auch wollte es ungleich mehr beſagen, wenn das Prieſtertum

[1] Manſi, l. c. cap. 26, S. 603. [2] S. o. S. 30 ff.

Digitized by Google

über das Königtum moralisch erhöht wurde, als wenn Alcuin sagte: «praestantior potestas, quae vivificat, quam illa, quae occidit». Noch aber können auch jene faßbareren Begriffe nicht mit unserem „Staat und Kirche" übersetzt werden, solange der König eben auch in der Anschauung noch immer die «generalitas ecclesiae» leitete. Der Gedanke der Einheit war politisch noch zu stark, zu lebendig, als daß die „Kirche" zum vollen Begriff eines gesonderten Machtkreises hätte ausreifen können. —

Eben jetzt trat ein entscheidender Faktor in die politische Geschichte ein: das Papsttum. Es war natürlich, daß sein Eintritt auch auf die neugewonnenen Anschauungen nicht ohne Einfluß bleiben konnte. Vor der Betrachtung dieses Einflusses erübrigt es, die geschichtliche Entwicklung des Verhältnisses von Kaisertum und Papsttum kurz zu verfolgen.

Wir haben den Papst verlassen, wie er als erster geistlicher Unterthan im universalen Gottesstaat Karls des Großen zu bedeutungsloser Stellung sich verurteilt sah. Das Papsttum hatte, von der Macht der Thatsachen gezwungen, sich dazu verstehen müssen, Karls königliches Priestertum stillschweigend anzuerkennen. Die Frage, deren Entstehung und vorläufige Beantwortung im Norden wir betrachteten: — Soll das Königtum oder das Priestertum vornehmster Träger des gottesstaatlichen Ideals sein? — stellte sich, universal erweitert, genau so dem Papsttum: Sollte der Papst oder der Kaiser im universalen Gottesstaat herrschen? Während aber im Norden das Königspriestertum als theoretische Zurechtlegung einer Kirchgewalt, die das Königtum seit Jahrhunderten übte, ein urgewachsenes Gedankenprodukt darstellte, konnte es für das Papsttum nie mehr bedeuten als ein aufgezwungenes unerträgliches Pfropfreis; während man dort sich erst langsam bemühte, diejenigen Gedanken zu heben,

Digitized by Google

die an die Stelle des zusammenbrechenden Königspriestertums treten konnten, d. h. das Ideal in seinen Konsequenzen und damit in seinem Widerspruch zu Ende zu denken, brauchte man in Rom nur eine lästige Maske abzuwerfen. Hier war die Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche theoretisch seit den Tagen Konstantins entschieden: „Die Berufung der Kirche zur Herrschaft über den Staat auf Grund ihres göttlichen Charakters war seit der Christianisierung des römischen Staats durch Konstantin den Großen und seine Nachfolger ein feststehender Lehrsatz der kirchlichen Litteratur".[1]

Schritt für Schritt vollzog sich die politische Befreiung des Papsttums von der fränkischen Oberhoheit. War es schon auffallend, daß Leo III. die römische Bevölkerung dem Kaiser Ludwig nach seiner Thronbesteigung nicht huldigen ließ[2], so bedeutete das Gericht über seine römischen Gegner, das der Papst kurz darauf vollzog, einen offenen Eingriff in die kaiserlichen Regierungsrechte[3], der selbst den kurzsichtigen Ludwig stutzen machte. Eine Gesandtschaft Leos genügte, um den Kaiser zu beschwichtigen. Stephan IV. (816), Leos Nachfolger, ließ zwar die Römer den Treueid auf den Kaiser erneuern, unterließ aber, vor der Konsekration die kaiserliche Bestätigung zu erbitten, obwohl man „im fränkischen Reiche das Bestätigungsrecht als ein Attribut des Kaisertums betrachtete".[4] Ludwig ließ ihn ruhig gewähren. Im Oktober 816 erschien der Papst in Rheims, um sich das alte Bündnis der Frankenkönige mit dem apostolischen Stuhl erneuern zu lassen.[5] Der römischen Kirche wurde ihr Besitz, wahrscheinlich urkundlich, neu verbürgt und um ein Krongut vermehrt. Die Verhandlungen fanden ihren Abschluß in der Krönung Ludwigs und seiner Gemahlin durch den

[1] v. Eicken, l. c. S. 133. [2] Simson II, S. 601.
[3] Hauck II, S. 470. [4] Ebendas. S. 479.
[5] Simson I, S. 70.

Digitized by Google

Papſt.[1] Der Vorgang bedeutete nicht mehr als eine kirchliche Weihe; ſeit Karl der Große im Jahre 813 ſeinen Sohn eigenhändig zum Kaiſer gekrönt hatte, war erſichtlich, daß man im Frankenland die Übertragung des Jahres 800 als ein für allemal geſchehen anſah. Dies beweiſt das Verfahren Ludwigs, der im Juli 817 Lothar krönte.[2] Das Schweigen des Papſtbuchs über die ganze Ceremonie von 816 läßt nicht bezweifeln, daß man ihr auch päpſtlicherſeits keine allzugroße Bedeutung beimaß.[3] Paſchalis I. (817—824) begnügte ſich, wie ſein Vorgänger, nach vollzogener Konſekration ſeine Wahl dem Kaiſer anzuzeigen. Am Oſterfeſt 823 krönte er Lothar in Rom. Auch dieſer Krönung — obwohl ſie für Ludwig den Frommen unerwartet war — darf, wie Hauck bemerkt[4], kaum eine politiſche Abſicht untergeſchoben werden. Wichtiger war, daß der Papſt aus eigener Machtvollkommenheit zwei ſeiner Beamten, überdies Anhänger der fränkiſchen Partei in Rom, blenden und enthaupten ließ.[5]

Zum zweitenmal war es geſchehen, daß ein Papſt in kaiſerliche Rechte eingriff, und zum zweitenmal begnügte ſich Ludwig mit einer mangelhaften Genugthuung. Kein Wunder, wenn Paſchalis ſich nicht ſcheute, auch in innere Angelegenheiten der fränkiſchen Kirche hineinzureden, und gegen fränkiſche Biſchöfe den Herrſcherton anſchlug.[6] Die Rechte des Kaiſers in Rom begannen „zur Illuſion zu werden". Im Herbſt 824 kam Lothar zum zweitenmal in die ewige Stadt. Durch ſeine bekannte Konſtitution vom 11. November[7] ſuchte er den verlorenen Boden mit einem Schlage wiederzugewinnen.[8] Damals zuerſt erfuhr das Bündnis des fränkiſchen Königs mit dem Papſt

[1] Simſon I, S. 72. [2] Mühlbacher, S. 332.
[3] Simſon I, S. 73. Hauck II, S. 480. Anders Mühlbacher, S. 328.
[4] Hauck II, S. 482, n. 1. [5] Simſon I, S. 202 ff.
[6] Hauck II, S. 483. [7] Simſon I, S. 225. [8] Hauck II, S. 486.

Digitized by Google

und den Römern eine streng rechtliche Fixierung. Besonders wichtig war die Bestimmung, daß der Papst, erst nachdem er dem kaiserlichen Gesandten den Eid der Treue geleistet habe, konsekriert werden dürfe. Die Gerichtshoheit des Kaisers in Rom wurde ausdrücklich festgestellt; doch kamen all diese Anordnungen zu spät: sie konnten die Loslösung des Papsttums vom Kaisertum nicht aufhalten. Das Auftreten Gregors IV., der im Spätjahr 827 den päpstlichen Stuhl bestieg, sollte beweisen, daß das Papsttum inzwischen auch seine geistige Emanzipation vollzogen hatte.

Im Januar 833 erhoben sich die drei Söhne Ludwigs gegen ihren Vater.[1] Es gelang den Bemühungen Lothars, Gregor IV. zur Einmischung in die fränkischen Angelegenheiten zu bewegen: es war zu verlockend für den Papst, die Autorität des apostolischen Stuhls im Frankenland durch einen Schiedsrichterspruch zu manifestieren. War es doch eine „wahrhaft apostolische Sendung", dem Volk und Königshaus der Franken durch Wiederherstellung des Erbgrundgesetzes von 817 den Frieden zu bringen.[2] Während Gregor IV. mit Lothar über die Alpen nach dem Elsaß zog, war auch der alte Kaiser nicht müßig geblieben. Nach Worms, wo er sein Heer versammelte, berief er die hohe Geistlichkeit seines Reiches. Ihm stand „ein doppelter Kampf bevor, gegen die Waffen der Söhne und gegen die Autorität des Stellvertreters Petri".[3] Im Elsaß und in Worms schlugen nicht nur zwei feindliche Heere, sondern zwei entgegengesetzte Anschauungen ihr Lager auf. Die fränkischen Bischöfe standen vor der Frage, wen sie als Herrn anerkennen wollten: den Kaiser oder den Papst. Gerade der Punkt, den die Bischöfe der Pariser Synode im dunkeln gelassen hatten, verlangte jetzt nach Klärung. Sie vollzog sich in einer Scheidung.

---

[1] S. o. S. 48. [2] Dümmler I, S. 74. [3] Simson II, S. 34/35.

Digitized by Google

Jene Männer, die, wie Agobard und Wala, dem Gedanken einer Loslösung der Kirche vom Staat nahe und näher getreten waren, mußten sich jetzt ihres Zieles voll bewußt werden. Ganz konsequent mußten sie sich auf die Seite des Papstes stellen. Wer aber von der alten Ansicht, daß der König Herr über Geistliches und Weltliches sei, vom Königspriestertum, sich noch nicht ganz frei gemacht hatte oder noch ganz davon erfüllt war, der trat auf die Seite des Kaisers. Es zeigte sich, daß letztere zunächst in der Überzahl waren. Die Pariser Synode vom November 825, die sich mit der Bilderfrage befaßte, hatte schon erwiesen, daß es im Reiche Theologen gab, welche „die päpstliche Macht auf die Mahnung, Lehre, Aufforderung eingeschränkt“[1] wissen wollten. Sie hatten den Standpunkt Karls des Großen gegenüber dem Papsttum aufrecht erhalten. Solche Männer — voran Drogo von Metz, Ludwigs Bruder, Moduin von Autun, Wilirich von Bremen, Aldrich von Le Mans — verfaßten jenes kühne Schreiben an den Papst, worin sie ihm erklärten, warum sie seinem Wunsch, ihm entgegenzukommen, nicht gefolgt seien. Aus der erhaltenen Antwort Gregors läßt sich der Inhalt ihres Briefes einigermaßen entnehmen.

Gleich die Anrede, worin sie den Papst „Bruder“ nannten, gab zu erkennen, wie weit sie gesonnen waren, seinen Primat gelten zu lassen. Sie erklärten offen, daß des Kaisers Befehl, der sie nach Worms entboten habe, sie hindere, beim Papst zu erscheinen. Ihre Freude über die Ankunft Gregors werde dadurch getrübt, daß er komme «propter quandam praesumptuosam et omni ratione carentem excommunicationem faciendam».[2] Sie mahnen ihn, von diesem Schritt abzulassen: «eo quod . . . pertineat ad iniuriam ac dehonestationem Imperialis potestatis et ad minorationem

[1] Hauck II, S. 488. Manfi XIV, S. 463. [2] Bal. II, S. 55.

Digitized by Google

et reprehensionem (papae) auctoritatis».[1] Diese minoratio et reprehensio war offenbar feinsinnig auf die Person Gregors beschränkt durch ein «manente apostolicae sedis honore». Der Papst wird an den Treueid erinnert, den er dem Kaiser geleistet habe; sie werden ihn freundlich aufnehmen, sobald er zu Ludwig komme, wie es dieser wünsche, nämlich «reverenter».[2] Er werde dann erfahren, daß die Änderung in der Reichsteilung von 817 notwendig gewesen sei. Für den Fall, daß er nicht komme, kündigen sie ihm die Gemeinschaft und sprechen ihm jedes Recht ab, für ihre Kirchen irgend etwas Giltiges zu verfügen, geschweige denn ein Glied derselben zu exkommunizieren. — Dies im wesentlichen der Inhalt der Erklärungen, die von den zu Worms versammelten Bischöfen dem Papst vorgelegt wurden. In ihrem Brief war nicht nur die Befehlsgewalt des fränkischen Königs über seine Bischöfe, sondern auch die des Kaisers über den Papst im vollen Umfang anerkannt. Es war zum letztenmal, daß eine stattliche Gesamtheit so bestimmt und klar für die alte Anschauung eintrat. Solche Sprache aus solchem Mund mußte eindrucksvoller sein, als wenn Ludwig selbst, der dem Papst nie anders als in demütig frommer Ergebenheit genaht war[3], sich auf sein gutes Recht, den apostolischen Stuhl zu stützen, berief.[4] Gregor IV. war verblüfft und eingeschüchtert; Wala und die Seinen übergaben ihm zur Herzensstärkung: «nonnulla sanctorum patrum auctoritate firmata praedecessorumque suorum conscripta, quibus nullus contradicere possit, quod eius esset potestas, immo Dei et beati Petri apostoli suaque auctoritas ire, mittere ad omnes gentes pro fide Christi et pace ecclesiarum, pro praedicatione evangelii et

[1] Ebendas. S. 56. [2] Ebendas. S. 58.

[3] Vergl. z. B. den Brief Mansi XV, S. 437 ff.

[4] Vita Walae, l. c. S. 563 ff.

Digitized by Google

assertione veritatis et in eo esset omnis auctoritas beati Petri excellens et potestas viva, a quo oporteat universos iudicari, ita ut ipse a nemine iudicandus esset».[1] Es ist müßig, darüber zu streiten, ob diese Schriften den pseudoisidorischen Dekretalen als Vorlage gedient haben. Wichtig ist, festzustellen, daß hier zum erstenmale von fränkischen Klerikern ein Satz ausgesprochen wurde, der in Rom nicht neu war — wir sind ihm in den Briefen Hadrians I. begegnet[2] — wohl aber im Norden, wo er nachmals in der genannten Fälschung eine Rolle spielen sollte.

Gregor sah, daß er mit seinen römischen Anschauungen im Frankenland nicht allein stand. Er raffte sich zu einer Erwiderung auf, die schroff und bissig ausfiel. Die Anrede „Bruder" verbittet er sich; mit mehr Recht hätten ihn die Bischöfe „Vater und Papst" genannt.[3] Ihre Behauptung, daß des Kaisers Befehl dem seinen vorgegangen sei, weist er scharf zurück. Mit bisher unerhörter Bestimmtheit spricht er es aus: «non enim illa (i. e. imperialis) praevenit, sed nostra, id est pontificalis. Neque ignorare debueratis, maius esse regimen animarum, quod est pontificale, quam imperiale, quod est temporale». Hier war mit erstaunlicher Sicherheit der Schluß gezogen, vor dem ein Alcuin schon gestanden hatte, ohne ihn zu ziehen.[4] In Rom war er seit Jahrhunderten geläufig: das Verhältnis von Geist und Materie wurde dem Verhältnis von Kirche und Staat gleichgestellt.[5] Zum Beweis citiert Gregor verschiedene Stellen aus Kirchenlehrern. Das Ansinnen einer Trennung des apostolischen Stuhls von seinem Träger weist er entrüstet von sich. Den Vorwurf des Meineids läßt er auf die Gegner

[1] Vita Walae, l. c. cap. 16. [2] S. o. S. 26.
[3] Bal. II, S. 53. [4] S. o. S. 32. [5] v. Eicken, S. 138.

Digitized by Google

zurückfallen. Die Änderung des Gesetzes von 817 erweise sich schon dadurch als verwerflich, daß eine Flut von Übeln ihr entsprungen sei. Als ein Sendling des Friedens und der Einheit sei er gekommen. Seine Antwort auf die Aussage des Gehorsams, mit der ihm die Bischöfe von Worms drohten, beweist, wie ernst man damals den Zwiespalt nahm: «Haec idcirco dicimus, ut noveritis non vos posse dividere Ecclesiam Gallicanam et Germanicam ab unitate tunicae».[1]

Gregor IV. war der erste Papst, der Germanen gegenüber die Theorie aussprach, auf deren Grundlage das Papsttum den Gottesstaat errichtet wissen wollte. Was aber am schwersten wog: diese Theorie hatte bereits im Frankenreich ihre Verfechter gefunden.

Wie schon oben berührt wurde, war auch ein Agobard ganz in ihren Gedankengang eingemündet. Die Streitschriften, die er in jenen Jahren verfaßte, sind von Leidenschaft verblendet und lassen deshalb seinen sonst so klaren Gedankenreichtum vermissen. Schon im Jahre 830 schrieb er eine «flebilis epistola» an Ludwig den Frommen. Wenn er schon damals aussprach: «Quanto exellentior substantia est anima corpore, tanto exellentiori sollicitudine curam animae gerere debemus quam corporis»[2], und dabei dem König den Meineid, den er durch Bruch des Vertrags von 817 begehe, als eine Seelenbefleckung vorhielt, so ahnen wir, wohin ihn seine Gedanken führen mußten. Nach Ostern 833 hatte er sein Fernbleiben von der Wormser Reichsversammlung gegenüber Ludwig in einer zweiten Schrift zu rechtfertigen gesucht. Man pflegt sie kurzweg «De comparatione utriusque regiminis» zu citieren.[3] In ihr gelangte er zu jenen letzten Konsequenzen, denen ihn

[1] Bal. II, S. 59. [2] l. c. S. 42 ff.
[3] l. c. S. 48 ff.

Digitized by Google

seine Ansichten längst entgegengetrieben hatten. Die drei ersten Kapitel dienen dazu, den Primat des Papstes aus kanonischen Schriften — er citiert Pelagius I. und Leo I. — zu belegen. Im Papst erblickt er jetzt unumwunden die erste Person auf Erden; in seiner Anerkennung liegt die Gewährleistung für den Wohlbestand der Kirche.[1] Auf was es ihm bei diesem Lobpreis ankommt, das ist, den Kaiser zu überzeugen, daß auch er der übermächtigen Autorität des apostolischen Stuhls sich zu beugen habe. Schon Papst Anastasius habe den Kaiser ermahnt, «ut constitutis apostolicae sedis obtemperet». Ein letztes Aufleuchten älterer Anschauungen ist es, wenn er das 4. Kapitel beginnt: „Wenn nun, gnädigster Herr, der Papst Gregor unvernünftig und zum Hader kommt, wird er mit Recht bekämpft und zurückgeschlagen. Ist er aber bemüht, für die Ruhe und den Frieden des Volkes und Euer selbst zu wirken, so ist ihm vernünftigerweise zu gehorchen und nicht zu widerstreben".[2] Also soviel von altfränkischen Gedanken war auch in ihm geblieben, daß er — im Gegensatz zu Gregor — den Widerstand gegen die Person eines übelwilligen Papstes für zulässig hielt. Im folgenden verfährt er aber wieder ganz im Sinne Gregors. Ist der Papst dazu gekommen, den Rechtszustand von 817 wiederherzustellen, so ist sein Kommen voll gerechtfertigt. „Denn Ihr dürft nichts von dem, was von Euch festgelegt ist, ändern; das könnte nicht ohne schwere Gefahr und Verschuldung der Seele geschehen." Zum Schluß appelliert er an die Frömmigkeit des Kaisers, der doch mehr „des himmlischen, als des irdischen Königreiches Liebhaber sei".

Zwei weitere Schriften Agobards, sein «Liber Apologeticus» vom Frühjahr 833, und jene andere, die man, wie vorgeschlagen wurde, «De imperatoris poenitentia» nennen

[1] l. c. S. 51. [2] l. c. S. 51.

Digitized by Google

könnte[1], sind zwar interessant durch ihren leidenschaftlichen Ton, der sich manchmal bis zu imponierender Wucht erhebt[2], bieten aber für uns keine bemerkenswerte Bereicherung, da sie über persönlichen Ausfällen nicht zu höheren Gesichtspunkten kommen. Sie bestätigen nur, daß für ihn — und damit wohl für alle, die sich Gregor IV. und Lothar aus der Mitte des westfränkischen Heeres angeschlossen hatten, — die Kirche als eine höhere, nicht nur geistige, sondern auch reale und damit politische Einheit, regiert vom Stellvertreter des Apostels, über den Staat sich erhoben hatte.

In den letzten Junitagen des Jahres 833 standen sich die Heere Ludwigs und seiner Söhne auf dem Rotfelde bei Kolmar[3] gegenüber. Nach vergeblichen Verhandlungen entschloß sich der Papst zu einem letzten Vermittlungsversuch. Ludwig empfing ihn vor der Front seines Heeres. Der Kaiser schritt ihm nicht entgegen. Es berührt fast wehmütig, daß der Sohn eines Karl erst jetzt, wo es eigentlich schon zu spät war, für das Bewußtsein seiner Herrscherstellung einen Ausdruck fand. Wir haben keinen Grund, an der sachlichen Wahrheit einer gegnerischen Quelle zu zweifeln, wenn sie dem Kaiser die Worte in den Mund legt: „Wir empfangen dich nicht nach früherer Könige Art, mit Hymnen und Lobgesang und anderer Ehrung, wie sie deiner Stellung und der heiligen Sache würdig wäre, darum, weil du nicht gekommen bist nach Art deiner Vorgänger, die nur gerufen uns aufzusuchen pflegten".[4] Während Kaiser und Papst miteinander verhandelten, benützten die Söhne die Gelegen-

[1] So Marks a. a. O. Vergl. die grundlegenden Untersuchungen von Simson I, S. 397 ff. Ihm folgt Ebert II, S. 218, 220.

[2] So der Prolog zur erstgenannten: «Audite haec omnes gentes» u. s. f.

[3] Simson II, S. 45 ff. Dümmler I, S. 77 ff.

[4] Vita Walae, l. c. S. 564/565.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Digitized by Google

heit, Ludwigs Heer durch Bestechung zum Abfall zu bringen. In der Nacht vom 28. auf den 29. Juni, nachdem der Papst ins Lager Lothars zurückgekehrt war, vollendete sich die Katastrophe: am Morgen des Paulstages war Ludwig nur noch von wenigen Getreuen umgeben.[1] Sein Los war entschieden; er geriet in die Hand seiner Söhne. Leider lassen uns die Quellen ganz im unklaren darüber, was Gregor mit seiner Vermittlung erreichte, sodaß mit irgend welcher Bestimmtheit nicht behauptet werden kann, das Scheitern der päpstlichen Bemühungen habe den Anhängern des Kaisers ein Gewissensmotiv zugeführt, das ihren Abfall entschied. Ebenso dunkel bleiben die nächsten Vorgänge nach der Niederlage Ludwigs. Sie scheinen sowohl dem Papst als den übrigen geistlichen Anhängern der Einheitspartei eine Enttäuschung gebracht zu haben; die neuen Machthaber, voran Lothar, verfuhren ganz nach eigener Willkür.[2] Jedenfalls war das Ergebnis, daß der alte Kaiser „seinen Gegnern bereits von diesem Zeitpunkt an für abgesetzt galt".

Für uns ist es ungleich wichtiger, daß die Niederlage Ludwigs den ersten glänzenden Sieg der neuen Anschauung über die alte einleitete. Dieser Sieg, den die neue Theorie in der Praxis erfuhr, war die schmähliche Kirchenbuße Ludwigs zu Soissons, die dem Reichstag von Compiègne (Oktober) sich anschloß. Die Akten der mit jenem Reichstag verbundenen Synode sind uns leider nicht erhalten; nur soviel wissen wir, daß nächst der Reform des Reiches das Schicksal des entthronten Kaisers den Hauptgegenstand der Beratungen bildete.[3] Um die Absetzung Ludwigs, der im Volk noch Anhänger genug besaß, unwiderruflich zu machen, forderten die Bischöfe den alten Kaiser, der im Medardukloster zu Soissons eingesperrt war, zur Buße auf. In der Marienkirche des Klosters hat Ludwig diese Kirchen-

[1] Simson II, S. 50. [2] Simson II, S. 53 ff. Dümmler I, S. 81.
[3] Simson II, S. 66.

Digitized by Google

buße unter der demütigendſten Form abgelegt. Kaiſer Lothar ließ ſich den ſchändlichen Vorgang, der in der Schwertentgürtung des Kaiſers gipfelte, von jedem anweſenden Biſchof durch eine beſondere „Cartula“ mit Namensunterſchrift beſtätigen.[1] Der Zufall hat es gewollt, daß uns diejenige Agobards als einzige erhalten blieb.[2] Sie liefert nur Thatſachen, keine neuen Gedanken. Die Geſamtheit der verſammelten Biſchöfe verfaßte und unterzeichnete noch überdies eine «Relatio episcoporum de exauctoratione Hludovici imperatoris».[3] Sie wird nicht müde, die ſchimpflichſten Verbrechen auf Ludwig zu häufen, und erſchöpft ſich nach ihrem Gedankengehalt darin, daß aus der Seelengewalt der Biſchöfe ihr Korrektionsrecht hergeleitet wird. „Weil dieſer Fürſt“, heißt es dort, „das ihm anvertraute Amt nachläſſig gehandhabt und in vielen verwerflichen Entſchlüſſen Gott beleidigt und die heilige Kirche ſkandaliziert («scandalizaverit»), und alles Volk, das ihm unterthan war, zum gänzlichen Verfall getrieben hat, mag ſomit von ihm kraft göttlichen und gerechten Richterſpruchs die kaiſerliche Gewalt genommen ſein.“ Mit ſeinem Vergehen habe er ſich die Seele belaſtet. Um ſie zu retten, haben ihm ſeine «medici spirituales» das «remediale iudicium», d. i. öffentliche Bußleiſtung, verordnet.[4]

Ließ ſich das Ergebnis des Anſchauungsfortſchritts im Jahre 829 dahin feſtſtellen, daß der Scheidung von Staat und Kirche ſoweit entgegengearbeitet war, daß die Kirche als ſelbſtändige Einrichtung aus der Verſchlingung mit dem Staat ſich loszulöſen begann[5], ſo hatten die Vorgänge der letzten Jahre dem Begriff „Kirche“ einen beſtimmteren Inhalt gegeben. Mittelbar geſchah dies durch den wachſenden Einfluß der Biſchöfe,

[1] Simſon II, S. 74. [2] Bal. II, S. 73 ff.
[3] Manſi XIV, S. 647 ff. MG. Leg. I, S. 366.
[4] Manſi, l. c. S. 649. [5] S. o. S. 65 f.

Digitized by Google

unmittelbar durch den Zusammenschluß dieser Bischöfe unter dem Papsttum. Die Trennung von Staat und Kirche war damit, wenn auch noch nicht in Begriffen fixiert und ausgesprochen, so doch in Gedanken vollzogen. Erst die Folgezeit hat den Schluß aus dieser Trennung gezogen, d. h. sie hat die Einheit der Kirche mit der Einheit des Gottesstaates identifiziert.

Wo aber war der Gedanke des Königspriestertums geblieben? Hatte ihn die Niederlage der altfränkischen Rechtsanschauung, wie sie in den Ereignissen des Jahres 833 beschlossen war, für immer erlöschen lassen? Im Westen gewiß und für immer. Im Osten hat er fortgelebt. Man geht kaum fehl, wenn man die Thatsache damit zu erklären sucht, daß hier, wo die Bevölkerung überwiegend rein germanisch war, jener Gedanke, der dem Germanen für seine Rechtsauffassung so mundgerecht war, sich erhalten hat. Der große Gelehrte Hrabanus Maurus[1] hat ihm ein Jahr nach der Demütigung Ludwigs offen das Wort geredet. Er hat das germanische Königspriestertum in seinem vollen Machtanspruch der neuen Anschauung des Westens gegenübergestellt. In einer Schrift von 12 Kapiteln, Ludwig dem Frommen gewidmet, hat er die Vorgänge des Jahres 833, die Erhebung der Söhne sowohl als die Überhebung der Geistlichkeit, streng verurteilt. Die Söhne verwies er damit, daß er ihr Gebaren als «dehonestatio parentum» brandmarkte.[2] Ihren Anhängern aber hielt er entgegen: «Quod regiae dignitati honor sit a subditis offerendus, et quod Deo displiceat contumacia subditorum».[3] Besonders interessant ist Kapitel 8: «De administratione saecularium iudiciorum, quid sentiendum sit».[4] Er weist dort den Anspruch

[1] Ebert II, S. 120 ff.

[2] MG. Ep. V., S. 404 ff., cap. I. u. II.

[3] l. c. cap. III. [4] l. c. S. 422.

Digitized by Google

der Prieſter, über einen Kaiſer oder über einen König oder überhaupt über einen weltlichen Beamten zu richten, energiſch zurück: «Propterea quoque sanctos patres non invenimus imperatores, reges atque iudices huius saeculi nec in temporibus legis nec etiam sub gratia novi testamenti pro huiuscemodi negotiis, cum seditiosos armis deprimebant vel sontes capitali sententia plectebant, aut synodali decreto aut episcoporum iudicio esse condemnatos». Im 12. Kapitel ermutigt er den König, ſeines göttlichen Berufs unerſchrocken ferner zu walten: «cedens in omnibus regi et iudici tuo, qui tibi in terra regnum dedit». Ludwig ſollte alſo nur dem einen unterthan ſein, der ihn eingeſetzt in Reich und Würde: Gott ſelbſt.

Hraban hat ſeinen Standpunkt noch weiter ausgeführt in einem Buch, das er für Ludwig auf deſſen beſondere Aufforderung verfaßte: «De virtutibus et vitiis». Unter anderem zeigt er dort, «quam detestabilis infidelitas, superbia et contumacia». Noch viel eindringlicher als in der vorigen Schrift betont er hier, «quanta reverentia sit regiae dignitati et subiectio ab omnibus adhibenda».[1] Er verweiſt auf das Beiſpiel Davids, der das Anſinnen der Seinen, den Verfolger Saul, als er ſchlafend in ſeine Hände gegeben war, zu töten, mit den Worten von ſich wies: «Propitius sit mihi Dominus, ne faciam hanc rem domino meo, chrysto Domini».[2] Hraban zieht daraus den Schluß: «Similiter et alii prophetae atque sancti viri aliquoties leguntur non solum bonis, sed etiam impiis ac perfidis regibus exhibuisse honorem, et non totum verbo, immo etiam facto». Sie alle haben gewußt: «potestatem non esse nisi a Deo».[3] Hat doch Chriſtus ſelbſt es nicht für entwürdigend gehalten: «ho-

[1] l. c. S. 416. [2] I. Reg. 26, 11. [3] l. c. S. 417.

Digitized by Google

mini subicere semetipsum». Ausgehend von 1. Petri 2. 13, 14, faßt er seine Meinung dahin zusammen: «Docet ergo fideles (Subj. der Apostel) aeterni videlicet regis famulos etiam mundi potestatibus subdi, ne vel in hoc fidei et religioni christianae possit detrahi, quod per eam humanae conditionis iura turbentur». Ausdrücklich bemerkt er zu «omni humanae creaturae», daß es nur so recht verstanden werde: «ut . . . et fidelibus et incredulis rerum dominis, sive etiam omni dignitati hominum, omni personae, omni principatui, cui eos divina dispositio subditos esse voluerit». Die Nutzanwendung macht er auf die Priester. Wenn der Apostel ihnen schon befiehlt: «indisciplinatis et difficillimis rerum dominis» unterthan zu sein: „Wie viel mehr ziemt es sich, besonnenen und gütigen Fürsten in aller Demut und Ehrfurcht zu gehorchen und nichts gegen sie mit verkehrtem Rat und schlechter That ins Werk zu setzen."[1] Hraban bewies sich mit diesen Aufstellungen als der echte Schüler Alcuins.

Die äußeren Verhältnisse haben es gefügt, daß Ludwig im März 834 in seine Würde wieder eingesetzt wurde. Von priesterlicher Hand wurden ihm zu St. Denis am 1. März 834, und noch einmal zu Metz am 8. Februar 835 die königlichen Waffen wieder angelegt.[2] Die Geistlichkeit brachte dem neugekrönten Kaiser einen ihrer Führer, Ebo von Rheims, zum Opfer. Die Erklärungen, die bei dieser Gelegenheit von bischöflicher Seite fielen, berühren die Stellungsfrage beider Mächte nicht; die Bischöfe begnügten sich, kund zu thun, die Absetzung Ludwigs sei «nec iuste nec canonice» geschehen.[3] Alle diese Vorgänge berühren uns mehr wie eine Komödie, als wie ernste

[1] l. c. S. 418.

[2] Simson II, S. 90 ff. u. 129 ff. Dümmler I, S. 95 u. 107.

[3] Simson II, S. 130.

Digitized by Google

Ereigniſſe. „Kaiſer im Sinne Karls des Großen wurde Ludwig nicht wieder.“[1]

Er war nicht der Mann, der Anmaßung des weſtfränkiſchen Epiſkopats Halt zu gebieten und, auf Männer wie Hraban geſtützt, ſeinem Königtum neue Kraft zuzuführen. Wie Zeit ſeines Lebens, ſo ſtand er auch jetzt verſtändnislos und ſchwankend der großen Frage gegenüber, deren Beantwortung durch ſeine Schwäche zu einem klaffenden Gegenſatz getrieben hatte. Sollte der Staat, ſollte die Kirche die grundlegende Einheit für den Gottesſtaat ſein? Als germaniſcher König hätte er mit Beſtimmtheit antworten müſſen: der Staat; auf dieſer Baſis ruhte die gewaltige Staatsſchöpfung ſeines Vaters. Aber jene Beſtimmtheit war durch ſeine ſchwache, gewiſſensbedenkliche Natur ausgeſchloſſen; ohne eine Ahnung von der Bedeutung des Erbes, das er angetreten, hatte er die Einheit des Reiches und damit die Einheit der Anſchauung für immer zerriſſen. Neben die eine, germaniſche Anſchauung des Königspriestertums, die an das beſtehende Staatskirchenrecht, wonach der König die Biſchöfe ernannte oder doch ihre Wahl beſtätigte, angeknüpft hatte, war die römiſche getreten, die unter den Fahnen Lothars und ſeiner Brüder erſtarkte. Nicht genug damit, daß Ludwig die Hauptſchuld an dieſem Zwieſpalt trug: er ermöglichte noch überdies durch ſeine charakterſchwache Frömmelei einen vollen moraliſchen Sieg ſeiner Gegner.

Daran änderte auch ſeine Wiederherſtellung nichts. In ihm fand weder die eine Anſchauung eine Stütze, noch die andere einen Widerſtand. Unvermittelt begegnen uns beide in den Akten der Synode von Aachen, die auf Ludwigs Befehl am 6. Februar 836 ſtattfand.[2]

Das erſte Kapitel führt, ähnlich wie es in Paris 829 geſchehen war, aus: »normam universae religionis atque eccle-

[1] Hauck II, S. 507. [2] Manſi XIV, S. 672 ff.

Digitized by Google

siasticae disciplinae in duabus consistere personis, pontificali videlicet atque imperiali». Neu ist, daß die beiden Personen jetzt, wo das Papsttum entscheidend eingetreten war, nicht mehr «sacerdotalis» und «regalis», sondern «pontificalis» und «imperialis» genannt werden. Die Nutzanwendung ist unklarer als in Paris: «Cum haec ita se habeant» heißt es nach den bekannten Zitaten aus Gelasius und Fulgentius, «primo, o venerande Caesar, omnipotenti Domino vestraeque benignissimae excellentiae exultantibus praecordiis immensas referimus gratias, qui nos instinctu divino per devotissimum a se electum atque constitutum admonitorem tam misericorditer atque clementer admonere dignatus est, iuxta consuetudinem beatissimam genitoris vestri, ut memores ministerii nostri . . . officio sacerdotali . . . studeremus.»[1] In einem Atem wird also die geistliche Gewalt über die weltliche gestellt und gleich darauf der König als „von Gott gewählter und gesetzter Mahner" des Priesterstandes bezeichnet. Die logische Unmöglichkeit dieser Verquickung wird durch das zweite Kapitel noch unerträglicher: hier wird noch im besonderen die königliche Gewalt als göttliche Ordnung verkündigt.[2] Ein Bischof, der vom Kaiser abfällt, seinen Treueid verletzt und sich mit den Gegnern verbündet, soll seine Stellung «canonica atque synodali sententia» verlieren; ein abfälliger Laie soll dem Anathema verfallen. Man meint, Hraban reden zu hören, während aus dem ersten Kapitel Jonas von Orléans herausklingt. Die Unklarheit von 829 hatte sich bis zum Jahre 836 zu einer gedanklichen Ungeheuerlichkeit gesteigert. Sie mußte zu Tage treten, wo immer die geschichtlichen Ereignisse die beiden verquickten Anschauungen zu neuer Auseinandersetzung nötigten.

[1] l. c. S. 673. [2] l. c. S. 679.

Digitized by Google

Drittes Kapitel.

Die Erhöhung der Kirche über den Staat.

Mit dem Tode Ludwigs des Frommen brach die Einheit des fränkiſchen Reiches zuſammen. Die drei überlebenden Söhne ſtritten in wildem Bürgerkrieg um ihr Erbe; das Elend der fränkiſchen Lande und ſeiner Bewohner ſtieg ins unermeßliche. Ein kriegsluſtiger, erbarmungsloſer Adel — großgeworden in den Kämpfen des letzten Jahrzehnts — trat nicht nur die Rechte des kleinen Mannes in den Staub, ſondern untergrub mit zügelloſer Gewaltthat und Rohheit die Autorität von Königtum und Kirche. Zum Raſen des Krieges geſellte ſich, wie ſchon in den Tagen Ludwigs, die Ungunſt des Himmels, die Feindſeligkeit der Elemente.[1] Gleichzeitig erfolgte an zwei Enden des Reiches der Einbruch gefährlicher Feinde: in einem und demſelben Jahre 841 fiel Bari in die Hände der Sarazenen, Rouen in die Gewalt der Normannen. Die ſchreckliche Epoche dieſes Bruderkrieges fand ihren Abſchluß im Vertrag von Verdun (843). Er hat die Zerreißung des karolingiſchen Einheitsreiches dauernd gemacht.

Der Vertrag von Verdun hat diejenigen Neugebilde geſchaffen, auf deren Grundlage zwei nationale Staaten im Norden Europas erwachſen ſind. Auch die Geſchichte der Anſchauungen,

[1] Dümmler I, S. 184.

Digitized by Google

soweit sie unser Thema begreift, steht, ähnlich wie die Thatengeschichte, mit diesem Ereignis vor einem Scheideweg. Das Mittelreich in seiner unmöglichen geographischen und ethnographischen Zusammensetzung hat im Ehestreit Lothars II. den Stoff zu einer für uns wichtigen Episode abgegeben; sie läßt sich am besten an die westfränkische Entwicklung angliedern. Was das ostfränkische Reich betrifft, so war sein vorwiegend germanischer Völkerbestand am ehesten geeignet, sich zu einer großen nationalen Staatsgemeinschaft auszuwachsen; sein Herrscher Ludwig der Deutsche verstand es, ohne das Selbstgefühl der einzelnen Stämme zu brechen, in einer 33jährigen maßvollen und klugen Regierung seine Völker zusammenzuhalten und ihre innere Entwicklung durch einen dauernden, kaum durch einige Grenzkriege unterbrochenen Frieden zu sichern.[1] Der stetigere Fortgang des wirtschaftlichen und ständischen Prozesses ermöglichte ihm — als einer thatkräftigen Persönlichkeit —, die Würde und Macht des Königtums gegenüber geistlichen und weltlichen Großen aufrecht zu erhalten und zu festigen. Ganz anders in Westfrancien. Die Völkerzusammensetzung war zwar nicht so „buntscheckig" wie in Lotharingien, aber auch nicht einheitlich. Bretonen und Aquitanier, Burgunder und Basken[2] standen neben den Franken. Dem Königtum erwuchs die doppelte Aufgabe, einen Teil des neuen Reiches erst zu erobern, das ganze aber gegen den unermüdlichen Andrang der Normannen zu schützen. Dazu kam im Westen die erstaunlich rasche Verbreitung des Lehenswesens und damit das Emporkommen einer zügellosen Vasallenschaft. Dieser Aristokratie und jenen Feinden stand ein schwacher charakterloser König gegenüber. Er fand seinen einzigen Rückhalt an der Geistlichkeit, „mit welcher und durch welche wir denn Karl, soweit sein Wille

[1] Dümmler I, S. 216 ff., III, S. 413 ff.

[2] Dümmler I, S. 221.

Digitized by Google

durchzudringen vermochte, vorzugsweise das Regiment führen sehen."[1]

Die verschiedenartigen thatgeschichtlichen Bedingungen blieben naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die Geschichte der Anschauungen. Sie haben — entsprechend ihrer größeren Mannigfaltigkeit und ihrer bestimmten Konstellation — im Westen eine klare Entwicklung ausgelöst, die sich als letztes Stadium mit der vorangegangenen zu einem Gesamtbild zusammenschließt; im Osten dagegen ist im 9. Jahrhundert von einer eigentlichen Fortbildung der Anschauungen über Staat und Kirche kaum die Rede. Zum Erweis des Gesagten mag zuerst ein Blick eben auf den Osten geworfen werden.

Derselbe Hrabanus Maurus, der unter Ludwig dem Frommen so nachdrücklich das Königspriestertum vertrat[2], widmete Ludwig dem Deutschen seinen Kommentar zu den Paralipomena.[3] Aus dem Prolog klingt wieder unverfälscht die altfränkische Auffassung: «quia populum ecclesiasticum .... vestra nobilis ad servitium Dei regit prudentia, ideo bene convenit piissimo principi, hoc est rectori membrorum veri Regis Christi unigeniti videlicet Dei, ritum regiminis secundum divinam Scripturam habere et agere».[4] Im Oktober 847 präsidierte er als Erzbischof von Mainz einer Provinzialsynode, die sich die Hebung des geistlichen Standes zum Gegenstand der Beratung gesetzt hatte.[5] Der Ton der an König Ludwig gerichteten Praefatio ist durchaus maßvoll und ehrerbietig. Der König, der die Synode befohlen hatte, wird ermahnt, dem Vorbild aller Kaiser und Könige gemäß, die Ehre der Kirche und ihrer Diener zu schützen.[6] Das 6. Kapitel beschäftigt sich mit dem Kirchengut und nennt den König: «divinarum rerum

[1] Ebendas. S. 222.
[2] S. o. S. 78 ff.
[3] Ebert II, S. 130.
[4] Migne 109, S. 279.
[5] Mansi XIV, S. 899 ff.
[6] Ebendas. S. 901.

Digitized by Google

defensor et custos divinitus statutus». Überall begegnet die volle Achtung vor der gottgesetzten Majestät des Königtums; ein Nationalkonzil zu Mainz[1], im Oktober 851 oder 852, gleichfalls unter Vorsitz Hrabans, erledigte ähnliche Fragen im selben Ton. Die spärliche synodale Thätigkeit der folgenden Jahrzehnte ist uns nur aus den Notizen der Annalen dürftig bekannt, so daß das einzige Material für unsere Untersuchung zu versiegen beginnt. Mehr und mehr werden nach Ludwigs des Deutschen Tod die Synoden zu rein geistlichen Versammlungen.[2] Lediglich aus diesem Symptom läßt sich schließen, daß, während das ostfränkische Reich in drei Teile zerfiel, auch hier die Kirche anfing, sich als eigenen, wenn auch weniger starken Organismus zu fühlen. Erst unter Arnulf finden wieder große Synoden statt. Doch hört man aus ihren Verhandlungen bereits heraus, daß der Vorabend neuer Gestaltungen angebrochen ist. Neben Königtum und Kirche war ein Adel von reichbegüterten Großgrundherren getreten; die „Fürsten" beginnen eine entscheidende Rolle zu beanspruchen. Angesichts dieser kraftstrotzenden Neumacht sehen wir Königtum und Kirche sich angstvoll aneinander klammern. Beide schließen ein enges Bündnis, dessen Gedankenresultate in den Synodalakten von Tribur (895) und Hohenaltheim (916) vorliegen. Schon die Synoden von Metz und Mainz, beide im Jahr 888, lassen den Zusammenschluß ahnen. Bezeichnender Weise wahrt die Kirche immer die Unterordnung unter das Königtum. In Mainz wird wieder das Gottesgnadentum betont: «Scire etiam debet, quod causa, quam iuxta ministerium sibi commissum administrat, non hominum, sed Dei causa existit».[3] In Tribur heißt es ausdrücklich, Gott habe Arnulf als neuen

[1] Hefele IV, S. 173. MG. Leg. I, S. 410 ff.
[2] Hauck II, S. 710 ff.
[3] Manfi XVIII, S. 61 ff.

Digitized by Google

Fürsten über alle geistlichen und weltlichen «ordines» und «dignitates» zu setzen geruht.[1] Die Bischöfe empfehlen dem König „die Kirche Christi, die ihm kraft königlichen Amtes, ihnen kraft priesterlicher Erhöhung anvertraut sei". Auf der Synode von Hohenaltheim endlich treffen wir das Königtum in so kraftloser Stellung, daß die Kirche in zwei Kapiteln (Kap. 19 und 20) «pro robore regum» eintritt und alle seine Feinde mit dem Anathem belegt.[2] Aus einzelnen Kapiteln freilich, die von diesen Synoden aufgestellt wurden, klingt wohl heraus, daß seit Karls des Großen Tagen das Selbstgefühl der kirchlichen Würdenträger sich auch im Osten gesteigert hatte. Immer aber kehrt sich die Betonung eines Übergewichts des Geistlichen über das Weltliche nur gegen die großgewordenen Grafen und Herren. Die Ehrerbietung gegen das Königtum, die Anerkennung seiner Gottesberufung und damit ein Rest des königspriesterlichen Gedankens bleibt gewahrt. Eine kommende Zeit hat ihn neubelebt.

Vorwiegend auf westfränkischem Boden war der Gedanke zu jenen neuen Resultaten vorgedrungen, die sich als Trennung von Staat und Kirche zusammenfassend charakterisieren ließen. Jene Einheitspartei, die sich im Jahr 833 um Lothar geschart hatte, war es gewesen, die, bestärkt durch ihren Zusammenschluß mit Rom, den Sieg ihrer Ansichten mit der schmachvollen Erniedrigung Kaiser Ludwigs feiern durfte.[3] Lothar hatte diesen Erfolg möglich gemacht; an ihn mochte, wer immer in der Einheit des Reiches das Heil sah, nach Ludwigs Tod seine Hoffnungen knüpfen: mit dem Vertrage von Verdun zergingen sie für immer. Die Einheit des Gottesstaats war verloren; die Bahn war frei für den folgerichtigen Schluß aus jener Trennung von Staat und Kirche: die Einheit des

[1] Manſi XVIII, S. 132. [2] MG. Leg. I, S. 557.
[3] S. o. S. 48 und 76 f.

Digitized by Google

Gottesstaates wurde mit der Einheit der Kirche identifiziert.

Wie stand es aber um die Einheit der Kirche? Die kirchliche Gliederung deckte sich keineswegs mit der neuen politischen Gestaltung.[1] „Die fränkische Metropolitanverfassung wurde durch die staatliche Scheidung an mehr als einem Punkte durchbrochen und empfindlich gestört." Und nicht nur das: auch die Besitzungen von Kirchen und Klöstern, weit verstreut in verschiedenen Landesteilen, gerieten unter verschiedene Herrscher.[2] Dazu kamen als altes, besonders in Westfrancien mächtiges Übel Eingriffe in Kirchengut und Freiheit des Klerus vonseiten des grundbesitzenden Adels. Aus diesem Notstand und jenem Fortschritt der Anschauung erklärt sich die um die Zeit des Vertrages von Verdun, wohl zwischen 845 und 852 entstandene und vollendete Fälschung der pseudoisidorischen Dekretalen.[3]

Es war nicht das erstemal, daß versucht wurde, die Kirche durch eine Sammlung erdichteter Rechtsquellen zu verteidigen und zu fördern. Den Dekretalen Pseudoisidors gehen zwei Fälschungen vorauf, über deren Verfasser und Heimat man sich wohl nie wird einigen können: es sind die „Kapitel Angilrams" und die Pseudokapitularien des „Benedictus Levita". Beide sind nahe verwandt: die ersteren stimmen zum Teil wörtlich mit den letzteren überein.[4] In ihren Tendenzen: Befreiung des Episkopats vom weltlichen Gerichtsstand, Forderung kano-

[1] Dümmler I, S. 209 ff.

[2] Vergl. die Beispiele bei Dümmler l. c.

[3] Hinschius, Vorwort zur Ausgabe der «Decretales Pseudo-Isidorianae», Leipzig 1863. Wasserschleben, Beiträge zur Geschichte der falschen Dekretalen, Leipzig 1844. Derselbe in Herzogs Realencyklopädie XII, Pseudoisidor, S. 337 ff. Friedberg, Lehrbuch des Kirchenrechts, Leipzig 1895, S. 111. v. Noorden, S. 24 ff.

[4] Friedberg, l. c. S. 109.

Digitized by Google

nischer Bischofswahl und absoluter Unverletzlichkeit des Kirchenguts[1] bereiten sie die falschen Dekretalen vor.

In ihnen hat die Trennung der Kirche vom Staat ihren extremen Ausdruck gefunden. Mit einer bisher unerhörten Schärfe wird das Geistliche vom Weltlichen geschieden: Zusammenstellungen wie «saeculares et mali homines», «pravi homines et saeculares», «humanae aut pravae vitae homines» weisen die Tiefe dieser Scheidung. Befreiung des Priesterstandes vom weltlichen Einfluß ist das unverhohlen ausgesprochene Ziel. Die reges et potentes sollen keinerlei Einfluß auf das geistliche Gericht ausüben, denselben keinerlei Befehle erteilen, widrigenfalls das Urteil null und nichtig wird.[2] Die Kompetenz weltlicher Gerichte in Sachen der Bischöfe wird unbedingt verneint. Die Forderung kehrt ihre Spitze gegen das Königtum: bisher hatte der Frankenkönig als oberster Richter über Laien wie über Kleriker gegolten[3]; nach Pseudoisidor sollte der oberste Richter aller Bischöfe der Papst sein.[4] Im Primat des Papstes gipfelte dieses ganze Bollwerk, zu dem Pseudoisidor in seinen Dekretalen die Kirche aufbaute.[5] Hier war die Kirche mit Bewußtsein als das hingestellt, was sie westfränkischen Denkern wie Agobard und Wala mühsam und langsam zu werden begonnen hatte, als ein selbständiger, geschlossener Organismus, losgelöst aus der Verschlingung mit dem Staat, eine grundlegende Einheit, höher und besser als der Staat. Eine zweite Tendenz der falschen Dekretalen[6], die Schwächung des Einflusses der Metropoliten und Provinzialsynoden, tritt in diesem Zusammenhang vor der genannten zurück.

[1] Hauck II, S. 523 ff.

[2] Wasserschleben, Pseudoisidor, S. 341.

[3] Hinschius, S. 221; dort auch die Belege für die altfränkische Rechtsanschauung.

[4] Ebendas. S. 223.

[5] Wasserschleben, Beiträge, S. 32. [6] Ebendas. S. 34.

Digitized by Google

Gewiß ist Pseudoisidor kein geschlossenes System der Kirchenverfassung[1], wohl aber ein *System derjenigen Anschauungen*, deren Entstehung in die Zeit Ludwigs des Frommen zu setzen ist. Durch die Aufstellung dieses Systems war der endgültige Bruch mit der Auffassung Karls des Großen und seiner Zeit vollzogen und manifestiert. Als Werkstätte der Fälschung darf jetzt, nach den abschließenden Untersuchungen von Hinschius, mit Sicherheit *Westfrancien* angenommen werden. Die Person des Verfassers, eines Klerikers, bleibt nach wie vor dunkel. In ihren kirchenrechtlichen Wirkungen gehört die Sammlung einer späteren Zeit an; ihre Aufnahme erfolgt langsam und zögernd; Männer wie Hincmar von Rheims haben der Gültigkeit einiger Rechtssätze widersprochen; nur tropfenweise sickert ihr Gehalt in die Synodalakten am Ende des Jahrhunderts.[2] *Als Manifest einer Neuauffassung des Verhältnisses von Staat und Kirche* gehört sie unmittelbar ihrer Zeit an: ein wichtiges, weil zusammenfassendes Glied in der Geschichte der Anschauungen.

Will man für die weitere Entwicklung in Westfranken und im Mittelreich einige Klarheit gewinnen, so empfiehlt es sich, sie im Rahmen der Geschichte eines Einzelnen zu behandeln und zwar des Mannes, der als führender Geist in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts betrachtet werden muß: ich meine *Hincmar von Rheims*.

Die Persönlichkeit dieses Kirchenfürsten giebt der Gedankengeschichte deshalb eine so wertvolle Unterlage, weil in ihr zwei Momente sich treffen: ein ausgesprochenes, hohes Bewußtsein der geistlichen Machtstellung und eine nationalfränkische, königstreue Gesinnung. Die Charakteristik Hincmars kann nicht besser gegeben werden, als mit den Worten seines modernen Bio-

[1] Richter, Lehrb. des Kirchenrechts, § 24.

[2] Wasserschleben, Pseudoisidor, S. 356.

Digitized by Google

graphen, Karl von Noorden, eines geistvollen Kenners karolingischer Zeit: Er war „ein allzeit zuverlässiger Ratgeber der Krone, ein Freund und Hüter der Gerechtigkeit, unrechtmäßigen Ausschreitungen jeder Art widerstrebend, von welcher Seite dieselben, gleichgültig ob von der Krone, dem Adel, der untergebenen Geistlichkeit oder von der höchsten geistlichen Gewalt ausgehen mögen. Wenn er sich zeitweise in oppositioneller Stellung zu seinem königlichen Herrn befunden hat, so galt es jedesmal die Wahrung eines verletzten Privilegiums der Kirche. Dem ihm anvertrauten kirchlichen Amte, den Interessen der gallischen Kirche um keines Mannes Gunst oder Ungunst willen etwas zu vergeben, war er von dem Tage ab entschlossen, an welchem er sich dem erzbischöflichen Amte unterzog."[1] Die Thätigkeit Hincmars beginnt kurz nach dem Abschluß des Vertrages von Verdun. Auf der Synode von Beauvais, am 18. April 845, wird die Erhebung Hincmars zum Erzbischof vom König proklamiert.[2]

Es ist anzunehmen, daß Hincmar vor und nach seiner Inthronisation die Synoden im Westreich leitend beeinflußt hat. Leider bietet die Zeit von 843 bis 858 unserer Kenntnis von seiner Wirksamkeit so gut wie nichts. Gleichwohl dürfen die drei Synoden, deren Akten uns erhalten sind, nicht ganz übergangen werden. Sie geben einige Aufklärung über die Stellung von Königtum und Kirche. Was im Osten erst am Ende des Jahrhunderts eintritt, vollzieht sich im Westen schon jetzt: der enge Anschluß des Königtums an die geistlichen Großen gegenüber der steigenden Macht des Adels. Kapitel 3 der Synode von Lauriac, gehalten im Oktober 842, also kurz nach dem Vertrage von Verdun, ist vielsagend: «Si quis potestati regiae, quae non est iuxta apostolum nisi a Deo, contumaci ac inflato spiritu contra

[1] v. Noorden, l. c. S. 373. Vgl. über ihn auch Schrörs, Hincmar, Erzbischof von Rheims, Freiburg 1884. [2] v. Noorden, S. 35.

Digitized by Google

auctoritatem et rationem pertinaciter contradicere praesumpserit, et eius iustis et rationalibus imperiis secundum Deum et auctoritatem ecclesiasticam, ac ius civile, obtemperare irrefragabiliter noluerit, anathematizetur».[1] Eine ähnliche Verordnung findet sich im Kapitel 79 der Akten von Meaux und Paris.[2] Wer im geschlossenen Bunde die führende Stelle einnahm, blieb nicht zweifelhaft: «Quidquid terrena potestate vel cupiditate, ignorantia seu fragilitate, studio ac subreptione perversum in ecclesia, aut in humana conversatione pullulaverit, recidendum. Sacerdotum est enim, divina populo dare mandata, et referre responsa: quia in rationali pectoris Aaron erant doctrina et veritas.»

Das politische Bündnis zwischen dem Königtum und der Kirche ist die thatgeschichtliche Voraussetzung für jene Hierokratie, die sich als letzte Folgerung der voraufgegangenen Gedankenentwicklung in den Köpfen auswuchs. In voller Wirksamkeit begegnet es auf der Reichstagssynode von Quierzy, Mitte Februar 857.[3] Seit Juli 856 hatte König Karl sich in vier Sendschreiben bemüht, die abgefallenen Vasallen zur Treue zurückzuführen. Außer den ungebärdigen Aquitaniern, mit denen er sich seit Jahren herumschlug, waren auch Franken in heller Auflehnung, und beide wandten sich an Ludwig den Deutschen, um ihn zur Besitzergreifung Westfranciens aufzufordern. Das Synodalschreiben von Quierzy[4] erwähnt zum erstenmal namentlich die falschen Dekretalen[5] und benützt auch erstmals Rechtssätze aus Benedikts Pseudokapitularien. Der allgemeinen Recht-

[1] Manfi XIV, S. 798.

[2] Die Akten tragen die gemeinsame Überschrift «Concilium Meldense», gehören aber nach Hefele IV, S. 108, zwei Synoden an, der zu Meaux vom 17. Juni 845, und ihrer Fortsetzung zu Paris am 14. Februar 846. Manfi XIV, S. 811 ff.

[3] v. Noorden, S. 138 ff. Dümmler I, S. 421 ff.

[4] Manfi XV, S. 125. [5] Wasserschleben, Beiträge S. 75.

Digitized by Google

losigkeit, die sich, außer in der Aufsage des Gehorsams, in „Beschädigung des Eigentums, Vergewaltigung des königlichen, geistlichen und privaten Besitzes, Plünderung und Erpressung aller Art“[1] erging, suchte das Schreiben mit der Verordnung kirchlicher und weltlicher Strafen entgegenzutreten. Es war vergeblich. Die aufständischen Vasallen erreichten im September 858 den Einbruch Ludwigs des Deutschen ins westfränkische Reich. Zum 26. November entbot Ludwig eine Reichsversammlung und Synode nach Rheims.[2] Statt dieser Einladung Folge zu leisten, versammelten sich die Bischöfe der Diözesen Rheims und Rouen zu Quierzy und erließen ein Manifest „gegen den Vergewaltiger des westfränkischen Reichs“. Der Verfasser war Hincmar. Erst von hier aus ist es möglich, in seinen Gedankenkreis einzutreten.

Mit bemerkenswerter Schärfe ist in der Absage an den deutschen König das Verhältnis der Bischöfe zur Krone erfaßt. Wenn auch im Eingang, nach allerhand erbaulichen Mahnungen, die Möglichkeit gestreift wird, Ludwig möchte durch göttliche Fügung das ganze Reich in seiner Hand vereinigen[3], und für diesen Fall die Bischöfe ihre Ergebenheit in Aussicht stellen, so enthält doch der Kern der Schrift eine schroffe Zurückweisung. So wenig der König die Vergrößerung seines Reiches mit einem Schaden an der Seele bezahlen dürfe, so wenig dürften sie, die Bischöfe, Schutz und Sicherheit des Kirchenregiments damit erkaufen, daß sie ihr Priestertum verscherzten: d. h. daß sie «contra Deum et rationis auctoritatem» sich und ihre Kirche ihm auslieferten.[4] Dies Ansinnen des Königs: Unterwerfung der Kirche und ihrer Inhaber unter seine Gewalt, — beruht nach der Meinung Hincmars auf einer grundfalschen Voraussetzung: «Ecclesiae quidem nobis a Deo commissae non

[1] v. Noorden, l. c. [2] Ebendaf. S. 144.

[3] Hincmari Opera ed. Sirmond, Paris 1645 II, S. 139 ff.

[4] Ebendaf. S. 140.

Digitized by Google

talia sunt beneficia, et huius modi regis proprietas, ut pro libitu suo inconsulte illas possit dare vel tollere. Quoniam omnia, quae Ecclesiae sunt, Deo consecrata sunt. Unde qui Ecclesiae aliquid fraudatur aut tollit, sacrilegium secundum sanctam scripturam facere noscitur.»[1] Jetzt ist mit einemmal der ganze Gegensatz zwischen der germanischen und der römischen Anschauung klargelegt. Die Frage des Kirchenguts, von einem Agobard und Wala mit einer gewissen Unbewußtheit und Naivetät nur mehr betastet, hatte sich jetzt, nachdem die Trennung von Kirche und Staat in den Köpfen eingebürgert war, zu einer unzweideutigen Rechtsfrage verschärft: Ist die Kirche und ihr Gut ein Königslehen oder nicht? Es bestätigt unsere Ausführung über die Anschauungen des Ostens[2] überraschend, daß Hincmar dem König Ludwig diese Auffassung unbedenklich unterschiebt: wo ein Hraban mit rührender Treue unbedingten Gehorsam gegen den König verlangt hatte, dort bestand unerschüttert als selbstverständlich die Ansicht, daß das Kirchengut Königsgut sei. Es hat zwei Jahrhunderte gedauert, bis auch dort der Streit über diesen königlichen Rechtsanspruch entbrannte. Im Westen dagegen hat ihn Hincmar schon damals im Prinzip verneint; inwiefern in dieser Verneinung eine gewisse Beschränkung lag und liegen mußte («talia» und «huius modi»), wird später seine Erklärung finden. — Aber nicht nur über die Kirchen bestritt er dem Königtum die freie Verfügung. Nicht nur ist das Kirchengut kein königliches Beneſizium; die Bischöfe sind auch keine königlichen Vasallen: «Et nos Episcopi Domino consecrati, non sumus huius modi homines saeculares, ut in vassallatico debeamus nos cuilibet commendare, seu ad defensionem et adiutorium gubernationis in Ecclesiastico regimine nos Ecclesiasque nos-

[1] Op. II, S. 140. [2] S. o. S. 85 ff.

Digitized by Google

tras committere, aut iurationis sacramentum, quod nos Evangelica et Apostolica atque canonica auctoritas vetat, debeamus quoquo modo facere.»[1] Soweit also hatte die Theorie geführt: Von der zaghaften Betonung der Sonderstellung des Priesterstandes bis zur prinzipiellen Verwerfung des Treueids der Bischöfe. Denn auf diese wurde die Eximierung beschränkt, mit der Begründung: «Manus enim chrismate sancto peruncta, quae de pane et vino aqua mixto per orationem et crucis signum conficit corporis et Christi sanguinis sacramentum, abominabile est, quidquid ante ordinationem fecerit, ut post ordinationem Episcopatus saeculare tangat ullo modo sacramentum». Hincmar ist sich kaum darüber klar geworden, was er damit aussprach: er ließ sich theoretisch dazu treiben, einen grundlegenden Bestandteil der Verfassung — den Unterthaneneid —, der vom Klerus so gut geleistet werden mußte, wie von allen anderen Unterthanen des Königs[2], als eine den Bischof entwürdigende Handlung anzufechten. Die Begründung war schwach: erst am 21. März hatten der König und die Bischöfe zu Quierzy sich durch gegenseitigen Eid verpflichtet.[3] Hincmar stellte sich in offenen Gegensatz zur Praxis, und doch drängte ihn der Gedanke logisch zu dieser Stellung: betrachtete, wie es offenbar geschah, der deutsche König den Treueid, den er von den westfränkischen Bischöfen in Rheims erwartet hatte, als einen Lehenseid, so mußte darin Hincmar eine solche Gefahr für die Freiheit der Kirche erblicken, daß er mit der vassallitischen Auffassung zugleich den bischöflichen Eid überhaupt verwarf. Bei einer Trennung von Staat und Kirche konnte nicht stillgestanden werden: sie führte folgerichtig sofort zu einem Gegensatz beider

[1] Op. II, S. 140.

[2] Waitz, Verfassungsgeschichte, Bd. III, S. 93.

[3] v. Noorden, S. 147, n. 2.

Digitized by Google

Organismen. Die Ahnung ſolchen Gegenſatzes dämmerte auch bereits herauf: «non est nobis conluctatio adversus carnem et sanguinem, sed adversus principes et potestates, adversus rectores tenebrarum harum, contra spiritualia nequitiae in caelestibus. Et non militamus terreno regi, sed caelesti, pro salute et nostra et terreni regis et totius populi nobis commissi».[1] — Bei einer Ahnung blieb es. Nach wie vor erblickte man das Heil im Zuſammenwirken der beiden Faktoren, der Kirche und des Königtums. In dieſem Sinne wurde Ludwig der Deutſche gemahnt: «Non tibi sit curae, rex, quae tibi referunt illi fellones atque ignobiles: hoc fac, quod tibi dicimus, quoniam cum nostris, et non cum istorum parentibus tenuerunt parentes tui regnum».[2] Allerdings hatte ein Karl der Große im Einverſtändnis mit der Kirche regiert; möglich geweſen war aber dieſes Bündnis — als ein ſolches mochte es Hincmar gemäß ſeiner vorgeſchrittenen Anſchauung erſcheinen — nur durch die Unterordnung der Kirche unter das Königtum: durch das Königspriſtertum. Gerade dieſes aber verneinte er auf das beſtimmteſte: einer nur konnte König und Prieſter zugleich ſein: Chriſtus («idem Deus in carne veniens, qui solus rex fieri potuit et sacerdos»).[3] Die Aufſtellung dieſes Satzes beweiſt, daß man ſich des Bruchs mit der altkarolingiſchen Anſchauung bewußt worden war. Der eine Königspriester, Chriſtus, war gen Himmel gefahren und hatte ſein Königreich, d. i. die Kirche, unter die «pontificalis auctoritas» und die «regia potestas» zur Leitung verteilt. Einſt, auf der Synode von Paris im Jahre 829, war zum

[1] Op. II, S. 141. [2] Ebendaſ.

[3] Op. II, l. c. Der Gedanke, der in Hincmars Schriften häufig wiederkehrt, dürfte ihm eigen ſein, obwohl er zum erſtenmal nicht bei ihm, ſondern in den Synodalakten von Diedenhofen (Oktober 844; MG. Leg. I, S. 380, cap. 2) auftaucht.

Digitized by Google

erstenmal die Teilung der Gewalt zwischen Priestertum und Königtum ausgesprochen worden. Damals konnte dieser Trennung und der aus ihr gefolgerten Erhöhung der ersteren Macht über die letztere keine allzutiefe Bedeutung beigemessen werden. Die Rangscheidung war eine moralische gewesen; die Leitung des Gottesstaates erkannte man nach wie vor dem König zu. Ganz anders jetzt. Nicht mehr nur theoretisch und moralisch, sondern praktisch wurde gefolgert: die Bischöfe wollten als oberste Leiter des christlichen Königreichs betrachtet sein. So lautete ihr Anspruch an den deutschen König: «quia cum nostris parentibus, id est cum Apostolis Christus, rex regum, regnum suum, i. e. Ecclesiam conquisivit et rexit, et per nos et nobiscum (utinam non ad iudicium nostrum dicamus), eandem Ecclesiam, id est regnum suum quotidie adquirit, auget atque gubernat idem Dominus Iesus Christus, sicut dictum est a Domino Ecclesiae per prophetam[1]: Pro patribus tuis nati sunt tibi filii i. e. pro Apostolis creavi tibi Episcopos, qui te regant et doceant». Aus der Gleichsetzung von Kirche und Gottesstaat ergab sich logisch, daß die Häupter der Kirche auch Häupter des Gottesstaats waren. — Welche Stellung blieb aber für das Königtum? Sie läßt sich nach der vorliegenden Schrift nur mehr ahnen. Die Bischöfe motivieren ihr Festhalten an Karl gegenüber Ludwig mit der Hochachtung vor dem gesalbten König.[2] Das Motiv ist hochbedeutsam. Nicht mehr die unmittelbare göttliche Einsetzung, sondern die bischöfliche Salbung macht den unantastbaren Charakter des Königtums aus. Nicht mehr das Erbrecht und nicht mehr die Zustimmung des Volkes[3], sondern die Weihe der Bischöfe legitimiert den fränkischen König; außer-

[1] Psalm 44, 17. [2] Op. II, S. 140. [3] v. Noorden, S. 147, n. 2.

Digitized by Google

dem aber — die Bestätigung dieser Salbung durch den apostolischen Stuhl: «quemque (i. e. regem) sancta sedes Apostolica mater nostra litteris Apostolicis ut regem honorare studuit et confirmare».

Der Einfall Ludwigs des Deutschen in Westfrancien scheiterte durch den Verrat seiner Bundesgenossen im Januar 859.[1] „Wie ernst es die Synode zu Chiersey mit dem Widerstand gegen Ludwig gemeint, ergiebt sich daraus, daß man über die aufständischen Großen die Exkommunikation verhängt und den König, falls er die Gemeinschaft mit den Gebannten nicht abbrechen würde, mit der gleichen Kirchenstrafe bedroht hatte".[2] Wen erinnert diese Maßregel nicht an die Bannung der «consiliarii» Heinrichs IV.? Als Ludwig nicht nachgab, betrachtete man ihn als der Kirchenstrafe wirklich verfallen. Den Beweis dafür liefert ein Schriftstück, zu dessen Übergabe an den ostfränkischen König die Synode von Metz (27. Mai 859) eine Gesandtschaft unter der Führung Hincmars abordnete: «De indulgentia Hludovici pro seditione et excessibus in regno fratris sui Caroli perpetratis».[3] Die Schrift bietet in ihrer maßlosen Sprache eine Ergänzung zu dem machtbewußten Auftreten der Bischöfe in Quierzy. Es ist bezeichnend, daß das Schwergewicht von Ludwigs Verbrechen nicht sowohl in der Gewaltthat gegen das westfränkische Königreich, als vielmehr in der Verletzung der Kirche erblickt wird. Sein Einfall wurde als «schisma in hac sancta Dei ecclesia atque in ista christianitate» betrachtet.[4] In entwürdigender, ja gemeiner Weise wird Ludwig zur Buße aufgefordert, wobei er sich den Vergleich gefallen lassen muß mit dem «Canis reversus ad vomitum suum et sus lota in volutabro luti». Über-

[1] Dümmler I, S. 446. [2] v. Noorden, S. 149. [3] MG. Leg. I, S. 458 ff. [4] Ebendas. cap. 8.

Digitized by Google

dies ſoll er ſich auf die guten Ratſchläge der weſtfränkiſchen Biſchöfe verpflichten: «qualiter ecclesia Dei, quae in suo regno ac regnis nostrorum principum una sit, sicut et unum sacerdotium, secundum qualitatem periculosi temporis in unoquoque ordine restituatur». Erſt wenn er dem allem nachgekommen iſt und ſich von der Gemeinſchaft ſeiner gebannten Räte losgeſagt hat, ſoll er „der heiligen Kommunion, der er ſich ſelbſt beraubt hatte", wieder teilhaftig gemacht, oder, wie es in Kapitel 11 heißt, „abſolviert" werden. — Das alſo war die Sprache, die der weſtfränkiſche Epiſcopat gelernt hatte, gegen einen König zu führen! Ludwig war beſonnen und ſtolz genug, die Geſandtſchaft kurz abzufertigen. Er begnügte ſich damit, die Biſchöfe derſelben, vor allem Hincmar, um Entſchuldigung zu bitten, und ſeine eigene hohe Geiſtlichkeit unterſtützte ihn in dieſer Bitte. Die Beglückung, welche ihm die Metzer-Synodalkapitel im Geiſt einer neuen Auffaſſung und Ordnung von Kirche und Staat vermitteln ſollten, weiſt der König zurück. Reſigniert berichten die Geſandten ihren Amtsbrüdern: „Wir aber erwarteten, daß er den von uns angebotenen Rat zu ſeinem Wohl ſelbſt ſuchen möchte und wir ihm dann gemäß jenem Schriftſtück Rat erteilen könnten. Er ſelbſt aber antwortete ſeinerſeits, daß er auf jenes Schriftſtück nicht eingehen könne, bevor er mit ſeinen Biſchöfen ſich beraten habe." «Et sic, quidquid in generali causa ecclesiae et populi egit, penes illum remansit.»[1] Die Propaganda für neue Anſchauungen im Oſten war mißlungen.

Um die Mitte des Juni waren Hincmar und ſeine Mitgeſandten aus Deutſchland zurückgekehrt, um ſich an der großen franzöſiſchen Nationalſynode in der Villa Savonières bei Toul, eröffnet am 14. Juni 859, zu beteiligen.[2] Der Einfall Lud-

[1] Ebendaſ. S. 461. [2] v. Noorden, S. 154. Hefele IV, S. 196.

Digitized by Google

wigs des Deutschen fand dort ein Nachspiel: Erzbischof Wenilo von Sens hatte sich dem deutschen König angeschlossen und, was ihm besonders verdacht wurde, vor ihm — den Exkommunizierten — Messe gelesen.[1] König Karl überreichte der Synode eine Klageschrift gegen den Erzbischof. Sie ist deshalb wichtig, weil aus ihr erhellt, daß der westfränkische König sich inzwischen selbst die Auffassung seiner Bischöfe über sein Königtum zu eigen gemacht hatte. Man darf sich über seine Gelehrigkeit nicht wundern. Schon im Jahre 855 hatte Servatus Lupus auf mittelbares Geheiß Karls («eius sermonibus») an Bischof Amulo von Lyon geschrieben: «Rex regum, idemque sacerdos sacerdotum, qui solus potuit Ecclesiam regere quam redemit, . . . potestatem suam ad eandem gubernandam Ecclesiam in sacerdotes divisit et reges, ut, quod sancti docerent pontifices, et ipsi implerent, et impleri facerent devotissimi reges»[2]. Im «Liber proclamationis»[3] ging Karl soweit, sein ganzes Königtum von der Weihe der Bischöfe herzuleiten. Wenilo habe sich an der Wahl und Weihe beteiligt: «A qua consecratione vel regni sublimitate supplantari vel proici a nullo debueram». Ja noch mehr, er setzt hinzu: «saltem sine audientia et iudicio episcoporum, quorum ministerio in regem sum consecratus, et qui throni Dei sunt dicti, in quibus Deus sedet, per quos sua decernit iudicia; quorum paternis correptionibus et castigatoriis iudiciis me subdere fui paratus, et in praesenti sum subditus». Also nicht mehr als ein Königtum von Gottesgnaden, als ein Königtum von Bischofsgnaden

[1] v. Noorden, S. 149.

[2] Lettres de Servat Loup, Bibliothèque de l'Ecole des Hautes Etudes, Heft 77, ed. Desdevises du Dezert, Paris 1888, Ep. 81, S. 103.

[3] MG. Leg. I, S. 457.

Digitized by Google

verkündigte Karl das seinige; durch die Bischöfe empfing er es; ihnen gestand er das Gericht über seine Person zu; sie sollten ihn absetzen dürfen. Die Hierokratie war vollkommen und der König ihr erster Beamter.

Während dieser Vorgänge im Westen bereitete sich auch schon im Mittelreich eine Katastrophe vor, die das Königtum in tiefster Erniedrigung, die Kirche in ihrer Gesamtheit vereinigt unter der Hand eines imponierenden Papstes im höchsten Triumph zeigen sollte: der Ehehandel Lothars II.

Um den Streit des lothringischen Königs ganz verstehen zu können, ist es notwendig, einen Rückblick auf die Entwicklung der Anschauungen im Mittelreich zu werfen. Die Synode von Diedenhofen, im Oktober des Jahres 844, die sich als letzte des Vorsitzes aller drei Königsbrüder Lothar, Ludwig und Karl erfreuen durfte[1], bietet in ihren Akten eine ähnliche Unklarheit wie die Aachener Synode vom Jahre 836.[2] Die neue Lage, wie sie durch den Vertrag von Verdun geschaffen worden war, führte zu einer hülflosen Nebeneinanderstellung zweier im Grund entgegengesetzter Anschauungen. Nachdem das erste Kapitel von der «ecclesia vobis (i. e. regibus) ad gubernandum commissa» gesprochen hatte, verwarf das zweite das Königspriestertum[3] und erklärte: «ita ecclesiam dispositam esse, ut pontificali auctoritate et regali potestate gubernetur».[4] Man geht kaum zu weit, wenn man schon hieraus den Schluß zieht, daß in Lothringen selbst die Ansichten geteilt waren. Von Kaiser Lothars schwankender Politik gegenüber dem Papsttum wird in anderem Zusammenhang die Rede sein. Die Synode von Valence, auf Lothars Verlangen am 8. Januar 855 von den drei burgundischen Metropoliten seines Reichs: Lyon, Vienne und

[1] Hefele IV, S. 105. [2] S. o. S. 81. [3] S. o. S. 96, n. 1. [4] MG. Leg. I, S. 381.

Digitized by Google

Arles berufen[1], bittet um kanonische Bischofswahlen[2], ohne jedoch dem König das freie Ernennungsrecht zu bestreiten. Nur möge er ersucht werden: «ut ecclesiam Dei . . . digno honoret ministro». Für den Schutz des Kirchenguts wird in durchaus ehrerbietiger Weise die Hilfe des Fürsten nachgesucht.[3] All das läßt das Fortwirken alter Anschauungen im Mittelreich vermuten. Diese Vermutung findet nach dem Tode Lothars I. (29. September 855) eine überraschende und nachdrückliche Bestätigung: der Ire Sedulius Scotus, Lehrer an der Domschule zu Lüttich[4], konnte es unternehmen, seinem Landesherrn, dem jugendlichen Lothar II., einen Königsspiegel zu widmen, der sich ganz im altkarolingischen Gedankengang bewegte. Er nennt sein Werk: «Liber de rectoribus christianis».[5] Das Bild des christlichen Fürsten ist mit breiter Behaglichkeit gezeichnet; die Familie des Königs und seine Ratgeber, die innere und die äußere Politik finden ihre Besprechung, — alles in so ruhiger, ansprechender Weise, daß das Büchlein eine erquickliche Sonderstellung inmitten von all der Leidenschaft der That und des Wortes einnimmt. So konservativ Sedulius in seinen Ansichten erscheint, eines war doch auch ihm aufgegangen, daß nämlich die Begriffe «respublica» und «ecclesia» sich nicht deckten. Soweit ich die Quellen zu übersehen vermag, ist er sogar der erste, der die beiden Worte als Unterscheidung zweier Sphären benützt. Aber ebenso unbedenklich stellt er die Kirche in den Rahmen des Staats: «Res enim publica tunc suo initio pulcherrima consecratur, cum regia sollicitudo et sacra devotio sancto superni regis timore simul et amore ascenditur; cumque de gloriosa ecclesiae utilitate provido consilio procuratur». Die Fürsorge für die

[1] Hefele IV, S. 184. [2] Mansi XV, S. 7, cap. 7. [3] Ebendas. S. 8, cap. 8. [4] Ebert II, S. 191 ff. [5] Spicilegium romanum Tom. VIII, ed. May 1842, S. 4 ff.

Digitized by Google

Kirche ist eine Pflicht der Dankbarkeit gegen „den höchsten Geber", gegen Gott, „durch dessen höchsten Willen und Einsetzung er (d. i. der König) zum Gipfel des Regiments gekommen ist". Die unmittelbare göttliche Einsetzung des Königs steht für Sedulius außer allem Zweifel. «Quid enim sunt christiani populi rectores nisi ministri omnipotentis?»[1] Im vierten Kapitel kommt er darauf zurück: «Omnis autem regalis potestas, quae ad utilitatem reipublicae divinitus est constituta, non tam caducis operibus ac terrestri fortitudine, quam sapientia cultuque divino est exornanda».[2] Als höchstes Gut des Fürsten preist er darum neben der «religio» die «sapientia». Wie Alcuin, so wünscht auch er, der Fürst möge ein «sapiens», ein Philosoph sein. Es würde zu weit führen, im einzelnen das anziehende Bild, das durch Beispiele guter und schlechter Fürsten aus biblischer und geschichtlicher Zeit belebt wird, nachzuzeichnen. Im 10. Kapitel kommt Sedulius ausführlich auf des Königs kirchliche Thätigkeit zu sprechen. Sie soll ihm das wichtigste sein: „einem Fürsten, der Gott angenehm ist, ziemt es, seine persönliche Sache dem Nutzen der Kirche nachzusetzen".[3] Man wird wiederum an Alcuin erinnert, wenn er ihn als «magni regis dispensator, adiutor et protector» über die Arbeiter im Weinberg des Herrn bezeichnet. Es entspricht nur dem altfränkischen Kirchenrecht, wenn Sedulius dem König empfiehlt, zwei- bis dreimal des Jahres Synoden zu berufen, um auf ihnen über das Wohl der Kirche zu beraten[4]: «Nec quicquam de negotiis ecclesiasticis iudicare praesumat, antequam synodalia statuta cognoscat». In Sachen der Lehre soll er es vermeiden, eigenmächtig zu entscheiden. Wo er gefehlt hat, mag er sich den Tadel der «prudentes», d. i. der Priester, gefallen lassen. Damit war die

[1] l. c. S. 5. [2] l. c. S. 12. [3] l. c. S. 30. [4] l. c. S. 31.

Digitized by Google

Grenze nicht überschritten. Schon die merovingischen Reichsbischöfe hatten sich nicht gescheut, ihren Herren die Flecken ihres Lebens vorzuhalten. Den Besitz der Kirche hat der Fürst zu wahren und durch Schenkungen zu mehren.[1] Im 19. Kapitel faßt Sedulius noch einmal die Stellung des Königs in ihrem ganzen Umfang zusammen: «Oportet enim Deo amabilem regnatorem, quem divina ordinatio tamquam vicarium suum in regimine ecclesiae suae esse voluit, et potestatem ei super utrumque ordinem praelatorum et subditorum tribuit, ut singulis personis et quae iusta sunt decernat et sub sua dispensatione prior ordo devota oboediendo fideliter subditus fiat».[2] So gilt dem Verfasser der König als unmittelbarer Statthalter Gottes, dem Priester und Laien gleicher Weise zu gehorchen verbunden sind: servitutem congruam regi orthodoxo . . . exhibeant, ut primo ordine fiat quod ad divinum, et in secundo quod ad humanum pertinet obsequium».[3] Geistliches und Weltliches vereinigte sich für Sedulius in der einen Person des Königs; er pries und empfahl das vollendete Königspriestertum.

Beweist schon der Königsspiegel des Sedulius genugsam für das Vorhandensein altfränkischer Anschauungen im Mittelreich, so sind es vollends die Akten der Synode von Aachen (April 862), die es zur Gewißheit machen, daß sogar die Mehrheit der lothringischen Bischöfe ihnen huldigte. Die genannte Synode beschäftigte sich mit der schmutzigen Ehesache Lothars II. Der König legte den Bischöfen eine Klageschrift vor, worin er um Scheidung von seiner rechtmäßigen Gemahlin Theutberga, und um die Erlaubnis, sich mit seiner Geliebten Waltrada vermählen zu dürfen, nachsuchte. Die Schrift ist, ganz abgesehen

[1] l. c. S. 63, cap. 19. [2] l. c. S. 65. [3] l. c. S. 66.

Digitized by Google

von der bodenlosen Unsittlichkeit, die sie enthüllt, im Tone würdeloser Unterwürfigkeit gehalten. Es gehörte viel Charakterlosigkeit und wenig altfränkisches Majestätsbewußtsein dazu, um als König den Vorrang der «sacerdotalis dignitas» vor der «regales potestas» im Angesicht einer Synode zu betonen.[1] Um so erstaunlicher ist es, die Bischöfe gegenüber einem solchen Fürsten erklären zu hören: «non immemor vocationis suae quod nomine censetur, opere compleat, ut rex regum Christus, qui sui nominis vicem illi contulit in terris, dispensationis sibi creditae dignam remunerationem reddat in caelis».[2] Die germanische Auffassung vom Königtum wurde also, wenn auch zum Schutz des Unrechts, voll vertreten.

Beide Anschauungen, die germanische und die römische, wie sie kurzweg genannt sein mögen, standen sich in der Ehesache Lothars wiederum neuverschärft gegenüber. Ihr Kampf war ungleich; die Gegner der lotharischen Partei hatten Recht, Sittlichkeit und Intelligenz auf ihrer Seite. In ihrem Namen ergriff Hincmar von Rheims das Wort. Er gab ein ausführliches Gutachten: «de divortio Lotharii et Reginae Tetbergae» ab und behandelte noch überdies in einer «Responsio» sieben Fragen, die ihm vorgelegt wurden. Während die erste Schrift sich vorzugsweise in spitzfindigen moralischen und religiösen Auseinandersetzungen ergeht, führt die «Responsio» die beiden gegnerischen Auffassungen in schroffem Gegensatz vor.[3] Von vornherein bestritten die Lothringer auswärtigen Bischöfen in Sachen ihres Königs jede Kompetenz: «quoniam rex Lotharius habet in suo regno episcopos et nobiles ac fideles laicos, quorum consultu atque consilio causam inter se et uxorem suam diffinivit, et non alterius

[1] Manfi XV, S. 614. [2] Ebendaf. S. 527 ff. [3] Op. I, S. 683 ff.

Digitized by Google

regni episcopos vel ad alios quoscunque inde aliquid pertinet retractare». Dieſe Aufſtellung war unerhört: ſie konnte nur dort entſtehen, wo man die Kirche gleichſam als partikulare Reichskirche und damit als ein dem Staat eingeordnetes Inſtitut dachte. Hincmar trat denn auch einer ſolch „malitiöſen" Anſicht beſtimmt entgegen. Für ihn und ſeine Geſinnungsgenoſſen war ja die verlorene Reichseinheit durch die Einheit der Kirche erſetzt; für ihn gab es nur: «unum regnum, una Christi columba, videlicet sancta Ecclesia; unius Christianitatis lege, regni unius et unius Ecclesiae; quamquam per plures regni principes et ecclesiarum praesules gubernacula moderentur».[1] Gab man dieſe höhere Einheit über Königtum und Staat zu, ſo war damit eigentlich auch ſchon ihren Vertretern das Recht eingeräumt, über einen König zu richten. Die Anhänger Lothars beſtritten ein ſolches Recht aufs nachdrücklichſte; «quia iste princeps rex est, et nullorum legibus vel iudiciis subiacet, nisi solius Dei, qui eum in regno, quod suus pater illi dimisit, regem constituit, et si noluerit, libere et licenter dimittet: et sicut a suis episcopis, quidquid egerit, non debet excommunicari, ita ab aliis episcopis non potest iudicari, quoniam solius Dei principatui debet subici, a quo solo potuit in principatu constitui: et quod facit, et qualis est in regimine, divino fit nutu sicut scriptum est „Cor regis in manu Dei quocunque voluerit vertet illud".» (Prov. XXI.)[2] Niemals zuvor und niemals nachher iſt das germaniſche Königtum beſtimmter und ſchärfer in ſeinen Anſprüchen fixiert worden, als es hier geſchah. Die unmittelbare göttliche Einſetzung, das Erbrecht und die abſolute Unverantwortlichkeit ſind

[1] l. c. S. 684. Vergleiche auch Op. II, S. 422. Op. I, S. 354.
[2] Op. I, S. 693.

Digitized by Google

die Grundpfeiler, auf denen es steht. Das Gottesgnadentum ist bis zum äußersten gesteigert, wenn Handlung und Führung des Königs auf göttlichen Wink zurückgeführt werden — alles, um ihn als unantastbares Haupt über jedes menschliche Gesetz zu stellen. Um den Widerspruch möglichst streng zu formulieren, geriet man zu Sätzen, die innerhalb der mittelalterlichen Weltanschauung unhaltbar waren. Hincmar stand denn auch nicht an, die gegnerischen Einwände geradezu als Blasphemien zu verdammen.[1] Satz für Satz suchte er sie zu widerlegen. Zuerst wendet er sich gegen die königliche Unverantwortlichkeit. David und Nathan, Saul und Samuel führt er als entgegenstehende Beispiele an. „Die apostolische Autorität ermahnt, daß auch die Könige ihren Vorgesetzten im Herrn, die über ihre Seelen wachen, gehorchen sollen." Zum Beleg citiert er jene bekannte Stelle aus dem Brief des Papstes Gelasius an den Kaiser Anastasius, die uns oben schon begegnete[2]: Die Rechenschaft für die Seelen, die Seelengewalt war es, was das Priestertum gewichtiger machte als das Königtum; des Königs Seele war den Bischöfen anvertraut, so gut wie die jedes anderen Gläubigen. Dieser Gedanke war und blieb unwiderleglich; er bedeutete die Brücke, die jederzeit von der Moral zur Politik führte. Auf ihr war man vor wenigen Jahrzehnten zur Ab- und Wiedereinsetzung Ludwigs des Frommen gelangt. Hincmar versäumte auch dieses Beispiel nicht: «Nostra aetate pium Augustum Ludovicum a regno deiectum, post satisfactionem Episcopalis unanimitas, saniore consilio, cum populi consensu, et Ecclesiae et regno restituit». Nun hatten die Gegner behauptet, der König unterliege keinem Gesetz und Richtspruch und sei unmittelbar nur Gott verantwortlich: damit berührten sie den Punkt, der Hincmar am

[1] Ebendas. S. 694. [2] S. o. S. 62.

Digitized by Google

meisten zu schaffen machte — die göttliche Einsetzung des Königs. — Hincmar sah, wie früher dargelegt wurde, den unantastbaren Charakter des Königtums nicht in der unmittelbaren Einsetzung durch Gott begründet, sondern in der bischöflichen Salbung.[1] Eigentlich hätte er diese Ansicht hier wiederholen müssen. Warum that er es nicht? Der gegnerische Einwurf in seiner staunenswerten Bestimmtheit mochte ihn stutzig machen. In jenem früheren Zusammenhang hatte es sich um eine Behauptung, nicht aber um eine Widerlegung gehandelt. Offenbar hatte der Gegner an eine Frage gerührt, in der sich Hincmar unklar war. Er hatte gewagt, das Königtum von Bischofsgnaden zu behaupten; er wagte nicht, das Königtum von Gottesgnaden zu bestreiten. Sein Zaudern ist nur daraus zu erklären, daß ihm, dem Franken aus edlem Haus, die Achtung vor der königlichen Autorität unerschütterlich feststand — ein unvermittelter Bestandteil innerhalb seiner übrigen Anschauungen. Schon jetzt meldete sich der Zwiespalt an, der uns später offen entgegentreten wird. Er half sich für diesmal mit einer schwachen, scholastischen Sophisterei: «Quicunque rex veraciter rex est, legi non subiacet, quia lex non est posita iusto, sed iniustis».[2] Es war doch kaum haltbar, den guten König «solo iudicio Christi» zuzuordnen, den schlechten aber dem Gericht der Priester, „welche die Throne Gottes sind, auf denen der Herr sitzt und durch die er seinen Richterspruch fällt". Er verfiel bei der Einsetzung auf denselben Ausweg, wie bei der Verantwortlichkeit: «quidam a Deo in principatu constituuntur», das sind die guten und frommen Könige; wieder andere werden «a Deo per hominem, non sine nutu divino» eingesetzt; eine dritte Kategorie «civium vel militum fulti auxilio»; eine vierte «successione paterna»;

[1] S. o. S. 97. [2] Op. I, S. 695.

Digitized by Google

und endlich eine fünfte «tyrannica usurpatione». Mit dieser Einteilung war so gut wie nichts bewiesen; denn schließlich herrschten auch die schlechten Fürsten durch Gottes Willen: «propter sua complenda vel populi ulciscenda peccata». Genau so erging es ihm mit dem Erbrecht, auf das er noch im besonderen zu reden kam. Er konnte es nicht prinzipiell verwerfen; ebensowenig aber konnte er zugeben, daß die Unantastbarkeit des Königtums in jedem Fall damit legitimiert sei. Es sollte also nur für tugendhafte Söhne gültig sein. «Videmus certe, quam non sufficiat ad suffragium liberis paterna nobilitas. Vitia siquidem vicerunt naturae privilegia, et peccantem non modo de nobilitate patris, verum de ipsa etiam libertate pepulerunt.»[1] Die siebente und letzte Frage, die Hincmar diskutiert, ist eigentlich mit der sechsten schon erledigt. Die Lothringer meinten: «Rex, si noluerit venire ad synodum, libere etiam compellatus dimittet». Hincmar hält ihnen entgegen: «in iudicio personam non debere accipere, sed causae qualitatem discernere».[2] Es beweist, auf welcher Grundanschauung die Anhänger Lothars alle ihre Ansichten aufbauten, wenn ihr Gegner zum Schluß sich ausdrücklich gegen das Königspriestertum erklärt: (Christus) «solus utrumque dignitate et nomine, rex scilicet et sacerdos essentialiter fieri potuit».[3] Er setzt ihm hier, wie schon früher, die Scheidung in Priestertum und Königtum entgegen, und verkündigt folgerichtig das Übergewicht der «dignitas spiritualior».[4]

In ununterbrochenem Aufstieg hatte sich die Kirche seit den Tagen Ludwigs des Frommen über den karolingischen Reichsteilen erhoben. Gestützt auf den Gedanken ihrer imposanten Einheit konnte ein Hincmar von Rheims sich zum Richter

[1] l. c. S. 696. [2] l. c. S. 697. [3] l. c. S. 706. [4] l. c. S. 707.

Digitized by Google

eines fränkischen Königs aufwerfen. Mußte nicht diejenige Person, in der diese ganze hierarchische Einheit gipfelte — der Papst — in noch viel höherem Maße als ein fränkischer Prälat in seinem Machtbewußtsein gesteigert werden? „Die Teilung des Reichs leistete der Emanzipation des Papsttums von der Herrschaft des Kaisers die größten Dienste. Was der Kaiser in der Meinung der Menschen verlor, gewann der Papst. Seine Autorität war unangreifbar, schon darum, weil sie von keiner Landesgrenze eingeengt wurde."[1] Um das Auftreten des Papstes in der lotharischen Ehesache voll zu würdigen, ist es nötig, die politische Entwicklung des Verhältnisses von Kaisertum und Papsttum seit dem Tode Gregors IV. (844) kurz zu verfolgen. Sergius II. wurde konsekriert, ohne daß man den kaiserlichen Rechten, wie sie in der Konstitution von 824 festgelegt worden waren, Rechnung trug. Kaiser Lothar sandte seinen Sohn Ludwig nach Rom, um gegen so eigenmächtiges Vorgehen zu protestieren. Verheerend zog der junge Ludwig bis vor die Thore der Stadt.[2] Sergius II. brach der Gefahr des Augenblicks die Spitze ab, indem er den Sohn des Kaisers mit denselben Ehren empfing, wie einst Leo III. Karl den Großen.[3] Die Worte, die er zum Empfang an Ludwig richtete, sind bezeichnend für „den mächtigen Umschwung, der eingetreten war". Er sollte nur einziehen dürfen unter der Zusage, daß er „reinen Sinnes und aufrichtigen Willens zum Heile der Stadt, der Welt und dieser Kirche" gekommen sei, ein Gelöbnis, das von da an jeder künftige Kaiser an den Pforten der Peterskirche zu leisten hatte.[4] Also des Papstes Gebot, „nicht mehr das des Herrschers, öffnete und schloß in Rom die Thüren".[5] Zwischen den Franken und den italienischen Bischöfen einerseits, und dem

[1] Hauck II, S. 511. [2] Dümmler I, S. 250 ff. [3] Hauck l. c. S. 512. [4] Dümmler, l. c. [5] Hauck l. c.

Digitized by Google

Papst und seinem römischen Anhang andererseits, kam es über die kaiserlichen Rechte zu heftigen und langwierigen Erörterungen.[1] Der Inhalt des erzielten Vergleichs ist unbekannt. Beide Teile wurden nicht ganz zufriedengestellt: das kaiserliche Heer durfte die Stadt nicht betreten. Die Verhandlungen fanden ihren Abschuß mit der Krönung und Salbung Ludwigs zum König der Langobarden. Offenbar geschah die Ceremonie auf Wunsch Lothars I.[2] Für die früheren Unterkönige in Italien hatte „die Bestellung durch den Kaiser als Oberherrn" genügt. Jetzt glaubte man auch für den Bestand des italienischen Königtums der päpstlichen Mitwirkung zu bedürfen; man hatte eben im Norden gelernt, in der Salbung und Krönung mehr als nur einen Akt kirchlicher Weihe zu sehen: „Aus der priesterlichen Segnung des Herrschers wurde die Übertragung des Amts".[3] Die Leistung des Treueids von seiten des Papstes und der Römer konnte Ludwig nur für die Person des Kaisers, nicht für die seinige durchsetzen. Für die Unabhängigkeit des Papsttums war es wichtig, daß die Herrenrechte über Rom auf der Kaiserkrönung beruhten.[4] Dagegen willigte Sergius gern in die Ernennung Drogos von Metz zum päpstlichen Vikar für die fränkischen Königreiche. Lothar mochte hoffen, seiner schattenhaften Kaiserhoheit durch die Errichtung einer kirchlichen Gesamtinstanz auf lothringischem Boden politisch aufhelfen zu können. Für den Papst war die Gelegenheit zu verlockend, um nicht in bisher unerhörtem Umfang seine Rechte gegenüber der fränkischen Kirche zu betonen. In einem volltönenden Schreiben verkündigt er den fränkischen Bischöfen die Ernennung. «Salva in omnibus huius universalis Romanae sedis principatu»[5] fordert er für seinen Legaten bereitwilligen Gehorsam „und

[1] Mühlbacher, S. 472. [2] Ebendas. S. 473. [3] Hauck II, S. 513 und 514. S. o. S. 97. [4] Hauck l. c. [5] Mansi XIV, S. 807.

Digitized by Google

giebt ihm die Vollmacht, allgemeine Synoden zu halten, die Beschlüsse der Provinzialsynoden zu prüfen, Appellationen anzunehmen, das Leben und die Amtsführung der Bischöfe und Äbte zu überwachen."[1] All das verordnete er in dem Vollgefühl, der Leiter der gesamten Kirche Gottes auf Erden zu sein. Die hohe Auffassung von seinem Beruf führte ihn soweit, daß er den Bischöfen unbedingten Schutz gegen jeden Übergriff von seiten ihrer Könige in Aussicht stellte.[2] — Der Vikariat Drogos scheiterte vornehmlich am Widerwillen der fränkischen Metropoliten, die in ihrer Selbständigkeit noch immer eine mißliche Schranke gegen die päpstliche Obmacht in ihrer Kirche bildeten. Nur insofern war der Versuch bedeutsam, als er dem Papsttum Veranlassung bot, vor dem Norden seinen Machtanspruch zu entfalten. Dort aber waren bereits jene Fälschungen im Gang, die dem Primat des Papstes erfolgreich in die Hände arbeiteten. Wie mußten sich auch dort die Anschauungen verändert haben, wenn der Kaiser selbst, Leo IV. gegenüber, der so wenig, wie sein Vorgänger Sergius, erst nach der Erlaubnis Lothars konsekriert worden war, den Primat mit überschwenglichen Worten pries: «superna dispositio primatum obtinere voluit ecclesiarum (i. e. sedem apostolicam), ut in quibuscunque causis, quaestionibus, sive negotiis ecclesiastica suaderet necessitas, omnes quasi ad normam religionis fontemque recurrerent aequitatis».[3] Kein Wunder, daß er noch überdies den Papst ergebenen Gehorsams versicherte, wenn er um eine Gefälligkeit bat, wie sie die Verleihung des Palliums an Hincmar war. Wer eine solche Sprache führte, mußte sich weit von der Auffassung Karls des Großen entfernt haben, der im Papst doch immer nur den ersten geistlichen Unterthan seines Reiches erblickt hatte.

---

[1] Hauck II, S. 516. [2] Manſi XIV, S. 808. [3] Ebendaſ. S. 884.

Digitized by Google

Entsprechend der politischen Loslösung des Papsttums vollzog sich die geistige. Hatte schon Leo IV. es als seine vornehmste Aufgabe erklärt, kraft seines Friedensberufes alles Schlechte auf Erden zu bessern, so faßte Benedikt III. den apostolischen Beruf in bestimmtere Worte: Aus der Fürsorge für den „Körper der gesamten Kirche" leitete er noch eine besondere für die gallischen Diözesen ab: «ipse reipublicae status testificatur, quandoquidem utramque provinciam unius imperii sceptrum non dividet». Beider Provinzen Königreich lenke die Würde der römischen Kirche, zusammen mit der irdischen Herrschaft, durch gemeinsames Recht: die Fürsten bekräftigen ihre Dekrete durch Verordnungen der römischen Kirche, und unterstützen ihrerseits die kirchlichen Rechte durch ihre Verfügungen: «aestimantes terrenae reipublicae rectores tunc se feliciter imperare, si suis sanctionibus apostolica confoederetur auctoritas».[1] Derselbe machtbewußte Ton, den man von Rom aus die fränkische Kirche hören ließ, klang auch der weltlichen Macht entgegen.

Schritt für Schritt war in logisch denkenden Köpfen des Nordens der Gedanke vom Königspriestertum zur Hierokratie vorgedrungen. Über den Trümmern des Gottesstaates, den Karl der Große auf der Grundlage seines Königtums in gewissem Sinne verwirklicht hatte, war die Ahnung einer zweiten Möglichkeit aufgestiegen, die eine Umsetzung des Ideals auf der Grundlage der Kirche für erreichbar hielt. Mit Bestimmtheit wiesen Hincmars Sätze das Ziel, dem die neue Theorie zustrebte, ohne sie selbst in ihrem vollen Umfang vor uns aufzubauen. Dazu konnte nur der Träger derjenigen Gewalt berufen sein, die mit zwingender Notwendigkeit im neuen Gottesstaat für sich den ersten Platz beanspruchen mußte: der

[1] Mansi XV, S. 113.

Digitized by Google

Papſt. Der Mann, der ſeine Sendung ſo begriff und unumwunden vor der Welt vertrat, war Nikolaus I. Der Augenblick war gekommen, wo das Papſttum „ſich ſeiner Idee bewußt" wurde.

Die Anſchauungen Nikolaus I. ſind von Hauck erſchöpfend und glänzend dargeſtellt worden, ſo daß es genügt, ſie in gedrängter Zuſammenfaſſung unſerer Unterſuchung einzupaſſen.[1] Die moraliſche Autorität des apoſtoliſchen Stuhls bildet ihre naturgemäße Grundlage. Nur findet ſie, gegenüber der immerhin noch beſcheidenen Betonung durch die unmittelbaren Vorgänger, jetzt ihre konſequente äußerſte Steigerung. „Was der Papſt ſagt, iſt Gottes Wort, was er handelt, iſt Gottes That." Aus dieſem Anſpruch, der auf unantaſtbare ewige Privilegien ſich gründet, erwächſt das oberſte Richteramt des Papſtes. Biſchöfe und Synoden ſind nur Werkzeuge ſeines Regiments: beide zur Ausführung ſeiner gottinſpirierten Beſchlüſſe. So denkt er ſich die Kirche als einen einheitlichen ſtraffgefügten Organismus, deſſen Lebensäußerungen lediglich vom Willen des einen Papſtes abhängen. Folgerichtig muß er für ſich ſowohl, wie für die ganze Einheit, in der ſich ſein Wille ſpiegelt, jede Einwirkung einer fremden Macht ablehnen. Damit iſt ſein Verhältnis zur weltlichen Macht gegeben. Indem er ſich jeden Eingriff verbittet, ſtellt er auch ſchon ſeine höchſte ſittliche Autorität über die irdiſchen Machthaber, alſo auch ſein Herrſchaftsgebiet, die Kirche, über den Staat. Er tritt in bewußten, offenen Gegenſatz zur Kirchgewalt der fränkiſchen Fürſten, zum Königsprieſtertum: «Fuerunt haec ante adventum Christi, ut quidam typice reges simul et sacerdotes existerent: quid sanctum Melchisedek fuisse sacra prodit historia».[2] Der Teufel habe das an ſeinen Gliedern, den heidniſchen Kai-

[1] Hauck II, S. 534 ff.

[2] Manſi XV, Ep. 8, S. 214.

Digitized by Google

fern, nachgeäfft, so daß diese sich auch «pontifices maximi» nannten. Mit der Erscheinung Christi und der Aufrichtung des neuen Bundes sei es endgültig anders geworden: „Künftig maßte sich weder der Kaiser die Rechte des Pontifikats an, noch der Papst den Namen des Kaisers". Die Scheidung in „Rechte" und „Namen" war nicht belanglos. Nikolaus sah in der That auf seiten des Kaisertums und Königtums nur Pflichten, auf seiner und der Kirche Seite nur Rechte. Die Trennung, die er mit Entlehnung aus kanonischen Papstbriefen zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt aufstellte, bedeutete für die erstere eine sehr scharfe, für die letztere so gut wie gar keine Grenze: «Christus Iesus . . . officia potestatis utriusque discrevit, . . . ut et Christiani imperatores pro aeterna vita pontificibus indigerent, et pontifices pro cura temporalium tantummodo rerum imperialibus legibus uterentur: quatenus spiritualis actio carnalibus distaret actibus». Aus der Fürsorge des Papstes und seiner Priester für das ewige Wohl der Fürsten war jederzeit die von Nikolaus so gern und so nachdrücklich betonte Forderung des Gehorsams abzuleiten.[1] Über die Verbindlichkeit weltlicher Gesetze für die Diener der Kirche glitt man mit einem «uterentur» hinweg, als hätten sie nur Geltung, weil die geistliche Hand sich nun einmal mit Fleischlichem nicht beflecken sollte. Es war Nikolaus unendlich viel wichtiger zu zeigen: «a saeculari potestate nec ligari prorsus, nec solvi posse pontificem, quem constat a pio principe Constantino . . . Deum appelatum, nec posse Deum ab hominibus iudicari, manifestum est». Mit solchen Grundsätzen mußte man die Teilnahme der Fürsten an Synoden so gut verwerfen, als die Zulässigkeit einer, auch der höchsten, weltlichen Instanz, in Sachen von Priestern und Bischöfen. Was

[1] Hauck l. c., S. 538.

Digitized by Google

seit Jahrhunderten in fränkischen Landen zu Recht bestand, verabscheute er wie eine Blasphemie. Seine Stellung zum Staat wird am besten durch die Worte gekennzeichnet, die er lothringischen Bischöfen zur Antwort schrieb, weil sie behaupteten, ihren Fürsten und Königen Gehorsam schuldig zu sein: «Verum tamen videte, utrum reges isti et principes, quibus vos subiectos esse dicitis, veraciter reges et principes sint . . . Videte si iure principantur: alioquin potius tyranni credendi sunt, quam reges habendi; quibus magis resistere, et ex adverso ascendere, quam subdi debemus. Alioquin si talibus subditi et non praelati fuerimus, nos necesse est eorum vitiis faveamus.» Damit war den Bischöfen zugestanden, ihren Gehorsam gegen den König in jedem einzelnen Fall vom eigenen Gutdünken abhängig zu machen. Für Nikolaus war der Staat zum notwendigen Übel geworden: seine Berechtigung sah er überall nur dort, wo sich der Staat einer höheren Ordnung unbedingt einfügte: der Kirche. Er achtete nicht darauf, daß er ihn in seinen Existenzbedingungen verneinte, wenn er das Treuverhältnis zum Monarchen zum kündbaren Vertrag erniedrigte. Eben dieser Monarch bedeutete für ihn nicht mehr, als jeder andere Unterthan seines geistlichen Reiches: nur die Gnade des apostolischen Stuhls hatte den Frankenkönigen «omne suarum dignitatum incrementum omnemque gloriam» gewährt. Wie das Königtum bestand das Kaisertum durch ihn zu Recht: der Salbung und Krönung durch Leo IV., der Verleihung des Schwertes durch den Papst, verdankte nach seiner Ansicht Ludwig, der Sohn Lothars, Reich und Kaiserherrlichkeit.[1] Der Gedanke des neuen, wahrhaftigen Gottesstaates war so zuerst von Nikolaus in vollem Umfang und Zusammenhang der

[1] Mansi XV, Ep. 26, S. 290.

Digitized by Google

mittelalterlichen Welt verkündigt. Was diesseits der Alpen seit den Tagen Ludwigs des Frommen gekeimt und bis zu den kühnen Sätzen eines Hincmar sich ausgereift hatte, war in Nikolaus I. zu vollendetem Ausdruck gediehen.

Es ist oft die Frage nach dem Verhältnis des Papsttums, insbesondere Nicolaus' I., zu Pseudoisidor aufgeworfen worden. Dieser Frage, die mit jüngsten Untersuchungen[1] dahin abgeschlossen scheint, daß Nikolaus seit dem Rothadschen Handel (s. u.) die falschen Dekretalen in seine Rechtsanschauung aufnahm und als Handhabe zur Vertretung seiner Ansprüche benutzte, braucht hier nicht nachgegangen zu werden. Für unsere Betrachtung ist die ganze Frage belanglos: das System der päpstlichen Gedanken war ausgebaut ohne Pseudoisidor; einem Papst wie Nikolaus, der die Rüstkammer apostolischer Ansprüche erschöpfend kannte, vermochte der Norden allerdings eine bequeme Handhabe, nicht aber eine wertvolle Gedankenstütze zuzuführen.

Nikolaus I. war nicht der Mann, der sich begnügte, Überzeugungen zu haben; er wollte ihnen die Wirklichkeit unterwerfen: die Gelegenheit, die sich bot, war ungemein günstig. „Wie hätte auch die Erhabenheit des Papsttums über jede weltliche Macht eindringender bewiesen werden können, als wenn der Papst einen König richtete?"[2] Mit unerhörter Entschlossenheit setzte er seine Grundsätze in die That um. Was galt es ihm, daß das fränkische Eherecht die Zuständigkeit für Scheidungsklagen dem weltlichen Richter zuwies? Das päpstliche Recht erkannte im Papst die höchste Instanz. Der Versuch, die Sache Lothars II. auf einer fränkischen Generalsynode zu Metz, Mitte Juni 863, in Anwesenheit päpstlicher Legaten zu entscheiden, scheiterte an der Gesinnungstreue der lothringischen Bischöfe,

[1] Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde, Hannover 1899, Bd. 25, S. 652 ff.

[2] Hauck II, S. 549.

Digitized by Google

der Bestechlichkeit der römischen Legaten. Die Synode beharrte auf dem Aachener Standpunkt.[1] Die Häupter der lothringischen Geistlichkeit, die Erzbischöfe Günther von Köln und Thiedgaud von Trier, brachten das Resultat nach Rom. Jetzt holte Nikolaus zum „vernichtenden Schlag" aus. Er berief Ende Oktober 863 eine Synode nach dem Lateran: Kassation der Synode von Metz, Amtsentsetzung und Exkommunikation ihrer beiden Sendlinge, Verdammung der Bigamie Lothars war das Ergebnis. Furchtlos verurteilte er nicht nur einen König, sondern griff, wie nie zuvor ein Papst gewagt, in die inneren Angelegenheiten der fränkischen Kirche gebieterisch ein. *So verneinte er von Grund aus die altfränkische Anschauung*, die uns in Lothringen in so merkwürdiger Frische begegnet war: für ihn gab es weder eine Unverantwortlichkeit des Königs, noch gar eine Landeskirche. — Und Nikolaus siegte. Zwar gelang es ihm nicht, seinen Lieblingsplan durchzusetzen: ein Konzil in Rom, auf dem italische und fränkische Bischöfe gemeinsam über Lothar II. zu Gericht gesessen hätten; aber er bestand auf der Unterwerfung des Karolingers. Er begnügte sich nicht damit, daß der König in den schmeichlerischsten Worten ihn seines Gehorsams versicherte[2], ja die Absetzung seiner beiden Reichsbischöfe durch den Papst anerkannte. Unverhohlen bedrohte er Lothar mit dem Bann[3] und ruhte nicht, bis zu Vendresse, unweit Sedan, im August 865, die feierliche Wiedervereinigung Lothars mit Theutberga unter Anwesenheit seines Legaten stattfand.[4] *Der Kampf, der die altfränkischen Anschauungen von der Allgewalt des Königtums in den Köpfen der lothringischen Prälaten zu letzter, scharfer Bestimmtheit erhoben hatte, war zu Gunsten der römischen Ansprüche entschieden*: die Bischöfe des lotharischen

[1] S. o. S. 104. [2] Mansi XV, S. 384. [3] Hauck II, S. 555, n. 4. [4] Dümmler II, S. 133.

Digitized by Google

Reiches wohnten als Zeugen dem Versöhnungsakte bei. Als Lothar später zum andernmale die eingegangenen Verpflichtungen brach, hatte er seine bedeutendsten Bundesgenossen verloren.

In dem Augenblick, als zu Vendresse der päpstliche Legat das Urteil seines Herrn über einen Frankenkönig durchsetzte, erschien es, als wäre der gewaltige Machthaber auf dem Thron des Apostelfürsten am Ziel seiner Wünsche: Das gewaltige Gottesreich, das als zweite tiefere Lösung des Ideals statt auf der Grundlage des germanischen Staatsgedankens auf den Grundfesten der Kirche ruhen sollte, schien in die Wirklichkeit getreten zu sein. Es hat Jahrhunderte gedauert, bis dem Traum der Gedanken wieder ein ähnlicher Zustand der äußeren Erscheinung nahekam. Der hierarchische Gedankenstrom von Nord und Süd war über dem Staat des Germanen zusammengeschlagen, als könnte die Kirche ihn ersetzen. Es war eine Täuschung. Die Kirche brauchte den Staat: sie war ihrem Wesen nach eine Seelengemeinschaft, die eine Körpergemeinschaft zu ihrem Bestand voraussetzte. Wollte sie nicht selbst der Verweltlichung preisgegeben sein, so war eine Macht nötig, die ihr Wirken nach innen und außen sicherstellte. In welcher Form immer der Staat als Gemeinschaftsgebilde auftritt: in seinen Organen bedarf er der unbedingten Autorität. Was die Kirche vorfand, als sie den Germanen sich erschloß, war der Treustaat, der sich im König verkörperte: „Auf der Person des Königs beruhte die staatliche Verbindung".[1] Mit dem Eintritt christlicher Vorstellung wurde er folgerichtig als von Gott unmittelbar eingesetzt betrachtet. An die Wurzeln des germanischen Königtums tastete darum die Kirche, als sie sich und ihre Träger als höhere Autorität über das Königtum stellte. Nun forderte

[1] Waitz II, S. 214/215.

Digitized by Google

aber das Gottesstaatsideal in logischer Gedankenfolge, wie sie in der voraufgegangenen Entwicklung sich vollzog, die Überordnung der Kirche über den Staat. An diesem Widerspruch mußte die Umsetzung des Ideals in die Wirklichkeit, so oft sie immer versucht wurde, scheitern. Die Erkenntnis des Widerspruchs war einer späteren Zeit als dem 9. Jahrhundert vorbehalten. Vorhanden war er schon damals.

Der Zwiespalt enthüllt sich in der schriftstellerischen Thätigkeit desselben Mannes, der in der Entwicklung des hierokratischen Gedankens zu unzweideutigen Resultaten vorgeschritten war. Die Anschauungen Hincmars von Rheims und des Papstes schienen sich noch eben in der Verurteilung eines Königs kraft priesterlicher Autorität zu erstaunlicher Einhelligkeit zu ergänzen. Jetzt trat überraschend ein Gegensatz zu Tage, der einerseits in der königstreuen nationalen Gesinnung Hincmars, andererseits in seiner Stellung als Metropolit begründet war.

Man hat Hincmar wegen seiner wechselnden Stellung zu Papst und König bisweilen den Vorwurf der Doppelzüngigkeit gemacht. Es ist nicht möglich, ihn ganz rein zu waschen; nur soll nicht übersehen werden, daß eine tiefere Erklärung für so manchen dunklen Punkt in dem hier zu verfolgenden Zwiespalt seiner Gedanken zu finden ist. Oder sollte jene merkwürdige kirchenrechtliche Schrift «De ecclesiis et capellis», die er im Auftrag seines Königs verfaßte und die „das Eigenkirchenwesen für Jahrhunderte zu retten vermochte", aus bloßer Gefälligkeit, nicht aber aus national-germanischer Gesinnung zu erklären sein, die eben mit seinen kirchlich-römischen Anschauungen kontrastierte?[1]

„Vorausgesetzt, daß die geistliche Machtvollkommenheit der fränkischen Metropoliten, wie sie von Karl dem Großen an-

[1] Stutz, Geschichte des kirchl. Benefizialwesens, S. 286 ff.

Digitized by Google

geordnet war, sich in demselben Maße, wie ihre weltliche Bedeutung, gesteigert und dieser letzteren entsprechend fortentwickelt hätte, so würde man zu abgesonderten, in sich abgeschlossenen Provinzial-, im günstigsten Falle zu Nationalkirchen gekommen sein, welche im Bischof von Rom vielleicht ein gemeinsames geistiges Oberhaupt, den Nachfolger Petri, verehrt hätten, ohne demselben indes mehr als eine traditionelle Verehrung, am wenigsten aber ein Recht der kirchlichen Verwaltung, der disziplinaren Aufsicht über die einzelnen Synodalverbände einzuräumen. An die großartige politische Bedeutung, welche der römische Stuhl im Lauf des Mittelalters gewonnen hat, bis er es dahin brachte, alle weltlichen Streitigkeiten, alle staatlichen Institutionen zur Begutachtung vor das römische Tribunal zu ziehen, wäre ohne die Zertrümmerung der im 9. Jahrhundert bestehenden Metropolitanverfassung gar nicht zu denken gewesen"[1]. Ein Lieblingsgedanke Hincmars, den er mit zäher Ausdauer verfocht, war die Errichtung eines Primates für die gesamte gallische Kirche mit dem Sitz in Rheims. Unmöglich konnte er für diese Absicht die Unterstützung des Papsttums, am wenigsten die eines Nikolaus I. erwarten.[2] Eine derartige Emanzipation widersprach dem straffen Centralgedanken, den Nikolaus vertrat. Dieser betrachtete denn auch den Rheimser Kirchenfürsten mit unverhohlenem Argwohn, und war weit entfernt, sein Streben zu unterstützen. Die Angelegenheit des Bischofs Rothad von Soissons, eines unbequemen, störrischen Suffragans von Rheims, den Hincmar auf einer Synode vom Herbst 861 absetzen ließ, war dem Papst willkommen, um den Metropoliten zu demütigen. Die Darstellung dieses Handels gehört der Kirchengeschichte an. Er endigte mit der Wiedereinsetzung Rothads durch Nikolaus im Januar 865, also einer

[1] v. Noorden, S. 203. [2] Dümmler II, S. 87 f.

Digitized by Google

empfindlichen Niederlage Hincmars.[1] Eine zweite Demütigung, die der Papst dem Rheimser Erzbischof in der Sache Wulfads, eines Genossen des abgesetzten Ebo, vorbereitete, blieb ihm durch die Verwicklung des Papsttums in den photianischen Streit erspart.[2] Sein schwächlicher König, Karl der Kahle, hatte Hincmar während seiner Fehde mit dem Papst mehr als einmal im Stich gelassen. Erst die Erkenntnis von der Gemeinsamkeit ihrer Interessen sollte beide einander wieder nahe bringen. Am 13. November 867 verschied Nikolaus I.[3] Mit Spannung sah man im Abendland auf den Mann, der die Lücke ausfüllen sollte, die der Tod des Gewaltigen gerissen hatte. Es war ein 75jähriger Greis, Hadrian II. „Milde und versöhnlich in allen Personenfragen, bekannte er sich dennoch unumwunden zu den Prinzipien seines Vorgängers."[4] Es kam zu einer vorübergehenden Annäherung an Hincmar, mit dessen Beurteilung des lothar. Handels sich Hadrian ausdrücklich einverstanden erklärte. Gleichwohl zeigte sein Auftreten gegenüber Lothar II. nicht die Festigkeit seines Vorgängers, da er aus Rücksichten für Kaiser Ludwig, auf den er für die Abwehr sowohl der römischen Parteigegner als der Sarazenen angewiesen war, sich einigermaßen gebunden sah. Der Tod Lothars am 8. August 869 machte endlich der widrigen Streitsache ein Ende. Sein nächster Erbe war sein Bruder, Kaiser Ludwig II. Noch ehe dieser die einleitenden Schritte zur Besitznahme des Erbes gethan hatte, stand auch schon Karl der Kahle in Lothringen. Er befand sich in vollem Einvernehmen mit seinem Metropoliten Hincmar, der ihn am 9. September in der Metzer Kathedrale feierlich zum König von Lothringen salbte und krönte.[5] Schon oben war als Lieblingsplan des Rheimser Kirchenfürsten die

[1] Dümmler II, S. 96. [2] v. Noorden, S. 212 ff. [3] Dümmler II, S. 210. [4] Langen II, S. 121. [5] Dümmler II, S. 282 ff.

Digitized by Google

Errichtung eines galliſchen Primats erwähnt worden. Die Erwerbung Lothringens durch Karl ſchien ihn der Erreichung dieſes Zieles näher zu führen: ſie feſtigte die Macht des Rheimſer Stuhls, indem ſie die lothringiſchen Beſitzungen des Sprengels, voran das Bistum Cambrai, wieder mit der Metropole vereinigte.[1] Die führende Rolle, die er bei der Krönung Karls inne hatte, ließ ihn „gleichſam ſchon als den oberſten Metropoliten des neuen vereinigten Reiches" erſcheinen.[2] Neben dieſen realen Motiven darf ſeine nationale Geſinnung nicht überſehen werden: auch ſie mußte ihn bewegen, die Freundſchaft ſeines Königs dem Einvernehmen mit dem Papſt vorzuziehen, wenn es galt, einen langerſehnten Wunſch und Anſpruch der weſtfränkiſchen Politik zu verwirklichen. Der Proteſt Hadrians II., der begreiflicherweiſe die Sache Ludwigs von Italien vertrat, ließ nicht lange auf ſich warten. Der Papſt bedrohte, noch ehe er von der thatſächlichen Beſitzergreifung Lothringens durch Karl erfahren hatte, jeden, der ſich am rechtmäßigen Erbe des Kaiſers vergreifen würde, mit dem Anathem.[3] Den Erzbiſchof Hincmar ermahnte er durch ein Sonderſchreiben, gemäß den Weiſungen des apoſtoliſchen Stuhls zu handeln. Der Erzbiſchof war hinterliſtig genug, die überbringenden Legaten in der Meinung zu beſtärken, als ſei er ein Herz und eine Seele mit Hadrian. Ein Antwortſchreiben an den Papſt hielt er für überflüſſig: er war des Rückhalts an ſeinem König unverbrüchlich ſicher.[4] Auch die Beſchwerden einer zweiten päpſtlichen Geſandtſchaft im Oktober 870 fanden in Weſtfrancien nicht das erwartete Gehör. Schon im Juni hatte eine Synode zu Attigny nur zum Schein auf Veranlaſſung Hincmars die päpſtlichen Mahnungen beraten. Jetzt ſah ſich eine Verſammlung geiſtlicher und weltlicher Großen zu Rheims bemüßigt, wider die

[1] Schrörs, Hincmar, S. 222 ff. u. 312. [2] Dümmler l. c. [3] Manſi XV, S. 837, 839, 841, 842. [4] v. Noorden, S. 256.

Digitized by Google

Kühnheit des Papstes, der Karl mit der Exkommunikation bedroht hatte, energisch Verwahrung einzulegen. Hadrian durchschaute Hincmars zweideutige Stellung. Mit den heftigsten Worten tadelt er den Erzbischof: er wirft ihm offen vor, nicht nur der Genosse, sondern der Urheber eines tyrannischen Verbrechens zu sein[1], und fordert ihn auf, die Gemeinschaft seines Königs zu meiden, ja er droht, selbst im fränkischen Reich zu erscheinen. Jetzt trat Hincmar aus seinem Schweigen heraus; er war genötigt, Farbe zu bekennen, und ergriff mit Entschiedenheit das Wort für seinen König. Es vollzieht sich das eigenartige Schauspiel, daß derselbe Mann, der in nachdrücklichster Weise die Überordnung der geistlichen über die weltliche Gewalt aus logischer Notwendigkeit verfocht, dem höchsten Träger geistlicher Macht entgegentritt, um der selbständigen Autorität des Königtums das Wort zu reden.

Um diesen Widerspruch in seiner vollen Bedeutung zu ermessen, mögen der Erörterung des Briefes an den Papst Sätze vorangestellt werden, die der Metropolit seinem König im Jahre 868 vorhielt, als er seinen Neffen und Suffragan Hincmar von Laon[2] in kirchlichen Rechten gekränkt glaubte, weil ihn Karl in Sachen seines unrechtmäßig angeeigneten Benefiziums vor weltliches Gericht ziehen wollte.[3] Es waren mit Vorliebe Citate von Päpsten, mit denen Hincmar damals die Übergriffe weltlicher Gewalt zurückwies. Hier erst erfahren wir, daß Karl der Kahle vor seiner Salbung und Krönung handschriftlich den Bischöfen Schutz und Förderung ihrer Kirchen zugesagt hatte.[4] Bestimmter denn je wird Karls Königtum aus der bischöflichen Weihe hergeleitet: «episcopali et spirituali unctione ac benedictione regiam dignitatem potius

[1] Mansi XV, S. 846/847. [2] v. Noorden, S. 241 ff. [3] Migne, 125, S. 1035 ff. [4] Ebendas. S. 1039.

Digitized by Google

quam terrena potestate consecuti estis». Deshalb ſchulde der König den Biſchöfen nicht nur Ehrerbietung, ſondern Gehorſam.[1] Aus den Dekreten des Gelaſius zitiert er: «episcopis caput subdere principem solitum, non de eorum capitibus iudicare». Natürlich fehlt auch nicht der berühmte Ausſpruch desſelben Papſtes von der Zweiheit der beiden Gewalten und dem Übergewicht der prieſterlichen.[2]

Wie konnte, wer aus der Vertiefung in das Ideal konſequente Schlüſſe über das Verhältnis ſtaatlicher und kirchlicher Gewalt zog, ſich zum Fürſprecher der Selbſtändigkeit des Staates machen? Hincmar that es. Vorſichtig kleidete er ſeine Vorwürfe gegen den Papſt ſo ein, als ſprächen die geiſtlichen und weltlichen Großen Lothringens, die Karls Erhebung mitbewirkt hatten, ſelbſt zu ihrer Verteidigung.[3] Die Schale war durchſichtig: er würde ſich kaum zum Anwalt aufgeworfen haben, hätte er ihre Anſichten nicht gutgeheißen. Wunderſam fand er es, daß jene Großen nicht die Freiheit haben ſollten, «rectorem eligere, qui sanctam Ecclesiam et eos atque Christianitatem in illo regno consistentem defendat et gubernet». Was er noch eben ſich verbeten hatte: jede Einmiſchung weltlicher Macht in kirchliches Gebiet, gab er hier ſtillſchweigend zu: die Praxis des fränkiſchen Kirchenrechts, die Kirchgewalt des Königs. Das Anſinnen Hadrians, Hincmar ſolle den König aus der kirchlichen Gemeinſchaft ausſchließen, erregte die ſchwerſten Bedenken des Erzbiſchofs. Er, der ſich ſelbſt nicht geſcheut hatte, Ludwig den Deutſchen mit dem Bann zu bedrohen, ja als exkommuniziert zu betrachten[4], zweifelte jetzt ſeinem Landesherrn gegenüber, am Recht eines Biſchofs, ein gekröntes Haupt zu bannen. Eine Reihe von Beiſpielen führt er an, um zu erweiſen, daß weder Kaiſer noch Könige um eines Vergehens

[1] Migne 125, S. 1048. [2] Ebendaſ. S. 1049, 1057. [3] Op. II, S. 689 ff. [4] S. o. S. 98 f.

Digitized by Google

willen je von der Gemeinſchaft der Kirche ausgeſchloſſen worden ſeien, nicht einmal ein Lothar II.! Es berührt als eine ſeltſame Ironie, daß er mit breitem Behagen dem Papſt Anſchauungen vorträgt, die ſchnurſtracks dem zuwiderlaufen, was er ſelbſt im lotharischen Handel als Recht aufgeſtellt hatte. So läßt er die fränkiſchen Großen ſagen: «ut de regia persona . . reticeamus, nec sicut plebeium vel liberi capitis virum, in istis regionibus secundum Ecclesiasticas regulas et secundum leges publicas illum accusatum vel sponte confessum aut legaliter ac regulariter aperte convictum audivimus».[1] Einen Einwand, den er ſelbſt den Anhängern Lothars ſchroff beſtritten hatte: die Unverantwortlichkeit des Königs, legte er als hörens- und beherzigenswert dem Papſte vor. Ja noch mehr, er verhilft den Großen, die er redend einführt, durch einen plumpen, wenig ernſthaften Einwurf zu einer ſcharfen Betonung von der Notwendigkeit des Staats und ſeiner ſelbſtändigen Aufgabe. Jene ſagen: «omne regnum saeculi huius bellis quaeritur, victoriis propagatur, et non Apostolici vel Episcoporum excommunicationibus»; in dieſer politiſchen Außenthätigkeit manifeſtiere ſich der unmittelbare Wille Gottes: «quia Domini est regnum, per quem reges regnant, et cui voluerit dat illud».[2] Dagegen habe er, Hincmar, eingewendet: Eben weil das Reich des Herrn ſei, genüge das Gebet der Prieſter, die die Vermittlung mit dem Ewigen kraft ihrer Binde- und Löſegewalt herſtellten, um von Gott: «necessaria ad usum temporalem et ad fruendum perpetuo superna bona» zu verlangen. Gegenüber einer ſo ſchwachen Erwiderung hatten natürlich die Großen leichtes Spiel: „Fürwahr, ſo mögt ihr denn lediglich durch euere Gebete euch der Normannen und anderer Feinde erwehren und auf unſern Beiſtand verzichten!“ Dann

[1] Op. II, S. 694.

[2] Psal. 11. Prov. 8. — l. c. S. 695.

Digitized by Google

läßt sie Hincmar mit Ernst fortfahren: «petite dominum Apostolicum, ut, quia rex et episcopus simul esse non potest, et sui antecessores Ecclesiasticum ordinem, quod suum est, et non rempublicam, quod regum est, disposuerunt, non praecipiat nobis habere regem, qui nos in sic longinquis partibus adiuvare non possit». In einem zornigen Aufschrei bäumt sich ihr Nationalgefühl wider den römischen Machtanspruch: „und er möge uns Franken nicht dienen heißen, weil solches Joch seine Vorgänger unseren Ahnen nicht auferlegten, und wir es nicht tragen können". Der Bischof, der einen Christen wider das Gesetz exkommunizieren wolle, setze damit selbst seine Bindegewalt außer Wirkung. Trotzig und echt germanisch schließen sie: «non concredimus, ut aliter ad regnum Dei pervenire non possimus, si illum, quem ipse commendat, terrenum regem non habuerimus».[1]

Es ist ziemlich gleichgültig, ob Hincmar selbst diese Anschauungen derart formulierte, ob er nur getreu wiedergab, was fränkische Große thatsächlich vertraten: soviel ist sicher, daß sie, von ihm dem Papste vorgetragen, den offenen Zwiespalt innerhalb seiner Schriften geradezu normieren. Jener Satz, den er so oft wiederholte: „Keiner als Christus konnte Priester und König zugleich sein", kehrte, wie er ihn verstand, seine Spitze gegen das Königtum; jetzt vertrat er denselben Satz gegen den Papst: „keiner, auch der Papst nicht, kann Bischof und König zugleich sein". In beiden Fällen schloß er die Scheidung beider Gewalten: das eine Mal, um die unbedingte Superiorität der geistlichen über die weltliche Gewalt zu verkündigen; das andere Mal, um die Autorität der weltlichen Gewalt als einer selbständigen zu erweisen: diese Selbständigkeit bedingte aber die Anerkennung auch von seiten der geistlichen

[1] l. c. S. 696.

Digitized by Google

Gewalt. Darum erklärte Hincmar dem Papſt: «Iubentur etiam servi Christiani et fideles boni dominis suis temporalibus aequanimiter fideliterque servire», und «omnibus tamen praecipitur servire humanis potestatibus atque terrenis, quousque post tempus praefinitum, ab istius saeculi confusione, tamquam de captivitate Babyloniae, sicut Hierusalem liberetur Ecclesia».[1] Mit tragiſcher Reſignation ſprach er ſo die Unterordnung der geiſtlichen Gewalt unter die weltliche, der Kirche unter den Staat aus. Die Theorie in ihrer zerſetzenden Logik brach ſich an der Unabänderlichkeit der Praxis: mit erſtaunlicher Offenheit enthüllte Hincmar den praktiſchen Grund, der die Unterordnung der geiſtlichen Gewalt bedingte: die Staatsverfaſſung. Das Kirchengut war eben doch Königsgut und als ſolches die materielle Grundlage des Königtums. Von hier aus erklärt ſich jenes «talia» und «huius modi»[2], mit dem einſt Hincmar ſeinen Widerſpruch gegen die Rechtsauffaſſung Ludwigs des Deutſchen im Jahre 858 hatte einſchränken müſſen; jetzt leitete er aus der ſelben Auffaſſung, die eben der Praxis des karolingiſchen Staatsrechtes entſprach, den Gehorſam der Biſchöfe gegen den König als unerläßliche Pflicht ab: «si per iura regum possidebunt possessiones, non possunt, ut regi de Ecclesiasticis possesionibus obsequium non exhibeant». Wolle der Papſt mit ſeinem Befehl an den beſtehenden Zuſtand taſten, ſo wäre ein unheilbares «scandalum inter Ecclesiam et rempublicam»[3] die Folge. Ohne daß er es ahnte, war der unlösliche Zirkel ſeiner Gedanken geſchloſſen. Er wußte nicht, daß, was er im Papſt bekämpfte, im Grunde ſeine eigenen Prinzipien waren.

[1] l. c. S. 698. [2] S. o. S. 94. [3] l. c. S. 699.

Digitized by Google

Der Streit um Lothringen endigte mit einer moralischen Niederlage des Papsttums: „das Königtum, mit der Metropolitangewalt verbündet, ging als Sieger aus dem Kampfe hervor".[1] Der Vertrag von Mersen vom 8. August 870, in dem Karl der Kahle und Ludwig der Deutsche das Erbe Lothars II. aufteilten, besiegelte für Kaiser Ludwig II. den Verlust seiner Ansprüche. Der ersten Niederlage Hadrians folgte eine zweite fast auf dem Fuß. Der Handel Bischof Hincmars von Laon, der in seiner Entstehung jene oben besprochene scharfe Schrift des älteren Hincmar wider den König veranlaßt hatte[2], war in ein neues Stadium getreten: der Bischof von Laon überwarf sich mit seinem Oheim durch böswillige Vernachlässigung der Pflichten, die ihm als Suffragan gegenüber dem Metropoliten oblagen. Wie schon im Rothadschen Streit, so äußerte auch jetzt Pseudoisidor seinen der Metropolitangewalt so schädlichen Einfluß auf die Bischöfe. Bereits hatte der jüngere Hincmar das Gehör des Papstes gefunden, der in Briefen an den Erzbischof von Rheims und den König sich für ihn verwendete. Offen widersetzte er sich der Verantwortung vor dem König: er ging soweit, die Freien seines Sprengels gegen Karl aufzuhetzen, ja bis zu landesverräterischen Verhandlungen mit König Lothar. Eine kurze Inhaftnahme durch Karl dämpfte vorübergehend seinen Trotz. Doch schon im Spätjahr 869 entspann sich der Streit, zunächst mit dem Oheim, von neuem. „Es handelte sich um den Kampf zweier schroff einander gegenüberstehenden Prinzipe, um den Bestand der Metropolitanverfassung gegen Pseudoisidor."[3] Überdies aber knüpfte der kecke Bischof von Laon Beziehungen zu Karls Sohn, Karlmann, an, der sich gerade damals im Aufruhr gegen seinen Vater befand. Der Verdacht des Königs fiel auf

[1] Dümmler II, S. 315. [2] S. o. S. 124 f. [3] v. Noorden, S. 287.

Digitized by Google

ihn. Er verweigerte die Reinigung von diesem Verdacht und sträubte sich, vor dem König zu erscheinen. Sein offenkundiger Landesverrat und seine Auflehnung gegen die kirchliche wie die staatliche Ordnung riefen schließlich so allgemeinen Unwillen wach, daß sein Sturz unvermeidlich wurde. In seiner bedrängten Lage wandte er sich an den Papst und ließ durch Untergebene seinen König des Raubs am Gut der Kirche von Laon beschuldigen. Hadrian war kurzsichtig und erbittert genug, ihm Glauben zu schenken. Er erließ ein Schreiben an Karl, das uns aus der Entgegnung soweit bekannt ist, daß es an maßlosen Beschimpfungen und Drohungen die früheren noch überbot und die Entscheidung über Hincmars Sache vor dem apostolischen Stuhl verlangte. Der König, im Bund mit seinem Metropoliten, ließ sich nicht einschüchtern: er berief zu Anfang August eine Synode nach Douzy, die einstimmig die Absetzung des jüngeren Hincmar aussprach. Die Akten der Synode sind insofern interessant, als sie, wie schon die von Pistes 869[1], ausdrücklich vom Gehorsam der Bischöfe gegen den König handeln. Sie überliefern das Versprechen, das Hincmar von Laon dem König beim Antritt seiner Würde hatte leisten müssen, offenbar eine stehende Formel: «Ego H. amodo et deinceps domno seniori meo Carolo regi sic fidelis et oboediens secundum ministerium ero, sicut homo suo seniori et episcopus suo regi esse debet».[2] Der Wortlaut bestätigt nicht nur überraschend, was Hincmar dem Papst vorgehalten hatte: daß verfassungsgemäß die Unterordnung des Bischofs unter die Staatsgewalt auf dem Eigentumsrecht des Königs am Kirchengut beruhte; er beweist noch mehr: daß nämlich jenes Verhältnis vom Bischof zum König dem Zug der wirtschaftlichen Entwicklung folgend, nunmehr

[1] MG. Leg. I, S. 509, cap. 2. [2] Mansi XVI, S. 578 ff., cap. 10.

Digitized by Google

thatsächlich jene lehensrechtliche Fixierung erfahren hatte, die Hincmar von Rheims in den 50er Jahren verpönte.[1] Die erstaunlich rasche Ausgestaltung des Benefizialwesens, die sich im Westen vollzog, erzwang so schon frühzeitig eine Klarheit der staatsrechtlichen Lage, die dem Osten späterhin empfindlich mangeln sollte. In derselben Zeit, in der der germanische Gedanke theoretisch der römischen Anschauung erlegen war, erfocht er praktisch, d. i. wirtschaftlich, einen Sieg, der in seinem Einfluß auf die Staatsverfassung dem Königtum, freilich zunächst nur geistig, zu Hilfe kam: er bestimmte seine staatsrechtliche Auffassung.

Es berührt seltsam genug, die Feder des Erzbischofs von Rheims von neuem im Dienst dieser Auffassung zu sehen. Der Brief, den Karl der Kahle zusammen mit den Akten der Synode von Douzy nach Rom sandte, hat ihn zum geistigen Urheber. Er hat einen zweiten, kaum viel früheren und gleichfalls von Hincmar inspirierten, zur Voraussetzung, in dem sich der König in maßvoller Weise die Schmähungen Hadrians mit dem höflichen Wunsche verbeten hatte: «Servate ergo nostrae potestati, quae nostra sunt, et liceat nobis servare vestrae pontificali auctoritati, quae vestra sunt».[2] Jetzt motivierte Hincmar denselben Wunsch unzweideutig, indem er ihm hinzufügte: «regia etiam potestate gratia Dei praedito»; er ging also soweit, die königliche Gewalt mit der päpstlichen zu messen: auch sie sei von Gott eingesetzt. Wenn der Papst zum zweitenmal die Güter Hincmars von Laon bis zu dessen Rückkehr aus Rom in den Schutz des Königs stelle, so erwidere man zum zweitenmal: «reges Francorum ex regio genere nati non Episcoporum vicedomini, sed terrae domini hactenus fuimus computati».[3] Damit konnte nichts anderes

[1] S. o. S. 94 u. 128. [2] Migne 124, S. 876. [3] Op. II, S. 706.

Digitized by Google

gemeint sein, als daß der Papst schlecht unterrichtet sei, wenn er das fränkische Kirchengut für Eigentum des Bischofs halte. Geradezu ungeheuerlich sei aber die Forderung, daß der König einen Verbrecher wider die Krone nach Rom schicken solle. An der Hand zahlreicher biblischer und kanonischer Belege wird wiederum nachgewiesen, daß man Königen dienen und sie ehren, nicht aber sie „mit Füßen treten" müsse. Unverkürzt und unverbrüchlich müssen Gesetze und Erlasse von Kaisern und Königen von jedem befolgt werden, «sicut Apostolicae sedis Antistites ad dominos et terrae principes scripserunt». Um ihre Verbindlichkeit auch für Kleriker nachzuweisen, citiert Hincmar eine Briefstelle von Leo I., worin dieser Papst dem Kaiser Leo schrieb, die königliche Macht sei ihm nicht nur «ad mundi regimen», sondern auch und hauptsächlich «ad Ecclesiae praesidium» übertragen.[1] Zum zweitenmal führte Hincmar die uneingeschränkte Kirchengewalt der fränkischen Herrscher gegen den Papst ins Feld: er, der ihren natürlichen Ausdruck in der Theorie — das Königspriestertum — schroff von sich gewiesen hatte. Auch den oft genannten Satz des Gelasius unterließ er nicht anzuführen, nur vergaß er merkwürdigerweise den Nachsatz vom Übergewicht der geistlichen Würde: die Scheidung mußte ja diesmal dem Königtum zu gut kommen. Es galt ein Gleichgewicht herzustellen, das theoretisch in jedem Augenblick hinfällig werden konnte, praktisch aber unerläßlich war. Darum ließ Hincmar denn auch seinen König verlangen: «Quia secundum Pontificale ministerium vestrum regio ministerio nostro monita vestrae paternitatis oboedienter ac libenter cupimus obaudire, patimini nos ea servare, quae praedecessores vestri ac nostri . . . constituerunt, et roborantes servando, quae gesta sunt, rata

[1] l. c. S. 711.

Digitized by Google

doceamus esse debere, quae gerimus. Nam quomodo leges principum rite vocabuntur aeternae, si transeuntibus principibus una cum eis constitutio legis transibit?» Es war wieder eine Existenzbedingung des Staats, die Hincmar verteidigte: gestand der Papst der königlichen Gesetzgebung nicht unbedingte und unerschütterliche Verbindlichkeit zu, so war die Autorität des Königtums verloren, der Staat ein Phantom. Solange aber der Satz feststand — und er war ein Lebensnerv der mittelalterlichen Weltanschauung —: daß die priesterliche Seelengewalt der königlichen Leibesgewalt voraufgehe, konnte nicht nur der Stellvertreter des Apostels, wie es Nikolaus I. gethan, jederzeit das kirchliche Recht über das weltliche stellen, sondern jeder Bischof, also auch ein Hincmar, die Befehls- und Gesetzesgewalt seines Herrschers paralysieren. Hincmar stand also auch diesmal, während er Ansprüche des Papstes verwarf, des Königtums verfocht, im Widerstreit mit den Konsequenzen seiner hierokratischen Ideen.

Und wunderlich genug! Um den Widerspruch voll zu machen, fügte es sich, daß gerade sie unter dem Drang der politischen Ereignisse, die das letzte Jahrzehnt von Hincmars Leben erfüllen sollten, einen noch verschärften, geschlossenen Ausdruck finden sollten. Man hätte glauben sollen, das Schreiben, in dem Hincmar den Papst „mit so scharfer und spitziger Feder" zurechtwies, würde den Bruch zwischen Karl dem Kahlen und Hadrian II. unvermeidlich vollkommen machen.[1] Aber gerade jetzt trat eine Frage in den Mittelpunkt der päpstlichen Interessen, deren glückliche Erledigung für Hadrian ungleich wichtiger war, als der Handel Hincmars von Laon: die Frage der italienischen Erbfolge. Kaiser Ludwig war kinderlos. Der

[1] Dümmler II, S. 347.

Digitized by Google

nächstberechtigte, weil ältere, Erbe seines Reichs war Ludwig der Deutsche, der sich der Gunst der einflußreichen Kaiserin Engelberga mehr erfreute als Karl. Im Mai 872 trafen sich die Kaiserin und der ostfränkische König zu Trient.[1] Der Inhalt der dortigen Verhandlungen ist unbekannt: nur soviel läßt sich vermuten, daß Ludwig gegen das Versprechen, den ihm im Vertrag von Mersen zugefallenen Teil Lothringens an Kaiser Ludwig zurückzustellen, sich die Zusicherung der Nachfolge in Italien erhandelte. Für den Papst war es eine Sache von prinzipieller Bedeutung, ob das Geschlecht „einen Anspruch auf die höchste Würde der Christenheit begründen" sollte, oder „die Wahl, welche Gott durch den Mund des Nachfolgers Petri verkündigen würde".

Was also war aus dem Kaisertum geworden? War schon unter Lothar I. sein Gehalt nicht nur politisch, sondern auch geistig zusammengefallen, so hatte sich dieser Niedergang unter seinem Sohn Ludwig II. vollendet: „die kaiserliche Gewalt, deren Ausdehnung er verhältnismäßig kräftig begonnen, war unter seinem Regimente zu der Führung eines prunkenden Titels, dem die Kraft des Trägers nicht entsprach, herabgesunken".[2] Es ist möglich, daß Ludwig II. bei der Wahl Nikolaus' I. noch einmal seinen kaiserlichen Einfluß geltend zu machen vermochte.[3] Dann aber verschob sich die Lage rasch zu seinen Ungunsten. Der erste Streit, der die beiden Häupter der Christenheit entzweite, bewies auch schon, daß es in Wahrheit nur noch ein solches Haupt gab: den Papst. Ludwig hatte richtig erkannt, daß es in seinem Interesse lag, den einzigen Bischofsstuhl in Italien, der dem apostolischen einigermaßen entgegenstreben konnte, den von Ravenna, in seiner

[1] Dümmler II, S. 340 ff. [2] v. Noorden, S. 295. [3] Dümmler II, S. 53.

Digitized by Google

Machtstellung zu erhalten: gleichwohl sah er sich genötigt, seinen Schützling, Erzbischof Johann, dem Papste preiszugeben. Die Niederlage bedeutete ungleich mehr, als der erste Blick verrät: zum erstenmal erwies sich, daß die Idee des Kaisertums den realen Verhältnissen erlegen war.[1] Gleich erfolglos blieb des Kaisers Verwendung für die lothringischen Bischöfe Günther und Thiedgaud.[2] Es lag eine nur allzu bittere Wahrheit darin, wenn die exkommunizierten und abgesetzten Bischöfe gegen Nikolaus I. den Vorwurf schleuderten: «totius mundi se facit imperatorem».[3] — Die Bedrängnis, die dem Stuhl Petri unter Hadrian II. durch die Sarazenengefahr erwuchs, erlaubte dem Kaiser einen vorübergehenden Einfluß auf die päpstliche Politik. Hadrian ließ es nicht an wohlgesetzten Briefen fehlen, „wenn es den transalpinischen Verwandten gegenüber kaiserliche Ansprüche zu verteidigen galt".[4] Er ging sogar soweit, zu behaupten, Ludwig habe mit der Kaiserkrone mehr als eine nominelle Erhöhung über seine Brüder ererbt.[5] „Aber wie Hadrian selbst im Vergleich zu seinen Vorgängern kraftlos und des Scheltens kundiger als entschlossen zu wirklich energischen Maßnahmen dastand, so verscholl auch das Pathos seiner Briefe wirkungslos und ohne nur einen Schimmer neuer Glorie über das an der Wurzel geknickte karolingische Kaisertum auszugießen."[6]

Daß es thatsächlich an den Wurzeln geknickt war, beweist noch überzeugender als ein Blick auf den Wandel der Ereignisse, ein solcher auf den Wandel der Anschauungen. Um ihn voll zu würdigen, muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß einst die Übertragung der Kaiserkrone an Karl als der Antritt einer dauernden Erbschaft durch das Haus der Karo-

---

[1] v. Noorden, S. 296. [2] Dümmler II, S. 69 ff. [3] Manfi XV, S. 653. [4] v. Noorden l. c. [5] Manfi XV, S. 838. [6] v. Noorden l. c.

Digitized by Google

linger gegolten und Karl selbst an Ludwig, und dieser wieder an Lothar die Krone weiter gegeben hatte. Die kirchliche Segnung war auf die Bedeutung eines feierlichen Weiheaktes beschränkt. Die Krönung und Salbung Ludwigs II. zum König der Langobarden hatte zuerst auf den Umschwung der Auffassung hingewiesen.[1] Die kirchliche Segnung begann die Übertragung des Amtes in sich zu schließen. Am 6. April 850 wurde Ludwig auf ausdrückliche Bestimmung seines Vaters von Leo IV. zum Kaiser gekrönt und gesalbt.[2] Wie das Papsttum diesen Akt anzusehen gelernt hatte, bewies Nikolaus I., wenn er alles Wachstum der Frankenkönige, also auch das Kaisertum Ludwigs, der päpstlichen Gnade zuschrieb.[3] Aber der Kaiser selbst bestätigte solche Auffassung in dem Brief, den er im Jahre 871 zur Verteidigung seines Kaisertums an den oströmischen Kaiser Basilius schrieb.[4] Einst, unter Karl dem Großen, war die neue, eigenartige, christlich-germanische Staatsschöpfung der lebendige Inhalt des Kaisertums gewesen, dessen Krone — eine glänzende Zierat — dem gewaltigen germanischen Königspriester kaum zu Gesicht stand. Das Kaisertum Karls und mit ihm der Gottesstaat, dem es zum formalen Ausdruck gedient hatte, war in wenigen Jahrzehnten zerstoben: der Inhalt zerfiel; was übrig blieb, war nur jener Titel, der einst so wenig besagt hatte. Um ihn zankte sich Ludwig II. mit seinen byzantinischen Rivalen. Wohl pries er mit Stolz, daß das wahre Kaisertum allein auf das Volk der Franken übergegangen sei; er bestritt nicht die Neuheit der Würde des Westens, nur ahnte er nicht mehr von ferne, worin diese Neuheit eigentlich gelegen war: er sah sie lediglich in der päpstlichen Übertragung an ein anderes Volk und Königsgeschlecht, nicht aber in jenem, Staat und

[1] S. o. S. 111. [2] Dümmler I, S. 345. [3] S. o. S. 116.
[4] MG. SS. III, S. 515 ff. Chronicon Salernitanum, cap. 107.

Digitized by Google

Kirche verschlingenden, grandiosen Königspriestertum, das Karl der Große als germanische Auffassung des Kaisertums gewiesen hatte. Ludwig legitimierte die Kaiserwürde Karls durch die priesterliche Salbung, ja er betonte noch ausdrücklich: nur diejenigen von den Frankenkönigen heißen römische Kaiser, die der Papst mit dem heiligen Öl zu dieser Würde gesalbt habe.[1] Damit bekannte er sich, ähnlich wie sein Oheim Karl der Kahle auf der Synode zu Savonières[2], zur römischen Auffassung: wie jener sein Königtum von Bischofs Gnaden, so leitete dieser sein Kaisertum von Papstes Gnaden her.[3] Das Bewußtsein eines erblichen Anrechtes war ihm völlig entschwunden.[4] Das abendländische Kaisertum hatte nicht nur seinen Inhalt verloren, auch seine äußere Form, der Titel des Imperators, war, statt erblich erhalten zu bleiben, der Verfügung des Papstes anheimgestellt.

Erst jetzt wird die schnelle Schwenkung Hadrians zu Gunsten Karls des Kahlen, sein Rückzug vom Laonerstreit recht verständlich. Im Augenblick war es wichtiger für ihn, sein Verfügungsrecht über die Kaiserkrone zur Geltung zu bringen, als dem päpstlichen System und seiner Handhabe, den Rechtssätzen Pseudoisidors, im Frankenreich Anerkennung zu verschaffen. Die Persönlichkeit Karls, in ihrer charakterschwachen, thatenlosen Eitelkeit, mußte der apostolischen Politik viel geeigneter erscheinen, als der kraftvolle, kriegerische Ludwig der Deutsche. „Von ihm, nimmermehr aber von Ludwig, durfte man hoffen, daß er sich mit dem bloßen Schein einer königlichen Gewalt im mittleren Italien begnügen und der Kirche jene vollkommene Unabhängigkeit einräumen werde, die sie schon längst als ihr Recht in Anspruch zu nehmen begann.“[5] Im Sommer 872 mag es gewesen sein,

---

[1] MG. SS. III, S. 523. [2] S. o. S. 99 f. [3] l. c. S. 522. [4] v. Noorden l. c. [5] Dümmler II, S. 349/350.

Digitized by Google

daß Hadrian in einem hochtönenden Brief dem westfränkischen König den Umschwung seiner Gesinnung zu erkennen gab, indem er ihm, unter allerhand Schmeicheleien, als Geheimnis eröffnete: «si dederit nobis quislibet multorum modiorum commodum, nunquam acquiescemus, exposcemus aut sponte suscipiemus alium in regnum et imperium Romanum, nisi teipsum». — Hadrian II. konnte das gegebene Versprechen nicht mehr erfüllen. Er starb im November oder Dezember 872, zwei Jahre vor Kaiser Ludwig. Der apostolische Stuhl änderte seinen Inhaber, nicht aber seine Politik. Karl von Noorden hat die interessante Persönlichkeit seines Nachfolgers mit unübertrefflicher Meisterschaft gezeichnet: „Das politische Genie Johanns VIII. bemächtigt sich mit erstaunlicher Gewandtheit jedes Mittels, welches der Augenblick ihm bietet. Seine Huldigung wie sein Anathema, seine Liebe wie sein Haß, die Aufwallung leidenschaftlichen Zornes wie leidenschaftlicher Zärtlichkeit, mit welchen er in raschem Umschlage dieselben Persönlichkeiten überschüttet, dieselben Männer bald mit Heftigkeit an sich zieht, bald mit Ingrimm abstößt, sind ihm kaum jemals mehr als Mittel zum Zwecke, Schaustücke, dienlich zur diplomatischen Intrigue, nur im seltensten Falle Ausdruck seiner sittlichen Überzeugung. Die Rastlosigkeit, mit der Johann VIII. seine Ziele verfolgt, kommt der seines Vorgängers Nikolaus zum mindesten gleich, sein hierarchisches Bewußtsein wetteifert mit dem der größten Päpste des Mittelalters, in Geschmeidigkeit des Charakters konnte sich Nikolaus nicht mit Johann VIII. messen, kaum einer der späteren Bischöfe auf dem apostolischen Stuhle hat ihn in diesem Stück übertroffen." Was ihm andererseits fehlte, war die sittliche Größe, die hinter allen Handlungen Nikolaus' I. stand. Eben dieser Mangel „läßt die Wirksamkeit dieses hochbegabten Papstes, einem krampfhaften Ringen nicht unähnlich, sich in wiederholten vergeblichen Anstrengungen er-

Digitized by Google

schöpfen, und zugleich schon die tiefe Erniedrigung der römischen Kirche im nächsten Jahrhundert in mehr als einem Stück vorbereiten".[1]

Am 12. August 875 starb Kaiser Ludwig II., nachdem er den Rest seines Lebens den fruchtlosen aufreibenden Kämpfen im Süden Italiens geopfert hatte.[2] Bereits am 1. September überschritt Karl der Kahle die westfränkische Grenze; am 29. September urkundet er in Pavia. Ludwig der Deutsche hatte seinen Sohn, Karl von Schwaben, beauftragt, dem westfränkischen König den Weg zu verlegen. Dank der Unfähigkeit des jungen Prinzen gelang es Karl, ihn ohne viele Mühe zurückzuscheuchen.[3] Jetzt rückte Ludwigs ältester Sohn, Karlmann, über den Brenner heran, um den Oheim aufzuhalten. Durch hinterlistige Verhandlungen, in denen er eidlich seinen Rückzug versprach, wußte Karl auch diesen zu täuschen. Ein Waffenstillstand machte ihm freie Bahn: im Eilmarsch zog er über Arezzo nach Rom, wo er am 17. Dezember des Jahres, vom Papst feierlich empfangen, seinen Einzug hielt.[4] Die Krönung wurde bis zum Weihnachtstag verschoben, weil einst Karls Großvater, der große Karl, 75 Jahre zuvor auch an einem Weihnachtstag die Kaiserkrone empfangen hatte. Sie erfolgte am 24. Dezember 875. Die päpstliche Politik war am Ziel ihrer Wünsche: die Krone des Imperators war zum Gnadengeschenk geworden, das der fränkische König aus der Hand des Papstes empfing. Johann VIII. stand nicht an, das Ergebnis aller Welt zu verkündigen; in den Briefen, die er an die ostfränkischen Grafen und Bischöfe richtete[5], erging er sich im zügellosesten Bombast: er nannte Karl «divinitus praescitus et praedestinatus». Der Reflex mußte ja auf ihn fallen, denn er war es, der allein den Wink der göttlichen Vorsehung hatte erfüllen können. Auf der Synode zu

[1] v. Noorden, S. 346. [2] Dümmler II, S. 386. [3] Ebendas. S. 388 ff. [4] Ebendas. S. 397. [5] Manfi XVII, S. 232, 234.

Digitized by Google

Ravenna sprach er es ein Jahr später unverhüllt aus: der heilige Vater habe in Karl den von Gott bestimmten Retter erkannt und ihn darum erwählt: «elegimus illum et approbavimus . . . et secundum priscam consuetudinem sollemniter ad imperii Romani sceptra proveximus, et augustali nomine decoravimus, unguentem eum oleo . . . et principem populi sui constituens».[1] Karl selbst aber wußte es nicht anders als der Papst. Auf der Synode von Ponthion, im Juni 876, verkündigte der Bischof von Beauvais der fränkischen Geistlichkeit das Ereignis in Königs Namen mit den Worten: «Domnus Johannes . . . eum Ecclesiae ipsius defensorem ac tutorem elegit, imperialique diademate coronavit, eum prae cunctis solum et specialem eligens, qui Romani imperii sceptra teneret».[2] Wer wollte noch daran zweifeln, daß der fränkische König, wie sein Königtum, so sein Kaisertum der Gnade der Kirche verdanke?[3] Die römische Anschauung hatte vollständig gesiegt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Karl damals auch den letzten realen Rest des Kaisertums preisgab, indem er den ständigen kaiserlichen Missus, der bisher die Gerichtsbarkeit in Rom mit dem päpstlichen geteilt hatte, zurückzog und die Papstwahlen freigab.[4] Das Kaisertum war materiell wie ideell dem Papsttum erlegen.

Inzwischen hatte Ludwig der Deutsche die Anmaßung Karls mit einem Einfalle in Westfrancien beantwortet. Kurz vorher, im Angesicht der Gefahr, richtete Hincmar ein Mahnschreiben an seine Suffragane: er forderte auf, die Sache Karls zu vertreten, aber der Ton, in dem er es that, war so kühl, daß er merklich sich von der Wärme unterschied, mit der er im Jahr

[1] Manſi XVII, App. S. 172.

[2] Ebendaſ., App. S. 167, cap. 1.

[3] Brief Johanns an Karl vom November 876. Manſi XVII, S. 19.

[4] Dümmler II, S. 399.

Digitized by Google

858 für Karl gegen Ludwig eingetreten war.[1] „Hincmars Realpolitik und der gegenwärtige Kaiserschwindel stimmten nicht zu einander."[2] Es war nicht nur das Wohl des westfränkischen Reiches, was ihn bewog, seines Königs Vorgehen zu mißbilligen; er fühlte, daß ihm selbst und seinen Plänen, die nach wie vor einer fränkischen Nationalkirche und dem Rheimser Primat zustrebten, aus der engen Verbindung von König und Papst eine Gefahr drohe. Seine Befürchtung war nicht grundlos. Ein Erlaß Johanns VIII. vom 2. Januar 876 gab den west- und ostfränkischen Bischöfen die Erhebung des Erzbischofs Ansegisus von Sens zum Primaten und päpstlichen Vikar für die deutsche und gallische Kirche kund. Wie einst die Ernennung Drogos[3], so sollte auch die des Ansegis einerseits der Bildung nationaler Metropolitankirchen entgegenarbeiten, andererseits der kaiserlichen Gewalt einen gewissen Rückhalt geben. Sie bedeutete also für Hincmar einen empfindlichen Schlag. — Im Januar 876 zog sich Ludwig der Deutsche — es ist ziemlich dunkel, aus welchen Gründen — aus dem Westreich zurück.[4] Im Juni desselben Jahres versammelte der neue Kaiser, der im März auf westfränkischen Boden zurückgekehrt war, seine Bischöfe zu der erwähnten Synode von Ponthion. Ludwig der Deutsche war durch päpstliche Legaten aufgefordert worden, sich mit seinen Bischöfen zu beteiligen, um eine Verständigung zwischen ihm und Karl zu erzielen; er lehnte kurzweg ab. Die Legaten begaben sich unverrichteter Sache nach Ponthion. Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen[5] war, daß die westfränkischen Bischöfe sich zum Primat des Ansegis durchaus ablehnend verhielten. Die pompöse Proklamation Karls, in der Johann VIII. den fränkischen Großen feierlich die Erhebung ihres Königs zum Kaiser vorhielt (s. o.), sollte „die Anerkennung und Genehmigung

[1] Op. II, S. 157. [2] v. Noorden, S. 306. [3] S. o. S. 111.
[4] Dümmler II, S. 396. [5] Ebendas. S. 407 ff.

Digitized by Google

der Kaiserkrone durch die westfränkischen Vasallen" befördern. Von sämtlichen versammelten Großen mußte dem Kaiser ein neuer Treueid geleistet werden. Es ist bezeichnend für die gereizte Stimmung Hincmars, daß er nicht unterlassen konnte, mit besonderen Glossen auf die Unrechtmäßigkeit eines solchen Eides hinzuweisen.[1] Er war von neuem in die Opposition zum Königtum gedrängt. Es konnte nicht ausbleiben, daß seine Auslassungen dem zuwiderliefen, was er wenige Jahre zuvor zu Gunsten des Königtums gegen einen Papst vorgebracht hatte.[2] Damals hatte er unbedenklich die Unterordnung der Bischöfe unter die weltliche Gewalt, wie sie die fränkische Verfassung bedingte, dem Papsttum entgegengehalten. Er, der auf der Synode von Douzy sicher nicht fehlte, als man seinem Neffen vorhielt, ein Bischof habe seinem König gehorsam zu sein, wie der «homo suo seniori»[3], er beanstandete jetzt an der Eidesformel von Ponthion, daß er «Seniori» hatte schwören müssen. Und mit welcher Begründung! —: «licet sit excellentior nobilitate (i. e. rex), non autem sacri ordinis dignitate». Er citierte, wie so oft, den Satz des Gelasius, und stellte durch die Betonung des Übergewichts seiner geistlichen Würde die Verfassung und die Autorität des Königtums in Frage. Dort hatte er die Praxis vertreten und sich damit in Widerspruch zu seiner Theorie gesetzt; hier zog er die Konsequenzen seiner Theorie, um sofort der Praxis zu widersprechen.

Die hierokratische Theorie war es, die er in seinen letzten Lebensjahren zu ersichtlichstem Ausdruck durchbilden sollte, um den Zwiespalt seiner ganzen Gedankenwelt noch überzeugender zu offenbaren. Mit den angeführten Glossen zum Kaisereid war sein Protest gegen die vereinigte kaiserlich-päpstliche Politik nicht erschöpft. In einer besonderen Denkschrift «De iure

[1] Op. II, S. 834 ff. [2] S. o. S. 128 ff. [3] S. o. S. 130.

Digitized by Google

Metropolitanorum»[1] verteidigte er die fränkische Kirchenverfassung und nahm Stellung gegen den Primat des Ansegisus von Sens. In erster Linie war sein Wort gegen den Papst gerichtet, dann aber traf es auch den Kaiser, der den Primat damit hatte ertrotzen wollen, daß er den Sessel des Erzbischofs von Sens mit Gewalt an die Spitze der Versammlung setzen ließ.[2] Er scheute sich nicht, dem Kaiser ins Gedächtnis zu rufen, daß geistliche Angelegenheiten nicht durch weltliches Gesetz, sondern durch Verordnung der Bischöfe entschieden würden[3]; ihr habe sich auch der Fürst zu fügen. Hincmar bewegte sich also bereits wieder auf der ihm von früher so geläufigen Bahn. Der Primat des Ansegis drang so wenig durch, wie der des Drogo.

Mit jähem Schritt vollzog die Geschichte der Ereignisse die Auflösung der karolingischen Herrschaft: am 28. August 876 starb zu Frankfurt Ludwig der Deutsche.[4] Sein Reich zerfiel unter seine drei Söhne: Karlmann, Ludwig und Karl. An Ludwig war, außer Sachsen, der im Vertrag von Mersen an den Osten gekommene Teil von Lothringen gefallen. Karl der Kahle in seiner unersättlichen Ländergier suchte ihm durch einen Einfall im Metzer Sprengel zuvorzukommen. Er büßte mit der schmählichen Niederlage von Andernach am 8. Oktober 876.[5] Den geschlagenen Kaiser rief Johann VIII. in flehentlichen Hilfegesuchen nach Italien, damit er Rom von der steigenden Sarazenennot befreie. Karl mußte sich zur Heerfahrt entschließen. Auf einer Reichsversammlung zu Quierzy, im Juni 876, hatte er seinen Sohn Ludwig zum Reichsverweser bestimmt. Es wirft ein neues Schlaglicht auf den raschen Fortschritt des Benefizialwesens im Westen, daß Karl auf derselben Versammlung sich genötigt sah, seine Vasallen durch das, wenn auch zunächst nur vorläufige, Zugeständnis der Lehenserblichkeit zu

[1] Op. II, S. 719 ff. [2] v. Noorden, S. 328. [3] Op. II, S. 740. [4] Dümmler II, S. 412. [5] Dümmler III, S. 35 ff.

Digitized by Google

gewinnen.[1] Karls Romzug endigte mit der Flucht aus Oberitalien, wo sein Neffe Karlmann ihn aufschreckte, um den Strauß von 875 endlich auszufechten. Auf der Flucht starb Karl der Kahle am 6. Oktober 877 am Fieber.[2] Ihm folgte sein Sohn Ludwig der Stammler, der nach allerhand Zugeständnissen an die geistlichen und weltlichen Großen Westfranciens von Hincmar gekrönt wurde. Es ist hier nicht der Ort, um auf die zunehmende Verwicklung der politischen Geschichte näher einzugehen. Das persönliche Erscheinen Johanns VIII. im Westreich, sein Vorsitz auf der Synode von Troyes im August 878[3] vermochte weder den König noch seine Großen zur Erneuerung der abenteuerlichen italienischen Politik zu bewegen. Noch während der Papst die Kaiserkrone vergeblich an sämtliche Frankenkönige feilbot, starb Ludwig der Stammler am 10. April 879[4], nach kaum $1^1/_2$ jähriger Regierung. Die Thronstreitigkeiten, während deren Ludwig von Sachsen ganz Lothringen vollends an sich riß, endigten mit einer Teilung auch des Westreichs: beide Söhne des Stammlers, Ludwig und Karlmann, wurden im September 879 zu Königen gesalbt und gekrönt. Im Frühjahr 880 vollzog sich zu Amiens die Teilung in Nord- und Südfrankreich. An Ludwig III. fiel der Norden. Es berührt wie eine verhängnisvolle Tragik, gerade jetzt, wo das westfränkische Königtum so recht eigentlich zum Spielball der Parteien geworden war, den greisen Kirchenfürsten von Rheims, unbekümmert um alles Schwanken der staatlichen Autorität, auf jene Frage, die jederzeit die Kernfrage im Verhältnis des Staates zur Kirche gebildet hat, die Besetzung der Bischofsstühle, die zwingende Logik seiner Theorie anwenden zu sehen. „Unter dem noch schwankenden Regiment der jungen Fürsten schien ihm der Augenblick gekommen, wenn nicht für alle bischöflichen Kirchen

[1] Dümmler III, S. 43 ff. [2] Ebendas. S. 54. [3] Ebendas. S. 83 ff. [4] Ebendas. S. 113.

Digitized by Google

die Wahlfreiheit zu fordern, so doch im einzelnen Falle eine Verweigerung derselben nicht mehr zu dulden."[1] Es handelte sich um die Besetzung des erledigten Bischofsstuhls von Noyon. Mit dem Gesuch um Wahlfreiheit für die genannte Diözese hatte sich Hincmar an den König gewandt. Er war abschlägig beschieden worden. Man war am Hofe nicht gewillt, das Ernennungsrecht preiszugeben. „Ein gereizter Briefwechsel" war die Folge. Von seinem Inhalt wissen wir nur soviel, als Flodoard in seiner Rheimser Kirchengeschichte bei Aufführung von Hincmars Schriften erwähnt[2]: Nachdem Hincmar die Wahl trotz des Widerspruchs der Fürsten durchgesetzt hatte, zeigte er sie dem Hof an. Er erfuhr heftigen Tadel und sah sich veranlaßt, in einem neuen Schreiben seine Handlungsweise zu rechtfertigen. Es ist sehr zu bedauern, daß gerade diese Rechtfertigung verloren ging. Sie scheint die Frage der Besetzung von Bischofsstühlen eingehend erörtert und, ausgehend von der bekannten Scheidung der Gewalten und der Erhöhung der geistlichen, die Freiheit dieser letzteren auch im entscheidenden Punkt verlangt zu haben. Die Angelegenheit fand ihren Abschluß mit einem Erfolg Hincmars.

Ein zweiter bedeutungsvollerer Streit folgte: er betraf die Wiederbesetzung des Stuhles von Beauvais.[3] Die verlotterte Diözese war zweimal nacheinander zur Wahl „von untauglichen Subjekten" geschritten, denen der Metropolit die Genehmigung versagte. Schließlich versammelten sich auf der Synode zu St. Macra bei Fimes, im April 881, nordfranzösische Metropoliten und Suffragane, um die Frage von Beauvais vor ihr Forum zu ziehen. Die Akten der Synode, samt jenen Exhortationen, die König Ludwig bewegen sollten, eine streng kanonische Besetzung

[1] v. Noorden, S. 376. [2] MG. SS. XIII, S. 510, Lib. III; 19, 24 ff.
[3] v. Noorden, S. 377.

Digitized by Google

des genannten Stuhles zu gestatten, sind als das Werk Hincmars zu betrachten.[1] Sie bedeuten die Zusammenfassung und Vollendung seines hierokratischen Glaubensbekenntnisses. Seine Quellen sind dieselben, die auch Nikolaus I. benützt hatte: Papstbriefe. Daraus erklärt sich ein verwandter Wortlaut in den Aufstellungen beider Kirchenfürsten: sie waren ja Vertreter eines und desselben Gedankenkreises.

Die Akten von St. Macra führen noch einmal in schärfster Weise die Trennung des priesterlichen und königlichen Amtes vor.[2] Grundlegend ist, wie immer, der Satz des Gelasius: «duo sunt quibus principaliter mundus hic regitur, auctoritas sacra pontificum et regia potestas». Daran schließt sich unmittelbar die Verwerfung der altfränkischen Anschauung, des Königspriestertums: «Solus enim Dominus noster Iesus Christus vere fieri potuit rex et sacerdos. Post incarnationem vero, et resurrectionem, et ascensionem eius in caelum, nec rex pontificis dignitatem, nec pontifex regiam potestatem sibi usurpare praesumpsit». Die christlichen Könige bedurften der Priester für das ewige Leben, die Priester der Könige fürs irdische. Daraus ergab sich die strikte Scheidung: «quatenus spiritualis actio a carnalibus distaret incursibus, et ideo militans Deo minime se negotiis saecularibus implicaret, ac vicissim non ille rebus divinis praesidere videretur, qui esset negotiis saecularibus implicatus». Der letzte Satz trifft die fränkische Königs-Kirchgewalt an der Wurzel. Es folgt die unabweisliche Überordnung der geistlichen über die weltliche Gewalt in der denkbar schroffsten Formulierung: «Et tanto est dignitas pontificum maior, quanto regum, quia reges in culmen regium sacrantur a

[1] Hefele IV, S. 522. [2] Migne 125, S. 1069 ff.

Digitized by Google

pontificibus, pontifices autem a regibus consecrari non possunt». Ehrlicher konnte man sich nicht zur Hierokratie bekennen, als durch die Behauptung: der König verdankt seine Würde dem Priestertum, nicht aber das Priestertum die seine dem König. Um die Erhöhung noch eindringlicher zu machen, wird der Satz des Gelasius zu Ende citiert: «et tanto gravius pondus est sacerdotum, quam regum, quanto etiam pro ipsis regibus hominum in divino reddituri sunt examine rationem». Der Besitz, auch der königlichen Seele, entschied jederzeit das Verhältnis beider Gewalten. Was blieb dem König noch übrig? Die Umschreibung seiner Aufgaben hört sich sehr bescheiden an. Von einer Gegenüberstellung ist schon gar nicht mehr die Rede: «et tanto in humanis rebus regum cura est propensior quam sacerdotum, quanto pro honore et defensione ac quiete sanctae Ecclesiae ac rectorum et ministrorum ipsius, et leges promulgando ac militando a rege regum est eis curae onus impositum». Der König ist nichts mehr als ein Organ der einen, allumspannenden Hierokratie, denn: «legimus in sacris historiis (Deut. XVII), quia eum sacerdotes in regimine regni reges unguebant, legem in manibus eis dabant, ut discerent et scirent, qualiter se et subiectos sibi regere et sacerdotes Domini honorare debeant». Hier war das volle Resultat der Gedankenentwicklung seit den Tagen Karls des Großen ausgesprochen: Auf der Kirche und ihren Vertretern ruhte die Civitas Dei, Kirche und Gottesstaat waren identifiziert, die Staatsgewalt war dienstbar gedacht.

Der Mahnbrief der Synode zog nur die praktischen Folgerungen aus der Theorie der Akten. Er bestritt aufs lebhafteste den Satz, der am Hof gehört wurde: «quia res Ecclesiasticae Episcoporum in vestra (i. e. regis) potestate

Digitized by Google

sint, ut cuicumque volueritis eas donetis».[1] Das königliche Besetzungsrecht der Bischofsstühle wurde aus der Rechtsauffassung abgeleitet, daß Kirchengut Königsgut sei. Mit ihr hatte Hincmar im Streit mit Papst Hadrian II. die Unterordnung der Bischöfe unter den König begründet.[2] Jetzt mußte er sich mit ihr und mit sich in Widerspruch setzen, weil er vom König die streng kanonische Besetzung des Stuhles von Beauvais zu fordern hatte.[3]

„Die herbe Sprache der Exhortationen von Macra war nicht geeignet, den jungen, an Thatkraft und Selbständigkeit seinem Vater und Bruder überlegenen König zur Nachgiebigkeit gegen den Verfasser des Synodalbriefes zu stimmen."[4] Ludwig wünschte die Erhebung eines vom Hof begünstigten Mannes, Odoaker, auf den Stuhl von Beauvais. Die Mitteilung des Wunsches erfolgte an Hincmar unter Mahnung an den dem König schuldigen Gehorsam. In seiner Erwiderung ging Hincmar zum äußersten.[5] Er zögerte nicht, die Autorität, deren Hoheit er selbst einst verfochten hatte, theoretisch in ihren Grundfesten zu verneinen: er tastete an die Unterthanenpflicht. Ausgehend von der gefährlichen Zuspitzung: «Pontifices reges ordinare possunt, reges autem pontifices consecrare non possunt», kommt Hincmar zu dem notwendigen, alle Staatsgewalt paralysierenden Schluß: «Non vos me elegistis in praelatione Ecclesiae, sed ego cum collegis meis et ceteris Dei ac progenitorum vestrorum fidelibus vos elegi ad regimen regni, sub conditione debitas leges servandi». Das verbindliche Gesetz, das er meinte, war in diesem Fall ein kanonisches, das dem bestehenden fränkischen Staatsrecht zuwiderlief. Hincmar schob es unter die

[1] Op. II, S. 190. [2] S. o. S. 128. [3] Op. II, S. 196. [4] v. Noorden, S. 380. [5] Op. II, S. 196 ff.

Digitized by Google

vom König übernommenen Verpflichtungen, um mit der Aufsage des Gehorsams zu drohen. Die Existenzbedingungen des Staates waren von ihm, gerade so wie von Nikolaus I., verneint.[1] — „Die Ordination hat Odoaker niemals erlangt. Der Widerstand Hincmars war mächtiger als des Königs Gebot.[2]“

Mit der schriftstellerischen Thätigkeit, die Hincmar im Streit um den Stuhl von Beauvais entfaltete, ist das Bild seiner geistigen Entwicklung erschöpft. Was er nach dem Tode Ludwigs von Nordfrankreich, 5. August 882, «ad proceres regni pro institutione Carlomanni regis, et de ordine palatii» schrieb, ist eine Art Königsspiegel ohne neue Gedanken. „In jenen Exhortationen von Macra findet er die Grundzüge aller Lehre und Weisheit beschlossen, deren christliche Könige zur Restitution von Kirche und Reich bedürfen.“[3] Die Akten der Synode sind oben als die Zusammenfassung und Vollendung seines hierokratischen Glaubensbekenntnisses bezeichnet worden: sie bedeuten noch mehr. Sie sind der konzentrierte Ausdruck dessen, was das karolingische Zeitalter als Ergebnis seiner Beschäftigung mit der Frage von Staat und Kirche zu sagen hatte, ein Ausdruck, der seinen Widerspruch mit der Wirklichkeit fast in jeder Zeile offenbart.

Das Ideal des Gottesstaates, wie es der Germane vom Romanen fertig empfing, hatte im Königspriestertum Karls des Großen die einzige dem Germanen mögliche Lösung gefunden: eine annähernde Umsetzung des Ideales in die Wirklichkeit schien dadurch gewonnen zu sein, daß man den Staat (d. i. den König) als Grundlage der Civitas Dei dachte.

---

[1] S. o. S. 116. [2] v. Noorden, S. 382. [3] Ebendas. S. 385.

Digitized by Google

Die Einheit von Staat und Kirche war durch die Unterordnung beider unter den König erreicht. Es war nur der Schein einer Lösung, der auf der Übergewalt einer großen Persönlichkeit beruhte. Der große Königspriester verschwand, und mit ihm die Einheit von Staat und Kirche, wie sie in seinem Reich sich dargestellt hatte. Die germanische Anschauung, wie sie sich in Karl verkörpert hatte, sah sich gegenüber eine neue, die aus der Vertiefung in das Ideal auch einer anderen Lösung zustrebte. Diese neue römische Anschauung schälte die Kirche aus ihrer Verschlingung mit dem Staat als selbständigen, universalen Organismus los, um in ihr eine Einheit zu erkennen: höher als die zerfallene Reichseinheit und näher dem Ideal. Sie that nur, was schon Gregor der Große gethan, und was sich logisch bei jeder Vertiefung in das Ideal ergab: sie zog die Gleichung von Kirche und Gottesstaat. Mit derselben zwingenden Notwendigkeit setzte sie nun die Kirche über den weltlichen Staat. Sie konstruierte das genaue Gegenbild zum Kaisertum Karls: die Einheit des Gottesstaates auf der Grundlage der Kirche. Einen Augenblick schien das Gegenbild, die neue Lösung, verwirklicht in einer zweiten imposanten Persönlichkeit, in Nikolaus I. Einen Augenblick nur —, und es zeigte sich, daß jene Hierokratie im unheilbaren Gegensatz zum germanischen Treustaat sich befand. In Hincmars Gedankenwelt enthüllte das Ideal — ihm selbst unbewußt, uns um so bestimmter — die Unmöglichkeit einer Umsetzung in die germanische Wirklichkeit. Die Hierokratie bedurfte des Staates als einer Grundform des menschlichen Daseins, die sie selbst nicht darstellen konnte, ohne in einer Verweltlichung ihren religiösen Charakter und damit ihren Kern preiszugeben; der Staat seinerseits bedurfte zu seinem Bestand der uneingeschränkten Autorität seines Trägers: des Königs. Nun verlangte der hierokratische

Digitized by Google

Gedanke, konsequent zu Ende gedacht, die Unterordnung der weltlichen Gewalt unter die geistliche, des Staats unter die Kirche. Daraus entstand das unlösliche Dilemma: die Hierokratie bedurfte den Staat und verneinte zugleich seine Existenzbedingung.

Als ein Zerrbild des mächtigen Kaisertums Karls des Großen steht am Ende des durchmessenen Zeitraums das Kaisertum Karls des Dicken.[1] In grellem Licht spiegelt sich in ihm ein letztes Mal für Vergangenheit und Zukunft das tragische Geschick des mittelalterlichen Ideals, dem fraglos die Neuzeit kein Gemeinschaftsbild von ähnlicher Erhabenheit an die Seite zu stellen hat. Vom Kaiserpapst zum Papstkaiser, vom Königspriestertum zum Priesterkönigtum führte die Geschichte der Anschauungen mit unerbittlichem Zwang, wo immer der Versuch gemacht wurde, das Ideal in die Wirklichkeit umzusetzen.

Nicht mehr im Westreich sollte sich diese Entwicklung ein zweites Mal abspielen. Dort sollte nach hundertjährigem Ringen ein Königtum erwachsen, das, gekräftigt durch den Sieg über seine Vasallen, die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Kirche mit dem Übergewicht seiner Macht entschied. Die erschütternde Tragödie zog sich nach dem Osten. Dort, wo die Kaiserkrone ihren Zauber neu bewährte, mühte sich ein Herrschergeschlecht ums andere, den geheimnisvollen Knoten zu lösen, das Ideal des Gottesstaates in die Wirklichkeit umzusetzen. Das alte Spiel hob von neuem an, um sich über Jahrhunderte zu dehnen, schärfer in den Kontrasten, mannigfaltiger in den Verwicklungen, in den Grundzügen dasselbe. Im langsamen Gang von Jahrhunderten sollte der Germane erkennen, daß er sich zum Träger einer Sendung gemacht hatte, die unerfüllbar war. Er

[1] Dümmler III, S. 180 ff.

Digitized by Google

hat dieſe Erkenntnis mit dem Untergange ſeiner edelſten Kaiſergeſchlechter bezahlt. War ihm die irdiſche Darſtellung des himmliſchen Staates nicht gelungen, ſo lag das nicht an ſeiner Kraft, ſondern, zu tief erfaßt, an dem Widerſpruch ſeiner Eigenart und des ihm aufgezwungenen Ideals. Er hat das Ideal erleuchtet, durchdrungen und — geſprengt.

Digitized by Google

Regiſter.

A.

Agobard von Lyon 51 ff., 73 ff., 94.
Alcuin 30 ff., 37, 44 f., 103.
Anſegis von Sens 141 f.
Auguſtin 30, 36, 38, 40, 51.

B.

Beauvais 145 f., 149.
Benedictus Levita 88, 92.
Biſchofswahl, freie 47, 58, 59, 144 f.
Bonifatius 8, 12.

C.

Cathuulf 28 ff., 32.
Civitas Dei 4, 5, 36, 44, 147, 149.

D.

De comparatione utriusque regiminis (Agobard) 73 f.
De divortio Lotharii et Reginae Tetbergae (Hincmar) 105 ff.
De ecclesiis et capellis (Hincmar) 120.
De electionibus episcoporum (Florus) 59 f.
De imperatoris poenitentia (Agobard) 74.
De indulgentia Hludovici u. ſ. f. 98 f.
De institutione regia (Jonas v. Orléans) 61.
De iure Metropolitanorum (Hincmar) 142 f.
De modo regiminis ecclesiastici (Agobard) 52 f.
De privilegio et iure sacerdotii (Agobard) 51 f.
De virtutibus et vitiis (Hraban) 79 f.
Drogo von Metz 111 f., 141, 143.

E.

Eigenkirche 49, 51, 52, 54.
Einhard 40.
Erbgrundgeſetz von 817 47 f., 69.
Extortatio ad Francorum regem 28, 32.

F.

Flebilis epistola (Agobard) 73.
Florus von Lyon 59.

G.

Gegen den Vergewaltiger des weſtfränkiſchen Reichs, Manifeſt 93 f.
Gelaſius I., 62, 82, 125, 132, 146 f.
Gregor der Große 5.
Gregor II. 8, 39.
Gregor III. 8, 11.
Gregor IV. 69, 70 ff., 75 ff., 110.

H.

Hadrian I. 22, 25 ff., 38, 72.
Hadrian II. 122 ff., 129 ff., 133, 135, 137 f.

Digitized by Google

Hincmar von Laon 124, 129 ff., 133.
Hincmar von Rheims 90 ff., 93 ff., 99, 105 ff., 109, 112, 120 ff., 130, 131 ff., 140 ff., 144 ff., 149.

J.

Johann VIII. 138 ff., 141, 143 f.
Jonas von Orléans 54 n. 5, 61.

K.

Kaisertum 39 ff., 135 ff., 139 f., 151.
Kapitel Angilrams 88.
Karl der Dicke 139, 143, 151.
Karl der Große 22 ff., 26, 33, 35, 36 ff., 43 ff., 46, 50, 68, 70, 96, 110, 112, 136, 147, 149 f.
Karl der Kahle 48, 84, 92, 100 f., 122 f., 129 f., 139, 143 f.
Karl Martell 8, 11, 50.
Kirchengut 50, 57 f., 85, 94, 128, 130, 132.
Konstantin II. 18, 20.

L.

Leo I. 132.
Leo III. 38 f., 45, 67, 110.
Leo IV. 112, 113.
Liber Apologeticus (Agobard) 74.
Liber de dispensatione ecclesiasticarum rerum (Agobard) 53 ff.
Liber de rectoribus christianis (Sedulius) 102 ff.
Liber proclamationis (Karl d. K.) 100.
Libri Carolini 37, 40.
Lothar I. 48, 60, 68, 69, 75, 87, 101 f., 110 f.
Lothar II. 84, 101, 104 f., 117 ff., 122, 126, 129.
Ludwig der Deutsche 48, 84, 92 ff., 98 f., 101, 125, 128, 129, 134, 137, 140, 143.
Ludwig der Fromme 46, 48, 60, 67 f., 75 ff., 78, 80 f., 85, 87, 109.
Ludwig II., Sohn Lothars I. 110 f., 116, 133 ff., 136 f., 139.
Ludwig III., Sohn Ludwigs des Deutschen 143.
Ludwig III. von Nordfrankreich 144 f., 148 f.
Ludwig der Stammler 144.

N.

Nikolaus I. 114 ff., 122, 133, 134 f., 138, 149, 150.
Noyon 145.

P.

Papsttum 66 ff., 110 ff., 129.
Paschalis I. 68.
Paul I. 13, 19, 20.
Pippin (der Kurze) 9, 11, 12, 15, 23, 28.
Ponthion 9, 15.
Pseudoisidorische Dekretalen 72, 88 ff., 92, 117, 129.

Q.

Quierzy 9, 11, 22; 92, 93, 98, 146.

R.

Relatio episcoporum u. s. f. 77.
Rothadscher Handel 121.

S.

Sedulius Scotus 102 ff.
Sergius II. 110.
Servatus Lupus 100.
Stephan II. 9, 11, 12, 15, 18, 20.
Stephan III. 13, 24.
Stephan IV. 67.
Synoden: Aachen (836) 81 f., 101.
„ (862) 104.
Attigny (870) 123.
Beauvais (845) 91.

Digitized by Google

Synoden: Diedenhofen (844) 101.
Douzy (871) 130.
Hohenaltheim (916) 86 f.
Lateran (863) 118.
Lauriac (842) 91.
St. Macra (881) 145 ff.
Meaux (845) 92.
Mainz (847) 85.
„ (888) 86.
Metz (859) 98.
„ (863) 117 f.
„ (888) 86.
Paris (825) 70.
„ (829) 61 ff., 65, 81, 96.
„ (846) 92.
Piſtes (869) 130.
Ponthion (876) 140 ff.
Quierzy (857) 92.
Synoden: Savonières (859) 99 f.
Tribur (895) 86 f.
Troyes (878) 144.
Valence (855) 101.

T.

Theutberga 104, 105, 118.
Theodulf von Orléans 45.

V.

Vaſallität der Biſchöfe 94 f.
Vendreſſe 118 f.
Vertrag von Verdun 83, 91, 101.
„ „ Merſen 129, 143.

W.

Wala von Corbie 55 ff., 71, 94.
Wenilo von Sens 100.

Z.

Zacharias, Papſt 8.

✶ ✶ Kuno Fischers Werke. ✶ ✶

Mit wahrhafter Freude und herzlicher Dankbarkeit empfangen wir die reifen Früchte, die der große Geschichtschreiber der neueren Philosophie dem zweiten Felde seiner Arbeit, der Dichtung unsrer klassischen Zeit, abgewinnt. Sein weiter Blick weiß die einzelnen Thatsachen unter große Gesichtspunkte zu bringen und so ihre Bedeutung für das Gesamtbild, dem sie sich einordnen, klar hervortreten zu lassen. . . Weitere Vorzüge der kleinen Schriften Fischers bilden die feste, aufs sorglamste gegliederte Disposition des Stoffes, die anmutige, zwischen Prunk und Dürftigkeit glücklich die Mitte haltende Darstellung, die geschickte Auswahl der Belege, durch die er seine meist zu runden Thesen formulierten Ansichten in strittigen Fragen stützt, die warme Begeisterung, die bis in die Einzeluntersuchungen hinein waltet, alle philologische Trockenheit ausschließend und den Leser unaufhaltsam mit sich fortreißend. **(Litteraturblatt für germanische und romanische Philologie.)**

Goethe-Schriften. Erste Reihe. (Goethes Iphigenie. Die Erklärungsarten des Goetheschen Faust. Goethes Tasso.) 8°. geheftet M. 8.—, fein Halbleder geb. M. 10.—.

Daraus sind einzeln zu haben:

Goethes Iphigenie. 3. Aufl. 8°. geheftet M. 1.20.

Die Erklärungsarten des Goetheschen Faust. 8°. geheftet M. 1.80.

Goethes Tasso. 3. Aufl. 8°. fein Lwd. geb. M. 6.—.

Goethe-Schriften. Zweite Reihe. (Goethes Sonettenkranz. Goethe und Heidelberg. Goethes Faust 1. Band.) 8°. geheftet M. 7.—, fein Halbleder geb. M. 9.—.

Daraus sind einzeln zu haben:

Goethes Sonettenkranz. 8°. geh. M. 2.—.

Goethe und Heidelberg. 2. Aufl. 8°. geheftet M. 1.—.

Goethes Faust. 1. Band. 4. Aufl. 8°. geheftet M. 4.—, fein Leinwandband M. 5.

Goethe-Schriften. Dritte Reihe. Goethes Faust 2. Band. 4. Aufl. 8°. geheftet M. 4.—, fein Leinwandband M. 5.—.

Schiller-Schriften. Erste Reihe. (Schillers Jugend- und Wanderjahre in Selbstbekenntnissen. Schiller als Komiker.) 8°. geheftet M. 6.—, fein Halbleder geb. M. 8.—.

Daraus sind einzeln zu haben:

Schillers Jugend- und Wanderjahre in Selbstbekenntnissen. 2. neubearbeitete und vermehrte Auflage von „Schillers Selbstbekenntnissen". 8°. geheftet M. 4.—, fein Lwd. geb. M. 5.—.

Schiller als Komiker. 2. neubearbeitete u. vermehrte Aufl. 8°. geheftet M. 2.—.

Schiller-Schriften. Zweite Reihe. (Schiller als Philosoph. 1. u. 2. Buch.) 8°. geheftet M. 6.—, fein Halbleder geb. M. 8.—.

Daraus sind einzeln zu haben:

Schiller als Philosoph. 2. neubearb. und verm. Aufl. In zwei Büchern. Erstes Buch. Die Jugendzeit 1779—1789. 8°. geheftet M. 2.50. Zweites Buch. Die akademische Zeit 1789—1796. 8°. geheftet M. 3.50. Beide Teile fein Lwd. geb. M. 7.50.

Kleine Schriften. Erste Reihe. (Ueber die menschliche Freiheit. Ueber den Witz. Shakespeare und die Bacon-Mythen. Kritische Streifzüge wider die Unkritik.) 8°. geheftet M. 8.—, fein Halbleder geb. M. 10.—.

Daraus sind einzeln zu haben:

Ueber die menschliche Freiheit. 2. Auflage. 8°. geheftet M. 1.20.

Ueber den Witz. 2. Auflage. 8°. geheftet M. 3.—, fein Lwd. geb. M. 4.—

Shakespeare und die Bacon-Mythen. 8°. geheftet M. 1.60.

Kritische Streifzüge wider die Unkritik. 8°. geheftet M. 3.20.

Kleine Schriften. Zweite Reihe. (Shakespeares Hamlet. Das Verhältniß zwischen Willen und Verstand im Menschen. Der Philosoph des Pessimismus. Großherzogin Sophie von Sachsen.) 8°. geheftet M. 8.—, fein Halbleder geb. M. 10.—.

Daraus sind einzeln zu haben:

Shakespeares Hamlet. 8°. geheftet M. 5.—, fein Lwd. geb. M. 6.—.

Das Verhältniß zwischen Willen und Verstand im Menschen. 2. Aufl. 8°. geheftet M. 1.—.

Der Philosoph des Pessimismus. Ein Charakterproblem. 8°. geheftet M. 1.20.

Großherzogin Sophie von Sachsen, Königliche Prinzessin der Niederlande. 8°. geheftet M. 1.20.

Kleine Schriften. Dritte Reihe.

Großherzog Alexander von Sachsen. 8°. geheftet M. 1.50.

Philosophische Schriften:

1. **Einleitung in die Geschichte der neuern Philosophie.** 4. Aufl. gr. 8°. geheftet M. 4.—, fein Lwd. geb. M. 6.—. (Sonderabdruck aus der Geschichte der neuern Philosophie.)
2. **Kritik der Kantischen Philosophie.** 2. Aufl. gr. 8°. geheftet M. 3.—.
3. **Die hundertjährige Gedächtnißfeier der Kantischen Kritik der reinen Vernunft. Johann Gottlieb Fichtes Leben und Lehre. Spinozas Leben und Charakter.** 2. Aufl. gr. 8°. geheftet M. 2.40.

Shakespeares Charakterentwicklung Richards III. 2. Ausgabe. 8°. geheftet. M. 2.—.

Die Schicksale der Universität Heidelberg. Festrede zur fünfhundertjährigen Jubelfeier der Ruprecht-Karls-Hochschule zu Heidelberg. Dritte Ausgabe. gr. 8°. geheftet M. 2.—, fein Lwd geb. M. 3.—.

Briefwechsel zwischen Goethe und K. Göttling. 2. Ausgabe. gr. 8°. geheftet M. 3.—.

C. J. Winter'sche Buchdruckerei.

Digitized by Google

Heidelberger Abhandlungen
zur mittleren und neueren Geschichte
Herausgegeben von Erich Marcks und Dietrich Schäfer
2. Heft

Preußen und England

in der

europäischen Politik 1785—1788

von

Friedrich Karl Wittichen

Heidelberg 1902
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Digitized by Google

Alle Rechte, besonders das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen, werden vorbehalten.

Digitized by Google

Meiner Mutter

Digitized by Google

Vorwort.

Die Anregung zu vorliegender Arbeit erhielt ich aus der Beschäftigung mit Mirabeau im Seminar B. Erdmannsdörffers und durch die Schrift meines Bruders Paul Wittichen über „Die polnische Politik Preußens 1788—1790". Ausgehend von den holländischen Ereignissen fand ich mich in die Notwendigkeit versetzt, zum näheren Verständnis des englisch-preußischen Verhältnisses in dieser Zeit auf den Fürstenbund zurückzugreifen. Zweck der Arbeit soll es sein, die Zusammenhänge des Fürstenbundes mit den holländischen Ereignissen und dem Berliner Bündnis zu erforschen. Bei der Darstellung des Fürstenbundes hat man bis jetzt das Hauptgewicht auf den deutschen Charakter dieser Verbindung gelegt, nicht unbeeinflußt von den vor dem Jahre 1866 auf eine erneute Einigung der deutschen Fürsten unter Preußens Führung abzielenden Bestrebungen, aber ohne Ziehung der preußischen Konsequenzen. Auch die Thätigkeit der deutschen Fürsten wie K. A. von Weimar ist unter diesem Gesichtspunkte stark überschätzt und z. T. falsch beurteilt worden, während die Hertzbergsche Politik, die Preußen aus den kleinen deutschen Verhältnissen unter Betonung der ausschließlich preußischen Interessen in seine Großmachtstellung wieder heraufhob, eine absprechende Beurteilung erfahren hat. Neben Droysen verweilt v. a. Ranke mit besonderer Vorliebe bei den Bestrebungen der deutschen Fürsten. Ein abschließendes Urteil über dieselben fällt er nicht, wenn es auch vielleicht in den Worten (Kap. XIX) „denn nicht auf einen Umsturz, sondern auf eine Wiederherstellung des alten Systems mit Einschluß der Organisation der katholischen Kirche war es bei dem Fürstenbunde abgesehen" liegt. Ebensowenig giebt Ranke ein Urteil über die preußische Politik im Fürstenbunde ab. In dem Satze (Kap. XII) „Womit sich König Friedrich von Anfang seiner

Digitized by Google

Regierung an getragen, die großen Interessen des Deutschen Reiches mit dem Bestand und Wachstum seines Staates zu vereinigen, das wurde jetzt möglich und dringend für beide Teile" widerspricht jedenfalls das Wort „Wachstum" dem Sinn des vorstehenden Citates, wie dem Charakter des Fürstenbundes überhaupt. Die europäische Gesamtlage hat Ranke mit meisterhafter Erfassung der Interessen der einzelnen Staaten am klarsten gesehen. Einigen notwendigen Modifikationen und Ergänzungen unterliegt seine Darstellung auch hier. Häusser hat den Charakter des Fürstenbundes, dem er jede Entwicklungsfähigkeit abspricht und in dem er das Wirken der eifersüchtigen Sorge um die landesherrlichen Sonderinteressen erkennt, ebenso scharf wie richtig geschildert. Die außerdeutschen Verhältnisse und ihre Beziehungen zum Bunde sind auch bei ihm außer acht gelassen. Die verfehlte Kritik der Häusserschen Darstellung und die irrtümliche Auffassung der holländischen Ereignisse bei Droysen (Abhandlung zur neueren Geschichte III) sind Abschn. IV Anm. 7 und Abschn. XX Anm. 7 berührt. Die gefährdete Lage Preußens in den letzten Lebensjahren Friedrichs hat zuerst in seinem auf erschöpfender Kenntnis dieser Zeit beruhenden Aufsatz „Die Entstehung des Fürstenbundes" (Hist. Z. 41) P. Bailleu klargelegt. Ihm verdanken wir auch die Darstellnng der ersten Zeit des Hertzbergschen Ministeriums. Trotzdem war ein Eingehen auf die einzelnen Phasen der Politik dieses Ministers wegen des Zusammenhanges und der z. T. abweichenden Beurteilung nötig. Heigel (Deutsche Geschichte 1786 bis 1792) schließt sich im wesentlichen den herrschenden Urteilen an. Vorliegende Arbeit betrachtet v. a. die Stellung der europäischen Großmächte zu dem Fürstenbunde und sucht auf Grund dieser Betrachtung zu einer Beurteilung der preußischen Fürstenbundspolitik und der Abwendung von derselben in dem Bunde mit England zu gelangen. Die Schilderung der inneren holländischen Verhältnisse konnte entsprechend der Formulierung der Aufgabe auf das zum Verständnis der preußischen und englischen Politik Notwendige beschränkt werden. Sie haben eine überaus gründliche Behandlung in dem holländischen Werke «De Patriottentijd» von H. T. Colenbrander erfahren, dem auch ein reiches Quellenmaterial beigegeben ist. Die rein diplomatischen Fragen,

Digitized by Google

besonders bei der Entscheidung von 1787, sind von Colenbrander etwas stiefmütterlich behandelt. Die Resultate meines Bruders in der erwähnten Schrift sehe ich im wesentlichen als gesichert an. Einige Differenzen sind Abschn. I, Anm. 46, IX, 1 und XVIII, 25 berührt. Eine genauere Beschäftigung mit der französischen Politik war notwendig, um dem wiederholten Einwande, der gegen die Politik Hertzbergs auf Grund der angeblich auch damals noch von Frankreich drohenden Gefahr erhoben worden ist, zu begegnen. Auch der Frage des englisch-russischen Gegensatzes mußte aus ähnlichen Gründen eine genauere Beachtung geschenkt werden.

Benutzt sind außer der gedruckten Litteratur die einschlägigen Akten des preußischen Geheimen Staatsarchivs, deren Durchsicht mir gütigst gestattet wurde. Für die mir im Archiv bereitwilligst gewährte Unterstützung im Aufsuchen der Akten spreche ich meinen lebhaften Dank aus.

Leider ist es mir nicht vergönnt, an dieser Stelle meinem verstorbenen Lehrer B. Erdmannsdörffer meinen Dank abzustatten. Seine Persönlichkeit, die neben der Hochachtung vor dem Gelehrten ein Gefühl warmer Verehrung erweckte, wird in dem Andenken seiner Schüler fortleben. Herrn Geh. Hofrat E. Marcks, der sich meiner in der gütigsten Weise angenommen hat, bin ich gleichfalls zum wärmsten Danke verpflichtet.

Heidelberg, Februar 1902.

F. H. Wittichen.

Digitized by Google

Inhalt.

	Seite
Einleitung	1—8
I. Der bayrisch-belgische Tauschplan Österreichs und die Großmächte	9—25
II. Erste englisch-preußische Verhandlungen	26—35
III. Zweite englisch-preußische Verhandlungen	35—38
IV. Letzte Lebenstage Friedrichs	39—44
V. Die holländische Republik	45—54
VI. Erste Regierungshandlung Friedrich Wilhelms	54—58
VII. Die preußische Regierung	59—63
VIII. Fortgang der holländischen Ereignisse	64—69
IX. Französische Friedens- und Handelspolitik	70—78
X. Vorbereitungen zum Feldzug	78—90
XI. Letzte Verhandlungen in Berlin	91—95
XII. Die Konvention vom 2. Oktober	95—98
XIII. Die englische Politik	98—103
XIV. Die Verhandlungen in Paris	103—111
XV. Hertzbergs Politik	111—117
XVI. Verhältnis Preußens und Englands zu Österreich	118—123
XVII. Der türkische Krieg	123—128
XVIII. Verhältnis Preußens und Englands zu Rußland	128—136
XIX. Das holländische Bündnis	136—139
XX. Das englisch-preußische Bündnis	140—148
XXI. Schluß	148—150
Anhang: I. K. W. F. von Braunschweig	151—156
II. Die preußischen Gesandten	157—168
Noten	169—198

Digitized by Google

Einleitung.

Das Jahr 1785 zeitigte die Anknüpfung engerer Beziehungen zwischen Preußen und England, die Einleitung gleichsam zu dem Bündnis des Jahres 1788. Um die Bedeutung dieser Annäherung zu verstehen, muß man sich das Verhältnis beider Mächte zu einander und zu den anderen Großmächten, vor allem zu der dritten nordischen Großmacht, zu Rußland, in den Jahrzehnten, die der Auflösung ihres Bündnisses vom Jahre 1756 folgten, vergegenwärtigen. An dem russischen Hofe traten die Abstoßungs- und Anziehungspunkte ihrer Interessen am deutlichsten zu Tage.

Das Jahr 1762 hatte Friedrich die mangelnde Bündnisfähigkeit Englands erwiesen. Entschlossen wandte er sich von ihm ab und blieb dieser Abwendung treu, bis ihn die österreichische Gefahr zu einem Entgegenkommen gegen den einstigen Bundesgenossen zwang. Man kann diese dauernde Gegnerschaft gegen England nur als einen Fehler Friedrichs bezeichnen; sie hat im wesentlichen die gefährliche Isolierung Preußens in seinen letzten Lebensjahren und eine Schwächung Englands herbeigeführt, die keineswegs im preußischen Interesse liegen konnte. Die bestimmende Thatsache nach dem siebenjährigen Krieg war das Fortbestehen des österreichisch-französischen Bündnisses. England wie Preußen hatten ein dringendes Interesse daran, dasselbe zu zerstören oder ihm ein Gegengewicht ent-

Digitized by Google

gegenzusetzen. Da beide sich nicht einigen wollten, kam es darauf an, wer Rußland gewinnen könne. England brauchte Rußland wegen dessen einflußreicher Stellung auf dem Kontinent, besonders im Norden, und des Handels wegen; Preußen brauchte seinen östlichen Nachbar, um eine Wiederkehr der Lage von 1756 zu verhüten. Es gelang Friedrich, über die polnische Thronfolgefrage zu einem Bündnis mit Rußland zu kommen; ein englisch-russisches Bündnis kam nicht zustande trotz des 1766 erneuten Handelsvertrages. England weigerte sich, die Türkenkriege Rußlands in das Bündnis mit einzubeziehen, was Preußen zugestanden hatte, und entwickelte in der Bekämpfung der französischen Partei in Schweden nur geringen Eifer, um Rußland, das auch Dänemark beherrschte, bei einer völligen Beherrschung Schwedens im Norden nicht allzustark werden zu lassen. Gerade um der schwedischen Frage willen hatte Rußland ein nordisches Bündnis gewünscht und das Interesse der drei Großmächte stimmte in dieser Frage auch im Grunde überein[1], aber weder Preußen noch England hatten Neigung zu irgendwelcher Verbindung; sie bekämpften sich vielmehr durch Intriguen am russischen Hofe.

Auch der russisch-türkische Krieg brachte keine Änderung. Preußen zahlte getreulich seine Subsidien an Rußland, während England zwar die russische Flotte unterstützte, eine Sicherung Rußlands nach der schwedischen Seite hin aber ablehnte und sich durch Vermittlungsversuche in den Krieg einzumischen suchte.[2] Um Rußland zu isolieren und es ganz wieder unter den alleinigen Einfluß Englands zu bringen, unterstützte man in London die österreichische Annäherung an Preußen[3]; Friedrich wich derselben aber aus und benutzte sie vielmehr, um auf Rußland einen Druck im Sinne der Erneuerung des Bündnisses auszuüben. Den jetzt über die Türkenfrage drohenden Krieg Österreichs gegen Rußland lenkte er durch die polnische

Digitized by Google

Teilung ab und hinderte so England, sein Gewicht zu Gunsten einer der Ostmächte in die Wagschale zu werfen. Wirklich mußte England einem so wichtigen Ereignis thatenlos zusehen. Rußland hatte damit begonnen, sich die beiden deutschen Großmächte für seine polnischen und türkischen Pläne dienstbar zu machen, ohne sich auf England angewiesen zu sehen. England hatte zwar eine französische Annäherung gelegentlich der polnischen Teilung und ein eventuelles Eintreten Frankreichs für die schwedische Revolution, die jetzt erfolgte, und gegen Rußland deutlich abgewiesen, aber diese Revolution war doch auch eine Folge seiner lauen Haltung. Sie sicherte den schwedischen Thron und zugleich den französischen Einfluß in Schweden, ein höchst unerfreuliches Ereignis für das im Krieg mit dem alten französischen Bundesgenossen, der Türkei, liegende Rußland.

Die Stimmung Rußlands gegen England konnte deshalb nicht die beste sein. So mißlang denn auch der englische Versuch, über die russische Garantie Danzigs Rußland zu einem Bruch mit Preußen zu bringen, bei dem England sich der österreichischen und französischen Unterstützung bedient hatte. Es schien sich dieser Handelsstreit zu einem Krieg zwischen England und Preußen zuspitzen zu wollen, doch legte ihn Rußland durch seine Vermittlung bei.[4] Der Plan Panins, Österreich und Preußen zu einem Bund mit Rußland zu vereinen[5], der England so gut wie ganz vom Kontinente abgeschlossen hätte, kam aber nicht zur Ausführung, da Österreich an dem Versailler Bündnis festhielt und der auf das Drängen Österreichs und Preußens und mit englischer Unterstützung abgeschlossene Friede mit der Türkei ein solches Bündnis unnötig machte.

Der englisch-preußische Gegensatz am russischen Hofe sollte aber erst in den nächsten Jahren, als England angesichts des Aufstandes seiner amerikanischen Kolonien und eines französisch-spanischen Eingreifens in diesen Streit Rußland dringend um-

Digitized by Google

warb, seinen Höhepunkt erreichen. Da Österreich zugleich mit dem Ziele, das System von 1756 wiederherzustellen, und durch die Annexion der Bukowina zu türkischen Erwerbungen angeregt, Rußland zu umwerben begann, hatte der preußische Einfluß in Petersburg einen harten Kampf zu bestehen, in dem er unterliegen sollte. Das Jahr 1778 zeigte die mannigfaltigsten Verwicklungen in Europa; an dem russischen Hofe konzentrierten sich die diplomatischen Kämpfe dieser Zeit. Der französisch-englische Gegensatz trat im amerikanischen Krieg, der österreichisch-preußische im bayrischen Erbfolgekrieg in voller Schärfe zu Tage. Rußland konnte für seine Türkenpläne den passendsten Bundesgenossen wählen, was um so nötiger schien, als gerade ernste Differenzen über den letzten Frieden mit der Pforte ausgebrochen waren. Rußland brauchte also Ruhe in Deutschland, ebenso Frankreich. England hätte einen Krieg gewünscht und unterstützte durch Hannover Preußen, dessen Einfluß es dann in Petersburg zu verwenden gedachte. Dieselbe Absicht hatte aber auch Frankreich, das durch seine Stellungnahme für Preußen zugleich eine protestantische Union in Deutschland unter der Leitung Preußens und der Beihülfe England-Hannovers zu verhindern wünschte.[6] Durch die Vermittlung Frankreichs und Rußlands, die von ihren beiderseitigen Bundesgenossen angerufen worden waren, und ohne daß England seinen Einfluß geltend machen konnte, kam der Teschener Friede zustande. Er brachte Rußland ein Einwirkungsrecht auf die deutschen Verhältnisse ein, während Frankreich zur selben Zeit in Konstantinopel zu Gunsten der russischen Forderungen vermittelte. Da in Frankreich seit Vergennes sich überhaupt eine preußenfreundliche Stimmung geltend machte, war es nur natürlich, daß Friedrich sich ihm anschloß. Er gab nur in Hannover, nicht in London, freundschaftliche Versicherungen ab[7] und faßte den Plan, die neue Freundschaft mit Frankreich mit

Digitized by Google

seinem russischen Bündnis zu verbinden und damit die bessere Gestaltung der französisch-russischen Beziehungen für Preußen auszunutzen.[8] In Holland, wo der preußische Einfluß Gutes für England hätte wirken können, riet er im Verein mit Frankreich zu scharfen Maßregeln gegen die englischen Kapereien. So ergab sich in Petersburg bald die Kombination, daß der englische und der österreichische Gesandte gemeinsam gegen die Gesandten der Bourbonenhöfe und Preußens ankämpften. England und Preußen standen sich also in denkbar schärfstem Gegensatz gegenüber. Katharina, in wahrhaft glänzender Stellung, zeigte keine Neigung, sich von einer der streitenden Parteien ausnutzen zu lassen. Friedrich verdarb es mit ihr durch seinen Plan eines preußisch-russischen Bündnisses[9] mit der Türkei, in das Frankreich eingeschoben werden sollte. Für ihre Türkenpläne brauchte sie eine thätigere Unterstützung, als sie Preußen zu geben geneigt war, und Polen, wegen dessen sie ihr Bündnis mit Preußen geschlossen, beherrschte sie doch allein; schon im bayrischen Erbfolgestreit hatte sie Preußen nur widerwillig unterstützt. Das preußische Bündnis hatte also nur noch einen geringen Wert für sie, direkt gegen ihr Interesse lief ein solches mit der Türkei. Ebensowenig hatten die englischen Bündnisanträge Erfolg. Katharina dachte nicht daran, sich für England in einen Krieg zu stürzen, der sie von ihrer türkischen Politik abgezogen hätte. Sie benutzte vielmehr die Gelegenheit der englischen Schwäche, um sich durch die Seeneutralitätsakte, eine Art Unabhängigkeitserklärung von England, zur Alleinherrschaft im Norden aufzuschwingen. Nur Hollands Beitritt verhinderte England durch seine Kriegserklärung. Der Erfolg der preußisch-englischen Kämpfe in Petersburg war demnach schließlich, daß beide Mächte ihren Einfluß verloren. Zwar war es England gelungen, Österreich in den Sattel zu heben, aber es fand wenig Dank dafür. Die Feindschaft gegen Preußen

Digitized by Google

bestimmte die österreichische Politik, das französische Bündnis mußte sie also bewahren und ihm ein russisches anfügen. Ohne Vorwissen Englands, das mit aufgenommen hatte werden wollen, kam die Verbindung der Kaiserhöfe zustande. Österreich schwenkte von England ab, es verhinderte geheime englische Friedensverhandlungen im Haag und nahm eine Frankreich freundliche Haltung ein.[10] Durch die Schleifung der Barriere trieb es endlich Holland bedingungslos in Frankreichs Arme. Selbst der Seeneutralität trat es nach Preußens Vorgang bei.

Diese Stellungnahme Österreichs brachte endlich eine englisch-preußische Annäherung zustande. Das neue Ministerium Rockingham that entschlossen den ersten Schritt dazu. Es verhandelte in Paris mit Übergehung der österreichisch-russischen Vermittlung, die nach mehreren Anläufen gescheitert war, direkt über den Frieden und wandte sich mit Anträgen an Preußen und Rußland. Auch Holland sollte durch bedeutende Zugeständnisse für das von Fox geplante nordische System gewonnen werden. Friedrich sah in diesen Anträgen die Möglichkeit, Österreich von Rußland und England zu trennen. Er ging also auf den englischen Plan ein, aber ohne ganz mit Frankreich zu brechen. Sehr gelegen kam das Wiederauftauchen der türkisch-russischen Streitigkeiten über die Krim, das Rußland vor der wachsenden Macht der Bourbonenhöfe besorgt machen mußte. Die neue französisch-russische Freundschaft verflüchtigte sich dann auch rasch über dieser Frage. Das sofortige Hülfeversprechen Josephs auf die russische Mitteilung der auftauchenden türkischen Gefahr hin vernichtete aber den englisch-preußischen Plan, dem Katharina nicht abgeneigt gewesen war[11]; das Bündnis der Kaiserhöfe zeigte sich enger denn je. Shelburne, der neue englische Premierminister, erklärte sich daher offen gegen die österreichische Vermittlung und suchte statt dessen, wie auch schon Fox, Preußen einzuschieben.[12] Diese allgemeine Ver-

Digitized by Google

mittlung der Kaiserhöfe und die besondere Rußlands für England und Holland war aber nur ein Mittel der verbündeten Höfe gewesen, ihre Macht bei den Kriegführenden geltend zu machen. Jetzt beschäftigte sich Katharina nicht mehr mit Vermittlungen, da ein Friedensschluß gegen ihr Interesse in der Türkenfrage und ihre Absicht, den russischen Handel im Norden zu heben und selbständig zu machen, sprach; sie schwelgte in Kriegsplänen gegen die Türkei. Zwar ließ sie sich von Österreich zu keinem Schritt gegen England hinreißen, that aber auch nichts zu seiner Unterstützung.[13] Ein türkischer Krieg konnte England nur erwünscht sein, da er die Bourbonenhöfe im Osten beschäftigte. Ein englisch-französisches Einverständnis schien sich daher anzubahnen[14], das Frankreich freie Hand im Osten geben und nach Shelburnes Absichten vielleicht sogar durch eine gemeinsame Aktion das gesunkene Ansehen der beiden kriegführenden Mächte in Europa wieder heben sollte. Vergennes ließ Holland die Kosten der französischen Verlegenheit zahlen, er schloß mit England direkt Frieden und richtete danach ernste Mahnungen nach Wien. Das neue Ministerium North-Fox brachte einen Umschwung der Lage. England wandte sich wieder Rußland und Preußen zu. Besonders Preußen suchte es für die Wiedergewinnung Hollands zu interessieren. Aber auch Frankreich umwarb Preußen aus Mißtrauen gegen Österreich. Friedrich wich den englischen Anträgen aus und konsequent in seiner Politik, sich auf dem Kontinent nach einer Seite zu decken, ging er auf die französischen Anträge ein, mit dem Verlangen, daß Frankreich sich von Österreich trenne.

Die glänzende Politik Österreichs wurde aller Schwierigkeiten Herr. Sie brachte Katharina von ihren Kriegsplänen ab und zur Beschränkung auf die Erwerbung der Krim, die sie unterstützte. Damit bewahrte sie sich Rußland und Frank-

Digitized by Google

reich, das nur die weitergehenden Pläne der Kaiserhöfe gefürchtet hatte.[15]

Preußen und England sind isoliert und stehen der Lage von 1756 gegenüber. Das will Friedrich v. A. vermeiden; er bleibt also bei seiner Umwerbung Frankreichs, das aber jetzt ein Bündnis mit ihm ablehnte. England strebt in der letzten Zeit des Koalitionsministeriums und unter Pitt nach dem von Katharina zur Zeit der Türkengefahr angeregten Bündnis mit den Kaiserhöfen. Es hat Rußland in Konstantinopel wieder diplomatisch unterstützt trotz des ihm unerfreulichen Ereignisses der Öffnung des Bosporus für die russische Handelsflotte, die den russischen Seehandel noch unabhängiger macht. Preußens und Englands Wege gehen also so weit auseinander wie je, aber beide können ihr Ziel nicht erreichen. Den Weg, den beide gemeinsam hätten gehen können, das nordische System, hatten sie sich zerstört; als sie in der Not ihn wieder einschlagen wollten, fanden sie ihn nicht mehr gangbar. Nutzen aus ihrer Feindschaft hatten ihre Gegner und vor allem Rußland gezogen, das mächtig und unabhängig, während es sonst preußischem oder englischem Einfluß unterworfen gewesen war, ihnen gegenüberstand. England kann eine mehr abwartende Stellung einnehmen, während Preußen, vollkommen in seiner Kontinentalpolitik gescheitert und umklammert von der ihre Spitze gegen den deutschen Rivalen richtenden Bündnispolitik Österreichs, zu dem letzten und schwächsten Hülfsmittel, dem Fürstenbunde, greifen muß.[16]

Digitized by Google

I. Der bayrisch-belgische Tauschplan Österreichs und die Großmächte.

Österreich.

Joseph gedachte seine glänzende Stellung auszunutzen.[1] Es war stets sein Fehler, daß er zu viel Pläne hatte, die, zu gleicher Zeit unternommen, alle scheiterten, während jeder einzelne für sich allein alle Aussicht auf Erfolg hatte. Mitgerissen von den weittragenden Handelsplänen seines Bundesgenossen Rußland, suchte er auf jede Weise den österreichischen Handel zu heben. Dies schien auch zunächst seinen belgischen Operationen zu Grunde zu liegen. Die Barrierefestungen waren geschleift, ohne daß Holland und noch weniger England hatten Einspruch erheben können. Damit war in einem Punkte die Unabhängigkeit der österreichischen Niederlande von den Seemächten erreicht. Im November 1783 begann er einen Streit mit Holland um einige Festungen auf dem umstrittenen Scheldegebiet. Zu gleicher Zeit machte er Ansprüche auf eine beträchtliche Grenzerweiterung nach der Türkei hin. Beides brachte ihn in die Gefahr eines Konfliktes mit Frankreich, dem er im September desselben Jahres seine starke Stellung und den Wert seines Bündnisses in Erinnerung zu bringen für nötig befunden hatte.[2] Bei der feindseligen Haltung Frankreichs gegen die Türkenpläne der Kaiserhöfe, die sich mehr gegen Österreich als gegen Rußland richtete, stand denn auch der Ausbruch des Konfliktes nahe bevor. In Holland sprach der österreichische Gesandte Reischach von einem Bündnis Hollands mit England, Rußland und Österreich, ganz im Sinne der damaligen englischen Politik.[3] Auf Frankreichs Rat widerstand die Pforte den österreichischen Forderungen, besonders seit Joseph der Streit mit Holland zu

Digitized by Google

beschäftigen anfing. Dieser erreichte seinen ersten Höhepunkt im Mai 1784 in einer Aufstellung der österreichischen Forderungen, deren wesentlichste die Abtretung von Maestrich war. Der Hauptgedanke Josephs, die Schelde zu öffnen und sich damit das völlig freie Verfügungsrecht über Belgien zu sichern, kam erst heraus, nachdem man Holland durch die ersten Forderungen zum Nachgeben geneigt gemacht zu haben glaubte. England hatte während des Krieges diesen Gedanken in Österreich angeregt, um es auf seine Seite zu ziehen. Auf Kaunitz' Rat hatte Joseph dies aber als eine Parteinahme gegen Frankreich abgelehnt. Jetzt bot England wieder seine Unterstützung für etwaige österreichische Handelspläne an.[4] Die Scheldeöffnung war aber nicht im Gegensatz zu Frankreich gedacht.[5] Um des Gegensatzes gegen Preußen willen mußte das französische Bündnis trotz aller Streitigkeiten und zeitweiser Entrüstung über die den österreichischen Erwerbungen feindliche Stellung Frankreichs bewahrt bleiben. In Holland war denn auch die österreichische Politik im ganzen antienglisch gewesen; die scheinbaren Abweichungen bedeuteten nur Drohungen für Frankreich, mit denen sich die alten Bundesgenossen von Zeit zu Zeit zu bedenken beliebten. Frankreich ging auf die österreichischen Scheldepläne ein. Es betrieb in Holland einen Vergleich im Sinne der Öffnung der Schelde für die österreichische Flagge allein.[6] In dieser Frage blieb Holland aber fest. Die Beschießung eines österreichischen Schiffes in der Schelde schien die Ausgleichspolitik Frankreichs über den Haufen zu werfen. Österreich rüstete und Frankreich hatte jetzt zwischen ihm und Holland zu wählen. Die für Frankreich verderblichen Pläne Österreichs schienen allen französischen Ministern offenbar[7]; sie entschlossen sich, Holland nicht im Stich zu lassen. Der Gedanke eines Abschlusses mit Preußen, das durch die Anwesenheit des Prinzen Heinrich in Paris seit August 1784 und seine

Digitized by Google

Frankreich freundliche Politik in Holland seine Umwerbung Frankreichs fortsetzte, trat jetzt wieder mehr in den Vordergrund. Österreich hätte dadurch seine Bündnispolitik zerstört. So suchte es durch den bayrisch-belgischen Tauschplan, der schon seit Jahren das Hauptziel bildete und dem alle andern Bestrebungen untergeordnet waren, zugleich den Streit in Holland zu beseitigen und seine Übermacht über Preußen auszunützen. Rußlands war Österreich sicher; auch Frankreich schien sich nach der ersten Erklärung Vergennes' nicht widersetzen zu wollen. Joseph nahm also den französischen Vermittlungsvorschlag auf Abtretung Maestrichs durch Holland und Rückgabe an dasselbe gegen eine Geldsumme an und verzichtete auf den zugleich geplanten Tausch Salzburgs gegen Luxemburg und Namur.[8] Im französischen Ministerrat aber fiel die Entscheidung gegen eine Unterstützung des Tauschplanes und damit war er gefallen.

Frankreich.

Der erste Grundsatz, von dem Vergennes nach dem amerikanischen Kriege ausging, war die Erhaltung des Friedens. Diese Politik festzuhalten gelang ihm auch trotz der kriegerischen Strömungen in den Heer- und Marinekreisen, die bei dem holländischen Streit und bei der Tauschfrage hervortraten. Der amerikanische Krieg erwies sich aber allmählich als die Quelle alles Übels, das in der Folgezeit über Frankreich hereinbrach. Der Erfolg erschien zunächst groß, da die amerikanischen Kolonien und Holland von England losgerissen waren, aber die Nachteile zeigten sich bald. Die Regierung hatte sich durch die Volksstimmung zu diesem Schritt drängen lassen, was schon ihre Schwäche erwies. In Amerika waren dann die französischen Ideale der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung verwirklicht worden und drängten mit verdoppelter Stärke nach ihrer Verwirklichung in Frankreich. Die Finanzen waren

Digitized by Google

definitiv zerrüttet, was die ganze auswärtige Politik lahmlegen mußte. Dabei hatte Frankreich sich die erbitterte Feindschaft Englands erworben und sollte jetzt mit seinen geschwächten Kräften den Erfolg in Europa, die Gewinnung Hollands, gegen diese Feindschaft festhalten. Gerade in diese Frage verlegte Vergennes den Schwerpunkt seiner Politik; er wollte das Errungene festhalten und keinenfalls durch einen neuen Krieg wieder aufs Spiel setzen.

Für allen Brennstoff in Europa hatte er deshalb das Löschmittel der französischen Vermittlung bereit. Sorgsam hütete er sich, Frankreich Holland gegenüber vorerst zu stark zu verpflichten. So schloß er die mit Österreich strittigen Gebiete von der Garantie der holländischen Besitzungen in dem Bündnis aus. Auch die Ratifizierung desselben schob er auf, nachdem einmal die Furcht vor Österreich Holland hülflos in Frankreichs Arme getrieben hatte. Das Bündnis selbst schloß er trotz ernster Bedenken, um die gefährdete französische Partei in Holland am Ruder zu erhalten.[9] Der Marineminister Castries suchte es zu benutzen, um Holland zur Verstärkung seiner Flotte und Garnisonen in den Kolonien innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre zu verpflichten, in denen England seiner Meinung nach kampfesunfähig bleiben werde. Damit konnte Frankreich, das sich zugleich einen maßgebenden Einfluß auf die holländische Kolonialverwaltung sichern sollte, in eine sichere Angriffsstellung gebracht werden. Vergennes aber widersetzte sich diesem Plan, um nicht das Mißtrauen Englands hervorzurufen.[10] Das Streben nach Frieden, das in dem Maß, wie die Einberufung der Stände heranrückt, in der französischen Politik sich immer deutlicher und immer schwächlicher darstellt, beherrscht das Verhältnis Frankreichs zu den Großmächten. Sie alle sucht Vergennes für sein Friedenssystem zu verwenden. Dies wäre vielleicht möglich gewesen, wenn alle Mächte so rein

Digitized by Google

defensive Politik getrieben hätten wie Frankreich und Preußen. Bei den beiden Kaiserhöfen und allmählich auch bei England war dies aber nicht der Fall.

Der unversöhnlichen Feindschaft Englands war man sich in Frankreich wohl bewußt; es galt, in starker Stellung und gerüstet gegen England dazustehen, Holland zu diesem Zweck von jeder Verbindung mit ihm abzuhalten und England überhaupt vom Kontinent auszuschließen. Trotzdem suchte man zu einem modus vivendi mit ihm zu kommen und es womöglich über die eigene feindliche Politik hinwegzutäuschen; der Handelsvertrag ist zum Teil ein Ergebnis dieser Politik. An dem Versailler Bündnis hielt Vergennes trotz der Teilung Polens, trotz des freundlichen Verhältnisses zwischen England und Österreich am Beginn des amerikanischen Krieges[11] und trotz des österreichisch-russischen Bündnisses fest. Ein Bruch mit dem alten Bundesgenossen bedeutete dessen Anschluß an England und damit das Bündnis Englands mit den Kaiserhöfen, das Frankreich auf Preußen allein angewiesen haben würde. Mitbestimmend auf Vergennes mag auch die mächtige österreichische Partei Marie Antoinettes, die bei jeder Schwenkung gegen Österreich seine Stellung bedrohte, gewirkt haben. Preußen zu schonen war Vergennes Politik seit seinem Amtsantritt. Er betrachtete es als ein Gegengewicht gegen Österreich. Bei einem Bruch mit diesem wünschte Frankreich des preußischen Bündnisses sicher zu sein. Man hielt es also durch freundschaftlichen diplomatischen Verkehr in steter Erwartung eines französischen Bündnisses; in der Zwischenzeit benutzte man es, um hinter ihm versteckt allen Vergrößerungsabsichten Österreichs entgegenzuwirken. Durch Österreich aber ging für Frankreich der Weg nach Rußland. Dieses sollte von seinen Türkenplänen zurückgehalten werden. Der Gegensatz, der bei dem Streit um die Krim und auch in der Erneuerung des französischen Bünd-

Digitized by Google

nisses mit Schweden so unverhüllt zu Tage getreten war, sollte überdeckt werden. Durch einen Handelsvertrag wollte Vergennes eine Interessengemeinschaft beider Mächte schaffen, die zugleich England entgegen arbeitete. Der Einfluß Englands in Rußland war noch immer stark. Verhinderte Frankreich einen türkischen Krieg, so trat die Gefahr eines englisch-russischen Abschlusses mehr in den Hintergrund. Für den Fall eines solchen Krieges hatte man sich in Frankreich aber auch schon mit einer Aufgabe dieses alten Bundesgenossen vertraut gemacht. Man betrachtete die Pforte, die man im eigenen Interesse mehrfach zum Nachgeben gegen Rußland gezwungen hatte, ähnlich wie Polen schon mehr als einen verlorenen Posten, hatte aber den Wunsch, die großen französischen Handelsinteressen in der Türkei zu erhalten. Mit krankhafter Überschätzung des Wertes der französischen Aufklärungskultur suchte man ihr dieses zerstörende Element als eine Segnung beizubringen, natürlich ohne Erfolg. Stellte sich einmal die Notwendigkeit einer offenen Parteinahme für die Türkei und gegen die Kaiserhöfe oder einer Teilnahme an der Beute heraus, so zog man das letztere vor oder wollte wenigstens der Pforte nur gegen bedeutende Gebietsabtretungen die französische Unterstützung gewähren. Österreich hatte jedenfalls die Begehrlichkeit Frankreichs nach Ägypten genährt, so wie es auch in Rußland für diese Gedanken arbeitete. Sie lagen der Sendung des französischen Offiziers Matthieu Dumas nach Kreta und dem Archipel zu Grunde. Kreta als Mittelpunkt zwischen dem Archipel, Ägypten und Syrien hätte Frankreich zum Herrn des gesamten Levantehandels gemacht und seine Besetzung wäre die beste Einleitung zu einer definitiven Beherrschung Ägyptens und Syriens gewesen.[12]

Aus dieser Politik Frankreichs, die stets zwei Eisen im Feuer zu haben sich bemühte, ist seine Haltung in der Tausch-

Digitized by Google

frage zu erklären. Man schwankte zwischen zwei Überlegungen. Wurde ein schwacher Fürst in Belgien eingesetzt, so mußte er unter französische Vormundschaft geraten. Über ihn hinweg ließ sich ein entscheidender Druck auf Holland ausüben. Daraus ergab sich eine völlige Beherrschung der Niederlande, eine Ausschließung Englands vom Kontinent und eine glänzende Angriffsstellung gegen dieses; auch eine befriedigende Lösung der österreichisch-holländischen Streitfrage war damit erreicht. Dies alles bewog Vergennes, der das holländische Bündnis als den Angelpunkt der französischen Politik ansah, zunächst dem Tausch zuzustimmen. Auf der andern Seite entwand sich Österreich aber ganz der Berührung mit Frankreich. Es konnte unbesorgt den türkischen Plänen mit Rußland nachgehen, ohne Frankreich noch in demselben Grade berücksichtigen zu müssen.[13] Es gewann — und das war ja das Entscheidende — eine Abrundung, die eine bedeutende Verstärkung und eine Beherrschung Süddeutschlands darstellte. Dadurch wurde ihm ein gefährlicher Druck auf das Elsaß ermöglicht.[14] Ferner, gab Frankreich den Tausch zu, so verfeindete es sich dauernd mit Preußen, schwächte dessen Bedeutung als Gegengewicht gegen Österreich auf das empfindlichste und trieb es in Englands Arme.

Diese Gegengründe gaben die Entscheidung in dem Ministerrat, in dem Vergennes von allen Ministern überstimmt wurde. Frankreich zog es jetzt vor, Österreich an Preußen zu verweisen, ohne ihm seine Unterstützung zuzusagen. Damit wurde Preußen das Odium der Bekämpfung des Planes überlassen. Frankreich behielt sich selbst die Schlichtung des holländisch-österreichischen Streites vor. Diese Politik bedeutete eine Ablehnung des Tausches, da Zweibrücken ganz von Frankreich abhängig und nur durch dieses zur Zustimmung zu bringen war.[15] Solange Österreich noch die holländischen Streitfragen auch nach Aufgabe des Tauschplans offen hielt, war es Frankreichs Interesse,

Digitized by Google

es in Deutschland beschäftigt zu sehen. Es hütete sich aber, offene Stellung gegen Österreich zu nehmen, und benutzte den Fürstenbund, der auch dem allzu entschiedenen Eingreifen Rußlands in die deutschen Verhältnisse zur Genugthuung Frankreichs eine Schranke setzen mußte, für seine Zwecke gegen England in Rußland. Anderseits hielt es Preußen durch Vermeiden einer klaren Erklärung in Besorgnis und Abhängigkeit.

Rußland.

Katharina hatte Joseph mehrfach ihren thätigen Dank für seine Unterstützung bei Erwerbung der Krim in Aussicht gestellt. Als Joseph ihr im Mai 1784 den Tauschplan mitteilte, versprach sie sofort ihre Hülfe. Er sollte die Beseitigung der preußischen Gefahr, auf die Joseph andauernd hingewiesen hatte und über die Rußland sich mit Österreich zu beraten wünschte, darstellen. Daß sie Österreich dann wirklich diplomatisch unterstützte, zeigte zum erstenmal offen ihre Feindschaft gegen Preußen. Der allerdings unvermeidliche Fehler Friedrichs, Rußland im eigenen Interesse in die deutschen Verhältnisse hineingezogen zu haben, trotzdem er so gut wie Frankreich die russische Gefahr voll erkannt hatte, rächte sich jetzt aufs bitterste. Zwischen Rußland und Preußen bestanden zudem gerade in dieser Zeit Streitigkeiten über Danzig, das Katharina als Landungsplatz und Festung und ihrer Garantie wegen zu schützen wünschte. Auch hierbei hatte es Österreich nicht an Hetzereien gegen Preußen fehlen lassen, ohne daß damals Katharina jedoch sich allzuweit hinreißen ließ.[16]

Mit dem Gelingen des Tausches wurde Österreich von Frankreich, das noch eben eine Inangriffnahme der Türkenpläne verhindert hatte, unabhängig und in den Stand gesetzt, Rußland mit voller Kraft zu unterstützen; denn auch gegen Preußen stand es nach dem bayrischen Erwerb übermächtig da. Schon den holländischen Streit hatte Katharina gern

Digitized by Google

gesehen, da er Frankreich im Westen genügend beschäftigte.[17] Ihre Unterstützung des Tausches aber erwies sich in jeder Beziehung als ein Fehler. Seit dem Teschener Frieden hatte sie ein Einwirkungsrecht auf Deutschland. Bewahren konnte sie dies nur, wenn beide deutschen Mächte sich die Wage hielten, sie also die Entscheidung zwischen beiden geben konnte[18]; damit waren zugleich die deutschen Streitkräfte paralysiert und außer stand, sich der Orientpolitik Rußlands zu widersetzen. Im Grund war das ihre Politik seit ihrer Thronbesteigung, freilich unter wechselnden Formen, gewesen. Diese Politik, an der sie auch nach dem österreichischen Bündnis zunächst festgehalten hatte, gab sie jetzt preis. Statt daß sie beide deutschen Mächte leitete, hatte Österreich sie in seine Bahnen hineingezogen. Als sie die Folgen sah, lenkte sie sofort ein. Durch den neuen französischen Gesandten Ségur lernte sie das friedliche System Frankreichs kennen, während die Rüstungsthätigkeit der Pforte unter Leitung französischer Offiziere, auf die Joseph gelegentlich seiner Zwistigkeiten mit Frankreich dauernd hingewiesen hatte, sie vorher mit lebhaftem Mißtrauen gegen Frankreich erfüllt hatte.[19] Die übermäßige Stärkung Österreichs und damit die Vernichtung des russischen Einflusses in Deutschland[17], vielleicht auch die zu erwartende allzustarke Stellung Österreichs im Osten machten sie bedenklich. Lieber hätte sie überhaupt österreichische Erwerbungen in Italien gesehen.[20] Auf die preußischen Vorstellungen hin erklärte sie, nur einen freiwilligen Tausch unterstützen zu wollen. Die Besorgnis vor einem Krieg im Westen, der vielleicht auch die thatsächliche Schwäche Rußlands, das mehr seiner Unangreifbarkeit als seinen Thaten seinen Einfluß verdankte, enthüllen konnte, wirkte mit. Katharinas System war es stets gewesen, andern Mächten die ihr im Westen zufallenden Aufgaben zu überlassen und doch den Schein der Allmacht zu bewahren, nicht aber ihre Stellung gegen die

Digitized by Google

Pforte durch Krieg für andere, und seien es auch Bundesgenossen, zu schwächen. Ähnlich wie bei dem bayrischen Erbfolgekrieg vollzog sich über dem Tauschplan eine Besserung der Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich[21]; der Wunsch beider war ja im Grund, den status quo und den Frieden in Deutschland zu erhalten zur ungestörten Einwirkung auf die Mitte Europas. Gegenüber den erregten Ausführungen Josephs nahm sie den Ton wohlwollender Protektion an. Ihre Unterstützung in Deutschland und in Holland ließ mehr denn je nach. Der Fürstenbund aber, der dieser russischen Politik entgegenzutreten drohte, während Frankreich sich ein freundliches Verhältnis zu ihm gesichert hatte, erregte den Unwillen Katharinas. Sie sah ihre Unterschätzung des preußischen Widerstandes zu spät ein; vergebens arbeitete sie mit Österreich an den deutschen Höfen in England und Dänemark gegen den Fürstenbund, indem sie sich als Schützerin der deutschen Freiheit bezeichnete. Friedrich ließ sich in richtiger Einschätzung der russischen Macht durch diese Poltereien nicht im geringsten irre machen[22] und Katharina erhielt eine ernste Lehre über die Unzulänglichkeit ihres deutschen Einflusses, wenn sie sich zu sehr auf die Seite einer der deutschen Großmächte stellte.

England.

Alles, was in Frankreich für den Tausch sprach, erweckte in seinem Rivalen England natürlichen Gegensatz. Frankreich war durch seine vielen auswärtigen Beziehungen genötigt, zu jeder der zahlreich auftauchenden Streitfragen Europas entscheidend Stellung zu nehmen; bis in die Revolutionsjahre hinein kam es keinen Augenblick zur Ruhe. England dagegen zog aus seiner in dem amerikanischen Krieg oft beklagten Isolierung noch einmal alle Vorteile, ohne die ihm gewordenen bitteren Lehren zu vergessen. Schon seit 1782 kann man die

Digitized by Google

englische Politik wieder in offensivere Bahnen einlenken sehen. Die Friedensanträge von Fox hatten mehr den Zweck, Rußland und Preußen zu gewinnen, als wirklich Frieden zu schaffen.[23] Amerika sollte von den Bourbonenhöfen getrennt und diesen womöglich die Schuld an der Fortführung des Krieges zugeschoben werden. Durch den Sieg Rodneys, die vergebliche Belagerung Gibraltars und die türkischen Wirren war Englands Stellung schon wieder so günstig geworden, daß Harris seiner Regierung zu einer abwartenden Stellung im Schließen von Bündnissen raten konnte[24]; die für einen Engländer ungewohnte Sprache des Bittstellers war ihm zudem an dem russischen Hofe nicht allzugut gelungen. Selbst unter dem Ministerium Shelburne machten sich Strömungen geltend, die mit dem Hinweis auf den blühenden Zustand der Flotte, besonders nach dem Abschluß mit Amerika, auf Fortführung des Krieges drängten.[25] Der Friede brachte zwar den endgültigen Verlust Amerikas, ließ aber die englische Vorherrschaft in Indien unberührt. Die harten englischen Bedingungen, die Holland annehmen mußte, boten eine Handhabe, es wieder anzulocken. Die mehrfachen Versuche, Holland von Frankreich zu trennen, waren zwar bisher mißlungen, aber England gab sie keineswegs auf. Der Anschluß an die Kaiserhöfe erschien dem englischen Ministerium nach wie vor als das erstrebenswerteste, da er Österreich von Frankreich trennte; wenigstens Rußland wollte man aber gewinnen. Daher der englische Antrag im April 1784 auf eine Quadrupleallianz, England, Rußland, Dänemark und Schweden, die Rußland die freie Wahl zwischen den deutschen Mächten ließ.[26] Dann steigerte sich wieder in der Krisis des holländischen Streites die Hoffnung auf das Bündnis mit den Kaiserhöfen, während über die französisch-schwedische Allianz mit Rußland und Dänemark eine Einigung möglich schien.[27] Durch die dänische Revolution, die mit Englands Unterstützung den

Digitized by Google

England freundlichen Minister Bernstorff wieder an das Ruder brachte, hatte man sich einen Weg nach Rußland geschaffen[28]; es war dies zugleich ein Schlag gegen das Frankreich umwerbende Preußen gewesen, das 1781 Bernstorff gestürzt hatte, damals im Einverständnis mit Rußland, während es jetzt im Streit mit ihm lag. Wenn man die schwedisch-französische Allianz nicht hatte hindern können, so versuchte man doch Frankreich mit seinem Bundesgenossen Spanien über die Barbareskenfrage zu überwerfen[29] und durch freundliche Anerbieten Österreich von Frankreich abzuziehen. In Frankreich selbst versicherte man, die Scheldeöffnung sei auch ein Wunsch Englands, und hoffte es so durch scheinbare Unterstützung in einen Streit mit Holland zu treiben, das die österreichische Forderung nicht bewilligen wollte.[30]

Die angespannte Thätigkeit der englischen Gesandten, stets gemäßigt und im Zaum gehalten durch die vorsichtige, erst den geeigneten Augenblick erspähenden Politik Pitts steigerte sich mit der inneren Beruhigung und der Besserung der englischen Finanzen zusehends. Als Rußland im Jahre 1785 wieder einen englischen Bündnisantrag abgelehnt hatte[31], konzentrierte sich die Aufmerksamkeit Englands auf Holland, dessen Wiedergewinnung wenigstens den einen Flügel des uralten, natürlichsten und wichtigsten Einfallsthores der englischen Einwirkung auf den Kontinent wieder öffnen und die erstrebte Isolierung Frankreichs einleiten sollte. Die Ernennung des fähigsten englischen Diplomaten, Harris, für den holländischen Posten zeigte, welchen Wert man in London auf die Herstellung des holländischen Bündnisses legte. Schon bald nach dem Kriege jedenfalls befand sich England in aufsteigender, wie Frankreich in absteigender Linie; die öffentliche Meinung des Kontinents gefiel sich unterdessen mit Unterschätzung der gewaltigen inneren Kräfte des englischen Staates und Überschätzung des vielbeschäftigten

Digitized by Google

Frankreichs in Mutmaßungen über den baldigen gänzlichen Untergang Englands. Freilich gaben die vorerst vergeblichen Versuche Englands, zur Einwirkung auf den Kontinent zu gelangen, und dann seine Zurückgezogenheit, während Harris in Holland an der Arbeit war, dieser Anschauung scheinbar recht. Daß der häufige Wechsel der Ministerien, der Englands Ansehen beinahe mehr geschadet hatte als die Niederlage des amerikanischen Krieges, mit dem Ministerium Pitt sein Ende gefunden habe, davon konnte man selbst in England in der ersten Zeit nicht voll überzeugt sein.

Der Tauschplan Österreichs versetzte England in nicht geringe Aufregung; Österreich hatte nicht die geringste Andeutung darüber England gegenüber fallen lassen, was die englischen Minister auf eine unfreundliche Gesinnung schließen ließ.[32] Auf der einen Seite sprach die Loslösung Österreichs von Frankreich dafür, andrerseits entzog sich Österreich auch der Verbindung mit England, die im Wesentlichen auf seinem Besitz Belgiens beruhte. Die Beherrschung der Niederlande, die Frankreich gewann, war für England unerträglich; auch daß der holländische Streit und mit ihm die Hoffnung auf einen Bruch des Versailler Bündnisses oder wenigstens einer Minderung des französischen Ansehens in Holland beendigt sein sollte, war England unerwünscht. Trotz der Ablehnung Frankreichs bestand keine Sicherheit, daß es nicht doch noch gegen eigene Vorteile schließlich in den Tausch einwilligen und dann Österreich die französische Politik in Holland unterstützen werde. Der englische Minister des Auswärtigen, Carmarthen, sah es als fast sicher an, daß Österreich und Frankreich sich einig seien.[33] Bei Preußen lag der einzige entscheidende Widerstand, da es sich bei ihm um eine Lebensfrage handelte. Bessere Beziehungen zu ihm waren zudem nötig, wenn man den preußischen Einfluß in Holland, der sich für England sehr nachteilig erwiesen hatte,

Digitized by Google

gewinnen wollte. Wesentlich im Interesse seiner holländischen Politik also entschloß sich England zu einer Annäherung an Preußen durch Hannover und den Fürstenbund, um dadurch zunächst ein besseres Verhältnis zu ihm herzustellen.[34] Es gewann damit eine Handhabe, seinen Einfluß auf die preußische Politik geltend zu machen, die sich unter Friedrich Wilhelm von Wert erweisen sollte. Das treibende Element dabei war neben Harris, der den Wert Preußens in Holland kannte, und bei seiner Anwesenheit in London im April 1785 auf diese Annäherung gedrängt hatte, Georg III. selbst, dem sein Stammland am Herzen lag.

Das englische Ministerium hatte noch nicht daran gedacht, mit Preußen allein abzuschließen. Carmarthen glaubte Preußen nur trauen zu können, solange das Versailler Bündnis bestand, und wollte auch lieber bis zum Tode Friedrichs mit einer Annäherung an Preußen warten. Aber angesichts der gefährlichen Haltung Österreichs kam man doch wieder auf den Gedanken des nordischen Systems zurück mit Bekämpfung des österreichischen Einflusses in Petersburg[35], um dadurch Preußen für ein Eingreifen in Holland freie Bahn zu schaffen, indem man Rußland zum mindesten neutral machte. Preußen hatte durch Luft, seinen Gesandten in London, zum Widerstand gegen den Tausch auf Grund des Barrieretraktates aufgefordert. Carmarthen hatte darauf erwidert, England wolle Vorstellungen in Rußland machen; wenn Frankreich den Plan unterstütze, so müßten Preußen und England alles versuchen, Österreich von Rußland zu trennen.[36] In Wirklichkeit war ja auch das Haupthindernis eines russisch-englischen Bündnisses Österreich mit seinem französischen Bündnis, was Carmarthen dem russischen Gesandten Woronzow, der vor dem Fürstenbund warnen sollte, zu Gemüte führte.[37] Rußland selbst hatte die englischen Anerbietungen stets abgelehnt und unterstützte jetzt den England

Digitized by Google

nachteiligen Tauschplan. Am allergefährlichsten aber erschien eine Annäherung Frankreichs an Rußland und ein Zusammenwirken der drei Mächte, wie es jetzt möglich erschien. Fand eine Verständigung zwischen Frankreich und Rußland auch über die Türkei statt, wie ja Österreich es wünschte, so blieb England selbst bei einem Türkenkrieg von einer Beeinflussung Rußlands ausgeschlossen. Die Sendung des Philhellenen Choiseul-Gouffier nach Konstantinopel, die Dumas', die nicht unbekannt geblieben war, waren Anzeichen dieser Gefahr. Die beschleunigte Sendung Ségurs nach Rußland und dessen bald freundschaftliches Verhältnis zu Katharina verstärkten den Verdacht. Bei einer Tripleallianz oder, da Spanien mit Frankreich verbündet war, Quadrupleallianz waren Preußen und England in der gefährlichsten Lage. Aus diesen Gründen also auch war ein besseres Verständnis mit Preußen erwünscht, ein Zusammenwirken in Rußland, zu dem Friedrich den Grafen Görtz schon instruiert hatte und vor allem für den Krieg, der bei einer weiteren Ausbreitung Frankreichs in den Niederlanden nötig werden konnte, die Hülfe der preußischen Militärmacht, die dann weit wichtiger war als alle russischen Handelsbeziehungen.

Preußen.

Die offene Feindschaft Rußlands war Friedrich nicht unerwartet gekommen; seit Rußland mit seinem Feind verbündet war, betrachtete er auch es als seinen Feind. Das Bündnis hielt er für gebrochen[38], trotzdem es bei der Beitrittserklärung zur Seeneutralität noch einmal erwähnt worden war; zu deutlich zeigte auch der Streit um Danzig die wahre Gesinnung Rußlands. Preußen befand sich überhaupt in der mißlichsten Lage; die beiden Friedensschlüsse hatten seine gänzliche Isolierung gezeigt. Die danach beginnenden Versuche Österreichs, seine Stellung auszunutzen, hielten Friedrich in beständiger Aufregung;

Digitized by Google

er erwartete den Krieg mit Bestimmtheit und sah jeden Aufschub desselben als einen Gewinn an.

Getreu seiner Politik, für einen Krieg mit Österreich auf der einen Flanke gedeckt zu sein, hatte er Frankreich die letzten Jahre hindurch umworben, nachdem ihm Rußland entglitten war; die österreichischen Vergrößerungspläne schienen ihm das eine Gute zu haben, daß sie Frankreich mehr auf Preußen anwiesen. Es fiel ihm aber nicht ein, sich für Frankreichs Zwecke ohne Gegengabe ausnutzen zu lassen. So hatte er ein Hülfsgesuch Hollands im Scheldestreit und ein Gesuch Frankreichs[39], Österreich und Holland zum Frieden zu ermahnen, das die Beifügung enthielt, Frankreich wolle sich bei Ausbruch eines Krieges mit Preußen verständigen, abgelehnt. Wenn Preußen eine bestimmtere Erklärung als seinen Wunsch nach Frieden in Österreich anbringen sollte, so bedürfe es vorhergehender Abmachungen zwischen Preußen und Frankreich, und Holland ermahne er nicht, da es in gerechter Verteidigung sei, ließ er dem französischen Geschäftsträger Faciola mitteilen.[40] Frankreich wolle sich Preußens als eines Schreckgespenstes gegen Österreich bedienen, schrieb er dem zu einer Vermittlung geneigten Hertzberg[41], danach werde es Preußen in der Verlegenheit sitzen lassen; wenn Frankreich mit Preußen abschließe, dann sei es Zeit, an ernstere Erklärungen in Österreich zu denken. Die Bitte Österreichs, Preußen solle Holland zum Frieden ermahnen, hatte Hertzberg neben der französischen Erklärung auf den Gedanken der Vermittlung gebracht, die zugleich eine Unterstützung des Statthalters werden sollte.[42] Friedrich lehnte auch diese Bitte ab. Die Abweisung seines letzten Bündnisantrages an Frankreich, die ergebnislose Reise des Prinzen Heinrich nach Paris[43], die höchst zweifelhafte Haltung Frankreichs gegenüber Österreich in dem Scheldestreit und der steigende Einfluß Marie Antoinettes auf die französische Politik, der in einer Erschütterung der Stellung

Digitized by Google

Vergennes' sich fühlbar machte, hatten Friedrich mißtrauisch gegen Frankreich gemacht. Die Schwäche des Hofes und die Unordnung der Finanzen ließen ihm Frankreich als einen nicht sehr nützlichen Freund erscheinen, mit dem er sich nur unter den günstigsten Bedingungen verbinden könne.[44] Auch jetzt bei dem Tauschplan war seine Haltung ihm hochverdächtig, da es keine entscheidende Erklärung in Berlin abgab; ja Vergennes erklärte im Februar sogar v. d. Goltz, Frankreich sei nicht an dem Tausch interessiert und erkenne eine Verpflichtung, auf Grund des Teschener Friedens gegen ihn zu wirken, nicht an.[45] Das war eine deutliche Aufforderung an Preußen, ja alles zu thun, um sich Frankreich warm zu halten. Daß der holländische Streit nicht zu einem Krieg zwischen Frankreich und Österreich führen würde, wurde ihm bald klar; damit war auch jede Hoffnung auf das französische Bündnis hinfällig.

Mit England aber bestand angesichts des Tausches eine klare Interessengemeinschaft; mit ihm sich also besser zu stellen, konnte nur von Wert sein. In diesem Sinne sind die erwähnten Vorstellungen in London gemacht worden. Ohne Hannover war auch an einen Fürstenbund nicht zu denken und Hannover war nur bei einem besseren Verständnis mit England zu haben. Das Hauptbedenken dabei blieb wie seit über zwanzig Jahren die Gefahr der Lage von 1756. Aus eben diesem Bedenken hatte Preußen sich bisher mehr Frankreich zugeneigt und sich England nur genähert, wenn es in Rußland sich nützlich erweisen konnte. Jetzt brauchte man es in Deutschland und gedachte es nebenbei auch in Rußland zu benützen, ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich sah man auch als nötig an; der Fürstenbund wurde so recht eigentlich der Ausdruck und die Konsolidierung der zwischen Frankreich und England schwankenden Politik Preußens.[46]

Digitized by Google

II. Erste englisch-preußische Verhandlungen.

Die verzweifelte Lage Preußens nach den Friedensschlüssen hatte Friedrich auf den Gedanken des Fürstenbundes zurückgebracht. War dieser früher im Anschluß an Rußland oder Frankreich gedacht gewesen[1], so war Friedrich jetzt gezwungen, ihn als selbständige Schöpfung in Angriff zu nehmen. Es war ein Eingeständnis Preußens, daß es aus eigener Kraft Österreich nicht mehr genügenden Widerstand entgegensetzen könne und sich deshalb mit den kleinen deutschen Fürsten, anstatt sie durch seinen Einfluß ohne auch Preußen bindende Abmachungen zu leiten, auf gleichen Fuß stellen müsse. Die Wahlen in Köln und Münster, bei denen Frankreich aus ängstlicher Rücksichtnahme auf Österreich es an der erhofften Unterstützung hatte fehlen lassen, hatten Preußens Ohnmacht zur Genüge gezeigt. Erreicht wurde durch den Bund für den Kriegsfall, mit dem Friedrich auf die größere Hälfte des Jahres 1785 noch rechnete, wenigstens die Sicherheit vor Hannover und Sachsen; ernsthafte militärische Hülfe erwartete Friedrich nicht von ihnen, immer aber war es besser, die Zahl der Gegner nicht noch zu vermehren.[2]

Unter den deutschen Fürsten hatten sich auch schon Bestrebungen zu einem Zusammenschluß gegen Österreich geltend gemacht, denen aber die Absicht, sich auch gegen Preußen sicher zu stellen, mit zu Grunde lag. Die bevorstehende Einverleibung von Ansbach-Bayreuth hatte diese Kreise lebhaft beunruhigt. Preußen konnte ebenso ein Feind der „deutschen Freiheit" werden wie Österreich; die größte Gefahr aber war eine mögliche Einigung der beiden Großmächte über die deutsche Beute. Die Protektion einer außerdeutschen Macht mußte also gesucht

Digitized by Google

werden. Höfe wie Baden, Dessau, Weimar, Gotha, Zweibrücken, und geistliche Fürsten wie Mainz und Speyer planten eine Verbindung, die sich nach den einen an Rußland unter Vermittlung Dänemarks, nach den andern, besonders den geistlichen Fürsten, an Frankreich anlehnen sollte. Es wurden auch 1783—84 entsprechende Eröffnungen an Frankreich gemacht, die aber in Paris damals, wie 1778, aus der Besorgnis, Preußen möchte beteiligt sein und dann zu stark werden, und aus dem Ruhebedürfnis des französischen Staates heraus nur lau aufgenommen wurden. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Auf der anderen Seite hatte man in Hessen-Kassel an eine unabhängige Verbindung mit Hannover und Braunschweig gedacht, deren Protektion dann natürlich England zufallen sollte. Die Möglichkeit, diese Bestrebungen unter Preußens Leitung zu vereinen, lag darin, daß Preußen selbst zwischen England und Frankreich balancierte, daß England sich Preußen näherte und Frankreich ein Gegengewicht gegen Österreich brauchte. Die Gefahr von Österreich her war groß, die ohnmächtigen kleinen Fürsten konnten sich nur hervorwagen, wenn eine Großmacht hinter ihnen stand und Preußen war in seiner augenblicklichen Lage doch schwach genug, so daß von ihm zunächst nichts zu befürchten war. Zudem hatte der Kronprinz Friedrich Wilhelm, den man auch in die Verhandlungen mit Frankreich eingeweiht hatte, in ehrlichem Patriotismus und wohl auch aus einem Gefühl des Gegensatzes gegen den König heraus, schon früher sein Wort gegeben, daß er als König die deutsche Verfassung schützen werde. So konnte man sich Preußen an den Hals hängen, seinen Schutz genießen, während man ihm deutsche Eroberungsgedanken unmöglich machte, und zugleich den österreichisch-preußischen Gegensatz, der den Fürsten ihre Existenz garantierte, verewigen. Wenn Preußen schließlich doch einmal die „deutsche Freiheit", d. h. die Zuchtlosigkeit der deutschen

Digitized by Google

Kleinstaaterei, bedrohen sollte, so blieben noch die alten Beziehungen zu dem berufenen Schützer derselben, zu Frankreich. Für beide Teile war der Bund also ein Verlegenheitsinstrument, das einer augenblicklichen Gefahr abhelfen sollte.

Die ersten preußischen Sondierungen Hannovers hatten angesichts der entgegengesetzten Politik Englands im Jahre 1784 keinen Erfolg gehabt; bei Sachsen überwog die Vorliebe für die Neutralität, die den sorgsam wieder gehobenen Wohlstand des Landes schützte. Erst mit dem Tauschplan kam Leben in die Verhandlungen. Auch nach dessen Beseitigung sah Friedrich seine Stellung als nicht minder gefährdet an; er mußte zugreifen, wo er eine Stütze fand.[3] Einer späteren Wiederaufnahme des Planes, die er mit Recht als sicher voraussetzte, wollte er vorbeugen und für alle Fälle wenigstens des Widerstandes der deutschen Fürsten sicher sein. Eine Demonstration wie der Fürstenbund mußte auch Österreich für seinen hergebrachten und Rußland für seinen neuerworbenen Einfluß in Deutschland besorgt machen.[4]

Aus dem gemeinsamen Interesse gegen Österreich und für Preußen ergab sich die merkwürdige Kombination, daß England und Frankreich den Fürstenbund unterstützten. Frankreich erklärte in Berlin, es wolle ihm nicht entgegentreten in der Hoffnung, daß keine gegen Österreich offensiven Bestimmungen in den Bund aufgenommen würden; auch dem Beitritt Hannovers stimmte es zu.[5] An den kleinen deutschen Höfen wirkten sogar die französischen und preußischen Diplomaten zusammen.[6] Mit Englands Schwenkung zu Preußen gewann dieses Hannover, Hessen-Kassel und Braunschweig.

Die ersten nachdrücklichen Eröffnungen an England wegen des Beitritts Hannovers geschahen durch den Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, der Preußens Anträge durch den Herzog von York nach London übermittelte. Auf

Digitized by Google

die besorgte Ermahnung Finkensteins, der Anschluß Hannovers werde Frankreich verstimmen und England werde sicherlich auch für sich Vorteile dafür verlangen, schrieb ihm Friedrich[7], man könne mit Hannover ohne England abschließen; lasse man es beiseite, so habe Preußen im Kriegsfall 30—40000 Mann im Rücken. Er ließ in London noch besonders hervorheben, einem englischen Bündnis mit Rußland stände der Fürstenbund nicht im Wege.[8] Entsprechend der Änderung der englischen Politik lautete die Antwort günstig; die Geneigtheit Hannovers, dem Fürstenbund beizutreten, wurde ausgesprochen. Kurz darauf machte das englische Ministerium den ersten Versuch, mit Preußen zu einer Verständigung über die europäische Lage und besonders über Holland zu kommen; die Anspielungen auf Rußland wurden dabei mitverwertet und in den Vordergrund geschoben.

Carmarthen richtete an Ewart, den englischen Geschäftsträger in Berlin, am 16. Mai 1785 eine Note.[9] Ausgehend von der durch Ewart übermittelten Nachricht, daß Görtz in Rußland instruiert sei, mit dem englischen Gesandten Fitzherbert zusammenzuhalten, erklärte er den Wunsch Englands, die Freundschaft Preußens zu pflegen, und seine Ansicht über die Vergrößerungspläne Österreichs, das nach den englischen Nachrichten in vollkommener Übereinstimmung mit Frankreich vorgehe, zu erfahren. Diese Koalition sei für England wie für Preußen gleich verderblich. Wenn Preußen deshalb entschlossen sei, ein System zu schaffen, das sich den Folgen derselben widersetzen könne, so werde England eine Vertrauensperson mit den weitgehendsten Vollmachten und Instruktionen nach Berlin senden, um sich mit Friedrich vertraulich zu beraten. Am 23. Mai hatte Ewart eine Besprechung mit Finkenstein und Hertzberg. Beide berichteten gesondert an den König[10]: Ewart habe mitgeteilt, der König von England habe sich schon

Digitized by Google

für Hannover gegen den Tausch erklärt, er wolle dies auch für England thun. Zu diesem Zwecke sollten Görtz und Fitzherbert gemeinsam in Rußland auf die Teschener Garantie und den Barriereträktat hinweisen. Beide Staaten sollten sich fest gegen den Tausch zusammenthun und zwar Preußen auf Grund des Teschener Friedens, England auf Grund des Barriereträktats. England beweise durch diesen Schritt, daß es jetzt nach der Beruhigung im Innern sich wieder um die kontinentalen Verhältnisse kümmere. Hertzberg fügte hinzu, die Gesandten in Petersburg sollten Rußland von seiner Freundschaft mit Österreich und von den gemeinsamen Plänen gegen die Türkei abbringen; Finkenstein berichtete noch, nach Ewart denke Vergennes an ein französisch-österreichisch-holländisches Bündnis.

Finkenstein nimmt in seinem Bericht eine ablehnende Stellung zu den englischen Anträgen ein: Preußen dürfe sich nicht mit Frankreich verfeinden und wolle ihm ja auch gar nicht in Holland entgegentreten; eine außerordentliche Gesandtschaft sei des Aufsehens wegen zu vermeiden. Hertzberg findet die englische Ansicht über die französisch-österreichische Intimität durch Frankreichs Verhalten bestätigt; um England vom Kontinent auszuschließen, werde es früher oder später dem Tausch zustimmen. Wenn Frankreich und Österreich sich infolge eines englisch-preußischen Bündnisses enger zusammenschließen, so muß das nach Hertzberg auf die Dauer einen Bruch zwischen Österreich und Rußland herbeiführen. Frankreich werde gegen den Beitritt Englands zu dem von ihm selbst gebilligten Fürstenbunde als Garant des Barriereträktates nichts einwenden können, wenn dies öffentlich geschähe und andere Mächte wie Holland, Dänemark, Sardinien und Spanien, dazu eingeladen würden; vielleicht träte es selbst sogar bei.

Friedrich teilt die Meinung Finkensteins. Er vergleicht[11] England und Preußen mit zwei Ertrinkenden, die sich anein-

Digitized by Google

ander festhalten wollten. England habe nicht die Macht, sein Versprechen auszuführen, und im Kriegsfall werde Preußen doch die ganze Last zu tragen haben. Ein englisches Bündnis könne also nichts nützen und nur die neutrale Haltung Frankreichs ändern. Mit dem Barriereetraktat habe Preußen nichts zu thun, den Teschener Frieden aufrecht zu erhalten sei schon Last genug. Mit Ewart könne man das Nötige in vorsichtiger Weise besprechen. Das sicherste Mittel gegen den Tausch sei der Fürstenbund. Wenn England diesem dann beitreten wolle, so könne es vielleicht auch Spanien und Sardinien mit hineinziehen; auf diese Weise sei das Ziel ohne Anstoß zu erreichen. England hätte früher seinen Barriereetraktat geltend machen sollen, jetzt sei der holländische Streit so gut wie erledigt.

Hertzberg setzt Finkenstein noch einmal dieselben Gründe, die er gegenüber Friedrich geltend gemacht hat, auseinander[12]: Das englische Bündnis und die Gesandtschaft seien allerdings abzulehnen, aber man müßte England Hoffnung machen auf eine Vereinbarung über den Tausch nach Gründung des Fürstenbundes. Diesen solle man veröffentlichen, den auswärtigen Mächten auch mitteilen und ihnen den Zutritt offen lassen; dann könne England mit seinem Barriereetraktat auch beitreten. Schließt sich dann Frankreich enger an Österreich an, so zeigt es nur, daß es im Grund mit dem Tausch schon einverstanden ist. Ein Zusammengehen in Rußland, wie es Friedrich ja auch selbst gewünscht habe, solle angenommen werden. Am nächsten Tage wiederholt Hertzberg seine Mahnung: man müsse England freundlich antworten und ihm die Möglichkeit des Anschlusses offen lassen; der holländische Streit sei nicht so bald erledigt und Preußen arbeite ja auch indirekt für den Barriereetraktat. Englands geordnete Verwaltung mache es stark, seine Schuld sei fundiert, während Frankreich in ärgster Verlegenheit sei; nur England könne ein deutsches Heer bezahlen.

Digitized by Google

Preußen müßte allerdings zwischen Frankreich und England stehen und nicht in die Notwendigkeit kommen, eine der beiden Mächte wählen zu müssen, sondern ihnen vielmehr durch Anschluß der deutschen Kräfte seine Richtung diktieren.

Preußens Antwort an Ewart[13] bewegt sich in den freundlichsten Ausdrücken: Preußen betrachte die Lage als sehr gefährlich infolge der verschiedenen großen Projekte der anderen Mächte und besonders des in Deutschland. Es will mit England im engen Vertrauensverhältnis stehen. Angesichts der Intimität zwischen Österreich und Rußland verspreche es sich aber von den Vorstellungen in Rußland nichts, doch können die beiderseitigen Gesandten sich alles auf den Tausch Bezügliche mitteilen, der gegen preußisches und englisches Interesse ist. Der Fürstenbund erscheint Preußen als das wichtigste Mittel gegen den Tausch und da von einer Geheimhaltung der Verhandlungen viel abhängt, möchte Preußen eine besondere englische Gesandtschaft lieber vermieden sehen. Durch Lusi ließ Friedrich das englische Ministerium noch ermahnen, es möge die Vorstellungen in Rußland noch aufschieben, da sie schlecht aufgenommen werden und den englischen Einfluß schädigen könnten.[14] Das bedeutete eine ernste Abkehr Preußens von seiner bisherigen Politik, die sehr wesentlich mitgeholfen hatte, die englisch-russische Freundschaft zu untergraben. Ähnlich hatte Preußen auch in Holland gegen England gehandelt. Hollands wegen hatte England seine Anträge gestellt; der englische Plan einer Verbindung mit Preußen stand und fiel mit der Stellung Preußens in der holländischen Frage. Zu Lusi hatte Carmarthen gesagt[15], England wolle sich Preußen nähern, um sich mit ihm über die gemeinsamen Interessen zu verständigen zur Ruhe Deutschlands und um Holland wieder England zu nähern. Das hieß ziemlich deutlich, daß England Preußen in Deutschland, Preußen dafür England in Holland unterstützen solle. In den Gesprächen, die Ewart

Digitized by Google

mit Hertzberg hatte, drängte er darauf, Preußen solle in Holland eingreifen, dort das alte System herstellen und dann England und Holland zum Fürstenbund zuziehen. Hertzberg lagen diese Gedanken nicht fern; er hätte am liebsten den Fürstenbund zum Ausgangspunkt eines neuen preußischen Systems gemacht und damit bis zum Tode Friedrichs gewartet. Alle derartigen Pläne hatte Friedrich aber beiseite geschoben; er wollte kein neues System und vor allem Frankreich nicht vor den Kopf stoßen. Der berechtigten Furcht vor der Wiederkehr der Lage von 1756, besonders da Rußland sich Frankreich nähere, konnte sich Hertzberg denn auch nicht entziehen; auch er betrachtete eine preußische Unterstützung Englands und des Statthalters in Holland als den Anstoß zum Anschluß Frankreichs an die Kaiserhöfe.[16] Im Gegensatz zu ihm hielt jedoch Friedrich die Sache Englands in Holland schon seit dem Beginn des Jahres 1785 für verloren; jede Maßregel Englands für die Herstellung seines Systems dort mit Benutzung des Scheldestreites schien ihm die innere Lage der Republik nur zu verschlimmern. Auf sein Anraten versprach denn auch England, die Beilegung des Streites mit Österreich nicht hindern zu wollen[17], natürlich ohne sich an dies Versprechen zu binden. Allen Anregungen Englands, an der Wiedergewinnung Hollands mitzuwirken, wich er aus Rücksicht auf Frankreich aus. Der Fürstenbund, dessen Abschluß die österreichisch-russischen Gegenvorstellungen nur beschleunigten, hatte aber doch seine Wirkung in Holland. Gerüchte von einem englisch-preußischen Abkommen über Holland kamen auf und erregten, von Harris jedenfalls verwertet, den französischen Gesandten Verac und die patriotische Partei, die durch Harris' Agitation schon stark ins Wanken gekommen war.[18]

Auf eine Anfrage Esternos, des französischen Gesandten in Berlin, dementierte Finkenstein jede Absicht Preußens, den Fürstenbund auf Holland auszudehnen.[19] Auch die Artikel des

Digitized by Google

Bundes wurden Frankreich, als der einzigen auswärtigen Macht, zum Beweis der freundlichen und friedlichen Gesinnung Preußens mitgeteilt.[20] Ganz das Mißtrauen Frankreichs zu beschwichtigen gelang Preußen aber doch nicht; keine der beiden deutschen Mächte in Deutschland zu starken Einfluß gewinnen zu lassen, war ja auch Frankreichs Politik. Vergennes ließ Görtz in Rußland durch Ségur sagen, der Fürstenbund befestige nur die Verbindung der Kaiserhöfe.[21] Nachdem der holländische Streit einmal beigelegt und damit jeder Grund, Österreich in Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten, weggefallen war, nahm Frankreich eine mehr ablehnende Haltung an den deutschen Höfen gegen den Fürstenbund ein.[22]

Für England hatte der Fürstenbund weitgehende Folgen. Wenn Frankreich sich einem Beitritte Hannovers nicht widersetzt hatte, so war dies geschehen, um Rußland und Österreich mit England völlig zu überwerfen[23]; dieser Erfolg war denn auch eingetreten. Österreich benutzte den Fürstenbund, um in Rußland gegen England und Preußen auf das lebhafteste zu arbeiten, besonders nach der Herstellung besserer Beziehungen zu Frankreich. Im Grund konnte ihm ja ein Anschluß Englands an Preußen nur angenehm sein, da dann die preußisch-französische Freundschaft aufhörte.[24] Katharina dachte England noch nach ihren Wünschen leiten zu können[25] und ließ lebhafte Vorstellungen in London mit dem Hinweis auf die offenbare französisch-preußische Intimität und die Absicht beider, Österreich mit England zu verfeinden, machen, aber ohne Erfolg. Fitzherbert bezeichnete den Fürstenbund als im Interesse Englands wie Rußlands liegend[26], und Carmarthen erklärte die direkte oder indirekte Beherrschung der Niederlande durch Frankreich als ein sehr ernstes Ereignis für England.[27] Daß England schließlich wirklich zu der Schwächung der russischen Stellung in Deutschland beitrug, erregte den Zorn Katharinas. Ségur, der

Digitized by Google

seit dem März 1785 in Rußland weilte, gewann zusehends das Vertrauen Katharinas und des russischen Ministeriums; es wurden Handelsvertragsverhandlungen mit ihm eingeleitet. Mit großem Mißvergnügen sah England die Intimität des russischen und französischen Gesandten im Haag. Friedrich glaubte diese Freundschaft stören zu können, indem er Görtz anwies, die Rivalität beider Mächte über ihren Einfluß in den Weltangelegenheiten aufzustacheln; auch er aber sah die gute Behandlung Ségurs als eine Folge der österreichischen Ratschläge in Rußland an.[28] Das Verlangen Rußlands in London, Hannover solle aus dem Fürstenbund austreten, das Georg als eine Beleidigung betrachtete, und die englische Ablehnung desselben verschlechterte nur die englisch-russischen Beziehungen.[29] Die an den deutschen Höfen sich bemerklich machende hannöversche Agitation für den Fürstenbund brachte schließlich einen engeren Anschluß Österreichs an Frankreich zu stande.[30] Die Zukunft erschien für England und Preußen gleich schwarz.

III. Zweite englisch-preußische Verhandlungen.

Diese Lage gab Anlaß zu einer Depesche Friedrichs an Lusi[1], in der er von der Isolierung Englands wie Preußens sprach und von der Notwendigkeit für beide, zusammenzuhalten. Lusi faßte dies als einen Auftrag auf, für ein Bündnis zu wirken, und riet dem englischen Ministerium, den General Cornwallis, der zu den preußischen Manövern ging, mit Instruktionen zu Verhandlungen darüber auszustatten. Das Ministerium ging, durch die gefährliche Lage Europas gezwungen und in der Hoffnung, noch in letzter Stunde vielleicht einen Umschwung in Holland herbeiführen zu können, darauf ein. Friedrich, der seine Bemerkung nur als Reflexion gegeben hatte, war hoch

Digitized by Google

erregt über Lusi, da er den Augenblick eines preußisch-englischen Bündnisses keineswegs für gekommen erachtete. Er wolle nicht wieder der Don Quixote Englands sein und gegen die ganze Welt für England kämpfen, um nachher im Stich gelassen zu werden, schrieb er an Finkenstein.[2] Er legte diesem die Gründe dar, die er England gegenüber gegen ein Bündnis geltend machen wollte: dies Bündnis bedeute die Beschleunigung des Krieges, da Frankreich dann geheime Absichten vermuten werde. Österreich sei eng mit Rußland verbunden und beherrsche das schwächliche Frankreich; durch den Abschluß eines englisch-preußischen Bündnisses würden die französischen Beziehungen zu Österreich und Rußland nur enger, ein Krieg werde entstehen, bei dem die Übermacht auf seiten der Gegner sei. England und Preußen müßten alles versuchen, Rußland von Österreich zu trennen; dann brauche man sich nicht mehr um Frankreich zu bekümmern. Wenn England zu scharf in Holland vorgehe, werde der Statthalter gestürzt werden.

Nach den schlesischen Manövern teilte Cornwallis dem preußischen Ministerium mit, er sei beauftragt, vertraulich sich mit dem König zu beraten, da Lusi oft das Verlangen Friedrichs, sich England zu eröffnen, mitgeteilt habe.[3] Aus den Instruktionen Cornwallis' geht hervor, daß man in England wohl wußte, Friedrich suche mehr die Pläne Englands zu erforschen, als mit ihm abzuschließen. Ehe man mit Preußen sich verbinde, müsse man seine Stellung zu Frankreich kennen, ob die Freundschaft der beiden noch bestehe oder abgeschwächt sei. Der einzige Fall, daß man Preußens sicher sei, sei ein Zusammengehen Frankreichs mit Österreich für neue österreichische Vergrößerungspläne. Dann muß auch England alle Hoffnung auf Österreich aufgeben und kann sich mit Preußen einen. In der Zwischenzeit kann man Preußens Anträge für die russische und holländische Politik oder für ein allgemeines

Digitized by Google

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

System, das bei dem französisch-österreichischen Zusammengehen nötig sein könne, anhören. England wünscht selbst keine Anträge zu stellen, die größte Vorsicht ist bei einem so intriguanten Politiker wie Friedrich geboten. England darf sich jetzt nicht zu tief mit ihm einlassen, aber ihn auch nicht zurückweisen. Das waren ungefähr dieselben Gedanken, die Friedrich England gegenüber hatte.

Cornwallis teilte am 8. September Hertzberg mit[4], England sei erfreut über den Fürstenbund und wünsche eine noch engere Verbindung mit Preußen. Die englischen Finanzen hätten zwar gelitten, aber sie seien schon gebessert, so daß England mit Gewicht auftreten könne. Das englische Ministerium wünsche mit Preußen, durch gegenseitige gute Dienste den Grund zu einem festen Bündnis zu legen. Er, Cornwallis, sei nicht zu Verhandlungen beauftragt, sondern nur zur Darlegung der freundschaftlichen Gesinnung Englands und um die Überzeugung auszusprechen, England ziehe das preußische jedem andern Bündnis vor. Hertzberg betonte darauf, England und Preußen müßten sich zunächst auf den Fürstenbund und eine allgemeine Freundschaft beschränken, Österreichs und Frankreichs wegen.

Ewart berichtet[5] über die Unterredung mit Hertzberg und mit Finkenstein und sagt, Hertzbergs freundliche Gesinnung gegenüber England sei so bekannt, daß er sie nicht weiter darzulegen brauche. Finkenstein habe erklärt, Preußens Freundschaftsbeteuerungen seien ehrlich, die beiderseitigen Interessen seien dieselben, ein allgemeines System müsse verabredet werden, ohne die Eifersucht der anderen Mächte durch ein formelles Bündnis zu erregen. Preußen sei bereit, England nach Möglichkeit behülflich zu sein und soweit es sein friedliches System erlaube. Werde Rußland von Österreich getrennt, so bestände kein Grund mehr zur Vorsicht gegenüber Frankreich. Ewart hatte noch versichert, England stände jetzt besser mit Rußland[6], und Finken-

Digitized by Google

stein hatte erklärt, der König habe wiederholt ein Zusammenwirken der Gesandten in Rußland erwähnt und hoffe auf einen baldigen Bruch zwischen Österreich und Rußland.

Es ist klar, daß Cornwallis und Ewart beträchtlich ihre Instruktion überschritten mit ihrer Versicherung, England wünsche ein preußisches Bündnis. Carmarthen verwahrte sich in einem Brief an Harris[7], aus dem der Unmut über die ablehnende Haltung Preußens sprach, auf das schärfste, einen solchen Auftrag gegeben zu haben. Daß Friedrich so erzürnt auf Lusi sei und einen englischen Antrag so fürchte, beweise den starken französischen Einfluß am preußischen Hof. England müsse Preußen so nützlich wie möglich für sich machen, ohne ihm einen Augenblick zu trauen.

Cornwallis hatte trotz der ablehnenden Haltung der preußischen Minister eine Audienz bei dem König auf neue Instruktionen aus England hin nachgesucht. In der Unterredung mit ihm gab Friedrich alle Gründe gegen ein formelles Bündnis, die er Finkenstein auseinandergesetzt hatte.[8] Er betrachte England trotzdem als seinen Verbündeten, werde ihm alle möglichen guten Dienste leisten und hoffe dasselbe von England; den alten Allianzvertrag wolle er als bindend anerkennen. Er sei beklommen über Holland, das nicht eine französische Provinz werden dürfe, da dies dem englisch-preußischen Interesse widerspräche. Gewaltsame Maßregeln, außer wenn man zum Krieg entschlossen sei, nützten in Holland jetzt nichts; Harris' Auftreten könne eher Schaden bringen. Rußland müsse man von der Liga trennen, England sei daran besonders interessiert; man sollte also Mißtrauen gegen Österreich in Rußland wachrufen und Potemkin gewinnen. Frankreich hetze überall gegen England, so auch in Indien und Irland. Dann folgten noch einige Lobeserhebungen über Englands Sparpolitik und der Wunsch, England bald wieder groß zu sehen.[9]

Digitized by Google

IV. Letzte Lebenstage Friedrichs.

Gerade in dieſen Tagen wurden die Friedenspräliminarien zwiſchen Öſterreich und Holland in Paris unterzeichnet, ein England wie Preußen gleich unerwünſchtes Ereignis. Da der Tauſch einmal mißlungen war, hatte der ſeinetwegen aufrecht erhaltene holländiſche Streit für Öſterreich keinen Zweck mehr. Maeſtrich war nur durch Krieg zu erlangen, Frankreich war widerwillig, Rußland lau in ſeiner Unterſtützung, dazu kam die Erregung in Deutſchland; der Scheldeſtreit war durch eine Entſchuldigungsgeſandtſchaft Hollands erledigt worden, die anderen Anſprüche wurden durch eine Geldſumme befriedigt, die Frankreich zum Teil trug. Frankreich hatte damit in Holland gewonnen; trotz des von Harris entfachten Widerſtandes wurden die Bedingungen in den Generalſtaaten angenommen und der Friede am 8. November, das holländiſch-franzöſiſche Bündnis am 10. November ratifiziert. Das Ziel Englands, das nach Harris' Eingeſtändnis darin beſtand, um jeden Preis dieſes Bündnis zu hindern, war geſcheitert; damit verlor denn auch für England der Anſchluß an Preußen zunächſt an Wert. Noch einige Zeit herrſchte zwiſchen Beiden eine gewiſſe Intimität. Carmarthen bezeichnete es entſprechend den Anregungen Luſis als wünſchenswert, einen ruſſiſch-türkiſchen Krieg zu erregen, der eine Klärung der Lage bringen ſollte.[1] Das war auch ein Gedanke, an den ſich Friedrich ſeit dem Bündnis der Kaiſerhöfe klammerte, da er ihm den Bruch zwiſchen Rußland und Öſterreich einerſeits und zwiſchen Frankreich und den Kaiſerhöfen andrerſeits zu gewährleiſten ſchien. An eine ernſtliche Einigung der drei Mächte über die Türkei dagegen glaubte er nicht; dazu ſchienen ihm die engliſch-ruſſiſchen Handelsintereſſen zu bedeutend.

Digitized by Google

Das passive Verhalten Preußens in Holland erstickte bald die neue englisch-preußische Freundschaft. Noch im Dezember 1785 bemerkte Dalrymple, der englische Gesandte in Berlin, hätte Preußen zur rechten Zeit in Holland eingegriffen, so hätte das französische Bündnis und die gegenwärtige Krisis dort verhindert werden können.[2] Friedrich ließ ihm darauf sagen, der Fürstenbund sei zum Zwecke des Friedens, nicht des Krieges, geschlossen worden. Harris riet wieder zu einem Bündnis mit Rußland mit Zuziehung Dänemarks; die Bedeutung des Fürstenbundes sollte in Rußland abgeschwächt und der Wunsch Englands nach einem preußischen Bündnis abgeleugnet werden; mit Österreich und Preußen solle man gleichmäßig gute Beziehungen unterhalten.[3] Er hatte sogar den Verdacht, daß Preußen und Frankreich sich auf Verhinderung des Tausches seitens Frankreich und Nichteinmischung in Holland seitens Preußen geeinigt hätten.[4] Zwar lieferte Preußen eine Zeit lang alle seine Erkundigungen aus der Türkei an England, aber zu energischen Schritten gegen Österreich war England nicht zu bringen.[5] Das österreichische Bündnis erschien den englischen Ministern wertvoller, da doch Holland vorerst verloren war. Ein Ziel der englischen Politik, besonders im Hinblick auf die Erneuerung des Handelsvertrages, war es auch noch, Rußland zu gewinnen, wenn dies auch immer unwahrscheinlicher wurde. Ob dann Österreich oder Preußen beitrat, mußte sich nach den Umständen und vor allem nach dem Bestehen oder Nichtbestehen des Versailler Bündnisses richten. Bald enthielt sich England gegenüber Preußen jeder Mitteilung über Holland.[6]

Der Fürstenbund wurde durch den Beitritt einer Reihe deutscher Fürsten vollendet. Seine Ausführung war die letzte meisterhafte That der Balancierungspolitik Friedrichs mit ihrer einzigen Richtung gegen Österreich. Die deutschen Fürsten, Frankreich und England hatte er sich zunutzen gemacht und doch

Digitized by Google

die Klippen des Jahres 1756 glücklich vermieden. Der Fürstenbund war eine defensive Schöpfung und eine Waffe gegen eine Wiederaufnahme des Tauschplanes. Seine Schuldigkeit, Österreich und Rußland einzuschüchtern, hatte er gethan. Ein Teil seiner Bedeutung war die englisch-preußische Annäherung und die daraus folgende Entfremdung zwischen England und den Kaiserhöfen, eine dem englischen Ministerium höchst unerwünschte, aber unabänderliche Thatsache. Wenn man in Preußen an seine weitere Ausdehnung durch den Beitritt Dänemarks und Schwedens für ihre deutschen Besitzungen ernstlich gedacht hatte, so sah man nach der Aufgabe des Tausches keinen Grund mehr, Europa dadurch noch mehr in Aufregung zu versetzen. Das Mißtrauen Frankreichs wegen der angeblich geplanten Ausdehnung des Fürstenbundes auf Holland war eine Warnung gewesen. Nach dem Tode Friedrichs und dem Aufhören seiner einzig auf Erhaltung des preußischen Besitzstandes gerichteten Politik verlor der Fürstenbund für Preußen seinen Wert. Bei einer offensiven Politik wurde die Wahl zwischen Frankreich und England unausschiebbar. Militärische Bedeutung hatten die Fürsten fast gar keine, im Krieg hätte die Erhaltung ihrer Truppen doch Preußen zu Last gelegen und auf sie allein sich verlassen konnte Preußen nach seinen Erfahrungen auch nicht. Daß Preußen zugunsten einer Fürstenbundspolitik seine mühsam errungene Großmachtstellung hätte opfern, sich auf eine Linie mit den deutschen Fürsten drängen lassen und sich ohne Gegengabe auf die Dauer mit ihrem Schutz hätte belasten sollen, konnte man von einer einsichtigen preußischen Staatsleitung nicht erwarten. Natürlich war dies aber der Wunsch der Fürsten und auf die angegebenen Folgen lief die von Karl August von Weimar und anderen angeratene preußische Politik hinaus, die Preußen wieder unter die Reichskanzlerschaft von Mainz stellte, während die kleinen Staaten sich zugunsten des sie schützenden Preußen nicht

Digitized by Google

zu der geringsten Minderung ihrer Selbständigkeit entschlossen. Einigen Zweck hatte der Fürstenbund ja noch, da Preußen zu deutschen Erwerbungen selbst nicht stark genug war, es also in der Zwischenzeit die Rolle des Schützers im eigenen Interesse spielen konnte; aber das mußte es ja auch ohne Fürstenbund. Irgendwelche Keime zu einer die deutschen Verhältnisse bessernden Entwicklung trug er seiner ganzen Natur nach durchaus nicht in sich. Zu einer wirklichen Beherrschung der Fürsten und Verschmelzung ihrer Politik mit der preußischen bedurfte Preußen noch einer bedeutenden Stärkung innerhalb Deutschlands selbst und nach der polnischen Seite hin. Eine solche Verstärkung war für den preußischen Staat, der unter den ungünstigsten Bedingungen sich nur mit einer seine Kraft fast übersteigenden Anspannung in seiner Großmachtsstellung hielt, einfach eine Lebensnotwendigkeit; in einer dauernden Friedenspolitik mußte er sich innerlich verzehren. Wichtige Werbungen aber waren nur in einem auswärtigen Krieg und durch auswärtige Beziehungen zu erlangen. Der Fürstenbund war jedenfalls nicht das geeignete Instrument für eine solche Politik; er legte Preußen auf seinen Besitzstand fest.[7]

In der Folgezeit erwies er sich eher als unheilvoll; er hemmte Friedrich Wilhelm auf jedem Schritt, da England und Frankreich gleichmäßig beteiligt waren. Auch die Beeinflussung Friedrich Wilhelms durch Männer, wie Karl August von Weimar, die neben der Erfüllung patriotischer Ideale doch wohl das eigene Interesse in dem ohne Gegengabe dargebotenen preußischen Schutze fanden und seit 1786 in durchaus berechtigter Selbstsucht auf die preußische Politik in ihrem Sinne am liebsten Beschlag gelegt hätten, war eine Folge des Fürstenbundes. Unter Friedrich dem Großen wäre eine solche Ausnutzung Preußens nicht möglich gewesen. Es fragte sich nur, wie lange man durch Einwirkung auf den deutsch-patriotischen Eifer des

Digitized by Google

Königs Preußen in diesen Bahnen der deutschen Politik, die seinen Interessen keineswegs entsprachen, würde festhalten können.

Die letzten Lebenstage Friedrichs zeigten eine gewisse Abschwächung des auf Preußen liegenden Druckes; die neuerwachten russisch-türkischen Streitigkeiten gaben die Sicherheit, daß Rußland sich eines kriegerischen Eingreifens im Westen enthalten werde.[8] So konnte denn Friedrich die unverhüllt an allen Höfen zutage tretende russische Feindschaft ruhig ertragen und den neuen Chikanen wegen Danzig eine kühle Stirn und Ablehnung aller weiteren Verhandlungen entgegensetzen. Zur Besorgnis gaben hauptsächlich die holländischen Ereignisse Anlaß, die sich mehr und mehr zuspitzten. Friedrich hegte ein lebhaftes Mißtrauen und Abneigung gegen die englische Politik dort, die ihm zu stürmisch vorging und ihn mitreißen zu wollen schien. Daß England ebenso wie Frankreich im Interesse ihres Handelsvertrages mit Rußland die russischen Vorstellungen über Danzig unterstützten, ignorierte er in richtiger Erkenntnis des Ursprunges.[9]

Rosig sah also die Zukunft beim Tode Friedrichs keineswegs aus. Österreichs Bündnispolitik bestand in voller Kraft höchstens einer ernsten Unterstützung Englands konnte Preußen bei einer Wiederaufnahme des Tauschplanes sicher sein. Das Hauptziel Friedrichs nach dem siebenjährigen Krieg war Friede gewesen; bis ihm das offensive Österreich seinen nach einer thätigen Hülfe sich umsehenden Bundesgenossen Rußland nahm, war ihm das im wesentlichen gelungen. Daß danach die Wellen nicht über das stillstehende Preußen hinweggingen, war in erster Linie der achtungsgebietenden und gefürchteten Persönlichkeit des großen Königs zu danken und seiner Festigkeit, die nicht um ein Haar breit von dem für Preußens Erhaltung als notwendig Erkannten abwich. Bei allem Entgegenkommen gegen Rußland und besonders gegen Frankreich hatte er sich doch zu keinem

Digitized by Google

wichtigen Schritt, der gegen Preußens Interesse ging, hinreißen lassen. Jemehr aber England mit seiner inneren Erstarkung sich der Offensive zuwandte, desto brennender wurde für Preußen die Frage, ob es in seiner konservativen Politik beharren könne; jemehr Frankreich in die Defensive gedrängt wurde, desto mehr verlor eine auf ein französisches Bündnis ausgehende preußische Politik an Wert und an Boden. Marie Antoinettes wachsender Einfluß und die immer offener zu Tage tretende Schwäche Frankreichs machten eine so radikale Schwenkung, wie es ein Bündnis mit Preußen war, immer unwahrscheinlicher; darüber war sich schon Friedrich vollkommen klar. Das fortwährende Schaukelspiel hatte Preußen allmählich um alles Vertrauen bei allen Mächten gebracht und ließ sich auf die Dauer nicht weiter spielen. Statt der unbedingten Friedensliebe und der nur mit der nächsten Zeit rechnenden Politik des müden Alters, die Jahr für Jahr sich nur mühsam den Frieden sicherte, mußte ein festes System durch Abschluß mit einer der fortschreitenden Mächte gewonnen werden. Dadurch konnte das Ansehen Preußens bei Rußland und den allerdings weit weniger wichtigen Staaten wie Dänemark, Holland, Polen[10] und Türkei — Außenposten, die nur bei einer offensiven Politik von Wert waren — zurückgebracht werden.

Der Mann in Preußen, der dies am klarsten erkannte und in dem sich die Erwerbslust und -Notwendigkeit zusammen mit der Offensivkraft des preußischen Staates verkörperte, war Hertzberg. Der matte, selbstzufriedene Geist, der in Preußen, bestärkt durch Friedrichs Friedensliebe, aufgekommen war, stemmte sich ihm entgegen. Es galt, ihm durch Einwirkung auf Friedrich Wilhelm, mit dem Hertzberg schon früher in seiner Unzufriedenheit über die Politik des Hangens und Bangens angeknüpft hatte, entgegenzutreten.[11]

Digitized by Google

V. Die holländische Republik.[1]

Die holländischen Ereignisse bestimmen in der Folgezeit im wesentlichen die Lage. Wir müssen deshalb auf die inneren Streitigkeiten der Republik eingehen.

Durch Volksbewegung war das Statthalteramt 1747 für ganz Holland von der Provinz Friesland aus wiederhergestellt worden gegen den Widerstand der aristokratischen Handelsgeschlechter. Die notwendig gewordene Reform im demokratischen Sinn nahm Wilhelm IV. nicht vor und verlor damit die Sympathien der bürgerlichen Massen, ohne die Regentenfamilien zu gewinnen. Nach seinem Tod führten für seinen unmündigen Sohn seine englische Gemahlin Anna und der aus österreichischem Dienst in den holländischen getretene Herzog Ludwig Ernst von Braunschweig die Regentschaft. Der Herzog stützte sich vornehmlich auf die Regenten und wurde deshalb von dem Adel, besonders dem friesischen, den er vom Hof verdrängt hatte, heftig befehdet. 1766 übernahm Wilhelm V. das Statthalteramt; alle Rechte seines Vaters wurden ihm bestätigt. Er war ein ganz unselbständiger Mann, Braunschweig beherrschte ihn vollkommen; seine Ansprüche auf den ganzen Einfluß des Statthalteramtes wußte er weder durch Begabung noch durch Fleiß und Energie zu rechtfertigen. Seine Versuche, Heer und Flotte, die beide stark heruntergekommen waren, zu verstärken, scheiterten an dem Widerstand der republikanischen Provinz Holland, der reichsten und mächtigsten Provinz, die eine starke Flotte dem Statthalter nicht verdanken und seine Macht durch eine Heeresverstärkung nicht vergrößern wollte. Hindernd wirkte auch der Gegensatz der Landprovinzen, denen das Heer wichtiger war wie eine Flotte, gegen die nur an einer Flotte interessierte über-

Digitized by Google

mächtige Provinz Holland; auch die Seehandel treibende Provinz Seeland ſtand aus Rivalität meiſt gegen Holland. Aber auch in den Provinzen Utrecht, Overijſel und Geldern beſtand eine ſcharfe Gegnerſchaft gegen den Statthalter wegen des Fortbeſtehens der ſogenannten Reglemente, einer Schöpfung Wilhelms III. zur Beherrſchung dieſer an Frankreich abgefallenen Provinzen, die dem Statthalter die Verfügung über alle Ämter zuſprach.

Zu Beginn des für die nächſte Zeit entſcheidenden amerikaniſchen Krieges konnte der Statthalter nur rechnen auf einen geringen Teil des Adels, auf die Bauern, auf das arbeitende Volk in den Städten, das ſich durch die Bürger bedrängt fühlte, auf das Heer, das durchweg oraniſch geſinnt war, eine ganz unzuſammenhängende Partei alſo, und auf England. Um dieſen letzteren wichtigſten Stützpunkt dem Statthalter zu nehmen, trieb die aus Regenten, Bürgern und Adel beſtehende Oppoſition Holland in den Krieg mit England, eine Politik ähnlich der der Gironde. Der Krieg hatte eine vernichtende Wirkung für den holländiſchen Handel; die zutage tretende Wehrloſigkeit wurde von der Oppoſition dem Statthalter zur Schuld angerechnet; der Ruin des Handels lenkte allen Haß gegen England. So gelang es den drei Penſionären von Amſterdam, Harlem und Dortrecht, Van Berckel, Zeeberg und Gijſelaar, die mit dem wachſenden Einfluß der Oppoſition, genannt Patriotenpartei, mehr und mehr die Leitung des Staates übernahmen, das Bündnis mit Frankreich, das ſie unterſtützt hatte, zuſtande zu bringen. Die Amſterdamer Regenten hatten nur einen Handelsvertrag, nicht ſo ſehr ein Bündnis mit Frankreich gewünſcht; der Streit mit Öſterreich trieb auch ſie in Frankreichs Arme. Nur Seeland hatte das Bündnis abgelehnt. Der Statthalter hatte ſich paſſiv verhalten in dieſer entſcheidenden Frage und ſelbſt die Beſtrebungen Harris', mit Hülfe Seelands

Digitized by Google

im letzten Augenblick eine Bewegung gegen das Bündnis zu entfachen, mit durchkreuzt. Ebenso hatte er bei der Frage, ob die von Frankreich übermittelten harten englischen Friedensbedingungen unbesehen angenommen werden sollten, oder ob man mit England, wie dieses unter Inaussichtstellung einer Milderung der Bedingungen wünschte, direkt verhandeln sollte, eine Stellungnahme für England abgelehnt. Preußen und Frankreich hatten ihm dies untersagt und ihn dafür in Schutz gegen die Patrioten genommen. Hinter der antioranischen Bewegung stand Frankreich; um die Rivalität Frankreichs und Englands handelte es sich im wesentlichen in diesem Streit.

Geschützt durch das englische Bündnis hatte sich Holland trotz des Verzichtes auf eine aktive Politik oder vielleicht eben deshalb sein bedeutendes Kolonialreich bewahrt. Die wichtigsten Besitzungen im Hinblick auf den englisch-französischen Gegensatz waren das Kap der guten Hoffnung, Ceylon, der Mittelpunkt des indischen Meeres und Stützpunkt für alle Unternehmungen in Indien, die Sundainseln und Molukken, in Westindien St. Eustatius, das als Stapelplatz im amerikanischen Krieg besondere Bedeutung erlangen sollte. In Indien selbst besaß Holland nur Negapatam, da England alle weiteren Erwerbungen der ostindischen Kompagnie verhindert hatte. Diese Kolonialmacht konnte England neben sich dulden, so lange Holland in Abhängigkeit von ihm beharrte, für Frankreich waren sie eine erstrebenswerte Basis für den Wettbewerb um Indien. Ein Interesse Englands war es, die holländische Flotte möglichst schwach zu sehen und das Heer stark, damit es nötigenfalls gegen Frankreich dienen könne, Frankreich hatte naturgemäß die entgegengesetzten Wünsche. Daraus ergab sich, daß Frankreich sich der Provinz Holland näherte, während England aus Politik, Verwandtschaft und Tradition dem die Territorialinteressen mehr vertretenden Statthalter näher stand.

Digitized by Google

Frankreich hatte schon lange danach gestrebt, Holland von England abzuziehen. Ein Mittel dazu war das Anerbieten eines günstigen Handelsvertrages und das Nähren des Streites über den holländisch-englischen Handelsvertrag. Dieser, 1674 geschlossen, gab, wenn einer der Kontrahenten im Krieg war, dem andern das Recht, mit dem Feind frei handeln zu dürfen außer mit Blei, Pulver, Geschützen und Waffen; alle Schiffsausrüstungsgegenstände wie Holz, Pech und Teer waren danach frei. Damals hatte England den Vorteil aus diesem Handelsvertrag gezogen, im 18. Jahrhundert bewog er Holland entsprechend seiner Kaufmannsregierung, für die der Handel das allein Bestimmende war, eine kraftlose neutrale Haltung zu bevorzugen. England parierte dies mit der Erklärung des casus foederis auf Grund des 1678 geschlossenen Bündnisses oder hielt selbst Frieden wie im polnischen Erbfolgekrieg. Erkannte Holland den casus foederis nicht an, so ging England mit Kapereien vor. Frankreich war daran interessiert, daß Holland neutral blieb, da es ihm im Seekrieg aus dem baltischen Meer alles Nötige beibrachte, während England durch seine Flotte die französische Schiffahrt hinderte. Erfolg hatte Frankreich mit seiner Agitation erst im amerikanischen Kriege, als es durch seinen Gesandten Vaughon den amerikanischen Handel im Hintergrund erscheinen ließ und durch Prohibitivzölle auf alle holländischen Waren mit Ausnahme der von Amsterdam, Rotterdam und später der Provinz Holland kommenden, die einer Eskortierung der holländischen Schiffe gegen die englischen Kaper das Wort redeten, die Republik in die Enge trieb. Als Holland den casus foederis nicht anerkennen wollte, erklärte England den Handelsvertrag für erloschen und ehe Holland der Seeneutralitätsakte beitreten konnte, erklärte es unter einem Scheingrund den Krieg. Es folgte die Vernichtung des holländischen Handels, der schon vorher bedeutend gelitten hatte, und der

Digitized by Google

Verluſt des Stapelplatzes St. Euſtatius. Rußland, das ein Intereſſe hatte, den holländiſchen Handel neben dem engliſchen zu erhalten, ſchlug trotzdem das Hülfsgeſuch Hollands aus, ſeine Vermittlung lehnte England zunächſt ab. Um aber Holland nicht dauernd zu verlieren, knüpfte North mit den um ihren Handel beſorgten Amſterdamer Regenten und ihrem Bürgermeiſter Rendorp an. Joſeph, auf ſeiner Reiſe in Holland, erfuhr davon und verriet die Verhandlungen dem franzöſiſchen Geſandten. Frankreich beſetzte das Kap und ſpäter Ceylon und hatte ſo Holland ganz in ſeiner Hand; das neue Vermittlungsangebot Rußlands, das England aus Rückſicht auf Rußland[2] annahm, ſcheiterte daher, ebenſo Fox' Anerbieten, den Handelsvertrag von 1674 zu erneuern. Da Frankreich der Türkei wegen Frieden zu ſchließen wünſchte, benutzte dies England, um alle ſeine vorher Holland gemachten Anerbieten zurückzuziehen. Dieſes legte ſeinen Friedensſchluß ganz in Vergennes' Hände; es mußte den Verfall des Handelsvertrags zugeſtehen, freie engliſche Schiffahrt in den Molukken, die das holländiſche Gewürzmonopol gefährdete, gewähren und Negapatam abtreten. England hielt dieſe Bedingungen Holland als Lockmittel vor, um es zu einer Annäherung zu bringen. Auf Andrängen Vergennes' ſetzte die franzöſiſche Partei in Holland, die ihre Parteiziele dem Wohl des Staates überordnete, nicht ohne Mühe die Bedingungen in den Generalſtaaten durch und ebenſo zwei Jahre ſpäter die öſterreichiſchen Bedingungen und damit das holländiſch-franzöſiſche Bündnis.

Um dieſe Zeit befand ſich ſchon Harris als engliſcher Geſandter im Haag. Er hatte den Auftrag, das franzöſiſche Bündnis zu hindern, gelänge dies nicht, dann es für Frankreich unnütz zu machen.[3] Er fand England allgemein verhaßt, eine engliſche Partei in Holland gab es nicht mehr. Trotzdem gelang es ihm in kurzer Zeit, eine Oppoſition zuſammenzubringen.

Digitized by Google

Frankreich mußte 4½ Millionen von den 10 Millionen Gulden, die Holland an Österreich zahlen mußte, selbst übernehmen, um den Frieden in Holland überhaupt durchzudrücken. Nach dem Abschluß des holländisch-französischen Bündnisses wurde der zweite Teil seines Auftrags für Harris maßgebend. Er vermehrte die innere Unruhe und Unzufriedenheit und machte dadurch Holland unfähig, irgendwie nach außen aufzutreten. England war noch keineswegs entschlossen gewesen, seine Sache auf den Statthalter allein zu stellen[4]; auch hatte der Statthalter keine Sympathien für England gezeigt, sondern ihm auf Friedrichs des Großen Rat entgegengearbeitet. Jetzt erfolgte, trotzdem der Streit mit Österreich noch nicht ganz entschieden war, die Wegnahme des dem Statthalter zustehenden Kommandos im Haag durch die Patrioten auf Grund eines kleinen Aufruhrs dort. Der Statthalter verließ den Haag, ein offener Zwiespalt zwischen ihm und den Patrioten war ausgebrochen und Harris hatte keine Wahl mehr. Rücksichtslos stellte er sich auf die Seite des Statthalters und wurde Parteimann für ihn; er arbeitete gegen jede Versöhnung zwischen den Parteien und gegen die Trennung der Gemahlin des Statthalters, der Prinzessin Wilhelmine von Preußen, von diesem[5], wie sie Preußen und die Demokraten zeitweise planten. Es galt, die Partei des Statthalters, soweit sie noch bestand, zu sammeln und neu zu schaffen; neue Anhänger mußten unter den immer unzufriedener werdenden Aristokraten, besonders in Amsterdam, gewonnen werden, indem man ihnen Sicherheit gegen jede Stärkung des Statthalteramtes im Falle des Sieges gab.[6]

Harris wußte, daß erst, wenn eine starke Partei des Statthalters in Holland bestand, Pitt sich zu weitergehenden Maßregeln entschließen würde. Pitt hinderte ihn in seiner Thätigkeit nicht, nur jedes Hülfsversprechen seitens Englands untersagte er ihm. Harris' Thätigkeit hatte Erfolg angesichts der

Digitized by Google

stetigen Entwicklung der Patriotenpartei zu einer den aristokratischen Regenten verfänglichen Demokratie hin. Das Bündnis zwischen Regenten und Bürgern zerriß bald; der Statthalter und Wilhelmine hatten sich zu einem Bündnis mit der Demokratie gegen die Regenten oder wenigstens zu einer Stellung zwischen beiden nie entschließen können. So trieb denn alles auf eine Reaktion zu. Frankreich sah sich mehr und mehr auf die revolutionäre patriotische Partei allein und deren Führer, die drei Pensionäre, angewiesen — ein sehr schwacher Stützpunkt also für ein so wichtiges Bündnis — und wurde von ihr gegen seinen Willen mitgerissen. Die Pensionäre selbst aber mußten zu immer radikaleren Mitteln greifen, um sich gegenüber der stetig wachsenden Partei Harris', dessen Politik den Worten nach defensiv, den Thaten nach so offensiv wie möglich war[7], zu erhalten. Sie verloren dadurch schließlich selbst die Herrschaft über die radikalen Massen, die sie in Freikorps organisiert hatten.

Preußen hatte im Gegensatz zu England einen höchst unbedeutenden Vertreter im Haag. Thulemeier war bei allen Parteien gleich unbeliebt, ohne Einfluß und mit Schulden so überhäuft und so kärglich bezahlt, daß er nicht wie Harris und der sonst unbedeutende französische Gesandte Vérac durch reiche Gastmähler Preußen Anhänger verschaffen konnte. Friedrich war sich in seiner holländischen Politik konsequent geblieben; daß Frankreich Holland beherrschen sollte, erschien ihm gegen Preußens Interesse und er wünschte dort schon anfangs 1784 ein baldiges Auftreten Englands zur Herstellung des Gleichgewichts.[8] So wesentlich, daß er sich, wie Hertzberg wünschte, zu einem entscheidenden Auftreten in Holland entschließen müßte, erschien ihm die ganze holländische Frage aber nicht; am wenigsten wollte er um Hollands willen mit Frankreich brechen.

Preußens Einfluß in Holland beruhte fast allein auf der

Digitized by Google

Verwandtschaft des Königs mit Wilhelmine, die mit Ehrfurcht auf die Ratschläge ihres großen Oheims horchte. Je mehr die Gefahr für den Statthalter sich steigerte, gewann diese, eine hochbedeutende Frau, voll starker Empfindung für Macht und voll Selbstbewußtsein ihrer hohen Geburt, an Einfluß innerhalb der Statthalterpartei. Bald hatte sie allein die Leitung aller Geschäfte, trotzdem der Statthalter eifersüchtig auf den Schein einer Macht wachte und ihr jeden Einfluß neidete. Geschickt verstand sie es, seine Schwächen zu schonen, um jedem ernsten Zwiespalt mit ihm aus dem Weg zu gehen. Preußen kam diese Steigerung ihres Einflusses nicht zugute. Friedrich nahm ihr gegenüber eine ähnliche Stellung wie gegenüber seiner Schwester Ulrike von Schweden ein: Bei aller Zuneigung zu ihr, glaubte er seinen Staat nicht für verwandtschaftliche Interessen in Gefahren stürzen zu dürfen. Zur Zeit seiner Feindschaft mit England hatte er aber seinen nicht unbeträchtlichen Einfluß gegen dieses eingesetzt; auch bei der kurzen Freundschaft unter Fox' Ministerium und darüber hinaus war er seinen Frankreich günstigen Ratschlägen treu geblieben. Schließlich verlangte er bei der steten Verschlechterung der Stellung des Statthalters, an der er durch seine Unterstützung Frankreichs doch mit die Schuld trug, nur noch die Erhaltung des Statthalteramtes gegen bedeutende Konzessionen seiner Rechte und Leitung des Statthalters durch einen Rat. Auch den von den Patrioten herbeigeführten Sturz Braunschweigs, der doch eine Niederlage des mit seinem Erzieher eng verbundenen Statthalters bedeutete, sah er gern, da er ihn nicht mit Unrecht für einen österreichischen Parteigänger ansah. Seine ganze Politik lief im Gegensatz zu England auf eine Versöhnung des Statthalters mit den Patrioten hinaus, die den Ausbruch des offenen Krieges hindern sollte. Darin stimmte er so ziemlich mit Frankreich überein, das in Berlin mehrfach versicherte, es wolle

Digitized by Google

den Statthalter nicht ſtürzen. Thatſächlich lag dieſer Gedanke, der eine Störung des guten Verhältniſſes mit Preußen ohne Sicherheit des Erfolges darſtellte, auch Vergennes fern. Wohl aber wünſchte er eine Schwächung der Statthaltergewalt und die Reform der Verfaſſung in dieſem Sinne[9], die allein ihm die innere Beruhigung Hollands ſichern zu können ſchien. Von der Verbindung Frankreichs mit Holland hatte Friedrich den Bruch zwiſchen Öſterreich und Frankreich erhofft. Die Klugheit Vergennes' hatte dies vermieden. Friedrich war auf das äußerſte über den ſchmählichen Frieden entrüſtet, den Frankreich Holland aufzwang, da er das Verſailler Bündnis nur befeſtigte und Öſterreich einen Geldgewinn brachte.[10] Was in Friedrichs Macht ſtand, ohne ſich zu tief einzulaſſen, hatte er für den Statthalter gethan. Er hatte mehrfach, zum Teil ſcharfe, Noten von 1783 an an die Generalſtaaten und die Staaten der Provinz Holland gerichtet[11], die aber ohne Erfolg geblieben waren. Frankreich hatte er öfters zur Mäßigung der Patrioten ermahnt; auf franzöſiſche Vorſtellungen über das parteiiſche Verhalten Thulemeiers hatte er geantwortet, ſein Geſandter thue ſeine Pflicht, wenn er für den Statthalter eintrete.[12] In Wirklichkeit hielt ſich Thulemeier auf Befehl Friedrichs ganz von Harris fern und riet dem Statthalterpaar ſtets zum Nachgeben. Noch Anfang 1786 hatte Friedrich an eine Vermittlungsgeſandtſchaft Hertzbergs gedacht, die Wilhelmine ſchon in früheren Jahren erbeten hatte; auf den Widerſpruch Frankreichs hin hatte er dieſen Gedanken fallen gelaſſen.[13] Alles dies waren auf die Dauer halbe Maßregeln. Die Patrioten kannten die Friedensliebe Friedrichs wohl und ſeine Abneigung gegen ein ſchärferes Eingreifen; ſie kümmerten ſich nicht um die papierenen Noten Preußens, worin Thulemeier ſie durch mündliche Abſchwächung der Drohungen nur beſtärkte. Dem Anſehen Preußens war dieſe Politik durchaus nicht förderlich; bald ſchwand auch

Digitized by Google

der preußische Einfluß in Holland beträchtlich zusammen. Der Streit spitzte sich trotz aller Friedensermahnungen Preußens immer mehr zu, um gerade vor dem Tode Friedrichs am heftigsten auszubrechen. Preußen riet stets zu Opfern, England zum Widerstand; es war nur natürlich, daß die offensive englische Politik das Spiel gewann; das Statthalterpaar erwartete seine Rettung von England, nicht mehr von Preußen.

VI. Erste Regierungshandlung Friedrich Wilhelms.

Friedrich Wilhelm trat beim Tode Friedrichs eine nicht leichte Erbschaft an. Neben die alte Feindschaft Österreichs war die Rußlands getreten, England hüllte sich in mißtrauisches Schweigen, die Lage in Holland war ernster denn je. Aber gerade mit den feindlichen Kaiserhöfen schien sich ein besseres Verhältnis anzubahnen; beide wollten nicht von vornherein den neuen Herrscher gegen sich einnehmen. Der englische Geschäftsträger Ewart setzte große Hoffnungen auf Friedrich Wilhelm, dessen freundliche Gesinnung für England und Liebe für seine Schwester Wilhelmine bekannt war, vor allem aber auf Hertzberg, dessen Freundschaft er sich in Voraussicht der kommenden Stellung dieses Ministers gesichert hatte. Auf der anderen Seite war Frankreich nicht ohne Mißtrauen. Wie man in Preußen Reformen im Innern erwartete, so erwartete man auch ein neues auswärtiges System Preußens. Die günstige Stellung Hertzbergs, dessen Vorliebe für England bekannt war, sprach dafür, wenn man auch in Frankreich an einen ernsthaften Anschluß Preußens an England zunächst nicht glaubte.[1] Die ersten Regierungshandlungen Friedrich Wilhelms schienen den französischen Befürchtungen doch recht zu geben.

Digitized by Google

In Holland drehte sich der Streit in der letzten Zeit um das Kommando im Haag. Der Statthalter forderte es als sein Recht zurück, Frankreich wollte es nur unter Bedingungen zurückgegeben wissen, die Patrioten es dauernd dem Statthalter entziehen; seine Abwesenheit vom Haag konnte den Patrioten, die mit der oranischen Stimmung der dortigen Bevölkerung zu rechnen hatten, nur erwünscht sein. Die furchtsamen Regenten von Amsterdam hatten ein Memoire bei den Staaten von Holland eingebracht, das ein Kompromiß über das Kommando empfahl, ohne eine Beschlußfassung zu fordern. Thulemeier, der alles Heil von diesen Regenten erwartete, und Harris, im Interesse der Sammlungspolitik, unterstützten den Schritt; Vérac weigerte die Mitwirkung für einen solchen, den Patrioten höchst unerwünschten, Beschluß, der auch nicht zustande kam. In Berlin versicherte Frankreich dagegen wieder und wieder, es wolle bald einen Versöhnungsplan einsenden; die Besorgnis aber von der wachsenden Mißstimmung der Regenten und ein oranischer Tumult im Haag bestimmten es im April 1786, den Staaten von Holland durch ein Memoire seinen Schutz vor äußeren Eingriffen zuzusagen. Hertzberg faßte dies als gegen Preußen gerichtet auf und setzte ein preußisches Memoire durch, das sich für die Erhaltung der Verfassung und des Statthalteramtes aussprach.[2] Frankreich hatte sich durch sein Memoire ganz auf die Seite der in ihrer Majorität bedrohten Patrioten gestellt; diese suchten gerade jetzt die ostindische Kompagnie Hollands in ihre Gewalt zu bekommen, was Frankreich erwünscht sein mußte. Durch diesen Versuch wurden aber das auf Holland eifersüchtige Seeland und die Regenten der Handelsstädte erbittert, wenn diese auch zeitweise geneigt schienen nachzugeben, falls die Staaten der dem Bankerott nahen Kompagnie beisprangen.

Harris sah die Zeit zum Angriff für gekommen an. Mit

Digitized by Google

Van der Spiegel, dem Pensionär von Seeland, und Kinkel, einem Führer der Statthalterpartei, verabredete er Anfang Juni, den Statthalter in offene Opposition zu bringen und für England zu gewinnen.[3] Zu diesem Zweck und um die Partei zu ermutigen, sollte ein englisches Memoire eingereicht werden. Die wichtigste Person der Statthalterpartei Wilhelmine wurde von Van der Spiegel für eine energische Oppositionsstellung und für England gewonnen; der Statthalter billigte wenigstens die Einbringung des Memoires.[4] Anfang Juli reichte es Harris ein. Es erklärte die Wünsche Englands für den inneren Frieden der Republik wie das preußische und französische Memoire, wie ersteres auch die Wünsche für Erhaltung der Verfassung und des Statthalteramtes; dann wurde die Freundschaft Englands für Holland auf Grund der Religion, der Politik, des Handels und der Verwandtschaft mit dem Statthalterhaus betont. Harris festigte sich um diese Zeit in seiner Überzeugung, daß Frankreich selbst bei einem offenen Eingreifen nicht für Holland fechten werde. Das englische Memoire gab Anlaß zu weiteren Unruhen. Die sechs Provinzen außer Holland nahmen es ad referendum. Harris betrieb eine Antwort, während Preußen zum Schaden seines Ansehens auf eine solche verzichtete. Die Antwort an England mußte nach Seelands Antrag günstig ausfallen, da man der Majorität in den Generalstaaten sicher war; nur durch den energischen Widerstand der Provinz Holland wurde sie verhindert. Die Patrioten sahen die Größe der Gefahr; sie bildeten überall Freikorps und in Utrecht kam die vorbereitete Revolution gegen die aristokratischen Regenten, die beseitigt werden sollten, zum Ausbruch. Eine Spaltung der Utrechter Staaten durch Trennung der Stadt Utrecht von den nach Amersfort verlegten Staaten trat ein. Durch Gewinnung der kleinen Städte der Provinz Holland gelang es den Patrioten, dem Statthalter das Kommando im Haag endgültig entziehen

Digitized by Google

zu lassen und damit jede Versöhnung auszuschließen. Während sie vorher noch immer die Ausarbeitung eines Versöhnungsplanes versprochen hatten, hatten sie Frankreich jetzt vor eine entschiedene Sache gestellt.[5] Harris begrüßte den Entschluß als eine Klärung der Lage, die den Statthalter zu offener Opposition trieb. Friedrich war entrüstet; er beauftragte Thulemeier am 7. August noch, offen sein Mißfallen mit dem Beschluß auszusprechen, die Minorität, die die acht bedeutendsten Städte der Provinz Holland enthielt, zu beloben und ihr seine Unterstützung zu versprechen.

Friedrich Wilhelm entschloß sich zu schnellem Handeln. Das von Friedrich dem Großen beschlossene Memoire bestätigte er und ging sofort an die Auswahl eines Gesandten, der die Vermittlung in Holland übernehmen sollte. Görtz, der Bérac von seiner Gesandtschaftsthätigkeit in Petersburg her gut kannte, wurde ernannt. Er erhielt den Auftrag, den Statthalter durch einen Kompromiß in das Kommando im Haag wieder einzusetzen und einen allgemeinen Vergleich mit der Hülfe und Mitwirkung Frankreichs durchzusetzen. Ehe noch die Billigung Frankreichs zu diesem Schritt eingetroffen sein konnte, die Hertzberg im Anfang des Jahres neben der Zustimmung der holländischen Staaten für unbedingt erforderlich erklärt hatte[6], wurde Görtz abgesandt. Während seiner Reise erfuhr man erst in Berlin die neuesten holländischen Ereignisse.

Harris war in den letzten Tagen des August in Loo gewesen und hatte den Statthalter in seiner englischen Gesinnung und seiner Oppositionsstellung bestärkt. Die Staaten von Geldern und Amersfort, in ihrem Besitzstand durch die Demokratie bedroht, standen fest zu dem Statthalter. In der allgemein zugespitzten Situation gab die von Geldern beschlossene Exekution gegen zwei patriotische Städtchen durch den Statthalter das Zeichen zum Ausbruch der Revolution. Görtz erhielt den Auf-

Digitized by Google

trag, den Staaten von Geldern und Amersfort die Billigung Preußens auszusprechen. Die Patrioten handelten mit Energie: sie zogen Freikorps und Truppen, die sie ohne Erlaubnis der Generalstaaten aus der Generalität abberiefen, an der Grenze der Provinz Holland zusammen; der Statthalter wurde seiner Ämter als Generalkapitän und Admiral der Provinz Holland entsetzt. Die schwache Majorität von Amsterdam, die aus Furcht vor der Demokratie bis jetzt eine Mittelstellung eingenommen hatte, trat, um sich zu erhalten, dem Beschlusse bei. Damit fiel die letzte Stütze Preußens in der Provinz Holland. Die Sache des Statthalters stand in allen Provinzen außer Amersfort und Geldern schlecht.

Infolge dieser Ereignisse war die Gesandtschaft Görtz' im ersten Augenblicke gescheitert, er bat sofort um seine Abberufung. Frankreich verweigerte jede Mitwirkung an der preußischen Vermittlung; England, nicht geneigt zur Versöhnung und besonders nicht zu der von Preußen im Einverständnis mit Frankreich erstrebten, erklärte seine vollkommene Enthaltung von jeder Einmischung. Auf die Anfrage Görtz' über Englands Hülfe mußte Harris erklären[7], England könne sich jetzt nicht in die Gefahr eines Krieges begeben mit Preußen allein gegen Frankreich und vielleicht auch gegen Österreich. Harris wünschte selbst, Preußen in einen Streit mit Frankreich hineinzutreiben und England dabei neutral zu erhalten. Er malte sich die Situation aus, wenn Preußen in England um ein Bündnis bitten müßte; im Augenblick eines englisch-preußischen Abkommens hielt er das Spiel in Holland für gewonnen.[8] So stand Preußen vor einer ernsten diplomatischen Niederlage; die Schuld daran trug der Zwiespalt im preußischen Kabinett.

Digitized by Google

VII. Die preußische Regierung.

Hertzberg hatte sofort Friedrich Wilhelm bei seiner Thronbesteigung ermahnt, er solle fest in Holland auftreten[1]; auch Wilhelmine hatte dies dringend ihrem Bruder empfohlen. Sie wünschte eine preußische Gesandtschaft nach Holland; Hertzberg billigte dies, wenn ein Übereinkommen mit Frankreich darüber erzielt werden könne.[2] Der König faßte diesen Gedanken auf und befahl Hertzberg die Auswahl einer passenden Persönlichkeit, als die dieser Görtz bezeichnete. Von der Goltz in Paris sollte Vergennes die Gesandtschaft annehmbar machen.[3] Um dem Schritte Nachdruck zu geben, schlug Hertzberg die Bildung eines Übungslagers in Westfalen vor, die Eindruck machen werde und den neuen König nicht als so unbedingt friedensliebend erscheinen lasse. Er sah dies als ein Mittel an, die Patrioten einzuschüchtern, ohne Frankreich herauszufordern; auch Wilhelmine bat darum. Hertzberg betonte, man vermeide so am besten einen Krieg, mit Worten allein sei nicht mehr auszukommen. Wenn die preußische Gesandtschaft von den Patrioten nicht angenommen werden würde, so sei sie, die einen ebenso starken Schritt wie ein Übungslager bedeute, gescheitert; ohne die Rüstung sei ein Mißlingen wahrscheinlich. Eine solche Demonstration werde den andern Mächten zeigen, daß Preußen sein Interesse zu wahren wisse und das seiner Freunde; nur durch starkes Auftreten könne Preußen seine Großmachtstellung behaupten.[4] Der König scheute diese Maßregel, er blieb auf halbem Wege stehen; der Ernst seines Schrittes wurde ihm erst nach dem Mißlingen desselben klar. Die eben gefestigte Stellung Hertzbergs wurde wankend. Finkenstein hatte vor einem Bruch mit Frankreich gewarnt und damit Erfolg gehabt; auch Görtz hatte trotz seines Wunsches, Preußen solle fest auftreten und

Digitized by Google

sich den Weg nach England offen halten, vor dem Übungslager gewarnt.[5]

Als die schlimmen Nachrichten aus Holland kamen, beantragte Hertzberg wieder eine Truppenbewegung und ein Ermutigungsschreiben für Geldern und Amersfort. Wieder nahm der König die Hälfte dieses Antrages auf; Görtz erhielt den erwähnten Befehl, aber ohne Preußens Unterstützung zusichern zu dürfen. Die Warnungen Finkensteins hatten wieder durchgeschlagen, trotzdem auch Reede, der holländische Gesandte in Berlin, den Antrag Hertzbergs als sehr geeignet, die Patrioten einzuschüchtern, bezeichnet hatte. Das berühmte «attendre», das in den Depeschen Friedrichs und Finkensteins in den letzten Jahren immer wiedergekehrt war, war auch jetzt das Losungswort dieses Ministers und Friedrich Wilhelm folgte ihm.[6] Damit war der Mißerfolg der so einschneidenden und doch halben Maßregel besiegelt. Hertzberg hatte für den Fall, daß die Demonstration nicht geschehe, den Krieg vorausgesagt; er sollte damit recht behalten.

Wollte Preußen in den alten Bahnen beharren, und das war vielleicht in den ersten Wochen der Regierung das Richtige, so war die Sendung Görtz' ein schwerer Fehler. Preußen ließ sich damit in den holländischen Streit so tief ein, daß es nur mit einem starken Verlust an Ansehen sich wieder herausziehen konnte. Folgte man Hertzberg, so war ein Erfolg bei der Schwäche Frankreichs durchaus möglich. Daß England sich einer preußischen Bitte um Hülfe, die Preußen ganz in den Dienst seiner Interessen stellte, widersetzt haben würde, ist zum mindesten unwahrscheinlich. Rußland war mit der Türkei beschäftigt, Österreich abwarten und Preußen durchaus nicht ungünstig gesinnt. (Vgl. Kapitel XVI.) Hertzberg und Harris waren vielleicht die einzigen, die die Schwäche und Ohnmacht Frankreichs richtig beurteilten.

Digitized by Google

Hertzbergs Pläne gingen über die holländische Streitfrage hinaus. Schon der Fürstenbund war für ihn ein Teil seiner englischen Politik gewesen. Eine unbedingte Anheimgabe an England lag ihm fern, wohl aber war für ihn jetzt die holländische Angelegenheit ein Mittel, England wieder zur Einwirkung auf dem Kontinent und in nähere Beziehung zu Preußen zu bringen. Dann war Preußen nicht dauernd von der Gnade Frankreichs abhängig. Trat England in die kontinentale Politik im Einverständnis mit Preußen in nachhaltiger Weise wieder ein, so war jedenfalls von ihm mehr Hülfe für weitere preußische Pläne zu erwarten als von dem schwächlichen Frankreich. Ferner, wenn Preußen in Holland nachdrücklich eingriff und dort eine Vermittlung zu stande brachte, so war der preußische Einfluß dort befestigt. Die unbedingte Herrschaft Frankreichs in Holland bedeutete, so lange das Versailler Bündnis bestand, eine Umklammerung Preußens durch Frankreich, die beiden Niederlande und Österreich, die die Abhängigkeit Preußens von Frankreich nur bestärkte. England sollte deshalb durch ein Kompromiß zum freien Wettbewerb um die vorherrschende Stellung in Holland und Europa überhaupt zugelassen werden. Jede Entscheidung im Westen fiel dann nach Hertzbergs Meinung Preußen zu, und an Frankreich und England war es, Preußen aufzusuchen. So lange das Versailler Bündnis bestand, mußte sich Preußen allerdings an England anschließen. Der immer noch bestehende englische Einfluß in Rußland, den man in Preußen aber doch überschätzte, konnte einer Wiedergewinnung Rußlands dienstbar gemacht werden. Damit war dann die Bahn frei für das nordische System, auf das Hertzberg, darin in voller Übereinstimmung mit dem König, hinsteuerte.

Auf seinen Antrag wurde Rußland über ein Eingreifen in Holland befragt; Katharina lehnte es mit dem Hinweis auf das beleidigende Verhalten Hollands in dem amerikanischen

Digitized by Google

Kriege und dem österreichisch-holländischen Streite gegenüber den russischen Ermahnungen ab. Hertzberg hatte auch noch beantragt, Fitzherbert solle in Rußland sondieren, ob man nicht zu einer Ermahnungsnote an die Generalstaaten für den Statthalter bereit sei[7]; dieser Antrag fiel durch die ablehnende Antwort Rußlands. Hertzberg ging noch weiter. Durch Hüttel, den preußischen Geschäftsträger in Petersburg, ließ er Rußland auf die Dienste hinweisen, die Preußen ihm in der Türkei leisten könne.[8] Um dies zu veranschaulichen, wurde auf Hertzbergs Antrag Diez in Konstantinopel zum envoyé extraordinaire ernannt. Diese Ernennung, wie die von Hertzberg durchgesetzte umfassende Aufbesserung der Gesandtengehälter, deuteten darauf hin, daß Preußen in aktivere Bahnen einzulenken entschlossen sei.

Den politischen Gedanken Hertzbergs hatte Finkenstein nur die Weiterführung des alten Systems entgegenzusetzen, das Abwarten und nur für die nächste Stunde Sichentscheiden. Trotz aller seiner Klagen über die Schwäche Frankreichs bestimmte doch die Rücksicht auf dieses seine Politik und die Fiktion, daß England zu schwach sei für ein Eingreifen auf dem Kontinent. Einen Gehülfen fand er vor allem in dem Prinzen Heinrich, der das französische Bündnis als das notwendige Ziel der preußischen Politik ansah und bei seinen Freunden in Paris um die Sendung eines diplomatischen Agenten nach Berlin gebeten hatte, der nach Friedrichs Tod den englischen Intriguen nachspüren könnte.[9] Seine Versuche, sich bei Friedrich Wilhelm festzusetzen, scheiterten aber bald an dem Bestreben des Königs, für unbeeinflußt zu gelten. Verteidiger des alten Systems waren auch die Fürstenbundspolitiker, während andrerseits sich Strömungen geltend machten, die auf eine Aussöhnung mit Österreich hinarbeiteten.

In Friedrich Wilhelm selbst stritten sich der Wunsch, seiner Schwester zu helfen, mit der Abneigung gegen einen Krieg um

Digitized by Google

Hollands willen, den er als dem preußischen Interesse entgegen ansah. Statt aber konsequent in der alten Politik zu verharren, entschloß er sich zu der Gesandtschaft Görtz'. Diese einschneidende Maßregel mußte, da sie mit Frankreich nicht verabredet war, als eine Abwendung von der Frankreich freundlichen Politik und zugleich als eine ungewöhnliche Interessenahme an der holländischen Frage angesehen werden. Erst als er den Mißerfolg sah, gewann die Abneigung vor einem ernsteren Eingreifen wieder die Oberhand. Einem Bruch mit Frankreich widersprach vor allem seine Vorliebe für die Fürstenbundspolitik und die Furcht, Frankreich zu einer Bewilligung des Tausches zu treiben. Der zweibrückische Minister Hofenfels machte mit naiver Selbstsucht auf diese Folgen, jedenfalls auch im Auftrag Frankreichs, aufmerksam[10]; Frankreich selbst ließ es an Andeutungen nicht fehlen. Dem Wiener Hofe traute Friedrich Wilhelm nicht einen Augenblick trotz dessen freundschaftlicher Versicherungen; er war überzeugt, daß Joseph eine Verwicklung Preußens in die holländischen Angelegenheiten wünschte.[11] Den über ein preußisch-österreichisches Einvernehmen besorgten hannöverischen und zweibrückischen Gesandten ließ er denn auch sein Festhalten am Fürstenbund versichern.[12] Die Beschäftigung mit den kleinen deutschen Verhältnissen, die weniger verantwortungsreiche Entschlüsse erforderte und zugleich Popularität einbrachte, zog ihn denn auch in der Folgezeit mehr an; er gab sich ihr hinter dem Rücken seiner Minister hin. Hertzbergs Politik schien ihm Preußen in einen Krieg zu treiben, Finkenstein bestärkte ihn in dieser Meinung und bald hatte Hertzberg sein Vertrauen verloren. Görtz in Holland wurde heftig dafür getadelt, daß er sich durch statthalterische und englische Einflüsse leiten ließe.

Digitized by Google

VIII. Fortgang der holländischen Ereignisse.

Im Oktober entschloß sich Friedrich Wilhelm, die Regelung der holländischen Angelegenheiten Frankreich zu überlassen.[1] Seiner Schwester schrieb er[2], England sei mehr als Preußen an einer Umwälzung in Holland interessiert, es möge sich denn auch für den Statthalter in die Bresche stellen. Die Hoffnung Harris'[3], daß Preußen nicht mehr zurück könne, wenigstens nicht ohne Verlust an Ansehen, hatte der König damit zu schanden gemacht; der Verlust an Ansehen war aber auch bei England und bei den Patrioten, die vor Preußen jetzt sicher zu sein glaubten, beträchtlich und machte sich später bei der Entscheidung geltend.

Görtz in Holland war ganz unter den Einfluß der Prinzessin gekommen; seine englischen Neigungen verführten ihn, Harris gegenüber den Wunsch Preußens nach einem englischen Bündnis auszusprechen; er trat in intimen Verkehr mit ihm, was in Frankreich höchlichst mißfiel. Dazwischen versuchte er eine Einigung der Demokratie mit dem Statthalter herbeizuführen, ein stark verspäteter Versuch, der mißlang. Seine Stellung war eine nutzlose und höchst peinliche; wiederholt bat er um seine Rückberufung.

Frankreichs Interesse konzentrierte sich auf die Abschaffung der Reglemente; der freien Wahl sollte Raum gegeben werden und damit die Macht der Regenten in den Reglementsprovinzen gebrochen werden. Gegen Verzicht auf die Reglemente erklärte er sich im September noch Preußen gegenüber bereit, dem Statthalter das Kommando im Haag in beschränkter Form zurückzugeben[4]; nach der Exekutionsepisode in Geldern nahm es diesen Vorschlag zurück. Jedenfalls gedachte Vergennes aus dem Kommando wie später aus den andern militärischen Ämtern

Digitized by Google

ein Verhandlungsobjekt für die Reglemente zu machen. Schon aber lag die Beilegung des Streites nicht mehr in Frankreichs Macht. Die Patrioten und der Statthalter beharrten unbeugsam auf ihrem Standpunkt und setzten sich über alle Vermittlungsversuche hinweg; zwischen ihnen mußte die Entscheidung allem Anschein nach fallen. Die Partei des Statthalters machte Fortschritte mit dem Anwachsen der demokratischen Strömung in der patriotischen Partei und der immer anmaßenderen Stellung Hollands gegenüber den andern Provinzen. England riß infolge der Schwankungen Preußens allmählich allen Einfluß an sich; die preußische Vermittlung wurde immer unangebrachter.

Diese besorglichen Umstände und die Furcht, Preußen, wenn man es noch länger mit Versprechungen hinhalte, zu einem Abkommen mit England zu treiben, bewogen Vergennes endlich zu der Gesandtschaft seines vertrauten Gehülfen Rayneval nach dem Haag. Durch sie wurde Preußen neutralisiert.[5] Obwohl aber Frankreich im Laufe der sich hinziehenden Verhandlungen zu einer Reform, nicht Abschaffung, der Reglemente sich bereit erklärte, gab der Statthalter, gedrängt von den Regenten von Amersfort und Geldern und von Harris, keinen Schritt nach. Er verschanzte sich hinter der Weigerung der Regenten, eine vermittelnde Einmischung Hollands in ihre Angelegenheiten zu dulden. Seine militärischen Ämter forderte er als seine verfassungsmäßigen Rechte zurück; die von Preußen dringend verlangte Vorlegung eines Versöhnungsplanes lehnte er ab. Harris arbeitete natürlich gegen jede unter französisch-preußischer Leitung stattfindende Beilegung des Zwistes. Wilhelmine forderte schließlich selbst in Berlin den Abbruch der Verhandlungen, da jede Versöhnung ausgeschlossen sei. Rayneval und Görtz reisten ab; die Entscheidung schien den streitenden Parteien überlassen.

Digitized by Google

Preußen jedoch blieb bei halben Maßregeln, da es ſich einmal zu tief in die holländiſchen Angelegenheiten eingelaſſen hatte. Hertzberg arbeitete an einem neuen Verſöhnungsplan, mit Frankreich wurde weiter verhandelt; aber Wilhelmine lehnte alles ab. Dabei ließ ſie nichts unverſucht, Friedrich Wilhelm zu ſich herüberzuziehen, da ſie eines Erfolges nur bei dem Zuſammenwirken Englands und Preußens ſicher ſein konnte. Das engliſche Miniſterium war entſchloſſen, ſich vorerſt nicht zu kompromittieren; Harris hatte trotz allen Drängens nur den Auftrag erhalten, eine ſtarke Partei für den geeigneten Augenblick zuſammenzuhalten.[6] Frankreich hatte alſo durch ſein Entgegenkommen nichts erreicht; auf das empfindlichſte war es auf die Grenzen ſeiner Macht in Holland hingewieſen worden und hatte zum erſtenmal ernſten Widerſtand von ſeiten des Statthalters verſpürt. Seiner Verpflichtungen Preußen gegenüber hielt es ſich für entledigt; jede Teilnahme an dem Los des Statthalters lehnte es von jetzt an ab, die Patrioten ſollten freies Spiel haben. Noch Vergennes bezeichnete es aber als den weſentlichen Punkt der franzöſiſchen Politik, daß die Demokratie bei den jetzt folgenden Ereigniſſen nicht das Heft in die Hand bekomme.[7] Durch ſeine Krankheit und ſeinen Tod blieben die Patrioten aber für einige Zeit ſich ſelbſt überlaſſen. Sie beſchloſſen noch mit Frankreichs Zuſtimmung, eine Inſtruktion für den Statthalter in Holland zu beraten, dann aber, um die Demokratie ſich zu verpflichten, eine Reform der Verfaſſung im demokratiſchen Sinn in Angriff zu nehmen. Frankreich entſchied ſich dafür, ſie in ihrer Majorität zu erhalten, ein zu weites Nachgeben gegenüber der Demokratie aber abzulehnen.[8]

Dieſe Gefahren trieben die Amſterdamer Regenten zu entſcheidenderen Schritten. Sie einigten ſich mit dem Statthalter auf einen Vergleich, in dem dieſer einige ſeiner Rechte zu modifizieren verſprach. Ihr Entſchluß kam zu ſpät. Die Hafen-

Digitized by Google

arbeiter Amsterdams, mißtrauisch gegen die Regenten und stramm oranisch gesinnt, weigerten die Unterstützung. Die Patrioten benutzten dies, einen Teil der Regenten durch einen Volksauflauf absetzen zu lassen; in Rotterdam geschah dasselbe. Damit war der Übergang der patriotischen Partei zur revolutionären Demokratie entschieden; in ihrer Stellung bedroht und eigentlich schon in der Minorität, führte sie ein Gewaltregiment in der Provinz Holland ein. Nach einem vergeblichen Versuch der Staaten von Amersfort, Utrecht von Holland abzuschneiden, rückten holländische Truppen in Utrecht ein, die Truppen von Geldern und Amersfort wurden vereint und der Statthalter erklärte sich offen und scharf gegen die Demokratie, was mehr dem englischen Interesse als seiner Stellung als Staatsoberhaupt entsprach. Die Parteien standen sich schärfer denn je gegenüber.

Harris hatte sein Ziel, den Statthalter zu einer entscheidenden Stellungnahme zu treiben, erreicht; er sah jetzt den Augenblick für ein wirkliches Eingreifen Englands als gekommen an. Er übersandte ein Hülfsgesuch Wilhelminens; auf sein Drängen wurde er nach London berufen und brachte ein Gesuch des Statthalters an den König mit. Es gelang ihm, Pitt zu schärferen Maßregeln zu überreden. Er wies darauf hin, daß jetzt ein fremder Staat dieselbe Rolle bei den Antipatrioten übernehmen müsse wie Frankreich bei den Patrioten. Die Überzeugung, die Harris vertrat, daß Frankreich sich nur auf die Dauer zum Kampf gegen England, besonders in Indien, rüsten und zu diesem Zweck allein Holland festhalten wolle, überwog auch bei Pitt. Die augenblickliche Schwäche Frankreichs schloß aber die Inangriffnahme solcher Offensivpläne aus und bot vielmehr für England die Gelegenheit, sie im Keime zu ersticken. Die im ganzen erheblich verbesserte Lage des Statthalters, dessen Schicksal jetzt in Englands Händen lag,

Digitized by Google

wenn er nicht den verzweifelten Entschluß fassen wollte, sich bedingungslos in Frankreichs Arme zu werfen, und zugleich die Notwendigkeit, ihm für sein Heer die nötigen Geldmittel zu verschaffen, um ihn seiner Stellung zu erhalten, gaben den Ausschlag. Man kam in London zu dem Entschluß, endlich aus der weise beobachteten Zurückhaltung herauszutreten, um der Thätigkeit des Gesandten im Haag durch bestimmte Handlungen und Versprechungen den Stempel aufzudrücken.[9] Bei seiner Rückkehr im Juni ließ Harris den Statthalterfreunden versichern, England werde sie nicht im Stich lassen. 100000 fl. wurden Geldern monatlich überwiesen zur Erhaltung der Truppen, die sich stetig durch Desertation aus den holländischen Regimentern vermehrten. England versprach, sich in jede Verhandlung über das Schicksal der Republik miteinzumischen.[10] Frankreich, das in gleicher Weise die patriotische Kriegskasse unterstützte, war dem gegenüber in höchst peinlicher Lage. Montmorin, der Nachfolger Vergennes', war im März so weit gegangen, in Berlin wieder eine Rückgabe der militärischen Ämter anzubieten, wenn der Statthalter sich unter Preußens Bürgschaft zu einer Modifikation der Reglemente bereit finde.[11] Wilhelmine wies aber jede Verhandlung vor der Wiedereinsetzung des Statthalters in seine Ämter ab; sie wünschte eine Entscheidung durch die Waffen. Auch Harris arbeitete jetzt auf den offenen Krieg hin. Sein Streben war, die Majorität in den Generalstaaten zu erhalten, nötigenfalls in einer getrennten Union[12]; Seeland, Amersfort, Geldern und Friesland hielten noch zusammen. Holland erklärte seinen offenen Bruch mit den Generalstaaten, gewann aber doch durch Einschiebung der Deputierten für Utrecht-Stadt und durch den Präsidenten zeitweise die Majorität. Harris parierte das durch Gewinnung der Exekutivbehörde, die sich den Anordnungen der Generalstaaten widersetzte.

Digitized by Google

Der von Harris gebilligte kühne Entschluß Wilhelminens, nach dem Haag zu reisen, brachte die Entscheidung. Die Patrioten mußten sich erklären; ihre Politik, Zeit zur Verstärkung ihrer Partei zu gewinnen, mußte durchkreuzt werden. Durch die Anwesenheit der Prinzessin im Haag konnte die Statthalterpartei dort organisiert und womöglich zu einer glücklichen Revolution geführt werden. Als die Reise mißlang, ersahen Wilhelmine und England sofort die Gelegenheit, Preußen in ihr Spiel zu ziehen. Die Patrioten hatten nur aus Selbsterhaltungstrieb gehandelt, als sie Wilhelmine aufhielten; ihre That leitete dennoch das Ende ihrer Herrschaft ein. Preußen und Frankreich waren überrumpelt.

Anfang Juni hatte Frankreich sich entschlossen, seine Vermittlung in Holland betreiben zu lassen; Preußen sollte nur zugezogen werden, wenn die Anrufung Frankreichs durch die Statthalterprovinzen sonst nicht zu erreichen war.[13]

Friedrich Wilhelm war um dieselbe Zeit fest entschlossen gewesen, sich durch nichts hinreißen zu lassen; Hertzbergs fortwährendes Drängen auf preußische Unterstützung des Statthalters lehnte er ab. Er glaubte nicht an Englands Entschluß, ein bewaffnetes Eingreifen Frankreichs nicht zulassen zu wollen; die Unterstützung des Statthalterheeres durch englisches Geld sah er trotzdem gern. Jetzt fiel die Entscheidung erst auf Forderung der Freilassung Wilhelminens, dann der Genugthuung und, bei der ablehnenden Haltung Hollands, auf Mobilmachung. Hertzberg sagte beim Eintreffen der ersten Nachricht: „So ist's also entschieden!"[14]

Digitized by Google

IX. Französische Friedens- und Handelspolitik.

Die Krisis, in die Frankreich jetzt eintrat, hatte sich in seiner äußeren und inneren Politik vorbereitet. Es hatte seine Friedensbestrebungen nach allen Seiten hin fortgesetzt. Neben den Vermittlungen dienten die Handelsverträge diesem Zweck; durch den Handel hoffte man auch die Finanzen und die bei steigender Einfuhr und sinkender Ausfuhr seit 1783 sich immer ungünstiger gestaltende Handelsbilanz aufzubessern.[1]

Der letzte Versuch, sich durch Krieg ein neues Handelsgebiet zu sichern, konnte als mißglückt angesehen werden. Der englisch-amerikanische Handel hob sich zusehends; selbst in Westindien schlug der englische Handel den durch größere Besitzungen begünstigten französisch-spanischen Handel aus dem Feld.[2] Der holländische Handel hatte durch den Krieg nicht wieder einzubringende Verluste erlitten; Hollands Ostseehandel, der für Frankreich wichtig war, war um die Hälfte gesunken.[3] Ein französisch-holländischer Handelsvertrag kam nicht zu stand, so wenig wie ein solcher zwischen England und Holland. Wohl aber machten sich die großen Handelsinteressen, die Holland mit England verbanden, immer stärker geltend; am stärksten geschah dies in Seeland, das von dem Handel nach und von England lebte.[4] Die Versuche Frankreichs, sich durch die patriotische Partei einen entscheidenden Einfluß auf die ostindische Handelskompagnie Hollands zu sichern, waren mit an eben diesen Interessen gescheitert. Frankreich hatte auch nur einen geringen Eifer dabei gezeigt. Sie erforderten eine offene und rücksichtslose Stellungnahme gegen England, das eine Verstärkung der holländisch-französischen Machtstellung in den Kolonien als den Ausdruck einer offensiven Politik Frankreichs in Indien be-

Digitized by Google

trachten mußte. Vergennes war von der Unausführbarkeit einer solchen Politik so fest überzeugt, daß er gerade zur selben Zeit durch den Handelsvertrag mit England ein friedliches Verhältnis zu dem englischen Rivalen anstrebte. So unterblieb denn ein offizieller französischer Antrag im Haag auf eine gemeinsame Verstärkung der Kolonialmacht, der allein Seeland und die widerspenstigen Regenten zum Nachgeben gezwungen hätte, und damit zerfielen alle diese Pläne. Ebenso scheiterte der Versuch eines Handelsvertrages mit Ägypten, der den Nil und das rote Meer und damit den zweiten Weg nach Ostindien für Frankreich öffnen sollte, nachdem er sich mit dem holländischen Bündnis auf dem Hauptwege durch die Stützpunkte des Kap, der Île de France und Ceylons das Übergewicht gesichert zu haben schien. England und Rußland hatten dagegen gearbeitet; die Türkei machte den französischen Hoffnungen ein Ende durch Verweigerung ihrer Zustimmung und schließlich durch die Unterwerfung Ägyptens Ende 1786; ein Zeichen, wie tief der französische Einfluß bei der Pforte erschüttert war. Trotzdem hob sich der Levantehandel Frankreichs bedeutend.[6]

Der Handelsvertrag mit England, zu dem man dieses durch Prohibitivzölle seit 1785 geneigt gemacht hatte[7], bedeutete den vorläufigen Verzicht Frankreichs auf alle diese Pläne. Die Art, wie er abgeschlossen wurde, zeigte deutlich, daß man sich durch politische Interessen bestimmen ließ; in fast allen Punkten gab Frankreich in einer Weise nach, die bei dem englischen Ministerium den Verdacht erweckte, daß es Hintergedanken dabei habe.[8] Vergennes bezeichnete den Handelsvertrag als ein Zeichen der entschlossenen Friedenspolitik Frankreichs.[9] Im September 1786 kam er zum Abschluß. Die französischen Minister waren sich klar darüber, daß er zunächst zum Ruin eines Teils der französischen Industrie führen mußte[10], was auch eintrat. Möglich ist allerdings, daß sie an die bedeutende Überlegenheit

Digitized by Google

Frankreichs auf die Dauer glaubten, zunächst den Finanzgewinn aus dem sich steigernden Handelsverkehr einbringen[11] und zugleich englisches Kapital für die dringenden Staatsanleihen heranziehen wollten. Durch den Handelsvertrag glaubten sie jedenfalls, England an der Erhaltung des Friedens zu interessieren[12] und über den gefährlichen Gegensatz in Holland und Indien hinwegtäuschen und beruhigen zu können. Die erste Absicht gelang in gewissem Sinne, die zweite nicht. England nahm das Geschenk an und erwiderte die freundschaftlichen Versicherungen Frankreichs, keinen Augenblick aber ließ es das von Frankreich durch das holländische Bündnis errungene Übergewicht aus den Augen. Nicht zum wenigsten war das französische Entgegenkommen auch durch die Rücksicht auf die liberalen Geld- und Handelskreise und auf die wachsende Opposition im Innern überhaupt bestimmt*).

* R. Stourm (Les finances de l'ancien régime et de la Révol. II. 1—60) sieht in dem Handelsvertrag den Sieg der Freihandelsgedanken und die Absicht der französischen Minister, durch die englische Konkurrenz die französische Industrie neu zu beleben und zu bessern. Er kommt zu diesem Resultat unter Ignorierung der auswärtigen Politik. Es soll durchaus nicht geleugnet werden, daß solche Erwägungen und das Vertrauen auf die ursprüngliche Kraft der französischen Industrie wirksam waren. Dies allein erklärt aber nicht das schnelle und durchgängige Nachgeben Frankreichs in den wichtigsten Fragen, über das Stourm S. 58 urteilt: „Le gouv. français au moment de conclure avec l'Angleterre malgré la longueur de négociations ultérieures, se laissa pour ainsi dire, prendre au dépourvu. Das erste Projekt wurde in einem Monat festgestellt. Die Vorrangsstellung der portugiesischen Weine nach dem Methuenvertrag war den französischen Unterhändlern natürlich genau bekannt. Vgl. Auckland J. I. 116. Dann sagt Stourm S. 59: „Un tel programme ne recherchait pas le succès immédiat il visait au contraire un avenir lointain. Il lui fallait un long espace de temps pour se développer.“ Es fragt sich, ob die finanzielle Lage Frankreichs zu einem solchen Experiment, das, wie die Minister wußten, zunächst einen beträchtlichen Teil der französischen Industrie lahmlegen müßte, angethan war, falls nicht ein augenblicklicher Vorteil herausſprang. Es müssen eben zu dem französischen Entschlusse wichtige Augenblickserwägungen der äußeren und

Digitized by Google

Diese sah Frankreich auf allen Seiten von Österreich übervorteilt und gehindert, seine Interessen im Osten mit Nachdruck zu vertreten. Das Versailler Bündnis hatte die tiefen Gegensätze der beiden Mächte in der Türkei und Deutschland, in Polen und Italien nicht überbrücken können. Nicht mit Unrecht sah man in Marie Antoinette die Vertreterin österreichischer Interessen am eignen Hofe, der zuliebe ein scharfes Auftreten gegen Österreich unmöglich war. Das österreichische System wurde diktiert durch die Gegnerschaft gegen England; Frankreich sollte gegen diesen Feind freie Hand haben und seine Kraft auf das Meer konzentrieren können. Der Krieg mit England aber hatte den Verlust Kanadas und Indiens

inneren Politik beigetragen haben. Inwieweit bei der englandfreundlichen Stimmung einzelner französischer Staatsmänner die Spekulation in englischen Fonds mitgespielt hat, ist nicht zu entscheiden. Nach Eden (an Pitt. 3. November 1789, Auckl. J. S. 279) ist dieser Vorwurf schon 1783 gegen Rayneval, den jüngeren Vergennes und St. Foi erhoben worden. Für letzteren, den Freund Talleyrands, will E. nicht bürgen; selbst königliche Prinzen spekulierten nach ihm in England (wohl in erster Linie Orleans). Auch als Anleihemarkt kam England sehr in Betracht, und solche Märkte brauchte man so nötig, daß man sich selbst an Preußen heranmachte (vgl. Wild S. 188, Talleyrand an Mirabeau, 9. Oktober 1786). Es ist nicht undenkbar, daß die Begeisterung Mirabeaus und Talleyrands für ein englisches Bündnis auf ihren Beziehungen zu Finanzkreisen beruhte. Ein scharfes Licht auf den Einfluß der Börse während der Revolution wirft die Erzählung Marets (Malmesb. D. III 502, 3, erwähnt bei Lecky VIII 146 Anm. 2), nach der durch das Betreiben französischer Baissespekulanten der Friede zwischen England und Frankreich nicht erhalten werden konnte. Burcke weist in seiner „Reflections on the Revolution" mit Energie auf die Verbindung des „monied interest" mit den „political men of letters" hin, die nach ihm den merkwürdigen Umstand zeitigte, daß eine demokratische Versammlung den eklatantesten Mißbrauch der königlichen Gewalt, die Verpachtung der Staatseinnahmen, weniger angriff als alles, was die Spekulation von dem Grundbesitz fernhielt. England konnte die Popularität bei der destruktiven liberalen Partei Frankreichs nur erwünscht sein; es mußte sogar wünschen, diese Partei zu stärken.

Digitized by Google

herbeigeführt, Verluste, die durch den Erfolg des amerikanischen Krieges keineswegs ausgeglichen waren. Die unglückliche Zwitterstellung Frankreichs als Land- und Seemacht mit vorwiegend überseeischen Interessen, während die kontinentalen Interessen in Österreichs nicht eben freundlichen Händen lagen, hatten zur Überanstrengung, zur Zersplitternng der Kräfte und schließlich zum Ruin der Finanzen geführt. Zu einem Systemwechsel, wie die Opposition ihn mit Recht anstrebte, war es aber jetzt zu spät. In Frankreich wie in England traten Strömungen zu Tage, die auf eine Beilegung des alten Zwistes angesichts der großen Gefahren für beide Mächte im Osten hindrängten[13], auf beiden Seiten aber war die holländische Frage der Damm, der eine Vereinigung dieser Strömungen hinderte. Vor und nach dem amerikanischen Kriege waren Versuche in dieser Richtung unternommen worden, sofort nach der Entscheidung in Holland wurden sie wieder aufgenommen.

Auch Rußland versuchte Frankreich durch den Handel an sich zu knüpfen. Der französische Plan war, die Türkei und das Schwarze Meer für den Handel aufzuschließen; dadurch sollte eine Handelsverbindung zwischen Frankreich und Rußland geschaffen und der baltische Handel, der nach dem Kriege mehr denn je in Englands Händen lag, in seiner Bedeutung für Frankreich zurückgedrängt werden.[14] Rußland hatte sich die Durchfahrt für Handelsschiffe durch die Dardanellen gesichert; diese Frankreich auch zu verschaffen lag ihm fern. Dagegen wollte Katharina sich den französischen Einfluß in der Türkei ganz dienstbar machen, was zugleich das französische Ansehen dort schwächte. Man spielte in Rußland mit dem Gedanken, Frankreich einen Anteil an der Türkenbeute zu gönnen. Potemkin sprach dies offen genug auf der Chersonreise Ségur gegenüber aus[15]; der Gedanke Josephs hatte also in Rußland gewirkt. Die gemeinsamen Kulturinteressen wurden mit schlauer

Digitized by Google

Berechnung gegenüber den auf ihre Kultur eitlen Franzosen betont und Kreta oder Ägypten als das Erwerbsstück für Frankreich bezeichnet. Zudem war ein französisch-russischer Handelsvertrag ein Schlag gegen England und ein Schritt mehr, sich von ihm unabhängig zu machen. Die Bildung einer russischen Handelsflotte und damit einer russischen Seemacht, die Katharina besonders am Herzen lag, war durch das Übergewicht der englischen Handels- und Kriegsmarine und deren monopolartige Stellung im Baltischen Meer erschwert. Ein Abschluß mit Frankreich, das nur eine sehr geringe Handelsflotte im Baltischen Meer und keinen Zugang zum Schwarzen Meer hatte, bot für Rußland eher die Möglichkeit zum Ausbau der eignen Seekräfte.

Schon Anfang 1786 war bei der Eröffnung der russisch-englischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag die feindliche Forderung der Aufnahme der Seeneutralität gestellt worden, obwohl Katharina damals noch das holländisch-französische Bündnis beunruhigte. Die französisch-österreichische Agitation wegen des Fürstenbundes gegen England und gegen Preußen, dem Joseph sogar agressive Tendenzen in der Türkei unterlegte[16], hatte also gewirkt. Mehr und mehr entwickelte sich das russisch-englische Verhältnis zu der Fragestellung, wer den andern zum Nachgeben bringen könnte. England drohte mit Repressalien, die angesichts der bedeutenden Macht der englischen Kaufleute in Petersburg für Rußland nicht ungefährlich waren.[17] Auch während der provisorischen Verlängerung des bestehenden Vertrages bis zum Januar 1787 kam eine Einigung nicht zustande. Das russische Ultimatum vom 29. Dezember 1786 wurde von England gerade zur Zeit der neuauftauchenden russisch-türkischen Streitigkeiten verworfen.[18] Nachdem England sich lange genug im Interesse eines gütlichen Ausgleichs die russischen Balancierkunststücke zwischen England und Frankreich

Digitized by Google

hatte gefallen lassen, mußte es jetzt wünschen, mit Hülfe der Schwierigkeiten Rußlands in der Türkei, durch Zwang den russischen Seehandel in seine Unselbständigkeit und unter die englische Botmäßigkeit zurückzubringen. Zunächst wurde England von Rußland zu der Stellung der am wenigsten begünstigten Macht im Handel herabgedrückt. Im Gegensatz dazu kam im Januar 1887 der russisch-französische Handelsvertrag zustande.[19] Damit wurde die Entfremdung zwischen England und Rußland besiegelt, aber auch die Feindschaft Englands gegen Frankreich auf das höchste gesteigert. Rußland hatte zum erstenmal ernst mit seiner Schwenkung zu Frankreich gemacht. Der Vertrag wurde abgeschlossen auf der Reise nach Cherson mit seiner Berechnung Katharinas, da dadurch, wie durch die Anwesenheit Ségurs bei dieser Reise überhaupt, die antitürkische Demonstration derselben durch den scheinbaren Beitritt Frankreichs neben Österreich verstärkt wurde. Er war ein Schritt mehr, Frankreich von der Türkei loszulösen und das Mißtrauen der Pforte gegen ihren alten Bundesgenossen zu erhöhen.

In allen seinen auswärtigen Beziehungen, bei den Patrioten, bei England und den Kaiserhöfen war Frankreich in die Rolle des Geschobenwerdens herabgedrückt. Dazu kamen die inneren Schwierigkeiten. Die Notabeln, zu deren Einberufung sich Calonne angesichts der wachsenden Finanzschwierigkeiten und der Opposition der Parlamente entschlossen hatte, traten Anfang 1787 zusammen. Durch ihr bei der jetzigen Lage, in der alles auf eine schleunige Sanierung der Finanzen ankam, höchst unangebrachtes Verlangen, durch die Finanzkontrolle ihre Autorität auf Kosten der Krone zu verstärken, anstatt die reichlich dargebotenen Reformen anzunehmen, bildeten sie einen bedenklichen Hemmschuh für die auswärtige Politik Frankreichs, während bisher Calonne[20] den für eine solche unbedingt notwendigen Schein der französischen Kreditfähigkeit glänzend aufrecht er-

Digitized by Google

halten hatte. Der Sturz Calonnes bedeutete eine schwere Erschütterung der königlichen Autorität, die bei der schwierigen auswärtigen Lage ungeschmälert aufrechtzuerhalten dringender denn je nötig gewesen wäre. Carmarthen, der Harris' Angriffslust in Holland teilte, und Hertzberg in Preußen[21] verfehlten nicht, auf diese Ereignisse, die Frankreich zum Frieden und damit zum Zurückweichen zwangen, hinzuweisen. Der Tod Vergennes' gerade in dem Augenblick, als seine Vermittlungspolitik in Holland zu scheitern drohte, erwies sich als nicht weniger unheilvoll. Er hatte es bis zuletzt glänzend verstanden, sein Friedenssystem durch immer neue Wendungen festzuhalten, und war auch noch aller Schwierigkeiten Herr geworden. So glaubte man in Paris im Vertrauen auf die aus seiner unvergleichlichen geographischen Lage entspringende natürliche Kraft Frankreichs noch bis zum letzten Augenblick, alle Fäden in der Hand zu halten.[22] In Wahrheit drängten die offensiven Mächte unaufhaltsam vorwärts und ihr Weg ging schließlich über das stillstehende Frankreich hinweg. Das System, mit allen gut zu stehen und doch alle gegeneinander auszuspielen, hatte auch gegen Frankreich nur Mißtrauen erweckt und die Überzeugung, daß Frankreich schwach sei. Das System, überall, auch in Handelsfragen, nachzugeben, um auf diese passive Weise Vorteile zu erlangen, hatte nur die Gier des Auslandes gesteigert. Die Vereinigung innerer Reformen mit einer energischen auswärtigen Politik war hauptsächlich durch die Schuld der oppositionellen Elemente unmöglich gemacht worden, und so scheiterten beide. Als die beiden defensiven Mächte, Preußen und die Türkei, sich auch der Offensive zuwandten, da zeigte sich, daß Frankreich isoliert war und die Katastrophe brach herein. Die alte Lehre, daß es im Staatenleben nur ein Vorwärts oder Zurück, kein Stillstehen und Sichausruhen ohne Verlust giebt, war um einen Beweis reicher. Daß Preußen nicht demselben

Digitized by Google

ihm drohenden Schicksal verfiel, war dem Zusammenwirken von England, Wilhelmine und Hertzberg zu danken.

X. Vorbereitungen zum Feldzug.

Nach der Reise der Prinzessin lassen sich mehrere Etappen in der Stimmung des Berliner Hofes unterscheiden. Dem ersten spontanen Befehl des Königs, mit Drohungen die Freilassung der Prinzessin und Genugthuung zu fordern, zu dem, auch von Finkenstein unterstützt, der Befehl einer Truppenkonzentration in Wesel kommt, folgt ein starkes Abflauen der kriegerischen Gedanken. Die gerade um diese Zeit eintreffende Nachricht, daß Frankreich einer Teilnahme Preußens an der holländischen Vermittlung nicht entgegen sei, was einem lebhaften Wunsch Preußens entsprach, mag dazu mitgewirkt haben. Entscheidend aber war noch immer die Furcht, daß der Fürstenbund durch eine agressive preußische Politik Schaden leiden könne und daß man sich mit Frankreich überwerfe; Friedrich Wilhelm schwankte, ob er nicht den Rüstungsbefehl zurücknehmen und sich mit einer oberflächlichen Genugthuung zufrieden geben sollte.[1]

Bischoffwerder unterstützte um diese Zeit mit dem Grafen Brühl die energische Politik Hertzbergs; er stattete ihm Berichte über die Stimmung des Königs ab und trat in Beziehung zu Ewart[2], um sich selbst über die Stellungnahme der englischen Politik zu vergewissern. Thulemeier hatte den Entschluß Pitts, England ganz von dem holländischen Streit fernzuhalten, gemeldet, was Friedrich Wilhelm mit großer Besorgnis erfüllte. Bischoffwerder fragte deshalb bei Ewart, der ihn seinem Ministerium als den einzigen bezeichnete, der in auswärtigen Angelegenheiten Einfluß besitze, über diesen Punkt an. Ewart

Digitized by Google

erklärte diese Nachricht als französische Ausstreuung und berichtete sofort nach London.

Für die Vermittlung in Holland war man in Preußen Feuer und Flamme. Man wandte sich sogleich an Frankreich, um es auch zur Mitwirkung bei der Genugthuungsforderung zu bewegen. Goltz sollte dabei versichern, Preußen wolle das Statthalteramt in einen verfassungsmäßigen und erträglichen Zustand bringen.[3] Frankreich betonte bei seiner Erklärung über die preußische Vermittlung, eine Beruhigung der Provinzen sei vorerst nötig, dann könne man sich mit dem Statthalter beschäftigen; es denke nicht an eine Beseitigung desselben, er müsse aber sein Benehmen ändern und die Feindseligkeiten einstellen.[4] Trotzdem England schon angemeldet hatte, daß die Unabhängigkeit Hollands ihm äußerst wichtig sei, Holland nicht eine französische Provinz werden dürfe und daß England sich keineswegs auf eine Nichteinmischung festlege, waren Friedrich Wilhelm und Finkenstein sich darüber einig, daß es aus der Vermittlung ausgeschlossen bleiben müsse.[5] Finkenstein betonte in einer Unterredung mit Ewart, Preußen sei noch in Verhandlung mit Frankreich und hoffe auf ein Abkommen mit ihm. Auf Befehl des Königs machte er dann Ewart oberflächlich mit dem Stand der Verhandlungen bekannt und wies darauf hin, die österreichische Gefahr hindere Preußen in seinem Eintreten für den Statthalter. Dabei ermahnte er den König wieder, die bewaffnete Vermittlung mit Frankreich zusammen sei der beste Weg.[6]

Hertzberg hatte nach der Reise der Prinzessin eine etwas freiere Stellung gewonnen. Er sah, daß Frankreich um jeden Preis einen Krieg zu vermeiden wünsche.[7] Er beantragte daher, in einer note verbale die preußischen Präliminarien für die Verhandlung aufzustellen. Am 16. Juli wurden entsprechend seinem Antrag dieselben Faciola mitgeteilt. Sie bestimmen,

Digitized by Google

obwohl sie infolge der schlechten Berichte Thulemeiers die Sachlage in Holland nicht vollständig erfassen, die ganze Folgezeit bis zu der Krisis und zeigen, daß Hertzberg fest entschlossen war, die günstige Stellung Preußens, die er eigentlich allein erkannte, voll auszunützen und endlich einmal Frankreich gegenüber eine entschiedene Stellung einzunehmen, was seit Jahren nicht mehr geschehen war. Im Eingang der Note[8] wurde betont, die Sache des Statthalters sei nicht von der der Provinzen zu trennen. Dann wurde verlangt, die Provinz Holland dürfe sich in die Regelung der Verhältnisse der anderen Provinzen nicht einmischen. Dieses war der wichtigste Punkt, den Wilhelmine dauernd gefordert hatte in Übereinstimmung mit den Staaten der Statthalterprovinzen; er schloß das von Frankreich geplante Tauschgeschäft, die militärischen Ämter in Holland dem Statthalter für die Aufgabe der Reglemente zurückzugeben, von vornherein aus. Der Satz: „Das Amt des Statthalters gehört zur Verfassung" wurde der steten Behauptung Frankreichs und der Patrioten, der Statthalter sei nur ein Diener der Republik, entgegengehalten. Ein Waffenstillstand und die Räumung der Stadt Utrecht durch die beiderseitigen Truppen wurde verlangt. Die Vermittlung zwischen der Provinz Holland und Wilhelm V. als Statthalter und Inhaber der militärischen Ämter sollten die Mächte auf der Basis der Rückgabe des Kommandos im Haag und der Militärgewalt an ihn übernehmen. In dem Streit der Utrechter Staaten sollten Frankreich und Preußen oder die Generalstaaten oder alle drei zusammen vermitteln. Ein Verbot der Streitschriften sollte ergehen. Vor der Vermittlung aber müsse die Genugthuung seitens der Generalstaaten und der Staaten von Holland mit einer Einladung der Prinzessin nach dem Haag erfolgen. Diese Bedingungen nahmen das meiste, worüber Frankreich zu verhandeln gedacht hatte, vorweg; daß Frankreich sie als diskutabel

Digitized by Google

annahm, zeigte, auf welchem Punkt es in seinem notgedrungenen Entgegenkommen gegen Preußen angelangt war. Auch zur Betreibung der Genugthuung in angemessener Form hatte sich Montmorin trotz seiner Mißbilligung des Unternehmens der Prinzessin bereit erklärt.[9] Die Ablehnung der Genugthuung durch die Staaten von Holland erfolgte ohne Befragung Frankreichs, das damit wieder vor ein Faktum gestellt wurde.

In Preußen hatte man sich auch unterdessen entschlossen, die Rüstung zu einer bewaffneten Vermittlung zu benutzen. Auf den Wunsch Ewarts, der Englands Bedauern über die Beleidigung Wilhelminens aussprach, Preußens weitere Schritte zu erfahren, antwortete Finkenstein[10] höflich, aber ablehnend, und auf die englische Anfrage, ob Preußen in Holland eingreifen wolle, wenn England ihm eine Neutralitätserklärung Österreichs beibringe, gab er keine Antwort. Man war entschlossen, die Teilnahme Englands zu vermeiden. Wie wenig dies möglich war, zeigte der Umstand, daß weder die Statthalterprovinzen noch die statthalterische Minorität in Holland Anstalten traf, die preußisch-französische Vermittlung anzunehmen.

Wilhelmine gedachte die Lage nach Kräften auszunutzen; sie schrieb dem König, ihre Sache sei jetzt die seine, sein Ruf stände auf dem Spiel. Ein vollständiger Feldzugsplan wurde von ihr für den Einmarsch der preußischen Truppen entworfen, den das Ministerium natürlich vorerst ablehnte. Finkenstein stellte die dringende Anforderung an Friedrich Wilhelm, er solle seiner Schwester klar machen, das Heer sei nur zum Betreiben der Genugthuung da, was Friedrich Wilhelm auch befolgte.[11] Wilhelmine ruhte aber nicht, den König darauf aufmerksam zu machen, daß die preußisch-französische Vermittlung nicht angenommen werden würde. Sie sprach erst von einer Anrufung aller Nachbarn, also auch Österreichs, und erklärte endlich, Österreich könne man vielleicht vermeiden, England

Digitized by Google

keinenfalls. Sie schickte den Erzieher ihrer Söhne, den früheren preußischen Hauptmann Stamford, nach Berlin, der erklärte: England sucht eine Kontinentalverbindung, geht Preußen auf seine Anträge nicht ein, so schließt England mit Österreich ab. Hannover, Braunschweig und andere von ihm abhängige deutsche Fürsten kann es dann durch Subsidien zu einem Bunde zusammenschließen. Also auch von dieser Seite wirkte man auf die deutschen Neigungen des Königs ein; Harris hatte jedenfalls diese Einschüchterung mit ausgedacht. Stamford ließ aber zu deutlich die Luft nach Krieg durchblicken, was den König abstieß.[12]

Wie verfehlt aber die Unterschätzung Englands durch Friedrich Wilhelm und Finkenstein war, zeigte sich Ende Juli, als die Kunde kam, Frankreich willige in Englands Teilnahme an der Vermittlung ein. Das Ministerium ersah daraus, wie schwach eigentlich die Stellung Frankreichs war. Auf Vorstellungen Faciolas wegen der preußischen Rüstungen erwiderte Finkenstein[13], die französische Truppenansammlung in Givet, mit der Frankreich gedroht hatte, sei Preußen erwünscht; die Vermittlung solle so zu einer bewaffneten gemacht werden. Die englische Vermittlung bezeichnete er offen als eine Erschwerung; Preußen sei in dieser Frage mit Frankreich ganz einig. Dabei wußte er schon um die Neigung Frankreichs, England zuzulassen.

Auf die Anfrage Bischoffwerders hin, die die Gefahr der Frankreich freundlichen Intriguen am preußischen Hofe zeigte, entschloß sich das englische Ministerium zu einem entscheidenden Schritt. Ewart überreichte am 26. Juli[14] einem Vertrauensmann Bischoffwerders, der in Verbindung mit ihm geblieben war, und am folgenden Tage erst dem Ministerium eine englische Depesche vom 17. Juli. Er befolgte damit den Auftrag Carmarthens, sich möglichst direkt an den König zu wenden.

Digitized by Google

Diese Depesche zerstörte alle Bestrebungen am preußischen Hofe, die der Fürstenbundspolitik und dem Einvernehmen mit Frankreich das Wort redeten und die fast einen vollkommenen Rückzug des Königs erreicht hätten. In seiner Note erklärte England: nichts sei falscher als die Meinung, England wolle niemals in Holland eingreifen oder Pitt sei gegen eine energische holländische Politik. England werde sich jedem gegen die holländische Verfassung gerichteten Schritt einer auswärtigen Macht widersetzen; Harris habe den Auftrag, an der Herstellung der Verfassung zu arbeiten. England hätte sich schon lange Preußen vertraulich eröffnet, wenn Frankreich nicht ausgesprengt hätte, es sei mit Preußen über die holländische Frage vollkommen einig. England wünsche eine vertrauliche Beratung mit Preußen über Holland. Montmorin habe Neigung zu einem englisch-französischen Einverständnis für den Fall einer gemeinsamen Anrufung beider Mächte gezeigt, England habe darauf versprochen, seine Rüstungen einzustellen, wenn Frankreich dies auch thue. Es glaube an eine friedliche Beilegung des Zwistes und wünsche in diesem Sinn mit Preußen zusammenzuwirken. Jeden Schritt Preußens zur Erlangung der Genugthuung werde England billigen und nicht als einen Eingriff in die inneren Verhältnisse der holländischen Republik ansehen. Österreich sei in Belgien beschäftigt, die deutschen Großmächte könnten sich auch über die Herstellung der Ruhe in den beiden Niederlanden einen.

Das war eine andere Erklärung über die Genugthuung, als Frankreich sie gegeben hatte. Die Bestätigung des Gerüchts, daß Frankreich sich einer Anrufung Englands nicht widersetzen werde, war gegeben. Es zeigte sich die Gefahr eines Abkommens zwischen Frankreich und England, vielleicht sogar Österreich, über Holland mit Ausschluß Preußens. Finkenstein und Thulemeier kamen in die größte Verlegenheit; auch Thule-

Digitized by Google

meier hatte nämlich, trotzdem er durch Goltz von dem französischen Entschluß wußte, Bérac mitgeteilt, Preußen wünsche Englands Teilnahme nicht. Er mußte sich jetzt selbst desavouieren.

Der König und Finkenstein wurden durch die englische Erklärung gezwungen, sich auf den Boden der Thatsachen zu stellen und ihre krampfhafte Ignorierung Englands aufzugeben. Der König, den auch der Herzog von Braunschweig, der neuernannte Befehlshaber der in Wesel konzentrierten preußischen Truppen, fortwährend ermahnte, Frankreich warm zu halten, wurde sicherer gemacht. Das Ministerium ermächtigte Thulemeier, die Drohung auszusprechen, Preußen werde sich nötigenfalls die Genugthuung holen. Es bekannte[15], daß man sich der englischen Vermittlung nicht mehr widersetzen könne, und beantragte, England die preußischen Präliminarien mitzuteilen, zugleich aber Frankreich über die Verhandlungen mit England aufzuklären und so weder bei Frankreich noch bei England anzustoßen. Diesem Antrag wurde Folge gegeben. Auf eine neue Note Ewarts[16], die erklärte, Frankreich und England könnten sich über Holland nicht einen, also sollten Preußen und England sich auf der Basis der Erhaltung des Statthalteramtes und der Verfassung von 1747 und 1766 mit Zulassung nur unbedingt nötiger Reformen zusammenthun, teilte Preußen seine Präliminarien an England mit. Bestimmte Entschließungen über die Vermittlung seien noch nicht zu treffen; wenn sie im Gang sei, dann könnten England und Preußen das Nähere verabreden. Die Verhandlungen mit England wurden Frankreich sofort mitgeteilt, um dadurch einen Druck auf dieses auszuüben.[17]

Wenige Tage darauf legte Ewart den französisch-englischen Notenwechsel, in dem England wegen der Rüstungen in Givet Frankreich bedroht hatte, und eine Note Carmarthens vom 1. August vor, die erklärte, England habe eine entscheidende

Digitized by Google

Antwort von Frankreich verlangt; es hoffe, Preußen billige seine Politik und wünsche die weiteren Schritte Preußens zu erfahren. Frankreich werde sich wohl fügen, wenn nicht, so müßten England und Preußen sich auf Maßregeln des Widerstandes einigen; beide müßten bei der Vermittlung auf den Rechten des Statthalters bestehen. Wichtig sei es, daß die Truppen der Generalstaaten durch die Räumung der Provinz Utrecht nicht dem Statthalter entzogen würden.

Auch Frankreich teilte den Depeschenwechsel mit[18], nicht ohne die Absicht, in Berlin eine mögliche Verständigung Englands und Frankreichs ohne Berücksichtigung Preußens anzudeuten, nachdem es kurz vorher schon mit der Revision seiner Verhältnisse zu Preußen gedroht hatte, überging aber die Frage der Genugthuung. Die preußischen Rüstungen beunruhigten Frankreich; es forderte durch Faciola am 11. August einen Gegenbefehl, sonst könne Frankreich bei der Genugthuungssache und der Vermittlung nicht mitarbeiten. Am 13. August schon lenkte Faciola ein und bat um den Gegenbefehl als einen Freundschaftsdienst für Frankreich, das Preußen eine Genugthuung verschaffen werde. Frankreich werde durch die preußischen Rüstungen bei den Patrioten um sein Ansehen gebracht, das Lager in Givet solle nicht gebildet werden, wenn auch Preußen nicht rüste. Hier offenbarte sich auf das deutlichste die Schwäche Frankreichs. In Beantwortung der ersten Note Faciolas erklärte Preußen, Bérac habe für die Genugthuung nichts gethan, Preußen müsse sie aber haben, deshalb bleibe es bei den Rüstungen. Wenn Frankreich daraufhin nicht mehr mitthun wolle, so verstärke es nur den Trotz der Patrioten. Preußen verspreche, seine Truppen still zu halten, wenn die Patrioten eine Genugthuung gäben und Frankreich dabei mitwirke.[19]

Der Herzog von Braunschweig in Wesel hatte sich schon zu dem Feldzug entschlossen, er riet zu einem geheimen Ab-

Digitized by Google

kommen mit England für den Fall, daß Frankreich sich wiedersetze; dieses müsse hingehalten werden, bis alle Truppen zur Stelle seien.[20] Auf den Ratschlägen des Herzogs fußend entwarf Hertzberg den Aktionsplan.[21] Er berichtete dem König, Finkenstein sei noch gegen jede Vereinbarung mit Harris, seine — Hertzbergs — Meinung sei, man solle sich zunächst ruhig verhalten und seine Pläne verbergen, wenn dann die Truppen zusammen seien, ein Ultimatum stellen. Preußen bestimmt die Art der Genugthuung; die Staaten von Holland verhandeln an einem neutralen Ort mit der Prinzessin, nachdem die Entschuldigung und Einladung in den Haag erfolgt ist; nach dem Rat des Herzogs trennt man die Genugthuung und die Vermittlung, so daß Frankreich keinen Grund zum Krieg hat; der König entscheidet, ob der Einmarsch am Tag der Erklärung oder nach einer bestimmten Frist geschehen soll. Auch Hertzberg ist der Meinung, daß man Harris gegenüber vorsichtig sein solle, da man nicht ganz sicher sei, ob er in allem auf Befehl handle. Im tiefsten Geheimnis könne der Herzog aber mit ihm für alle Fälle vereinbaren, daß bei einem Widerstand Frankreichs eine englische Flotte im Texel erscheine. Preußen drängt jetzt Frankreich und die Patrioten zur vollen Annahme seiner Präliminarien; der Statthalter verspricht dafür einige Reformen. Diese Note Hertzbergs legte den preußischen Aktionsplan in der entscheidenden Weise fest; Friedrich Wilhelm billigte alles. An Thulemeier erging der Befehl, die Staaten von Holland nicht zu einer Antwort zu drängen. Dem Herzog gab der König Vollmacht, mit England geheime Verabredung zu treffen, womöglich aber sollte er ohne England handeln.[22]

Wilhelmine hatte in einer Unterredung mit dem Herzog in Cleve alle Entscheidungen getroffen. Ihre Bedingungen für die Genugthuung, die Preußen übernahm, waren so hart wie möglich. Zunächst verlangte sie eine briefliche Einladung nach

Digitized by Google

dem Haag. Die Bestrafung der Schuldigen, unter denen wohl auch der vielberufene Offizier, der in dem Zimmer der Prinzessin das Schwert gezogen hatte, figurierte, überließ Wilhelmine dem König. Die Staaten von Holland müssen ihr Benehmen entschuldigen und alle Beschlüsse, die Ablehnung der Weiterreise und der Genugthuung betreffend, zurücknehmen. Die Prinzessin tritt dann entweder selbst mit von ihr bezeichneten Deputierten der Staaten von Holland oder durch einen Vertrauensmann mit einer von den Staaten gewählten Kommission in Verhandlung; in dieser Kommission darf aber keiner der erwähnten Schuldigen sitzen. Um Preußen einen Rechtstitel mehr zum Einschreiten zu geben, wurde ein Hülfsgesuch der Staaten von Geldern und Amersfort betrieben, das Preußen vorerst ablehnte; dieses und den Abschluß mit England wünschte das Ministerium erst im Notfalle heranzuziehen.[23]

Während Finkenstein bei seinen Abmahnungen vor England und bei seinem «attendre» blieb, ging Hertzberg, da die Lage sich stetig verbesserte, weiter. Neben einer Denkschrift, in der er sein ganzes System darlegte, besprach er die holländische Angelegenheit im besonderen[24]: die nächsten Tage entscheiden über die Regierung Friedrich Wilhelms, man muß also zu festen Entschlüssen kommen. Der Herzog kann einmarschieren und das patriotische System stürzen ohne England und ehe Frankreich eingreifen kann. Wenn England nicht beteiligt ist, und der Name des französischen Bündnisses mit Holland, das doch bald wertlos sein wird, bewahrt bleibt, wird Frankreich sich nicht zum Krieg entschließen. Österreich wird Frankreich nicht helfen, um Preußen nicht der bayrischen Frage und der römischen Königswahl ganz zu entfremden; wenn der Herzog schnell handelt, käme es auch zu spät. Rußland würde höchstens mit Österreich zusammen in einen Krieg gehen, es hat aber schon seine Billigung des preußischen Vorgehens ausgesprochen.

Digitized by Google

(Vergl. Kapitel XVIII.) Friedrich Wilhelm ſelbſt kann durch ſein Handeln Ruhm, die Achtung der deutſchen Fürſten und die Sicherheit ſeines Staates erringen. Der Einmarſch geſchieht nur im Namen der Genugthuung, um Frankreich nicht zum Krieg zu zwingen; das Hülfsgeſuch der Provinzen kann ſpäter in Betracht kommen. Thut man den entſcheidenden Schritt nicht, ſo iſt Preußen von Frankreich abhängig und ſchon glücklich, wenn die betreffende Vermittlung zu ſtande kommt. Frankreich ſtärkt ſeine Partei, gewinnt Friesland[25] und damit die Majorität in den Generalſtaaten; dann erhält der Statthalter eine ſchwankende Stellung, für die Preußen ſtets zu kämpfen haben wird. Preußen iſt iſoliert, auf Frankreich angewieſen, ohne mit ihm verbündet zu ſein; das nordiſche Syſtem, deſſen Grundlage durch die Trennung Hollands von Frankreich und Öſterreich jetzt gelegt werden kann, wird unmöglich. England muß ſich der König für alle Fälle ſichern, für Krieg oder für bewaffnete Vermittlung; der Herzog erhalte am beſten Vollmacht, mit ihm und den Provinzen abzuſchließen. An den Herzog ſchrieb Hertzberg in demſelben Sinn, nur daß er ihm gegenüber die bewaffnete Vermittlung der drei Mächte mehr gelten ließ, da ſie Preußen die Entſcheidung gebe.

Man erſieht aus der Denkſchrift, daß ſich Hertzberg noch keineswegs ſeiner Sache ſicher fühlte; ſeine Gegner mögen auch in dieſen Tagen noch an der Arbeit geweſen ſein. Am 1. September beſpricht Hertzberg noch den Plan des Herzogs, in zwölf Tagen den Strafzug zu erledigen und dann abzuziehen; dieſer Plan ſei gut, da er England und Frankreich beiſeite laſſe und doch der Statthalterpartei die Möglichkeit gebe, ſich aufzuraffen und ihre Herrſchaft zu befeſtigen, ohne daß Frankreich etwas einwenden könne. Aber Hertzberg wünſcht, daß der Herzog noch einige Zeit in Geldern ſtehen bleibe, um den Erfolg zu ſichern; den Grund könne das Hülfsgeſuch Utrechts bilden.

Digitized by Google

Jedenfalls solle er die Antwort Frankreichs nicht abwarten, da dieses nur Zeit gewinnen wolle; die preußische Erklärung über den Stillstand der Truppen sei so gefaßt, daß sie zu nichts verpflichte. Österreich habe erklärt, es schicke keine Truppen nach Belgien, und Rußland habe eine freundliche Antwort gegeben, also sei Preußen von dieser Seite sicher.

Bei dem König überwog also die Furcht vor den Ostmächten noch. Er sandte am 3. September ein heftiges Schreiben an Hertzberg[26], in dem er ihm ein- für allemal verbot, die Verfassungsangelegenheiten Hollands mit der Genugthuung zu verbinden. Die Präliminarien seien für die Vermittlung da, mit England brauche man noch nicht abzuschließen. Hertzberg hatte zu früh herausgesagt, was wenige Tage später der König selbst als das einzig Richtige bezeichnen sollte. Auch dem Herzog hatte Hertzberg am 17. August geschrieben, es handle sich darum, durch einen entscheidenden Schlag die Patriotenpartei zu zersprengen und den Statthalter wiederherzustellen ohne eine Intervention Englands und ehe Frankreich seiner Partei genügende Versicherung geben könne. Fände die Vermittlung doch statt, so müsse auch England sie bewaffnet machen. Zwei Ereignisse brachten erst Friedrich Wilhelm zu dem entscheidenden Entschluß, eine neue Mitteilung Englands und die türkische Kriegserklärung.

Am 3. September lud Ewart unter Mitteilung des Standes der französisch-englischen Verhandlungen zu einem Abkommen über die Vermittlung, für den preußischen Feldzug und die beiderseitige Mobilmachung ein, in dem England Preußen seinen Beistand im Falle eines französischen Angriffes auf den Herzog zusagen wolle. England habe die preußischen Präliminarien angenommen; der General Fawcett werde zu dem Herzog nach Braunschweig und nach Deutschland geschickt, um Truppen zu werben. Von Österreich sei nichts zu befürchten. England wünsche zugleich Preußens Meinung über die Zusätze zu den

Digitized by Google

Präliminarien und die weiteren Schritte Preußens zu erfahren.[27]

Das preußische Ministerium beantragte auch jetzt noch, das Bündnis hinauszuschieben. In einer Antwortnote an Ewart billigt es den englischen Zusatz über die Niederlegung der Waffen in die Hände der Vermittler, erklärt aber, Preußen müsse noch Frankreichs Antwort abwarten. Da England das Vorgehen Preußens billige, das Lager in Givet aber hinderlich werden könne, lege Preußen der englischen Regierung nahe, durch Rüstungen sich vorzubereiten, um ein Eingreifen Frankreichs hindern zu können; ein formelles Abkommen darüber sei nicht nötig, sogar gefährlich.

In Berlin hatte man also Sicherheit, daß England einen französischen Angriff nicht dulden werde und jederzeit zu einem Abkommen bereit sei, ohne daß Preußen sich gebunden hatte. Die türkische Kriegserklärung, die am 7. September in Berlin bekannt wurde, beseitigte die letzten Schwankungen. Frankreich machte noch einen Versuch, das Unheil aufzuhalten. Am 10. September verlas Faciola eine Depesche Montmorins, in der er sich auf das letzte Versprechen Preußens berief, eine von Frankreich durchzusetzende Genugthuungserklärung in Aussicht stellte und einen Versöhnungsplan, der den preußischen Präliminarien mit den englischen Zusätzen entspräche. Er sehe, daß Preußen es als einen Ehrenpunkt betrachte, seine Truppen nicht abzuberufen, im Vertrauen auf Preußens Erklärung habe er trotzdem den Gegenbefehl für Givet gegeben. Die Minister sagten Faciola, der Stillstand der preußischen Truppen hänge von der Art und Schnelligkeit der Genugthuung ab.[28]

Digitized by Google

XI. Letzte Verhandlungen in Berlin.

In Holland war die Entscheidung schon so gut wie gefallen. Der Herzog war zum Feldzug fest entschlossen, was bei der ihm eingeräumten selbständigen Stellung von der größten Bedeutung war. Er hatte umfassende Erkundigungen über die zu passierende Gegend eingezogen. Da man die feindlichen Streitkräfte bedeutend überschätzte, wurde ein Angriff auf drei Linien geplant. Am 4. September waren alle Truppen zur Stelle und der Herzog drängte selbst auf schleunigen Einmarsch. Am 8. September noch nahmen die Staaten von Holland eine von Frankreich betriebene Genugthuungserklärung an, die der Herzog für ungenügend erklärte. Am 9. September ließ er das von Berlin ihm übersandte Ultimatum, zu dessen Annahme er vier Tage Zeit ließ, von Thulemeier überreichen. Der Gesandte war beauftragt, sogleich Meldung zu geben, wann eine Annahme wahrscheinlich schien. Noch ehe diese eingetroffen sein konnte — der Herzog erhielt diese Antwort, die die Entscheidung durch Absendung einer Gesandtschaft nach Berlin hinauszögern wollte, erst in Nymwegen —, rückten am 13. September die Truppen in Holland ein[1]. Diese Eile war geboten, um den von den Patrioten geplanten Überschwemmungen zuvorzukommen, nur durch eine blitzschnelle Entscheidung konnte das gewagte Unternehmen zu einem glücklichen Ende geführt werden. Es war zudem die Zeit des Neumondes, in der größere Überschwemmungen nicht zu befürchten waren, für den Einmarsch ausgewählt worden. Ein von Hertzberg verfaßtes Manifest wurde verbreitet, das den preußischen Feldzug als gegen die patriotische Kabale allein gerichtet bezeichnete. Die Furcht der Prinzessin, daß die

Digitized by Google

Staaten von Holland sich doch noch fügen würden, war grundlos gewesen; dieselben richteten ein Hülfsgesuch an Frankreich. Daß Thulemeier den Auftrag bekommen hatte, nicht auf eine Antwort zu drängen, was die bekannte Unentschlossenheit Preußens zu zeigen schien[2], hatte neben französischen Ermutigungsreden und dem Mangel an Belagerungstrain bei dem preußischen Heere die Patrioten ziemlich sicher gemacht. Sie glaubten nicht an einen Einmarsch, desto entscheidender war die Umwälzung. Der Herzog stellte auf seinem Marsch, der keinen Widerstand fand, die legitimen Regentschaften der einzelnen Städte wieder her, auch der Statthalter rückte vor und zog in den Haag ein.

In Berlin war der Umschwung vollkommen, wenn auch verspätet. Auf die Nachricht des holländischen Beschlusses vom 8. September beantragte das Ministerium am 11. September das Ultimatum; der Herzog solle nach dessen Ablehnung in Holland einrücken und der Statthalterpartei Gelegenheit zur Wiederherstellung der alten Verhältnisse geben, damit Preußen wenigstens einen Vorteil aus diesem Feldzug zöge. Was Hertzberg noch wenige Tage vorher zu erwähnen verboten wurde, das beantragte das Ministerium jetzt neu und mit der Unterschrift Finkensteins.

Entsprechend war die Behandlung des französischen Abgeordneten Groschlag[3], der am 11. September in Berlin eintraf. Montmorin wollte durch ihn noch versuchen, einen preußischen Einmarsch aufzuhalten. Er sollte ein preußisch-französisches Einvernehmen herstellen und die Stellung Frankreichs zu Preußen, als dem Gegengewicht gegen Österreich, in das rechte Licht setzen mit der Drohung, daß Österreich in seiner starken Stellung nur der französischen Zustimmung zur Erreichung seiner Pläne bedürfe. Er sollte Preußen begreiflich machen, daß sein wahrer Ruhm in einer Zurücknahme seiner übereilten Schritte bestehe. Preußen solle die französische Genugthuungserklärung annehmen,

Digitized by Google

Frankreich wolle dann die Präliminarien mit ihm diskutieren; ein Waffenstillstand in Holland auf Grund des status quo oder Rückzug beider Parteien aus Utrecht sei dazu erwünscht. Das Mißtrauen Preußens wegen der französischen Verhandlungen mit England sollte Groschlag durch die Erklärung beseitigen, Frankreich habe die Teilnahme Preußens an der Vermittlung als schon vorher festgesetzt angesehen und auch mit England nicht mit demselben Vertrauen wie mit Preußen verhandelt. Lieber als die Vermittlung sähe Frankreich eine Verabredung der drei Mächte, die man dann den streitenden Parteien aufzwingen könne. In dem französischen Genugthuungsentwurf wurde die Rückkehr der Prinzessin nach dem Haag bis nach dem Frieden verschoben. Am 13. September erst konnte Groschlag seiner am 30. August geschriebenen Instruktion nachkommen. An Goltz hatte Montmorin mitgeteilt, das Auftreten von französischen Soldaten in dem patriotischen Heer und die Umtriebe der Patrioten in Friesland erfolgten ohne Befehl der französischen Regierung.

Dieser letzte Versuch, England und Preußen auseinanderzuhalten und Zeit zu gewinnen, dem sich zugleich ein Rückzug in Holland durch die Abberufung Véracs und die Erklärung Montmorins an Goltz[4], die Pensionäre seien nicht mehr Herren der Freikorps durch eigne Schuld und die des französischen Gesandten, anschloß, kam zu spät. Die militärischen Ereignisse in Holland sprachen schneller als die Noten in Berlin und Paris; daher waren denn auch die indirekten Drohungen Groschlags mit 100 000 Mann französischer Truppen vollkommen verfehlt und verspätet.[5] Das preußische Ministerium lehnte die französische Genugthuungserklärung ab und bezeichnete das Mittel der Verabredung der drei Mächte als zu langsam. Es gedachte zunächst den Erfolg in Holland abzuwarten und dann erst Groschlag eine Note über die Rückziehung der preußischen Truppen einzuhändigen.

Digitized by Google

Friedrich Wilhelm fühlte sich jetzt als Sieger. Er befahl dem Ministerium am 22. September, nicht zu sehr die Bereitwilligkeit Preußens zum Rückzug zu betonen, um die Franzosen nicht glauben zu machen, sie könnten ihm imponieren. Den Herzog von Braunschweig beauftragte er, der Statthalterpartei nach Möglichkeit zum Siege zu verhelfen und sich nicht zurückzuziehen, bis die Genugthuung erfolgt sei. Er fand, daß Preußens Lage glänzend sei, man müsse sie benutzen und sich nicht zu entgegenkommend gegen Frankreich zeigen, das bei einem Widerstand doch nur schlecht fahren könne. Das Ministerium handelte mit mehr Besonnenheit. Es wünschte Frankreich den Rückzug zu erleichtern, ohne den Erfolg zu beeinträchtigen.

Auf die Nachricht des holländischen Erfolges hin überreichte es am 23. September Groschlag eine Note, in der Preußens Bereitwilligkeit zum Rückzug ausgesprochen wurde, wenn Frankreich den jetzigen Zustand anerkenne nebst einem Waffenstillstand und beiderseitiger Entwaffnung bis zum Frieden. Ferner müßten die Staaten von Holland ihre Freikorps aus Utrecht zurückziehen, die Vermittlung der drei Mächte und die Genugthuung, bestehend aus einer Gesandtschaft nach Berlin und Einladung der Prinzessin nach dem Haag, annehmen. Goltz wurde beauftragt[6], Montmorin zu versichern, Preußen werde dem Statthalter nichts gestatten, was gegen die Verfassung sei. Wenn Frankreich die Patrioten dazu bringe, den Beschlüssen der Staaten von Holland, die jetzt nach der Umwälzung die Kassierung aller früher gegen den Statthalter getroffenen Maßregeln ausgesprochen hatten, auch für Amsterdam beizutreten, so werde Preußen gern seine Truppen zurückziehen. Dann könne ohne Intervention und Vermittlung die Ruhe in Holland wiederhergestellt werden und Frankreich bewahre sein Bündnis. Preußen habe mit England kein Abkommen auf den Umsturz

Digitized by Google

dieses Bündnisses oder eine Stärkung der Stellung des Statthalters getroffen; dazu könne es aber kommen, wenn Frankreich mit Gewalt eingreifen wolle; England habe für diesen Fall seinen Beistand versprochen. Preußen wünsche dies zu vermeiden und wolle Frieden und Freundschaft mit Frankreich. Damit war in der geschicktesten Weise Frankreich der Weg zum Rückzug angedeutet, ohne daß Preußen einen Schritt zurückthat.

XII. Die Konvention vom 2. Oktober.

In Berlin war man also eines friedlichen Erfolges fast sicher. Am 25. September aber kam die Nachricht aus England, daß Frankreich die Patrioten unterstützen werde und daß England alle entsprechenden Maßregeln getroffen habe. Die Minister schenkten erst dieser Nachricht wenig Glauben, sie beschäftigten sich mit der vollen Ausnutzung des Erfolges. Das Beste sei, meinten sie, die Vermittlung jetzt ganz zu vermeiden, den Statthalter in alle seine Rechte wiedereinzusetzen und dann die Verfassung zu garantieren. Jedenfalls dürfe sich Braunschweig vorerst nicht zurückziehen, Thulemeier könne einstweilen über einen Waffenstillstand auf Grund des status quo verhandeln.[1] Ewart wurden die Verhandlungen mit Goschlag mitgeteilt und die neuesten Ereignisse in Holland. Dabei wurde die Erwartung ausgesprochen, daß England eine Landung französischer Truppen in Amsterdam hindern werde; es könne zu diesem Zweck neue Vorstellungen in Paris machen. Die Vermittlung möchte Preußen als ein pis-aller am liebsten vermieden haben, doch hänge das von den Ereignissen in Holland, besonders in Amsterdam, ab.[2]

Am 29. September aber bestätigte Ewart die erwähnte Nachricht.[3] Frankreich habe die Hoffnung ausgesprochen, Eng-

Digitized by Google

land werde Preußen nicht beistehen, aber die Antwort empfangen, einen französischen Angriff auf die preußischen Truppen werde England nicht dulden. Da man in England an den Ernst des französischen Beschlusses glaube, wünsche man mit Preußen eine Eventualkonvention zu schließen, in der die bisher festgestellten Grundsätze über Holland fixiert würden und die Bestimmung getroffen, daß Preußen seine Truppen zunächst in Cleve belassen und England seine Rüstungen aufrechterhalten solle. England habe deutsche und 15000 Mann englische Truppen bereit. Um Frankreich aber den Rückzug zu ermöglichen, sei Grenville nach Paris geschickt worden mit dem Auftrag, Frankreich zur Anerkennung der Präliminarien oder des status quo présent zu bringen.

Das preußische Ministerium weist in seinem Bericht an den König darauf hin, der Umschwung in Holland sei bei der Abfassung der englischen Depesche noch unbekannt gewesen. Man könne nicht mehr mit Frankreich über die Präliminarien und die Vermittlung verhandeln, sondern nur die Anerkennung des status quo présent unter Beitritt Amsterdams fordern. Ehe Preußen mit England formelle Abmachungen eingehe, müsse es abwarten, ob Frankreich wirklich eingreifen wolle.

Noch immer also suchte sich Preußen die Hände frei zu halten. Daß es trotzdem am 2. Oktober die von England gewünschte Konvention unterzeichnete, lag vor allem an dem Widerstand Amsterdams, der bei längerer Dauer doch noch ein Eingreifen Frankreichs möglich machte, und der besorgten Stimmung des Herzogs von Braunschweig.

Neue englische Depeschen waren eingetroffen[4], die die Mobilisierung von 23 Linienschiffen, außer den schon ausgerüsteten 17, nebst Vermehrung des Heeres anzeigten. England und Preußen mußten sich entscheidend einigen über Verhandlungen oder schärfere Maßregeln in Holland. Die Frankreich ungünstige

Digitized by Google

europäiſche Lage und ſeine innere Schwäche gäben die Möglichkeit, daß es ſich ruhig verhalte. In der vorgeſchlagenen Konvention wurden die Grundſätze der beiden Mächte über die Neuordnung in Holland näher beſtimmt. England erklärte ſeine Bereitwilligkeit zu jedem weiteren Abkommen; als nötig bezeichnete es jedenfalls die Konvention. Die Inſtruktion Grenvilles wurde mitgeteilt und der Wunſch ausgeſprochen, Preußen möge ſeinen Geſandten entſprechend inſtruieren, damit Frankreich vielleicht eine Erklärung im Sinne der preußiſch-engliſchen Grundſätze unterzeichnen könne. Damit wäre alles definitiv erledigt und Frankreich keine Zeit gelaſſen, die Entſcheidung hinauszuziehen.

Nach reiflicher Überlegung ſtimmte das Miniſterium der Konvention zu, da ſie im weſentlichen den preußiſchen Präliminarien entſpreche und Frankreich durch ſie eingeſchüchtert werden könne. Es riet, zur Erleichterung des franzöſiſchen Rückzugs Alvensleben nach Paris zu ſchicken, womit man nicht mehr Friedensliebe als England zeige. Weſentlich erſcheine es, Frankreich ganz von den holländiſchen Verhandlungen auszuſchließen und den Provinzen jede weitere Regelung zu überlaſſen. Frankreich ſolle dann die Patrioten für die Beſchlüſſe der Staaten von Holland gewinnen, Preußen mit England auf den Statthalter mäßigend einwirken.

In der Konvention einigten ſich Preußen und England auf beſtimmte Grundſätze für die Verhandlungen: wenn eine andere Macht durch Gewalt oder Einſchüchterung die Provinzen, die England und Preußen angerufen haben, zu andern Grundſätzen zwingen will, ſo werden die Vertragsmächte ſich über Maßregeln zum Schutze der Provinzen einigen. Die Grundſätze ſind: 1. Die Freikorps ſind aufgehoben, die Feindſeligkeiten werden eingeſtellt, die holländiſchen Truppen kehren in ihre Garniſonen zurück. 2. Die Reglementsprovinzen beraten frei

Digitized by Google

mit dem Statthalter über mögliche Reformen. 3. Der Statthalter wird in alle Ämter und Privilegien der Jahre 1747 und 1766 wieder eingesetzt. Unter Aufsicht der Vermittlungsmächte oder zwischen dem Statthalter und den Provinzen selbst werden die möglichen Reformen beraten. 4. Alle mit Gewalt eingeführten Reformen werden abgeschafft und die konstitutionellen Magistrate wieder eingesetzt. Ferner wird bestimmt, daß die preußischen Truppen, auch nach erfolgter Genugthuung, in Cleve und Geldern stehen bleiben, so lange die Umstände es erfordern und daß ebenso Englands Flottenrüstung fortdauert. Wird eine der Vertragsmächte wegen dieser Grundsätze angegriffen, so verabreden beide weitere Maßregeln zur Durchführung derselben und zur Verteidigung.

England hatte mit dieser Konvention, in der es seine Grundsätze neben den preußischen durchgesetzt hatte, erst festen Boden unter den Füßen in Holland. Die Kriegsdrohungen Frankreichs in England waren dem englischen Ministerium ein willkommenes Mittel gewesen, Preußen durch einen Vertrag an die englische Politik zu fesseln und in seiner Stellungnahme festzuhalten. Ebenso hatte England aus den vertraulichen Kundgebungen Frankreichs vor dem Feldzug in Berlin Kapital geschlagen. Es ist nötig, einen Blick auf die englische Politik gegenüber Frankreich zu werfen.

XIII. Die englische Politik.

Während des Aufenthaltes Harris' in London im Mai 1787 hatte sich England, wie erwähnt, zu entscheidenderen Maßregeln entschlossen. Außer der Bethätigung dieses Entschlusses in Holland wurde im Juni eine kleine Übungsflotte ausgesandt

Digitized by Google

mit der Absicht, Frankreich aufmerksam zu machen.[1] Dies gab auch Anlaß zu einer Auseinandersetzung mit Frankreich.

Montmorin erklärte, ebenso eine Bereitstellung von Schiffen und ein Truppenlager in Givet anordnen zu wollen. Auf die englischen Vorstellungen darüber und die Androhung von Gegenmaßregeln erklärte er sich bereit, wie England nur 6 Schiffe ausrüsten zu lassen; das Truppenlager wollte er aber nur unterlassen, wenn er die Sicherheit habe, daß kein Bürgerkrieg in Holland ausbreche. Im übrigen versprach er, wenn England in Holland angerufen würde, mit ihm in der Vermittlung zusammen arbeiten zu wollen, ohne Preußen dabei zu erwähnen. Nebenher gingen Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen beider Mächte. Montmorin sprach wiederholt aus, Frankreich bedürfe des Friedens und habe den ernstlichen Wunsch, mit England gut zu stehen; dazwischen aber kamen die Drohungen, wenn Unheil aus den Rüstungen entstünde, so habe England sich das selbst zuzuschreiben; wenn die nationale Ehre in Betracht käme, werde Frankreich trotz allen Widerstrebens Krieg führen. Er bemühte sich, die ganze holländische Sache als so unwesentlich hinzustellen, daß Großmächte ihretwegen keinen Krieg führen könnten: der Statthalter sei der Beamte der Republik, Frankreich wolle ihn gar nicht absetzen, es wünsche nur eine Reform der Reglemente. England ging auf diese Abschwächungsversuche nicht ein, sondern erklärte sein ernstliches Interesse an Holland: es wolle die holländische Verfassung bewahren und sei bereit, sich mit Frankreich darüber zu verständigen. Bei der letzten französischen Erklärung über Givet beruhigte es sich nicht. Es schiene, schrieb Carmarthen an Dorset, den englischen Gesandten in Paris, daß Frankreich als Bundesgenosse der Republik sich zu einem Eingreifen berechtigt glaube. Es sei nötig, da bei einer Abrüstung der Freikorps deren Einfluß in den einzelnen Städten bleibe, einen Waffenstillstand durchzusetzen oder die

Digitized by Google

Freikorps müßten völlig entwaffnet werden. Der einzige Einmischungsgrund in Holland sei jedenfalls die Anrufung als Vermittler. England könne sich nicht denken, daß Montmorin mit seiner Bemerkung in der letzten Note, Frankreich werde, wenn einige Provinzen es nicht anriefen, die üble Wirkung dieser Unterlassung zu hindern wissen, eine gewaltsame Einmischung andeuten wolle. Eine jede solche Einmischung werde die Englands nach sich ziehen.

In derselben Zeit erfolgten dann die Anträge in Berlin mit der Absicht, Preußen bei seiner Genugthuungsforderung festzuhalten und ihm zu zeigen, daß es nur auf die englische Unterstützung dabei rechnen könne. Seinen Waffenstillstandsplan mit der Entwaffnung der Freikorps, auf die England mit vollem Recht das größte Gewicht legte, da die Freikorps der Herd der Revolution waren und Frankreich bei einer einfachen Räumung Utrechts die zum Statthalter übergegangenen Regimenter der Generalstaaten in ihre holländischen Garnisonen zurückgebracht wissen wollte, trug es auch in Berlin vor.

Um ein unparteiisches Urteil über die holländische Lage zu gewinnen, wurde William Grenville nach Holland geschickt. Die preußischen Präliminarien bezeichnet dieser[2] als eine gute Basis für die Verhandlungen, selbst wenn Preußen auf die englischen Anträge nicht einginge. Auch er betonte es als wesentlich, eine Schwächung des Statthalterheeres zu verhindern. Im Fall einer preußischen Ablehnung hielt er es allerdings für unerläßlich, England so gut wie möglich aus der Affaire zu ziehen. Seeland hatte schon Englands Anrufung beschlossen; Grenville riet jetzt, die Anrufung in Geldern und Utrecht zu betreiben, da dadurch England dem durch die Rüstung verstärkten preußischen Einfluß das Gleichgewicht halten könne, im Falle sich Preußen gegen England erkläre. Man wünschte in England auch nicht, daß Preußen durch ein Eingreifen ohne

Digitized by Google

die englische Unterstützung sich allen Einfluß in Holland sichere.[3] Auf Grenvilles, Harris' und Wilhelminens Rat suchte das englische Ministerium auch den Herzog von Braunschweig durch eine sehr freundlich gehaltene Erklärung über seine Ernennung zu gewinnen. Während Harris und die Prinzessin auf den Krieg hinarbeiteten, befreundete sich Pitt[4] nur langsam mit diesem Gedanken. Auch er aber kam endlich zu dem Schluß, daß England mit Preußen vorgehen müsse, wenn die Verhandlungen fehlschlügen und Preußen zu entscheidendem Eingreifen entschlossen sei. Er erwog deshalb auch weitere Rüstungen, da Frankreich auf seinem Truppenlager Preußens wegen bestehen blieb.

Ein Memoire wurde auf Harris' und Grenvilles Rat bei den Generalstaaten eingereicht, das Englands Bereitwilligkeit zur Vermittlung auf Grund der Anrufung durch Seeland aussprach. Da von Berlin günstigere Nachrichten kamen, wurde eine Drohnote nach Paris gerichtet[5], die erklärte, die französischen Rüstungen gegen Preußen könnten bedenkliche Folgen haben. Das von Montmorin vorgeschlagene Abkommen über die Seerüstungen nahm England dagegen an. Die den preußischen Präliminarien beigefügten englischen Zusätze, denen Preußen zustimmte, gingen darauf aus, die Vermittlung auch auf Groningen und Overijssel, die Preußen vergessen hatte, auszudehnen, vor allem aber eine Schwächung des Statthalterheeres zu hindern und die Freikorps durch Entwaffnung unschädlich zu machen. Die Genugthuung für Preußen empfahl England dringend.

Einen Nebenerfolg hatte Englands entschiedene Stellungnahme schon gehabt. In diesen Tagen kam ein Abkommen über Indien zustande, in dem Frankreich alle Forderungen Englands, seine Hoheitsrechte betreffend, anerkannte. Damit war eigentlich einer der Hauptgründe für das englische Ein-

Digitized by Google

schreiten in Holland beseitigt, da Frankreich offenbar auf eine offensive Politik in Indien verzichtete. Zu einem Zurück war die Gunst der Lage aber nicht angethan. Um ein Doppelspiel Frankreichs mit diesem Abkommen in Berlin zu verhüten, teilte es Carmarthen dort mit mit dem Zusatz, es ändere an der Stellungnahme Englands gegen Frankreich nichts.[6]

Als das Hülfsgesuch der Staaten von Holland in Paris eintraf, machte Frankreich auch in London einen letzten Versuch, Preußen und England auseinanderzuhalten mit der Erklärung, es werde dem Gesuch Folge leisten. In der Absicht, allen Feindseligkeiten vorzubeugen und Zeit zu gewinnen, hatte Frankreich vorher seinen Gegenbefehl für Givet mitgeteilt und zunächst zu einem Waffenstillstand in Holland aufgefordert. Jetzt bezeichnete es Montmorin[7] als einen Ehrenpunkt für Frankreich, Holland zu helfen. Frankreich folge dem Grundsatz Englands, sich in Holland nur einzumischen, wenn andere Mächte es thäten. Es glaube nicht, daß England Preußen wirklich unterstützen wolle, dann seien ja alle Freundschaftsversicherungen der letzten Monate Lüge. Frankreich sei zu einem sofortigen Abkommen mit England bereit, St. Priest, der Nachfolger Véracs, sei nach Holland zur Verhandlung abgeschickt. Um dieselbe Zeit schrieb Pitt an Eden[8], der neben Dorset England in Paris vertrat, er sei zu einem Abkommen bereit, wenn Frankreich wirklich die holländische Verfassung wiederherstellen wolle; dann werde auch England in einzelnen Punkten gern nachgeben. Nähme Frankreich aber die Wiedereinsetzung des Statthalters in alle seine Rechte und Ämter nicht an, so müsse der Krieg entscheiden.

Frankreich hatte den Rückzug, zu dem es im Grund entschlossen war, nicht rechtzeitig angetreten und die Pensionäre, die selbst nicht mehr Herren ihrer Partei waren, nicht aufgegeben; so war es zur Annahme des holländischen Hülfsgesuches

Digitized by Google

jetzt verpflichtet. Der letzte Versuch, England und Preußen zu trennen, war doppelt unheilvoll, da er England Gelegenheit gab, sofort seine Rüstungen in Frankreich mitzuteilen und Preußen zu der Konvention zu bringen. Frankreich stand jetzt vor der schlimmsten Entscheidung: Krieg oder bedingungsloser Rückzug. Gegen den Krieg sprachen die europäische Lage, der Stand der Finanzen und der Mangel an Rüstungen, denn Givet war, wie der Herzog von Braunschweig wohl wußte, nur ein leeres Drohmittel gewesen. Dagegen gab England für den Fall, daß Frankreich seine holländische Politik aufgebe, die freundlichsten und friedlichsten Versicherungen auch nach der französischen Erklärung vom 16. September. Die Entscheidung in Paris hing von dem Erfolg der preußischen Waffen ab und fiel dementsprechend.

XIV. Die Verhandlungen in Paris.

Da die Symptome des Friedensbedürfnisses in Frankreich unverkennbar waren, schickte Pitt Grenville nach Paris, um eine Versöhnung anzubahnen, und forderte Preußen zu einer gleichen Maßregel auf. Eine englische Flotte erschien nicht an der holländischen Küste, wie der Herzog von Braunschweig gewünscht hatte; Harris erklärte später, dies sei nicht geschehen, um den Krieg zu vermeiden.[1]

Amsterdam hielt sich noch, als am 20. September der Statthalter in den Haag einzog. Die Staaten von Holland beschlossen sofort seine Wiedereinsetzung in alle Würden, die Genugthuung für Preußen und die Prinzessin und auf Harris' Betreiben die Rücknahme des Hülfsgesuchs an Frankreich. Eine allgemeine Entwaffnung der Freikorps wurde vorgenommen und

Digitized by Google

die konstitutionellen Beamten wurden überall wieder eingesetzt. Die endgültige Entscheidung hing von der Haltung Amsterdams ab. Dort standen heimlich von dem französischen Kriegsministerium abgesandte Artilleristen mit dem Rest der holländischen Truppen. Noch während des preußischen Einmarsches wurde Amsterdam durch französische Offiziere besichtigt; es wurde als ungenügend befestigt gefunden und dementsprechend aufgegeben.[2] Harris und Wilhelmine trieben den zögernden Herzog von Braunschweig zum Angriff auf die Stadt an. Ehe sie allen Beschlüssen der Staaten von Holland beigetreten war, blieb alles in der Schwebe; hielt sie sich, so mußte Frankreich eine Mitwirkung an der endgültigen Neuordnung eingeräumt werden. Auch die Genugthuung schien erst vollkommen, wenn mit der Vernichtung der Patriotenpartei in Amsterdam die alte Verfassung vollständig wiederhergestellt worden war. Über den engen Zusammenhang zwischen der Genugthuungs- und der Verfassungsfrage, der Hertzberg nie zweifelhaft gewesen war, war man sich in Preußen jetzt vollkommen klar.

In Frankreich war die Entscheidung schon so gut wie gefallen. Brienne war aus Sparsamkeitsrücksichten gegen den Krieg und hatte alle Entschlüsse in der unverantwortlichsten Weise aufgehalten.[3] In dem Kabinett war der Gedanke aufgetaucht, durch den Krieg könnten die inneren Wirren beseitigt und wenn die französischen, so doch auch die englischen Finanzen zerrüttet werden.[4] Montmorin, der selbst schon mit halbem Herzen die holländische Politik getrieben, sich aber zu spät zu einer Schwenkung entschlossen hatte, trat mit Ségur und Castries in dem Ministerrat für den Krieg ein, wurde aber überstimmt.

Entsprechend der noch unentschiedenen Lage war die Instruktion Grenvilles abgefaßt: die preußische Genugthuung ist ein Punkt, ohne den England nichts abschließt; der Hauptpunkt aber ist die Beilegung des inneren holländischen Zwistes. Eng-

Digitized by Google

lands Interesse verlangt, daß die holländische Regierung sich nicht in den Händen seiner Feinde befinde; Frankreichs Politik, diese zu unterstützen, kann nur als gegen England gerichtet angesehen werden. Ehe Frankreich dies einsieht und auf seine Politik verzichtet, ist kein Abkommen möglich. Da Frankreich die Entwaffnung der Freikorps erst nach den Verhandlungen wünscht, kann man die Hauptpunkte derselben im voraus und zwar sofort feststellen. Bei der Regelung der Streitpunkte zwischen dem Statthalter und den einzelnen Provinzen können dem Statthalter einige Reformen neben seiner unbedingten Herstellung im Sinne der Verfassung zur freien Diskussion empfohlen werden; die konstitutionellen Magistrate müssen jedenfalls wieder eingesetzt werden. Das Abkommen muß sofort getroffen werden, aber nicht ohne Preußen. Eine ähnliche Erklärung hatte Eden in der Antwort auf die französische Ansage vom 16. September in Paris abgegeben.[5]

Die Hauptabsicht Englands war es also, zu einer schnellen Entscheidung zu kommen; daher das scheinbare Eingehen auf französische Wünsche. Gab Frankreich die drei wichtigsten Punkte, die Wiedereinsetzung des Statthalters und der Magistrate und die Entwaffnung der Freikorps vor den eigentlichen Verhandlungen zu, so war es zum Krieg nicht entschlossen und bekannte seine Niederlage. Grenville hatte deshalb auch wenig Hoffnung, Frankreich so weit bringen zu können[6]; noch am Tage der Abfassung dieser Instruktion aber kamen die günstigen Nachrichten aus Holland, die die faktische Erfüllung der drei Hauptforderungen meldeten. Um Frankreich trotzdem die Mäßigung Englands zu zeigen, ging Grenville mit seiner Instruktion ab, obwohl zu einer Zusage von Reformen seitens des Statthalters jetzt keine Aussicht mehr war.[7]

Dieser gemäßigten Politik Englands entsprach die Preußens in der Note an Groschlag und der Instruktion an Goltz. Auf

Digitized by Google

Englands Wunsch entschloß sich Preußen zur Absendung Alvensslebens.[8] Dieser sollte die Hoffnung Preußens auf Wiederherstellung des guten Verhältnisses zu Frankreich aussprechen. Wenn Frankreich sich ganz aus Holland zurückziehen wolle, so sollte er es nicht hindern, andernfalls könnte die Vermittlung fortgesetzt werden nach Anerkennung der gegenwärtigen Situation in Holland durch Frankreich. Eine Vermittlung sei aber nur nötig, wenn die Patrioten in Amsterdam sich halten könnten. Fügten sie sich, so sei vielleicht Frankreichs Teilnahme an einer Vermittlung deshalb zuzulassen, damit es die neuen Verhältnisse mit garantiere. Dann müsse es aber alle Beschlüsse der Staaten von Holland förmlich anerkennen.

Entsprechend dem Doppelspiel Frankreichs in London und Berlin stand Preußen mehr auf dem Boden des Wirklichen in seiner Instruktion. Die Voraussetzung, daß Frankreich sich ganz zurückziehen werde, war nach dem Verhalten Groschlags die wahrscheinlichste. Im ganzen zeigte sich Preußen viel weniger entgegenkommend als England. Einen ähnlichen Gedanken wie den preußischen, Frankreich zur Garantie zuzuziehen, um es dadurch mit seiner Partei für immer zu verfeinden, hatten allerdings auch Harris und Pitt, der sogar einige geringe Reformen zu diesem Zweck zugestehen wollte.[9]

Das war aber mehr, als man selbst von einem besiegten Frankreich hätte verlangen können. Als Grenville am 25. September in Paris ankam, hatte Frankreich noch keine Rüstungen zu Land vorgenommen. Er schrieb denn auch sofort nach London[10], eine beiderseitige Abrüstungserklärung sei besser als alle Verhandlungen über die einzelnen Punkte, auch Preußen bekomme dadurch freie Hand in Holland. Es schien ihm, als ob Frankreich die ganze Sache als entschieden ansähe. Daß Goltz für Verhandlungen instruiert wurde, war ihm daher eher unerwünscht. Er überzeugte sich bald, daß es zu einer all-

Digitized by Google

gemeinen Abrüstung kommen werde, sobald die Zustimmung Preußens da sei. Carmarthen hatte denn auch Eden zu der Erklärung beauftragt[11], daß England zur Abrüstung bereit sei. Der Gedanke, Frankreich zu der Garantie zuzuziehen, fiel dadurch, daß Montmorin jede weitere Verhandlung über Holland ablehnte, so lange die preußischen Truppen dort ständen. Die englische Regierung selbst war von diesem Gedanken, trotzdem Harris darauf drängte, abgekommen, da er nur Gelegenheit zu neuen Streitigkeiten geben konnte.[12] Alles war jetzt zur Abrüstung bereit, nur Preußens Zustimmung und Nachrichten über Amsterdam standen noch aus. Auf die englische Mitteilung von dem Stande der Verhandlungen stimmte das preußische Ministerium der Abrüstungserklärung zu[13] unter der Bedingung, daß Frankreich der Unterstützung seiner Partei in Holland entsage. Eine Intervention der drei Höfe danach sei nicht wünschenswert, die Verhandlungen sollten daher auf die Abrüstung beschränkt bleiben.

Noch immer spielte Montmorin sein Doppelspiel: während er Eden ein Abkommen mit England über die europäische Lage andeutete, teilte er dem am 21. Oktober erst eintreffenden Alvensleben mit, Frankreich habe gar keinen Krieg gegen Preußen führen, sondern seine ganze Kraft gegen England wenden wollen[14], was allerdings der Art der vorgenommenen Rüstungen entsprach. Auf die schließliche Erklärung Preußens, es werde seine Truppen zurückziehen, wenn Amsterdam sich gefügt habe, wurde dann endlich die Abrüstungserklärung beschlossen[15], da man die Nachricht von dem Falle Amsterdams in Paris schon hatte. Goltz, der die preußische Erklärung abgab, hatte hinzugefügt[16], die preußischen Truppen würden nur auf Wunsch der Staaten von Holland noch in der Republik stehen bleiben, was das Ministerium bestätigte. Die von Harris und Preußen gewünschte Erklärung Frankreichs, daß es

Digitized by Google

seine Partei in Holland aufgebe, war nicht verlangt worden. Das ganze Benehmen Englands zeigte, daß es nach der Wiedergewinnung Hollands Frankreich möglichst zu schonen wünschte; der Hauptgrund dazu lag in den Ereignissen im Osten. Mit Bezug auf die preußische Erklärung gab Frankreich zu, daß es seiner Ansage in London keine Folge geben werde, da der Grund dazu weggefallen sei und daß es feindliche Absichten wegen der Ereignisse in Holland nach keiner Seite hin hege.

England hatte alles wesentliche in Paris gethan; zwischen Frankreich und England entschied sich hauptsächlich der Streit. Preußen hatte der weiten Entfernung und der langsamen Reise Alvenslebens wegen nur die zweite Rolle in der ganzen Verhandlung gespielt. Die preußischen Waffen hatten zwar die Entscheidung gebracht, aber der Leiter der ganzen Umwälzung war Harris gewesen. Ohne die englischen Rüstungen und Zusicherungen in Berlin, ohne die Beseitigung Givets durch die englischen Drohungen wäre wahrscheinlich der ganze Feldzug nicht unternommen worden; ohne das entschiedene und doch maßvolle Auftreten Englands in Paris wäre Frankreich nicht so unbedingt zurückgewichen. England hatte aber auch viel erreicht. Holland war gewonnen, der Krieg, der für die Finanzen Englands und Indiens verhängnisvoll gewesen wäre[17], war vermieden. Zugleich war ein günstiges Abkommen über Indien erreicht; die Erhaltung des Handelsvertrags mit Frankreich war bei den großen Vorteilen, die er England bot, auch erwünscht gewesen. Preußen war von Frankreich getrennt und durch die Konvention in den Dienst der holländischen Politik Englands gebracht worden, was noch 1785 mißlungen war. Die geschickte Art, wie England den mit Montmorin und Rayneval befreundeten Eden verwandte, der seinen Handelsvertrag retten wollte und ein freundliches Verhältnis mit Frankreich wünschte, war ein Meisterstück der englischen Politik. England preßte

Digitized by Google

Frankreich sozusagen in freundschaftlicher Umarmung, nahm ihm das Gewünschte ab und zeigte sich dann besorgt für sein weiteres Wohlergehen.

Für Preußen liegt die Rechtfertigung des Feldzuges zunächst in der Notwendigkeit, eine der Schwester des Königs angethane Beleidigung nicht ungesühnt zu lassen. Nachdem einmal, etwas übereilt, die Rüstung beschlossen war, konnte Preußen nicht mehr zurück, ohne sein schon stark erschüttertes Ansehen ganz aufs Spiel zu setzen. Für Hertzberg war die Thatsache, daß England wieder zur Einwirkung auf den Kontinent und zwar im Verein mit Preußen gelangt war, das wichtigste Ergebnis. Gewann Preußen jetzt das englische Bündnis, so konnte Hertzberg seinen Plänen im Osten nachgehen, die im Hintergrund seiner ganzen Politik standen. Anders als durch die holländische Dienstleistung war die Rückendeckung durch England aber nicht zu erreichen gewesen. Freilich war man bis jetzt infolge der schwankenden Haltung des Königs, der sich zu jedem Schritt durch die Ereignisse hatte drängen lassen, nicht in der Lage gewesen, England zu entsprechenden Gegenleistungen zu verpflichten.

Für Frankreich war die holländische Niederlage von entscheidender Bedeutung. Die Sentimentalität und der Leichtsinn der regierenden Klassen, die mit dem Feuerzeug der Hebung der unteren Klassen spielten, hatte sich auch in der holländischen Politik bemerkbar gemacht; zu spät hatte man die Gefahren der stetigen Entwicklung der Patrioten zu der radikalen Demokratie hin erkannt. Im Anfang des Bündnisses, als die patriotische Partei ganz von Frankreich abhing, wäre es noch möglich gewesen, ihr Halt zu gebieten und durch eine Art Garantie des schon an sich geschwächten Statthalteramtes den Grundfehler dieses so wichtigen Bündnisses, daß es sich nämlich auf eine künstlich großgezogene Revolutionspartei stützte, einigermaßen zu

Digitized by Google

verbessern. Dies war, nicht zum wenigsten durch die Schuld des unfähigen Vérac, versäumt worden und unaufhaltsam wurde Frankreich in die radikalen Kreise hineingezogen, obwohl es bis zuletzt an seinen Grundsätzen, den Statthalter aus Holland nicht vertreiben zu lassen und die Demokratie zurückzuhalten[18], wenigstens theoretisch festgehalten hatte. Die Schwäche, die nicht im rechten Moment durchzugreifen wagt, sondern immer noch einmal temporisiert, war so recht bezeichnend für die ganze Lage Frankreichs. Wirklich ernste Bedenken über die Folgen dieser Unterstützung einer benachbarten Revolution durch das mit Zündstoff angefüllte Frankreich scheinen der französischen Regierung ebensowenig wie bei dem amerikanischen Krieg aufgestiegen zu sein. Montmorin erhielt nur ein zerrüttetes Erbe. Ein Zurück, das er so gern gefunden hätte, gab es nicht mehr, denn unaufhaltsam war in jede Lücke die offensive englische Politik eingedrungen. Ein teilweises Nachgeben, auch wenn Frankreich sich dazu entschlossen hätte; und das that es ja in den letzten Phasen, wollten Harris und die Prinzessin gar nicht mehr; sie wollten alles oder nichts, das sah Montmorin wohl ein. Aus dieser seiner Stimmung ist auch nur sein leichtes Nachgeben zu verstehen. Die Wirkung der Niederlage war für Frankreich nach außen und im Innern vernichtend. Ein Krieg wäre im Volk und besonders bei Heer und Flotte populär gewesen[19], das Nachgeben enthüllte die Schwäche der Regierung; der Weg zur Revolution war offen. Einen so gewagten Entschluß wie etwa den, die inneren Wirren durch einen Krieg zu beseitigen, vermochte die Regierung nicht zu fassen. Das Ansehen Frankreichs nach außen und damit auch der Krone im Innern kam auf seinem Tiefstande an. Zum mindesten ebenso wichtig wie alle tausendfältig aufgezählten inneren Gründe der Revolution war die Thatsache, daß der Regierung die Zügel der auswärtigen Politik aus der Hand fielen; hielt sie diese fest, so

Digitized by Google

konnte sie sich an ihnen im Krieg oder Frieden wieder emporziehen. Die holländische Niederlage zusammen mit dem Haß gegen das System Marie Antoinettes, das Bündnis mit Österreich, sind mit die entscheidenden Gründe des Sturzes des Königtums.

XV. Herzbergs Politik.

Herzberg hatte noch vor der holländischen Entscheidung in einer längeren Denkschrift vom 27. August dem König die neuen Bahnen für die preußische Politik vorgezeichnet. Er verlangte, daß Preußen seine Großmachtsstellung, die es nicht seinem Territorium und seiner Bevölkerung, sondern dem Genie des großen Königs verdanke, aufrecht erhalte auf Grund seiner Lage zwischen den Großmächten Frankreich, Österreich und Rußland. Preußen hält zwischen diesen das Gleichgewicht, verstärkt durch den Anschluß der kleinen europäischen Staaten. Dies sei der einzige und wirkliche Zweck des Fürstenbundes, betonte Herzberg dringend, der Preußen immer eine sichere Stellung gebe, so lange es seine Rolle als Großmacht durch energisches Auftreten weiter spiele. Daneben braucht Preußen aber ein gutes Einvernehmen oder ein Bündnis mit einem Teil seiner Nachbarn. Mit Österreich ist dies unmöglich, da es Schlesien nie vergessen wird und sein Streben nach der deutschen und polnischen Monarchie gegen die preußischen Interessen angeht. Nur zeitweise, bei Teilungen etwa, kann Preußen mit Österreich zusammengehen; es muß sich aber vor Übervorteilungen wie bei der polnischen Teilung hüten.

Das Bündnis mit Frankreich war nötig, solange Preußen eine Macht zweiten Ranges war und das Versailler Bündnis noch nicht bestand. Da dieses fortdauert, sind die preußischen

Digitized by Google

Beziehungen zu Frankreich immer nur unsicher. Wenn auch Frankreich Preußen als Gegengewicht gegen Österreich betrachtet, so ist doch Marie Antoinettes Einfluß so groß, daß er jede gute Absicht des Ministeriums durchkreuzen kann. Den Beweis für diese Behauptung findet Hertzberg in dem schwachen und zweideutigen Benehmen Frankreichs bei dem bayrischen Erbfolgekrieg, dem Tauschplan, der Scheldefrage und jetzt in Holland. Nur die Furcht vor dem englisch-preußischen Bündnis zwingt Frankreich zur Rücksichtnahme auf Preußen. Die Stellungnahme Frankreichs für den Fürstenbund erklärt Hertzberg aus der Überlegung Frankreichs, daß Preußen mit ihm die französischen Aufgaben auf seine Schultern nehme. Klar habe es sich auch nie über den Tausch ausgesprochen und die Möglichkeit bestehe, daß es, um seines Gegensatzes gegen England willen, eines Tages ihm zustimme. Seit Frankreich seine Macht zwischen Heer und Flotte geteilt, durch die Kosten für die Flotte seine Finanzen und sein Heer ruiniert und durch die Notabelnversammlung seine Regierung geschwächt hat, ist es nicht mehr zu fürchten. Sein Einfluß in Holland ruht auf schwachen Füßen und sein Verhalten in der ganzen holländischen Affaire ist höchst zweideutig gegenüber Preußen, das ihm also nur fest gegenübertreten muß, so lange es sich in dieser schwächlichen Lage befindet.

Als das natürlichste System für Preußen bezeichnet Hertzberg das nordische, der Bund mit Rußland und England zusammen mit dem Fürstenbund, Dänemark und Holland. Das Bündnis mit Rußland ist ihm nützlich und nötig zugleich wegen der offenen preußischen Grenzen, der beiden Mächten gemeinsamen Politik, Polen in seinem Schwächezustand zu erhalten, und des Gegensatzes gegen Österreich. Katharina hat Österreich aufgesucht ihrer Türkenpläne wegen; sie wird aber merken, meint Hertzberg in Übereinstimmung mit der Absicht Friedrichs

Digitized by Google

des Großen, daß Österreich den Plan des griechischen Reiches nicht unterstützen wird, um nicht den stärkeren Nachbarn gegen den schwachen einzutauschen. Sie oder wenigstens der Großfürst Paul werde wieder zu Preußen zurückkehren und die beiden Mächte können dann Polen und Deutschland beherrschen. Ein befriedigendes Abkommen zwischen Rußland und der Pforte kann getroffen werden und Preußen sich seine Abrundung in Polen holen.

Hertzberg kommt dann zu dem für ihn augenblicklich wichtigsten Punkt, dem Verhältnis Englands zu Preußen. Für den Plan des nordischen Systems ist England unbedingt nötig; es ist Seemacht, Preußen ist Landmacht, also reiben sich die Interessen beider nicht aneinander. Beide müssen Österreich und Frankreich in Schranken halten, vor allem in Deutschland, von dessen Unabhängigkeit die Sicherheit Europas abhängt. Sie müssen deshalb den Fürstenbund stärken, was England durch Hannover, seine Beziehungen zu den deutschen Fürsten, durch Hülfstruppen und sein Geld, das es nach der Finanzreform, anders wie Frankreich, zur Verfügung hat, vermag. Ohne England und Hannover ist der Fürstenbund ein kraftloses Scheinwesen. Beide Mächte haben auch das Interesse, Holland in ihr System hineinzuziehen, da dieses das Verbindungsglied zwischen England, Preußen und Deutschland bildet. Zu der dazu nötigen Erneuerung des holländisch-englischen Bündnisses ist jetzt die Gelegenheit da. Fügt Frankreich sich nicht, so wird sein System in Holland gestürzt, England und Holland treten dem Fürstenbund bei und legen damit den Grundstein für das nordische System. Gegen die Behauptung, daß der preußische Einmarsch in Holland einen Krieg mit Österreich, Frankreich und Rußland heraufbeschwöre, macht Hertzberg geltend, daß Frankreich nur im Bund mit Österreich gegen Preußen und England fechten könne, Österreich aber sei freundlich gesinnt

Digitized by Google

und im Innern in gefährlicher Lage; Preußen könne ihm in Brabant, Ungarn und Böhmen Revolutionen erregen. Widersetzt sich Rußland, so stellt Preußen sein Heer den schlechten russischen Truppen entgegen und erregt womöglich eine Revolution für den Großfürsten Paul und eine türkische Diversion.

Außer der Beurteilung Rußlands stehen alle diese Gedanken Hertzbergs auf durchaus realem Boden. Er sah Rußlands Schwäche gegenüber Preußen wohl ein, überschätzte seine Stärke aber nach der Türkei hin. Weil Katharina an ihr griechisches Reich zunächst noch gar nicht denken konnte, war auch an einen Streit zwischen den Kaiserhöfen vorerst noch gar nicht zu denken. Überhaupt aber lag dem System Hertzbergs, das zunächst eine Verbindung mit Rußland und England erstrebte, ein Fehler zu Grunde, nämlich die Verkennung der englisch-russischen Beziehungen. Wie Friedrich der Große glaubte Hertzberg nicht an die Möglichkeit eines Bruches zwischen diesen beiden Mächten. Die unablässige Umwerbung Rußlands durch England im amerikanischen Krieg und auch nach demselben konnte allerdings auf den Gedanken bringen, daß England sich nie gegen Rußland wenden werde. Aber das österreichische Bündnis hatte doch Katharina in ganz andere Bahnen geführt. Das Scheitern der Politik des nordischen Systems unter Fox, die weitere Ablehnung englischer Bündnisanträge und die radikale Änderung der russischen Handelspolitik hätten das dem preußischen Minister klar machen müssen. Allerdings sollte erst das Jahr 1788 volle Aufklärung in diesem Punkte bringen und da zeigte es sich, daß die englischen Minister, ebenso wie Hertzberg, die Festigkeit der Kaiserin in der einmal unternommenen Politik beträchtlich unterschätzt hatten.

Eine besondere Betonung wird in dieser Denkschrift auf Englands und Frankreichs Beziehungen zu dem Fürstenbund

Digitized by Google

gelegt. Auf diesem Umweg sollte dem König das Zusammengehen mit England annehmbar gemacht werden. Friedrich Wilhelm fürchtete des Bundes wegen den Bruch mit Frankreich; Hertzberg, unterstützt darin durch Wilhelmine, zeigte ihm die Kehrseite, daß er nämlich durch die Feindschaft mit England mindestens ebenso gefährdet war, besonders seit Frankreich immer mehr zurücktrat. Diese Furcht des Königs ganz zu beseitigen, ist Hertzberg aber bis zu dem englischen Bündnis hin nicht gelungen.

Hertzberg hatte mit der holländischen Revolution seinen ersten Erfolg erreicht, freilich mühsam genug und nicht aus eigener Kraft allein. Obwohl er jetzt alle Geschäfte allein leitete[1], waren die Schwierigkeiten seiner Stellung doch keineswegs gehoben; die Partisanen des Fürstenbundes und Frankreichs machten ihm nach wie vor das Leben sauer. Daß auch er übermäßig auf die Erhaltung eines Gleichgewichts zwischen Frankreich und England in Holland nach dem Feldzug drängen mußte, mag in erster Linie auf ihr Wirken zurückzuführen sein.

Karl August von Weimar, dem hinter dem Rücken der preußischen Minister von Friedrich Wilhelm die Leitung der deutschen Politik übertragen worden war, war wieder mit neuen Plänen bei der Hand, die nichts Geringeres erstrebten, als Preußen in seiner neuen Stellung und Holland in den Dienst der deutschen Fürsten zu stellen. Eine Verteidigungsstellung zwischen Frankreich und Österreich sollte hauptsächlich mit Beihülfe Hollands geschaffen werden[2]; das preußische Bündnis mit England erschien dem Herzog dagegen als die erklärte Abhängigkeit Preußens von England.[3] Diese Pläne, ebenso wie ähnliche in Militärkreisen, die an eine Besetzung Maestrichs und einiger Festungen in den Generalitätslanden dachten, waren vollkommen unausführbar[4]; schon 1785 hatten sich in Holland lebhafte Befürchtungen vor den Ausdehnungsbestrebungen des Fürsten-

Digitized by Google

bundes geltend gemacht, sie treten bei dem Abschluß des Bündnisses mit Preußen noch einmal stark hervor. Auch die unnötige Provokation Österreichs und Frankreichs, das in Berlin im Juni 1788 ernste Vorstellung über die Fürstenbundsagitation machte, sprach gegen diese Gedanken. Hertzberg beseitigte sie durch Beschleunigung der Bündnisverhandlungen. Durch den Abschluß zwischen Preußen und Holland allein ohne England wich er einer zu starken Inanspruchnahme Preußens seitens England und einer Verschärfung des Gegensatzes zu Frankreich aus, was Friedrich Wilhelm selbst freilich durch das Looer Bündnis wieder vereitelte. Den Gedanken des Anschlusses Hollands an den Fürstenbund hatte er dem König wohl nur vorgetragen, um ihn zu dem Feldzug geneigt zu machen; er wollte nicht den holländischen Erfolg dem Fürstenbund zuliebe, der ihm jetzt immer mehr in den Hintergrund trat, in Frage stellen. Neben den holländischen Plänen gingen die Arbeiten für eine Ausgestaltung des Fürstenbundes, wie sie neben dem Herzog von Weimar vor allem Stein[5] vertrat, dem alle anderen Aufgaben Preußens neben diesen als nichtig erschienen und der sich am Mainzer Hof in einer scharfen Kritik der preußischen Politik erging. Karl August erhob dabei unter anderem die alte Forderung der Fürsten auf Gleichstellung mit den Kurfürsten bei den zu schaffenden Unionskongressen und gleiche Stimmführung beider.[6] Nichts kann deutlicher die gänzliche Verkennung der wirklichen Machtverhältnisse seitens der deutschen Politiker zeigen als diese Forderung. Solche Vorschläge waren am allerwenigsten geeignet, die ängstlich an ihren Sonderinteressen festhaltenden Kurhöfe Sachsen und Hannover, die nicht die geringste Neigung zu einer Fortentwicklung des Bundes zeigten, zu gewinnen.

Wollte Preußen überhaupt in seiner Fürstenbundspolitik fortfahren, so mußte das System des Balancierens zwischen

Digitized by Google

Frankreich und England fortgeführt werden, wie etwa noch Anfang 1787 bei der Koadjutorenwahl in Mainz, bei der, ohne daß Hertzberg in diese Politik eingeweiht worden war, Alvensleben durch den Herzog von York Georg III. um Geldunterstützung angegangen hatte und Frankreich durch Goltz dafür interessiert worden war.[7] Hertzbergs Politik, die jetzt dem nordischen System zusteuerte, war demgegenüber eher eine Fortsetzung der Friederizianischen, die auch nur notgedrungen sich auf die Verbindung mit den deutschen Fürsten beschränkt hatte. Der Fürstenbund war eine viel zu schwerfällige Waffe für die von Hertzberg erstrebte aktive Politik Preußens, infolge der Kriegsfurcht und der mangelnden Unterordnung der deutschen Fürsten; auch war er zur Defensive abgeschlossen. Hertzberg erkannte richtig, daß Preußen in erster Linie preußische, nicht deutsche Politik treiben mußte. Außerdem hatte man ja jetzt einen Bundesgenossen, England, während Frankreich viel zu schwach für eine aktive Politik im Sinne des Jahres 1756 war und die Kaiserhöfe im Osten zu thun hatten. Daß Hertzberg also mit ganzer Energie auf die Nutzbarmachung Englands durch ein Bündnis hindrängte, war nur vernünftig. Beide Mächte standen frei und mächtig da und konnten in die sich ihnen öffnenden neuen Bahnen einlenken. Daß Preußen die Gunst des Augenblicks einer glücklich überwundenen Balancierungspolitik zuliebe nicht verscherzen durfte, darüber war sich Hertzberg klar. Ein Gutes hatten die deutschen und französischen Intriguen gegen Hertzberg, daß sie nämlich England zu schnellerem Anschluß an Preußen antrieben, nachdem es durch Ewart direkt und Hertzberg indirekt auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden war, daß es den Ereignissen im Osten bündnislos entgegengehen müsse.

Digitized by Google

XVI. Verhältnis Preußens und Englands zu Österreich.

Die Furcht vor Österreich, die Preußen zu der Umwerbung Frankreichs gezwungen hatte, war auch in Friedrich Wilhelm sehr lebendig gewesen; jetzt hatte sie sich angesichts der inneren und äußeren Lage Österreichs stark vermindert. Die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Staaten hatten auch seit Friedrichs Tod eine andere Färbung angenommen. In beiden Lagern gab es Stimmen, die der Beseitigung der alten Feindschaft das Wort redeten. In Österreich gehörte zu diesen kein Geringerer als Joseph II. selbst, den die französische Politik der letzten Jahre, ebenso wie seinen Bruder Leopold, mit lebhafter Abneigung gegen Frankreich erfüllt hatte und der eine zu große Abhängigkeit von Rußland zu vermeiden wünschte. Er hatte mit Kaunitz eine Aussöhnung mit Preußen kurz nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms beraten. Der in der Feindschaft gegen Preußen ergraute und an seinem Dreibund festhaltende Minister hatte aber seine gegenteilige Meinung durchgesetzt.[1] Auch Kaunitz wünschte aber zunächst Preußen sicher zu machen, um es nachher desto sicherer verderben zu können, und beauftragte den Fürsten Reuß[2] in Berlin, dem neuen König sein Mißtrauen gegen Österreich auszureden; beiderseits freundliche Erklärungen wurden beim Regierungsantritt ausgetauscht. In Warschau und Wien tauchten Gerüchte von einer Einigung Preußens und Österreichs auf, die die Fürstenbundsstaaten in Aufregung versetzten und auch Frankreichs Aufmerksamkeit erregten.[3] Joseph erwog bis in den September des Jahres 1787 hinein mit Cobentzl und Spielmann Pläne, die die Abrundung Österreichs im Einvernehmen

Digitized by Google

mit Preußen und seine Unabhängigkeit von Frankreich betrafen.[4] Möglicherweise waren damals schon Preußen polnische Erwerbungen zugedacht als Gegengabe für den bayrischen Tausch.[5] In Berlin suchte man den König durch eine freundliche Haltung während der holländischen Krisis solchen Plänen geneigt zu machen.

In Preußen hatte Prinz Heinrich ähnliche Gedanken, er verwünschte die Fürstenbundspolitik und scheint sich mit Säkularisationsplänen getragen zu haben. Gegen deutsche Erwerbungen Preußens, wie etwa die Lausitz, lag ihm auch die Zulassung des bayrischen Tausches nicht fern[6], ein Gedanke, der allen Friederizianischen Traditionen ins Gesicht schlug. Finkenstein blieb in den alten Geleisen; er wollte jeden Zwiespalt zwischen Österreich und Frankreich genährt wissen und Preußen im Gegensatz zu Österreich halten. Er fand sich darin mit den Fürstenbundspolitikern. Hertzberg hielt ebenfalls an der alten Feindschaft gegen Österreich fest, nur fand er sich zu augenblicklichen Konzessionen bereit. Gerade vor Beginn des Feldzuges spielen die Intriguen der verschiedenen Parteien sich am lebhaftesten ab.

Die Verwicklung Preußens in Holland sah man in Wien gern, da sie Preußen und Frankreich in Streit bringen mußte. Es galt also beiden Mächten die Neutralität Österreichs zu versichern, damit sie sich um so unbesorgter in den Streit vertiefen konnten; aus ihm konnte sich eine günstige Wendung für den Tauschplan ergeben.[7] Kaunitz hatte schon im Oktober 1786 in Berlin erklären lassen, Österreich sei nur ein ruhiger Zuschauer in den holländischen Wirren.[8] Den Eifer Görtzs hatte der österreichische wie der russische Gesandte im Haag auf jede Weise ermuntert und damit Görtz, nicht aber Friedrich Wilhelm, der die Absicht durchschaute, getäuscht. Zu derselben Zeit etwa gab Österreich nach der Erkundigung Hofenfels', des über die

Digitized by Google

französische Politik stets wohlunterrichteten zweibrückischen Ministers, ganz andere Erklärungen ab[9], die Frankreich die Zustimmung Österreichs zu seinem Vorgehen in Holland versicherten. Zu Beginn des Jahres 1787 trug Kaunitz in Rußland wieder sein ceterum censeo, die Vernichtung Preußens vor der Ausführung der Türkenpläne, vor.[10]

In Berlin spielte die österreichische Gefahr für den Fall eines holländischen Feldzuges bei dem König eine große Rolle; Hertzberg mußte ihn in diesem Punkt erst sicher machen. Er ging deshalb eine Verbindung mit Bischoffwerder ein, der, wie wir gesehen haben, schon damals eine wichtige Rolle in der auswärtigen Politik Preußens spielte. Bis zu der ersten englischen Erklärung und darüber hinaus hatte Hertzberg das volle Vertrauen des Königs noch nicht wiedergewonnen, so daß die Verbindung mit dem Vertrauten des Königs ihm höchst wertvoll war. Bischoffwerder zusammen mit dem Grafen Brühl, der, offenbar im Einverständnis mit dem Fürsten Reuß, ihn und Wöllner für ein besseres Verhältnis zu Österreich gewonnen hatte[11], unterstützte Hertzberg in dessen Plänen eines Anschlusses an England und eines Feldzuges in Holland bei dem König und Ewart; dafür konnte er eine sehr freundlich gehaltene Erklärung an Österreich durchsetzen, in der die preußischen Rüstungen mitgeteilt wurden. Reuß sprach bei der Beantwortung sich nicht ganz klar über die Stellung Österreichs zu den holländischen Unruhen aus. Dies gab Finkenstein Gelegenheit, bei Friedrich Wilhelm das Schreckgespenst einer österreichischen Unterstützung Frankreichs in Holland erscheinen zu lassen. Bischoffwerder vereitelte diese Intrigue, ähnlich wie die gegen England, durch einen direkten Brief an den österreichischen Gesandten und erwirkte ein volles Dementi.

Die am 9. August eintreffende österreichische Antwort lautete sehr freundlich. Joseph ließ sagen, er sei erfreut über

Digitized by Google

die freundschaftliche Gesinnung Preußens, er erwidere dessen Gefühle und erhoffe ein engeres Einverständnis beider Mächte, für das alles spreche. Auch würden die Spekulationen bornierter Politiker, die alles schwarz sähen, dadurch beseitigt. Reuß bezog diese Anspielung auf den russischen Gesandten Rumiantzoff. Preußen sprach dafür seine Wünsche auf baldige Beendigung des belgischen Aufstandes aus. Auch bei Bischoffswerder hatte Reuß die Versicherung der Freundschaft Josephs für Preußen angebracht.

Trotz aller freundlichen Erklärungen blieb das Mißtrauen Friedrich Wilhelms rege; er wünschte jedenfalls Österreich aus der holländischen Vermittlung ausgeschlossen zu sehen. Bischoffswerder hätte am liebsten allen Mißverständnissen durch eine Zusammenkunft zwischen Joseph und Friedrich Wilhelm ein Ende gemacht und hatte eine solche gelegentlich einer Intrigue Finkensteins, der eine erste österreichische Erklärung bei Faciola in einem für Frankreich ungünstigen Sinn auslegte[12], angeregt. Daß aber Joseph den Augenblick des preußischen Feldzuges zu benutzen gedachte, war unzweifelhaft. Gerade jetzt schienen die belgischen Wirren beigelegt, da erfolgte die türkische Kriegserklärung und vernichtete alle österreichischen Pläne im Keim.[13] Friedrich Wilhelm atmete auf.

Seit der Ablehnung seiner Anträge in Berlin im Jahre 1785 hatte England sich bemüht, ein gutes Verhältnis zu Österreich wieder herzustellen. (Vgl. Kap. IV, Anm. 5.) Die unsichere, zum Teil feindliche Haltung Preußens zwang es, abgesehen von der größeren Bedeutung eines österreichischen Bündnisses, zu dieser Politik. Bis in das Jahr 1787 hinein ging diese Umwerbung Österreichs, während Hollands wegen doch auch Preußen nicht außer acht gelassen werden durfte.[14] Mit dem Herannahen der holländischen Krisis hatte dann England im Sinn der Freunde eines österreichisch-preußischen Einvernehmens gearbeitet. Der belgische

Digitized by Google

Aufstand war ihm dazu sehr gelegen gekommen. Ein nicht ganz unberechtigtes Mißtrauen, daß Frankreich diesen Aufstand nähre, um langgehegte Pläne zu verwirklichen, war in Wien rege.[15] Dieser Verdacht lag nahe bei der offenen Unterstützung der revolutionären Partei in Holland durch Frankreich. Deren Bestehen allein und auch geheime Verbindungen mit den Brabantern[16] trugen trotz des verschiedenen Charakters der Revolution nicht wenig zur Erhitzung der Gemüter in Belgien bei. Frankreich hatte, um Österreich nicht zu verstimmen, seine Neutralität bei dem belgischen Aufstand zugesichert und alle Gerüchte, daß es diesen nähre, für Lüge erklärt.[17] England dagegen bemühte sich, das Mißtrauen Österreichs nicht einschlafen zu lassen, da es selbst die Ereignisse in Belgien mit einiger Besorgnis sah.[18] Es erkannte die Gunst der Lage, die Österreich bei einem wirklichen Abfall der Niederlande auf die alte Verbindung mit England hinweisen mußte. Keith in Wien hatte den Auftrag, auf die französischen Umtriebe in Belgien aufmerksam zu machen, und that dies in einer Unterredung mit Joseph.[19] Der Kaiser selbst gab die Aufhetzung seiner Unterthanen durch die Patrioten zu, ging aber auf die den Patrioten feindliche englische Auffassung nicht weiter ein. Jedenfalls aber gewann Keith die Überzeugung, daß keine französisch-österreichischen Abmachungen über Holland beständen.

Für den holländischen Feldzug mußte England Preußen Sicherheit vor Österreich verschaffen und zugleich Österreich warm halten. Die Anfrage Englands in Berlin, ob Preußen zu einem Abkommen mit England geneigt sei, wenn dieses ihm die Nichteinmischung Österreichs garantiere, die mehrfache Versicherung, der Kaiser sei genügend in Belgien beschäftigt, beide Mächte hätten gemeinsames Interesse in den Niederlanden gegen die Revolution, und endlich die Anrufung Österreichs durch die von England gewonnenen Provinzen weisen deutlich auf diese

Digitized by Google

Politik Englands hin.[20] Am 14. September noch ließ Carmarthen die Freundschaft Englands für Österreich und die Hoffnung, in gutem Einverständnis mit ihm zu bleiben, in Wien erklären.[21] Hatte Preußen einmal seine Dienste in Holland geleistet, so konnte England noch immer überlegen, welcher der deutschen Mächte es sich anschließen sollte; am liebsten hätte es natürlich eine Vereinigung mit beiden gesehen. Bei der Krisis, die der türkische Krieg hervorrief, war der Anschluß einer derselben an England so gut wie sicher.

Aber wieder war Rußland jetzt der gewinnende Teil in dem Bündnis mit Österreich. Während Joseph in den durch russische Provokation entstandenen Krieg eintreten mußte, war ihm die Erhaltung des Bündnisses mit Frankreich, der Rückendeckung wegen, natürlich eine Notwendigkeit. Preußen und Österreich standen sich bald feindlich gegenüber. Der Wunsch Englands, mit Österreich nicht zu brechen, scheiterte an der österreichischen Kriegserklärung an die Türkei, deren Aufschub ihm wohl noch Hoffnung gegeben hatte. Erst im April 1788 aber erfuhr Keith in Wien, daß das Bündnis mit Preußen in Sicht sei, während er sich nach seiner erst vier Wochen alten letzten Instruktion zu anderen Schlüssen für berechtigt gehalten hatte.[22] Immer aber blieben die gemeinsamen niederländischen Interessen in Kraft und bewährten ihren Einfluß über das preußisch-englische Bündnis und die Reichenbacher Verhandlungen hinaus.

XVII. Der türkische Krieg.

Die Bedeutung der türkischen Wirren für die holländischen Ereignisse war keine geringe. Der türkische Krieg war den Kaiserhöfen, obwohl Katharina ihn bei der Cherfoureise ge-

Digitized by Google

wünſcht hatte, doch unerwartet gekommen.[1] Ende 1786 hatte Frankreich noch einmal vermittelt; es war dies die letzte der Vermittlungen vor der franzöſiſchen Revolution und auch die erfolgloſeſte infolge des aufreizenden Benehmens Rußlands.[2] Öſterreich kam der Krieg höchſt unerwünſcht.[3] Sofort erhoben ſich die Anklagen gegen England und Preußen, daß ſie die Pforte aufgehetzt hätten. Der engliſche Geſandte in Konſtantinopel, Ainslie, hatte jedenfalls für den Krieg gearbeitet, da er den engliſchen Intereſſen, wie ſie Carmarthen ſchon 1785 betont hatte, auf das beſte entſprach. Auch auf die guten Dienſte Preußens rechnete die Türkei, wenn auch der preußiſche Geſandte keinerlei beſtimmte Verſprechungen hatte geben dürfen.[4] Sofort nach dem Bekanntwerden der Kriegserklärung befahl Friedrich Wilhelm, die Türkei in ihrem Kriegseifer nicht zu zügeln.[5] Aber auch Frankreich war dieſe Wendung nicht ganz unerwünſcht gekommen. Montmorin hoffte, daß Preußen in dieſer neuen Situation Anſchluß an Frankreich ſuchen werde und hatte dies auch Goltz angedeutet.[6] Auch Choiſeul-Gouffier in Konſtantinopel hatte ſein Teil zum Ausbruch des Krieges beigetragen. Bei der Cherſonreiſe Katharinas hatte er zur Ausrüſtung Oczakows geraten und der Pforte, deren Niederlage er für ſicher hielt, wenigſtens ein ehrenvolles Unterliegen empfohlen.[7] Er und Ségur waren die rechten Vertreter der ſchwankenden türkiſchen Politik Frankreichs, die an dem alten Bundesgenoſſen verzweifelte und ihn doch noch nicht aufgeben wollte. Der eine trieb zur Rüſtung, der andere riet zum Frieden. Die Friedensermahnungen in Rußland hatten Erfolg, durch einen Unfall aber kam die Nachricht zu ſpät nach Konſtantinopel und Choiſeul-Gouffier hatte ſchon ſein Beſtes gethan, die Pforte zum Widerſtand zu reizen.

Es handelte ſich jetzt für Frankreich darum, ob es ſeinen Plan, im Kriegsfall an der Teilung der Türkei teilzunehmen, ausführen ſollte. Der ſofortigen Bitte Rußlands um Vermitt-

Digitized by Google

lung gedachte Montmorin zu entsprechen[8] und that auch Schritte für den Frieden, hauptsächlich um England und Preußen aus der Vermittlung auszuschließen. Am 7. September erhielt Ségur noch die bezeichnende Instruktion, er solle jeden Anschein vermeiden, als ob Frankreich die Türkei unterstützen oder im Stich lassen wolle.[9] Nach der holländischen Niederlage entschied sich Montmorin zu einer Annäherung an die Kaiserhöfe, um dem englisch-preußischen Bund ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Ségur und Noailles in Wien erhielten den Auftrag, ein Bündnis vorzubereiten selbst auf die Gefahr hin, daß Frankreich an der Teilung teilnehmen müsse.[10] Zu einer klaren Entscheidung konnte aber Montmorin doch nicht kommen. Ségur berichtete die Bereitschaft Rußlands für das Bündnis und erhielt dafür einen Tadel, weil er zu rasch vorgegangen sei.[11] In Österreich schien man auch zunächst noch keine große Neigung zu einem solchen Schritt, der England und Preußen nur reizen konnte, während Frankreich schwach war, zu verspüren. Montmorin wollte sich erst die Haltung Englands vergewissern.

Pitt hatte Grenville bei seiner Sendung nach Paris aufgetragen, falls er bei Montmorin die Neigung, der Türkei zu helfen, bemerke, zu sagen, England werde sich dem nicht widersetzen[12], eine ähnliche Politik also wie die Shelburnes bei der Krimaffaire. Von Spanien erhoffte Carmarthen eine Mittelmeerdemonstration.[13] Dies waren an sich schon Zeichen einer eminent feindseligen Gesinnung gegen Rußland. Der Hauptzweck Englands aber war, Frankreich von den Kaiserhöfen fernzuhalten; auch an dem türkischen Handel hatte man seit dem französischen Handelsvertrag mehr Interesse gewonnen, und eine Beherrschung der Levante durch Rußland konnte England nur unerwünscht sein. Durch ein französisches Eintreten für die Türkei wurde der französisch-russische Handelsvertrag vernichtet, der England ein Dorn im Auge war, und vor allem mußte

Digitized by Google

Rußland wie bei der Krimaffaire eine Schwenkung zu England hin machen.

Frankreich wollte womöglich auch jetzt noch England und Preußen getrennt halten. Montmorin sprach den Wunsch aus, Alvensleben möge genauer über die preußischen Ziele instruiert werden; das preußische Ministerium lehnte diese Andeutungen aber, ebenso wie ähnliche, Goltz gegenüber gemachte, Bemerkungen über ein Zusammengehen Frankreichs, Englands, Hollands und Preußens, ab.[14] Eden hatte schon während der Krisis die Möglichkeit eines Abkommens mit Frankreich gesehen und hatte entsprechende Anspielungen empfangen.[15] Pitt ermächtigte ihn, im allgemeinen zu sagen, England wünsche nicht an dem türkischen Krieg teilzunehmen. Bei einer Teilnahme Frankreichs an dem Krieg sollte er aber England die Freiheit seiner Entschlüsse vorbehalten.[16] Montmorin bemerkte in der Folgezeit, er wünsche ein klares und gutes Verhältnis zu England, er sähe mit Vergnügen, daß die türkische Frage England und Frankreich im Einverständnis zeigen werde, und sei verwundert, daß England mit Frankreich, Preußen, Spanien und Schweden nichts gegen die Zerstörung des türkischen Reiches unternehmen wolle.[17] Englands Interesse sei, seinen indischen Handel, das Frankreichs, seinen Levantehandel zu bewahren; auf dieser Basis sei eine Einigung beider möglich.[18] Carmarthen ging auf die Andeutungen ein und ließ erklären, wenn Frankreich wirklich ein gutes Verhältnis zu England wünsche und auf Vergrößerungen verzichte, so sei England wirklich bereit, ihm entgegenzukommen. Gebe es Holland und Indien auf für den Fall, daß es England seine Levanteinteressen vertreten lasse, so sei kein Grund zu irgend welchem Streit vorhanden. Jeder bestimmten Erklärung über die türkische Frage und die Zulassung der russischen Flotte zur Fahrt in das Mittelmeer wich Montmorin aber aus und betonte nur, es bestände kein französisches

Digitized by Google

Abkommen mit den Kaiserhöfen über die Türkei, Frankreich habe nur über den Frieden mit ihnen verhandelt. Obwohl Pitt nicht viel von diesen Verhandlungen erhoffte, setzte er sie doch fort. Carmarthen ließ in Paris ferner sagen, Englands Interesse werde nicht wesentlich durch den Türkenkrieg betroffen, durch sein Schweigen mache sich Frankreich nur verdächtig; England werde es auf das schärfste beobachten, so lange die Möglichkeit feindlicher französischer Umtriebe an anderen Höfen bestände. Nur Frankreich könne England aus seinem defensiven System heraustreiben. Das englische Ministerium war fest entschlossen, keine Erweiterung des französischen Machtgebietes im Bund mit den Kaiserhöfen zu dulden. Es wünschte aber Frankreich zu zeigen, daß es abgesehen von diesem Fall von England nichts zu befürchten habe. Montmorin selbst war unentschlossen; nachdem der erste Schrecken über Holland verflogen war, zog Frankreich die nach den Kaiserhöfen ausgestreckten Fühler zunächst wieder zurück. Diesen Erfolg hatten die englischen Verhandlungen und Drohungen wenigstens, und England setzte seine Versuche, Frankreich zu einer antirussischen Politik zu treiben, auch späterhin fort.[19]

Das ganze Verhalten Englands gegenüber Frankreich ist bei diesen Versuchen bemerkenswert. Den wichtigsten Bundesgenossen hatte man Frankreich entrissen, bald folgten auch Holland, Schweden und Spanien. Zu einem Vernichtungskrieg gegen Frankreich aber war England keineswegs entschlossen, sobald sich dieses zu schwach für eine offensive, antienglische Politik zeigte. Man suchte es vielmehr zu schonen, um es mit den andern Mächten, mit denen man noch Beziehungen unterhielt, vielleicht gegen das immer deutlicher sich als Feind kennzeichnende Rußland zu verwenden. Daß Frankreich England nicht angreifen würde, dafür bürgten seine wachsenden inneren Verlegenheiten[20], denen es zu überlassen jedenfalls eine klügere Politik

Digitized by Google

war, als sie durch die Gefahr von außen zu beseitigen. Erst als das revolutionäre Frankreich in offensive Bahnen, besonders in den Niederlanden, einlenkte, entschloß sich England zu dem Krieg, der die Entscheidung in dem Ringen der beiden Rivalen um die Vormachtstellung nach zwanzigjährigem Kampfe definitiv bringen sollte. Die weitangelegten Pläne gegen Rußland, die neben dem Wunsch, Frankreich durch seine inneren Umwälzungen geschwächt zu sehen, der berühmten Friedensliebe Pitts zu Grunde lagen, mußten damit vorerst zur Seite gelegt werden.

XVIII. Verhältnis Preußens und Englands zu Rußland.

Sofort nach dem holländischen Feldzug war das Gerücht aufgetaucht, Österreich habe auf Frankreichs Bitte eine Tripleallianz in Rußland vorgeschlagen.[1] Dies stimmte wenig zu der österreichischen Beglückwünschung in Berlin anläßlich des holländischen Erfolges, der Österreichs Eifersucht nicht errege. Preußen und England fanden es nötig, in Rußland über die Tripleallianz Vorstellungen zu machen. Das Ereignis, das Friedrich der Große und England im Jahre 1785 gefürchtet hatten, schien jetzt eintreten zu wollen. Beide Mächte wollten versuchen, Rußland von diesen Bestrebungen zurückzuhalten. Für Preußen schloß sich an diese Vorstellungen ein Schritt ernsten Entgegenkommens gegenüber Rußland, den Hertzberg herbeigeführt hatte. Das nordische System, für das Friedrich Wilhelm gewonnen war und zu dem man nach Hertzbergs Meinung durch den holländischen Erfolg die beste Grundlage gelegt hatte, sollte damit in Angriff genommen werden.

Seit Friedrich Wilhelms Thronbesteigung hatte sich Preußen bemüht, trotz der fortwährenden Intriguen Rumiantzoffs zu

Digitized by Google

einem erträglichen Verhältnis mit Rußland zu kommen. Dies schien auch anfangs Erfolg zu haben. Rumiantzoff erklärte in einer Unterredung mit dem englischen Gesandten Lord Dalrymple, Rußland sei mit Österreich nur für die türkische Frage verbündet und habe nicht auf seine preußischen Beziehungen verzichtet[2], was Hertzberg dem König sofort mitteilte. Bei der Erwiderung auf die preußischen Eröffnungen über Holland, in der Rußland den Wunsch aussprach, die holländische Verfassung möge erhalten werden und hinzufügte, es habe Holland sein Mißfallen durch die Ablehnung eines Handelsvertrags gezeigt, kam Rumiantzoff zu dem Schluß, Rußland wolle sich offenbar Preußen wieder nähern und sei zur Erneuerung des alten Systems bereit.[3] Die Erledigung der Danziger Streitfrage wurde dabei aber vorausgesetzt. Die russische Erklärung ebenso wie die Ermunterungen Görtz' im Haag hatten natürlich den Zweck, den auch Österreich hatte, Preußen in den holländischen Streit hineinzutreiben. Eine Intrigue des russischen Gesandten, der bei Reuß nach dessen eigener Mitteilung an Finkenstein behauptete, Preußen nähre die Unruhen in Belgien, eine Behauptung, die auch Ségur in Petersburg aufstellte, zeigte aber doch wieder offen die unfreundliche Gesinnung Rußlands.[4] Dazu kam in Berlin die von Frankreich erweckte Besorgnis, daß Rußland sich mit Österreich in Cherson über die polnische Frage zu gunsten des zweiten Sohnes Leopolds einige. Der preußische Gesandte in Wien, Podewils, wußte sogar von französisch-russischen Bundesverhandlungen zu melden.[5] Gerade vor dem Feldzug rollte dann Rumiantzoff wieder einmal die Danziger Frage auf, während andrerseits Keller die russische Zustimmung zu der Intervention Preußens in Holland meldete.[6]

Nach dem Feldzug entschloß sich Preußen zunächst zu einem formellen Dementi des Gerüchts, daß es die Türkei zum Krieg angestachelt habe. Der Großfürst Paul hatte sofort nach der

Digitized by Google

Kriegserklärung bei Friedrich Wilhelm die Erwartung ausgesprochen, daß Preußen sich für den Frieden bemühen werde[7], und der König hatte auch bei seiner Instruktion, die Türkei nicht zurückzuhalten, befohlen, jeden Anstoß in Rußland zu vermeiden. Merkwürdigerweise frug Ostermann im Oktober den preußischen Gesandten Keller, ob Preußen nicht gern Danzig besäße.[8] Dem Ministerium erschien dies als ein Annäherungsversuch Rußlands. Es riet, Rußland herankommen zu lassen, wenn es seine Ansprüche auf die preußischen Subsidien auf Grund des Bündnisses geltend machen wolle; im übrigen bezeichnete es die Erwerbung Danzigs als nicht genügend, Posen, Kalisch und Thorn müßten miterworben werden. Es schien zu erwarten, daß Rußland sich Preußens Neutralität durch polnische Zugeständnisse sichern wolle.

In England beschäftigte man sich auch ernstlich mit Rußland.[9] Ehe man mit Preußen abschloß, wollte man Rußland sondieren und den Erfolg der Tripleallianzbestrebungen abwarten. Das Verhältnis zwischen den beiden Mächten war schon seit dem Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen ein äußerst gespanntes. Ging Katharina also auf ein englisches Bündnis ein, so mußte dies einer Kapitulation Rußlands vor England gleich werden. Zu einem weiteren Entgegenkommen war England nicht bereit; die Abberufung Ainslies, dem man in Rußland offen die Schuld am Krieg gab, lehnte England ab.[10] Es entschied sich zu einer Anfrage über die Tripleallianz und gedachte zugleich seine guten Dienste anzubieten, um in Petersburg sein Interesse an der türkischen Frage zu dokumentieren; dazu lud es Preußen ein.

In einer Note an Ewart erklärte Carmarthen[11], Frankreich wolle offenbar die Kaiserhöfe nur hinhalten und die Türkei noch nicht aufgeben. Wenn aber die Tripleallianz zur Vollendung komme, so seien England und Preußen deshalb noch

Digitized by Google

nicht in ungünstiger Lage. Schweden, Dänemark, Spanien und die Mittelmeermächte zeigten eine günstige Stimmung. Gegenüber österreichischen Erwerbungen mußten dieselben Bedenken erhoben werden wie bei der Tauschfrage, die nach dem Krieg doch auch wieder auftauchen werde. Dies deutete schon den Weg der künftigen englischen Politik an; durch den Gegensatz gegen Österreich sollte Preußen zu einem Auftreten gegen Rußland gebracht werden, das Preußen zunächst weit mehr als England noch fern lag, während mit Hertzbergs gesicherter Stellung die antiösterreichischen Interessen mehr in den Vordergrund traten.

Zu gleicher Zeit hatte Carmarthen Fraser in Rußland instruiert[12], er solle Englands Bedauern über den Ausbruch des Krieges ausdrücken. England wünsche den Frieden und biete seine guten Dienste für ihn an. Fraser sollte gegen die Tripleallianz auftreten und erklären, England müsse gegen ein solches Bündnis sein, da es Frankreich stärke, es könne irgend eine Vergrößerung Frankreichs nicht dulden. Dieselbe Erklärung gab Pitt in London Woronzow mit dem Zusatz, russischen Eroberungen werde England sich nicht widersetzen. In Rußland wurde noch die Schwäche Frankreichs und die Wertlosigkeit seines Beistandes hervorgehoben. Preußen sollte diesem englischen Schritt beitreten; bis Aufklärung über die Tripleallianz erfolgt sei, sollten beide mit einem engen Bündnis für die holländische und die anderen wichtigen Fragen warten. Preußen billigte das Vorgehen Englands, erklärte aber, formell sich nicht daran beteiligen zu können. Werde die englische Anfrage gut aufgenommen, so beabsichtige Preußen, in Rußland zu erklären, es wolle seinen Verpflichtungen nachkommen und seine guten Dienste mit den Freunden Rußlands zusammen anbieten. England sah eine günstige Antwort an Fraser voraus und erhoffte Nutzen von dem preußischen Antrag, zumal es schiene, als ob Österreich nicht in den Krieg eintreten wolle.[13] Es machte zu-

Digitized by Google

gleich Mitteilung über ein Anerbieten Schwedens[14], eine Quintupelallianz abzuschließen, das es als ernst gemeint ansah. Schweden habe auch erklärt, es sehe Rußland gern in das Bündnis mit aufgenommen. Dem preußischen Ministerium erschien ein solches Bündnis als eine feindliche Demonstration gegen Rußland; es riet, es abzulehnen und nur im äußersten Notfall anzunehmen.

Hertzberg hielt jetzt die Zeit für seinen Plan für gekommen[15]; die Tripleallianz erschien ihm nicht gefährlich; sie könne verhindert werden, schrieb er dem König. Auf eine erste, mit der englischen Erklärung in Rußland gemeinsam gemachte Erklärung Preußens über seine eventuelle Vermittlung mit den Freunden Rußlands zusammen hatte es eine freundliche, aber ablehnende Antwort erhalten. Rußland fragte dabei an, welche guten Dienste Preußen und mit welchen Freunden es sie erweisen wolle. Den französischen Bündnisantrag leugnete es und versicherte, es werde kein seiner Verbindung mit Preußen entgegenstehendes Bündnis eingehen. Hertzberg hielt es für heilsam, Rußland gezeigt zu haben, daß die preußische Vermittlung bewaffnet werden und eine solche nicht leicht ohne Preußen stattfinden könne. Er riet jetzt, in Rußland zu erklären, Preußen sei zur Erfüllung der Bundespflichten bereit und wolle das Bündnis erneuern. Rußland möge ihm seine Bedingungen mitteilen, Preußen habe Einfluß genug in der Türkei, um russische Forderungen, wie etwa die definitive Abtretung der Krim, gegen eine Garantie der übrigen türkischen Besitzungen durchzusetzen. Am besten nähme Rußland die preußisch-englische Vermittlung an, da England gerade so russenfreundlich sei wie Preußen, auch Frankreich könne zugezogen werden. Wenn dann von einer Entschädigung Österreichs gesprochen werden sollte, so sollte Keller den Hertzbergschen Plan vorlegen. Dem ersten Teil dieses Antrags wurde entsprochen.

Digitized by Google

Rußland war natürlich zum größten Entgegenkommen gegen Öſterreich genötigt. Es zeigte ſich, daß es in der gegenwärtigen ernſten Gefahr ſein Syſtem, die rivaliſierenden Mächte Frankreich und England, Öſterreich und Preußen gleichmäßig für ſich auszunutzen, nicht durchführen könne. Eine Entſcheidung mußte getroffen werden; an dem öſterreichiſchen Bündnis hielt Katharina natürlich feſt und Öſterreichs wegen entſchied ſie ſich jetzt definitiv für Frankreich. Öſterreich ſetzte als Gegengabe für ſeine Hülfe im Mai 1788 ein Abkommen durch, nach dem nötigenfalls durch Krieg polniſche Erwerbungen Preußens verhindert werden ſollten.[16] Die Beſorgnis mag in Öſterreich aufgeſtiegen ſein, ob Rußland nicht in Polen preußiſche Erwerbungen zulaſſen wolle; den preußiſchen Plan kannte man ſchon aus den Mitteilungen Hertzbergs an Reuß.[17] Damit war die Stellungnahme Rußlands gegen Preußen entſchieden.

Auf die engliſche Anfrage, die Preußen zu unfreundlich gehalten erſchienen war[18], hatte Rußland die trockene Antwort gegegeben, Tripleallianzverhandlungen beſtänden nicht und hatte die Vermittlung abgelehnt.[19] Die engliſchen Verhandlungen mit Frankreich, die Katharina kannte, mögen zu dieſer ſchroffen Ablehnung mit beigetragen haben.[20] An Preußen war im März der formelle Beſcheid gekommen, für eine engliſch-preußiſche Vermittlung ſei es noch zu früh, Rußland könne auch nichts ohne Öſterreich beſchließen. Die Verhandlungen über die Erneuerung des Bündniſſes ſollten noch aufgeſchoben werden. Rumiantzoff hatte dieſe Antwort in Berlin mit ſichtlichem Vergnügen vorgeleſen.[21] Die engliſch-preußiſchen Beſtrebungen waren damit geſcheitert. Hertzberg riet jetzt, keine weiteren Anträge in Rußland mehr zu ſtellen; Preußen müſſe ſich mit England über die türkiſche Frage einen, ohne ihm ſeine ganzen Pläne aufzudecken und die Türkei von einem voreiligen Frieden abhalten. England hatte ſich bisher ſorgfältig verſchiedene Wege

Digitized by Google

offen gehalten, es entschloß sich jetzt, Rußland seine Macht zu zeigen und es zur Umkehr zu zwingen. Es folgten die englischen Proklamationen, die jede Begünstigung der russischen Flottenrüstung, wie England sie bei den früheren Türkenkriegen stets gewährt hatte, unter dem Vorwand der absoluten Neutralität aufhoben. Katharina hatte Wert darauf gelegt, mit England noch nicht offen zu brechen, bis ihre Mittelmeerflotte ausgerüstet war.[22] England verbot jetzt sogar den Transport von Lebensmittel nach dem Mittelmeer, was deutlich sein Augenmerk auf die Stellung Rußlands dort und im Schwarzen Meer kennzeichnete.[23] Was Rußland England in seiner Not im amerikanischen Krieg angethan hatte, zahlte England jetzt zurück. Auf die besorgten Anfragen Preußens, dem dieses schroffe Vorgehen noch keineswegs erwünscht war, erklärte Carmarthen, England habe diese Bestimmungen der Neutralität wegen getroffen, es sei nach wie vor zu dem russischen Bündnis bereit, könne sich aber die Gleichgültigkeit Rußlands nicht länger bieten lassen. Ewart setzte in Berlin hinzu, durch Entgegenkommen sei Rußland nicht mehr zu gewinnen, es habe ohne englische Erlaubnis seine Flotteneinkäufe gemacht; so lange es sich nicht freundlicher zeige, sei es nicht weise, ihm ohne Gegenliebe Vorteile in die Hand zu geben.[24]

Endlich war jetzt England in der Lage, in Petersburg statt Bitten Forderungen vortragen zu können. Die holländische Angelegenheit und damit der schärfere Gegensatz gegen Frankreich hatten es bisher zur Vorsicht gegenüber Rußland gezwungen. Ganz allmählich hatte sich der russisch-englische Gegensatz in der Zwischenzeit entwickelt. Der deutliche Beginn desselben lag in der Proklamation der Seeneutralität, dem ersten energischen Versuch Rußlands, sich unter Ausnutzung der augenblicklichen Schwäche Englands von dem engen Handelsverhältnis mit ihm, das bei dem Wert dieser Beziehungen auch ein politisches Ver-

Digitized by Google

trauensverhältnis in sich schloß und so selbst den siebenjährigen Krieg überdauert hatte, frei zu machen und eine selbständige Stellung als Seemacht einzunehmen. Unter dem Ministerium Shelburne war die englische Feindschaft schon klar zu Tage getreten, während Fox dem nordischen System treu zu bleiben versucht hatte. Unter dem Ministerium Pitt entwickelte sie sich dann stetig. Der enge Bund der Kaiserhöfe, der die stete Gefahr einer russisch-französischen Annäherung in sich barg, die ablehnende Haltung Rußlands gegenüber den englischen Anträgen, das feindliche Verhalten Rußlands im Jahre 1785, der Abschluß des Fürstenbundes, das darauf folgende Kokettieren Katharinas mit Frankreich, das Scheitern des englisch-russischen Handelsvertrages, während der zwischen Frankreich und Rußland zu stande kam, ja selbst der französisch-englische Handelsvertrag, der England ein neues großes Absatzgebiet brachte, schließlich die letzten Versuche einer Tripleallianz, während England, nachdem es zum Ausbruch des Türkenkrieges beigetragen hatte, Frankreich zum Einschreiten für die Türkei zu bringen suchte, sind alles Zeichen dieser Entwicklung. Angesichts der weitausgreifenden Pläne Katharinas, eine russische Seemacht zu gründen, war neben die alten Gegensätze im Norden, die seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts sich immer wieder bemerklich gemacht hatten, ein Gegensatz im Mittel- und Schwarzen Meer getreten. Von dem Augenblicke an, in dem England nach der Abrechnung mit Frankreich die Hände frei hatte und bei der wechselnden Schwäche dieses Staates von ihm auch für die nächste Zeit nichts zu befürchten hatte, nahm es Rußland gegenüber eine Stellung ein, die der geschilderten Entwicklung entsprach. Es begann seine Abrechnung mit Rußland, indem es ihm zunächst Schwierigkeiten erregte, ging dann zu Drohungen über, und als diese keine Wendung der russischen Politik herbeiführten, nahm es eine entschlossen feindliche Stellung ein. Es entwickelte

Digitized by Google

ein System, das die Niederwerfung Rußlands zum Ziele hatte und seinen Höhepunkt in dem Russian Armament fand.[25]

Gegen Preußen zog Katharina schon bald etwas mildere Saiten auf. Im Anfang Juli erschien Alopäus, eine in Berlin wohlgelittene Persönlichkeit, am preußischen Hofe und erklärte, Rußland willige in die Abberufung Rumiantzoffs, was einem langgehegten Wunsche Preußens entsprach. Es verlangte dafür aber auch die Abberufung des Katharina unsympathischen Keller. Hüttel, dem früheren preußischen Geschäftsträger in Petersburg, erzählte Alopäus, er habe in der Audienz bei Friedrich Wilhelm außer freundlichen Versicherungen Rußlands auch die bestimmte Erklärung abgegeben, daß Katharina niemals die österreichischen Pläne auf Deutschland unterstützen werde. Er hatte dabei verlangt, daß Preußen die freiwillige Übergabe Danzigs, die damals zu erwarten stand, nicht annehme. Der Hauptgrund für die Nichterneuerung des Bündnisses war nach ihm die Rücksicht auf Österreich, das Rußland des Türkenkrieges wegen schonen müsse.[26] Am 19. Juli aber schrieb Hertzberg unter Mitteilung russischer Depeschen über Schweden, die ein starkes Mißtrauen gegenüber der preußischen Politik in Schweden zeigten, dem König, von einer Annäherung Rußlands an Preußen sei nichts zu merken.

XIX. Das holländische Bündnis.

Sofort nach dem Feldzug wünschte Preußen seinen Erfolg durch ein Bündnis mit Holland zu befestigen. Der Herzog von Braunschweig[1] war höchst unzufrieden mit der Art der Umwälzung in Holland. Er sagte der neugefestigten Herrschaft des Statthalters nur eine kurze Dauer voraus. Nur mit Mühe war er zu einem längeren Aufenthalt in Holland zu bewegen

Digitized by Google

gewesen. Den Ersatz der Kriegskosten, den der König verlangte, widerriet die Statthalterpartei im Interesse ihrer Popularität auf das dringendste; der Gedanke mußte fallen gelassen werden und nur eine Gratifikation für die preußischen Soldaten wurde durchgesetzt. Der Herzog erblickte darin die grasse Selbstsucht der siegreichen Partei; mißtrauisch sah er den maßgebenden Einfluß Harris' und riet zur Sendung eines fähigen Gesandten, der ihm die Wage halten könne. Hertzberg griff diese Ratschläge auf und beantragte auf die Bitte der Prinzessin hin[2] die Ernennung Görtz' für den holländischen Posten. Der König jedoch lehnte Görtz auf Finkensteins Rat ab und ernannte Alvensleben. Damit war in Thulemeier einer der Hauptvertreter der französischen Richtung der preußischen Politik beseitigt. Alvensleben aber erhielt die Instruktion, eine Art Gleichgewicht zwischen Frankreich und England in Holland zu halten, damit der preußische Einfluß der maßgebende werde.[3]

Wilhelmine hatte in richtiger Erkenntnis der Unsicherheit ihres Erfolges um einen längeren Aufenthalt der preußischen Truppen gebeten. Wegen des preußischen Versprechens in Paris wurde der von Goltz schon angeregte Ausweg gefunden, das Verbleiben von 4000 Soldaten auf ein Gesuch der Generalstaaten hin Frankreich annehmbar zu machen. In Holland hatte man die Absicht, die hessischen Truppen, die in Englands Sold standen, zu übernehmen, was Harris unterstützte. Das englische Ministerium ließ trotz starken Drängens, auch von seiten Preußens, lange auf eine Antwort warten; die preußischen Truppen in Holland, die in preußischem Sold blieben, bildeten ihm eine Art Garantie, daß Preußen in seiner Stellung gegen Frankreich in der holländischen Frage fest bleibe. Endlich lehnte es die Freigabe der hessischen Truppen ab mit dem Hinweis auf die stete Gefahr französischer Rüstung. Die braunschweigischen und die ansbach-bayreuthschen Truppen, die Holland darauf

Digitized by Google

übernahm, erfüllten dann mehr den Zweck Preußens, ſich den Haupteinfluß in Holland zu ſichern.

Trotzdem hatte Harris nach ſeiner Thätigkeit in den letzten Jahren natürlicherweiſe die erſte Stimme in Holland, was Friedrich Wilhelm ihm neidete. Hertzberg hatte dem König geſagt, Preußen könne Holland jetzt wie eine Provinz beherrſchen, geradeſo wie Polen.[4] Solange das Bündnis mit England nicht beſtand, war es ja auch richtig, England nicht allein allen Einfluß zu überlaſſen, da es dann nicht mehr in demſelben Maße mit Preußen in Holland zu rechnen hatte. Auch entſprach es nicht dem Anſehen Preußens, ſich ſofort in die zweite Linie drängen zu laſſen. Eine Wiedereinmengung Frankreichs aber in die holländiſchen Verhältniſſe, wie ſie Alvensſlebens Inſtruktion vorausſetzte, lag durchaus nicht im preußiſchen Intereſſe, da ſie nur neue Konflikte heraufbeſchwören mußte. Einige Wirkung auf den König hatten auch die am preußiſchen Hof unterſtützten franzöſiſchen Intriguen, die Zwietracht zwiſchen England und Preußen ſäen wollten mit der Behauptung, Preußen habe England nur Handlangerdienſte in Holland geleiſtet. So erhielt Alvensleben die fortwährende Mahnung, Harris nicht allzu mächtig werden zu laſſen. Es wurde beſchloſſen, das Bündnis mit Holland unabhängig von England abzuſchließen[5], während Wilhelmine am liebſten einen gemeinſamen Abſchluß der drei Mächte geſehen hätte. Montmorin bezeugte denn auch ſeine Zufriedenheit mit der von Preußen gewählten Art des Bündniſſes und ließ andeuten, Preußen könne dem franzöſiſch-holländiſchen Bündnis beitreten, was Preußen natürlich ablehnte.[6]

Bei den jetzt folgenden Bündnisverhandlungen ſuchte beſonders Finkenſtein auf Friedrich Wilhelm einzuwirken, daß er das feſtzuſetzende Hülfskontingent möglichſt beſchränke und die überſeeiſchen Kriege Hollands ausſchließe. Gegen den Rat

Digitized by Google

Hertzbergs ging der König darauf ein; die Generalstaaten wiesen einen solchen Antrag natürlich ab, da Frankreich dann nur in den Kolonien anzugreifen brauche; auf Hertzbergs Rat wurde dieser Gedanke auch sofort aufgegeben. Auch die Klausel: pour quelque cause que ce soit, erregte lebhaftes Bedenken in Holland des Fürstenbundes wegen.[7] Endlich wurde man sich auf die preußische Option zwischen Geld und Truppen bei überseeischen Kriegen Hollands einig. Obwohl im März alles fertiggestellt war, wollte man in Holland mit der Ratifizierung noch warten, bis auch die Bündnisverhandlungen mit England zum Abschluß gediehen seien. Das englische Ministerium wünschte für die Rückgabe Negapatams Trincomale zu erlangen, nur auf dringende Abmahnung Harris' stand es davon ab; Negapatam aber blieb englisch. Die entgegenkommende Art Preußens hatte Harris für das Übergewicht des englischen Einflusses in Holland besorgt gemacht.[8] Trotz der energischen Forderung der preußischen Regierung wurde das Bündnis erst im April an demselben Tag wie das englische unterzeichnet, ein Beweis, wie stark doch der englische Einfluß dem preußischen überlegen war. Bei den fortdauernden Reibungen über den vorherrschenden Einfluß, die Frankreich beförderte, riet Hertzberg endlich dem König ein enges Zusammengehen Preußens mit England in Holland an, da sonst nur unnötiger Zwiespalt entstände.[9] Die holländische Sache war dem Minister mit vollem Recht jetzt nebensächlich; Preußen hatte England in Holland Dienste geleistet, jetzt sollte dieses die preußischen Pläne im Osten unterstützen. Dazu war das Bündnis mit England nötig, über das man zu verhandeln begonnen hatte.

Digitized by Google

XX. Das englisch-preußische Bündnis.

Im Dezember 1787 schon hatte Hertzberg es als eine der Errungenschaften der holländischen Politik bezeichnet, daß Preußen jetzt ein festes System habe, nicht mehr zwischen Frankreich und England hin- und herschwanke und sich um die Launen Frankreichs nicht mehr zu kümmern brauche. Frankreich sei sogar gezwungen, jetzt Preußen aufzusuchen, während man Österreich eine heilsame Furcht eingejagt habe.[1] Diese Sätze waren in ihrem ersten Teil eine Übertreibung, denn noch bestand kein Bündnis mit England und dieses beeilte sich zur großen Unzufriedenheit Preußens auch durchaus nicht, mit Preußen abzuschließen. Bei den Eröffnungen über Rußland hatte es einen Aufschub für das Bündnis verlangt, inzwischen könne man sich in einem neuen Garantievertrag für die holländische Verfassung vereinigen, bis eine feste Form für ein Bündnis gefunden sei. Preußen erklärte sich damit einverstanden.[2] Da aber keine weiteren Anträge einliefen, benutzte Hertzberg die Gelegenheit der hochmütigen Antwort Katharinas an England, um diesem eine Verbindung nahe zu legen. Das Wort Bündnis durfte er nicht gebrauchen, da der König es von England erwartete.[3] Man war in Preußen der Überzeugung, daß England Österreich und Frankreich schonen und Rußland durch ein Bündnis mit Preußen nicht zu der Tripleallianz treiben wolle; nach preußischen Informationen hatte Rußland sogar in England diesbezügliche Wünsche ausgesprochen.[4]

Englands Absicht war es auch, vorerst Preußen sich in Holland dauernd dienstbar zu machen und in einem engen Vertrauensverhältnis mit ihm zu bleiben; ein formelles Bündnis wollte es aber noch nicht schließen, damit die Tripleallianzbestrebungen nicht zur Verwirklichung gelangten. Auf Hertzbergs Andeutungen hin übersandte das englische Ministerium

Digitized by Google

ein Projekt, das sich nur auf Holland bezog und somit einzig gegen Frankreich gerichtet schien. Hertzberg schlug dagegen, um England jeden Anstoß zu ersparen, den Ausweg einer Erneuerung des Bündnisses von 1742 mit geheimen Zusatzartikeln vor. Erst im zweiten Artikel sollte Holland erwähnt werden, um den Anstoß in Frankreich zu vermeiden. Durch die geheimen Artikel sollten Preußens Flanken gegen Frankreich und die österreichischen Niederlande hin gedeckt und die gemeinsame türkische Vermittlung verabredet werden. Die Seekriege Englands wollte Preußen ausgeschlossen wissen, Dänemark und Schweden wollte es zum Beitritt erst einladen, wenn keine Hoffnung auf Rußland mehr sei. Ewart erklärte dagegen, den Ausschluß der Seekriege könne er in England gar nicht vortragen, da das Bündnis dann zwecklos sei; Hannover sei England gleichgültig und die britischen Inseln würden wohl schwerlich angegriffen werden. England brauche eine Landdiversion und zwar nur in dem Fall, daß Preußen nicht selbst im Krieg sei; an der Diversion würde England sich selbst beteiligen.[5]

Die Antwort aus England ließ lange auf sich warten. Das Ministerium hatte noch am 19. Mai, offenbar zur Mitteilung an Harris, an Alvensleben nach dem Haag geschrieben, wenn England die preußischen Anträge nicht annehme, so glaube es nicht, daß der Fürstenbund deshalb in die Brüche gehen müsse. England könne dann auch nicht mehr auf seine deutschen Truppen zählen und seinen Einfluß in Holland und auf dem Kontinent, den Preußen ihm verschafft habe, nicht aufrecht erhalten. Mitte Mai traf die englische Antwort ein[6]; sie verlangte wieder ein Hinausschieben des Bündnisses. Das Bündnis von 1742 wurde als veraltet bezeichnet; es sei notwendig, daß keine Ausnahme bei der gegenseitigen Verteidigung gemacht werde. England verlangte entweder einen einfachen Garantieakt für Holland oder ein allgemeines Bündnis ohne geheime Artikel.

Digitized by Google

Die erstere Art mit einem allgemeinen Teil in den geheimen Artikeln zog es vor, wünschte aber am liebsten mit dem Bündnis zu warten, bis man es ganz öffentlich machen könne. In der Zwischenzeit könne sich die Möglichkeit des Beitrittes anderer Mächte ergeben, so daß dann von den Intriguen und der Feindschaft Österreichs und Frankreichs, selbst wenn sie sich enger an Rußland anschlössen, nichts mehr zu fürchten wäre. Für die türkische Vermittlung schien ihm alles zu sprechen, eine Garantie der türkischen Besitzungen nach dem Frieden ließe sich wohl erreichen und vielleicht schon in das Bündnis aufnehmen. Die Türkei müsse dann allerdings bis dahin alle sie schwächende Bedingungen abweisen können und die Verstärkung Rußlands und Österreichs auch eine solche für England und Preußen zur Folge haben. Rußland glaubte England bei Lebzeiten Katharinas schwerlich umstimmen zu können; je stärker aber der Einfluß Preußens und Englands sei, desto größer werde wenigstens die Möglichkeit dazu, wird den preußischen Bedenken über den Beitritt Schwedens entgegengehalten. Es sollte also die Verbindung mit Schweden ein Schritt auf dem Wege sein, Rußland durch eine drohende Kombination zum Einlenken zu bringen. Jedenfalls aber sollte die Machtstellung Rußlands im Norden eine Schwächung erfahren. England hoffte, auch Dänemark werde sich einer starken und sicheren Verbindung anschließen, ebenso Portugal. Diese Antwort zeigte, daß England sich noch immer nicht definitiv binden wollte. Einiges Mißtrauen über zu weit gehende polnische Pläne Preußens mag den Ministern auch aufgestiegen sein. Anders wie 1785, wo es sich einer ernsten Gefahr gegenüber auf Preußen allein angewiesen sah, konnte England in seiner entscheidenden Machtstellung jetzt warten und umfassendere Bündnispläne ins Auge fassen.

Friedrich Wilhelm war sehr entrüstet über die englische Antwort; die Gleichgewichtspartei, also die Fürstenbundspolitiker,

Digitized by Google

gewannen wieder das Übergewicht. Der König sprach außerdem von wertvollen französischen Anerbietungen, ohne daß Hertzberg wußte, woher sie gekommen seien.[7] Der Minister fürchtete für sein ganzes System, wenn England nicht bald einlenkte, und bat Alvensleben und die Prinzessin Harris zu ermahnen und ihren Einfluß auf den König bei dessen Aufenthalt in Holland geltend zu machen. Er war in Verlegenheit, was zu thun sei, jedenfalls aber zog er ein allgemeines Bündnis der einseitigen holländischen Garantie vor. Er glaubte, daß England aus Rücksicht auf Rußland und um nicht in den türkischen Krieg hineingezogen zu werden, die Verhandlungen in die Länge ziehe. Die Richtung der englischen Politik gegen Rußland wagte er entweder dem König nicht offen zu gestehen, oder er überschätzte noch immer den englischen Einfluß in Rußland. Bei Ewart verlangte er bestimmt die Option zwischen Geld und Truppen für Preußen bei den überseeischen Kriegen Englands; Ewart wünschte die Option der nachsuchenden Partei zu geben mit der geheimen Bestimmung, daß preußische Truppen nicht außerhalb Europas verwendet werden dürften.

Um der Stimmung Friedrich Wilhelms zu entsprechen, verfaßte Hertzberg die Antwortnote an England in einem Ton, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.[8] Er schrieb dem König, wenn England die preußische Option und die Verwendung der preußischen Truppen nur in Deutschland und Holland nicht zugestehe, so müsse Preußen sich zwischen Frankreich und England freihalten, obwohl das Versailler Bündnis immer nur ungenügende Beziehungen zu Frankreich erlaube und Preußen nicht die nötige Rückendeckung für ein energisches Auftreten gebe.

In der Antwort an Ewart wird ein allgemeines Bündnis der Garantie Hollands vorgezogen, da ja durch die Umwälzung in Holland die beiderseitigen Bündnisse mit diesem und durch den Fürstenbund schon ein festes System zwischen England und

Digitized by Google

Preußen bestehe. Die Zuziehung Dänemarks und Portugals sei schwierig, während Schweden immer zu haben sei und man Rußland durch seinen Beitritt noch nicht zu verstimmen brauche. Die türkischen Verhältnisse seien genugsam geklärt, so daß die beiden Mächte dort ihre Vermittlung einlegen könnten; das Bündnis beider werde jedenfalls ein getrenntes oder gemeinsames Vorgehen in dieser Frage nicht hindern. Preußen wisse, daß mehr als eine Macht durch das preußisch-englische Bündnis nah betroffen werde und ihm alle möglichen Arten von Vorteilen gewähren würde, um ein solches zu hindern; trotzdem sei Preußen für den Abschluß. Auf dem Bündnis von 1742 bestand Preußen nicht, die Option behielt es sich aber vor, da es möglicherweise bei einer Diversion für überseeische Kriege Englands Österreich, Frankreich und Rußland auf dem Rücken habe und so seine Existenz auf das Spiel setze. Für Angriffe auf England, Hannover und Holland versprach Preußen Truppen, aber nur zur Verwendung in Deutschland und Holland.

Dem englischen Ministerium mögen jetzt Sorgen aufgestiegen sein, daß Preußen ihm entgehen könne, wenn es noch länger mit dem Bündnis warte. Die Mahnungen Ewarts, der Hertzberg in die Hand arbeitete, und Harris', der den Anschluß Rußlands eher nach dem Abschluß des Bündnisses erwartete[9], mögen dazu beigetragen haben. Trotzdem wünschte es, Preußen zunächst für Holland festzuhalten, das allgemeine Bündnis aber noch hinauszuschieben, bis die Lage noch klarer geworden sei. Deshalb entschloß es sich ohne Rücksicht auf die ihm doch auch wichtige Stellung Hertzbergs zu einer Einwirkung auf den König selbst, die sich schon einmal bewährt hatte. Es folgte der zwischen Friedrich Wilhelm und Harris während eines Aufenthaltes des Königs in Holland abgeschlossene Vertrag zu Loo, der England alles Gewünschte brachte. Stein wurde von Harris in geschickter Weise beiseite geschoben und

Digitized by Google

der ehrgeizige Alvensleben zugezogen. Unterstützt wurde Harris durch Van der Spiegel und das Statthalterpaar, denen diese Art des Bündnisses für Holland erwünscht war; auch der Hinweis auf den Fürstenbund hatte in einem Brief Georgs an Wilhelmine, der den Wunsch nach einem preußischen Bündnis aussprach, nicht gefehlt.[10] Durch die Art des Abschlusses in Holland war Preußen allein schon mit Frankreich, dessen Intriguen England gefürchtet hatte, definitiv überworfen und auf ein englisches Bündnis angewiesen. In dem ersten Artikel wurde allerdings die Erneuerung des Bündnisses von 1742 ausgesprochen, der ganze öffentliche Teil sonst bezog sich aber auf Holland. In dem geheimen Teil wurde die Absicht beider Mächte, ein allgemeines Bündnis zu schließen, sobald die Lage es erlaube, ausgesprochen und der Vertrag schon jetzt für allgemeine Fälle gültig erklärt. Das gemeinsame Vorgehen in der Türkenfrage wurde verabredet und der Beitritt anderer Mächte, besonders der nordischen, vorgesehen. Die Frist für den Abschluß des allgemeinen Bündnisses wurde auf die reichlich bemessene Zeit von sechs Monaten festgesetzt. Irgendwelche Ausnahmestellung Preußens für den Fall eines überseeischen Krieges Englands war nicht festgesetzt.

Hertzberg war mit Recht höchlichst entrüstet; nur die Niederlage der französischen und deutschen Partei tröstete ihn einigermaßen über die Hintenansetzung der preußischen Interessen und seiner Person.[11] In der ersten Note[12], mit der Preußen die Verhandlungen für das Bündnis sofort wieder eröffnete, wurde denn auch betont, die preußischen Interessen seien in dem Looer Vertrag nicht vorgesehen. Das Projekt vom 1. Juni, in dem Preußen auf der Option bestand, wurde wieder vorgeschlagen. England lehnte die preußische Option ab und versprach nur, die preußischen Truppen nicht außerhalb Europas zu verwenden, während Hertzberg nicht außerhalb Deutschlands

Digitized by Google

und Hollands wünschte. Harris hatte mit dem König verabredet, daß beide Mächte sich die Option zugestehen könnten, außer wenn der Feind von seinen Bundesgenossen voll unterstützt würde. Das englische Ministerium übernahm diese Verabredung nicht ganz, sondern schlug drei Projekte vor, deren erste beiden nur für das Preußen zwischen Rhein und Weser effektive Hülfe, sonst Geldhülfe versprach, falls sich Preußen die Option vorbehalte. Hertzberg lehnte diese natürlich sofort ab. Der dritte Vorschlag ließ Preußen ohne Option, wenn England in Indien von Spanien und Frankreich angegriffen würde. Hertzberg befürwortete statt dessen einen Ausweg, den Ewart angeregt hatte. Preußen verpflichtete sich darnach zu effektiver Hülfe nur, wenn England selbst 60000 Mann am Rhein stellte, was mit 20000 Mann preußischer und 12000 Mann holländischer Truppen ein Heer von 92000 Mann ergab. England unterstützte dafür Preußen nach seiner Option auch im Baltischen Meer und den Niederlanden. Hertzberg betonte, daß ein überseeischer Krieg Englands sich doch auch sofort auf Europa ausdehne, Preußen also diesen Vorschlag annehmen könne, zumal ein Krieg in Indien bei der übermächtigen Stellung Englands dort unwahrscheinlich sei. Finkenstein hätte lieber die überseeischen Kriege Englands ausgeschlossen gesehen, nach dem Vertrag von Loo sah er aber keinen Ausweg mehr und stimmte Hertzberg zu.[13] England nahm den entsprechenden Vorschlag Preußens an mit einer Herabminderung der zu stellenden Truppen auf 42000 Mann und Ausdehnung der Bestimmung auch auf die englische Hülfe für Preußen. Falls es mit ganzer Kraft in den Krieg einträte, versprach es im geheimen Teil auch Hülfe zur See, also auch in der Ostsee ein sehr wichtiges Zugeständnis, das Friedrich dem Großen versagt worden war; Hertzberg hatte darauf bestanden.[14] Am 13. August wurde das Bündnis in Berlin unterzeichnet.

Digitized by Google

Frankreich hatte alles gethan, um dieses Ereignis zu hindern. Im Mai 1788 waren noch einmal Truppen in Metz und St. Omer konzentriert und ein Plan entworfen worden für einen Angriff auf Holland, den die Armee dringend wünschte; das Ministerium war aber zu keinem entscheidenden Entschluß zu bringen gewesen.[15] Im Juni eröffnete Frankreich durch Esterno wieder die Verhandlungen mit Preußen, nachdem es in Holland alles gethan hatte, um Preußen und England in Streit zu bringen. Neben der erwähnten Beschwerde über den Fürstenbund erklärte Esterno, Frankreich habe sein Interesse in der Türkei im Auge und wünschte den Frieden dort herzustellen. Er hatte den Auftrag, Preußen über die Tripleallianz im Dunkeln zu lassen und dadurch zur Aussprache über seine Beziehungen zu England zu bringen. Von Teilungsplänen mit den Kaiserhöfen zusammen sollte er Preußen zurückhalten, im ganzen die Neigung Frankreichs zu einem Einverständnis mit ihm zeigen und andeuten, Frankreich sähe eine preußische Vermittlung in der Türkei gern.[16] Diese Andeutungen waren zu spät gekommen; Frankreich stand jetzt vor einem festen System und mußte seine Tripleallianzpläne wieder aufnehmen mit der Hoffnung, die russische Unterstützung gegen England zu erhalten.

Katharina wurde durch das Berliner Bündnis in ihrem Wunsch nach der Tripleallianz nur bestärkt[17], ohne doch bei der Unsicherheit Frankreichs die Verbindung mit England und Preußen ganz abbrechen zu wollen. Das englische Ministerium glaubte im August bei ihr eine Annäherungstendenz an die Verbündeten wahrzunehmen und billigte deshalb offiziell die neutrale Haltung Preußens gegenüber den jetzt angreifenden Schweden[18]; im Grund sah es in diesem Angriff wohl ein scharfes Druckmittel auf Rußland mehr; seine Versuche, Schweden in das Bündnis hineinzuziehen, geben davon Zeugnis. Hertzberg kam der schwedische Krieg eher ungelegen, da er einen

Digitized by Google

Frieden in der Türkei zustande bringen konnte, ohne daß sich die Möglichkeit zur Ausführung seines Planes ergab. Preußen müsse vielleicht seinen Plan auf die Erwerbung von Schwedisch-Pommern umändern, schrieb er dem König. Auch er hoffte aber noch, daß Rußland sich jetzt eher an England und Preußen mit Dänemark anschließen werde, während eine Verbindung mit Schweden ihm zu gewagt erschien, schon wegen der zweifelhaften Persönlichkeit des schwedischen Königs. Jedenfalls ließ er durch Diez die Türkei von ihren Hoffnungen auf Schweden abbringen.[19] Auch dies zeigt deutlich, wie gern er mit Rußland sich auf Kosten der Gegner des Kaiserstaates geeint hätte. Die ablehnende Haltung Rußlands und der gefährliche Bündnisantrag in Polen deckte ihm erst in entscheidender Weise den Fehler seiner Berechnung auf ein nordisches System auf und brachte ihn zu Zwangsmaßregeln. Der Erfolg in Polen, der mit einem Schlag den unter Friedrich verlorenen preußischen Einfluß dort wiederherstellte, zeigte ebenso wie die Zurückhaltung Dänemarks von seinem Angriff auf Schweden, der im Fall eines dänischen Sieges Rußland zum unbedingten Herrn des Baltischen Meeres gemacht hätte[20], die Macht der neuen Verbündeten.

XXI. Schluß.

Will man die englische Politik in der behandelten Periode bewundern — und sie ist bewundernswert —, so darf man auch der preußischen, oder besser gesagt der Hertzbergschen, den schuldigen Tribut nicht versagen. Unter vielen Demütigungen und Kämpfen hatte Hertzberg Preußen aus seiner gedrückten Lage befreit und ihm eine neue Zukunft geöffnet. Obwohl er sich manchen Helfer hatte aufsuchen müssen, um sich in seiner Stellung zu halten, so war doch die neue Lage Preußens allein sein

Digitized by Google

Werk. An den Grundzügen seiner Politik hatte er unentwegt festgehalten und das preußische Interesse allein im Auge behalten, trotz der scheinbaren Liebesdienste für England. Wenn Hertzberg von Ewart beeinflußt war, so war dieser es nicht minder durch ihn.[1] Den augenblicklichen Erfolg Englands in Loo, den er wahrlich nicht verschuldet hatte, hatte er durch seine energische Vertretung der preußischen Interessen wett gemacht und in dem Vertrag zum mindesten gleiche Bedingungen für beide Mächte durchgesetzt. Ein wertvolles Ergebnis war die Vertragsbestimmung über die türkische Vermittlung, die ihm allein zu verdanken war. Sie ebnete den Weg für den Hertzbergschen Plan und zog England in die preußischen Interessen damit hinein. Eine Abhängigkeit von England war bei der wachsenden Schwäche Frankreichs, in der überhaupt die Rechtfertigung der Hertzbergschen Politik liegt, den Mißgeschicken und der gefährdeten inneren Lage der Kaiserhöfe durchaus nicht nötig; Preußen konnte seinen Weg allein gehen, für alle Fälle gedeckt von England. Gelang jetzt die Ausführung des polnischen Planes, der Preußen seine Abrundung in Polen geben und die Kaiserhöfe mehr nach dem Osten drängen sollte, so waren die Kosten des holländischen Feldzugs reichlich bezahlt. Daß England sich preußischen Erwerbungen nicht widersetzen werde, hatte es schon angedeutet. Für ein so schwieriges diplomatisches Werk wie den Hertzbergschen Plan waren also trotz der durch England verschuldeten Verzögerung die Aussichten nach außen hin günstig; nicht aber waren sie dies im Innern Preußens. Es fehlte der enge Zusammenhang zwischen König und Minister, wie er eben bei Joseph II. und Kaunitz in der Verfolgung ihrer mindestens ebenso umfassenden Pläne zu Tage trat.

Hatte schon der holländische Feldzug so viel Mühe gekostet, wie war da zu erwarten, daß Hertzberg jetzt seine weiteren viel schwierigeren Pläne am Hofe durchsetzen könnte. Den zwischen

Digitized by Google

Thatenluſt und Ruhebedürfnis ſchwankenden König feſtzuhalten und zu leiten, war ihm aus eigener Kraft ſchon in den erſten zwei Jahren nicht geglückt. Gleich in der erſten Zeit hatte Hertzberg mit Biſchoffwerder, der ihm ſo verhängnisvoll werden ſollte, paktieren müſſen; dabei ſtieg deſſen Einfluß ſtetig. Hertzbergs Stellung war unſelbſtändig geweſen und blieb es auch; ſein Einfluß war durch die verſchiedenſten Einwirkungen auf Friedrich Wilhelm durchkreuzt, ſeine für einen leitenden Miniſter unbedingt erforderliche Bewegungsfreiheit auf allen Seiten gehemmt. Dadurch ebenſoſehr, wie durch den von ihm ſo lebhaft empfundenen unfertigen und von dem konſolidierten Zuſtand einer wirklichen Großmacht noch weit entfernten Zuſtand ſeines Staates, mit dem er ſo eng verwachſen war, bekam ſeine Politik den Anſtrich des Haſtigen und Unruhigen. Das Mißlingen der Hertzbergſchen Pläne läßt ſich alſo ſchon im Keime vorherſehen, nicht wegen ihrer Unausführbarkeit, ſondern wegen der Stellung des Miniſters und überhaupt der Zuſtände am Hofe. Wohl hatte Hertzberg zeitweiſe geſchickt auf die Neigungen des Königs eingehen können, auf die Dauer mangelte ihm die Fähigkeit zur Intrigue und zu einer taktvollen und doch feſten Leitung des Königs. Er war nicht der Mann, den Übergang von der Autokratie zur miniſteriellen Monarchie glücklich durchzuführen und daran iſt ſein Werk geſcheitert. Mit ſeinem Sturze wurde erſt eigentlich die Friederizianiſche Politik, die gegen Öſterreich gerichtet war und im Gegenſatz zu dieſem Feind den Staat verſtärken wollte, zu Grabe getragen. Das Bündnis mit Öſterreich, das franzöſiſche Abenteuer, hinter dem keine geſunden Eroberungspläne ſteckten, die Teilungen Polens, die die Kaiſerhöfe nicht nach dem Oſten zurückdrängten, und dann die träge Neutralitätspolitik von 1798 an deuteten auf den Untergang des alten Preußens, das Hertzberg noch einmal, getragen von der Gunſt des Augenblicks, emporgehoben hatte, hin.

Digitized by Google

Anhang.

I. Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig.

Der Herzog Karl Wilhelm Ferdinand spielte eine wichtige Rolle am preußischen Hof, es lohnt sich deshalb, auf sein Verhalten während der besprochenen Jahre einzugehen. Friedrich der Große hatte einen intimen Briefwechsel mit ihm unterhalten. Die ersten Anträge für den Fürstenbund gingen durch ihn nach England, da er durch seine Verwandtschaft mit den beiden Königshäusern eine Art Bindeglied zwischen Preußen und England bildete. Dohm bezeugt[1], daß der Herzog den Fürstenbund mit Freuden aufnahm, weil er das deutsche Interesse an das preußische knüpfe und durch die Verbindung von Hannover und Preußen auch eine Annäherung an England bewirkt würde. Die hannöverisch-preußische Freundschaft mußte für den Herzog von Wert sein, da sein Land bei einer feindlichen Stellung beider gegeneinander in ein gefährliches Dilemna kam. Ebensowenig konnte er aber einen Bruch mit Frankreich wünschen, da dieses doch immer die Schutzmacht der kleinen deutschen Staaten bildete. Seine Truppen gab er nicht in preußischen Sold, um eine Stellung zwischen den Mächten einnehmen zu können. Diese Beobachtung der Interessen des eigenen Staates hat ihn niemals verlassen; die Fürstenbundspolitik, die preußische so gut wie österreichische Erwerbungen im Reich ausschloß, war ihm daher erwünschter als die rein preußische. Der Gedanke, den er Mirabeau gegenüber hinwarf[2], daß Preußen, Frankreich und England sich verbinden sollten, ist durchaus charakteristisch

Digitized by Google

für ihn. Durch ein solches Bündnis bewahrte er die traditionelle Freundschaft mit Preußen, die die Selbsterhaltung gebot, dazu kam der schützende französische Einfluß im Reich und die wertvollen Beziehungen zu Hannover-England blieben in Kraft. Ein wirklicher Preuße ist der Herzog niemals gewesen, das beweist auch seine Bemerkung zu Mirabeau, daß er bei einem Sturz Preußens sich nicht mitreißen lassen wolle und nur wenn es Preußen gut gehe, mit diesem verbunden bleibe. Daß Mirabeau sich den Fall eines Übergangs des Herzogs zu Österreich denken kann, ist ein nicht zu unterschätzendes Urteil dieses großen Menschenkenners. Inwieweit seine Pläne Hannover betrafen, dessen Loslösung von England er nach Mirabeau wünschte, ist nicht zu entscheiden; ähnlich wie Prinz Heinrich scheint er sich mit dem Gedanken an Erwerbungen durch Säkularisationen getragen zu haben.[3]

Diese durchaus berechtigte Vertretung seiner eigenen Interessen fällt nur dadurch schwer ins Gewicht, daß man ihm in Preußen nach Friedrichs Tod einen großen Teil wichtigster Aufträge übergab. An Friedrich hatte er sich militärisch gebildet; in diplomatischer Beziehung hatte er von ihm die Verschlagenheit und die Kunst, sich zwischen den großen Mächten in der Schwebe zu halten, gelernt, ohne die Fähigkeit zu erwerben, im gegebenen Augenblick sich entscheidend zu entschließen. Er schwankte zwischen dem Ehrgeiz, eine große Rolle zu spielen, und der Furcht vor Verantwortung, die ihn und sein Land schädigen konnte. Dies charakterisiert sein Verhalten nach Friedrichs Tod. Ihm wäre vielleicht die Leitung der auswärtigen preußischen Politik zugefallen, wenn er sich zum Handeln entschlossen hätte; seine abwartende Stellung und sein Fernbleiben vom Hof drängten ihn allmählich in den Hintergrund gegenüber den heftig streitenden Parteien in Berlin.[4] Mirabeau schildert ihn in seinem Schwanken zwischen Ehrgeiz und Furcht-

Digitized by Google

samkeit vortrefflich, obwohl er selbst von ihm getäuscht wird. Ein Unglück für Preußen ist es jedenfalls nicht gewesen, daß ihm nicht die Leitung zufiel; einen selbstlosen, in den Interessen des preußischen Staates aufgehenden Führer hätte es nicht in diesem Fürsten, der naturgemäß auch stets die Interessen seines Landes zu vertreten hatte, gefunden. Die holländische Krisis schob den Herzog erst wieder in den Vordergrund. Sein Ehrgeiz, sich kriegerisch auszuzeichnen, ließ ihn sich bei Friedrich Wilhelm um das Kommando der zusammentretenden Armee bewerben. Seine diplomatischen Fähigkeiten neben seinem allgemein anerkannten militärischen Ruhme bestimmten den König, ihn zu ernennen.[5] Er riet sofort zur Vorsicht vor England, das Preußen mitreißen wolle, und zur größten Behutsamkeit in einer Angelegenheit, die nur minderwertiges Interesse für Preußen habe. Er hoffte, daß eine Vermittlung stattfinde, da durch sie eine für die deutschen Angelegenheiten und speziell für den bayrischen Tausch verhängnisvolle Entfremdung zwischen Preußen und Frankreich verhindert werden könne.[6] Einmal bei der Armee angelangt, kam er sofort zu der Erkenntnis, von welchem Wert eine englische Diversion sei.

Der Herzog nahm eine ganz anders selbständige Stellung ein, als es einem einfachen preußischen General möglich gewesen wäre; von Pfau, der offizielle Darsteller des Feldzuges, sagt, seine Thätigkeit habe mehr der eines arbeitenden Staatsministers, als eines kommandierenden Generals ähnlich gesehen. Die Prinzessin hatte auch sofort erkannt, von welcher Bedeutung es sei, den Herzog für ihre Sache zu gewinnen[7]; ebenso war man sich in England klar darüber. Er hatte mit Georg III. nicht zum besten gestanden, man versöhnte ihn, indem man seinem Sohn eine Beförderung in der hannöverischen Armee zuteil werden ließ. Grenville erhielt auf sein Ansuchen den Befehl, ihm die Freude Georgs über seine neue Stellung.

Digitized by Google

auszudrücken und die Hoffnung, daß Preußen sich auch mit der Wiederherstellung des Statthalters beschäftigen werde; auch Harris erhielt den Auftrag, sich mit ihm gut zu stellen.[8] Wilhelmine sandte ihren Anhänger Hogendorp zu ihm, um ihn bearbeiten zu lassen. Diesem gelang es am 15. August, den Herzog zu allen entscheidenden Maßregeln zu überreden. Am 17. August erschien Wilhelmine selbst in Cleve und der ganze Plan wurde verabredet. Der Herzog hatte Hogendorp erst auf alle Schwierigkeiten aufmerksam gemacht; die Genugthuungsforderungen der Prinzessin erschreckten ihn, sein Verlangen nach einem glänzenden Feldzug, das er kaum verbergen konnte, siegte aber schließlich über alle Bedenken. Vorher war schon der englische General Fawcett bei ihm gewesen mit einem Brief Georgs, der ihm über die englischen Rüstungen Bericht erstattete. Vergeblich aber versuchte der General, die braunschweigischen Truppen für Holland auf Englands Kosten zu mieten; auch Hogendorp hatte nicht von England reden dürfen, um nicht das Mißtrauen des Herzogs rege zu machen. Dieser hatte schon vorher aber nach Berlin geschrieben, eine englische Diversion sei höchst erwünscht, und zu geheimen Abmachungen mit England, ohne Preußen jedoch weiter zu verpflichten, geraten für den Fall, daß Frankreich einschreite. Er wünschte Frankreich hinzuhalten, bis die preußischen Truppen zur Stelle seien, dann hoffte er durch sein plötzliches Erscheinen in Holland eine Revolution hervorzurufen. Er erhielt dann auch die Befehle, womöglich ohne England und Frankreich zu handeln.

Einer Zusammenkunft an der holländischen Grenze mit Harris, die dieser nachsuchte, wich der Herzog aus, um Frankreich nicht aufmerksam zu machen, und vergewisserte sich durch regelmäßigen Kundschafterdienst, daß das Lager in Givet nicht gebildet worden war. Obwohl er zu dem Feldzug fest entschlossen und alles auf das sorgfältigste zu einem plötzlichen

Digitized by Google

Einmarsch vorbereitet war, machte ihn noch gerade vor dem Einmarsch ein Brief Van Berkels[9] stutzig, der den gänzlichen Sturz des Statthalters bei einem Eingreifen Preußens voraussagte. Er schrieb an die Prinzessin, noch könne der Vormarsch eingestellt werden, was diese ablehnte. Bei dem Einmarsch selbst beschäftigte er sich mit dem Schicksal Karls I. von England und warnte lebhaft vor allen Folgen. Auch dem Statthalter hatte er vorher noch dringend angeraten, die Vermittlung der drei Höfe annehmen zu lassen; er wiederholte diesen Rat auch nach dem Erfolg vom 21. September.[10] Vor der Eroberung von Amsterdam zögerte der Herzog, erst glaubte er nicht dazu instruiert zu sein, dann glaubte er nicht, daß sie ihm gelingen würde; vergebens suchte er durch geheime Unterhandlungen die Patrioten von Amsterdam zu einem friedlichen Nachgeben zu bringen. Erst die dringenden Aufforderungen aus Berlin und im Haag brachten ihn zu einer Inangriffnahme der Belagerung.

Die mehrfachen Befehle, mit den Truppen in Holland noch stehen zu bleiben, die aus Berlin eintrafen, waren bei der Stimmung des Herzogs sehr nötig. Er riet, sich möglichst bald aus der Affaire herauszuziehen, da die Statthalterpartei sich unklug benehme, und drängte auf baldige Erledigung aller Zwiste auf diplomatischem Weg. Er wollte umkehren, um nicht das Opfer der Fehler anderer zu werden.[11] Ganz im Sinne seiner Fürstenpolitik und seines großen Bündnisplanes ist der merkwürdige Rat, den er dem König erteilte, England und Preußen sollten zu dem holländisch-französischen Bündnis beitreten. Das Ministerium lehnte dies als «impracticable dans la chose même» ab.[12] Rüstungsnachrichten aus Frankreich ließen den Herzog einen Krieg befürchten, aus dem nur England Gewinn ziehen könne. Er drängte auf seine Abreise aus einem Land, wo es weder Ehre noch Ehrlichkeit gäbe, wo das persönliche und

Digitized by Google

augenblickliche Interesse alles entscheide und wo der beste Ehrenmann auf die Dauer mit dem Gemeinsten, das es in der Welt giebt, in Berührung kommen müsse. Nur wenn England und Preußen gut miteinander ständen, könne es eine Zeit lang in Holland ruhig bleiben.[13] Die Geldforderung des Königs ist dem Herzog besonders peinlich, er glaubt, durch sie in eine betrübliche Situation zu kommen, die ihn in einem seltsamen Licht erscheinen lasse und ihn um seinen guten Ruf bei dem Publikum bringe.[14] Die Ernennung zum Befehlshaber der in Holland bleibenden preußischen Truppen lehnte er ab und ermahnte zur größten Vorsicht gegenüber England; man solle sich mit Frankreich der 4000 Mann wegen nicht dauernd überwerfen.[15] Alles, was Preußen für Holland thue, werde doch keinen Dank finden. Der Abberufung Thulemeiers redete er das Wort, damit ein fähiger preußischer Gesandter Harris, dem er höchlichst wegen seines gewaltsamen Vorgehens mißtraute, gegenüber gestellt würde. Harris fürchtete denn auch nicht mit Unrecht von ihm neben K. A. von Weimar und Stein den Hauptwiderstand gegen ein englisch-preußisches Bündnis.[16]

Es ist kein Zweifel, daß die äußerst geschickte Art der Vorbereitung, zu der der Herzog riet, sehr wesentlich zum Gelingen des Feldzugs beigetragen hat. Deutlich aber sieht man auch die Ruhm- und Selbstsucht des Herzogs; sein Ehrgeiz, an der Spitze eines Heeres zu stehen, tritt neben der übergroßen Vorsicht und dem fortwährenden Schwanken schon damals ebenso deutlich hervor, wie später bei dem französischen Feldzug, von dem er in dieser Zeit schon träumte.[17] Jedenfalls war er nicht der Mann, dem Preußen sich anvertrauen konnte, und in der Folgezeit hat er ja auch nur Unheil gewirkt.[18]

Digitized by Google

II. Die preußischen Gesandten.

Schlieffen sagt in seinen „Betreffnissen und Erlebungen“ (S. 230) über Friedrich den Großen: Auf den Stufen der Politik geheißenen Fürstenlist erreichte derselbe vielleicht keine höhere Stufe als diejenige, welche er selbst dieser Gewandtheit unter den Künsten anwies; sie schien ihm für eine höhere Wissenschaft auf allzu wandelbare Grundlagen gestützt zu sein. Größeren Einwürfen war sein Verfahren ausgesetzt, wenn er bei der Ernennung seiner Botschafter an fremden Höfen minder ihre Geschicklichkeit als Nebenumstände in Betracht zog. Denn wie läßt es sich von entfernten Gegenständen richtig urteilen, wenn das Glas, wodurch man sie betrachtet, nicht taugt? Mehr als einmal kam er dadurch in Verlegenheit, aber gerade in Verlegenheiten war es, wo er am wahrsten sich selbst zeigte.“ Dieses Urteil kann man nur unterschreiben.

In Friedrichs Person war der preußische Staat zusammengefaßt; wie die Minister keinen vollen Überblick über die Finanzen des Staates hatten, so hatten auch seine Minister des Äußeren und vor allem seine Gesandten niemals eine genaue Kenntnis aller seiner Wege. Mit Finkenstein stand der König auch in den letzten Jahren in einem stetigeren Gedankenaustausch als mit Hertzberg; der ältere Minister beschränkte sich meist auf eine zustimmende Antwort, während Hertzberg eigene Vorschläge zuweilen wagte und dafür öfters grobe Zurückweisung erhielt. Friedrich hatte im wesentlichen alles selbst gethan in seinem Staat, seine Beamten waren ihm nur unselbständige Werkzeuge. Begreiflich war es daher, daß er auch in der äußeren Politik sich allein den ganzen Überblick zutraute. Seine Gesandten blieben so, noch mehr wie seine Minister, ohne jede Selbständigkeit, wie sie doch die großen Entfernungen und die Langsamkeit jeder Benachrichtigung, ganz anders wie heute, ver-

Digitized by Google

langten. Die angespannte Sparsamkeit seiner Verwaltung dehnte Friedrich auch auf die diplomatische Vertretung seines Staates aus; mit der wachsenden Passivität seiner auswärtigen Politik nahm er sogar noch Reduktionen der schon so kärglichen Gehälter seiner Gesandten vor. Bei ihrem meist geringen Vermögen war es diesen Diplomaten unmöglich, mit den Vertretern der anderen Großmächte gleichen Schritt zu halten; trotzdem empfahl ihnen der König ein geselliges Leben, «de ne pas épargner les soupes», wie er sich ausdrückte.[1] Man braucht nur Malmesbury's Diaries zu lesen, um sich einen Begriff zu machen, was ein gesellschaftliches Leben zum Beispiel an dem russischen Hofe kostete. Der Verkehr mit den offiziellen Persönlichkeiten und den Günstlingen verschlang große Summen, gab aber auch den Gesandten die Möglichkeit, hinter die Geheimnisse dieses korrupten Hofes zu kommen. Dasselbe Bild sehen wir bei Malmesbury im Haag. Selbst bei ihrem bescheidenen Auftreten mußten sich die preußischen Gesandten in Schulden stürzen; sie wurden bedrängt von ihren Gläubigern, was bei ihrem notorischen Mangel an Information über die Gesamtpolitik ihres Staates auf ihre Stellung drückte. Da es ihnen an Mitteln fehlte, sich geheime Nachrichten zu verschaffen, mußten sie zuweilen zu ihrer Erfindungsgabe Zuflucht nehmen, um überhaupt ihre Depeschen auszufüllen; oder aber sie berichteten, was der König zu hören wünschte.

Die doppelten Instruktionen, die sie von dem König und dem Ministerium empfingen, hatten unter Friedrich keine bedenklichen Erscheinungen gezeitigt, unter Friedrich Wilhelm brachten sie in wichtigen Augenblicken oft Schaden; in den laufenden Geschäften erhielten sie allerdings von Friedrich Wilhelm meist nicht mehr regelrechte Instruktionen, sondern nur einfache Empfangsbestätigungen auf ihre gesonderten Berichte. Aber auch als nach Friedrichs Tod die Stellung der Regierung

Digitized by Google

zu den Gesandten sich etwas änderte, blieb doch der Mangel an Information über die Gesamtpolitik bestehen. Alvensleben beschwert sich öfters heftig darüber, daß er wichtige Ereignisse durch die fremden Gesandten erfahren mußte. Gegenüber dem freien Spielraum, der den englischen Gesandten zum Beispiel überlassen blieb, die unter den Mängeln einer parlamentarischen Regierung durch wochenlanges Ausbleiben von Instruktionen zu leiden oder wie Harris ihren Teil an der Leitung der auswärtigen Politik hatten, mußten die preußischen Gesandten natürlich bedenklich zurückstehen.

Die Legationskasse Friedrichs belief sich auf 63000 Thaler, bei Nachforderungen der Gesandten wurde immer auf ihre Leere hingewiesen. Hertzberg erkannte die Bedeutung einer guten Besoldung der Gesandten, er ließ die Kasse nacheinander auf 120000, 140000 und 1788 auf 160000 Thaler erhöhen. Es gehört dies nicht zu den geringsten Verdiensten des Ministers. Alle Gesandtengehälter wurden dadurch beträchtlich erhöht, wenn auch immer entsprechend den knappen Mitteln des Staates. Es lohnt sich wohl, einen Blick auf die einzelnen Posten und ihre Inhaber zu werfen.

Der russische Posten galt, wie wohl auch noch heute, als die wichtigste auswärtige Vertretung Preußens. Bis 1779 hatte ihn W. F. Graf von Solms inne mit 8000 Thaler Gehalt und 2000 Thaler Pension aus früherer Stellung. Er war finanziell so bedrängt, daß von Rußland eine Erhöhung seines Gehaltes 1766 angeregt wurde.[2] Den Niedergang des preußischen Einflusses hatte er nicht aufzuhalten vermocht, obwohl er ihn mit hatte schaffen helfen. Die Bedeutung der Türkenpläne Katharinas hat er nicht erkannt, sonst hätte wohl Friedrich nicht auf seinen Bündnisplan 1779 kommen können. Ihm folgte Graf Görtz, mit eben diesem Bündnisantrag beauftragt. Er erhielt 10000 Thaler, hatte eigene Einkünfte im Betrag

Digitized by Google

von 5000 Thaler, bezeugt aber die Unmöglichkeit, damit auszukommen und mit den anderen Gesandten zu konkurrieren, obwohl er seine Familie zu Hause gelassen hatte.[3] Trotz seiner Bemühungen verschwand der preußische Einfluß, den er nach seiner Instruktion noch als allmächtig voraussetzen mußte, während seiner Gesandtschaft vollständig aus Rußland. Im Jahre 1785 beklagte er sich lebhaft über seine Zurücksetzung hinter Ségur, worauf ihm Friedrich seine petite vanité vorhielt und erklärte, er regle seine Politik nicht nach der Behandlung seiner Gesandten an den fremden Höfen[4]; die seien dazu da, seine Aufträge auszuführen, zu weiter nichts. Harris bezeugt Görtz, daß er ein talentvoller Diplomat sei, aber etwas deplaziert in der weiten und eigenartigen Atmosphäre des russischen Hofes.[5] Ihm folgte der Freiherr D. L. C. von Keller, ein unbedeutender Mann, der sich bei den russischen Ministern und bei Katharina bald unbeliebt machte. Er erhielt seit Friedrich Wilhelm 12000 Thaler, verlangte aber dringend eine weitere Erhöhung, die ihm schließlich mit 14000 Thalern gewährt wurde. Bei seiner von Katharina verlangten Abberufung schrieb Hertzberg dem König, man könne sie bewilligen, seine Berichte seien doch immer sehr steril gewesen.[6] Die Nichteinladung Kellers zu der Chersonreise, an der der österreichische, französische und englische Gesandte teilnahmen, hatte gezeigt, daß Katharina den preußischen Vertreter auf die gleiche Stufe mit den Gesandten der unbedeutenderen Mächte stellte. Hertzberg schlug zunächst Luccheſini vor, der sich auch bereit erklärte.

Den Wiener Posten schien man in Berlin bei der erklärten Feindschaft beider Höfe für höchst unwesentlich zu halten. Bis zum September 1785 hatte ihn der Freiher von Riedesel inne. Er begnügte sich mit Hetzreden gegen Joseph, der ihn persönlich haßte.[7] Bei seinem Tod hielt es schwer, einen neuen Gesandten zu finden. Friedrich wünschte den neugeadelten Buchholtz

Digitized by Google

von Warschau nach Wien zu versetzen. Er regte eine Diplomatenschule durch Anstellung von Gesandtschaftssekretären an, um dem Mangel vorzubeugen. Dazu müsse man besonders Neuenburger heranziehen, da die Adligen aus Cleve, Mark und Magdeburg zu leichtsinnig seien; die jetzigen Gesandten in Schweden und Dänemark bezeichnete er als untauglich für den Wiener Posten, da sie «n'ont pas des idées de politique assez bien rangées dans leurs têtes». Der Gesandte in Schweden war damals Keller. Buchholtz wurde wegen seiner Armut aufgegeben und «faute de mieux», wie Friedrich sagte, der Graf Podewils[8] von dem Regiment Gensd'armes ernannt wegen seines Reichtums. Dieser hatte selbst wegen mangelnder Erfahrung zuerst abgelehnt und Friedrich ihn als geeignet, nur Komplimente zu machen, zu sonst nichts, bezeichnet. Reuß schildert ihn als einen Mann „von nicht eben vorzüglichem Verstand und Wissenschaft", über den man sich in der Gesellschaft lustig mache. Seine Berichte sind denn auch von erschreckender Leere, ganz wie Riedesel berichtete er meist nur Klatsch und Gerüchte, mit Ausnahme der wichtigeren militärischen Nachrichten. Bei einer Nachforderung von 100 Dukaten wird der reiche Gesandte auf seine «sentiments patriotiques» verwiesen.[9] Ihm folgte 1788 der bei Kaunitz verhaßte frühere brandenburgische Gesandte in Wien, Jakobi, ein Bürgerlicher, während Österreich in Berlin einen Prinzen als Gesandten hatte. Er erhielt 10000 Thaler, während der Posten früher mit 6000 Thaler, seit Friedrich Wilhelm mit 8000 Thaler Gehalt dotiert gewesen war.

Auch der Pariser Posten erhielt durch den neuen König zunächst die erhöhte Dotierung von 8000 Thaler statt 6000 Thaler. Ihn bekleidete seit 1772 B. von der Goltz, nachdem er ihn schon vorher einmal ein Jahr innegehabt hatte. In der Zwischenzeit war Preußen durch den Geschäftsträger Sandoz-

Digitized by Google

Rollin, einen Neuenburger, vertreten gewesen. Dieser hatte in Paris eine recht klägliche Rolle gespielt. Der österreichische Botschafter Mercy bezeichnete ihn als «une de ces espèces, dont ce monarque (Friedrich) aime à se devoir de préférence et qui ressemblent plus à des espions qu'à des ministres». Sandoz-Rollin mußte seiner Schulden halber noch in Paris bleiben und wurde Gesandtschaftssekretär; später wurde er Gesandter in Madrid. Goltz war ein Mann ohne besondere Fähigkeiten. Nach dem Tode Maurepas, mit dem er gut gestanden hatte, war er ganz außer stand, sich Informationen zu verschaffen, er erging sich vielfach in Konjekturen und Phantasien, die Vergennes und Mercy häufig aufdeckten. Beide waren im Besitz seiner Berichte und Instruktionen. 1786 erhielt er von dem neuen König, wie so viele andere, den Grafentitel. Er war ein Anhänger der französischen Richtung in Berlin; seine Berichte, wie die Thulemeiers, betonen vor der holländischen Katastrophe stets die Abneigung Pitts, in Holland einzugreifen. Er genoß weder das Ansehen des französischen Hofes, der die Verhandlungen durch ihn zum Beispiel in der Krisis des Scheldestreites und auch später über Holland mehrfach ablehnte oder doch vermied, noch das der fremden Gesandten in Paris. Harris bezeichnet ihn als bestochen von Frankreich und schreibt ihm die von Eden während der Krisis bemerkte Intimität zwischen Frankreich und Preußen zu und Ewart betrieb dieses Verdachtes wegen die Gesandtschaft Alvensleben.[10] Er war überhäuft mit Schulden und wohnte in seinen Mansarden aus Mangel an Meublement; die Livreen seiner Dienerschaft waren abgenutzt, ein gesellschaftliches Leben konnte er nicht führen. Wohl aber hatte er eine Spieltafel in seinem Hause aufgethan, um so sich Mittel zu verschaffen; er blieb dabei trotz der Ermahnung Vergennes'. Alvensleben schreibt, er zöge sich von allem zurück und käme dadurch um alles Ansehen. 1785 ver-

Digitized by Google

langte er 12430 Thaler Nachzahlungen, die Friedrich ihm ſeit 1774 verweigert hatte; Friedrich hatte ſtatt der üblichen Summe von 1200 Thaler ihm nur 400 Thaler für die Reiſen nach Fontainebleau bewilligt. Seine Gläubiger erhoben Anſpruch auf ſeinen Gehalt, das auswärtige Amt in Berlin wurde von ihnen beſtürmt.[11] 1788 erhielt er auf die Befürwortung Alvensslebens, den Hertzberg zu dieſem Schritt beſtimmt hatte, da Goltz zu ſtolz ſei, ſelbſt zu bitten, 12000 Thaler für ſeine dringendſten Schulden.

Der Londoner Poſten war mit 6000 Thalern dotiert; die Auslagen für Porto hatte Friedrich dabei dem Geſandten von Maltzan in den letzten Jahren ſeines Aufenthaltes in London verweigert. Maltzan trieb 1773 ohne Befehl die Danziger Frage auf die Spitze. Sein Vermögen war zerrüttet, er ſpekulierte in Fonds mit Verluſt, was man in London wohl wußte.[12] Ihm folgte der Graf Luſi, ein Korſikaner, den Friedrich ſeiner Unbedeutendheit halber nach England geſchickt hatte. Er erhielt ſeit Friedrich Wilhelm 8000 Thaler Gehalt. Im Dezember 1787 verlangte Hertzberg ſeine Abberufung mit der Begründung «V. M. ne peut rien ni effectuer, ni negocier par ce Ministre, qui a ni les talents, ni les connaissances necessaires, ni la confiance du Min. Britt.»[13], ein völlig zutreffendes Urteil. Ihm folgte 1788 Alvensleben, der ſpätere Miniſter, mit 10000 Thaler Gehalt. Er war im Oktober 1787 in Paris, dann in Holland verwandt worden ohne beſonderen Erfolg. Seine Fähigkeiten entſprachen durchaus nicht ſeiner Selbſtſchätzung. Er gerierte ſich ſtets als der große Staatsmann und ſuchte ſich durch eigenmächtige Handlungen in das rechte Licht zu ſetzen; ſo begann er mit Harris ohne Befehl Beſprechungen über ein Bündnis während ſeines Aufenthaltes im Haag.[11] Friedrich hatte 1785 von ihm geſchrieben, als die Miniſter ihn zu den Fürſtenbundsverhand-

Digitized by Google

lungen vorſchlugen, «Vous savez, que c'est un pauvre Sire, peu capable de pareilles choses».[15] Charakteriſtiſch iſt auch das Urteil der geiſtreichen Frau von Coudenhofen in Mainz über ihn «il a une fatuité stupide repandue, sur toute sa personne, j'ai beaucoup causé avec lui, mais la conversation n'est pas plus piquante que sa figure et y répond parfaitenant; on voit que c'est un homme qui a de lui une fort haute opinion et beaucoup de suffisance . . .»[16] Im März 1788 glaubt auch er ſeinen Plan über künftige Erwerbungen vortragen zu müſſen. Er rät, Preußen ſolle ſich frei von England halten und mit der Türkei ein Bündnis ſchließen auf Grund einer gegenſeitigen Garantie der beiderſeitigen Beſitzungen, einſchließlich der neuen preußiſchen Erwerbungen in Polen. Dieſe ſollen beſtehen in dem Stück Polen zwiſchen Preußen, Schleſien, dem Bug, der Weichſel und Maſſovien. (Den Bug nimmt er ſpäter zurück.) Die Türkei werde dann ein wichtiger Bundesgenoſſe Preußens und mache England entbehrlich. Wenn Frankreich darüber die holländiſche Verfaſſung ſtürzen will, ſo ſtellt Preußen ſein Kontingent und läßt England den Hauptkrieg führen. Er nimmt dieſen Plan, über den man kein Wort zu verlieren braucht, im Juni wieder zurück, als das engliſche Bündnis in Sicht ſteht.[17] Obwohl er im Mai einem einfachen Garantieakt für Holland widerraten hat, ſchließt er den Vertrag von Loo und iſt ſehr befriedigt darüber. Seine Sucht, gegen Hertzberg zu intriguieren, was für den Miniſter bei der Freundſchaft des Königs für Alvensleben, den er in geheimen deutſchen Miſſionen verwandte, nicht ungefährlich war, hatte ihn zu dieſer That neben ſeinem Ehrgeiz verleitet. Trotzdem Hertzberg in freundſchaftlichem Briefwechſel mit ihm ſtand und ihn von Dresden nach dem Haag und London beförderte, ſetzte er im Juni 1788 eine Beſchwerdeſchrift gegen ihn auf, in der der Verrat von Staatsgeheimniſſen an

Digitized by Google

Ewart und Reede und ungenügende Instruktion die Hauptpunkte der Anklage bildeten.[18] Kaum in London angekommen, ging er Hertzberg um eine Gehaltserhöhung an und flehte bei dem König um eine Zulage von 2000 Thaler, da seine Ausstattung, deren Kosten er auch ersetzt zu haben wünschte, ihn gleich ruiniert hatte. 19500 Thaler bezeichnete er als das Gehalt, mit dem ein Gesandter in London anständig leben könne.* Lusi hatte seinen Posten wegen seiner Schulden nicht verlassen können, bis ihm der König 20000 Thaler gab. Alvensleben wurde 1790 abberufen, aus finanziellen Gründen wohl. Der König gab ihm 12000 Thaler für seine Schulden. Hertzberg hatte über seinen Mangel an Fleiß geklagt. Bei Alvenslebens Ernennung zum Minister bezeichnete Auckland diesen als «very moderatly qualified for such a situation», er sei aber in Gunst beim König und habe gleich ein höheres Gehalt als Hertzberg erhalten. Auch Harris bezeichnete ihn 1784 als «perfectly insignificant»; «At is the fine gentleman of Berlin and takes the lead of all the balls and suppers.»[19]

Der Gesandte im Haag, Thulemeier, ist schon charakterisiert (S. 51). Seine Berichte zeichnen sich mehr durch Länge als durch Inhalt aus, weshalb Friedrich ihn mehrfach zur Kürze ermahnte. Seine schlechte Stellung bei allen Parteien war allerdings auch die Folge der lahmen holländischen Politik Preußens.[20] Jedenfalls aber hat er über viele Ereignisse seinen Hof im Dunkeln gelassen, so unter anderem über die stete

* Die französischen Gesandten in London und Madrid erhielten 200000 Francs als Gehalt und 5000 Thaler zur Ausstattung. (Eden an Pitt 22. November 1787. Auckland J.) Die Durchschnittssummen für die großen französischen Gesandtschaften waren 50000 Thaler, Duras in Madrid hatte 200000 Livres Gehalt, 100000 Livres Gratifikation, 50000 Livres für den geheimen Dienst und Möbel geliehen im Wert von 4—500000 Livres. (Taine, Ancien rég. I, S. 151.) Verac im Haag erhielt 110000 Livres Gehalt, seit 1786 aber 140000 Livres (Colenbrander).

Digitized by Google

Besserung der Lage des Statthalters vor der Entscheidung. Wie Goltz war er ein Anhänger des französischen Systems und färbte seine Berichte entsprechend, so daß man in Berlin die Stellung Frankreichs in Holland bis zuletzt für viel mächtiger hielt, als sie war. Alle schärferen Maßregeln Preußens schwächte er durch beruhigende Noten ab, so auch die Rüstung nach der Reise Wilhelminens.[21] Über die Thätigkeit Harris' und Englands Einfluß in Holland konnte die preußische Regierung nach seinen Berichten nicht klar werden. Harris bezeichnet ihn, wie Goltz, als bestochen; zweifellos eine Unwahrheit. Diese Meinung scheint allerdings verbreitet gewesen zu sein, denn auch Reuß weiß sie zu berichten.[22] Die Prinzessin bezeichnete ihn, wie Goltz, als im Solde Frankreichs und der Patrioten stehend.[23] Auch Friedrich scheint ihm nicht ganz getraut zu haben; er beschuldigt ihn einmal, er spekuliere auf eine Pension von dem Statthalter. Seine Armut widerspricht ja jedenfalls diesen Gerüchten, ebenso wie denen über Goltz. Thulemeier hatte in Holland 12 Jahre lang 2000 Thaler, dann 12 Jahre lang 4000 Thaler erhalten, seit Friedrich Wilhelm bezog er 8000 Thaler.[24] Bei seiner Abberufung war Thulemeier so verschuldet, daß er nicht abreisen konnte; sein Vermögen war aufgezehrt, er verlangte die Erfüllung eines Versprechens Friedrichs, es ihm zu ersetzen. Er drohte schließlich zu entfliehen und seine Gläubiger für seine 30000 Thaler betragenden Schulden an den König zu verweisen. Das Ministerium und besonders Hertzberg hatten seine Abberufung verlangt, da er untauglich sei für einen jetzt so wichtigen Posten; nur Finkenstein hatte sich noch im Juli 1787 für ihn verwandt. Er selbst war von seiner Brauchbarkeit überzeugt und über die Gesandtschaft Görtz' nicht wenig beleidigt. Görtz selbst hatte seine verfehlte Mission durch sein Verhalten nicht besser gemacht. Er hatte sich zu eng an Harris angeschlossen; von Wilhelmine schrieb er nie anders

Digitized by Google

als «cette respectable, grande et incomparable princesse»; sie hatte ihn ganz fasziniert. Finkenstein fällte ein trotz seiner Gegnerschaft gegen das System Hertzbergs, dem auch Görtz beistimmte, nicht minder zutreffendes Urteil über seine Berichte: «Ce sont des vrais playdoyers remplis d'une déclamation outrée».[25]

Die Dotierung des türkischen Postens, die für den Gesandten Zegelin 1743—76 noch 16000 Thaler betragen hatte[26], war von Friedrich für den Geschäftsträger Gaffron auf 5200 Thaler herabgesetzt worden. Nach Abzug der Kosten für den Dolmetscher blieben Gaffron 3000 Thaler an einem Hof, an dem Bestechung fast alles that; daher seine Anleihe bei dem russischen Gesandten. Über seine Dienste urteilte das Ministerium: «s'il n'a pas réussi, s'il a même fait des fautes, c'est qu'il n'a pas eu ni les connaissances ni la prudence necessaire pour un poste de cette importance et pour executer les commissions difficiles et délicates dont il a été chargé».[27] Bei seiner Ankunft in Berlin war er buchstäblich ohne einen Pfennig. Sein Nachfolger Dietz hat kürzlich eine treffende Charakteristik erfahren. (P. Wittichen a. a. O., S. 28ff.) Sein Gehalt hatte 5000 Thaler, von denen 1000 Thaler für den Dolmetscher und 1000 Thaler für Audienzen und Geschenke verbraucht wurden, betragen. Seine Ernennung zum Gesandten mit 10000 Thaler Gehalt leitete die aktive türkische Politik Hertzbergs ein.

Von den unbedeutenderen Posten sind noch anzuführen: der Gesandte bei Kurköln und dem niederrheinisch-westfälischen Kreis hatte 2000 Thaler erhalten, dann hatte Friedrich, da reiche Leute sich um ihn bewarben, ihn auf 800 Thaler gedrückt. Dohm erhielt 1550 Thaler ohne die Kosten für den Sekretär, seit Friedrich Wilhelm 1750 Thaler und 400 Thaler für einen Sekretär.[28] Böhmer in Frankfurt erhielt 4000 Thaler, trotz-

Digitized by Google

dem er um 5000 Thaler als unbedingt nötig gebeten hatte. Schwartzenau und später Görtz am Reichstag erhielten 3000 Thaler, der neue Münchener Posten wurde mit 4000 Thaler dotiert. Für Portugal beantragte Hertzberg 1788, jedenfalls im Sinn der englischen Politik, einen Gesandtschaftsposten mit 7000 Thaler inklusive des Sekretärgehaltes. Aus allem ersieht man, daß Hertzberg sein Möglichstes für die Gesandten gethan hat, um so anerkennenswerter, da er selbst von Anfang an nur 5000 Thaler Gehalt bezog und für sich keine Erhöhung beantragte.[29] Daß mit diesem Beamtenmaterial nicht viel zu erreichen war, ist klar; es ist das bei der Beurteilung der Friederizianischen und Hertzbergschen Politik stark in Anschlag zu bringen. Friedrich hatte allerdings noch seine besonderen Quellen: Hofenfels aus Zweibrücken berichtete über Frankreich, der sächsische Gesandte Zinzendorf regelmäßig über Wien. Daneben sind noch anonyme regelmäßige Berichte, anscheinend aus Hofkreisen, über Frankreich erhalten. Auch in Rußland hatte Friedrich seine Vertrauenspersonen. Oft teilt er dem Ministerium ihm eingegangene Nachrichten ohne Angabe der Quellen mit. Im ganzen aber wird man manche Mißerfolge Friedrichs verstehen können eben aus diesen unerfreulichen Gesandtenverhältnissen heraus; er mußte zu viel durch trübe Gläser sehen. Zur Erklärung dieser Verhältnisse ist zu sagen, daß die Rolle Preußens als Großmacht doch erst mit dem großen König beginnt, eine diplomatische Tradition also unmöglich schon vorhanden sein konnte. Nirgends wohl mehr macht sich der Segen einer alten, sorgsam gehüteten Tradition geltend als gerade in der Diplomatie.

Digitized by Google

Noten.

Einleitung S. 1—8. [1] Vgl. F. Arnheim, Beiträge zur Geſchichte der nordiſchen Frage. D. Z. f. G. II, V, VIII. [2] Vgl. Martens, Recueil des traités etc. par la Russie, Angleterre, S. 280, 85 und Mahan, The influence of seapower upon the French revol. and empire, I, S. 11 f. [3] Vgl. A. Beer, Erſte Teilung Polens, I, S. 282. [4] Vgl. Michael, Englands Stellung zur erſten Teilung Polens. (1890.) [5] Beer, a. a. O., II, S. 256 ff. [6] «The King of Prussia has made us some advances.» Harris an Carmarthen, Malmesbury Diaries and Corresp., I, S. 162. Für Frankreich vgl. die Denkſchrift Vergennes' vom 2. Februar 1778, in der er rät, Preußen zu ſchonen und es an der Bildung einer proteſtantiſchen Liga, an der England teilnehmen werde, zu hindern. (Flassan, Hist. de la diplom. française VII, L. VII, S. 189.) Frankreich drohte Preußen bei einer Annahme der militäriſchen Hülfe Hannovers mit der Aufſtellung einer Armee an der deutſchen Grenze. Finkenſtein erinnert den König 1. März 1885 daran (G.-St.-A.). [7] Vgl. Suffolk an York, 1. September 1878 bei Colenbrander, De Patriottentijd, I, Beil. III. [8] Harris ſieht das franzöſiſch-ruſſiſche Verhältnis mit Mißbehagen. Harris an Eden 29. Juli 1779 Malmesb. D., I, S. 206. Vgl. auch die Inſtruktion Viracs (franzöſiſcher Geſandter in Petersburg) vom 2. Mai 1780 im Recueil des instruct. données aux amb. de France, Russie, II. [9] Vgl. Görtz, Denkwürdigkeiten, I, S. 111. [10] Vgl. Joſeph an Kaunitz 10. und 16. Juli 1781 bei Beer, Joſeph II., Leopold II. und Kaunitz. [11] Die Briefe Joſephs an Katharina bei Arneth, S. 130—32, zeigen die Beſorgnis vor dieſer Neigung Katharinas; ſiehe auch S. 149 ebenda. [12] Vgl. Grantham an Harris 28. Juli 1782 Malmesb. D., I, S. 455 und 465. [13] Vgl. Arneth a. a. O. Nr. LXV, und Arneth, Joſeph II. und Leopold I., S. 144. [14] Vgl. Malmesb. D., I, S. 504 und 520, und Ch. Gomel, Les causes financières de la révol., S. 219. [15] Katharina hätte am liebſten Öſterreich mit Frankreich überworfen, um es ganz auf Rußland angewieſen zu ſehen. Joſeph an Leopold 17. November 1783 bei Arneth a. a. O. [16] Hertzberg an Alvensleben 22. Auguſt 1783 ... «Nous disserterons alors

Digitized by Google

à notre sens sur les diff. sistèmes et nous trouverons à la fin, qu'il n'y en a peut-être nulle part, mais bien des pots cassés partout. Je tâche de tenir de mon côté la route la plus ferme, que je puis sans m'embarasser de ce que font d'autres. Je suis sûr, que ce qui se fasse en Russie, ébranlera et éloignera encore davantage nos voisins, mais pour moi je ne désespère encore de rien.» G.-St.-A. aus Alvensslebens Nachlaß, wie auch die in den folgenden Kapiteln berührte Korrespondenz Alvenslebens.

I. S. 9—25. [1] Der bayrische Erwerb ist jedenfalls der große Schlag, von dem er 10. August 1783 an Leopold schreibt. Bei Arneth, Joseph II. und Leopold. Der holländische Streit wird seinetwegen genährt. Joseph an Katharina 28. Dezember 1784 bei Arneth, Joseph und Katharina Nr. 111. [2] Vgl. Arneth, Marie Antoinette, Joseph II. und Leopold II. Joseph an Marie Antoinette 9. September 1783. [3] Hertzberg an den Herzog von Braunschweig 14. Januar 1784 bei Schmidt, Unionsbestrebungen, S. 26, und Colenbrander, De Patriottentijd, I, S. 328. Im Januar 1784 warnt Hertzberg den Statthalter unter Drohungen vor England und Österreich. Vgl. Colenbrander, I, Beilage XV. [4] Vgl. Kaunitz an Joseph 20. Januar 1781 bei Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, und de Barral-Montferrat, Dix ans de paix armée entre la France et l'Angleterre 1783 bis 1793, I, S. 23 ff. [5] Vgl. Joseph an Kaunitz 19. Januar 1781 bei Beer a. a. O. [6] Vgl. Colenbrander II, S. 13 ff. [7] Vgl. Tratchevsky, La France et l'Allemagne, Revue Hist. XV, S. 4 ff. [8] Vgl. Joseph an Ludwig XVI, 17. Dezember 1784 bei Arneth a. a. O. [9] Vgl. Colenbrander, I, S. 352 ff. [10] Ebenda III, Beilage zu Hauptstück I, Nr. 7—9. [11] Nach Vergennes hat Cobenzl in Petersburg bis zur indécence gegen Frankreich und für England gearbeitet. Recueil des instruct., Russie II, S. 389 f. [12] Vgl. Souvenirs de Matthieu Dumas S. 164. Auch Schlieffen, Betreffnisse und Erlebungen, S. 129 ff., nimmt schon für 1785 diese Überlegungen in Frankreich an. Vgl. auch Niebuhr, Geschichte des Zeitalters der Revolution S. 111, der Dumas Sendung kennt. [13] Wie berechtigt diese Furcht vor feindlichen Plänen Österreichs nach der Loslösung von Frankreich war, zeigt Joseph an Leopold 3. Dezember 1784 bei Arneth a. a. O. [14] Diese Überlegung wird in den Denkschriften der Minister außer Vergennes angestellt. Vgl. Tratchevsky a. a. O. S. 27 ff. [15] Frankreich garantiert kurz darauf eine zweibrückische Anleihe und erhöht seine Subsidien auf 500 000 Livres. Hofenfels an preußischen Minister 22. März 1785 (G.-St.-A.). [16] Vgl. Katharina an Joseph 23. Mai 1785 bei Arneth a. a. O. und Nr. 102—104 ebenda. [17] Ségur, Mémoires, II, S. 279 f. [18] Dies am schärfsten ausgedrückt in einer

Digitized by Google

Unterredung Oſtermanns mit Sacken. Vgl. Herrmann, Geſchichte Rußlands, VI, S. 99 f. [19] Arneth, Joſeph und Katharina, Nr. 113 und 114. [20] Vgl. Beer, Die orientaliſche Politik Öſterreichs ſeit 1774, S. 46. [21] Vgl. Ségur, Mém. II., S. 349. [22] 16. Auguſt 1785 Friedrich an Görtz — — « .. qu'on faſſe la grimace à Petersbourg, tant qu'on voudra; je n'en tiens pas grand compte, ni plus, ni moins cette affaire (Fürſtenbund) sera arrêtée et nullement dérangée par là» (G.-St.-A.). [23] Vgl. Fox, Mémorials, I, S. 352 und 364. [24] Vgl. Harris an Grantham 25. Oktober 1782 in Malmesb. D., I, S. 474. [25] Vgl. Grantham an Harris 22. Februar 1783 ebenda S. 502. [26] Vgl. Martens, Recueil des traités concl. par la Russie, Angleterre, S. 327 f. [27] Vgl. Political memoranda of Francis V Duke of Leeds, ed. Browning, S. 101 f. [28] Dieſe Revolution erſchien Carmarthen als «a most flattering circumstance toward forewarding our object of a more close connection with Denmark and Russia» ebenda. Vgl. auch Countess of Minto, a memoire of Hugh Elliot, Edinborough 1868, S. 288 ff. [29] Vgl. Barral a. a. O. S. 14 ff. [30] Ebenda S. 37 f. [31] Vgl. Martens a. a. O. S. 329. [32] Das Stillſchweigen Öſterreichs gegenüber England wird mehrfach als Zeichen der Feindſchaft gegen England angeführt. Vgl. Leeds a. a. O. 113 f. und die Inſtruktion für Reviczky 3. April 1786 bei Wolf, Öſterreich und Preußen. Beilage. [33] Leeds a. a. O. S. 110. [34] Ebenda S. 111 und Georg III. an Beulwitz 17. Mai 1785 „ . . und gehen inmittelſt, wie wir Euch zu Eurer alleinigen geheimen Nachricht nicht vorenthalten wollen, damit um, ein beſſeres Vernehmen zwiſchen Unſerer Krone und der Krone von Preußen wiederherzuſtellen und hoffen, daß die intendierende Vereinigung mit dazu führen werde", bei Gödeke, Hannovers Anteil am Fürſtenbund, XI, b. Archiv d. hiſt. V. f. Niederſachſen 1847. [35] Vgl. Leeds a. a. O. S. 110 f. [36] Miniſterium an Luſi 26. Februar 1785 und Luſi an Miniſterium 6. Mai 1785 (G.-St.-A.). [37] Leeds a. a. O. S. 113. [38] Friedrich an Görtz 5. Juli 1785 (G.-St.-A.). [39] Miniſterium an Friedrich 18. November 1785 (G.-St.-A.). Dieſe franzöſiſche Erklärung zuerſt durch Calonne an den Prinzen Heinrich in Frankreich am 8. November. Vgl. K. Kraneł, Prinz Heinrich von Preußen in Paris, 1901, Abſchn. IV. [40] Note an Faciola 6. Dezember 1784 (G.-St.-A.). [41] Friedrich an Hertzberg 30. November 1784 (G.-St.-A.). [42] Hertzberg an Friedrich 29. Dezember 1784 und Hertzberg an Prinzeſſin Wilhelmine 6. Januar 1785 (G.-St.-A.). [43] Hertzberg an Thulemeier 22. März 1785 «depuis un certain illustre voyage on nous avait fait concevoir les plus grandes éspérances du côté de la France, mais elles manquent entièrement. Cette cour nous marque la plus

Digitized by Google

grande réserve et froideur» (G.-St.-A.). [44] Friedrich schreibt dies Finkenstein und spricht es Hertzberg gegenüber aus. Finkenstein an Friedrich 10. Oktober 1784. Hertzberg an Friedrich 24. November 1784 (G.-St.-A.). Ähnliche Urteile des Königs über Frankreich in dieser Zeit siehe bei Krauel a. a. O. [45] Finkenstein an Friedrich 15. Februar 1785 (G.-St.-A.). Der gleichgültige Ton, in dem Esterno in Berlin sich über den Tausch äußerte, erweckte in Friedrich den Verdacht, daß Frankreich mit Luxemburg bestochen sei. Friedrich an Finkenstein 10. Februar 1785 (G.-St.-A.). [46] Wenn P. Wittichen a. a. O. S. 10 sagt: „Die hannöversche Politik war von der englischen immer wieder ohne Schwierigkeit zu lösen, während für Preußen eine Annäherung an Frankreich fortan unmöglich gemacht war, wenn man nicht auf das Weiterbestehen des Fürstenbundes verzichten wollte", so ist dagegen zu bemerken, daß ein nahes Verhältnis zu Frankreich während und nach der Gründung des Bundes bestand. Die offizielle preußische Denkschrift Dohms „Über den deutschen Fürstenbund" (Denkwürdigkeiten III, S. 251) betont sogar ausdrücklich, Frankreich dürfe durch den österreichischen Erwerb Bayerns nicht außer stand gesetzt werden, im Deutschen Reich Alliierte zu haben und durch Bayern in das Herz Österreichs einzudringen. Bei einem preußischen Abschluß mit Frankreich verlor der Bund allerdings eines der wichtigsten Mitglieder, Hannover, und konnte damit als aufgelöst angesehen werden. Nicht minder war aber ein Abschluß mit England das Ende der Fürstenbundspolitik, die eben wie im Lauf der Arbeit näher ausgeführt, ein Kompromiß zwischen dem englischen und französischen Einfluß im Reich, wobei der französische den stärkeren darstellte, auf Grund der zwischen beiden Mächten balancierenden preußischen Politik war. Die preußische Gleichgewichtspolitik endete mit dem Berliner Bündnis und thatsächlich war damit der Fürstenbund erledigt.

II. S. 26—35. [1] Vgl. Bailleu, Entstehung des Fürstenbunds. Hist. Ztschr. XLI. [2] « . . et quoique je sente, que toute cette ligue des princes ne menera pas à grande chose, qu'elle roulera même principalement sur mes crochets, cependant il vaut mieux avoir une espèce d'appui, que de n'avoir rien du tout.» Friedrich an Finkenstein 29. Mai 1785 (G.-St.-A.). Für das Folgende vgl. Ranke, Die deutschen Mächte, Kapitel V und XI, Schlieffen a. a. O. und die Bemerkung Goethes in den „Gesprächen mit dem Kanzler F. von Müller" (2. Aufl., S. 159) 27. Oktober 1824: „Aufdeckung der geheimen Tendenzen des Fürsten, nämlich gegen Friedrichs II. Anmaßung, während er selbst dazu anzutreiben vermocht wurde. Der Kronprinz war im Geheimnis und von dem alten Fürsten von Dessau ging die Idee aus." Goethe war wohl

Digitized by Google

unterrichtet. Vgl. O. Lorenz, Goethes politische Lehrjahre, Abschn. III, besonders den S. 71 f. zitierten Brief Boisserées, der eine analoge Darstellung nach Goethes Erzählung giebt. Dazu vgl. Erdmannsdörffer, Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden I und Dohm, Denkwürdigkeiten, III. [3] «Dans la situation isolée où je me trouve, je suis obligé, de recourir à tous les remèdes imaginables, pour me tirer d'affaires.» Friedrich an Finkenstein 20. März 1785 (G.-St.-A.). [4] « . . de suite, quoique j'avoue que ce n'est pas pour le solide, mais pour faire faire des réflexions à Vienne et à Petersbourg.» Friedrich an Finkenstein 17. Juni 1785 (G.-St.-A.). [5] Finkenstein an Friedrich 29. März und 1. April 1785, Berichte über Unterredungen mit Esterno (G.-St.-A.). [6] Woronzow macht in London darauf aufmerksam, siehe Leeds Pol. Mem. S. 113, auch Joseph an Marie Antoinette Mai 1785 bei Colenbrander II, Beilage zu Hauptstück I 2. [7] Friedrich an Finkenstein 28. Februar 1785. [8] Friedrich an Lusi 28. März 1785, bei Schmidt, Unionsbestrebungen S. 172. Friedrich weist darauf hin, daß Rußland viel abhängiger sei von England wie umgekehrt. [9] Diese Note wie die folgenden berührten englischen Noten sind, soweit nichts anderes bemerkt ist, den im G.-St.-A. vorhandenen Abschriften entnommen. [10] Beide Berichte vom 23. Mai 1785 (G.-St.-A.). [11] Friedrich an Finkenstein 24. Mai 1785 (G.-St.-A.). Bemerkenswert ist, daß Friedrich die englischen Mitteilungen im Mai wie später die im September als direkte Bündnisanträge auffaßt. [12] Hertzberg an Finkenstein 25. und 26. Mai 1785 (G.-St.-A.). [13] Rép. verbale au Ewart, entworfen von Finkenstein, gebilligt von Hertzberg 27. Mai 1785 (G.-St.-A.). [14] Friedrich an Lusi 30. Mai 1785 (G.-St.-A.). [15] Lusi an Minister 20. Mai 1785 (G.-St.-A.). [16] Hertzberg an Prinzessin Wilhelmine 5. Juli 1785 bei Colenbrander II, Beilage zum Hauptstück III 16: aus dem P. S. des Briefes: «le Roi d'Angleterre a fait proposer au Roi de prendre entre l'Anglt. et la Prusse un concert générale pour les affaires en Europe et surtout aussi pour renouer les liaisons avec la Hollande, mais le Roi n'a accepté ce concert, que pour les affaires d'Allemagne et il croit ne pouvoir pas encore faire les démarches en Holl. M. Ewart me tourmente beaucoup du plan, qui parait plaire aussi à Mr. de Reede (holländischer Gesandter in Berlin), que le Roi doit intrevenire à présent en Holl., pour y rétablir l'Union et l'ancien système et tacher de faire accéder l'Anglet. et la Républ. à l'Assoc. germanique.» Im ersten Teil des Briefes (G.-St.-A.) «on permettra aussi aux autres puissances de l'Europe d'acceder à cette confédération, l'Anglet. le souhaite, la Cour de France nous assure, d'approuver cette Assoc.,

Digitized by Google

la Républ. d'Holl. pourrait donc aussi y acceder avec le temps et je crois, que tout cela combiné pourrait faire le fondement d'une alliance respectable», und Hertzberg an Prinzessin Wilhelmine 14. August 1785 (G.-St.-A.). Vgl. auch Harris an Carmarthen 2. August 1785 bei Colenbrander, Beilage zum Hauptstück III 20. Harris stellt den englischen Antrag als allein Holland betreffend und Preußens Ablehnung in besonders scharfem Licht der Prinzessin dar, um sie auf die englische Seite zu ziehen (s. auch Colenbrander II 189 Anm. 4). Harris sagt der Prinzessin, «that I would not conceal from her that we had proposed to His Prussian Majesty a plan of cooperation in Holland, with a view to recover the Republic from its present State of subjection to France and to restore the Power of the Stadtholder and that we had not scrupled to declare we would go hand in hand in this occasion; but that the king of Prussia had declined our offer, giving for reason 'que la Poire n'étoit pas mûre' and that it would be better to wait till matters were made up with the Emperor before we attempted any measures here; — that as we considered this a direct refusal, we had said nothing more on the subject.» Ein Dokument mit so bestimmt formulierten Vorschlägen habe ich im G.-St.-A. nicht finden können. Die Essenz des englischen Antrages in Berlin ist jedenfalls von Harris richtig dargestellt. [17] Lusi an Minist. 24. Juni 1785 (G.-St.-A.). [18] Vgl. Colenbrander II, 43 ff. u. Beil. z. Hauptst. I, 3. Aus der dort von Bérac geschilderten Thätigkeit von Harris ist am besten neben Malmesbury Diaries das Hauptaugenmerk Englands auf Holland zu erkennen. Man war in England zu der Überzeugung gekommen, daß Frankreich und Österreich einig seien, also die Schaffung einer neuen Barriere nach dem Tausch, wie sie Harris angeregt hatte (Malmesb. D. II, S. 56), unmöglich sei. Da Ewart die gleiche Anschauung des preußischen Hofes meldete (Ewart an Harris 4. April 1785, Malmesb. D. S. 63), kam man auf den Gedanken des nordischen Systems und der Lordkanzler beantragte die Absendung einer Vertrauensperson nach Berlin, um mit Preußen zu einem Zusammenwirken im Haag und Petersburg zu kommen (Georg III. an Carmarthen 10. Mai 1785, Malmesb. D. S. 72). Daraus konnte dann das gewünschte «wise and solid continental system» (Harris an Ewart 19. April 1785, Malmesb. D. S. 65) entstehen durch Trennung Rußlands von Österreich, Bewahrung Dänemarks und Neutralisierung Schwedens (Mem. v. Harris bei Leeds a. a. O.). Die Verbindung mit Preußen war also das Prius bei allen diesen Überlegungen, weil sie für Holland die wichtigste und damit überhaupt die wichtigste war, während Rußland dort so gut wie keinen Einfluß hatte.

Digitized by Google

Das Urteil bei F. Salomon, Das politische System des jüngeren Pitt (Leipz. Habilitationsschrift 1895. S. 14 u. 15), trifft also nicht zu für den ersten Antrag und den Abschluß des Fürstenbundes; er übersieht die maßgebende Bedeutung der holländischen Frage. Erst die Wirkung des Bundes in Rußland und die ablehnende Haltung Preußens in Holland, dazu die Beseitigung des Tausches ließen die Minister von ihren Plänen zurückkommen. Daß Pitt den Beitritt zum Fürstenbund nachher möglichst in Rußland beschönigen wollte und ihn als rein deutsche Handlung Georgs III. hinstellte (Martens a. a. O., S. 330), war doch nur natürlich. Auch Harris hatte eine solche Stellungnahme angeraten. Vgl. S. 40. [19] Finkenstein an Friedrich 30. August 1785 (G.-St.-A.). Esterno verlangte eine Ermahnung Thulemeiers, der mit Harris für den Fürstenbund agitiert habe. [20] Vgl. Schmidt, Unionsbestrebungen, S. 351, Instruktion Golz'. Der Satz «que cette communication n'avoit point été faite à la Cour de Russie, afin qu'elle ne se mêle pas d'avantage des affaires de l'Empire» entspricht dem Wunsche Friedrichs, Frankreich auf Rußland eifersüchtig zu machen. [21] Vgl. Ségur, Mem. II, S. 318. [22] Ministerium an Friedrich 31. Oktober 1785 (G.-St.-A.). Die französischen Intriguen in Mainz wurden allerdings von Vergennes durch den Befehl strikteſter Neutralität an den französischen Gesandten dort beseitigt. Vgl. Erdmannsdörffer a. a. O., S. 108. [23] Esterno sagt ganz offen in Berlin, der Beitritt Hannovers sei ein Prüfstein für Englands Gesinnung, das sich danach nicht mehr mit Österreich verständigen könne, 1. April 1785 Finkenstein an Friedrich. Auch Friedrich hatte die Wirkung in Rußland, «qui ne veut pas se brouiller avec les Anglais», berechnet, Friedrich an Finkenstein, 14. Februar 1785 (G.-St.-A.). [24] Vgl. Joseph an Katharina 26. Juli 1785. bei Arneth, Nr. 118. [25] Kaunitz sagt dies einmal in der Instruktion an Reviczky bei Wolf a. a. O. und Carmarthen setzt diese Absicht bei Österreich voraus, Leeds a. a. O. [26] Ebenda. [27] Görtz, Denkwürdigkeiten, I, S. 287. [28] Friedrich an Görtz 14. und 29. Juni 1785 (G.-St.-A.). Harris fürchtete nach dem Benehmen Woronzows in London eine Liga zwischen den Kaiserhöfen und Frankreich, s. Malmesb. D. II, S. 80. [29] Vgl. Stanhope, Life of Pitt I, App. 17 f. [30] Vgl. Carmarthen an Harris 24. Juli 1786 (Malmesb. D. II, S. 166).

III. S. 35—38. [1] Friedrich an Lusi 4. August 1785 (G.-St.-A.). [2] Friedrich an Finkenstein 15. August 1785 (G.-St.-A.). Für das Folgende Friedrich an Finkenstein 2. September 1785 «Notre situation est bien singulière, parceque à bien apprécier les choses, nous avons à faire avec les Anglais, qui sont fougueux et entiers dans leur sentiment et d'autre part avec les Français dégénérés, qui ne sont

Digitized by Google

qne flasques et laches. J'espère de me tirer d'affaires avec tous les deux» (G.-St.-A.). [3] Carmarthen an Cornwallis 2. September 1785 (G.-St.-A.). Die folgende Instruktion desselben Datums bei Ross, Corresp. of Cornwallis. [4] Hertzberg an Friedrich 8. September 1785 (G.-St.-A.). [5] Ewart an Carmarthen 10. September 1785 bei Ross a. a. O. [6] Finkenstein an Friedrich 16. September 1785 (G.-St.-A.). [7] Carmarthen an Harris 19. September 1785 bei Ross. [8] Darstellung Ewarts ebenda. [9] Die Darstellung Dohms, Denkwürdigkeiten III, S. 122 ff., der die englischen Anträge in den August verlegt, ist eine Vermischung der beiden Anträge. Die Denkschriften der Minister, die er giebt, sind freie Komposition. Hertzberg hat jedenfalls nicht die englische Allianz offiziell beantragt!

IV. S. 39—44. [1] Lusi an Ministerium 4. November 1785 (G.-St.-A.). [2] Finkenstein an Friedrich 31. Dezember 1785 und Friedrich an Finkenstein 18. Januar 1786 (G.-St.-A.). [3] Vgl. F. Salomon a. a. O., S. 16. [4] Harris an Carmarthen 2. Februar 1786, Malmesb. D. II, S. 141. [5] Nach der Instruktion Reviczkys (Wolf a. a. O.) hat England sogar in Österreich erklärt, es sähe eine Verstärkung Österreichs gern, wenn nur Frankreich nicht auch verstärkt würde. Vgl. auch die Bemerkung Carmarthens an Harris 24. Juli 1786, Malmesb. D. II, S. 166, Österreich sei der «perpetual as it is the natural ally of England», Preußen «but at best an occasional one». [6] Hertzberg an Thulemeier, 18. April 1786 (G.-St.-A.). [7] Droysen in seinen Abhandlungen III kritisiert das vortreffliche Wort Häussers I, S. 244, „wenn sich Forderungen geltend machten für eine weitere Ausbildung des Bundes, so waren die patriotischen Phantasien einzelner, welche ungehört verklangen". Die Worte Droysens aber, die Hoffnung deutschgesinnter Staatsmänner und Fürsten auf eine Fortentwicklung des Bundes unter preußischer Führung wäre um so begründeter erschienen, als sie der Überzeugung waren, Preußens Zukunft liege in diesen Bestrebungen, „daß man also in dem Maße, als die preußische Politik in erster Linie von dem Interesse der eigenen Erhaltung sich werde bestimmen lassen, auf die Entwicklung des Unionssystems und auf die Wiedererhebung Deutschlands werde rechnen dürfen" (S. 168), geben eine Kritik seiner Kritik. Zur Erhaltung Preußens gehörte eine offensive Politik mit Erwerbungen in Deutschland und Polen. Für diese war aber der Bund nicht zu haben und zu brauchen. Er setzte eine defensive Politik, ein Herausziehen Preußens aus seiner Großmachtstellung und ein Beharren auf seinem Besitzstand voraus. [8] Friedrich an Finkenstein 24. März 1786 «Ces es bons Tartares méritent beaucoup de nous, d'avoir si à propos attaqué ces gens là» (G.-St.-A.).

Digitized by Google

[9] Friedrich an Finkenstein 9. Juni und 5. Juli 1786 (G.-St.-A.). [10] Friedrich an Finkenstein 30. März 1785 « . . à proprement parler, dans le mement présent on ne peut considérer la Pologne que comme étant une province russe, gouvernée despotiquement par l'ambassadeur qui s'y trouve» (G.-St.-A.). [11] Über Hertzbergs Stellung im letzten Lebensjahr Friedrichs findet sich neben anderen folgende charakteristische Stelle in seinem Briefwechsel mit der Prinzessin Wilhelmine 7. Februar 1786: «Ma situation est devenue telle, que rien ne me peut soutenir, ni me retenir dans le service, que la pureté de ma conscience, de mon patriotisme et la bienveillance, que Msg. le Prince de Prusse continue à me témoigner» (G.-St.-A.).

V. S. 45–54. [1] Für die folgende Darstellung ist im wesentlichen das reichhaltige Buch Colenbranders benutzt. Für die Zeit von 1785 an sind benutzt: Malmesb. D. II, die sämtlichen Berichte Thulemeiers bis Ende 1787, das Memoire Caillards in Ségur, Hist. des principaux événements du reigne de Fred. Guill. II, Bd. 1, Görtz, Denkwürdigkeiten. Thulemeier und Görtz sind die dürftigsten Quellen. Über den englisch-holländischen Konflikt vergl. auch Flassan, Hist. de la Diplomatie française, Ed. II, t. XVII, l. VII, S. 279 ff. [2] Rußland nahm an Holland Interesse wegen dessen bedeutenden nordischen Handels, den es auch gegenüber England schützen wollte, um dieses im Norden nicht allein herrschend zu machen; ebensowenig wünschte es eine Verstärkung Frankreichs durch das holländische Bündnis. [3] So formuliert Harris seine Aufgabe, Malmesb. D. II, S. 23. [4] Siehe die Überlegungen Carmarthens bei Leeds a. a. O., S. 110. [5] Vgl. Colenbrander II, Beil. z. Hauptst. III, 35; Harris an Carmarthen 25. Oktober 1785 « . . and shall more heaven and earth to keep the prince and princess together and at a distance from the Hague». [6] Ebenda, III. Beil. zu Hauptst. II, 8; Harris an Carmarthen 27. Juni 1786. [7] Aus Malmesb. D. gewinnt man zeitweise den Eindruck, als sei die englische Politik defensiv, Caillard schildert parteiisch für die Patrioten und für Frankreich, aber doch im ganzen richtig. Nimmt man diese beiden Quellen mit den preußischen Berichten Thulemeiers, der entsprechend der preußischen Politik immer eine Versöhnung anstrebt und eine Mittellinie zwischen den Patrioten und Harris einzunehmen sucht, zusammen, so gewinnt man erst das richtige Bild. Man erkennt, daß alle Ereignisse und alle Parteien sich um die Person von Harris drehen und gleichsam in seinem Sinne arbeiten müssen. Thulemeier allerdings hat die englische Politik nicht erkannt und wo er sie erkannt, nicht in das rechte Licht gerückt, aber die Thatsachen sprachen auch gegen seinen Willen. Selbst die Prinzessin

Digitized by Google

ſteht unter Harris Einfluß. Dieſe Fürſtin verdient eine beſondere Biographie. Die großen Herrſchergaben ihres Hauſes ſind in ganz anderer Weiſe auf ſie übergegangen als auf ihren Bruder. [8] Finkenſtein an Friedrich 6. April 1784 (G.-St.-A.). Finkenſtein ſagt dies dem engliſchen Geſandten Stepney. [9] Vgl. Vergennes an Vérac 1. Oktober u. 24. Dezember 1785 u. 15. März 1786 bei Colenbrander II, Beil. zu Hauptſt. III, 37, 38, 43. [10] Friedrich an Finkenſtein 29. September 1785. «Autrefois on regardoit l'all. de la France comme très avantageux, à présent il faut la regarder comme la fleau de Dieu, la perte, la famine, la misère, le dépouillement» (G.-St.-A.). [11] Gedruckt in Hertzbergs Recueil, II, S. 394 ff. [12] Friedrich an Finkenſtein 14. Dezember 1785 (G.-St.-A.). [13] Finkenſtein an Friedrich 29. März 1786. Vergennes läßt ſagen, eine offizielle preußiſche Geſandtſchaft werde alles noch mehr verwirren (G.-St.-A.).

VI. S. 54—58. [1] Vgl. Talleyrand an Mirabeau 4. September 1786 bei Wild, Mirabeaus geheime diplomatiſche Sendung nach Berlin, Heidelberg, 1901, S. 186. [2] Hertzberg läßt dem engliſchen Miniſter ſagen, das Memoire bedeute kein preußiſch-franzöſiſches Einverſtändnis. « . . c'est plutôt un paroli, que j'ai cru devoir faire à la Cour de France.» Hertzberg an Luſi 20. März 1786 (G.-St.-A.). [3] Harris an Carmarthen 6. Juni 1786 bei Malmesb. D. II, S. 156. Siehe auch den Briefwechſel Harris' mit dem Statthalter bei de Jonge, Mem. et Corr. du Baron de Kinkel im Rijks-Archief I, S. 95 ff. Harris bezeichnet das engliſche Memoire ſelbſt als den Übergang zum Angriff. Ebenda S. 101. [4] Vgl. Colenbrander III, S. 70, und Harris an Carmarthen 14. Juli 1786. Malmesb. D. III, S. 164. [5] Frankreich teilte dieſe Lesart in Berlin mit. Miniſterium an Friedrich Wilhelm 21. Auguſt 1786 (G.-St.-A.). [6] Hertzberg an Friedrich 14. Februar 1786 (G.-St.-A.). [7] Carmarthen an Harris 26. September 1786. Malmesb. D. II, S. 195. [8] Ebenda S. 196.

VII. S. 59—63. [1] Aber ohne Drohungen. Hertzberg will nur Beſtätigung des letzten Memoires. Hertzberg an Friedrich Wilhelm 21. Auguſt 1786 (G.-St.-A.). [2] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 24. Auguſt 1786 (G.-St.-A.). [3] Miniſterium an Friedrich Wilhelm 28. Auguſt 1786 (G.-St.-A.). [4] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 1. und 2. September 1786 und Prinzeſſin Wilhelmine an Hertzberg 1. September 1786 (G.-St.-A.). [5] Görtz, Denkwürdigkeiten, II, 43 ff. [6] Dieſe Verhandlungen vom 11. September 1786 bei Colenbrander III, Beil. z. Hauptſt. III, 5—12. [7] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 29. September und 16. November 1786 (G.-St.-A.). [8] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 12. Oktober 1786 (G.-St.-A.). [9] Vgl.

Digitized by Google

Thiébault, souvenirs de Berlin, II, S. 198f. [10] Vgl. Görtz, Denkw., II, S. 136. [11] Friedrich Wilhelm an Görtz 18. Oktober und 17. November 1786 (G.-St.-A.). [12] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 31. Oktober 1786 (G.-St.-A.).

VIII. S. 64—69. [1] Finkenstein an Thulemeier 10. Oktober 1786 (G.-St.-A.). [2] Friedrich Wilhelm an Prinzessin Wilhelmine 31. Oktober 1786 bei Colenbrander III, Beil. zu Hauptst. III, 14. [3] Vgl. Malmesb. D. II, S. 191. [4] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 25. September 1786 (G.-St.-A.). [5] Rayneval an Vergennes 27. Dezember 1786: « . . j ai rempli l'objet de ma mission, puisque je suis parvenu à neutraliser la Prusse» bei Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. IV, 3. [6] Carmarthen an Harris 5. Dezember 1786. Malmesb. D. II, S. 210. Im Oktober hatte Harris an Kinkel geschrieben: «nous ferons tout pour reussir ici, la guerre exclusivement, mais nous ne ferons rien, si nous entrevoyons la guerre au bout». Rijks-Archief, S. 108. [7] Vergennes an Rayneval 6. Januar 1787: « . . le point essentiel est, que dans les événements, qui ne peuvent manquer de suivre, l'administration ne soit point livrée à la démocratie». Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. IV, 4. [8] Vgl. Colenbr. III, S. 172. [9] Vgl. Malmesb. D. II, S. 260ff., und Stanhope a. a. O., I, S. 341. Die eventuelle Unterwerfung des Statthalters unter Frankreich deutet in England an Kinkel. Siehe Rijks-Archief, S. 143. [10] Vgl. in Brieven en Gedenkschriften van Gysbert Karel Hogendorp, II die Denkschrift «de la part des trois puissances aux affaires de la Republique» geschr. 23. November 1787. [11] Friedrich Wilhelm an Thulemeier 19. März 1787 (G.-St.-A.). Auf diesen Anträgen, die den Versuch Montmorins darstellen, sich aus der holländischen Affaire herauszuziehen, basiert der von Hertzberg entworfene Versöhnungsplan vom 16. März, mit dem Preußen die Verhandlungen neu eröffnete; die Prinzessin lehnte ihn ab. Am 5. Mai 1787 verlas Faciola eine Note, in der Frankreich erklärte, aus Freundschaft für Preußen habe es von neuem über Holland verhandelt, da der Statthalter aber jetzt an der Revolution arbeite, könne es das nicht mehr. Finkenstein an Friedrich Wilhelm (G.-St.-A.). [12] Vgl. Hogendorp a. a. O. [13] Vgl. Colenbrander III, S. 214. [14] Vgl. Massenbach, Memoiren I, S. 7, auch Hertzberg an Schlieffen 25. Dezember 1787 in Schlieffens Betreffnisse und Erlebungen, S. 266.

IX. S. 70—78. [1] Vgl. Sybel, Revolutionszeit (1897) I, S. 300. Den rein finanziellen Gesichtspunkt bei dem französisch-englischen Handelsvertrag, der aber nicht ausreichte, heben hervor Barral a. a. O., I, S. 97, nach der Ansicht des englischen Sekretärs in Paris Hailes und P. Wit-

Digitized by Google

tichen a. a. O., S. 8. [2] Vgl. Mahan a. a. O., I, S. 109. [3] Vgl. O. Pringsheim, Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung der vereinigten Niederlande im 17. und 18. Jahrhundert, S. 24 f. Pringsheim giebt für 1781 die russische Ausfuhr nach England auf 8653084, nach Holland auf 110209 Rubel an. Nach dem Kriege war Englands Übergewicht im Norden also noch maßgebender; nach Lecky, Hist. of England (1892), VI, S. 169, betrug auch nach dem Erlöschen des Handelsvertrags der englische Import aus Rußland 2500000 £, der Export nach Rußland 400000 £. Holland verlor mit dem russischen Handel auch den nach dem Mittelmeer, den England übernahm. [4] Vgl. Laspeyres, Geschichte der volkswirtschaftlichen Anschauungen der Niederlande. Preisschriften der Jablonowskyschen Gesellschaft. XI—XIII, S. 177 f. In Holland befanden sich viele Besitzer englischer Fonds, deren Verlangen, ein gutes Verhältnis mit England zu erhalten, auch vor dem amerikanischen Kriege hervorgetreten war. In Seeland dachte man sogar 1786 an eine Trennung von der Union und Anschluß an England. [5] Vgl. L. Pingaud, Choiseul-Gouffier. La France en Orient sous Louis XVI (Paris 1887), S. 142 ff. [6] Von 1782—90 von 42 Millionen Livres auf 70 Millionen. Vgl. Pingaud, S. 112. [7] Vgl. Bloch, Etudes sur l'hist. économique de la France (1900), S. 255. [8] Vgl. The journal and corresp. of W. Lord Auckland, I, S. 99, 113, 127. [9] Ebenda S. 138. Eden fand starke Anzeichen der Geneigtheit Frankreichs, zu einem «solid plan of permanent peace» mit England zu kommen im Hinblick auf die gemeinsame Gefahr von den Kolonien. Eden an Carmarthen 6. Juni 1786. S. 123. Vgl. auch Grant an Cornwallis 10. Januar 1787 bei Roß a. a. O. und bei Bloch a. a. O. die von Eden berichtete, den Gedanken Mirabeaus ähnliche, Äußerung Vergennes', der: «. . insiste beaucoup sur l'effet, que le rapprochement des deux puissances par des rapports plus amicaux aura de les préserver de guerres si frequentes et de leur maintenir une influence irrésistible pour les mêmes salutaires dessins sur le reste du monde.» Dasselbe sagt Rayneval. Bloch urteilt nach der Lektüre der Depeschen Edens: « . . que la France apporta dans la négociation des dispositions consilientes jusqu'à la faiblesse». S. 268. [10] Vgl. Eden an Pitt 23. August 1786 in Auckland, I, S. 156. [11] Pitt erhoffte allerdings für England einen höheren Finanzgewinn als für Frankreich, ebenda S. 111. Ebenso auch im englischen Parlament sagt Pitt: England bekomme durch den Vertrag einen Markt von 29 Millionen Menschen, Frankreich einen von 8 Millionen. «France gained this market for her produce, which employed in preparation but few hands, have little encouragement to its navigation and produced but little

Digitized by Google

for the state.» Bei England sei das Gegenteil der Fall. «France would not gain the accession of 100000 £ to her revenue by the treaty, but England must necessarily gain a million.» Parl. Hist. XVI, 381 ff. Der Gedanke, daß Frankreich durch seinen Reichtum das bodenarme England überholen werde, hauptsächlich bei Mirabeau, auch bei Talleyrand (vgl. dessen Brief an Mirabeau 12. Oktober 1786, bei Wild a. a. O., S. 191). Es hängt dieser Gedanke mit der Unterschätzung Englands, die nach dem amerikanischen Krieg allgemein war, zusammen. [12] Siehe auch die Bemerkung bei Saulavie, Mém. hist. et polit. du règne de Louis XVI, t. 6, S. 133. Er erzählt, das französische Ministerium sei aus Furcht vor der Rache Englands auf den Gedanken des Handelsvertrags gekommen. «Mr. de Calonne et Mr. de Vergennes concoururent à le rendre favorable à la nation brittanique et par leur calcul politique nos manufactures furent sacrifiées.» Die Opposition im englischen Parlament, besonders Fox, machte auch die politische Seite des Handelsvertrags zum Gegenstand ihrer Angriffe. Fox bezeichnete Frankreich als «natural foe and that she wished by entering into a commercial treaty with us to tie our hands and prevent us from engaging in any alliances with other powers». Pitt hatte im Parlament gesagt: «It (treaty) quieted no well-founded jealousy: it slackened no necessary exertion; it retarded no provident supply; but simply tended, while it increased our ability for war, to postpone the period of its approach», nachdem er den Gedanken von ewiger Freundschaft mit Frankreich bekämpft hatte. Parl. Hist. XVI, S. 396, 8. [13] In England v. A. Shelburne im Sinne eines Anschlusses an Frankreich und Preußen, wie ja auch ein solcher in französischen Kreisen geplant wurde, so Talleyrand schon vor der Revolution und während derselben mit Norbonne und Biron. Vgl. Sybel II, S. 25. Shelburne-Landsdowne trat auch bei den Beratungen des Handelsvertrags mit Frankreich im House of Lords für ein besseres Verhältnis zu Frankreich im Hinblick auf die Ostmächte ein. Parl. Hist. XVI, S. 577 ff. [14] Vgl. Pingaud a. a. O., S. 113 ff. Auch zum Baltischen Meer gewann Frankreich Zugang, was bis dahin ganz gemangelt hatte. Vgl. Analyses de L. Noldé, 15. Dezember 1786 bei Welschinger, La mission secrète de Mirabeau; S. 502: «Le consul de France en Prusse Wachs n'a rien à faire, parceque il n'existe aucun commerce entre la France et les états du Nord.» Für das Folgende Ségur, Mém. II, S. 348. [15] Vgl. Ségur, Mém., II, S. 330 u. 503, Barral, I, S. 276. Ganz Ägypten scheint Katharina Frankreich nicht gegönnt zu haben, wie Joseph es wollte, auch für Hülfe im Türkenkrieg nicht. Im November 1787 spricht sie bei

Digitized by Google

Potemkin auch nur von einem Anteil an Ägypten. Vgl. Brückner, Katharina II., S. 360 f. Ein russischer Minister verweist sogar bei diesen ersten Allianzbesprechungen im November 1787 auch auf den Archipel. Vgl. Barral a. a. O., S. 327. [16] Vgl. Ségur, Mém., II, S. 354 u. Arneth, Jos. u. Kath., Nr. 127. [17] Martens a. a. O., S. 335 f. [18] Vgl. Ségur a. a. O., S. 564. [19] Cobentzl hat dabei Frankreich unterstützt, vgl. Instruktion Ségurs für St. Croix 6. September 1787 im Recueil des instr. [20] Vgl. das Urteil über Calonne bei A. Wahl, Die Notablenversammlung von 1787. [21] Vgl. Leeds a. a. O, S. 117 und im Text, S. 112. [22] Mirabeau sagte 1790 von dieser Zeit: «nous régnions véritablement en Europe, sa balance politique était en nos mains».

X. S. 78—90. [1] Bischoffwerder an Hertzberg 16. Juli 1787 (G.-St.-A.). [2] Ewart an Carmarthen 7. Juli 1787 bei Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. IV, 6. [3] Ministerium an v. d. Goltz 7. Juli 1787 (G.-St.-A.). [4] Faciola bei Minist. 14. Juli 1787 (G.-St.-A.). [5] Lust an Ministerium 10. Juli, Finkenstein an Friedrich Wilhelm 11. Juli 1787 (G.-St.-A.). [6] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 16. Juli 1787 (G.-St.-A.) und Ewart an Carmarthen 14. Juli 1787 bei Colenbrander a. a. O., S. 10. [7] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 14. Juli 1787 (G.-St.-A.). [8] Gedruckt bei Colenbrander a. a. O., S. 12. [9] Montmorin an Goltz 15. Juli 1787 (G.-St.-A.). [10] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 17. Juli 1787 (G.-St.-A.). [11] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 21. Juli 1787 (G.-St.-A.). [12] Vgl. Hogendorp a a. O. und Ewart an Carmarthen 29. Juli 1787 bei Colenbrander a. a. O. 13. [13] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 24. Juli 1787 (G.-St.-A.). [14] Vgl. Colenbrander a. a. O. 7 u. 13; in Ewarts Fassung im G.-St.-A. Die Bemerkung über Österreich stammt von Ewart, der die Stimmung des Königs kannte. [15] Ministerium an Friedrich Wilhelm 27. Juli 1787 (G.-St.-A.). [16] Ministerium an Friedrich Wilhelm 1. August 1787 (G.-St.-A.). [17] Vgl. Colenbr. a. a. O. 14. [18] Ministerium an Friedrich Wilhelm 7. August 1787 (G.-St.-A.). Auch P. de Witt a. a. O., S. 249, Montmorin an Faciola 3. u. 6. August 1787: « . . . et de faire entendre, si le roi de Fr. ne fait aucun cas de cet intérêt (Frankreichs an Preußen), nous serons forcés, quoiqu'à regret, de changer de système et de conduite à l'égard de S. M. Pr.» « . . En communiquant aux min. pruss. ce que je vous mande, vous leur confierez, que les dispositions que la C. de Londres manifeste, ne laissent rien à désirer.» [19] 11. August 1787 Ministerium und 13. August 1787 Hertzberg an Friedrich Wilhelm. Note von Faciola 14. August (G.-St.-A.). [20] Herzog von Braunschweig an Friedrich Wilhelm und an Finkenstein 14. und 15. August 1787 (G.-St.-A.). [21] Hertz-

Digitized by Google

berg an Friedrich Wilhelm 18. Auguſt 1787 (G.-St.-A.). [22] Miniſterium an Herzog von Braunſchweig 21. Auguſt 1787 (G.-St.-A.). [23] Prinzeſſin Wilhelmine an Friedrich Wilhelm 17. Auguſt 1787 (G.-St.-A.) und Miniſterium an Friedrich Wilhelm 25. Auguſt 1787 (G.-St.-A.). [24] Hertzberg an Friedrich Wilhelm und an Herzog von Braunſchweig 27. Auguſt 1787 (G.-St.-A.). [25] Dort intriguierte Frankreich beſonders in der letzten Zeit. [26] Gedruckt bei Bailleu, Graf Hertzberg. Hiſt. Zeitſchrift 42, S. 459. Die ganze Haltung Hertzbergs in dieſer Zeit läßt ſich mit der Anſicht von ſeiner ausſchließlichen Vorliebe für rein diplomatiſche Aktionen nicht vereinen. [27] Carmarthen an Ewart 24. Auguſt 1787, Note Ewarts vom 3. September 1787 bei Colenbrander a. a. O. 19 und für das folgende. Miniſterium an Friedrich Wilhelm 3. September, Zuſtimmung des Königs am 4. September, Note an Ewart 6. September 1787. Der engliſche Entwurf für ein Abkommen enthielt die Beſtimmung, daß die preußiſchen Truppen auch nach der Genugthuung mobil bleiben ſollten, ebenſo die engliſche Flotte; England rüſtet für alle Fälle, verſpricht Hülfstruppen im Fall eines franzöſiſchen Angriffs auf den Herzog und Rüſtungsanſage in Paris. [28] Miniſterium an Friedrich Wilhelm 10. September 1787 (G.-St.-A.).

XI. S. 91—95. [1] Vgl. Hogendorp a. a. O. Die offizielle Darſtellung des Feldzuges: Pfau, Geſchichte des preußiſchen Feldzuges in der Provinz Holland (1790). [2] Hierin kam alſo die ſchwankende Haltung des Königs Preußen zugut. Den Schaden, den ſie ſonſt anrichtete, erkennt man aus dem Urteil Kaunitz' vom 30. Auguſt 1787, Friedrich Wilhelm „habe ſich in allen Handlungen furchtſam, ſchwach und ſchwankend erwieſen" (bei Beer, Die orientaliſche Politik Öſterreichs, S. 88) und Pitts am 2. Auguſt 1787 (bei Ross a. a. O., S. 321 f.), der ſchreibt, die Miniſter Friedrich Wilhelms ſprächen ſich befriedigend aus, «from his former conduct however this can not yet be wholy depended upon». [3] Vgl. deſſen Inſtruktion vom 30. Auguſt 1787 in Recueil des instr. ... Prusse, S. 353. [4] Goltz an Miniſterium 4. September 1787 (G.-St.-A.). [5] Miniſterium an Friedrich Wilhelm 21. September 1787 (G.-St.-A.). [6] Miniſterium an v. d. Goltz 25. September 1787 (G.-St.-A.).

XII. S. 95—98. [1] Carmarthen an Ewart 16. September und Miniſterium an Friedrich Wilhelm 25. September 1787 (G.-St.-A.). [2] Note an Ewart 27. September 1787 (G.-St.-A.). [3] Miniſterium an Friedrich Wilhelm 29. September 1787 (G.-St.-A.). [4] Carmarthen an Ewart 21. September und Miniſterium an Friedrich Wilhelm 1. Oktober 1787 (G.-St.-A.).

Digitized by Google

XIII. S. 98—103. [1] « . . though it certainly was foreseen, that it might excite attention in the present moment.» Pitt an Cornwallis 2 August 1787 bei Ross, S. 321 f. Die folgende Darstellung ist den in Berlin mitgeteilten Akten entnommen. [2] Grenville an Pitt 31. Juli 1787 in Report of the Manuscripts of J. B. Fortescue Esq. preserved at Dropmore, vol. III, London 1899 (Hist. Man. Commission), S. 408 ff. [3] Grenville an Pitt 3. August 1787 ebenda und unter demselben Datum an Buckingham: «All eyes are turned towards the K. of Prussia, whose conduct still appears contradictory ... In the meantime his army is certainly collecting and the D. of Brunswick has accepted the command. Yet his other measures indicate much leaning towards France.» Buckingham, Memoirs of the Court and Cabinets of Georg III., I, S. 323. Auch der englisch gesinnte Teil der Statthalterpartei wollte nicht Preußens Hülfe allein und ebenso der Statthalter selbst, der fürchtete, daß seine Gemahlin dann allein maßgebend sein würde. Vgl. Rijks-Archief, S. 160. [4] Pitt an Grenville 7. August 1787 ebenda. [5] Carmarthen an Eden 24. August 1787 (G.-St.-A.). [6] Carmarthen an Ewart 3. September 1787 (G.-St.-A.). Es galt jetzt auch die Bundesgenossenschaft Hollands in Indien zu gewinnen und England den Gebrauch des Kaps, Trincomales und Batavias zu sichern, ein «object of the first magnitude», wie Dundas an Grenville 2. September 1787 (Dropmore papers III, S. 119) schrieb, und womöglich eine gegenseitige Garantie der indischen Besitzungen. [7] Eden an Carmarthen 13. Februar 1787 (G.-St.-A.) und Note an Barthélemy bei Barral a. a. O., S. 121 ff. [8] Pitt an Eden 14. September 1787, Auckland J., I, S. 194.

XIV. S. 103—111. [1] Vgl. Hogendorp a. a. O. Grenville wurde geschickt wegen Edens 1) «want of competent knowledge of the points in dispute»; 2) «the strong bent of his mind to admit the assertions of the French Governem. however unfounded, and to soften our communications, in order to keep back a rupture, which he has so great a personal interest to prevent». Buckingh. Mem. I, S. 327. [2] Vgl. Souvenir de Matthieu Dumas. Die nachstehende Überlegung über die Vollendung der Genugthuung im preußischen Hauptquartier bei Pfau a. a. O., S. 180. [3] Vgl. Barral, S. 230; dort auch die Erzählung von Pierre de Witt, une invasion prussienne en Holl., chap. 11, angeführt. [4] Montmorin sagt dies Eden, vgl. Eden an Carmarthen 1. November 1787, Auckland J., I, S. 269. [5] Instruktion Grenvilles vom 21. September 1787 (G.-St.-A.). Note verbale Edens 22. September bei Barral, S. 357. [6] Grenville an Harris 21. September 1787 in Dropm.

Digitized by Google

Papers III, S. 424 f. [7] Pitt an Grenville 21. u. 22. September 1787, ebenda S. 426 f. [8] Inſtruktion Alvensleben's (G.-St.-A.) ohne Datum. [9] Pitt an Grenville 23. September, Harris an Grenville 5. u. 7. Oktober 1787, Dropm. Pap. III, S. 428, 437, 438. [10] Grenville an Pitt 25. September 1787 und Grenville an Harris 26. September 1787, ebenda S. 430 f. [11] Carmarthen an Eden 28. September 1787, Auckland J., I, S. 204. [12] Carmarthen an Eden 8. Oktober 1787, ebenda S. 218. [13] Miniſterium an Ewart 11. Oktober 1787 (G.-St.-A.). Die Darſtellung Barrals, als ob Preußen in großer Furcht vor Frankreich geweſen ſei (S. 241 ff.), iſt verfehlt; er verwechſelt den Wunſch Preußens, Frankreich zum gütlichen Nachgeben zu bringen, mit Furcht. [14] Alvensleben an Friedrich Wilhelm 29. Oktober 1787 (G.-St.-A.). [15] Miniſterium an Alvensleben 11. Oktober 1787 (G.-St.-A.) und Barral, S. 251. [16] V. d. Goltz an Miniſterium 21. Oktober 1787 (G.-St.-A.). [17] Vgl. Cornwallis an Dundas 14. Auguſt 1787. Ein franzöſiſcher Krieg würde verhängnisvoll für den Beſtand Indiens ſein: «where we have everything to loose and nothing to gain» bei Ross. [18] Vgl. Pierre de Witt a. a. O., S. 186. Denkſchrift Montmorins vom 5. April 1787: «le Roi a déclaré formellement, qu'il aimeroit mieux renoncer à l'alliance que de livrer la Holl. à une démocratie pure». [19] Vgl. Souvenir de M. Dumas.

XV. S. 111—117. [1] Biſchoffwerder warnt 17. Februar 1788 Alvensleben vor einem Zerwürfnis mit Hertzberg: «qui fait pourtant tout seul ici la besogne politique» (G.-St.-A.). [2] Vgl. Böthlingk, Die holländiſche Revolution und der Fürſtenbund, S. 54 ff. [3] „und die Folgen davon (All. m. Engl.) wären dann wohl für Preußen dieſelben, wie die der treuen Nachgiebigkeit Joſephs II. gegen Katharina". K. A. von Weimar an Biſchoffwerder 17. Februar 1788 bei Ranke, Die deutſchen Mächte, Annalekten IV, 10. [4] Vgl. Maſſenbach, Mem. I, S. 17. [5] Hertzberg an Alvensleben 29. Juli 1788 (G.-St.-A.). [6] K. A. v. Weimar an Hardenberg 2. November 1787 und an Löwen 30. März 1788. P. S. bei Ranke a. a. O., IV, 5 u. 15. Für die Selbſteinſchätzung des Herzogs führe ich noch folgende Stelle an: 30. Auguſt 1785 K. A. v. Weimar an Alvensleben (G.-St.-A.). „Sie werden nun künftig die Güte haben und mich als einen ſehr wichtigen preußiſchen Alliierten anſehen und die ſtärkſte Beihülfe, hauptſächlich im Krieg, ſich erwarten können. Das Werde der Verbindung macht unſerem Jahrhundert Ehre." Stein hatte den Herzog am 13. Juli 1787 gebeten, nach Berlin zu kommen, da der Krieg drohe, „bei deſſen Ausgang ein für allemal nichts herauskomme" (Böthlingk a. a. O., S. 35). [7] Inſtruktion für Alvensleben 27. Februar und Goltz an Miniſterium 21. April 1787 (G.-St.-A.).

Digitized by Google

XVI. S. 118–123. [1] Vgl. Ranke, Analekten III, 3. [2] Kaunitz an Reuß 30. August 1786 bei Wolf, Österreich und Preußen, S. 113, vgl. auch Barral, S. 181, Anm. 3: Reuß sagt zu Esterno nach dessen Bericht vom 2. Oktober 1786: «si vous vous brouillez ici au sujet de la Hollande nous serons avec vous». [3] Talleyrand an Mirabeau 4. September 1786: «On ne croit pas, qu'il puisse être sérieusement question d'en faire un (traité) avec Vienne quoiqu'on aie voulu en faire naître le soupçon. C'est cependant chose à surveiller attentivement», bei Wild a. a. O., S. 186. Auch Gerüchte über eine Einigung der Kaiserhöfe mit Preußen entstanden. Vgl. Zinkeisen, Geschichte des Osmanischen Reiches, VI, S. 605, und Mirabeau, Hist. secrète, 28. Oktober 1786, daher die Frage Talleyrands (an Mirabeau 1. Januar 1787 bei Wild, S. 196), ob Rußland und Österreich sich nicht etwa für den Tod des bayrischen Kurfürsten geeinigt hätten: «ne peuvent-ils penser à un partage tel que celui de la Pologne». Aus diesen Befürchtungen ist auch die in Berlin gemachte französische Mitteilung von österreichischen Intriguen in Zweibrücken zu erklären. Mirabeau, Hist. secr., 5. Dezember 1786. [4] Vgl. Brunner, correspondances intimes de l'emp. Joseph II avec ... Cobentzl. Cob. an Joseph 23. Februar und Joseph an Cob. 25. September 1787. [5] Mirabeau fürchtet dies, Hist. secr. 21. November 1786 und 13. Januar 1787. Hertzberg berichtet am 4. November 1786 an den König über einen Plan, der durch zwei polnische Adelige und Bichwaldt, einen Dänen, der Beziehungen zu Kaunitz hat, an den Herzog von Braunschweig gelangt ist zur Mitteilung an Preußen. Dieser sieht die Erwerbung Polens für Preußen, Bayerns und Schwabens für Österreich vor. Hertzberg betrachtet ihn als eine Lockspeise Österreichs, um Preußen in Europa verdächtig machen zu können. Die große diplomatische Kenntnis, die er zeige, weise auf seinen Ursprung aus einem Kabinet hin. Im Sinne Kaunitz ist dieser Plan sicher nicht, außer wenn man, wie Hertzberg, die böse Absicht annimmt, wohl aber könnte er im Sinne Josephs entworfen sein. Die Machenschaften Josephs gingen jedenfalls auf Schleichwegen hinter den Rücken der offiziellen Diplomaten. Die Erbitterung gegen Frankreich wegen dessen Unterstützung Hollands, der Türkei und Preußens, die in dem Briefwechsel mit Leopold so scharf hervortritt, hielt bei ihm jedenfalls länger vor, als bei dem an seinem System hängenden Minister. Dies dauerte über die holländische Krisis 1787, bei welcher Joseph Frankreich seine Niederlage wohl gönnte, hinaus. Vgl. Ségurs Instruktion für Nassau-S. 31. Januar 1789 im Rec. a. a. O. «... l'empereur conservoit quelque humeur de l'appui, que la France avoit donné aux Hollandais.» [6] Vgl. Esterno an Vergennes 2. Dezember 1785 bei Welschinger a. a. O., S. 402 f., und Mirabeau, Hist.

Digitized by Google

secr. 15. Auguſt 1786 und die Berichte Beulwitz ed. Koſer, Forſchungen zur brandenburgiſchen und preußiſchen Geſchichte, Nr. 946, IV. [7] Der Tauſchplan bleibt das dauernde Ziel, auch auf der Cherſonreiſe ſollte Joſeph ihn vorbringen. Kaunitz an Joſeph 12. Februar 1787 bei Beer, Joſeph, Leopold und Kaunitz, S. 249. [8] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 24. Oktober 1786, der darauf an Finkenſtein ſchreibt: «Je prends la liberté de me méfier de la déclaration du Prince Reuß» (G.-St.-A.). [9] Hofenfels an Miniſterium 11. Oktober 1786 (G.-St.-A.). [10] Vgl. Beer, Orientaliſche Politik Öſterreichs, S. 84. [11] Vgl. bei Wolf a. a. O., S. 226 ff. den Bericht des Prinzen Reuß 5. September 1787. Die offizielle Anſage der Mobilmachung wegen der Genugthuung wird Finkenſtein am 17. Juli auf die Nachricht öſterreichiſcher Rüſtungen gegen Belgien befohlen, geſchieht am 18. Juli, wobei Reuß von der Abſendung öſterreichiſcher Truppen nach Belgien ſpricht. Finkenſtein an Friedrich Wilhelm 18. Juli 1787 (G.-St.-A.). [12] Vgl. P. Wittichen a. a. O., S. 9 und Note II 7. Bemerkenswert iſt auch ein Brief Hertzbergs an den Herzog von Braunſchweig, Ende Auguſt geſchrieben: «qu'il (Jos.) ne veut pas se mêler des affaires de Holl. apparrement pour ne pas trop aliener le Roi et l'indisposer contre ses vues sur la Bavière et pour l'élection d'un Roi des Romains, qu'il se flatte toujours de pouvoir lui faire goûter, quoique je sois persuadé, qu'il n'y réussira jamais» (G.-St.-A.). Eine ähnliche Äußerung in der Denkſchrift vom 27. Auguſt. Öſterreich hatte erklärt: « . . . qu'elle approuvoit mes démarches envers la Holl., qu'elle en souhaitoit un bon succès et l'attendoit d'autant plus, qu'elle avoit appris ce qui se passoit à l'égard de la médiation des 3 Cours». Miniſterium an Thulemeier 10. Auguſt 1787 (G.-St.-A.). Die Intrigue Finkenſteins erwähnt bei Wolf a. a. O. und in der Inſtruktion Groſchlags im Rec. als «interprétation forcée au language honnête de l'Autriche». [13] Vgl. bei Arneth, Joſeph und Leopold, den Brief Joſephs vom 28. Auguſt 1787. [14] Vgl. bei E. Wertheimer, Geſchichte Öſterreichs und Ungarns I, S. 7, Anm. 1, die Äußerung Kaunitz' an Mercy vom 7. Februar 1787 über England: „ . . . Dieſer von einem wahren Schwindelgeiſt eingenommene Hof, welcher noch immerfort um unſere Allianz buhlet, um dennoch zur nämlichen Zeit die Rolle nicht nur eines blinden Anhängers, ſondern ſelbſt des erſten eifrigen Beförderers der preußiſchen und übrigen deutſchen Reichsligue ſpielt". [15] Vgl. Arneth, Leopold an Joſeph 17. Juli 1787. [16] Thulemeier weiß mehrfach davon zu berichten. [17] Joſeph an Leopold 20. Juli 1787 a. a. O. und Kaunitz an Joſeph 11. Juli 1787 bei Beer a. a. O. [18] Luſi berichtet dies an Friedrich Wilhelm 29. Juni 1787. [19] Vgl. Keith an Carmarthen 3. Auguſt 1787 in Mem. and Corresp. of

Digitized by Google

R. Murray-Keith, I. [20] Charakteriſtiſch iſt, daß Ewart ebenſo wie Öſterreich mit Biſchoffwerder und Brühl arbeitete. [21] Keith an Carmarthen 30. Mai 1788 a. a. O. [22] Derſelbe an denſelben 30. April 1788 ebenda.

XVII. S. 123—128. [1] Auch für Frankreich unerwartet, das zeigt die Beurlaubung Ségurs und Choiſeul Gouffiers gerade vor dem Ausbruch. [2] Vgl. Pingaud a. a. O., S. 180 f. [3] Vgl. Joſeph an Leopold 30. Auguſt 1787 bei Arneth a. a. O. [4] Vgl. Häußer, Deutſche Geſchichte II, S. 290. [5] Friedrich Wilhelm an Miniſterium 7. September 1787 (G.-St.-A.), erwähnt bei Zinkeiſen a. a. O., S. 632. [6] Goltz an Miniſterium 15. September 1787. Montmorin ſagt, der türkiſche Krieg müſſe «sans doute promptement un objet de concert de la Prusse et la France» werden, erſt müſſe Frankreich aber Sicherheit über die preußiſche Politik in Holland haben. Alvensleben ſchreibt an Friedrich Wilhelm 5. Dezember 1787: «Quant à l'idée d'un concert entre la France, l'Anglet., la Holl. et la Prusse, elle confirme l'opinion, que j'ai avancé et depuis que le Ct. de Montmorin a parlé d'un pareil concert au Ct. de Goltz à Paris, je suis d'autant plus charmé de ne m'être pas mis en avant» (G.-St.-A.). Vgl. auch Barral a. a. O., S. 216 f., und bei P. de Witt a. a. O. den Brief Montmorins an Bourgoing in Holland 10. September 1787 (S. 250), der eine ziemlich ſelbſtbewußte Stimmung zeigt, da Preußen jetzt auf Frankreich angewieſen ſei, was Bourgoing auch den Patrioten mitteilen ſoll. Auch in der Inſtruktion Eſternos vom 17. April 1788 (Rec. a. a. O.) wird die Hoffnung Frankreichs damals erwähnt. [7] Vgl. Pingaud a. a. O., S. 184, auch die Anmerkung, nach der «Anthoine (franzöſiſcher Agent in Cherſon) confirme, que ce fût à l'instigation secrète du cabinet de Londres, que les officiers français fussent envoyés à Oczakow». [8] Ebenda 218. [9] Vgl. Rec. a. a. O., auch bei Barral 311. [10] Montmorin an Ségur 2. Oktober 1787 (Confidentielle), im Rec. a. a. O., S. 432, und an Noailles am ſelben Tag bei Pingaud, S. 222. Barral kennt dieſe beiden Depeſchen nicht. [11] Vgl. Ségur, Mém. III, S. 199, 211, 236. [12] Pitt an Grenville 2. Oktober 1787. Grenville ſoll ſagen: «... that you have no reason to believe, the king would feel himself interested to take any measures to oppose their operations». Dropm. Pap. III, S. 436. [13] Vgl. Carmarthen an Eden 30. Oktober 1787. Auckl. J., I, S. 263. Luſi an Friedrich Wilhelm 5. Februar 1788. Carmarthen ſagt Luſi, Spanien habe erklärt, es werde die ruſſiſche Flotte nicht in das Mittelmeer laſſen, ob offiziell, wiſſe er nicht. [14] Miniſterium an Friedrich Wilhelm und Alvensleben an Friedrich Wilhelm 9. November und 5. Dezember 1787 (G.-St.-A.). Dies beleuchtet die für Öſterreich berechnete Bemerkung Montmorins an

Digitized by Google

Noailles 2. Oktober 1787 (Barral, S. 310): «... que le Roi de Prusse de son côté marque un grand désir, de se rapprocher de nous». Diese französische Ansicht mag z. B. auch auf unautorisierten Machenschaften Goltz' beruhen, die auch Eden bemerkte (vgl. Anh. II). [15] Eden an Pitt 10. Oktober 1787. Auckl., S. 222. [16] Pitt an Eden 8. Oktober 1787. Ebenda S. 217. Das war schon etwas vorsichtiger gefaßt, als der Auftrag an Grenville, da die holländische Krisis schon als überwunden gelten konnte. [17] Eden an Carmarthen 17. Oktober und 15. November 1787. Auckland, S. 232 und 281. [18] Carmarthen an Eden 17. Dezember 1787 und die Eden in die Hände gespielte französische Denkschrift. Auckl., S. 245 und 291, für das folgende 18. Dezember 1787 Carmarthen an Eden und Dorset, dieselben an denselben 6. Januar, Pitt an Eden 7. Januar, Carmarthen an Eden und Dorset 11. Januar 1788 ebenda. [19] Vgl. Sorel, l'Europe et la Revol. franç., I., S. 532. [20] Den Eintritt Neckers in das Ministerium bezeichnet Pitt (an Grenville 29. August 1788) als «the worst thing of the kind, that could happen». «Not however that France will be much to be envied, even tho' she has got Necker and got rid of the Arch-Bishop. But I think we may erpect from Neckers character, that he will set himself in earnest to put their finances in real order, if the thing is possible; and will probably be glad to avail himself of the necessity of establishing something like a free constitution.» Dropm. Pap. I, S. 353.

XVIII. S. 128—136. [1] Hertzberg und Pitt glaubten dies bestimmt zu wissen, vgl. Pitt an Eden 7. Januar 1788. Auckl., S. 302 und Ministerium an Alvensleben 1. Februar 1788 (G.-St.-A.). Dieses falsche Gerücht war durch drei nacheinander eintreffende österreichische Kuriere in Petersburg entstanden; wahr war es nicht. Vgl. Barral, S. 321 ff.; für das Verhalten Österreichs im September ebenda S. 309. Montmorin an Noailles 2. Oktober 1787: «... que la réticence de ce prince (Jos.) outre qu'elle est desobligeante nous met dans le plus grand embarras». Reuß hatte den Auftrag, «... de saisir la première occasion, qui se présenteroit, pour marquer à V. M. l'intérêt sincère qu'il prenoit au succès brillant de ses armes en Holl. en y ajoutant, qu'il pouvoit assurer, que ses sentimens étoient vrais et sans qu'il s'y mêla la moindre jalousie de la part de l'Empereur». Finkenstein an Friedrich Wilhelm 26. Oktober 1787, vgl. auch Wittichen a. a. O., II, Note 6. [2] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 29. September 1786 (G.-St.-A.). [3] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 16. November 1787 (G.-St.-A.). [4] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 18. Juli 1787 (G.-St.-A.) und Ségur, Mém. III, S. 199. Auf die Intriguen Rumiantzoffs hin

Digitized by Google

dementierte Preußen in Wien, Petersburg, Paris und dem Haag energisch irgend welche Intriguen in Belgien. Rundschreiben an die Gesandten 21. Juli 1787. [5] Friedrich Wilhelm an Podewils 30. Juli 1787 und Podewils an Friedrich Wilhelm 23. Juni 1787 (G.-St.-A.). [6] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 27. August und Ministerium an Friedrich Wilhelm 11. September 1787 (G.-St.-A.). [7] Großfürst Paul an Friedrich Wilhelm 1/12. September 1787 « . . . et m'attens, que vous vous employez, Sire, . . . au rétablissement du calme». Friedrich Wilhelm schrieb darauf an Ministerium 23. September: «Vous verrez par la lettre du G. D. de Russie, combien il recherche mon assistance dans la crise présente, ce qui a assez de rapport avec la dépêche de Keller» (G.-St.-A.). [8] Ministerium an Friedrich Wilhelm 12. Oktober 1787 (G.-St.-A.), erwähnt bei Beer, Orientalische Politik Österreichs, S. 102. Ostermann deutete an, „ . . . daß Preußen in diesem Krieg Eroberungen machen könne". [9] Pitt fragt Grenville 25. September 1787 (Dropm. Pap. III, S. 430), ob England an Holland „Frei Schiff, frei Gut" zugestehen solle bei dem zu schließenden Bündnis. «If it is included, it may furnish new ground to Russia, whom circumstances might perhaps otherwise bring to some practicable expedient.» Also erhoffte Pitt ein Nachgeben Rußlands im Punkte der Seeneutralität, während England ein Nachgeben in diesem Punkte bei den Handelsvertragsverhandlungen abgelehnt hatte. Nach dem Gesichtspunkt, die Seeneutralität zu beseitigen, wurden auch in den folgenden Jahren die Handelsvertragsverhandlungen mit Holland geführt. Vgl. Auckland an Grenville 10. März 1791. «And it would be creditable to give so hard a blow, as the treaty would give to the system of the Armed Neutrality and very desirable to establish so good a security to our alliance with the Republic.» Dropm. Pap. II, S. 71. [10] Vgl. Barral, S. 365. Auch zu Lusi sagte Carmarthen, Ainslie werde nicht abberufen, da er gut mit der türkischen Regierung stände. Er fügte hinzu, ein Handelsvertrag mit Rußland käme nur der Seeneutralität wegen nicht zustande. Lusi an Friedrich Wilhelm 5. Februar 1788 (G.-St.-A.). Auch dies zeigt, daß das Nachgeben Rußlands im Verzicht auf die Seeneutralität bestehen mußte, wozu Rußland erst im Dezember zu spät sich bereit erklärte. Vgl. P. Wittichen a. a. O., S. 17. [11] Carmarthen an Ewart 2. Dezember 1787 (G.-St.-A.). Spanien hatte den Patrioten ihre Niederlage gegönnt, da Schwierigkeiten wegen der Kapschiffahrt entstanden waren; es hatte heimlich in Berlin seine Zustimmung zu dem preußischen Vorgehen ausgesprochen und zu dem Erfolg gratuliert. [12] Carmarthen an Fraser 2. Dezember 1787 (G.-St.-A.) und Martens a. a. O., S. 341.

Digitized by Google

[13] Ministerium an Ewart 13. Dezember und Carmarthen an Ewart 25. Dezember 1787 (G.-St.-A.). [14] Carmarthen an Ewart 26. Dezember 1787 (G.-St.-A.). Durch die schwedische Erklärung über Rußland sollte dem viel freundlicher für Rußland gesinnten Preußen die Pille verzuckert werden. Schwedens Plan ging auf England, Holland, Preußen, Dänemark und Schweden. Ministerium an Friedrich Wilhelm 7. Januar 1788 (G.-St.-A.). [15] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 15. Dezember 1787, 12. und 19. Januar 1788 (G.-St.-A.). Für das Folgende vgl. Bailleu, Graf Hertzberg. Historische Zeitschrift, 42, S. 463 ff. [16] Vgl. Kalinka, Der 4jährige polnische Reichstag (1788—91), S. 55. [17] Vgl. Wolf a. a. O., S. 109. [18] Hertzberg an Alvensleben 4. Februar 1788 (G.-St.-A.). [19] Lusi an Friedrich Wilhelm 19. Februar 1788 (G.-St.-A.). [20] Vgl. Sorel a. a. O., I, S. 523 u. Ségur, Mém. III, S. 212. [21] Hertzberg an Alvensleben 15. März und Finkenstein an Friedrich Wilhelm 12. März 1788 (G.-St.-A.). [22] Vgl. Barral, S. 329. Katharina sagt zu Nassau-Siegen im November 1787: « ... mais je vous confie seulement pour vous, que j'ai une grande escadre, qui va partir pour le Mediterranée et avant tout il m'est indispensable, qu'elle passe». Dabei betonte sie auch die Bedeutung des englischen Handels in Rußland ebenso wie die russischen Minister gegenüber Ségur bei den ersten Allianzbesprechungen. Vgl. Barral a. a. O., S. 327 f. Vgl. auch die Denkschrift Ewarts April 1791 in Dropm. Pap. II, S. 47 ff.: «The Empress of Russia hesitated for some time, and it would appear, that she was induced to reject the offers of England and Prussia chiefly by the Emperors engaging to become a principal party in the war». [23] Vgl. Martens a. a. O., S. 340 f., und die Äußerung Pitts bei Leeky VI, S. 157, Anm. 1. [24] Lusi an Friedrich Wilhelm 23. März und Carmarthen an Ewart 28. März 1788 (G.-St.-A.). [25] Salomon a. a. O. widerspricht sich selbst, wenn er S. 22 von der englisch-preußischen Allianz vom August 1788 sagt: „.. aber indem doch eine Allianz geschaffen war, durch welche man den Anschluß an Rußland erleichtert zu haben meinte" und dann auf S. 24 die Schwenkung Englands gegen Rußland in der Erklärung Pitts an Woronzow vom März 1788 „Die Verhältnisse wären völlig verändert, er werde nicht ein Haar breit von der strikteſten Neutralität abgehen" liegend darstellt. Auf Rußland hoffte England schon im Frühjahr 1788 nach seinen Erklärungen in Berlin (vgl. S. 134 und 142) bestimmt nicht mehr. Der Gegensatz gegen Rußland datiert aber überhaupt nicht erst vom Jahre 1788, wie oben ausgeführt. Mit Recht sagt P. Wittichen a. a. O., S. 10 und 11, daß Katharina der treibende Faktor in den Quadruplealianzverhandlungen gewesen sei. Wenn er aber den

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Mittelpunkt dieser Koalitionsbestrebungen überhaupt nach Paris und Petersburg verlegt, so übersieht er, daß Österreich das Bindeglied zwischen Rußland und Frankreich bildete, daß Österreichs wegen Katharina erst mit Frankreich angeknüpft hatte und daß diese Bestrebungen überhaupt das System Kaunitz darstellen. Aus dieser Politik heraus hat Österreich Frankreich noch bei den russischen Handelsvertragsverhandlungen unterstützt (vgl. IX, Note 20), und 1786 Ségur und Cobenzl den Auftrag gegenseitigen Einverständnisses und Zusammenwirkens erhalten. Vgl. Ségur, Mem. II, S. 398. [26] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 7., 8. und 19. Juli 1788 (G.-St.-A.). Die Abberufung Rumiantzoffs hatte Preußen schon im Oktober 1787 durch Keller betreiben lassen. Finkenstein an Friedrich Wilhelm 26. Oktober 1787 (G.-St.-A.). Eine Bestätigung der Aussage von Alopäus habe ich nicht finden können. Die Erzählung Hüttels, der mit Alopäus befreundet war, ist daher wohl von Interesse, ihre Glaubwürdigkeit bedarf aber noch der Beweise. Im Februar 1788 hatte Buchholtz schon die Neigung Danzigs zur Übergabe an Preußen mitgeteilt, Hertzberg aber riet dem König, diese Erwerbung mit dem türkischen Krieg zu verbinden, da die Kaiserhöfe sonst einfach protestieren könnten. Hertzberg an Friedrich Wilhelm 6. Februar 1788 (G.-St.-A.).

XIX. S. 136—139. [1] Siehe Anhang 2. [2] Diesen Wunsch hatte Harris der Prinzessin beigebracht. Harris war sehr wohl über die Stimmung des Herzogs gegen England unterrichtet. Vgl. Harris an Carmarthen 16. November 1787. Malmesb. D. II, S. 367. [3] Instruktion Alvenslebens vom 1. Dezember 1787 (G.-St.-A.), z. T. bei Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. VII, 19. [4] Hertzberg 15. Dezember 1787 in seinem Lobeshymnus auf den holländischen Erfolg, bei Colenbrander ebenda 20. [5] Zunächst war dies nur beantragt, um Frankreich von jeder Einmischung auszuschließen. Ministerium an Friedrich Wilhelm 16. Oktober 1787 (G.-St.-A.). Vgl. Ranke a. a. O., Analekten IV, 13. Bischoffwerder an Karl August 29. Februar 1788. Hertzberg läßt in diesem Brief dem Herzog seine Politik mit kluger Berechnung auf dessen Fürstenbundsideale darlegen. Er hat danach diese Art des Abschlusses gewählt, um eine Gegenliga der Kaiserhöfe mit Frankreich, andererseits den Plan einer französisch-holländisch-preußisch-englischen Allianz zu verhindern. Da Frankreich durch Marie Antoinette österreichisch gesinnt sei, müsse Preußen mit England abschließen. „ . . . Daraus folgt aber noch nicht, daß Preußen mit seinen Freunden Feinde von Frankreich sein und an den Händeln zwischen Frankreich und Engelland Antheil nehmen müsse." [6] Ministerinm an Alvensleben 15. Januar 1788 (G.-St.-A.). [7] « . . . une alliance de la Republ. avec la ligne germanique dont il n'a été jamais question.»

Digitized by Google

Miniſterium an Alvensleben 16. Februar 1788 bei dem Auftrag, alle ſolche Ideen zu beſeitigen (G.-St.-A.). [8] Harris an Carmarthen 15. Februar 1788. Malmesb. D. II, S. 378. [9] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 29. Mai 1788 bringt dies als eine Äußerung Ewarts vor und ſetzt hinzu: «Il ne sera pas difficile à V. M. de tenir en effet cet équilibre sans le faire valoir publiquement», das war vorſichtig auf die Stimmung des Königs berechnet.

XX. S. 140—148. [1] Vgl. Kapitel XIX, Note 5. [2] Miniſterium an Ewart 13. Dezember 1787 (G.-St.-A.). [3] Dies entnehme ich einer Darſtellung Hertzbergs in einem Brief an Alvensleben 19. April 1788: Seit dem holländiſchen Feldzug mußte Preußen, um ſich vor Frankreichs Rache zu ſichern, ſich an England anſchließen. «La garantie de la constitution de la Holl. pouvoit en fournir l'occasion. On a tâché pendant quelque tems d'éluder cette liaison sous le prétexte, qu'on ne devoit pas rompre en visière à la France par un acte public. L'Angl. a aussi cessé de s'empresser pour notre all. depuis qu'elle a obtenu son but en Holl. et j'ai attendu envain depuis le 27 Oct. qu'elle recherchait l'all. du Roi. Les admonitions de Mr. Ewart ont aussi été inutiles. Lorsque la C. de Russie fit au Roi et à l'Angl. la réponse hautaine que vous connoissez et par laquelle elle declinoit notre médiation commune, j'en ai profité pour proposer à l'Angl. par la note du 14 de Mars de prendre les liaisons plus étroites avec le Roi.» Am 15. März hatte Harris an Alvensleben geſchrieben, er habe dabei das Wort alliance anbringen wollen, « ... mais on veut attendre, que cette proposition vienne de l'Angl. et je souhaite qu'elle le fasse bientôt». «On» iſt immer der König. Am 2. Mai 1788 ſchreibt dann Luſi, der König habe ihm geſchrieben, England habe das Bündnis nachgeſucht, Pitt und Carmarthen aber hätten ihm geſagt, der erſte Schritt ſei von Preußen geſchehen (G.-St.-A.). [4] Miniſterium an Alvensleben in London 29. Februar 1788: «Cette dernière Cour (England) ne m'a aussi pas encore fait une réponse formelle sur les ouvertures et offres amicales, que je lui ai fait à l'égard des affaires orientales et il paroit qu'à la fin elle ne donnera qu'une réponse vague, parcequ'elle veut trop menager les cours de Vienne et de Versailles». Die preußiſche Information über Rußland kam von Keller. Hertzberg ſchreibt an Alvensleben 19. April, England vermeide ein allgemeines Bündnis: «pour ne pas offenser la Russie, parcequ'il nous est revenu, que la Russie a fait insinuer à l'Angl. qu'elle continueroit ses liaisons avec l'Anglt.; si celle ci n'en contracteroit pas d'autres qui soyent contraires au système de la Russie».

Digitized by Google

Das Miniſterium hatte am 7. April 1788 dem König geſchrieben, die Nachricht Kellers ſei nach den letzten engliſchen Mitteilungen zu ſchließen falſch; Hertzberg ſcheint ſie trotzdem geglaubt zu haben. Der Grund für die Zögerung Englands war thatſächlich «the apprehension, that such an alliance would rivet the connection between the 2 Imp. Courts and France». Deshalb ſollte nur ein Garantieakt für Holland geſchloſſen werden. Grenville an Buckingham 1. April 1788. Mem. I, S. 371. Die folgenden Bemerkungen Grenvilles über die ſpaniſchen Rüſtungen zeigen wie auch die Mitteilungen in Berlin das Augenmerk Englands auf die Mittelmeermächte angeſichts der ruſſiſchen Abſicht, ſeine Flotte dorthin zu ſenden. (Vgl. XVII, 13.) Am Ende des Jahres ſchien Spanien feſt in ſeiner antiruſſiſchen Haltung in der ſchwediſchen Frage. Grenville an Buckingham 22. Oktober 1788, S. 429. Man trug ſich 1788 in London mit dem Plan eines ſpaniſchen Handelsvertrages. Vgl. Buckingham an Grenville 4. Auguſt 1788. Dropm. Pap. I, 349.

[5] Miniſterium an Friedrich Wilhelm und an Ewart 17. April 1788 (G.-St.-A.). [6] Carmarthen an Ewart 14. Mai, Miniſterium an Friedrich Wilhelm 26. und 29. Mai, Hertzberg an Friedrich Wilhelm 29. Mai 1788 (G.-St.-A.); ſeinen ſeparaten Bericht machte Hertzberg: «parceque je savois, que le Roi étoit fort piqué de l'indifference et de la tergiversation de Minist. Angl. et qu'un certain parti ne cessoit de lui parler de l'équilibre à tenir entre l'Angl. et la France». Hertzberg an Alvensleben 1. Juni 1788 (G.-St.-A.). Das engliſche Bedenken über die polniſchen Pläne Preußens bemerkt Luſi, an Friedrich Wilhelm 16. Mai 1788 (G.-St.-A.). Es geht auch hervor aus der Inſtruktion Ainslies vom ſelben Datum für den Verkehr mit Diez in Konſtantinopel: «at the same time, that you conduct yourself with your wonted caution in respect to such plans, as he may wish to assist him in beyond the general object of a joined mediation», mitgeteilt von F. Luckwaldt, Forſchungen zur brandenburgiſchen und preußiſchen Geſchichte, XIII, 1. Hälfte, S. 299. [7] Hertzberg an Alvensleben 31. Mai 1788: «Il (Friedrich Wilhelm) nous dit, que les François lui faisoient les propositions fort avantageuses. Ce n'est pas par mon canal, puisque le Ct. d'Esterno n'a pas encore parlé d'affaires» und am 24. Mai: «Cela fera un mauvais effet auprès du Roi, qui est déjà fort persécuté par le parti François pour l'indisposer contre l'Anglet. et comme il est justement dans ces voyages, je n'ai pas occasion de lui parler» (G.-St.-A.). Die Auffaſſung von Harris und Ewart iſt alſo durchaus berechtigt, was Droyſen in den Abhandlungen zur neuen Geſchichte S. 186 leugnet, nur nennt Harris alle Gegner der engliſchen Allianz Anhänger

Digitized by Google

Frankreichs, was allerdings nicht unbedingt zutrifft. Für die Zusammenhänge der Fürstenbundspolitik mit Frankreich findet sich folgende charakteristische Stelle in einem Brief Hertzbergs an Alvensleben 15. Juli 1788: « . . . Je suis curieux de voir, si on vous convertira à Mayence (wo Stein und Dohm mit Fürstenbundsplänen beschäftigt waren) et si on vous persuadera que l'alliance de la France nous est plus nécessaire que celle d'Angleterre» (G.-St.-A.). Droysens Auffassung der englischen Politik, bei der er „eine wachsende Mattigkeit" und „peinliche Gleichgültigkeit gegen die kontinentalen Verhältnisse" findet, und des holländischen Feldzuges, zumal der Haltung Englands während und nach demselben, ist durchaus verfehlt. Er stellt es dar, als habe Preußen allein „den Mut gehabt", in Holland einzugreifen, die englische Mobilmachung und die ganze Thätigkeit Harris' ignoriert er (siehe auch den „durchaus erprobten Thulemeier", S. 174). [8] Hertzberg an Friedrich Wilhelm und Ministerium an Ewart 1. Juni, Ministerium an Alvensleben 19. Mai 1788 (G.-St.-A.). [9] Harris an Carmarthen 5. Februar 1788. Malmesb. D. II, S. 378. Harris hatte schon 16. November 1787 an Carmarthen geschrieben: «there remains at present no other part for us to take but to close with Prussia», ebenda S. 368f. [10] Ebenda S. 384ff. [11] Ewart an Harris 18. Juni 1788, ebenda S. 392. [12] Ministerium an Ewart 19. Juni 1788 (G.-St.-A.). [13] Carmarthen an Ewart 14. Juli, Hertzberg an Friedrich Wilhelm 22. und 24. Juli, Finkenstein an Friedrich Wilhelm 28. Juli 1788 (G.-St.-A.). [14] Carmarthen an Ewart 5. August, Hertzberg an Friedrich Wilhelm 12. August 1788: «Il me semble donc, que ces deux articles sont ainsi que le reste du traité au plus grand avantage de V. M. et je crois, que son intention sera, que je signe tout le traité demain...» (G.-St.-A.). [15] Vgl. Souvenir de M. Dumas, der den Plan entworfen hatte. Die Truppenansammlung betrug nur 20000 Mann Infanterie und 4000 Mann Kavallerie. [16] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 12. Juni 1788 (G.-St.-A.) und Instruktion Esternos 28. April 1788 im Rec. a. a. O. [17] Ségur, Mém. III, S. 251. [18] Carmarthen an Ewart 9. August 1788 (G.-St.-A.). [19] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 28. Juni und 5. Juli 1788. Hertzberg an Alvensleben 2. August und 29. Juli 1788: « . . . J'espère plutôt de jouvoir ramener à cette occasion la Russie à notre système et la poindre à l'Anglet. et au Danemarc» (G.-St.-A.). [20] Pitt an Grenville 1. September 1788: «Our intervention may prevent his (Gustav) becoming totally insignificant, or dependant upon Russia, and it seems to me to be an essential point». Dropm. Pap. I, S. 353.

Digitized by Google

XXI. S. 148—151. [1] Von einer einseitigen Beeinflussung Hertzbergs durch Ewart kann nicht die Rede sein. Ewart arbeitete ebenso eifrig für das Bündnis wie Hertzberg, der auch durch Alvensleben Harris nahe legen ließ, daß Ewart zum Gesandten in Berlin ernannt werde, ohne daß Ewart davon wußte. Hertzberg an Alvensleben 19. April 1788 (G.-St.-A.).

Anhang. I. S. 151—156. [1] Vgl. Dohm, Denkwürdigkeiten I, S. 99 u. 118 ff. [2] Hist. secr., 19. Juli 1786. [3] Ebenda 16., 21. und 28. Oktober 1786. [4] Vgl. Schlieffen a. a. O., S. 250 ff., der derselben Meinung ist. [5] Herzog von Braunschweig an Friedrich Wilhelm 13. Juli und Friedrich Wilhelm an Finkenstein 21. Juli 1787 (G.-St.-A.). [6] Herzog von Braunschweig an Friedrich Wilhelm 19. Juli 1787 (G.-St.-A.). [7] Vgl. Hogendorp a. a. O. [8] Pitt an Grenville 7. August 1787, Dropm. Pap. III, S. 414, und Carmarthen an Harris 10. August 1787, Malmesb. D., S. 307. [9] Vgl. die Erzählung Hogendorps, II, S. 149 ff., und den Brief des Herzogs an Hogendorp, S. 226 f. [10] Bei Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. VII, 7. [11] Herzog von Braunschweig an Friedrich Wilhelm 26. September 1787 bei Colenbrander a. a. O. 12. [12] Herzog von Braunschweig an Friedrich Wilhelm 29 September und Ministerium an Friedrich Wilhelm 9. Oktober 1787 (G.-St.-A.). [13] Herzog von Braunschweig an Hertzberg 18. Oktober 1787 bei Colenbrander a. a. O. 15. [14] Herzog von Braunschweig an Hertzberg 24. Oktober 1787. Hier ist am deutlichsten die Reputationssucht des Herzogs ausgedrückt, die Mirabeau so gut erkennt. [15] Herzog von Braunschweig an Hertzberg 8. November 1787: «il est très dangereux de s'abondonner aux démarches fougueuses, auxquelles cette nation incline, il n'a point tenu à eux de nous engager dans une guerre...» (G.-St.-A.). [16] Harris an Carmarthen 16. November 1787. Malmesb. D., S. 367. [17] Vgl. Hogendorp a. a. O. [18] Der Essai des Lord Fitzmaurice, Ch. W. F., Duke of Brunswick (1901), bringt keine neuen Gesichtspunkte.

Anhang. II. S. 157—168. [1] Vgl. Thiébault, Souvenir de Berlin, IV, S. 42. Bezeichnend ist die Anekdote, die Th. von Knyphausen erzählt, der den Posten in Wien ablehnt, da er in Paris und London je ein Gut verzehrt habe und sein drittes sich bewahren möchte. Von ruinierten Gesandten nennt Thiébault Coccei in Schweden, Goltz in Paris, Röderer in Kopenhagen, Nostitz in Madrid. Nostitz hatte sich auch in Schweden ruiniert. Vgl. Hüffer, Zerwürfnis Gustavs III. von Schweden mit seiner Mutter Ulrike, Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, VI, S. 418 ff.; siehe dort auch die Behandlung Menkens und Kellers. Vgl. auch das Urteil Mirabeaus über Nostitz, Hist. secr.

Digitized by Google

26. Dezember 1786. [2] Vgl. Martens Recueil. Allemagne, S. 92. [3] Vgl. Görtz, Denkwürdigkeiten. [4] Friedrich an Görtz 25. Juni 1785 (G.-St.-A.). [5] Malmesb. D. I, S. 271. [6] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 3. Juli 1788 (G.-St.-A.). [7] Vgl. Wolf a. a. O., S. 118. [8] Friedrich an Finkenstein 30. September 1787 und 17. Oktober 1785 (G.-St.-A.) und Wolf a. a. O., S. 122. [9] Ministerium an Friedrich Wilhelm 29. Mai 1788 (G.-St.-A.). [10] Vgl. Krauel, Prinz Heinrich in Preußen, S. 33. Eden an Pitt 1. Oktober, und Ewart an Grenville 3. Oktober 1787. Auckl. S. 209 und 211. Harris an Grenville 7. Oktober 1787. «I am satisfied the symptoms, which appeared both here and in France were owing to the partial behaviour of Goltz, who, as well as his colleagues here, is connected with the French emmissaries at Berlin and perhaps even with the French ministry by the surest of all ties.» Dropm. Pap. III, S. 438. Die Armut Goltz' spricht gegen diese Behauptung. Für Harris, als rechten Engländer, ist jeder Gegner entweder korrupt oder dumm. Auch Lucchesini hat Harris als bestochen von Rußland bezeichnet. [11] Alvensleben an Friedrich Wilhelm 15. November und Hertzberg an Alvensleben 26. November 1788 (G.-St.-A.). Der Brief Alvenslebens bestätigt im wesentlichen die Darstellung Flammermonts (Corr. des agents diplom. étrangers en France, S. 71 ff.) im Punkt der finanziellen Lage des Gesandten. Für Sandoz-Rollin siehe auch Flammermont, S. 54 ff. [12] Vgl. Michael a. a. O., S. 10. [13] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 15. Dezember 1787 (G.-St.-A.). [14] Ministerium an Alvensleben 24. Mai 1788 (G.-St.-A.). [15] Bei Schmidt, Unionsbestrebungen, S. 197. [16] Bei Droysen, Abhandlungen, S. 187. [17] Alvensleben an Friedrich Wilhelm 30. Mai und 5. Juni 1788 (G.-St.-A.). [18] Im Nachlaß Alvenslebens (G.-St.-A.). [19] Vgl. Krauel, Graf Hertzberg, S. 73, u. Dropm. Pap. II, S. 71 und 493. [20] Das Ministerium entschuldigt seine Unbeliebtheit bei der Statthalterfamilie (die Prinzessin verlangte fortwährend seine Abberufung): «c'est principalement par des mésentendus et parcequ'il a suivi trop strictement ses instructions dans la supposition, que la Maison d'Orange ne pouvoit être sauvée que par l'intervention de la C. de France». 11. Dezember 1787 (G.-St.-A.). [21] Vgl. Hogendorp a. a. O. [22] Vgl. Wolf a. a. O. Inwieweit die unteren Gesandtschaftsbeamten bestochen waren, läßt sich nicht entscheiden. Bemerkenswert ist, daß ebenso wie Mercy und Bergennes in Paris, Van der Spiegel und Auckland 1791 im Haag die preußische Chiffre hatten, Auckland auch sofort eine neu eingetroffene. Dropm. Pap. II, S. 70 und 146. Nach de Jonge (Rijks-Archief, S. 382 f.) hat man seit 1752 die französischen und preußischen Depeschen, auch die aus London kommenden, im Haag ent-

Digitized by Google

ziffert. [23] Prinzessin Wilhelmine an Hertzberg 10. November 1786 (G.-St.-A.). Kinkel nennt Thulemeier bei Görtz «un ministre vendu à tous ceux, qui voulaient l'acheter, un escroc de diamants et un galant à pages». Rijks-Archief, S. 123. [24] Ministerium an Friedrich Wilhelm II. Dezember 1787 (G.-St.-A.). [25] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 18. Oktober 1786 (G.-St.-A.). [26] Vgl. Zinkeisen a. a. O., VI, S. 600. [27] Hertzberg verwendet sich für ihn, da er ohne Urteil gefangen gesetzt wird. Hertzberg an Finkenstein 1. Februar 1785 (G.-St.-A.). Vgl. auch die Äußerung Gaffrons bei Sorel, La question d'Orient, S. 270. [28] Vgl. Gronau, Biographie Dohms, S. 130, 131 und 193. [29] Vgl. Précis de la carrière diplom. du Ct. de Hertzberg.

Digitized by Google

Druckfehlerverzeichnis.

[Infolge eines Mißverſtändniſſes hat der Verfaſſer nur eine Korrektur vornehmen können.]

Seite	60	Zeile	4	von unten lies abwartend ſtatt abwarten
„	71	„	11	„ oben lies es ſtatt er
„	96	„	2	„ unten lies müßten ſtatt mußten
„	135	„	7	„ unten lies wachſenden ſtatt wechſelnden
„	162	„	4	„ oben lies servir ſtatt devoir
„	164	„	7	„ oben lies parfaitement ſtatt parfaitenant
„	165	„	16	„ oben lies 1794 ſtatt 1784
„	165	„	17	„ oben lies A. ſtatt At.
„	177	„	14	„ unten lies move ſtatt more
„	180	„	1	„ unten lies gave ſtatt have
„	180	„	8	„ unten lies conciliantes ſtatt consilientes
„	181	„	9	„ oben lies Soulavie ſtatt Saulavie
„	181	„	17	„ unten lies Feindſchaft ſtatt Freundſchaft
„	182	„	14	„ oben lies VI ſtatt IV
„	182	„	20	„ oben lies 12. ſtatt S. 12.
„	182	„	32	„ oben lies Pr. ſtatt Fr.
„	187	„	8	„ unten lies und ſtatt um
„	189	„	19	„ oben lies expect ſtatt erpect
„	195	„	5	„ unten lies joindre ſtatt poindre
„	195	„	6	„ unten lies pouvoir ſtatt jouvoir
„	197	„	5	„ oben lies 30. Sept., 7. u. 17. Okt. 1785 ſtatt 30. Sept. 1787 und 17. Okt. 1785
„	197	„	7	„ oben lies Paris ſtatt Preußen
„	198	„	2	„ unten lies 143 ſtatt 193.

Digitized by Google

Heidelberger Abhandlungen
zur mittleren und neueren Geschichte
Herausgegeben von Erich Marcks und Dietrich Schäfer
3. Heft

Die

Politik der Niederländer

während des Kalmarkriegs (1611—1613)

und ihr

Bündnis mit Schweden (1614) und den Hansestädten (1616)

von

Ernst Wiese

Mit einer Karte

Heidelberg 1903
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Digitized by Google

Alle Rechte, beſonders das Recht der Überſetzung in fremde Sprachen, werden vorbehalten.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

I. Vom Beginn des 12jährigen Waffenstillstands bis zum Ausbruch des Kalmarkriegs (1609—1611) 1

II. Die niederländische Politik während des Kalmarkriegs (1611 bis 1613) 33

III. Bis zum Abschluß der Allianz mit Lübeck 1613 71

IV. Weitere Verhandlungen mit der Hanse und Schweden bis zur Allianz mit diesem Staat (1614) 81

V. Die Braunschweiger Wirren und das hansisch-niederländische Bündnis (1614—1616) 99

Exkurs über die Größe der niederländischen Ostseeflotte . . . 144

Digitized by Google

Liſte der benutzten Quellen.

Aitzema = L. Aitzema, Saken van Staet en Oorlogh. Eerste Deel. s'-Graven-Haghe 1669.

Arend-van Rees-Brill = J. P. Arend, Algemeene Geschiedenis des Vaderlands van de vroegste tijden, voortgezet door O. van Rees, J. v. Vlooten en W. G. Brill. 5 Deele. Amſterdam 1840 bis 1874. Leiden 1877. Haarlem 1879.

Brokes: Aufzeichnungen des lübiſchen Bürgermeiſters Brokes, herausgegeben von Pauli in der „Zeitſchrift für lübeckiſche Geſchichte". Band 1 u. 2.

v. d. Burgh = Gezantschappen door Zweden en Nederland wederzijds afgevaardigd gedurende de jaren 1592—1795. Door Mr. A. H. H. van der Burgh. 's Gravenhage 1886.

Cronholm = Sveriges Historia under Gustaf II. Adolphs Regering. Af Abraham Cronholm. Bd. I. Stockholm 1857.

Dudley-Carleton = Lettres, mémoires et négociations de Dudley-Carleton. Bd. 1. Haag und Leiden 1759.

Dumont = J. Dumont, Corps universel diplomatique du droit des gens. Amsterdam, Haye 1726. 17 Bände.

Erslev = Aktstykker og Oplysninger af Rigsraadets og Stændermödernes Historie in Kristian IV.'s Tid, udgivne ved Kr. Erslev af Selskabet for Udgivelse af Kilder til Dansk Historie. 3 Bände. Kopenhagen 1883—1890.

De vrije Fries = De vrije Fries, Mengelingen, uitg. door het Friesch Genootschap van geschied-, oudheid- en taalkunde. Leeuwarden.

Garde = H. G. Garde, Den dansk-norske Sømagts Historie 1535 bis 1700. Kjøbenhavn 1861.

Geijer = Geijer, Erik Guſtav, Geſchichte von Schweden. Aus dem Schwediſchen überſetzt von Sven P. Leffler und Friedr. Ferd. Carlſon. Hamburg und Gotha. Band 2.

Grautoff = F. Grautoff, Die Beziehungen Lübecks zu Chriſtian IV. bis zum dreißigjährigen Kriege. Marburger Diſſertation. 1899.

Digitized by Google

Häberlin-Senkenberg = D. Franz Dominicus Häberlin, Neueſte Teutſche Reichsgeſchichte vom Anfange des Schmallaldiſchen Krieges bis auf unſre Zeiten. Fortgeſetzt von Renatus Karl Freyherrn von Senkenberg. 23 Bände. Halle 1774—1804.

Hallenberg = H. Hallenberg, Svea Rikes Historia under konung Gustaf II. Adolfs Regering. Bd. 1. Stockholm 1790.

Kernkamp = Kernkamp, Verslaag van een onderzoek in Zweden, Noorwegen en Denemarken naar archivalia, belangrijk voor de geschiedenis van Nederland. 's-Gravenhage 1903.

Khevenhiller = Khevenhiller, Annales Ferdinandei Oder Wahrhaffte Beſchreibung Kayſers Ferdinandi des Andern. 12 Teile. Leipzig 1721—1726.

Larſen = Axel Larſen, Kalmarkrigen. Et Bidrag til de nordiske Rigers Krigshiſtorie. Kopenhagen 1889.

Lundorp = Der Römiſchen Kayſerlichen Majeſtät und des Heiligen Römiſchen Reichs Acta Publica durch Michaelem Casparum Londorpium. Frankfurt a. M. 1668 ff. Bd. 1.

Londorpius suppletus = Londorpius suppletus et continuatus per Mart. Meyern. Bd. 1. Frankfurt 1665.

Lünig = Joh. Chriſtian Lünig, Teutſches Reichs-Archiv. 24 Bände. Leipzig 1713 ff.

Meteren = Meteranus novus, d. i. Warhafftige Beſchreibung deß Niederländiſchen Krieges. Aus dem Niederländiſchen überſetzt. Amſterdam bei Johann Janſſon 1640. Bd. 2.

Nijhoff = Bijdragen voor vaderl. geschiedenis en oudheidkunde uitg. van J. A. Nijhoff. Bd. 1. Arnhem 1837.

Oxenstierna = Rikskansleren Axel Oxenstiernas Skrifter och Brefvexling. Utgifna af Kongl. Vitterhets-Historie och Antiquitets-Akademien. Afdelningen I—III. Senare Afdelningen I—X. Stockholm 1888—1900.

R. D. H. D. = Regesta diplomatica historiae Danicae. Index chronologicus diplomatum et literarum historiam Danicam ab antiquissimis temporibus usque ad annum 1660 illustrantium, quae in libris hactenus editis vulgata sunt. Series secunda. Tom II, 1. Havniae 1895.

Rehtmeier = Braunſchweig-Lüneburgiſche Chronika, Oder: Hiſtor. Beſchreibung der Herzogen zu Braunſchweig und Lüneburg. Von Joh. Heinr. Bünting und Joh. Letzner. Herausgegeben von Phil. Jul. Rehtmeier. Braunſchweig 1722.

Sartorius = Sartorius, Urkundliche Geſchichte des hanſeatiſchen Bundes. Bd. 3. Göttingen 1808.

Digitized by Google

Schäfer = Dietrich Schäfer, Geſchichte von Dänemark. Bd. 5. Gotha 1902.

Schlegel = Joh. Heinr. Schlegel, Geſchichte der Könige von Dänemark aus dem Oldenburgiſchen Stamme. Kopenhagen 1769—1777. Bd. 2.

Schweitzer = B. Schweitzer, Chriſtian IV. von Dänemark und ſein Verhältnis zu den niederdeutſchen Städten bis zum Jahre 1618. Heidelberger Diſſertation 1899.

Secher = Corpus constitutionum Daniae. Forordninger, Recesser og andre kongelige Breve, Danmarks Lovgivning vedkommende 1558—1660. Udgiven ved V. A. Secher. 5 Bände. Kopenhagen 1887—1899. Bd. 3.

Slange-Gram = Kong Chriſtian den Fiardes Hiſtorie Kjöbenhavn 1749. Manuſkript von Slange, Umarbeitung und Ausgabe von Gram.

Slange-Schlegel = Geſchichte Chriſtians IV. Königs in Dänemark von N. Slange, deutſch herausgegeben von Joh. Heinr. Schlegel. Kopenhagen und Leipzig 1757 und 1771.

Sprinchorn = Sprinchorn, Om Sveriges förbindelser med Nederländerna från äldsta tider till år 1614, in Hildebrands Svensk Historisk Tidskrift. Bd. 5. Stockholm 1885.

Treitſchke = H. v. Treitſchke, Hiſtoriſch-politiſche Aufſätze. Fünfte Auflage. Bd. 2. Leipzig 1886.

Vreede = Vreede, Nederland en Zweden in staatskundige betrekking. 2 Bände. Utrecht 1841 und 1844.

Wagenaar = Jan Wagenaar, Vaderlandsche Historie, vervattende de geschiedenissen der nu vereenigde Nederlanden, inzonderheid die van Holland. Amſterdam 1749—1759.

Wurm = Wurm, Foppe van Aitzema. Programm des Hamburger akademiſchen Gymnaſiums 1854.

Zettersten = Zettersten, Svenska Flottans Historia. Stockholm 1890.

R. G. = Reſolution der Generalſtaaten. Originale und Kopien im Haager Reichsarchiv.

R. H. = Reſolution der Staaten von Holland und Weſtfriesland; gedruckt sub Holland 1 ff.; im Haager Reichsarchiv.

Legationsbericht des Cornelis Haga 1610; Kopie im Reichsarchiv zu Utrecht.

Legationsbericht von Obdam, Hoogerbeets und Dirk Bas 1611; Kopie im Haager Reichsarchiv sub leg. 285.

Legationsbericht von Biel, van den Sande und Sticke; Original im Haager Reichsarchiv sub leg. 287.

Digitized by Google

Die im Text erwähnten Briefe ſind ſämtlich im Haager Archiv sub Denemarken 5898, Zweden 6527 und 6528, Braunschweig-Lüneburg 5984 und 5985, Hanzesteden 5956 und 5957.

Abſchriften der Verträge sub buitenlandsche zaken 8293, 8294 und 8296 im Haager Archiv; eine Abſchrift des Kupfertraktats vom April 1613 auch im Akteboek 3330, folio 381.

Die Plakate sub Plakaten 3533 ebenfalls im Haager Reichsarchiv.

Den Archivbeamten im Haag und in Utrecht, namentlich Herrn Adjunkt-Archivaris Dr. A. Telting im Haag, vor allem aber Herrn Geheimrat Profeſſor Dr. D. Schäfer, der den Verfaſſer zu dieſer Arbeit anregte und ihm mit ſeinem Rat zur Seite ſtand, ſei an dieſer Stelle der wärmſte Dank ausgeſprochen.

Digitized by Google

I.

Vom Beginn des 12jährigen Waffenstillstands bis zum Ausbruch des Kalmarkriegs (1609—1611).

Durch den zwölfjährigen Waffenstillstand, April 1609, war der Krieg der Niederlande mit Spanien fürs erste beendigt und die Unabhängigkeit der sieben vereinigten Provinzen von Philipp III. einstweilen anerkannt. Möglich geworden war dies glückliche Ergebnis nicht allein durch die Tüchtigkeit der Truppen und die Befähigung ihrer Führer, sowie den Opfermut des ganzen Volkes, sondern vor allem dadurch, daß — besonders seit dem Niedergang der feindlichen Marine — die Flotte der Staaten die See beherrschte, den Spaniern durch Kaperwesen und Fortnahme der Kolonien den größten Schaden zufügte und für den eignen Handel die See offen hielt. Durch ihren ausgedehnten Verkehrshandel, damals und noch lange danach den ersten Europas, gewannen die Niederländer die Mittel, die einheimischen und fremden Truppen zu besolden und so ihrerseits den Krieg immer noch weiterführen zu können, wenn in den spanischen Kassen Ebbe war und die unbezahlten Soldaten den Gehorsam verweigerten. Der Handel war Hollands Goldquelle; Handelsinteressen waren es daher, die neben dem Bestreben, die Unabhängigkeit zu sichern, die staatische Politik beherrschen mußten.

Digitized by Google

Von allen Meeren, welche die Holländer befuhren, war damals die Ostsee das wichtigste. „Die Ostsee hieß in Amsterdam die Mutter aller Kommerzien. Die baltische Handelsstraße zu sichern, den Sundzoll abzulösen, blieb lange ein Hauptziel der staatischen Politik.“[1,2]

Zweifellos ist es daher, daß es den Niederländern und ihrer Regierung nicht gleichgültig bleiben konnte, wer Herr in diesen Gewässern war und das dominium maris baltici ausübte, wie überhaupt das Verhältnis der skandinavischen und osteuropäischen Staaten zueinander direkt das Lebensinteresse der sieben vereinigten Provinzen berührte. Bei den Worten: Zonder de vrije vaart in die wateren geen brood voor de bevolking, geen hout voor onze schepen; en de schepen waren, als het ware, een tweede vaderlandsche boden[3] ist in erster Linie an die Ostsee zu denken.

Die Beziehungen zu den beiden skandinavischen Staaten waren folglich von der größten Bedeutung. Besonders wichtig war ein gutes Verhältnis zu Dänemark, das im Fall einer Feindschaft im Sundzoll ein Mittel in der Hand hatte, dem Handel der Niederländer in der Ostsee schweren Schaden zuzufügen, ihn eventuell ganz lahm zu legen. Die Handhabung des Zolles lag aber in den Händen des Königs; er war streng regalistisch; die Person des jeweiligen Herrschers war bestimmend für die Sundpolitik. Da ist nun zu bemerken, daß König Christian IV. „von einem Hasse und einer Geringschätzung gegen bürgerliche und städtische, überhaupt republikanische Gemeinwesen erfüllt war, wie sie in dieser Nacktheit und Entschiedenheit kaum wieder bei einem Herrscher des 16. oder 17. Jahrhunderts beobachtet werden können. Seinem monarchischen Selbstgefühl erschien die Sache der Fürsten gleichsam als eine gemeinsame gegen die «Krä-

[1] Treitschke, historisch-politische Aufsätze II, 494. — [2] cf. unten den Exkurs. — [3] Arend-van Rees-Brill III², 558.

Digitized by Google

mer und Krauthöker», die sich anmaßten, Politik zu treiben, Staaten zu lenken und Kriege zu führen."[4] Dieser Gesinnung Christians, die sich naturgemäß auch auf die Niederländer erstrecken mußte, ist es zuzuschreiben, daß die dänischen Gesandten, der Reichsrat Jakob Ulfeld und der Rat Carisius, die neben den englischen, französischen, kurpfälzischen und brandenburgischen Bevollmächtigten an den niederländisch-spanischen Friedensverhandlungen teilnahmen, noch Ende des Jahres 1608 zurückberufen wurden. Die Generalstaaten hätten es sehr gern gesehen, wenn auch Dänemark Garant des Waffenstillstandsvertrags von 1609 geworden wäre.[5]

Nicht ganz so wichtig war das Verhältnis zu Schweden. Seit dem Jahr 1600 herrschte zwischen diesem Staat und Polen der offene Krieg, und es handelte sich darum, ob der protestantische Karl IX. oder der katholische Sigismund König von Schweden sein sollte. Der Streit um die Krone war somit ein Streit der beiden feindlichen Bekenntnisse gegeneinander und jede Partei suchte Unterstützung bei ihren Glaubensgenossen. Karl, der immer und immer wieder betonte, daß Polen mit Spanien, der katholischen Vormacht, im Einverständnis sei, wünschte für sein Reich einen engen Anschluß an die Niederlande, die protestantische Vormacht. Er schickte 1608 zwei Gesandte, Jäns Nilsson auf Idingstad, und Augustinus Cassiodorus nach Holland, um in den Friedensvertrag miteinbegriffen zu werden und sich so gegen ein etwaiges spanisch-polnisches Bündnis zu sichern. Für den Fall, daß es zu keinem Frieden kommen sollte, bot er den Staaten gegen freie Lieferung einer größeren Menge Salz eine jährliche Hülfe von 1000 Mann an. Auch bat er, Spanien um Vermittlung zwischen ihm und Sigismund zu ersuchen. Sein Hauptwunsch war eine Allianz mit den Niederlanden.[6] Indessen kam diese Gesandtschaft nicht zustande.[7]

[4] Schäfer V, 361. — [5] Slange-Schlegel I, 430; Aitzema I, 82. — [6] Vreede I, 23 f.; Geijer II, 352 ff. — [7] Sprinchorn, p. 146.

Digitized by Google

Der Krieg veranlaßte Karl außerdem noch zu mehrfacher Abfertigung von Offizieren und andern Persönlichkeiten nach den Niederlanden, um dort Truppen anwerben zu lassen.[8] Auch im Jahre 1609 wurde ein Gesandter dorthin geschickt, aber diesmal mit umfassenderen Aufträgen, nämlich Dr. Jakob van Dyck, ein Niederländer, gebürtig aus Haarlem.[9] Er hatte am 10. Juni seine erste Audienz bei den Generalstaaten, von denen er sich am 1. Juli wieder verabschiedete. Am 17. Juni überreichte er ihnen ein sehr inhaltreiches Schreiben, in welchem seine Aufträge enthalten waren. Karl, hieß es darin, drücke zunächst den Herren Staaten der vereinigten Niederlande seine Glückwünsche zum Waffenstillstand aus. Der König erinnerte die Niederländer daran, daß ihr Krieg und sein Krieg religionis causa und zum Schutz der alten Landesfreiheiten gegen alle Gewalt geführt worden seien. Er wies auf die Möglichkeit einer spanisch-polnischen Verständigung hin, wogegen die Staaten schon am 28. Februar 1609 eine Allianz mit Rußland geschlossen hatten, und bat nun um Aufnahme in das niederländisch-englisch-französische Bündnis. Zugleich ersuchte er um Erlaubnis, auf niederländischem Grund und Boden Werbungen vornehmen zu dürfen. Die Bitte um Aufnahme in die große Allianz wurde dem Könige indessen abgeschlagen. Hauptsächlich dürfte es wohl die nach dem Tode Johann Wilhelms brennend gewordene Frage der Erbfolge in Jülich-Kleve-Berg gewesen sein, welche es den Niederländern gebot, mit bewaffneter Hand aufmerksam die Vorgänge jenseits ihrer Grenzpfähle zu beobachten und eventuell dort einzugreifen, die die Staaten abhielt, sich in andere auswärtige Verwicklungen einzumischen.[10] Offiziell gab man freilich in dem Antwortschreiben vom 1. Juli als Grund

[8] cf. für die vorhergegangenen Zeiten Sprinchorn 105 ff.; v. d. Burgh, gezantschappen 31/32. — [9] Vreede I, 76. — [10] Sprinchorn p. 147.

Digitized by Google

an, die Generalstaaten seien infolge der Abwesenheit vieler Mitglieder nicht beschlußfähig.[11] Dagegen erhob man gegen schwedische Werbungen keine Einwendungen. Nikolas André, Jan de Witte, Hopman Pekel und Johann Crail haben sich vom Mai bis Juli 1609 ungestört in Friesland aufgehalten und sind auf Befehl der Generalstaaten vom Magistrat zu Harlingen mit Proviant, Schiffen zur Abreise u. s. w. versehen worden; dem Pekel wurden vom Magistrat sogar seine Schulden bezahlt. Doch durften natürlich keine im aktiven Dienst stehenden Soldaten den Staaten entfremdet (debauchirt) werden.[12]

Während soweit also das Verhältnis der Staaten zu Schweden befriedigend war, gab es einen andern Punkt, in dem sich die Interessen der beiden Mächte kreuzten. Das war die Frage des Handels nach Riga und Livland. Karl hatte Dünamünde besetzt; er blockierte damit die Einfahrt nach Riga. Die Fahrt dorthin und auf Livland hatte er den Hansen im Jahre 1609 völlig verboten, nachdem sie sein erstes Verbot (1608), das sich nur auf Kriegsmaterial bezogen, übertreten hatten, wie er sagte.[13] Die Berechtigung dieses Vorwurfs ist allerdings fraglich. Außerdem wurde in Dünamünde ein Zoll von 5% erhoben; nur gegen Zahlung desselben konnte man eine Lizenz, welche die Livlandfahrt gestattete, erhalten. Durch einen ausgedehnten Kaperkrieg suchten die Schweden die Blockade effektiv zu machen, wodurch natürlich auch der niederländische Handel gestört wurde. Im Frühjahr 1609 überfielen neun schwedische Schiffe bei Bornholm das von Spanien nach Riga fahrende und mit Salz beladene Schiff „Eintracht" des Amsterdamers Willem

[11] de Jonge in de vrije Fries VII, 240/41. — [12] Buma in de vrije Fries VII, 198/99; de Jonge dto. 253—55. — [13] Siewert, Geschichte und Urkunden der Rigafahrer in Lübeck im 16. und 17. Jahrhundert. Hansische Geschichtsquellen, neue Folge, Bd. I, p. 119; Brokes in der „Zeitschrift für lübeckische Geschichte" I, 327; de vrije Fries VII, 139.

Digitized by Google

Claesz, dessen Wert, die Ladung mitgerechnet, 30000 Gulden betrug, und kaperten es.[14] Um sein Schiff zurückzuerhalten, wandte sich der Eigentümer an die Generalstaaten und erhielt am 29. Mai 1609 von denselben auch ein Schreiben, in welchem die Staaten für ihn Fürsprache einlegten (brieven van voorschriften). Am 5. Juni reiste Claesz in Begleitung des Rechtsgelehrten Melchior van Laere nach Schweden. Inzwischen aber kaperten die Schweden acht andere holländische Schiffe, die von Riga kamen und ebenfalls Amsterdamer Kaufleuten gehörten. Ihr Wert betrug 220000 Gulden.[15] Auch diesmal wandten sich die Eigentümer an die Generalstaaten. Am 24. Juni ließen diese antworten, die Kaufleute möchten, um Schadenersatz zu erhalten, einen Bevollmächtigten nach Schweden senden; sie seien gern bereit, diesem Empfehlungsschreiben mitzugeben. Am folgenden Tage erweiterten die Generalstaaten ihren Beschluß dahin, daß sie dem Bevollmächtigten ihre Autorisation und Instruktion mitgeben wollten, so daß derselbe als Kommissar „Ihrer Hochmögenden" auftreten konnte; die Kosten hatten dagegen die Kaufleute zu tragen, falls sie ihre Waren u. s. w. zurückerhielten; sollte das nicht der Fall sein, so war man bereit, sie mit 2000 oder 3000, allerhöchstens 4000 Gulden zu unterstützen. Die Instruktion für den inzwischen ernannten Hermann Hermannssen Rodenberg wurde am 30. Juni festgesetzt; im Juli reiste derselbe mit einem Schreiben der Generalstaaten an König Karl ab.

Im Laufe des Juni war v. Laere mit seinem Begleiter in Schweden angekommen, im September unterbreitete er den Generalstaaten einen Vorschlag des Schwedenkönigs, der seltsam genug war. Der König betonte zunächst, daß er zum Kapern

[14] cf. das Memorial für die 1610 in den Niederlanden weilenden schwedischen Gesandten im Haager Reichsarchiv, sub Zweden 6528. — [15] cf. sub Res. Gen. St. vom 22. Juni 1611 die dort stehende Instruktion für die nach Schweden gehenden holländischen Gesandten.

Digitized by Google

der niederländischen Schiffe berechtigt gewesen sei; dennoch sei er bereit, dieselben zu restituieren, wenn ihm die Staaten zur Eroberung von Riga behülflich sein wollten. Sie möchten die Flotte der Rigafahrer durch einige Kriegsschiffe begleiten lassen, so daß im ganzen etwa 50 Schiffe beieinander wären; auf jedem dieser Schiffe sollten sich 25—30 Soldaten befinden. Wenn die Flotte in Riga angelangt sei, sollten diese Truppen die Stadt den Schweden in die Hände spielen. Wenn die Generalstaaten einverstanden wären, so wolle er, Karl, nicht nur alle Schiffe wieder zurückerstatten mit Ausnahme eines einzigen, das gesunken war, sondern er versprach auch die Lieferung von 500 Schiffspfund Kupfer, die Vergütung aller Unkosten und die Freiheit der Rigafahrt. Außerdem sollten die bei der Eroberung beteiligten Schiffe soviel Waren zollfrei ausführen dürfen, als sie laden könnten. Die Rückgabe des Claeszschen Schiffes wurde an sich verweigert. Darum beschlossen die Generalstaaten, nochmals an den König zu schreiben. Seine Bitte, auf die man natürlich nicht eingehen konnte, wurde nicht gerade direkt abgeschlagen, aber mit der Abwesenheit von vielen Deputierten „exkusiert", — eine sehr beliebte Ausrede. Rodenberg kehrte Anfang November zurück und stattete am 7. November Bericht ab; der König hatte ihn wohl empfangen, sich aber auf seine Argumente für die Freigebung der gekaperten Schiffe nicht eingelassen. Rodenberg hatte behauptet, die Schiffe hätten den Zoll in Dünamünde nicht bezahlen können, da dort eine mit Geschütz versehene Schanze von den Polen besetzt gewesen sei, welche die Einfahrt gesperrt habe. Karl leugnete hingegen, daß das damals schon der Fall gewesen sei. Sonst brachte Rodenberg nur eine neue königliche Resolution vom 29. August mit, deren Inhalt mit den von v. Laere schon mitgeteilten Vorschlägen sich deckte.[16]

[16] v. d. Burgh 1; Sprinchorn 146 ff.; de Jonge 238 ff. Später versprach Gustav Adolf, die „Eintracht zu restituieren (Brief Gustav Adolfs

Inzwischen war aber Dänemark auch nicht müßig geblieben. Das schwedische Kaperwesen verletzte direkt das dänische dominium maris baltici, und so erhielt der Reichsadmiral Mogens Ulfeld den Befehl, mit neun großen und mehreren kleinen Kriegsschiffen die See zu halten, den schwedischen Kaperkrieg zu verhindern und etwa gekaperte Schiffe den Schweden wieder abzujagen. Nachdem Dünamünde im September 1609 wieder in polnische Hände gefallen war, geleitete Ulfeld ein Geschwader von etwa 40 holländischen Rigafahrern dorthin. König Karl hatte im April auf die Nachricht, daß dies Geschwader den Sund passiert habe, eine schnellere Ausrüstung der bei Stockholm und Kalmar liegenden schwedischen Flotten anbefohlen, damit aber nichts erreichen können. Erst im Oktober nahmen die schwedischen Kapitäne James Hessels und Severin Hulst an der Küste von Kurland, zwischen Windau und Lüserort, ein holländisches Schiff. Es war dies der „heilige Petrus"; sein Kapitän war Cornelis Pietersz Bryer aus Enkhuisen; es gehörte den Kaufleuten Gottfried de Briese, Johann Reyniersz und Genossen. Es war bestimmt nach Ösel, um dort Roggen und Gerste einzunehmen. Die aus Salz und Heringen bestehende Ladung wurde von den Schweden als gute Beute betrachtet; auch Geld wurde den Niederländern abgenommen.[17] Die Mannschaft mißhandelte man, doch gelang es derselben, sich aufs Festland zu flüchten. Im Oktober kehrte die holländische Rigaflotte heim; bis in den November kreuzte Ulfeld in der Ostsee, wobei er den Schweden zwei gekaperte holländische Schiffe wieder abnahm. Dann kehrte er nach Kopenhagen zurück. Als Karl

30. Juli 1613, R. G. 7. Sept. 1613), nachdem die Generalstaaten die Sache dem König nochmals empfohlen hatten (R. G. 16. III. 1613). Gustav Adolf wollte sich bei den Niederländern beliebt machen, um mit ihnen eine Allianz schließen zu können. — [17] cf. R. G. 9. Juni 1614, wo beschlossen wird, Gottfried de Briese u. s. w. brieven van voorschriften zur Wiedererlangung von 2700 Talern zu geben.

Digitized by Google

aber von der Heimfahrt der Holländer von Riga vernommen hatte, gab er dem Kapitän Lasse Anfastsson den Befehl, nach Kalmar zu gehen, mit sechs dort liegenden Kriegsschiffen nach Bornholm zu segeln und die Holländer anzugreifen. Dieser kaperte wirklich am 6. Dezember das Schiff „fliegender Engel“[18] des Pieter Cornelisz van Vlieland aus Amsterdam, genannt „der taube Pieter“, das Amsterdamer Kaufleuten gehörte, nach Danzig bestimmt gewesen war und dort Roggen, Weizen und Wolle geladen hatte. Mit dieser Beute kehrte er nach Kalmar zurück.[19]

Die Kunde von diesen Ereignissen rief in Amsterdam großes Unbehagen hervor. Die dortige Admiralität und das Bürgermeisterkollegium nahmen sich der Sache an, und beide wandten sich mit zwei Schreiben gleichen Inhalts vom 9. Januar 1610 direkt an die Generalstaaten. Sie baten Ihre Hochmögenden, an den König von Schweden zu schreiben und ihn zu ersuchen, die gekaperten Schiffe nebst Ladung den Eigentümern kostenlos und unbeschädigt zurückzuerstatten. Es handle sich um freie Güter, die auf einem freien und neutralen, unter der Jurisdiktion des Königs von Dänemark stehenden „Strome“ fortgenommen worden seien. Am 11. Januar 1610 bewilligten die Generalstaaten «optima forma» dies Gesuch. Inzwischen aber hatten die geschädigten Kaufleute es für ratsamer erachtet, einen Gesandten in dieser Sache nach Schweden abzufertigen, und benachrichtigten die Generalstaaten davon; gleichzeitig baten sie dieselben, sie möchten diesem staatische Vollmacht und Kredenzbrief mitgeben, was am 12. Januar genehmigt wurde. Als aber die Kaufleute baten, die Staaten möchten, da die Sache

[18] Der Name ergibt sich aus dem Rapport der 1611 nach Schweden gehenden niederländischen Gesandten. — [19] Memorial für die schwedischen Gesandten 1610; Rapport des Cornelis Haga; Slange-Schlegel I, 436/37; Slange-Gram I, 253/54; H. G. Garde 122; Vreede I, 25; Zettersten 463 ff.; Arend-van Rees-Brill III², 396; Schäfer V, 313/14.

Digitized by Google

von allgemeinem Interesse sei, einen Teil der Kosten tragen, lehnten Ihre Hochmögenden das am 22. Januar ab. Am gleichen Tage entwarfen sie die Instruktion für den Gesandten. Dazu hatten die Kaufleute den jungen Rechtsgelehrten Cornelis Haga bestimmt, der später Gesandter in Konstantinopel und dann Präsident des hohen Rats von Holland, Seeland und Westfriesland wurde. Er erhielt von den Generalstaaten auch den Auftrag, dem König von Schweden mitzuteilen, man wünsche in den Niederlanden stets ein gutes und freundschaftliches Verhältnis zu ihm, sehe sich aber genötigt, seine Bitte, die Überrumpelung Rigas betreffend, abzuschlagen.[20]

Am 10. Februar reiste Haga von Amsterdam ab und kam am 15. März in Nyköping an, wo Karl damals Hof hielt. Während der ersten Tage hatte er nur unwichtige Besprechungen mit dem obersten Sekretär Nilsson, dem deutschen Sekretär Hans Meyer und besonders mit Dr. Jakob v. Dyck. Diesem hatten die Generalstaaten die Interessen der geschädigten Kaufleute ebenfalls ans Herz gelegt.[21] König Karl selbst war am Podagra erkrankt und bettlägerig; deshalb gewährte an seiner Stelle der Erbprinz Gustav Adolf dem Gesandten am 18. März vormittags 10 Uhr die erste Audienz. Anwesend waren dabei Gustav Adolfs Bruder Karl, die Reichsräte Swante und Klas Sture, Johann Leijonhufvud, Johann Mogensson Wolffparre, Georg Klasson Stjernsköld, Hans Thossenskop, ferner Nilsson, Hans Meyer und Dr. v. Dyck. Haga verlas seine Proposition in lateinischer Sprache. Er bat um Rückgabe der beiden gekaperten Schiffe nebst Ladung, sowie Bestrafung der Schuldigen. Gustav Adolf versprach, diese Wünsche seinem Vater mitzuteilen. Am 19. März übersandte Haga seine schriftliche Proposition. König Karl war mit deren Wortlaut nicht zufrieden; einige

[20] R. G. vom 11., 12., 22. und 25. Januar 1610. — [21] R. G. 12. Januar 1610.

Digitized by Google

Ausdrücke darin erschienen ihm wie eine beleidigende Drohung. V. Dyck, der in diesen Tagen öfters mit Haga zusammenkam, erzählte, der Passus: «Deinde maiestas sua clementissime secum perpendet (quid si forte praeter spem et fidem tam iustae petitioni minus satisfiat), an non dictis et Illustrissimis et Potentissimis Dominis Ordinibus muneris et officii ergo necessitas incumbet, adversus ea (quae dixi), talibus aliis mediis uti, qualia ipsi ad defensionem fidelium subditorum suarum Provinciarum, contra vim tam manifestam tamque graves laesiones convenire existimabunt» habe Karls Unwillen sehr erregt. Haga betonte demgegenüber ausdrücklich, dieser Ausdruck solle keine Beleidigung enthalten, womit v. Dyck sich zufrieden gab. Außerdem teilte v. Dyck mit, der König habe eigentlich erwartet, daß Haga auch inbezug auf die Rigafahrt Vorschläge zu machen hätte, und sei sehr unzufrieden darüber, daß man ihm zu seiner Thronbesteigung nicht gratuliert habe. Was letztern Punkt anlangt, so hatten die Generalstaaten Haga angewiesen, sich in ihrem Namen beim König zu entschuldigen.[22]

Inzwischen wurden tatsächlich Lasse Anfastsson und einige andere Kapitäne gefangen gesetzt. Karls schlechte Stimmung hielt immer noch an. Am 21. März ließ er dem Gesandten durch v. Dyck mitteilen, er wolle im Sommer durch eine Kriegsflotte von 60 Schiffen die Rigafahrt gewaltsam hindern. Haga ließ antworten, man habe in den Niederlanden keineswegs die Absicht, die Feinde Schwedens auf diese oder eine andre Weise zu unterstützen, aber eine Blockade könne man nur dann anerkennen, wenn sie den Generalstaaten vorher notifiziert würde. Gleichzeitig jedoch erklärte v. Dyck, der König sei bereit, das Schiff des „tauben Pieters", das sich in Kalmar befände, wieder

[22] R. G. 25. Januar 1610.

Digitized by Google

herauszugeben[23], nicht dagegen das andere, das bei Ösel gekaperte Schiff, da man erfahren habe, es sei nach Riga bestimmt gewesen, was die Eigentümer allerdings leugneten. Nach einigen weiteren Besprechungen mit v. Dyck hielt Haga es für angebracht, unter dem 24. März dem König schriftlich mitzuteilen, man hege in den Niederlanden den Wunsch, mit Schweden ein gutes Verhältnis aufrecht zu erhalten, der König möge deshalb entschuldigen, daß man ihm zu seiner Thronbesteigung nicht gratuliert habe; das Gesuch indessen, ihm bei der Eroberung Rigas behülflich zu sein, müsse man ihm in aller Höflichkeit abschlagen.

Am folgenden Tage, 25. März, schickte der König seinen Rat Skytte zu Haga und ließ nochmals erklären, daß er die Fahrt auf Polen durch seine Flotte zu hindern gewillt sei; auch wurde Haga gefragt, ob er in Bezug auf die Rigafahrt Aufträge habe; falls ja, so solle er diese dem König schleunigst mitteilen. Diese Frage mußte der Gesandte verneinen. Karl hätte in dieser Sache gern ein Übereinkommen mit den Generalstaaten erzielt. Skytte betonte ferner, der „heilige Petrus" würde nicht restituiert werden. Den Bemühungen Hagas gelang es nicht, Karl hierin zum Nachgeben zu bringen. V. Dyck und der Vizekanzler Dr. Nilsson konnten Haga am 31. März keine bessere Antwort überbringen. Trotzdem gab dieser die Hoffnung auf Erfolg nicht auf.[24]

So stand die Sache, als am 5. April Cornelis Pietersz Vryer selbst mit Empfehlungsschreiben aus den Niederlanden in Nyköping eintraf. Die Eigentümer waren bereit, auf das Schiff selbst zu verzichten, wollten dann aber eine gewisse Geldentschädigung haben. Haga war von diesem Schritt sehr unangenehm

[23] Am 14. November 1613 erhielten die Eigentümer dieses Schiffs nochmals brieven van voorschriften, um von Gustav Adolf 28575 Gulden 14 Stüber Entschädigung zu erhalten; cf. R. G. 14. XI. 1613. — [24] Brief Hagas an die Generalstaaten, Nyköping 1. April 1610.

Digitized by Google

berührt und hielt ihn für einen großen Fehler. Denn erstens mußte es ihm, dem beglaubigten Gesandten der Generalstaaten, beim Könige und seinen Räten schaden, wenn in derselben Sache, in der er selbst nach Schweden geschickt worden war, jetzt ein neuer Gesandter erschien und so der Glaube entstehen konnte, er, Haga, sei nicht hinreichend bevollmächtigt; zweitens konnten die Schweden aus dem Verzicht der Eigentümer auf ihr Schiff die Schlußfolgerung ziehen, man halte jetzt in den Niederlanden die Fortnahme des „heiligen Petrus" nicht mehr für ungerechtfertigt.[25] Den höheren Interessen der Niederlande war durch die Reise des Cornelis Bryer jedenfalls nicht gedient. Haga verhinderte daher, daß der Schiffer seine Empfehlungsschreiben den Schweden schickte, und legte die ganze Sache nochmals van Dyck ans Herz, der ihm am 7. April mitteilte, man würde ihm erst nach seiner Reise durch Schweden endgültige Antwort geben.

Diese Reise unternahm Haga auf besonderes Ersuchen des Königs, welcher wünschte, daß man in den Niederlanden über sein Reich besser unterrichtet würde. Der Gesandte brach am 9. April von Nyköping auf, besuchte Stockholm und Upsala und kehrte von dort über Stockholm wieder nach Nyköping zurück, wo er am 15. Mai wieder eintraf. Auf den Besuch der großen Bergwerke, die man ihm auch hatte zeigen wollen, hatte er verzichtet. Am 23. Mai hatte Haga Audienz beim König Karl, der inzwischen genesen war — von der Königin war er bereits am 4. April empfangen worden.[26] Karl sprach bei dieser Gelegenheit sehr wegwerfend über den König von Dänemark, wohingegen Haga die Nützlichkeit eines guten Verhältnisses zu

[25] Ausführungen Hagas, cf. seinen Rapport. — [26] Vreede I, 38, wirft hierbei die Frage auf, ob man an eine Ehe zwischen Karls Tochter Katharina und Moritz, resp. Friedrich Heinrich v. Oranien, gedacht habe, m. E. ohne jeden Grund.

Digitized by Google

Dänemark betonte. Auch Gustav Adolf war dieser Ansicht und hatte sich Haga gegenüber dahin geäußert, die Staaten möchten zusammen mit England die schwebenden Differenzen zwischen den beiden skandinavischen Reichen ausgleichen.

Am 16. Mai hatte Haga die endgültige Antwort erhalten. Der „heilige Petrus" blieb in den Händen der Schweden; außerdem verbot der König die Rigafahrt. Am 26. Mai reiste der Gesandte ab; unterwegs war er noch Gast beim Herzog Johann. Am 9. Juli befand er sich wieder im Haag und stattete am 14. Juli in der Versammlung der Generalstaaten einen Bericht ab.[27]

Die Werbegesuche der Schweden hatten inzwischen auch nicht aufgehört. Im März und April erhielten die Generalstaaten zwei Briefe Karls IX. Der erste enthielt die Bitte, dem schwedischen Oberstleutnant Andreas v. Maha die Anwerbung von 1000 Mann zu gestatten; in dem zweiten sprach Karl den Wunsch aus, durch den Oberst Jakob Seyton einige 100 Reiter werben zu dürfen. Diese letztere Bitte wurde ihm indessen mit Rücksicht auf die Lage der sieben Provinzen — die jülichsche Frage hatte sich bedenklich verschärft, Heinrich IV. rüstete zum Krieg; im Innern, besonders in Utrecht, gärte es — nicht gewährt.[28] Als Karl um Erlaubnis für den Durchmarsch von 1000 für ihn angeworbenen Schweizern ersuchte, wurde ihm das zwar bewilligt, doch wurde besonders betont, daß ihr Oberst, Blasius v. Pollitzer, unter keiner Bedingung die Werbetrommel rühren lassen dürfe.[29]

[27] Hauptquelle über diese Gesandtschaft der Bericht Hagas; dann Vreede I, 26 ff.; Sprinchorn 149 f.; Wagenaar X, l. 37, p. 43; Hallenberg I, 92; Arend-van Rees-Brill III², 396; v. d. Burgh 1; Slange-Schlegel II, 468/69; Slange-Gram I, 273. — [28] Briefe Karls vom 28. Dezember 1609 und 31. Januar 1610; R. G. vom 26. März und 19. April 1610; der Beschluß auf Karls ersten Brief findet sich nicht vor. — [29] Brief Karls vom 14. Januar 1610; R. G. 19. Mai 1610.

Digitized by Google

Obwohl Haga in einem Schreiben an die Generalstaaten[30] mit Rücksicht auf eine bevorstehende Belagerung Rigas persönlich von der Rigafahrt abgeraten hatte, setzten die Niederländer doch unter dem Schutz der dänischen Flagge die Fahrt auf Livland und Kurland fort. Eine Flotte von 150 Schiffen versammelte sich im Mai im Sund und Belt und wurde von Mogens Ulfeld, der 17 Kriegsschiffe beieinander hatte, konvoyiert. Auch einige hansische Schiffe schlossen sich unterwegs an. In Schweden vermerkte man das sehr übel, drückte aber bei der Schwäche der eigenen Flotte ein Auge zu. Ulfeld konnte die Kauffahrteiflotte von Kap Domesneß aus auch wieder heimgeleiten. Die Schweden erklärten, man wolle über die Behandlung eines schwedischen Schiffes, das Ulfeld beim Kapern überrascht und genommen, später bei Bornholm aber wieder freigelassen hatte, hinwegsehen, obwohl sie den Bestimmungen des Stettiner Friedens widerspreche. Der Reichsrat erklärte sogar, man sei bereit, acht holländische Schiffe frei aus dem Hafen von Riga auslaufen zu lassen, wenn Dänemark keine neue Flotte zum Schutz der Rigafahrt in See stechen lassen wolle.[31] Als der dänische Reichsrat dies Schreiben im Juli erhielt, war bereits zur Unterstützung Ulfelds eine neue Flotte von zwölf Schiffen unter Godske Lindenovs Befehl ausgesegelt. Diesem wurde das eben erwähnte Ansuchen ebenfalls durch ein schwedisches Schiff mitgeteilt. Indessen setzte er seine Fahrt fort, konvoyierte aber kein Schiff nach der gerade belagerten Stadt Riga. Karl, der einen Konflikt mit Dänemark nicht wünschte und deshalb früher schon den Befehl erteilt hatte, sich jeden Angriffs auf dänische Geleitschiffe zu enthalten und nur die Rigafahrer selbst anzugreifen, ließ jetzt einen Teil seiner Flotte unter Gyllenstjernas Befehl ruhig bei Kalmar liegen, nur acht Schiffe unter Jakob Bååth kreuzten in der Ostsee. Erst im Oktober wurde Richard Klerck nach der

[30] Brief Hagas, Nyköping 1. April 1610. — [31] Erslev I, 194.

Digitized by Google

Insel Runö entsandt, um möglichst lange die See zu halten und alle nach Kurland und Livland segelnden Holländer aufzubringen. In einem Schreiben, Stockholm 18. Juni, beklagte Karl sich bei den Generalstaaten darüber, daß ihre Untertanen unter dänischem Schutz die Rigafahrt unternommen hätten. Er ersuchte, daß das in Zukunft unterbliebe, und bat um die Bestrafung der betreffenden Leute. Die Generalstaaten sandten ihm darauf ein recepisse und schrieben ihm, da man ihnen von einem Verbot der Rigafahrt vorher nichts mitgeteilt habe, so könne man dieselbe ihren Untertanen auch nicht zum Vorwurf machen. Sie ermahnten dann den König zu einem guten Einvernehmen mit Dänemark. Den Generalstaaten teilte Karl ferner mit, er würde im Notfall durch eine bei Gotenburg liegende Flotte jedes niederländische Schiff, das nicht mit Brief und Paß Ihrer Hochmögenden versehen sei, aufbringen lassen. Christian IV. gegenüber beklagte sich Karl noch im Dezember darüber, daß dänische Kriegsschiffe, dem Stettiner Frieden zuwider, holländische Schiffe nach Riga konvoyiert hätten.[32]

Vor allen diesen Verwicklungen bereits, selbst noch vor der Anwesenheit Hagas in Schweden, hatte Karl IX. sich entschlossen, eine größere Gesandtschaft nach den Niederlanden abzufertigen, um mit denselben in ein möglichst enges Verhältnis zu treten. Die Gesandten sollten vor allen Dingen betonen, daß es die Absicht Polens sei, Rußland zu unterwerfen und katholisch zu machen. Es liege im Interesse aller protestantischen Fürsten, sich dem zu widersetzen und dem Schwedenkönig beizustehen, der Polens Absichten zu verhindern bestrebt sei. Schon am 24. März v. st. wurde das Beglaubigungsschreiben für die vier Gesandten

[32] Die Ereignisse in der Ostsee: Slange-Schlegel II, 463 ff.; Cronholm I, 37 ff.; Zettersten 465 ff.; Schäfer V, 314. Der Brief des schwedischen an den dänischen Reichsrat R. D. H. D. II[1], 5279. Brief Karls an die Generalstaaten 18. Juni 1610. R. G. 2. u. 8. August 1610. Sprinchorn 151. Schreiben Karls an Christian R. D. H. D. II[1], 5304.

Digitized by Google

ausgefertigt. Es waren dies Gustav Erichson Stenbock, Freiherr zu Örsta und Kronobäck, Johann Skytte, Olaf Stråle und Dr. Jakob v. Dyck. Sie reisten nicht zusammen, sondern trafen sich erst Anfang Juli in Amsterdam, wo Haga sie im Namen der Generalstaaten bewillkommnete.[33] Bevor sie ihre Aufträge im Haag ausrichteten, sollten sie sich teils nach England, teils nach Frankreich begeben. Aus der Reise nach Paris wurde indessen nichts, als man die Nachricht von der Ermordung Heinrichs IV. erhielt. So reisten denn Stenbock, Skytte und v. Dyck nach England. Ende August kamen sie von dort nach Rotterdam, wo sie wiederum mit Haga zusammentrafen[34], und reisten nun nach dem Haag, wo die Deputierten Symsz, Westerholt und Joachimi die jetzt vollzählig versammelten Gesandten im Namen Ihrer Hochmögenden begrüßten.[35]

Am 3. September, 10 Uhr morgens, hatten die Gesandten ihre erste Audienz bei den Generalstaaten. Skytte hielt, nachdem man die von Karl am 4./14. Juni erneuerten Beglaubigungsschreiben übergeben hatte, eine ziemlich allgemein gehaltene Rede, in der er zunächst den Staaten zum Waffenstillstand gratulierte, den schwedisch-polnischen Krieg vom schwedischen Standpunkt aus rechtfertigte und darlegte, daß und warum man Karl IX. zum König gewählt habe. Von ihren eigentlichen Aufträgen sprachen die Gesandten diesmal noch nicht. Besonders betonte Skytte, daß, wenn Polen siege und Sigismund König von Schweden werde, der Hafen von Elfsborg, der Raum für 200 Schiffe biete, jedenfalls den Spaniern abgetreten werden würde, die von da aus den niederländischen Handel zu stören versuchen werden. Dann erwähnte er die Absicht Polens, sich zum Herrn der Ostsee zu machen — ein Schreckgespenst, an das später die Generalstaaten mit Vorliebe Dänemark erinnerten — und mahnte

[33] R. G. 14. VII. 1610. — [34] cf. R. G. 26. VIII. 1610. — [35] R. G. 31. VIII. 1610; Sprinchorn 151; Vreede I, 45; Geijer 352.

Digitized by Google

schließlich die Generalstaaten, ihr Versprechen (1601), stets gegen spanische Komplotte hülfreich die Hand zu reichen, zu halten.[36]

Die folgenden Tage wurden mit unwesentlichen Verhandlungen und Besprechungen zugebracht. Am 8. September, 11 Uhr, hatten die Gesandten ihre zweite Audienz. In dieser schlugen sie nun, ihrer Instruktion gemäß, eine niederländisch-schwedische Allianz vor. Die Generalstaaten selbst faßten darüber zunächst keinen Beschluß, vielmehr schickten sie Kopien der von den Gesandten auch schriftlich eingereichten Vorschläge[37] an die einzelnen Provinzen. Erst wenn man von diesen Antwort erhalten habe, wollte man den Schweden Bescheid geben.[38] Zu weitern mündlichen Verhandlungen, welche die Gesandten wünschten, wurden die Deputierten Westerholt (Gelderland), Asperen (Holland), Joachimi (Seeland) und Jongestal (Friesland) bestimmt. Sie erhielten vor allem den Auftrag, in Erfahrung zu bringen, was die Gesandten in England ausgerichtet hätten, und sich mit ihnen über die vorgeschlagene Allianz zu besprechen.[39]

Am 15. September rapportierten die Unterhändler über ihre Besprechungen mit den Schweden. Diese hatten ihnen eine neue schriftliche Proposition mitgegeben, welche den Nutzen der Allianz für beide Teile klarzulegen bestimmt war. Darin wurde zunächst auseinandergesetzt, daß nach Abschluß eines Bündnisses mit Schweden die Niederländer die von den Spaniern besetzten Teile von Jülich-Berg wieder erobern könnten; beide Parteien verbündet würden Herr der Ostsee sein und Dänemark im Zaum halten können. Gegen eine große protestantische Allianz, deren Mitglieder außer den Generalstaaten und Schweden auch noch

---

[36] R. G. 2. und 3. IX. 1610; Sprinchorn 152. — [37] cf. erste schwedische Proposition 3. IX. 1610 (Rechtfertigung der schwedischen Politik); zweite vom 8. IX. 1610 (spanisch-polnische Beziehungen und Allianzvorschlag), sub Zweden 6527. — [38] R. G. 10. IX. 1610. — [39] R. G. 13. IX. 1610.

Digitized by Google

Dänemark (!) und England seien, habe man nichts einzuwenden; doch sei fürs erste wegen der großen Gefahr des russischen Krieges ein sofortiges Partikularbündnis eine dringende Notwendigkeit. Gegen Polen wünsche man einige Regimenter Hülfstruppen zu erhalten. Eine schwedische Niederlage würde eine Stärkung der katholischen Faktion bedeuten und damit auch der protestantischen Sache in Jülich und Berg schaden. Man bot dagegen den Niederländern gute Handelsbeziehungen, eventuell auch Ersatz für gekaperte und beschädigte Schiffe.[40] Betrachtet man diesen Vorschlag, so muß man sagen, daß die Gesandten die Vorteile einer schwedisch-niederländischen Allianz übertrieben. Eine solche konnte kaum die Stellung der Niederländer in Jülich u. s. w. stärken, vielmehr mußten sich dieselben sagen, daß durch Entsendung von Hülfstruppen gegen Polen ihre Position geschwächt würde. Richtig war, daß die Allianz unter Umständen einen vorteilhaften Druck auf Dänemark ausüben konnte; gewiß ist dagegen bei den schlechten Beziehungen zwischen Schweden und Dänemark, daß die Gesandten es nicht ehrlich meinten, als sie sich zu einem Bündnis mit dem letzteren Staat bereit erklärten. Auch diesmal faßten die Generalstaaten noch keinen Beschluß, sondern teilten auch diese neueste Propositon dem Staatsrat und den einzelnen Provinzen durch Kopie mit.[41]

Schon am folgenden Tage legte der Staatsrat in der Versammlung der Generalstaaten seine Ansicht über die Allianz dar. Er erklärte, daß man dieselbe als ehrenvoll und vorteilhaft für das Land nicht direkt ablehnen solle, doch müsse man erst die Ansichten der Provinzen, der verbündeten Fürsten — in erster Linie sind dies die Könige von Frankreich und England — und seiner Exzellenz des Erbstatthalters, der gerade abwesend war, hören. Auch die Generalstaaten waren der Ansicht, daß es sich um eine wichtige Sache, die man ja nicht

[40] Schwedische Propositon 15. IX. 1610. — [41] R. G. 15. IX. 1610.

Digitized by Google

übereilen dürfe, hier handle. Auf die Bitten der holländischen Deputierten wurde ein Beschluß verschoben, damit die gerade tagenden Staaten von Holland und Westfriesland sich die Sache inzwischen überlegen könnten. Damit war die ganze Sache einstweilen auf die lange Bank geschoben.[42]

Inzwischen waren die Gesandten untereinander übereingekommen, daß Skytte nach Schweden zurückkehren solle, um dem König über das Ergebnis der Reise nach England, das man einem Briefe nicht anvertrauen wollte, Bericht zu erstatten. Am 24. September nahm er, von v. Dyck begleitet, Abschied von den Generalstaaten. Diese baten ihn, sich der geschädigten holländischen Kaufleute beim König anzunehmen, was Skytte auch zusagte. Auf seinen Wunsch gaben ihm die Generalstaaten auch einen Brief an König Karl mit; sie entschuldigten sich darin nach den üblichen Einleitungssätzen, daß sie über die angebotene Allianz noch keinen Beschluß gefaßt hätten. Bei der großen Entfernung der einzelnen Provinzen habe man diese nicht rasch genug unterrichten können. Sobald diese erst ihren Deputierten ihre Aufträge erteilt hätten, wolle man einen Beschluß fassen, mit dem der König zufrieden sein könne. Dieser wurde sodann gebeten, effektive Ordre zu geben, daß den geschädigten Kaufleuten sowohl Schiff wie Ladung restituiert würden. — Außer den schon erwähnten Fahrzeugen hatten die Schweden inzwischen das Schiff des Thomas Joachimsz alias Glasemaker aus Stavoren gekapert; am 13. September hatten daraufhin die Generalstaaten beschlossen, eine Liste aller gekaperten Schiffe aufzustellen und dem Gesandten auszuhändigen.[43] — Ferner erwarte man endliche Bezahlung der von schwedischen Kriegsschiffen unter Zahlungsversprechen requirierten Waren. — Am 27. April hatten nämlich die Rotterdamer Behörden den Generalstaaten

[42] R. G. 16. IX. 1610. — [43] R. G. 13. IX. 1610; Liste im Konzept sub Zweden 6527.

Digitized by Google

mitgeteilt, bei Danzig hätten die Schweden auf dem Rotterdamer Schiff „Fortuna", Kapitän Klaas v. Dyck, Häringe requiriert und schriftlich versprochen, dafür später 5320 schwedische Taler zu zahlen. Die Generalstaaten beschlossen damals, deswegen an König Karl zu schreiben.[44] — Überhaupt wolle man hoffen, daß die vielen Handelsstörungen endlich aufhören würden, da sonst, wie man auch den Gesandten mitgeteilt habe, leicht Zwistigkeiten zwischen den Staaten und Schweden entstehen könnten. Skytte erhielt zum Abschied eine goldene Kette mit Medaille im Wert von 1000 Gulden.[45]

Nach Skyttes Abreise erfolgte eine lange Pause in den Verhandlungen; während des ganzen Oktobers schlief die Sache vollständig, so daß die Gesandten ungeduldig wurden und schließlich baten, man möge ihnen endlich auf ihre Vorschläge Antwort geben. Die Generalstaaten sagten das zwar am 6. November zu[46]; nichtsdestoweniger blieb aber alles beim alten.

Erst im Dezember kam man zum endgültigen Beschluß; während ihrer vom 2.—16. Dezember währenden Tagung hatten die Staaten von Holland ihre Konformität mit dem generalstaatlichen Beschluß vom September ausgesprochen.[47] In der Sitzung der Generalstaaten vom 15. Dezember, an der auch der Staatsrat und Prinz Moritz teilnahmen, erklärte der erstere, man solle dem König von Schweden für die Gesandtschaft und die vorgeschlagene Allianz danken und ihm zu seiner Krone und Regierung Glück wünschen. Da die Sache das gemeine Interesse angehe, so wolle man erst die Ansichten Englands, Frankreichs und Dänemarks (!) darüber hören; man rate zu freundschaftlichem Verhältnis zu Dänemark und bedaure, wegen der Lage in Deutschland keine Regimenter entbehren zu können. Ferner solle man die Gesandten bei erster Gelegenheit verab-

[44] R. G. 28. IV. 1610. — [45] R. G. 24. und 25. IX. 1610. — [46] R. G. 6. XI. 1610. — [47] R. H. sub Holland 45, p. 38.

Digitized by Google

schieden und ihnen die „Negotiation und freie Handlung" zwischen Schweden und den Staaten ans Herz legen. Damit waren die Generalstaaten einverstanden und beschlossen demgemäß; sie erklärten sich gegen ein Separatbündnis, aber für eine große Allianz zwischen den Niederlanden, Frankreich, England, Dänemark und Schweden, wozu sie ihre guten Dienste anboten. Die Bitte um Sukkurs wurde abgelehnt, mit Rücksicht auf die Lage in Deutschland und Italien, und weil es für eine große Allianz vorteilhafter sei, wenn die Staaten ihre Truppen zu Hause behielten. Auch befürchtete man, bei Truppensendungen nach Schweden bei andern Mächten Anstoß zu erregen. Zu weiteren Verhandlungen mit den Gesandten, besonders über die Entschädigung holländischer Kaufleute, wurden je ein Deputierter aus Holland, Gelderland, Seeland und Friesland, nämlich Asperen, Brienen, Joachimi und Jongestal ernannt.[48]

Der König von Dänemark war inzwischen auch nicht müßig gewesen. Er schrieb am 4./14. November 1610 an die Generalstaaten, sie sollen nichts tun, was ihm, dem Könige, seinen Nachkommen, seinem Land und Volk zum Präjudiz, Beschwer oder Schaden gereichen könne. Die Generalstaaten beschlossen daraufhin am 15. Dezember auf den Rat des Prinzen Moritz und des Staatsrats, dem König zu antworten, er brauche in dieser Hinsicht nichts von ihnen zu befürchten. Gleichzeitig boten sie ihre guten Dienste zur Vermittlung zwischen Dänemark und Schweden an. Der Brief sollte aber erst nach der Abreise der schwedischen Gesandten expediert werden; erst am 1. Januar 1611 wurde sein Wortlaut festgesetzt.[49] Außerdem hatte Christian

[48] R. G. 15. XII. 1610; Hallenberg I, p. 94, behauptet, die Nachricht eines Sieges der Polen über die Russen habe die Generalstaaten von einem Bündnis mit Schweden abgeschreckt. — [49] Brief Christians, Kopenhagen 4. XI. 1610 mit Beilagen. R. G. 9. u. 15. Dezember 1610, 1. Januar 1611.

Digitized by Google

den Generalstaaten noch 2 Auszüge aus den Privilegien Karls IX. für die Bürger von Gotenburg zugesandt, wonach diesen das Recht zustand, gegen Zahlung eines Fischzehnten an die Krone Schweden in den Gewässern zwischen Waranger und der Insel Wadsoe, also auf dänischem Gebiet, zu fischen.[50] Unter den Bürgern befanden sich auch viele Holländer. Die Generalstaaten ließen sich, vielleicht ebendeshalb, nicht auf die Sache ein, da sie die dänisch-schwedischen Zwistigkeiten nichts angingen.[51]

Auch König Karl versuchte in die Verhandlungen einzugreifen, um die Niederländer zu seinen Gunsten zu stimmen. Durch ein Schreiben vom 17. Dezember 1610 verlieh er ihnen das Recht des Fischfangs zwischen dem Malanger- und Titisfjord gegen einen Zehnten an die Krone Schweden. Mit Dänemark sollten sie sich noch erst in Verbindung setzen, damit die an diese Krone zu zahlende Abgabe festgesetzt würde.[52] Auch dieses Privileg widersprach entschieden den dänischen Hoheitsrechten: vielleicht war es Karls Absicht, die Niederlande mit Dänemark zu verfeinden und so für sich zu gewinnen. Auf die Verhandlungen mit den Gesandten übte das Schriftstück keinen Einfluß mehr aus, denn es kam erst nach deren Abreise an.

Unterdessen gingen die Besprechungen der vier Deputierten mit den Gesandten weiter. Diese bemühten sich, einen besseren Bescheid zu erhalten, die Niederländer verfochten die Interessen der geschädigten Kaufleute.[53] Die Gesandten erhielten auf ihre

---

[50] Slange-Schlegel II, 439. Slange-Gram I, 256. — [51] Sprinchorn 153, Brief der Generalstaaten an Christian 1. I. 1611. — [52] Brief Karls vom 17. XII. 1610, verlesen am 4. III. 1611, laut R. G. 4. III. 1611. Beigefügt war eine Karte in vier Farben: 1. das eigentliche Festland, ohne Küste, grün: schwedisches Gebiet; 2. die Küste vom Malangerbis Warangerfjord grün und gelb: hier erhält Schweden $^2/_3$, Dänemark $^1/_3$ der Abgaben; 3. die Küste vom Malangerfjord bis zum Titisfjord gelb: beide Staaten erhalten je die Hälfte der Abgaben; 4. die Inseln rot: dänisches Gebiet, nach schwedischer Auffassung. — [53] R. G. 30. XII. 1610.

Digitized by Google

durch die Deputierten vorgetragene Bitte zunächst die bereits erwähnte Antwort auf ihre Vorschläge schriftlich[54]; gleichzeitig teilten sie den Deputierten eine Proklamation mit, die sich gegen solche Offiziere und Soldaten richtete, welche aus schwedischen Diensten zu den Polen übergegangen waren. Sie baten, daß man die Verbreitung und den Anschlag dieses Druckwerks in den Niederlanden erlauben möchte. Die Generalstaaten wollten darüber zunächst die Ansicht des Prinzen Moritz und des Staatsrats hören.[55] Auf deren Rat schlugen sie dann die Erlaubnis ab.[56] In der Sitzung vom 30. Dezember kam dann die Bitte der Schweden um Änderung der generalstaatlichen Resolution vom 15. Dezember zur Sprache; im Einverständnis mit dem Statthalter wurde dieselbe abgelehnt; auch wurde der Greffier Aerssen beauftragt, jetzt in forma die endgültige offizielle Antwort schriftlich aufzusetzen, damit man dieselbe mit dem Staatsrat im Wortlaut fixieren könne.[57] Die vier Deputierten erhielten wiederum die Weisung, sich der Kaufleute bei den Verhandlungen mit den Schweden anzunehmen. Am 1. Januar wurde dann der Wortlaut der von Aerssen konzipierten abschlägigen Antwort definitiv festgesetzt[58] und dieselbe den Gesandten ausgehändigt. Während so die schwedischen Bemühungen erfolglos geblieben waren, konnten auch die Niederländer in der Angelegenheit der gekaperten Schiffe nichts erreichen. König Karl hatte sich bereit erklärt, nicht nur den „fliegenden Engel", sondern auch den „heiligen Petrus" herauszugeben, wenn die Niederländer fortan die Rigafahrt unterließen. Die Staaten erließen aber ein solches Verbot nicht.[59] Die Gesandten antworteten den Deputierten[60], der schwedische Kaperkrieg geschehe iure belli, eine Entschädigung

[54] R. G. 17. u. 22. XII. 1610. — [55] R. G. 22. XII. 1610. — [56] R. G. 31. XII. 1610. — [57] R. G. 30. XII. 1610. — [58] R. G. 1. I. 1611. — [59] Brief Karls 18. VI. 1610; Sprinchorn 151; cf. p. 16. — [60] cf. deren Rapport, R. G. 4. I. 1611.

Digitized by Google

könne man nicht verlangen. Als die Niederländer einwarfen, ein Teil der fortgenommenen Schiffe sei sub iurisdictione der Krone Dänemark gekapert worden; man hätte sich deshalb bei König Christian beschweren können und hätte dies nur aus politischen, nicht aus juristischen Gründen unterlassen[61], erklärten die Schweden, sie hätten keine Vollmacht in dieser Sache; würde man eine Allianz mit Schweden schließen, so sei eine Rückgabe der Schiffe zweifellos; sie selbst könnten jedoch weiter nichts sagen. Die Generalstaaten beschlossen daraufhin am 4. Januar, den Gesandten nahezulegen, in Schweden die geschädigten Kaufleute dem König zu empfehlen. Gleichzeitig hielt man es für angebracht, die Abreise der Gesandten zu beschleunigen, da die Kosten ihres Aufenthalts im Haag von den Staaten bestritten wurden.[62]

Die Deputierten überreichten nun den Gesandten die schriftliche Antwort der Generalstaaten. Jeder derselben erhielt eine goldene Ehrenkette mit Medaille.[63] Dann nahm man Abschied. Auf ihren Wunsch gewährten die Generalstaaten den Gesandten noch eine Audienz für den 7. Januar[64], die dann auf den 8. Januar verschoben wurde, da eine am Morgen des 8. Januar

---

[61] In Dänemark sah man die direkten niederländisch-schwedischen Verhandlungen sehr ungern. Als Haga im März 1610 in Helsingör ankam, traf er dort die Reeder des „fliegenden Engels" und dessen Kapitän, den „tauben Pieter". Diese bat er um mehrere Empfehlungsschreiben, die die Reeder von den Generalstaaten erhalten hatten und die der Kapitän mitgebracht hatte. Er erhielt zur Antwort, die dänischen Behörden hätten dieselben konfisziert und verboten, sowohl den Kapitän als auch die Briefe nach Schweden gelangen zu lassen. Eine Reise der Reeder nach Kopenhagen war ganz erfolglos. Sie wurden auf den nächsten Reichstag vertröstet. Da Haga so lange nicht warten konnte, reiste er ohne diese Empfehlungsschreiben nach Schweden ab. cf. den Bericht des Cornelis Haga. — [62] R. G. 4. I. 1611. — [63] Stenbocks Kette war 1400 Gulden wert, die Stråles 1100, die v. Dycks 900 Gulden, R. G. 30. XII. 1610. — [64] R. G. 6. I. 1611.

Digitized by Google

zwischen den Schweden und Oldenbarnevelt stattfinden sollende Unterredung dies wünschenswert erscheinen ließ.[65]

Aber auch am 8. Januar nahmen die Schweden noch nicht Abschied. Vielmehr berichtete an diesem Tage Jongestal den Generalstaaten, die Gesandten hätten am Morgen bei ihrem Besuch bei Oldenbarnevelt verschiedene Dinge vorgebracht, die noch erledigt werden müßten. Sie sollten für ihren König 3000 Mann Fußvolk und 1000 Reiter anwerben lassen und ließen die Staaten bitten, diese Truppen einstweilen auf niederländische Kosten nach Schweden zu transportieren. Oldenbarnevelt habe vergebens versucht, ihnen das auszureden. Außerdem hätten sie noch einiges Neue vorzubringen und ersuchten deshalb um eine neue Unterredung mit den vier Deputierten. Das letztere wurde freilich zugestanden, doch erhielten Asperen, Brienen, Joachimi und Jongestal die Weisung, sich auf nichts einzulassen, vielmehr alles zu „ekkusieren".[66]

Am 11. Januar rapportierten Asperen, Joachimi und Jongestal — Brienen nahm an der Sitzung nicht teil —, die Gesandten hätten trotz ihres Abredens auf der Werbung von 3000 Mann Fußvolk und 1000 Reitern bestanden; ferner wünschten sie den öffentlichen Anschlag der gegen Überläufer gerichteten Proklamation, damit dieselben sich in Schweden zur Verantwortung stellten. Sodann sollten sich die holländischen Schiffe in der Ostsee nicht von den Dänen konvoyieren lassen, da dies die Feindschaft zwischen den nordischen Staaten nur vermehre. Die Gesandten wollten sich bemühen, bis zum 1. April von König Karl eine Verkündigung des Inhalts zu erwirken, daß alle mit dem Passeport der Herren Staaten versehenen Schiffe frei und ungehindert nach Riga dürften. Zuletzt ließen die Gesandten noch bitten, das Schreiben an ihren Monarchen etwas ausführlicher abzufassen, und schlossen mit dem Gesuch, die

[65] R. G. 7. I. 1611. — [66] R. G. 8. I. 1611.

Digitized by Google

Niederlande möchten, wie England, alles tun, um Dänemark und Schweden zu versöhnen.

Die erste Bitte wurde den Gesandten abgeschlagen, doch erreichten sie wenigstens, daß die Staaten erklärten, sie hätten, falls sie selbst einige Kompanien abdankten, nichts dagegen, wenn diese in schwedische Dienste treten wollten. Auch der Gewährung der zweiten Bitte, die Proklamation angehend, war man nicht mehr so schroff abgeneigt, doch konnte man keine Einigung erzielen und deshalb auch zu keinem Beschluß gelangen. Was die Rigafahrt anbetraf, so wollte man erst ein Gutachten der Stadt Amsterdam darüber einholen. Dagegen erklärte man sich bereit, den Gesandten ein ausführliches Schreiben an König Karl mitzugeben, dessen Wortlaut denn auch am 12. Januar festgesetzt wurde[67], sowie sich möglichst zu bemühen, den Frieden zwischen den zwei skandinavischen Staaten aufrecht zu erhalten.[68] Schon am 30. Dezember 1610 hatten die Generalstaaten beschlossen, an ihren Gesandten in London, Caron, zu schreiben und ihn unter besonderem Hinweis auf die auf dem Spiel stehenden Handelsinteressen aufzufordern, König Jakob um Entsendung einer Gesandtschaft nach Dänemark und Schweden zu ersuchen, zwecks Versöhnung dieser beiden Mächte.[69]

Am 13. Januar verabschiedeten sich nun endlich Stenbock, Ströle und van Dyck wirklich von Ihren Hochmögenden; jetzt erst wurde das bereits erwähnte[70] Schreiben an König Christian expediert, nachdem man eine Kopie des den Schweden gegebenen Abschieds beigelegt hatte.[71]

Aber auch jetzt noch sollten die Generalstaaten mit den Gesandten zu schaffen haben. Diese hatten ursprünglich vorgehabt, zur See heimzukehren. Als sie indessen in Amsterdam anlangten, fanden sie, daß das wegen des Frosts und des widrigen

[67] R. G. 12. I. 1611. — [68] R. G. 11. I. 1611. — [69] R. G. 30. XII. 1610. — [70] cf. oben p. 22. — [71] R. G. 13. u. 15. I. 1611.

Digitized by Google

Windes nicht möglich sein werde. Sie faßten nun den Entschluß, Stenbock mit 4—5 Begleitern allein zu Lande nach Schweden reisen zu lassen. Dazu fehlte es aber an Geld. Deshalb schrieb Stenbock an das Admiralitätskollegium zu Amsterdam und bat um ein persönliches[72] Darlehen von 4000 Talern auf sechs Monate. Die Admiralität machte Schwierigkeiten und fragte die Generalstaaten um Rat. Diese antworteten, nachdem sie die Gesandten so lange freigehalten hätten[73], müßten sie diese Bitte etwas sonderbar finden. Man solle daher den Gesandten an die auf Schweden handelnden Amsterdamer Kaufleute verweisen.[74] Stenbock reiste tatsächlich noch im Januar ab.[75]

Damit hatte die Sache allerdings noch nicht ihr Bewenden. Am 8. Februar erschien nämlich der Amsterdamer Pensionär Verius im Auftrage dieser Stadt bei den Generalstaaten und legte die traurige Lage der schwedischen Gesandten dar. Wetter und Wind waren jetzt günstig, aber der Geldmangel war so groß geworden, daß die Gesandten sich genötigt gesehen hatten, ihre Wertsachen zu versetzen. Man müsse, führte Verius aus, sie entweder freihalten oder ihnen Geld leihen. Bei den Amsterdamer Kaufleuten hätten sie keine Hülfe gefunden. Darum sei er, Verius, hierher geschickt worden. Da die Gesandten bisher bei ihrem Aufenthalt in den Niederlanden auf Kosten der Generalität gelebt hätten, so sei es in Ordnung, daß dieselbe auch den Aufenthalt der Gesandten in Amsterdam bestritte, und es sei jedenfalls nicht gerecht, wenn Amsterdam die einzige Stadt sei, die in dieser Hinsicht jetzt eine Ausnahme bilde und selbst die Unkosten für die Gesandten zu tragen habe; andrerseits aber müsse man den Gesandten gegenüber sich entgegenkommend zeigen.

---

[72] op desselfs obligatie, cf. R. G. 22. I. 1611. — [73] Die Generalstaaten hatten vom 31. VIII. 1610—17. I. 1611: 13165 Pfund 19 Schillinge bezahlt, cf. R. G. 18. II. 1611. — [74] R. G. 22. I. 1611. — [75] Sprinchorn 153; Vreede I, 47.

Digitized by Google

In der nun folgenden Debatte wiesen die meisten Deputierten darauf hin, daß die Generalstaaten zur Ehre des Landes und der Gesandten genug getan hätten; am besten würde es sein, wenn sich die Amsterdamer Admiralität für die Schuld der Gesandten verbürge und es damit diesen möglich mache, sich 2000 Gulden, rückzahlbar in kurzer Frist, zu leihen. Der Pensionär Verius protestierte zwar dagegen; die Generalstaaten faßten aber einen dementsprechenden Beschluß.[76, 77]

In Dänemark rüstete man bereits zum Krieg gegen Schweden. Auf dem Reichstag zu Kopenhagen im Februar 1611 drang König Christian mit seiner Absicht durch und bereits im April wurde der Fehdebrief abgeschickt.[78] Es waren der Streit in Lappmarken und das dominium maris baltici gewesen, die hauptsächlich den Krieg hervorriefen, Fragen, an deren Lösung die Niederländer lebhaft interessiert waren. Am 4. März wurde bei den Generalstaaten das bereits erwähnte[79] Privileg Karls IX. verlesen, das den Niederländern das Recht des Fischfangs vom Titisfjord bis zum Warangerfjord verlieh; auch unter den Bürgern von Gotenburg, die ebenfalls vom Könige dort ausgedehnte Rechte erhalten hatten[80], befanden sich viele Niederländer. Das erste Privileg hatte aber, selbst das Recht Schwedens, dort Privilegien zu erteilen, vorausgesetzt, gar keine Bedeutung, wenn nicht Dänemark den Niederländern dasselbe bestätigte.[81] Diese captatio benevolentiae half gar nichts. Dagegen sind die Gesuche Christians, ihm im Gebiet der Staaten das Anwerben von Truppen zu gestatten, schließlich genehmigt

[76] R. G. 8. II. 1611. — [77] Abgesehen von den ungedruckten Quellen sind für diese Gesandtschaft wichtig: Sprinchorn 150 ff.; Vreede I, 42 ff.; kurz erwähnt wird dieselbe Meteren 589; Arend-van Rees-Brill III[2] 397 f.; Wagenaar X, 47; Geijer II, 352; Hallenberg I, 93 ff.; Slange-Schlegel II, 469; Slange-Gram I, 273; Häberlin-Senkenberg XXIII, 329; Khevenhiller VII, 978. — [78] Schäfer V, 316 ff. — [79] cf. oben p. 23. — [80] Slange-Schlegel II, 439; Slange-Gram I, 256. — [81] cf. oben p. 23.

Digitized by Google

worden. Man wollte sich eben die bisherigen guten Beziehungen zu Dänemark bewahren. Am 14. März, also 10 Tage nach Empfang des schwedischen Privilegs, verlasen die Deputierten von Holland in der Versammlung der Generalstaaten ein Patent des Dänenkönigs, das sie am selben Tage erhalten hatten. Die Staaten von Holland waren der Ansicht, man solle in die nachgesuchte Werbung von 500 Matrosen einwilligen, falls keine Trommel dabei gerührt würde.[82] Indessen vertagten die Generalstaaten zunächst die Sache.[83] Am 16. März erhielt man bereits ein neues Schreiben Christians IV. mit der Bitte, ein Fähnlein von 200 Knechten anwerben lassen zu dürfen[84], auch hierüber wurde die Beschlußfassung vertagt, da die von Holland erst den Rat des Erbstatthalters einholen wollten.[85] Am 18. März wurden dann auf den Rat desselben dem Könige beide Bitten abgeschlagen und dies mit der gefahrvollen Lage der Staaten begründet. Man riet zur Beilegung der Zwistigkeiten mit Schweden und erklärte ausdrücklich, wenn man diesem Staate früher Werbungen gestattet habe, so sei das deshalb geschehen, weil die Kriege Schwedens sich auch gegen die Macht des Papsttums gerichtet hätten. Dagegen wurde dem dänischen Kapitän Heymarck, der mit seiner Kompanie in niederländischen Diensten stand, auf Bitten Christians bewilligt, sich mit seinen Leuten nach Dänemark heim zu begeben.[86] Mit diesem Ausgang waren die von Holland nun gar nicht zufrieden. Asperen teilte das in der Sitzung vom 21. März den Generalstaaten mit; der Beschluß wurde kassiert, der dänische Kapitän Jakobsson, der sich mit der abschlägigen schriftlichen Antwort bereits in Amsterdam befand, zurückgerufen.[87] Am 25. März beschlossen die Staaten von Holland, Christian das Anwerben der Matrosen

[82] R. H. 14. III. 1611. — [83] R. G. 14. III. 1611. — [84] R. G. 16. III. 1611. — [85] R. H. 18. III. 1611. — [86] R. G. 18. III. 1611. — [87] R. G. 21. III. 1611.

Digitized by Google

und des Fußvolks zu gestatten[88], und schließlich ließen sich, nachdem verschiedene Deputierte mit den gerade im Haag weilenden Gesandten der possedierenden Fürsten von Brandenburg und Pfalz-Neuburg und mit seiner Exzellenz dem Erbstatthalter über die Sache gesprochen hatten[89] und diese nichts einzuwenden hatten, die Generalstaaten am 28. März zu einem dem der Staaten von Holland gleichlautenden Beschluß herbei. Sie gestatteten die Anwerbung, bedangen sich jedoch aus, daß die Truppen vor dem Abmarsch von niederländischen Bevollmächtigten besichtigt würden, um so zu verhindern, daß ihre eigenen Soldaten „debauchiert" würden.[90] Gleichzeitig beschloß man, bei der Mitteilung dieses an den König, demselben den niederländischen Handel und ein gutes Verhältnis zu Schweden zu empfehlen. Das in denselben Tagen im Haag und in Amsterdam verbreitete Gerücht, Dänemark wolle sich mit Polen gegen Schweden verbünden, Sigismund solle dies Reich wieder erhalten und dann wollten sich die beiden skandinavischen Herrscher gemeinsam an die Eroberung Rußlands wagen, konnte die Generalstaaten nicht beeinflussen.[91] Am 1. April gestattete man dem dänischen Kapitän Lonck, der außerhalb des niederländischen Gebiets Truppen angeworben, den Durchzug durch die Staaten, doch mußten auch seine Soldaten besichtigt werden.[92]

Am 1. April hatte van Dyck, der inzwischen in England gewesen war, eine Audienz bei den Generalstaaten. Diese hatten, bevor er nach London ging, Caron geschrieben, er solle sich seiner annehmen.[93] Caron sollte ferner alle Mittel anwenden, um Großbritannien zu einer Vermittlung zwischen Schweden und Däne-

[88] R. H. 25. III. 1611. — [89] R. G. 26. III. 1611. — [90] R. G. 28. III. 1611. — [91] Diese Nachrichten, die Melchior von Laere brieflich, Amsterdam 20. III. 1611, den Generalstaaten mitteilte, hatte ein gewisser Jan Andriessen, der sich mit Briefen und Aufträgen der Erzherzöge von Brüssel nach Dänemark und Polen begab, in Amsterdam verbreitet, cf. R. G. 24. III. 1611. — [92] R. G. 1. IV. 1611. — [93] R. G. 13. I. 1611.

Digitized by Google

mark zu vermögen.[94] Noch am 18. März wurde er aufgefordert, über den Erfolg seiner Bemühungen, ob Jakob einen Bevollmächtigten nach Dänemark zu schicken willens sei oder nicht, zu berichten.[95] Jetzt berichtete van Dyck über die Absichten des englischen Hofs und bat die Generalstaaten, sich die Vermittlung zwischen Schweden und Dänemark angelegen sein zu lassen, was diese zusagten.[96] Ein Gesuch um Hülfe wurde abgeschlagen.[97]

So war die Lage im April 1611. Schweden war mit seinen Bitten abgewiesen worden, während Dänemark mit seinen Gesuchen infolge des Auftretens der Staaten von Holland vollen Erfolg hatte. Diese Provinz sah sich infolge des Handels von Amsterdam auf ein gutes Verhältnis zu Dänemark angewiesen. Die Absicht, den allerdings unvermeidlichen Krieg zu verhindern, hegte man im allgemeinen protestantischen Interesse, damit Schweden gegen Polen freie Hand behalte, und wegen der Handelsinteressen. Nun aber griff König Christian zu Maßregeln, die gerade den Handel der Staaten empfindlich trafen, damit die Lebensinteressen der Niederländer bedrohten und so zuletzt einen vollen Umschwung der niederländischen Politik hervorriefen.

[94] cf. oben p. 27. — [95] Am 25. IV. traf seine Antwort vom 23. III. v. st. ein; ihr Inhalt war günstig. Der Engländer Spens suchte zu vermitteln, cf. Schlegel II, 37. — [96] R. G. 1. IV. 1611. — [97] Sprinchorn 155.

II.

Die niederländische Politik während des Kalmarkriegs (1611—1613).

Am 25. April erhielten die Generalstaaten drei Briefe König Christians. Der erste, vom 15. Februar, war nur ein recepisse auf das staatische, am 1. Januar festgesetzte Schreiben; der zweite, ohne genaueres Datum, aber im März geschrieben, war ein Kredenzbrief für den Doktor der Rechte Jonas Carisius, dänischen Rat, der sich als Resident im Haag aufhalten und für den König Truppen anwerben sollte.[98] Der Inhalt des dritten und wichtigsten Schreibens vom 28. Februar war ein Verbot jeder Fahrt auf Schweden während des Krieges unter Schadenandrohung.[99] Die Generalstaaten beschlossen am 27. April, dies letzte Schreiben zu kopieren und allen Admiralitäten zukommen zu lassen, damit auf diese Weise die interessierten Kaufleute davon unterrichtet würden.[100] Dem stimmten die Staaten von Holland am 3. Mai zu, doch sollte die Mitteilung nicht durch öffentlichen Anschlag, sondern privatim auf den Admiralitätskontoren erfolgen; man wollte vermeiden, sich den Anschein zu geben, als ob man das Verbot formell anerkenne.[101] Am selben Tage empfingen die Generalstaaten einen Brief der Amster-

[98] Über diesen Carisius cf. unten p. 46; Kernkamp 239. — [99] Briefe Christians vom 15. und 28. II. und III. 1611; R. G. 25. IV. 1611; Sprinchorn 154. — [100] R. G. 27. IV. 1611. — [101] R. H. 3. V. 1611.

Digitized by Google

damer Admiralität vom 2. Mai; dieser enthielt neben der Empfangsbestätigung des Schreibens vom 27. April eine neue Hiobspost. Die Admiralität teilte nämlich mit, der König von Dänemark habe alle Zölle in seinem Lande, das Lastgeld von den Gütern und den Rosenobelzoll von den Schiffen, verdoppelt. Wegen der großen Belästigung, die dadurch dem niederländischen Handel widerfuhr, wurden Ihre Hochmögenden gebeten, sich dieser Sache anzunehmen, was sie auch zusagten.[102] In der Tat hatte Christian am 10./20. April die Zölle im Sund und Belt, sowie die Hafenzölle um 1/3 erhöht.[103] Damit hatte der König sich über die Mahnungen des dänischen Reichsrats, ein gutes Verhältnis zu den Niederlanden und den Hansestädten, die natürlich auch von dieser Maßregel betroffen wurden, zu unterhalten, hinweggesetzt, obwohl er selbst versprochen hatte, denselben nachzukommen.[104] Auch den Hansestädten hatte der König die Schwedenfahrt verboten.[105] Damit war eine Interessengemeinschaft zwischen diesen und den Niederländern herbeigeführt worden, die später von großen Folgen sein sollte.[106]

Wieder waren es die Staaten von Holland, die — diesmal für den bedrohten Handel — mit großem Eifer, aber nicht immer mit großem Geschick sich ins Mittel legten. Bereits am 27. April beschlossen sie auf Oldenbarnevelts Drängen trotz des Fehlens von vielen generalstaatlichen Deputierten bei Ihren Hochmögenden für eine Gesandtschaft nach Dänemark einzutreten und den König von England zu bitten, dieser durch seinen Gesandten

---

[102] R. G. S. V. 1611. — [103] Schlegel II, 38: Secher III, 315 ff., 334 ff.; R. D. H. D. II[2], 10782. — [104] R. D. H. D. II[1], 5320, 5321; Erslev I, 196 ff. — [105] Brokes I, 341; Slange-Schlegel II, 490; Slange-Gram I, 277. — [106] Wenn Garde, Den dansk-norskes Sømagts Historie p. 123 behauptet, Christian habe sich vor Ausbruch des Krieges vergewissert, daß man in den Niederlanden nichts gegen eine Erhöhung des Sundzolls während desselben einzuwenden habe, so stimmt das nicht.

Digitized by Google

(Spens) zu sekundieren[107], und am 3. Mai beschlossen sie, bei den Generalstaaten auf rasche Abfertigung dieser Gesandtschaft, die aus einem Adligen und zwei Rechtsgelehrten bestehen sollte, zu bringen; sie sollte auf Kosten der Generalität reisen, falls andre Provinzen noch einige Gesandten mitgehen lassen wollten, so hätten sie die Kosten dafür selbst zu tragen.[108] Am gleichen Tage noch plaidierten die Holländer bei den Hochmögenden, der Zweck der Gesandtschaft solle die Versöhnung der kriegführenden Mächte und die Herbeiführung der alten niedrigeren Zollsätze sein. Die andern Deputierten waren mit einer solchen Gesandtschaft an sich einverstanden, wollten aber erst die Ansichten ihrer „Herren Prinzipale" hören.[109] Somit wurde die Sache vertagt. Der niederländische Agent im Sund, Willem Adriansz Cock, riet ebenfalls in einem Schreiben vom 17. April zur raschen Abfertigung einer Gesandtschaft, doch war die Angelegenheit, als die Generalstaaten am 11. Mai den Brief erhielten, noch nicht beschlußreif.[110]

Einstweilen entschloß man sich, völlig neutral zu bleiben. Die Generalstaaten setzten ein Plakat auf, wonach niemand sich ohne Erlaubnis der Generalität zur See in fremde Dienste begeben dürfe. Auch durfte niemand, der mit fremden Aufträgen versehen war, ohne ihre Genehmigung in See stechen; wer schon unterwegs war, mußte bis zum 1. November heimgekehrt sein.[111]

Erst um den 20. Mai kam die Gesandtschaftsangelegenheit wieder in Fluß; an diesem Tage beschlossen die Staaten von Holland, daß die zwei Rechtsgelehrten aus ihrer Provinz zu sein hätten, und wählten den ehemaligen Amsterdamer Bürger-

[107] R. H. 27. IV. 1611. — [108] R. H. 3. V. 1611. — [109] R. G. 3. V. 1611. — [110] R. G. 11. V. 1611. — [111] Plakat vom 12. Mai 1611 sub Plakaten 3533; Vreede II, 113, 182 ff.; cf. auch R. H. 5. u. 14. V. 1611. Das Plakat wurde 22. III. 1613 und 22. VII. 1614 erneuert, cf. sub Plakaten 3533. R. H. in der Tagung 5. III. bis 29. III. 1613 sub Holland 49, p. 13.

Digitized by Google

meister Dirk Bas und den Ratsherrn Rombout Hoogerbeets aus dem Noorderquartier; den Edelmann sollten die andern Provinzen bestimmen.[112] Der erkrankte Oldenbarnevelt riet den ihn besuchenden Deputierten Asperen, Brienen und Clant dringend, die Gesandtschaft zu beschleunigen.[113] Es kam daraufhin am 28. Mai zu einer äußerst wichtigen Beratung der Generalstaaten. Man debattierte über drei Punkte: 1. soll überhaupt eine Gesandtschaft nach Dänemark und Schweden gehen? 2. wenn ja, auf wessen Kommission und mit wessen Instruktion? aus wieviel Personen soll sie bestehen und von welcher Qualität sollen dieselben sein? 3. wer hat die Kosten zu tragen? Dieser letzte Punkt rief großen Streit hervor. Die erste Frage wurde bejaht und die Gesandtschaft einstimmig nicht nur für nützlich, sondern sogar für dringend notwendig erklärt. Über die zwei andern Punkte aber konnte man sich nicht einigen. Denn die von Gelderland und Seeland erklärten, die Gesandtschaft habe im Auftrage und auf Kosten der Generalität zu erfolgen, während die Holländer entgegen ihrer früheren Ansicht betonten, die Kosten hätten die dafür stimmenden Provinzen zu tragen, welche auch die Gesandten bestimmten, doch sollten dieselben von den Generalstaaten bevollmächtigt werden. Sie wollten sich dadurch den Haupteinfluß sichern. Der holländische Wortführer Clant sagte übrigens, er selbst sei der Ansicht der Gelderländer und Seeländer, und bedauerte, daß ihm durch Auftrag der Staaten von Holland die Hände gebunden seien. Man legte schließlich den Holländern nahe, sich die Sache nochmals zu überlegen.[114] Eine Beratung über die Frage, wer nach Dänemark gehen solle, blieb zwei Tage später auch ergebnislos.[115] Am 31. Mai kam es wieder zu einer erregten Sitzung bei den Generalstaaten. Die von Gelderland, Holland und Groningen erklärten, die Ge-

[112] R. H. 20. V. 1611. — [113] R. G. 24. u. 25. V. 1611. — [114] R. G. 28. V. 1611. — [115] R. G. 30. V. 1611.

Digitized by Google

sandtschaft solle im Auftrag der Generalstaaten, aber auf Kosten der die Gesandten bestimmenden Provinzen vor sich gehen. Die Gelderländer betonten übrigens, an sich hielten sie an ihrer früher geäußerten Meinung fest, es solle dies kein Präzedenzfall sein, man wolle nur, der rascheren Einigung halber, einmal eine Ausnahme machen. Dagegen wollten die Seeländer nicht einmal von einer Ausnahme etwas wissen, da sie befürchteten, daß das später doch als Präzedenzfall betrachtet werden würde. Die von Groningen wünschten, daß, wenn die Generalität die Kosten trage, auch ein Deputierter aus ihrer Provinz mitgehe. Auch an diesem Tage konnte man sich noch nicht einigen.[116]

Nun verloren aber die Holländer die Geduld. Sie ernannten nun auch den adligen Gesandten und bestimmten dazu den Admiral Obdam[117], gegen dessen Persönlichkeit die Generalstaaten nichts einzuwenden hatten.[118] Es war übrigens die höchste Zeit, daß etwas geschah, denn jetzt kamen von allen Seiten Klagen über dänisches Kaperwesen. So wurde dem Lenaert Vanst sein von Gotenburg kommendes Schiff gekapert, trotzdem die Mannschaft und der Kapitän von einem Verbot der Schwedenfahrt nichts wußten; ebenso erging es dem Johann Colber Prins, dem sogar Weib und Kind gefangen genommen wurden. In beiden Fällen beschlossen die Generalstaaten, die Sache der Gesandtschaft anzuvertrauen.[119] Auch Pietertgen Simons, Ehefrau des Schiffers Jan Botter, erhielt Empfehlungsschreiben an den König von Dänemark, weil man ihrem Gatten Schiff nebst Ladung abgenommen, ihn selbst in Kopenhagen gefangen gesetzt hatte.[120]

Die Gesandtschaftsfrage war immer noch nicht gelöst. Als die friesischen Deputierten Donia und Velsen, die an den vorhergehenden Sitzungen der Generalstaaten nicht teilgenommen

[116] R. G. 31. V. 1611. — [117] R. H. 3. VI. 1611. — [118] R. G. 3. VI. 1611. — [119] R. G. 2. u. 3. VI. 1611. — [120] R. G. 11. VI. 1611.

Digitized by Google

hatten, erfuhren, daß die Gesandtschaft auf Kosten der Provinzen, welche die Teilnehmer daran ernennen würden, geschehen solle — was übrigens noch nicht offiziell beschlossen war —, protestierten sie dagegen und erklärten, entweder habe die Generalität auch die Kosten zu tragen — dann wolle Friesland auch einen Gesandten abfertigen —, oder aber die Sache sei lediglich Sache der Einzelprovinzen und gehe Ihre Hochmögenden gar nichts an. Trotz alles Zuredens ließen sie sich von ihrer Meinung nicht abbringen.[121]

So stand also die Sache. Die Holländer wünschten eine Gesandtschaft mit generalstaatlicher Vollmacht, da eine solche natürlich mehr ins Gewicht fiel. Andrerseits aber wollten sie als Hauptbeteiligte am Ostseehandel auch den Haupteinfluß auf die Gesandtschaft haben und darum die Gesandten selbst ernennen. Dann mußten sie als Äquivalent auch die Kosten tragen. Dagegen waren die Friesen und die Seeländer für eine rein generalstaatliche Aktion, während die Gelderländer, die anfangs auch diese Meinung vertreten hatten und prinzipiell auch jetzt noch hegten, und die von Groningen des Friedens halber und um die Sache nicht noch weiter zu verzögern, für diesmal den Holländern ihren Willen lassen wollten. Sie brachten die Friesen und Seeländer auf ihre Seite und gaben am 14. Juni in der Sitzung der Generalstaaten ihre Meinung kund. Die Holländer sollten allein die Gesandten ernennen und dafür die Kosten tragen; Auftrag und Instruktion sollte aber von den Generalstaaten ausgehen. Indessen solle dies ohne Präjudiz geschehen, vielmehr fortan allein die Generalität Gesandte ernennen und die Kosten tragen. Ein Beschluß wurde auch diesmal noch nicht gefaßt.[122]

Endlich fiel am 22. Juni die Entscheidung. Die Generalstaaten beschlossen, daß der Junker Jakob van Duvenvoorde,

[121] R. G. 8. u. 9. VI. 1611. — [122] R. G. 14. VI. 1611.

Digitized by Google

Herr von Obdam und Hagesbrouck, Admiral von Holland und Westfriesland, Dr. Rombout Hoogerbeets, Rat im hohen Rate von Holland, Westfriesland und Seeland, und Dirk Bas, Rat und ehemaliger Bürgermeister von Amsterdam, nach Dänemark und Schweden gehen sollten. Die Klagen der geschädigten Kaufleute[123] wurden ihnen besonders ans Herz gelegt. Sie sollten auf keinen Fall ihre Papiere sich an der dänischen oder schwedischen Grenze abnehmen lassen[124], sondern sagen, daß sie beauftragt seien, dieselben dem König selbst zu überreichen; dasselbe sollten sie sagen, falls man sie wegen Abwesenheit der Könige oder aus andern Gründen an den Reichsrat zu Verhandlungen verwiese. Kredenzbriefe erhielten sie an die Könige von Dänemark und Schweden, an die Königinnen, an die Reichsräte der beiden Staaten, sowie an Gustav Adolf und Herzog Johann. Am 1. Juli versicherten die Gesandten an Eidesstatt, sich an ihre Instruktion halten zu wollen[125], und reisten am 7. Juli zu Schiff von Enkhuisen ab.[126] So hatte Holland den Sieg davongetragen. Daß alle drei Gesandte Holländer waren, wird indessen deshalb, weil diese ein zu großes lokalpatriotisches Interesse an der Herabsetzung des Sundzolls hatten, mit Recht getadelt. Desgleichen wird gerügt, daß Hoogerbeets, obwohl er noch nie an einem Fürstenhof gewesen war, dennoch als «felix compositor» zum Gesandten nominiert wurde.[127]

Am 17. Juli kamen die Gesandten vor Helsingör an. Der niederländische Agent im Sund, Isaak Pietersz, besuchte sie an Bord ihres Schiffes und teilte ihnen mit, daß nur die Reichsräte Friis und Brahe in Kopenhagen seien; diese wüßten

[123] Govaert de Briefe, Johann Reyniertsz, Willem Claesz und die acht Kaufleute, die von den Schweden um 220000 Gulden geschädigt worden waren, hatten sich nochmals an die Generalstaaten gewandt R. G. 22. VI. u. 1. VII. 1611. — [124] cf. die Anmerkung zu Seite 25. — [125] Instruktion und Kredenzbriefe vom 21. VI. 1611; R. G. 22. VI. 1611. — [126] Rapport der Gesandten. — [127] Vreede I, 51 f.

Digitized by Google

durch ein einen Tag vorher aus Holland abgegangenes Schiff bereits um die Ankunft der Gesandten. Außerdem sagte er, die Kaufleute beklagten sich sehr über das barbarische Vorgehen der dänischen Kapitäne. Darauf begaben sich die Gesandten nach Kopenhagen, wo sie am 24. Juli, morgens 1/2 10 Uhr die erste Audienz bei den Reichsräten hatten.[128] Anwesend waren der Kanzler Friis, Sten Brahe, Oluf Rosensparre, Dr. Leonardus Metzner. Die Gesandten erklärten, sie seien des Friedens halber gekommen; auf die Frage der Dänen, ob sie dem König sonst noch etwas mitzuteilen hätten, beriefen sie sich auf ihre Instruktion, die ihnen befahl, sich direkt an den König zu wenden, worauf man ihnen erklärte, man wolle ihnen näheren Bescheid erst später geben. Am selben Tage noch erhielten die Niederländer den Besuch des Dr. Metzner und des Hofjunkers de Lange; ersterer teilte ihnen mit, der König müsse noch erst entscheiden, ob er ihnen überhaupt Audienz bewilligen wolle.[129]

Inzwischen hatten die Generalstaaten einen Brief der Amsterdamer Admiralität vom 13. Juli erhalten, des Inhalts, daß ein von Riga heimkehrender Schiffer von einem Dänen überfallen, seines Geldes beraubt und selbst mißhandelt worden sei. Man beschloß, dies den Gesandten mitzuteilen und ihnen aufzutragen, die Bestrafung des Täters zu verlangen sowie die Versicherung, daß solches in Zukunft nicht mehr vorkommen solle.[130] Am 30. Juli kam das generalstaatliche Schreiben bei den Gesandten an, die daraufhin am 3. August eine Besprechung mit dem Kanzler und den Reichsräten hatten. Sie überreichten denselben eine Liste der geschädigten Kaufleute und forderten 1. Rückgabe des den Niederländern durch dänische

[128] Die Audienz hatte sich infolge des Todes eines Reichsrats und der darauf erfolgten Abreise der anderen Reichsräte verzögert, diese waren erst jetzt zurückgekehrt. Rapport d. G. — [129] Rapport d. Gesandten. — [130] R. G. 15. Juli 1611.

Digitized by Google

Kapitäne abgenommenen Geldes; 2. Restitution der Schiffe, die vor Bekanntgebung des Verbots der Schwedenfahrt in Schweden waren, dann abgesegelt, gekapert und nach Kopenhagen gebracht worden seien, ferner solle der im Gefängnisse schmachtende Botter freigelassen und entschädigt werden; auch solle es erlaubt sein, noch ausstehende Schulden in Schweden einzukassieren; 3. die auf der Reise von Gotenburg nach Holland begriffenen und dabei gefangen genommenen Ingenieure Kemp und Lambrecht van Someren sollen freigelassen werden. Am 5. August gestanden der Kanzler, Brahe und Dr. Metzner den Holländern die Rückgabe des fortgenommenen Geldes ohne weiteres zu und entschuldigten sich deswegen mit der Unerfahrenheit der dänischen Kapitäne. Die fraglichen Schiffe wolle man freilassen; ob aber die Einkassierung von Schulden gestattet werden könne, sei Sache des Königs. Was Botter anbelange, so sei er mit Gotenburger Kaufleuten in Kompanie gewesen, ein Drittel der Ladung seines Schiffes habe dem dortigen Bürgermeister Abraham Kabeljau gehört; seine Papiere seien auch nicht in Ordnung gewesen, namentlich habe er das Eigentumsrecht an dem Schiffe nicht beweisen können. Kemp und v. Someren hätten in Holland und Schweden Zetteleien gegen Dänemark angestiftet; ihre Strafe sei gerecht und nur vom Könige sei Begnadigung zu erhoffen. Am folgenden Tage teilte bei einer neuen Unterredung der Kanzler den Gesandten mit, Christian sei bereit, sie zu empfangen, falls sie von Friedensvermittlung nicht reden wollten. Die Niederländer nahmen das mit Dank an.

Am 9. August reisten sie in Begleitung des Dr. Metzner ab, kamen aber wegen des widrigen Windes erst am 19. August vor Kalmar an. Für Verhandlungen mit Christian IV. war das ein sehr ungünstiger Moment. Die Einnahme des Schlosses Kalmar am 3./13. August mußte sein kriegerisches Selbstgefühl und seine Kriegslust schon an sich heben. Die Herausforderung

Digitized by Google

zum Zweikampf aber, die König Karl ihm hatte überbringen lassen, machte jede Aussöhnung mit Schweden für den Augenblick ganz unmöglich. Dabei ist noch zu bedenken, daß bei der Abneigung Christians gegen republikanische und städtische Gemeinwesen die Niederländer ihm als Vermittler sehr unwillkommen sein mußten, besonders da Schweden denselben vorher ein Bündnis angeboten hatte, das nach Karls Absichten seine Spitze doch auch gegen Dänemark richten sollte. Infolge der momentanen Abwesenheit Christians fand die Audienz der Gesandten bei ihm erst am 24. August statt. Außer dem König waren anwesend der Marschall Sten Maltesen, Gerhard Rantzau, Axel Brahe, der Hofkanzler Jakob Ulfeld und Dr. Metzner. Die Gesandten ließen sich, trotz des ausdrücklich geäußerten Wunsches des Königs, allerdings ihrer Instruktion getreu, dazu hinreißen, sich seiner Majestät als Friedensvermittler anzubieten, wobei sie das gemeinsame Interesse aller protestantischen Mächte stark hervorhoben.[131] Darauf trat der König mit seinen Räten zu einer kurzen Besprechung etwas beiseite und ließ dann durch Metzner die Gesandten darauf aufmerksam machen, von Frieden hätten sie nicht reden dürfen. Trotzdem boten dieselben jetzt nochmals ihre Vermittlung an, worauf der König die Antwort gab, es handle sich jetzt «non de Religione, sed de Regione». Auch teilte er den Niederländern die Herausforderung von seiten des Schwedenkönigs mit. Damit hatte diese Audienz ihr Ende;

[131] Am 28. Mai hatten die Generalstaaten es für gut befunden, daß die Gesandten darauf hinwiesen, daß im Fall eines dänisch-schwedischen Krieges nicht nur die gesamte protestantische Christenheit, sondern vor allem auch Dänemark selbst schweren Schaden leiden würde. Denn Polen werde die Gelegenheit benutzen, sich zum Herrn des moskowitischen Reichs zu machen. So gestärkt, werde es auch Schweden zu erobern imstande sein. Ein so mächtiges Polen sei aber Herr der Ostsee und werde sich auch an Dänemark wagen. Außerdem lege der Krieg den Ostseehandel lahm und vermindere so die königlichen Einkünfte. R. G. 28. V. 1611.

Digitized by Google

die Gesandten wurden vom Könige am nämlichen Tage zur Tafel gezogen. In den folgenden Tagen teilte Metzner ihnen mit, Christian habe Kemp und van Someren begnadigt, er erlaube den Niederländern die Einkassierung von Schulden in Schweden. Botter solle die Güter, von denen er beweisen könne, daß sie in Holland ansässigen Kaufleuten zugehörten, zurückerhalten. Auch gab Metzner den Gesandten Briefe des Königs an den König von England, die Generalstaaten und den Erbstatthalter, die letzteren als Antwort auf die von den Gesandten überreichten Schreiben.

Inzwischen teilte König Karl den Gesandten, die ihm am 27. August ihr Missive geschickt hatten, mit, er erwarte sie in Risby, wo er sich damals gerade aufhielt. Dorthin begaben sich die Gesandten sofort und waren am 29. August abends als Gäste beim König. Die Audienz fand am folgenden Tage statt; außer dem König waren auf schwedischer Seite anwesend der Erbprinz Gustav Adolf, der Hofkanzler Dr. Nikolaus Hof und der Sekretär Joriam Eilß. Die Gesandten eröffneten ihre Vorschläge. Der König ließ durch den Hofkanzler antworten, er sei zum Frieden bereit; was die Entschädigung für gekaperte Schiffe anlange, so könne er erst nach Friedensschluß darüber entscheiden. Am Nachmittag erhielten die Gesandten den Besuch der schwedischen Reichsräte Magnus und Abraham Brahe, Abraham Eriksson Leijonhufvud, des Hofkanzlers Hof und des Sekretärs, welche ihnen die Ursachen des Kriegs erklärten und zu beweisen suchten, daß Schweden daran unschuldig sei. Am 5. September erhielten die Gesandten die schriftliche Antwort auf ihre Propositionen. Karl erklärte darin, er sei durch das Vermittlungsangebot angenehm berührt, sagte dagegen nicht, daß er dasselbe annehme; vielmehr betonte er das gemeinsame Interesse der Niederlande und Schwedens, weswegen ihm jetzt die Staaten auch zu Hülfe kommen müßten. Auch suchte er die

Digitized by Google

Sache Schwedens als die gerechte hinzuſtellen. Die Niederländer wurden erſucht, nicht auf Dänemark, Kurland und Livland — genannt werden Libau, Windau, Mitau, Riga und Pernau — zu ſegeln. Für Schiffe, die nicht dorthin beſtimmt waren, aber dennoch gekapert worden ſind, ſoll Erſatz geleiſtet werden. Der „fliegende Engel" ſei ja auch freigegeben worden, da ſeine Papiere Danzig als Ziel angaben, obwohl das Schiff nach Riga und Kurland habe fahren ſollen. Karl ſprach ſich ſcharf gegen die Zahlung des Sundzolls durch die Niederländer aus.[132]

Selbſtredend waren die Geſandten mit dieſer Antwort nicht zufrieden geſtellt; ſie wünſchten während der jetzigen polniſch-ſchwediſchen Waffenruhe volle Freiheit der Rigafahrt, möglichſt auch im Kriege, wenn die Stadt nicht gerade belagert werde, und verſprachen, daß ihr keine Munition zugeführt werden ſolle. Auch baten ſie um Zahlung des Reſts der Entſchädigungsſumme für den „fliegenden Engel". Am 12. September antwortete Karl darauf ausweichend, er könne jetzt noch nichts beſtimmen, da mit Polen keine förmliche Waffenruhe abgeſchloſſen ſei. Am gleichen Tage erhielten die drei Geſandten je eine goldene Kette.[133] Am 13. September gab der Kanzler ihnen den Antwortbrief Karls an die Generalſtaaten und verſicherte gleichzeitig, daß auch der Schiffer Thonis Joachimsz aus Stavoren entſchädigt werden ſolle.[134]

Am 15. September befand man ſich, nachdem man auch bei den Schweden nichts ausgerichtet hatte, wieder in Kalmar. Am 17. war wieder Audienz beim König Chriſtian, bei der Breide Rantzau, Eske Brok und Dr. Metzner zugegen waren. Auf die Vorſtellungen der Geſandten wegen der Handelsſtörungen vertröſtete der König ſie auf ſpäter. Als ſie nun aber erklärten, nach dem Speyertraktat von 1544 ſeien eigentlich die von den

[132] cf. Sprinchorn 156. — [133] Die Obdams wog 33 Unzen 9 'engelschen'; die beiden andern je 17½ Unzen. — [134] cf. oben p. 20.

Niederländern zu zahlenden Zölle zu bemessen, antwortete er, dieser Traktat sei mit Spanien, nicht mit den Niederlanden abgeschlossen. Diese kenne er überhaupt nicht, sondern nur den König von Spanien. Die Zölle sollten im Kriege nicht erniedrigt werden, es sei noch kein Kaufmann an hohen Zöllen gestorben. Am 19. September erhielten die Gesandten dann schriftliche Antwort des Inhalts: 1. der Speyertraktat gelte nicht für die Niederlande; 2. die Zölle sollten während des Krieges nicht erniedrigt werden, doch sei das für später wohl zu erwarten. Über den ersten Punkt sprachen die Gesandten dem Dr. Metzner gegenüber ihre Verwunderung aus, auch schickten sie einen Protest dagegen an den Reichsrat[135]; sie erreichten aber nichts. Jeder erhielt eine goldene Kette.[136] Bis zum 26. September mußten die Niederländer des ungünstigen Windes halber noch in Kalmar bleiben; dann segelten sie nach Lübeck, wo sie am 30. eintrafen. Der dortige Bürgermeister Brokes merkte sofort, daß ihre Stimmung „mehr schwedisch als dänisch" war.[137] Am 10. Oktober kamen sie nach der Weiterreise über Hamburg und Bremen im Haag an und erstatteten am 14. Oktober den Generalstaaten Bericht.[138]

Während die Gesandtschaft noch in Dänemark und Schweden war, gingen noch andere Verhandlungen zwischen den Generalstaaten und Dänemark vor sich. Christian IV. hatte durch zwei Bürgermeister von Kopenhagen dem Jan Janssen Hasekop den Auftrag erteilt, für ihn ein seetüchtiges Schiff in den Niederlanden zu

---

[135] Vreede II, 201 f. — [136] Die Obdams wog 41 Unzen 12 'engelschen', die beiden anderen je 27 Unzen 13 'engelschen'. — [137] Brokes I, 342. — [138] Hauptquelle: Rapport der Gesandtschaft, Kopie im Haager Reichsarchiv sub leg. 285; dann Sprinchorn 155 f.; Vreede I, 49 ff.; II, 201 f.; Schlegel II, 41; Slange-Schlegel II, 524 f.; Slange-Gram I, 301 ff.; Khevenhiller VIII, 980; Axel Oxenstiernas Skrifter I[1], 46 f.; Arend-van Rees-Brill III[2], 399; Wagenaar X, 47; Meteren 590; Hallenberg I, 95 ff.; Geijer III, 91.

Digitized by Google

kaufen, zu bemannen und nach Dänemark zu bringen. Dieſer kaufte in der Tat in Enkhuiſen ein Schiff, das früher dem Dünkirchener Admiral gehört hatte, dann den Holländern in die Hände gefallen, von dieſen ſchließlich aber verkauft worden war. Es verbreitete ſich aber das Gerücht, Haſekop ſolle mit dieſem Schiffe die Zufuhr auf Schweden hindern und alle dorthin ſegelnden Schiffe kapern. Daraufhin wandte ſich die Amſterdamer Admiralität an die Generalſtaaten, die nun am 15. Juli der Admiralität zu Hoorn und Enkhuiſen befahlen, das Auslaufen des fraglichen Fahrzeugs zu hintertreiben und über die ganze Sache Bericht zu erſtatten.[139] Dieſe teilte unterm 21. Juli den Generalſtaaten mit, Haſekop habe erklärt, er habe den Auftrag, das Schiff zu kaufen, von zwei Kopenhagener Bürgermeiſtern erhalten und vermute, daß es für den König ſelbſt beſtimmt ſei; es ſei ihm nicht befohlen worden, den Niederländern irgendwie Schaden zuzufügen. Die Generalſtaaten hielten es aber für angebracht, einſtweilen das Schiff noch nicht freizugeben, ſondern ſich erſt zu informieren, ob Haſekops Angaben wahr ſeien.[140] Da erhielten ſie am 27. Auguſt ein Schreiben ihrer Geſandten vom 8. Auguſt, des Inhalts, Dr. Jonas Cariſius[141] habe ſie im Namen des Reichskanzlers gebeten, ihnen, den Generalſtaaten, mitzuteilen, man möge das in Amſterdam — dies iſt ein Irrtum der Geſandten — beſchlagnahmte Schiff des Königs von Dänemark, deſſen Kapitän Jan Janſſen ſei, freizulaſſen, worauf die Generalſtaaten tatſächlich nach Amſterdam[142] und erſt dann, als ſie von der dortigen Admiralität aufgeklärt worden, nach Hoorn ſchrieben und den Befehl zur Freigebung des arreſtierten Schiffs erteilten.[143] Auch in andrer Hinſicht erwies man ſich jetzt, wo die Geſandten noch nicht heimgekehrt waren und daher noch Hoff-

[139] R. G. 15. VII. 1611. — [140] R. G. 22. VII. 1611. — [141] cf. oben p. 33; C. ſcheint ſich nur ganz kurze Zeit im Haag aufgehalten zu haben. — [142] R. G. 27. VIII. 1611. — [143] R. G. 5. IX. 1611.

Digitized by Google

nung auf Erfolg ihrer Mission herrschte, Dänemark gegenüber freundlich. Floris van Ruynen und Pieter Romborch, zwei Agenten des Kopenhagener Bürgers Johann de Willens, erhielten auf ihr Gesuch und nach Vorzeigen eines königlichen Patents die Erlaubnis, verschiedenen Kriegsbedarf, nämlich 300 Schiffspfund Lunte, 2000 Bandeliere, 1500 Pulverflaschen und ebensoviel Kugeltaschen, 2000 Riemen und eine Anzahl grober, 7—8 Zoll langer Nägel, zu kaufen und abgabenfrei nach Dänemark zu befördern.[144] Auch später, im Dezember, wurde demselben Johann de Willens wiederum die abgabenfreie Ausfuhr von Kriegsmaterial gestattet, ebenfalls auf Grund eines königlichen Patents.[145]

Nach der Heimkehr der Gesandten und ihrem ungünstigen Bescheid konnte natürlich keine gute Stimmung Dänemark gegenüber herrschen. Ob dem Sir John Silby, den König Christian nach den Niederlanden schickte, um 600 Mann für seine Dienste anzuwerben, dies gestattet worden ist, bleibt zweifelhaft.[146] Dabei ging der dänische Kaperkrieg immer weiter vor sich, er fing erst jetzt in seiner vollen Ausdehnung an. Am 22. November erhielt ein Schiffer aus Hoorn, Martin Cornelissen, Empfehlungen an den König zur Wiedererlangung seines Schiffes, das von drei dänischen Fahrzeugen gekapert und nach Kopenhagen gebracht worden war; desgleichen die Amsterdamer Kaufleute Jasper Janssen und Willem Dirksen, die dasselbe Geschick betroffen hatte.[147] Im Jahre 1612 mußten die Generalstaaten wiederum verschiedenen geschädigten Kaufleuten ihren Beistand angedeihen lassen. Brieven van voorschriften erhielten am 16. Januar die Schiffer Jakob Simonsen aus Schelling[148],

[144] R. G. 5. IX. 1611. — [145] R. G. 16. XII. 1611. — [146] cf. R. G. 19. X., 20. X., 28. X., 1. XI. 1611. Die Eintragung eines festen Beschlusses fehlt. Die Staaten von Holland standen der Bitte sympathisch gegenüber; R. H. 15. XI. 1611. — [147] R. G. 22. XI. 1611. — [148] Wohl Schellingwoude bei Amsterdam.

Digitized by Google

dem durch einen mit Kaperbrief des Königs von Dänemark verſehenen Freibeuter Schiff nebſt Ladung fortgenommen worden[149], am 31. Januar Eliſabeth Thiemans, Witwe des Balthaſar van Dortmund, um von den Dänen 10 Laſten Leinſaat zurückzuerhalten[150]; am 6. März der Harlinger Schiffer Jakob Muller, von dem ſonſt nichts Näheres gemeldet wird[151]; am 22. Juni die Freunde und Verwandten des Schiffers Jakob Claaßen Coolmegen aus Monnikendam, über den auch nichts Näheres gemeldet wird[152]; am 29. Juni der Schiffer Outger Dirkſen von Oofſtzaan bei Zaandam, deſſen Schiff „Fortuna" gekapert worden war[153]; am 1. September erhielten die Amſterdamer Kaufleute Claes Pieterßen und Willem Dirkſen nochmals Empfehlungen.[154] Für dieſe Kaufleute verwendeten ſich auf Bitten der Amſterdamer Regierung die Generalſtaaten im Januar 1613 nochmals bei dem König von Dänemark.[155] Zuletzt wandte ſich zum Zweck der Reſtituierung ſeines Schiffs der Amſterdamer Jan de Witte an die Generalſtaaten und bekam brieven van voorſchriften.[156], [157] Der däniſche Statthalter in Kopenhagen ſah ſich zu einer Art von Entſchuldigungsſchreiben bewogen; man habe gehört, daß däniſche Kapitäne niederländiſche Untertanen

---

[149] R. G. 16. I. 1612. — [150] R. G. 31. I. 1612. — [151] R. G. 6. III. 1612. — [152] R. G. 22. VI. 1612. — [153] R. G. 29. VI. 1612. — [154] R. G. 1. IX. 1612. — [155] R. G. 28. I. 1613. — [156] R. G. 10. V. 1613. — [157] Nach Axel Larsen wurden im Sommer 1611 3 holländiſche Schiffe gekapert, ſpäterhin 5, Sa. alſo 8; Axel Larsen p. 166; es ſind dies die 3 Schiffe des 1. Lenaert Vanſt (R. G. 2. VI. 1611); 2. Johann Colber Prins (R. G. 3. VI. 1611) und 3. Jan Botter (R. G. 11. VI. 1611), von denen ſpäter 2 freigegeben wurden (Larsen p. 166), ſpäter die Schiffe des 1. Martin Corneliſſen, 2. Jasper Janſſen und Willem Dirkſen zu Amſterdam (R. G. 21. XI. 1612 u. 1. IX. 1612); 3. Jakob Simonſen (R. G. 16. I. 1612); 4. Dirkſen van Oofſtzaan (R. G. 29. VI. 1612); 5. Jan de Witte (R. G. 10. V. 1613). Im ganzen kaperten die Dänen 60 Schiffe, von denen ſie 21 wieder freiließen; cf. Larsen p. 166.

Digitized by Google

angegriffen, mißhandelt und ihrer Kleider und Güter beraubt hätten. Der Zöllner im Sund habe den Auftrag, dieſen Schaden zu erſetzen. Die Fahrt durch den Sund ſtehe jedem Schiff, das nicht nach Schweden beſtimmt und von dem der Zoll gezahlt ſei, frei. Die Übeltäter ſollten beſtraft werden und man wolle dafür ſorgen, daß ſich ſolche Sachen nicht wiederholten.[158] Übrigens ſcheinen nicht nur niederländiſche Seeleute Ungelegenheiten mit den Dänen auszuſtehen gehabt zu haben; auch der Kommis im Sund, Willem Adriansz Cock, hielt es für nötig, die Generalſtaaten um ein Patent zu ſeinem Schutze zu bitten, das er auch erhielt.[159]

In einem Plakat vom 13. Januar 1612 erneuerte König Chriſtian das Verbot der Schwedenfahrt[160], zugleich ſandte er den Generalſtaaten ein zweites, verloren gegangenes Plakat, das ſich gegen einige früher in däniſchen Dienſten ſtehende Soldaten richtete, die das Gerücht ausgeſprengt hatten, der König habe ſie nicht richtig bezahlt[161]; er bat um Verbreitung und Anſchlag dieſer zwei Plakate. Das Geſuch wurde von den Generalſtaaten am 17. März abgelehnt, doch ſollten die Admiralitätskollegien die Kaufleute auf die ihnen drohende Gefahr aufmerkſam machen.[162]

Nicht allein die Niederlande waren es aber, die durch die Maßregeln Chriſtians ſchwer geſchädigt wurden, ſondern daneben auch die Hanſeſtädte. Zwar hatte bei Ausbruch des Kalmarkrieges der Reichsrat dem Könige ein gutes Verhältnis zu denſelben angeraten, da es nicht angebracht ſei, mehrere Feinde auf einmal zu haben, die Städte viel Kriegsmaterial liefern könnten und im Notfall ein guter Zufluchtsort für die Flotten wären. Chriſtian hatte das auch verſprochen, dabei ſogar behauptet, ſein

[158] cf. den Brief, Kopenhagen 13. Mai 1612; erhalten am 5. Juni 1612, R. G. 5. VI. 1612. — [159] R. G. 31. I. 1612. — [160] sub Plakaten 3533. — [161] R. G. 26. II. 1612. — [162] R. G. 17. III. 1612.

Digitized by Google

Verhältnis zu den Städten sei schon gut, was der Wahrheit direkt widersprach.[163] Dänische Werbungen wurden in Lübeck nicht gestattet, mit Berufung auf den Speyerer Reichstagsabschied[164]; durch die Zollerhöhungen im Sund und das Verbot der Schwedenfahrt, zu dem auch noch das Verbot der Fahrt auf Esthland kam[165], wurde der Handel schwer geschädigt.[166] Auch durch den Kaper litten die Hansen sehr. Im Sommer 1611 nahmen die Dänen allein 11 lübische Schiffe gegenüber 3 holländischen, von denen sie bloß eins freigaben. Später nahmen sie noch 19 lübische Schiffe, von denen sie 3 freigaben, es wurden somit 30 lübische Schiffe gegenüber 8 holländischen gekapert, 4 lübische und 2 holländische später wieder losgelassen.[167] Bei der Interessengemeinschaft lag eine Annäherung der Hansen, besonders Lübecks, an die Niederländer in der Luft und konnte jeden Augenblick erfolgen, namentlich da der lübische Bürgermeister Brokes erkannt hatte, daß die Herbst 1611 aus Dänemark über Lübeck nach Hause reisenden niederländischen Gesandten „besser schwedisch als dänisch waren". Diese spielten bereits auf eine Allianz an.[168]

Schon seit Jahren befand sich der Herzog von Braunschweig, Heinrich Julius, in Streit mit der Stadt Braunschweig wegen der Hoheitsrechte, die er über dieselbe beanspruchte. Ein nach einer erstmaligen Belagerung 1606 geschlossener Vergleich hatte nicht zur Versöhnung geführt und so kam es, daß der in Prag lebende Herzog am 19./29. März 1610 beim Kaiser eine Achtserklärung gegen die Stadt auswirkte, die auf dem niedersächsischen Kreistag zu Halberstadt 27. Juni/7. Juli 1611 publi-

---

[163] Erslev I, 196 ff., 202. Für die dänisch-hansischen Beziehungen cf. Schweitzer, Christian IV. und Grautoff, Die Beziehungen Lübecks, passim. — [164] Schweitzer p. 60. — [165] Brokes I, 341 nennt Reval und Narwa. — [166] Sartorius III, 117. — [167] Larsen 166; Schäfer V, 351. — [168] Brokes I, 342.

Digitized by Google

ziert wurde. Auch in den mit Braunschweig 1606 in ein näheres Bündnis getretenen sog. korrespondierenden Städten Lübeck, Hamburg, Bremen, Lüneburg und Magdeburg wurde die Achtserklärung bekannt gegeben. Denselben verbot Kaiser Rudolf auch, die Braunschweiger irgendwie zu unterstützen.[169] Der Herzog hatte, um die Acht zu notifizieren, seinen Rat Foppe van Aitzema, einen geborenen Niederländer, im Herbst 1611 in den Haag geschickt.[170] Die Generalstaaten schrieben daraufhin am 27. September an die fünf korrespondierenden Städte und forderten sie auf, zwischen dem Herzog und der Stadt zu vermitteln.[171] Auf die Bitten von Lübeck, Bremen und Hamburg sagten sie ferner ihre guten Dienste in dieser Sache zu.[172] Desgleichen wurden der Herzog und die Stadt Braunschweig zum Nachgeben ermahnt.[173] Es war dies der Beginn näherer hänsisch-niederländischer Beziehungen; bereits im Dezember 1611 hielt sich eine nach England gehende hamburgische Gesandtschaft einige Tage im Haag auf.[174]

Indessen waren es doch hauptsächlich die Handelsinteressen, welche die am 1./11. November 1611 in Rostock versammelten Gesandten von Danzig, Wismar, Stralsund und Lübeck, welches auch die Städte Lüneburg, Bremen und Hamburg vertrat, bewogen, sich für eine Allianz mit den Niederlanden zu erklären, obwohl Brokes der Ansicht war, man müsse erst das hansische Bündnis fester knüpfen.[175] Der lübische Syndikus, Dr. Nordanus, wurde nach dem Haag geschickt, wo er im Januar 1612 eintraf. In einer Audienz, die er am 18. Januar bei den Generalstaaten hatte, empfahl er denselben die bedrohten Städte

[169] Rehtmeier II, 1181. — [170] Wurm, Foppe v. Aitzema p. 4. — [171] Kopien dieser Briefe sub buitenlandsche zaken 8293. — [172] Brief Bremens vom 1. X., Hamburgs vom 4. X., Lübecks vom 7. X. 1611. erhalten am 24. XI. sind Empfangsbestätigungen der staatischen Briefe. — [173] cf. sub buitenlandsche zaken 8293. — [174] cf. R. G. 23. XII. 1611. — [175] Brokes I, 345 f.; Schweitzer 63 f.

Digitized by Google

Braunſchweig und Lemgo, das ſich mit ſeinem Landesherrn, dem Grafen von Lippe, in Zwiſt befand. Die Generalſtaaten ſagten ihre guten Dienſte zu[176]; auch der Erbſtatthalter war dieſer Geſinnung.[177] Durch die Deputierten Brienen und Donia ließen die Staaten Nordanus ſondieren, wie ſich am beſten die alte hanſiſche Freundſchaft wiederherſtellen laſſen könne.[178] Gleichzeitig fanden ſich braunſchweigiſche Geſandte, nämlich der Bürgermeiſter Zacharias Böling, der Oberſtleutnant Blaſius von Eyckenburg und der Dr. Franz Drösmann im Haag. Am 23. Januar hatten dieſelben zuſammen mit Nordanus Audienz. Dieſer redete zuerſt; er führte das gemeinſame Intereſſe der handeltreibenden evangeliſchen Städte und Republiken im beſondern, aller proteſtantiſchen Fürſten im allgemeinen an, das ſich gegen die neuen rechtswidrigen Zölle, die papiſtiſchen Praktiken und die Wirren im Norden richte. Man habe deshalb beſchloſſen, für den 28. Januar v. st. einen Hanſetag einzuberufen. Er erinnerte an die alte Zeit, da Kampen, Deventer, Utrecht, Zwolle, Haſſelt, Groningen, Zierikſee, Elborg, Stavoren, Briel, Middelburg, Arnemuiden, Harderwyk, Zutphen, Dordrecht, Amſterdam zur Hanſe gehörten, ſowie an die Privilegien Waldemars (1370) und Olafs (1367). Er riet zu einer Allianz 1. ut religio christiana contra tyrannidem Romani Pontificis defendatur; 2. ut pax publica conservetur; 3. ut navigationes et commercia, utpote qua sunt iuris gentium, libera sint et maneant; 4. denique ut privilegia sua cuique sarta tecta conserventur. Er bat um Diskretion — beſonders ſollten die beiden letzten Punkte geheim bleiben — und raſche Erledigung der Sache. Auch empfahl er den Generalſtaaten die beiden Städte Lemgo und Braunſchweig. Die Braunſchweiger ſuchten darzulegen, daß ihre Stadt ſich keines Unrechts

[176] R. G. 18. I. 1612. — [177] R. G. 19. I. 1612. — [178] R. G. 21. I. 1612.

Digitized by Google

bewußt sei, da sie sich stets an das 1606 zu Speyer ergangene Reichskammergerichtsurteil gehalten habe. Sie baten die Generalstaaten um Vermittlung; falls ihr Herzog nicht damit zufrieden sei und der Kaiser in dieser Sache eine Kommission ernenne, so möchten auch sie einen Abgesandten zu diesen Verhandlungen schicken. Die Generalstaaten antworteten, sie wollten die Sache erst prüfen.[179] Die Deputierten Brienen und Donia verhandelten unterdessen mit Nordanus.[180] Zuletzt beschloß man, auf Lübecks Bitte hin sich der Stadt Braunschweig anzunehmen[181]; auch erklärte man sich zu Verhandlungen über eine Allianz mit den Hansestädten bereit, falls der Hansetag sich dafür erkläre; man hoffe, daß die Einzelprovinzen einwilligen würden.[182] Den Braunschweigern antwortete man, man wolle ihnen helfen, wie man das bisher auch getan habe, rate ihnen aber, sich nochmals zwecks gütlicher Beilegung des Zwists an den Herzog zu wenden[183]; auch beschloß man, selbst in diesem Sinne an den Herzog zu schreiben.[184] Mit diesem günstigen Bescheid reisten Nordanus und die Braunschweiger aus dem Haag ab.

Inzwischen war in Schweden eine große Veränderung eingetreten. König Karl, dessen Gesundheit schon lange erschüttert war, war am 30. X./9. XI. 1611 in Nyköping gestorben. Die Generalstaaten beklagten in einem Schreiben an die schwedischen Reichsstände seinen Tod und ermahnten sie, jetzt zum allgemeinen Wohl der Christenheit und besonders der nordischen Staaten den Krieg durch Vermittlung neutraler Fürsten beendigen zu lassen.[185] Gleichzeitig schrieb man an den König von Dänemark, man habe aus dem Gesandtschaftsbericht von 1611 wohl erkannt, daß infolge persönlicher Feindschaft zwischen ihm

---

[179] R. G. 23. I. 1612. — [180] R. G. 23. I. 1612. — [181] R. G. 24. I. 1612. — [182] R. G. 25. I. 1612. — [183] R. G. 25. I. 1612. — [184] R. G. 28. I. 1612. — [185] R. G. 31. XII. 1611. R. D. H. D. II[1], 5385. Hallenberg I, 360.

Digitized by Google

und König Karl eine gütliche Beilegung des Streits zwischen Dänemark und Schweden früher nicht wohl möglich gewesen sei. Jetzt, nach Karls Tode, sei eine solche aber sehr wohl möglich, besonders da die Interessen der beiden nordischen Staaten selbst mit dem Kriege sehr wenig zu schaffen hätten (!). Angetrieben wurde man zu diesem Schritt auch noch dadurch, daß man von einem durchreisenden Kapitän Stuart erfahren hatte, der König von Schweden, Gustav Adolf, habe ihm gegenüber erklärt, er sei bereit, dem König von England die Vermittlung zu überlassen.[186] Zunächst ging der Krieg indessen weiter. Auch Schweden versuchte jetzt, Truppen in den Niederlanden anzuwerben. Johann von Mönnichhofen erhielt 2./12. Dezember 1611 zu Nyköping von Gustav Adolf Vollmacht dazu.[187] Auf die Bitten van Dycks, der anscheinend stets in den Niederlanden geblieben ist[188], erhielt er von den Generalstaaten die Erlaubnis, sich in den Niederlanden aufhalten zu dürfen, da man annahm, er habe als schwedischer Gesandter wichtige Aufträge. Er brauchte diese Erlaubnis, weil er früher den Johann van Brienen, Leutnant des Rittmeisters Hoffebron, im Duell getötet hatte.[189] Nun war aber dieser Leutnant der Neffe des geldrischen Deputierten Jakob van Brienen, Herr van Senderen, gewesen und durch dessen Auftreten in der Sitzung vom 25. Januar 1612 bewogen, beschlossen die Generalstaaten, doch vorher den Erbstatthalter um Rat zu fragen und van Dyck mitzuteilen, er möge sich einstweilen gedulden.[190] Als Mönnichhofen trotzdem das

[186] R. G. 31. XII. 1611. Brief der Staaten an Christian 31. XII. 1611. — [187] Hallenberg I, 175. — [188] Die Generalstaaten lehnten es laut R. G. vom 22. VI. 1611 ab, ihm zur Heimreise nach Schweden ein Kriegsschiff zur Verfügung zu stellen. Wäre er, wie v. d. Burgh, p. 32, annimmt, mit den niederländischen Gesandten abgereist, so würde sein Name, der im Bericht Hagas jeden Moment genannt wird, in ihrem Bericht sicher vorkommen, was aber nicht der Fall ist. cf. auch Sprinchorn 156. — [189] R. G. 23. I. 1612. — [190] R. G. 25. I. 1612.

Digitized by Google

ihm ja bereits bewilligte sauf-conduit haben wollte, beschloß man nochmals, den Erbstatthalter und den Staatsrat um ihre Meinung zu ersuchen. Die geldrischen Deputierten erklärten sich sämtlich gegen den Beschluß vom 23. Januar.[191] Der Staatsrat und seine Exzellenz rieten nun, man solle dem Oberstleutnant nur dann die Erlaubnis zum Aufenthalt in den Staaten erteilen, wenn er wirklich als schwedischer Gesandter mit wichtigen Aufträgen komme, nicht aber, wenn er bloß Briefe überbringe. Man solle deshalb erst Mönnichhofen an einen Ort kommen lassen, wo van Dyck ihn treffen könne, um seine Beglaubigungsschreiben zu lesen und auf dessen Bericht hin zu entscheiden.[192] Damit erklärten sich die Generalstaaten einverstanden. Gleichzeitig sollte der dänische Kommissar Bernhard v. Jonghausen für das Regiment des Obersten Rantzau 250 Mann anwerben; einen Beschluß über sein Gesuch vertagte man.[193]

So standen die Dinge, als am 6. März van Dyck im Namen Gustav Adolfs bei den Generalstaaten erschien. Er überreichte ein Schreiben seines Monarchen, das den Tod König Karls offiziell meldete, und machte dann von neuem den Vorschlag einer niederländisch-schwedischen Allianz. Der Kriegseifer Dänemarks mache es den Schweden unmöglich, die Interessen des Protestantismus zu verteidigen. Durch Dänemark werde Schweden verhindert, gegen Polen vorzugehen, und der Papst nebst Spanien hätten den Vorteil davon. Gegen zwei Feinde zu kämpfen, gehe über Schwedens Kräfte und es sei deshalb nicht unmöglich, daß man mit Polen Frieden schließen müsse. Vielleicht bestehe sogar ein dänisch-polnisches Übereinkommen (das war tatsächlich nicht der Fall). Das könne für Dänemark, das gar nichts davon zu merken scheine, für die Niederlande und die ganze reformierte Christenheit gefährlich werden. Darum

[191] R. G. 8. II. 1612. — [192] R. G. 14. II. 1612. — [193] R. G. 17. 23. 25. II. 1612.

Digitized by Google

gebe ſein König zu bedenken, ob es nicht an der Zeit ſei, die niederländiſchen Waffen mit den ſchwediſchen zu vereinigen. Wollten die Staaten indeſſen neutral bleiben, ſo könnten ſie vielleicht ohne Neutralitätsverletzung Schweden dadurch helfen, daß ſie geſtatteten, 1. daß ebenſo, wie der König von Dänemark die Fahrt auf Schweden verboten habe und alle dorthin ſegelnden Schiffe als gute Beute betrachte, der König von Schweden alle die Schiffe, welche den Sundzoll bezahlt hätten, anhalten dürfe, da dieſer die wichtigſte däniſche Einnahmequelle ſei; dies möchten die Staaten ihren Untertanen mitteilen; daß ſie 2. den Schweden auch, wie im vorigen Jahre Dänemark, Werbungen erlaubten.[194] Guſtav Adolf habe zu dieſem Ende den Generalwachtmeiſter und Oberſten Johann Mönnichhofen, ſowie den General und Oberſten Jakob Spens, Freiher v. Wormſton, Befehlshaber der engliſchen und ſchottiſchen Truppen in Schweden, abgeſchickt, um in den Niederlanden zwei Regimenter anzuwerben. Zum Transport dieſer Truppen nach Schweden ſollten von Elſsborg acht Kriegsſchiffe abſegeln; da man aber über deren Verbleib, entweder infolge des Froſts oder der däniſchen Kriegsſchiffe, nichts vernommen habe, ſo möchten die Generalſtaaten einigen ihrer Admiralitäten den Auftrag erteilen, mit Mönnichhofen über Kauf oder Heuer einiger Schiffe zu verhandeln. Van Dyck bat zum Schluß um raſche Antwort.[195] Die Staaten von Holland erklärten daraufhin durch ihre Deputierten, ſie hätten dem Mönnichhofen für zwei Monate territorium bewilligt, wogegen Brienen, bei dem man eine gewiſſe perſönliche Voreingenommenheit wohl nicht ganz abſtreiten kann, lebhaft proteſtierte, da das gegen die Sentenz des Staatsrats verſtoße.[196]

---

[194] cf. auch Cronholm I, 107. — [195] B. Dycks Propoſition 6. III. 1612. R. G. 6. III. 1612. Sprinchorn 156; Hallenberg I, 399 f. — [196] R. H. 28. II 1612. R. G. 6. III. 1512.

Digitized by Google

Während dieser Zeit hielt sich Mönnichhofen in Ostfriesland auf und warb dort Truppen an.[197] Darunter befanden sich auch Niederländer, und der Erbstatthalter Moritz, der auf solche Dinge scharf acht gab, schickte die Staatsräte Goch und Gruys zu den Generalstaaten, um darüber Klage zu führen. Außerdem empfahl er Ihren Hochmögenden, einen definitiven Beschluß über die dänischen und schwedischen Werbungen überhaupt zu fassen. Das geschah denn auch in energischer Weise. Da der Krieg, resumierten die Generalstaaten, nur durch persönliche Streitigkeiten zwischen Karl IX. und Christian IV. entstanden sei und ersterer nun nicht mehr unter den Lebenden weile, so müsse er jetzt notwendig aufhören, wie man dies ja schon dem Reiche Schweden und dem König von Dänemark mitgeteilt habe.[198] Jeden Augenblick könne eine günstige Antwort kommen; im Interesse der gesamten Christenheit wolle man deshalb keiner Partei mehr das Anwerben von Truppen in den Niederlanden gestatten.[199] Diesmal stimmten auch die Staaten von Holland bei und beschlossen, das Verbot sämtlichen Städten ausdrücklich einzuschärfen. Ferner beschlossen sie, alle Personen, die zur See oder auf Strömen Kaper trieben und mit ihrer Beute nach den Niederlanden kämen, zu bestrafen[200]; die Gesuche Christians, den Ankauf von Schiffen und Munition sowie

[197] Seine Fahrt 1612 nach Norwegen ging auf 5 Schiffen, unter denen sich 3 niederländische befanden, vor sich. Überhaupt war sein ganzes Unternehmen nur dadurch möglich, daß v. Dyck mit niederländischen Kaufleuten, die allerdings, wie z. B. der Gotenburger Bürgermeister Abraham Kabeljau, zum Teil in Schweden lebten, in bezug auf Lieferung von Geld, Munition und Mannschaften Verträge abgeschlossen hatte. Das Werbeverbot scheint etwas zu spät ausgefertigt worden oder nicht recht befolgt worden zu sein; cf. darüber Vreede II, 114; Hallenberg II, 481 ff.; Cronholm I, 175. — [198] cf. oben p. 53 f. — [199] R. G. 12. III. 1612. Ein in diesem Sinne gehaltenes Plakat der Staaten von Utrecht vom 5. III. 1612 bei Vreede II, 113 f. — [200] R. H. Tagung vom 21. II.—24. III. 1612, Holland 48, p. 4, 5.

Digitized by Google

Werbungen betreffend, desgleichen ähnliche schwedische Gesuche, besonders das Mönnichhofens, beschloß man abzuweisen und strikte Neutralität inne zu halten.[201] Zur Aufrechterhaltung dieses Gesetzes erhielten die Admiralitäten zu Hoorn-Enkhuisen und Dokkum den Befehl, je eine Yacht auszurüsten, von denen die eine im Vliestrom, der Verkehrsstraße von der Nordsee nach Amsterdam, die andere im Wattenmeer kreuzen sollte.[202] Die Empfindung, daß man bei allem Entgegenkommen doch nichts von Dänemark zu erwarten habe, dürfte zu diesem Entschluß, an dem man strikt festhielt, besonders beigetragen haben, während man vorher Dänemark gegenüber sehr rücksichtsvoll gewesen war. Die Bitte Christians, zur Vermehrung seiner Flotte eine in Amsterdam liegende Galeere kaufen zu dürfen[203], wurde nun abgelehnt.[204] Den in niederländischen Diensten stehenden Regimentskommandeuren befahl man, die „Debauchierung" ihrer Soldaten streng zu verhindern.[205] Alle Gesuche, Kriegsmaterial nach Dänemark bringen zu dürfen, wies man kurzerhand zurück. So wollte z. B. Albrecht v. d. Velde 140000 Pfund Schießpulver nach Dänemark ausführen, was man ihm verbot.[206] Am 26. März wurde die Bitte des Grafen Ernst Casimir von Nassau, dem Kapitän Jonghausen[207] zu gestatten, die von ihm geworbenen Truppen von Harderwyk nach Dänemark zu bringen, abschlägig beschieden[208], desgleichen am 30. März die Bitte des Königs von England, den Kapitänen Pegton und Merotz zu erlauben, mit ihren Kompanien für ein Jahr in dänische Dienste zu treten.[209] Am 21. April wurde es van der Velde wiederum verboten, 1000 Pfund Schießpulver, die der König von Dänemark bereits bezahlt hatte, auszuführen.[210] Am 1. Mai wurde

[201] dto. p. 9. — [202] R. H. 11. IV. 1612. — [203] cf. R. G. 16. XII. 1611. — [204] R. H. Tagung 21. II.—24. III. 1612. — [205] R. G. 16. III. 1612. — [206] R. G. 13. III. 1612. — [207] cf. oben p. 55. — [208] R. G. 26. III. 1612. — [209] R. G. 30. III. 1612. — [210] R. G. 21. IV. 1612.

Digitized by Google

das Gesuch Christians, dem Bremer Gregor Lotwig die zollfreie Ausfuhr von 300 Musketen, 150 Schiffspfund Lunte u. s. w. zu gewähren, abgeschlagen[211]; dito am 14. Juni das Gesuch zweier Bürger von Odense, Clus Mogensen und Klaus Lange, die 300 kurze Schwerter (kortelassen), 400 Spieße, 10 Zentner Lunte und eine große Menge Schießpulver nach Dänemark bringen wollten.[212] Am 16. Juni wurde der Stadt Danzig der Ankauf von Kriegsmaterial nur unter der Bedingung gestattet, daß sie erkläre, dasselbe sei für eigne Bedürfnisse bestimmt.[213] Ferner teilte im Mai der Erbstatthalter den Generalstaaten mit, ein gewisser Monsieur de Ville werbe 12 Kompanien Fußvolk an, die angeblich für Moskovien, wahrscheinlich aber für Dänemark oder Schweden bestimmt seien; er habe viele Niederländer den Staaten entfremdet („debauchiert"). Da diese Truppen meist über Ostfriesland, namentlich Emden, fortgebracht wurden, beschlossen die Generalstaaten an den Grafen von Ostfriesland und die Stadt Emden zu schreiben, damit sie die Abreise niederländischer Soldaten verhinderten[214], worauf Graf Enno, Aurich 27. Mai v. st., antwortete, er habe die Bitten der Generalstaaten nach Möglichkeit zu erfüllen gesucht, was nicht leicht gewesen sei. Die Generalstaaten hatten einen Kommissar, namens van der Myle, nach Emden gesandt, der nun zurückberufen wurde.[215] Am 16. Januar 1613 sah man sich indessen nochmals genötigt, an den Grafen Enno, die Stadt Emden, den Gouverneur der dortigen Garnison, die Provinz Groningen und die niederländischen Kapitäne zu schreiben, damit dem „Debauchieren" ein Ende gemacht werde.[216] Auch im Juli 1612 beklagte sich Moritz darüber. Darauf verboten die Generalstaaten nochmals in einem Plakat[217] vom 1. August 1612 ihren

[211] R. G. 1. V. 1612. — [212] R. G. 14. VI. 1612. — [213] R. G. 16. VI. 1612. — [214] R. G. 26. V. 1612. — [215] R. G. 19. VI. 1612. — [216] R. G. 16. I. 1613. — [217] sub Plakaten 3533; Vreede II, 114, dort

Digitized by Google

Untertanen, in fremde Dienste, besonders schwedische, dänische und russische zu treten. Wenn die Generalstaaten fremden Offizieren das Werben gestatteten, so war dennoch das „Debauchieren" bei Leibesstrafe verboten.[218] Auch später noch hatten die Generalstaaten Anlaß, zu zeigen, daß sie ihre Neutralität streng aufrecht zu erhalten gedachten. Es waren nämlich zwei Schiffe aus den Niederlanden ausgelaufen, welche schwedische Kaperbriefe hatten, und hatten zwei dänische Schiffe, das eine mit Häuten, das andere mit Salz beladen, gekapert. Diese Beute brachten sie nun nach Amsterdam. Die dortige Admiralität beschloß, die Generalstaaten um Rat zu fragen, und fertigte zu diesem Ende die Räte Munster und Matenesse nach dem Haag ab. Ihre Hochmögenden beschlossen, die gekaperten Schiffe ihren rechtmäßigen Eigentümern zu restituieren, die schwedischen Schiffe 1—2 Tage anzuhalten und dann frei zu lassen, dabei aber den Kapitänen einzuschärfen, sich jeder feindseligen Handlung in den niederländischen Gewässern zu enthalten. Dieser Beschluß sollte allen Admiralitätskollegien mitgeteilt werden.[219] Vier Wochen später erhielt der norwegische Edelmann Erich Ottensen Bulle, der im Vlie von dem Amsterdamer Kapitän Dirk Jakobsen Waterstecker, welcher schwedische Kaperbriefe hatte, beraubt worden war und sich nun an die Generalstaaten wandte, von diesen den Rat, sich an die zuständigen Gerichte zu wenden. Gleichzeitig aber erhielten die Richter den Befehl, dem Bulle zu seinem Rechte zu verhelfen und kurzen Prozeß zu machen.[220] Derselbe Waterstecker hatte auch den Hamburger Kaufmann Peter Cornelissen beraubt, den die Generalstaaten, nachdem sie einen Empfehlungsbrief der Stadt Hamburg erhalten, ebenfalls an die Gerichte verwiesen.[221] Cornelissen gelangte auch zu seinem

---

sind II, 182 ff. auch die Plakate vom 12. Mai 1611 und 1. August 1612 abgedruckt. — [218] cf. R. H. 7. VIII. 1612. — [219] R. G. 20. IX. 1612. — [220] R. G. 17. X. 1612. — [221] R. G. 1. XII. 1612.

Digitized by Google

Rechte. Später bat der Hamburger Rat die Generalstaaten um Restitution eines zweiten von Waterstecker dem Cornelissen genommenen Schiffes, falls dieses nach den Niederlanden gebracht werden sollte. Die Generalstaaten beschlossen, die Bitte zu berücksichtigen und den Waterstecker zu bestrafen.[222] Am 15. November erhielten die Generalstaaten einen Brief der Amsterdamer Admiralität. Der Oberst Mönnichhofen hatte nämlich auf seiner Fahrt nach Norwegen in den Klippen den Norwegern eine Anzahl getrockneter und gesalzener Fische abgenommen, die nun von den Schweden natürlich als gute Beute betrachtet und nach Amsterdam gebracht worden waren. Man fragte, da die ehemaligen Eigentümer die Fische reklamierten, bei den Generalstaaten an, ob der Beschluß vom 20. September auch für diesen Fall gültig sei. Die Generalstaaten antworteten, daß darüber die Justiz zu entscheiden habe. Ferner erkundigte sich die Admiralität, wie man sich gegen Anke Alberts von Hindeloopen, der Aufträge vom Schwedenkönig habe und nach Schweden segeln wolle, zu benehmen habe. Die Generalstaaten entschieden, wenn Alberts Bürgschaft dafür leiste, daß er auf der Fahrt nach Schweden niemandem zur See Schaden tun wolle, so solle man ihn ruhig abreisen lassen; tue er das aber nicht, so solle man seine Abreise verhindern.[223] Erst nach dem Friedensschluß würde die Ausfuhr von Waffen nach Skandinavien wieder gestattet.[224]

Inzwischen gingen die Verhandlungen mit den Hansestädten weiter. Der ungünstige Ausgang einer Gesandtschaft nach Dänemark während der Abwesenheit des Nordanus mußte naturgemäß die Stimmung für eine Allianz in den Hansestädten verstärken. Am 27. I./6. II. 1612 war Nordanus heimgekehrt

[222] Brief Hamburgs 23. XII. 1612; R. G. 26. I. 1613. — [223] R. G. 15. XI. 1612. — [224] Laut R. G. 5. X. 1613 darf der Büchsenmacher Reynier Pasquier 500 Musketen abgabenfrei nach Dänemark ausführen.

Digitized by Google

und unter dem friſchen Eindruck der von ihm überbrachten Antwort begannen am 29. I./8. II. 1612 die Verhandlungen des Hanſetags, auf dem außer Lübeck Bremen, Hamburg, Roſtock, Stralſund, Wismar, Magdeburg, Braunſchweig, Hildesheim, Danzig und Lüneburg vertreten waren. Dort verriet indeſſen Lübeck nicht alle ſeine Abſichten.[225] Den Braunſchweigern, Magdeburgern, Hildesheimern und zuerſt auch den Hamburgern ſagte man, Nordanus ſei nur der Städte Lemgo und Braunſchweig halber im Haag geweſen. Man mißtraute eben ihrem guten Willen in hanſiſchen Angelegenheiten.[226] Es wurde beſchloſſen, Nordanus von neuem in den Haag zu ſenden und dieſer hatte dort am 12. März ſeine erſte Audienz bei den Generalſtaaten. Er war nicht nur vom Hanſetag, ſondern daneben auch von der Stadt Lübeck beſonders mit Kreditiv und Vollmacht verſehen. Im Namen der Hanſe dankte er zunächſt für die ihm im Januar erwieſene Freundlichkeit. Die Hanſeſtädte, führte er aus, ſeien einer Erneuerung des alten Bündniſſes geneigt, das defenſiv ſein ſolle, zum Zwecke der Verteidigung gegen des Papſtes Tyrannei und Aufrechterhaltung der Freiheit navigationis et commerciorum, ſowie Sicherung der Privilegien. Da die Sache aber möglichſt geheim bleiben ſolle, ſo hätten die Magiſtrate der Hanſeſtädte ſich nicht mit den Bürgerausſchüſſen darüber beſprechen können. Sie bäten deshalb die Generalſtaaten, zunächſt ihre Vorſchläge zu machen, damit die Städte ſich darüber mit ihrer Bürgerſchaft beraten könnten. Dann wolle man mit den Niederländern certo tempore et loco zuſammenkommen. Zum Schluß legte er noch für Lemgo ein Wort ein. Für Lübeck waren die nordiſchen Verhältniſſe das Wichtigſte. Die Stadt fragte bei den Herren Staaten an: 1. ob ſie noch gewillt ſeien, die erhöhten Zolle zu bezahlen; 2. ob ſie ſich der Schwedenfahrt enthalten und damit Dänemark

[225] Brokes I, 346. — [226] Brokes I, 346.

Digitized by Google

das dominium maris baltici zugestehen wollten; 3. ob sie zu dem ihren Untertanen zugefügten Schaden stillschweigen oder Entschuldigung fordern würden und 4. ob sie, und zwar noch vor dem Abschluß einer Allianz, eine Gesandtschaft nach Dänemark schicken wollten. Zunächst wurden zu weiteren Verhandlungen mit Nordanus die vier Deputierten Brienen, Magnus, Velsen und Dr. Sebastiaen beauftragt und die Provinzen von dem bei diesen Verhandlungen aufgesetzten Konföderationsentwurf benachrichtigt.[227] Sodann wurde auch der Erbstatthalter von der Sachlage unterrichtet und ein Brief an die in Lübeck versammelten hansischen Gesandten aufgesetzt, des Inhalts, man wolle zusammen mit der Hanse alles tun, um den Frieden im Norden wieder herbeizuführen.[228] Mit diesem Bescheid und dem Konföderationsentwurf kehrte Nordanus noch im März nach Lübeck zurück. Auch an die Stadt Braunschweig schrieb man noch in diesem Monat und ermahnte sie, alle Mittel anzuwenden, um sich wieder mit dem Herzog zu versöhnen. Graf Johann von Nassau empfahl diese Sache den Generalstaaten in einem Schreiben, Siegen 9. I. 1612, angelegentlichst.[229]

Die Bemühungen, England zur Vermittlung zwischen den kriegführenden Mächten zu bewegen, waren von Erfolg gekrönt. König Jakob hatte, wie der Gesandte Caron den Generalstaaten 9./19. III. mitteilte, sich bereit erklärt, eine Standesperson zu diesem Zweck nach Dänemark und Schweden zu senden. Der König ließ die Generalstaaten durch Caron bitten, dies dem jungen König von Schweden mitzuteilen. Die Staaten beschlossen daraufhin, dem Gesandten van Dyck hiervon Kenntnis zu geben, damit er darüber nach Schweden berichte; ferner sollte dem König von England die Proposition, die der Gesandte Anfang März den Generalstaaten gemacht hatte, mitgeteilt werden. Auch

[227] cf. die zwei Propositionen des Nordanus. R. G. 12. 15. 16. III. 1612. — [228] R. G. 17. III. 1612. — [229] R. G. 22. III. 1612.

Digitized by Google

ſollte van Dyck auf ſeine Vorſchläge endlich Antwort erhalten, die man gleich feſtſetzte. Man kondolierte zu König Karls Tod, wünſchte dem jungen König Gottes Segen zu ſeiner Regierung und dankte ihm für ſein Anerbieten, wobei man ihm das Fortbeſtehen der alten niederländiſch-ſchwediſchen Freundſchaft wie in den Tagen Karls IX. zuſicherte. Dann ſprach man ſein Bedauern über den Krieg aus, wies auf die niederländiſchen Vermittlungsverſuche hin und legte dar, daß Guſtav Adolf, der, wie man aus van Dycks 'propositie' erſehen habe, den Frieden wünſche, deshalb auch das engliſche Vermittlungsangebot annehmen müſſe. Aſſiſtenz und Erlaubnis zu Werbungen müſſe man beiden Parteien abſchlagen, da ſonſt nur die Dauer des Kriegs verlängert würde. Zum Schluß bot man den Schweden alle gute Dienſte an.[230] Von andrer Seite kam bald darauf auch gute Nachricht. Der Agent Brederode teilte aus Heidelberg mit, die Kurfürſten, Fürſten und Stände des Reichs hätten ſich zu einer Geſandtſchaft nach Dänemark und Schweden entſchloſſen, um den Frieden herbeizuführen.[231] Um die engliſche Vermittlung zu erleichtern, ſchlug Oldenbarnevelt am 1. Mai vor, man ſolle Schweden womöglichſt dazu bewegen, beim König von England darum zu bitten. Er erhielt den Auftrag, darüber mit van Dyck zu ſprechen.[232] Am folgenden Tage teilte er mit, van Dyck habe ihm geſagt, daß eine engliſche Vermittlung der ſchwediſchen Regierung angenehm ſein würde; er ſelbſt (i. e. van Dyck) ſei bereit, eine engliſche Geſandtſchaft zu begleiten und zunächſt deshalb nach England zu gehen; wenn es aber dem König von England lieber ſei, daß er nach Schweden ginge, dort einen dem Frieden günſtigen Entſchluß herbeiführe und veranlaſſe, daß der König von England um ſeine Vermittlung erſucht werde, ſo ſei er auch dazu bereit. Darauf beauftragten

[230] R. G. 27. III. 1612. — [231] cf. R. G. 27. IV. 1612. — [232] R. G. 1. V. 1612.

Digitized by Google

die Generalstaaten Caron, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß eine englische Gesandtschaft zustande komme; zu diesem Zwecke sollte er sich auf die ihm mitzuteilende Erklärung van Dycks beziehen.[233] Diesen Beschluß billigte auch der englische Gesandte im Haag, Winwood.[234] Am 4. Mai nun erhielten die Generalstaaten einen Brief Carons vom 8. April, welcher mitteilte, König Jakob habe ihm erzählt, es sei ein Kammerherr mit Kreditiv Christians IV. zu ihm gekommen. Dieser habe erklärt, der König von Dänemark sei zum Frieden bereit, wenn die Schweden ihn nicht mehr so kränken wollten, wie zu Lebzeiten Karls IX. Dagegen sei Schweden nur dann zum Frieden zu haben, wenn man ihm Kalmar sofort zurückgebe, was der König von England nicht für gerecht halte. Dies solle er, Caron, den Generalstaaten mitteilen. Ferner habe der König ihm gesagt, er wolle noch immer den Frieden vermitteln, sobald er dazu von Schweden ersucht werde; dazu möchten die Generalstaaten alles tun, was in ihren Kräften stände. Man entschloß sich, zu der am 2. Mai beschlossenen Depesche ein recepisse dieses Schreibens hinzuzufügen. Die Ansicht Jakobs, daß die Schweden die Rückgabe Kalmars vor Beginn der Friedensverhandlungen nicht verlangen dürften, teile man. Indessen möge der König, da ja aus van Dycks Erklärung die Friedensliebe Schwedens hervorgehe, nicht auf leeren Formalitäten verharren, sondern die Gesandtschaft gleich abgehen lassen. Der Überbringer des Briefs sollte auch gleich diese Antwort mitnehmen.[235] Ferner beschloß man, die Königin-Mutter von Schweden zu bitten, mit ihrer Autorität auf den Abschluß eines Friedens hinzuwirken.[236] Bereits am 21. Mai erhielt man Carons Antwort auf das Schreiben vom 4. Mai; da der König schon befohlen habe, daß einige Edelleute in 1—2 Tagen nach

[233] R. G. 2. V. 1612. — [234] cf. R. G. 3. V. 1612. — [235] R. G. 4. V. 1612. — [236] R. G. 8. V. 1612.

Digitized by Google

Dänemark und Schweden abreisten, so sei van Dycks Anerbieten überflüssig. Die Generalstaaten beschlossen, dies auch Brederode mitzuteilen.[237] In der Tat hatte König Jakob, Westminster 29. April resp. 5. Mai 1612 v. st., die Kredenzbriefe für seinen Gesandten Jakob Spens an die Stände resp. den König von Schweden ausgefertigt.[238] Ende Mai — alten Stils — trafen die Gesandten in Dänemark ein.[239, 240]

Auch die Verhandlungen mit den Hansestädten nahmen ruhig ihren Fortgang. Am Osterdienstag 14./24. April 1612 hatte die Stadt Braunschweig ihren Sekretär Johann Olemann bevollmächtigt und beauftragt, nach dem Haag zu gehen und dort unter Darlegung der ganzen Sachlage und Streitpunkte die Stadt den Generalstaaten zu empfehlen und dieselben um ihren Beistand zu ersuchen, welchem Auftrag Olemann am 19. Mai nachkam.[241] Die Staaten erklärten sich zur Vermittlung zwischen dem Herzog und der Stadt bereit.[242]

Nach seiner Rückkehr im März hatte sich Nordanus mit dem Bürgermeister Brokes nach Lüneburg, Bremen und Hamburg begeben, um diese Städte für den Konföderationsentwurf zu gewinnen; den Generalstaaten teilte Lübeck inzwischen mit, daß der Hansetag erst am 3./13. Mai beginnen könne.[243] Derselbe begann tatsächlich erst am 5./15. Mai. Man war dafür, das alte Bündnis auf acht Jahre zu erneuern, d. h. die einstigen niederländischen Hansestädte wieder in die Hanse aufzunehmen. Brokes und der hansische Syndikus Dr. Domann wurden beauftragt, wieder nach dem Haag zu gehen.[244] Obwohl die Gesandten schon am 9./19. Mai ernannt wurden, konnten sie doch

---

[237] R. G. 21. V. 1612. — [238] R. D. H. D. II[1], 5403, 5405. — [239] R. D. H. D. II[1], 5418. — [240] cf. über van Dycks Bemühungen Sprinchorn 156 f. — [241] Olemanns Credenz. R. G. 17., 19. V. 1612. — [242] R. G. 29. V. 1612. — [243] Brief Lübecks 17./27. April. R. G. 8. V. 1612. — [244] Brokes I, 347; Schweizer 65.

Digitized by Google

nicht ſofort abreiſen. Vielmehr teilte der Hanſetag den Generalſtaaten mit, dieſelben könnten erſt in den erſten acht Tagen des Juli (alten Stils) ankommen. Darauf legten die Generalſtaaten den Deputierten nahe, ſich bis dahin ihre Inſtruktionen und Vollmachten zu beſorgen.[245] Noch vor Beginn der Reiſe fielen indeſſen wichtige Ereigniſſe vor. Stockholm, 8. April 1612, verbot König Guſtav Adolf den Hanſeſtädten die Fahrt auf Dänemark und die Zahlung der Zölle im Sund.[246] Im Juni erſchien dann ein ſchwediſcher Geſandter, Auguſtinus Caſſiodorus de Reyna, in Lübeck, um ein lübiſch-ſchwediſches Bündnis gegen Dänemark abzuſchließen, da dieſer Staat ſich ſtets unfreundlich gegen die Hanſe verhalten habe. Die Hanſe möge ſich der Fahrt auf Dänemark enthalten, dagegen wohl auf Schweden ſegeln; ferner ſolle ſie eine Flotte gegen Dänemark ausrüſten und dieſem Staat das Anwerben von Truppen verbieten, den Schweden aber geſtatten. Schweden bot dagegen Handelsprivilegien und wies darauf hin, daß die Hanſe ſo vielleicht ihre alten Vorrechte in Bergen zurückerlangen könne. Man möge Geſandte cum plenipotentia nach Schweden ſenden. Zum mindeſten wurde volle Neutralität verlangt.[247] Lübeck antwortete ausweichend, man könne allein, ohne die andern Hanſeſtädte nichts machen.[248] Doch hegte man in Schweden Hoffnungen. Oxenſtierna berichtete ſeinem König, er habe von einem lübiſchen Schiffer gehört, der Hanſetag im Mai habe beſchloſſen, man wolle ſich nur noch zwei Monate lang ruhig halten, dann aber mit Gewalt die Schwedenfahrt durchſetzen; 6 Wochen ſeien von dieſer Friſt bereits verſtrichen.[249] In den Niederlanden erhielt man gegen Ende Juni ſchlechte Nachrichten aus dem Norden;

[245] Brief Lübecks 11. V. 1612; R. G. 18. VI. 1612. — [246] R. D. H. D. II[1], 5401; Brokes II, 14; Slange-Schlegel II, 537; Slange-Gram I, 308. — [247] Oxenstierna I[1], 520 ff.; Hallenberg I, 357 f., 482. Cronholm I, 125 f. — [248] Brokes II, 14. — [249] Oxenstierna I[1], 63.

Digitized by Google

zwar erklärte sich Gustav Adolf[250] mit der englischen Vermittlung einverstanden und auch Herzog Johann und die Reichsräte wandten nichts dagegen ein[251], aber der König von Dänemark verhielt sich den niederländischen Friedensmahnungen gegenüber[252] ablehnend, indem er besonders darauf hinwies, daß ihm von den Schweden in der Titelfrage („König der Lappen in Nordland") zu sehr unrecht geschehen sei.[253] Die Generalstaaten aber hörten mit ihren Bemühungen nicht auf und empfahlen Caron und Brederode, beim König von England resp. den deutschen Kurfürsten und Fürsten mit Energie auf die Inhandnahme der Friedensunterhandlungen zu bringen.[254]

Am 6./16. Juli kamen Brokes und Dr. Domann im Haag an und hatten am folgenden Tage Audienz bei den Generalstaaten, der auch der Erbstatthalter beiwohnte. Die Gesandten entschuldigten sich, daß man den Generalstaaten nichts über die geplante Zusammenkunft[255] mitgeteilt habe; unter den zwölf Punkten, mit denen Nordanus im März heimgekehrt sei, seien zwei gewesen, von denen man den einzelnen Städten habe Mitteilung machen müssen. — Es waren dies die Fragen, ob die Hanse auch verpflichtet sein solle, gegen Spanien eventuell mitzukämpfen und die Höhe der „Kollekten oder Belegung der Schiffe".[256] — Um darüber zu verhandeln, seien sie gekommen. Oldenbarnevelt antwortete darauf. Zu weiteren Verhandlungen mit den Gesandten wurden die Deputierten Brienen, Herr van Senderen (Gelderland), Oldenbarnevelt (Holland), Magnus (Seeland), Velsen (Friesland) von den Generalstaaten bestimmt.[257] Die Staaten von Holland kommittierten außer Oldenbarnevelt

[250] Schreiben Gustav Adolfs, Gripsholm 28. April 1612. — [251] Schreiben desselben, Gripsholm 27. April 1612; R. D. H. D. II[1], 5402, hier als Datum fälschlich der 28. April angegeben. — [252] cf. oben p. 53 f. — [253] Brief Christians, Guldberg 3. VI. 1612 v. st. — [254] R. G. 30. VI. 1612. — [255] cf. oben p. 62. — [256] Brokes II, 16. — [257] R. G. 18. VII. 1612.

Digitized by Google

noch Dirk Bas[258]; außerdem nahm noch ein Deputierter von Groningen, Gruys, an den Verhandlungen teil.[259] Die Verhandlungen waren zunächst trotz der günstigen Stimmung unfruchtbar. Als dieselben nach einer dazwischen liegenden Pause am 17./27. Juli wieder begannen, äußerte Brienen, er wäre nunmehr alt, aber hierzu hätte er wohl noch Lust, sich mit gebrauchen zu lassen, daß wir uns im Sunde möchten sprechen; seine Stiefeln sollten bald fertig sein.[260] Erst am 21./31. Juli kam es zur Einigung, jede Partei sollte in einem eventuellen Kriege 7000 Mann zu Fuß, 1200 Pferde ins Feld stellen und 24 Schiffe und zwar je 8 zu 100, 150 und 200 Lasten ausrüsten.[261] Am 30. Juli hatten die Generalstaaten sich bereits damit einverstanden erklärt, daß auf die von den Kommittierten aufgesetzten capita beide Parteien sich Vollmacht verschafften und dann ein Termin zu weiterer Verhandlung festgesetzt würde. Außerdem sollten beide Parteien ihr Möglichstes tun, dem nordischen Kriege ein Ende zu machen und eine Ermäßigung des Sundzolls herbeizuführen.[262] Auf die Bitten der Gesandten erklärte man, daß man sich der Städte Braunschweig und Lemgo auch weiterhin noch annehmen wolle.[263] Am 21./31. Juli verabschiedeten sich Brokes und Dr. Domann. Der Erbstatthalter gab ihnen zu Ehren ein Mittagessen, bei dem ausnahmsweise nicht getrunken wurde. Am Abend besuchten verschiedene Deputierte der Staaten die Gesandten auf ihrer Herberge. Am folgenden Tage reisten Domann und Brokes ab und kamen am 4./14. August in Lübeck an.[264]

Kaum waren die hansischen Gesandten abgereist, als der englische Gesandte Winwood, der am 28. Juni sich von den Generalstaaten verabschiedet hatte, um nach England zu gehen[265],

[258] R. H. 18. VII. 1612. — [259] Brokes II, 15. — [260] Brokes II, 18. — [261] Brokes II, 17 ff. — [262] R. G. 30. VII. 1612. — [263] R. G. 31. VII. 1612. — [264] Brokes II, 18. — [265] R. G. 28. VI. 1612.

Digitized by Google

von dort zurückkehrte und erklärte, daß König Jakob je einen Edelmann nach Dänemark und nach Schweden geſchickt habe und einen guten Ausgang der Sache erwarte.[266] Caron, der Urlaub genommen hatte, überreichte drei Wochen ſpäter den Generalſtaaten einen Brief des Königs, der denſelben Inhalt hatte[267], und auch Brederode konnte wenigſtens mitteilen, daß der Kurfürſt-Adminiſtrator Friedrich V. von der Pfalz je einen Brief an Guſtav Adolf und Chriſtian IV. geſchrieben und dieſelben zum Frieden ermahnt habe.[268] Freilich lauteten andere Nachrichten recht ſchlecht; am 9. Auguſt erhielten auch die Generalſtaaten, wie vorher die Hanſeſtädte, ein Schreiben Guſtav Adolfs nebſt zwei Plakaten, worin die Zufuhr auf Dänemark und die Zahlung des Sundzolls verboten wurden.[269] Außerdem teilte der Kommis im Sund, Iſaak Pietersz, der mit ſeinem Kollegen Willem Adriansz Cock den Generalſtaaten über den Krieg brieflich Bericht erſtattete[270], mit, daß König Chriſtian perſönlich mit ſeiner Flotte gegen den König von Schweden gezogen ſei[271], was nicht gerade auf friedliche Abſichten Dänemarks ſchließen ließ. Es iſt dies der Zug Chriſtians vor Kalmar, Danzig und in die Stockholmer Schären.[272]

---

[266] cf. R. G. 3. VIII. 1612. — [267] cf. R. G. 22. VIII. 1612. — [268] cf. R. G. 24. VIII. 1612. — [269] Brief Guſtav Adolfs 14. April 1612; ein gedrucktes Plakat iſt noch vorhanden. — [270] Die Briefe des Pietersz ſind außer einem Briefe vom 24. Auguſt 1612, der aber nicht der hier erwähnte iſt, ſämtlich verloren gegangen. — [271] R. G. 14. IX. 1612. — [272] Schäfer V, 347 f.

Digitized by Google

III.

Bis zum Abschluß der Allianz mit Lübeck 1613.

Von Braunschweig und den Hansestädten hörte man unterdessen recht wenig. Zwar erschien im August wieder Olemann als Gesandter von Braunschweig. Sein Auftrag ging dahin, die Generalstaaten zu ersuchen, fünf Interventionsschreiben an den Herzog Heinrich Julius, die Herzogin, den Erbprinzen Friedrich Ulrich, die herzoglichen Räte und die Landstände abzusenden, sowie Braunschweig in das niederländisch-hansische Bündnis aufzunehmen. Die erste Bitte wurde gewährt, eine Aufnahme in das Bündnis war fürs erste schon deshalb unmöglich, weil noch gar nichts perfekt war.[273] Lübeck schrieb, daß der Hansetag am 5./15. Oktober in Lübeck stattfinden solle[274], mußte aber später mitteilen, daß man ihn habe aufschieben müssen, indessen möchten die Staaten keinen Verdacht schöpfen. Diese warteten denn auch geduldig weiter.[275]

Inzwischen aber hatten sich, dem dänischen Verbot entgegen, die Lübecker doch zur Schwedenfahrt entschlossen. Davon erfuhr der dänische Admiral Gabriel Kruse und überrumpelte gemeinsam mit Godske Lindenov am 6./16. Oktober die bei Travemünde

[273] Olemanns Propositionen. R. G. 8. VIII. 1612. Konzepte der fünf Briefe. — [274] Brief Lübecks 20. VIII. 1612. R. G. 19. IX. 1612. — [275] Brief Lübecks 7./17. X. 1612. R. G. 12. XI. 1612.

Digitized by Google

liegenden lübischen Schiffe; freilich glückte der Anschlag nicht ganz, doch mußte Lübeck sich in einem Rezeß vom 7./17. Oktober verpflichten, daß eine solche Expedition, wie die geplante, dies Jahr nicht nach Schweden gehen solle, was später aber doch geschah.[276] Der am 25. Oktober/4. November eröffnete Hansetag tagte unter dem frischen Eindruck dieses Völkerrechtsbruchs. Vertreten waren außer Lübeck die Städte Bremen, Hamburg, Rostock, Wismar, Magdeburg, Braunschweig, Danzig, Lüneburg. Nichtsdestoweniger waren die Verhandlungen ergebnislos. Solange es den Städten nicht an ihre eigene Existenz ging, waren sie in ihrer Zagheit und Unentschlossenheit zu einem Bündnis mit den Niederländern nicht zu bewegen. Der Bürgermeister Brokes schlug deshalb nach Beendigung des Hansetags ein Separatbündnis Lübecks mit den Generalstaaten vor, und trotzdem der Kaiser davon abmahnte, entschloß man sich doch dazu.[277] Nordanus wurde nach dem Haag gesandt, er verließ 4./14. Dezember Lübeck. Am 29. Dezember hatte er seine erste Audienz bei den Generalstaaten; er überreichte einen Brief des letzten Hansetags, worin die Generalstaaten auf einen neuen, im Februar 1613 stattfinden sollenden Hansetag vertröstet wurden.[278] Auf seinen Wunsch wurde aus jeder Provinz ein Deputierter zu weiteren Verhandlungen mit ihm beauftragt.[279] Sein Vorschlag eines Separatbündnisses mit Lübeck wurde günstig aufgenommen, dagegen war man gegen die andern Hansestädte einigermaßen verschnupft; wenigstens beschloß man am 17. Januar 1613, der Hanse mitzuteilen, wenn sie sich nicht auf dem zum 2./12. Feb-

[276] Axel Larsen 242f.; Schäfer V, 363; Brokes II, 19; H. G. Garde 131; Meteren 299; Barfod 719; Schweitzer 66f.; R. D. H. D. II[1], 5440; Schlegel II, 44; Slange-Schlegel II, 550; Slange-Gram I, 323; Häberlin-Senkenberg XXIII, 665; Khevenhiller VII, 530; Sartorius III, 117; Meier, Londorpius suppletus I, 692. — [277] Brokes II, 24 ff.; Schweitzer 69. — [278] Brief des Hansetags 2. XI. 1612. — [279] R. G. 29. XII. 1612.

Digitized by Google

ruar anberaumten Hansetag für eine Allianz entschlösse, wie man noch immer hoffe, so würde man mit den Einzelstädten oder auch mit Lübeck ganz allein traktieren.[280] Mit diesem Bescheid ging Nordanus wieder nach Lübeck, wo er am 9./19. Januar eintraf. Die Vorschläge, die er zu überbringen hatte, lauteten dahin, daß im Fall eines Krieges Lübeck je 2 Schiffe zu 200, 150 und 100 Lasten, außerdem 1000 Mann Fußvolk und 200 Reiter zu stellen habe. Da der Kaiser, außer daß er an den König von Dänemark schrieb, nichts für Lübeck tat, sah sich die Stadt genötigt, unter allen Umständen die Allianz mit den Niederlanden abzuschließen, die andern Städte zeigten sich auf dem Hansetag im Februar sehr lau und unschlüssig; sie wollten nicht geradezu nein sagen, aber obwohl sie die Allianz für nötig und nützlich hielten, gaben sie doch vor: 1. die Bürgerschaft sei sich noch nicht schlüssig geworden — Danzigs Bürger hatten z. B. noch keinen Beschluß fassen können, weil sie auf die Thorner Messe mußten[281]; — wenn aber die Generalstaaten sich mit Lübeck alliierten, werde man sich schon rascher entschließen; 2. der Anschlag, nach dem sie die Hülfe zu leisten hätten, sei zu hoch; 3. die dänisch-schwedischen Beziehungen seien jetzt per pacificationem — im Januar war durch englische Vermittlung der Friede zustande gekommen — sehr geändert und das negotium schwerer geworden. Extra confoederationem waren die Hansestädte zu einer Gesandtschaft gemeinsam mit niederländischen Gesandten nach Dänemark bereit, damit dieser Staat die Zollerhöhungen abschaffe, die Schiffahrt in Nord- und Ostsee nicht mehr störe, die ablata und damna restituiere und beiden Parteien ihre alten Privilegien bestätige. Sofern man dadurch nichts ausrichte, so wollten die Hansen sich beraten, stille sitzen und akkommodieren, würden es aber sehr gern

[280] Brief an die Hanse 7. I. 1613; R. G. 7. I. 1613. — [281] Brief Danzigs an Lübeck 11. I. 1613; Kopie im Haager Reichsarchiv.

Digitized by Google

sehen, wenn die Staaten und wer immer ex civitatibus sich dazu verstehen wolle, die Defension in die Hand zu nehmen. Obwohl Lübeck durch Nordanus erfahren hatte, daß die Generalstaaten erst nach Abschluß einer Allianz allenfalls zu einer Gesandtschaft bereit wären, teilte es dies doch nicht mit, in der Befürchtung, sonst würden die Hansestädte in zwei Parteien zerfallen, die eine absolut für, die andere gegen ein Bündnis; es wollte ihnen Zeit lassen, einem etwaigen lübisch-niederländischen Bündnisse beizutreten. Nur Rostock und Braunschweig erklärten sich für eine Allianz, aber nur, wenn die anderen Städte beitreten wollten. So sah Lübeck sich genötigt, ein Sonderbündnis abzuschließen. Bestärkt wurde es in seinem Vorhaben durch die Nachricht vom Knäröder Frieden, der Dänemarks bisher gebundene Kräfte löste, und die Drohungen Christians. Die Bemühungen des englischen Gesandten Anstruther, Lübeck zum Nachgeben gegen Dänemark zu bewegen und der Stadt die Allianz mit den Generalstaaten auszureden, blieben erfolglos und die dänischen Vorwürfe wurden von Brokes scharf zurückgewiesen. Außerdem hatte der Kaiser Christian mit Holstein belehnt, schien also nicht gewillt, energisch für Lübeck einzutreten. Der dänische Kaperkrieg dauerte auch nach dem Friedensschluß noch fort.[282] Die Geheimbürger beschlossen am 11./21. Februar, die Allianz mit den Niederländern abzuschließen und am 13./23. Februar reiste Dr. Nordanus nach dem Haag ab, wo er am 7. März den Generalstaaten seine Aufträge mitteilte, die in dem raschen Abschluß einer Allianz bestanden.[283] Dort war man jetzt definitiv bereit. Isaak Pietersz hatte den Staaten wohl über Friedensverhandlungen zwischen Dänemark und Schweden, sowie über den Friedensschluß selbst Mitteilungen machen können[284], aber

[282] Konzept der lübischen Proposition, Haag 25. II. 1613 v. st.; Brokes II, 28 ff.; Schweitzer 69 f. — [283] R. G. 7. III. 1613. — [284] Briefe erwähnt R. G. 28. I., 6. II., 23. II., 27. II. 1613.

Digitized by Google

der Sundzoll wurde noch keineswegs erniedrigt und auch jetzt noch hatten die Generalstaaten sich veranlaßt gesehen, den König Christian um Entschädigung für gekaperte Schiffe zu ersuchen.[285] Am 15. März erhielt man auch einen Brief aus Braunschweig, worin diese Stadt, die in ihrer bedrängten Lage Bundesgenossen brauchte und deshalb eine von der Haltung der andern Hansestädte ganz abweichende Politik verfolgte, mitteilte, daß sie in das lübisch-niederländische Bündnis mitaufgenommen zu werden wünsche und daß ihre Gesandten bald nachkommen würden.[286] Die mit den Verhandlungen mit Nordanus betrauten Abgeordneten wurden beauftragt, auch hierüber mit dem Syndikus zu sprechen.[287] Als am 21. März die Braunschweiger Gesandten — es waren dies Dr. Johann Rörhandt, Zacharias Boling, Kurt v. Walbeck und Johann Olemann — ihre Audienz gehabt hatten, beschloß man zunächst ebenfalls, Nordanus um seine Ansicht zu fragen.[288] Dieser machte Schwierigkeiten und erklärte, er sei nicht instruiert und wisse deshalb nicht, wie er sich zu einer Aufnahme Braunschweigs in das Bündnis zu stellen habe; auch wäre es schwer, die Kontributionsquote für Braunschweig festzusetzen.[289] Überhaupt war die Höhe der Kontributionsquote eine der größten Streitfragen bei diesen und bei späteren Verhandlungen. Lübeck erklärte sich bereit, 1/8 der Gesamtkosten zu tragen, d. h. 1 gegen 7 der Generalstaaten. Die Braunschweiger erklärten dem Deputierten Biesman, bei der Hanse zahlten Lübeck, Hamburg und Danzig je 18, Bremen 6, Rostock, Braunschweig, Magdeburg je 3, Lüneburg 4 und Wismar 2.[290] Die Generalstaaten hatten so erfahren, wie groß die pekuniäre Leistungsfähigkeit der einzelnen Hansestädte war. Brienen schlug daraufhin vor, Magdeburg, von dem man auch wußte, daß es

[285] R. G. 28. I. 1613, cf. oben, p. 48. — [286] Brief Braunschweigs 16. II. 1613; R. G. 15. III. 1613. — [287] R. G. 16. III. 1613. — [288] R. G. 22. III. 1612. — [289] R. G. 23. III. 1613. — [290] R. G. 25. III. 1613.

Digitized by Google

zu einer Allianz bereit sei, und Braunschweig sollten zusammen 1/20 zahlen (5 : 100)[291], indessen wurde darüber kein Beschluß gefaßt. Am 28. März genehmigten die Generalstaaten den Entwurf des Traktats mit Lübeck, der nun noch dem Staatsrate und dem Erbstatthalter zur Genehmigung mitgeteilt werden sollte.[292] Am 1. April konnten die zu den Verhandlungen kommittierten 7 Abgeordneten — aus jeder Provinz war einer kommittiert worden[293] — mitteilen, daß sowohl der Erbstatthalter, wie Dr. Nordanus ihre Einwilligung zum Vertragsentwurf gegeben hatten, woraufhin auch die Generalstaaten Allianztraktat und Kontributionsquote genehmigten[294]; innerhalb dreier Monate sollte die Ratifikation beiderseits erfolgen.[295] Am 3. April meldeten die Kommittierten den Abschluß des Vertrags salva ratificatione. Nordanus erhielt auf seine Bitte Rekredentialbriefe an die Stadt Lübeck und konnte nun abreisen.[296] Es wurde ihm erlaubt, 30 kleine eiserne Kanonen — gotelinge — abgabenfrei nach Lübeck bringen zu lassen.[297] Auch die Braunschweiger erhielten Rekredentialbriefe; ferner wurde ihnen eine Kopie des lübisch-niederländischen Traktats mitgegeben und die Bitte dabei ausgesprochen, daß Braunschweig und Magdeburg diese Bedingungen annehmen möchten mit einer Quote, als man untereinander übereinkommen würde.[298] Daraufhin verließen auch diese Gesandten den Haag.[299]

Inzwischen hatte man auch mit Schweden unterhandelt. Dort brauchte man — der Friede war noch nicht geschlossen beim Beginn der jetzt folgenden Verhandlungen — Truppen zum Krieg und so fertigte Gustav Adolf am 2. und 6. Juni 1612 für Paridon van Hoorn und Jakob van Dyck zwei Vollmachten

---

[291] R. G. 26. III. 1613. — [292] R. G. 28. III. 1613. — [293] R. G. 16. III. 1613. — [294] R. G. 1. IV. 1613. — [295] R. G. 30. III. 1613. — [296] R. G. 3. IV. 1613. — [297] R. G. 4. IV. 1613. — [298] R. G. 3. u. 4. IV. 1613. — [299] Schweitzer 70 f.; Brokes II, 256 ff.

Digitized by Google

aus, wonach Hoorn eine Anzahl Truppen in den Niederlanden werben und eine Anleihe von 100000—400000 Talern zustande bringen sollte. Diese Anleihe sollte unverzinslich sein, außerdem sollte Schweden erst nach dem Friedensschluß und wenn sich seine pekuniären Verhältnisse einigermaßen gebessert hätten, verpflichtet sein, seine Schuld durch Kupferlieferungen abzutragen.[300] Am 19. November wurde v. Dycks Kredenzbrief bei den Generalstaaten verlesen[301], doch erhielt van Dyck keine Antwort. Werbungen konnten, weil man neutral bleiben wollte, nicht gestattet werden, und zur Gewährung einer Anleihe war man zu vorsichtig. Erst im März 1613 hatte man dann wieder Gelegenheit, sich mit Schweden zu beschäftigen. Man erhielt einen Brief Gustav Adolfs, in welchem dieser den Beginn der Friedensunterhandlungen mitteilte und die Generalstaaten bat, sich neben dem König von England der Sache anzunehmen, wenn über die Differenzpunkte entschieden werden solle[302]; da der Friede aber schon geschlossen war, wie Isaak Pietersz dies den Staaten bereits mitgeteilt hatte, so brauchte man sich nicht weiter mit dieser Bitte zu befassen.[303] Man beschloß einige Tage später, dem Könige zu gratulieren und ihn der Freundschaft der Niederlande zu versichern.[304] Auch an den König von Dänemark, der gleichzeitig um Herabsetzung der Sundzölle ersucht wurde, sollte ein Glückwunschschreiben abgehen.[305] Gleichzeitig aber machte van Dyck den Staaten äußerst wichtige Vorschläge. Schweden brauchte zur Auslösung des den Dänen im Knäröder Frieden verpfändeten Elfsborg in kürzester Frist eine große Summe; bis 1619 mußte es eine Million Taler zahlen. Deshalb suchte der König durch Verkauf einer größeren Menge Kupfers zu

[300] Kredenzbrief van Dycks 6. VI. 1612. Hallenberg I, 360 f.; Cronholm I, 106, 127; Sprinchorn 157. — [301] R. G. 19. XI. 1612. — [302] Brief Gustav Adolfs, Stockholm 24. X. 1612. — [303] R. G. 13. III. 1613. — [304] R. G. 19. III. 1613. — [305] R. G. 30. III. 1613.

Digitized by Google

Geld zu gelangen und van Dyck teilte dies den Generalstaaten mit, welche sich ihrerseits jetzt nicht mehr prinzipiell ablehnend verhielten, sondern die Deputierten Biesman, Oetgens und Magnus, daneben Martin de Doncken und den Tresorier de Bie mit den nötigen Verhandlungen beauftragten[306]. An dem hohen Preise, den die Schweden forderten, drohte sich die Sache aber doch zu zerschlagen[307]; indes hielt diese Stimmung nicht an; vielleicht hat ein Brief Isaak Pietersz', der Oldenbarnevelt die Friedensbedingungen nochmals mitteilte, den Umschwung hervorgerufen.[308] Magnus, Biesman, Bas und de Bie wurden zum Abschluß des Kupfertraktates ermächtigt, der Klerk des Staatsrats, Rochus Nieulant, beauftragt, mit van Dyck nach Schweden zu gehen, um die schwedische Ratifikation zu erlangen. Außerdem sollte er sich noch nach der ganzen politischen Lage Schwedens u. s. w. erkundigen und darüber schleunigst berichten.[309] Bereits am 6. April konnten Biesman und die andern berichten, daß sie mit van Dyck einen Vertrag abgeschlossen hätten, wonach die Generalstaaten 200 Schiffspfund Kupfer à 300 livres von der besten Sorte à 40 Reichstaler, lieferbar in Stockholm und abgabenfrei kauften. Nieulant wurde beauftragt, zu gleichen Bedingungen — nur der Preis durfte allenfalls $1^1/_2$ Taler höher sein — noch weitere 1000 Pfund zu kaufen, lieferbar binnen 3 Jahren. 5—6000 Taler durfte er gleich den Schweden als Abschlagszahlung geben.[310] Van Dyck sollte eine goldene Kette von 1000 Gulden Wert erhalten.[311] Am 11. April unterschrieben Oldenbarnevelt und der Greffier C. Aerssen den Traktat, der damit von niederländischer Seite ratifiziert war. Gleichzeitig wurde Nieulant beauftragt, statt 200 Pfund 400

[306] R. G. 19. III. 1613. — [307] R. G. 22. III. 1613. — [308] Bei R. G. 30. III. 1613 wird dieser nicht erhaltene Brief erwähnt. — [309] R. G. 2. IV. 1613. — [310] R. G. 6. IV. 1613; Instruktion Nieulants 11. IV. 1613. — [311] R. G. 11. IV. 1613.

Digitized by Google

zu kaufen, wenn das möglich sei; doch sollte er das Kupfer erst nach, nicht vor der Lieferung bezahlen und wurde beauftragt, sich nicht länger als einen Monat in Schweden aufzuhalten.[312] In Begleitung van Dycks reiste Nieulant nun ab.

Ungefähr gleichzeitig genehmigten in Lübeck der Rat und am 8./18. April auch die Bürger die Allianz mit den Niederlanden; am 16./26. April reisten Brokes und Nordanus nebst dem Sekretär Felthusen nach dem Haag ab, wo sie am 24.IV./4.V. 1613 ankamen. Bereits am folgenden Tage hatten sie eine Konferenz mit dem Advokaten von Holland und am 6. Mai eine Audienz bei den Generalstaaten, von denen sie weitere Verhandlungen wegen einiger noch schwebender Differenzen erlangten — Lübeck wünschte Ermäßigung seiner Quote.[313] Indessen kam man bald zur Einigung; schon am 15. Mai konnten die niederländischen Unterhändler — es waren dies Brienen (Gelderland), Bas (Holland), Magnus (Seeland), Ryfenburgh (Utrecht), Velsen (Friesland), Gerritsz (Overijssel), Coenders (Groningen)[314] — berichten, daß man mit den lübeckischen Gesandten sich geeinigt habe[315], und am 23. Mai, als alle Deputierten bevollmächtigt waren, nahmen die Generalstaaten die Allianz an[316], definitiv allerdings erst am 25. Mai, an welchem Tage sie auch die Kontributionsakte genehmigten, wonach Lübeck $^1/_9$, statt wie früher $^1/_8$ der Gesamtkosten zu tragen hatte.[317] Zwei Tage später wurde der Vertrag unterzeichnet, von Brokes und dem derzeitigen Präsidenten der Generalstaaten, Aylva, beschworen und somit ratifiziert.[318] Die Allianz war defensiv,

[312] R. G. 11. IV. 1613; Instruktion; Sprinchorn 157; Vreede II, 111f.; Dumont V[2], 223. — [313] R. G. 6. V. 1613. — [314] Aitzema I, 82; R. G. 25. V. 1613. — [315] R. G. 15. V. 1613. — [316] R. G. 23. V. 1613. — [317] R. G. 25. V. 1613. — [318] R. G. 27. V. 1613. Während die Verhandlungen noch schwebten, bat übrigens Braunschweig die Staaten, vorsichtig zu sein und nichts zu beschließen, was Braunschweig, Magdeburg und den andern Hansastädten, die successu temporis der Allianz eben-

Digitized by Google

ihr Zweck die Verteidigung des Handels in Nord- und Oſtſee; beſtehende Verträge ſollten, jedoch salvo praesenti foedere, nicht verletzt werden; man öffnete ſich gegenſeitig die Häfen und geſtand den Untertanen der Gegenpartei alle Rechte der eigenen Untertanen zu; etwaige Handelsſtörer — und damit iſt in erſter Linie doch Dänemark gemeint — ſollten erſt auf friedlichem Wege, im Notfall aber durch Gewalt, zunächſt durch Repreſſalien zum Nachgeben gebracht werden. Die Dauer der Allianz war auf 15 Jahre berechnet. Fremde Mächte konnten ihr beitreten. Ein lübiſcher Agent ſollte ſich im Haag, ein niederländiſcher in Lübeck aufhalten.[319]

falls beitreten würden, zum Präjudiz gereichen könne. Brief Braunſchweigs vom 17./27. April 1613, erhalten laut R. G. am 9. V. 1613. —

[319] Siehe die Bedingungen: Lünig IV, 1, 1394; Dumont V², 231, wo aber die Dauer fälſchlich auf 50 Jahre angegeben iſt. Die Verhandlungen und die Allianz ſind kurz erwähnt: Brokes II, 261 ff.; Aitzema I, 82 f.; Häberlin-Senkenberg XXIII, 668; Schweitzer 70 f.; Sartorius III, 38 ff.; Vreede II, 120; Schlegel II, 46 f.; Slange-Schlegel III, 11 f.; Slange-Gram I, 359 f.; Khevenhiller VIII, 620; Wagenaar X, 65; Arend-v. Rees-Brill III², 559 f.

Digitized by Google

IV.

Weitere Verhandlungen mit der Hanse und Schweden bis zur Allianz mit diesem Staat (1614).

Während man jetzt die Allianz fürs erste geheim zu halten suchte[320], — auch dem Gesandten des verbündeten England, Winwood, durfte ein Vertragskonzept nur vorgelesen, nicht ausgeliefert werden[321], — entschloß man sich, beiderseits den König von Dänemark um Herabsetzung der Zölle zu bitten.[322] Jede Partei sollte besonders für sich an den König schreiben und ihn um Abschaffung der Handelsstörungen ersuchen. Hatte doch Isaak Pietersz Oldenbarnevelt mitgeteilt, daß Dänemark, weit entfernt, die Zölle zu erniedrigen, dieselben in der Ostsee sogar noch gegen die Lübecker ausdehne.[323] Die Generalstaaten schrieben außerdem noch an Kanzler, Reichsräte und Stände von Dänemark, damit diese vom König eine gute Antwort erwirkten; den Lübeckern teilte man vorher den Inhalt der Briefe mit, suchte auch den Inhalt der lübischen Schreiben zu erfahren.[324] Damals traf auch ein Dankschreiben Christians für die Glückwünsche zum Friedensschluß ein, das gleichzeitig ebenfalls beant-

[320] Slange-Schlegel III, 13; R. H. V. 1613 sub Holland 49, p. 28. — [321] R. G. 6. u. 11. IV. 1613. — [322] R. G. 23. V. 1613. — [323] Dieser Brief erwähnt sub R. G. 5. IV. 1613. — [324] Brief an Christian 25. V., an die Stände 5. VI. 1613, R. G. 25. V. u. 5. VI. 1613.

Digitized by Google

wortet wurde.[325] Man ging aber noch weiter, man gab den Gesandten in Paris und London, Aerssen und Caron, den Auftrag, sie sollten im Interesse des Handels die Könige von Frankreich und England zu Interzessionsschreiben an den König von Dänemark bewegen, was auch beiden gelang.[326] Dem Mai 1613 im Haag weilenden französischen Gesandten Refuge wurde die Sache anempfohlen.[327] Caron sollte außerdem dem König von England das Konzept des von den Staaten an König Christian geschriebenen Briefs mitteilen. Dieser war mit dem Wortlaut des Konzepts zufrieden, hielt es aber für richtiger, wie Caron mitteilte, wenn man einen Gesandten nach Dänemark schicke, was er Caron dringend ans Herz legte.[328] Von König Christian erhielt man diesmal eine günstige Antwort; er schrieb d. d. 18. Juni, daß er gegen Monatsende die Zollerhöhungen fallen lassen wolle.[329] In der Tat erließ er am 19./29. Juni bereits ein Patent, wonach die Zollerhöhungen abgeschafft wurden.[330]

Im Gegensatz zu den Generalstaaten hatte Lübeck eine sehr ungünstige Antwort erhalten. Die Stadt hatte sich am 5./15. November 1612 klageführend an Kaiser Matthias gewandt; sie beschwerte sich über die Erhöhung des Sundzolls, das Kapern von 30 lübischen Schiffen durch die Dänen, das Verbot der Schwedenfahrt und schließlich den Angriff auf die Stadt selbst.[331] Der Kaiser nahm sich seiner Untertanen an und ließ dem an seinem Hof weilenden dänischen Gesandten Otto v. Qualen unter dem 22. Dezember 1612 v. st. mitteilen,

[325] Brief Christians 3. V. 1613, Antwortschreiben vom 5. VI. 1613. — [326] cf. R. G. 6. VII. u. 15. VII. 1613. — [327] R. G. 23. V. 1613. — [328] Briefe Carons vom 3. u. 13. VI. 1613; cf. auch R. G. 17. VI. u. 8. VII. 1613. — [329] Brief Christians vom 18. Juni 1613; R. G. 15. VII. 1613. — [330] Secher III, 406; Oxenstierna I², 139; Slange-Schlegel III, 7; Slange-Gram I, 351; cf. R. H. 17.—20. VII. 1613 sub Holl. 49, p. 36. — [331] R. D. H. D. II¹, 5441; Lundorp 107.

Digitized by Google

daß er eine solche Behandlung nicht dulden könne. Er nannte sich in diesem Schreiben „auch unzweiffentlichen Herren dieser des H. Reichs Ost=See“.[332] Im Mai 1613 schrieb Matthias noch einen zweiten Brief gleichen Inhalts.[333] Durch den eben erwähnten Ausdruck fühlte Christian sich in seinen Hoheitsrechten gekränkt. Er antwortete d. d. 24. VI. v. st. dem Kaiser, verteidigte sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe und protestierte dagegen, daß dieser sich Herrn der Ostsee nenne. Den Lübeckern schrieb er gleichzeitig und teilte ihnen mit, er werde ihren Untertanen den Handel mit Dänemark gänzlich verbieten. Ein Termin, an dem das Verbot in Kraft treten sollte, war nicht angegeben.[334] Der Bote, der das Schreiben des Königs vom 18. Juni an die Generalstaaten zu besorgen hatte, kam am 24. Juni v. st. von Kopenhagen her in Lübeck an, dagegen hörte man dort nichts von dem lübischen Boten, obwohl dieser, ebenso wie der niederländische, Ende Mai abgereist war.[335] Man entschloß sich, da man von großen Rüstungen Dänemarks gegen Lübeck gehört hatte, Nordanus wiederum an die Generalstaaten abzufertigen. Am 26. Juni v. st. ward ihm sein Kreditiv ausgestellt und am 5./15. Juli hatte er seine erste Audienz bei den Staaten. Diese waren von der ganzen Sachlage schon unterrichtet, hatten sie doch erst am 2. Juli ein lübisches Schreiben erhalten, dessen Inhalt die kaiserliche Vermittlung gewesen. Damals hatte man beschlossen, Kopie des kaiserlichen Schreibens den Königen von England und Frankreich mitzuteilen, damit diese sich eifriger bei ihrer Interzession zeigten.[336] Nordanus legte jetzt die ganze

[332] Lundorp 109; Erslev I, 211; Lond. suppl. 670; Khevenhiller VIII, 620; R. D. H. D. II¹, 5444. — [333] Schweitzer 71. — [334] Lond. suppl. 690, 692; Erslev I, 211; Häberlin-Senkenberg XXIII, 665 ff.; R. D. H. D. II¹, 5465, 5466. Khevenhiller VIII, 620; Slange-Gram I, 357 f.; Slange-Schlegel III, 11 f.; Barfod II, 720 f.; Sartorius III, 118; Schweitzer 70 f. — [335] Brokes II, 268. — [336] Schreiben Lübecks 12. VI., R. G. 2. VII. 1613.

Digitized by Google

Sache nochmals dar; er teilte die Verhandlungen mit, die auf dem letzten Regensburger Reichstag zwischen Bischof Khlesl, Ratgeber des Kaisers, dem spanischen und dem lübischen Gesandten stattgefunden hatten, sowie die dänischen Werbungen beim kaiserlichen Hof; zuletzt bat er, man möge ihm die Antwort Christians an die Generalstaaten mitteilen, was ihm auch gewährt wurde.[337] In Lübeck war gerade nach der Abreise des Gesandten, noch am selben Tage, dem 26. Juni v. st., die so ungünstige Antwort des Dänenkönigs eingetroffen[338], die Nordanus, der davon Kopie erhielt, am 18. Juli den Generalstaaten mitteilte.[339] Er schlug vor, nachdem er eine Widerlegung der dänischen Vorwürfe — die Allianz mit den Staaten, Beleidigungen und Schmähungen, die dem Travemünder Rezeß entgegenlaufende Schwedenfahrt 1612, gefährliche und präjudizierliche consilia, der Umstand, daß sie den König beim Kaiser verklagt und ihm das dominium maris baltici streitig gemacht — in Aussicht gestellt hatte, man solle laut Artikel 6 der Allianz gegen Dänemark wegen seines feindlichen Vorgehens gegen Lübeck einschreiten, man solle außerdem darauf bestehen, daß die Höhe des Sundzolles sich nach den Bestimmungen des Speyerer Friedens von 1544 richte; an diesen Sätzen müsse Dänemark festhalten, da sie rechtskräftig seien, auf dänische Gunst- und Gnadenerweisungen könne man sich nicht einlassen.[340] Am 25. Juli erhielten die Staaten auch eine schriftliche Widerlegung der dänischen Anschuldigungen gegen Lübeck. Es wurden zwei Kommittierte zu weiteren Verhandlungen mit Nordanus beauftragt.[341] Die Staaten dachten zuerst an Krieg, da man glaubte, Christian habe die Absicht, Lübeck anzugreifen; mit 6000 Mann wollte

[337] Proposition des Nordanus 5./15. VII. 1613, R. G. 15. VII. 1613. — [338] Brokes II, 269. — [339] R. G. 18. VII. 1613. — [340] Vorschlag des Nordanus, schriftlich sub 13./23. Juli 1613, mündlich R. G. 12./22. VII. 1613. — [341] Brief des Nordanus 25. VII. 1613; R. G. 25. VII. 1613.

Digitized by Google

man der bedrängten Stadt zu Hülfe kommen.[342] Dann aber überwog doch die Friedensliebe. Man hatte erfahren, daß eine dänische Gesandtschaft nach Spanien gegangen war[343], und da die Möglichkeit einer dänisch-spanischen Verständigung nicht ausgeschlossen war, so war es doch gefährlich, mit Dänemark anzubinden. Schwedens Kräfte waren durch den polnischen Krieg gebunden; von der Schwächlichkeit der Hansestädte war so gut wie gar keine Hülfe zu erwarten. Sodann aber hatte ja Christian den Sundzoll herabgesetzt; ein rein persönliches Interesse hatten die Staaten jetzt nicht mehr, Dänemark anzugreifen. Für Lübeck, dem man ja wohl helfen mußte, sich in einen großen europäischen Krieg zu stürzen, hatte man keine Lust. Außerdem kamen jetzt Nachrichten aus Paris und London; Aerssen und Caron konnten die von den Königen von Frankreich und England an den König von Dänemark geschriebenen Interzessionsschreiben übersenden.[344] Man riet, daß der auf dem Regensburger Reichstag weilende lübische Gesandte sich an Kaiser und Kurfürsten wende und sprach den Glauben aus, daß Christian bei der Drohung des Handelsverbots es bewenden lassen werde.[345] Mit diesem Bescheid mußte Nordanus sich zunächst begnügen, blieb aber noch im Haag. Indessen verstummten die Kriegsgerüchte doch nicht; am 21. August teilte Bas mit, sein in Dänemark weilender Bruder habe ihm mitgeteilt, nach der Rückkehr der dänischen Gesandtschaft aus Spanien seien auf des Königs Befehl sogleich 15 Kriegsschiffe seeklar gemacht worden; außerdem wolle dieser in Holstein und anderswo Truppen anwerben lassen.[346]

Die schwedische Diplomatie war indessen auch nicht untätig gewesen. V. Dyck, der sich im April mit Rochus Nieulant nach

[342] Brokes II, 274f. — [343] cf. R. G. 8. V. 1613. — [344] R. G. 29. u. 30. VII. 1613, cf. oben p. 82. — [345] R. G. 9. VIII. 1613. — [346] R. G. 21. VIII. 1613.

Digitized by Google

Schweden begeben hatte, traf 25.VII./4.VIII. in Lübeck ein; er sollte sich dort umsehen, wie man gegen Dänemark gesinnt war und erklären, daß man in Schweden bereit sei, dem niederländisch-lübischen Bündnisse beizutreten.[347] Dann begab er sich in die Niederlande. Dem damaligen Präsidenten der Generalstaaten, Biesman, übersandte er am 7. September sein neues Kreditiv vom 29. Juli v. st., sowie seine neuen Propositionen, die am gleichen Tage in der Versammlung ihrer Hochmögenden verlesen wurden. V. Dyck selbst konnte wegen Unpäßlichkeit nicht kommen. Er drückte in seiner Proposition zunächst den Dank Gustav Adolfs für die Haltung der Niederländer während des Kalmarkriegs aus, sowie für die Ratschläge, die zu einem Frieden mit Polen führen sollten.[348] V. Dyck hatte nun den Staaten die Abschrift eines Briefes Gustav Adolfs an König Sigismund übersandt, worin der Schwedenkönig seine Neigung zum Frieden aussprach. Der König ließ nun England und die Generalstaaten bitten, zur Friedensvermittlung eine Gesandtschaft abfertigen zu wollen. Zum Schluß erklärte v. Dyck, daß er noch weitere Instruktionen habe, von denen er aber jetzt noch schwieg.[349] Zu Verhandlungen mit ihm wurden der Gelderländer Vooght und der Seeländer Magnus beauftragt[350]; sie sollten auch mit Nordanus konferieren. Rochus Nieulant war jetzt auch heimgekehrt; er hatte außer 8000 Talern für ihm

[347] Brokes II, 270. — [348] Es waren Ende November 1612 nämlich brandenburgische Gesandte im Haag gewesen, welche den Generalstaaten eine Vermittlung zwischen Polen, Dänemark und Schweden ans Herz legten. Die Generalstaaten entsprachen diesem Wunsch, worauf die Brandenburger ein Schreiben der Generalstaaten, sowie ein Schreiben Jakobs von England, d. d. Westminster 4. November 1612 an Gustav Adolf schickten, der sie am 18./28. Juni 1613 erhielt; cf. R. G. 29. November und 1. Dezember 1612. Damals hatte man auch beschlossen, an König Sigismund von Polen zu schreiben. — [349] Kreditiv Gustav Adolfs für van Dyck, Stockholm 29. VII. 1613; van Dycks Proposition 7. IX. 1613. R. G. 7. IX. 1613. Sprinchorn 158. — [350] R. G. 9. IX. 1613.

Digitized by Google

bereits geliefertes Kupfer noch weitere 6000 Taler für weitere 1000 Pfund vorausbezahlt, worüber er eine Quittung v. Dycks mitbrachte.[351] Am 2. Juli 1613 hatte er mit dem schwedischen Kanzler den diesbezüglichen Vertrag abgeschlossen.[352]

Während so die Verhandlungen mit Nordanus und v. Dyck ihren Fortgang nahmen, erschienen auch Gesandte von Braunschweig und Magdeburg im Haag. Es waren dies von Braunschweig der Syndikus Dr. Johann Roerhandt, Bürgermeister Heinrich Schrader und Sekretär Johann Olemann, für Magdeburg der Syndikus Dr. Thomas Franzius.[353] Für Braunschweig war der Grund zur Abfertigung dieser Gesandtschaft der gewesen, daß nach dem Tode des Herzogs Heinrich Julius, der am 20./30. Juli zu Prag gestorben war, das Verhältnis zu seinem Nachfolger Friedrich Ulrich fast noch schlimmer war. Die Stadt huldigte ihm nicht; auf einem zum Ausgleich festgesetzten Tage war sie nicht vertreten, obgleich sie einen solchen an sich für wünschenswert hielt.[354] Am 13. September hatten die Gesandten zusammen Audienz bei den Generalstaaten. Braunschweig kam zuerst zum Wort; es berichtete über die Verhandlungen, die man mit Magdeburg gepflogen hatte. Die Gesandten sagten, man möge die späte Entscheidung entschuldigen, der Kurfürst von Brandenburg und der Landgraf Moritz von Hessen seien Pfingsten in Magdeburg gewesen, um einen Streit zwischen der Stadt und ihrem postulierten Erzbischof beizulegen; das habe die Sache verzögert. Der Magdeburger erkundigte sich danach, unter welchen Bedingungen seine Stadt ein Bündnis mit den Generalstaaten schließen könne; falls die Bedingungen des lübisch-staatischen Bündnisses maßgebend sein sollten, müsse man die Generalstaaten darauf aufmerksam machen, daß dieselben nicht alle für Magdeburg paßten, einige auch nicht ge-

[351] R. G. 10. IX. 1613. — [352] cf. R. G. 7. V. 1614. — [353] R. G. 13. IX. 1613. — [354] Rehtmeier II, 1195.

Digitized by Google

nügend klar und deutlich seien. Von den Gründen, die die Gesandten dafür anführten, daß Magdeburg zusammen mit Braunschweig eine Allianz mit den Staaten schließen solle, sind folgende hervorzuheben: Da die Union dem freien Handel in Nord- und Ostsee dienen soll, Magdeburg aber wegen seiner Gewerbe und des Elbhandels daran interessiert ist, so ist sie auch für Magdeburg nützlich; andrerseits ist Magdeburg das Zentralemporium zwischen den Niederlanden und Böhmen. Indessen wollte man nur mit Einwilligung des Kaisers und der Fürsten handeln. Die Generalstaaten beauftragten Vooght und Magnus auch mit den Verhandlungen mit diesen Gesandten.[355] Am 16. September berichteten die Komittierten, die Gesandten wären mit einem Beitritt zu dem bereits bestehenden niederländisch-lübischen Bündnisse einverstanden, doch sollte im ersten Artikel hinter die Worte „Nord- und Ostsee" der Passus „und auf den Strömen und Flüssen, die darin münden" eingefügt werden. Damit sollte besonders die Zollfreiheit der Elbschifffahrt gegen dänische Aspirationen gesichert werden. Als Quote wollten die beiden Städte zusammen halb soviel wie Lübeck zahlen. Außerdem hatten sich beim zehnten Artikel, in welchem beide Parteien ihren Untertanen gegenseitig das Recht der eigenen Bürger zugestanden, wegen der Worte 'sine discrimine religionis' Schwierigkeiten erhoben, da in den Hansestädten nicht alle Konfessionen gleichberechtigt waren, dieser Artikel somit ihrer Verfassung widersprach. Zum Schluß wünschten die Gesandten, daß alle hansischen Quartierstädte, falls sie am Bündnis teilnehmen sollten, das Votierrecht hätten. Man beschloß, über diese Punkte die Ansicht des Nordanus kennen zu lernen.[356] Dieser erklärte,

[355] „Gründe, die für eine Allianz mit Magdeburg sprechen." Braunschweiger Proposition 13. IX. 1613; ganz bes. R. G. 13. IX. 1613. — [356] R. G. 16. IX. 1613. — Braunschweigs Vorschläge vom 4./14. IX. 1613.

Digitized by Google

er habe keine Vollmacht, wolle aber alles tun, um den Generalstaaten die Ansichten Lübecks mitteilen zu können.[357] In der Sitzung vom 18. September trugen die Kommittierten nochmals die Wünsche der Braunschweiger und Magdeburger vor; diese wünschten jetzt: 1. daß das Bündnis zu Wasser und zu Lande gelten solle; 2. daß jede Stadt Votierrecht habe; 3. daß der Artikel 10 ausgelassen werde und 4. daß die Kontributionsquote etwas kleiner als 5 : 100 sei. Die Generalstaaten bestimmten, daß der Zweck des Bündnisses die Sicherung des Handels auf der Nord- und Ostsee und den darin mündenden Flüssen sein solle; ad 2 wurde ein definitiver Entschluß noch nicht gefaßt, doch war man der Ansicht, daß Quartierstädte Votierrecht haben sollten, die unter einer Quartierstadt stehenden Städte sollten dieser ihre Stimme geben. Die dritte Bitte wurde bewilligt, man beschloß, über Artikel 10 eventuell mit den einzelnen Städten zu paktieren. Die vierte Bitte schlug man ab. In drei Monaten sollte der Vertrag beiderseits ratifiziert werden.[358] Am 20. September erklärten sich die Gesandten bereit, den Vertrag in dieser Form anzunehmen; auch der Erbstatthalter, dem man das Konzept zur Einsicht vorher vorlegte, machte keine Einwendungen; man beschloß, am 21. September zu unterzeichnen.[359] So schlossen Braunschweig und Magdeburg unter gleichen Bedingungen wie Lübeck eine Allianz mit den Staaten; die Quote und die Religionsfrage (Artikel 10) wurden in zwei Nebenrezessen erledigt.[360] Die Braunschweiger wünschten, daß die Generalstaaten ihrem Streit mit dem Herzog ein Ende machten; sie ersuchten um eine Vermittlungsgesandtschaft und Briefe an den jungen Herzog, seine Mutter, die Landstände und

---

[357] R. G. 18. IX. 1613. — [358] R. G. 18. IX. 1613. — [359] R. G. 19. u. 20. IX. 1613. — [360] Rechtmeier II, 1195; Arend-van Rees-Brill III², 562; Häberlin-Senkenberg XXIII, 751.

Digitized by Google

den Herzog Philipp Sigismund, Bischof von Osnabrück und Verden. Auch baten sie, bei der Stadt Bremen ein gutes Wort für sie einzulegen, da diese Stadt durch ihre hohen Zölle die nach den Niederlanden bestimmte Braunschweiger Mumme zu schwer belastete.[361] Die Generalstaaten sagten ihren Beistand zu und beschlossen, die gewünschten Briefe zu schreiben[362]; auch an den Grafen Ernst Casimir von Nassau, der in nahen Beziehungen zu dem Braunschweiger Herzogshause stand, schrieb man und ersuchte ihn um seine Vermittlung.[363] Darauf verließen die Braunschweiger und Magdeburger den Haag. Auch Nordanus machte sich reisefertig. Auf seinen Wunsch beschlossen die Generalstaaten, von Zeit zu Zeit den lübischen Rat von allem Wichtigen, was das Bündnis angehe, zu benachrichtigen, sowie nochmals an den König von Dänemark zu schreiben.[364] Darauf kehrte auch er nach Hause.

Die Ratifikation des mit Braunschweig und Magdeburg abgeschlossenen Vertrags ist indessen niemals erfolgt. Zwar erhielten die Generalstaaten am 22. November ein Schreiben der Braunschweiger, worin diese mitteilten, sie und die Magdeburger würden ihre Gesandten baldigst mit der Ratifikationsurkunde nach dem Haag senden[365], aber schon am 4. Dezember kam ein Brief der Stadt Magdeburg an, der um Aufschub des Ratifikationstermins um 2—3 Monate, also bis zum Frühjahr, bat. Dies wurde gewährt; der als braunschweigischer Agent im Haag weilende Advokat Ryswyck wurde außerdem von der Sachlage verständigt, um sie seiner Stadt mitzuteilen[366]; auch Lübeck schrieb, man habe in Bezug auf die Allianz mit Magdeburg

---

[361] Propositionen der Braunschweiger 20. IX. 1613, cf. auch R. G. 20. IX. 1613. — [362] R. G. 24. IX. 1613. — [363] cf. R. G. 5. X. 1613. — [364] Memorial des Nordanus 2. X. 1613, R. G. 2. X. 1613. — [365] Brief Braunschweigs 25. X. 1613; R. G. 22. XI. 1613. — [366] R. G. 4. XII. 1613.

Digitized by Google

und Braunschweig noch keinen Beschluß fassen können, könne auch, da der Termin zu kurz sei, bis zum 1. Dezember n. st. keinen fassen. Außerdem stehe ein Hansetag vor der Tür; nach Beendigung desselben indessen wollten sie sich entscheiden und den Generalstaaten Mitteilung machen. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß man auf Magdeburgs Bitten den Termin verschoben habe[367]; dasselbe teilte man später auch der Stadt Braunschweig direkt mit.[368] Damals aber weilten die braunschweigischen Gesandten bereits im Haag, wo sie sich vom 7. bis 30. Dezember aufhielten[369]; sie hatten jedoch keine Audienz bei den Generalstaaten, diese lehnten es ab, sie zu empfangen.[370] Dagegen näherte sich jetzt eine andre Hansestadt den Niederländern. Wie erwähnt, hatten die Generalstaaten den Braunschweigern versprochen, zwischen ihnen und der Stadt Bremen wegen der Verzollung der nach den Niederlanden gehenden Mumme zu vermitteln. Am 16. Dezember erschienen daraufhin Johann Schlichting, Johann Heiden und Wilhelm v. Bentheim als bremische Gesandte im Haag[371], wo nun ein beide Teile zufriedenstellender Vertrag zustande kam.[372] Bei den Verhandlungen mit Bas, Magnus und anderen Kommittierten erklärten sie, Bremen sei bereit, der staatisch-lübischen Allianz beizutreten. Man teilte ihnen nun die mit Lübeck, Braunschweig und Magdeburg geschlossenen Traktate mit. Doch blieb es für diesmal nur bei Vorbesprechungen.[373] Die Gründe, warum Lübeck und Magdeburg sich so zurückhaltend verhielten, waren folgende. Lübeck mußte sich von Kaiser Matthias seine Privilegien bestätigen lassen[374], was ihm auch gelang. Es durfte sich deshalb

[367] Brief Lübecks 4./14. XI. 1613. R. G. 5. XII. 1613. — [368] R. G. 23. XII. 1613. — [369] cf. R. G. 15. II. 1614. — [370] Schreiben an die Gesandten 23. XII. 1613. — [371] R. G. 16. XII. 1613. — [372] Dankschreiben Bremens 31. I. 1614; Braunschweigs 20. I. 1614; cf. R. G. 18. u. 22. II. 1614. — [373] R. G. 23. u. 24. XII. 1613. — [374] cf. Propositionen der braunschweigischen Gesandten, Juni 1614.

Digitized by Google

nicht mit dem geächteten Braunschweig einlassen, um nicht das kaiserliche Mißfallen zu erregen, ganz besonders deshalb nicht, weil es beim Kaiser gegen Dänemark Hülfe suchte. In der Tat erreichten die lübischen Gesandten auf dem Regensburger Reichstag 1613, daß Kaiser und Kurfürsten König Christian schrieben, er solle den Lübeckern den ihnen zugefügten Schaden vergüten und die Stadt ihre Privilegien in Ruhe genießen lassen; tue er das nicht, so müsse kaiserliche Majestät auf andere Mittel sinnen — was allerdings nur leere Drohungen waren. Die Lübecker teilten das den Generalstaaten mit und baten sie, ebenfalls an Dänemark zu schreiben.[375] Später schrieb der Kaiser, Linz, 18./28. Dezember 1613, nochmals in Lübecks Interesse an Christian: diesmal fragten die Lübecker sogar bei den Generalstaaten an, ob sie dies Schreiben nach Kopenhagen schicken sollten, worauf Ihre Hochmögenden antworteten, das müßten sie selber am besten wissen.[376] Magdeburg aber wurde durch die Haltung Kursachsens verhindert, die geschlossene Allianz perfekt zu machen. Der Kurfürst Johann Georg wandte sich an den Kaiser, und zwar auf das Ersuchen des Administrators Christian Wilhelm, der naturgemäß eine Allianz Magdeburgs mit den Generalstaaten nicht gern sah. Der Kurfürst bat deshalb den Kaiser, diese Allianz zu verhindern und die Stadt zum Gehorsam gegen den Administrator zu ermahnen. Er selbst stand auch auf dem Standpunkt Christian Wilhelms. Auch konnte er als fanatischer Lutheraner nicht dulden, daß die reformierten Niederländer in der Nähe Kursachsens Fuß faßten. Zugleich schrieb er an die Stadt selbst, die er vor der Allianz warnte, da diese Unfrieden mit seinem Lande nach sich ziehen werde; falls die Stadt sich gegen Christian Wilhelm auflehnen sollte, werde er diesem

[375] Brief Lübecks 25. XI. 1613, R. G. 24. XII. 1613. — [376] Kopie des kaiserlichen Schreibens, Linz 18. XII. 1613. Brief Lübecks 4. II. 1614. R. G. 3. III. 1614; cf. auch Brokes II, 276 f.

Digitized by Google

helfen.[377] Dadurch ließ sich Magdeburg einschüchtern, obwohl Braunschweig durch ein Schreiben vom 14. II. 1614 v. st. zur Ratifikation mahnte, auch Olemann dorthin schickte. Magdeburg bat, da es gerade dem neuen Erzbischof zu huldigen hatte, zunächst um 14 Tage Aufschub. Diesmal war aufgeschoben aufgehoben.[378] Übrigens beklagte sich auch des Administrators Bruder, Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg, bei den Generalstaaten über die Haltung der Stadt dem postulierten Erzbischof gegenüber.[379]

So war der Wunsch Braunschweigs, eine Allianz mit den Generalstaaten zu schließen, nicht in Erfüllung gegangen; vergebens hatte man im Dezember 1613 Gesandte nach dem Haag geschickt. Die Staaten scheuten doch vor einer Allianz mit dem geächteten Braunschweig allein zurück, die ihnen zudem fürs erste nur große Opfer auferlegen konnte. Nichtsdestoweniger taten sie für Braunschweig alles, was sie tun konnten. Sie schrieben nochmals an den Grafen Ernst Casimir, damit er bei einer friedlichen Beilegung des Konflikts zwischen Herzog Friedrich Ulrich und seiner Stadt mitwirke.[380] Dieser wußte — er befand sich damals in Wolfenbüttel, zu großem Schrecken der Braunschweiger, welche glaubten, daß die bei ihm befindlichen Ingenieure und Zimmerleute etwas Böses gegen die Stadt vorhätten, was die Generalstaaten ihnen auszureden suchten; indes scheint ihre Furcht nicht ganz ungegründet gewesen zu sein[381] — denn auch bald zu melden, daß infolge kursächsischer Vermittlungsversuche Aussicht auf Frieden vorhanden sei.[382] Als aller-

[377] Briefe Johann Georgs, beide Dresden, 11. II. 1614, Lundorp 151; Khevenhiller VIII, 710; Meteren 388. — [378] Proposition der Juni 1614 im Haag weilenden braunschweigischen Gesandten. — [379] Brief des Kurfürsten, Küstrin 6. II. 1614. R. G. 11. IV. 1614. — [380] R. G. 23. XII. 1613. — [381] Brief Braunschweigs 20./30. Januar 1614; R. G. 22. II. 1614. — [382] Brief Ernst Casimirs, Wolfenbüttel 11. I. 1614. R. G. 22. II. 1614.

Digitized by Google

dings die Stadt um Entsendung einer niederländischen Vermittlungsgesandtschaft ersuchte, lehnte man das mit Rücksicht auf den Herzog ab, erklärte sich aber bereit, deswegen an die deutsche Union zu schreiben.[383]

Inzwischen gingen die Verhandlungen mit den Schweden weiter. Die Generalstaaten waren sehr streng in der Wahrung ihrer Neutralität gewesen und nun verlangten die Schweden ihrerseits Entschädigung für ihnen abgenommene Schiffe. Es war besonders Kabeljau gewesen, der das schwedische Kaperwesen organisiert hatte.[384] Der schon erwähnte Kapitän Dirk Jakobsz Waterstecker hatte bei Friedrichstadt in Norwegen ein aus Spanien kommendes, mit Salz beladenes dänisches Schiff, 130 Lasten groß, gekapert. Wegen ungünstiger Witterung mußte dasselbe ins Vlie gebracht werden, wo es von der Amsterdamer Admiralität konfisziert und den Dänen restituiert wurde; bei dieser Gelegenheit nahm ein niederländischer schout der Gattin Watersteckers eine goldene Kette ab und gab sie den Dänen; das Schiff des Waterstecker selbst wurde in Enkhuisen beschlagnahmt, jedoch auf Bürgschaft eines gewissen Bernsteyn hin wieder freigegeben. Später beschlagnahmte die Stadt Vere auf Walcheren das Fahrzeug und lieferte es den Dänen aus; durch die Konfiskation von 4 Geschützen nebst Munition suchte die Stadt die Kosten des Unterhalts für Waterstecker und seine Leute, die 11 Wochen in Vere gefangen saßen, zu decken. Außerdem hatte man ein mit Salz beladenes Schiff, das aus Kolding kam, vom Kapitän Jan Jansz Stobbe gekapert und ins Vlie gebracht worden war, den Dänen restituiert; ein zweites Schiff, das ebenfalls von Stobbe gekapert worden, hatten die Schweden in der Ems für 1000 Gulden verkauft; als man damit nach Delf-

[383] Brief Braunschweigs 12. II. 1614; erhalten laut R. G. am 3. III. 1614. Antwort 10. III. 1614 beschlossen, cf. R. G. 10. III. 1614. — [384] cf. R. G. 26. II. 1614.

Digitized by Google

zyl kam, wurde es ebenfalls den Dänen reſtituiert. Stobbe und ſeine Mannſchaften wurden zu Hoorn gefangen gehalten; die Schweden zahlten 300 Gulden Löſegeld; trotzdem blieb Stobbe im Kerker. Sodann hatten die Niederländer den Kapitän Anke Alberts, der mit Depeſchen van Dycks zu Guſtav Adolf ſollte, auf Anraten däniſcher Agenten im Vlie angehalten, und trotzdem van Dyck Bürgſchaft bot, daß der Kapitän keine Niederländer und Bergenfahrer kapern würde, denſelben doch nicht frei gelaſſen; man hatte ihm ſogar 380 Gulden, die er für die Beſorgung der Depeſchen ſchon voraus erhalten hatte, abgenommen.[385] Dafür verlangte Abraham Kabeljau im Namen des Königs von Schweden Entſchädigung.[386] Er erhielt aber keinen günſtigen Beſcheid, man wollte erſt ſehen, wie man früher in ſolchen Sachen vorgegangen war.[387] Am 26. Februar 1614 wandte er ſich deshalb nochmals an die Staaten mit der Bitte, einige Kommittierte zu ernennen, denen er die Sache klarlegen könne, was ihm bewilligt wurde[388]; zu Kommittierten wurden Magnus, Vooght und Bas ernannt.[389] Kabeljau verlangte im ganzen 19 680 Gulden Schadenerſatz. Die Generalſtaaten, deren Mehrheit zu einem Schadenerſatz überhaupt nicht verpflichtet zu ſein glaubte, wollten ihm nur 2—3000 Gulden geben.[390] Damit war Kabeljau ſchließlich zufrieden.[391] In van Dycks und der Kommittierten Gegenwart entſagte er allen weiteren Entſchädigungsanſprüchen[392] und mußte dies beim Empfang des

[385] Bericht der mit Kabeljau verhandelnden Deputierten, R. G. 20. III. 1614. — [386] R. G. 15. XI. 1613. Kabeljau hatte ſchon früher mit den Staaten zu tun gehabt; er hatte ſich wegen ſeiner Gefangenſchaft und der der Mannſchaft ſeines Schiffs — ſie waren auf der Fahrt von Schweden her angehalten worden — bei den Staaten beklagt, die ihn an die Gerichte verwieſen. Der Ausgang iſt mir unbekannt. cf. R. G. 1. III. 1613. — [387] R. G. 15. XI. 1613. — [388] R. G. 26. II. 1614. — [389] cf. R. G. 17. III. 1614. — [390] R. G. 5. III. 1614. — [391] R. G. 17. III. 1614. — [392] R. G. 20. III. 1614.

Digitized by Google

Geldes auch im Namen des Schwedenkönigs, des Kapitäns Waterstecker u. s. w. feierlich geloben.[393] Damit war diese Sache, dank der Mäßigung auf beiden Seiten, sehr rasch erledigt.

Und nun führten die Verhandlungen mit van Dyck endlich zu einem gedeihlichen Abschluß. Am 5. April 1614 schlossen die Generalstaaten eine Allianz mit Schweden ab; dieser Staat erkannte die Bedingungen des niederländisch-lübischen Bündnisses an. Es war ein gegenseitiges Schutzbündnis defensiven Charakters. Im Gegensatz zum lübischen Bündnisse wurde diesmal nicht der Schutz des Handels in Nord- und Ostsee als Zweck der Allianz angegeben, obwohl dies für die Niederländer doch der treibende Beweggrund gewesen. Die Rigafahrt wurde, außer im Fall einer Belagerung der Stadt, freigegeben. Die alten niederländischen Privilegien wurden bestätigt. Doch sollte weder dieser Vertrag noch der mit Lübeck abgeschlossene den Rechten Schwedens in der Ostsee irgendwie präjudizierlich sein, ein Passus, der sich naturgemäß gegen Dänemark richten mußte. Die Dauer der Allianz war auf 15 Jahre festgesetzt. Die Ratifikationen sollten innerhalb von sechs Monaten ausgetauscht werden. Ein Nebenkontrakt setzte die im Kriege zu leistende Hülfe fest. Die Niederländer hatten den Schweden mit 4000 Mann auf eigne Kosten beizustehen, konnten aber auch statt je 1000 Mann eine monatliche Zahlung von 10 000 Livres leisten. Dieselbe Verpflichtung hatten natürlich auch die Schweden. Falls eine Partei gleichzeitig einer dritten Macht im Kriege beizustehen hatte, brauchte sie nur die Hälfte zu leisten; wer Krieg im eignen Lande zu führen hatte, war von jeder Verpflichtung entbunden. Etwa verlangte Hülfe mußte innerhalb drei Monaten geleistet werden. Auf schwedischer Seite war es van Dyck, auf niederländischer waren es die Deputierten Nikolaus de Vooght

[393] R. G. 22. III. 1614. cf. auch Kernkamp p. 51.

Digitized by Google

(Gelderland), Dirk Bas (Holland), Jakob Magnus (Seeland), Johann de Goyer (Utrecht), Markus v. Lycklama (Friesland), Arent Gerritſen (Overyſſel) und Alhart Clant (Groningen) geweſen, die ſich um das Zuſtandekommen dieſer Allianz verdient gemacht hatten.[394] Van Dyck ging nun der Ratifikation halber mit einem Brief der Generalſtaaten vom 19. April[395] an Guſtav Adolf nach Schweden. Rochus Nieulant begleitete ihn, um das reſtierende Kupfer und mindeſtens die Hälfte der am 2. Juli 1613 gekauften 1000 Schiffspfund abzuholen. Gleichzeitig ſollte er den ſchwediſchen Geſandten 1612 geliehene 2000 Gulden einkaſſieren.[396] Als Lohn erhielt van Dyck von ſeinem Könige 20 Höfe und eine Mühle in Upland, außerdem eine Goldkette, 500 Kronen wert.[397] Am 28. Juli v. st. ratifizierte Guſtav Adolf, der van Dyck ſchon ſehnſüchtig erwartete[398], zu Narva die Allianz.[399] Dann kehrten van Dyck und Nieulant, letzterer mit 500 Schiffspfund Kupfer und 3 Geſchützen, die Guſtav Adolf den Ruſſen abgenommen hatte und von denen er nun zwei den Generalſtaaten, eins dem Erbſtatthalter ſchenkte, heim.[400] Am 11. Dezember 1614 ratifizierten die Generalſtaaten den Vertrag: er wurde von den oben genannten ſieben Deputierten unterzeichnet.[401] Im Februar 1615 wurden die Urkunden zwiſchen

[394] Dumont V², 245; Aitzema I, 83; Hallenberg III, 230 ff.; Vreede II, 122; Sprinchorn 158 f.; Häberlin-Senkenberg XXIII, 753; Arend-van Rees-Brill III², 562; Wagenaar X, 65/66; Slange-Schlegel III, 25 f.; Slange-Gram I, 366 ff.; Geijer III, 91. Oldenbarnevelts Stellung zur Allianz möge durch folgendes Zitat klargelegt werden: 'het was een oud zeggen van den heer van Oldenbarnevelt, dat onze Staat in de correspondentie met Frankrijk en Zweden zijne meeste zekerheit te zoeken had'; cf. Arend-van Rees-Brill III², 559; Vreede I, 92. — [395] cf. R. G. 17. IV. 1614. Aitzema I, 87. — [396] cf. R. G. 14. IX. u. 3. X. 1613, 17. IV., 7. V., 10 V., 12. V. u. 19. V. 1614. — [397] Hallenberg III, 233. — [398] Oxenstierna II¹, 48. — [399] Aitzema I, 87. — [400] R. G. 13. XI. 1614, 29. XI. 1614; Brief Guſtav Adolfs an die Generalſtaaten, 31. Juli 1614; R. G. 1. XII. 1614. — [401] cf. R. G. 31. XII. 1614.

Digitized by Google

van Dyck und 14 Vertretern der Staaten — nämlich den sieben Deputierten und noch je einem Vertreter jeder einzelnen Provinz — ausgetauscht.[402] Van Dyck erhielt eine goldene Kette von 1500 Gulden Wert.[403]

[402] cf. R. G. 14. II. 1615. — [403] cf. R. G. 14. II. u. 19. II. 1615. Das Gewicht der Kette betrug 42 Unzen 7 'engelschen'.

Digitized by Google

V.

Die Braunschweiger Wirren und das hansisch-niederländische Bündnis (1614—1616).

Dagegen waren die Aussichten auf eine Allianz mit den Hansestädten sehr gering. Der am 14./24. Januar 1614 in Lübeck stattfindende wendische Tag, der sich mit Vorbereitungen zum nächsten Hansetag befaßte, scheint es gewesen zu sein, der durch den im Haag weilenden hansischen Agenten Ryswyck die Generalstaaten zu diesem Hansetag, der am 15./25. Mai tagen sollte, einladen ließ.[404] Dieser Hansetag zeigte sich einer Allianz mit den Generalstaaten geneigter, wofür besonders Lübeck eintrat, trotzdem gerade jetzt ein kaiserliches Schreiben einlief, das den Hansen den Abschluß von Bündnissen verbieten wollte.[405] Braunschweig war es natürlich ganz besonders, das sich in seiner Notlage nach Verbündeten umsah und jetzt wiederum die Generalstaaten mit Bitten bestürmte. Im Mai erschienen seine Gesandten, der Syndikus Dr. Johann Roerhandt, der Bürgermeister Aular Dammann, der Kämmerer Franz Hartwig, der Ratmann Heinrich Bultheil und zuletzt der Sekretär Johann Olemann mit Kredenzbrief vom 12. April im Haag. Da die Zahl der

[404] R. G. 12. IV. 1614; Brokes II, 282. — [405] Brokes II, 282 f.

Digitized by Google

anwesenden Deputierten sehr gering war, wurde die Audienz bei den Generalstaaten fürs erste aufgehoben[406]; sie fand erst am 17. Juni statt. Die Gesandten wiesen auf die Gründe hin, durch welche Magdeburg verhindert worden, das bereits geschlossene Bündnis zu ratifizieren, und Lübeck sich nicht mit Braunschweig alliieren wollte. Da Lübecks Privilegien jetzt bestätigt seien, würde diese Stadt nun keinen Grund zur Weigerung mehr haben. Man möge jetzt also das Bündnis mit Braunschweig allein ruhig ratifizieren; der Bürgermeister Dammann sei mit der Ablegung des Eides betraut. Die Generalstaaten wollten indes die Sache erst in nähere Erwägung ziehen.[407] Erst am 9. Juli wurde beschlossen, die braunschweigischen Vorschläge abzulehnen, da Magdeburg und Lübeck nichts von sich hören ließen, auch sei ein neutraler, aber wohlwollender Vermittler für Braunschweig jetzt viel wertvoller als ein Verbündeter. Man wollte alles tun, um den Streit beizulegen; man beschloß, an den Herzog Friedrich Ulrich, den Grafen Ernst Casimir von Nassau, den Kurfürsten von Brandenburg und den König von England zu schreiben, um einen Stillstand von 3—4 Monaten herbeizuführen und während desselben den Streit beizulegen.[408] Die Gesandten waren damit, wie Bas und Joachimi, die ihnen das mitzuteilen hatten, berichteten, begreiflicherweise sehr unzufrieden; aber die Generalstaaten ließen sich nicht irrig machen und die Braunschweiger mußten unverrichteter Dinge heimkehren.[409] Die Stadt Lübeck entschuldigte sich in einem bald darauf eintreffenden Briefe, daß sie bisher keine Gesandte

[406] Kredenzbrief der Gesandten; R. G. 12. V. 1614. Die Namen der Gesandten genannt R. G. 16. VI. 1614. — [407] Propposition der Braunschweiger 17. VI. 1614. R. G. 17. VI. 1614. — [408] R. G. 9. VII. 1614. Der Streit war schon so weit gekommen, daß im Februar der Herzog allen seinen Untertanen den Verkehr mit der Stadt verboten hatte. Rehtmeier II, 1195. — [409] R. G. 12. VII. 1614. Erwähnung der Gesandtschaft: Brokes II, 290 f.

Digitized by Google

geſchickt habe. Sie machte Mitteilungen über den letzten Hanſetag und von dem Beſchluß, am nächſten Bartholomäustag, 25. Auguſt, einen neuen Hanſetag abzuhalten; auch eine Kopie des letzten kaiſerlichen Schreibens[410] war beigelegt.[411] Die Generalſtaaten ließen antworten, man werde ja ſehen, was die Hanſeſtädte zum nächſten Bartholomäustag einbringen würden[412]; ihre Hoffnung auf baldigen Abſchluß einer Allianz mit den Hanſeſtädten ſcheint nicht ſehr groß geweſen zu ſein.

Die Bemühungen der Generalſtaaten, andre Potentaten zur Vermittlung zwiſchen dem Herzog von Braunſchweig und ſeiner Stadt zu bewegen, hatten nur teilweiſe Erfolg. Zwar erklärte ſich der König von England, wie ſtets, dazu bereit und ſchrieb in dieſem Sinne an die Generalſtaaten, ſchickte gleichzeitig auch den zum Vermittler beſtimmten Wotton nach dem Haag.[413] Dagegen waren die Antworten des Herzogs und des Kurfürſten von Brandenburg ſehr ungünſtig für die Stadt.[414] Dennoch beſchloß man, in dieſen Bemühungen fortzufahren, dem Herzog und der Stadt von jeder Feindſeligkeit abzuraten.[415] Gleichzeitig wurde Caron beauftragt, mit aller Vorſicht König Jakob zu ſondieren, ob es ihm angenehm ſei, wenn niederländiſche Geſandte Wotton begleiteten[416]; dieſer verabſchiedete ſich am 30. September von den Generalſtaaten.[417] Indeſſen waren die im Oktober 1614 zuerſt in Riddagshauſen, dann in Braunſchweig ſtattfindenden Verhandlungen ebenſo erfolglos, wie die vorher im Juli und Auguſt.[418] Die Aufregung in Braunſchweig ſtieg aufs äußerſte. Die Bürger revoltierten gegen den Rat und ſetzten ihn ab; einige Mitglieder desſelben kerkerten ſie ein mit

---

[410] cf. p. 99. — [411] Brief Lübecks 26. VI. 1614. — [412] R. G. 22. VII. 1614. — [413] R. G. 8., 15., 16., 30. IX. 1614. — [414] Brief Friedrich Ulrichs 9. VIII. 1614. R. G. 16. IX. 1614. — [415] R. G. 16. IX. 1614. — [416] R. G. 19. IX. 1614. — [417] R. G. 30. IX. 1614. — [418] Rehtmeier II, 1196 f.

Digitized by Google

der Begründung, sie hätten bei den letzten Verhandlungen im Haag Juni und Juli 1614 viel Zeit und Geld an eine eitle Hoffnung verschwendet. Der Advokat Ryswyck bat die Staaten, sich für die Gefangenen zu verwenden, und die Staaten beschlossen daraufhin, der Stadt mitzuteilen, daß nicht der alte Rat, sondern Lübeck und Magdeburg die Schuld an dem Nichtzustandekommen der Allianz trügen[419], und um Freilassung der Gefangenen zu bitten. Gleichzeitig bat auch der neue Rat die Generalstaaten unter Hinweis auf die bedrängte Lage der Stadt und Friedensunlust des Herzogs um weiteren Beistand[420], worauf die Generalstaaten eine zustimmende Antwort gaben.[421]

Unterdessen hatten zwischen Dänemark und den Hansestädten neue Streitigkeiten, diesmal wegen des Kontors in Bergen, stattgefunden. Eine hansische Gesandtschaft, aus Deputierten von Hamburg, Bremen und Deventer bestehend, war erfolglos geblieben. Der König wollte nur mit den einzelnen Städten, nicht mit der Hanse als solcher, Handelstraktate abschließen.[422] Die Stadt Lübeck teilte dies mit, ebenso daß man die Beschlüsse des nächsten im November stattfindenden Hansetags den Generalstaaten mitteilen werde.[423] Ferner verbot König Christian den Lübeckern jeden Handel in seinen Reichen vom 1. März v. st. künftigen Jahres ab; die Fahrt durch den Sund sollte ihnen nur gegen Zahlung des Lastzolls gestattet sein.[424] Ziemlich gleichzeitig hatten sich auch die Niederländer über ihn zu ärgern. Rochus Nieulant, der im November, wie bereits erwähnt[425], zurückgekehrt war, hatte sowohl dieses wie auch das erste Mal für das von ihm mitgebrachte Kupfer den Sundzoll zu bezahlen

---

[419] Brief Ryswycks 4. XI. 1614. R. G. 4. XI. 1614. — [420] Brief Braunschweigs 6. X. 1614; R. G. 6. XI. 1614. — [421] R. G. 10. XI. 1614. Brief der Staaten vom gleichen Tage. — [422] Schweitzer 73/74. — [423] Brief Lübecks 25. X. 1614. R. G. 29. XI. 1614. — [424] Schweitzer 75. — [425] cf. p. 97.

Digitized by Google

gehabt, trotzdem die Generalſtaaten früher die von Chriſtian gekauften Waffen u. ſ. w. zollfrei hatten ausführen laſſen.[426] Man erwartete darum Zollfreiheit für dieſes Kupfer. Beſonders ärgerte man ſich in Amſterdam darüber.[427] So hatte der König die Hanſen und die Niederländer gleichzeitig wieder vor den Kopf geſtoßen.

In ihrer Notlage wandten ſich die Lübecker ſofort an die Staaten. Sie teilten denſelben das neue däniſche Handelsverbot mit und baten ſie, auf Abhülfe zu ſinnen. Auf der nächſten, im November noch ſtattfindenden Tagfahrt werde man über die Sache beraten.[428] Dieſer Hanſetag wurde am 15./25. November eröffnet; vertreten waren auf ihm außer Lübeck die Städte Bremen, Hamburg, Roſtock und Magdeburg.[429] Man beſchloß zum 1./11. März eine Geſandtſchaft nach Dänemark abgehen zu laſſen; die Städte Bremen, Hamburg, Danzig, Roſtock, Wismar, Stralſund und Deventer wurden beſtimmt, je einen Geſandten zu ernennen. Gleichzeitig erklärten ſich Bremen, Hamburg, Roſtock, Wismar, Stralſund und Lüneburg bereit, zu Gunſten Lübecks an den König von Dänemark zu ſchreiben; desgleichen wollte Lübeck ſelbſt ſich an denſelben wenden. Von dieſen Beſchlüſſen wurden die Generalſtaaten ſofort in Kenntnis geſetzt; Lübeck fertigte ſeinen Sekretär Theodor Glaſer an dieſelben ab; am 24. Dezember hatte er ſeine Antrittsaudienz.[430] Glaſer hatte Ihren Hochmögenden die Lage ſeiner Heimatſtadt darzulegen und ſie um ihren Beiſtand zu bitten; gleichzeitig erſuchten auch die auf dem Hanſetag verſammelten Städte die Generalſtaaten, zu Ende Dezember alten Stils zur Vermittlung ihre Geſandten nach Braunſchweig zu ſchicken, wie

---

[426] cf. oben p. 45 ff. — [427] R. G. 6. XI. 1614. — [428] Brief Lübecks 6. XI. 1614; R. G. 9. XII. 1614; Schweitzer 76. — [429] Brokes II, 284. — [430] Glaſers Kredenzbrief 30. XI. 1614. R. G. 24. XII. 1614.

Digitized by Google

sie selbst dies auch tun würden.[431] Die Generalstaaten waren zunächst unschlüssig; sie rieten, die fraglichen Briefe an Christian sofort abgehen zu lassen.[432] Man gab Glaser drei Briefe an Lübeck mit; in dem ersten riet man zur Unterstützung Braunschweigs; der zweite billigte die Briefe und die Legation an König Christian und verhieß die Teilnahme der Stadt Deventer dabei; der dritte warnte die Hansestädte vor papistischen Umtrieben. Eine Gesandtschaft nach Braunschweig ging indessen nicht ab.[433] Daraufhin reiste Glaser ab. Deventer wurde von allem in Kenntnis gesetzt und zur Vorsicht ermahnt.[434] König Christian war mit der geplanten hansischen Gesandtschaft, wie er dies, Kronborg 1. Januar 1615 v. st., der Stadt Lübeck mitteilte, zufrieden, er verschob deshalb den Termin des Handelsverbots auf den 20. März v. st. Lübeck teilte dies den Generalstaaten schleunigst mit, die auch diesmal die Stadt Deventer sofort davon benachrichtigten.[435] Lübeck sandte man ein mit dem Datum des 20. Februar versehenes recepisse, das der den Haag verlassende Agent Ryswyck mitnahm.[436]

Indessen entschlossen sich die Generalstaaten jetzt, positiv für die bedrohten Interessen der verbündeten Stadt einzutreten. Der König von England hatte, zum Teil auf Bitten der Staaten hin, Anstruther mit der Vermittlung zwischen Christian und Lübeck beauftragt. Dieser wurde, als er auf der Durchreise im Haag weilte, von dem Inhalt der staatisch-lübischen Allianz in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig beschlossen die Staaten, einen Brief

[431] Schweitzer 77; Brief Lübecks und der auf dem Hansetag anwesenden Gesandten 24. XI. 1614. —. [432] R. G. 24. XII. 1614. — [433] Brokes II, 404f.; R. G. 29. u. 31. XII. 1614, 2. u. 3. I. 1615; Konzept des Briefs an die Hansestädte vom 2. I. 1615. — [434] R. G. 3. I. 1615. — [435] Brokes II, 405; Schweitzer 77 f.; Brief Lübecks an die Staaten 18. I. 1615 nebst Kopie des Schreibens Christians 1. I. 1615; R. G. 18. II. 1614. — [436] R. G. 4. III. 1615, das Konzept des recepisse fehlt; cf. auch R. H. 9.—20. XII. 1614 sub Holl. 49, p. 6.

Digitized by Google

zu Gunſten Lübecks an Chriſtian zu ſchreiben, doch ſollte der Kommis im Sund, Iſaak Pietersz, dieſen erſt dann abgeben, ſobald Anſtruther von ſeinem Inhalt Kenntnis genommen und ihn gebilligt habe.[437] Die hanſiſche Geſandtſchaft nach Kopenhagen, an der Deventer teilnahm, hatte übrigens recht wenig Erfolg; das Schreiben der Generalſtaaten, die ja beim König gerade wegen der Allianz mit Lübeck und Schweden ſehr ſchlecht angeſchrieben waren[438], ſcheint eher geſchadet als genutzt zu haben. König Chriſtian machte ja auch der Stadt dieſe Allianz zum Vorwurf.[439] Nur auf die Bitten des engliſchen Geſandten hin gab Chriſtian den Lübeckern noch bis Pfingſten eine Gnadenfriſt. Er ſcheint ſich darüber geärgert zu haben, daß ſich die Städte nicht durch Geld ihre Privilegien erkaufen wollten und daß es ihm nicht möglich war, mit ihnen getrennt zu verhandeln.[440] Lübeck ſetzte davon die Generalſtaaten, z. T. durch Vermittlung der Stadt Deventer, in Kenntnis.[441] Die Generalſtaaten gaben zur Antwort, man habe zwar einen beſſern Ausgang erwartet, indeſſen brauche man noch nicht alle Hoffnung aufzugeben, vielleicht werde es der engliſchen Diplomatie gelingen, König Chriſtian milder zu ſtimmen. Man wolle Caron alles Nötige auftragen, auch Anſtruther die Sache zu empfehlen. Einſtweilen verſprach man der Stadt, an den däniſchen Reichsrat zu ſchreiben und ihm nahe zu legen, den lübiſchen Handel auch künftighin nicht zu hindern, ſondern ungeſtört zu laſſen.[442]

[437] R. G. 7. III. 1615. Konzept fehlt. — [438] Schon im Mai 1614 teilte der auf der Durchreiſe im Haag weilende engliſche Agent Sinclair den Staaten mit, daß der König ſchlecht auf ſie zu ſprechen ſei. Oldenbarnevelt und der Erbſtatthalter legten dann dem Agenten die Gründe der niederländiſchen Politik klar. Sinclar verſprach, das dem König von England zu berichten. R. G. 3. V. 1614. — [439] In einem Brief Lübecks an die Generalſtaaten 16. IV. 1615 ſteht von den fünf Vorwürfen des Königs gegen die Stadt dieſer als letzter notiert. — [440] Schweitzer 79 ff. — [441] Briefe Lübecks 18. III. u. 16. IV. 1615. R. G. 18. IV., 13., 14. V. 1615. Brokes II, 405 ff. Erslev I, 221. — [442] R. G. 14. V. 1615.

Digitized by Google

Bald darauf kam Anstruther aus Dänemark zurück. Er brachte zwei Briefe mit, einen vom König von Dänemark, datiert 7. April 1615, und einen von der Stadt Lübeck vom 22. April.[443] Man bat den Gesandten, in seinen Bemühungen zu Gunsten einer gütlichen Beilegung der dänisch-lübischen Streitigkeiten fortzufahren; Caron wurde beauftragt, ihn darin beim König von England zu unterstützen, damit den Lübeckern zunächst eine längere Frist bis zur definitiven Entscheidung gewährt werde. Lübeck wurde von dem neuen staatisch-englischen Vermittlungsversuch benachrichtigt.[444] Die Staaten rieten der Stadt, Christian gegenüber nachzugeben.[445] Gleichzeitig erhielt Rochus Nieulant, der, um die restierenden 500 Schiffspfund Kupfer zu holen, wieder nach Schweden sollte, den Auftrag, je einen Brief an Christian und an den dänischen Reichsrat mitzunehmen, damit er das Kupfer zollfrei durch den Sund durchführen könne; die Staaten beriefen sich ausdrücklich darauf, daß sie auf Bitten des Königs auch alles, was er wünsche, durch ihr Gebiet respektive aus demselben abgabenfrei hätten passieren lassen.[446] Damit erledigten sich einstweilen die Bemühungen der Niederländer. Nieulant kam im Januar 1616 mit nur 300 Schiffspfund Kupfer zurück.[447]

Als man in Lübeck den Rat vernahm, man solle sich vor Dänemark beugen, schickte man den Sekretär Glaser nochmals nach dem Haag.[448] Dieser berichtete bei seiner Audienz am 2. Juli über den letzten Hansetag, der im Mai stattgefunden hatte, und sprach die Befürchtung aus, daß die Vermittlung Anstruthers zu weitläufig und lange dauernd sein dürfte. Brienen, Matenesse und Rysenburg wurden zu weitern Verhandlungen

---

[443] Christian lehnt in seinem Schreiben das Gesuch der Staaten, der deutschen Union beizutreten, ab. Brief Christians 7. IV. 1615. — [444] R. G. 20. u. 21. V. 1615. — [445] Brokes II, 409. — [446] R. G. 16. u. 23. V. 1615. — [447] R. G. 12. I. 1616. — [448] Brokes II, 409f.

Digitized by Google

mit ihm kommittiert.[449] König Chriſtian hatte auf Lübecks Bitten den Termin zwar verlängert, aber nur bis Ende Juli, man wünſchte in Lübeck eine weitere Verlängerung der Friſt. Die Staaten erklärten ſich zu einer Interzeſſion in dieſem Sinne bereit, wollten auch den König von England dazu bewegen. Gleichzeitig rieten ſie indeſſen, man möge ſich durch ein Geſchenk von 15000 Talern die Gunſt Chriſtians erwerben.[450] In der Tat ſandte Caron ein Interventionsſchreiben des Königs von England, an Chriſtians Adreſſe gerichtet, den Generalſtaaten zu, die dasſelbe mit der erneuten Mahnung zum Nachgeben gleich nach Lübeck ſchickten.[451] Eine im Auguſt in Dänemark weilende lübiſche Geſandtſchaft erreichte denn auch, aber nur infolge der mitgebrachten Interzeſſionsſchreiben, unter denen ſich auch das engliſche und das niederländiſche befanden, eine Verlängerung des Termins bis zum 1. Februar 1616; doch erklärte der König, daß, wenn ihm bis dahin keine Satisfaktion gegeben ſei, der Handel der Lübecker eo ipso aufzuhören habe. Er teilte dies auch den Niederländern mit.[452]

Der Zwiſt zwiſchen der Stadt Braunſchweig und ihrem Herzog konnte nicht beigelegt werden. Alle Verhandlungen, ſowohl die im Januar und Februar 1615 in Braunſchweig[453], dann die hanſiſchen Vermittlungsverſuche auf dem niederſächſiſchen Kreistage zu Hannover im Mai und Juni und die Ende Juni

[449] R. G. 2. VII. 1615. — [450] Schweitzer 83; Brokes II, 409f.; das Sekretbuch, in welchem der am 13. Juli in dieſer Sache gefaßte Beſchluß ſtand, iſt nicht mehr vorhanden. — [451] R. G. 1. VIII. 1615. — [452] Brokes II, 410f.; Schweitzer 84; Erslev I, 221; Brief Chriſtians an die Staaten vom 13. VIII. 1615; R. G. 14. IX. 1615; Brief Lübecks an die Staaten 28. VIII. 1615; R. G. 20. IX. 1615. — [453] cf. R. G. 30. I. 1615, die Staaten ſchreiben unter dieſem Datum einen Brief an die in Braunſchweig verſammelten hanſiſchen Geſandten, ſowie einen zweiten an die Stadt Braunſchweig ſelbſt. Lübeck bittet dann die Staaten, auch den Pfalzgrafen um ſeine Vermittlung zu erſuchen. Brief Lübecks 18. Januar 1615; cf. R. G. 18. II. 1615.

Digitized by Google

(alten Stils) zu Riddagshausen stattfindende Zusammenkunft, bei der Lübeck und Hamburg den Braunschweigern assistierten, blieben ergebnislos, da der Herzog außer einer größeren Geldentschädigung die Auslieferung eines Stadttors nebst Schlüsseln verlangte.[454] Ende Juli (alten Stils) kam es daraufhin zum offenen Ausbruch der Feindseligkeiten, doch versuchten auf den Wunsch des Herzogs Lübeck und Hamburg auch jetzt noch eine Verständigung herbeizuführen, was aber erfolglos blieb, worauf die Gesandten der beiden Städte sich nach Celle und Lüneburg begaben, während der Herzog durch ein Bombardement den Trotz der Stadt zu brechen suchte. Eine Anfrage, ob die Stadt sich unterwerfen wolle, fand trotzdem keine bejahende Antwort; auch die Vermittlungsversuche des Administrators von Magdeburg, Christian Wilhelm, sowie des Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg, des Schwiegervaters des Herzogs, konnten nichts helfen, da die Stadt wohl wußte, daß die Vermittler in ihrem Innern mehr Freunde des Herzogs als der Stadt waren. Ende August kam dann der König von Dänemark, Oheim des Herzogs, der schon früher zu vermitteln gesucht hatte[455], in Riddagshausen an und bot ebenfalls der Stadt seine guten Dienste an; diese erklärte indessen, sie müsse sich zunächst mit ihren Assistenten, den Hansestädten, besprechen; seine Intervention wies sie beharrlich ab, da man Christians Gesinnung gegen die Hanse zur Genüge kannte.[456] Die fünf korrespondierenden Städte, die kurz vorher eine alte Allianz mit Lüneburg-Celle erneuert hatten, wandten sich an die Generalstaaten.[457] Die im August auf dem Lüneburger Konvent versammelten Vertreter der fünf Städte Lübeck, Bremen, Hamburg, Magdeburg und Lüneburg baten zunächst die Staaten, nicht zu gestatten, daß dem Herzog, der Braunschweig zu belagern be-

[454] Rehtmeier II, 1197 f. — [455] Schweitzer 89. — [456] Rehtmeier II, 1198 ff. — [457] Schweitzer 89.

Digitized by Google

gonnen habe, Truppen aus dem niederländiſchen Gebiet zu Hülfe kämen. Man beſchloß demgemäß. Kurz vorher ſchon hatte ſich Braunſchweig an die Generalſtaaten gewandt und in einem Schreiben, dem 25 Beilagen hinzugefügt waren, ſein gutes Recht dem Herzog gegenüber klarzulegen verſucht.[458] Dieſer Brief war verſpätet angekommen, da er dem Boten abgenommen worden war. Graf Ernſt Caſimir von Naſſau, der das Schreiben in Händen hatte, erhielt von den Generalſtaaten den Befehl, dasſelbe ſofort an ſeine Adreſſe befördern zu laſſen.[459] Die Generalſtaaten hatten übrigens in Vorausſicht des Kommenden es ſchon am 10. Auguſt dem Grafen verboten, dem Herzog zu helfen und in ſeine Dienſte zu treten.[460] Wenige Tage nach dem Empfang der zwei Briefe erſchien der braunſchweigiſche Sekretär Olemann im Auftrage Braunſchweigs und der übrigen fünf korreſpondierenden Städte in der Verſammlung der Generalſtaaten mit der Bitte, denſelben noch weiterhin beizuſtehen.[461] Ein ſchon zwei Tage danach eintreffender Brief Lübecks erſuchte ſodann die Generalſtaaten, zu dem am 11./21. September beginnenden Hanſetag Geſandte abzufertigen; die in Celle weilenden braunſchweigiſchen Deputierten baten ebenfalls darum, und ein neues lübiſches Schreiben, das auch die Vermittlungsverſuche Chriſtian Wilhelms und Johann Sigismunds ſowie die dilatoriſche Antwort Braunſchweigs darauf mitteilte, bat nochmals um Beiſtand.[462]

Es war ein entſcheidender Wendepunkt, an dem die Niederländer jetzt angelangt waren. Entſchloß man ſich zur tatkräf-

[458] Brief der fünf korreſpondierenden Städte 18. VIII. 1615. Brief Braunſchweigs 3. VIII. 1615; beide verleſen 9. IX. 1615; R. G. 9. IX. 1615. Olemanns Propoſition 18. IX. 1615. — [459] R. G. 27. VIII. 1615. — [460] R. G. 10. VIII. 1615. — [461] Propoſition Olemanns und R. G. 18. IX. 1615. — [462] Briefe Lübecks 28. VIII. u. 4. IX. 1615; R. G. 20. u. 25. IX. 1615. Das Schreiben der braunſchweigiſchen Deputierten sub R. G. 21. IX. 1615 erwähnt, aber nicht mehr erhalten.

Digitized by Google

tigen Unterstützung der Braunschweiger, so war der baldige Abschluß einer Allianz mit den Hansestädten, die sich von Dänemark schwer bedroht fühlten, mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, falls es nämlich glückte, die Bestrebungen Friedrich Ulrichs zu vereiteln. Andrerseits aber war eine Einmischung in die deutschen Angelegenheiten auch nicht ohne Gefahr. Das Verhältnis zu Dänemark und daneben besonders zum Kaiser, der ja ein Bündnis der Hanse mit den Niederländern sehr ungern sah und zu verhindern trachtete, mußte notwendigerweise ein sehr gespanntes werden. Aber trotzdem entschloß man sich zu tatkräftigem Handeln. Biel, van den Sande und Sticke, die als Gesandte der niederländischen Hansestädte Arnhem, Nimwegen und Deventer laut Beschluß dieser Städte vom 21. August 1615[463], wahrscheinlich auch von Zütphen, Doesborg und Harderwyk kommittiert[464], nach Lübeck gegangen waren, sollten jetzt generalstaatliche Vollmacht erhalten.[465] Die Gesandten von Deventer, die schon in Lübeck waren, hatten schon vorher durch die Vermittlung der Stadt Deventer und ihres Deputierten Stegemans den Generalstaaten mitteilen lassen, daß die Hanse die Entsendung von Gesandten mit staatischer Vollmacht zum Hansetag in Lübeck wünsche. Das wurde damals mit Rücksicht auf Dänemark abgelehnt.[466] Biel, van den Sande und Sticke waren am 13./23. September in Lübeck angekommen; Vertreter von Lübeck, Bremen, Hamburg, Rostock, Wismar, Magdeburg, Braunschweig, Danzig und Lüneburg trafen sie dort an, welche einige abwesende Hansestädte mitvertraten. Schon am 14./24. September, als man darüber beriet, wie man Dänemark am besten entgegentreten könne, rieten sie den Hansen zu einer Allianz mit

[463] cf. Rapport der Gesandten. — [464] Nyhoff I, 188 f. — [465] cf. über diese Gesandtschaft ihren Rapport sub leg. 287. Einige Briefe Nyhoff I, 188 ff. — [466] R. G. 19. VIII. 1615. Schon aus dem Datum ergibt sich, daß diese Gesandten nicht Biel u. s. w. sind.

Digitized by Google

den Niederlanden. Jedoch erklärten die Vertreter von Roſtock, Hamburg, Wismar und Lüneburg, dazu nicht bevollmächtigt zu ſein. Daher rieten Brokes und Domann ſowie die Stadt Danzig, die Geſandten ſollten an ihre Prinzipale ſchreiben, was denn auch am 18./28. September geſchah. Die Antworten der Städte trafen bereits am 24. IX./4. X. ein. Sie waren in zuſtimmendem Sinne gehalten und am 25. IX./5. X. wurde die Allianz im Prinzip gutgeheißen und genehmigt, ſo daß Biel nebſt ſeinen Begleitern ſchon abreiſen zu können glaubte, als ſie durch Brokes hörten, daß Briefe der Generalſtaaten an ſie unterwegs ſeien, worauf ſie natürlich ihre Abreiſe aufſchoben.[467]

Die Generalſtaaten hatten nämlich am 25. September beſchloſſen, den Geſandten ihre Autorität zu verleihen, was man Olemann, der noch im Haag weilte, gleich mitteilte.[468] Sie erhielten den Auftrag, entweder mit der Hanſe als ſolcher oder mit den Einzelſtädten eine Allianz abzuſchließen. Sie ſollten ferner dafür ſorgen, daß Braunſchweig gegen jeden Überfall geſichert werde und daß bald ein Friede zwiſchen der Stadt und ihrem Herzog zuſtande komme, ſei es durch gütliches Übereinkommen beider Parteien oder durch Vermittlung neutraler Mächte oder durch gerichtliche Entſcheidung. Falls der Herzog inzwiſchen mit ſeinen Feindſeligkeiten fortfahre, ſo möge die Hanſe ihm mitteilen, daß ſie zum Äußerſten entſchloſſen ſei. Auch ſollten die Geſandten ihm dann ſagen laſſen, die Macht der niederländiſchen Hanſeſtädte ſei ſo groß, daß ſie ſelbſt die Generalſtaaten zu Taten, d. h. einer bewaffneten Intervention fortreißen könnten. Der Hanſetag und die Stadt Lübeck, ſowie Olemann wurden von dieſem Beſchluß ſogleich in Kenntnis ge-

---

[467] Rapport 1 ff.; Brokes II, 412f.; Nyhoff I, 190ff. — [468] R. G. 25. IX. 1615. R. H. 8.—25. IX. 1615 sub Holl. 49, p. 19f. Über Olemann cf. p. 109.

Digitized by Google

setzt[469]; Lübeck erhielt das staatische Schreiben, wie oben erwähnt, etwas früher als die drei Gesandten.

Aber auch durch Taten bewiesen die Niederländer den Ernst ihrer Absicht, Braunschweigs Freiheiten zu erhalten. Der Agent Ryswyck erhielt aus dem Magazin zu Delft 100 Kürassierharnische, sowie 100 andere Panzer nebst Zubehör, zahlbar respektive rücklieferbar in vier Monaten.[470] Bremen, das drei Gesandte in den Haag schickte, nämlich Johann Melchior von Swalbach, Steffen Helle und Martin Dirksen Hamer, erhielt nach reiflicher Beratung, die in Gegenwart des Erbstatthalters und des Staatsrats stattfand, trotz großer Bedenken die Erlaubnis, einige hundert Knechte anwerben zu dürfen[471], da die Rücksicht auf Braunschweig und die Hansestädte alle andern überwog. Niederländische Offiziere sollten sogar bei dieser Werbung behülflich sein. Ferner durfte Ryswyck unter den alten Bedingungen 100 Feuerrohre den staatischen Magazinen entnehmen.[472] Am 14. Oktober kaufte er 600 Musketen, 400 Spieße und 13 Hellebarden, die ihm aus einem generalstaatlichen oder holländischen Magazin zu liefern waren und die er, ebenso wie die vorher erhaltenen Sachen, zollfrei nach Bremen bringen lassen durfte.[473]

Inzwischen hatten die Gesandten am 27. IX./7. X. 1615 das Schreiben Ihrer Hochmögenden bekommen und machten gleich am folgenden Tage ihre Vorschläge.[474] Sie unterhandelten jetzt fortwährend mit den hansischen Vertretern, besonders mit dem hansischen Syndikus Dr. Domann, der ihnen am 29. IX./9. X. mitteilte, er sei bevollmächtigt von den Städten Rostock, Stral-

[469] R. G. 26. IX. 1615. — [470] R. G. 3. X. 1615. — [471] R. G. 12. u. 13. X. 1615; Brief Bremens 25. IX. 1615. — [472] R. G. 12. X. 1615. — [473] R. G. 14. X. 1615. — [474] Rapport 17. Brokes II, 375 f., 412 ff. Hier wird auch erwähnt, daß die in den Hansestädten von Geldern, Overyssel und Friesland stehenden Garnisonen eventuell Braunschweig zu Hülfe kommen würden, wenn, wie die Gesandten sagen, die Hansestädte darum bitten.

Digitized by Google

ſund, Wismar, Stettin, Greifswald und Hildesheim; einige andere hätten ihn gebeten, eine Allianz mit den Niederlanden vorzubereiten. Die Städte wünſchten indes auf jeden Fall suffragium resolutivum, nicht bloß suffragium deliberativum; auch ſollten die in den Verträgen mit Lübeck, Braunſchweig und Magdeburg feſtgeſetzten Quoten etwas ermäßigt werden. Er ſchlug vor, daß Lübeck und Hamburg je 5, Danzig 3, Bremen 2, Roſtock, Stralſund, Magdeburg, Braunſchweig und Lüneburg je 1, Wismar, Stettin, Greifswald und Hildesheim je ½, die Hanſeſtädte zuſammen alſo 22 gegen 100 der Generalſtaaten zahlen ſollten. Mehr könnten ſie nicht geben. Auch teilte er den Geſandten mit, Roſtock wünſche, daß die Zurückſetzung eines Verbündeten hinter die andern ſeitens einer dritten Macht als ein der Geſamtheit widerfahrenes Unrecht betrachtet werde. Roſtock fürchtete nämlich, daß ſeine Bierausfuhr nach Dänemark durch Zollerhöhungen daſelbſt unterbunden werden ſollte.[475] Die Geſandten teilten dies alles den Generalſtaaten mit.[476]

Unterdeſſen war am 17./27. September eine ſtarke hanſiſche Truppenmacht in Braunſchweig eingedrungen, nachdem ſie ſich durch die Linien der Belagerer durchgeſchlagen hatte.[477] Am ſelben Tage noch, nur 2 Stunden nach Ankunft der Erſatztruppen, kam die Nachricht von einer neuen, heſſiſch-däniſchen, Vermittlung. Landgraf Moritz hatte Johann den Ältern von Naſſau, den Erbmarſchall Vollbrecht Riedeſel und den Oberſtleutnant Kaſpar Widemarcker zur Vermittlung auf Bitten der Braunſchweiger abgeſandt, und der König von Dänemark, der die Hoffnung, die Stadt im Beſitz ſeines Neffen zu ſehen, aufgegeben hatte, ſchloß ſich derſelben an. Er ſchrieb an den Pfalz-

[475] Schweitzer 83, Anmerk. 209; im Mai und Auguſt hatte Chriſtian die Zölle erhöht, auch die Ausfuhrzölle in Bergen. Deventer teilte dies den Staaten mit durch Stegemans, R. G. 19. VIII. 1615; p. 110. — [476] Schreiben der Geſandten, Lübeck 2./12. X. 1615. — [477] Brokes II, 373.

Digitized by Google

grafen Friedrich, den Administrator Christian Wilhelm, den postulierten Bischof von Osnabrück und Herzog von Braunschweig-Lüneburg Philipp Sigismund, die Städte Lübeck, Bremen, Hamburg, Magdeburg und Lüneburg, sie möchten zu den neuen Verhandlungen in Wolfenbüttel auch ihre Gesandten schicken.[478] Auch die Generalstaaten erhielten am 17. Oktober einen solchen Brief.[479] Gern rief Christian die Vermittlung der Staaten, die er jetzt aber nicht mehr übergehen konnte, nicht an. Er wandte sich bald darauf an seinen Schwager, den König von England, und beklagte sich bei ihm über die Haltung der Staaten in der Braunschweiger Sache. Er bat ihn, die Staaten zu veranlassen, Braunschweig zum Gehorsam gegen den Herzog zu ermahnen.[480] Auch war Christian mit der Politik der Niederländer Lübeck gegenüber unzufrieden und bat schon früher seinen Schwager, nicht weiter zwischen ihm und dieser Stadt zu vermitteln, die ihr Unglück sich selbst zuzuschreiben habe. Daraufhin riet König Jakob den Staaten, Lübeck zum Nachgeben gegen Christian zu bewegen. Diese indessen ersuchten den König zu weitern Vermittlungen, doch wollten sie Lübeck bitten, sich allen billigen Gründen zu fügen; das war so ungefähr das Gegenteil von dem, was Christian wollte.[481] Wenige Tage nach dem Empfang des Schreibens König Christians trafen der Brief der Gesandten vom 2./12. Oktober, sowie Briefe von Lübeck und dem Hansetag zugunsten Braunschweigs ein; auch von der hansisch-niederländischen Allianz war darin die Rede.[482] Am

[478] Rehtmeier II, 1215 ff.; Rapport 15; Nyhoff I, 190 f. — [479] Brief Christians vom 18. September 1615, Kopie; R. G. 17. X. 1615. — [480] cf. R. G. 7. XI. 1615, wo der Inhalt des Schreibens Christians mitgeteilt wird; Rapport 25. — [481] cf. R. G. 15. X. 1615; Brokes II, 414 f. — [482] Brief der Gesandten 2./12. X. 1615, Lübecks 29. IX. 1615, der hansischen Deputierten 30. IX. 1615; R. G. 23. X. 1615. Der daraufhin in Gegenwart des Prinzen Moritz und des Staatsrats am 24. X. gefaßte Beschluß ist verloren gegangen, da das Sekret-

Digitized by Google

28. Oktober empfing man einen Brief des in Heidelberg akkreditierten Agenten Brederode vom 14. Oktober, welcher mitteilte, daß der Herzog den Kurfürſten und die Union gebeten habe, neben England und den Niederlanden die Vermittlung zu übernehmen. Zugleich überſandte er ein Schreiben Friedrich Ulrichs an die Generalſtaaten, worin dieſelben um Vermittlung erſucht wurden. Dies Schreiben hatte der aus Wolfenbüttel angekommene Geſandte nach Heidelberg gebracht.[483] Daraufhin teilten die Generalſtaaten den drei Geſandten mit, ſie ſollten den Zwiſt der Stadt mit ihrem Landesherrn durch Verſöhnung oder auf einem andern Wege beilegen helfen, doch nur, wenn inzwiſchen die Feindſeligkeiten aufhörten. Einen Ruin Braunſchweigs könnten die Staaten nicht dulden, ebenſowenig wie die Hanſe. Die Hanſeſtädte ſollten votum resolutivum erhalten; die bereits früher feſtgelegten Quoten von Lübeck, Magdeburg und Braunſchweig ſollten nicht ermäßigt werden, was die übrigen Quoten anlange, ſo möchten ſie ſich darüber mit den Geſandten dieſer drei Städte beſprechen.[484]

Während die Verhandlungen zwiſchen Braunſchweig, der Hanſe und dem König von Dänemark, der jetzt, äußerlich wenigſtens, das Verhalten ſeines Neffen tadelte, weiter gingen, reiſten die Geſandten, die am 2./12. Oktober vom Hanſetag Abſchied nahmen, zu einem Tage der ſechs korreſpondierenden Städte nach Celle, wo ſie am 7./17. Oktober ankamen. Am 8./18. Oktober ſandten ſie Briefe mit der Mahnung, die Waffen ruhen zu laſſen, an den Herzog und den König, der bald darauf eine günſtige Antwort gab und ſeinen Neffen durch den Einfluß böſer Ratgeber zu entſchuldigen ſuchte. Dieſer Briefwechſel wurde den Staaten ſofort mitgeteilt.[485] Von da gingen ſie über Lüneburg nach Hamburg, wo ſie am 30. X. / 9. XI. ankamen und

buch nicht mehr da iſt. cf. R. G. 24. X. — [483] cf. R. G. 28. X. 1615. — [484] R. G. 29. X. 1615. — [485] cf. R. G. 31. X. 1615.

Digitized by Google

bis zum 6./16. November blieben.[486] In Celle und Lüneburg hatten die hansischen Bevollmächtigten mit Gesandten von Braunschweig-Lüneburg wegen einer Allianz verhandelt, und am 17./27. Oktober war es zur Einigung gekommen.[487]

In Hamburg gingen die Verhandlungen wegen einer hansisch-staatischen Allianz weiter, mit Vertretern von Lüneburg, Magdeburg und Hamburg konferierten die Gesandten. Die Hamburger Bevollmächtigten, der Bürgermeister Vogler, der Syndikus Dr. Vincenz Moller und der Sekretär Vincenz Moller erklärten: 1. Hamburg wolle nur 4 als Quote zahlen, die jetzige lübische Quote sei viel zu hoch und Lübeck werde dadurch schwer gedrückt; 2. die Bürger seien dagegen, eventuell die Niederlande gegen Spanien unterstützen zu müssen, wünschten dagegen von diesen eventuell Hülfe gegen den Herzog von Holstein; 3. man begehre außerdem, daß die Elbe ausdrücklich als einer der Ströme bezeichnet werde, deren Freiheit Zweck der Allianz sei, ein Begehren, das sich gegen die dänischen Pläne, an der untern Elbe einen Zoll anzulegen, richtete; 4. sollte wegen der Union die äußerst wichtige Spanienfahrt erschwert oder behindert werden, so sollten alle Alliierten dieselbe einstellen, über diesen Punkt verlangten die Bevollmächtigten eine besondere Akte; 5. in einem solchen Fall sollte außerdem den Hamburgern die Fahrt nach Ostindien gestattet werden; 6. ferner verlangte man eine Verminderung der Impoften auf Hamburger Bier und 7. gleiches Handelsrecht mit den Niederländern in Schweden und Rußland[488]; 8. einige weitere Vorstellungen betrafen die Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Verbündeten; 9. außerdem wollte Hamburg nicht in einen

[486] Rapport 28 ff.; Brief der Gesandten vom 1./11. XI. 1615. — [487] Brokes II, 377 ff.; Slange-Schlegel III, 42. — [488] Eine gleiche Bitte Lübecks, ausgesprochen, als man dort hörte, daß niederländische Gesandte nach Rußland gehen würden, um den russisch-schwedischen Krieg beizulegen, hatten die Generalstaaten gewährt. Brief Lübecks 4. IX. 1615; R. G. 25. u. 26. IX. 1615.

Digitized by Google

Krieg wegen der jülichſchen Erbfolge hineingezogen werden; 10. zum Schluß baten die Unterhändler, die Geſandten möchten, wenn auch einige Punkte wenig wichtig ſeien, doch auch dieſe mit berückſichtigen, um die Bürgerſchaft nicht vor den Kopf zu ſtoßen. Die Geſandten ſchlugen zunächſt eine höhere Quote vor, nämlich $6^1/_2$, erklärten aber, über dieſen Punkt nicht inſtruiert zu ſein. Wenn Hamburg Hülfe von den Niederlanden wünſche, ſo müſſe es dieſe auch gegen Spanien unterſtützen. Dagegen ſolle die Handelsfreiheit auf der Elbe geſichert werden. Was die Verhinderung der Spanienfahrt anging, ſo verwieſen die Geſandten auf die Artikel 6, 7 und 13 des lübiſchen Allianztraktats, wonach Handelsſtörungen beſeitigt werden ſollten. Was die weitern Punkte, 5—9, anbetreffe, ſo ſeien ſie darüber nicht inſtruiert. Da die Kompanie das Monopol der Oſtindienfahrt habe, ſo würde es mit einer Hamburger Oſtindienfahrt ſeine Schwierigkeiten haben; indeſſen ſolle die Stadt für einen Ausfall der Spanienfahrt entſchädigt werden. Das Hamburger Bier ſei nicht zu hoch beſteuert; die Impoſten hätten den Zweck, gegen die auf dem niederländiſchen Bier laſtenden Abgaben ein Gegengewicht zu bilden. Sie wollten gern dafür ſorgen, daß die Hamburger in Rußland und Schweden mit den Untertanen der Staaten gleiches Handelsrecht erhielten. Die Artikel 8 und 9 machten auch weiter keine Schwierigkeiten. Dieſe Verhandlung fand am 31. X. / 10. XI. 1615 ſtatt. Die Hamburger Bevollmächtigten rapportierten alles der Bürgerſchaft und unterhandelten dann mit den Geſandten am 1./11. November weiter. Die größte Schwierigkeit machte die Höhe der Quote; beide Parteien beharrten auf ihrem geſtrigen Standpunkt; den zweiten Punkt ließen die Hamburger fallen, mit der Antwort der Geſandten auf den dritten und vierten war man zufrieden. Die Frage der Oſtindienfahrt wollte man einſtweilen ruhen laſſen. Dagegen behauptete man ad 6, das Hamburger Bier werde

Digitized by Google

tatsächlich höher verzollt als andres ausländisches Bier, da die Fässer kleiner seien als z. B. diejenigen, in denen die Braunschweiger Mumme verschickt würde, die Abgabe indessen die gleiche sei. Mit der Antwort der Gesandten auf die letzten drei Punkte war man zufriedengestellt. Die Gesandten sollten sich der Einwilligung von Lübeck, Braunschweig und Magdeburg hierin versichern. Brokes riet am 1./11. November den Gesandten, es bei der Quote 4 : 100 zu belassen, wenn der Hamburger Rat die Bürgerschaft nicht umstimmen könne; außerdem hielt er es für angebracht, die Quote Magdeburgs geringer zu bemessen wie die Braunschweigs, da erstere Stadt nicht soviel Vorteile von der Allianz habe.[489] Daraufhin gaben die Gesandten den Hamburgern ein Vertragskonzept. Am 4./14. November kamen Bevollmächtigte von Magdeburg und Lüneburg in Hamburg an. Die Magdeburger wünschten Ermäßigung der Quote, die Domann auf 1 angesetzt hatte; sie klagten über ihre Armut und behaupteten, Domann habe nur nach eigenem Gutdünken die Quote so hoch angesetzt. Die Gesandten sprachen sich ihrer Instruktion gemäß gegen eine Verminderung der Quote aus. Am Nachmittag des 4./14. Novembers kamen auch die Hamburger wieder. Sie wünschten: 1. daß, da die andern Städte noch so unentschlossen seien, einstweilen mit ihnen ein Spezialtraktat geschlossen werde; 2. eine besondere Akte wegen der Spanienfahrt, auf besondern Wunsch der Bürgerschaft, da die Artikel 6, 7 und 13 des Vertrags nicht hinreichend seien, sich eventuell gegen ein spanisches Handelsverbot zu sichern; 3. ebenfalls je eine Akte über die Art der Beilegung von Streitigkeiten und 4. wegen der Teilnahme am jülichschen Kriege; 5. wollten sie wissen, wie hoch die Quote endgültig sein solle und 6. ob man ein votum resolutivum haben werde oder nicht. Die Ge-

[489] Brief der Gesandten, Hamburg 1./11. November 1615.

Digitized by Google

ſandten erklärten, wenn Lübeck nichts dagegen habe, ſeien auch ſie mit einem einſtweiligen Spezialtraktat einverſtanden, ebenſo damit, daß nicht nur der Handel in der Nord- und Oſtſee, ſondern auch die Spanienfahrt geſchützt werde; doch müſſe wohl Reziprozität herrſchen, Hamburg alſo den Staaten auch beiſtehen, wenn deren Spanienfahrt geſtört werde. Gegen den dritten Wunſch hatten ſie nichts einzuwenden, beim vierten verwieſen ſie auf ihre letzte Antwort. Was die Quote anbetreffe, ſo müſſe man erſt die Antwort der Generalſtaaten auf ihr letztes Schreiben abwarten. Hamburg ſolle votum resolutivum erhalten. Außerdem baten die Geſandten, man möge Artikel 4 der Allianz, wonach die Staaten dieſelbe leiteten, nicht mißverſtehen. Was Magdeburg und Lüneburg anging, ſo riet Brokes jetzt nochmals, ihnen je 1 als Quote zu normieren.[490] Am 5./15. November erklärten darauf die Hamburger ſich zufrieden, nur ſolle man Lübeck nicht mitteilen, daß Hamburg allein mit den Staaten unterhandle; auch ſollte in Artikel 1 beſagt werden, daß die Staaten Hamburgs Privilegien zu ſchützen hätten. Damit waren die Geſandten nur ſoweit einverſtanden, als dieſe Privilegien ſich auf Nord- und Oſtſee beſchränkten, was die Hamburger referieren wollten.[491]

Unterdeſſen hatten die Geſandten das ſtaatiſche Schreiben vom 19./29. Oktober erhalten und dem Grafen Solms, der am 20./30. Oktober Braunſchweig nochmals entſetzt hatte[492], mitgeteilt, daß die Staaten ihn nicht im Stich laſſen würden. Gleichzeitig etwa erfuhren ſie von dem Anmarſch des Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien, der mit 3000 Musketieren, 1500 Reitern, 2 halben Kartaunen, 3 Feldſtücken und 400 Wagen aus den Niederlanden zum Entſatz heranrückte.[493]

[490] Brief der drei Geſandten, Hamburg 5./15. XI. 1615. — [491] Brief der drei Geſandten, Schlüſſelburg 12./22. XI. 1615. — [492] Brokes II. 381 f. — [493] Rapport 48; Aitzema I, 87/88 gibt die

Digitized by Google

Auf diese Nachricht hin schrieben die Gesandten etwas deutlicher (wat duydelicker) als am 8./18. Oktober dem König von Dänemark, die Staaten könnten, da sie eine Allianz mit der Hansa anstrebten, eine Demütigung Braunschweigs nicht dulden und hätten deshalb auch ihr Heer in Marsch gesetzt. Die Staaten wären zur Vermittlung neben dem König von England und den Kurfürsten und Fürsten des heiligen Reichs bereit. Der König möge deshalb beim Herzog darauf dringen, daß alles in den früheren Stand gesetzt werde, d. h. die Belagerung aufgehoben werde, sonst müsse das Heer Friedrich Heinrichs sich mit der hansischen Streitmacht vereinigen. In ähnlichem Sinne schrieb man auch an den Herzog selbst, sowie an die kaiserlichen Kommissare Graf Hohenlohe und Rüdiger[494] und an die landgräflich hessischen Gesandten. Alle Briefe waren datiert Hamburg, 1./11. November.[495]

Schon vor dem Empfang dieser Briefe hatten Christian und Friedrich Ulrich gemerkt, daß es den Staaten diesmal Ernst war. Die Belagerung wurde am 1./11. und 2./12. November aufgehoben; am 11./21. war die Aufhebung ganz vollendet.[496] Christian reiste auf die Bitten seiner Reichsräte nach Hause zurück, mit Tränen vor Wut, daß ihm die verhaßten

---

Zahl des Fußvolks an, Rehtmeier II, 1226 die Gesamtstärke des staatischen Heeres mit 5000 Mann. Nach Brokes II, 384 hatte Friedrich Heinrich 4000 Mann Fußvolk und 3000 Reiter. Rehtmeiers Behauptung, die Truppen hätten geplündert, wird bestätigt durch die Klage eines Deputierten bei den Generalstaaten, wonach die Truppen sich schon auf dem Marsch zum Sammelplatz disziplinlos benommen hatten; cf. R. G. 13. XI. 1615. Leider habe ich über den Entschluß der Generalstaaten, Braunschweig mit bewaffneter Macht beizustehen, nichts Näheres erfahren können. Der Verlust des Sekretbuchs scheint sich auch hier fühlbar zu machen. Am 25. VII., 26. VIII., 3. u. 7. IX. beschloß man, die Truppen nicht durch Urlaubserteilungen zu schwächen u. s. w. cf. die betreffenden R. G. — [494] Die Namen bei Rehtmeier II, 1228. — [495] Rapport 45 ff. — [496] Die Daten bei Rehtmeier II, 1236.

Digitized by Google

„Krauthöker und Krämer" dieſen Streich geſpielt hatten.[497] Unterwegs erhielt er das Schreiben der ſtaatiſchen Geſandten. Er ließ dem Boten nur ein recepisse geben. Dagegen baten die kaiſerlichen Kommiſſare, das niederländiſche Heer möge ſich vom Reichsboden zurückziehen. Der Herzog antwortete am 6./16. November, auf Mahnen des Kaiſers, Dänemarks, der Pfalz, Sachſens, Brandenburgs, Heſſens und des niederſächſiſchen Kreiſes habe er die Belagerung aufgehoben; zwei Tage vorher aber hatte er ſich beim Landgrafen von Heſſen darüber beklagt, daß die Hanſeſtädte immer unverſchämter würden; dagegen müßten die Fürſten Front machen. Der Landgraf ging aber nicht darauf ein, er riet zu Frieden und Verſöhnung.[498]

Am 11./21. November kamen die Geſandten, die am 6./16. Hamburg verlaſſen hatten, zu Schlüſſelburg im Stift Minden an, wo der Prinz Friedrich Heinrich ſich gerade befand. Der herzogliche Landdroſt Joſt von Adelips (oder Adelebſen) ſuchte den Weitermarſch zu hindern, doch erklärte auf den Rat der Geſandten Friedrich Heinrich ihm, man möge das Heer als ein neutrales betrachten; er werde über die Weſer gehen und ſo lange im Braunſchweigiſchen bleiben, bis es wieder voller Friede ſei; der Herzog ſolle verſprechen, das Kriegsweſen ganz abzuſtellen, die Truppen bis zum 25. November v. st. zu entlaſſen, keinerlei Hoſtilitäten zu unternehmen und ſich bei allen Differenzen der Entſcheidung der kaiſerlichen Kommiſſare zu unterwerfen.[499] Am folgenden Tage begaben ſich die Geſandten nach Braunſchweig, wo ſie am 15./25. November anlangten[500]; ſie überſandten dem Herzog ihre Kredenzſchreiben und machten ihm und den kaiſerlichen Kommiſſaren Vorſchläge über die jetzt

[497] Brokes II, 386. Über ſein Verhalten in der ganzen Sache cf. R. D. H. D. II[1] 5518 ff. passim. — [498] Rapport 60 ff.; Brokes II, 386. — [499] Sogenannte 4 Artikel, Rapport 67 ff.; Brokes II, 391. — [500] Brokes II, 389.

Digitized by Google

anzuknüpfenden Verhandlungen, nachdem sie sich vorher darüber mit den anwesenden hansischen Gesandten besprochen hatten. Der Herzog antwortete freundlich.[501] Indessen schrieben Biel, van den Sande und Sticke doch an Friedrich Heinrich, er solle, da Friedrich Ulrich seine Truppen noch nicht abgedankt habe, weiter vorrücken.[502]

Die Generalstaaten hatten unterdessen auch Gelegenheit gehabt, sich mit der Braunschweiger Angelegenheit zu beschäftigen. Am 3. November erhielten sie ein Schreiben des Pfalzgrafen, datiert Heidelberg 10./20. Oktober. Er sandte die Kopie eines Schreibens Christians IV., Wolfenbüttel 15./25. September, worin er, der Pfalzgraf, gebeten wurde, zur Vermittlung Gesandte nach Wolfenbüttel abzufertigen. Er wünschte die Meinung der Staaten darüber zu hören. Die Generalstaaten beschlossen, sich zunächst nach den Ansichten des Erbstatthalters und des Staatsrats darüber zu erkundigen.[503] Brienen sah alle auf die Sache bezüglichen Schriftstücke durch und stattete Bericht ab.[504] Dann erhielt man einen Brief der drei Gesandten, Lüneburg 21./31. Oktober, worin diese den Beginn der Waffenruhe — nicht zu verwechseln mit dem Abzug des herzoglichen Heeres von Braunschweig — mitteilten; es erschien nun zweifelhaft, ob man Friedrich Heinrich noch weiter vorrücken lassen sollte. Oldenbarnevelt und Zuleſteyn sollten darüber den Prinzen Moritz um Rat fragen.[505] Nachdem am 13. November die Sache gründlich erwogen war, beschloß man am 14., sowohl den Kurfürsten um seine guten Dienste zur Vermittlung zu bitten, als auch den Herzog zum Frieden zu mahnen. Den Gesandten und außerdem Caron sollte alles genau mitgeteilt werden.[506] Wenige Tage später erhielt man ein neues Schreiben

[501] Rapport 74 ff. — [502] Brief der Gesandten, Braunschweig 16./26. XI. 1615, cf. R. G. 15. I. 1616. — [503] R. G. 3. XI. 1615. — [504] R. G. 6. u. 7. XI. 1615. — [505] R. G. 9. XI. 1615. — [506] R. G. 13. u. 14. XI. 1615.

Digitized by Google

der Geſandten, Lüneburg 25. Oktober v. st.; ſie meldeten, daß die Friedensverhandlungen bald beginnen würden und fragten an, ob man ihnen nicht eine neue, ausführlichere Inſtruktion, ſowie Beglaubigungsſchreiben an den König von Dänemark, den Herzog Friedrich Ulrich, die Hanſeſtädte und die Stadt Braunſchweig ſenden wolle; man beſchloß in dieſem Sinne. Inſtruktion und Kredenzbriefe wurden ſofort ausgefertigt.[507] Auch die in Hamburg geſchriebenen Briefe der Geſandten erhielten die Generalſtaaten noch im November.[508] Gleichzeitig erfuhr man Chriſtians Heimkehr nach Dänemark.[509]

An Unterſtützung den Hanſeſtädten gegenüber ließ man es nicht fehlen. Der Amſterdamer Bürger Hendrik Beekman erhielt auf Erſuchen Hamburgs die Erlaubnis, 7000 Pfund Lunte und 200 Harniſche abgabenfrei nach Hamburg bringen zu dürfen.[510] Zwei Amſterdamer Kaufleute erhielten wenige Tage ſpäter eine ähnliche Erlaubnis für Bremen.[511]

Die Verhandlungen nahmen ihren Fortgang. Der Pfalzgraf ſchickte als ſeine Bevollmächtigten Camerarius und Pauli nach Wolfenbüttel, die am 20./30. November mit den niederländiſchen Geſandten konferierten.[512] Mit dieſen beiden wollten die Geſandten in Verbindung bleiben, dagegen erklärten ſie, mit der Vermittlung des kurpfälziſchen Oberſten Schomburg, der ſchon früher von ſeinem Herrn als Vermittler abgeſchickt worden war, nichts zu tun haben zu wollen, da dieſer für den Herzog Partei ergriffen habe; doch ſei es ihnen angenehm, wenn er den Herzog zum Nachgeben bewege.[513]

Der Einmarſch eines ſtaatiſchen Heeres auf deutſches Gebiet hatte großen Eindruck gemacht. Die Hanſen wünſchten zwar,

---

[507] R. G. 17. XI. 1615. — [508] R. G. 21. u. 23. XI. 1615. — [509] R. G. 24. XI. 1615. — [510] Brief Hamburgs 18./28. X. 1615; R. G. 17. u. 25. XI. 1615. — [511] R. G. 30. XI. 1615. — [512] Rapport 83 ff. — [513] Rapport 9 f.; 86 ff.

Digitized by Google

daß dasselbe jetzt nicht abziehen solle[514], aber die in Halberstadt versammelten Räte des niedersächsischen Kreises, auch die dort weilenden Botschafter und Gesandten schickten dem Prinzen Friedrich Heinrich am 7./17. November ein Patent des Inhalts, da der Kaiser außer der Aufhebung der Belagerung noch Vermittlung zwischen dem Herzog und der Stadt ihnen anbefohlen habe, so solle das Heer nicht weiter vorrücken, denn das gereiche kaiserlicher Majestät zur Verachtung, den Fürsten und Ständen, ihren Landen und Leuten zur Beschwernis; auch wisse man, daß die Generalstaaten es keineswegs feindlich mit dem niedersächsischen Kreise meinten. Der Prinz schickte das Patent den Gesandten und diese antworteten 21. XI./1. XII. dem Kreistage, die Staaten hätten sich stets eine friedliche Vermittlung angelegen sein lassen, leider ohne Erfolg; von derartigen Bemühungen des Kaisers habe man nie etwas gehört. Darum sei das Heer gekommen, das sich aber intra limites necessariae defensionis zu halten habe; sobald alle Feindseligkeiten aufgehört hätten, solle es abziehen, einstweilen aber sich neutral halten. Das Heer sei auf Ersuchen der niederländischen Hansestädte von den Generalstaaten ausgerüstet worden. Daraufhin erboten sich die Pfälzer, die am 22. XI./2. XII. die Niederländer wieder besuchten und ihnen mitteilten, daß am folgenden Tage ein zehntägiger Waffenstillstand und Verhandlungen zu Steterburg beginnen würden, wobei die Gesandten der Stadt Braunschweig assistieren dürften, vom Herzog in forma obligationis eine Unterschrift unter die von den Gesandten am 11./21. November aufgesetzten vier Artikel binnen zwei Tagen zu erlangen und ihnen zuzusenden; sie möchten dann Friedrich Heinrich benachrichtigen, es sei für ihn kein Grund mehr vorhanden, noch länger in seinen jetzigen Quartieren zu bleiben. Die Gesandten antworteten, sie würden nicht nach Steterburg gehen, sie seien nicht

[514] Brotes II, 389.

Digitized by Google

beauftragt, Braunſchweig zu aſſiſtieren, ſondern zu vermitteln; was den Abzug der Truppen angehe, ſo müſſe man erſt ſehen, ob der Herzog Ernſt mache, geraubte Güter reſtituiere und den Handel nicht mehr ſtören würde.[515] Wenn das der Fall ſei, ſo würden ſie es dem Prinzen mitteilen, dann könne das Heer heimkehren.[516] Der Kaiſer war über das Vorgehen der Staaten ſehr erboſt. Der Agent Brederode ſchrieb aus Heidelberg am 3. Dezember den Staaten und am 5. Dezember Oldenbarnevelt und ſandte die Kopie eines kaiſerlichen Schreibens an Fürſten und Kurfürſten, worin das Vorgehen der Staaten in der jülichſchen und Braunſchweiger Sache ſehr getadelt wurde; die Fürſten möchten überlegen, was zur Wahrung der kaiſerlichen Autorität dagegen zu tun ſei. Gleichzeitig traf auch ein Schreiben des Pfalzgrafen 25. XI./5. XII. ein, worin dieſer mitteilte, der Herzog habe ſich über den Anmarſch Friedrich Heinrichs ſehr beklagt. Er, der Pfalzgraf, hoffe, daß der Prinz nichts tun werde, was die Verhandlungen ſtören könne. Die Staaten legten nun die Gründe ihres Vorgehens ausführlich dar, im übrigen konnten ſie dem Pfalzgrafen mitteilen, daß Friedrich Heinrich ſich ſchon auf den Heimweg gemacht habe.[517] Dies Antwortſchreiben wurde ſchon am 19. Dezember beſchloſſen, aber erſt am 15. Januar 1616 und mit dieſem Datum verſehen abgeſchickt, nachdem die Generalſtaaten vorher alle diesbezüglichen Akten erhalten hatten.[518]

---

[515] Am 30. November erhielten Amſterdamer Kaufleute Empfehlungsſchreiben an den Herzog, deſſen Reiter ihre von Bremen nach Nürnberg gehenden Waren geplündert hatten. R. G. 30. XI. 1615. — [516] Rapport 91 ff. — [517] R. G. 19. XII. 1615. — [518] Nämlich 1) das Mandat des Kaiſers an Friedrich Heinrich, 20. XI. 1615; 2) einen Brief des Kaiſers an denſelben 24. XI. 1615; 3) einen Brief des niederſächſiſchen Kreiſes an denſelben 7. XI. 1615; 4) einen Brief der Geſandten an Friedrich Heinrich, Braunſchweig 16./26. XI. 1615; cf. die betreffenden Schriftſtücke; R. G. 15. I. 1616.

Digitized by Google

Die pfälzischen Gesandten, Camerarius und Pauli, hatten tatsächlich die gewünschte Akte des Herzogs, mit dem Datum des 21. (!) November v. st., erhalten und den Niederländern zugestellt, die nun antworteten, daß dem Abzug des Prinzen nichts mehr im Wege stehe, mit welcher Antwort die Hanse sehr unzufrieden war.[519] Gleichzeitig baten die Pfälzer, die Gesandten möchten doch die Hansen zum Nachgeben ermahnen; diese verlangten nämlich bei den am 24.XI./4.XII.[520] zu Steterburg eröffneten Verhandlungen, man müsse an dem alten Vertrag, den Herzog und Stadt 1569 abgeschlossen, festhalten. Viel, van den Sande und Sticke antworteten auf diesen Punkt, die Hansen hätten ihnen erklärt, sie müßten auf ihre alten Rechte bestehen; wenn der Herzog sie, die Niederländer, als Vermittler und nicht bloß als Assistenten Braunschweigs zu den Verhandlungen zulassen wolle, so wollten sie ihre Pflicht schon tun. Gleichzeitig schrieben sie dem Prinzen, den damaligen Schlüsselburger Abmachungen zufolge müsse er nun abziehen, obwohl die Hansestädte damit nicht zufrieden seien. Friedrich Heinrich teilte daraufhin den hansischen Vertretern in Braunschweig mit, er werde nur in kleinen Tagemärschen zurückgehen, um im Notfall rasch wieder da sein zu können. Nachher behaupteten die Pfälzer, daß das niederländische Heer die Einwohner mißhandelt habe u. s. w., was die Niederländer bestritten.[521]

Die Verhandlungen wurden nun, während der Waffenstillstand mehrmals verlängert wurde[522], in Braunschweig fortgesetzt, wohin sich am 4./14. Dezember die kaiserlichen Kommissare, die Pfälzer und die Bevollmächtigten des Herzogs, die bisher in Wolfenbüttel gewohnt hatten, begaben. Am 10./20. Dezember kamen auch die hessischen Gesandten, Graf Johann der Ältere

[519] Brokes II, 392 ff. — [520] cf. auch das Datum bei Rehtmeier II, 1240. — [521] Rapport 103 ff.; cf. p. 120, Anm. 493. — [522] Rehtmeier II, 1240.

Digitized by Google

von Naſſau, Vollbrecht Riedeſel und Kaſpar Widemarcker und als Geſandte der drei Reichsſtädte Nürnberg, Straßburg und Ulm die drei doctores juris Johann Friedrich Schmidt, Johann Chriſtoph Delhaven und Hieronymus Schleicher.[523]

Am 18./28. Dezember kam ein vorläufiger Vertrag zwiſchen Herzog und Stadt zuſtande; die drei Niederländer rieten den Braunſchweigern, denen ſie erſt jetzt ihr Beglaubigungsſchreiben ſchickten, zur Annahme desſelben, was denn auch von ſeiten des Magiſtrats, der Gilden und der Gemeinde geſchah. Braunſchweig erſuchte die Geſandten, in einer beſonderen Akte, von der die kaiſerlichen Kommiſſare, die die niederländiſche Einmiſchung ja ſehr ungern ſahen, nichts wiſſen ſollten, den Vertrag zu garantieren. Die Kommiſſare merkten das aber und ſuchten es zu verhindern. Um den Friedensſchluß nicht aufzuſchieben — denn der Herzog war mit dem Vertrag einverſtanden — rieten die drei Geſandten den Hanſen zum Nachgeben, worin dieſe auch zuletzt ſich fanden.[524]

Am 21./31. Dezember 1615 wurde der Vertrag in Steterburg ratifiziert. Der Vertrag von 1569 wurde damit im weſentlichen erneuert.[525] Die Geſandten von Kurpfalz, Heſſen, den drei Reichsſtädten, den Hanſeſtädten und den Niederlanden waren neben den kaiſerlichen Kommiſſaren zugegen. Es kam hierbei zu Rangſtreitigkeiten. Urſprünglich ſollten die Unterhändler und Aſſiſtenten als Zeugen ebenfalls ſignieren; nun verlangten Hohenlohe und Rüdinger, daß als erſte die reichsfürſtlichen Geſandten unterzeichneten. Die Niederländer wollten nun wohl den kaiſerlichen und pfälziſchen Bevollmächtigten den Vortritt laſſen, dann aber ſelbſt vor den übrigen Geſandten rangieren. Da niemand nachgeben wollte, griff man zu dem Aushülfsmittel, daß, wie die Niederländer vorſchlugen, nur die

[523] Rapport 115 ff. — [524] Rapport 120 ff. — [525] Brokes II, 401; Rehtmeier II, 1241, 1242.

Digitized by Google

streitenden Parteien signierten, womit die Pfälzer und Hessen einverstanden waren. Dafür wurden aber in einer historischen Einleitung die Verdienste der Niederländer um das Zustandekommen des Vertrags besonders hervorgehoben. Auch dabei gab es großen Streit. Die Kaiserlichen machten den Pfälzern und Hessen den Vorwurf, sie träten zu sehr auf die staatische Seite. Am selben Tage noch begaben sich die niederländischen Gesandten nach Wolfenbüttel; am 22. XII./1. I. hatten sie Audienz beim Herzog, am 23. XII./2. I. bei der Herzogin, Sophie Hedwig von Brandenburg, und der Herzogin-Mutter, Elisabeth von Dänemark. An diesem Tage kehrten sie auch wieder nach Braunschweig zurück.[526] Auf ihr und der hansischen Gesandten Zureden erklärten sich die Braunschweiger zur Huldigung in zwei bis drei Wochen bereit. Lübeck erhielt auf seine Bitten von den kaiserlichen, pfälzischen, hessischen und reichsstädtischen Gesandten Empfehlungsbriefe an den König von Dänemark. Auch die niederländischen Gesandten gaben den Lübeckern ein solches Schreiben und fügten auch ihr Beglaubigungsschreiben an den König vom 7./17. November bei[527], das sie dem König wegen seiner bereits erfolgten Abreise nach Dänemark nicht hatten überreichen können.[528] — Die Generalstaaten lehnten es ab, selbst an den König zu schreiben[529], sie hielten es sogar eventuell für besser, die geplante hansische Gesandtschaft nach Dänemark aufzuschieben und statt dessen an Christian zu schreiben.[530]

Inzwischen waren auch die Unterhandlungen wegen einer Allianz mit Erfolg weiter gegangen. Mit den Bevollmächtigten von Rostock, Stralsund, Magdeburg, Braunschweig, Lüneburg, Wismar, Anklam und Greifswald hatten die Niederländer in Gegenwart der lübischen Gesandten konferiert. Man ward unter-

[526] cf. auch Brokes II, 402. — [527] cf. oben p. 123. — [528] Rapport 128 ff. — [529] R. G. 15. I. 1616. — [530] R. G. 21. XII. 1615. R. H. 1—22. XII. 1615 sub Holl. 49, p. 31.

Digitized by Google

einander einig, eine Allianz abzuſchließen, ſofern Hamburg und Bremen derſelben beitreten würden. Roſtock, Stralſund, Magdeburg und Lüneburg ſollten je 1, Wismar, Greifswald und Anklam je ½ gegen 100 der Staaten zahlen. Braunſchweig wollte auch bloß 1 zahlen, doch fanden die Niederländer das nicht billig.[531] Dieſe Frage blieb daher einſtweilen noch offen. Das Bündnis ſollte nicht im Namen der einzelnen Städte, ſondern im Namen des corpus der oſterſchen Hanſeſtädte abgeſchloſſen werden. Nicht nur die Handelsfreiheit in Nord- und Oſtſee, ſondern auch auf den darin mündenden Strömen ſollte geſichert werden. Falls eine auswärtige Macht den einen Alliierten auf Koſten eines anderen bevorzugt, ſo haben alle dem Geſchädigten zu helfen[532]; ein Paſſus, der ſich in erſter Linie gegen Dänemark richtete.[533] Falls infolge der Union eine Stadt moleſtiert wird, ſo haben ebenfalls alle Verbündeten ihr zu helfen; auch dieſer Paſſus richtete ſich gegen Dänemark; gerade wegen dieſes Staates mußten die hanſiſchen Unterhändler darauf inſiſtieren. Mit Hamburg und Bremen konnte man noch nicht abſchließen, da die Geſandten dieſer Städte keine Vollmacht beſaßen.[534] Die Generalſtaaten hatten ſich ſchon vorher damit einverſtanden erklärt, daß die Städte votum resolutivum hätten; auch billigten ſie die Quote von 1 : 100 für Lüneburg und Magdeburg, falls Hamburg und Lübeck nichts dagegen hätten.[535] Am 25. Dezember alten Stils (4. Januar 1616) wurde unter dieſen Bedingungen die Allianz abgeſchloſſen.[536] Die kaiſerlichen Kommiſſare waren damit ſehr unzufrieden; ſie erklärten, daß der Kaiſer eine ſolche dem Reiche

[531] cf. über die Quote den mündlichen Rapport, bei R. G. 13. II. 1616. — [532] cf. oben p. 113 Roſtocks Verlangen. — [533] Brief der Geſandten 17. XII. 1615. — [534] cf. den nämlichen Brief. — [535] Brief der Staaten an die Geſandten 24. XI. 1615; R. G. 23. u. 24. XI. Der Brief iſt von Oldenbarnevelt konzipiert. — [536] Brief der Geſandten 26. XII. 1615 v. st. Rehtmeier II, 1240 f. Rapport 151.

Digitized by Google

präjudizierliche Allianz nicht dulden könne und weitere Verhandlungen verbiete; im Notfall werde man zu schärferen Maßregeln greifen. Die hansischen Gesandten betonten dem gegenüber, ein Bündnis mit den Staaten sei dem Reich nicht präjudizierlich.[537] Die Ratifikation konnte jetzt noch nicht erfolgen, da die Gesandten von Rostock, Stralsund, Wismar, Greifswald, Anklam, Magdeburg und Lüneburg dazu nicht bevollmächtigt waren.[538]

Am 27. Dezember (6. Januar) verließen die Niederländer Braunschweig und begaben sich zunächst nach Celle. Sie hatten auf ihren Wunsch in den letzten Tagen Kopien der Allianzen mit Großbritannien, Frankreich und Schweden erhalten; auch hatten ihnen die Generalstaaten nochmals den Abschluß einer Allianz mit der Hanse ans Herz gelegt und eine solche mit Christian, Bischof von Minden und Herzog von Braunschweig-Lüneburg gutgeheißen.[539] Mit diesem verhandelte man am 28./29. Dezember v. st. in Celle.[540] Der Union wollte der Bischof sich nicht anschließen; die Hansen drangen sehr darauf, ihn in das hansisch-niederländische Bündnis mit aufzunehmen. Die kurpfälzischen und hessischen Gesandten befürworteten das ebenfalls. Auch war Aussicht vorhanden, den Herzog Friedrich Ulrich, dem von diesen Verhandlungen Mitteilung gemacht wurde, Mecklenburg, Pommern und Holstein zu gewinnen und so eine zweite niederdeutsche Union zu gründen. In Bremen schloß man dann mit den Bevollmächtigten des Bischofs, Erich Heidemann und Dietrich Behr, am 19./29. Januar 1616 die Allianz ab.[541]

Von Celle aus begaben sich die Gesandten indessen zunächst nach Hamburg, wo sie am 1./11. Januar bereits weilten.[542]

[537] Rapport 148 ff. — [538] Mündlicher Rapport R. G. 13. II. 1616. — [539] R. G. 21. XII. 1615; 14. XII. 1615. — [540] Brief der Gesandten, Hamburg 1./11. I. 1616. — [541] Mündlicher Rapport R. G. 13. II. 1616; Brief der Gesandten, Bremen 20./30. I. 1616; Rapport 157. — [542] cf. oben Anm. 540.

Digitized by Google

Die Generalſtaaten hatten inbezug auf die Allianz ihnen mitgeteilt, wenn es Lübeck recht ſei, ſo könnten ſie mit Hamburg die Quote 5:100 vereinbaren. Gegen eine reziproke Akte über die Spanienfahrt ſowie die zwei weiteren Nebenartikel über die Beilegung der Zwiſtigkeiten unter den Verbündeten und wegen des jülichſchen Krieges hatten ſie nichts einzuwenden; auch ſollten die uniierten Städte votum resolutivum erhalten.[543] Da die Niederländer inbetreff der Spanienfahrt Reziprozität verlangten, verzichtete Hamburg gänzlich auf einen diesbezüglichen Artikel. Über einige andere Punkte wollten ſeine Bevollmächtigten mit der Gemeinde ſprechen; doch gewannen die Geſandten die Anſicht, daß die Stadt unter denſelben Bedingungen wie die anderen Hanſeſtädte jetzt zu einer Allianz bereit ſei und daß man bis zum 8./18. Januar 1616 fertig werden würde.[544] Am 11./21. Januar ſchloß man die Allianz mit Hamburg salva ratificatione ab; auf Wunſch der Hamburger wurde dem 14. Artikel der Allianz, welcher beſtimmte, daß andere Mächte derſelben beitreten könnten, der Paſſus „mit gemeynem Conſente" hinzugefügt, ſo daß nur durch einen einſtimmigen Beſchluß die Aufnahme eines neuen Alliierten möglich war. Hamburg befürchtete überhaupt, leicht von den andern überſtimmt werden zu können. Man hatte deshalb dort überlegt, ob man mit den Staaten nicht lieber ein Separatbündnis abſchließen ſolle; davon war man abgekommen, doch wünſchte man ein Wägen, nicht Zählen der Stimmen bei den Abſtimmungen. Außerdem beklagte man ſich über die niedrigen Quoten von Roſtock, Stralſund, Lüneburg und Magdeburg, die von der hanſiſchen Proportion abwichen; man wünſchte dieſelben höher, dagegen die eigene Quote niedriger bemeſſen zu ſehen. Über dieſe zwei Punkte wollte man ſich bei der Ratifikation der Allianz im

[543] Brief der Staaten, 24. XI. 1615; cf. p. 116 ff. — [544] Brief der Geſandten, Hamburg 5./15. I. 1616.

Digitized by Google

Haag einigen; eine Ratifikation war deshalb jetzt nicht möglich. In zwei Nebenrezessen wurde bestimmt 1., daß Hamburg zur Teilnahme am jülichschen Kriege nicht verpflichtet sein sollte; 2. die Art und Weise, wie man etwaige Streitigkeiten zu schlichten habe. Auch wurde der Schutz des Elbhandels ausdrücklich zugesichert.[545] Am 14./24. Januar waren die Gesandten in Bremen, wo die Verhandlungen am folgenden Tage begannen. Auch hier konnte man sich über die Quote nicht einigen. Bremen selbst wünschte 1:100 wie Rostock, Stralsund, Lüneburg und Magdeburg; die Gesandten erklärten $2^1/_2$ für angemessen; schließlich einigte man sich auf 2; nur die Hamburger sagten, das sei zu wenig. Aus diesem Grunde konnte auch der mit Bremen am 18./28. Januar abgeschlossene Vertrag nicht ratifiziert werden. Am 20./30. Januar konnten Biel, van den Sande und Sticke endlich die Heimreise antreten. Über die noch strittigen Punkte sollten die Städte bis zum 1. März v. st. ihre Gutachten nach Lübeck senden, binnen 14 Tagen dann Lübeck und die Staaten darüber ihre Meinungen austauschen. Zum 10./20. Mai hatten dann die hansischen Bevollmächtigten zum Schwören und Besiegeln des Vertrags im Haag zu erscheinen.[546]

In der zweiten Hälfte des Januar und Anfang Februar erhielten die Generalstaaten die Nachrichten, daß der Friede zwischen der Stadt Braunschweig und dem Herzog abgeschlossen sei und daß die Verträge mit den Hansestädten salva ratificatione perfekt seien.[547] Am 13. Februar erschienen die drei Gesandten persönlich in der Versammlung der Generalstaaten und

---

[545] cf. über die Nebenrezesse den mündlichen Rapport, R. G. 13. II. 1616. — [546] Brief der Gesandten, Bremen 20./30. Januar 1616; Rapport 151; mündlicher Rapport R. G. 13. II. 1616. — [547] Die vier letzten Briefe der Gesandten verlesen am 19. u. 29. I. u. 6. II. 1616, cf. die betreffenden R. G.

Digitized by Google

ſtatteten über die Verhandlungen mit den Hanſeſtädten, ſowie die abgeſchloſſenen Verträge ausführlich Bericht ab. Sie baten die Staaten, ſich zu überlegen, 1. ob ſie die Bedingungen annehmen wollten oder nicht; 2. ob man zum Artikel 6 — Maßregeln gegen Handelsſtörungen — die Wünſche Hamburgs berückſichtigen wolle[548]; 3. ob Braunſchweig $^1/_3$ der lübiſchen Quote = $4^1/_6$ oder $3^1/_8 : 100$ als Quote zu zahlen habe und ob man dieſer Stadt wegen des erlittenen Kriegsſchadens für immer oder für einige Jahre eine pekuniäre Erleichterung gewähren wolle. Auf dieſe drei Punkte wolle man bis zum 1. März v. st. in Lübeck Antwort haben. Ferner empfehle Lübeck die Klagen Hamburgs wegen der leichten Möglichkeit, überſtimmt zu werden und wegen des Mißverhältniſſes der Quoten zu berückſichtigen. Man möge ſich auch ſchlüſſig werden, ob man den Hamburgern ebenſo wie den Lübeckern[549] Interzeſſionsſchreiben an die Monarchen von Schweden und Moskovien geben wolle, zur Erlangung derſelben Handelsrechte, wie die Niederländer ſie hätten, und ob man den mit Hamburg abgeſchloſſenen Nebenrezeß betreffend Beilegung etwaiger Streitigkeiten billige. Chriſtian von Minden wünſche, führten die Geſandten zum Schluß aus, binnen fünf Monaten die Entſcheidung der Staaten über den zu Bremen abgeſchloſſenen Allianzvertrag.[550]

Der König von Dänemark ertrug ſeine Niederlage in den Braunſchweiger Verwicklungen ſehr ſchwer. Dazu kam noch, daß in London am Pavillon der Königin, einer Schweſter Chriſtians IV., Schmäh- und Spottſchriften gegen ihn und den Herzog von Braunſchweig angeheftet wurden, deren Inhalt die vergebliche Belagerung der Stadt Braunſchweig bildete. Man glaubte, daß dieſe Pasquille niederländiſchen Urſprungs ſeien,

[548] cf. oben p. 116 ff. — [549] cf. oben p. 116, Anm. 488. — [550] Mündlicher Rapport, R. G. 13. II. 1616.

Digitized by Google

und Caron teilte dies Oldenbarnevelt mit. Der brachte die Sache vor die Generalstaaten, und diese beeilten sich, in London wissen zu lassen, daß sie die Anfertigung solcher Schmähschriften verboten hätten und im übrigen glaubten, dieselben seien in einem den Niederlanden feindlich gesinnten Lande hergestellt, um den Staaten zu schaden.[551] Kurz und gut, Kopenhagen 18. Februar 1616 verbot König Christian den Niederländern den Walfischfang in den nördlichen Meeren, nur bei Grönland sollte derselbe gegen Anerkennung der dänischen Hoheit und dänischen Erlaubnisschein noch gestattet werden.[552] Schon früher hatte dieser Walfischfang Anlaß zu Streitigkeiten gegeben.[553] Der Reichsrat billigte das Vorgehen des Königs jetzt nicht.[554] Die Niederländer schrieben dem König zurück, sie hofften, daß die Fischereihindernisse bald wieder aufhören würden. Noch im letzten Jahre hätten sich mehr als 1000 Schiffe aus den Niederlanden zu jeder Art von Fischfang in die See begeben. 1613 hätten die Engländer den Walfischfang bei Spitzbergen und der Bäreninsel auch zu hindern gesucht, aber ohne Erfolg.[555] Das Vorgehen des Königs von Dänemark kann nach allem Vorangegangenen nur als ein Racheakt bezeichnet werden.

Ende Mai erschienen die hansischen Gesandten zur Ratifikation des Vertrages im Haag. Es waren dies der hansische Syndikus Dr. Domann, bevollmächtigt von Rostock, Stralsund, Wismar, Lüneburg, Greifswald und Magdeburg, aber nicht von Anklam, das dem Vertrag seine Genehmigung versagt hatte[556]; für Lübeck der Syndikus Martin Nordanus; für Bremen der

---

[551] R. G. 15. II. 1616; cf. auch Brokes II, 398. — [552] Brief Christians 18. II. 1616; R. G. 11. IV. 1616. — [553] R. D. H. D. II[1] 5531. — [554] Erslev I, 222 f. — [555] Schreiben der Staaten an Christian, 13. IV. 1616; auch R. G. 13. IV. 1616. R. H. I.—18. III., 11.—16. IV. 1616, Holl. 49. p. 7. — [556] Schweitzer p. 92 ist im Irrtum, das Bündnis mit Anklam ist nie rechtsgültig geworden.

Digitized by Google

Bürgermeiſter Dietrich Hoyers, der Syndikus Dr. Gerlach Burtorff und Heinrich von Cappeln; für Hamburg Bürgermeiſter Johann Wetken und Syndikus Vincenz Moller; für Braunſchweig Bürgermeiſter Henning Haverland, Sekretär Johann Olemann und Georg Heinrich Bolfras. Am 30. Mai wurden ihre Beglaubigungsſchreiben bei den Generalſtaaten verleſen; die Deputierten Burmania und Sticke holten die Geſandten noch am ſelben Tage zur Audienz ab. Dieſe erklärten, ſie hätten über verſchiedene Punkte noch einige kleine Wünſche vorzubringen; die Staaten beſchloſſen, daß die Geſandten in ihrer Verſammlung dieſelben äußern ſollten.[557]

Am 31. Mai erſchienen die Geſandten wieder vor den Generalſtaaten. Sie fragten zunächſt an, 1. ob man im Falle einer Handelsſtörung erſt, nachdem gute Ermahnungen fruchtlos geblieben, oder ſofort zu Gegenmaßregeln greifen wolle; 2. ob, falls die Verbündeten einer Stadt zu Hülfe kommen, dieſe nicht auf ihrem Territorium den Oberbefehl haben ſolle, wie die Hanſen es wünſchten; ſonſt wolle man das Direktorium der Niederlande nicht antaſten; 3. ob man nicht für die Verbündeten und außerdem für die Stadt Danzig einen Platz pro loco conventus ordinario beſtimmen ſolle. Da ſieben Städte die Bündnisurkunde ſchon beſiegelt hätten, ſo gehörten dieſe drei Punkte in einen neuen Rezeß. Sonſt ſei nur noch die Quote der einzelnen Verbündeten zu normieren. Darauf erklärte Domann im Namen Lüneburgs, was den Artikel 10 der Allianz angehe — worin die Verbündeten ihren Bürgern gegenſeitig die gleichen Rechte sine discrimine religionis zugeſtanden —, ſo habe er zu ſagen, daß nicht alle in Lüneburg ſich niederlaſſenden Fremden das Bürgerrecht ohne weiteres erhielten, vielmehr komme dies auf einen Beſchluß des Rats an; dieſes Recht

[557] R. G. 30. V. 1616.

Digitized by Google

wolle die Stadt sich bewahren und es solle erklärt werden, daß das kein Verstoß gegen Artikel 10 sei; sonst wolle Lüneburg den Bürgern seiner Bundesgenossen alle mögliche Förderung angedeihen lassen. Die Generalstaaten wollten sich das alles erst überlegen; auf Wunsch der Gesandten beschlossen sie, daß die Spezialwünsche einer einzelnen Stadt nicht in Gegenwart der Gesandten der anderen Städte vorgetragen werden sollten.

Darauf bedeutete zuerst Nordanus im Namen Lübecks Ihren Hochmögenden, die lübische Quote $12^1/_2 : 100$ sei im Gegensatz zu der von Hamburg, Bremen u. s. w., die $5 : 100$, $2 : 100$ u. s. w. betrügen, viel zu groß; diese Städte hätten viel mehr Gelegenheit, ihre Nahrung und ihren Reichtum zu erwerben. Früher hätten sie ihrer gefährlichen Lage halber und um das Separatbündnis nicht unmöglich zu machen, die hohe Quote angenommen, in der Hoffnung, daß dieselbe bald herabgesetzt werden würde. Dies wünsche man jetzt. Trotz des Zuredens der Generalstaaten, die lübische Quote stehe schon vertragsmäßig fest und wenn sie herabgesetzt werde, würden alle anderen Städte mit gleichen Wünschen kommen, blieb Nordanus fest. Man beschloß, zunächst die Meinung der anderen Städte darüber zu hören.

Tatsächlich wünschten nun auch die Bremer, die jetzt an die Reihe kamen, eine Ermäßigung ihrer Quote. Sie hätten im Falle eines Krieges, erklärten die Gesandten, den ersten Stoß auszuhalten; infolgedessen kosteten ihnen ihre Garnison und die Unterhaltung der Festungsanlagen mehr als den anderen Städten. Deshalb möge man die Quote von 2 auf 1 oder $1^1/_2$ herabsetzen. Die Generalstaaten antworteten, gerade deshalb, weil Bremens gefährdete Lage auch seine Bundesgenossen zu starken Rüstungen zwinge, sei es nur recht und billig, wenn Bremen eine nicht zu kleine Quote zahle; ja man könne sogar aus den von den Gesandten angeführten Gründen eher einer

Digitized by Google

Erhöhung der bremiſchen Quote das Wort ſprechen. Darauf ſagten die Geſandten, wenn nicht alle Städte die urſprünglich feſtgeſetzte Quote zahlten, wollten ſie das auch nicht tun. Sodann wünſchte Bremen dieſelben Handelsrechte in anderen Staaten zu genießen, wie die Niederlande und die anderen verbündeten Städte. Die Stadt erſuchte um Herabſetzung des Zolles auf bremiſches Bier; ſie wollte auch wiſſen, mit wie großer Heeresmacht die Staaten bei einem Überfall Bremen zu Hülfe kommen würden, und bat zuletzt, doch zu verhindern, daß der Graf Günther von Oldenburg vom Kaiſer das Recht erhalte, einen neuen Zoll an der Weſer anzulegen.[558]

Am folgenden Tage ſangen die Hamburger dasſelbe Lied. Auch ſie beklagten ſich über die zu hohe Kontributionsquote, welche von 5 auf 3 herabgeſetzt werden möge; nur mit ſchwerem Herzen hätten ſich im Januar Rat und Bürgerſchaft in die erſte Quote gefunden. Außerdem brachten die Geſandten die ſchon früher erwähnten und gewährten Wünſche nochmals vor. Die Geſandten waren nicht gerade durch ihre Inſtruktion gezwungen, die Herabſetzung der Quote zu erlangen, indeſſen betonten ſie, die Quote 5 : 100 ſei bloß zwiſchen Hamburg und den Staaten ausgemacht worden, jetzt aber, wo man mit den anderen Hanſeſtädten zuſammen in dieſe Allianz eintrete, wollten ſie eine paſſende Herabſetzung doch den Staaten empfehlen, da zwiſchen der Quote Hamburgs und der der oſterſchen Hanſeſtädte ein Mißverhältnis beſtehe. Die Generalſtaaten gaben zur Antwort, ſie hätten ſchon früher die Hanſeſtädte gegen jede von außen drohende Gefahr ermahnt[559], einig zu bleiben. Dieſe Gefahr ſei noch vorhanden, deshalb möge man ſich in die etwas höhere Quote ſchicken. Man wies auf die böſen Abſichten der papiſtiſchen Liga hin, denen gegenüber die evangeliſchen Mächte

[558] R. G. 31. V. 1616. — [559] cf. oben p. 104.

Digitized by Google

es nicht an Macht und männlicher Entschlossenheit fehlen lassen dürften. Hamburgs Handel blühe; falls die Stadt später sich nicht mehr in so glücklicher Lage befinden sollte, könne man ja ihren Beitrag immer noch herabsetzen. Dennoch einigte man sich nicht. Beide Parteien wollten sich die Sache nochmals überlegen.

Die Braunschweiger dankten zunächst den Generalstaaten für die ihrer Stadt geleistete Hülfe. Der Anmarsch des staatischen Heeres habe, nächst Gott, das meiste zu ihrer Rettung getan. Man wolle eine Quote, die höher als 1 : 100 sei, gern bezahlen, könne das aber in der gegenwärtigen Notlage nicht. Wünschten doch auch die andern Städte eine Ermäßigung ihres Beitrags. Von jedem Beitrag wolle man für die ersten Jahre befreit sein. Die Generalstaaten erwiderten, daß, je höher die Quote sei, um so größer auch das Ansehen der betreffenden Stadt. Auch hätten die andern Städte für Braunschweig keine Kosten gespart.[560]

Die Aussichten auf einen endgültigen Abschluß des Bündnisses konnten also nicht als günstig bezeichnet werden. Nicht weniger als 4 der wichtigsten Städte, Lübeck, Hamburg, Bremen und Braunschweig, baten um Ermäßigung ihrer Kontributionen und erklärten, davon nicht abgehen zu können. Deshalb teilten Ihre Hochmögenden dem Erbstatthalter und dem Staatsrat zunächst die Sachlage mit. Auch Domann wurde um seinen Rat befragt; er erklärte, vielleicht könne man die Sache so einrichten, daß man die Quote der Hansestädte vereinige und die Städte dann dieselbe untereinander repartierten.[561] Er sprach auch mit den andern Gesandten und bat daraufhin die Generalstaaten, in eine Herabsetzung der Quoten einzuwilligen. Diese erklärten sich bereit, die Beschwerden der Gesandten nochmals einzeln anzuhören.[562]

[560] R. G. 1. VI. 1616. — [561] R. G. 2. VI. 1616. — [562] R. G. 3. VI 1616.

Digitized by Google

Daraufhin erklärte Nordanus, wenn es bloß beim alten ſtaatiſch-lübiſchen Bündniſſe bliebe, ſo wolle Lübeck ſeine alte Quote weiter zahlen; ſchlöſſen aber die Staaten ein neues allgemeines Bündnis mit der Hanſe, wodurch das alte Bündnis gelöſt werde, ſo wolle man 1 mehr als Hamburg zahlen. Bliebe es aber neben dem neuen Bündnis noch beim Separatbündnis, ſo wolle man ebenſoviel, aber nicht mehr wie Hamburg zahlen. Lübeck wollte ſich ſo in einem eventuellen allgemeinen Bündniſſe den Vorrang vor Hamburg wahren, auf jeden Fall aber weniger als bisher zahlen. Die Hamburger erklärten, ſie müßten auf der Quote 3 : 100 beſtehen, komme eine Allianz nicht zuſtande, ſo ſei das ihre Schuld nicht. Man verſprach ihnen eine Ermäßigung der Kontributionen und beſchloß, die Städte ſollten zuſammen 21 : 100 der Staaten zahlen. Ripperda, Magnus und Sticke ſollten darüber mit Domann verhandeln, ihn bitten, dieſen Vorſchlag anzunehmen und die Quote auf die einzelnen Städte zu verteilen.[563] Der Syndikus erklärte indeſſen, die Quote 21 ſei zu hoch. Als die Deputierten darauf bemerkten, auf 20 könne man die Quote allenfalls noch ermäßigen, weiter herunter könnten die Generalſtaaten aber nicht gehen, konnte Domann ihnen nur wenig Hoffnung machen. Dagegen machte er ihnen einen neuen Vorſchlag, wonach die Quote auf 20 bemeſſen werden ſollte, wenn die Hanſe den Staaten zu Hülfe käme, dagegen auf $13^1/_2$ im umgekehrten Falle. Das wäre ein Durchſchnitt von $16^3/_4$. Darauf gingen die Generalſtaaten aber nicht ein, ſie ſchickten ihren Greffier Aerſſen zu den verſammelten Geſandten, oder, falls dieſe keine Verſammlung abhalten ſollten, zu Domann mit der Anfrage, ob man die Quote 21 annehmen wolle, wenn nicht, ob die zu 20. Falls die Hanſen dieſe Quote nicht ſelbſt

[563] R. G. 4. VI. 1616.

Digitized by Google

repartieren wollten, seien die Staaten gern dazu bereit. Da Aerssen die Gesandten nicht versammelt fand, ging er zu Domann. Der sagte ihm, er habe alles getan, was in seinen Kräften stehe. Nur bei den Städten Lübeck, Hamburg, Bremen und Braunschweig seien die Quoten noch nicht festgelegt, mit deren Gesandten müßten die Staaten verhandeln. Man beschloß daraufhin, am 6. Juni die Deputierten Biesman, Magnus, Ripperda und Sticke zu diesen Gesandten zu schicken, um ihnen mitzuteilen, daß man unter die Quote 20 nicht herabgehen könne. Man bestimmte, daß davon Lübeck 6, Hamburg 4, Bremen 2, Braunschweig für die ersten 6 Jahre 1, später 3, Rostock, Stralsund, Magdeburg und Lüneburg je 1, Wismar und Greifswald je $^1/_2$ zahlen sollten, so daß die Quote für die ersten 6 Jahre nur 18 betrug.[564] Am 8. Juni erschienen Graf Moritz und der Staatsrat in der Versammlung der Generalstaaten. Sie billigten die am 6. Juni den hansischen Gesandten gemachten Vorschläge. Darauf kamen die Gesandten selbst; trotzdem sie nochmals ersucht wurden, die Quote 20 anzunehmen, weigerten sie sich dessen. Sie sagten, sie dürften in keine höhere Quote als $17^1/_2$ einwilligen. Der entscheidende Augenblick war gekommen.

Und nun gaben die Generalstaaten nach; sie willigten sofort in die Quote $17^1/_2$ ein.[565] Nur so war es möglich, das erwünschte Bündnis perfekt zu machen. Am 10. Juni wurde diese Quote so repartiert, daß Lübeck $5^1/_2$, Hamburg $3^1/_2$, Bremen $1^1/_2$, Braunschweig 2, für die ersten 6 Jahre aber nur 1 zu zahlen hatte; die bereits festgelegten Quoten der übrigen 6 Städte blieben unverändert.[566]

Auch die übrigen Wünsche der Hansestädte wurden erfüllt. Bremen erhielt Empfehlungsschreiben an den Grafen von Oldenburg und die Kurfürsten von der Pfalz, Sachsen und Branden-

[564] R. G. 6. VI. 1616. — [565] R. G. 8. VI. 1616. — [566] R. G. 10. VI. 1616.

Digitized by Google

REGENTS OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

burg, damit der Graf keinen neuen Zoll an der untern Weser anlege.[567] Wegen der besondern von Hamburg gewünschten Nebenartikel verhandelten die Deputierten Biel, Magnus, Sticke und Coenders mit den Gesandten.[568] Am 12. Juni erklärten die Generalstaaten: 1. daß die Hansestädte nicht am jülichschen Erbfolgekrieg teilzunehmen brauchten; 2. was die gleichen Handelsrechte in Moskovien anbelange, so wolle man erst die Rückkehr der dorthin zur Friedensvermittlung mit Schweden geschickten Deputierten abwarten; 3. dagegen wolle man an Schweden sofort schreiben; 4. wenn es zu Zwistigkeiten zwischen den Verbündeten kommen sollte, so sollten Gesandte beider Parteien oder eine neutrale Macht vermitteln. Dieser Rezeß erhielt das Datum des Bündnisvertrags, des 13. Juni.[569] Den Hamburgern wurde ausdrücklich erklärt, daß auch die Elbe zu den im ersten Artikel des Vertrags erwähnten Strömen, die in Nord- und Ostsee münden, gehöre. Das verstand sich an sich ganz von selbst, aber die Hamburger wollten ja recht vorsichtig sein. Der Lüneburger Bitte, den in ihrer Stadt sich niederlassenden Niederländern eventuell das Bürgerrecht abschlagen zu dürfen, wurde genehmigt. Magdeburg erhielt Empfehlungsschreiben an den Erzbischof und das Domkapitel, mit denen die Stadt sich nicht gut stand. Die Rezesse erhielten das Datum des 13. Juni.[570] Gegen eine Aufnahme Mecklenburgs in das Bündnis hatte man nichts einzuwenden; dieser Staat sollte dann die Hälfte der lübischen Quote, also $2^3/_4 : 100$ zahlen.[571] Ferner nahmen die Generalstaaten sich Braunschweigs noch weiter an. Sie wollten auch jetzt noch zwischen Herzog und Stadt weiter vermitteln.[572] Auch der Herzog hatte darum ersucht.[573] Sie versprachen den braunschweigischen Gesandten,

[567] R. G. 10. VI. 1616. — [568] cf. R. G. 11. VI. 1616. — [569] R. G. 12. VI. 1616. — [570] R. G. 13. VI. 1616. — [571] R. G. 12. u. 13. VI. 1616. — [572] R. G. 12. u. 16. VI. 1616. — [573] Brief Friedrich Ulrichs 16.

Digitized by Google

sich bei den hansischen Gesandten dafür zu verwenden, daß die Stadt für das von den 5 korrespondierenden Städten ihr vorgeschossene Geld erleichterte Rückzahlungsbedingungen erhalte, was sie am 14. Juni auch taten. Die Braunschweiger hatten vorgeschlagen: 1. man solle die Rückzahlung eines Teils des Darlehens der Stadt erlassen; 2. den Rest eine Zeitlang nicht verzinsen; 3. nach einigen Jahren wolle die Stadt dann jährlich 3000, 4000 oder 5000 Taler abtragen und 4—5 % Zinsen zahlen.[574]

Am 14. Juni wurden, nachdem am 13. die Staaten den Vertrag ratifiziert hatten, die Urkunden ausgetauscht. Domann und der derzeitige Präsident der Generalstaaten, Tacco van Burmania, beschworen den Vertrag, der sich eng an den Allianzvertrag vom Mai 1613 anschloß.[575] Man versprach den Hansen, sie gegen Dänemark nicht im Stich zu lassen, schlug aber ihre Bitte ab, wonach die ehemaligen niederländischen Hansestädte der Hanse wieder beitreten sollten.[576] Dann nahmen die Gesandten Abschied[577]; jeder beschenkt mit einer goldenen Kette von 200 und einer Medaille von 100 Gulden wert, nur Domanns Kette war 400 Gulden wert.[578] Braunschweig-Lüneburg und Mecklenburg traten auch bald der Allianz bei.[579]

So war denn unter zwei bisherigen Rivalen gegenüber dänischen Anmaßungen eine Einigung zustande gekommen. Man hat darauf große Hoffnungen gesetzt, die aber nicht erfüllt

---

III. 1616. R. G. 28. IV. 1616. — [574] Braunschweigische Propositionen 3./13. VI. 1616. R. G. 13. u. 14. VI. 1616. — [575] Vertrag gedruckt Dumont V², 274; Lundorp 220; Aitzema I, 88 f.; Lünig XIV², 142 ff.; erwähnt Meteren 568; Rehtmeier II, 1253; Brokes II, 415; Slange-Schlegel III, 39 ff., 62; Slange-Gram I, 378 f.; Dudley-Carleton I, 52 ff., 75; Sartorius III, 41 f.; die Quote richtig angegeben: Meteren, Dudley-Carleton, Slange-Schlegel. — [576] R. G. 14. u. 15. VI. 1616. — [577] R. G. 16. VI. 1616. — [578] R. G. 13. VI. 1616. — [579] Slange-Schlegel III, 62 f.; Slange-Gram I, 378 f.

Digitized by Google

worden ſind. Der Ausbruch des dreißigjährigen Krieges und der Wiederbeginn des Kampfes der Niederländer gegen Spanien ſind z. T. die Urſachen. Sicher iſt aber, daß die Hanſe auch ſo nicht wieder aufgeblüht wäre. Der Konkurrenzneid der Niederländer würde dann das Bündnis geſprengt haben. Nur durch eigne politiſche Macht, nicht durch Allianzen und Staatsverträge läßt ſich dauernd die wirtſchaftliche Größe eines Volkes behaupten. Durch zu geringe politiſche Macht iſt die Hanſe zurückgegangen gegenüber den ſkandinaviſchen Staaten, ebenſo wie ſpäter die Größe des niederländiſchen Handels verging mit dem Emporkommen der Seeherrſchaft Englands.

Digitized by Google

Exkurs über die Größe der niederländischen Ostseeflotte.

Die Größe der niederländischen Ostseeflotte im siebenzehnten Jahrhundert ist häufig, sogar von Zeitgenossen, überschätzt worden. Treitschke[1] geht am weitesten, wenn er für das Jahr 1634 die gesamte Handelsflotte auf 34850 Schiffe mit einer Tragkraft von 2,002500 Lasten berechnet; da die Ostseeflotte davon ein Drittel ausmacht, würden sich für diese gegen 11000 Schiffe mit 7—800000 Lasten Tragkraft ergeben!! Die Angabe bei Anderssen[2], wo Raleigh und de Witt zitiert werden, wonach die Gesamtzahl aller Handelsschiffe 20000 (!) gewesen sei, ist gleichfalls stark übertrieben, desgleichen die Angabe in dem von Blok veröffentlichten merkwardig aanvalsplan[3], der die Größe der Ostseeflotte auch noch auf 800 + 2200 = 3000 Schiffe berechnet.

Um die wahre Größe der Ostseeflotte zu ermitteln, muß man die Sundzollregister nachsehen und dabei erwägen, daß

[1] Treitschke, Historisch-politische Aufsätze II, 494, fünfte Auflage, Leipzig 1886. — [2] A. Anderssens historische und chronologische Geschichte des Handels von den ältesten bis auf jetzige Zeiten. Vierter und fünfter Teil. Riga 1776 und 1777. IV, 425 f.; V, 599 ff. — [3] Bijdragen van het historisch Genootschap, gevestigd te Utrecht, XIX, 7. Utrecht 1898.

Digitized by Google

Schiffe, die mehrmals den Sund passieren, entsprechend oft gezählt werden. Ein Schiff, das bloß eine Reise macht, wird zweimal, bei der Hinreise und auf dem Rückweg, gezählt; Schiffe, die zwei resp. drei Reisen machen, finden sich also viermal oder sechsmal im Sundzollregister vor. Dieser Umstand ist bei der Berechnung der wahren Schiffszahl zu berücksichtigen.

Im Jahre 1562[4] waren von 3665 Schiffen, die den Sund passierten, 2558 aus den niederländischen Städten und aus Emden;

1563	von	4115	Schiffen	3052,
1564	„	3245	„	2599,
1565	„	3454	„	3172,
1566	„	3905	„	3235,
1567	„	3516	„	2947,
1568	„	3575	„	2745,
1569	„	3075	„	1902,
1574	„	4557	„	2958,
1575	„	3768	„	2432,
1576	„	3875	„	2318,
1577	„	4776	„	3174,
1578	„	4995	„	3216,
1579	„	3764	„	2372,
1580	„	3828	„	2421;

im Durchschnitt passierten jährlich 3870 Schiffe etwa den Sund, von denen etwa 2740, also etwas mehr als 70 %, Niederländer und Emdener waren.

Nach Falbe-Hansen[5] passierten 1600 im ganzen 4286 Schiffe den Sund und zahlten dort Zoll:

---

[4] D. Schäfer, Zur Orientierung über die Sundzollregister. Hansische Geschichtsblätter, Band 27, p. 113 f. — [5] Falbe-Hansen og Will. Scharling, Danmarks Statistik; Bd. III, p. 423 ff. Kjøbenhavn 1878.

Digitized by Google

1601 = 4621	1618 = 5922	1635 = 3717
1602 = 4059	1619 = 5262	1636 = 3553
1603 = 4202	1620 = 5240	1637 = 3382
1604 = 3584	1621 = 4991	1638 = 3324
1605 = 3889	1622 = 3986	1639 = 2988
1606 = 4413	1623 = 4682	1640 = 3450
1607 = 5119	1624 = 3850	1641 = 4096
1608 = 6580	1625 = 2871	1642 = 4121
1609 = 4454	1626 = 3373	1643 = 4255
1610 = 4067	1627 = 3178	1644 = 2839
1611 = 4147	1628 = 2244	1645 = 759[6]
1612 = 4861	1629 = 2747	1646 = 3432
1613 = 3825	1630 = 2332	1647 = 3508
1614 = 5475	1631 = 3365	1648 = 3632
1615 = 4989	1632 = 2986	1649 = 4645.
1616 = 4785	1633 = 1677	
1617 = 4379	1634 = 1429	

Von 1600—1649 passierten jährlich durchschnittlich 3911 Zoll zahlende Schiffe den Sund; nehmen wir an, daß auch darunter 70% Niederländer sind, so würden das durchschnittlich auch etwa 2740 Schiffe sein.

Im Jahre 1645[7] passierten zwischen dem 19. Juni und 16. November 1035 Schiffe auf der Fahrt vom Kattegat in die Ostsee den Sund, darunter 986 Niederländer, von denen aber sieben angehalten wurden, so daß nur 979 in die Ostsee gelangten. Auf der Rückreise passierten im gleichen Zeitraum 794[8] Schiffe den Sund, darunter 695 Niederländer, während noch etwa 312 Schiffe in der Ostsee waren[9], von denen im November und Dezember noch 240 durch den Sund segelten.[10]

[6] Während de Wit im Sund liegt, wird kein Zoll gezahlt, daher ist die Zahl so niedrig. cf. Schäfer, Dänische Geschichte V, 648. — [7] Kernkamp, de Sleutels van de Sont, p. 5 u. 259 ff. — [8] Kernkamp 626 ff. — [9] Kernkamp 282. — [10] Kernkamp 285.

Digitized by Google

Von den 979 Schiffen, die nach Osten hin den Sund durchfuhren, hatten 285 je zwei, 9 je drei Reisen gemacht; die wirkliche Schiffszahl ist demnach 676 = 69—70 % der Gesamtzahl. 676 niederländische Schiffe haben also 1645 die Ostsee befahren.[11]

Bedenkt man nun, daß die Ostseefahrt in diesem Jahre spät begann, verhältnismäßig wenig Fahrten also unternommen werden konnten, so werden wir die vorhin gewonnene Zahl von etwa 2740 Schiffen noch stärker reduzieren müssen, als bloß bis auf 70 Prozent. Nehmen wir an, daß von drei Schiffen zwei je zwei, das dritte drei Reisen macht, drei Schiffe also zusammen zehnmal gezählt werden, so ergibt sich als Gesamtzahl der Schiffe der Ostseeflotte die Zahl 822 = 3·2740 : 10.

1644 geleitet de Wit eine Ostseeflotte von 700 Segeln durch den Sund.[12] In einem 1699 erschienenen Mémoire[13] wird die Größe der Ostseeflotte auf 700—800 Schiffe angegeben. An dieser Zahl wird man wohl festhalten dürfen.

Die meisten Schiffe sind aus Amsterdam und Umgebung. 1645 kehren von den 300 Schiffen, die de Wit durch den Sund geleitet, 260 nach Amsterdam zurück; von den 356, die nach dem 9. Juni absegelten, auch 278.[14]

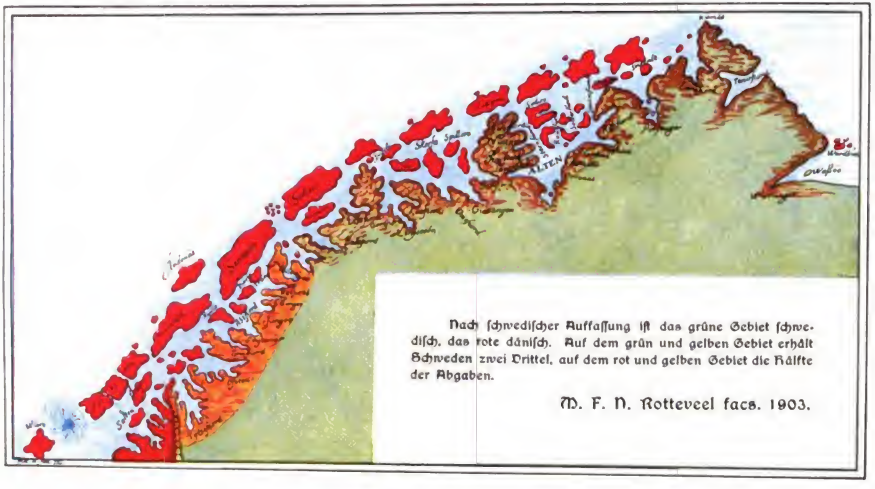
[11] Kernkamp 284 ff. — [12] Schäfer, Geschichte von Dänemark V, 639. — [13] Kernkamp, Verslaag van een onderzoek in Zweden, Noorwegen en Denemarken naar archivalia belangrijk voor de geschiedenis van Nederland, s'-Gravenhage 1903. Darin p. 198 ff. mitgeteilt 'Mémoire touchant le négoce et la navigation des Hollandois, dressé à Amsterdam, en 1699, au mois de juin'. Original in der großen kgl. Bibliothek zu Kopenhagen. — [14] Kernkamp, Sleutels van de Sont, p. 288.

Digitized by Google

C. F. Winter'sche Buchdruckerei.

Digitized by Google

Karte zu Seite 23 von Ernst Wiese. Die Politik der Niederländer während des Kalmarkriegs (1611—1613) und ihr Bündnis mit Schweden (1614) und den Hansestädten (1616).



Carl Winter's Universitätsbuchhandlung in Heidelberg.

Digitized by Google

Digitized by Google

Heidelberger Abhandlungen

zur

mittleren und neueren Geschichte

Herausgegeben

von

Karl Hampe, Erich Marcks und Dietrich Schäfer

Heft 4

Friedrich II. von der Pfalz und die Reformation

von

Hans Rott

* * * * * * * Heidelberg 1903 * * * * * * *
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Digitized by Google

Friedrich II. von der Pfalz

und

die Reformation

von

Hans Rott

* * * * * * * Heidelberg 1904 * * * * * * *
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Digitized by Google

Alle Rechte, besonders das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen, werden vorbehalten.

Digitized by Google

Vorwort.

Längere Zeit kann man schon von einer Vernachlässigung der badischen Kirchengeschichte lesen. So klagt Winckelmann in den Jahresberichten der Geschichtswissenschaft von Berner (XXI. Jahrgang II. 243) über die auffallende Erscheinung, daß von seiten der protestantischen Geistlichkeit Badens so wenig Beiträge dafür geliefert werden. Mag an dieser Tatsache nichts zu ändern sein, so liegen immerhin wichtige Gründe vor, welche das Forschen, namentlich in der pfälzischen Kirchengeschichte, sehr erschweren. Das Material, soweit es noch vorhanden, ist zersplittert in einer Reihe von Archiven bis nach München hinüber und bis in die Schweiz hinein. Sehr arm ist die Kurpfalz an handschriftlichen Beständen aus dem Zeitraum der Reformation. Hasenclevers Vermutung in der Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, N. F. XVIII. 58, kann ich auf Grund eigener gründlicher Nachforschung nur bestätigen, daß die Urkunden für diese Periode durch den dreißigjährigen Krieg und die französischen Mordbrennereien fast gänzlich vernichtet sind. Ein herber Verlust für den Forscher, der gerne die Wellengänge beobachten möchte, welche die große Sturmzeit des 16. Jahrhunderts in Pfälzer Landen schlug. Erst mit Friedrich III. beginnen die historischen Quellen wieder in stärkerem Maße zu fließen, aber dies auch nur für die äußere Kirchenpolitik.

Digitized by Google

Zum erstenmal wird hier über die wenigen Nachrichten des sonst so verdienstvollen badischen Kirchengeschichtsschreibers Vierordt hinausgegangen. Nachdem Pfarrer Bossert in Nabern im verflossenen Jahrgang der Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins den kirchlichen Zustand der Pfalz unter Ludwig V., speziell auch denjenigen des Bistums Speyer, einer näheren Untersuchung unterzogen hatte, so wandte sich meine Darstellung der Regierungszeit des Kurfürsten Friedrichs II. (1544—1556) und der Klarlegung der unter ihm begonnenen, bisher in Dunkel gehüllten Reformation zu. Manches Unbekannte und Unsichere konnte hier zum erstenmal ans Licht gebracht werden, anderes wird bei der Sprödigkeit des Quellenmaterials auch in Zukunft noch fragmentarisch und deshalb undurchsichtig bleiben. Sobald es mir die Zeit erlaubt, werde ich von dieser Vorreformation zur Darstellung der eigentlichen, durchgeführten kurpfälzischen Reformation unter Ott Heinrich übergehen.

Heidelberg, im September 1903.

Hans Rott.

Digitized by Google

Inhaltsangabe.

Einleitung. Seite

Friedrichs II. von der Pfalz Jugendleben. Seine ersten Beziehungen zu den Protestanten 1

Erster Abschnitt.

Kurfürst Friedrichs äußere Politik gegenüber Kaiser und Schmalkaldenern bis zum Ausbruch des Protestantenkrieges.

1. Friedrichs politische Stellung beim Antritt seiner Regierung. Die Reichstage von Speyer und Worms 6
2. Abfall des Pfälzers von der kaiserlichen Politik und die Ursachen desselben. Dänemark und Heinrich von Braunschweig 14
3. Friedrichs Annäherung an die Schmalkaldener und sein Eintreten für Hermann von Wied 20
4. Die Mainzer Erzbischofswahl. Wilhelm IV. von Bayern . . 23
5. Der Frankfurter Bundestag 26
6. Zusammenkunft Karls V. in Speyer mit Friedrich von der Pfalz und Philipp von Hessen 32
7. Die Heidelberger Tagung. Vorbereitungen des Kaisers zum schmalkaldischen Krieg 34

Zweiter Abschnitt.

Friedrichs reformatorische Handlungen in seinem Lande bis zum Protestantenkrieg.

1. Ludwigs V. Verhältnis zur Reformation. Friedrichs erste reformatorische Schritte 41
2. Die Reformen und Erlasse für das Land im Frühjahr und Sommer 1546 48
3. Der Heidelberger Hof und seine Stellung zu der neuen Lehre 64
4. Die Heidelberger Universität 70

Digitized by Google

Dritter Abſchnitt.

Vom Beginn des Krieges bis zum Interim.

Seite

1. Friedrichs politiſche Stellung während des Krieges und ſeine Bußfahrt nach Schwäbiſch-Hall 76
2. Die Rückwirkung des Krieges auf die pfälziſche Reformation . 81
3. Der Augsburger Reichstag 1547—48 und die Einführung des Interims in der Kurpfalz 84
4. Ott Heinrichs Exil in Weinheim. Billikan 95

Vierter Abſchnitt.

Vom Interim bis zum Tode Friedrichs.

1. Die Tage des Interims und Moritzens Feldzug 107
2. Die Wiederaufnahme der früheren Religionspolitik Friedrichs. Der kirchliche Zuſtand der Pfalz während ſeiner letzten Lebensjahre 111
3. Der Augsburger Reichstag von 1555. Die begonnene Durchführung der Reformation und Friedrichs Tod 119

Schluß.

Überſicht über die Reſultate von Friedrichs II. Religionspolitik . . 123

Beilagen.

1. Die Stiftsordnung Friedrichs II. für die Pfalz 1546 127
2. Die Kirchenordnung Friedrichs II. von der Pfalz 1546 132
3. Briefe Bucers an Ott Heinrich 142
Regiſter 151

Digitized by Google

Verzeichnis der Literatur.

Henrici Altingi historia ecclesiae Palatinae, in Mieg und Nebels monumenta pietatis et litteraria. Frankfurt 1702.

Struve, Ausführlicher Bericht von der Pfälzischen Kirchen-Historie. Frankfurt 1721.

Häußer, Geschichte der rheinischen Pfalz. Bd. I. Heidelberg 1845.

Seifen, Geschichte der Reformation zu Heidelberg. Heidelberg 1846.

Vierordt, Geschichte der evangelischen Kirche in dem Großherzogtum Baden. Karlsruhe 1847. 1856.

Hasenclever, Die Politik der Schmalkaldener vor Ausbruch des schmalkaldischen Krieges. Historische Studien, Heft XXIII. Berlin 1901.

Hasenclever, Friedrich II. von der Pfalz und der schmalkaldische Bundestag zu Frankfurt. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins. N. F. Bd. XVIII. S. 58 ff.

Friedensburg, Nuntiaturberichte aus Deutschland. 1533—1550. Bd. VIII und IX. Gotha 1898—99.

State papers, published under the authority of her majesty's commission. Bd. X und XI. London 1849—52.

Druffel, Karl V. und die römische Kurie 1544—1546. Abhandlungen der bayrischen Akademie der Wissenschaften, hist. Kl. Bd. XIX. S. 445 ff. München 1890.

Winckelmann, Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation. Bd. III. Straßburg 1898.

Lenz, Briefwechsel Landgraf Philipps des Großmütigen von Hessen mit Bucer. Bd. II und III. Leipzig 1887. 1891.

Digitized by Google

Häufiger benützte Abkürzungen der Archivnachweise.

Münch. R.-A. = Münchener Reichsarchiv.
Münch. St.-A. = Münchener Staatsarchiv.
Pr. Sp. Dk. = Protokolle des Speyerer Domkapitels im Generallandesarchiv zu Karlsruhe.
Pr. Worms. Dk. = Protokolle des Wormser Domkapitels im Darmstädter Archiv.
Karlsruhe = Generallandesarchiv in Karlsruhe.
Thes. Baum. = Thesaurus Baumianus, Abschriften wichtiger Briefe und Akten aus dem Reformationszeitalter von † Prof. der Theologie Johann Wilhelm Baum in Straßburg auf der Universitäts- und Landesbibliothek daselbst.
Sp. K.-A. = Speyerer Kreisarchiv.

Digitized by Google

Einleitung.

Friedrichs II. von der Pfalz Jugendleben. Seine ersten Beziehungen zu den Protestanten.

Wenige Wochen nach Luthers Geburt kam im Schlosse Winzingen auf der sonnigen Anhöhe bei Neustadt ein pfälzischer Prinz zur Welt, den man zu Ehren des kriegerischen Großoheims Friedrich nannte. Es war der nachmalige Kurfürst Friedrich II. von der Pfalz. Das Horoskop, welches man ihm stellte, prognoszierte, daß er in jungen Jahren eines großen Potentaten treuer Diener sein werde, daß er die übrigen Tage in Mühen verbringen, aber im ganzen den äußern Ehren nach alle seine Brüder überstrahlen werde.

Die Sterne haben in der Tat manches Wahre über sein Leben vorhergewußt. Er hatte das Glück, seine Jugendjahre in habsburgischer Schule verbringen zu können und dabei das halbe Europa zu durchreisen. Keine ritterliche Kunst gab es, in der er sich nicht auszeichnete, aber auch keinen Genuß, den er nicht frühzeitig auskostete. Als sein Jugendgefährte und Gönner, König Philipp, gestorben war, versuchte Friedrich im kaiserlichen Dienst das gleiche Glück. Die Werbung um Karls V. schöne Schwester Eleonore brachte ihm

Digitized by Google

nur ein bitteres Billet ein, das kräftige Eintreten für die Kaiserwahl des Spaniers verlieh ihm die kostspielige Last eines Statthalters in Deutschland neben Ferdinand. Da lebte denn der pfälzer Fürst, dem Repräsentation und verschwenderisches Treiben eine Lust geworden war, in der reichen Stadt Nürnberg, wie Hannibal in Kapua (wie sein Biograph Hubertus Leodius meint), nur er selbst kein Hannibal. Allein seine Finanzen vermochten den Druck eines solchen Kavalierlebens nicht lange zu ertragen. Drum wandte er sich wieder der hoffnungsvollen Minne zu und warb um die alte Liebe, um Eleonore, die derweilen verwittwete Königin von Portugal geworden war; doch vergebens. Auch über die Türken, die Wien bedrohten, brachte es der Pfälzer, der mit der drückenden Ehre eines „Reichsfeldherrn" bedacht wurde, zu keinem Sieg. Inzwischen pochte er wieder bei Kaiser Karl V. an, um die Hand seiner Schwester Marie, der verwitweten Königin von Ungarn zu erhalten. Spöttisch vertröstete ihn dieser mit der Antwort, er solle dahin streben, bald Kurfürst zu werden, dann wolle er näher auf Friedrichs Heiratsprojekt eingehen. Aber derweilen erreichte der Prinz das achtbare Alter von 50 Jahren, seine Haare wurden grau, und es war hohe Zeit, wenn er sich noch einen Hausstand gründen wollte.

Endlich winkte ihm die verlockende Verbindung mit Dorothea, der Tochter des vertriebenen Dänenkönigs Christian II. Rasch ging es ans Freien, um dem ziemlich kahlen pfälzer Stamm womöglich noch ein Reislein aufzupfropfen. Im September 1535 wurde das prachtvolle Hochzeitsfest mit der Dänin auf dem Heidelberger Schloß gefeiert. Die Tage des Genusses folgten sich ununterbrochen, denn ein gleichgesinntes Paar hatte sich gefunden. Naiv gestand die junge Fürstin, wie Leodius erzählt, sie habe keine Ruhe, solange noch ein Heller übrig sei. Drob mußte der alte Diener lachen, weil

Digitized by Google

die neue Pfälzerin die gleiche Paſſion habe wie ſein Herr, der Pfalzgraf Friedrich.[1]

Als dann im März 1544 der Kurfürſt Ludwig V. nach friedlicher Regierung ſtarb, da konnte ſich Friedrich als ſein Nachfolger einer behaglichen Ruhe auf dem Heidelberger Fürſtenſitze hingeben und verſuchen, ſeine Tage in bequemer Muße zu verdehnen, falls es die Sterne nicht anders wollten. Aber ein romantiſcher Gedanke entſtand da in ſeinem Gehirn, das Phantom eines nordiſchen Königthrones. Mit Karls Hilfe, der ihm ins kurpfälziſche Wappen den Reichsapfel verliehen, wollte er den Herrſcherſitz von Dänemark einnehmen. Bisher hatte er keine Zeit gefunden, um ſich tiefern Fragen des Lebens, namentlich den religiöſen jener Tage zuzuwenden. Jetzt drängten ſich die letztern, nachdem er Herr eines bedeutenden Landſtriches geworden war, an ihn heran. Proteſtantiſche Lehren und evangeliſches Weſen waren in pfälzer Landen weit verbreitet, die ſchönen Gefilde zwiſchen Hardt und Odenwald hatten ſich gegen die Einwirkungen der jugendlichen Reformation, die rings die Gaue durchbrauſte, nicht verſchließen können. Die liberale Regierung Ludwigs hatte den Untertanen in ihren Beſtrebungen nach religiöſer Befriedigung vielfach durch die Finger geſehen, und ſein Nachfolger war gewillt, die gleiche Politik weiterhin zu beobachten.[2]

---

[1] Über Friedrich II. von der Pfalz ſiehe Th. Hubertus Leodius, Annales de vita et rebus gestis Friderici II electoris Palatini, libri XIV. Francofurti 1624. — Häußer, Geſchichte der rheiniſchen Pfalz I. 563 ff. und Kleinſchmidt in A. D. B. VII. 603.

[2] Über die pfälziſche Kirchengeſchichte unter Ludwig V.: G. Boſſert, Beiträge zur badiſch-pfälziſchen Reformationsgeſchichte in Zeitſchr. f. d. Geſch. d. Oberrheins. N. F. XVII. p. 37 ff. 251 ff. 401 ff. 588 ff. und Fortſetzungen. — Vierordt, Geſchichte der evang. Kirche in Baden, Bd. I. (1847). — Alting, Hist. eccl. Palat. in Mieg et Nebel, Monumenta pietatis (1702), p. 129. — Struve, Ausführlicher Bericht von der pfälziſchen Kirchenhiſtorie (1721). — Remling, Das Reformationswerk in der Pfalz (1846) und Geſch. der Biſchöfe zu Speier, Bd. II. (1854). — Seifen, Geſch. der Reformation zu Heidelberg

Digitized by Google

Proteſtantiſche Luft hatte allerdings der neue Kurfürſt bereits geatmet. Bucers Nähe wirkte ſchon in ſeinen jüngeren Jahren auf ihn ein, ſein treuer Begleiter und Kanzler Hartmann wurde auf einer Reiſe des Pfalzgrafen in Spanien wegen Ketzerei von der Inquiſition gefaßt und entging nur mit Not dem Feuertod.[3] Mit den evangeliſchen Ständen hatte er von jeher Fühlung, weil der Kaiſer ſeiner als eines brauchbaren Werkzeugs bedurfte, um nach Notwendigkeit der politiſchen Konſtellationen mit ſeinen Gegnern zu paktieren. Die Evangeliſchen warben 1540 um ſeine Freundſchaft, um ihn ſamt dem Kurfürſten Ludwig V. für den Plan einer Nationalverſammlung zu begeiſtern. Die Straßburger machten die Sachſen und Heſſen angelegentlich darauf aufmerkſam, es ja nicht zu verſäumen, mit dem Pfalzgrafen eine Zuſammenkunft zu veranſtalten, und in Wildbad ſollte Ulrich von Württemberg den Faden der Politik weiterſpinnen, wenn man Friedrich nicht anders beikommen könnte. Denn man wußte, daß er „bei kai. Mt. ſo geheim" ſei und daß ſeine Empfindlichkeit es übel aufnehmen würde, wenn man ſeine bereits bewieſenen freundſchaftlichen Anerbietungen in den Wind ſchlüge.[4]

Der Schmalkaldener Bundesverſammlung hatte er im Jahre 1540 beigewohnt und dort ſeine däniſchen Projekte vorgebracht. Für das Regensburger Religionsgeſpräch wünſchte man proteſtantiſcherſeits, daß er das Präſidium übernehme, und Karl V. kam dieſen Erwartungen entgegen, indem er aus kluger Rückſicht den Evangeliſchen dieſe Bitte erfüllte und den Pfälzer durch dieſe übertragene Ehre feſter an die habsburgiſche Haus-

(1846). — Wundt, Grundriß zur Pfälziſchen Kirchengeſchichte (1796). — Hautz, Geſch. der Univerſ. Heidelberg, 1862/64. — Über Ludwig V. von der Pfalz ſiehe Wille in A. D. B. XIX. 575.

[3] Leodius Annales, p. 337.

[4] Straßb. Pol. Korreſp., Bd. III. 10. 17. 557. — Vgl. auch II. Nr. 658.

Digitized by Google

politik band, da er es nur ungern ſah, wenn Friedrich der nordiſchen Pläne halber ſich mit ſeinen Gegnern in tiefere Verhandlungen einließ. Auf dem Regensburger Tage erſchien Friedrich bereits mit ſeinem proteſtantiſch geſinnten Kanzler Hartmann. Der Herzog Chriſtoph von Württemberg ſchrieb am Eröffnungstage an ſeine Mutter nach Hauſe: „Präſidenten des geſprächs ſind hertzog Friederich und der von Granvella, verhoff, wir ſollen einmal all luttriſch werden.“[5]

[5] ib. III. 41 (II. 306). 172. — Lenz, Briefw. Landgraf Philipps mit Bucer. III. 18. 74. — Heyd, Ulrich Herzog zu Württemberg, Bd. III. 235.

Digitized by Google

Erster Abschnitt.

Kurfürst Friedrichs äußere Politik gegenüber Kaiser und Schmalkaldenern bis zum Ausbruch des Protestantenkrieges.

1. Friedrichs politische Stellung beim Antritt seiner Regierung. Die Reichstage von Speier und Worms.

Durch die Heirat mit der Nichte Karls V., der dänischen Fürstin, sah sich Friedrich trotz mancher bisherigen Enttäuschungen, die ihm das Haus Habsburg bescherte, doch an die kaiserliche Politik gefesselt, wenn er anders den jetzigen Throninhaber Christian III. stürzen wollte. Das war das Trugbild, dem zuliebe er in seinen staatlichen Maßregeln unentschieden hin- und herschwankte, wodurch seine reformatorischen Schritte das Gepräge einer zweideutigen Haltung erhielten, daß man lange an der Reinheit seiner religiösen Motive überhaupt gezweifelt hat. Der nordische Königstitel blendete ihm die Augen wie einem spätern Pfälzer Friedrich die Krone Böhmens. Im Hintergrunde standen die Bestrebungen des Kurfürsten, vor den bayrischen Fürsten gesichert zu sein, die längst nach dem Kurhut lüstern waren und gerade jetzt bei Friedrichs Regierungsantritt starke Anstrengungen machten, des Pfälzers wohlbegründete Ansprüche auf den Kur-

Digitized by Google

sitz beim Kaiser oder nötigenfalls bei den Schmalkaldenern durch einen Handstreich zu vereiteln. Letzteres war nicht ausgeschlossen. Im geheimen spann der Landgraf Philipp von Hessen seine Sonderpläne mit den Herzögen und hätte es gerne gesehen, wenn durch eine Familienverbindung der beiden Häuser ein hessisch-bayerischer Zusammenschluß zustande gekommen wäre.

Als der Einundsechziger durch Ludwigs Tod plötzlich aus einem fahrenden Liebesritter und Bettelprinz zum ersten Kurfürsten Deutschlands emporgehoben wurde, fiel die dänische Frage und deren Geltendmachung ganz anders ins Gewicht als vorher. Dem Kaiser gegenüber wurde Friedrich durch diesen Machtzuwachs politisch selbständiger und in der Verfolgung seiner nordischen Ziele unabhängiger. Auf der andern Linie kamen die Schmalkaldener zum Vorschein, die seinen Plänen vielleicht ein willigeres Ohr und eine raschere Hand leihen mochten. Hinwieder konnten die Gesamtinteressen der Protestanten durch den möglichen Eintritt des Pfälzers in den schmalkaldischen Bund nur gestärkt werden, und die Partei durch das Hinzutreten eines weiteren Kurfürsten an Ansehen gewinnen. Keckes und energisches Handeln von dieser Seite her würde Friedrich dann mehr zusagen als das bedächtige und knauserige Temporisieren des Spaniers, der seinen Verwandten im Schachspiel europäischer Verwicklungen immer gerne als diplomatisches Werkzeug gebrauchen wollte. Und in der Tat hat er in den folgenden kritischen Jahren, indem er es klug verstand, der pfälzischen Eitelkeit zu schmeicheln, den Kurfürsten als Brücke benutzt, über die er willkommene Nachrichten aus dem feindlichen Lager holte. Durch Friedrich konnte er den Schmalkaldnern eine Freundschaftshand reichen, wenn die Sterne am politischen Himmel für seine langgehegten Absichten noch ungünstig standen und er die Entwicklung der Dinge zu seinen Gunsten verlangsamen mochte.

Digitized by Google

Auf dem Reichstage zu Speier (1544) war dem Kurfürsten von der Pfalz wiederum vermöge kaiserlicher Politik die Leitung der Geschäfte übertragen worden. Durch ehrliche Bemühungen nach beiden Seiten hin suchte Friedrich sich seiner schmeichelhaften, im Grunde undankbaren und zwecklosen Aufgabe zu entledigen. Für seine Person allerdings muß er sich vorgekommen sein wie das Zünglein an der Wage der europäischen Politik, an dessen Hin- und Herzittern das Gesamtwohl gelegen sei.[6]

Als der Kaiser der drängenden Not überhoben war, als im Frühjahr 1545 in Worms der Reichstag zusammentrat, da mußte es sich erweisen, ob der junge Kurfürst, dem Alter nach ein Greis, geschickt sei, die politischen Strömungen zu zerteilen oder sich einer der Parteien ehrlich und rückhaltslos in die Arme zu werfen.

Bereits im Dezember 1544 hatte Kurpfalz seine Gesandten Konrad von Rechberg, Wolfgang von Dhurn und Hans von Walbronn nach Worms vorausgeschickt.[7] In den einleitenden Propositionen für den Lauf der Reichstagsverhandlungen schloß sich Pfalz mit Köln der Forderung der evangelischen Stände an, gemäß dem Speierer Reichsabschied zunächst die Religionsfrage vorzunehmen und nicht, wie die katholischen Vertreter vorschlugen, gleich zu Anfang in die Frage der Türkenhülfe einzutreten.[8] Bei den Verwicklungen, die alsbald sich ergaben, konnte Ferdinand keine beide Teile zufriedenstellende Lösung bringen. Als Karl dann am 16. Mai in Worms einzog, empfand er sofort die Spannung, die hier am Rhein zwischen

---

[6] Über den Speierer Reichstag vgl. A. de Boor, Beiträge zur Gesch. d. Sp. Reichst. (1878).

[7] Karlsruhe, Generallandesarchiv. Kopialbuch 842, fol. 313.

[8] Friedensburg, Nuntiaturberichte aus Deutschland 1533—1559. Band VIII (Nuntiatur des Verallo), p. 92. — Kannengießer, Der Reichstag zu Worms, p. 39. — Straßb. Pol. Korresp. III. 577/78. — Ranke, Deutsche Geschichte IV. 256.

Digitized by Google

Protestanten und Katholiken herrschte. Der evangelische Geistliche zu St. Lambert, dem man entgegen den Befehlen des Stadtrats die Kirche weggenommen hatte, vertrieb den eingedrungenen katholischen Prediger aus dem Hauptraum, während dieser seine Messe darin abhalten wollte.[9] Von böser Vorbedeutung war es, daß der Verjagte dem Kreise des Beichtvaters Soto angehörte. Ein paar Tage darauf donnerte Fra Ottaviano, ein Franziskanermönch, von der Kanzel herab gegen das Ketzervolk und forderte mit leidenschaftlichen Worten den anwesenden Kaiser zum Protestantenkrieg auf.[10]

Wenige Zeit nach Karls V. Ankunft in Worms kamen die evangelischen Stände zum Kurfürsten Friedrich und baten ihn als amico d'ambe le religioni um seine Vermittlung, die er schon im Vorjahr zu Speier den Parteien angeboten.[11]

Bis jetzt hatte sich Friedrich ganz neutral gehalten, und so beurteilte auch noch der venetianische Gesandte Bernardo

---

[9] Darmstädter Archiv. Protokolle des Wormser Domkapitels (Prot. Worms. Dk.) 1545/46, fol. 216. — Voigt, Briefwechsel der berühmtesten Gelehrten des Zeitalters der Reformation mit Herzog Albrecht von Preußen, p. 329. — Gachard, Trois années de l'histoire de Charles-Quint, p. 82. Die beiden letzteren Berichte widersprechen sich. Navagero schreibt: Quello predicator lutherano che era stato prohibito da Cesare che non dovesse predicare, stimando poco li commandamenti di Sua Maestà Cesarea, ritrovandosi il compagno del confessor di Cesare in una chiesa per dir una messa cantata, venne co'l favore delli deputati di questa città, et entrò in pergolo . . . di sorte che'l detto compagno del confessor fu costretto serrarsi nel choro et dir una messa piccola; ne però ha fatto Cesare segno alcuno di risentimento. — Friedensb. VIII. 179. — Hedio berichtet, daß dem evangelischen Prediger die Kirche verschlossen und nach einer Beschwerde beim Kaiser wieder geöffnet wurde, weil dieser erklärte, daß dies ohne sein Wissen geschehen sei. — Die Protokolle des Domkapitels melden nur den Entschluß des Rates, den lutherischen Prediger amtieren zu lassen trotz der Einnahme der Kirche durch den kaiserlichen Beichtvater.

[10] Sleidan, De statu religionis et reipublicae Carolo V Caesare commentarii (1576), p. 467. — Friedensb. VIII. 629.

[11] Straßb. Pol. Korresp. III. 597. 600. — Friedensb. VIII. 216.

Digitized by Google

Navagero seine Stellung. Die römischen Nuntien wußten allerdings schon weit mehr.[12]

Dem Kaiser teilte Friedrich die Wünsche der Protestanten mit, die in den alten, unerfüllten Forderungen und einer Verwahrung gegen ein Konzil zu Trient bestanden. Derweilen sann er selbst auf Mittel und Wege, um eine Einigung unter den Parteien namentlich in den religiösen Fragen zu erzielen.[13] Aber mit Bedauern mußte er sehen, daß keine seiner Bemühungen von den sich bekämpfenden Gegnern anerkannt wurde, ja daß durch seine Vermittlerrolle allmählich auf ihn selbst ein verdächtiger Schatten fiel.[14] Die Konzilsmänner fürchteten schon eine Verlegung der Versammlung von Trient nach Deutschland und trauten dem Einigkeit stiftenden Kurfürsten alles Mögliche dabei zu.[15] Jenseits der Alpen wußte man schon früher als im eigenen Lande von den heimlich protestantischen Neigungen und Handlungen des Pfälzers, gewisse Stimmen behaupteten gar, der Kurfürst wäre nach langer Verzögerung endlich persönlich nach Worms gekommen, um sich von der Anschuldigung zu reinigen, als habe er einen Religionswechsel begangen.[16]

Der Agent des Herzogs von Mantua, Camillo Capilupo, nannte bereits am 27. Juni des Pfälzers Anstrengungen, eine Übereinstimmung zwischen den Parteien zu erzielen, ein aussichts-

[12] Gachard, Trois années, p. 89 (Depesche Navageros vom 20. Juni): Come neutrale, perchè nelli consigli non vuol essere nè co'cattolici nè con protestanti. — Berichte der röm. Nuntien siehe unten p. 43 ff.

[13] Straßb. Pol. Korresp. III. 608. — State papers X. 477. 487. — Kannengießer, p. 73: dweil aber sein ch. gn. je nichts lieber wolt, dann das frid und ruw erhalten, so wölten ire ch. gn. selbß auf mittel gedencken.

[14] Friedensb. VIII. 216. Cortonas Bericht: Che dolendosi Sua Maestà col conte Palatino de principi luterani.

[15] ib. VIII. 249 Anm. 3.

[16] ib. VIII. 718 ff. Verallo und Mignanello an Farnese, 11. Juni 1545: Alcuni dicono si escusarà della imputatione che se li dava . . . di essersi alienato da la religione. — ib. VIII. 128 Anm. 1. — Druffel, Monumenta Tridentina, p. 73.

Digitized by Google

loſes Bemühen.[17] Friedrich war kein Politiker vom Schlage eines Karl V., um der Wahrheit der Zeit ins Auge ſehen zu können. Vor ein paar Jahren hatte Morone ebenfalls in Worms von den Proteſtanten klug geurteilt: Non vogliono concordia, ma vittoria. Daß die Kirchenpolitik namentlich der beiden im Reichstage ſich gegenüberſtehenden Parteien nur noch als Frage der Macht aufzufaſſen ſei, entging Friedrich, der in gutgemeinter Abſicht mit den erſten reformatoriſchen Handlungen eben beginnen wollte. Er hatte in ſeiner Perſon nichts von dem klaffenden Gegenſatz empfunden, der zwei Weltanſchauungen in ihren Grundprinzipien trennte, und in deren tiefen Riß nur diejenigen mit klarer Einſicht hinunterſahen, die von Anfang an der ganzen religiöſen Entwicklung mit Gefahr und Wagnis gefolgt waren.

Das Religionsgeſpräch, welches Friedrich ſchließlich als letzten Verſuch zum Frieden vorſchlug, konnte keine Seite befriedigen. Melanchthon äußerte in dieſen Tagen: Sermonibus de colloquio Theologorum non valde moveor.[18] Wurde es angenommen und durch dasſelbe eine dogmatiſche Einigung erzielt, ſo mußte es das Trienter Konzil außer Wirkung ſetzen. Mißlang dies den Proteſtanten, dann waren ſie in den Augen der Gegenpartei notwendigerweiſe den Beſchlüſſen der weiter tagenden Verſammlung in Trient unterworfen. Da half Friedrich ſich und den Proteſtanten, die dem Einfall klug widerſtrebten, durch eine Handlung, welche von jeher ein glückliches Gelingen ausſchloß: Die auf das Konzil verpflichtenden Worte wurden in der Zuſchrift an den Kaiſer einfach weggelaſſen, und die evangeliſchen Stände verwahrten ſich dem Kurfürſten gegenüber in einem mündlichen Vorbehalt gegen jede Einwilligung in das rö-

[17] Friedensb. VIII. 216.
[18] Corpus Reformat. V. Nr. 3199.

miſche Konzilium.[19] Ja Friedrich hoffte, durch eine eigene Geſandtſchaft an die Häupter der Schmalkaldener noch perſönlich einzuwirken in der Richtung ſeiner verſöhnlichen Politik. Mignanello, der Biſchof von Lucera, erzählt, daß der Kardinal Farneſe erſchrak, als er von den Schritten des verdächtigen Pfälzers vernahm. Dieſer Nuntius bei König Ferdinand, welcher von drei Räten Friedrichs ſpricht, die nach Sachſen und Hannover auf die Tagfahrt der Schmalkaldner entſandt ſeien, hoffte nicht viel von dieſer Miſſion. Er wußte, daß ſie ſamt und ſonders Lutheraner ſeien, und in Heidelberg der Haushofmeiſter allein der alten Religion treu geblieben ſei und ſeinen Abſchied eingereicht habe, weil er es unter der ketzeriſchen Hofgeſellſchaft nicht mehr aushalten könne. Am 6. Juli waren die Räte bereits wieder nach Worms zurückgekehrt, anſcheinend reſultatlos und ohne in der Konzilsfrage etwas erreicht zu haben.[20]

Im übrigen hatte der Kaiſer allen Grund, mit der politiſchen Tätigkeit ſeines Verwandten zufrieden zu ſein und ihm den Dank dafür auszuſprechen. Die diplomatiſche Kunſt Karls

---

[19] Kannengießer, p. 76. — Straßb. Pol. Korreſp. III. 611, auch Anm. 2. 614. — State papers X. 513.

[20] Friedensb. VIII. 631. Camillo Capilupo, 30. Juni 1545: Cerca al accordo che il conte Palatino trattava tra l'imperatore e Protestanti, esso conte ha mandato tre suoi gentilhomini al duca di Sassenia et là dove fanno la loro dieta; ma se ne teme più tosto male che spera bene, perchè tutti tre gli ambasciadori sono Lutherani anzi che no, che di quanti servidori ha il conte appresso non ci è altro che il majordomo catholico, il quale per non stare solo fra tanti corpi diabolichi ha tolto commiato o licenza da lui nè più il vol servire. — Der letztere ſcheint Konrad von Rechberg geweſen zu ſein, denn ſchon 1543 wird er als reformationsfeindlich geſchildert. Lenz II. 139. Damit im Widerſpruche ſteht die optimiſtiſche Meinung Bucers. ib. II. 348. — Nach Verallo (Friedensb. VIII. 223) hatte Friedrich einen Geſandten geſchickt. — ib. VIII. 238: Sono ritornati gl'homini del signor conte Palatino, che erano andati a trovare il duca di Saxonia et lantgravio per consertare qualche forma d'accordo.

Digitized by Google

trieb bereits neue Blüten.[21] Denn mittlerweile waren die Fäden der europäischen Politik durch ein Zusammenwirken der Kurie und des Spaniers so enge geknüpft worden, daß das Netz über den lange genug von der Kirche Abspenstigen unter dem Vorwande fürstlichen Ungehorsams zusammengezogen werden konnte. Einen Tag nach Karls Ankunft in Worms war der päpstliche Enkel und Legat Farnese ebenfalls dort angekommen.[22] Vom selben Augenblick an begannen zwischen Karl und Papst die Verhandlungen über das letzte Ziel der spanischen Staatskunst, die Herstellung der religiösen Einheit durch den unvermeidlichen Ketzerkrieg. Da die Umstände die Verwirklichung zur Zeit nicht zuließen, kam des Pfälzers eifrig verfolgtes Projekt eines Kolloquiums eben recht, um die Protestanten bis zu der vollendeten Rüstung durch Religionsgespräch und Reichstag hinzuhalten. Als der kaiserliche Rat Andelot nach Rom abging, um dem heiligen Vater den notwendigen Aufschub des Feldzugs mitzuteilen und sich seine Geneigtheit zu einem nochmaligen Kolloquium zu erbitten, überbrachte am gleichen Tage der Kurfürst Friedrich den protestantischen Ständen die Antwort, daß Karl V. aus eigener kaiserlicher Machtvollkommenheit das Religionsgespräch angeordnet habe.[23]

---

[21] Friedensb. VIII. 223 Anm. 5. Mignanello am 1. Juli 1545: Dice il cardinale d'Augusta che l'imperatore ha guadagnato il conte Palatino.

[22] ib. VIII. 189. 190 ff. 661. Eine nicht kleine Beunruhigung ergriff nicht allein die Protestanten bei dem Erscheinen des Kardinals, sondern auch Pfalz, Mainz und Trier. Man ließ die Untertanen bewaffnen, und niemand wußte deutlich, ob es aus Furcht vor der römischen Mission oder aus Beängstigung vor kaiserlichen Werbungen geschah. — State papers X. 457. The said Paltzgrave hathe commandid his subjectes to provyde theym selfes of harnesse and weapons, for what yntent i know not yet certeynlyc. Vgl. auch X. 435 (Wotton an Heinrich VIII.). — Anders urteilt Jakob Sturm, Straßb. Pol. Korresp. III. 603. Er führt die Rüstungen auf bayrische Anschläge zurück. ib. III. 230.

[23] Kannengießer, p. 79. — Straßb. Pol. Korresp. III. 616 ff. (II. 611 Anm. 2). — Karl konnte durch das Religionsgespräch auch einen Druck auf

Digitized by Google

Am 1. August wurde Hermann von Wieds Gegenschrift auf die Apellation seiner Gegner auf dem Reichstag verlesen, in welcher sich der Kölner Kurfürst an ein freies, deutsches Generalkonzil wandte. Mit der Verkündigung des Reichstagsabschieds übergab auch der Pfälzer Fürst im Verein mit Brandenburg, Sachsen und andern Ständen die Bittschrift an den Kaiser, des Kölners Angelegenheit als Religionssache durch das Nationalkonzil oder durch den Reichstag erledigen zu lassen.[24]

Während eines Gastmahls beim pfälzischen Kurfürsten lief in Worms die frohe Nachricht vom spanischen Hofe ein, daß dort dem Kaiser ein Enkel geboren sei. Es war Don Carlos, der später so unglücklich wurde. Zur Feier dieser bedeutungsvollen Kunde gab Friedrich ein großes Bankett, dem Karl beiwohnte, an seiner Seite die dänische Fürstin, eine königliche Erscheinung und noch in jugendlicher Schönheit prangend.[25]

2. Abfall des Pfälzers von der kaiserlichen Politik und die Ursachen desselben. Dänemark und Heinrich von Braunschweig.

Aber weder Kaiser noch Kurfürst ließen sich darüber täuschen, daß trotz der gemeinsamen Politik auf dem Wormser Reichstage gerade jetzt die Wege auseinander gehen mußten. Die imperialistische Idee des Habsburgers, die alle Freiheiten gefährden mußte, war auf diesem Reichstage auch in der Frage der Religion offen zu Tage getreten. Wer konnte den gewaltigen Spanier hindern, den pfälzischen Kurhut gelegentlich

den Papst selber ausüben. Druffel, Abhandl. der bayr. Akad. d. W., hist. Kl. XVI. 508. O veramente per dar una spronta al papa . . . si sono nominati i collocutori.

[24] Straßb. Pol. Korresp. III. 623/24.

[25] Merkle, Concilium, Tridentinum (Massarelli's Diarium I.), p. 230 ff. — State papers X. 535. 554. — Friedensb. VIII. 260.

Digitized by Google

ſeiner Zierden zu berauben, nachdem man den Kölner mit Drohungen geſchreckt hatte und endlich gar zu Zitationen übergegangen war. Friedrich gedachte doch eben jetzt im ſtillen Reformen in ſeinem Lande ſelber einzuführen. Noch auf dem Wormſer Reichstage erklärte er Karl V. rund heraus, daß er in ſeiner Stellung als Kurfürſt es nicht dulden werde, daß der Kaiſer fremde Truppen etwa zum Kampf gegen die Proteſtanten ins Reich kommen laſſe.[26]

Nach den Wormſer Verhandlungen war es allen klar geworden, daß ein friedlicher Ausgleich zwiſchen den Parteien nicht mehr möglich ſei. Die Schmalkaldener, von der unheilvollen Ängſtlichkeit eines reichsſtändiſchen Pflichtgefühls gehemmt, ſetzten Unternehmungen ins Werk, deren Charakter defenſiver Art war und die Vereitelung der imperialiſtiſchen Pläne Karls bezweckte. Klarer und weitſichtiger dachte der Kaiſer: Konnte den Entſcheidungen des Konzils nicht auf friedlichem Wege Geltung verſchafft werden, dann würde ſchon der Donner der Kanonen eine wirkungsvollere Unterſtützung gewähren.[27]

Am kaiſerlichen Hofe wußte man genau, wie ſorgſam der Pfälzer auf die Wahrung der kurfürſtlichen Rechte und Freiheiten bedacht war. Als Naves und der jüngere Granvella in den Märztagen an den Heidelberger Hof gereiſt waren, um Friedrich in Karls Auftrag mit Beſuch zu ehren und ihn auf den Reichstag einzuladen, da wollte der ältere Granvella in einer geheimen Inſtruktion, die er den beiden mitgab, bereits wiſſen, daß in Weſel eine Zuſammenkunft der Kurfürſten ſtatt-

[26] Friedensb. VIII. 664. Navagero und Moroſini, 23. Juni 1545: Disse a Sua Maestà Cesarea che non era per mancarli in alcun modo, purchè non conducesse gente forestiera, nel qual caso non poteva nè voleva mancar alla nation sua. — Gachard, Trois années, p. 89.

[27] Pallavicino, Istoria de Concilio di Trento V., cap. 13, § 1. Egli divisava d'avvalorar contra i luterani i fulmini sinodali de'canoni co'militari de'cannoni.

Digitized by Google

gefunden habe, wo sie sich zum Schutze gegen jeden kaiserlichen Eingriff in ihre Rechte und Freiheiten verbunden hätten und dem Spanier direkt entgegenarbeiten wollten, falls er in Deutschland etwas gegen ihren Willen unternehmen sollte.[28] Die Ahnung Granvellas, es könnten nach dem Schlusse des Wormser Reichstages viele Fürsten zu den Protestanten übergehen, hatte ihn bezüglich Friedrichs nicht getäuscht. Der große Fürst, dessen bevorstehenden Abfall der kaiserliche Rat dabei im Auge hatte, war sicherlich kein anderer als der Kurfürst von der Pfalz.[29]

Man wußte auch, aus welchen Ursachen auf den alten Diener des habsburgischen Hauses nicht mehr zu rechnen war. Die dänische Frage und des Kaisers bisherige Stellungnahme zu derselben hatten den Kitt abgegeben für des Pfälzers Freundschaft mit Karl. Indes nahm diese zusehends ab durch die kaiserlichen Vertröstungen und die Politik, welche der bisherige Gönner Friedrichs mit dem Usurpator Christian III. von Dänemark pflog. Seit dem Frühjahr 1545 lief das Gerücht um, daß der Kurfürst einen Krieg mit Dänemark beginnen wolle. Wir hören von Ansammlungen der Landsknechte in Verbindung mit diesen nordischen Absichten Friedrichs.[30] Bei der Ankunft des Kaisers in Flandern hatte der Pfälzer ihm die geplante Kriegserklärung mitgeteilt und ihn auf Grund des Heiratsvertrages an seine zugesicherte Unterstützung erinnert.

---

[28] Weiss, Papiers d'état du cardinale de Granvelle (1831 ff.), Bd. III. 93. Et à ce que ledit sieur de Grantvelle a entendu de personnaige de qualité et en grant secret, ledit conte a tenu main devers les troys électeurs dessoubz le Rhein, qu'ilz se sont assemblez à Wesel, ou ilz ont traicté de demeurer unis ensemble pour contredire à l'empereur en tout ce qu'il voudroit faire en ceste Germanye contre leur voulenté. 4. März 1545.

[29] Friedensb. VIII. 138.

[30] Buchholtz, Geschichte der Regierung Ferdinands I., Bd. VII. 570. — Lossius, Gedächtnis Christophs von Wirsberg, p. 35.

Digitized by Google

Daß im Ernſte von einer Hülfe Karl V. dabei hätte die Rede ſein können, beweiſt die Unkenntnis des engliſchen Berichterſtatters Wotton mit der kaiſerlichen Politik.[31] Nichts lag dem Kaiſer ferner. Mit Chriſtian III. hatte er noch keinen Frieden abgeſchloſſen. Daher ſchwebte Karls Ungnade über dem Haupt des Dänen als drohendes Geſpenſt, welches jederzeit in ſeine ungefeſtigte Herrſchaft eingreifen konnte.[32] Ungern hatte es der Habsburger geſehen, als im April 1540 in Schmalkalden zwiſchen Friedrich und Chriſtian III. eine Vermittlung zuſtande kommen ſollte. Dem Pfalzgraf wurde damals die Präſidentſchaft in Regensburg übertragen, um ihn kaiſerlicher Politik willig zu erhalten.[33] Im Speierer Frieden kam für Chriſtian die Erlöſung aus dieſem ſchwankenden Zuſtande. Durch die Verſöhnung mit dem Kaiſer wurde ihm die Furcht vor der gefährlichen ſpaniſchen Hand benommen. Sofort mußte dies auf ſeine Stellung zu den Schmalkaldenern zurückwirken. War er vorher ſchon kein eigentliches Glied des Bundes geweſen, ſo nahm jetzt ſein Eifer für die Glaubensgenoſſen raſch ab.[34]

Was war jetzt natürlicher, als daß der Pfälzer bei den Schmalkaldenern anpochte, als er die Querzüge entdeckte, die ihm ſein eigener Lehrmeiſter ſpielte. Der pfälziſche Sekretär Leodius war hinter die kaiſerlichen Künſte gekommen. Zwar hatte man

[31] Papier d'état ib. p. 73. Que tost après l'arrivée de l'empereur en Flandres, le dit comte palatin envoya requérir à l'empereur de soy vouloir déclairer de guerre contre le duc de Holstein, que se dit estre roy de Dannemarke, disant que tousjours l'on luy en avait donné espoir, et que l'empereur y estoit tenu par le traicté de son mariaige et de luy faire rendre ledit royaulme de Dannemarke et de Suède. — State papers X. 368. Also here be newes that the Palsgrave prepareth to warre against the King of Denmark, and that th'Empereur entendeth to ayde the sayd Palsgrave with men and money secretly.

[32] Lanz, Korreſpondenz Karls V. II. 276 ff. 281. — Straßb. Pol. Korreſp. II. 593. 598.

[33] Schäfer, Geſchichte Dänemarks IV. 452 ff.

[34] ib IV. 463.

es längſt eingeſehen, daß Karl ſeinen Verwandten nur leere Worte gab und ihre Pläne eher kreuzte, als förderte, aber von den Verträgen des Kaiſers mit Chriſtian III. hatte man geraume Zeit keine Kenntnis gehabt.[35] Als Leodius aus den Niederlanden zurückgekehrt kein Hehl aus ſeinen Entdeckungen machte, als ſein Herr der Kurfürſt Friedrich die irreleitende Politik Granvellas namentlich durchſchaute, da wurde man am Heidelberger Hofe über die Täuſchungen aufs äußerſte aufgebracht und ſchlug einen entgegengeſetzten Kurs ein. Der römiſche König aber war hoch erfreut über jene Mitteilungen Granvellas und behielt Friedrich während jener Verhandlungen zu Worms im Auge.[36]

Bereits während der Wormſer Tage ſchickte Friedrich eine Geſandtſchaft an den Kurfürſten von Sachſen und den Landgrafen von Heſſen, deren Zweck darin beſtand, ihr Verhältnis zu Dänemark zu ſondieren, namentlich in Erfahrung zu bringen, ob die Schmalkaldener neben der Religion auch in Profanſachen mit Chriſtian III. konföderirt wären. Der Germersheimer Vogt

[35] State papers X. 230 ff. — Lenz, Briefwechſel III. 365.

[36] Papiers d'état, p. 73. Inſtruktion Granvellas an ſeinen Sohn: Que quant au traicté de mariaige sadite majesté n'estoit obligé par icellui a faire restituer les dits royaulmes audit sieur conte; mais bien vouldroit sadite majesté qu'il les eust, et en son temps y feroit toute la bonne œuvre qu'il pourroit. Sur ceste responce, ledit conte et madame la princesse sa femme se sont monstrez fort indignez . . . . . Il (Hubert) rapporta auxdits conte et princesse que ledit sieur de Granvella eust dit que ledit sieur conte n'eust nul droit aux ditz royaulmes par ledit traicté, chose contre vérité et hors dudit traicté. — ib. Hiérome de Champagney au chancellier de Granvelle, son père (März 1545). Il (König Ferdinand) me dit que vous luy aviez fait singulier plaisir de l'avoir préadvisé des menées du conte palatin et de son ressentiment et des causes d'icelluy, comme de chose qu'estoit très-nécessaire qui sceut et de quoy il vous remercioit grandement . . . Adjoustant de soy-mesmes qu'il scavait assez les malices d'Hubert, et que de longtemps il l'avoit heu pour suspect, ensemble le chancellier et le maistre d'hostel dudit sieur conte, mesme d'estre bons Francoys.

Digitized by Google

Heinrich Riedeſel konnte dabei die Verſicherung abgeben, daß ſeinem pfälziſchen Herrn jeder kriegeriſche Anſchlag gegen Dänemark wenigſtens für dieſes Jahr fern liege.[37] Nach Leodius Erzählung hatte Friedrich von den Bundeshäuptern eine unzweideutige Antwort auf ſein Anſuchen empfangen: Er ſolle ſich mit Geld abfinden laſſen, den erhofften däniſchen Würden entſagen, ruhig ſeines Weibes pflegen und für Nachkommenſchaft ſorgen.[38]

Damit war ein Pfälzer Kurfürſt nicht zufrieden. Die geheimen Praktiken jener Tage mit Heinrich von Braunſchweig bezweckten nichts anderes als die Verwirklichung ſeiner däniſchen Projekte vermittels deſſen Unterſtützung. Man hörte gerüchtweiſe von einem Plan des Braunſchweigers, im Verein mit Bayern, Württemberg, Pfalz und andern Kleinfürſten ſein Land wieder einzunehmen, worauf dann das geſamte Kriegsvolk für den Eroberungszug des Pfälzers verwandt werden ſollte.[39] Und doch widerſprach einem Zuſammengehen von Pfalz und Bayern von vornherein die alte wittelsbachiſche Feindſchaft.[40]

[37] Neudecker, Merkwürdige Aktenſtücke, p. 480. — Haſenclever, Die Politik der Schmalkaldener in Hiſt. Studien, Bd. 23, p. 184 Anm. 9, p. 185 Anm. 10. — Brandenburg, Pol. Korreſp. Moritz von Sachſen II. 307. Philipp von Heſſen an Moritz, 9. Auguſt 1545: Wir können aber nicht glauben, daß dieſer handel pfalzgrave Friedrichs ſei und wider Denemark gelten werde, aus dem daß bemelter pfalzgraf einen ſeiner diener neulich bei uns gehabt, der uns fur gewiß geſagt hat, daß ſein herr dies jahr nicht kriegen werde, aus vielen urſachen und umbſtenden, ſo ſich nicht wollen uber land ſchreiben laſſen.

[38] Leodius, Annal. de reb. gest. Frid., p. 262: Ut accepta pecunia contentus ea, quam consecutus erat, dignitate et bonis ab infideli abstineret Dania, domique apud uxorem quietus viveret, liberisque, quibus indigeret domus Palatinorum, operam daret.

[39] Loſius, Leben und Thaten Chriſtoffs von Wrißberg (1744). Beilagen, p. 63. — Herberger, Sebaſtian Schärtlin von Burtenbach, p. 35. — Haſenclever, ib. p. 183. — Heid. Bibl. Cod. Pal. Germ. Nr. 8, fol. 31.

[40] Brandenburg, Pol. Korreſp. Moritz' v. Sachſen II. 325: Mit Pfalz und herzog Wilhelmen zu Bayern iſt's auch nit zu glauben, dann diſe beide ſeind wider einander und uneinig der kur halben. (23. Sept. 1545.)

Digitized by Google

In den Septembertagen warb Chriſtof von Wrisberg (Preisberg) Truppen im Gebiet Heinrichs von Braunſchweig und beſtritt es energiſch, daß Beſtallungen und Sold ſich gegen die Proteſtanten richteten. „Gott geb der paltzgraff ſag, was er will", ſchrieb der Landgraf Philipp an Bucer und Sturm. Denn im Schmalkaldiſchen Lager fürchtete man, daß bei dieſen Abmachungen Friedrichs auch der Kaiſer ſeine Hand im Spiel habe. Für dieſen Fall konnte natürlich der däniſche König von den Proteſtanten nicht im Stiche gelaſſen werden.[41]

3. Friedrichs Annäherung an die Schmalkaldener und ſein Eintreten für Hermann von Wied.

Trotz des Sequeſtervertrages auf dem Wormſer Reichstag war Heinrich von Braunſchweig in ſeinen Machinationen gegen die Schmalkaldener fortgefahren und ſuchte mit franzöſiſcher Hülfe ſein Land wieder zu erobern. Bereits jetzt drohte der längſt gefürchtete Religionskrieg auszubrechen. Am 31. Oktober wurde der Braunſchweiger von den vereinigten Truppen Heſſens und Sachſens raſch niedergeworfen und gefangen genommen. Daß wiederum einer der kaiſerlichen Anhänger von Karl im Stiche gelaſſen worden war, blieb nicht ohne Wirkung auf Friedrichs Politik. Gewiß war es für Karl V. eine moraliſche Niederlage, daß ſeinen Gegnern ein ſo leichter Sieg gelang. Er war ſeinem Lebensziele, der endlichen Proteſtantenvernichtung, nicht näher gerückt. Aber auf der Linie der Schmalkaldener zeigten ſich manche Lücken, die dem klugen Spanier nicht entgingen. Moritz von Sachſen hatte ſchon im Braunſchweiger Kriege eine

[41] Straßb. Pol. Korreſp. III. 655. — Lenz, Briefwechſel II. 368: Dann iſt's des Pfalzgraven handel, ſo wirdet's an wiſſen kaiſ. mt. nit ſein. (Straßb. Pol. Korreſp. III. 680.)

Digitized by Google

Doppelstellung eingenommen. Nachdem durch sein Zureden Heinrich von Braunschweig sich als Gefangenen ergeben hatte, hoffte der sächsische Herzog einen Vertrag zustande zu bringen und dadurch eine Aufteilung der Beute zwischen Hessen und Kursachsen zu vereiteln. Diesen Plan durchkreuzte sein Schwiegervater Philipp, indem er sich auf keine Verhandlungen in dieser Angelegenheit mit Moritz einließ, ja nicht einmal eine Besprechung des sächsischen Gesandten mit Herzog Heinrich unter vier Augen gestattete, sondern Moritz auf die bevorstehende Frankfurter Tagung verwies. Diese egoistische Ausnützung des Sieges seitens des Landgrafen und die territorialen Zerwürfnisse mit Kursachsen trieben den ehrgeizigen Herzog allmählich in die Arme des Kaisers. Der Schwager des gefangenen Braunschweigers, Herzog Ulrich von Württemberg, sagte sich direkt von der schmalkaldischen Partei los. Philipp von Hessen jagte rücksichtslos seinen Sonderinteressen nach und regte sowohl Sachsen als namentlich die süddeutschen Bundesstädte gegen sich auf.

Was war da natürlicher, als daß gerade die letztern ein Korrektiv suchten gegen das dominierende Fürstentum, wie es sich in Philipps Ehrgeiz zuungunsten der protestantischen Gesamtinteressen kund gab. Die Städte schauten sich um nach einem mächtigen Fürsten, den sie gewissermaßen gegen den Hessen und dessen Sonderpolitik ausspielen konnten. Auf den pfälzischen Nachbarn warfen sie ihre Blicke. Vernahm man doch eben mit großer Freude, wie Friedrich halblaut in seinen Landen mit Reformen umginge und aus seinen protestantischen Gesinnungen selbst kein Hehl machte. Wie wichtig war es beim nächsten Reichstag, wenn man für das Kurfürstenkollegium noch eine protestantische Stimme gewann, welche ein kräftiges Wort mitsprechen konnte in der Kölner Angelegenheit, die in den Augen kaiserlicher und antikaiserlicher Partei immer mehr die Gestalt einer Machtfrage annahm! Hier durfte Karls Politik

Digitized by Google

nimmer unterliegen, wenn anders nicht der ganze Westen an den Protestantismus verloren gehen sollte. Er konnte nach erfolgter Zitation des Erzbischofs an sein Hofgericht die Hand aus Furcht vor Demonstrationen seiner Gegner nicht mehr zurückziehen.

Aber dem evangelisierenden Hermann von Wied brachte des Kaisers Verwandter selbst, Friedrich von der Pfalz, gerade in den Tagen nach dem Wormser Reichstag, die wärmste Teilnahme entgegen. Die Empfindlichkeit des Pfälzers und der bewußte Stolz, der erste Kurfürst Deutschlands zu sein, waren mit den imperialistischen Schritten Karls gegenüber der berechtigten inneren Reform Hermanns nicht mehr vereinbar. Mit dem Eintritt für den kölnischen Kurfürsten schützte Friedrich seine eigenen Rechte und Freiheiten vor kaiserlicher Anmaßung und Beeinträchtigung. Im tiefsten Innern traf Hermanns evangelische Richtung, wie wir bald sehen werden, mit seinen Bestrebungen zusammen, den pfälzischen Landen die Segnungen der Reformation zu gewähren. Persönlich kam er mit ihm im September zu Bacharach zusammen, wo er eine enge Freundschaft mit dem bedrängten alten Herrn schloß, die durch einen regen Gesandtschaftsverkehr während der nächsten Monate unterhalten wurde. Auf dem entscheidenden Landtag in Bonn hatte er sich als einziger auswärtiger Stand vertreten lassen und arbeitete bei den Grafen und der Ritterschaft dahin, daß sie die Appellation ihres Kurfürsten an ein freies, christliches Konzil unterschrieben.[42]

Dieses kühne Vorgehen gegen Karls Politik wurde ihm im andern Lager sehr übel genommen.[43] Durch die kölnische Streitsache wurde Friedrich auch zugleich mehr und mehr in die

[42] State papers X. 612. 635. — Hasenclever, Die Pol. der Schmalk., p. 21. 29.

[43] Straßb. Pol. Korresp. III. 694. Jakob Sturm an Landgraf Philipp: Das die sag sei, wie man in Prabant und an dem kaiserischen hof dem pfalzgraven seer ubel rede und inen offentlich ein ketzer schelte.

Digitized by Google

Diplomatie der Schmalkaldener verflochten. Ein in Bacharach gefaßter Beſchluß, auf dem Bundestag in Frankfurt die Beratung über ein gemeinſames Vorgehen aller evangeliſchen Stände zu Hermanns Schutze fortzuſetzen, mußte die Schmalkaldener ſelbſt Stellung nehmen laſſen zu der Frage, ob ſie den Pfälzer in die Einung hereinziehen wollten. Dieſer mußte ſich klar werden, ob er in ſeiner bereits gefährdeten neutralen Haltung noch weiter verharren wollte.

4. Die Mainzer Erzbiſchofswahl. Wilhelm IV. von Bayern.

Einſtweilen gab die Mainzer Erzbiſchofswahl dem Kaiſer wenigſtens Gelegenheit, ſeinen Bundesgenoſſen immer mehr aufzugeben. Der Kardinal Albrecht von Mainz war am 24. September 1545 geſtorben. Nun galt es für Rom und Brüſſel, einen Stützpunkt an der Rheinſtraße zu bekommen gegenüber dem allenthalben ſich anbahnenden Abfall, oder Petersſpfennig und ergebene Prälaten, von vielem andern abgeſehen, auf immer zu verlieren. Hinſichtlich der Beſetzung befand ſich Karl im Einverſtändnis mit der Kurie. Denn ſein Kandidat, der Kardinal von Augsburg Otto von Truchſeß-Waldburg, war in dieſer Zeit der ergebenſte Sohn des römiſchen Stuhles, eifriger Korreſpondent für Rom in proteſtantiſcher Politik, ein trefflicher Förderer von Sotos Plänen und ein warmer Anhänger der Kaiſeridee.[44] Der Kurfürſt von der Pfalz war direkt aufgefordert worden, ſeine wichtige Stimme für den Augsburger

[44] Über die Mainzer Wahl ſiehe Haſenclever, ib. p. 31 ff. — Gachard, Trois années (Depeſche Navageros), p. 108: Che è confidentissimo di questa casa d'Austria. — Merkle, Concilium Tridentinum, p. 292 (Maſſarellis Diarium I), 19. Okt. 1545: L'imperatore haveva ordinato al capitolo Moguntino, que soprasedessero nella elettione del nuovo arcivescovo, imperochè voleva che ogni modo fosse eletto il card. d'Augusta.

Digitized by Google

Bischof abzugeben.[45] Hermann von Wied hatte Friedrich zu einer Besprechung dieser Angelegenheit nach Bacharach eingeladen.[46] Philipp von Hessen bedeutete im Einvernehmen mit Pfalz das Domkapitel, wie die Person Sebastians von Heusenstamm ihm als Nachbar sehr genehm wäre. Wahrscheinlich aus dem Grunde, nicht als Knecht des kleinen Landgrafen zu erscheinen, zog sich darauf Friedrich von dem weitern Betrieb der Wahlangelegenheit zurück. Bei dem nun folgenden Intriguenspiel sandte er Wolf von Affenstein nach Mainz, der sich trotzdem Philipps Agenten anschließen mußte. Dem kaiserlich gesinnten Rat war diese Sendung, die gegen seinen Willen ging, sicherlich schwer geworden, aber Friedrich wollte gerade durch das Eintreten für Heusenstamm dem Kaiser ein ehrliches und entschlossenes Gesicht zeigen. Daß Bayern offen für Kardinal Otto von Truchseß eintrat, mochte des Kurfürsten Haltung auch mitbestimmt haben. Trotzdem der Vorsitzende des Trienter Konzils im feierlichen Hochamt des Himmels Segen für Waldburg herabflehte, fielen die Lose in der bereits vorher erledigten Wahlfrage zugunsten Sebastians von Heusenstamm.[47]

Unaufhaltsam waren aber in diesen Herbsttagen trotz aller scheinbaren Hemmnisse die Verhandlungen Karls mit dem Papste vorwärts geschritten. Seit der Sendung des Kardinals Alexander Farnese auf den Wormser Reichstag waren die Pläne des Kaisers zur Niederwerfung der Protestanten immer mehr ihrer Verwirklichung entgegengereift. Am gleichen Tage, an dem das Trienter Konzil eröffnet wurde, verließ Marquina, der kaiserliche Sekretär, Rom, um einen vorteilhaften Vertragsentwurf für den Kaiser zu übermitteln. Des Papstes Geld und Truppen waren bewilligt für den Krieg gegen die Ketzer im kommenden

[45] ib.: Il quale era andato a trovare il palatino per quest'effetto.

[46] Hasenclever, p. 36.

[47] Über die Verwendung Friedrichs für Heusenstamm beim Kardinalskollegium, Friedensb. VIII. 392. — ib. 379ff. 389ff.

Digitized by Google

Sommer.[48] Da es Karl V. immer klarer wurde, daß er vorausſichtlich von Süden her den Kampf gegen die Proteſtanten beginnen müßte, ſo konnte ihm der eben unterlegene Kardinal von Augsburg behülflich ſein, den Anſchluß der katholiſchen Vormacht Süddeutſchlands, Bayerns, zu vermitteln und dadurch die Tore für den Einmarſch der päpſtlichen Truppen ſichern. Schwierig war dieſes Werk. Beſtand doch die bisherige Politik der bayriſchen Herzöge einerſeits in der Bekämpfung der habsburgiſchen Übermacht, andrerſeits in der Niederwerfung des Proteſtantismus. Wilhelm IV. und ſein zweizüngiger Kanzler Leonhard Eck wußten trefflich die Maske der Neutralität zu tragen.

Zwiſchen Bayern und Heſſen wurden ſeit längerer Zeit engere Beziehungen unterhalten, die den Abſchluß eines Bündniſſes gegen habsburgiſche Intereſſenpolitik anbahnen ſollten. Der augsburgiſche Arzt Gereon Sailer, dem zum Diplomaten leider etwas Schlauheit und Mißtrauen fehlte, hatte eine Heirat zwiſchen beiden Häuſern für möglich gehalten, und Ott Heinrich wollte gar von einer Zulaſſung des proteſtantiſchen Kultus in Bayern wiſſen, obgleich der Kardinal Truchſeß die Herzöge immer als «i veri ecclesiastici Signori duchi di Baviera» rühmte.[49] Sailer erhob, als es ſich in den nächſten Monaten um Aufnahme des Pfälzers Friedrich in den Schmalkaldiſchen Bund handelte, heftige Bedenken beim Landgrafen gegen die Zulaſſung des „Geſchworenen des gulden Schafs" (des goldnen Vließes), weil der Kurfürſt als geheimer Rat des Kaiſers niemals den Schmalkaldenern gegen Karl V. beiſtehen dürfte. Als man deshalb zu Frankfurt in die Frage der Erweiterung des Bündniſſes

[48] Druffel, Monum. Trident., Nr. 269. 276.

[49] Riezler, Die bayriſche Politik im ſchmalkaldiſchen Kriege, in Abhandl. der bayr. Akad. d. W. hiſt. Klaſſe, Bd. 21, p. 133 ff. — Stumpf, Bayerns pol. Geſch., p. 264 ff. 268 ff. — Lenz, Briefwechſel III. 352 ff.

Digitized by Google

eintrat, widerstrebte der Landgraf längere Zeit einer Annäherung des pfälzischen Wittelsbachers.[50] Ob Bayern jetzt durch kaiserliche Versprechungen oder durch Philipps bereitgehaltene höhere „Dignitäten" sich würde bestimmen lassen, habsburgischer oder schmalkaldischer Politik sich anzuschließen, das mußten bereits die nächsten Monate zeigen.

5. Der Frankfurter Bundestag.

Endlich hat der Pfälzer, schreibt Verallo anfangs Dezember 1545 an Farnese, die Maske abgeworfen und die lutherischen Prädikanten in seinem Lande zugelassen. Dem Nuntius hatte diese Nachricht Aliprando Madruzzo, ein Oberst Karls V., mitgeteilt, der sich selbst persönlich auf einer Reise durch die Pfalz davon überzeugte.[51] Als die Ritter vom goldnen Vließe über den Lebenswandel ihrer Mitglieder in diesen Tagen eine Prüfung abhielten, kam es gleichfalls zur Sprache, daß Friedrich seinen Untertanen den Abendmahlsgenuß unter beiderlei Gestalt erlaubt habe. Einige Ordensbrüder wollten den Kurfürsten entschuldigt wissen, weil er dem ungestümen Verlangen seines Volkes nicht hätte widerstreben können. Immerhin beschloß man in der Sitzung, daß Karl bei seiner Rückkehr nach Deutschland die Angelegenheit mündlich und geheim dem Pfälzer gegenüber zur Sprache bringen sollte.[52] Karl hatte, wie wir vorher schon

[50] Lenz, Briefwechsel III. 403 Anm. 1. — 387.

[51] Friedensb. VIII. 484. Verallo und Dandino an Farnese, 10. Dez. 1545: Il conte Palatino si ha pur levato la mascara, havendo admesso nelli stati suoi predicatori luterani, come nel passar il detto signor Aliprando per le terre sue dice haver inteso.

[52] De Reiffenberg, Histoire de l'ordre de la toison d'or, p. 414: Quelques uns imputèrent à l'électeur Palatin d'avoir permis à ses sujets la communion sous les deux espèces . . . Sur quoi il fut résolu, qu'il ne lui serait rien écrit à cet égard, mais que l'Empereur, arrivé en Allemagne, lui en toucherait quelque chose de bouche et en secret.

Digitized by Google

sahen, gehofft, die süddeutschen Städte von der Sache der Schmalkaldener abzubringen. Allein diese, namentlich Augsburg und Straßburg, durchquerten ihm seine Pläne. Ihnen schien es bekanntlich vorteilhaft, den politischen Einfluß Philipps von Hessen zurückzudrängen, dadurch daß sie dem fürstlichen Element einen süddeutschen Bund entgegenstellten. Die Regelung der Braunschweiger Frage ging dadurch auch leichter von statten, und es konnte Philipp nicht mehr einfallen, auf die gesamte Beute zu spekulieren. Friedrich von der Pfalz sollte durch seinen Eintritt in den Bund diesen Ausgleich in der Gesamtpolitik der Schmalkaldener herstellen.[53]

Jakob Sturm hatte im Herbst 1545 mit den kurfürstlichen Räten in Hagenau eine Unterredung gehabt und sie geneigt gefunden, sich dem Schmalkaldischen Bunde anzunähern.[54] Als er dann im Dezember zum Frankfurter Tage fuhr, kam er nach vorheriger Verabredung mit dem protestantisch gesinnten Philipp von Helmstadt in Neckarhausen zusammen. Im Rücken ihres kurfürstlichen Herrn wollten sich die pfälzischen Räte über die Absichten der Protestanten auf dem Frankfurter Bundestage informieren, namentlich in Erfahrung bringen, ob zwischen Friedrich und Philipp eine persönliche Aussprache möglich sei. Dadurch konnte der Kurfürst vielleicht am ehesten bewogen werden, mit dem protestantischen Bekenntnis offen hervorzutreten und seine phantastischen Pläne mit Dänemark aufzugeben.[55] Wie fern jedoch den Räten ein Zusammengehen mit dem Bunde lag, wie sie sich auch jetzt scheuten, direkt mit dem Kaiser zu

---

[53] Hasenclever, Kurfürst Friedrich II. von der Pfalz und der schmalkaldische Bundestag zu Frankfurt in Zeitschr. für Gesch. d. Oberrheins. N. F. XVIII. 64.

[54] Neudecker, Urkunden, p. 748. — Straßb. Pol. Korresp. III. 692.

[55] Hasenclever, Kurfürst Friedrich II., p. 62ff. 73ff. — Straßb. Pol. Korresp. III. 693. Über die Verhältnisse am Pfälzer Hofe im einzelnen siehe unten p. 68 ff.

Digitized by Google

brechen, beweist die Hinzuziehung des kaiserlich gesinnten Wolf von Affenstein. Er war der Schwager des Vizekanzlers Naves, und durch ihn gelangten die Nachrichten von reformatorischen Vorgängen am pfälzischen Hofe an die kaiserliche Kanzlei.[56] Sturm versicherte die Räte, daß er nach Kräften sich beim Landgrafen für eine Zusammenkunft verwenden wollte und feuerte ihren jungen protestantischen Eifer an, den sie auch ihrem Herrn gegenüber bezeigen sollten. Daß Friedrich auf eine Unterstützung der dänischen Pläne in seinem Sinne bei den Schmalkaldenern nicht hoffen konnte, hatten diese von Anfang an klar durchblicken lassen.

Jetzt griff auch Augsburg tätig in die Politik der Straßburger ein. Als die beängstigenden Gerüchte von päpstlichen Rüstungen einliefen, wurde auf Anregung des Bürgermeisters Jakob Herbrot von Augsburg Schärtlin von Burtenbach an den Kasseler und Heidelberger Hof entsandt. Am 8. Dezember in Heidelberg angelangt, brachte er seine Werbung vor: Angesichts der drohenden Gefahren sollte Pfalz den Anschluß an die Schmalkaldener suchen. Friedrich kam dem Delegierten Augsburgs mit sichtlichem Interesse entgegen und erwärmte sich für den Gedanken einer Zusammenkunft mit dem Landgrafen. Vielleicht hofften die übrigen Bundesmitglieder, daß durch Philipps Vermittlung das gespannte Verhältnis zwischen Pfalz und Bayern sich lösen könnte, und Friedrich durch diesen Liebesdienst fester mit den Schmalkaldenern verbunden würde. Die dänische Frage blieb bei den Verhandlungen einstweilen völlig aus dem Spiel, auch Riedesel, der als pfälzischer Gesandter Schärtlin nach Frankfurt begleitete, bekam dies in seine Instruktion geschrieben.[57]

[56] Hasenclever, ib. p. 65 ff. — Karlsruhe, G.-L.-Archiv. Handschrift A. Nr. 381, fol. 61. Über dieselbe siehe unten p. 35 Anm. 72.

[57] Hasenclever, Die Politik der Schmalkaldener, p. 189ff. Dort das Einzelne ausführlicher.

Digitized by Google

Mag sein, daß Philipp hinter die Politik der süddeutschen Städte sah, welche ihm einen neuen Kurfürsten an die Seite setzen wollten, der, an Glanz und respektvolle Behandlung gewöhnt, bald den kleinen Landgrafen überstrahlen mußte. Genug, er nahm die herzhafte Handlungsweise äußerst kühl auf. Denn um sein Sonderbündnis mit Bayern war es durch den Eintritt des Pfälzers in den Bund geschehen, und der bayrische Vetter würde bei der höhern Instanz, beim Kaiser, seine Wünsche schon anbringen. Abgesehen von diesen politischen Tatsachen mußte sich Philipp von Hessen im Interesse der Schmalkaldener fragen, worin eigentlich die Gewähr bestände, um auf Friedrichs protestantische Gesinnung bauen zu können. Bislang hatte der Pfälzer keinerlei Beweise seiner Aufrichtigkeit und seiner Beständigkeit gegeben. Sturm hatte viele Mühe, gerade diese Bedenken des Landgrafen zu zerstreuen.[58] Mit der Aufnahme des Kurfürsten von der Pfalz in den Bund mußte notgedrungen die hessische Sonderpolitik in Philipps Augen eine starke Einbuße erleiden. Und doch fühlte er sich moralisch gezwungen, dies Opfer aus Liebe zur evangelischen Sache zu bringen.

Am letzten Jahrestage beschlossen sämtliche evangelischen Stände auf dem Römer in Frankfurt einmütig für Hermann von Wied einzutreten durch eine gemeinsame Appellationsschrift. Um einen moralischen Druck auf den Kaiser auszuüben, schlossen sich die drei protestantischen Kurfürsten untereinander zusammen. In Heidelberg wurde die Werbung an Karl V. abgefaßt, welche das religiöse Element, das in der Person des Kölner Fürsten und ihres Glaubensgenossen bedroht war, in den Vordergrund rückte. Man konstatierte die Prozeßunzuständigkeit des Kaisers, da Hermann von Wied mit seinen Reformen ganz in Ausübung seines bischöflichen Hirtenamtes gehandelt hätte. Karl sollte Deutschland das Schauspiel ersparen, wie ein Kurfürst des

[58] ib. p. 157 ff. — State papers XI. 1.

Digitized by Google

Reiches wegen Handlungen seiner inneren Verwaltung gemaßregelt werde und sein Ohr in dieser Angelegenheit nicht der päpstlichen Partei leihen, die mit ihren Hetzereien den Frieden der Nation störe.[56]

Im kleinen Ausschusse zu Frankfurt beschloß man jetzt auf Anregung Sturms den Kurfürsten Friedrich, der unzweifelhaft seine protestantische Gesinnung in der Kölner Angelegenheit dokumentiert habe, auf den Bundestag einzuladen. Würden die Schmalkaldener es unterlassen, so könnten sie leicht den empfindlichen Pfälzer in die Arme des Kaisers treiben. So fuhren denn am 11. Januar Jakob Sturm, der kursächsische Rat Eberhard von der Thann und der Württemberger Gesandte Wilhelm von Massenbach mit ehrenvoller Mission nach Heidelberg. Sie beglückwünschten den Kurfürsten zu der begonnenen Reformation, baten ihn ungesäumt darin fortzufahren und luden ihn schließlich zu den Frankfurter Verhandlungen ein.[59] Der Ritter Wolf von Affenstein wurde von Friedrich an den Kaiser gesandt, um ihn wegen des geplanten Schrittes bei Karl zu entschuldigen. Dieser kaiserlich gesinnte Unterhändler versicherte auch am Hofe, daß man in Heidelberg am alten Glauben unentwegt festhalte. Letzteres war direkt unwahr.[60]

Plötzlich machte die kühne Idee, vielleicht ein Sonderbündnis mit Kurfürst Friedrich abschließen zu können, den Landgrafen

[59] Hasenclever, ib. p. 194ff. — Straßb. Pol. Korresp. III. 707. — State papers XI. 19.

[60] Friedensb. VIII. 563. Quello (ambasciatore) del conte Palatino è venuto a scusar suo patrone, perchè l'andò alla dicta di Franchforte, con dire che vi andò per servigio di Dio et di Sua Maestà et per consultare che non nascesse guerra in Germania per desiderio della religione et che non si trovarà che sia fatto Lutherano nè intrato nella lega Smalcaldica, sibene ha permesso nel Palatino suo stato certi articuli, perchè lo fece per avviare a maggior mali et alla religione di suoi populi; et che esso non vole altra lega che quella di Sua Maestà, sotto la cui protectione vole vivere et morire, allegando haver refiutati gran partiti da Lutherani.

Digitized by Google

für den Plan einer Zuſammenkunft mit dem Pfälzer geneigt. So fuhren denn beide Fürſten, jeder mit beſondern Gedanken und Entwürfen in der Bruſt, zu den Frankfurter Verhandlungen. Im Gefolge des Kurfürſten befanden ſich Ott Heinrich und Wolfgang. Schon ſprach man im kaiſerlichen Lager davon, daß die Furcht vor einem bevorſtehenden Angriffe die Proteſtanten zuſammentreibe und Friedrich von der Pfalz ſamt Hermann von Wied in das Schmalkaldiſche Bündnis eingetreten ſei.[61] Als großes Geheimnis erzählte man ſich, daß dieſe „Liga", im Falle Karl den Papſt im Stiche ließe, dem Kaiſer gegen die Franzoſen beiſtehen und ihm bei der Eroberung Piemonts behülflich ſein wolle.[62]

In Frankfurt verſtändigte man ſich in vielen Punkten, allein mit dem Eintritt in den Bund zögerte der pfälziſche Kurfürſt. Er erklärte, daß er vorher die Zuſtimmung ſeiner Landſtände einholen müßte. Friedrich hatte derweilen einen Blick in die ungeordneten Verhältniſſe der Schmalkaldener tun können. Unſichere und zweifelhafte Gewinne, das ſtand bei ihm feſt, konnte ihm dieſe Verbindung allein bringen. Er ließ in Frankfurt die Nachricht zurück, daß er in bezug auf die religiöſe Frage und den Anſchluß an den Bund einen Landtag nach Heidelberg ausſchreiben werde und ritt am 3. Februar zur Stadt hinaus.[63]

[61] Siehe das Tagebuch J. Sturms. Straßb. Pol. Korreſp. III. 697 ff. — Merkle, Conc. Trident, p. 488 (21. Febr. 1546). Quae liga duo praecipua in se continet, primum, ut unusquisque foederatorum manuteneatur et defendatur a quacunque molestatione sive in causa religionis, sive in quacunque alia causa a quovis illata. . . . Verentur enim, ne a Caesare bello aggrediantur.

[62] ib. p. 396. 29. Jan. 1546. Che li Lutherani haveano offerto all'imperatore, se S. M. voleva non accostarsi al papa nè esserli contro nè favorire il concilio, che loro volevano pigliare sopra di sè a farli et mantenerli la guerra con Francia et darli recuperato in breve tutto il Piemonte.

[63] Haſenclever, Die Pol. der Schmalkaldener, p. 201 ff. 208/09. —

Digitized by Google

Noch während der Verhandlungen waren die Gesandtschaften der weltlichen Kurfürsten und der übrigen protestantischen Stände gemäß den Beschlüssen des letzten Dezembertages nach Köln abgegangen. Sie trafen am 22. Januar in der Bischofsstadt ein und versuchten hier zum letztenmal auf Domkapitel und Rat zugunsten ihres Kurfürsten einzuwirken. Von da ging der Weg nach Mastricht zum Kaiser. In zwei getrennten Gesandtschaften kam man bei Karl ein mit der Bitte um Milde für den Kölner, mit der Frage nach dem wahren Grunde der kriegerischen Gerüchte und einer Interpellation, ob das Konzil wirklich mit kaiserlicher Erlaubnis eröffnet worden sei, trotzdem ein Nationalkonzil versprochen worden. Obwohl der Kaiser die Delegierten der Reichsstände mehrfach empfangen hatte, war der schließliche Erfolg dieser Gesandtschaft nur der, daß Karl ihnen unbestimmte, ausweichende Antworten erteilte und die Fürsten auf den kommenden Regensburger Reichstag verwies.[64]

6. Zusammenkunft Karls V. in Speyer mit Friedrich von der Pfalz und Philipp von Hessen.

Am 17. März schrieb der Kaiser an seinen Sohn Philipp, daß er noch einen letzten Versuch machen wolle, um womöglich noch eine Verständigung mit den Protestanten zu erreichen, die jetzt unter dem Drucke der Kriegsfurcht ständen.[65] Am nächsten Tage setzte er sich in Bewegung, um zum Regensburger Reichs-

Bierordt I. 362. — Über die Landstände: Hasenclever, p. 205 Anm. 50; Häußer I. 335 ff. — Druffel in Abhandl. der bayr. Akad. d. W., Bd. XIX, p. 534. Der Kardinal von Augsburg an die Legaten zu Trient.

[64] Druffel, ib. Bd. XIX, p. 539. Serristori an Herzog Cosimo. — Hasenclever, Die Politik der Schmalk., p. 160 ff. Hier das Einzelne. — Friedensb. VIII. 553 ff 563 Anm. 2. 567 ff — Maurenbrecher, Karl V. und die deutschen Protestanten. Anhang, p. 41 ff.

[65] Maurenbrecher, ib. Anhang, p. 43.

Digitized by Google

tage hinaufzuziehen. Unterwegs aber gedachte er in Speyer noch eine perſönliche Ausſprache zu halten mit Friedrich von der Pfalz und Philipp von Heſſen. Die Begegnung Karl V. mit dieſen beiden Fürſten in den Märztagen 1546 hat ſeit Sleidan die fragende Verwunderung der Hiſtoriker wachgerufen. Denn der Kaiſer ſchien wirklich gewillt, noch Kompromiſſe mit ſeinen Gegnern zu ſchließen, obgleich bereits Kriegsgerüchte die Luft durchſchwirrten.[66] Ob es ſeine Abſicht war, wie Druffel meint, Philipp von Heſſen hier durch Häſcher aufheben zu laſſen, ſei dahingeſtellt.[67] Nach ſeinem eigenen Geſtändnis tat er dieſen Schritt, um mit ſeinem pfälziſchen Verwandten noch einmal Rückſprache zu nehmen und ihn zur kaiſerlichen Politik zurückzubringen.[68] Schließlich konnte es im Intereſſe ſeines Kriegsplanes nichts verſchlagen, wenn er durch dieſe Unterredung die bereits aufgeregten Gemüter der Schmalkaldener beruhigte und täuſchte. Die Beſprechung des Kaiſers mit dem Heſſen geſchah in Gegenwart des Pfälzers. Auch die däniſche Gattin war mitgekommen. Nach den Commentaires trat Philipp ſo heftig gegen den Kaiſer auf, daß Karl das Geſpräch bald mit ihm abbrach. Allerdings ſteht das Protokoll des Landgrafen, das dieſer über die gepflogenen Verhandlungen anfertigen ließ, mit den Nachrichten kaiſerlicherſeits in Widerſpruch.[69]

Mit dem Kurfürſten ſcheint der Kaiſer günſtigere Reſultate erzielt zu haben. Deſſen däniſcher Gemahlin gegenüber ſoll er

[66] Druffel, Briefe und Akten III. 1—25. — State papers XI. 86.

[67] Druffel, Kaiſer Karl V. und die römiſche Kurie. Abh. d. bayr. Ak. Bd. XIX. 454.

[68] Friedensb. VIII. 694. Karl V. an Königin Maria, 29. März 1546: Principalement pour parler avec le conte Palatin electeur sur les affaires de ceste Germanye et touchent la diette. — Lanz, Korreſpondenz Karls V. Bd. II. 486.

[69] Druffel, Briefe und Akten III. 1 ff. 17. Daſelbſt auch hinſichtlich des Widerſpruchs beider Berichte. — Ebenſo der Bericht Monts. State papers XI. 86.

Digitized by Google

geäußert haben: „Nichte, laßt euch nicht in die ſekten verfüren". In den übereinſtimmenden Briefen an Sohn und Schweſter lobte Karl des Pfälzers Eifer, der auch fernerhin vermitteln und ſeine Dienſte dem Kaiſer zur Verfügung ſtellen wollte.[70] Als Karl fünf Tage in Speyer verweilt hatte, brach er nach Regensburg auf. Er zog mitten durch proteſtantiſche Gebiete und hatte nur geringes Gefolge zu ſeiner Begleitung. Deshalb konnte er in ſeinen Commentaires eine kleine Furcht vor einem plötzlichen Überfall der Schmalkaldener nicht unterdrücken, welche ihn während dieſer gefahrvollen Reiſe beſchlich. Friedrich erhielt darauf Philipps Beſuch in Heidelberg. Dieſer konnte nach den Eröffnungen der letzten Tage nicht mehr im unklaren bleiben, daß das ernſte Drama bald beginnen werde. Von hier aus ſetzte Philipp dann ſeine Reiſe weiter fort nach dem Stuttgarter Hofe.[71]

7. Die Heidelberger Tagung. Vorbereitungen des Kaiſers zum ſchmalkaldiſchen Krieg.

Das gegebene Verſprechen, die Grafen und Herren ſeines Landes zu einem Heidelberger Tage zu berufen, wurde durch den Kurfürſten erfüllt, indem er ſie auf den 7. April zu einer Beratung und Beſchlußfaſſung hinſichtlich der Reformation in der Pfalz und des Anſchluſſes an die ſchmalkaldiſche Politik

[70] Maurenbrecher, Anhang, p. 45 (3. April 1546). El dicho Conde muestra dessear muy mucho la Concordia de la religion. — Friedensb. VIII. 597. Kardinal Otto Truchſeß von Augsburg an Farneſe, 3. April 1546: Ma si scrive che'l conte Palatino si è offerto per mediator tra i Catolici e Protestanti.

[71] State papers XI. 88. 125. — Lenz II. 414. III. 368. — Friedensb. IX. 22. — Siehe außerdem Friedensb. VIII. 587. 589. 623. 635ff. — Lenz II. 406.

Digitized by Google

zu sich bestellte.[72] Bereits in den ersten Tagen des März hatten die kurfürstlichen Räte über das Programm verhandelt, welches man dieser Versammlung vorlegen wollte. Am 2., 3. und 4. März kamen zur Beratung desselben zusammen: Der Marschall Hans Pleikart Landschad von Neckarsteinach, der Kanzler Hartmann von Eppingen, Philipp von Helmstadt, Freiherr von Fleckenstein der ältere, der Germersheimer Vogt Riedesel, Wolf Reuß und der Sekretär Hubertus Thomas Leodius. Die Annahme der evangelischen Konfession war für sie bereits eine gegebene Sache. Darin stimmten sie überein, daß man in der Reformation jetzt nicht mehr rückwärtsschreiten werde. Ein ferneres Zusammengehen mit dem Kaiser und dessen Politik wies die Versammlung von vornherein ab.[73] Aber andere Fragen mußten erörtert werden. Schloß sich Pfalz dem schmalkaldischen Bunde nicht an, so war Karl V. trotzdem schon darüber erzürnt, daß Friedrich zum neuen Glauben übergetreten war. Wurde das Land der Religion wegen angegriffen oder blieb es neutral und wurde von feindlichen Truppen durchzogen, so wußten die Räte in beiden Fällen nicht, was man anfangen sollte. Trat ihr Herr in den Bund ein, dann gab es viele Lasten zu tragen, und bei einem unglücklichen Ausgange des Krieges würde man dem Lose des Kölners und damit als Beute dem bayerischen Herzog verfallen.[74]

---

[72] Die Verhandlungen in der Karlsruher Handschrift A. Nr. 381, einem der wenigen erhaltenen Aktenstücke über Friedrichs Politik während dieser Jahre. Die Schrift ist teilweise schwer leserlich. Die Handschrift trägt die Überschrift: Handlungen welchermaßen in annis 1546 und 53 von der churf. Pfaltz, etlich grafen, herrn der Kraichgauisch und andere vom Adel ghen Heidelberg zur Cantzlei beschrieben, religions, kriegs und anderer wichtigen in nöten furgefallene sachen wegen ires rhats, hülf und beistandt begert worden. Item de annis 78 und 79.

[73] ib. 381, fol. 61. Kanzler Hartmann am 2. März 1546.

[74] ib. 381, fol. 60. — „des puntnus wegen daruf stehe ein wagnus und es werde der keiser widiesch." Wolf Reuß am 3. März 1546, fol. 63 ff. — „Wo der krieg gieng und Pfaltz mit drin begriffen, dweil die ausgeng kriegs

Digitized by Google

Für den tätigen Fortgang der Reformation im Lande waren der Kanzler Hartmann, der Marschall Hans Pleikart Landschad, der Germersheimer Vogt Riedesel und Helmstadt voll warmer Begeisterung. Der Marschall warf bereits die Frage auf, was in Zukunft mit den Klöstern des Landes geschehen sollte. Hartmann wollte am liebsten sogleich eine „Ordnung" in die Ämter senden, damit eine kirchliche Einheit hergestellt werde und dieselbe auch aus dem gleichen Grunde dem Bruder des Kurfürsten, dem Wormser Bischof Heinrich, zustellen.[75] Der alte Fleckenstein war für ein Stillestehen bis nach dem Reichstage zu Regensburg und auch dann sollte man „Staffel für Staffel" vorwärtsschreiten. Leodius stand der religiösen Neuerung mit kühlen Worten gegenüber, nur Affenstein meinte während der Beratungen, es wäre das beste zum altväterlichen Glauben wieder zurückzukehren.[76] Auf sein Drängen hin waren die neuen kirchlichen Erlasse und die jüngsten Reformen durch seinen Schwager Naves dem Kaiser mitgeteilt worden. Aus politischer Klugheit billigte man dieselben anscheinend am Hofe als dem Regensburger Gespräch von 1541 konform. In der Frage des Anschlusses an den schmalkaldischen Bund blieben die Räte unschlüssig. Neutral wollten sie nicht mehr bleiben, andererseits fürchteten sie den gewaltigen Zorn des Kaisers.[77] Der Ständeversammlung und dem Kurfürsten wollten sie den letzten Entscheid darüber überlassen.

---

mislich, dadurch zu Bairn das usschreiben heufig angeen möcht, wie es zu verhueten." ib. fol. 60.

[75] ib. fol. 66.

[76] Hubertus meint bezüglich des Bündnisses mit den Schmalkaldenern: „Ob man darein woll und mit einer sonne darin brennen mocht". ib. fol. 63. — Affenstein während einer Sitzung am 3. April 1546: „Das man sich nun darin (in die Religion) schicke und ins werck ziehe den altvaterlichen decreten gemess und dem gemeinen manne nit ergerlich sei". ib. fol. 66.

[77] ib. fol. 63. „Sol man hilf suchen bei den Neutralibus, die haben sich im reich nun fast verlorn." Kanzler Hans Landschad, 3. März 1546.

Digitized by Google

Der Einladung an die Grafen und Herren wurde eine kurfürſtliche Propoſition beigegeben: Aufgabe der neutralen Stellung, Forderung eines freien deutſchen Konzils und Aufmunterung an die Geladenen, ebenfalls die Augsburger Konfeſſion anzunehmen. Die kaiſerliche Politik wurde klar und ſcharf beleuchtet und auf die gefährlichen Vorgänge in Italien und die bevorſtehende Fremdeninvaſion nachdrücklich hingewieſen.[78] Von den Vorberatungen der Räte unterſchied ſich dieſes vorgelegte Programm durch ſeine präziſe und energiſche Haltung und durch das offene, unzweideutige Bekenntnis zur evangeliſchen Lehre.[79]

Schon einen Tag nach der Ankunft der Stände erfolgte die Antwort. Aus Affenſteins Worten, der den Bericht erſtatten ſollte, vernimmt man den Ärger über das Mißlingen ſeiner kaiſerfreundlichen Politik.[80] Nicht nur billigte die Verſammlung

[78] ib. fol. 113. „Vermerckte bewegnuſſen, warumb durch uns Pfaltzgraf Friedrichen churfürſten die erſchienen grafen, herrn und vom adel hierher beſchrieben ſeien." — Friedrich bittet ſie um ihren Rat und Hülfe, „als die ſonder zweifl nunmehr dieſer chriſtenlichen religion genaigt und angenommen haben und noch annemen möchten". fol. 121. — ib. fol. 115. „Auch alle andere ſachen dermaß daran hangen, daß je ein ſtandt mit dem andern religions freundt oder feindt ſein mus und kein mitl oder Neutralitet ſtatt haben will." — fol. 117. „Alſo iſt in der menſchen hertzen gegeneinander würckhen die falſche und rechte religion wie man auch pfleget nebenwege und andere verblumunge furzugeben als ob man auch Chriſten ſei und die recht religion lieb habe, dem aber nit zu verdrawen, dan ſo man den vorthail erraicht, ſein die thaten anderſt geſtalt." — In dieſer Weiſe wurde die kaiſerliche Politik am Heidelberger Hofe beleuchtet. — Über den Landtag vgl. Friedensb. IX. 21, auch ib. Anm. 2. Sua Excellenza lor disse poi che intendeva ch'erano per venir genti forestiere per far guerra in queste parti, il che non erano i passati loro usati di tolerare.

[79] Leider ſind die Vorgänge dieſer Tage alle in Dunkel gehüllt, obwohl wir gerne den Schleier heben und wiſſen möchten, welche Strömungen hier am Hofe beſonders vorwärtsdrängten. — Der Kurfürſt ſpricht es in der Propoſition an die Grafen und Herren aus, er habe ſich „aus der zwiſpalt zu rechter chriſtenlicher religion der Augspurgiſchen Confeſſion gemes begeben". ib. fol. 116.

[80] „Der Graven, Hern und Ritterſchaft Antwort, meinem gn. h. geben durch hern Wolfen von Affenſtein Ritter, den 7. April 1546", ib. fol. 140 ff. —

Digitized by Google

die Reformen des Kurfürsten, sie drängte ihn in der heiligen Sache vorwärts durch die Aufforderung, die letzten unchristlichen Zeremonien abzuschaffen.[81] Der Einung mit den Schmalkaldenern pflichteten sie schon deswegen bei, um einen bewehrten Frieden aufrechtzuerhalten. Fernab sollte diesem Bündnis jede andere Absicht liegen als die des Schutzes ihrer Religion.[82] Die Neuburger Vertreter erinnerten Friedrich an die adlichen Taten seiner Ahnen und daß er nur vor dem göttlichen Stuhle Rechenschaft über seine Handlungen abzulegen hätte. Es sprach aus diesen Worten der Geist eines bereits protestantischen Landes, die hehre Gesinnung Ott Heinrichs.[83]

Die Nachwirkungen dieser Tage sollten, wie wir in kurzem sehen werden, sich während der nächsten Monate in den Reformen des pfälzischen Landes zeigen. Daß Friedrich trotzdem nicht in den schmalkaldischen Bund eintrat, hatten seine Mit-

„Dweil ich aber der geschicklicheit nit wie es beratschlagt also statlich furzutragen, so habe Ire gnaden und Sie ich underdienstlich freundlich ersucht und gebetten, mich des schweren lasts zu erlassen . . ., dweil mirs aber darüber nochmals bevolhen, so bit ich underthenigst mein verdrossene rede aus fürstlicher milte und tugent gnedigst anzunemen." ib. fol. 140.

[81] ib. fol. 141. So nun E. ch. gn. die religion angenommen, die vor got und der welt bekent, so volg daraus die abgotische ceremonias abzuthun. — Friedensb. IX. 21. Verallo an Farnese, 23. April 1546: Li stati suoi li han resposto rengratiando Dio che lo habbia illuminato alla vera via evangelica, exortandolo a far la reformatione, che la sia osservata comunemente da tutti con abrogare totalmente la setta papistica.

[82] Karlsruhe, ib. 381, fol. 143: „Vielleicht ein schwerdt das ander in der schaiden beholten moege". — ib. „daß solichs allein ein puntnus der religion sei und nit des gemuets, daraus reich zu werden".

[83] ib. fol. 145. — Im Januar bereits war zu Neuburg ein Landtag abgehalten worden wegen der Gefahr, die dem evangelischen Lande von Bayern her drohte. Franz Konrad von Sickingen, Viztum zu Amberg, Philipp von Helmstadt und der kurpfälzische Rat Hieronymus Reithart nahmen als Gesandte an den Beratungen teil und ermunterten hier die Landstände, fest bei dem neuen Glauben zu verharren. Die evangelischen Regenten des Landes beschlossen deshalb im Verein mit der Landschaft „bei der h. religion zu bleiben und gut und blut drob beizusetzen". Lenz II. 394. Bucer an den Landgrafen, 18. Jan. 1546.

Digitized by Google

glieder zum großen Teil ihrer Läſſigkeit und der Verworrenheit ihrer eigenen Verfaſſung zuzuſchreiben, über die Friedrich ſich keiner Täuſchung hingab. Andererſeits lag es auch in der Art des Pfälzers, mit der hergebrachten Politik des Verſteckſpielens nicht ganz zu brechen und ſich jederzeit die Hände für günſtigere Konjunkturen freizuhalten.

Zu Beginn des Monats April kam in Worms der neue Bundestag zuſammen. Die Beteiligung an demſelben war aber ſo gering namentlich von ſeiten der ſächſiſchen Städte, daß keine der wichtigen Fragen zur Erledigung kam. Friedrich blieb den Verhandlungen fern und ſomit von der Aufnahme in den Bund ausgeſchloſſen.[84]

Mit Bayern ſchien Friedrich in dieſen Märztagen noch in einen ernſtlichen Konflikt zu geraten, da dieſes ſeine alten Pläne nicht aufgab. Herzog Wilhelm ſtachelte das Stiftskapitel von Freiſing zu einer Neuwahl auf, weil Friedrichs Bruder, Heinrich, der gleichzeitig auch in Worms Biſchof war, angeblich Proteſtant und in das ſchmalkaldiſche Bündnis eingetreten ſei. Nach Capilupos Ausſage hätte der Kurfürſt ſeinen Bruder erſucht, in dem Bistum die Reformation einzuführen.[85] Das Wetter zog ſich noch einmal, denn der Kaiſer winkte dem Bayernherzog mit weit höhern Ausſichten. Am 3. Juni 1546 ſchloß er mit ihm jenen Geheimvertrag zu Regensburg ab, in welchem er Wilhelm den Kurhut verſprach, falls Friedrich die Waffen gegen den kaiſerlichen Schild erhebe.[86]

[84] Lenz II. 439 ff. — Friedensb. IX. 32. — Hafenclever, p. 215.

[85] Friedensb. VIII. 576. Kardinal Otto von Augsburg an Farneſe, 14. März 1546: Poichè il vescovo d'adesso, fratello del conte Federico Palatino elector, qual medemamente è vescovo de Vormacia, è fatto apostata et Luterano con esser intrato ne la liga et secta di Protestanti. — ib. IX. 43 Anm. 3. — 475 Anm. 1. — Merkle, Conc. Trident. (Maſſarellis Diarium), p. 518. Item quod comes Palatinus et duces Bavariae non bene conveniunt et adeo inter se dissident, ut quisque eorum ad proelium se praeparet. (21. März 1546.)

[86] Riezler, Die bayriſche Politik im ſchmalkaldiſchen Krieg. Abhandl. d. bayr. Akad. d. W., Bd. 21, p. 137.

Digitized by Google

Der pfälzische Kurfürst hatte durch den Vorschlag eines Religionsgesprächs auf dem vorjährigen Reichstag der kaiserlichen Politik nochmals die erwünschte Muße verschafft, im stillen die Kriegsrüstungen zu Ende zu führen. Bayern war gewonnen, die Verhandlungen mit Moritz nahten ihrem günstigen Abschluß und noch manche Reichsstadt, die heimlich murrte über die schweren Auflagen des Bundes, gedachte der Spanier den Gegnern abzugewinnen.[87] Freundlich und nachdrücklich hatte er den Pfälzer zum Regensburger Reichstag einladen lassen.[88] Einstweilen sandte dieser den beim Kaiser beliebten Wolf von Affenstein neben Philipp von Gemmingen und Probus von Alzey voraus.[89]

Am 22. Juni verkündigte der Papst dem Kardinalskollegium den gelungenen Abschluß der Kapitulation mit Karl V. Das Religionsgespräch, selber ein Unding, mußte bald sein Ende erreichen, als deutliche Truppenbewegungen in Italien und in den Niederlanden sich vollzogen, als die Schmalkaldener auf die Anfrage nach den drohenden Einmärschen auswärtiger Söldner die unmißverständliche Antwort erhielten, es handle sich um Züchtigung widerspenstiger Reichsstände. Am 20. Juli verhängte Karl über Johann Friedrich und Philipp die Acht. Der Protestantenkrieg begann.

[87] Kannengießer, Der Wormser Reichstag, p. 74. — Karlsruhe, Handschr. 381, fol. 63.

[88] Lanz, Korrespondenz Karls V., Bd. II. 486.

[89] Karlsruhe, Kopialb. 842, fol. 204.

Digitized by Google

Zweiter Abschnitt.

Friedrichs reformatorische Handlungen in seinem Lande bis zum Protestantenkrieg.

1. Ludwigs V. Verhältnis zur Reformation. Friedrichs erste reformatorische Schritte.

Der Kurfürst Ludwig V. von der Pfalz war Zeit seines Lebens ein treuer Anhänger der alten Religion geblieben. Doch ist er nie ein Eiferer für die Kirche gewesen, vielmehr machte sich öfters während seiner Regierung ein gewisser kirchlicher Liberalismus geltend, wie wir ihn noch manchmal bei spätern pfälzischen Kurfürsten wiederfinden. Er war immer ein Feind von gewaltsamen Maßregeln namentlich in Religionsangelegenheiten. Energisch widerstrebte er dem Vorschlage auf dem Wormser Reichstag 1521, Luther das versprochene Geleit zu brechen. Ebenso widersetzte er sich den Drohungen, die 1530 von katholischen Ständen gegen die Protestanten ausgestoßen wurden und verdiente sich durch seine vermittelnde Tätigkeit zu Nürnberg 1532 mit Recht den Namen des Friedfertigen. Heinrich Stoll, der wegen evangelischer Gesinnung aus Worms vertrieben worden war, predigte als Pfarrer der Heiliggeistkirche während fünfzehn Jahren von Ludwigs Regierung. An andern Orten wie in Eppingen, Heidelsheim und Bretten wurden offen protestantisch gesinnte Geistliche geduldet. Auf dem Wormser

Digitized by Google

Religionsgespräch stimmten Stoll und Matthias Keuler, die Delegierten der Heidelberger theologischen Fakultät, in der Lehre der Rechtfertigung mit den Protestanten überein.

Aber der Ritter- und Bauernaufstand, die täuferischen Unruhen, die Kurfürst Ludwig V. in seinem Lande mit eigner Faust niederkämpfen mußte, hatten bewirkt, daß er zeitlebens keine intimeren Neigungen für den Protestantismus empfand. Abgesehen von diesen Beweggründen persönlicher Art banden ihn weitere Rücksichten an die alte Kirche. Fünf seiner Brüder saßen in geistlichen Stellen, sein Bruder Friedrich, der nachmalige Kurfürst, spekulierte auf Prinzessinnen aus dem habsburgischen Hause und endlich auf den Königsthron von Dänemark, den er nur mit kaiserlicher Unterstützung gewinnen konnte.

Die Universität erlebte unter Ludwigs V. Regierung nicht mehr jenen hohen Aufschwung, den sie einstens zur Zeit der Frühblüte des Humanismus unter Philipp dem Aufrichtigen erreicht hatte. Scholastisches Wortgezänke, mittelalterlicher Schulkram, Markten um Privilegien, das war das Bild, das die hohe Schule am Neckar damals darbot. Ein kleiner und enger Geist beherrschte das akademische Leben, von wissenschaftlicher und sittlicher Erhebung war während der ganzen, langen Epoche Ludwigs V. nichts zu verspüren. So kam es, daß nach und nach eine Reihe von Männern die Hochschule verließ, glänzende Namen wie Brenz, Simon Grynäus, Hermann vom Busch, Sebastian Münster, Micyllus und Billikan. Als der Kurfürst starb, lag das Universitätsleben ganz und gar noch in den Fesseln mittelalterlich-kirchlichen Scholastizismus, obschon ringsum in den Nachbarländern der neue Geist die alten Formen zerbrochen hatte.

So hoffte man denn von dem neuen Kurfürsten Friedrich, dem man schon längst stille protestantische Neigungen zutraute, den ersehnten Aufschwung für Universität und Land. Bald

Digitized by Google

nach ſeinem Regierungsantritt nahm er den ſtandhaften Theologen Heinrich Stoll gegen die Invektiven des Heiliggeiſtkapitels in Schutz. Dieſes hatte dem evangeliſch geſinnten Pfarrer der Heiliggeiſtkirche den Unterhalt verſagt, weil er bereits ſeit Jahren ſich weigere, Meſſe, Chorgänge und andere Zeremonien mitzumachen und durch proteſtantiſche Predigten das Volk aufrege. Friedrich befahl dem Stift, den Magiſter Stoll unbehelligt zu laſſen und ihm die Präſenz auch fernerhin zu verabfolgen. Deutlich ſpricht ſchon aus den Worten der Kanoniker am Heiliggeiſtſtift die Angſt vor drohenden Änderungen und Umwälzungen.[90]

Eines der früheſten Gerüchte, das über des Kurfürſten veränderte Kirchenpolitik umlief, teilt der Nuntius Mignanello im April 1545 ſeinem Konzilslegaten mit. Er überſendet ihm eine Liſte der in den letzten 2—3 Monaten abgefallenen Herren und Städte und fügt den bedeutſamen Zuſatz bei, daß Friedrich im Begriffe ſtehe, der neuen Lehre ſich zuzuwenden. Der Straßburger Theologe Kaſpar Hedio ſei bereits als Heidelberger Hofprediger berufen worden. Aus dem Leben des gelehrten Mannes iſt zwar nichts derartiges bekannt, doch ſtand Hedio ſowohl mit dem Kurfürſten als auch mit dem im Exil lebenden Herzog von Neuburg, Ott Heinrich, in enger, literariſcher Freundſchaft, die ſich auch auf religiöſe Gebiete erſtreckte, wie es der Briefwechſel der nächſten Jahre beweiſt. Die frühe Zeit, aus welcher dieſe Bemerkungen des Nuntius ſtammen, zeigt allerdings, wie ſcharf die römiſchen Augen in den ſich ankündenden Wandel des religiöſen Lebens am Hofe hineinſahen.[91]

[90] Karlsruhe, Kopialbuch 877, fol. 6 ff. — „was unrath, zerrüttung und des loblichen königlichen Styefts zerſterung daraus volgen würdt", fol. 7. Den Magiſter Stoll klagt das Kapitel an, weil er, „in vielen jaren im chor oder capittel wenig oder gar kein gemeinſchaft gehabt, ſonder ſich unſſer geeuſſert". ib.

[91] Druffel, Monum. Trident., p. 73. Comes Palatinus elector jam

Digitized by Google

Am Osterfest des Jahres 1545 nahm Friedrich zusammen mit seiner dänischen Gemahlin Dorothea das Abendmahl unter beiderlei Gestalt. Luther sowohl als Melanchthon bezeichnen diesen Tag als den Anfang einer öffentlichen Stellungnahme des Kurfürsten zu dem evangelischen Bekenntnis.[92] Im Mai dieses Jahres berichtet der Bischof von Cortona, Giovanni Battista Ricasoli, mit Schmerz an Cosimo von Florenz von diesem Ereignis in Heidelberg. Jetzt sei der bis dahin allein treu gebliebene Fürst vom Glauben abgefallen und habe auch seinen Untertanen die Freiheit ihres religiösen Bekenntnisses gewährt.[93] Doch scheint der Kurfürst schon längst vorher den lutherischen Ritus angenommen zu haben. Dem hessischen Rat Jakob Lersener gegenüber äußerte sich Friedrich anläßlich einer Audienz am 2. Juni, indem er auf seinen evangelischen Abendmahlsgang an Ostern Bezug nahm: „Solchs were nicht neues". Wir wissen auch, wie die römischen Gesandten in Worms schon genau orientiert waren über die neuen kirchlichen Vorgänge am Heidelberger Hof und wie man von dieser Seite aus des Kurfürsten Verhalten gegenüber den Protestanten scharf ins Auge faßte.[94]

---

deficere fertur et hodie narratur Casparem Hedionem Argentina Heidelbergam vocasse suum uti concionatorem. Franconica nobilitas, item Palatina per Bavariam, Bohemica quoque similem facere labem cernitur. (30. April 1545.)

[92] De Wette V. 732. Corp. Ref. V. 748.

[93] Friedensb. VIII. 608. Giovanni Battista Ricasoli an Herzog Cosimo von Florenz, 17. Mai 1545. Dirò a questo proposito con dispiacere infinito che delli elettori seculari non ci era restato che'l conte Palatino cristiano, et egli questa pasqua passata con la mogliera et tutta casa sua, con haver dato licentia alli suoi populi, si communicò sub utraque specie, principio risoluto di cadere in mille altri inconvenienti, come son ancor gli altri.

[94] Siehe oben. — Hasenclever in Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrh. XVIII. 61 Anm. 1. „Belangen dan zum ersten die Entphahung des hochwirdigen sacraments unter beiderlei gestalt, antwordteten Jr. churf. gn., das sie in vergangen ostern das heilige sacrament unter beiderlei gestalt entpfangen hetten; solchs were nicht neues." (5. Juni 1545.)

Digitized by Google

Bei einer Sitzung des Domkapitels in Speyer wird sogar schon in den ersten Apriltagen angezeigt, daß zwei Geistliche von Ubstadt nach Unter-Öwisheim hinüberlaufen, um dort den Einwohnern in lutherischer Weise das Abendmahl zu spenden. In Heidelberg wird es zur selben Zeit offen von den Kanzeln herab verkündet, daß jeder, der sich in gleicher Weise sub utraque versehen lassen will, in das dortige Kloster der Augustiner gehen soll, wo es ausgeteilt wird.[95] Wenige Wochen später klagt auch das Wormser Domkapitel über die renitenten Einwohner von Osthofen, die nach neuer Weise kommunizieren wollen.[96] Da sie deshalb ihren Pfarrer gar mit Schlägen bedrohen, werden sie vom pfälzischen Burggrafen von Alzey, dem protestantisch gesinnten Friedrich von Flörsheim, zu einer Strafe von 90 Gulden verurteilt. Vom Heidelberger Hofgericht, an welches diese kirchliche Angelegenheit der Osthofener Bauern gelangte, kam aber der kurfürstliche Entscheid, daß man es hierorts keinem verstatte und keinem verbiete, nach lutherischem Ritus das Abendmahl zu genießen. Daraufhin bedeutete dann Wolf von Affenstein, der kurpfälzische Ritter und bischöfliche Rat, dem Wormser Kapitel, daß es ein vergebliches Bemühen sei, in dieser Angelegenheit am Heidelberger Hofe fortzufahren. Jeder Schritt wurde vergeblich, weil ein allgemeiner Erlaß aus der kurfürstlichen Kanzlei ausgegangen war, offen und ohne Scheu bei dem Augustinerpriester in Heidelberg zu kommunizieren.[97] Hier im Augustinerkloster schien der Geist Luthers nach einem

[95] Karlsr. Arch., Protokolle des Speyerer Domkapitels (Prot. Sp. Dk.) 6943, fol. 635 (10. April 1545), siehe auch ib. 6946, fol. 333 über Ubstadt wegen auswärtigen Abendmahlsbesuchs.

[96] Karlsr., Pfalz general. 4282 (9. Mai 1545). — „und sich nit also weisser dan ir mutter, die Kirche bedeuchten." Antwort des Wormser Domkapitels an den Kurfürsten Friedrich II. (Samstag nach Kantate 1545).

[97] Darmstädt. Archiv, Prot. Wormser. Dk. (1545/46), fol. 201/03. 205. — „wollens ir ch. gn. niemants verpieten, das Sacrament sub utraque specie zu nemen, wollens auch niemans erlauben." fol. 239. (14. Juli 1545.)

Digitized by Google

vollen Menschenalter zurückgekehrt zu sein, hier entfaltete sich in der nächsten Zeit, soweit es erkennbar ist, die regste Kraft des neuen religiösen Geistes.[98]

Die Wimpfener, über welche der Kurfürst vertragsgemäß den Schirm ausübte, verlangten im Herbste dieses Jahres vom Wormser Bischof evangelische Prediger und die Abschaffung der alten Mißstände und Zeremonien. Friedrich ersuchte deshalb seinen bischöflichen Bruder Heinrich, ihnen diese Bitten zu erfüllen und ihren unsittlichen Geistlichen entfernen zu wollen.[99]

Die erste reformatorische Handlung Friedrichs nach dem Schluß des Wormser Reichstags ist ein Befehl an alle Pfarrer Heidelbergs, das Abendmahl unter beiderlei Gestalt zu reichen. Der fakultative Ritus war somit hier aufgehoben. Auch mit dem „unsaubern Zölibat" sollte jetzt aufgeräumt werden. Der wohlunterrichtete Hofprediger des württembergischen Grafen Georg in Reichenweier, Erb, weiß schon im Oktober des Jahres diese frohe Nachricht dem Straßburger Hedio zu berichten.[100] Philipp von Helmstadt versichert bei jener erst neuerdings bekannt gewordenen Zusammenkunft am 5. Dezember 1545 in Neckarhausen mit Jakob Sturm[101], daß man jetzt am Hofe damit um-

[98] Unter dem Abendmahl spendenden Priester ist nicht der Prediger der Königin Marie Peter Alexander zu verstehen. Er befindet sich am 26. September 1545 noch in Straßburg. Lenz II. 371. S. unten p. 50 ff.

[99] Prot. Wormf. Dk. 1545/46, fol. 209. 233. 236 ff. 240. 261. 272 306. Der bisherige Pfarrer Georg Arnold ist den Wimpfenern wegen seines unzüchtigen Lebens verhaßt. Der neue Geistliche soll „abestehen von dem segnen des salz, wassers, wein, liecht, essen, palmen, staden, speck und anderm".

[100] Straßb. Bibliothek. Thesaurus Baumianus XV, fol. 114. Hedio an Erb: Licentiatus Laurentius exhileravit me referens electorem Palatinum praecepisse parochis Heidelbergae, ut communicent petentes sub utraque specie. Impurum illum coelibatum ferre non velit. (25. Okt. 154?). Die fehlende Jahresdatierung kann nicht im Zweifel stehen, weil das Jahr 1546 einen solchen Erlaß durch die im Sommer publizierte Kirchenordnung ausschließt. Das vorhergehende Jahr 1544 fällt ebenfalls weg durch die singuläre Zulassung der evangelischen Abendmahlsfeier im Augustinerkloster.

[101] Siehe oben p. 27.

Digitized by Google

gehe, tüchtige Pfarrer zur Predigt und Abendmahlsſpendung anzuſtellen und eine chriſtliche Ordnung einzurichten.[102] Bald darauf werden ſchon viele Pfarreien mit evangeliſchen Geiſtlichen beſetzt und gleichgeſinnte Gelehrte nach Heidelberg berufen. Seinen Augsburgern konnte Schertlin von Burtenbach aus Frankfurt am 12. Dezember melden, daß an alle Amtsleute der Befehl ergangen ſei, nach neugläubigen Predigern ſich umzuſehen. Der Reſidenzpfarrer zu Mömpelgard Peter Toſſanus lobt dieſes Vorgehen Friedrichs als ein nachahmenswertes Beiſpiel für die Fürſten Deutſchlands.[103]

Während der Dezembertage, als die Verhandlungen zwiſchen Heidelberg und Frankfurt bereits hin und her gingen, berief Kurfürſt Friedrich eine Verſammlung aller Grafen und Herren nicht allein aus pfälziſchen Landen, ſondern auch auswärtige. Der Graf Georg von Württemberg nahm ebenfalls an derſelben teil. Die Verhandlungen drehten ſich um die Frage der Zulaſſung der neuen Lehre in der Kurpfalz. Nach vielen Plänen und Vorſchlägen wurde man noch vor dem Weihnachtsfeſte darin einig, das Evangelium endgültig anzunehmen.[104]

---

[102] Zeitſchr. f. Geſch. d. Oberrheins (Z. G. O.) XVII. N. F., p. 75. Philipp von Helmſtadt an Jakob Sturm: „Darby hetten ir auch mit warhyt anzuzygen, das dannocht in der pfaltz mit gutten predicanten hin und widder in den pfarhen (nicht pfarhern) das wort gottes zu predigen, Sacramenta zu rychen und derglychen chriſtlich ordnung vorzunemen und anzuſtellen im werk wer, als ir dan deſſen bericht und auch an im ſelbſt alſo die warhyt iſt". (7. Dezember 1545.)

[103] Thes. Baum. XXVII, fol. 108. P. Toſſanus an Sig. Stier: Mihi gratissima fuere, quae de Palatino illustris principis nostri jussu significasti. Faxit d. deus, ut quam plurimi illius pium et sanctum institutum imitentur. (24. Dez. 1545.) — Herberger, Seb. Schertlin, p. 34. — Straßb. Pol. Korreſp. III. 693. — Sleidan XVI. 477. Interea Palatinus elector instituit passim ecclesiae ministros et evangelii doctores.

[104] Straßb. Stadtarchiv, Varia, fol. 28. Erb aus Reichenweier, 24. Jan. 1546: Palatinus Rheni nuper in Decembribus conventum habuit omnium nobilium et satraparum, vocatis ex vicinis regionibus comitibus et principibus, inter quos et ille noster vocatus. Potissima tractatio

Digitized by Google

An dem Weihnachtsfeiertage nahm die Kurfürstin in der Schloßkapelle zusammen mit den Hofdamen das lutherische Abendmahl.[105]

2. Die Reformen und Erlasse für das Land im Frühjahr und Sommer 1546.

Bevor Schertlin von Burtenbach Anfang Januar seine zweite Reise nach Heidelberg unternahm, kam ihm noch eine

fuit de praedicando Evangelio in toto Palatinatu. Quam varia illic fuerint consilia, quam varia fuerint ingenia, facile colligitur. Verum benignus deus, qui non nostra nec merita, nec justitiam respicit, misericorditer illos respiciens, eo tandem perduxit, ut concorditer persuaserint Christum recipiendum. Academiam in primis reformabit, bonos professores artium piosque theologos praeficiens. — Über die Teilnehmer an der Versammlung ist nichts Näheres bekannt.

[105] Seckendorf III. 616. — Für die Richtigkeit des oft nacherzählten Vorgangs, daß noch vor dem kurf. Erlassen das Volk zu Beginn der Messe in der Heiliggeistkirche das Lied sang: „Es ist das Heil uns kommen her", haben wir keinen Anhaltspunkt. Alting (p. 157) hat die auch anderwärts umlaufende Erzählung zuerst gebracht, ihm nachschreibend hat Vierordt (Gesch. d. ev. Kirche in Baden I. 341) ohne jeden Grund den vierten Adventssonntag dafür angesetzt, indem er sich durch den Text des Liedes beirren ließ. — Unrichtig ist die Behauptung des überall unzuverlässigen Seifen (Gesch. der Reform. in Heidelberg, p. 28), daß auch der Kurfürst dem Akte beiwohnte. Keine Quelle redet davon. Seifen schreibt falsch ab von seinen gewissenhafteren Vorgängern Alting und Struve. — Seit Alting (p. 157) reden alle pfälzischen Kirchenhistoriker, auch Häußer (I. 601) von einem Gutachten Melanchthons, um das ihn der Kurfürst anging. Es ist dies jedoch die bekannte „Wittenb. Reformation", und hat mit Pfalz direkt nichts zu tun. — Richter, Die Ev. Kirchenordnungen des XVI. Jahrh. p. 81. — Vgl. Vierordt I. 343 Anm. 1. — Hartfelder in „Studien d. ev. prot. Geistl. Badens" 1882, p. 122. — Wenn Remling (Das Reformationswerk in der Pfalz), p. 108, meint, es sei „eine eigentümliche neugläubige Weissagungsgabe", daß Melanchthon schon neun Monate vorher von protestantischen Vorgängen am Hofe wisse, so beruht diese Schreibart auf Unkenntnis der geschichtlichen Verhältnisse und konfessioneller Befangenheit des sonst verdienstvollen Lokalhistorikers. Über die längst bekannte protestantische Gesinnung Friedrichs und deren Kenntnis bei den römischen Nuntien siehe oben p. 43 ff.

Digitized by Google

briefliche Nachricht zu von dem sächsischen Rat Alexander von der Thann. Sie enthielt eine Verordnung des Kurfürsten für sein Land, daß alle Geistlichen den Untertanen, die es wünschten, das Abendmahl unter beiderlei Gestalt reichen, alle Sakramente aber in deutscher Sprache verrichten sollten, ohne sonst eine Änderung in denselben vorzunehmen. Vom Zwang katholischer Messe werden sie dispensiert, die verdächtigen Weiber sollen sie abschaffen und falls sie nicht enthaltsam sein könnten, sich verehelichen.[106] Die wörtlich gleichen Artikel des Erlasses sandte der englische Gesandte Mundt dem König Heinrich VIII. nach England und setzte ihre Verkündung auf den 6. Januar 1546 an.[107] Der Reichenweier Hofprediger Mathias Erb jubelte schon, daß in diesen Dekreten sich bereits die weitern Absichten des Pfälzers enthüllten, daß nunmehr für die Städte seiner Oberlandvogtei Speyer, Hagenau, Schlettstadt, Kolmar, Kaisersberg und andere kleinere Orte die Tage evangelischer Freiheit gekommen wären.[108]

Der 3. Januar 1546 war der Tag, an welchem die Heidelberger Gemeinde das lutherische Abendmahl in der Heiliggeist-

---

[106] Herberger, p. 59 (5. Jan. 1546). — Vierordts Erzählung von der Publikation einer „Kirchenordnung" in diesen Tagen (I. 341) ist unrichtig. Über eine solche K.-O. siehe unten p. 60.

[107] State papers XI. 6. 25. — In der Redaktion liegt hier ein Fehler vor. Das unter dem Briefe vom 20. Jan. abgedruckte Dekret (p. 25) gehört selbstverständlich nach der wörtlichen Übereinstimmung mit Schertlins Bericht vom 5. Jan. 1546 zu dem Bericht vom 10. Jan. (p. 6). Hier heißt es: Elector Palatinus nuper in festo Trium Regum eos articulos per universum Palatinatum publicari fecit, quos ad Majestatem Vestram descripsi. — Vgl. State papers XI. 19. Prout nuper ab eo publicati articuli arguunt.

[108] Straßb. Stadtarch. Varia, fol. 28. Aiunt nunc quaedam decreta esse publicata, quibus ceu praebidio quodam significat, quid animo pacturiat. Quod si successerit, spes est non exigua Nemetos, Hagnauianos, Selestadienses, Kolmarienses, Keiserspergenses ac reliqua minora oppida, quae illius Satrapiae parent, secutura. (24. Jan. 1546.) — Alting, p. 157.

Digitized by Google

kirche feierte.[109] In der gleich darauffolgenden Woche fiel durch weiteren kurfürstlichen Erlaß die katholische Messe. Am Sonntag den 10. Januar sang man in der Stiftskirche und im St. Peter vor den Toren die deutsche Messe nach Wittenberger Muster.[110]

Mittlerweile war es im Augustinerkloster lebendig geworden. Dort war ein Karmelitermönch Peter Alexander aus Belgien angekommen, der ehemalige Prediger der Königin Marie in den Niederlanden.[111] Seiner protestantischen Gesinnung halben

---

[109] Seckendorf (III. 616) schöpft diesen Bericht aus der zuverlässigen Quelle des von der Thann (17. Jan.), dem auch vorher schon Schertlin von Burtenbach seine genauen Angaben über die reformatorischen Handlungen in der Pfalz verdankt. Herberger, p. 59. — Vgl. Struve, p. 34 Anm. — Johann Janssen (III. 569) schreibt hier dem protestantischen Seisen seine Flüchtigkeiten nach, ohne ihn zu nennen. Statt dessen gibt er als Belegstelle für seine Behauptung von einer Teilnahme Friedrichs am Abendmahl die State papers (XI. 25. 36) an, wo natürlich nichts davon steht. Dies ist mehr als Nachlässigkeit. — Rankes Datum (17. Jan.) und seine Erzählung des Vorganges ist unrichtig (IV. 266). Nur Mieg, Bericht von der Reformation in Kurpfalz, p. 15, bringt ebenfalls dieses Datum. Diese Quelle muß Ranke vorgelegen haben. Woher Mieg diese Datierung entnahm, kann ich nicht nachweisen.

[110] Voigt, Briefwechsel mit Herzog Albrecht, p. 332. — Sleidan XVI. 477. Decimo die Januarii, loco missae pontificiae, peractum fuit in primario templo Hedelbergae sacrum lingua populari. — State papers XI. 36. Bruno an Paget, 8. Febr. 1546: Le Palantin Electeur le 10 du moys passez a permis par tout le Palantinoys labolition de la Messe Papisticque, et a commande dinstituer les ceremonies a lusage de nous eglises. — Alle drei Berichte stimmen bezüglich der Abschaffung der katholischen Messe am 10. Januar 1546 überein. — Druffel in den Abhandl. der bayr. Akad. d. W., hist. Klasse XIX. 497 wirft inhaltlich Mundts und Brunos (Riedbruck) Berichte zusammen und kommt dadurch auf eine Inkongruenz der Daten. Dort ist aber die Rede von einer bewilligten Freiheit für Neugläubige, hier ein absolutes Verbot für die Anhänger des katholischen Mehritus. Die Zuweisung des kurfürstlichen Dekrets zum ersten Bericht Mundts vom 10. Januar 1546 statt zu dem Bericht vom 20. Januar hat er richtig bemerkt.

[111] Über Peter Alexander siehe Straßb. Pol. Korresp. III. 693. — Lenz II. 322 ff. und ib. p. 1 unter „Verbesserungen". — Nicht zu verwechseln ist er mit Peter Brully; vgl. Pol. Korresp. III. 253. Calvin meint Peter Alexander.

Digitized by Google

wurde ihm dort der Prozeß gemacht. Er wußte ſich der Einkerkerung durch die Flucht zu entziehen, hinter ihm ließ Granvella in Brüſſel ſein Bild öffentlich verbrennen. Nach vorübergehendem Dienſt an der franzöſiſchen Gemeinde in Straßburg kam er, wahrſcheinlich durch Bucers und Ott Heinrichs Bemühen in den letzten Monaten des Jahres 1545 nach Heidelberg. Die Straßburger Theologen entwerfen anläßlich einer Empfehlung ſeiner Perſon bei Ott Heinrich in Weinheim eine Schilderung von ihm als einem frommen, gelehrten und zuverläſſigen Manne. Er war eine furchtloſe Natur, die ſich nicht ſcheute, Gefahren aufzuſuchen. Calvin machte ihm eine gewiſſe radikale Denkart zum Vorwurf, weil Alexander einen verſteckten Fatalismus in ſeinen religiöſen Anſichten kundgab. Wir treffen bekanntlich bei vielen verſchlagenen Exiſtenzen dieſer Zeit derartige Hinneigungen zu freieren Lehranſichten, namentlich bei vertriebenen Italienern iſt dies mehrfach der Fall.[112] Vielleicht auf Bucers oder Sturms Anregung erhielt Peter Alexander eine proviſoriſche Lektur im Auguſtinergebäude, das von ſeinen Inſaſſen faſt leer

[112] Münch. R.-A. Pfalz-Neuburg. Religion, Nr. 26, fol. 89. Bucer an Ott Heinrich, 20. Dez. 1547: So iſt Doctor Peter Alexander ain gar geübter und verſtendiger Man in gottes wort, auch ains getreuen, gotſeligen gemuets, mit dem E. f. gn. von allen gotſachen wol beſſerlich mogen reden, welchen ich E. f. gn. underthenigclich bevelhen thue in ſeinem anligen. — Ebenſo Hedio und Paul Fagius ib. Nr. 26, fol. 24 ff. — Anders Calvin. Corp. Ref. XL. 321. Je ne mesbahis point, si maistre Pierre Alexandre est hardy, ayant le menton ainsi soubstenu, avec ce quon est tout accoustume a Heildeberg (!) douir ceste doctrine desia de long temps. Mesmes il scait quil na aultre moien pour sadvancer. Ainsi ce nest pas merveille sil en use hors de tout peril. Mais je voy bien quil nest pas homme trop suffisant, et ne fust que par ses conclusions. Qui pis est, il y a une lourde faulte, en ce quil dict le jurement estre defendu de Dieu avec un blaspheme en ce quil attribue auctorite a sainct Paul de permectre ce qui a este defendu de son maistre. Mais ce sont les resolutions magistrales. — In dieſem Briefe Calvins an de Falais ſcheint eine gewiſſe perſönliche Gereiztheit vorzuliegen, jedenfalls ſtimmt des Genfers Urteil mit dem einhelligen Lobe Bucers, Hedios und Paul Fagius nicht überein. — Vgl. allerdings auch Corp. Ref. XLIII. 131. 729. 817.

Digitized by Google

geworden war und bereits im nächsten Jahr einging, als sein Prior Konrad Hilt nach 20jähriger Amtsführung sich darin verwaist sah.[113]

Mit den Vertretern der alten Richtung ließ er sich alsbald in rednerische Gefechte ein und erntete dabei großen Beifall. Der damalige Heidelberger Ordinarius Dr. Georg Niger mußte vom Wormser Domkapitel die Erlaubnis holen, opponieren zu dürfen und nach dem gelehrten Turnier einen Bericht über seine Kämpfe einsenden. Sogar der nachmalige Biograph Friedrichs, Thomas Leodius, wohnte dem Streite bei, ein Beweis, daß man den Auseinandersetzungen alter und neuer Anschauungen am Hofe lebhaftes Interesse zuwandte.[114] Am 27. Dezember wurde der ehemalige Magister der Sorbonne in den Lehrkörper der Universität, wie es scheint nicht mit sonderlichen Freuden, aufgenommen. Am Hofe stieg er zu raschem Ansehen empor und war bereits in den nächsten Monaten ein gern gehörter Prediger im Kreise des Kurfürsten Friedrich.[115]

Gleichzeitig mit Peter Alexander kam auch ein gelehrter Philosoph und Mediziner nach Heidelberg. Er war aus Lille

---

[113] Corp. Ref. XL. 248. Hedio an Calvin: Petrus Alexander reginae concionator Heidelbergae Paulum ad Romanos legit. — Ebenso Jakob Sturm an Landgraf Philipp, 21. Dez. 1545. Straßb. Pol. Korresp. III. 693. — State papers XI. 6. — Heidelberger Bibliothek. Annales Universitatis VI. 448. — Sillib, Zur Geschichte des Augustinerklosters in Heidelberg. Dasselbe stand ehemals an der Stelle des heutigen Museums und ist bekannt durch Luthers Disputation in Heidelberg im Jahre 1518.

[114] Prot. Wormsf. Dk. 1545/46, fol. 228. — Winkelmann, Urkundenb. der Universität Heidelberg I. 226 (fol. 317 der Quelle daselbst ist in fol. 228 zu verbessern). — Corp. Ref. XL. 248: «disputat magno applausu» (Peter Alexander).

[115] Heidelb. Bibl., Annal. Univ. VI. 411. Petrus Alexander mag. theologiae promotus in studio parisiensi receptus est ad consilium universitatis. — Friedensb. VIII. 636. Camillo Capilupo am 26. März 1546: Oltra di queste ha dato recapito a quel predicatore della regina Maria che tanto fu perseguitato dal imperatore per heretico, et egli se'l tiene in casa alla tavola et vestito da mondano sel fa predicare.

Digitized by Google

gebürtig, nannte ſich Euſtachius von Quesnoy oder Quercetanus und war ebenfalls ſeines Glaubens wegen aus der Heimat vertrieben worden. Ein Freund Calvins und Pollans, wurde er auf den direkten Wunſch des Kurfürſten von der Fakultät gewählt. Ein Proteſtant beſtieg ſomit den Katheder für Medizin. Später ſollte er an der Lauſanner Schule der Kollege Bezas werden im Fach der Philoſophie.[116]

Als Hofprediger wurde der ehemalige Reformator Neuburgs und Schloßgeiſtliche Herzogs Ott Heinrich Adam Bartholomä berufen. Ott Heinrich[117] hatte Schulden halber ſein

[116] Corp. Ref. XL. 248 (6. Jan. 1546). Ibidem etiam D. Eustathius medica profitetur (scl. Heidelbergae). Quare de eo gymnasio et electore bene speramus. — Straßb. Pol. Korreſp. III. 693. Jakob Sturm an Landgraf Philipp, 21. Dez. 1545: Glicher geſtalt ſo hat ſin ch. g. ein gelerten medicum (ſo der religion halb im Niderland vertriben) auch angenommen und im ein lectur zu Heidelberg geben. — Als Lehrer an der Univerſität wird er am 30. März 1547 durch den Kurfürſten der Fakultät vorgeſchlagen. Annal. Univers. VI. 440. — Corp. Ref. XL. 43. Pollan an Calvin, 9. März 1545: Scripsit ad me de his D. Eustachius Quercetanus, ... nunc apud Eburones exsul. — Der Landauer Stadtpfarrer Bader ſchrieb im Frühjahr 1545 zur Befreiung eines gefangenen Euſtathius eine Schrift, welche durch Nikolaus Thomä aus Bergzabern dem Germersheimer Vogt Riedeſel vorgeleſen wurde. Iſt dies unſer Quercetanus? Gelbert, Magiſter Johann Bader, p. 269. — Gelbert ſtützt ſich auf ein Manuſkript im Thomasſtift zu Straßburg. Ich fand dort nur folgendes: Praefectus in Germersheim, in cuius et aliorum praesentia, ut nosti, ante annum D. Baderi sententiam de obedientia magistratui per juramentum praestanda in redemptionem captivi Eustathii in Minfeld praelegi. Straßb. Stadtarch., Thomasſtift. Epist. Thomas Nikolaus an Hubert, 29. April 1546. — Außerdem über ihn Corp. Ref. XL. 123. 217. 225. 248; XLI. 376. 383. 660 u. a. — Ruchat, hist. de la réform. de la Suisse IV. 436. Pour ce qui est de la philosophie, cette chaire fut remplie premièrement par Claude Quintin l'an 1548, ensuite par Eustache Du Quesnoi, homme de qualité, natif de Lille en Flandre, docteur et lecteur en médicine, qui vint à Lausanne l'an 1551 en janvier et y demeura jusqu'à l'an 1557. — Im Jahre 1549 treffen wir ihn noch in Heidelberg. Annal. univers. VII, fol. 2. — Vierordt, Geſch. d. ev. Kirche, Bd. I. 341, danach zu verbeſſern.

[117] Über Ott Heinrich im einzelnen ſiehe die zuſammenfaſſende Darſtellung unten Abſchnitt III, § 4: Ott Heinrichs Exil in Weinheim.

Digitized by Google

Land verlaſſen müſſen und lebte in dieſen Jahren teils in Heidelberg teils im nahen Weinheim. Der Kaiſer zürnte ihm mit unverſöhnlichem Grolle, weil er die neue Lehre in ſeinem Herzogtum eingeführt hatte. In ſeinen beſſeren Tagen hatte ihm Bartholomä als der tätigſte der Theologen bei der Reformation ſeines Landes zur Seite geſtanden. Dieſer ſtammte aus Ulm und wurde von Diaz, dem unglücklichen Freunde Ott Heinrichs und Bucers, als ein gelehrter und frommer Geiſtlicher hochgeſchätzt.[118] So ſchritt nach außen hin das Werk der Reformation luſtig vorwärts, ſo daß der Nuntius Verallo darüber ſpottete, wie es in der Pfalz mit Prieſterhochzeiten nun drunter und drüber gehe und Capilupo, der Mantuaner Geſandte, gleichfalls meinte, vor Heiraten käme kein Geiſtlicher mehr dazu, ſein kirchliches Amt zu verſehen.[119]

Doch fehlte noch viel, daß dieſen jungen Anfängen nicht die Mängel einer erſten Reformation anhafteten oder die Bewegung in dem ganzen Land während der nächſten Monate durchdrang. Dem Kurfürſten mangelte der jugendliche Eifer

---

[118] Corp. Ref. XL. 313. Diaz an Calvin. Te salutat hospes meus. D. licentiatus Adam Bartolomeus, vir pius et doctus, a consiliis illustrissimi et christianissimi principis Ottonis utriusque Bavariae ducis, qui et illius est concionator, omnibus concionatoribus istius ducatus praeest. — Karlsruhe, Kopialbuch 877, fol. 29; 864, fol. 321. — Münch. R.-A. Pfalz-Neuburg, Nr. 26, fol. 231.

[119] Friedensb. VIII. 585. Verallo an die Konzilslegaten, 25. März 1546: Domattina viene il conte Palatino elettore, il quale ha dato un gran negotio alli preti del suo stato con un editto o di lasciar le concubine overo di maritarsi con esse, perchè sonno occupati affuria sul far nozze. — ib. 635. Camillo Capilupo, 26. März 1546: Che nelle sue terre ha fatto gridi et comandamenti che tutti i preti li quali hanno concubine, le cacciano via overo che piglino moglie, di manera che per lo suo dominio sono i preti più occupati al presente in far nozze che in cantar uffizii; dicono che ne nasce questo bene che tutti i bastardi loro a questa guisa diventano leggitimi, et che leggitimi saranno quelli che ne nasceranno di bastardi che sariano, nè le massare o concubine lo ruberanno, come facevano.

Digitized by Google

eines reformfrohen Fürsten. Lieber stand er im Hintergrund, ließ seinen Verwandten Ott Heinrich hervortreten und war geneigt, den drängenden Willen seines Volkes als das Motiv zur Reformation vorzuschützen, obwohl er selbst ihre Notwendigkeit erkannt und die erforderlichen Maßregeln bereits getroffen hatte, um einen Rückfall in den alten Glauben auszuschließen. Vor allen Dingen aber erschien dem Lande der Reformator nicht, der in durchgreifender und systematischer Arbeit die neuen Verhältnisse erfaßte, es unterblieb jede vorausgehende, den glücklichen Fortgang einer religiösen Reform bedingende Visitation. Den Amtsleuten war die persönliche Regelung der kirchlichen Zustände überlassen.

Der reformeifrige Faut von Germersheim, Heinrich Riedesel, traf im April den Landdekan in Billigheim, wie er nach altgewohnter Weise Messe las und sich hartnäckig weigerte, vom alten Glauben abzulassen. Er forderte ihn auf, dem kurfürstlichen Befehl entsprechend die Messe nach deutschem Ritus zu halten. Der Dekan weist darauf hin, daß man in der Pfalz doch auch die Juden nach ihrem Glauben ungestört leben lasse und in der Nachbarschaft Zweibrücken überhaupt keine Messe mehr, auch nicht die deutsche gelesen werde. Der Vogt Riedesel, welcher sich hinsichtlich der Messe eng an die Vorschriften der Nürnberger Kirchenordnung hielt, fuhr hierauf den Geistlichen heftig an und nannte deshalb die Untertanen des Herzogs von Zweibrücken größere Ketzer als die kurpfälzischen Katholiken selbst, die noch an dem alten Glauben und Ritus festhielten.[120] Dem Pfarrer half es nichts, er mußte in kurzer Zeit seinen Posten räumen. Dieser Auftritt zeigt deutlich das Übergangsstadium, in welchem man zwar päpstliche Messe verwarf, deutsche

[120] Straßb. Stadtarch., Thomasstift. Epist. Thomas Nikolaus an Hubert, 29. April 1546. Praefectus in Germersheim, totus a Noricis pendens.

Digitized by Google

Messe aber und alte Gewohnheiten beibehalten wollte. Thomas Nikolaus, der Pfarrer von Bergzabern, der dies mit Betrübnis seinem liberal gesinnten Hubert, dem treuen Freund und Gehilfen Bucers, nach Straßburg berichtete, drückte gleichzeitig den Wunsch aus, daß einflußreiche Persönlichkeiten es beim Kurfürsten durchsetzen wollten, zwar das kirchliche Reformationswerk nicht ruhen zu lassen, aber ihm einen gründlichen Ausführungsentwurf vorauszuschicken. Er bezeichnet als den fähigsten und geeignetsten Kopf dafür den am kurfürstlichen Hofe wohlgelittenen Bucer aus Straßburg.[121]

Und bereits war auch dieser vielbeschäftigte Politiker und Kirchenmann, der seine Musenstadt Heidelberg nie vergessen hatte, am 21. März vom Regensburger Reichstage weggefahren und über Neuburg sofort nach der Neckarstadt geeilt, wohin ihn Friedrich hatte rufen lassen. Der unglückliche Diaz, der uns in einem Briefe an Ochino und Musculus von dieser Reise

[121] ib. Thomas an Hubert. Expectatur in dies ab aula Palatina nova reformatio seu ordinatio in religione, quomodo debeant omnes eorum ecclesiastici actus servari atque ad Noricorum formam instituta. Qui fere omnes pontificias ceremonias, vestes et ritus, tamen germanice observant in celebratione coenae domini quam expresse missam germanicam in maximum et contumeliosum non solum nostri, qui sumus Palatinatui vicini, sed etiam in vere purgatae vestrae celeberrimae Argentoratensis ecclesiae reformationis offendiculum..... Multi crassi cerevisarii nostram coenam tanquam impiam damnant, aestimantes haereticam, quod non sit huiusmodi magnis vestibus, aliisque lodicibus ornata. Optandum hic summe, ut quidam autoritate et eruditione pollentes, cito apud Electorem conarentur efficere, ut non evulgaretur eorum reformatio, nisi probe a candidis examinata. Hac in re praesertim valere nullumque potentiorem et commodiorem dom. Bucero nos censemus, quod illi Elector maxime faveat. Über Conrad Hubert siehe Röhrich, Mitteil. III. 245; über Thomas Nikolaus Sigelspach vgl. J. P. Gelbert, Mag. Johann Bader. — Karlsruhe, Handschr A. 381, fol. 65. Der kurpf. Kanzler Hartmann von Eppingen bemerkt in einer Hofratssitzung am 3. März 1546: Habe man nun das Evangelium angenommen, so müsse es auch lauter gepredigt werden und deshalb müßten die Messe und andere Papistereien fallen. Eine „Ordnung" sei schon im stillen „gestellt".

Digitized by Google

Bucers berichtet, der kürzlich noch ſeine Summa christianae religionis Ott Heinrich zugeeignet hatte, ahnte damals nicht, wie bald er ſchon durch den Dolch ſeines fanatiſchen Bruders enden ſollte.[122] Nichts Näheres verlautet über Bucers Tätigkeit am Pfälzer Hofe und über irgendwelche Reformen. Aber Ambroſius Blaurer ſandte er die frohe Kunde, daß am Palmſonntag allem papiſtiſchen Weſen ein Ende gemacht worden ſei droben im Schloß wie drunten in der Stadt, vornehmlich im Stift zum Heiligen Geiſt.[123]

Denn unterdeſſen waren vom Hofe energiſche Schritte geſchehen in der Weiterführung des Reformationswerkes und deutlich kann man im Hintergrund die treibende Hand Bucers erkennen. Der Dekan an der Heiliggeiſtkirche hatte um die Mittagsſtunde des 13. April das ganze Stift in die Kapitelſtube verſammelt. Dort wurde den Anweſenden durch den kurfürſtlichen Sekretär Peter Harer die neue Ordnung Friedrichs vorgeleſen, nach welcher alle Stiftskirchen der Pfalz und die unter ihnen ſtehenden Pfarreien reformiert werden ſollten.[124]

[122] Thes. Baum. XVII. 61. Diazius an Ochino und Musculus, 22. März 1546: Bucerus abiit Heidelbergam ad electorem Palatinum vocatus. — Thes. Baum. XV. 79. Bucer an Ott Heinrich. „als ein alter pfalzgräfiſcher diener und der zu Heidelberg aus pfältziſchen guthaten anfangs die fürnemiſten förderungen zu guter und chriſtlicher lehr empfangen." (6. Aug. 1544.) — Lenz II. 414. — Die dunkle Stelle bei Lenz II. 433 iſt dadurch klar geworden (Anmerk. 2 daſelbſt). — Thes. Baum. XVII, fol. 44. Christianae religionis Summa ad illustrissimum principem dominum Ottonem Henricum Palatinum . . . , per clarissimum virum Johannem Diazium Hispanum. Neuburg. III. Cal. Mart. 1546.

[123] Thes. Baum. XVII, fol. 80. Bucer an Blaurer, 25. April 1546: In die Palmarum papistica omnia remota sunt Heidelbergae in arce et in oppido atque in praeclaro illo fano Spiritus Sancti. — Lenz II. 433.

[124] Karlsruhe, Kopialbuch 877, fol. 16ff. Anno domini 1546 die mensis Aprilis 13 mane hora sexta fuerunt omnes personae ecclesiae ss. tam canonici quam vicarii per juramentum convocati ad stubam capitularem per decanum ex illustrissimi principis mandato, ut audirent novam ordinationum ecclesiae quam illustrissimus princeps mandavit omnibus observare, quae personis omnibus praesentibus per egregium

Digitized by Google

Das „Bedenken" des Kurfürsten trägt einen provisorischen Charakter und harrte seiner Ergänzung durch weitere verbessernde Vorschläge, vor allem durch eine nachfolgende allgemeine Kirchenordnung. Der Inhalt ist wesentlich eine Regelung des Gottesdienstes: Von jetzt ab hören Landesmesse und alle andern Nebenmessen auf, auch die Vigilien und Seelämter. Die Zinsen und Kirchengülten werden für die tüchtigen Prediger bis auf weitere Bestimmung vorbehalten. Der tägliche Gottesdienst entnimmt seine Lektionen ausschließlich der Bibel, die Stelle der Frühmesse vertritt ein Morgengebet für Handwerker und Taglöhner. In der Litanei darf nur der Name Gottes angerufen werden, wie Ott Heinrichs Neuburger Kirchenordnung es vorschreibt, die Gesangbücher, Kollekten und Sequenzen unterliegen einer verbessernden Redaktion. Die alten Kirchengebräuche fallen: Kein Feuer- und Hostienwerfen vom Gewölbe der Kirche herab ist mehr erlaubt, kein Wassergießen, Aufziehen von Christusbildern, Herabsenken eines Heiliggeistbildes und Fliegenlassen der Tauben an den Festen von Himmelfahrt und Pfingsten. Der Esel am Palmsonntag, die Kreuzerhöhung und das Aufwerfen eines Grabes am Karfreitag, das Umhertragen von Auferstehungsbildern am Ostertag, alles soll im Interesse einer reineren Auffassung der religiösen Begebenheiten unterbleiben. Das Überfeldziehen vom Filial zur Hauptkirche wird verboten wegen der dabei vorkommenden Unzucht. Faule Geistliche sollen vom Dekan ex officio bestraft werden, ihr Lebenswandel unterliegt in Zukunft einer strengeren Aufsicht. Heiraten steht ihnen frei, Weiber mit ungutem Rufe, mit denen sie vormals zusammengelebt hatten, dürfen nur mit Erlaubnis des Superintendenten geehelicht werden: Sed deligant sibi potius honestas exemplares et boni nominis.

dominum Petrum Harer secretarium praelecta est, cuius tenor sequitur. — Siehe die Stiftsordnung im Anhang, Seite 126. Es ist dies der erste Eintrag im Kirchenbuch wieder seit Martini 1545.

Digitized by Google

Auf eine ſolche durchgreifende Änderung war die Geiſtlichkeit des Stifts nicht gefaßt. Sie erbat ſich Bedenkzeit, weil ihr dieſe Ordnung „etwas gemein weitläufig und nit ſpecificiert", auch „etlich dunkel" erſchien und erſuchte den Kurfürſten um weitere Aufklärung und Direktiven. Die anfänglichen Bedenken, daß ſie durch päpſtliche Bullen und Eide ſich nach dem Wormſer Domſtift zu richten hätte und daran gebunden wäre, zerſtreute Friedrich, indem er kraft eigener Perſon dem Stift Relaxation von allen dieſen Verpflichtungen gewährte, ſoweit es einer ſolchen zur Annahme ſeines Erlaſſes bedürfte.[125] Bei der darauffolgenden Deputation auf das Schloß beteiligten ſich neben den Vertretern der alten Zeit, dem Theologen Matthias Keuler, Magiſter Dietz und dem noch amtierenden Hofprediger Jakob Röſch auch der wieder zu Ehren gebrachte reformfreudige Magiſter Heinrich Stoll.[126]

Nun endlich erfolgte am kommenden Palmſonntag den 18. April die Feier des erſten evangeliſchen Abendmahls durch die offizielle Kirche im Gotteshaus zum Heiligen Geiſt unter Beteiligung von etwa 200 Menſchen. Am Oſterſonntag reichte der Dekan ſelbſt zum erſten Male der großen Menge Wein und Brot.[127]

---

[125] Kopialbuch 877, fol. 20.

[126] ib., fol. 19. Weitere Beſtimmungen für das Stift ergehen am 2. Mai, ihre Ausführung wird auf Sonntag Quaſimodo befohlen. Dieſelben verzeichnet ib. fol. 21.

[127] ib. fol. 20/21. Tandem in die palmarum, quae erat 18 Aprilis, celebratum est primum officium cene dominice in ecclesia Sancti Spiritus per plebanum in altari crucis et communicaverunt quasi ducenti homines. Similiter diebus sequentibus duobus per dominum plebanum celebrata fuit cena domini solemniter videlicet feria quinta magna et in die parasceues. In festo pasce dominus decanus primam cenam domini celebravit in summo altari et communicavit multos. — Dieſer 18. April iſt alſo der Tag der Einführung der Reformation in Heidelberg und in der Kurpfalz. Den 3. Januar anzuſetzen iſt unrichtig, da, wie ſich oben ergibt, die katholiſche Meſſe damals noch

Digitized by Google

Täglich erwartete man in diesen Wochen im ganzen Land die angekündigte Kirchenordnung für die gesamte Kurpfalz.[128] Sie erschien noch in den letzten Tagen des April[129] und wurde bereits am ersten Maisonntag (2. Mai 1546) in den Ämtern verlesen. Ihr Titel lautet: Friedrich II. Churfürsten und Pfaltzgrafens in Churpfaltz landen eingeführte Kirchenordnung wie der Kirchen- und Gottesdienst solle angerichtet werden, bis deswegen durch Visitatores und Superintendenten künftighin weiterer bericht solle ertheilet werden.[130] Viele Teile aus der Neu-

bestand. Im Jahre 1846 wurde daher das dreihundertjährige Jubelfest der Reformation um 3½ Monate zu früh gefeiert. Seifens Buch hat zu diesem Irrtum wohl das meiste beigetragen. — Lenz II. 433. „Nichtsdestoweniger hat man uff den Palmtag alle messen und andere papisterei zu Heidelberg, zum Heiligen Geist und allenthalben abgeschaffen." — Auch Remling, p. 109, bestreitet mit Recht die alte Ansicht. — Heinrich Stoll amtierte wahrscheinlich als Pfarrer der Heiliggeistkirche am Palmsonntag.

[128] Straßb. Stadtarch., Thomasstift. Epistolae. Thomas Nikolaus an Hubert. Expectatur in dies ab aula Palatini nova reformatio seu ordinatio in religione. (29. April 1546.)

[129] Berallo gibt den 21. April an. Alli 21 ha declarato novi ordini della messa, molti conformi al ordine del duca Othohenrico et di Norimberga. Friedensb. IX. 32 Anm. 3. — Am 1. Mai 1546 wurde die K.-O. von dem Oberamtmann Philipp Wolf von Sponheim den Pfarrern und den Gemeinden von Bacharach und den vier Tälern verkündigt. Karlsruhe, Bibl. Handschr. 613 cap. IV § 12 (s. f. Anm.).

[130] Siehe die Kirchenordnung im Anhang. Ich fand dieselbe im Nachlasse F. P. Wundts, des um die pfälzische Geschichte gleich seinen beiden Brüdern verdienstvollen Forschers. Karlsruher Bibliothek, Handschriftensammlung, Nr. 613. Er erwarb ein Manuskript des Bosenheimer Pfarrers G. S. Hilgard über die Geschichte der ehemals pfälzischen Stadt Bacharach. Im Anhang dieser Abhandlung bringt Hilgard diese vorliegende Kirchenordnung. Anscheinend ist dieselbe nicht genau kopiert, da sie an mehreren Stellen unzweifelhaft einen verdorbenen Text aufweist. Ich gab sie wieder ohne welche Änderungen oder Konjekturen. Sie ist wohl nirgends mehr vorhanden und scheint nur in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren gedruckt gewesen zu sein. Da Ott Heinrich am 4. März 1548 den Kurfürsten um Bezahlung etlicher Kirchenordnungen bittet, so liegt die Vermutung nahe, darunter Exemplare der vorliegenden zu erkennen, da ja auch Ott Heinrich, wie wir weiter unten sehen werden, ganz im Mittelpunkt der reformatorischen Bestre-

Digitized by Google

burgischen und der Brandenburgischen Kirchenordnung sind in ihr enthalten. Bei Taufe und Einsegnung von Eheleuten steht es dem Geistlichen frei, sich des Rituals einer dieser beiden Ordnungen zu bedienen. Im übrigen regelte die Kirchenordnung in ausführlicher Weise den Gottesdienst und bestimmte Rechte und Pflichten der Kirchendiener. Erb in Reichenweier, welcher eifrigen Anteil an dem Fortgang der Pfälzer Reformation nahm und von großer Zuversicht erfüllt war, berichtete dem Schweizer Bullinger, daß jetzt das einfache Abendmahl an die Stelle der in den letzten Monaten gebräuchlichen Wittenberger Messe getreten sei. Deshalb laufe gegenwärtig die allgemeine Redensart um: „Die meß zu Frankfurt und die meß in der Pfaltz habent mit einander uffgehört".[131]

Nach Pfingsten erließ der Kurfürst allgemeine Mandate und Verordnungen für das ganze Land. An Stelle der herrschenden Verschwendung und Unordnung soll ein christliches Wesen beginnen. Wer ohne Grund, sonderlich die Jugend, beim Gottesdienst fehlt, wer andere beim Besuch desselben verspottet, wird mit ½ rheinischen Gulden bestraft durch besonders

---

bungen dieser Jahre stand. Um Neuburger Kirchenordnungen kann es sich kaum handeln, da diese schon lange gedruckt waren und Ott Heinrich um die Bezahlung der gleichzeitigen Druckkosten bittet. Auch daß Friedrich ihn mit seinem Guthaben an den Heidelberger Kirchenverwalter Philipp Östringer verweist, spricht dafür. München, Reichs-Archiv. Pfalz-Neuburg Nr. 26, fol. 328. — Hilgard ist sehr zuverlässig, da er aus eines „Anonymus zu Bacharach sehr altem Manuskript von deren Geschichten seiner Zeit von 1544 bis 1556" schöpfte. — Bezüglich der Abhängigkeit der Stifts- und dieser Kirchenordnung vergl. die Neuburger und Brandenburger K.-O. in Richters Ev. Kirchenordnungen im XVI. Jahrhundert. I. 176 ff. 322 ff. — Wer der Verfasser der K.-O. war, konnte ich nicht ermitteln.

[131] Thes. Baum. XVII. fol. 81. Erb an Bullinger. Palatinus missam germanicam, quam cum omni cultu instituerat hisce hibernis mensibus ad normam Wittenbergensem, superiori hebdomada omnino abrogavit coenae institutum ad simplicissimam formam restituens, unde natum nunc volgo dicterium: die meß zu Franffurt und die meß in der Pfaltz habent mit einander uffgehört. (1. Mai 1546.)

Digitized by Google

dazu eingesetzte Aufseher in den Gemeinden. Heimliche Ehen werden nicht mehr geduldet, Verbindungen hinter dem Rücken der Eltern sind unkräftig, das heimliche Einsegnen in der Morgenfrühe wird von jetzt ab untersagt. Bei Gasteiungen dürfen nur Grafen, Herren und Doktoren 6 Gänge halten, alle andern Stände höchstens 4. Auch der Völlerei wird gesteuert. Der Rektor soll den „Weiniger" in den in diesen Tagen erbauten Karzer der Universität werfen.[132] Es entgeht unserm Auge, ob und wie weit nun Beamte des Kurfürsten das Land gemäß den Verordnungen inspizierten, namentlich ob gründliche Visitationen jetzt das Werk der Reformation unterstützten. Im Mai fand wenigstens eine Synode der Geistlichen in Heidelberg statt und eine Visitation wurde gleichzeitig ins Werk gesetzt. Wahrscheinlich sind es Bucer und Fagius, die mit der praktischen Einrichtung und Inspektion der Pfarreien betraut wurden. Jener reformierte im August in der Oberpfalz, im Gebiet des Pfälzer Viztums Franz Konrad, des berühmten Sickingen Sohn, der am ersten in der Pfalz die Messe abstellte und das lutherische Abendmahl einführte.[133]

---

[132] Karlsruher Archiv, Pfalz. general. 6617. Chur- und Pfalzgrevische Ordnungen und Mandata. a. d. 1546 Heidelberg auf Donnerstag nach Pfingsten. — Heidelb. Biblioth., Annal. Univers. VI. 403. Visusque est ipsis consiliariis, ad talem insolentiam studiosorum refrenandam, ut Carcer ab Universitate extraeretur, quemadmodum et aliae universitates extructos Carceres habent. — fol. 404. Saepius de Carcere aedificando decretum, nunc exequutionem mandaret.

[133] Thes. Baum. XVII, fol. 115. Bucer an Blaurer, 18. Aug. 1546: Pagus est Francisci Chunradi a Sickingen, nobilis Francisci filii. Evangelio hic nobilis vir admodum addictus est et primam administrat praefecturam Palatini . . . . . Tabellarius hic me deprehendit in pago, in quo visitationis negotio detinebar. — Straßb. Pol. Korresp. III. 693. — Lenz II. 433. „Jetzund halt man zu Heidelberg ein tag mit den pfarrern, so ist die visitation auch schon im werck, Gott seie lobe, und E. f. g. wolle den fromen alten churfursten und die gantze Pfaltz ir lassen wol befohlen sein." (12. Mai 1546.) — Thes. Baum. XVII, fol. 92. Peter Fagius (Büchli) an seinen Sohn Paul Fagius, 15. Juni 1546: „Hast die Kirch in Luczel Steiner

Digitized by Google

Der Jubel, mit welchem man ſich die Vorgänge am Heidelberger Hofe berichtete, darf uns jedoch darüber nicht täuſchen, daß noch viel von dem alten Weſen luſtig im ſtillen fortwucherte. Die Heiligenbilder blieben einſtweilen ruhig an ihrem Ort.[134] Die Klöſter waren zugeſchloſſen worden, aber den Blicken Ott Heinrichs entging es nicht, daß in den Barfüßer- und Predigerklöſtern unter den Augen des Kurfürſten die Sakramentshäuschen noch geſchmückt und heimliche Meſſen nach alter Weiſe daſelbſt geleſen wurden. Selbſt die Kirchenordnung war noch nicht gehörig vollzogen worden, wie es der proteſtantiſche Fürſt ſo gerne geſehen hätte, um Prediger aus ſeinem Herzogtum herab in die Pfalz kommen zu laſſen.[135]

ampt helfen anſtellen und reformieren. Gott der Almechtig geb ſein gnadt, das uns zu Rheinzabern der maſſen auch begegne; welte ich als dan mit warem hertzen ſprechen: nunc dimittis servum tuum, domine". — Karlsruher Archiv, Pfalz. general. 8834. Der Meſſe leſende Pfarrer von Bubenheim (Dirmſtein) wurde auf Bitten der Einwohner „in der Viſitation" abgeſchafft und durch die Interzeſſion des Kellers zu Dirmſtein der Pfarrer von Ottersheim Johann Landsberger angenommen.

[134] Thes. Baum. XVII, fol. 81. Adhuc tamen illic (Heidelbergae) prostant idola. (1. Mai 1546.)

[135] Lenz II. 456. Bucer an den Landgrafen: „M. gſtr. h. pfalzgrave faret iemer vort mit der reformation, hat darzu auch den Frechten von Ulm als ein alten Heidelberger beſchriben, und andere. Hat die clöſter zu Heidelberg zugeſchloſſen." (29. Mai 1546.) ib. Über Umtriebe eines franzöſ. Biſchofs am Heidelb. Hofe. — München, Staatsarchiv. K. bl. 95/4, fol. 14. „Meiſter Wolfgangen, pfarrers zu Sant Peters halben geben wir Euch gnediglicher und vertreulicher mainung zu erkennen, das wir ine gern hie leiden möchten. Dieweil aber die churfürſtlich angefangne chriſtenlichen kirchenordnung hie zu Haidelberg und in der Pfalz noch in kain völligcliche volziehung gebracht oder angericht worden iſt, wie billich vor allem ſein ſollt, darzue in beden cloſtern hie zun parfueſſern und predigern, wie wir in gründtliche erfarung kommen, die ſacramentsheuslin wie vor alter noch geſchmügkt ſind und haimliche Meſſen darhin geleſſen werden, ſo achten wir, wo Er ſolches erfaret, das es ime nit fallen, darzu fur ſich auch ſelbſt nit gern mer hie bleiben möcht. Und ob wir ime ſchon hie in der Univerſitet (wie er dan ainen ſondern luſt darzue tragen und zu leſen begirig ſein mag) gern hinter ein lectur, es were gleich, in was harüber es ſein möchte, helfen wollen, ſo iſt aber die reformation bemelter Univerſität dermaſſen geſchaffen, daz wir ime diſer zeit zu kainer lectur fürdern

3. Der Heidelberger Hof und seine Stellung zu der neuen Lehre.

Werfen wir nun auf das bisher Zustandegekommene einen Blick zurück und suchen wir die tieferliegenden Gründe zu dieser ersten, bislang verschleiert gebliebenen Reformation der Kurpfalz auf, wie sie in der Person des Kurfürsten und seiner nächsten Umgebung selbst lagen. Das schillernde Spiel von Interessen macht es in diesen Jahren schwer, die wahren religiösen Motive von äußerlichen politischen Absichten und Konjunkturen zu trennen. Aber die Beziehungen Friedrichs zu den Schmalkaldenern und die unzweifelhaft dahinter lauernden Hoffnungen, seine Privatpläne zu erreichen, ja vorteilhafter durchsetzen zu können, haben seine reformatorischen Schritte in keiner Weise beschleunigt. Überhaupt reichen ihre Anfänge weiter zurück als die ersten Anknüpfungen, welche Friedrich mit den Protestanten wenigstens in Absicht auf ein ev. Bündnis vollzog.[136]

Wie wir wissen, genoß er das Abendmahl in evangelischem Sinne, das ihn im Herzen von der katholischen Kirche trennte, schon vor Ostern 1545.[137] Er war gealtert — er stand jetzt im 62. Lebensjahr —, und war ewig genasführt von seinem «crafty skolemaster», Karl V.[138] So kam er allmählich zur

kunden. So kann es dieser zeit, nachdem derjhenig, so die ganz universitet zu reformiren angefangen, also stegken lassen und selbs wiederumb davon gestelt hat, nit beschehen, bis was weiters darin furgenomen wurdt. Will er sich aber deren kains annemen und allain unser gehais erwarten, so mogen wir wol leiden, daz er herab geschickt werde." Ott Heinrich an die Neuburger Regenten in Ulm. Dezember 1546. — Druffel, Briefe und Akten I. 29. Die Nuntiaturberichte (Friedensb. IX. 32) berichten ebenfalls von dem Kult der alten Religion bei verschlossenen Türen.

[136] Sleidan XVI. 477 «instituit passim». — Unbeschadet seiner reformatorischen Bestrebungen trat er in das Bündnis nicht ein, und Philipp von Hessen spricht noch 1547 von ihm als einem Neutralen. Lenz II. 478. Philipp von Hessen an Bucer, 7. Jan. 1547.

[137] Siehe oben p. 44.

[138] State papers XI. 110. Mason an Paget.

Digitized by Google

klaren Einſicht, daß er doch nur der Falke in der Hand des Habsburgers geweſen war, den dieſer wieder darben ließ, wenn das Jagen vorüber war. Dem Kaiſer erklärte er ſeine religiöſe Wandlung mit der Motivierung, daß er jetzt in ſeinen alten Tagen von Gott erleuchtet worden ſei in dem richtigen Heilsweg und ſein Gewiſſen ihn nun zu weiterem dränge.[139] Man darf nicht vergeſſen, daß Bucer einſt ſein Hofkaplan geweſen war und fortwährende Freundſchaft den Straßburger Theologen mit dem pfälziſchen Fürſten verband.[140] Zu oft hatte er ſchon den Religionsverhandlungen beigewohnt, als Vorſitzender zu Regensburg und Worms das ſchwierige Werk geleitet und zwiſchen den Parteien zu vermitteln geſucht durch Verſtändigung oder Kompromiß. Etwas hatte dabei ſein in religiöſen Fragen ziemlich oberflächliches Gemüt gelernt, daß die Zeit auch an ihn ihre hohen Anforderungen ſtelle und er als nunmehriger Kurfürſt den Rufen ſeines nach religiöſer Befreiung verlangenden Volkes Gehör ſchenken müſſe. Das Intriguenſpiel zwiſchen Papſt und Kaiſer in den letzten Jahren öffnete ihm nach ſeinem eignen Geſtändnis die Augen.[141] Maſon erklärte er im Sommer 1546

[139] Friedensb. IX. 43. Verallo an Farneſe: Che era vero che in questa sua vecchiezza Dio lo havea inspirato ad pigliare et conoscere la via della salute, che per conscientia non poteva far altro che quello che ha fatto, et che così doveria fare ogni principe christiano.

[140] Baum, Kapito und Bucer, p. 128. — Alting, p. 156 — Remling, Das Reformationswerk i. d. Pfalz, p. 106, meint, daß er trotz dem Durchleſen der 14 Bücher Leodius nirgends eine Stelle gefunden habe, wo Friedrich als Pfalzgraf ſchon die Reformation begünſtigt hätte. Er beruft ſich auf Leodius, eine gefärbte Quelle, die gefliſſentlich alle proteſtantiſchen Handlungen und politiſchen Verkehrtheiten der ſchmalkadiſchen Ära Friedrichs ausgelöſcht hat. — S. auch Haſenclever, Die Polit. d. Schmalk. in Hiſtor. Studien XXIII, p. 242: Zur Kritik des Hubertus Thomas Leodius. — Horawitz und Hartfelder, Briefwechſel des Beatus Rhenanus, p. 275. Martin Bucer an B. Rhenanus: Equidem a sacris sum Friderici Palatini, in cuius aula nemo non favet evangelio. Saltem ore Lutherum enim magni faciunt omnes, cui princeps quoque est acquissimus (als Hofprediger des Pfalzgrafen).

[141] State papers XI. 25. Se hanc tam necessariam reformationem ulterius extrahere et omittere syncera conscientia non posse, cum modo

bei einer Audienz im Heidelberger Schlosse rund heraus, daß er mit der Augsburger Konfession völlig einverstanden und in ihr die Wahrheit erkannt habe, bei der er sein Leben lang verharren wolle, nachdem er es sich nun einmal so lange überlegt.[142]

Seinen ersten bekannt gewordenen Abendmahlsgang und die Freistellung für die Untertanen rechtfertigte er mit der Entschuldigung, von seinem Volke dazu gezwungen worden zu sein.[143] Ja die Ordensmitglieder vom goldenen Vließe entschuldigten sogar das reformatorische Vorgehen unter diesem Gesichtspunkte des drängenden Volkswillens.[144] Den Gesandten der Schmalkaldener, die ihm glückwünschten zur eingeleiteten Reform, gab er ebenfalls als Hauptmotiv für das Aufgeben der Politik eines religiösen Temporisierens den drohenden Willen der Pfälzer an, der seinem gefahrbringenden Schwanken ein Ziel setze.[145] Immerhin fürchteten die Protestanten seine Unbeständigkeit und seinen Kleinmut.[146]

---

longa experientia et periculosa mora didicerit nec Papam nec Episcopos in animum inducere ut collapsam religionem restituant. — Straßb. Pol. Korresp. III. 693. Jakob Sturm an Landgraf Philipp, 21. Dez. 1545: Es sei etwas trib von gott do.

[142] State papers XI. 156. Concerning religion, quod he, he hath frameth his conscyence throughlye to Confessionem Augustanam, and hath so accepted the same as he trusteth not to varrye from it during lief. — ib. p. 225. Albeit i have receyved the religion, i am not yet entred in to any confederation.

[143] Friedensb. VIII. 128. Bericht Capilupos. Et si scusa esser stato sforzato di compiacerne i populi, che ciò gli ricercavano. — Wie im Volk längst reformiert wurde, vgl. Analecta Hassiaca VIII. 424, Bacharach.

[144] De Reiffenberg, Hist. de l'ordre de la toison d'or, p. 414. Observèrent, qu'il n'aurait jamais pu empêcher cette communion à ses sujets, que, quant à lui, il n'avait jamais donné les mains.

[145] Sleidan XVI. 478. — Seckendorf III. § 131. Quod populi magis quam suo studio ad publicam reformationem progressus fuit Fridericus. — State papers XI. 25. Longa experientia et periculosa mora.

[146] Straßb. Pol. Korresp. III. 693.

Digitized by Google

Ein anderer trat da vor mit weit weniger Macht und Anſehen, aber mit einem deſto größern Mut der Überzeugung und Hingebung, Ott Heinrich. Bucer ſtellt ihn in ſeiner Korreſpondenz mit dem heſſiſchen Landgrafen ganz vorn an als den tätigſten Mann in der Pfälzer Reformation.[147] Der proteſtantiſche Pfarrer von Heidelsheim, Zacharius Hulber (Troglarctus), ſandte 1545 dem Herzog ſeine poetiſche „Defenſion und Schutzbüchlein" und hebt mit lauten Worten ſeine kühne evangeliſche Geſinnung hervor.[148] Die Berufung Melanchthons im Frühling 1546 an die Heidelberger Hochſchule ging von ſeiner Seite aus. Seine Tätigkeit für die neue Lehre iſt uns ſchon erſichtlich entgegengetreten und wird ſpäterhin durch einen Einblick in die Weinheimer Betriebſamkeit noch anſchaulicher werden.[149] Daß Ott Heinrich ſich um die Gunſt des Volkes beworben, iſt nirgends erkennbar, noch weniger daß Friedrich aus Angſt vor ſeiner Nebenbuhlerſchaft die Reformation begonnen habe. Daß man dem Kurfürſten wenig Vertrauen entgegenbrachte, zeigen, abgeſehen von des Landgrafen Verhalten und Warnungen, die Worte Haidecks in Maſons Bericht an Paget.[150] Man wünſcht, daß der Alte ſeinen Neffen Ott Heinrich und Philipp bald Platz mache. Er iſt ein verſchlagener Fuchs aus Karls Schule, der weite Freundſchaften anknüpft, mit dem die

[147] Lenz. II. 348. In der Pfaltz goht es recht naher . . . . . h. Ottheinrich iſt gar eifrig. — ib. II. 353. Die ſach iſt h. Ottheinrich gantz hefftig angelegen.

[148] Ein troſthafftig und chriſtlich confeſſion oder bekhantnus des rechten und waren chriſtlichen glaubens . . . . . zuſamen getragen durch den wirdigen und wollgelerten M. Zachariam Troglarctum diener des wort gottes in dem churfürſtlichen ſtätlin Heydelsheim in carmina elegica kurtz verfaſt und nachmals vom latin in das teutſch in paraphrases geſtelt durch Jodocum Kintisium Freinsheymerum anno 1545. Handſchriftlich in Heidelb. Bibliotheksarchiv. Cod. Pal. Germ. 155, fol. 167 ff. — Vgl. auch J. Wille, Die Deutſchen Pfälzer Handſchr. des XVI. u. XVII. Jahrh., p. 19.

[149] Siehe unten. — Corp. Reform. VI. 95.

[150] State Papers XI. 110.

Digitized by Google

Protestanten daher auch wie mit einem verdächtigen Verbündeten gehen. Ott Heinrich und Philipp sind einfache, ehrliche Naturen. Haibeck erhofft schon so bald des Kurfürsten Tod, daß er sich hängen lassen wolle, wenn derselbe in zwei Jahren noch lebe. Leodius' Beurteilung des Herzogs Ott Heinrich muß in jedem Falle vorsichtig aufgenommen werden, denn die Abneigung des Sekretärs gegen die Reformation seines Herrn erstreckte sich auch auf ihren eifrigsten Förderer, den Pfalzgrafen.[151]

Die vornehmsten Räte am Hofe waren schon vor Friedrichs öffentlichen, protestantischen Kundgebungen evangelisch gesinnt.[152] Obenan steht der Sohn des bekannten Franz von Sickingen, Franz Konrad, zuerst pfälzischer Marschall, dann Viztum in Amberg, neben ihm Philipp von Helmstadt und der Kanzler Heinrich Has.[153] Im Amte folgte auf den letztern Hartmann, der den größten Einfluß auf Friedrich in politischer und religiöser Hinsicht ausübte, von dem auch die wiederholten Versuche zur Hebung der Universität ausgingen.[154] Durch seine Frau, Margarete Schwarzert, stand der Sekretär des Kurfürsten, Peter Harer, mit Melanchthon in enger Familienverbindung und Briefwechsel.[155] Der kurfürstliche Rat Hieronymus Neithart ist ein intimer Freund des Ulmers Martin Frecht, ein Beschützer

[151] H. Leodius, p. 263 (1624). — Druffel in Abhandl. d. bayr. Ak. d. W., hist. Abt., Bd. XIX. 498. — Münch. Reichs-Arch. Pfalz-Neuburg 26, fol. 138. Ein Brief Ott Heinrichs soll Leodius nicht zu Gesicht kommen, weil dieser „aus einem Buch zehn macht", und ihm auch sonst nicht wohl will.

[152] Friedensb. VIII. 224. 631. — Straßb. Pol. Korresp. III. 693. — Siehe oben p. 12.

[153] Lenz II. 348. 395. 693. — Neudecker, Aktenstücke, p. 631 ist hinter „marschalcks" ein Komma zu setzen, denn damals war schon Hans Landschad Marschall. S. Z. f. Gesch. d. Oberh., N. F. XVIII. 74. — Siehe auch oben p. 62 Anm. 133. — Ph. v. Helmstadt ist kurf. Rat. Karlsruhe, Pfalz general. 6155.

[154] State papers XI. 149. — Alting, p. 156.

[155] Karlsruhe, Kopialbuch 841, fol. 284. Von ihr hatte er zwei Töchter, Barbara und Regina. Nach dem Tode der ersten Frau heiratete er eine Barb. Heß. — Kopialbuch 964, fol. 582. „Zeitung den 8. april 1550 per Melanchthon Petro Harerio".

Digitized by Google

der protestantisch Gesinnten in Heidelberg und wird von Bucer als eifriger Protestant genannt.[156] Der Germersheimer Vogt Riedesel, der Schwager des protestantischen Bernhard Göler, zeigte großen Eifer bei der Einführung der neuen Lehre und bereitete dem Speyerer Bischof, in dessen Sprengel er reformierte, vielen Verdruß. Wir kennen ihn bereits aus seinem scharfen Auftreten gegen den Dekan von Billigheim. Diesem wie dem Bellheimer Geistlichen gab er, als sie vom alten Glauben nicht lassen wollten, den Laufpaß. Der Kurfürst hatte für die Klagen des Domkapitels, die an den Heidelberger Hof gesandt wurden, keine Zeit.[157] Nur in den Gemeinschaften Landeck und Altenstadt mußte Riedesel auf kurfürstlichen Befehl hin mit der Ausführung der Kirchenordnung innehalten. Doch wurde dem Bischof Philipp von Flörsheim befohlen, die schlechten Priester dort abzuschaffen und diejenigen, die Gewissens halber auswärts kommunizieren wollten, nicht zu stören.[158] Der Burgvogt von Alzey, Friedrich von Flörsheim, wahrscheinlich der Sohn des ehemaligen protestantischen Hofmeisters Ludwig V., Philipp von Flörsheim, erwies in seinem Amte den gleichen protestantischen Eifer wie der Viztum von Neustadt.[159] Selbst der

[156] Lenz II. 395. — Münch. Reichs-Arch. Pfalz-Neub. 26, fol. 12. — Über den Marschall Hans Landschad siehe unten beim Interim p. 91 ff.

[157] Prot. Sp. Dk. 6944, fol. 53. 72. 99. 101. 151. 161. — Über die Einführung der Reform. in Bauerbach: Prot. Sp. Dk. 6943, fol. 819. In Königsbach und Geinsheim: ib. 6944, fol. 245.

[158] Karlsruhe, Kopialbuch 420, fol. 193. 199 ff.

[159] Vierordt I. 357. — Prot. Wormf. Dk. (1545/46), fol. 201/203. — Pr. Sp. Dk. 6944, fol. 45. Der Neustädter Viztum schützt den Pfarrer von Neuenhof vor der Vertreibung durch den Speyrer Bischof (dat. Mercurii post Caecil. 1546).

Über die Reformation in Neustadt: Pr. Sp. Dk. 6943, fol. 650 (15. Juni 1545). Der Pfarrer ist nicht „angenem in der leer" und hat außerdem „ein anhang mit einer gar jungen magt und darzu kindt".

Über die Reformation in Altrip: ib. 6943, fol. 762. 840. Der katholische Pfarrer wird vom Domkapitel „us bewegenden ursachen geurlaubt", 26. Juni 1546.

Digitized by Google

Hofkaplan Adam Bartholomä mußte schließlich seine alljährlichen Badefahrten aufstecken, weil ihm die Arbeit mit den Prädikanten keine Muße dazu übrig ließ.[160]

So regten sich auf allen Seiten die Kräfte und Interessen für die neue Lehre. Eine Reihe von Männern stand da, bereit, den kurfürstlichen Befehlen in den Ämtern mit Eifer Eingang zu verschaffen. Am Hofe hatten entschieden die protestantisch gesinnten Räte die Oberhand, und wir hören nichts von einem offenen Widerstreben kaiserlich gesinnter Beamten. Es bedurfte jetzt nur des beharrenden Willens Friedrichs und der Ruhe für das pfälzische Land, um die Saaten aufsprießen zu lassen, die von eifrigen Händen ausgestreut wurden.

4. Die Heidelberger Universität.

Auch auf dem Gebiete des Unterrichts wollte der Kurfürst Friedrich reformatorisch wirken.[161] Abgesehen von höfisch feiner Sitte und einer geläufigen französischen Ausdrucksweise, die er

Über die Reformation in Hockenheim: Karlsruhe, Kopialbuch 420, fol. 180 ff. 244. — Pfalz special. (Hockenh.), Kirchensachen. — Vierordt I. 344. (1847).

Mingolsheim u. dessen prot. Pfarrer Storck. Karlsruhe, Kopialbuch 420, fol. 180. 199 ff. Der Kurfürst veranlaßte die Wiedereinsetzung dieses vom Bischof von Speyer vertriebenen Geistlichen.

Mehrere Gemeinden wenden sich supplizierend an den Kurfürsten um Verwendung bei ihrem Bischof wegen prot. Kirchendiener und Abendmahl, so Oberöwisheim. Prot. Sp. Dk. 6943, fol. 766. 791; 6944, fol. 32.

Die Edesheimer bitten Philipp von Flörsheim um Jakob Rebstock als Pfarrer. Dieser Wunsch wird ihnen abgeschlagen, weil er des «lutheranismo» verdächtig ist. Zugleich wird Strafe über sie verhängt wegen ihres Freimuts. Pr. Sp. Dk. 6943, fol. 650. (2. Juni 1545.)

[160] München, Reichs-Arch. Pfalz-Neub. 26, fol. 232.

[161] Siehe das Bekannte und Einzelne bei Hautz, Geschichte der Universität Heidelberg I. 410—77. — Thorbecke, Statuten und Reformationen der Univ. Heidelb. Einleitung, p. III. — Hedio erzählt anläßlich eines Besuches in Heidelberg (Aug. 1545), der Kurfürst „redete oft und herzlichen Sinnes von Nutz und Wolstand des Vatterlandes deutscher Nation, und gern von Reformation der Kirche, der Universität und der Schulen". Vierordt I. 340.

Digitized by Google

ſich auf ſeinen Reiſen erwarb, beſaß er für ſeine Perſon keine tiefere Bildung. Allein er war weltmänniſch und erfahren genug, um einzuſehen, daß ſeine Univerſität, vorübergehend von einem freiern Lufthauche berührt, doch nicht mehr im ſtande war, den Anforderungen der Gegenwart zu entſprechen. Der führenden Fakultät, dem theologiſchen Lehrkörper, fehlte eine bedeutende Kraft, die mitten im Kampf jener Zeiten ſtand. Micyllus, Münſter, Grynäus waren verzogen, teils der geringen Beſoldung, teils der Barbarei des herrſchenden Scholaſtizismus halber. Zwei Männer jedoch ſtanden ihm zur Seite, mit dem guten Willen die Hochſchule umzugeſtalten: Hartmann von Eppingen, der längere Zeit als juriſtiſcher Lehrer ihr angehört und jetzt kurfürſtlicher Kanzler geworden war; neben ihm war als Heiliggeiſtpfarrer und theologiſcher Magiſter hoch geſchätzt am Hofe Heinrich Stoll, den das Stiftskapitel beim Regierungsantritt Friedrichs noch wegen proteſtantiſchen Auftretens von ſeiner Stelle vertreiben wollte, der vom Kurfürſten jedoch energiſch in Schutz genommen und im Jahre 1546 gar über den Kopf der Fakultät hinweg zum Rektor der Univerſität deſigniert wurde.[162] Mit Recht nannte die Philoſophenfakultät dieſe beiden Männer ihre Reformatoren.[163] Als ſchon ein erſter Reformverſuch Friedrichs im Jahr 1545 geſcheitert war an der Hartnäckigkeit, mit der man am alten krampfhaft ſich feſtklammerte, arbeitete der auch ſonſt hervorragende Arzt des Kurfürſten Dr. Lange auf deſſen Befehl einen Entwurf aus und reichte ihn

[162] Karlsruhe, Kopialbuch 877, fol. 6 ff. — Heidelb. Bibl., Annal Univers. VI. 435 ff. — Lit. zu Stoll: Falk, Geſchichtsbl. f. d. mittelrh. Bistümer I. 1884. — Hautz, Lycei Heid. orig. — Adam, Vitae Theolog., p. 306—11. — Andreae, Bachar. palat. § 19. — Toepke, Matrikel a. a. O.

[163] Heidelb. Bibl., Acta facultatis artium IV., fol. 22. Penes quos hoc tempore reformatio potissimum erat. — Thes. Baum. XVIII. fol. 76. Fagius von Hartmann: A quo solo et scholae et ecclesiae reformatio pendere videbatur. — Hautz I. 414.

Digitized by Google

am 22. November 1545 ein.[164] Mit der Anstellung tüchtiger Geistlichen in diesen Tagen ging auch die der Lehrer für die Universität Hand in Hand.[165] Das Speyerer Domkapitel rief seine Studierenden von Heidelberg ab nach andern Lehranstalten, weil man eine Ansteckung durch die neuen Lehren befürchtete.[166]

Schon anläßlich der Heidelberger Versammlung im Dezember ging das Gerede um, daß Friedrich Melanchthon an die Hochschule berufen werde, falls der sächsische Kurfürst die Erlaubnis erteile.[167] Justus Velsius, eine jener leidenschaftlichen Naturen des Reformationszeitalters, klagte dem Wittenberger Gelehrten, wie der Sokrates Grynäus nun tot sei und drückte die Hoffnung aus, daß Melanchthon sich längere Zeit in der Pfälzer Musenstadt niederlassen werde.[168] In der Tat berief Friedrich im März 1546 den Landsmann nach der Heidelberger Universität. Leider erfüllte Johann Friedrich den Wunsch des Kurfürsten nicht, Melanchthon mochte auch selbst nicht eben jetzt seine Wirkungsstätte verlassen, trotzdem Ott Heinrich ihn dazu drängte.[169]

---

[164] Heidelb. Bibl., Cod. Heid. 359, 67 b. — Die Handschrift 359, 67 d hat mit Kurfürst Friedrichs Reformation von 1545/46 nichts zu tun. Die Aufschrift ist unrichtig und rührt von der Hand Hautz's. Der Band gehört zu den Handschriften der Reformen Ott Heinrichs. — Thorbecke, Stat. u. Ref., p. 355 über Lange. — Winkelmann, Urkundenb. d. Univ. Heid. II. 100.

[165] State papers XI. 6. — Sleidan XVI. 477. — Siehe auch oben.

[166] Prot. Sp. Dk. 6943, fol. 787. 820.

[167] Straßb. Stadtarch., Varia, fol. 28. Ad hoc operis, si Saxo permiserit, diutius coeptum (sic!), vocabit Th. Melanchthonem. (24. Jan. 1546.) — Siehe oben p. 47.

[168] Straßb. Stadtarch., ep. IX. 130. Justus Velsius an Melanchthon (5. April 1546). — Über Jost Velsch siehe unten p. 119. Ausführlicher wird von ihm zu reden sein bei der Reformation Ott Heinrichs.

[169] Corp. Ref. VI. 95. — Einen andern Grund schreibt Melanchthon an Collinus V. 95. — Hautz, Gesch. d. Univ. Heid. (I. 417) setzt irrigerweise diese Berufung auf den 28. März 1545 und bezeichnet ebenfalls unrichtig als seinen Gewährsmann Vierordt (I. 343). Dieser hat jedoch die richtige Zeitangabe. Hautz verdankt natürlich diesen Fehler Seifen, ohne ihn zu nennen. (Seifen, p. 26.) Dieser schrieb Alting (p. 157) falsch ab und konstruierte aus

Digitized by Google

Für ihn trat ein anderer Pfälzer ein, der einst mit acht Batzen in der Tasche aus Rheinzabern zur hohen Schule nach der Stadt am Neckar gepilgert war, der Straßburger Paul Fagius.[170] Allein trotz der besten Vorschläge und allen Anstrengungen konnte er nichts zustande bringen, man widerstrebte ihm, der Zeiten Ungunst vorschützend. Nur die philosophische Fakultät erkannte, daß die alte Methode den neuzeitlichen Forderungen nicht mehr gerecht wurde. Die Gründung einer Vorschule für die Universität, des später bedeutenden Pädagogiums, ist mit ein Verdienst Fagius'. Auch die Verschweißung der alten Bursen, dieser Tummelplätze für die ewigen Streitigkeiten von Realisten und Nominalisten, gelang dem Kurfürsten und damit zugleich die Beseitigung dieser unfruchtbaren Kavillationen.[171] Sonst mißglückten alle Reformen, selbst die Anstellung des Straßburgers wurde durch die theologische Fakultät hintertrieben, trotzdem der Kurfürst durch Inkorporierung von Klöstern und Pfründen auch materiell die Hochschule zu heben suchte.[172] Die grassierende Pest und der ausbrechende schmalkaldische Krieg verdarben vor der Hand alle Hoffnungen auf

---

jenem angeblichen Gutachten Melanchthons, der Wormser Reformation (siehe oben), eine Einladung des Pfälzer Kurfürsten nach Heidelberg auf den 28. März 1545. Dieses trägt allerdings dies Datum. — Vgl. auch Hartfelder in Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrh. N. F. III. 112—119 und Druffel in Abhandl. d. bayr. Ak., hist. Kl. XIX. 470. — Hiernach Winkelmann II. 100 jetzt zu verbessern.

[170] Über ihn: Wangenmann in Herzog, Realenzyklopädie. V³. 733. — Sleidan XVIII. 558. — Alting 157. — Octo baciorum viatico instructus. Hautz, Lycei Heid. orig., p. 26.

[171] Winkelmann, U.-B. I. 234—40; II. 101.

[172] Hottinger, Colleg. sapient., p. 13. papali zelo flagrantes. — Gegen eine ewige Rente von 150 Fl. zedierte die Universität die Pfründe des Dr. Heilmann am Domstift Speyer. Dadurch wurde er zugunsten der Universität der störenden Reisen nach Speyer enthoben, aber die Kapitulare verloren in Heidelberg ihr altes Absteigequartier und eine ständige Geschäftsstelle für Verhandlungen mit dem kurf. Hofe. Karlsruhe, Kopialbuch 420, fol. 195. — Pr. Sp. Dt. 6944, fol. 73. 90—97. — Heidelb. Bibl. Arch. Batt. Handschr. 58, fol. 17. — Kopialb. 843, fol. 15. — Winkelmann, U.-B. II. 101.

Digitized by Google

weitere Reformen. Zum Unglück starb auch der so hoch verdiente Kanzler und Schulmann Hartmann, dessen Tod selbst die Universität als schweren Verlust für Religion und Wissenschaft beklagte. Sein dankbarer Sohn, der spätere einflußreiche pfälzische Rat, errichtete ihm in der Heiliggeistkirche ein Epitaph und hing darüber ein Bild der Auferstehung.[173]

Voll Unmut bedauerte Ott Heinrich, daß der Kurfürst die ganze Reform der Schule nun stecken ließ. Den Neuburger Regenten erklärte er, daß er unter diesen Umständen dem Magister Wolfgang, welcher gerne nach Heidelberg gehen wollte, keine Lektur mehr verschaffen könne. Immerhin ließ er ihn in die Pfalz kommen, und der Magister hat im nächsten Jahre dem unglücklichen und ritterlichen Bruder Philipp nach einem Leben tragischer Enttäuschungen und fürstlichen Elends zu Heidelberg die Augen zugedrückt.[174]

Einstweilen hielt man am Hofe trotz der von allen Seiten heranziehenden Unwetter an dem Begonnenen fest. Noch predigte Fagius jeden Tag in der Schloßkapelle in Gegenwart des Kurfürsten, seiner dänischen Gemahlin und des Hofgesindes. Die Fürstin bat ihren Gemahl inständig, den Straßburger Prediger nicht fort zu lassen. Der Kurfürst bezeugte Fagius mündlich

[173] Straßb. Bibl., Thes. Baum. XVIII. 76. P. Fagius an Blaurer, 26. Juli 1547: Revocatus eram a principe Palatino Heidelbergam. Verum multa sunt, quae impediunt vocationem. Delapsa est schola propter pestem illic grassantem. Translata quoque est aula. Accedit ad haec omnia et hoc infaustum malum, quod pestis nobis eripuit doctissimum, sanctissimum et piissimum virum cancellarium (ab Eppingen) principis, a quo solo et scholae et ecclesiae reformatio pendere videbatur. — Münch. R.-A. Pfalz-Neub. 26., fol. 12. Martin Frecht an Menradus: „der damit der warhait Hartman genennt ist worden". — Annal. fac. art. IV, fol. 24. — Karlsruhe, Kopialb. 877, fol. 29.

[174] Siehe den Brief Ott Heinrichs an die Neuburger Regenten oben p. 63. Die Lebensbeschreibung Philipps durch den Bruder Ott Heinrich in v. Freybergs Sammlungen hist. Schriften und Urkunden, p. 241 ff. — Dieser Magister ist nicht W. Musculus, wie Druffel meint. Briefe und Akten I. 29 Nr. 68, Anm. 2. — Über Herzog Philipps Tod siehe unten p. 96 ff.

Digitized by Google

seine Freude an dem Evangelium und versprach Standhaftigkeit. Zur Bekräftigung gab er ihm den Befehl, mit einigen in die Klöster zu gehen, dort die Sakramentshäuschen auszuräumen und die Altäre abzudecken. Den päpstlich Gesinnten gegenüber ruft Fagius ironisch aus: „Also ist der churfürst vom Evangelio abgefallen".[175] Leider versagte diesem bald Herz und Hand, als der Kampf entbrannte und der Moment der Entscheidung eintrat. Friedrichs Wahlspruch lautete: Vom Himmel kommt der Sieg. Aber dem Tatenlosen und Unentschlossenen sandte dieser Niederlage und noch mehr.

[175] Thes. Baum. XVII. 121. Paul Fagius an A. Binder in Speyer: „Mit dem churfürsten, das er soll vom Evangelio wider abgefallen sein, ist nichts dran, mögen Ir mir frölich nachsagen. Und damit Ir sehet, das nichts dran sei, laß ich euch wissen, daß ich allen tag zu hof im schloß predige, in gegenwertigkeit des churfürsten, auch der konigin und des hofgesinds und hat die konigin, die churfürstin, die zuvor gottes worts klain verstand gehept, ein solchen lust und willen zu dem wort gottes und dem h. Evangelio gewonnen, daß sie selber mehr dan einmal den churfürsten flehenlich gebetten, mich zu behalten und nit hinweg zu lassen, damit sie das wort gottes hören möge und gebetten, daß ich wölle teglich im schloß predigen wie ich dann thue. Daran hat der churfürst ain große fraid, hat er mir am samstag verschienen selber mündlich angezaigt, mit ferrer anzaigung, sein ch. gn. haben das wort gottes angenommen, daby gedenken sy mit hulf und gnad zu pleiben. Gott hab lob in ewigkait, die sach stedt noch wol. Und zu merer bestetigung dises alles, so wüssent, daß ich uf den heutigen tag befelch empfangen, mit ettlichen in die clöster zu gan und die sacramenthäusslin helffen ausräumen, die altaren abzudecken ꝛc. Also ist der churfürst vom Evangelio abgefallen. Zu Haidelberg in eil, in herzog Ott Heinrichs hoff" (26. Aug. 1546).

Digitized by Google

Dritter Abſchnitt.

Vom Beginn des Krieges bis zum Interim.

1. Friedrichs politiſche Stellung während des Krieges und ſeine Bußfahrt nach Schwäbiſch-Hall.

Außer der Verworrenheit im ſchmalkaldiſchen Lager war es die Beſorgnis für die Oberpfalz, die einem feindlichen Angriff zunächſt ausgeſetzt ſchien, welche Friedrich veranlaßte, dem proteſtantiſchen Bündnis nicht beizutreten. Bis die Geſchütze losbrannten, hoffte er noch auf einen friedlichen Ausgleich.[176] Der Kaiſer hielt mit ſeinen Entſchließungen zurück, und es war kein Meineid Granvellas, wenn er im Mai gelegentlich eines Gaſtmahls bei Chriſti Kreuz ſchwur, daß der Beſchluß zum Kriege noch nicht gefaßt ſei.[177] Naves ſelber täuſchte nochmals den Pfälzer durch eine Geſandtſchaftsreiſe nach Heidelberg in der gleichen Abſicht, mit der man auch von ſeiten Karls die Städte harangierte.[178] Sofort wurde Riedeſel zum Landgrafen

[176] Sleidan XVII. 515 ff. — Lenz, Die Kriegsführung der Schmalkaldener gegen Karl V. an der Donau, Hiſtoriſche Zeitſchrift, Bd. IL. 424.

[177] Ranke IV. 297.

[178] Druffel, Des Viglius van Zwichem Tagebuch, p. 3. — Friedensb. IX. 78. Manda Sua Cesarea Maestà il dottor Naves al conte Palatino, per ammonirlo alla resipiscentia, per veder se lo potesse guadagnare et staccarlo dalla liga di Smalcaldia. — ib. IX. 82. — Maſon ſchildert die damalige Lage am Heidelberger Hofe in dem intereſſanten Bericht vom 25. Juni 1546. State papers XI. 226.

Digitized by Google

abgefertigt, um diesem wichtige Aufschlüsse über die Unterhandlungen mit Naves zu geben. Zu Karl hin suchte Friedrich Ende Juli durch die Sendung des kaiserlich gesinnten Wolf von Affenstein sich die Brücke zu wahren.[179] Nach beiden Seiten hin blieb bei dem nun ausbrechenden Kriege die Haltung des Pfälzer Fürsten eine schwankende, so daß bereits zu Beginn der Katastrophe bei den Protestanten bittere Stimmen gegen den „Ischariot" der protestantischen Sache laut wurden.[180]

Unter dem Vorgeben, das Vaterland verteidigen zu müssen und um Sold für Truppen zu bekommen, hatte er das Stift zum heiligen Geist mit Hülfsgeldern bedrängt. Dieses wies ihn, indem es nur einen Teil der auferlegten Summe gewährte, auf die gnadenreiche Hülfe des Allmächtigen.[181] Gegen die Schmalkaldener salvierte sich Friedrich dadurch, daß er dem Landgrafen die für seine dänischen Projekte geworbenen Truppen unter Christoph von Oldenburg und Knyphausen anbot, da er ohne dies, durch den Kriegssturm gestört, für diese einstweilen keine Verwendung hatte. Allerdings entging durch eine Meuterei in diesem Heere noch vor der vertragsmäßigen Vereinigung mit der schmalkaldischen Armee der letztern ein bedeutendes Kontingent.[182]

Mit Württemberg hatte Friedrich im Vorjahr eine Einung getroffen zum Schutze ihrer Länder.[183] Obwohl man die Ver-

[179] Viglius, p. 27. 45. — Lenz II. 417 Anm. 1. — Friedensb. IX. 138.

[180] Viglius, p. 31.

[181] Karlsruhe, Kopialb. 877, fol. 24. Ut eo facilius possit milites cum stipendiis condignis ad negotium militare pro defensione patriae facere promptos et ceteros, qui sine stipendiis militant necessariis sumptibus sustentare.

[182] Lenz, II. 421. 429 ff.

[183] Karlsruhe, Kopialbuch 840, fol. 429. „So sollent dieselbigen sachen die religion belangend, in disе einigung nicht gezogen, oder gemeint sein, sonder dieselbigen ruwen, steen und beliben bei dem kay. jungst usgegangnem friden." (31. März 1545.)

Digitized by Google

pflichtung gegen Kaiser und Bundesverwandten zu Felde zu ziehen ausschloß und Religionsangelegenheiten das Bündnis nicht betreffen sollten, sandte trotzdem Friedrich dem bedrängten Herzog nach einer Zusammenkunft in Maulbronn eine Reiterschar zu Hülfe. Wollte aber der Württemberger in dem Kriege seine Reiter selbst schonen, so mochten die 400 „Palatinici" ihre Haut auch nicht verkaufen. Nach drei Monaten zog der Reitergeneral Riedesel auf die Kunde des angeblichen Todes ihres Landesherrn mit ihnen wieder heim.[184]

Bereits Anfang November flehte der Kurfürst den Kaiser um Verzeihung an, weil ihn der Landgraf betrogen habe.[185] Einstweilen meldete sich Karl als kriegerischer Gast für den kommenden Winter an und bestellte Quartier für seine Truppen in der linksrheinischen Pfalz.[186] Ihm waren die auftauchenden Pfälzer Fähnlein nicht entgangen, am wenigsten jenes zu Neuburg.[187] Er hatte dem Kurfürsten früher schon angedeutet, daß ihn kaiserliche Strafe erwarte, wenn er seine Truppen nicht zurückriefe.[188] Anfang September fing er einen Brief des Pfälzers an den Landgrafen auf, in welchem Friedrich den Hessen mahnte, noch vor Bürens Ankunft, der Ende August den Rhein überschritten hatte, den Kaiser anzugreifen. Diese Handlungsweise seines Verwandten fiel Karl nun doch schwer aufs Herz, und

---

[184] Viglius, p. 168. 180. 185. — Lenz III. 468.

[185] Friedensb. IX. 329. — Viglius, p. 107. 180. 184/85.

[186] Thes. Baum. XVII. 135. P. Fagius an Bucer., 9. Okt. 1546: Heri relatum est mihi a quodam secretorum principis conscio, perscriptum esse ab imperatore ad principem nostrum, ut sibi copiam faciat hybernandi cum castris suis in inferiori parte palatinatus ad Renum, hoc est in Oppenheim, Alzei et ceteris locis, ubi nuper aliquandiu haesit exercitus burensis.

[187] Häußer, Gesch. d. Pfalz I. 602. — Viglius, p. 112. Bei der Besetzung Neuburgs befand sich ein Fähnlein Pfälzer.

[188] Friedensb. IX. 198. Et se non revoca le sue genti, poche o molte che sieno, gli farà conoscere un giorno il suo errore.

Digitized by Google

die Spürnasen aus seiner nächsten Umgebung haben nichts von dem Inhalt des Schreibens vernommen.[189]

Die Kriegswelle wälzte sich in den Novembertagen in die Pfalz herab. Schon hieß es, der Kurfürst wolle nichts mehr von seinen Schmalkaldenern wissen und habe sich versteckt, als der Landgraf mit sieben Kleppern fluchtähnlich über Heidelberg die Bergstraße hinuntergeritten sei. In Wahrheit übernachteten die beiden Heerführer am 7. Dezember in Ladenburg und Friedrich war schon auf seiner Bußfahrt zum Kaiser begriffen.[190] Er und mancher andere dachte, daß es um den Kurhut nun geschehen sei.[191] „O du armes Pfaltzgravisch schaf", schrieb Ott Heinrichs Rentschreiber Arnold an den schlauen, bayerischen Eck „dieweil du zu Wormbs aus dem Rein gedrungken und dem unersettigten wolf das wasser, so er zu Speyer gedrungken hat, betriebt hast, so mustu billich herhalten und die haut zu sambt der Wolln nemen lassen."[192]

Er eilte Schwäbisch-Hall zu, um des Kaisers Gnade bald zu erreichen. In einer Sänfte getragen, langte er dort an, „ist warlich alt und schwach" meinte der bayerische Rat Bonacorsi. In der Audienz am 19. Dezember mußte der kranke Mann sich dreimal vor Karl beugen, mit dem Barett in der Hand ließ ihn der Monarch stehen und seinen tiefen Unmut empfinden. Er hörte seine Entschuldigungen an, wies ihm schließlich nur jenen aufgefangenen Brief, verzieh ihm bald und nahm auch die andern, die gegen ihn gedient, Hans von Hirschhorn und Philipp von Gemmingen, wieder zu Gnaden an.[193]

---

[189] Viglius, p. 97. — Venet. Depeschen I. 661.

[190] Viglius, p. 207. 210. — ib. 221 und Nachtrag I.

[191] Münch. Staatsarch. K. bl. 93/9, fol. 14. Johann Friedrich an Ott Heinrich, 6. Dez. 1546.

[192] Münch. Reichsarch. Pfalz-Neub. 26, fol. 26. Arnold an Eck, 16. Juli 1547.

[193] Friedrich war in dieser Zeit schwer krank und schon totgesagt

Digitized by Google

Drob geriet Bayern in große Wut, aber auch der Nuntius empfand bittern Schmerz, weil der so ungerupft davongekommen war, welcher immer den Mittelsmann gespielt und viel ärgere Züchtigung verdient hätte als die andern.[194] Zu dem Verluste von Boxberg, das Albrecht von Rosenberg behielt, machte Friedrich ein saures Gesicht, im ganzen genommen war er mit gelinder Strafe bei Karl V. entschlüpft.

Der Kriegszug war, abgesehen von Proviantierungen und Transporten kaiserlicher Geschütze, ohne größern Schaden für das Pfälzer Land weiter geeilt.[195] Nur der Bischof von Speyer hatte vorübergehend in Angst geschwebt wegen den Rheinfähren und Bürens mutmaßlichem Übergang. Als jedoch der General bei Mainz den Rhein überschritten hatte, verließen auch die Württemberger Fähnlein, welche die Nachen den Rhein entlang zerstören wollten, das Gebiet des Bischofs Philipp von Flörsheim.[196]

---

worden. Lenz III. 467. — Viglius, p. 214. — 236 ff. — Friedensb. IX. 405. 637. — Sleidan XVIII. 558.

[194] Friedensb. IX. 337. Lui è sempre stato quello che si è tramesso sotto colore di homo di mezzo et sempre ha più presto favorito le parti di Protestanti che di Catholici. — ib. 381. Meritando egli un'altro maggior castigo che tutti gli altri. — ib. 397.

[195] Karlsruhe, Kopialb. 842, fol. 245. — Münch. Reichs-Arch. Pfalz. Neuburg 26, fol. 339. 470.

[196] Karlsruhe, Kopialb. 420, fol. 182 ff. „Der Allmächtige Gott hat durch furbitte der Jungfrau Maria gnedig bewahrt, so daß in der Stadt und Gebiet des Bistums alle göttlichen Ämter mit Messehalten, Singen, Lesen, Predigen, Innehaltung des Cölibats, der Communion unter einer gestalt gehalten wird mit einiger Ausnahme des klosters zu den Augustinern in Speyer, auch vor den drei Heeren, die durch das Stift und den Brurhain gezogen, glücklich bewahrt". — Remling, Gesch. der Bischöfe zu Speyer II. 307. — König, Reform. von Speyer.

Digitized by Google

2. Die Rückwirkung des Krieges auf die pfälzische Reformation.

Derweilen ließ Karl V. in großer Vorsicht und Schlauheit die Frage der pfälzischen Reformation ganz beiseite. Sleidan hat die kaiserliche Politik dieser Tage scharf gekennzeichnet: Religionem caesar adhuc permittit suis dediticiis nec patitur in paciscendo ullam fieri mentionem eius rei, callide nimirum et insidiose. Nam si quid mutaret, offenderet Mauricium et duos illos marchiones Brandeburgenses multosque alios qui ei militant. Si nihil mutaret interpellatus, offenderet pontificem: itaque non sustinet eius rei mentionem ullam fieri. Daß der Papst mit dieser religiösen Duldung in der Tat bereits unzufrieden war, ist nicht verwunderlich.[197] Einstweilen wollte angeblich der Kaiser im Einverständnis mit dem Kurfürsten Friedrich „zur Verteidigung Deutschlands" die Kirchengüter in Anspruch nehmen.[198]

Unbekümmert um den Verwandten hatte Ott Heinrich trotz der schweren Tage die Reformationsarbeit im Lande zu fördern gesucht. Er nahm sich vertriebener Prediger an und verschaffte ihnen durch den Hofkaplan Bartholomä und den am Heidelberger Hofe viel geltenden Bruder Melanchthons, den Brettener Schultheißen Georg Schwarzert, Unterkommen und Pfarreien in

[197] State papers XI. 379. Wherwith the Bisshop of Roome is not contentid.

[198] Freße berichtet: Quant à la religion, il n'y veut rien toucher encores, et quand l'on en viendra là, il a bien délibéré, à ce que j'ay entendu qu'il en avoit devisé avec le comte Palatin, de faire convertir les biens d'église pour la defense de la Germanie. Ribier, Lettres et Memoires, I. 605. — Speier erhielt im Frühjahr eine kaiserliche Aufforderung, Hülfsgelder zum Kriege gegen die Protestanten zu senden. Prot. Sp. Dk. 6944, fol. 104, 157.

Digitized by Google

der Pfalz.[199] Mit Martin Frecht, dem ehemaligen Heidelberger Philosophen und jetzt in Ulm tätigen Reformator, steht er in den Dezembertagen in Unterhandlungen, um diesen brauchbaren Mann für die Pfalz zu gewinnen.[200]

Aber am Hofe hatte der Krieg die schon vorher religiös und politisch sich gegenüberstehenden Parteien in noch schärfern Gegensatz gebracht. Die Anhänger der kaiserlichen Sache, Leute wie Wolf von Affenstein und Leodius, spielten jetzt in schlauer Verstellung die Rolle der Schmalkaldener als „landgravianer", indem sie alles, was aus dem protestantischen Lager kam, laut ausposaunten, alle Nachrichten und Vorgänge im kaiserlichen Kriegslager mit peinlicher Sorgfalt verschwiegen. Paul Fagius, der dieses Bild vom Hofe zeichnet, nennt die Gesinnung und den Willen des Kurfürsten gut, aber seine Person allein wäre zu schwach gegenüber dem Adel und einigen Hofräten.[201] Der Landgraf sucht Bucer zu beweisen, wie er ehedem recht gehabt hätte mit seinem System vorsichtiger Zurückhaltung gegenüber dem Pfälzer. Er will schon wissen, daß in Heidelberg Seelenmessen gelesen und Fastenspeisen genossen werden.[202]

---

[199] Münch. Reichs-Arch. Pfalz Neuburg 26, fol. 231 G. Arnold an Ott Heinrich, 25. April 1547. Ein Magister Georg erhält die Pfarrei Sinsheim. Der Hof war dabei behülflich. Ein anderer bekommt eine Anstellung in Gundelsheim durch den Brettener Schultheißen Georg Schwarzert.

[200] Münch. Reichs-Arch. Pfalz Neuburg (Saal XII), Fasz. 5. Christoph Arnold an Ott Heinrich, 19. Dez. 1546. — Lenz II. 456. — Er hat keine Folge geleistet, wie aus seinem Kondolenzschreiben an Menrad wegen Hartmanns Ableben hervorgeht. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 12.

[201] Thes. Baum. XVII. 135. P. Fagius an Bucer, 9. Okt. 1546: Istud quidem scio, esse in aula, qui cum simulent, se esse Landgravianos, maxime sunt Caesariani. Cum aliquid a Landgravio et a nostris in aulam venit, facile spargunt. Cum vero a Caesare aliquid scribitur, summum est silentium, nihil hic revelatur aut temere spargitur. Facile cogitare potes, qui illi sint. Optimus est princeps, sed parum potest propter nobilitatem suam et consiliarios aliquos.

[202] Lenz II. 488. — Thes. Baum. XVII. 152. Anders Hedio an Erb, 21. Nov. 1546: De Palatino, quod is missam restituerit papisticam,

Digitized by Google

Und wo der Fürſt des Landes läſſig die Hände ſinken ließ, da konnte auch der eifrige Ott Heinrich nicht viel vermögen. Ihm prophezeit ſein trauter Freund Bartholomä im Frühjahr 1547 in düſterer Stimmung das Herannahen einer böſen Zeit aus dem blutroten Sonnenuntergang, den er vom Heidelberger Schloße aus eines Abends betrachtete und ſchildert ihm in trüben Farben, wie es rings im Gau um die evangeliſche Sache ſchlecht beſtellt und jedes religiöſe Intereſſe mangle. Nur Ott Heinrich rage noch als Turm des Proteſtantismus im Lande.[203]

So wirkte der ſchmalkaldiſche Krieg allmählich lähmend auf das begonnene Werk. Näheres über den Zuſtand im Lande erfahren wir aus einem vertraulichen Beiſammenſein des Germersheimer Vogts mit dem Herzog Ott Heinrich in Weinheim. Riedeſel war unverdroſſen reformierend fortgefahren trotz aller böſen Wahrzeichen am politiſchen Himmel. Der Ort an der Bergſtraße war das Zentrum und jetzt die Zufluchtsſtätte aller reformationsfreundlichen Kreiſe geworden. Große Heimlichkeit herrſchte bei den mißlichen Zeitläuften unter dieſen Bekennern der neuen Lehre. Das in Weinheim Beſprochene wurde von Freund zu Freund ſtill weitergegeben. Eine Anzahl angeſehener Ritter war auf dem Kraichgau beiſammen geweſen und hatte den einmütigen Entſchluß gefaßt, nie von ihrem evangeliſchen Glauben abzulaſſen. Ott Heinrich ermahnte ſie zur Standhaftigkeit, er war entſchloſſen trotz anfänglicher Bedenken vor dem

lutulentum est mendacium et sparsum ita per nebulos quosdam sacrificulos, qui oblatam Coloniensis reformationem hactenus noluerunt admittere. Fagius enim noster rediit ante III dies, qui testatur Palatini electoris et reginae uxoris animos bene faventes.

[203] Münch. R.-A. Pfalz Neuburg 26, fol. 231. Adam Bartholomä an Ott Heinrich, 29. April 1547: „Auf dem gaw ſtet die ſach nit wie ich gern wollt, ſolchs will ich E. f. gn. mündtlich berichten. Doſſenheim ſtet in will weder hinder ſich noch fur ſich, dann die religion wirdt von niemand bei uns geacht, dann allain von ainem man."

Digitized by Google

heimlichen Arm des Kaisers, das Land nicht zu verlassen, noch den Anerbietungen Karls durch seinen Bruder Philipp Gehör zu schenken, der ihm um den Preis der Religion sein Fürstentum wieder zurückgeben wollte.[204] Ob der Plan der Ritterschaft, durch Landschad eine Schrift an den Kaiser aufzusetzen, ausgeführt wurde, ist unbekannt.[205] Selbst auf die Schwester Karls, Marie, das Orakel der österreichischen Familie, welche die Zeitgenossen la valerosa nannten, suchte man in diesen Tagen einzuwirken durch ihren ehemaligen Prediger Dr. Peter Alexander. Dieser war schon zu Anfang des Krieges aus Heidelberg nach Straßburg geflohen. Gelegentlich einer bevorstehenden Durchreise der Niederländerin suchten nun die Straßburger Bucer und Hedio im Verein mit Ott Heinrich durch Alexander ein „christlich gemainutzig gesprech" mit der Königin anzubahnen. Durch eine Reiseänderung der Schwester Karls scheint dieser Plan durchquert worden zu sein.[206]

3. Der Augsburger Reichstag 1547—48 und die Einführung des Interims in der Kurpfalz.

Unterdessen hatte der Kaiser den Reichstag nach Augsburg ausgeschrieben. Kurfürst Friedrich war zu persönlichem Er-

[204] Münch. R.-A. Pfalz-Neuburg 26, fol. 31 ff. Die Audienz fand statt am 17. Januar 1548. Vgl. auch fol. 142 ff. 295. Ott Heinrich, der sich in ziemlich gedrückter Stimmung befand, fragte Niedesel über den kirchlichen Zustand des Landes. Dieser versicherte ihm, daß in der Pfalz und im Kraichgau noch viele „erliebende dem Evangelio geliebte und anhangende leut vorhanden, ab denen dann s. f. gn. nit allein gnedigs gefallen, sondern auch mitleiden trug, wo inen widerwertigs und ergerlichs in christlicher religion begegnen sollte". Hinsichtlich der kaiserlichen Verlockungen hoffte der Herzog, daß Gott ihn „zu diesem fall nit singken" lassen werde, daß er seinen Glauben verleugne. Falls Karl in die Pfalz einrückte, wollte er weiter nach Straßburg oder Basel entfliehen.

[205] ib. fol. 281 (10. Febr. 1548).

[206] ib. fol. 24. 25. 91. Die Zusammenkunft sollte in Germersheim stattfinden. Das Urteil Bucers und Hedios über Peter Alexander siehe oben.

Digitized by Google

ſcheinen entboten worden durch eine gnädige Einladung, in welcher ſeine ehemalige Verirrung nur leichthin geſtreift wurde. Obwohl er vom Podagra ſchwer heimgeſucht war, erſchien er trotzdem auf dem Reichstag.[207] Er, der mit des Kaiſers Gegnern, den Proteſtanten gemeinſchaftliche Sache gemacht und an den kaiſerlichen Schild gegriffen, durfte jetzt dem Willen Karls während der Verhandlungen keinen Widerſtand entgegenſetzen. Trotzdem ihm der Monarch verziehen — denn er wußte, wie harmlos im Grunde des Pfälzers Pläne geweſen waren —, meldete ſich dennoch ein nachträglicher Ankläger. Lazarus von Schwendi legte Briefe vor — ob ſie falſch waren, iſt nicht an den Tag gekommen —, auf Grund deren es Pfalz und Frankreich im Bunde mit dem Kondottiere Vogelsberger auf Karls Krone abgeſehen hätten. Der Kaiſer nahm Friedrich gegen dieſe ſchwere Anſchuldigung öffentlich in Schutz gegenüber Schwendi.[208] Trotzdem Vogelsberger mit der Tortur bearbeitet wurde, um auszuſagen, ob der Kurfürſt und Herzog Wolfgang dieſe Pläne wirklich im Schilde geführt, ſuchte er ſelbſt auf dem Schafott noch Friedrich zu verteidigen, weil man mit dieſen ungerechten Anklagen dem alten frommen Kurfürſten wirklich ein Unrecht antue. Seit 1544 jedoch war Sebaſtian Vogelsberger zum lebenslänglichen pfälziſchen Kriegsrat und Diener ernannt und Beweiſe eines geplanten Bündniſſes mit Frankreich liegen vor aus der Hofratsſitzung vom 25. Mai 1546.[209]

Ängſtlich iſt Friedrich jetzt befliſſen, ſeinen Herrn nicht zu erzürnen. Ott Heinrich, der ihn um Überlaſſung einiger Bücher aus dem Kloſter der Predigermöche in Heidelberg erſuchte, ſchlägt er die Bitte rund ab aus Furcht, die Mönche könnten

[207] ib. fol. 21. 144. 332.

[208] ib. fol. 310. 363. Aus den dürftigen Akten kann man leider nichts Sicheres erfahren.

[209] ib. fol. 261. — Karlsruhe, Kopialb. 842, fol. 31. — ib. Handſchriften A. 381, fol. 89; ſiehe oben p. 34 ff.

Digitized by Google

ſich deswegen beim Kaiſer beſchweren. Auch Briefe und Bittgeſuche Ott Heinrichs an Karl V. beförderte er nicht weiter. Denn des Neuburgers wegen, der in ſchwerer kaiſerlicher Ungnade ſtand, wollte er es mit dem allmächtigen Herrn nicht mehr verſcherzen.[210] Nachdem jene halbpolitiſche Miſſion Peter Alexanders[211] anſcheinend durch eine Reiſeänderung der Königin Marie geſcheitert war, wollte der Umhergetriebene ſich wieder im Auguſtinerkloſter feſtſetzen. Aber Friedrich ſah ſchon den kaiſerlichen Zorn gegen den hochverſehmten Prediger ſeiner Schweſter gegen ſich gekehrt. So ſchnell als möglich ſoll er aus der Pfalz verſchwinden, lautet es von Augsburg, wo der Kurfürſt auf dem Reichstag weilte.[212]

Als kaiſerlicher Kommiſſar in Augsburg war Friedrich emſig bemüht, dem Lieblingswerk des Spaniers, dem zuſtandegekommenen Interim, Eingang zu verſchaffen. Die Kraichgauer Ritter berichteten ihm, daß ſie unter Vorbehalt der Juſtifikationslehre ſich den Beſtimmungen desſelben mit Einſchluß der Zeremonien fügten. Zu gleicher Zeit führten ſie aber auch Klage über den Mangel an Prieſtern, der ſich infolge des Interims ergebe. Am 9. Februar 1549 meldete Riedeſel, daß in der Pfalz das kaiſerliche Edikt auch wirklich bekannt gemacht worden ſei.[213] Zwecks Sanktionierung der Prieſterehen und der Zulaſſung des Laienkelchs durch den Papſt machte Friedrich mit Brandenburg eine Eingabe an Karl V. Dieſer verwies ſie an

---

[210] Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 283/84. Augsburg, 29. Jan. 1548. — Karlsruhe, Kopialb. 964, fol. 3.

[211] Siehe über die geplante Zuſammenkunft oben p. 84.

[212] ib. fol. 25. — Heidelb. Bibl., Annal. Univ. VI. 456/57. Quanto ergo citius hinc pedem moveret, tanto melius. — Winkelmann, U.-B. II. 102.

[213] Druffel, Briefe und Akten III. 150. 155. 159. — Seiſen, p. 43 unrichtig. — Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 134. Herzog Philipp an Ott Heinrich: „er mergk wol, das der churfürſt die religion (die alte) wider annemen werd". (8. Jan. 1548.)

Digitized by Google

das Konzil.[214] Bei einem Gastmahl, das der päpstliche Gesandte den Kurfürsten in Augsburg gab, konnte dieser dem Pfälzer die beruhigende Versicherung geben, daß der heilige Vater ihm wohlwolle, weil er sich stets nach seiner Heiligkeit Willen gehalten habe. Unter den Flugschriften jener Tage aber lief auch eine „Passion des gotfurchtigen churfürsten zu Sachsen Johann Friedrichs anno 1547" um. Da redet dieser den Pfalzgrafen an: „Und du warst auch mit dem Jesus von Nazaret. Der Pfälzer: Ich weiß nicht, was du sagst."[215]

Schöner leuchtet da die Standhaftigkeit Ott Heinrichs aus seinem Weinheimer Exil oder die Entschlossenheit des nachmaligen Kurfürsten Friedrich III. Dieser schrieb Albrecht von Preußen in diesen Tagen aus Heidelberg: „Ob ich gleich in disen landen des glaubens halber nicht sicher wäre, ich wollt vielleicht mit gott an andern orten noch zu leben haben".[216] Der gefangene Kurfürst von Sachsen erklärte dem Kaiser, daß er nun beraubt von Land und Leuten, von Weib und Kind auch gerne seinen bloßen Leib und „maden sagk" um Christi willen hergeben wollte.[217]

Bei der ersten Kunde vom Interim drückte Landschad von Neckarsteinach offen sein Mißfallen und seine Gewissensbedenken in betreff der Annahme aus.[218] Da die geistlichen Stände sich den Bestimmungen des Reichstags nicht fügten, so gerieten sich

[214] A. v. Recum, Einzelne Betrachtungen aus der Gesch. von Deutschl. (1789), p. 150 ff.

[215] Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 267. — fol. 282.

[216] Druffel, Briefe und Akten III. 151; auch I. 121. — Voigt in Raumers hist. Taschenb. IX. 440. — Siehe auch Wolfgangs von Zweibrücken Verhalten bei Druffel I. 117. 169. 289. — Münch. R.-A. Neub. Nachträge, Nr. 170. Wolfgang an Ott Heinrich.

[217] Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 15. Morolts Zeitung an Ott Heinrich vom Augsburger Reichstag.

[218] ib. fol. 470. Christoph Landschad an Ott Heinrich, 2. Juni 1548. Vom J. erklärt er: „gefelldt mir seer übl, wird mit gutem gewissen in allen stügken nit anzunemen sein".

Digitized by Google

Mainz und Pfalz bei der Frage der Besetzung von Patronatsstellen und der geistlichen Visitationen in die Haare. Mainz bestritt Pfalz das Recht der Visitation an exemten Orten und widerstrebte einer solchen durch einen vom Kurfürsten entsandten verheirateten Geistlichen. Karl V. verbot unter Strafandrohung jeden Eingriff und Hinderung bischöflicher Strafgewalt, der Vikar in spiritualibus sollte in seiner örtlichen und sachlichen Zuständigkeit nicht gestört werden.[219]

Martin Frecht aus Ulm, welcher vor kurzer Zeit seinen Heidelberger Freunden die Bitte, nach der alten Musenstadt zu kommen, abschlagen mußte, hatte dafür ein lustiges Spottliedchen auf die Mönche eingesandt. Ein guter Heidelberger Musikus sollte es in Noten setzen.[220] Diese Musik wurde den protestantisch Gesinnten bald von ihren alten Gegnern, den Mönchen und den Anhängern des katholischen Glaubens, selbst aufgespielt. Wolf von Affenstein, der Verfechter der katholischen Anschauung eröffnete das Konzert. Am 17. August 1548 versammelten sich auf kurfürstlichen Befehl in der Schloßkanzlei der Dekan Steymar, Magister Heinrich Stoll, der Hofprediger Adam Bartholomä, Magister Johann Dietz, der Konvent der Franziskaner und alle kurfürstlichen Räte. Affenstein erhob sich und hielt eine lange Rede, in der er des Kaisers Politik darlegte und schließlich mit dem Edikte des Augsburger Reichstags hervorrückte. Er legte Briefe Karls V. vor, denen gemäß Amt und Zeremonien in alter Weise eingerichtet, namentlich aber die Burgkapelle und die bisher verschlossenen Klöster der Franziskaner und Predigermönche wieder eröffnet werden sollten. Sobald das kaiserliche Edikt verlesen war, liefen sofort die Franziskaner im Jubel in die Stadt hinab zu ihrer Kirche, erbrachen die Türe und verkündigten

[219] Karlsruhe, Kopialb. 420, fol. 214. — Druffel III. 155.

[220] Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 12. Martin Frecht an Martin Menradus. Ulm, 14. Juni 1547.

Digitized by Google

durch Glockenschlag, daß das Mönchtum wieder in Heidelberg einziehe. Sogleich begannen sie mit der Zelebrierung einer feierlichen Messe, während das Volk ob dieser plötzlichen Veränderung verwundert dastand.[221] Dem Dekan wurde das Interimsbuch eingehändigt, dessen Verkündigung dieser alsbald vornahm. Den gleichen Befehl vollführte der Hofprediger Bartholomä, der einst, wie der Schreiber im Kirchenbuch des Heiliggeiststiftes bei der Erzählung dieser Ereignisse absichtlich hinzusetzt, unter Ott Heinrichs Reformation der erste Mann gewesen war.[222] Am kommenden Sonntag verlas ein Franziskanermönch die Publikation im Minoritenkloster. Friedrich und seine dänische Gattin wohnten diesem Akte mit großem Gefolge bei. Als der Guardian mit der ersten Messe anhub, gingen viele Personen aus dem Hofkreise zur Kirche hinaus.[223]

Die pfälzischen Untertanen begrüßten zum Teil die Wiedereinführung des alten Kultus, viele jedoch sträubten sich gegen dessen Annahme. Wollten zu Möckmühl im Mosbacher Amt, wo Pfalz gewisse kirchliche Rechte ausübte, die einen Messe gelesen haben, so verlangten die andern ausschließlich die Predigt und weigerten sich, ihre Kranken durch Diener des Interims versehen zu lassen.[224] Von den Kanzeln in Heidelberg wurden

---

[221] Karlsruhe, Kpb. 877, fol. 29. Hoc felix nuntium cum audissent monachi Franciscani mox e vestigio gratias agentes incurrunt domum aperientes suam ecclesiam et campanella sua pulsantes statim repererunt monachum, qui sacrum celebraret solemniter multis etiam laicis astantibus et admirantibus de tam subita mutatione.

[222] ib. fol. 29 II. Dominica post Barth. Apost. anno 48 d. licentiatus Adamus, principis concionator in arce, qui prius novae religionis apud principem Ottonem Henricum autor fuit et reformator, nunc jussu principis electoris in ecclesia S.S. Heidelbergensi profitetur publice declarationem Caesareae Majestatis, quam vocant Interim et omnes ad illius libri observationem hortatur.

[223] Corp. Ref. VII. 164. — Der ausführliche Bericht dieser Vorgänge Kpb. 877, fol. 29.

[224] Karlsruhe, Pfalz spec. Mosbach, Kirchensachen. Bericht über den

Digitized by Google

kaiserfreundliche Worte gesprochen, den Zeremonien wurde ein möglichst harmloser, adiaphoristischer Zweck untergelegt, die Messe nahm den Charakter des Gedächtnisses eines einmaligen Leidens, nicht den katholischen Opferbegriff an wie in den ersten Tagen der jungen Reformation. Wir schöpfen dieses aus einer nachgeschriebenen Interimspredigt, die am 13. Trinitatissonntage 1548 in Heidelberg gehalten wurde, welche außer den angeführten dogmatischen Ausführungen eine Aussöhnung der protestantisch Gesinnten mit den Reformabsichten des Kaisers bezweckt, die Totenmesse verteidigt, weil Christus die Erhörung jeglichen Gebetes verheißen, und den Meßkanon als opus operatum gelten läßt.[225]

Im Augustinerkloster gehen anscheinend die alten Vorlesungen weiter, denn im folgenden Jahre noch läßt sich Ott Heinrich den Inhalt einer Disputation über Paulus berichten.[226] Die Universität jedoch hatte wieder das alte Gewand angelegt.[227] Jede Disputation über das Interim war ohnehin von obenher untersagt. So schickte denn der Magister Ottmar Stab, der nachmalige Hofprediger Friedrichs, sein „Bekenntnis christlichen

---

dortigen Zustand bei Einführung des Interims: „dan alle ding mit tauf und sacrament und andrer gezit in der kirchen verrückt und hinaus gethan geweſt" (Montag nach Dreikönigstag 1549).

[225] Dieser Interimsprediger ist kein anderer als Adam Bartholomä, wie aus einer Entgegnung des Eberbacher Pfarrers Michael Breitschwerdt, einem heftigen Gegner des Interims, hervorgeht. Heidelb. Bibl. Cod. Pal. Germ. 56, fol. 77. „Auslegung des 44 ps. . . . . zuwiddem heidelbergischem meister Adam, so auß diesem psalm das lutherisch evangelion als ketzerisch, auffrörich, heppisch und meuterisch verworffen, verdampt und abgeschafft, dagegen das keyserlich Interim als die eynhellige fridliche warheit commendert, geleret . . . zu Bacharach den 5. september anno 1558." — Über den Interimsprediger (44. Psalm) Münch. R. A. Neuburger Nachträge Nr. 170 (Saal XXV).

[226] Karlsruhe, Kpb. 964, fol. 321.

[227] Heidelb. Bibl., Annal. Univ. VII. 456. „Das zu disen zeiten . . . allenthalben anders gestalt dan zu den zeiten, da Doctor Peter von unserm gn. h. ch. uff die lectur und in das closter was zugelassen."

Digitized by Google

Glaubens gegen das Interim" Ott Heinrich hinüber nach Weinheim.[228]

Große Strenge wurde bei der Einführung des Interims nicht angewandt. Das auftretende Gerücht, daß man den Lambsheimer Pfarrer und viele andere gefänglich nach Augsburg gebracht habe, zerstreute der Sekretär Peter Harer selbst, da man bei der Kanzlei nichts von solchen Dingen wüßte.[229] Lässig führten die Beamten ihres Kurfürsten Befehl in den Ämtern durch. In dem schon erwähnten Möckmühl predigte Hans Reichardt unbekümmert um das kaiserliche Edikt weiter. Andere Pfarrer stachelten ihre Gemeinden auf gegen „die gotslesterlich, abgöttische und erschreckliche antichristusleere der teuffelischen ceremonien".[230] Im Mosbacher Amt reichten neun Pfarrer beim kurfürstlichen Hof ein Gesuch ein und baten, ihnen entweder das Interim zu erlassen oder sie zu verabschieden. Darauf erhielten sie von Heidelberg aus den Bescheid, daß es jetzt unmöglich sei, dem kaiserlichen Befehl zu widerstreben. Der Kurfürst gestattete in liberaler Weise diesen „geurlaubten" Pfarrern, sich ruhig im Lande aufzuhalten, unbehelligt um ihre religiösen Anschauungen, und ihren Pfennig zu verzehren, wo sie Lust hätten. Nur konfessioneller Umtriebe und Aufreizung des gemeinen Mannes sollten sie sich enthalten.[231] Der Faut

[228] Münch. R.-A. Neub. Nachtr. Nr. 170. (19. Juni 1550.) — Heid. Bibl. Cod. Pal. Germ. 56, fol. 23.

[229] ib. Neuburg, Nr. 26, fol. 356. Peter Harer an Ott Heinrich.

[230] Siehe oben Karlsruhe Pfalz spec. Mosbach. Kirchensachen. — Heid. Bibl. Cod. Pal. Germ. 56, fol. 78.

[231] Karlsruhe, Pfalz general. fasc. 4325, fol. 4. „Mit bitte, da sie dessen (die ev. Pfarrer des Interims) nit entlassen werden möchten, inen alsdan von iren pfrunden und prädicaturn zu erlauben und in der Pfaltz irn pfennig zu zeren zu vergünstigen." — Kurfürst Friedrich schreibt an den Faut zu Mosbach: „Wo sie nun derselbigen nachzukomen beschwerdt, solten sie unserntwegen irer concientzen halb unbelestigt pleiben". Wenn die Pfarrer Gewissens halber ihr Amt aufgeben, soll man ihnen „obgemelter massen irn pfennig zu zeren kein indrag thun". ib. fol. 4. (30. Nov. 1548).

Digitized by Google

von Mosbach, Hans Landschad von Neckarsteinach, lobte die Frömmigkeit dieser Pfarrer, welche er nur ungern entließ. Er drückte dem Kurfürsten seinen Unmut aus und seine Befürchtung, daß man auf die verlassenen Pfarreien kaum mehr so tüchtige Männer bekommen werde.[232]

In Heidelberg, wo das Mönchtum wieder eingezogen war, schritt die kirchliche Reaktion vorwärts. Nach Neujahr sollte auch dem standhaften Heinrich Stoll der Prozeß gemacht werden. Als Kläger traten gegen ihn auf der Dekan Steymar, der Theologe Georg Niger, der Magister Sprenger, Matthias Keuler, die Geistlichen Dietz und Seitz. Seine Schuld bestand darin, daß er sich weigerte, die kirchlichen Handlungen dem Interim gemäß gemeinschaftlich mit ihnen zu verrichten. Einhellig beschlossen sie, ihm seinen Unterhalt zu entziehen. Er erklärte ihnen, lieber auf alles Einkommen verzichten zu wollen, als eine einzige Messe anzuhören oder mitzumachen. Indes scheint er doch wie früher schon vom Kurfürsten, der ihn wohl leiden mochte, in Schutz genommen worden zu sein, denn im Jahre 1551 wählt die

---

[232] Der Mosbacher Vogt Hans Landschad meldet am 6. Dez. 1548 dem Kurfürsten Friedrich die Beurlaubung der ev. Geistlichen mit den Worten: „Welchs ich gleichwol nit gern gehort der armen einfeltigen, meiner amptsangehörigen leuth halben, das sie im gantzen ampt einsmal irer pfarrer auch göttlichs worts und sacrament differ geferlichen zeit entraten und in irthum one christlich pfarrer lang gelassen werden sollen, zudem das dise fromme, gelerte menner (deren leren und leben one ergerlich unrechts gewesen) von in sollen, deren gleichen als ich besorg so bald nit leichtlich wider uff die pfarren zu bekommen sein werden. Jedoch so will ich mich dises E. ch. gn. bevelchs hirin sovil mir geburt, gehorsamlich halten, aber sonst der geistlichen und religionsachen, deren ich mich diser zeit nit verstehe, gern entschlagen, doch usser halb derselbigen E. ch. gn. allen schuldigen und underthenigsten gehorsam leisten." ib. — Als Pfarreien, die sich gegen Einführung des Interims sträubten, sind namhaft gemacht: Nekarelz, Mittel- und Unterschefflenz, Nekargerach, Rittersbach und Nekarburken. — Über die glimpfliche Behandlung der evangelischen Räte und Pfarrer von Bacharach und der vier Täler gelegentlich einer Citation nach Heidelberg siehe Heid. Bibl. Cod. Pal. Germ. 56, fol. 79, und Karlsruhe Bibl. Handschr. Nr. 613.

Digitized by Google

Universität ihn neben Keuler als Delegirten zum Trienter Konzil.[233]

Absichten und Aussichten auf Inkorporierung geistlicher Güter, die in der Tat schon im folgenden Jahr durch Papst Julius III. Geneigtheit erfolgte, trieben die Universität zu eifriger Befolgung der Kirchenvorschriften an.[234] Auf Grund des Augsburger Reichstags zwang der Rektor Dym durch Anschlag die Universitätsangehörigen zur besseren Beachtung des römischen Rituals, namentlich zur Teilnahme an der Fronleichnamsprozession und der Messe in der Heiliggeistkirche. Wenige erschienen bei der Prozession. Beim Einziehen der Strafgelder weigerten einige die Zahlung, weil das Mandat des Rektors etwas von ihnen verlangt hätte, was Abgötterei und Gotteslästerung wäre. Ungern sah man am Hofe dies übereifrige Vorgehen Dyms, weil es der Universität nur Schaden brachte. Die Musensöhne hatten

[233] Karlsruhe, Kopialb. 877, fol. 30. Ipse (Stoll) respondit, quod. potius velit dimittere suam substantiam omnem quam unicam missam a nobis audire vel videre aut interesse sacrificio nostro. (18. Jan. 1549.) — Annal. Univ. VII. 73. — Winkelm. U.-B. II. 107. — Wendelinus Sprenger genoß eine bischöflich-wormsische Pfründe und machte im Jahr 1546 den Versuch, unter Vorbehalt des Rückzugsrechtes nach Heidelberg, sich den ihm mißliebigen neuen Verhältnissen dieser Zeit zu entziehen. Kopialb. 877, fol. 23. — Später ist er Dekan an der Heiliggeistkirche (1553). Kopialb. 842, fol. 377. — Hautz I. 467. — Johann Dietz ist Pfarrer an der Peterskirche schon seit 1544. Kopialb. 877, fol. 2. 38. — Karlsruhe, Pfalz spec. conv. 64, Heidelberg 10. — Matthias Keuler lebte bis in Ott Heinrichs Zeit mit einer Konkubine zusammen. Als er auf Ott Heinrichs Aufforderung, die Dirne zu entlassen und protestantisch zu werden, sich weigerte, wurde er von der Universität entlassen. Annal. Univ. VII. 309. Alting, p. 164. — Zu Bruchsal wurde er präsentiert mit dem Attest: cuius vigilanti diligentia et orthodoxa doctrina speramus populum Bruchsalensem plurimum profuturum. Karlsruhe, Kopialb. 421, fol. 94. — Die Bewilligung wird dem Bruchsaler Kapitel erteilt mit der Motivierung: „dieweil dan uns gedachter presentatus seiner lher, gutem ehrlichem lebens und wandls von andern neben euch auch vilfältiglichen berumpt worden. — Jakob Rösch ist noch am 3. Febr. 1550 Kanonikus an der Heiliggeistkirche. Karlsruhe, Pfalz. spec. pap. orig. conv. 178.

[234] Vgl. auch Winkelmann II. 104 ad 16. Juni.

Digitized by Google

die Stimmung des Hofes auch gemerkt und dem folgenden Rektor Matthias Keuler, der nichts an Strenge nachließ, nächtlicherweile die Fenster eingeworfen. Da wird der Kurfürst nochmals um schärferes Einschreiten gegen die Renitenten angegangen, damit „die geil, frech und mutwillig jugend doch ein wenig gehempt und gedempt werde". Unwillig erlaubt man den Strafvollzug, doch soll es mit Mäßigung geschehen. Die letzten Hartköpfe bitten schließlich nach Erlegung eines doppelten Strafgeldes inständig um Verzeihung.[225]

Anton Schorr, der tüchtige Vorstand des noch jungen Pädagogiums, sollte in diesen Tagen erfahren, wie gefährlich ein freies Wort wirken konnte. Von seinen Schülern hatte er in seinem Hause eine Komödie aufführen lassen, Eusebeia, in welcher die Religion um Aufnahme wirbt bei Papst und großen Herren. Abgewiesen von allen, kommt sie schließlich zum einfachen Volke und findet hier willkommenes Gastrecht. Der Kaiser, dem diese Szene zu Ohren gelangt war, befahl sofort strenge Bestrafung des Lehrers und der Schüler. Als jedoch der Kurfürst gegen Schorr aus Hochstraten vorgehen wollte, war dieser bereits geflohen. Die Schüler wurden trotzdem in Strafe genommen. Der Flüchtling wurde darauf von einem badischen Gerichtsdiener in der Nacht überrascht und seine Papiere durchsucht. Man ließ ihn jedoch gnädig entschlüpfen und er wandte sich Straßburg zu.[226]

Da sagte auch der Hofprediger Adam Bartholomä Heidelberg Lebewohl und zog mit ehrbarem Abschiede in sein Vaterland zurück.[227]

[225] Annal. Univ. VII. 31, 33. — Winkelmann, U. B. I. 246. — Seifen, p. 45.

[226] Vierordt I. 404 von Leodius II. 242 (Übers.) im einzelnen abweichend. Außer dem Brief Anton Schorr Hochstratens an Franz Dryander, den auch Vierordt erwähnt, konnte ich im Straßb. Stadtarch. nichts finden. — Straßb. Stadtarch., Thomasstift, epist. V. 73.

[227] Karlsruhe, Kopialb. 842, fol. 296. — Kopialb. 864, fol. 321. — Der

4. Ott Heinrichs Exil in Weinheim. Billikan.

Wie man die im Jahre 1556 durchgeführte Reformation in der Pfalz von ihrem Kurfürsten Ott Heinrich nicht zu trennen vermag, so kann man auch die in den vorangegangenen Blättern geschilderte erste Frühblüte evangelischen Lebens nicht betrachten, ohne beständig die Augen nach Weinheim hinüberzurichten.[238] Die Kirchenordnung und eine Reihe von Berufungen hervorragender Männer, von Melanchthon, Frecht, Diller, Bartholomä und anderen Protestanten, ging von seiner Seite aus. Bekanntlich hatte er selbst schon sehr frühe ums Jahr 1538 protestantische Gesinnungen an den Tag gelegt, wenige Jahre darauf führte er unter Osianders, Musculus und Bartholomäs Mithülfe sein bayrisches Herzogtum der neuen Lehre zu. Sein Buchdrucker Hans Kilian ließ manch evangelisches Wort in die Welt hinausgehen. Zum großen Verdruß des Kaisers war er in den Schmalkaldischen Bund eingetreten. Da er die Schuldenlast seines Bruders übernahm, wurde er selbst durch die Überzahl der Gläubiger erdrückt und sah sich genötigt, sein Herzogtum Neuburg den Landständen zur Verwaltung zu überlassen und nach dem Pfälzer Hofe hinabzuziehen. Die Muße wurde ihm zum Exil, als der schmalkaldische Krieg anging und seine Neuburger zwei protestantische Fähnlein auf-

römische Eifer brachte das Stiftskapitel fast in unliebsame Abhängigkeit vom Wormser Bischof. Zur Frühjahrsynode des Bischofs wurde das gesamte geistliche Personal durch eine Generalzitation befohlen. Stift und theologische Fakultät beriefen sich auf Bulle und Interim, von dem sie den Glauben hegten, daß dieses mit päpstlichem Einverständnis erfolgt sei. Durch Einrichtung des Meßgottesdienstes hätten sie das kais. Edikt befolgt. Nur einer, Dr. Niger, ist ganz dem Bischof ergeben. Der Kurfürst muß schließlich helfend eingreifen, indem er der Deputation an den Bischof seinen Rat mitsendet und diesem bedeuten läßt, keinen Präzedenzfall zu schaffen. Kopialb. 877, fol. 35 ff.

[238] Über Ott Heinrich vgl. Salzer, Beiträge zu einer Biographie Ott Heinrichs. — Derselbe in A. D. B., XXIV, 713.

Digitized by Google

nahmen, die den Kaiser vor ihren Mauern in schwere Lebensgefahr brachten. Die Stadt wurde erobert, das Schloß geplündert und die schönen Sammlungen des kunstliebenden Fürsten überallhin zerstreut.[239]

Die Hand des zürnenden Kaisers legte sich jetzt schwer auf den Fürsten, der in den besseren Tagen schon auf den Kurhut gehofft hatte. Zuerst hielt er sich in Heidelberg auf, wo er am jetzigen Kornmarkt sich ein Haus erwarb und ansehnlichen Besitz in der Plöck zusammenkaufte.[240] Kurfürst Friedrich aber wurde die Nähe und der Einfluß des begabten Ott Heinrich lästig, zumal als auch noch dessen Bruder an den Hof herunterkam. Dieser war ebenso verlassen an allen Subsistenzmitteln durch die Zerstörung des Neuburger Schlosses. Eine schwere Zeit der Entsagung begann, da Wilhelm von Bayern sich weigerte, sein Versprechen von 1600 Gulden jährlicher Rente durch Zahlung einzulösen, da Friedrich sich der Naturallieferungen enthob und Ott Heinrich auf die kärglich bemessene Summe von 1500 Gulden herabsetzte.[241] Kalt und rauh wurden die Bitten der beiden Brüder abgefertigt, wenn sie nur um den notwendigsten Unterhalt zu einer anständigen Lebensführung beim Kurfürsten anhielten. Dem todkranken Philipp schrieb er einen spitzen Brief, so daß dieser beim Lesen dieser Zeilen weinend ausrief: „Ach Gott, was soll ich mich einziehen, zwei Edelleute, ein Schneider, ein Schreiber, ein Koch und zwei Stallbuben ist alles, was ich noch um mich habe!" Bis an sein Sterben quälte ihn diese

[239] Druffel, Das Tagebuch des Viglius van Zwichem, p. 117 ff. — Friedensb. Nuntiaturberichte IX. 260. 596.

[240] Salzer, Beiträge, p. 80. — Karlsruhe, Pfalz. spec. perg. orig. conv. 74, Heidelberg 20, ist eine Reihe derartiger Kaufabschlüsse verzeichnet, die meist Grundstücke in der Plöck betrafen.

[241] Pfalzgraf Philipp ersucht den Bischof von Speyer, Philipp von Flörsheim, da er sich in Heidelberg niedergelassen, um ein Darlehen von 2—300 Gulden auf ein Jahr. Karlsruhe, Pfalz. general. Korrespondenz, Fasz. 8828. 28. Juli 1545.

Digitized by Google

Antwort des Kurfürsten Friedrich, und Ott Heinrich schrieb in grimmigem Weh in den Lebenslauf seines Bruders: „Das heißt verhündert am guet und an leben“.[242]

Unter dem Vorgeben, das Gesinde könne in diesen Pestzeiten nicht beisammenwohnen, trieb Friedrich seinen Verwandten aus Heidelberg und wollte ihn anfänglich überall, nur nicht am Hofe oder im nahen Weinheim haben.[243] Dabei war Ott Heinrich kränklich und mußte viel baden. Leider blieb es ohne Erfolg.[244] Währenddessen ließ Friedrich, weil er ihn immer gefährlicher Umtriebe verdächtig hielt, zu Weinheim sein Briefgewölbe aufbrechen und dessen Inhalt untersuchen. Ohnmächtig stand der

[242] Münch. R.-A. Pfalz-Neuburg 26, fol. 17, — fol. 37. — Freyberg, Schriften und Urkunden IV. 274. Herzog Philipp starb am 4. Juli 1548. Oft war er wie sein begabter Bruder von einer tiefen Melancholie heimgesucht. Trotz seiner vielen Brautfahrten nach dem englischen Hof brachte er es dennoch zu keiner Heirat. Nachdem er todkrank vom Augsburger Reichstag heimgekehrt war, mußte er wochenlang noch furchtbare Schmerzen erdulden, bis ihm sein Bruder die Augen zudrücken konnte. Ott Heinrich schließt sein trauriges Leben mit den Worten ab: „Ich glaub, das in fiehl jahren khein fürst nie also elendt ist gestorben“. ib. p. 275. — Mehrere Nachrichten über ihn in den State papers Bd. X und XI, in A. D. B., XXVI. 18. — Jakob Wille, Philipp der Großmütige von Hessen und die Restitution Ulrichs von Württemberg. — Karlsruhe, Kopialbuch 971, fol. 49. — Sein Begräbnis fand in einfach protestantischer Weise am 5. Juli 1548 statt: „der apt von Schonaw und der dechan in irn ornaten, die sollen sich verglichen des weyhwasser und bereuchens (Weihrauch), welches dazumal nit im brauch war“. ib. Kopialb. 877, fol. 29.

[243] Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 31 ff. Friedrich schlägt den steilen Dilsberg vor, trotzdem er weiß, daß der damals schon beleibte Fürst nur schwer hinauf- und herabgelangen kann. Dann weist er ihn nach Dirmstein, das will ihm aber der Bischof von Worms, Friedrichs Bruder, nicht öffnen. Jetzt will man ihn auf den Lindelfels senden, jetzt nach Deidesheim und am Ende weit weg nach Selz im Elsaß. Dieser Ort ist jedoch fiebererzeugend. Schließlich läßt man ihn wieder nach Weinheim und dem Baumeister wird der Befehl erteilt, die abgebrochenen Öfen dort wieder aufzumauern. — Karlsruhe Kopialb. 971.

[244] Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 236. Ott Heinrich berichtet, daß er über 160 Stunden gebadet, aber neben den geheilten Stellen wieder neue aufbrechen. Ob Syphilis wie bei seinem Bruder?

Digitized by Google

zurückkehrende Fürst einem solchen frechen Eingriff gegenüber da.[245] Traurig ist es zu schildern, wie er bei allen seinen Freunden betteln gehen mußte, weil ihn sein reicher Verwandter absichtlich darben ließ und er doch nicht um Gold seine evangelische Überzeugung verkaufen und des Kaisers Gunst gewinnen wollte.[246] Zu diesen Nöten gesellten sich mit dem Beginn des schmalkaldischen Krieges die Unglücksschläge, die sein protestantisches Land trafen. Der Spanier ließ ihn seinen grenzenlosen Zorn jetzt empfinden, alles Bitten und Flehen bei Karl war vergeblich und nach des Kaisers Willen hätte er das Herzogtum nimmermehr gesehen.[247]

Da ist es denn erstaunlich, welche Energie und Schwungkraft des Geistes diesen Mann beseelte, der von seiner kleinen Anhöhe an der Bergstraße herab die Vorgänge in ganz Europa überblickte und aufs aufmerksamste verfolgte. Ständig lief „Neuzeitung" bei ihm ein, die sich von der unmittelbaren Nähe des Kaisers bis an den päpstlichen Stuhl erstreckte. In Rom mußte Herkules Rottinger Kupferstiche und „antiquitetische buecher" für ihn sammeln und suchen, zugleich aber berichten, wie wenig froh man dort über Karls Protestantensieg sei. So vermeldet er dem Pfalzgrafen, wie man ob der Gefangennahme Johann Friedrichs drei Tage lang in der Römerstadt Freudenfeuer abgebrannt hätte, wie nachmals alles stumm geworden wäre infolge der schmählichen Ermordung des Herzogs von Placentia.[248] Aus Konstanz benachrichtigte den Fürsten der Rentschreiber Gabriel

[245] Karlsruhe, Pfalz. general. 8827, fol. 8.

[246] Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 279. „Doch soll es mich mit gottes hilf so hoch nit anfechten, was mir betruebis der religion halb zueflet, das ich mich von dem wort nit tringen lassen will, darumb ich gott all tag bitt, mir gnad zur bestendigkait zu verleihen." Ott Heinrich an Philipp von Helmstadt, 5. Februar 1548.

[247] Siehe Münch. Staatsarch., K.-bl. 102/8. „Des Kaisers Ungnade gegen Ott Heinrich 1545—1550."

[248] Münch. R.-Arch. Pf.-Neub. 26, fol. 19. (6. Febr. 1548.)

Digitized by Google

Arnold über die Vorgänge in Bayern, in Frankreich und in der Schweiz.[249]

Welch reiches Leben entfaltete sich in dem Verkehr mit den Straßburger Gelehrten und Theologen! Bucer sandte dem Fürsten Trostschriften in sein Exil, informierte ihn nebst Sturm über die Kölner Angelegenheiten und die Verhandlungen auf den Reichstagen. Der Freund des hessischen Landgrafen war zugleich die Mittelsperson für Briefe Ott Heinrichs an dritte Personen, die politisch wichtige Angelegenheiten enthielten. Wie hat man lange nach der heimlichen Quelle geforscht, aus der Sleidan für seine berühmten und vielgeschmähten Kommentare schöpfte, und nach dem Mäcen, der im stillen mit Geldmitteln den Straßburger Historiker unterstützte! Kein anderer ist es als Ott Heinrich. Von ihm erhielt Sleidan Akten und Hülfsmittel für seine Darstellung und eine dauernde Bestallung mit einem Gehalte von 150 Gulden.[250] Wunderbar ist die Selbstverleugnung, die der Historiker beim Niederschreiben seiner Kommentare bewiesen, und mit der er das Vertrauen seines Herrn gerechtfertigt hat. Sicherlich war er auch wie nachher Johann Sturm durch Ott Heinrich verpflichtet worden, von den Akten und deren Besitz keinem Menschen zeitlebens etwas mitzuteilen. Es ist zu bedauern, daß nach Sleidans Tod Johann Sturm, der imstande

[249] Münch. Reichs-Arch. Pf.-Neub. 26, fol. 15. 27.

[250] Karlsruhe, Kopialb. 1079 (Palatina miscella), fol. 73. Ott Heinrich an Johann Sturm, 14. März 1557. Ott Heinrich will Sturm auf die Bestallung „damit uns bemelter Sleydan selig verwandt und verpflicht gewesen" 150 Gulden geben, „wie die erstbemeltem Sleydano von uns auch bewilligt gewesen". — Diesem Anerbieten ging das längere Schreiben Sturms vom 15. Febr. 1557 voraus, in welchem er zu der ganzen Angelegenheit Stellung nimmt. — Am 2. April (?) 1557 erfolgt dann die Bestallung für Sturm, „wie sie gemelter Sleydanus von uns gehabt". Sturm soll mit dem Regierungsantritt Ott Heinrichs beginnen, wozu ihm Ulrich Geiger bereits die Akten des Reichstages von Augsburg übergeben soll. fol. 77. — Baumgarten, Sleidans Leben und Briefwechsel. — Derselbe, Sleidans Briefwechsel. — Derselbe, Jakob Sturm. — Lenz, Briefwechsel II. 262. 270. 314. 317. 333 u. a.

Digitized by Google

gewesen wäre, dessen Arbeit fortzusetzen, die begonnene Geschichte nach dem frühen Ableben Ott Heinrichs niederlegte. Er hatte bereits Sleidans Bestallung und Aktenmaterial aus der kurpfälzischen Kanzlei empfangen. In einem späteren Schreiben an den Kurfürsten Ott Heinrich entwarf er das schöne Ideal eines wahren Geschichtsschreibers, das er zu verwirklichen gedachte. Wahrscheinlich wanderte dann der ganze historische Apparat, unter dem sich eine Reihe namhaft gemachter pfälzischer Aktenbände aus diesen Jahren befand, gemäß dem eidlichen Versprechen Sturms ins Feuer, und wir haben vielleicht hierin den Grund für den Mangel spezieller Reformationsurkunden für die Pfalz zu erkennen.[251]

Ott Heinrich hat sich bekanntlich selbst in schriftstellerischen Arbeiten versucht mit der Beschreibung seiner Palästinareise und des Lebens seines Bruders Philipp. Auch ein „Tagebuch über den Feldzug gegen die aufrührischen Bauern im Jahre 1525" hat er hinterlassen. Angelegentlich sammelte er in seiner Weinheimer Muße geschichtliche Werke. Morolt mußte während des Reichstags zu Augsburg ihm die große bayrische Chronik von Linhart Begk, die Züricher Chronik und andere Geschichtsbücher verschaffen, Jakob Sturm die Religionsver-

[251] Thes. Baum. XXI. 114. Sturm an Ott Heinrich, 19. März 1557: Quae vero singulis annis conscripsero, ea ego descripta ill. v. clement. mittam, quae vero mihi communicabantur ex ill. clement. vestrae archivis, ea non divulgabo, nemini communicabo, cum primum usus ero, remittam atque restituam. — Karlsruhe, Kpb. 1079, fol. 82. Sturm bittet den Kurfürsten um einen Exzerptoren, wie ihn Sleidan gehabt, da er nicht alle Schriften durchlesen kann. Einen Bogen hat er bereits geschrieben und er will nächste Johanni mit dem ersten Buche fertig sein. Er glaubt 2 Bücher in einem Jahre herausgeben zu können, während Sleidan nur eins zustande gebracht. — ib. fol. 81. Ott Heinrich an Sturm: „Unser haimlichkeiten, sovil wir deren Ime vertrauen werden, bis in sein todt zu verschweigen". — Siehe außerdem ib. fol. 84. 85 (3. Febr. 57), fol. 71. Sturm an Ott Heinrich (8. Mai 1557), Karlsruhe, Pfalz general. 8827, fol. 15. — Thes. Baum. XXI. 193. 197. — Schmidt, J. Sturm.

Digitized by Google

handlungen daſelbſt zuſenden, Blaurer den Bericht über den Konſtanzer Sturm.[252] Durch Hedio erhielt er das Buch vom Speyrer Religionsgeſpräch. Ihn ging er um ein Verzeichnis hervorragender Schriften an zum Zwecke der Gründung einer Bibliothek. Hedio, der im Auguſt 1545 in Heidelberg geweſen war, ſandte ihm eine lange Liſte von griechiſchen, lateiniſchen und hebräiſchen Werken, Billikan verſchaffte ihm den Katalog der bedeutenden Bibliothek zu Fulda neben ſehr alten Miſſalen und Agenden. Zwiſchen Ott Heinrich und Hedio wurde dann zum erſtenmal der Gedanke lebendig, eine Volksbibliothek zu gründen. Die Verdeutſchung und Weiterführung von Platinas Leben der Päpſte und Kaiſer, die der Straßburger unternahm, ſtellte der Herzog als Muſter eines ſolchen Buches hin, zu dem der Bürgersmann greifen ſollte, anſtatt in Bierhäuſern zu ſitzen und Kegel zu ſchieben.[253] Hedio und ſein Freund Johann Lenglin, Billikan, Menrad und Adam Bartholomä in Heidelberg mußten fortwährend für den Herzog verdeutſchen. Fugger und Peutinger, die anſehnliche Büchereien mit koſtbaren Werken beſaßen, drängte er beſtändig, daß ſie ihm Kataloge derſelben zuſammenſtellten. Der Biſchof von Worms Pfalzgraf Heinrich, dem ſchließlich dieſe Bibliomanie des Verwandten zu ſtark wurde, erklärte ihm, daß er den Schlüſſel zu ſeiner Bibliothek unauffindbar verloren hätte.[254]

Seine Lieblingsneigung waren allerlei „Kunſtbücher". In Speyer ließ er ſich vom Biſchof Philipp von Flörsheim ein Miſſive abſchreiben und ein Itinerarium Antonii mit den alten Zeichnungen nacharbeiten. Zu dem Zweck ſchickte er ſeine eige-

[252] Karlsruhe, Pfalz general. 8832 (15. Jan. 1550). — M. R.-A. Pf.-Neuburg 26, fol. 268.

[253] Himmelheber, Kaſpar Hedio in Studien der ev. prot. Geiſtlichen d. Großh. Badens VII. 58. — Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 40 ff. Hedio an Ott Heinrich, 10. Aug. 1547. — Corp. Ref. XL. 275.

[254] Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 16. 30. 268. 351.—86. 521.

Digitized by Google

nen Maler dahin, damit sie auf geöltes Papier die Figuren durchzeichneten.[255] Für seine alchymistischen Arbeiten mußte ihm Morolt aus Augsburg die Mineralien, Marcasit und Bergkupfer senden. Den Adepten war er nicht abhold. Der Alchymist Claudius Nero Romanus, welcher mit seinen Genossen in Landau und anderen pfälzischen Orten Schwindeleien getrieben hatte, wurde auf Ott Heinrichs Verwenden hin wieder aus seiner Heidelberger Haft entlassen.[256]

Die Politik des Kaisers führte den Pfalzgrafen eine Zeit lang einem Manne näher, den man nicht mit Unrecht den Witzel der Reformation genannt hat. Es war Theobald Gerlacher, bekannt unter dem Namen Billikan, weil er dem Pfälzer Orte Billigheim bei Landau entstammte.[257] Dieser vielseitige Mann, einst Führer der evangelischen Partei, hatte in seinen kirchlichen Anschauungen, von Campeggi und Eck in die Mitte genommen, wieder rückwärts gelenkt. Um das Jahr 1535 kam er mit Weib und Kind nach Heidelberg, um jetzt Jura zu studieren. Eiserner Fleiß und das Glück, von der Maitresse Ludwigs V., Margarete von der Lay, begünstigt zu werden, brachten ihn rasch in der Universitätslaufbahn vorwärts. Aber durch den Tod des Kurfürsten gelangte er zu tiefem Fall. Friedrich ließ ihn „aus billigen verschulten ursachen" in das Gefängnis auf dem Dilsberg werfen. Nachdem er Urfehde geschworen, die vorliegenden Geschichten zu verschweigen, wurde er entlassen, mußte aber aus der Pfalz entweichen.[258] Margarete von der Lay war ebenfalls eingekerkert, aber während Ott Heinrichs Aufenthalt

---

[255] Prot. Sp. Dk. 6944, fol. 207 ff. 438; — 6945, fol. 42. 78. 90.

[256] Karlsruhe, Kopialb. 842, fol. 328. 345. — Münch. R.-A. Pf.-Neub. 26, fol. 526.

[257] Über Billikan siehe Th. Kolde in Herzogs Realencyklopädie III². 232. — Corp. Ref. V. 369.

[258] Karlsruhe, Kopialbuch 862, fol. 31 (18. April 1544). — Thes. Baum. XXIII. 314.

Digitized by Google

in der Pfalz wieder frei geworden und lebte mit der Verwaltung ihrer umstrittenen Güter beschäftigt zu Weinheim.[259]

Der Kaiser hatte Ott Heinrich bedeuten lassen, daß er in sein Fürstentum wieder zurückkehren könnte, wenn er dem neuen Glauben absagte. Sein Gewissen kam darüber in schwere Bedrängnis, ob man nicht, um einen gnädigen Monarchen zu erhalten, an den Grundsätzen der Augsburger Konfession etwas rütteln und deuteln könnte. Es waren gedankenschwere, ernste Tage, welche dieser begabte, aber von tiefer Schwermut oft heimgesuchte Fürst an der Bergstraße verlebte. Mit Rührung bekennt es der Verbannte: „Ich thue eben wie ain gefangner, der gern ledig wer".[260]

Dem ehemaligen Theologen Billikan, der jetzt in Marburg eine Wirkungsstätte gefunden hatte, legte er drei Fragen vor: Ob Zeremonien zugelassen werden könnten außer denjenigen der Sächsischen, Brandenburgischen und Neuburger Kirchenordnung, ob man sich des Meßkanons beim Abendmahl bedienen und ob man des Kaisers Wünschen nachkommen dürfte.[261] In weit-

[259] Karlsruhe, Kopialbuch 842, fol. 123. — ib. Pfalz general. 6155. Margareta erhält 1547 eine Pension vom Kurfürsten. — Ob Billikan unschuldig war, ist bis heute unbekannt. Ott Heinrich scheint ihn, wie er sich selbst, dafür zu halten. Münch. R.-A. Pfalz-Neub. 26, fol. 40: „Diweil Margret von der Lay (wiewol wir nit wissen welcher gestallt) der gefenngknus ledig und hie zu Weinheim ist und vielleicht numer in eurn sachen besser weder bisher gehandlt werden mag, im selben so vil an uns sein wirdt Euch auch gnedigen willen und furderung zu erzaigen". (Ott Heinrich an Billikan, 8. Nov. 1547.) — fol. 46 ib. sagt Billikan in einem Brief an Ott Heinrich vom 13. Nov. 1547, daß er ihm gerne zu Diensten stehe „als gegen der pfalz angeborner auch schuldig, unangesehen, was mir undangkbarkait und ungnad widerfarn".

[260] Münch. R.-A. Pfalz-Neub. 26, fol. 210. Ott Heinrich an Friedrich II., 2. Febr. 1548. — Horawitz und Hartfelder, Beatus Rhenanus' Briefwechsel, p. 516.

[261] ib. Pfalz-Neuburg 26, fol. 41. Ott Heinrich an Billikan, 8. Nov. 1547. — ib. fol. 342. Ott Heinrich an Bucer, 14. Dez. 1547: „Dann wir wellen Euch nit bergen, das wir in itziger unserer sollicitation, darin wir der kay. Mt. wider uns gefaste ungnad abzebringen steen, angesonnen worden, uns

Digitized by Google

läufigen Briefen teilte Billikan ihm seine Anschauungen mit. Zeremonien dürften im weitern Sinn beibehalten werden, namentlich wenn man dem Volke deren richtige Deutung beibrächte, die nach seinen Darlegungen symbolischer Art ist.[262] Billikan erhoffte alles von der alten Kirche, namentlich wenn das Trienter Konzil die Kirchenzucht schärfte. Er ist entrüstet über diese jungen Stürmer, die der Kirche an ihr heiliges Haupt gegriffen hätten. Nur Winkelmessen und Konsekration verwirft er, seine Abendmahlsauffassung ist die katholische. Die Messe muß nach seiner Ansicht darum lateinisch gelesen werden, „um nicht alles an das licht laut und verächtlich zu geben".[263] Um diese seine unklare Mittelstellung noch mehr zu verdeutlichen, spinnt er die Gedanken in lehnsrechtliche Begriffe ein, um am Ende nur darzutun, daß der Jurist nicht klärt, was der wirre Dogmatiker vermischt hat. Im Grunde sei ja auch, so schließt er, die katholische Religion und die Augsburger Konfession ein gleiches, und Ott Heinrich solle nur getrost die alt hergebrachte Art wieder in Schwung bringen.[264]

---

zu ercleren, da uns gnad bewisen werden sollte, ob wir willens weren, wie andere Fürsten und Stende in das Concilii zu Trient, desgleichen in die ordnungen und reformation, so kay. Mt. aufrichten werden und andern irer Mt. geboten zu gehorsamen und zu bewilligen".

[262] ib. Reichsarchiv, Nr. 25, fol. 20. Billikan an Ott Heinrich, 13. Nov. 1547: „Dise ceremonien und kirchenübungen bei der meß und dem nachtmal, seind heilsame deutungen und anmahnungen, auch heilige sitten, die man bei got und fur got lernt".

[263] ib. fol. 18. Billikan an Ott Heinrich, Jubilate 1548: „So hat doch bei mir der allgemainen kirchen alt herkommen, gemainer brauch und einhelliger sin y mehr vermogt dan jungst gewachsner und außerhalb der kirchen zucht erhebter leut".

[264] Herzog, Realencyklopädie III[2]. 237: „Die weil dann unser ware religion und di augspurgisch christlich confession nit anders enthält". — R.-A. 25, fol. 19: Dan ich kainen mangel weis an der kirchen und papistischen ordnung der messe, dan allain abbruch beder gestalt. — ib. fol. 18. Alles dreht sich um „die deutung, so erloschen und widerumb herfur bracht werden soll". — Der Hofprediger Bartholomä soll Ott Heinrich zur Verdeutlichung seiner theologisch-juristischen Definitionen die einschlägigen Kapitel aus den Novellen erläutern.

Digitized by Google

An der unsaubern Art, mit der Billikan in einem Briefe an den Herzog von der Ehe der Pfarrer als einem „geistlichen Beilager“ sprach, hatte Bucer, bei dem Ott Heinrich mit den gleichen Fragen anpochte, den Mann mit dem Janusgesicht erkannt. Indem er dem Herzog seine Ansichten über Zeremonien und Kanon klar darlegte, verwies er ihn auf seine eigene Kirchenordnung, mit der er sich begnügen sollte. Er warnte den Fürsten, im voraus sich den Bestimmungen des Interims zu fügen. Auf die kaiserliche Bedingung, mit seinem protestantischen Hofprediger in das Fürstentum zurückzukehren, aber das Land rückhaltslos dem Papsttum zu überlassen, sollte er nur dann eingehen, wenn Karl V. unbeweglich bei seinem Willen verharrte. Zwar wäre es kaum glaublich, daß der Kaiser dem Herzog von Neuburg eine Rückkehr unter solchen Bedingungen gestattete, weil dieser ja doch Mittel und Wege fände, die katholische Religion zu hemmen. In dem Vertrage mit Karl, gegen den er als gegen ein großes, öffentliches Unrecht heimlich protestieren müßte, sollte er vor seinen Untertanen durchblicken lassen, daß nur kaiserlicher Zwang seinen Wunsch binde, dem Lande die Segnungen der Reformation zuteil werden zu lassen. Dadurch fiele dann auch in den Augen des Volkes die moralische Schuld auf Karl V. Wie den pfälzischen Untertanen ein gewisser Spielraum gelassen wäre, deutete Bucer indirekt dem Fürsten an: „Es ist ein gros gut, das oft Christliche amptleut der papistischen Fürsten damit schaffen, das sy den lieben Christen wind halten und luft machen, damit sy sich doch durch das lesen und besondere gesprech mögen im glauben Christi erbauen“.[265]

[265] Im Münchener Reichsarchiv, Pfalz-Neuburg 26, finden sich eine Reihe von Briefen Ott Heinrichs an Bucer und umgekehrt. Die drei wichtigsten Bucers an den Herzog sind im Anhang abgedruckt. Die vorliegende Korrespondenz ist die folgende:

Bucer an Ott Heinrich, Straßburg 9. Dez. 1547 (ib. fol. 341). Bedauern B. über die theologischen Streitigkeiten, Verurteilung der Mittel-

Digitized by Google

stellung des Billikan, namentlich dessen Auffassung von der Priesterehe. Nachrichten aus Frankreich und Italien.

Ott Heinrich an Bucer, Weinheim, 14. Dez. 1547 (ib. fol. 342). Ott Heinrich legt dem Straßburger die gleichen Fragen vor wie Billikan, siehe oben Anmerkung 261.

Bucer an Ott Heinrich, Straßburg, 20. Dez. 1547 (ib. fol. 89). Siehe im Anhang.

Ott Heinrich an Bucer, Weinheim, 15. Jan. 1548 (ib. fol. 98). Ott Heinrich teilt Bucer mit, daß sein Herzogtum jetzt von dem Bischof von Augsburg rekatholisiert werde. Fragt bei Bucer an, ob er unter Belassung der katholischen Religion in sein Land zurückkehren könnte, wenn ihm persönlich gestattet werde, einen protestantischen Hofprediger sich zu halten.

Bucer an Ott Heinrich, Straßb., 23. Jan. 1548 (ib. fol. 92). Siehe im Anhang.

Ott Heinrich an Bucer, Weinheim, 16. Febr. 1548 (ib. fol. 268). Ott Heinrich dankt in sehr herzlicher Weise Bucer und bittet sich seinen ferneren Rat aus, „dan ich je gern zuvor gottes bevelh und nachfolgends kay. Mt. herzenlich und underthenig gehorsamen wollt". Diesen Brief mußte er durch Jakob Sturm in Augsburg an Bucer besorgen lassen, weil er kein Geld für einen eigenen Boten mehr hatte.

Im gleichen Aktenband befinden sich noch folgende Briefe:

Hedio an Ott Heinrich, Straßb., Andreä 1547 (ib. fol. 343). Hedio berichtet Ott Heinrich über seine Arbeiten an Eusebius und Lactanz, kann ihn leider wegen Störungen noch nicht mit den Übersetzungen erfreuen. Dafür soll Johann Lenglin dem Herzog ein Buch Peter de Vineis verdeutschen.

Hedio an Ott Heinrich, Straßb., 10. Jan. 1548 (ib. fol. 95). Sendet durch Peter Alexander, der nach Heidelberg reist, Briefe und Bücher an Ott Heinrich.

Hedio an Ott Heinrich, 28. Jan. 1548 (ib. fol. 100). Er hält dem Fürsten in Rücksicht auf dessen Zweifel vor: „wer sich mein und meines Evangeliums schämt, des will ich mich auch schämen".

Hedio an Ott Heinrich, Straßb., 11. Febr. 1548 (fol. 96). Meldet dem Fürsten die Abreise des Peter Alexander nach Heidelberg und empfiehlt ihm den Theologen.

Auch Brenz und Martin Frecht senden dem Fürsten auf seine Anfrage (Ott Heinrich an Brenz und Frecht, Weinheim, 6. Jan. 1548) ihr Gutachten.

Johann Brenz an Ott Heinrich, Donnerstag nach Neujahr 1548 (ib. fol. 109). Es sei besser, wenn Ott Heinrich das Land trotz der schweren Bedingungen annehme, als daß ein schlimmer Regent zum Statthalter eingesetzt werde. Den Meßkanon hält er eher für eine Zauberei und in Ott Heinrichs Kirchenordnung sei alles Nötige vorhanden. Zeremonien können teilweise beibehalten werden, wenn mit ihnen nicht der Zweck der Sündentilgung verbunden werde.

Martin Frecht an Ott Heinrich, Ulm, 20. Jan. 1548 (ib. fol. 115).

Digitized by Google

Vierter Abſchnitt.

Vom Interim bis zum Tode Friedrichs.

1. Die Tage des Interims und Moritzens Feldzug.

Friedrich ſtand ſeit dem Augsburger Reichstag mit dem Kaiſer in den beſten Beziehungen, denn er war für die Pläne, mit welchen dieſer ſein Lebenswerk noch krönen wollte, ein brauchbares Werkzeug. Im Sommer 1550 fuhr Karl V. nach bewegtem Abſchied von ſeinen Niederländern den Rhein aufwärts, während der Reiſe ſeine Denkwürdigkeiten diktierend wie ſpäter Napoleon auf ſeiner Fahrt nach Helena. Im Buſen trug er das Projekt, auf dieſem Zuge die Kurfürſten für die römiſche Königswahl ſeines Sohnes Philipp zu gewinnen. Mit ihrem Senior, dem pfälziſchen Kurfürſten, wurden damals wahrſcheinlich wichtige Verhandlungen darüber gepflogen.[266] Dem Ehrgeize Friedrichs ſchmeichelte es, daß er jetzt bei Karl V. wieder eine wichtige und in deſſen Reichshandlungen nicht zu umgehende Perſönlichkeit geworden war.[267]

[266] Turba, Venetianiſche Depeſchen vom Kaiſerhof II. 430ff. (25. Juni 1550). — Leodius, p. 268 (1624).

[267] Druffel I. 685 (3. Juli 1551). Disant: ne m'a l'empereur eu à sa table, ne a-t-il pas communiqué avec moi, ne me suis je employé de tout mon pouvoir pour encheminer ses intentions à la diette, l'eut il peu parachever touchant le vorrath de l'argent promptement sans moi? Eut il eu la disposition de la chambre impériale pour cette fois sans moi, eut il obtenu que les cercles payassent la chambre?

Digitized by Google

Doch schien der Kaiser dahintergekommen zu sein, wie wenig streng man das Interim in der Pfalz durchführte. Im Jahre 1551 ließ er aufs neue bei Friedrich anfragen, wie dasselbe gehandhabt würde und welche Hindernisse sich dabei ergeben hätten. Ein kurfürstliches Schreiben in die Ämter legte diese Recherchen den Beamten auf.[268] Es ergab sich, daß die einen Ortschaften noch immer sich gegen das Interim sträubten, daß die Geistlichen wenigstens erklärten, erst weichen zu wollen, wenn sich Interimspersonen an ihre Stellen meldeten. In andern Kirchspielen hatte man das Edikt willig befolgt. Philipp von Bettendorf, der Vogt von Mosbach, ließ seinen Pfarrern streng verbieten, gegen die kaiserlichen Bestimmungen von den Kanzeln herab zu eifern, im übrigen gestattete er den früheren, unchristlichen Zeremonien keinen Eingang mehr.[269] Viele Personen mußten unter manchen Beschwerlichkeiten nach auswärts gehen, wenn sie das lutherische Abendmahl empfangen wollten, andere zogen es vor, das Sakrament einstweilen aus den Händen der Papisten und Interimisten zu nehmen. Der Zweibrückische Prinzenerzieher Johann Philot, welcher uns diese Zustände schildert, nennt die kirchlichen Verhältnisse in der Pfalz ein Chaos von Unordnung.[270]

---

[268] Karlsruhe, Pfalz general. fasc. 4325, fol. 2. Friedrich an Philipp von Bettendorf, 4. Juli 1551: „Damit wir nun Irer Mt. derselbigen begern nach solchen bericht sovil furderlich zu verfertigen mogen, des auch fur uns selbsten wissens emphahen".

[269] ib. fol. 5. Bettendorf an Friedrich, 14. Juli 1551: „Das ich nit anderst wais, das in disem ampt dem Interim zimlich nachgesetzt und gelept wirdt". — Eberbach, Schluchtern, Oberschefflenz und Neckarburken (?) nahmen das Interim nicht an, weil es gegen ihr Gewissen sei, Lohrbach, Dallau, Unterschefflenz, Neckargerach u. a. fügten sich demselben. — Bettendorf berichtet, daß bereits durch seinen Vorgänger Hans Landschad die alten Zeremonien und Mißbräuche wären abgeschafft worden.

[270] Straßb. Stadtarch., Thomasstift, ep. VII. Johann Philotus an Hubert, Heidelberg, 12. Nov. 1553: Nam sunt permulti hic, qui id (Abendmahl sub utraque) din sitiebant et quoties cupiebant suscipere sacramenta cogebantur aliquo proficisci procul cum magna molestia, alii

Digitized by Google

Den beiden gefangenen Fürsten von Heſſen und Sachſen war in der Gefangenſchaft ein hartes Los zuteil geworden. Der Kaiſer war auf dem Höhepunkt ſeiner Größe angelangt, und die religiöſe wie die politiſche Freiheit ſchien durch die ſpaniſch-öſterreichiſche Übermacht für immer in deutſchen Landen vernichtet zu ſein. Da kam der Gegenſchlag von ſeiten der nach Souveränität ſtrebenden Fürſten. Seit der Kapitulation von Magdeburg ſtand Moritz von Sachſen ein beträchtliches Kontingent von Truppen zur Verfügung. Nachdem er ſich den Anſchluß einer Reihe von Fürſten an ſeine Leitung und Führung geſichert hatte, trat er plötzlich mit ſeinem Plan hervor: Schutz für den Proteſtantismus und Befreiung der in Haft gehaltenen Fürſten. Während die Konzilsväter ſich noch in Trient um dogmatiſche Formeln ſtritten, rückte Moritz im Frühjahr 1552 im Verein mit Heſſen und Brandenburg in Süddeutſchland ein und zerbrach dem ſtolzen Spanier das Werk eines ganzen Lebens.

Gegenüber den Kriegsfürſten wollte Friedrich von der Pfalz nicht allein und hülflos daſtehen. Und bereits kam ihm der Herzog Chriſtoph von Württemberg entgegen, indem dieſer mit ihm in Heidelberg wegen eines Zuſammenſchluſſes der ſüddeutſchen Fürſten, namentlich Bayerns, verhandelte. Chriſtoph ſtellte die alte Einigkeit der pfälziſchen und bayriſchen Linie der Wittelsbacher wieder her, welche durch die bayriſchen Anſprüche auf die pfälziſche Kur ehedem in die Brüche gegangen war. Allerdings war Friedrich bei dem Feldzuge Moritzens trotz ſeiner neutralen Stellung nicht ganz unbehelligt geblieben. Bei der Belagerung von Frankfurt am 17. Juli wurde Friedrich aufgefordert, zur Beſchießung der Stadt Geſchütz zu liefern. Lange ſträubte er ſich, die Prachtſtücke auf dem Stückgarten des Schloſſes heraus-

potius ab impuris accipiebant. Nosti ἀταξίαν et chaos huiusmodi ecclesiae. — Über Philot ſiehe Bernays in Zeitſchr. f. Geſch. des Oberrh. N. F. XVI. 43. — Röhrich, Geſch. d. Ref. III. 179.

Digitized by Google

zugeben. Schließlich zwangen ihn die Fürsten und selbst sein Neffe Ott Heinrich mit der angedrohten Plünderung Heidelbergs zur Lieferung von Geschütz und Munition. Dafür wurden dann auch die pfälzischen Leibeigenen im Stift Speyer von ihnen in Schutz genommen, während das bischöfliche Gebiet schrecklich zugerichtet wurde.[271]

Ein Niederschlag blieb von jenen Verhandlungen der Heidelberger Tagung zurück. Es war der Anfang einer Bewegung, welche dahin ging, alle während der letzten Jahre vorgebrachten Reichsbeschwerden zusammenzufassen. Im Gegensatz zum Vorgehen der Kriegsfürsten sollte ein Bündnis zusammenkommen mit nur defensivem Charakter gegenüber Karl und bei demselben jeder Anschluß an Frankreich von vornherein ausgeschlossen werden. Gerade im Jahre 1553 brachte man dem Kaiser von seiten der Fürsten das größte Mißtrauen entgegen und glaubte dafür berechtigte Gründe zu haben durch die Nachfolge des Kaisersohnes im Reiche und durch die Verbindung mit Albrecht von Brandenburg. Um den Praktiken Karls mit kräftigem Widerstand begegnen zu können, schlossen sich die deutschen Fürsten, Katholiken wie Protestanten, unter dem eifrigen Vorgang des Pfälzer Kurfürsten zusammen. Der Heidelberger Verein, der in diesem Jahre zustande kam, ist das wichtigste Produkt dieser kaiserfeindlichen und deswegen konfessionslosen Politik.[272]

---

[271] Remling, Geschichte der Bischöfe zu Speyer II. 318 ff. — Karlsruhe, Kopialb. 842, fol. 419. 425. Die Fürsten hatten 400 Wagen nach Heidelberg gesandt und drohten mit Plünderung der Stadt, falls der Kurfürst die Herausgabe der Geschütze verweigere.

[272] B. Ernst, Briefwechsel des Herzogs Christoph von Württemberg, Bd. I Einleit. bes. Nr. 334/35. 401 n. 1. 725—28. 737 n. 1. — Bd. II. — Württ. Vierteljahrh. N. F. X. 7 ff. — Karlsruhe, Pfalz general. 8731, fol. 33 ff.

Digitized by Google

2. Die Wiederaufnahme der früheren Religionspolitik Friedrichs. Der kirchliche Zustand der Pfalz während seiner letzten Lebensjahre.

In den letzten Lebensjahren Friedrichs II. gewann Christoph von Württemberg einen starken Einfluß auf den Pfälzer. Er hatte rüstig mit ihm zusammengewirkt in der einzig bedeutenden Tat Friedrichs in diesen Jahren, in dem Zustandekommen jenes Heidelberger Bundes. Seitdem wußte Christoph auch nach der religiösen Seite hin auf den Kurfürsten einzuwirken und ihn für Fragen zu interessieren, für welche der Pfälzer nie großes Verständnis ehedem bewiesen hatte. Und hinter Christoh stand dann sein Freund Ott Heinrich, ihn dazu herzhaft aufmunternd.[273]

Zweien von den einflußreichsten Räten Friedrichs — wir wissen nicht welchen — wurde vom Kurfürsten etwa gegen das Ende des Jahres 1553 die Erlaubnis erteilt, in Heidelberg eine Kirche zu öffnen, in der man die deutsche Messe feiern konnte mit Psalmengesang und nach evangelischer Weise das Abendmahl austeilen durfte. Wieder kam Friedrich auf das alte Projekt einer Reform der Universität zurück und berief — leider vergeblich — Melanchthon sowohl als Chyträus in diesem Jahre nach der Heidelberger Hochschule. Doch erhielten wenigstens jetzt die Rektoren die Erlaubnis, sich verehelichen zu dürfen.[274]

[273] Ernst III. 259 (II. 274). Dem protestantischen Juristen Molinäus wollte Christoph 200 Gulden geben, wenn er sich an der Heidelberger Universität niederlassen würde. — Über Molinäus s. Heyd, Bibliogr. II. 356. 513. — Kausler und Schott, Briefwechsel des Vergerio, p. 51 ff. — Druffel IV. 396. 698 (326).

[274] Straßb. Stadtarch., Thomasstift, ep. VII. Johann Philot an Hubert: Etenim intelligo, duos ex praecipuis consiliariis impetrasse a principe locum, in quo liceat missam Germanicis facere verbis, psalmos canere et sub utraque specie sacramentum Eucharistiae administrare. Confido

Digitized by Google

Darauf erfolgten dann vom Hofe aus Schritte, die unzweideutig das Zurücklenken des Fürsten nach der Religionspolitik der Mitte der vierziger Jahre bekundeten. Den Gemeinden, welche protestantische Pfarrer verlangten für evangelische Predigt und Abendmahl, wurden solche trotz Widerstreben der katholischen Kapitel und Stifte von Worms und Speyer gewährt und die Gehaltsregelung vom Kurfürsten in die Hand genommen. Wieder liefen die Bischöflichen im Brurein wie in frühern Jahren in das kurpfälzische Gebiet hinüber, um evangelische Predigten zu hören.[275] Ein Reihe von Kapla-

consilium istud pium ad effectum brevi perductum iri, tum rursus id tibi significabo. — Darauf stützen sich die Ladenburger in ihrer Bittschrift an Kurfürst Friedrich (siehe unten). Karlsruhe, Pfalz. spec. Ladenb., 14. Juni 1555: „ein stundt oder zeith von den geistlichen ongeirrt, wie es schon in e. ch. g. statt Heidelbergk gehalten wird, geoffnet zu werden". — Vierordt I. 447. — Hautz I. 452 ff.

[275] Über die Reformation in Heidelsheim siehe Remling, Geschichte der Bischöfe zu Speier II. 294 Anm. 922. — Prot. Sp. Dk. 6944, fol. 318. 322/39. 364. 415. 420; 6945, fol. 77 ff. 82 ff. 106. 119. 132 ff.; 6946, fol. 37 u. a. — Heid. Bibl. Cod. Pal. Germ. 155, fol. 167 ff. (Zacharias Hulber). — In Neustadt werden durch kurfürstlichen Erlaß (28. Sept. 1554) die Streitigkeiten der protestantisch gesinnten Bürgerschaft und des katholischen Stifts in der Weise geregelt, daß der Gemeinde ein protestantischer Geistlicher, Georg Schön, gegeben wird, den das Stift aus seinen Mitteln unterhalten muß. Er wird zu reiner Predigt des Evangeliums und lutherischem Abendmahl verpflichtet, ihm auch ein Diakon, Nikolaus Graus, zum Jugendunterricht beigesellt. Karlsruhe, Kopialb. 841, fol. 100. 103. „Jörgen Schönern, welcher von hochstermeltem Pfaltzgraven Churfürsten auf underthenigs vleissigs ansuchen der gemeinde, auch zu erbauung und pflantzung göttlicher eren und seines seligmachenden worts dahin zum prädicanten und seelsorger bestellth und verordnet ist." fol. 100. — „Mit furtragung und rainer predig des seligmachenden worts des Almechtigen und ausspennung der heiligen Sacrament, wie das von unserm Herrn und Hailand Jhesu Christo verordnet ist." fol. 103.

Im Stift Kaiserslautern werden vom pfälzischen Amtmann neugläubige Pfarrer und Schulmeister aufgestellt trotz Widerstand der Stiftsherren. Karlsruhe, Pfalz general. 8334.

Über den Brurein: Prot. Sp. Dk. 6947, fol. 5. — Über Laudenbach und Hemsbach: Karlsruhe, Pfalz general. 8334.

Des Pfarrers Johann Münsters zu Umstadt Bitte, sein Amt in pro-

Digitized by Google

neien und Pfründen, deren Inhaber sich in der Welt herumtrieben, wurden aufgehoben und aus deren Erträgnissen ein Schulmeister aufgestellt für das ganz verwahrloste Landvolk. Wegen der einziehenden „Bachanten" mußten die Bischöfe von Worms und Speyer vielen Verdruß erleiden. Die pfälzischen Beamten zogen die Geistlichen vor ihr Gericht, nahmen die Kirchengefälle ein und sperrten die Gehälter, um ihre Befehle zu erzwingen.[276]

Es war auch hohe Zeit, daß endlich mit dem Wirrwarr der kirchlichen Zustände aufgeräumt wurde. Denn ganze Dörfer waren noch bei Ott Heinrichs Regierungsantritt in Aufruhr, weil Katholiken, Lutheraner, Zwinglianer, und vor allen die Wiedertäufer, die am Hardtgebirge und am Rhein entlang hausten, sich verketzerten und balgten. Wenn es recht drunter und drüber ging, dann fiel der Bischof in den Ort und schatzte ihn für seinen Übermut.[277] In einzelnen Ämtern, wie

---

testantischem Sinne versehen zu dürfen: Vierordt I. 449. — Über „Ausläufer" in Reithard, Mingolsheim und Weiher: Prot. Sp. Dk. 6946, fol. 333; ib. 6947, fol. 5 (1554—55).

[276] Prot. Sp. Dk. 6947, fol. 127. 129. 133. 139. 146. — Karlsruhe, Pfalz general. 8340. Bei Vakation einer Kaplanei beeilten sich die Bischöflichen, dieselbe zu besetzen aus Furcht, die weltliche Hand könnte sich hineinmischen. Prot. Sp. Dk. 6947, fol. 133. — Über die Reformation Rheingönheims durch Hirschhorn ib. 6946, fol. 121 (1553).

Kreisarchiv Speyer, Hochstift Speyer 306 b, fol. 21. „Das bisher also etlichen Jungen pfründen zu dem studio vergunt, aber wen sie lang studirt, die ergsten buben zu krigen und andern untedlichen handlungen worden sein" (1556).

[277] ib. 306 b, fol. 130. „Daneben dieweil jederman den pfalzgrevischen daselbst vast heftig, understeen sie pfarher auch dem gegenthail zu hoffieren die pfalzgrevischen fur und fur destermer zu dem bapstumb ..... zu zwingen. Das macht die armen lenenleut gantz unwillig und irrig, das dan darunter einer hie hinaus zu den Evangelischen, der ander dar hinaus zu den Widerteuferischen, Zwinglischen und andern Sektenpredigern, wo sie mögen, öffentlich laufen." — Karl Schmidt, Der Anteil der Straßburger an der Reformation in Churpfalz (Relation der Kirchenvisitation unter Ott Heinrich, 2. Nov. 1556), p. 18 (Bretten).

Zahlreichen Wiedertäufern begegnen wir an der Hardt in der Gegend

Digitized by Google

im Gutenberger und im Mosbacher, waren die meiſten Gemeinden von evangeliſchen Geiſtlichen bedient.[278] Dagegen trieben in den Gemeinſchaften, wo der Kurfürſt auf ſein Beſetzungsrecht verzichtet hatte, die Interimiſten und Papiſten ein böſes Unweſen. Im Amt Landeck, welches die Pfalz und das Bistum Speyer zugleich beſaßen, waren die meiſten Pfarrer wieder katholiſch, eiferten gegen das Interim, lebten mit ihren Mägden zuſammen, und die Viſitatoren fanden im Sommer des Jahres 1556 faſt alle dieſe Pfarrhäuſer mit Kindern geſegnet.[279] Zum Schutze

von Neuſtadt und Kirrweiler, im Amt Lauterburg und um Stromberg. Karl Schmidt, Der Anteil der Straßb., p. 20. (Disputation der Viſitatoren mit dem Wiedertäufer Bernhard Herzheimer.) — Prot. Sp. Dk. 6946, fol. 29. 118. 128. 270. 342 (Öwisheim). — In der Pfalz verjagt man ſie und nimmt ihnen die Güter. Karlsruhe, Kopialb. 842, fol. 134. (Der Wiedertäufer Schönecker in Leimen.) — Der Biſchof von Speyer übt die gleiche Praxis, disputiert auch zuweilen mit ihnen. ib. Kpb. 353, fol. 234. — Prot. Sp. Dk. 6947, fol. 4.

[278] Sp. K.-A. 306b (Hochſt.), fol. 115. Über Gutenberg: „iſt das evangelium nun uber XII jar darin gepredigt worden". — Mosbacher Amt. Karl Schmidt, Der Anteil der Straßb., p. 18: „Und iſt war, das wir in der gantzen Pfaltz keine kirchen, in deren es ordenlicher als in dieſer zugange, befunden haben. — Zu dem allem thut viel, das der fault die kirchendiener handthapt und mit ernſt dahin das volk anhaltet und vermanet."

[279] Sp. K.-A. 306b, fol. 3. 11. 20. 33. Mit ihren Haushälterinnen leben zuſammen und haben Kinder die Pfarrer von Steinweiler, Rohrbach, Klingen, Zeiskam, Godramſtein, Gleiszellen, Insheim, Oberhochſtadt, Schwegenheim und andere. — Siehe auch das Sündenregiſter der ungeiſtlichen Pfarrer im Karlsruher Kopialbuch Nr. 318 unter „Urſehden". Dort iſt der Beweis für die Notwendigkeit einer Pfälzer Kirchenreformation. — Der poetiſche Hulber in Heidelsheim, der trotz biſchöflicher Drohungen und Interim ſtandhaft in ſeiner Gemeinde aushielt, ſchreibt in ſeinem Ott Heinrichs gewidmeten Bekenntnis:

Dorumb o Almechtiger got vatter gut,
behalt das arm volck in deiner hut,
thue in gut getrew paſtores ſenden,
die iren ſchmerzen und gebrechen thun wenden,
die mit keiner unkeuſcheit ſein befleckt,
dorin aller grävel ſteckt,
auch nit mit ander überflüſſigkeit beladen,
und die tag und nacht hurerey nach traben.
Heid. Bibl. Cod. Pal. Germ. 155, fol. 183.

Digitized by Google

der vielen Pfaffenkinder im Speyrer Gebiet griff Kurpfalz in die Testierfreiheit der Geistlichen ein, trotz dem Widerspruch des Bischofs.[280] In vielen Dörfern fehlten seit langen Jahren Geistliche und Lehrer, und von mancher Gemeinde notieren die Inspizienten: „Die Kirch ist gar bawfellig, will einfallen". Das Volk war so rauh und roh, daß es Pfarrer und Lehrer wegtrieb, die es unterrichten wollten, und die Regierung selbst war vor Aufruhr nicht sicher.[281]

Eine Reihe von Selbstmorden begegnet uns in dieser Zeit, deren Ursache meist Trunksucht, Spielwut oder gräßlicher Aberglaube war. Für die soziale Seite dieses düstern Blattes zeigte eine damalige kurfürstliche Regierung kein Verständnis. Der Entleibte wurde durch den Wasenmeister im Beisein des Amtmanns regelmäßig unter dem Galgen der Gerichtsstätte verbrannt, während die Bauern mit der Wehr dastehen mußten, oder er wurde selbst in Ott Heinrichs Zeit noch in einem Faß an den Rhein geführt.[282]

---

[280] Karlsruhe, Kpb. 353, fol. 107. „Dieweil bisher vil pfaffen haben kinder und arme waisen verlassen, die zu testamenten nit bedacht worden, damit dan dieselben aufgebracht und ernert." (1549.)

[281] Sp. K.-A. 306 b, fol. 5. „Die underthanen grob als Dürcken" (Zeiskam). — fol. 19. „Der gemein man so gar raulos, das er auch weder pfaffen oder schulmeister, so da leren sollhen, begeren thut, auch zuletzt der oberkeit leren und strafen gar nit mehr leiden will" (Bellheim). — Schmidt, Der Anteil der Straßb., p. 30, über das Amt Lützelstein: „So ist das volck ungezogen und wild, lebt in tag hinein, gleichwie das unvernünfftige vieche, achten ihrer kirchendiener wenig". — Von Seebach, einem Dorf von 120 Herdstätten und 300 Kommunikanten im Amt Altenstadt bei Weißenburg, heißt es: „Der stift zu Weißenburg erhelt ein pfarher, ist aber jetzunder keiner behalten, waist niemant von den gesellen zu sagen. Die kirch ist gar bawfellig, will einfallen, . . . ist kein schul da, auch kein mensch, der schreiben oder lesen kan." Sp. K.-A. 306 b, fol. 31 ff.

[282] Karlsruhe, Pfalz general. 6552/53. Kinder von 15 Jahren und Greise von 80 Jahren entleibten sich. In Eberbach erhängte sich eine Frau von 6 Kindern, weil ihr „etwas in gespenst begegnet", trotzdem ihr der Pfarrer Paulus Ursinus zur Beruhigung das Abendmahl gereicht. ib. 6653, fol. 22. Ein Mädchen aus Großeicholzheim (Mosbach) nahm sich das Leben „durch

Digitized by Google

Es war nicht verwunderlich, wenn oft in einem Dorf kein Mensch lesen oder schreiben konnte, denn von vielen Orten wußte man nicht, ob und wo der Geistliche studiert hatte. Gab es doch solche, die keinen Psalm singen konnten, und andere Kirchendiener, die besser zum Landsknecht paßten.[283] Trotzdem manche Klöster leerstanden, sei es, daß sie nach der Einäscherung durch den Bauernkrieg nicht mehr bezogen wurden, sei es, daß die Insassen aus Gespensterfurcht nicht mehr in die Zellen zurückkehrten, so hielt sich doch noch der Rest der Mönche an andern Stellen in

eingebnus des bösen gaists" (fol. 77), ebenso ein Mann aus Steinfurt, „der ein gute zeit anhero nit wol bei sinnen geweſt, sich sehr andechtig mit betten gestellt" (fol. 20).

[283] Die kurpfälzische Visitationskommission vom 2. Nov. 1556 berichtete dem neuen Kurfürsten Ott Heinrich über den kirchlichen Zustand in Heidelberg und seiner Umgebung: „Im Heidelberger ampt stehts übel gnug in der kirchen; macht, das außgenomen ihren wenig vast alle pfarrer zum teil papisten oder aber sonst ungeschickte und ungelärte leuth sind, zudem arm, die sich auch mit ihr aigen handarbeit kümerlich des hungers erweren mügen". Schmidt, p. 17. — Sp. K.-A. 306 b, fol. 3. 53 u. a. — ib. fol. 58. „Ein junger priester, geb ein bessern lanzknecht dan ein pfarher zu göttlichen sachen, der alten secten, helt unehelichen haus mit einer magdt und kinder zillen" (Insheim). — Schwere Klagen werden gegen den Königsbacher Geistlichen Valentin Rode geführt. Karlsruhe, Kpb. 318, fol. 307. — Pr. Sp. Dk. 6944. — Sp. K.-A. (Hochstift) 392. — Sehr viel wird über die Trunksucht der Pfälzer Geistlichen geklagt. Im Sünderbuch (Karlsruhe, Kpb. 318) müssen sie öfters bekennen, daß sie „beweint" oder unzüchtig waren „neben überflüssiger weinfüllung", fol. 301. 304. 306. 326 u. s. w. — Vom kirchlichen Hirten zu Zeiskam heißt es: „von seim studirn wenig wüssens, aber zum weindrincken zum geschickſten". Sp. K.-A. 306 b, fol. 3. — Es ist nicht allein kulturgeschichtlich interessant, wenn der geistliche Herr in Geinsheim keinen Chorrock und kein Stroh fürs Faselvieh hat, wenn er von dem Speyerer Domkapitel abgewiesen wird mit seinen Klagen, daß ihm die Tiere gestorben und die Reben erfroren seien. Bereits 1545 war in diesem Dorfe die Kirche eingestürzt. Pr. Sp. Dk. 6943, fol. 647. ib. 6945, fol. 143. 258. — Mit diesen kirchlichen Zuständen stimmen auch die Visitationsprotokolle vom Jahre 1556 überein, deren Schilderungen als von Anhängern der neuen Lehre verfaßt übertrieben erscheinen könnten, wenn nicht das Buch der „Urfehden" für diese Periode dunklere Bilder entrollen würde. — Vgl. jetzt auch Boffert in Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrh. N. F. XVIII. 643 ff. bes. 664 ff.

Digitized by Google

den Klostermauern fest und schabte und schindete den Bauern.[284] Hier griff Friedrich schon ein. Er sandte Visitationen in die Klöster, um sich von deren religiösem und wirtschaftlichem Zustande zu überzeugen. Von dem Besitz wurde einstweilen ein Inventar aufgenommen. In manchen waren die Klosterherren jeglicher Reform abhold, anderswo zeigte sich schon ein stilles Hinneigen zu den Bestrebungen des Hofes. Die letzte Priorin von Heilsbruck bei Edenkoben, Regula Engelmann, rief einen evangelischen Prediger ins Kloster und handelte ganz im Einverständnis mit dem kurpfälzischen Viztum, der in ziemlich scharfer Weise die Untersuchung des Klosters vornahm.[285] In Sinsheim mußte (am 4. Februar 1553 bereits) der Dekan einen evangelischen Geistlichen in das Generalkapitel aufnehmen, wahrscheinlich auf ein Bittgesuch der Gemeinde an den Kurfürsten.[286]

Am Hofe war Ottmar Stab, jener Magister, der ein Bekenntnis gegen das Interim geschrieben hatte, Schloßprediger ge-

[284] Bericht über die Hördter Augustiner Chorherren. Sp. K.-A. 306b, fol. 13. Der Propst hält verlaufene Mönche und andere leichte Personen im Kloster, „die liegen dan uber den armen, schmehen, schinden und schaben, wie der münch prauch, heraus, was sie mogen, das dernhalben für und für vil klagen vorhanden, seindt dem Interim und allen evangelischen sachen gar hart zu wider, leben wie in klostern gar ergerlich, von irn herkommen und studirn wenig wiessens". — Winkelmann, U. B. I. 249. 255. — Wundt, Beiträge II. 7. — Remling, Geschichte der Abteien und Klöster II. 39.

[285] Mieg, Ausf. Bericht der Reform. i. d. Kurpf., p. 20, spricht von der Reformierung der Stifter und Klöster Mosbach, Lobenfeld, Sinsheim, Ladenburg, Neuhausen, Hochheim und Liebenau. — Karlsruhe, Kopialb. 842, fol. 280. Das Kloster Heilsbruck verkauft schuldenhalber seine Behausung in Speyer. — Bericht der Visitation im Kloster Heilsbruck Prot. Sp. Dk. 6947, fol. 47. Hiernach Remling, Geschichte des Klosters Heilsbruck, p. 63, zu verbessern.

[286] Wilhelmi, Geschichte d. großherzogl. bad. Amtsstadt Sinsheim, p. 46. Er hieß Johann Dietenhöffer. — Im nahen Zuzenhausen reformierte seit 1552 der spätere Hofrichter Friedrichs III., Erasmus von Venningen. Zu Neidenstein, in einem anmutigen Seitentälchen der Elsenz, wird durch eine Inschrift in der Kirche dieses glückliche Jahr der Reformation gepriesen. J. Glock, Zuzenhausen, p. 99; über Erasmus' Reformation in Königsbach s. Mone, Zeitschrift f. Gesch. d. Oberrh. XXV. 384.

Digitized by Google

worden. Stoll predigte in evangelischem Sinne trotz der Verfolgungen der Geistlichkeit weiter. Der Kurfürst trat in den Tagen des Augsburger Religionsfriedens gegen den Kaiser zum Schutze der Ladenburger Bürgerschaft auf, deren Pfarrer Eckart der Bischof von Worms als Gemeinsherr vertreiben wollte, weil er protestantisch geworden und deshalb mit Weib und sieben Kindern jetzt gewissenshalber und zum guten Beispiel für die Gemeindeglieder vor den Traualtar getreten war.[287] Friedrich

[287] Über Ottmar Stab vgl. auch Heid. Bibl. Cod. Pal. Germ. Nr. 217, fol. 1; Nr. 763, fol. 1. — Karlsruhe, Pfalz spec. Ladenburg, Kirchensachen. Der Kurfürst hatte den Ladenburgern diesen Prädikanten vorher erlaubt. (Petition der L. vom 14. Juni 1555.) — Eckart war über 10 Jahre schon in L. und sehr beliebt, „allein das er menschlicher blödigkeit halb die zeit er uns furgestanden, eine dienerin vielleicht in seiner conscientz gegen gott (uf das er dem erschreckenlichen urtheil gottes, so uns armen sundern mit zuchten zu schreiben der hurerei halben gedroet wird, empflihen mocht) bei sich gehabt, mit deren er sieben kindlein gezeugt, die noch leben und von innen baiden erbars, gotsfurchtigs wandels bisher uferzogen seindt, welche seine zugestellte dieser kindlein mutter sunder zweifel aus gottes forcht, denselben kindlein zu gutem und trost, auch für der weldt seinen ehelichen als von gott selbs eingesetzten und gesegneten standt nun mher ofentlich zu bekennen, er neulich verruckter zeit wie sunst gepreuchlich mit bezeugtem kirchgang vollents bestettigt hat." — ib. Befehl des Kaisers, innerhalb 14 Tagen den Ladenb. Prediger abzuschaffen. Brüssel, 23. April 1555. — Vergleiche das Schreiben Krams über diese Angelegenheit bei Wolf, Der Augsburger Religionsfriede, p. 58. — Nach den Akten ist Schuch, Polit. und Kirchengesch. von Ladenburg, p. 151, zu ergänzen und zu berichtigen. — Den Pfarrer von Eberbach schützte die Stadt selbst. Erasmus Maier war schon öfters von Würzburg zitiert worden und man drohte ihn unversehens aufzuheben, wenn er nicht erscheine. Der Rat der Stadt hatte deshalb sorgfältig die Tore der Stadt in acht, damit ihrem Pfarrer kein Leid geschehe. Bei seinem Tode rühmen sie dem Faut Philipp von Bettendorf seine Frömmigkeit und seinen Eifer, dem die kirchliche Blüte in Eberbach zu verdanken sei. J. G. Weiß, Geschichte der Stadt Eberbach, p. 111. — Der Pfarrer Michael Breitschwert, der einst als heftiger Gegner des Interims in Manubach hatte weichen müssen, wurde sein Nachfolger. Er hielt evangelische Predigt und Jugendunterricht nach Luthers kleinem Katechismus gemäß einem kurfürstlichen Befehle kurz nach Neujahr 1556. „So ist eben auf den tag des anheps unsers gnedigsten Churfürsten und herrn mandat ankomen, die leere auf alle suntag nachmittag zu predigen." Heid. Bibl. Cod. Pal. Germ. 424, fol. 4.

Digitized by Google

nahm sich auch im Verein mit Christoph von Württemberg des Jost Velsch und anderer Genossen an, welche wegen ihrer Glaubensmeinung von Köln ins Gefängnis geworfen wurden. Ebenso gewährte er der Herzogin Katharina von Suffolk, der Verwandten der unglücklichen Johanna Gray, samt andern englischen protestantischen Flüchtlingen in der Pfalz ein Asyl.[288]

3. Der Augsburger Reichstag von 1555. Die begonnene Durchführung der Reformation und Friedrichs Tod.

Obwohl Friedrich kein offizieller Anhänger der Augsburgischen Konfession war, so hatte er doch auf dem Reichstage von 1555 die Aktionspolitik der Protestanten vertreten.[289] Wie später der freidenkende Ott Heinrich forderte er hier die Freistellung der Religion, Kultusfreiheit für alle Stände und Gewissensfreiheit für alle Untertanen. Er vertrat einen Standpunkt, der ihn über die Konfessionisten wie Sachsen hinaushob. Selbst noch nicht ausgesprochener Protestant, behielt er sich doch in kluger Weise den Anschluß an die Augsburger Konfession vor, und seine Gesandten mußten jeder Bestimmung entgegenwirken, die einen künftigen Übertritt durch eine Fixierung des status quo erschweren oder ausschließen konnte.[290]

[288] Über Justus Velsius siehe Ernst III. 353 ff. 384. — Druffel IV. 761 und oben, p. 72. — Röhrich, Mitteilungen III. 230. — Vierordt I. 449.

[289] Siehe schon vorher Druffel IV. 519. Friedrich an Christoph: „Das man auch den bepstischen haufen, welchem mit nichten zu vertreuen, weiter nit dan zu geburlichem schuz der zeitlichen gueter anneme und ire stimmen so vil muglich abstelle".

[290] Wolf, Der Augsb. Religionsfriede, p. 59 Anm. „Da einer underthanen under sich hette, die do der alten religion weren, und zu der andern gern treten wolten oder do einer, der A. C. were und underthanen hette, die zu der andern treten wolten, das sie in irem gewissen derhalben mochten unbeschränkt sein." Pfälzer Votum vom 12. März 1555. — München, Staatsarch.

Digitized by Google

Einen äußerlichen Erfolg für den Proteſtantismus bedeutete es, daß Friedrich auf dem Kreistage in Weſel zum Oberſten gewählt wurde. Damit ſahen ſich die geiſtlichen Kurfürſten in ihren Erwartungen getäuſcht, daß ein katholiſcher Fürſt dieſen Rang einnehmen werde. Der Freund des Pfälzers, der Württemberger Chriſtoph, trieb ihn in der Bahn des evangeliſchen Glaubens immer mehr vorwärts. Mit ihm und Wilhelm von Heſſen verabredete er ſich wegen einer perſönlichen Zuſammenkunft aller evangeliſchen Fürſten Deutſchlands. Nach Friedrichs und Landgraf Philipps Plan ſollten zunächſt ihre Abgeſandten die Fragen und Propoſitionen durchberaten. Anfang Januar 1556 erſchien eine pfälziſch-württembergiſche Geſandtſchaft in Weimar, welche Vorbereitungen für den nächſten Reichstag treffen ſollte. Leider richtete man in dem Lande der Flacianer wenig aus, und auch Melanchthon war gegen die Idee eines theologiſchen Konvents.[291]

Jetzt wollte endlich der Greis die längſt erſehnte Durchführung der pfälziſchen Reformation in Angriff nehmen und zu gutem Ende bringen. Er bat Chriſtoph um Zuſendung ſeiner Kirchen- und Viſitationsordnungen. Freudig ließ dieſer alle darauf bezüglichen Akten und Verordnungen ſammeln, abſchreiben und nach Heidelberg hinabſchicken. Auch erfahrene Männer wollte er dem Kurfürſten für die beabſichtigte Reformation zur

---

K.-bl. 107/1. „Wiewol wir auch den verworfenen secten abhold und dieſelben bis anhero mit ernſt verfolgt und noch zu verfolgen gedenken, jedoch damit einiger teil, was religion der auch ſei, kein makel angehengt, ſo iſt von nöten, das auch disfals durſtiger und zenkiſcher, unfridlicher leute cavillationibus werde begegnet.“ Friedrich an die pfälz. Räte (30. März 1555). — Druffel IV. 594. — Nach allem darf man Friedrich doch nicht, wie Ernſt III. Einleit. XXXV. meint, einen „entſchiedenen Proteſtanten“ nennen.

[291] Ernſt III. 368. — ib. 366. — Neudecker, Beiträge zur Reformation, p. 114. 116. — Corp. Ref. VIII. 617. 619. 633. 661. 669. — Wolf, Zur Geſchichte der deutſchen Proteſtanten (1555–59), p. 2 ff. — Karlsruhe, Kopialb. 846, fol. 135.

Digitized by Google

Verfügung stellen. Schon sandte dieser zwei Artikel, über welche die württembergischen Theologen beratschlagen sollten. Wenn ihre Resolution zurückkäme, sollte das Werk von langen Jahren seinen tätigen Fortgang nehmen. Da winkte dem Kurfürsten der Tod.[292]

Der Ritter des goldenen Vließes war schon im Jahre 1555 nicht mehr für würdig geachtet worden, zu den Sitzungen der Brüderschaft eingeladen zu werden. Im Domkapitel zu Speyer war man unschlüssig, ob man den alten Schirmherrn noch beläuten sollte. Denn am 23. Februar hatte der sterbende Fürst das Abendmahl unter beiderlei Gestalt genommen und war am 26. in Alzey unter Gebeten zu Gott verschieden.[293] Als die Leiche auf das Heidelberger Schloß gelangt war, begannen die Trauerfeierlichkeiten. Stiftsherren und Prädikanten gingen dem Sarge, den 8 Edelleute trugen, „bis under die linden by der cantzlei" entgegen und geleiteten mit christlichem, deutschem Gesang den Toten bis zum Heiliggeiststift hinab. Unter dem hohen Gefolge

---

[292] Ernst III. 356. 369. — Vierordt I. 449. — Corp. Ref. IV. 928. Melanchthon an Ott Heinrich. — Über die Einrichtung des Sapienzkollegiums siehe Hautz I. 438.

[293] Prot. Sp. Dk. 6947, fol. 168. — Wenn Remling, Das Reformationswerk in der Pfalz, p. 125, schreibt, daß Friedrich II. nach katholischem Glauben starb, so ist dies nach den Akten nicht zutreffend. Philot berichtet als Augenzeuge an Hubert in Straßburg: Die dominico precedente facta publice confessione . . . . suorum peccatorum magno cum desiderio sumpsit in suo conclavi coenam domini sub utraque specie. Straßb. Stadtarch., Thomasstift, epist. VII. Alzey, 9. März 1556. — Heid. Bibl. Cod. Pal. Germ. 242, fol. 252. „bei gutter vernonfft, glauben, andacht und bescheidenheit das abentmal des hern Jesu Christi samt anderen ihren churf. gn. rethen unter peiderlei gestalt empfangen." — Karlsruhe, Kpb. 846 (Friedrichs Krankheit, Tod und Begräbnis), fol. 141. 161ff. 171. — „Welchermaßen der Churfürst mit des herrn nachtmal versorgt, auch so oft zu Gott dem Allmächtigen umb verzeihung der sünde gerufen und allermeniglich von hertzen verzig und umb verzeihung gebetten, sich der welte begeben, allein sein trost zu Gott gesetzt und von diesem ellende in das reich Gottes begert habe, wie dan sollichs der Hoffpredicant (Ottmar Stab) selbs oftermals gehört und wol würdet zu verrichten wissen." fol. 165.

Digitized by Google

schritt auch der alte Baumeister Engelhardt, der hochgeehrt unter Ludwig und Friedrich seinen Herrn überlebt hatte. Das letzte Haus hatte er ihm nicht mehr bauen können. Nach Ott Heinrichs Anordnungen wurde eine protestantische Trauerfeier abgehalten und der Geistliche hielt eine dreiviertelstündige Leichenpredigt. Dann senkte man den toten Kurfürsten an Ludwigs Seite in das Grab hinab und zerschlug über ihm Siegel und Sekrete.

Digitized by Google

Schluß.

Übersicht über die Resultate von Friedrichs II. Religionspolitik.

Werfen wir noch einen Blick auf dieses an Kontrasten so reiche Leben Friedrichs II. zurück und stellen wir fest, was schließlich für die Reformation am Ende seiner Regierung erreicht war.

Die beste Zeit des Lebens, Jugend- und Mannesjahre waren Friedrich im Haschen nach Glanz, Genuß und Vergnügungen dahingerauscht. Er repräsentiert das Bild eines Prinzen damaliger Tage, der ohne eigentliche Aufgabe zwischen Überfluß und Not hin- und hergeworfen wurde. In spanischem Dienst und Sold hatte er Europa öfters durchmessen, hatte die weitverzweigten Fäden habsburgischer Politik kennen gelernt, für sich aber keinen Nutzen aus diesen Lehr- und Wanderjahren gezogen. Das Verhältnis zu seinem Gönner und Lehrmeister Karl V. war eine Fessel, die er zeitlebens nicht abstreifen konnte, die ihm das Siegel unentschlossenen und opferscheuen Handelns aufdrückte, als es galt, für protestantische Überzeugung Schwert und persönliche Sicherheit in die Wagschale eines ungewissen Kampfes zu werfen. Der unscheinbare Herzog von Neuburg Ott Heinrich, welcher blutarm, ohne Land war und die größte Zeit zu Weinheim in der Verbannung verbrachte, überstrahlt dennoch seinen

Digitized by Google

kurfürstlichen Onkel weit an heroischer Gesinnung und religiösem Eifer. Man kann vielleicht sogar behaupten, wir wären um das eben gezeichnete Bild der ersten Anfänge pfälzischer Reformation ärmer, wenn Ott Heinrichs vorwärtsdrängende Gestalt nicht hinter dem flauen Friedrich II. stünde. Wir wären wenig überrascht, wenn die Quellen diese hohe Wahrscheinlichkeit zur Sicherheit erheben würden.

Und doch liegt auch über den Reformen, die von Friedrichs Seite ausgehen, ein Schimmer von wahrem Wollen, nachdem er einmal den phantastischen Plan des dänischen Projekts hatte fallen lassen. Die Vorgänge im Frühling und Sommer 1546, welche in dramatischer Folge dem Lande alle Segnungen der kirchlichen Reformation zuführen zu wollen schienen, sind nur aus sich selbst und dem Entschlusse des Kurfürsten zu erklären, seinem Volke den Wunsch nach einer längst ersehnten religiösen Verjüngung zu erfüllen. Dann kam ein Frühreif über die junge Saat, als im Herbste des Jahres 1546 der Protestantenkrieg hereinbrach und weiteren Reformen ein Ziel setzte. In Heidelberg zogen mit dem alten Glauben wieder die Feinde der neuen Lehre ein und behaupteten hier bis in die letzten Jahre des Kurfürsten ziemlich uneingeschränkt ihre Geltung. Draußen im Lande jedoch, still gehegt und weniger angefochten, erhielten sich die Spuren des erwachten Geisterfrühlings. Die Beamten, größtenteils überzeugte Protestanten, leisteten der jungen Lehre in ihren Ämtern Vorschub, und selbst der Kurfürst erzeigte sich dem Protestantismus gegenüber nachsichtig und milde, so daß ein Geschichtsschreiber unter Friedrich IV. mit Recht von ihm sagen konnte: „Hat doch gleichwohl seinen underthanen in religionssachen mehr durch die finger gesehen als verbotten“. [294]

Es war unmöglich, daß die kirchliche Bewegung, welche

[294] Speyer, Kreisarchiv, Kurpfalz 2e (historischer Auszug unter Friedrich IV.). Gemeint ist die Zeit in und nach dem Interim.

Digitized by Google

einmal in den Pfälzer Landen die Gemüter erfaßt hatte, je wieder im Sande verlaufen konnte. Wo war die Schar der im Interim nur ihrer Amtsstellen enthobenen evangelischen Geistlichen, denen Friedrich mit so großer Liberalität begegnete, indem er ihnen Bewegungs- und Denkfreiheit zusicherte? Sie werden ihr Pfund nicht vergraben haben, da wir sie sofort beim Regierungsantritt Ott Heinrichs in ihren Stellungen, oft am gleichen Orte wiederfinden. In einigen Strichen des Landes, namentlich in den pfälzisch-speyerischen Gemeinschaften und abgelegenen Gegenden, war allerdings die kirchliche Verwirrung zu einem Höhepunkt gestiegen, der nur ermessen werden kann, wenn man die Visitationsakten etwa des Germersheimer Amtes zur Hand nimmt. Da war es hohe Zeit, daß das Geschick einen schwachen Greis zur Ruhe legte und neue Kräfte ins Dasein und an die Spitze des Landes berief. In anderen Gauen der Pfalz hingegen erklangen wieder seit kurzen Jahren von den Kanzeln herab die Worte des reinen Evangeliums. Aus den Hofkreisen ertönte ein frohes Jauchzen, als das Alte ins Grab versank und das neue Zeitalter der religiösen Erhebung und der Kunst heraufstieg und mit ihnen ihr Schöpfer — Ott Heinrich.

Digitized by Google

Beilagen.

Die Stiftsordnung[1] Friedrichs II. für die Pfalz 1546.

Bedencken des durchleuchtigsten Pfaltzgraven Friederichs Churfürsten und meins gnedigsten herren auf trefflich gehalten rathe seiner churfürstlichen gnaden räthe und theologen, wie der Stiefft zum Heiligen Geist, daraus dan alle andere stiefftkirchen in der Pfaltz gelegen solten reformirt werden, in christlich ordenung zu veriechten sei.

Dieweil die Stieffitpersonen nicht alle zu gemeinem pfardienst, predigen und anderm tuglich, etlich altars halben, etlich das sie das nit gewonet, sollen doch dieselbigen nit müssig gen, sonder mit dem geistlichen und teglichen gotsdienst beladen sein, siech selbs und andere leut zu andacht und rechtem gotsdienst verursachen.

Weil nun in dem königlichen Stiefft zum Heiligen Geist bisher alle horae canonicae deglichs gesungen worden, und auch die pfar der stat Heidelberg gemeltem Stiefft ingeleibt ist, soll zu dieser zeit in dem Stiefft der gotsdienst nachvolgender weis verriecht werden.

Erstlich morgens zu gelegenheit soll man die metten singen wie gewonlich, doch das man zu der metten den psalter con-

[1] Siehe über die Stiftsordnung Friedrichs die Bemerkungen oben p. 57, Anm. 124.

REES LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

tinuir, in der metten lectiones lieſe, nicht aus ongewißen hiſtorien, ſonder aus der Biblia, die mogen in den Stieffſten und Cloſtern, da man teglichs metten ſingt, alſo geordent werden, das wan man novem lectiones helt, dry aus den hiſtoriſchen büchern der Bibeln als Moyſe, Joſua, Judicum, Ruth, Samuel, der König und Cronica.

Darnach dry aus den propheten und die drei letſten, die erſten zwo aus den Epiſteln, die dritte und letſte aber aus dem Evangelio geleſen werden.

Wo man aber nur dry lectiones helt, ſo ſoll die erſt aus den hiſtorien der Biebeln, die ander aus den propheten, die drit aus dem neuwen teſtament genomen werden, und ſollen alſo auf einander gen, das wo man heut uffhoret, da ſoll man morgen wieder anheben, und alſo die heiliche Schriefft ordenlich nacheinander leſen, alwegen ein zimlich lange lection wie bißher der brauch geweßen.

Doch mag man uf die hohen feſt aus dieſer ordenung geen und leſen was ſiech zum feſt am aller meiſten ſchickt.

Item mocht bedacht werden, ob nützlich, das teglich nur drei lectiones gehalten werden in der metten aus den Bibliſchen büchern wie obgemelt und alſo das invitatorium, die pſalmos und was man ſinget oder lieſet züchtig langſam und mit gutem verſtandt geleſen und geſungen werde zu des chors und anderer peßerung und uffbauwung der kirchen.

Item die Capittel in der prim, tertz, ſext, none alle aus dem neuwen oder alten teſtament nemen und ordenlich leſen alſo das wo man in der prim uffhoret, da ſoll man in der tertze wieder anheben und alſo durchaus durch alle horas.

Und ſollen die Capitula nicht zu kurtze ſein, ſonder auffs wenigſt ein gantzen und vollkhomen ſententz, ſo fer er aneinander hengt in ſiech ſchließen.

Auch mocht bedacht werden, ob nützlicher und geſchieckter,

Digitized by Google

das der pſalm Beati immaculati langſam und mit andacht und gutem verſtandt andechtiglich geſungen würde an ſtatt der prim, tertz, ſext und none.

Es were gut ſo mit der zeit ein Canonicus in dem chore beſtelt wurde auf die tage, ſo man nicht predigt, derſelb im chore ein lection leſe, etwan zwen tage in der wochen als dienstag und burstag für die gemein prieſterſchafft in latein. Und ſoll doch den leyhen auch zu ſolcher lection ein freier zugang geloßen werden. Derohalb die lection, ſo zu latein geleſen ſoll darnoch zu deutſch auch ercleret und verdolmetſcht werden.

Das dagampt ſoll gehalten werden servatis ceremoniis consuetis secundum ordinem prescriptum et nuper sacerdotibus exibitum wo communicanten vorhanden ad finem usque. So aber nit communicanten vorhanden bis uf das Simbolum inclusive. Volgends ein capittel ex novo testamento und darnoch Simbolum Athanasii oder etwan litaniam und daruf der prieſter ein collectam, die ſiech nach gelegenheit der zeit am beſten fuget und dan mit dem ſegen beſchließen.

Es ſoll aber in dem Stiefſte die landes meß ſampt allen andern nebenmeßen ſtilſteen und aufhoren. Anſtat aber der frümeß ſoll ein fruhe gebeth vor das gemein hantwerckvolck und dagloner angericht werden.

Item es ſollen auch hinfurt alle vigilien und ſeelampter ſtilſteen, bis das in dieſem und anderm beßerung furgenommen wurdt. Doch ſollen alle gulte und zins bei dem Stiefft bleiben und under die perſon, ſo der kirchen treulich dienen, ausgeteilt werden zu irer underhaltung alles bis auf peßerunge, und den absentibus und negligentibus ausgenommen als pfarher, prediger und caplan ire porcion abgeſchlagen werden, und ſoll in dem der dechan ein vleißigs aufſehens haben den ungehorſamen ex officio ſtraffen und ſuspendiren nach dem es ine nützlich dünket.

Digitized by Google

Die vesper ſoll im werckтag hora tercia oder ongeverlich ehe geſungen werden, aber an ſontagen und feiertagen ſoll die vesper allwegen hora ſecunda geſungen werden umb der predig und cathecismus willen, die man uf die vesper verorden ſoll.

Item von den heiligen ſoll im chore nichts geſungen werden, dan das die Schriefft von inen ſagt und ſo hiſtoria weren vorhanden, die reiner und heiliger Schriefft nicht zu wieder, die mogen auch gebraucht werden.

Derhalben will von nöten ſein, etlich Stieffts perſon zu verorden, die geſang bucher zu erſehen und zu peßern, collect, ſequentz und reſponſoria, ſo uf die heiligen gehen ad invocationem, das iſt zu irer anruffung und nicht ad imitationem et honorem sanctorum dienen, abſchaffen.

Es ſoll auch nachmals kein litany im Stiefft noch in rogatoribus mit anruffung der heiligen geſungen werden, ſonder die recht litaney mit anruffung des namen gottes wie in Hertzog Otheinrichs Ordenung verzeichent iſt.

Die Nonas am heiligen Auffartstag und pfingſten ſollen züchtiglich und beſcheidenlich wie bißher geſungen und gehalten werden, ausgeſchloſſen das waßer gießen, auch kein hoſtien oben aus dem gewelb werffen, noch kein feuwer herab werffen, darzu kein bildnus Chriſti auffziehen, noch kein bildnus des heilichen geiſts herab loßen, ſonder ſoll mit dem ſingen und der predig, ſo daruf volget, genug ſein.

Weyhennacht und Oſtermetten ſollen gehalten werden etwas neher dem tag dan zu mitternacht in maßen wie oben de horis canonicis geſagt iſt.

Des gleichen ſollen die dry metten in der Charwochen zu irer gewonlichen zeit auch nach obgemeltem underricht, doch an alles klopffen, rumpeln und getummel gehalten werden.

An ſant Marxtag und die drei tag vor Aſcenſionis domini in der Creutz wochen (da man zuvor mit den creutzen

Digitized by Google

von einer kirchen in die andern uber feld gangen ist) soll ein yedes pfarvolck zu gewonlicher zeit in seiner pfarkirchen zu sammen khommen und allerlei mißbreuch und onzucht zu vermeiden nicht mer uber feldt in andere kirchen geen, sonder daselbst bleiben, bis der pfarher neben andern gepreuchlichen ceremonien ein kurtze predig oder vermanung tue vom gepete, dardurch das volck fur krege, ungewieter, theurunge und pestilentz ernstlich zu bitten angereitzt werde. Darnach sollen sie die litany singen zu teutsch und mit einer collecten umb geistlichen und zeitlichen segen under einem beschlus beschließen.

Item es sollen underwegen bleiben erstlich alle spectacula und schauspiel, so man mit bildern getrieben hat, als am palmtag mit dem esel, am Charfritag mit dem Crucifix und grabe, am Ostertag mit umbtragen des bildes der urstendt Christi, am Uffarts tag mit uffziehung desselben, am pfingstag mit herabloßen der tauben.

Darnach sollen auch underwegen bleiben alle processíon und umbgenge umb die kirchen mit dem weiwasser, und mit dem heilichen Sacrament in der Monstrantzen. Man soll auch nicht mer weihen oder segnen, weihwaßer und saltze, wie alle sontag beschehen, noch wachs zur liechtmeß purificationis Marie, noch aschen am aschermitwoch, noch palmen am palmtag, auch nit Osterstock-Tauffe noch feuwer am Osterobent, auch nit sladen, eier, fleische am Ostertag, noch würtze und creuter Assumptionis Marie, noch wein an Sant Johans Evangelieſten tag. Dan solich segen sein dem wort gottes alle ongemes und zu wieder, zum theil auch abgottisch und dienen mer zum aberglauben, dan zur gotseligkeit, wie das ein yeder gelerter pfarher und seelsorger seinem volck aus grundt der heiligen geschriefft wol wirdt wißen anzuzeigen.

Item es soll auch der Dechan sein Stiefftspersonen beruffen und mit inen ernstlich handeln, des onzüchtigen lebens

Digitized by Google

halben, so viel under den priestern am tag, und der gemein ergerlich ist, wellich mit unerlichen auch unzüchtigen und hoch verdechtlichen weibern haußhalten zu irer selbs seelen verdamnus und anderer leut ergernus, das sie (dweil solch ungotlich, ergerlich leben hernach niemandts, er sei wer er wölle soll gestat werden) abzuschaffen erindert werden und herumb soll der dechan mit sinen Stiessitspersonen verschaffen, das bis unordenlich wesen mit inen in monats frist geendert werde.

Wo aber imandt so jung oder das er die gabe der reinigkeit nicht hette, siech mit einer ersamen zuchtigen person, so nicht ergerlich were verheiraten wolle, soll im frei gelaßen werden. Doch das die, so vor bei inen gewonet und in der gemein unzüchtig und vage libidinis, auch mit gemeiner scortacien berüchtig geweßen weren, nicht solten von inen geelicht werden on sonderlich erlaubnus der Supperattendenten und visitatoren, die dar in ersucht werden sollen. Sed deligant sibi potius honestas exemplares et boni nominis.

Kirchenordnung[1] Friedrichs II. von der Pfalz 1546.

Friedrich des II. Churfürsten und Pfaltzgrafens in Churpfaltz landen eingeführte Kirchenordnung wie der Kirchen- und Gottesdienst solle angerichtet werden, bis deswegen durch Visitatores und Superintendenten künfftighin weiterer bericht solle ertheilet werden.

Solle alle tage sommerszeit um 4 und winterszeit um 5 uhr zu morgens frühe vor tag vor das gesinde, handwerker und taglöhner, so des tages nicht in die kirche kommen mögen, das frühgebäte und christlich lection auf folgende weise gehalten werden:

[1] Das Einzelne über diese Kirchenordnung siehe oben p. 60, Anm. 130.

Digitized by Google

In den ſtädten und großen flecken, da mehr dann ein prieſter ſind, ſinget der prieſter: Deus in adjutorium, der cantor mit ſeinen gehülfen, wo da ſchühler ſind, das gloria patri, dazu ein oder zween Lateiniſche Pſalmen bis das volck zuſammen kommt. Folgends lieſet der prieſter ein capitel aus dem alten Teſtament mit ſambt denen Summarien und kurtzen auslegung, wie Meiſter Vitus in Nürnberg in druck hat laßen ausgehen. Es ſollen aber die Summarien von wegen der unverſtändigen einmal vor und einmal nach dem Capitel geleſen werden. Darnach thut der prieſter eine kurtze vermahnung zu bitten vor allerlei noth der ganzen Chriſtenheit und ſpricht dem volck mit lauter ſtimm vor das Heilige Vatter unſer mit dem morgen ſegen aus dem kleinen Catechismo und die offene beicht. Hier möge man auch einen Teutſchen Pſalmen ſingen; und ſoll dieſer actus mit einer Teutſchen Collecte beſchloſſen und in einer halben ſtund ungefehrlich verrichtet werden, und ſoll jedermann ſeine kinder und geſind zu ſolchem frühgebäte halten und treiben.

In den dörffern aber, da kein prieſter, dann allein pfarrherrn ſeyn, ſoll auch das frühgebäte etlichmal in der wochen gehalten werden mit verleſen des Capituls und Summarien ſambt dem gebäte offentlicher ſchuld mit dem morgen ſeegen und alſo das volk in Gottes nahmen zu irer arbeit gewieſen werden, guter hoffnung, der allmächtige Gott werde ihnen ihre Arbeit geſeegnen. Zu dem ſoll in den dörfern alle freytag auf den tag zu 7, 8 oder 9 uhren, wie das will gelegen ſeyn, ein verſammlung des volks und eine chriſtliche ermahnung oder predigt gehalten werden auf einer halben ſtunde.

In den ſtädten und großen gemeinden, da viel volks, ſoll alle tag, ſo man es von denen kirchendienern und volk haben mag, oder aber Mittwochs und Freitags auf den tag zu gelegener ſtund eine verſammlung vor die andern frembde und heimiſchen, deren

Digitized by Google

dann an allen orten viel seynd, die wohl viel haben mögen, zum tag ein oder zweimal vor dem Herrn zu erscheinen, sein wort zu hören und gebäte zu thun, soll eine lection aus der H. Schrift gelesen, erkläret, mit gesang des Psalmen und einer Teutschen Collect beschloßen werden, dazu auch die prediger erinnerlich fleißig ermahnen sollen, dann wir alle steter lehr und vermahnung, auch des gebäts zu Gott zum höchsten bedörffen, denen dann Gott die zeitliche nahrung so reichlich verliehen hat, das sie zeitlicher arbeit halben wohl muß haben, die sind warlich schuldig, daß sie sich so vielmehr im geistlichen üben, andern bestomehr in dem preiß Gottes zu dienen, und auch vor sie zu bitten, wiewohl man auch in der zeit, die man mit solcher göttlichen übung zubringet, am zeitlichen nichts versäumbt, sondern im zeitlichen und ewigen gewinnen möge. Es soll auch dieses alles auf den werktägen, so man zusammenkommt, in einer stunde verrichtet werden, dazu des abends, wo das gewönlich, soll das Salve, doch christlich geändert und gebeßert, gesungen werden, sambt einer Collecte, alles auf Christum gerichtet.

Es stehet auch nützlich, das morgends und abends die glocken geläutet werden, wie auch die alten gethan haben, und das volk dabei erinnert würde, vor gemeinen frieden Gott zu bitten, und auch die taglöhner bei solcher ziehen in und aus der arbeit gingen.

Auf den mittag zu 11 oder zum wenigstens auf den freitag die glocke geläutet würde, zu erinnern das volk des leidens Christi.

Zu Sonntag und andern Feiertagen, wann Communicanten vorhanden, soll wie folget, das ambt gehalten werden:

In den städten und großen gemeinden, da priester und schüler seind, soll die meß also gehalten werden:

Wird der priester vor dem altar kniet mit gewönlicher

habit das confiteor betet der Chor das Lateiniſche: Veni Creator Spiritus dazu ſingen (sic), der prieſter wiederum ein verſiculum und collect Lateiniſch oder Teutſch; darnach ſinge der Chor den introitum: de tempore oder de Sancta Trinitate oder de Sancto Spiritu, das Kyrieleison, oder nur einmal und das: Es in terra Lateiniſch, und wann der prieſter die Collect Teutſch geſungen hat, ſo ſinge dann der Chorus das Allelujah mit einer ſequentz, der da rein und der H. Schrift nicht entgegen iſt; wo ſolcher nicht vorhanden, wird die ſequentz unterlaſſen, oder mag geſungen werden als dieſer: Domino, domino plus peccata nostra, nach dieſem ſinge der Prieſter das Evangelium Teutſch und Credo in unum Deum, chorus aber das Lateiniſch Symbolum Nicenum und das volk: Wir glauben all an einen Gott.

Alsdan folget die predigt.

Nach der predigt ſoll geſchehen eine ermahnung an die Communicanten aus Hertzog Otto Henrichs Kirchenordnung und dergleichen vor dem altar und hebe alsdann an zu ſingen: Per omnia secula.

Chorus: Amen.

Prieſter: Gratias agamus domino Deo nostro.

Chorus: Dignum et justum est.

Und auf den hohen feſten ſinge der prieſter die gantze praefation. Der chorus darnach das Sanctus bis auf das Agnus Dei.

Darnach hebe der prieſter an zu ſingen Teutſch das Vatter unſer im gemeinen thon wie im Latino iſt geſungen worden, desgleichen ſinge er die verba conſecrationis: Unſer Herr Jeſus Chriſtus in der Nacht, da Er verrathen war, und wann er auf diſe worte kommt: Nahm Er das Brod: So nimbt er die patinam, darauf die Hoſtien liegt oder alle liegen, ſo viel der Communicanten viel oder wenig ſind, dann es alles aufgehen und nichts reponiret

Digitized by Google

werden. Communicato omni populo sumunt presbyteri et diaconi, quod superest. So er auf dieſe worte kommt: Nahm Er den Kelch: und darnach ſetzt er den wieder von ſich, dann die elevation laſſen wir um viler urſachen willen anſtehen. Auf dieſes wird geſungen: Der frieb des Herrn ſeie mit euch allen: antwort chorus Amen.

Darnach tretten die Communicanten hinzu und empfangen Sacramentum Corporis Christi zur linken ſeithen und Sacramentum sanguinis Christi auf der rechten ſeithen.

Unter der Communion ſingt das volk den geſang: Jeſus Chriſtus unſer Heiland oder: Gott ſei gelobt oder ſonſt einen chriſtlichen Teutſchen Pſalm oder auch der chorus das Reſponſorium: Discubuit Jesus oder das Teutſch lingua.

Nach der Communion ſinge der chorus: Agnus dei und der prieſter ein Collect und ein ſeegen: Der Herr ſeegne euch und behüte euch.

Collecta talis vel similis.

Wir danken dir Allmächtiger Gott, daß du durch dieſe heylſame gabe des leibs und bluts deines Sohnes unſeres Herrn Jeſu Chriſti uns erquicket haſt, und bitten deine Barmherztigkeit, daß du uns ſolches gedeien laßeſt zum ſtarken glauben gegen dir und zu einer innbrünſtigen Liebe unter uns durch denſelben unſern Herrn Jeſum Chriſtum.

Darnach ſeegne der prieſter mit dieſen worten: Der Herr ſeegne euch und behüte euch und den frieden.

Des werktags aber in denen ſtädten und großen Communionen, ſo nicht Communicanten vorhanden, ziehet der prieſter allein über den chorrock einen chormantel an, und wird die meß oder das ambt gleichwie an Feiertagen, aber nur bis auf das Patrem geſungen, darnach gehet er auf den predigtſtuhl und lieſet vor dem volk ein Capitel aus dem alten Teſtament ſambt den Summarien, gemeine bitt und offne beicht wie zur frühe

Digitized by Google

lection, allein das er frühe ein ander buch als geneſis und die nachfolgende bücher Moſis und zum tagambt ein anderes als die bücher von den königen und ſo fortan geleſen werden.

Darnach mag der chorus ex majoribus, alsdan ſingen: Benedictus oder Deum laudamus Lateiniſch oder Teutſch, item das Simbolum Athanasii, quicunque vult salvus esse in zwei theil getheilet und beſchließet der prieſter dieſen cantum mit einer Collecte und einem ſeegen.

In denen dörfern, da keine andere prieſter als pfarrherrn ſein, ſoll der Sontag und andere Feſte dermaßen gehalten werden, wann Communicanten vorhanden, mag auch den Communicanten einen beſondern Sontag benennen als im monath einen oder ſechswochen einen, doch daß das volk fleißig zu der Communion ermahnen:

Erſtlich, ſo das volk unterrichtet, wonit ſo viel unterrichtet worden, einen Teutſchen Pſalmen zu ſingen, biß die gemeinde ſich verſammlet.

Folgends der prieſter in gewönlicher habit oder kleid, ſinge das veni Sancte Spiritus mit der Collect.

Item nach dem Confiteor den Introitum, den Kyrieeleiſon und gloria in excelſis, darnach die Collect, und befleißen ſich die Collect Teutſch zu dem volk zu leſen, nemblich laßt uns bitten:

O Gott du Stifter des friedens und Liebhaber der liebe, wer dich erkennet der lebt, wer dir dienet der regieret, beſchütz deine demütigen, behüte vor allem anlauff der feinde, auff das wir kein waffen der feindſchafft förchten, die wir uns auff deinen Schutz verlaſſen durch Jeſum Chriſtum unſern Herrn.

Darnach die Epiſtel zu Teutſch oder mit der zeit ein gantzes Capitel aus der Epiſtel Pauli, Petri oder Johannis, das ſoll man alſo anfangen: Euer Liebden vernehmen mit fleiß die Epiſtel des H. Pauli zu den Römern und am ende alſo beſchließen: Das iſt das erſte Capitel der Epiſtel Pauli an die Römer.

Digitized by Google

Nach der Epistel muß er seiner gelegenheit nach wiederum lesen was ihm zu seinem ambt am dienlichsten ist, sind Allelujah sequentur (sic).

Wo aber schüler vorhanden, mögten sie das Allelujah oder Gradual singen.

Darnach soll er das täglich Evangelium zu Teutsch dem volk vorlesen oder ein Capitel aus dem Evangelisten oder die geschichten der Apostel mit dem anfang und beschluß wie von der Epistel gemeldet ist.

Darnach anfangen das Credo und das Patrem, das Lateinisch singen, wo vorhanden, die das könten, oder aber das volk soll den glauben Teutsch singen, darauf folget die predigt, nach der predigt die ermahnung an die Communicanten und mag die praefation singen oder lesen, desgleichen das Sanctus Darnach dienen, wie obgemelt zu dem Vatter unser und ab verba consecrationis auch den pax domini alles zu Teutsch singen, oder mit hellen ausgedruckten worten zu dem volk reden, daß sie es hören und verstehen mögen.

Item so ein priester allein wäre, soll er erstlich den Leib Christi allen reichen, so des noch vorhanden sich angezeiget und absolviret sind. Und wann sie alle gespeiset, darnach den kelch reichen und unter der Communion gelernet werden zu singen: Gott sey gelobt, oder dergleichen; hernach singe er oder lese die agnus Dei, schließ den actum mit einem gebät und danksagung und gebe den seegen ut supra.

Wann aber auf den dörfern in gemeinen Sontag und Festen nicht Communicanten vorhanden, und kein Nachtmal gehalten würde, soll der priester praesidiren im ambt in seinem chorrock, und wo ers hat in einem chormantel. Darauf wie obgedacht bis auf das Patrem inclusive, darnach predigen; nach der predigt das Vatter unser, den glauben, die Zehngebot dem volk deutlich vorlesen und darnach vor alle Stände pro-

Digitized by Google

curiren und vorbitt thun, zum end ein Pſalm ſingen laßen und alſo das volk mit einem ſeegen heim laßen gehen.

In der vesper am Feiertag ſoll geſchehen wie bißhin, dann in adjutorium und folgends etliche Pſalmen Lateiniſch geſungen werden, und mag an ſtatt des Capitels nach dem Pſalmen von zwei knaben das Evangelium, ſo des Morgends iſt geprediget, geſungen werden oder ein Lateiniſch wie man zuvor die lectiones in der metten geſungen hat, der andere aber Teutſch in niederem tenore vorleſen. Nach dem reſponſorio und hymno folget die kinderlehr und predigt aus dem Catechismo beides von wegen des geſindes und kinder, ſo vormittag die gantze predigt nicht haben hören oder faſſen mögen.

Nach der predigt und kinderlehre ſinge chorus das Magnificat, der prieſter ein Collect, die Knaben benedicamus oder mögt auch die kinderlehre zu end der vesper geſchehen. Wo man aber vesper ſinget auf den werktag, ſoll man an ſtatt der kinderlehr ein gantzes oder halbes Capitel aus dem Neuen Teſtament ſingen und nach dem magnificat und benedicamus.

Belangend die kranken.

Die kranken, ſo zu der gemeinde nicht kommen mögen und doch das H. Sacrament begehren, ſoll ihnen nicht abgeſchlagen und virſagt werden, ſondern wie folgt, bereit und gereichet werden.

Erſtlich ſollen die kranken getröſtet, mit gottes wort zur gedult ermahnet und im glauben geſtärket werden; den kranken ſoll nach der Abſolution ermahnen, er wolle ſich in den vatterlichen willen ergeben und ſagen: Dominus illuminatio mea: Der Herr iſt mein Licht, vor wem ſoll ich mich fürchten? und mein Vatter im Himmel Dein Will geſchehe: In deine Hände befehl ich meinen Geiſt.

Es mag auch bei dem kranken, wo es die gelegenheit des kranken erleiden mag, etwas aus dem 6. Capitel Johannis ge-

Digitized by Google

leſen werden als: Warlich ich ſage euch, werdet ihr nicht eſſen das fleiſch des Menſchen Sohnes. und bis auf das Evangelium: Solches ſagte Er in der ſchule; und dieſe lection dann auch zum troſt des kranken und zur lehre und ermahnung der umſtehenden etwas erlernen, ſo viel es dem kranken leiblich und tröſtlich ſeie; darauf er die offen beicht vorſpreche und die abſolution geben ſoll, den glauben vorſprechen und ein ſolches gebät:

Allmächtiger Ewiger Gott, der du uns aus deiner grundloſen Barmherzigkeit deinen lieben Sohn unſern Herrn Jeſum Chriſtum und mit ihm alles geſchenket haſt! Erleuchte unſer aller Hertzen und Gemüther, daß wir in deinem lieben Sohn als unſerem einigen Heiland und dich in ihm als unſerm Gott und Vatter recht erkennen und anſchauen und die heilige Gemeinſchaft ſeines Leibs und Bluts in dem H. Sacrament alſo entſchauen und genießen, daß ſein göttliches Leben mit allem Troſt deiner gnaden und des gewiſſens erwarten der heiligen auferſtandnus in dieſem unſern kranken Bruder und Schweſter und uns allen geſchenket werde, auf daß wir deine Hand gegenwärtiger Heimſuchung erdulten, deine berufung von hinnen getroſt erwarten und ſolang du uns hier wilt leben han deinen göttlichen nahmen je mehr und mehr heiligen und dein reich helfen erweitern und zieren durch denſelbigen deinen lieben Sohn unſern Herrn Jeſum Chriſtum. Amen.

Auf das ſprech der prieſter das Vatter unſer, wünſch den frieden und leſe dann vor mit klaren worten die worte der einſetzung des H. Abendmal, nemlich: Unſer Herr Jeſus Chriſtus in der Nacht, da Er verrathen ward, und darauf ſoll dem kranken das gantze Sacrament gereichet werden mit den worten: Nimm hin und eß zu deinem Heil den leib Chriſti, der vor dich gegeben iſt. Darnach den Kelch: Nimm hin und trink zu deinem Heil das Blut des Neuen Teſtaments, das vor deine Sünden vergoſſen iſt; beſchließe den actum mit einem gebät.

Digitized by Google

Die Tauf desgleichen die einleitung der Eheleut soll geschehen nach Herzog Otto Henrichs oder der Brandenburgischen Ordnung, allein das man die vermahnung zum theil abschneide, wo das die zeit erfordert und zuvor die umstehende zum gebät ermahnet.

Die Verstorbene soll der chor begleiten, so mans begehret mit dem gesang: Cognoscimus Domine, quia peccavimus; und media vita oder Mitten wir im leben, oder: Aus tiefer noth bis zum grabe. Da soll der chor singen das Teutsche: Mit fried und freud ich fahr dahin.

Darnach gehe das volk, so zu der begräbnus kommen ist, in die kirche, und thu der priester eine kurtze vermahnung oder trostpredigt von der auferstehung der toden aus dem 4. cap. I. Thess. und aus dem 15. cap. I. Cor. oder aus dem 11. cap. Johannis, darauf ein Teutsch Collect.

Das hochwürdige Sacrament des Leibs und Bluts unsers Herrn Jesu Christi wird niemand gereichet, dann er habe sich zuvor insonderheit dem priester allein erzeiget auch bekantnus und wissenschaft seines glaubens gethan.

Die offentliche und in sünden und laster ärgerlich leben, sollen nicht zum Sacrament gelaßen werden, es erscheine dan warhafftig beßerung bei ihm.

Wie aber mit solchen unverschämbten, unbußfertigen, ärgerlichen menschen soll gehandelt werden, soll durch künftige Visitatores oder Superintendenten, die pfarrherrn sambt andern, so zu der gemeindt Gottes nothwendig genugsam unterrichtet und angewiesen werden, wie hierin verzeichnet anheben und hierin sich fleißlich üben, auch also ihrem volk mit lehren, leben, handreichung der Sacramenten und Kirchendienst treulich vorstehen.

Von dem Morgensegen des obgedacht.

Ich danke dir mein himmlischer Vatter durch Jesum Christum deinen lieben Sohn, daß du mich diese Nacht behütet

Digitized by Google

haſt vor allem ſchaden und gefahr, und bitte dich, du wolleſt mich dieſen tag auch behüten vor ſünden und allem übel, daß dir all mein thun und leben gefalle. Dann ich befehl mich, mein Leib und Seel und alles in deine Hände, dein Heiliger Engel ſeie mit mir, daß der böſe Feind keine Macht an mir findet. Amen.

Der Abend Seegen.

Ich dank dir mein Himmliſcher Vatter durch Jeſum Chriſtum deinen lieben Sohn, daß du mich dieſen Tag ſo gnädiglich behütet haſt, und bitt dich, du wolleſt mir vergeben alle meine ſünden, wo ich unrecht gethan hab, und mich dieſe nacht gnädiglich behüten. Dann ich befehl mich meinen Leib und Seel und alles in deine Hände, dein Heiliger Engel ſeie mit mir, daß der böſe Feind keine Macht an mir finde. Amen.

Darauf der Glaube und Vatter unſer.

Briefe Bucers an Ott Heinrich.[1]

Bucer an Ott Heinrich. Straßburg, 9. Dez. 1547.

(München, Reichsarchiv. Pfalz-Neuburg. Religionsſachen, Nr. 26, fol. 341.)

Gnedigſter herr. Das E. f. g. von Marpurg geſchrieben, hab ich mit beſchwerdtem hertzen vernommen. Dann ſo erſt auch die prediger ſich wollten under ſich ſelbs beißen, die den frieden gottes jederman predigen ſollen, were das ain beſonder ſweres anzaigen götliches zorns. Dann M. Theobaldum Thamerum, der von Marpurg ſolle abgewichen ſein, kenne ich wol, und er hat mer ſonder opinion und zengk eingeführt, iſt ſonſt ains erbern und eingethanen weſens, wann er ime nur nit ſelb ſo wol gefiele. Der E. f. g. von den ſachen geſchriben, ſcheinet, als halte er nit wol von der prieſter Ee oder unſerm

[1] Siehe oben p. 105, Anm. 265.

Digitized by Google

gemainen dinſt des h. evangelii. Iſt es der Billicanus, ſo iſts mir laid vor in, dann er ſich darin laſt vernemen, als wollt er nachmals was under dem Bäbſtlichen und Evangeliſchen Prieſterthumb miteln, das doch nit taugt. Vil ſel finden ſich laider teglich bei mir und meines thuns dienern der kirchen. Aber warlich, gebe uns der herre die leer und haushalltung der kirchen recht und one anſtoß ze füren, die in der Augspurgiſchen Confeſſion iſt begriffen, ſo hetten wir das reich Chriſti warlich bei uns, und würde der prieſter Ee, wo die ſonſt heiliglich eingangen und gehallten, daran nichts hindern. Aber dis reich mus mancherlay widerſprech haben. Der herre mach die ſeinen ains in im ſelb. Amen.

Hie warten wir neues. Haben nichts ſonders, dann das aus Frangkreich geſchriben wirdt, wie noch ſoll war ſein, von der bundtnus des königs mit dem Babſt und Venedigern und vom frieden mit England, und das man die puntnus mit dem Babſt mit verfolgung der Chriſten in Frangkreich welle beſiglen. So wollen nun unſere Biſchove und Thumbcapitl auch wider ain Stat ſupplicirn und underſtan irm babſt weder einzuhelfen. Got helfe inen und uns. Von Augspurg werden E. f. g. ſelb gewiſere zeitung haben dan wir. Der liebe got gebe das die, denen Er ſeinen Son ſo gnedigclich hat geoffenbaret, denſelbigen auch frei bekennen und bei Im bleiben. Amen. Der wolle E. f. g. und meinen gnedigſten herrn, den Churfürſten und die gantze Pfaltz in gnedigiſtem bevelh haben. Amen.

Bucer an Ott Heinrich. Straßburg, 20. Dez. 1547.

(M. R. Pfalz-Neuburg. Relig., Nr. 26, fol. 89.)

Gnediger herr. E. f. g. ſchreiben den 14. durch Ir. f. g. ſelb hand an mich gethan, hab ich mit beſwerdtem gemuet vernommen, wiewol ichs auch beſſer nit habe konden hoffen, dan man andern Fürſten und Stenden gleiches aufbunden hat.

Digitized by Google

Sovil aber belangt die gemainen Ceremonien, ſo wißt ich warlich nit, wie man mit Got und behallten unſer Chriſtliche Confeſſion etwas weiter Ceremonien mocht annemen, dan in den von E. f. gn. gemellden kirchenordnungen ſind beſchriben. Es were dan etwas wares Chriſtliche Faſten und bueßzuchten, deren bekommeren ſich aber die wenig, die die kay. Mt. begeren wider unſer Confeſſion und kirchenordnungen zu bewegen.

Der Canon iſt ain zeſammengefligkt ding von gebetten der allten, die ſy bei dem tiſch des herrn haben geſprochen, welche aber die gemainen Meßmacher, als ſy die auch gar nit verſteen, in abgöttiſchen ſinne gezogen haben. Dan das in ſolchen gebetten von den opfern die die gleubigen zum Altar fur die armen brachten von den allten geſetzet iſt, ziehen ſie auf das opfer Chriſti unſers herrn. Und was von diſem opfer unſers herrn Chriſti bey den allten auf den verſtand geſchriben, das wir allda ſolch opfer preiſen und empfahen ſollen, haben ſy gedeuttet, als ob ſy die Meßmacher da Chriſtum ſollten für lebendige und toden aufopfern und got furbringen. Dabei wirdt der todten in gemain und deren, die man fur heilig erkennt, mit ſolchen worten und gebet bedacht, die auch in unchriſtlichen verſtand verkeret ſind.

Nun aber ſollen wir bei dem heiligen Abendmal den tod unſers lieben herrn nnd das Er ſich uns ſelbs da zur ſpeis und drangk gibt ins ewige leben, zum clariſten, verſtenndtlichſten und rainiſten nach den worten des heiligen Evangelii verkündigen, und unſerm glauben dardurch an ine, unſerm ainigen hailand ſtergken, hunger und durſt erwegken zu der ſeligen ſpeis und drangk ſeines heiligen leibs und bluets, die auch alda in den heiligen Sacramenten gemainlich emphahen zu aufenthalt und ſtergke des neuen und ewigen lebens in Im Chriſto unſerm herrn und haupt zu leben, das wir immer mer in Im und Er in uns bleibe und lebe, wir ſeines fleiſches und gebens

Digitized by Google

immer vollkomner werden und auch in Im ain brot und leib miteinander seien.

Dieweil nun hierin der inniche Christliche brauche Christlicher Messen steet, auch die bei der allten heiligen vettern anders nie ist gehallten worden, mag kainem Christen geburen, von dem Christlichen gebrauche des hochwirdigen Sacraments wie dan in E. f. g. Brandenburgischer und Sächsischer kirchenordnung beschriben und verordnet ist, etwas nachgegeben und dagegen anzenemen, dadurch dises hochgöttlich wergk möchte in ainichen weg verdungklet oder den Babstlichen irthumben etwas wider einlaittung geben werden.

Sovil aber die bewilligung ains Trientisch Concilii und künftige Religionsordnung bis zum beslus des Concilii zu halten belanget, ist von unsern gestrengen und gnedigen Chur uud Fürsten der Christlichen Augspurgischen Confessionsverwandten seer bloed gehandlet worden, es seie dan, das sy von kay. Mt. ad partem etwas beßere vertröstung haben.

In der offentlichen antwort hat die kay. Mt. wol vertröstet, das sy drob sein wolle (doch dabei gesetzet sovil ir obligendes ampts halben gebüre), das im Concilii die handlung und beslus soll Christlich und erbar beschehen.

Darauf möchten E. f. g. wie andere auch gethan, die antwort geben, die kay. Mt. hette gnedigist vertröstet, das sy welle darob sein, das in gemelltem Concilii alle sachen Christlicher Religion und Reformation erber und Christlich gehandlet und beslossen werden. So hetten E. f. g. allweg ains Christlichen Concilii und war christlicher Reformation begeret. Derewegen weren E. f. g. wol genaigt, in solch Concilium und handlung zu bewilligen und die sovil des Ir zuesteen und geburen möchte helfen befürdern. Das sich aber E. f. g. sollten zuvor begeben anzenemen, was in dem Concili beslossen werden solle, dieweil man das andern noch nit zuegemuetet, hoffe ich, man werd

Digitized by Google

E. f. g. damit auch nit beſweren, wie auch kain Chriſt ſeinen glauben und Religion auf kain menſchlich Concilii ſetzen mage, wan es gleich von lautern S. Petern und Paulen ſollte verſamlet werden, dan alle menſchen, ſo auf erden ſind, noch irren kunden. Was beſloſſen wird, wan das vernommen, darnach kan man antworten, ob es den Chriſten annemlich oder nicht, nachdem es ſich der heiligen ſchrift gemes oder ungemes befindet.

Der ordnung halben fur mitle zeit, dieweil man verhaiſſet ain ordnung, die Teutſcher Nation zu guten ruen und friede dinen ſoll, da möchten E. f. g. auch gemaine antwort geben, das ſy allem dem, ſo teutſcher Nation zu gutem geordnet wurde, gern geloben wollten. Wo aber die ordnung ſo D. Malvenda der Weihbiſchow zu Maintz, der Carmelit von Cöln und dergleichen ſtellen ſollen, mitlerweil als ich beſorge, wurde furbracht, und hielten in, das nit Chriſtlich were, da mues man ſich dan dagegen auch, wie das der glaube Chriſti erforderet, laſſen vernemen. Es ſtegket laider E. f. g. ſeer harrt, der herr well helfen und E. f. gn. ſtergken, damit ſy bei Im, dem rechten Heiland beſtendig bleiben. Wollten das die andern Churfürſten und Fürſten thun, die nit ſo wie E. f. gn. geſendet ſind, ſo hoffet ich dannoch, wir wollten bei den hauptſtügken unſer Confeſſion wol bleiben. Ja könden wir allain recht beten, und den herrn in warer diemut, aber auch Chriſtlicher beſtendigkait bekennen, Er wirde noch wunderhilf thun, das wir bei ſeinem wort wol ſollten gelaſſen werden.

Sovil wußte Eurn f. gn. ich dißmals auf Ire fragen zu antworten. Gott unſer ainiger troſt, ſchutz und hilf welle E. f. gn. und die gantz Pfaltz gnedigclich bewaren und ſegnen. Amen.

Zedl.

So E. f. g. gemaint mit andern auch von den fragen, die ſy mir zuegeſannbt, zu reden, ſo iſt Doctor Peter Alexander ain

Digitized by Google

gar geübter und verſtendiger Man in gottes wort, auch ains getreuen, gotſeligen gemuets, mit dem E. f. g. von allen gotſachen wol beſſerlich mogen reden, welchen ich E. f. g. underthenigclich bevelhen thue in ſeinem anligen.

Bucer an Ott Heinrich. Bei Straßburg, 23. Jan. 1548.

(M. R., Pfalz-Neuburg. Relig., Nr. 26, fol. 92.)

Durchleuchtiger, hochgeborner Fürſt, gnediger herr, E. f. gn. welle unſer lieber herre Jeſus tröſten und zum beſten laiten und füren. Amen. Der jemmerlichſten ſeelen mordt, ſo denen die Eurn f. gn. vom Herrn vertrauet geweſen, begegnet, iſt billich allen Chriſten ain großes hertzenlaid. Unſer herre Jeſus mache ſich doch auf, und rette ſein Eer und Reich von dieſem thiranniſchen ſomen. Das wirdt Er auch gewislich thun und ee dan diſe leut mainen. Dan ir trotz wider den Son des Allmechtigen iſt vil zu groß. Komme lieber herre und komme bald. Amen.

Auf die frage aber Eurn f. gn. zu antworten, ob die mit gutem gewiſſen Ire land mit der beſwerden mögen wider annemen, das ſy weder die Ire noch ain andere Kirchenordnung noch gotteswort anrichte, noch Ir underthanen von dem leiber wider aufgerichten Babstumb abfüre, iſt warlich mir bang, ſo vil beſwerlichs laufend von baiden tailen entgegen. Dan nemen E. f. gn. die land nit wider an, ſo werden die armen frommen leut mit dem verderblichen Babstumb nit allain in den kirchen, ſonder auch in irn heuſern und gewiſſen jemmerlich getrenget werden. Nemen aber E. f. g. die land wider an mit ſolcher beſwerden, das ſy Ire underthanen nit ſollen vom verderben des Babstumb zu dem heiligen Evangelii, das iſt zum ewigen leben, ſovil Ir muglich laiten und furen, das iſt ja ainem jiden Chriſten erſchrögklich zu gedengken und ſtoßet ſich hart an, dein name werde geheiliget, dein reich komm, dein will geſchehe.

Digitized by Google

Darumb wir aber vor dem teglichen brot, das ist vor allen zeitlichen bitten und darumb auch uns vor allem dahin, das disses geschehe, vorarbaiten muessen von gantzem hertzen und gantzer seelen, von allem verstandt und macht. Derhalben E. f. gn. selb nach Irm Christlichen verstand wol erkennen kan, das sy alles, so Ir der liebe got immer well vergonnen, solle versuechen und anrichten, ee dan sy solche beswerden auf sich neme. Wollte aber unser lieber herr Euern f. gn. und die Irn noch lenger mit disem eußeristen qual beswerden, das man Eurn f. g. die land in kainen weg wollte wider zuestellen, dann soverre sy zuesaget, das Babstumb unbetruebet zu lassen und kain Christliche Kirchenordnung einzufürn, so möchten E. f. gn. anzaigen, das sy nit zweisleten, die Religion und Kirchenordnung, die sy für sich angenommen und bei Irn underthanen angerichtet, were die war, alt und ainig Christlich religion, die ain yder Christ, wo er vermocht, sollt helfen befürdern. Die land stunden aber nun in der kay. Mt. henden und muessen E. f. gn. die von Ir kay. Mt. wider empfahen, es were mit gantzer oder halber Regirung, wie Ir kay. Mt. die E. f. gn. geruchten wider zu zustellen. Wo E. f. g. dann fur Ir kay. Mt. des nit erbeten könden, das sy Ir auch die kirchen bestellung und versehung der Religion wollte wider zuestellen, so mueßte sy recht das wenig annemen, das Ir der Allmechtig dismals durch Ir Mt. wollte bevelhen und zugeben und also die bestellung der kirchen und Religion recht in Ir nit selb gescheft und beselh steen lassen, wie ainer ain amt mit gemeßnem bevelh emphahet, da die obern herrn inen etwo land und sachen ausnemen, gegen welchen solche amptleut nichts sollen zugebieten haben und wie vil Christlicher herrn thun muessen, die herrschaften in kay. und kö. Mt. erblanden, denen auch das nit vergönnet wirdt, das sy für sich mögen prediger halten. Nun aber das ain gwalt und offenbares unrecht ist under des gotlichen recht, das

Digitized by Google

E. f. gn. Ire Regalia ſollen on ainiche verſchuldigung in dem höchſten ſtügk Chriſtlicher Regierung geſchmelert werden, da mochten E. f. gn. in der gehaim wider diſen gewalt proteſtirn und das Ir dismals rechtmeßiger recht halb benommen were, Ire Regalia gantz zu erfordern, mueſſen annemen, was der herre diſer zeit wollt geben. Des mueßte aber E. f. g. gentzlich verhueten, das ſy ſich mit nichten begebe ob dem wider aufgerichten Babstumb zu halten und die leut zu Chriſto nit zu befürdern, ſondern das die wort alſo werden geſtellet, das E. f. g. von der Regierung hetten mueſſen ſovil annemen, als vil Ir Gott dismals hette wellen widergeben und bevelhen, alſo das aller laſt des wider aufgerichten Babstumbs auf der kay. Mt. blib ligen und E. f. gn. Ire kanntnus frei und klar da ſtunde, das ſy nichts liebers wollten, dan Ire underthanen wie ſich ſelbs mit der waren Religion verſehen haben, in dem auch guter gewarſamkait in worten von nöten ſein werdt, damit nicht E. f. gn. neue beſchwerung auferlegt werden, gotloſer ambtleut halben oder das E. f. gn. nit im land ſelb ſollten regieren und den Irn beiwonen. Dan alle urſachen, darumb ich achtet, das E. f. gn. möchten die land gleich mit abgeſtrigkter macht in beſtellung der Religion und allain mit gewalt der Politiſchen eußern Regierung wider annemen, ſteen darin, das E. f. gn. durch mittl ſolcher eußern regierung den underthanen mochten gar hoch tröſtlich ſein, das ſy die gotloſen pfaffen nit zu irm greul bringen konden, als ſo die eußer regierung in ains Babſtlich herrn ſtunde. Item das die underthanen ſich durch gute Chriſtliche buecher möchten in heuſern zur gotſeligkeit erbauen. Es iſt ein gros gut, das oft Chriſtliche amptleut der papiſtiſchen Fürſten damit ſchaffen, das ſy den lieben Chriſten wind halten und luft machen, damit ſy ſich doch durch das leſen und beſondere geſprech mögen im glauben Chriſti erbauen. Es iſt wol fur ſich ſelb auch ain gros gut wergk die politiſche Regierung,

Digitized by Google

wa man die gleich uber lauter ungleubige hette und ſich der religion darburch nit annemen konndt, doch ſolle aber bei den Chriſten alles zum reich Chriſti dinen und gebraucht werden. Darumb wünſche und bitt ich von unſerm lieben herrn Chriſto, Er welle E. f. gn. hierin ſelb rathen und dahin helfen, das ſy kaine ſeiner gaben, die Er von E. f. g. will angenommen haben, ausſlagen, darumb das ſy die nit mit andern gaben mag haben wievor und doch was ſy ſeiner gaben, on die andern, der ſy vor auch gehapt nach ſeinem willen annemen, das ſy daſſelbige thue, dermaßen und caution, das ſy in nicht arges bewillige und Ir ſovil das Got immer geben will, vorbehalt, das ſy alle gaben gottes, die Ir mögen zueſteen, auch zum preis gottes und hail der menſchen mogen gebrauchen. Ich hab geſtern, als ich wegfertig war, und vil zu beſcheiden het, nit weil gehabt allen ſachen nach notdurft nachzugedengken. So mues ich heut verreiten, will auf dem weg den ſachen treulich verner nachdengken und den Engl alles guten rates bitten, er welle E. f. gn. ſelb raten und mir geben, das ich nichts dann ſeinen rat anzaige, nachdem wie E. f. gn. villeicht wiſſen, das die kay. Mt. auf des Babſts abſlag des Concilii zu Triendt zu enden, den Stenden wider bevolhen hat, ſich auf weg zubedengken, das man zu etwas vergleichung der religion under den Stenden moge kommen. Bis zu dem Concilii hat mein gnedigſter herr, der Churfürſt von Brandenburg bei herr Jacob Sturm ſovil angehalten, mich bei die hand zu bringen, das ich bin in die nehe gen Augspurg zu reiten von mein herrn abgefertigt, ob hochermelter Churfürſt erlangen möchte, das die kay. Mt. auch mich bei der handlung wollte leiden. So bald ich dan mag, will ich E. f. gn. von deren ſachen mein weiter gedengken underwegen und waher ich kan, dan die ſach vil guts raths bedarf, zueſchreiben, die unſer lieber herr Jeſus welle in allem füren und ſegnen, mit den Irn allen. Amen.

Digitized by Google

Register.

A.

Affenſtein, Wolf von, kurpf. Ritter u. biſch. Wormſ. Rat 24. 28. 30. 36 f. 40. 45. 77. 82. 88.
Albrecht von Brandenburg 110.
Albrecht von Mainz 23.
Albrecht von Preußen 87.
Alexander, Peter, Hofprediger der Königin Marie 46. 50 f. 52. 84. 86. 90. 106. 146.
Altenſtadt 69. 115.
Altrip 69.
Alzey 69. 78. 121.
Amberg 68.
Andelot, kaiſ. Rat 13.
Arnold, Gabriel 79. 98.
Arnold, Georg, Pfarrer in Wimpfen 46.
Augsburg 27 f. 41. 84 ff. 91. 97. 100. 106. 119.

B.

Bacharach 22 ff. 60 f. 66. 90. 92.
Bader, Johann, Pfarrer in Landau 53.
Bartholomä, Adam, Hofprediger Ott Heinrichs und Friedrichs II. v. d. Pfalz 53 f. 70. 81. 83. 88 f. 90. 94 f. 101. 104.
Baſel 84.
Bauerbach 69.
Bayern 6. 13. 19. 24 ff. 28 f. 38 ff. 80. 99. 109.
Begk, Linhart 100.
Bellheim 69. 115.
Bergzabern 53. 56.
Bettendorf, Philipp von, kurpf. Rat 108. 114. 118.
Beza 53.
Billigheim 55. 69. 102.
Billikan, Theobald (Gerlacher) 42. 101 ff. 105. 143.
Binder 75.
Blaurer, Ambroſius 57. 101.
Bonacorſi, bayr. Rat 79.
Bonn 22.
Boſenheim 60.
Boxberg 80.
Brandenburg 14. 61. 81. 86. 103. 109. 140.
Braunſchweig, ſiehe Heinrich v. B.
Breitſchwerdt, Michael, Pfarrer in Eberbach 90. 118.
Brenz, Johann 42. 106.
Bretten 41. 81. 113.
Bruchſal 93.
Brully, Peter 50.
Bruno (Niedbruck) 50.
Brurein 112.
Bubenheim 63.
Bucer, Martin 4. 20. 51. 54. 56 f. 62. 65. 67. 69. 82. 84. 99. 105 f. 141 f.
Bullinger 61.
Büren, Maximilian von 78. 80.
Buſch, Hermann vom 42.

C.

Calvin 51. 53.
Campeggi 102.
Capilupo, Camillo, Mantuaner Geſandte 10. 39. 54.
Carlos, Don 14.

Digitized by Google

Christian III. von Dänemark 6. 16 ff. 20.
Christoph von Württemberg 5. 109. 111. 119 f.
Chytträus 111.
Cosimo von Florenz 44.

D.

Dallau 108.
Dänemark 3 f. 7. 16 ff. 27 f. 42. 77.
Deidesheim 97.
Dhurn, Wolfgang von, kurpf. Gesandter 8.
Diaz, Johann 54. 56.
Dietenhöffer, Johann, Pfarrer in Sinsheim 117.
Dietz, Johann, Magister in Heidelberg 59. 88. 92 f.
Diller, Michael 95.
Dilsberg 97. 102.
Dirmstein 63. 97.
Dorothea, Tochter Christians II. von Dänemark, Gemahlin Friedrichs II. von der Pfalz 2. 14. 33 f. 44. 48. 74 f. 83. 89.
Dossenheim 83.
Druffel 33.
Dryander, Franz 94.
Dym, Rektor der Heidelberger Universität 93.

E.

Eberbach 90. 108. 115. 118.
Eck, Johann 102.
Eck, Leonhard 25. 79.
Eckart, Pfarrer in Ladenburg 118.
Edesheim 70.
Eleonore, Schwester Karls V. 1 f.
Engelhardt, Hans, Baumeister Ludwigs V. und Friedrichs II. von der Pfalz 122.
Engelmann, Regula, Priorin zu Heilsbruck bei Edenkoben 117.
Eppingen 41.
Erb, Hofprediger Georgs von Württemberg in Reichenweier 46. 49. 61.
Eustachius von Quesnoy (Quercetanus) 53.

F.

Fagius, Paul 51. 62. 73 ff. 82 f.
Fagius, Peter 62.
Farnese, Kardinal 12 f. 24. 26.
Ferdinand, römischer König 2. 8. 12. 18.
Fleckenstein, der ältere 35 f.
Flörsheim, Friedrich von 45. 69.
Flörsheim, Philipp von, Bischof von Speyer 69 f. 80. 96. 101.
Flörsheim, Philipp von, Hofmeister Ludwigs V. von der Pfalz 69.
Frankfurt 21. 23. 25. 27 ff. 31. 61. 109.
Frankreich 85. 99. 110.
Frecht, Martin 63. 68. 82. 88. 95. 106.
Freinsheim 67.
Freising 39.
Friedrich II. von der Pfalz 1 ff. 6 ff. 8 ff. 13 ff. 18. 20 ff. 25 ff. 28. 30 ff. 33 ff. 37 ff. 42 ff. 44. 46 ff. 48 ff. 52. 54 ff. 60 ff. 64 ff. 67 ff. 69 ff. 74 ff. 78. 80 ff. 84. 87. 89. 91 ff. 94. 96 ff. 102. 107 ff. 111. 118 ff. 120. 123 ff. 126 ff. 131 ff.
Friedrich III. von der Pfalz 87.
Fugger 101.
Fulda 101.

G.

Geiger, Ulrich 99.
Geinsheim 69. 116.
Gemmingen, Philipp von 40. 79.
Georg, Graf von Württemberg 46 f.
Georg, Magister, Pfarrer in Sinsheim 82.
Germersheim 53. 55. 84.
Gleiszellen 114.
Godramstein 114.

Digitized by Google

Göler, Bernhard 69.
Granvella, Nikolaus von, der ältere 5. 15 f. 18. 51. 76.
Granvella, Anton von, der jüngere, Biſchof von Arras 15.
Graus, Nikolaus, Diakon in Neuſtadt 112.
Gray, Johanna 119.
Großeicholzheim 115.
Grynäus, Simon 42. 71 f.
Gundelsheim 82.
Gutenberg 114.

H.

Hagenau 27. 49.
Haideck 67 f.
Harer, Peter, kurpf. Sekretär 57 f. 68. 91.
Hartmann von Eppingen, kurpf. Kanzler 4 f. 35 f. 56. 68. 71. 74. 82.
Has, Heinrich, kurpf. Kanzler 68.
Hedio, Caſpar 43. 46. 51. 70. 82. 84. 101. 106.
Heidelberg 12. 15. 18. 28 ff. 34 ff. 42 ff. 46 ff. 50 ff. 52 ff. 57 ff. 62 f. 66 ff. 71 ff. 76. 79. 82 ff. 88 ff. 92 ff. 96. 109 ff. 116. 120 f.
Heidelsheim 41. 67. 112. 114.
Heilmann, Dr. 73.
Heilsbruck bei Edenkoben 117.
Heinrich von Braunſchweig 19 ff. 21. 27.
Heinrich, Biſchof von Worms 36. 39. 46. 97. 101.
Heinrich VIII. von England 49.
Helmſtadt, Philipp von, kurpf. Rat 27. 35 f. 38. 46. 68.
Hemsbach 112.
Herbrot, Jakob, Bürgermeiſter von Augsburg 28.
Herzheimer, Bernhard 114.
Heß, Barbara 68.
Heſſen 20. 25. 109.
Heuſenſtamm, Sebaſtian 24.
Hilgard 60 f.
Hilt, Konrad, Prior im Auguſtinerkloſter in Heidelberg 52.
Hirſchhorn, Hans von 79. 113.
Hochheim 117.
Hockenheim 70.
Hördt 117.
Hubert, Konrad 56. 121.
Hulder, Zacharias (Troglarctus), Pfarrer in Heidelsheim 67. 112. 114.

J.

Insheim 114. 116.
Johann Friedrich von Sachſen 18. 40. 72. 79. 87. 98.
Julius III., Papſt 93.

K.

Kaiſersberg 49.
Kaiſerslautern 112.
Karl V. 1 ff. 6. 8 ff. 12. 14 ff. 17. 20 ff. 24 ff. 29. 32 ff. 36. 40. 54. 64 f. 76. 78 ff. 82. 84. 86 f. 88. 94. 96. 103. 105. 107 ff. 118.
Kaſſel 28.
Keuler, Matthias 42. 59. 92 f. 94.
Kilian, Hans 95.
Kintiſius, Jodocus (Freinsheim) 67.
Kirrweiler 114.
Klingen 114.
Knyphauſen 77.
Kolmar 49.
Köln 8. 21. 32. 35. 82. 119.
Königsbach 69. 116 f.
Konſtanz 98. 101.
Kraichgau 83 f. 86.
Kram 118.

L.

Ladenburg 79. 112. 117 f.
Lambsheim 91.
Landau 53. 102.
Landeck 69. 114.

Digitized by Google

Landsberger, Johann, Pfarrer von Ottersheim 63.
Landschad, Hans Pleikart 35f. 68f. 91f. 108.
Landschad, Christoph 84. 87.
Lange, Dr. 71.
Laudenbach 112.
Laurentius, Lic. 46.
Lausanne 53.
Lauterburg 114.
Lay, Margarete von der 102ff.
Leimen 114.
Lenglin, Johann 101. 106.
Leodius, Th. Hubertus 2. 17ff. 35f. 52. 65. 68. 82. 94.
Lersener, Jakob 44.
Liebenau 117.
Lille 52f.
Lindelfels 97.
Lobenfeld 117.
Lohrbach 108.
Ludwig V. von der Pfalz 3f. 7. 41f. 69. 102. 122.
Luther 41. 44f. 52. 65.
Lützelstein 62. 115.

M.

Madruzzo, Aliprando, Oberst Karls V. 26.
Maier, Erasmus, Pfarrer in Eberbach 118.
Mainz 13. 23f. 80. 88.
Manubach 118.
Marburg 103.
Marie, Königin, Schwester Karls V. 2. 34. 46. 50. 84. 86.
Marquina, kaiserlicher Sekretär 24.
Mason 65. 67. 76.
Massenbach, Wilhelm von 30.
Mastricht 32.
Maulbronn 78.
Melanchthon 11. 44. 48. 67f. 71. 73. 95. 111. 120.
Menradus, Martin 82. 88.
Micyllus 42. 71.
Mignanello, Bischof von Lucera 12. 43.
Minfeld 53.
Mingolsheim 70. 113.
Mittelschefflenz 92.
Möckmühl 89. 91.
Molinäus 111.
Moritz von Sachsen 20f. 81. 109.
Morolt 100. 102.
Morone 11.
Mosbach 89. 91f. 108. 114. 117.
Mundt, Christoph, englischer Gesandter 49f.
Münster, Johann, Pfarrer zu Umstadt 112.
Münster, Sebastian 42. 71.
Musculus, Wolfgang 56. 74. 95.

N.

Navagero, Bernardo, venetianischer Gesandter 9.
Naves, Vizekanzler 15. 28. 36. 76f.
Neckarburken 92. 108.
Neckarelz 92.
Neckargerach 92. 108.
Neckarhausen 27. 46.
Neidenstein 117.
Neithard 113.
Neithart, Hieronymus 38. 68.
Neuburg 38. 53f. 56. 58. 60f. 63. 74. 78. 95f. 98. 105.
Neuenhof 69.
Neuhausen 117.
Neustadt 1. 69. 112. 114.
Nikolaus, Thomas (Sigelspach), Pfarrer von Bergzabern 53. 56.
Niger, Dr. Georg 52. 92. 95.
Nürnberg 2. 41. 55. 60.

O.

Oberhochstadt 114.
Oberöwisheim 70.
Oberpfalz 62. 76.
Oberschefflenz 108.
Ochino 56.

Digitized by Google

Oldenburg, Christoph von 77.
Oppenheim 78.
Osiander 95.
Osthofen 45.
Östringer, Philipp 61.
Ottaviano, Fra 9.
Ottersheim 63.
Ott Heinrich, Herzog von Neuburg 25. 31. 38. 43. 51. 53 ff. 57 f. 60 ff. 67 f. 72. 74 f. 79. 81 f. 84 ff. 89 ff. 93. 95—106. 110 f. 113 ff. 119. 122 ff. 130. 135. 141 f.

P.

Paget, William 67.
Paul III., Papst 13. 24. 40. 81. 87.
Peutinger 101.
Pfalz 13. 19. 22. 35. 47. 49. 55. 57. 59 ff. 63 f. 66. 78 ff. 82. 85 f. 88 f. 100. 108. 114 f.
Philipp, König von Spanien 1.
Philipp, Sohn Karls V. 32. 34. 107.
Philipp von Hessen 7. 18. 20 f. 24 f. 27. 29 ff. 33 f. 40. 64. 67. 76 ff. 82. 120.
Philipp der Aufrichtige von der Pfalz 42.
Philipp, Pfalzgraf, Bruder Ott Heinrichs 67 f. 74. 84. 95 ff. 100.
Philot, Johann 108 f. 111. 121.
Piemont 31.
Placentia 98.
Platina 101.
Pollan 53.
Probus von Alzey 40.

Q.

Quercetanus siehe Eustachius von Quesnoy.

R.

Rebstock, Jakob, Pfarrer 70.
Rechberg, Konrad von 8. 12.
Regensburg 4 f. 17. 32. 34. 36. 39 f. 56. 65.
Reichart, Hans, Pfarrer in Möckmühl 91.
Reuß, Wolf, kurpf. Rat 35.
Rheingönheim 113.
Rheinzabern 63. 73.
Ricasoli, Giovanni Battista, Bischof von Cortona 44.
Riedesel, Heinrich, Vogt in Germersheim 18 f. 28. 35 f. 53. 55. 69. 76. 78. 83 f. 86.
Rittersbach 92.
Rode, Valentin, Pfarrer in Königsbach 116.
Rohrbach 114.
Rom 24. 98.
Romanus, Clauditius Nero 102.
Rösch, Jakob, Hofprediger in Heidelberg 59. 93.
Rosenberg, Albrecht von 80.
Rottinger, Herkules 98.

S.

Sachsen 14. 20 f. 119.
Sailer, Gereon 25 f.
Schärtlin, Sebastian von Burtenbach 28. 47 ff.
Schlettstadt 49.
Schluchtern 108.
Schmalkaldener 7. 12. 15. 17 ff. 25. 27 ff. 33 ff. 38 ff. 66. 76 ff. 82. 95.
Schön, Georg, Pfarrer in Neustadt 112.
Schönau 97.
Schönecker, Wiedertäufer in Leimen 114.
Schorr, Anton (Hochstraten) 94.
Schwäbisch-Hall 79.
Schwarzert, Georg, Schultheiß in Bretten 81. 82.
Schwarzert, Margareta 68.
Schwarzert, Barbara und Regina 68.
Schwegenheim 114.
Schwendi, Lazarus von 85.
Seebach 115.
Seitz, Pfarrer in Heidelberg 92.

Digitized by Google

Selz im Elsaß 97.
Sickingen, Franz Conrad 38. 62. 68.
Sinsheim 82. 117.
Sleidan 33. 81. 99f.
Soto, Domenico de 9. 23.
Speyer 8f. 17. 33f. 45. 49. 69f. 72f. 79ff. 81. 101. 110. 112ff. 121.
Sprenger, Wendelinus, Magister in Heidelberg 92f.
Stab, Ottmar, Magister und Hofprediger in Heidelberg 90. 117f. 121.
Steymar, Dekan in Heidelberg 88. 92.
Steinfurt 116.
Steinweiler 114.
Stoll, Heinrich, Magister 41f. 43. 59f. 71. 88. 92f. 118.
Storck, Pfarrer in Mingolsheim 70.
Straßburg 4. 27. 46. 51. 84. 94. 99. 142.
Stromberg 114.
Sturm, Jakob 20. 27f. 29f. 46. 51. 106. 150.
Sturm, Johann 99f.
Stuttgart 34.
Suffolk, Katharina von 119.

T.

Thamer, Theobald 142.
Thann, Alexander von der 49f.
Thann, Eberhard von der 30.
Tossanus, Peter 47.
Trient 10f. 24. 93. 104. 109.
Trier 13.
Truchseß-Waldburg, Otto von, Kardinal von Augsburg 23f. 25.

U.

Ubstadt 45.
Ulm 54. 63. 68. 82. 88.
Ulrich von Württemberg 4. 21. 78.
Umstadt 112.
Unterdwisheim 45.
Unterschefflenz 92. 108.
Ursinus Paul, Pfarrer von Eberbach 115.

V.

Veit, Magister in Nürnberg 133.
Velsius, Justus 72. 119.
Venningen, Erasmus von 117.
Verallo, Nuntius bei Karl V. 26. 54. 60.
Vogelsberger, Sebastian 85.

W.

Waldbronn, Hans von 8.
Weiher 113.
Weimar 120.
Weinheim 51. 54. 67. 83. 87. 91. 95f. 97.
Weißenburg im Elsaß 115.
Wesel 15. 120.
Wied, Hermann von 14f. 22. 24. 29. 31f.
Wildbad 4.
Wilhelm von Hessen 120.
Wilhelm IV. von Bayern 25. 35. 39. 96.
Wimpfen 46.
Winzingen 1.
Witzel 102.
Wolfgang von Zweibrücken 87.
Wolfgang, Pfalzgraf 31. 85.
Wolfgang, Magister 63. 74.
Wolf, Philipp von Sponheim 60.
Worms 8f. 11f. 14. 18. 20. 22. 24. 39. 41. 44f. 46. 52. 59. 65. 73. 79. 95. 112f. 118.
Wotton, englischer Gesandter bei Karl V. 17.
Wrisberg (Preisberg) 20.
Wundt, Fr. P. 60.
Württemberg 19. 77. 80.
Würzburg 118.

Z.

Zeiskam 114f. 116.
Zuzenhausen 117.
Zweibrücken 55.

G. F. Winter'sche Buchdruckerei.

Digitized by Google

Heidelberger Abhandlungen
zur mittleren und neueren Geschichte
Herausgegeben von Karl Hampe, Erich Marcks und Dietrich Schäfer
5. Heft

Der hansische Baienhandel

von

Arthur Agats

Mit 3 Karten

Heidelberg 1904
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Digitized by Google

Alle Rechte, besonders das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen, werden vorbehalten.

Digitized by Google

Meinem lieben Freunde

Hermann Willmann

Digitized by Google

Vorwort.

Die Handelsbeziehungen der Hanse zu Westfrankreich und vor allem der so wichtige Baienhandel sind bis jetzt noch von keinem hansischen Geschichtsforscher eingehender behandelt worden. Der erste, der es unternahm, über die Baienfahrten einiges Licht zu verbreiten, war Hirsch in seiner Handelsgeschichte Danzigs. Nach ihm hat Damus im 5. Heft der Zeitschrift des westpreußischen Geschichtsvereins einen dankenswerten Aufsatz veröffentlicht über Danzigs Beziehungen zu Frankreich, die Fortsetzung zu Hirschs Abhandlung. Das ist alles, was wir an Arbeiten auf diesem Gebiet besitzen. Französischerseits ist, abgesehen von einigen kleineren lokalgeschichtlichen Aufsätzen, nichts erschienen. Was wir in französischen größeren Darstellungen finden, beschränkt sich auf die allgemeine Bemerkung, daß im Mittelalter ein glänzender Handel zwischen der Baie und den Völkern des Nordens bestand.

Die Bearbeitung dieses Stoffes erfordert unbedingt einen Aufenthalt an Ort und Stelle, um die wichtigen topographischen Verhältnisse kennen zu lernen. Ohne Kenntnis derselben bleibt es unverständlich, wie der einst so blühende Handel allmählich so ganz und gar aufgehört hat; denn nicht allein die politischen Verhältnisse, von denen ja der Handel eines Volkes in allererster Linie abhängig ist, haben hier zu seinem Untergang mitgewirkt. Eine Reise, die der Verfasser im Herbst 1901 in jene Gebiete unternommen hat, ermöglichte es, die Gegend eingehend zu studieren. An dieser Stelle will ich es nicht unterlassen, allen denen, die mich in Bourgneuf bei meinen Ortsstudien in liebenswürdiger Weise unterstützt haben, meinen Dank

Digitized by Google

auszusprechen. Gleichfalls zu Danke verpflichtet bin ich Herrn Ed. Gallet in St. Nazaire, der mir in einigen unklaren Punkten bereitwilligst Aufklärung verschafft hat, ferner der Archivverwaltung von Nantes, der dortigen Bibliothek und den Bibliotheken von Paris und Heidelberg.

Von den drei Karten, die der Arbeit beigelegt sind, beruht die erste auf den aus den Ortsstudien und den Urkunden gewonnenen Anschauungen; die zweite ist dem Buch von Luneau-Gallet, Documents sur l'île de Bouin, Nantes 1874, entnommen und die dritte der französischen Generalstabskarte. Ein Vergleich der drei Karten zeigt die gewaltigen Veränderungen, die die Gegend im Laufe der Jahrhunderte durchgemacht hat.

Was die Quellen angeht, so ist das Hauptmaterial enthalten in dem Hansischen Urkundenbuch und den Hanserezessen; als Ergänzung treten das lübische und livländische Urkundenbuch hinzu. Von französischen Publikationen ist kaum etwas Nennenswertes anzuführen; die Sammlung der Archives de Bretagne bietet für unseren Zweck so gut wie nichts. Auch das Archiv von Nantes enthält sehr wenig; das meiste scheint in den Revolutionskriegen verloren gegangen zu sein.

Die vorliegende Abhandlung macht keineswegs den Anspruch, etwas Vollendetes und Abgerundetes zu bieten. Bei dem gegenwärtigen Stand der Publikationen ist eine Erschöpfung des Gegenstandes unmöglich. Die Hauptaufgabe konnte nur sein, das gedruckte Material heranzuziehen und zu verwerten und damit den Grund zu weiteren Arbeiten zu legen.

An der allgemeinen Auffassung hansischer Geschichte ändert die Arbeit nichts. Sie bestätigt vielmehr die bisher gewonnenen Resultate und liefert einen neuen Beitrag zu der Geschichte der mittelalterlichen hansischen Handelsvorherrschaft und der durch politische Überlegenheit anderer Völker herbeigeführten Wandlung.

Berlin, im März 1904.

Arthur Agats.

Digitized by Google

Inhaltsübersicht.

I. Die Örtlichkeit.

Die Lage der Baie S. 1. — Was verstanden die Hansen unter „Baie"? 3. — Die marais salants 4. — Die Hauptzentren der Salzgewinnung. Rückgang bei Bourgneuf 5. — Bourgneuf und sein Hafen 7. Bouin und der Dain 9. — Beauvoir 11. — Noirmoutier 11. — Die Bucht von Bourgneuf 12. — Fahrt in derselben (das Seebuch) 13. — Die im Seebuch angegebenen Ankerplätze 13. — Einfahrt in die Baie 14. — Fahrt nach der Baie 15.

II. Der Handel.

Verkehr an Ort und Stelle S. 16. — Ausfuhrartikel 17. — Bedeutung der Baie als Verkehrszentrum 19. — Rechtliche Stellung des Kaufmanns daselbst 20. — Zölle 21. — Andere Handelsplätze an der Westküste Frankreichs 22. — Die rôles d'Oléron 24. — Beschlüsse der Hansetage über die Westfahrten 25. — Flottenfahrt nach der Baie 26. — Sicherung gegen Seeraub und treuloses Verhalten der Schiffer 27. — Properhandel und Kommissionshandel. Lieger in der Baie 28. — Lieferungsgeschäfte 28. — Warenpreise 29. — Preise und Größe der Baienschiffe 35. Namen einiger Schiffe 36. — Frachtsätze 36. — Hauptbestimmungsländer für das Baiensalz 37. — Der englische Baienhandel in deutschen Händen 37. — Anteil der Hansestädte am Baienhandel 38. — Ausfuhr Danzigs nach Polen, Litauen und Skandinavien 39. — Bedeutung Schonens 40. — Ausfuhr Revals nach Livland 41. — Das Baiensalz in Flandern 41. — Die Beteiligung der Holländer am Baienhandel 42. — Französischer Anteil am Baienverkehr 43.

III. Nachrichten über die geschichtliche Entwicklung des Handels.

1. Die Anfänge des Handels.

Anfänge der westfranzösischen Salzindustrie S. 45. — Die ersten Spuren eines Handels 46. — Engländer treten zuerst auf im 12. Jahrhundert 46. — Dann Flandrer 47. — Deutscher Handel 48. — Erstes Auf-

Digitized by Google

treten deutscher Kaufleute in Westfrankreich, Ende des 13. Jahrhunderts 49. — Kein bedeutender Handel wegen der englisch-französischen Kämpfe 49. — Ausfuhrverbote des französischen Königs 50. — Ruhigere Zeiten seit 1305 51. — Beginn des hundertjährigen Krieges, seine Wirkung auf den Baienhandel 51. — Wirkung des hansisch-dänischen Krieges auf den Baienhandel 51. — Andere Nationen in Westfrankreich 52. — Aufschwung des deutschen Baienhandels nach 1370 52. — Unfreundliches Verhältnis der Hanse zu England, Plünderung preußischer Baienfahrer durch die Engländer 53. — Erste Erwähnung des Danziger Baienhandels 53. — Preußischer Baienhandel am Ende des 14. Jahrhunderts; desgl. Revals 53. — Starke Einfuhr des Baiensalzes in England 54. — Friede zwischen England und Preußen 1388 55. — Niedergang des Baienhandels infolge Streitigkeiten mit Flandern 55. — Die Vitalienbrüder 56.

2. Die Blütezeit des Handels.

Kräftiger Aufschwung des Baienhandels zu Beginn des 15. Jahrhunderts, an erster Stelle die preußischen Städte S. 56. — Neuer Krieg zwischen England und Frankreich, Niedergang des Handels 57. — Wirren in Preußen 58. — Erste Erwähnung von Brouage 58. — Englischer Seeraub 58. — Kampens Anteil am Baienverkehr 58. — Wirkung des englisch-französischen Krieges seit 1415 59. — Wegnahme der Rocheller Flotte durch die Spanier 1419 59. — 1436 Vertrag zu Bourgneuf 62. — 1443 Friede mit Spanien zu Brügge 63. — Der Handel während der Konfliktszeit 63. — 1426 Krieg der wendischen Städte gegen Dänemark 64. — Wegnahme der Baienflotte durch die Dänen 65. — Salzmangel in Preußen und Livland 65. — Vertrag der preußischen Städte mit Dänemark; fortgesetzter Kampf der wendischen Städte gegen Dänemark; ihre Feindschaft gegen Preußen wegen der Neutralität 66. — Englische Plünderungen an hansischen Baienschiffen 67. — Konkurrenz der Holländer 67. — Aufschwung des hansischen Baienhandels seit 1434 68. — Feindschaft der Holländer, vorläufiger Stillstand bis 1437 68. — 1437 Friede mit England 70. — Gesteigerte Feindschaft mit Holland 70. — Preußen neutral 70. — 1438 Wegnahme der preußischen Baienflotte durch die Holländer 71. — Lübecks Kriegseifer, neutrale Haltung Preußens 72. — Stocken der Baienfahrten 72. — 1441 Friede zu Kopenhagen 73. — Glänzender Aufschwung des Baienhandels 74. — Rückgang wegen neuer Feindschaft mit Holland 75. — Zwist mit Frankreich 75. — Feindschaft Preußens mit England 75. — 1449 Wegnahme einer großen Baienflotte durch die Engländer 76. — Abnahme der Fahrten 77. — Preußens vermittelnde Stellung im Kampfe mit England 77. — Energische Haltung Lübecks 78. — Währenddessen glänzender Baienhandel Preußens 79. — 1456 Friede durch Vermittlung des Hochmeisters 80. — Das Verhältnis der Hanse zu Frankreich trübt sich 81. — Wirren in Preußen, Abfall der Städte vom Orden 81. — Daher

Digitized by Google

Stocken der Fahrten seit 1454 82. — Wegnahme der lübischen Baienflotte durch die Engländer 1458, infolgedessen Lübeck den Kampf gegen England wieder aufnimmt 84. — Freundlicheres Verhältnis zu Frankreich 85. — Handelsverhältnisse in Preußen 86. — Verhandlungen mit Frankreich 86. — Lübeck verharrt in seinem Verhalten zu England 87. — Eduard IV. untersagt 1461 den hansischen Zwischenhandel mit der Baie 87. — Handelsverhältnisse in den Jahren 1462 und 1463 88. — 1463 Friede mit Frankreich 89. — Kurze Dauer desselben 89. — Lübecks Verhältnis zu England 91. — Danzigs aggressives Vorgehen, Zurückhaltung Lübecks; Paul Beneke 92. — Utrechter Friede 1474 93. — Zehnjähriger Waffenstillstand mit Frankreich 1473 93. — Stillstand mit der Bretagne 94. — Die Holländer nutzen die unruhigen Zeiten von 1471—1474 aus 94. — Gewaltiger Aufschwung des Baienhandels seit 1474 95. — 1483 ewiger Friede mit Frankreich. Vertrag mit der Bretagne auf 10 Jahre 98. — Neue Feindschaft mit der Bretagne, daher Sinken des Handels 99. — 1486 Beilegung dieses Zwistes 99. — Neuer Streit mit England 99. — Wirren im Westen. Belästigung des Kaufmanns durch die Engländer und Franzosen 100. — Allmähliches Aufgeben der Baienfahrten 103.

3. Der Rückgang der Baienfahrten.

Zunahme der Spanienfahrten S. 103. — Wiederanknüpfungsversuche mit Frankreich 104. — Franz I. Bemühungen um Hebung des Verkehrs 105. — Starkes Auftreten der Holländer 105. — 1536 Privileg Franz I. 106. — Die Wirkung der deutsch-französischen Kriege auf den Handel 107. — 1552 Privileg Heinrichs II. Wiederaufnahme der Baienfahrten 108. — Baiensalzhandelsunternehmungen in Deutschland 109. — Tätigkeit des Kurfürsten August von Sachsen 109. — Bestätigung der Privilegien durch Franz II. 1559 und Karl IX. 1561 110. — Einwirkung des dänisch-lübisch-schwedischen Krieges 1563—1570 110. — Neue Versuche, mit Frankreich Handelsverträge abzuschließen; Charles Dançay 111. — Große Unternehmungen seit 1571 113. — Die Einwirkung der Hugenottenkriege auf den Handel; desgl. der spanisch-englisch-niederländischen Kriege 114. — Erneuerung der Privilegien 1604 115. — Die politische und wirtschaftliche Stellung der Hanse 115. — Bedeutung Hamburgs im Baienverkehr seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts 117. — Der Baienhandel im 18. Jahrhundert 118.

Digitized by Google

Abkürzungen.

H. U. B. = Hanſiſches Urkundenbuch.
H. R. = Hanſerezeſſe.
(H. R.[1] = Hanſerezeſſe 1. Abteil., hg. von K. Koppmann.)
(H. R.[2] = Hanſerezeſſe 2. Abteil., hg. von G. Frhr. v. d. Ropp.)
(H. R.[3] = Hanſerezeſſe 3. Abteil., hg. von D. Schäfer.)
MG. SS. = Monumenta Germaniae historica, Abteilung Scriptores.
Z. d. wpr. G. V. = Zeitſchrift des weſtpreußiſchen Geſchichtsvereins.
H. G. Bl. = Hanſiſche Geſchichtsblätter.
H. G. Q. = Hanſiſche Geſchichtsquellen.

Digitized by Google

I. Die Örtlichkeit.

Die Fahrten nach der Baie (Baye, Bage) haben in der hanſiſchen Welt des 14. und 15. Jahrhunderts eine hervorragende Stelle eingenommen. Baienfahrer, Baienflotte und Baienſalz ſind Namen, die uns in den hanſiſchen Schriftſtücken jener Zeit häufig begegnen.

Über den Namen Baie hat lange Unklarheit geherrſcht. Daß die Baienfahrten nach der Weſtküſte Frankreichs gingen, daran iſt wohl kaum je gezweifelt worden. Noch die älteren hanſiſchen Geſchichtſchreiber der erſten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wie Burmeiſter[1] und Schlözer[2], verſtanden unter der Baie die Bucht von Biskaya, und auch Dahlmann hielt die baieſche Flotte für gleichbedeutend mit der biskayiſchen.[3] Hirſch in ſeiner Handelsgeſchichte Danzigs[4] hat das Verdienſt, dieſe irrtümliche Meinung beſeitigt zu haben. Er erkannte richtig, daß die Baie nicht ein weit ausgedehntes Meeresgebiet ſei, ſondern ein ganz beſtimmter Punkt an der Weſtküſte Frankreichs. Heute, wo uns die großen hanſiſchen Publikationen zu Gebote ſtehen, in denen ſo und ſo oft von Fahrten nach der Baie die

[1] Burmeiſter, Beiträge zur Geſchichte Europas im 16. Jahrh., S. 125.
[2] Schlözer, Verfall und Untergang der Hanſa, S. 58.
[3] Dahlmann, Geſch. von Dänemark III, S. 130.
[4] Hirſch, Danzigs Handels- und Gewerbsgeſchichte, S. 90 ff.

Digitized by Google

Rede ist, können wir an der Richtigkeit dieser Ansicht nicht mehr zweifeln.

Wo lag nun die Baie?

In mehreren Briefen, die Danzig 1425 an den Herzog der Bretagne richtete, wird die Baie als ein zu seiner Herrschaft gehöriger Hafen bezeichnet.[1] Die Kartensammlung des Wagner von Enkhuisen, die unter dem Namen „Spiegel der Seefahrt" 1589 erschien, verzeichnet südlich der Loiremündung einen kleinen Küstenplatz „Baye", unweit der Stadt Bourgneuf.[2] Daß dieses der von den Hansen besuchte Hafen Baie sei, glaubt Hirsch aus einem interessanten Dokumente schließen zu dürfen, das er in seiner Handelsgeschichte (S. 274, Beil. III) abdruckt. Darin heißt es: In der Fastenzeit 1443 kam eine preußisch-livländische Flotte in die Baie und fand hier einige englische Schiffe vor. Auf die Kunde, daß eine mächtige niederländische Flotte herankomme, die feindliche Absichten gegen sie hege, zogen die Schiffer aus der Ostsee ihre Schiffe zusammen und rüsteten sich zur Abwehr. Montag vor Ostern erschienen die Holländer vor der Baie, die kleineren Schiffe segelten hinein, die großen blieben draußen, begaben sich aber auch bald in den Hafen. Des Abends kam ein Teil der Matrosen ans Land und fing mit den Engländern Händel an. Am nächsten Tage kam es wiederum zu einer argen Rauferei. Schließlich mischten sich die Preußen ein und vermittelten einen Vertrag, nach welchem die Holländer sich verpflichteten, in Bunde (= Bouin) ans Land zu gehen, die Engländer aber in Borneff (= Bourgneuf).

Auf Grund dieses Dokuments und im Anschluß an den von Wagner verzeichneten Platz hält Hirsch die Baie für einen kleinen Hafenplatz südlich von Nantes, wo die Hansen und andere Handelsleute landeten, um an Ort und Stelle oder in

[1] Hirsch, S. 90, A. 56. Vgl. auch H. R.[2] VII, 239.
[2] Nach Hirsch, S. 91.

Digitized by Google

den benachbarten Binnenstädten (Bouin und Bourgneuf) ihre Einkäufe zu machen.[1]

Mit Recht hat Koppmann[2] gegen diese Ansicht Bedenken erhoben. Einmal ist doch die Angabe eines Geographen aus so früher Zeit ein sehr unsicheres Dokument, sodann hat es in der Nähe von Bourgneuf niemals einen Ort Baye gegeben. Trotz eifriger Nachforschungen in der dortigen Gegend habe ich einen solchen Ort Baye oder Spuren davon nicht entdecken können.

Aus dem Dokument ist weiter nichts zu entnehmen, als daß es sich hier um die Bucht resp. um den Hafen von Bourgneuf handelt; die Namen Bourgneuf, Bouin, ferner das Kloster, das erwähnt wird, — ein solches befand sich in Bourgneuf — lassen darüber keinen Zweifel aufkommen.

Ein in neuester Zeit im hansischen Urkundenbuch veröffentlichter Brief[3] führt uns in der Erklärung des Wortes Baie weiter. Bourgneuf schreibt am 12. März 1452 an den Hochmeister Ludwig von Erlichshausen: «Idcirco honoribus vestris in quantum possumus certificamus ac pro veritate referimus, quod nuper et in mense Februario ultime praeterito accesserunt in hoc pago de Burgo Novo in Radesiis, quae dicitur la Baie, plures de potestate vestra». Die Unterschrift lautet: Scriptum apud Burgum Novum in Radesiis, quae dicitur vulgariter la Baie in Britannia.

Diese Urkunde läßt keinen Zweifel mehr über die Sachlage: Die Baie von Bourgneuf war in der hansischen Welt so bekannt, daß man sie kurz „die Baie" nannte. Diesen Namen übertrug[4] man auf den Hauptort Bourgneuf und das an-

[1] Hirsch, S. 91.

[2] Karl Koppmann, Das Seebuch, S. XXI, A. 1.

[3] H. U. B. VIII, 129.

[4] Eine solche Namenübertragung war nichts Außergewöhnliches im Munde der niederdeutschen Kaufleute. Nannten sie doch das Salz, das

Digitized by Google

grenzende Küstenland, die Niederung zwischen der Meeresküste und den Höhenrücken im Osten und Süden.

An der Grenze dieser Niederung liegen die folgenden Ortschaften: Im Norden les Moutiers, in südöstlicher Richtung davon nacheinander Bourgneuf, St. Cyr, Fresnay, Machecoul und zwar so, daß die Entfernung zwischen les Moutiers und dem letztgenannten Orte etwa 16 km beträgt. Bei Machecoul biegen die Höhen nach Südwesten; an ihrem Fuße liegen Bois de Céné, Châteauneuf und Beauvoir-sur-Mer, dieses von Machecoul ungefähr 20 km.

Auf diesem Raume lagen die marais salants, die dem hansischen Kaufmann das Salz lieferten.

Die Salinen haben eine rechteckige Gestalt. Die Hauptgräben, die ihnen das Meerwasser aus der Baie zuführen, nennt man étiers. Bei Le Collet beginnt der Etier du Dain, in seinem ersten Teil Etier du Sud genannt. In weitem Bogen durchzieht er das Land und geht nördlich von Beauvoir wieder ins Meer. Von diesem Kanal gehen nun andere étiers aus, deren Zahl zu groß ist, als daß es sich verlohnte, alle anzuführen. Nur die wichtigsten sollen hier genannt werden. Nach Norden geht der Etier du Collet, der nach Bourgneuf hin den Etier de la Taillée entsendet, nach Osten der Etier du Port la Roche, der sich teilt in den Etier de la Gravelle, den Etier de la Salle und den Etier Loyau. Auch die Ile de Bouin besitzt eine Reihe solcher étiers. (Siehe Karte III.) Von diesen Hauptgräben aus gelangt das Meerwasser durch die bras und

---

sie von dort herholten, auch Baie. Vgl. Sattler, Handelsrechnungen des deutschen Ordens, S. 498: 2 Hundert Baie. — Zur Bestätigung sei noch angeführt, daß Herzog Johann V. von der Bretagne in einem Privileg für die Einwohner von Guérande ausdrücklich sagt: le pays de la Baie. S. Archives de Bretagne, recueil d'actes, de chroniques et de documents historiques rares ou inédits, publié par la Société des Bibliophiles bretons et de l'histoire de Bretagne VI, 1451.

Digitized by Google

rebras (canaux oder branches) in die fossés; die fossés leiten es in die métières und diese in die marais salants. Hier angelangt, hat es noch verschiedene Räume zu durchlaufen (tesselière, les dehors, le haut-terre-main, le bas-terre-main), bis es gereinigt in die œillets oder aires tritt. Die einzelnen Teile des marais sind durch sogenannte sentiers von 50 cm Breite und 20 cm Höhe voneinander geschieden. Der marais selbst ist von einem Damm umgeben, der bossis genannt wird. Diese bossis werden meist mit Weizen oder Bohnen bepflanzt.

Die Hauptzentren der Salzgewinnung waren Bourgneuf, Bouin, Beauvoir und la Barre de Monts, sodann der nördliche Teil der Insel Noirmoutier. Um Bouin und Beauvoir herum, ferner auf Noirmoutier wird noch heute viel Salz gewonnen. Dagegen sind bei Bourgneuf nur noch wenige marais zu finden; die meisten sind zugeschüttet und werden als Ackerland oder Wiesen verwandt. Bei Fresnay und Machecoul sind die Salinen überhaupt aufgegeben worden.

Werfen wir einen Blick auf die Karte von 1696, so sehen wir, daß das ganze Gebiet zwischen Bourgneuf und Port la Roche — in gerader Entfernung 6 km — westlich bis zum Dain, östlich bis ungefähr Machecoul reichend, mit Salzteichen dicht besät ist, desgleichen die Ile de Bouin. Leider stehen aus dieser Zeit keine Zahlen zur Verfügung. Doch mögen solche aus dem Jahre 1711 die Ausdehnung des Betriebes veranschaulichen[1]:

[1] Departementalarchiv von Nantes C 703, Carton 28, Cotes 1—3.

Beauvoir	12000	aires (= œillets)
Notre Dame de Monts	5000	„
St. Gervais	5000	„
Bourgneuf } St. Cyr }	40000	„
Les Moutiers	5000	„
Machecoul	8000	„
Fresnay	5000	„
Bois de Céné . . .	6000	„
Noirmoutier	27000	„
Bouin	80000	„
	S. 193000	aires.

1 aire hat 65 qm Oberfläche.[1] Folglich besaß Bourgneuf 40000 × 65 qm dieser aires = 260 ha. Im Jahre 1852 hatte es nur noch 119 ha 98 a 95 qm marais salants.[2] Wir haben also eine bedeutende Abnahme gegen das Jahr 1711. Seitdem ist die Zahl der marais noch geringer geworden, wenn sie auch bei Bouin und Beauvoir nicht in dem Maße abgenommen hat.

Der Grund dieses Rückgangs liegt gewiß hauptsächlich in der Art der Salzgewinnung, die von der Witterung zu sehr abhängig ist. Ist der marais gefüllt und beginnt das Salz sich zu kristallisieren, so kann der geringste Regenguß jeden Ertrag zu nichte machen. Nur bei hoher Temperatur und bei trockenen Winden bildet sich das Salz, bei nasser Witterung ist jede Ernte unmöglich. Daher kann diese Gegend die Konkurrenz südlicher gelegener Plätze, die weniger unter der Ungunst der Witterung zu leiden haben, schwer aushalten, und die Folge

[1] Piet, Recherches sur l'île de Noirmoutier, Nantes 1863, S. 37.
[2] J. Chevas, Notes historiques et statistiques sur les communes du département de la Loire-Inférieure I, Nantes 1852, S. 129.

Digitized by Google

davon ist, daß die Bewohner dieses mühselige, wenig lohnende Geschäft allmählich aufgeben und ihren Erwerb in anderen Betrieben suchen.

Der wichtigste Ort in der Baie ist Bourgneuf; es zählt mit St. Cyr zusammen ungefähr 3000 Einwohner. Bourgneuf ist Hauptstadt des gleichnamigen Kantons, der folgende Gemeinden umfaßt: Bourgneuf (mit St. Cyr), Chéméré, Fresnay, St. Hilaire de Chaléons, la Bernerie und les Moutiers. Die Stadt liegt 39 km südwestlich von Nantes. Die Eisenbahn verbindet sie mit dem Badeort Pornic und mit Nantes.

Bevor das Meer sich zu dem Punkte zurückgezogen hat, wo wir es heute finden, besaß Bourgneuf einen bedeutenden Hafen. Dieser, meist Port du Collet genannt, ist da zu suchen, wo heute die Polders St. Céran liegen; nach Süden dehnte er sich bis zur Mündung des Etier du Port la Roche aus. (Vgl. die Karten.) Ein breiter schiffbarer Meeresarm erstreckte sich bis nach Bourgneuf. 1626 kam eine Schwester Ludwigs XIII. dorthin, um das Meer zu sehen.[1] Es muß also noch zu dieser Zeit bis an die Stadt gereicht haben.

Seitdem haben sich die Verhältnisse gewaltig geändert. Schon die Karte von 1696 zeigt die fortschreitende Versandung des Port du Collet. Heute ist von dem früheren Hafen nichts mehr zu sehen. Der schiffbare Kanal ist zu einem schmalen Graben geworden. Die Stadt selbst liegt 2 km vom Meere entfernt.

Die Anfänge von Bourgneuf sind in tiefes Dunkel gehüllt. Die Etymologie des Wortes weist uns darauf hin, daß es ehemals ein anderes Dorf in der Nähe gegeben haben muß, von dem aus Bourgneuf („das neue Dorf") gegründet worden ist. Kirchlich gehörte Bourgneuf lange Zeit zu dem naheliegenden

[1] Chevas, S. 34.

Digitized by Google

St. Cyr[1]; demnach ist St. Cyr der ältere Ort. Da dieses aber zu weit vom Meere entfernt lag, so wählte der handeltreibende Teil der Bevölkerung einen günstiger gelegenen Platz aus und nannte diese Neugründung Bourg-neuf. Wann sie erfolgt ist, kann leider nicht festgestellt werden.

Urkundlich begegnet uns Bourgneuf zuerst im Jahre 979. In diesem Jahre bestätigte König Ludwig die Besitzungen der Kirche von Orléans; Hugo Capet und König Robert wiederholten die Bestätigung in den Jahren 990 und 991.[2] In diesen Urkunden werden unter anderen das monasterium St. Laurentii, St. Gervasii, Prisciniacum (wohl Prigny) ꝛc. genannt cum rebus omnibus ad praedicta monasteria pertinentibus; dazu werden gerechnet im Gau von Nantes: Novavilla, Buxiacus (Buniacus) ꝛc. Ein Laurentiuskloster gab es in Bourgneuf.[3] Buxiacus und Buniacus sind lateinische Namen für Bouin.[4] Novavilla kann nichts anders sein als die lateinische Bezeichnung für Bourgneuf; die Erwähnung des Klosters und des naheliegenden Bouin macht diese Annahme durchaus wahrscheinlich.

Aus der Tatsache, daß Bourgneuf bereits in so früher Zeit ausdrücklich in den Urkunden genannt wird, geht mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß wir es hier mit einem entwickelteren Ort zu tun haben, wo schon größeres Leben herrschte.

Acht km südwestlich von Bourgneuf liegt Bouin, das zum Departement Vendée gehört. Es ist eine der vier Kommunen von Beauvoir. Im Mittelalter lag Bouin noch auf einer

[1] Chevas, S. 9 und 10; vgl. auch Cartulaire de Redon, hg. von Courson in den Documents inédits, S. 512: St. Cyr et Bourgneuf sa trêve.

[2] Bouquet, Recueil des historiens des Gaules et de la France IX, S. 660; X, S. 556 IX; X, S. 573 I.

[3] Orieux et Vincent, Histoire et géographie de la Loire-Inférieure II, Nantes 1895, S. 535; Chevas, S. 11.

[4] Luneau et Gallet, Documents sur l'île de Bouin, Nantes 1874, S. 13.

Digitized by Google

wirklichen Insel, die durch den breiten Meeresarm des Dain vom Festland geschieden war. Heute kann man eigentlich von einer Insel nicht mehr reden, da der Dain nur noch ein schmales Gewässer ist; doch hat die Insel ihren Namen bis heute bewahrt.

Bouin wird schon früh in mittelalterlichen Urkunden verzeichnet. Die sogenannten Annales Einhardi berichten zum Jahre 820, daß die Normannen an der aquitanischen Küste ein Dorf mit Namen Buyn geplündert hätten.[1] Andere Handschriften nennen den Ort Bundium und Buynbundium.[2] Die vita Hludowici hat Buin.[3]

Die Plünderung durch die Normannen belegt die Wichtigkeit, die die Insel damals bereits hatte. Da die Normannen auf ihren Zügen auch Handelsinteressen verfolgten, so ist klar, daß Bouin ihnen wegen seines Salzbetriebes schon bekannt war; anderenfalls würden sie diese öde, unwirtliche Küste kaum besucht haben.

In Verbindung mit den Normanneneinfällen wird uns Bouin noch einmal genannt. Die Translatio St. Philiberti[4], die im 9. Jahrhundert von dem Mönch Ermentarius niedergeschrieben ist, berichtet bei der Aufzählung der Wunder, die die Überreste des Heiligen im Kloster Deas (heute St. Philbert de Grand-Lieu am Lac de Grand-Lieu) gewirkt hätten, daß eine lahme Frau aus Borginnum geheilt worden sei.[5] An einer anderen Stelle dieser Translation heißt der Ort Boginnum.[6] Wenn auch die Translatio wenig geschichtlichen Wert beanspruchen kann, so liefert sie uns doch für die historisch-geographische Kenntnis dieser Gegend schätzenswerte Beiträge.

---

[1] Ann. Einhardi (Scr. rer. Germ.), S. 154.
[2] Ann. Einhardi, S. 154, Anm.
[3] MG. SS. II, S. 625.
[4] Acta Sanctorum Boll., 20. August IV, S. 81; vgl. auch unten S. 12.
[5] Translatio, S. 85.
[6] Translatio, S. 90.

Digitized by Google

In einer Urkunde des Jahres 979 finden wir die Benennung Buxiacus, in einer solchen des Jahres 991 Buniacus.[1] In einer Urkunde des Jahres 1412[2] ist der Ort Buginum genannt. In den französischen Urkunden des Mittelalters treffen wir die Namen Boign, Boing, Bouing[3], Bezeichnungen, die mit dem dialektischen bougner (= baigner) zusammenhängen und auf die zahlreichen Überschwemmungen hindeuten, denen die Insel ausgesetzt war.[4] Die Bauern sprechen noch heute Bougne.

Bouin besaß für den Handel ganz vorzügliche Häfen. Im Norden lag der Port du Collet, im Süden der Port de l'Epois. Der Dain war noch ein breiter Meeresarm, der allen Schiffen Zugang gestattete und ihnen einen sicheren Ankerplatz bot. Punkte, die heute einige Hundert Meter von ihm entfernt liegen, wie la Culnauderie, Bouin, les Billarderies, la Guillaudière, le Port la Roche, le Port de Beauvoir wurden im Mittelalter unmittelbar von seinen Wassern bespült.[5] 1588 muß der Dain noch eine ansehnliche Breite gehabt haben; denn Heinrich von Navarra konnte ihn nach der Eroberung von Beauvoir, als er die Insel Bouin besuchen wollte, infolge heftiger Stürme nicht überschreiten.[6] 1654 war der Dain bei Port la Roche noch schiffbar; Paul de Gondi, Kardinal von Retz, schiffte sich hier ein, um nach Belle-Ile zu fliehen.[7] Heute ist der Port la Roche völlig versandet, ein elendes Dorf inmitten der marais. Die Karte von 1696 gibt dem Dain noch eine ziemliche Breite, stellenweise von 1/4 lieue (= über 1000 m).

Seitdem sind wie bei Bourgneuf auch hier gewaltige Veränderungen vor sich gegangen. Der Dain ist zu einem schmalen

[1] Bouquet IX, S. 660; X, S. 573[1]; vgl. oben S. 8.
[2] Luneau-Gallet, Urk. Nr. 7.
[3] Luneau-Gallet, Urk. Nr. 3, 4, 5, 6, 9, 10 ꝛc.
[4] Luneau-Gallet, S. 13.
[5] Luneau-Gallet, S. 15.
[6] Mémoires de la Ligue II, S. 528.
[7] Mémoires du Cardinal de Retz III, S. 439.

Digitized by Google

Wasserlauf von höchstens 5 m Breite geworden. Zuerst versandete er auf der östlichen Seite; seit 1700 ungefähr wurde auch die bis dahin noch schiffbare westliche Seite mit Sand und Schlamm angefüllt.[1] Gegen 1780 vermochte der Hafen von Bouin keine Schiffe mehr aufzunehmen. Man mußte das Salz auf Wagen nach dem weiter nördlich gelegenen Port du Sud bringen, um es dort zu verladen.[2]

Sieben km südwestlich von Bouin liegt das Städtchen Beauvoir, das gleichfalls im Mittelalter ein Hafenplatz war bezw. einen solchen in le Port besaß. Heute ist der Dain 1 km von le Port entfernt.

Von Beauvoir zu Fuß oder von dem 6 km südwestlich gelegenen Barre de Monts mit dem Schiff erreicht man bequem die Insel Noirmoutier. Von Beauvoir beträgt die Entfernung bis zur Küste 5 km; durch das Meer führt eine feste Straße, le Gouas, die nur bei Ebbe passierbar ist. Ihre Länge beträgt 4 km. Der Name Gouas hängt zusammen mit dem dialektischen goiser und bedeutet: ein Gewässer durchwaten.

Die Insel Noirmoutier gehört zum Departement Vendée. Im Süden kommt sie dem Festlande sehr nahe, sie ist nur durch den 800 m breiten Détroit de Fromentine davon getrennt. Die marais salants befinden sich im nördlichen Teil der Insel und reichen bis dicht an die Stadt Noirmoutier heran.

Im frühen Mittelalter führte die Insel den Namen Herio insula oder Heis. Nach der Gründung des Benediktinerklosters (675) wurde sie auch Hermoutier genannt, doch überwiegt die zuerst genannte Bezeichnung.[3] „Noirmoutier" entstand wohl direkt aus nigrum monasterium, dem Namen des Klosters.[4]

[1] Luneau-Gallet, S. 29.

[2] Luneau-Gallet, S. 16.

[3] Vgl. Bouquet VI, S. 223, 516, 563, 307 A.; VII, S. 218, 226.

[4] Darüber s. Bouquet III, S. 599, A. und VI, S. 307, A.; vgl. auch Gallia christiana II, S. 1425.

Digitized by Google

Die Insel hat schon früh in der Geschichte eine Rolle gespielt. Wir wissen, daß Adalhard dort als Verbannter Kaiser Ludwigs lebte.[1] Dann wird ihrer häufig während der Normanneneinfälle gedacht. Wir hören von Plünderungen in den Jahren 819, 843 und 846.[2] Wegen der großen Unsicherheit verließen die Mönche im Jahre 834 die Insel.[3] 836 wurden die Gebeine des heiligen Philibert geholt[4] und nach dem Kloster Deas gebracht, wo sie vor den normannischen Räubern sicherer waren.

Die Baie von Bourgneuf dehnt sich aus zwischen der Pointe de St. Gildas im Norden und der Insel Noirmoutier im Süden. Im Norden bespült sie eine hohe, prächtige Felsenküste, das Gestein tritt hier dicht an das Meer heran. Erst bei les Moutiers wird die Küste flacher, die Felsen treten ganz zurück. Das ganze südöstliche Gestade der Baie ist flach. Die Nordküste von Noirmoutier ist wieder felsig, teilweise sehr hoch, namentlich in dem herrlichen Bois de la Chaise, das sich nordöstlich von der Stadt Noirmoutier hinzieht.

Heute ist die Baie in ihrem östlichen und südöstlichen Teil weithin mit Sand und Schlamm angefüllt. Nur bei Flut erreicht das Wasser die Küste, bei Ebbe bleibt es 3—4 km von derselben entfernt, so daß die zahlreichen der Küste vorgelagerten Klippen vom Wasser frei werden.

Wegen der vielen Klippen und Sandbänke ist die Fahrt in der Baie stets gefahrvoll gewesen. Schon das Seebuch[5], das wahrscheinlich aus dem 15. Jahrhundert stammt, gibt des-

[1] Wattenbach, Deutschlands Geschichtsquellen I⁷, S. 300; Simson, Ludwig der Fromme I, S. 21; MG. SS. II, S. 527.

[2] Bouquet VI, S. 516; VII, S. 218, 226.

[3] Simson, Ludwig der Fromme II, S. 124; Ann. Engolismenses, i. d. MG. SS. XVI, S. 485; Chron. Aquit., SS. II, S. 252 (gibt fälschlich das Jahr 830 an).

[4] Translatio St. Philiberti.

[5] Das Seebuch, S. 23, Kap. VII, § 1.

Digitized by Google

halb ziemlich genaue Anweisungen über den einzuschlagenden Weg. Es heißt da: Derjenige, welcher in die Baie segeln will, soll das Eiland, das man Pilgere (= le Pilier) nennt, rechts liegen lassen, und wenn er bei dem Eilande ist, soll er ostnordost gehen um der Felsen willen, die man Permeine (= Pierre Moine) nennt, und die bei Flut unter Wasser sind. Er soll dicht an ihnen vorbeisegeln, indem er sie rechts läßt, und so lange ostnordost gehen, bis daß das Kastell van den Armborsters (= Schloß von Noirmoutier) von ihm südsüdwest liegt. Dann soll er sich dem Eiland van den Armborsters (= Insel Noirmoutier) nähern und auf drei oder vier Faden vor Anker gehen.

Die andere Fassung[1] schreibt vor: Derjenige, welcher in die Baie segeln will, soll das Eiland, das man Pekelers (= Ile du Pilier) nennt, rechts liegen lassen, und wenn er bei dem Eiland angekommen ist, soll er nach Osten fahren, solange bis er Permeyne (= Pierre Moine) passiert hat. Dann soll er ostsüdost gehen nach Reghilionis sant.

Es werden also zwei Ankerplätze angegeben, das Eiland van den Armborsters und Reghilionis sant.

Der erste ist klar, er wird etwa am Bois de la Chaise zu suchen sein, da, wo heute die Dampfer von Pornic anlegen. Der zweite macht Schwierigkeiten und hat bis jetzt noch keine genügende Erklärung gefunden.

Koppmann in seinem Seebuch (S. XXII) vermutet Beauvoir, ohne einen Grund anzugeben. Beauvoir aber liegt von Pierre Moine aus ganz südöstlich, ostsüdöstlich dagegen der Hafen von Bourgneuf (der Port du Collet). Dieser umfaßte, wie wir S. 7 gesehen haben, alles Land nördlich der Linie Pointe de la Coupelasse bis Port la Roche. In der Mitte dieser Linie verzeichnet die französische Generalstabskarte ein Gehöft la Réjonie, damals unmittelbar am Hafen gelegen.

[1] Das Seebuch, Kap. VII, § 1.

Digitized by Google

Dieſes könnte im Munde der niederdeutſchen Kaufleute zu Reghilionis umgemodelt ſein. Da die angegebene Richtung genau zutrifft, wird nur übrig bleiben, dieſen Ort als den im Seebuch genannten Ankerplatz anzunehmen.

Auch die Einfahrt in die Baie, ſowohl wenn der Schiffer von Süden, als auch wenn er von Norden kommt, iſt genau vorgeſchrieben. Kommt er von Ile d'Yeu[1], ſo ſoll er in nordweſtlicher Richtung fahren wegen der Klippen, die im Fahrwaſſer liegen, und ſoll der Ile du Pilier nicht näher kommen als auf zwölf Faden. Wenn der Schiffer von Belle-Ile[2] kommt, ſoll er oſtſüdoſt halten. Will er dann in die Baie ſegeln, ſo ſoll er die Kirche, die an dem hohen Lande ſteht, holden an dat lant van der Colletten, und in den Graben von Prendi (= Prigny) hineinſegeln. Wenn er dann an dem sande Schit[3] vorbei iſt, ſoll er in dat lant van der Colletten hineinfahren auf drei Faden.

Dieſe Angaben ſind in mehrfacher Hinſicht intereſſant. Zunächſt kann unter der kerke, die an dem hoghen lande stat, keine andere verſtanden werden als die Kirche von Prigny. Sie iſt die älteſte der Gegend und diente, da ſie auf einer Anhöhe ſtehend weithin ſichtbar war, dem Schiffer als Richtzeichen. Sodann ſehen wir, daß Prigny mit dem Meere durch einen ſchiffbaren Waſſerarm verbunden war, der nach Süden in den Port du Collet mündete. (Siehe Karte I.) Dat lant van der Colletten, das nicht, wie Breuſing meint[4], das Land weſtlich von Pornic iſt, ſondern ſüdlich von Prigny liegt und noch heute le Collet heißt, war alſo eine wirkliche Inſel[5] wie Bouin.

[1] Das Seebuch, Kap. IX, §§ 32—34.

[2] Das Seebuch, Kap. XIII, §§ 27—30.

[3] Den Sand Schit vermag ich nicht recht zu erklären, vielleicht iſt es les Sables bei Prigny.

[4] Das Seebuch, S. XXXIII, A. 11.

[5] Vgl. Ch. M. de Sourdeval, Études physiques et historiques sur le littoral vendéen, compris entre St. Gilles-sur-Vie et Bourgneuf-

Digitized by Google

Auch hier haben Jahrhunderte das Ihre getan, der Gegend einen ganz anderen Charakter zu geben: Le Collet ist jetzt vollständig mit dem Festlande verbunden.

Die Fahrt nach der Baie ging wohl meist an der Küste entlang, da ja in der Regel der mittelalterliche Seemann aus Furcht, seinen Kurs zu verlieren, nahe am Lande blieb. Zwar wird die Fahrt von der Westküste Jütlands bis Flandern oder England, zumal bei günstigem Wetter, durchs offene Meer gegangen sein[1]; von da an aber blieb man nicht allzuweit von der Küste entfernt. Entweder schlug man nun den Weg entlang der nordfranzösischen Küste ein oder, was wegen des lebhaften Verkehrs mit England die Regel gewesen sein wird[2], man fuhr an dessen Südküste entlang. Von hier aus ging es dann in direkter Fahrt nach der Ile d'Ouessant und dem Cap Mathieu und weiter bis nach der Baie.

---

en-Retz, S. 6: Le Collet est un banc de gravier au fond de la baie de Bourgneuf . . . (Mémoires de la Société des Antiquaires de l'Ouest XXIX, 1864.)

[1] Vgl. Schäfer, Die Hansestädte, S. 199—200.

[2] Vgl. H. U. B. IV, 672, § 2; VIII, 84, § 31; H. R.[2] III, 530 u. 531; H. R.[2] II, 510, § 39; Kunze, Hanseakten aus England, i. d. H. G. Q. VI, Nr. 317.

Digitized by Google

II. Der Handel.

Die Baie mag in den Sommermonaten ein interessantes Bild geboten haben. So wenig Verkehr heute dort zu finden ist, so belebt dürfen wir uns die Gegend im Mittelalter vorstellen. Große Flotten verschiedener Nationen hielten sich bisweilen gleichzeitig dort auf, um den Ertrag der Gegend in ihre Heimat fortzuführen; 1542 waren z. B. 200 Schiffe auf der Reede von Bourgneuf versammelt.[1]

Als Hauptankerplätze werden wir uns den Dain und den Port du Collet mit dem nach Bourgneuf gehenden schiffbaren Meeresarm zu denken haben. Wir dürfen wohl annehmen, daß jede Nation einen besonderen Teil des Strandes besaß, wo sie ihre Waren lud. Als 1443 Holländer und Engländer in Streit gerieten, wurde entschieden, daß die Holländer bei Bouin, die Engländer aber bei Bourgneuf ans Land gehen sollten.[2]

Das Herbeischaffen der Waren geschah entweder vermittelst Wagen oder, was wahrscheinlicher ist, durch kleine Boote, die auf den unzähligen Kanälen, welche das Land durchschnitten, bequem den Verkehr zwischen den Schiffen und den Salzlagerplätzen aufrechterhalten konnten. Die weißen Salzhaufen, weithin dem Auge sichtbar, gaben wie noch heute der Gegend ihr eigentümliches Gepräge.

[1] Chevas, S. 158 (die Nachricht stammt aus dem Archiv der Familie Mourain).

[2] Siehe oben S. 2.

Digitized by Google

Ein genaueres Bild über den Verkehr an Ort und Stelle ist auf Grund des uns zu Gebote stehenden Materials nicht zu gewinnen.

Dagegen wissen wir genau, welche Waren der Kaufmann in der Baie lud.

Den wichtigsten Ausfuhrartikel bildete das grobkörnige Baiensalz. Die Niederdeutschen nannten es Bayesches, Bayes, Baygesz, Bages, Boyans solt, auch bloß Baie (Bayge)[1], die Franzosen sel gros de la Baie oder einfach sel de la Baie. Vielfach finden wir auch die Bezeichnung Potauwes-sout (= Poitou-Salz).[2] Das hier gebräuchliche Maß war das Zent oder Hundert, welches $7^1/_2$ hansischen Lasten gleich kam[3]; doch finde ich einmal das Hundert zu 7 Lasten angegeben.[4]

Ein anderer wichtiger Artikel war Poitou-Wein, der nach Pipen berechnet wurde. Bei den Hansen hieß er auch Bayswin oder bloß Poitou (Pentouw).[5] Dieser wuchs auf den Höhen, die sich von Bourgneuf bis Machecoul hinziehen und weiter im Innern des Landes. Daß man auch Orléans-Wein in der Baie kaufte, finde ich außer bei Hirsch[6] nirgends erwähnt. Es ist diese Annahme aber wenig wahrscheinlich, zumal für Orléans-Wein Nantes einen bequemen Stapelplatz bot.

Ein dritter Ausfuhrartikel war baiesches Kanevas, eine Art Segeltuch, das nach Zent (= 100 Ellen) gemessen wurde.[7] Ein ähnlicher Artikel war Kirsey, ein grobes, wollenes Zeug. Einmal finde ich Louwende (= Leinwand, namentlich die grobe zu Säcken) genannt.[8]

[1] Vgl. W. Stein, Handelsbriefe aus Riga und Königsberg, Nr. 19, 21, 23, 25, 27, i. d. H. G. Bl. 1898. Dazu H. U. B. V, 1084; H. R.[1] III, 425 A § 1; H. U. B. VIII, 989, § 6; 1160, § 43; H. R.[2] VI, 281 D, 4.

[2] H. U. B. III, 499; IV, 672, § 2 und 806.

[3] Hirsch, S. 92. — [4] H. U. B. VIII, 380, § 5.

[5] H. U. B. VIII, 1160, §§ 30, 69; H. U. B. VIII, 84, § 31.

[6] Hirsch, S. 92.

[7] Hirsch, S. 92 und 256; H. R.[2] I, 381, §§ 88, 89, 98.

[8] H. U. B. VIII, 215, §§ 35 u. 37.

Digitized by Google

Neben diesen oft erwähnten Hauptartikeln Salz, Wein und Kanevas wird hin und wieder als Ausfuhrartikel Fisch angegeben. Angeführt finde ich einmal Lachs.[1] Vielleicht, daß man auch Lampreten in der Baie kaufen konnte[2], von denen wir wissen, daß sie sonst in Nantes geladen wurden.[3] Von anderen Waren werden noch genannt Öl und Seife.[4] Wenn hier und da auch Heringe auf Baienschiffen vorkommen[5], so wird anzunehmen sein, daß diese aus Deutschland ausgeführt wurden, um sie in der Baie zu verkaufen. Möglich ist auch, daß sie der Schiffsmannschaft zum Unterhalt dienten. Letzteres gilt sicher von Bier, das wir ebenfalls erwähnt finden.[6]

Zu diesen Handelsgegenständen, die direkt aus dem Lande bezogen wurden, kommt noch eine ganze Reihe anderer Artikel, die nicht dem Westen Frankreichs angehören, sondern Erzeugnisse des Südens sind. Es sind dies namentlich: Honig, Rosinen, Pfeffer, Früchte, Essig, Kork, Wachs, Feigen, Walnüsse, Zucker, Azoie und Pariskorn.[7] Die meisten dieser Waren wurden aus Lissabon bezogen.[8] Entweder holten sie die hansischen Kaufleute dort selber oder, was ebenso wahrscheinlich ist, Kaufleute aus Lissabon und der Bretagne brachten sie nach der Baie, wo sie dann von den Hansen verfrachtet wurden.

Wir sehen also, daß die Baie ein nicht unbedeutender Handelsplatz war, wo die Kaufleute des Südens ihre Waren zum Verkauf brachten. Die Baie bedeutete gewissermaßen für den Westen Frankreichs das, was die schonenschen Märkte für die

[1] H. U. B. VIII, 215, § 62: 1 Tonne Lachs = 2 Nob.
[2] Hirsch, S. 92.
[3] H. U. B. II, 324.
[4] H. U. B. III, 624; H. R.[1] II, 209, § 15; H. R.[1] V, 59, § 4.
[5] H. R.[2] II, 77.
[6] H. U. B. VIII, 215, § 62.
[7] H. U. B. VIII, 84, §§ 19, 23, 24; 215, § 47; 1160, §§ 30, 69. H. R.[2] I, 381, § 89; H. R.[3] II, 21; Hirsch, S. 92 und 244.
[8] Hirsch, S. 85.

Digitized by Google

nordiſchen Gegenden waren[1]: ſie war für den Verkehr zwiſchen dem Süden und Norden Europas ein Stapel- und Umſatzplatz, nicht allein wichtig, weil man dort Salz und Wein holen konnte, ſondern auch weil hier die Erzeugniſſe des Südens bequem zu haben waren. Man darf dies nicht aus dem Auge laſſen, um die Bedeutung der Baie als Verkehrszentrum recht zu verſtehen und zu würdigen. Wir ſehen hier eine Art Weltmarkt, wo der Süden und der Norden unſeres Erdteils ſich die Hand reichten und ihre Waren austauſchten.

Der franzöſiſche und portugieſiſche Kaufmann konnten hier die Erzeugniſſe des deutſchen und ſkandinaviſchen Nordens einhandeln. Wir dürfen annehmen, daß der hanſiſche Kaufmann nicht ohne Fracht hierher kam. Das Privileg des Herzogs Franz von der Bretagne vom 16. Mai 1459 erwähnt ausdrücklich, daß die Hanſen mit ihren Waren dort Handel zu treiben pflegten.[2] In der Tat hören wir wiederholt, daß hanſiſche Schiffer mit Fracht nach der Baie fuhren, um dort die Güter zu veräußern.[3] Als Einfuhrartikel werden hauptſächlich genannt: Roggen, Aſche, Pelzwerk, ſchonenſche Heringe, Pech, Teer, Mehl, Wagenſchoß.[4] 1490 gingen von Danzig nach der Baie 70 Laſt Roggen und 7 Laſt Aſche.[5] 1439 ſandten drei genueſer Kaufleute aus Brügge ihren Handelsgenoſſen in der Baie ein mit Pelzwerk beladenes Schiff.[6] 1448 beklagten ſich die vier Lede von Flandern, daß die Kaufleute von Brügge täglich viel Pelzwerk nach Nantes und Rochelle ſchickten.[7] Auch flämiſche Laken wurden häufig von der Baienflotte mitgenommen.[8]

[1] Schäfer, Das Buch des lüb. Vogts auf Schonen, Einl. S. 64—66.
[2] H. U. B. VIII, 796.
[3] Vgl. Livl. Urkdb. IX, 718.
[4] Sattler, Handelsrechnungen, S. 74.
[5] Z. d. wpr. G. V. XXXIII, S. 34.
[6] Hirſch, S. 92.
[7] H. R.[2] VII, S. 811, § 6.
[8] H. U. B. VIII, 324.

Digitized by Google

Bei der Wichtigkeit der Baie im Verkehrsleben der hanſiſchen Welt iſt es intereſſant zu ſehen, welche rechtliche Stellung die Deutſchen hier genoſſen. Das erſte Privileg eines bretoniſchen Herzogs datiert, ſoweit bis jetzt bekannt iſt, aus dem Jahre 1414; es iſt an die Bürger von Kampen gerichtet.[1] Daß aber auch die übrigen hanſiſchen Kaufleute nicht ohne Rechtsſchutz waren, beweiſt ein Vorfall aus dem Jahre 1416. Ein portugieſiſches Schiff, das ein lübiſcher Kaufmann gefrachtet hatte, wurde unter dem Vorwande, daß es nach England gehöre, bei Belle-Ile angehalten. Der Herzog verfügte jedoch Freilaſſung des Schiffes, als es ſich herausſtellte, daß der Frachtherr ein hanſiſcher Kaufmann ſei.[2] Das erſte allgemeine Privileg, das, ſoweit wir wiſſen, ein bretoniſcher Herzog hanſiſchen Kaufleuten erteilte, iſt aus dem Jahre 1430; es bezog ſich auf die Verkehrsfreiheit der Hanſen in Nantes.[3] Dieſes Privileg wurde 1433 auf das ganze Herzogtum ausgedehnt.[4] Daraus erfahren wir auch, daß ſchon vorher ähnliche beſtanden; denn der Herzog ſagt ausdrücklich: Ausquelz (nämlich den Kaufleuten der Hanſeſtädte) de tous temps nous avons eu bonnes amitiéz, confédérations, mesmes les seurtéz et sauvegardes que paravant ces heures nous leur avions donnés par noz lettres soubz noz scelés etc. Da wir nun ferner beſtimmt wiſſen, daß ſchon in früher Zeit für den Verkehr an der bretoniſchen Küſte den fremden Schiffern ſogenannte lettres de sauveté vom Herzog ausgeſtellt wurden[5], ſo dürfen wir wohl als ſicher annehmen, daß die hanſiſchen Kaufleute ſchon früh im Beſitz weitgehender Rechte geweſen ſind, zumal ihr Verkehr den Herzögen und deren

[1] H. U. B. V, 1123.
[2] Archives de Bretagne V, 1217 und 1218.
[3] Burmeiſter, S. 83.
[4] Archives de Bretagne VII, 2068.
[5] Pigeonneau, Histoire du commerce de la France I, S. 165.

Digitized by Google

Lehnsträgern große Vorteile brachte.[1] Daß es ihnen z. B. gestattet war, am Lande Waffen zu tragen, steht fest. Da aber der Verkehr im 15. Jahrhundert so außerordentlich zunahm, sodaß oft Hunderte von Seeleuten am Lande sich befanden, konnten natürlich Ausschreitungen nicht ausbleiben. So ist uns aus dem Jahre 1443 eine Schlägerei zwischen Holländern und Engländern bekannt.[2] 1452 verübten preußische Matrosen grobe Exzesse in Bourgneuf; sie plünderten das Haus eines angesehenen Kaufmanns, verstümmelten einen Barbier und töteten verschiedene Bürger.[3] Um solchen und ähnlichen Vorgängen vorzubeugen, wurde am 19. April 1458 ein Verbot gegen das Waffentragen am Lande erlassen.[4]

Von großer Wichtigkeit für die Entwicklung des Handels mußten natürlich die Zollsätze werden. Keineswegs war die Ausfuhr des Salzes zollfrei. Wie aber die Verhältnisse in Wirklichkeit lagen, läßt sich nicht mit vollständiger Sicherheit darlegen. Einmal wurden, wie es scheint, Ufer- und Ankergelder gezahlt, Zölle also, die auch sonst im Gebrauch waren und schon in der Merovingerzeit belegt sind.[5] Das Ufergeld (droit de rive = ripaticum) betrug 1 Denar pro Last, das Hafen- und Ankergeld (droit de port et ancrage = portaticum) 4 Denare für jedes Schiff. Außerdem scheinen noch der sogenannte „kleine Zoll" (petite coutume) = 10 Denaren für die Last Salz und der Zehnte (la dîme) gezahlt worden zu sein.[6]

Die Einnahme aus diesen Ausfuhrzöllen stand dem Herrn von Retz resp. dem von Thouars-Garnache zu, die jeder einen

[1] Vgl. das Privileg von 1433, wo dies hervorgehoben wird.

[2] Siehe oben S. 2.

[3] H. U. B. VIII, 129.

[4] H. U. B. VIII, 780 Einl.; Chevas, S. 22 berichtet es unter dem Jahre 1457.

[5] Waitz, Verfassungsgeschichte II³, 2, S. 303, 304.

[6] Luneau-Gallet, S. 57, 59, 60; Urkunde Nr. 5. Vgl. dazu Pigeonneau I, S. 96—98.

Digitized by Google

Teil der Insel Bouin in Besitz hatten.[1] In den Jahren, wo eine reiche Ausbeute eine große Schiffahrtsbewegung hervorrief, mußten sie ein bedeutendes Einkommen gewähren. Als dann im 15. Jahrhundert die Macht der Seigneurs durch die Königsgewalt gebrochen wurde, gingen die Zolleinkünfte an die Krone über. Ob die oben genannten Abgaben bestehen geblieben sind, kann aus Mangel an urkundlichem Material nicht entschieden werden. Doch gestattet eine Klage der Stadt Danzig bei Rochelle aus dem Jahre 1576 die Annahme, daß die Zölle im voraufgegangenen Jahre wesentlich erhöht worden waren.[2]

Mit diesen Ausfuhrzöllen nicht zu verwechseln ist die sog. gabelle oder Salzsteuer, eine Verbrauchssteuer, von der das ins Ausland gehende Salz direkt nicht betroffen wurde. Diese gabelle hat im 16. und 17. Jahrhundert mannigfache Änderungen erfahren[3], wodurch die Salzindustrie und daher auch der Salzhandel schweren Schaden litten.

Neben der Baie waren noch andere Plätze an der westfranzösischen Küste für den hansischen Verkehr von Wichtigkeit. Für den Salzhandel ist Brouage zu nennen, das 11 km südwestlich von Rochefort und 2 km vom Meere entfernt liegt. Dieser Ort wurde namentlich in der späteren Zeit viel besucht und hat die Baie allmählich überflügelt. Im 16. Jahrhundert war Brouage neben Rochelle, Nantes und Bordeaux der wichtigste und besuchteste Hafen an der Westküste.[4] Die Hansen

---

[1] Luneau-Gallet, Urk. Nr. 1, S. 229—230; Nr. 3, 4, 7, 12. Vgl. auch Paul Marchegay, Cartulaire des sires de Rays, Nantes 1857, Nr. 88 (Sonderabdruck aus der Revue des provinces de l'ouest, Jahrgang 3 und 4).

[2] Damus, Danzigs Beziehungen zu Frankreich, i. d. Z. d. wpr. G. V. V, S. 36, A. 1.

[3] Pigeonneau II, S. 117—122 und Naudé, Die Getreidehandelspolitik der europäischen Staaten, in den Acta Borussica, Getreidehandelspolitik I, S. 34.

[4] Pigeonneau II, S. 116.

Digitized by Google

nannten den Ort Brovase, Browasie, Borwasie, Barwase oder Bruwatze.[1] Brouage ist heute ein elendes Dorf, es zählt kaum 200 Einwohner. Während es im 16. Jahrhundert noch ungefähr 8000 ha Salinen besaß, gibt es deren heute höchstens 500[2], immer also noch mehr als bei Bourgneuf. Der Hafen war im Mittelalter den größten Schiffen zugänglich, jetzt ist er wie der von Bourgneuf vollständig versandet.

Der Hauptausfuhrartikel war Brouager Salz (barwadisch, borwaes, bruwais, burwasses solt), das in der Landschaft Saintonge und auf der gegenüberliegenden Insel Oléron gewonnen wurde, daneben Wein.[3] Brouage spielte eine ähnliche Rolle wie die Baie; es war Stapelplatz für Salz, Wein und die Waren des Südens. Das Salzmaß scheint mit dem der Baie nicht ganz übereingestimmt zu haben. 16 Hundert Brouager Salz waren gleich 28 Hundert baieschen Maßes[4]; also war das Brouager Hundert = $1^3/_4$ baieschem Hundert.

Während die Baie und Brouage Hauptausfuhrhäfen für Salz waren, war Rochelle (Roszele, Rossele, Rosseel, Rotczelle) ein Hauptweinplatz. Hier wurden der Rochelle- (Rossels win)[5] und Poitou-Wein[6] geholt. Ferner lud man dort Salz, das wahrscheinlich von der gegenüberliegenden Insel Ré kam. Auch südländische Produkte wurden nach Rochelle gebracht und von den Hansen verschifft: Honig, Rosinen[7], Romanyen- und Malvasier-Wein.[8] Außerdem werden als Ausfuhrartikel noch genannt Leinwand und Tücher.[9]

---

[1] Hirsch, S. 94; H. U. B. VIII, 84, § 36; H. R.[3] II, 509, § 79; H. R.[2] I, 385, § 4.

[2] Charay de Franchimont, Notice sur le port de Brouage, Paris, imprimerie nationale.

[3] H. R.[3] II, 509, § 79; 510, § 18.

[4] H. R.[2] VII, S. 734, § 77.

[5] H. R.[2] VII, S. 730, § 41. — [6] Hirsch, S. 95.

[7] H. R.[2] VII, S. 730, § 41.

[8] Hirsch, S. 95. — [9] H. R.[3] II, 511, § 24; H. U. B. V, 480.

Digitized by Google

Neben Rochelle kommen für die Weinausfuhr noch in Betracht Saintes und St. Jean d'Angély. Gascogner Wein holte man in Bordeaux (Bordeus oder Bordewis).[1]

Der Verkehr in den westlichen Gewässern entbehrte nicht der gesetzlichen Grundlage. Schon früh, aus dem Jahre 1266, haben wir eine Aufzeichnung von Seerechten, denen die Insel Oléron, wahrscheinlich weil sie damals der wichtigste Handelsplatz der Westküste war, den Namen gegeben hat. Diese rôles d'Oléron[2] waren zunächst bestimmt für die Westküste Frankreichs, namentlich werden genannt Bordeaux, Rochelle und die Küste der Bretagne; aber sie erlangten auch Gültigkeit in England, den Niederlanden und den Hansestädten.

Gehen wir den Bestimmungen im einzelnen nach, so finden wir, daß sie genaue Anweisungen geben über die Rechte und Pflichten der Schiffer und Kaufherrn, der Matrosen und Lotsen. Eingehend wird vor allem gehandelt über den Gebrauch des Strandrechts. Es war ja Sitte, daß die Waren, welche das Meer ans Land spülte, dem Landesherrn gehörten. Daß mit diesem Rechte mancher Mißbrauch getrieben wurde, ist klar und oft gerügt worden.[3] Schon 1236 hatte Heinrich III. von England Verfügungen erlassen über die Handhabung des Strandrechts an den Küsten von Poitou, der Gascogne und der Insel Oléron,[4] wodurch das Schicksal der Schiffbrüchigen wesentlich gemildert wurde. Nur wenn keiner von der Besatzung übrig blieb, sollten die Güter dem König verfallen. Ähnliche Bestimmungen enthalten die rôles d'Oléron: Wer wider den Willen der Schiffbrüchigen etwas nimmt, soll exkommuniziert und wie ein Räuber bestraft werden. Die gestrandeten Waren verbleiben

[1] Kunze, Hanseakten aus England, Nr. 60; Hirsch, S. 95.
[2] Pardessus, Collection des lois maritimes I.
[3] Schäfer, Die Hansestädte, S. 197.
[4] H. U. B. I, 292, A. 1.

Digitized by Google

dem Eigentümer. Wenn die ganze Schiffsmannschaft zu Grunde geht, sollen die Güter ein Jahr lang unter der Obhut des Landesherrn bleiben; meldet sich nach Ablauf dieses Zeitraums der Besitzer nicht, so soll das Gut verkauft und das gewonnene Geld zu wohltätigen Zwecken verwendet werden.

Natürlich konnten die Bestimmungen, wie sie in den rôles d'Oléron niedergelegt sind, einem entwickelteren Verkehr bald nicht mehr genügen. Auf den Hansetagen sehen wir denn auch wiederholt die Städte über seerechtliche Verhältnisse verhandeln. Für die Baienfahrt kommt hauptsächlich ein Beschluß in Betracht, der am 2. Juli 1401 in Lübeck gefaßt wurde und die Winterfahrt zwischen Martini und Lichtmeß untersagte.[1] Nur wenn der Schiffer vor dem 11. November eine volle Ladung Bier oder Heringe eingenommen hat, darf er noch später nach seinem Bestimmungsort fahren. (Beschluß vom 22. April 1403.)[2] Der Anfangstermin der Schiffahrt wurde Ende 1403 auf den 22. Februar hinausgeschoben.[3] Diese Bestimmungen über die Winterfahrt erfuhren für den Westverkehr eine Erweiterung. Es wurde gestattet, aus dem Swin und aus England zur Winterzeit westwärts zu fahren, und ebenso durften die Schiffe, die aus dem Westen von nod wegen in den Swin kamen, nach oder vor dem festgesetzten Termin ostwärts weiterfahren, wenn sie dort ihre Ladung nicht veränderten. (Beschlüsse vom 8. April 1404 und 12. März 1405.)[4] Diese Ausnahmen erwiesen sich als notwendig, um vor der Konkurrenz der Nichthansen, namentlich der Holländer, die ja im Baienverkehr allmählich eine große Rolle spielten, bestehen zu können.

Die Fahrten nach der Baie wurden wohl fast ausnahmslos in Flotten unternommen;[5] sie hießen Baienflotten und die

[1] H. R.[1] V, 23, § 5. — [2] H. R.[1] V, 128, § 2.

[3] H. R.[1] V, 158, § 2, Nr. 3. — [4] H. R.[1] V, 185, § 9; 225, § 7[2].

[5] Vgl. Stieda, Schiffahrtsregister, i. d. H. G. Bl., 1884; Lüb. Urkdb. VIII, 62, 65.

Digitized by Google

Schiffer Baienfahrer (Baivars). Dieſes Zuſammenfahren der Schiffe war unbedingt erforderlich, um den Gefahren, die auf der weiten Reiſe und namentlich in Kriegszeiten allenthalben drohten, beſſer begegnen zu können. Es ſcheint, daß alle Flotten, die aus dem Weſten Frankreichs kamen, gemeinhin den Namen Baienflotten trugen. Es erklärt ſich das daraus, daß die Schiffe, die weiter nach Süden fuhren, auf der Rückreiſe ſich mit den Schiffen in der Baie vereinigten, um zuſammen die Heimfahrt anzutreten. Aus dieſer Tatſache verſteht man, daß lange die Meinung vorherrſchen konnte, daß die Baie nichts anderes ſei als die Baie von Biskaya.

Wie man ſelten allein nach jenen weſtfranzöſiſchen Salzplätzen fuhr, ſo ſegelte man wohl auch nie ohne hinreichenden Schutz. Die Handelsſchiffe in dieſem Verkehr waren gutgebaute, ſtarke Fahrzeuge, wohlbemannt und -ausgerüſtet, die, wo es Not tat, einen feindlichen Angriff aufnehmen konnten. In der Regel werden, beſonders bei großen Flotten, auch Kriegsſchiffe, ſogenannte Friedenskoggen, mitgefahren ſein.[1]

Um das Intereſſe des Schiffsvolks an der Erhaltung des Schiffes zu gewinnen, erhielt jeder, Schiffer ſowohl wie Bootsmann, das Recht, eine beſtimmte Menge Waren für ſich zu laden.[2] Dieſes Freigut, voringhe genannt, beſtand bei den Baienfahrten aus einem Anteil Salz.

Mit großer Beſorgnis ſah man in den Hanſeſtädten ſtets der Ankunft der Baienſchiffe entgegen.[3] Größer als heutzutage waren die Gefahren, die dem Kaufmann und ſeinen Waren drohten. Zu den tückiſchen Elementen geſellte ſich in jenen Zeiten die große Schar von Piraten aller Nationen, die auch

[1] Vgl. Hirſch, S. 266.

[2] Vgl. Schäfer, Die Hanſeſtädte, S. 197.

[3] Vgl. Stein, Handelsbriefe aus Riga und Königsberg, i. d. H. G. Bl. 1898.

Digitized by Google

in friedlichen Tagen nie ganz vom Meere verschwanden. Dazu konnte der Kaufherr nie sicher sein, ob seine Schiffer aus Gewinnsucht nicht anderswo seine Waren löschten. Zwar standen auf solch treuloses Verhalten die strengsten Strafen; aber Ausreden gab es immer und von nodsaken wegen in einen fremden Hafen einfahren, konnte nicht gestraft werden.[1] In den meisten Frachtkontrakten, die wir besitzen, sind Bestimmungen dafür getroffen, wenn der Schiffer absichtlich oder gezwungen nicht an seinem Bestimmungsort, sondern etwa in Flandern oder England lösche.[2]

Da unser Versicherungswesen dem hansischen Verkehr des Mittelalters noch völlig unbekannt war, suchte man sich gegen alle Zufälligkeiten zu decken, indem man seine Waren nie auf einem Schiff verfrachtete. Daß eine größere Salzladung einem einzigen Eigentümer gehört hätte, ist wohl kaum vorgekommen. Der Kaufmann verteilte seine Waren auf mehrere Schiffe.[3]

Der hansische Kaufherr war auch stets ein tüchtiger Seefahrer. Da die Geschäfte damals fast ausschließlich persönlich gemacht werden mußten, so ließ er seine Schiffe selten allein fahren, sondern er zog mit über „See und Sand". Kaufmann und Schiffer waren eben noch nicht so scharf getrennte Begriffe wie heutzutage. Es gab keinen Schiffer, der an der Ladung des Schiffes oder am Schiffe selbst nicht auch als Besitzer beteiligt gewesen wäre.

War so der damalige Handel fast ausschließlich Properhandel, so finden sich doch auch Spuren von Kommissionsgeschäften und das namentlich im Baienhandel. Der Ausgangspunkt des Kommissionshandels liegt ja im Handel über See, in der Notwendigkeit, sich beim Handelsbetrieb am fremden

[1] Pauli, Lüb. Zustände im Mittelalter III, Urk. Nr. 242.
[2] Lüb. Urkdb. VII, 729; VIII, 62.
[3] Vgl. H. U. B. VIII, 215, § 37.

Digitized by Google

Ort vertreten zu lassen. Solche Vertreter, die dem Kaufmann auch in seiner Abwesenheit Handelsgeschäfte ermöglichten, nannte man Lieger; modern ausgedrückt sind es Faktoren oder Kommissionäre.

Diese Lieger spielten eine große Rolle im Baienhandel. Sie erscheinen als Aufkäufer des Salzes und als Zwischenhändler mit demselben. Natürlich unterlag das Salz bei dieser Art des Vertriebes nicht selten einer bedeutenden Preissteigerung. Wir begegnen Klagen auf hansischen Tagfahrten, daß durch diese Lieger dat solt deme gemenen manne in der Baie vorduret wert. Ja man beklagte sich sogar, daß das richtige Maß nicht geliefert werde[1] — Dinge, wie sie eben beim Zwischenhandel leicht vorkommen können.

Noch eine andere interessante Erscheinung bietet uns der Baienhandel. Wenn auch im hansischen Verkehr fast durchweg der echte, wahre Handel herrschte, der nur umsetzt, was vor Augen ist[2], so fehlte es doch keineswegs an Geschäften, bei denen die Spekulation eine Rolle spielte. Die Lieferungsgeschäfte (Termingeschäfte), die im heutigen Verkehr eine so große Wichtigkeit erlangt haben, waren schon im hansischen Baienhandel im Gebrauch. Eine Urkunde vom 9. Februar 1425 belegt das deutlich[3]: Hansische Kaufleute hatten sieben Schiffer aus Zierikzee und Westenschouwen in Dienst genommen, um aus der Baie Salz nach Reval zu holen. Als die beiden Städte ihren Schiffern die Fahrt nicht gestatten wollten, erklärten die Kaufleute, die Schiffer von dem Vertrag nicht entbinden zu können, da das Salz in der Baie bereits gekauft sei und auf Ostern geliefert werde.

Über die Preise der Waren sind wir genau unterrichtet.

---

[1] H. R.[2] II, 705.
[2] Schäfer, Die Hansestädte, S. 205.
[3] H. R.[1] VII, 795; Livl. Urkdb. VII, 242.

Digitized by Google

Das Salz weist in den verschiedenen Jahren erhebliche Schwankungen auf. Die von Hirsch in seiner Handelsgeschichte berechneten Preise lassen sich auf Grund neuerer Nachrichten noch ergänzen.

I. Preise des Salzes.[1]

1. In der Baie.

Es kostet

1 Last . . 1427 = 10 M. pr.
$10^2/_5$ M. pr.
11 M. 2 Scot.
13 M. 8 Scot.[2]

1436 = 9 M. 9 Scot.[3]

1438 = 21 M. 8 Scot.[4]

1440 = 12 M. pr.[5]

1452 = 2,96 M. pr.
2 M. pr.[6]

[1] Die Preise für 1 Last sind in preußischem Gelde angegeben, außer für Flandern und in wenigen Fällen, wo der Wert des fremden Geldes in preußischer Münze nicht bekannt war. Zur Umrechnung fremden Geldes in preußisches habe ich hauptsächlich die Angaben bei Hirsch benutzt, dann die bei Stieda, Revaler Zollbücher und Quittungen, S. XI und XII und bei Sattler, Handelsrechnungen, S. XXXIX ff.

[2] H. R. [2] I, 381, S. 289/290. 3 Hundert kosten nämlich 225 M. pr., das Hundert also 75 M., die Last, deren $7^1/_2$ auf das Hundert gehen, demnach 10 M. pr. Auf diese Weise läßt sich die Last leicht auch aus den übrigen Angaben berechnen: 2 Hund. = 156 M., 8 Hund. = 665 M., 3 Hund. = 300 M.

[3] Lüb. Urkdb. VII, 671. Hier ist der Preis für 1 Last in rigischem Gelde (= 11 M. 1 Ferding) angegeben. Da nach Hirsch, S. 243, in diesem Jahre die rigische Mark = 20 pr. Scot war, läßt sich der oben angegebene Preis leicht finden. — [4] Hirsch S. 258.

[5] Hirsch, S. 258. — 1449 wird die Last in einem lübischen Schadenverzeichnis mit 25 M. lüb., resp. $11^1/_9$ M. lüb. berechnet (H. U. B. VIII, 380, § 5 und 215, § 56).

[6] H. U. B. VIII, 215, § 69. 10 Hund. kosten nämlich 31 Pf. 8 Schill. vläm., 6 Hund. = 12 Pf. 16 Schill. vläm. Da nach Hirsch, S. 243, in diesem Jahre das vlämische Pfund = $7^1/_{12}$ M. pr. war, läßt sich der obige Preis leicht ermitteln.

Digitized by Google

1454 = $2^{7}/_{15}$ M. pr.[1]
1455 = 15 M. 1 Ferd.[2]

2. In Brouage.

1438 = 36 M. pr.[3]
1439 = { rund 22 M. pr. / 56 M. pr.[4]
1449 = 14 M. pr.[5]

3. In Rochelle.

1438 = 24 M. pr.[6]

4. In Flandern (Brügge und Swin).

1411 = $1^{3}/_{5}$ Pf. vl.[7]
1423 = $1^{11}/_{15}$ Pf. vl.[8]

---

[1] H. U. B. VIII, 1160, § 14: 2 Hund. = 37 M. pr.

[2] H. U. B. VIII, 1160, § 43.

[3] H. U. B. VIII, 84, § 65: 1 wage Salz kostet 5 engl. Nobel; nun sind 5 Hund. Brouager Salz = 92 wege, 1 Hund. also = 18 wege. Folglich kosten 18 wege (oder 1 Hund.) = 18 × 5 Nob. = 90 Nob., die Last also 12 Nob. = 36 M. pr. (Vgl. Hirsch, S. 242.)

[4] H. R.[2] VII, S. 734, § 84: 3 Hund. Brouager Salz = 165 Nob., 1 Hund. also 55 Nob.; rechnen wir die Nobel zu 3 M. pr., so erhalten wir für die Last 22 M. pr. — H. R.[2] VII, S. 734, § 77: 2 Hund. Salz = 40 wege, 1 Hund. also = 20 wege. 1 wage kostet 7 Nob., 20 wege (oder 1 Hundert) also 140 Nob. = 420 M. pr., die Last demnach 56 M. pr.

[5] Hirsch, S. 258. — Im Jahre 1488 kostet das Hundert $23^{1}/_{2}$ Kronen, 1489 24 Pf. vläm. (H. R.[2] II, 510, § 34; 509, § 29.) Leider ist der Wert dieser Münzen in preuß. Gelde für diese Jahre unbekannt.

[6] Hirsch, S. 258.

[7] H. R.[2] I, 385, § 4: Das Hundert = 12 Pf. vl. Rechnen wir das Pf. vl. zu rund $3^{1}/_{2}$ M. pr. (vgl. Sattler, Handelsrechn., S. XXXIX), so ergibt sich als Preis für die Last $5^{2}/_{5}$ M. pr.

[8] Livl. Urkdb. V, 2703: Das Hund. = 13 Pf. vl. Da nach Hirsch, S. 243, in diesem Jahre 1 Pf. vl. = $6^{1}/_{12}$ M. pr. war, ergibt sich als Preis für die Last $10^{1}/_{2}$ M. pr.

Digitized by Google

1429 = $1^{11}/_{50}$ Pf. vl.[1]
1440 = $2^{14}/_{15}$ Pf. vl.[2]
1449 = $1^{13}/_{15}$ Pf. vl.[3]
in Seeland 1408 = $1^{7}/_{10}$ Pf. vl.[4]

5. In England.

1407 = 31 M. 6 Sc.[5]

6. In Preußen (Danzig).

1399 = 8 M. pr.[6]
1404 = 16 M. pr.[7]
1410 = 3 M. 3 Ferd.[8]
1422 / 1423 = 23 M. pr.[9]
1427 = 120 M. pr.[10]
fiel auf = 24 resp. 18 M. pr.
1428 = 120 M. pr.[11]
fiel auf = 24 M. pr.

---

[1] Sattler, Handelsrechn., S. 498: Das Hundert = 9 Pf. 3 Schill. Nach Hirsch, S. 243, galt 1 Pf. vl. in diesem Jahre = $5^{3}/_{4}$ M. pr., also kostete die Last in preuß. Gelde rund 7 M.

[2] Hirsch, S. 258: 1 Last = 22 M. pr. 1 Pf. vl. galt in diesem Jahre $7^{1}/_{2}$ M. pr. (Hirsch, S. 243).

[3] H. U. B. VIII, 84, § 23: 1 Hund. = 14 Pf. vl. 1 Pf. vl. galt 8 M. pr. (Hirsch, S. 243), also kostete 1 Last in pr. Gelde 15 M.

[4] H. U. B. V, 894: 1 Hund. = 12 Pf. 15 Schill. Der Wert des vl. Pf. in preuß. Gelde ist für dieses Jahr nicht bekannt.

[5] Hirsch, S. 258.

[6] Stieda, Revaler Zollbücher und Quittungen, i. d. H. G. C. V., S. CXVII.

[7] Hirsch, S. 258.

[8] Sattler, Handelsrechnungen, S. 55.

[9] Hirsch, S. 258.

[10] Hirsch, S. 258; Scr. rer. Pruss. III, Fortf. d. Thorner Annalisten, S. 398.

[11] Scr. rer. Pruss. V, Bernt Stegmanns hans. Chronik, S. 495. Hirsch gibt den Preis auf 14 M. an.

Digitized by Google

1433 = { 12 M. 16 Sc.
14 M. 2 Sc.
18 M. 6 Sc.
19 M. 6 Sc.[1]

1434 = { 13 M. 12 Sc.
14 M. 21 Sc.
15 M. 6 Sc.[1]

1435 = 15 M. pr.[1]

1436 = { 13 M. 8 Sc.
21 M. 12 Sc.[1]

1439 = 27 M. pr.[1]

1442 = { 15 M. 6 Sc.
12 M. pr.[1]

1443 = { 12 M. pr.
4 M. pr.[1]

1444 = 13 M. pr.[1]

1448 = 12 M. pr.[1]

1450 = { 15 M. 6 Sc.
16 M. 12 Sc.[2]

1452 = 12 M. 2 Sc.[2]

1453 = 11 M. 12 Sc.[2]

in Königsberg { 1460 = 78 M. pr.
1461 = 90 M. pr.

resp. = 80—90 M. pr.[3]

1470 = 6½ M. pr.[4]

1485 = 40 M. pr.[5]

1486 = 40 M. pr.[6]

---

[1] Hirsch, S. 258.
[2] Hirsch, S. 259.
[3] Stein, Handelsbriefe, Nr. 21 u. 24.
[4] Weinreichs Danziger Chronik, hg. v. Hirsch und Voßberg, S. 9.
[5] Weinreich, S. 39.
[6] Weinreich, S. 45.

Digitized by Google

7. In Livland (Reval).

1373 = $5^{7}/_{9}$ M. pr.[1]
1378 = $6^{2}/_{9}$ M. pr.[2]
1379 = $6^{2}/_{9}$ M. pr.[2]
1381 = $6^{2}/_{9}$ M. pr.[2]
1382 = $6^{2}/_{9}$ M. pr.[2]
1383 = rund 6 M. pr.[3]
1384 = $6^{2}/_{9}$ M. pr.[4]
1394 = $5^{1}/_{3}$ M. pr.(?)[5]
nach Reval 1438 = 32 M. pr.[6]
in Riga 1458 = { 30 M. pr. vor / 20—22 M. pr. nach } Ankunft der Baienflotte.[7]

8. Auf Gotland.

1445 = 32 M. pr.[8]

9. In Kopenhagen.

1462 = $20^{1}/_{2}$ M. lüb.[9]

II. Preiſe des Weins.

Es koſtet

1 Faß Bord.-Wein 1375 = $18^{1}/_{3}$—20 M. pr.[10]

---

[1] Stieda, Revaler Zollbücher, S. CXVII: 1 Hund. = 13 Pf. vl. = 65 M. lüb.; das Münzenverzeichnis, S. XII, ſetzt 1 M. pr. = $1^{1}/_{2}$ M. lüb.

[2] Stieda, S. LVIII: 1 Hund. = 14 Pf. vl. = 70 M. lüb.; $1^{1}/_{2}$ M. lüb. = 1 M pr., Münzenverzeichnis, S. XII.

[3] Stieda, S. LIX: 1 Hund. = rund 70 M. lüb.; $1^{1}/_{2}$ M. lüb. = 1 M. pr.

[4] Stieda, S. LIX: 1 Hund. = 70 M. lüb.; $1^{1}/_{2}$ M. lüb. = 1 M. pr.

[5] Stieda, S. CXVII: 1 Hund. = 15 Pf. vl. = 60 M. lüb.

[6] Hirſch, S. 258.

[7] Stein, Handelsbriefe, Nr. 3, 10, 14, 15, 16.

[8] Hirſch, S. 258.

[9] Lüb. Urkdb. X, 283.

[10] H. R[1] III. 202, § 1: 1 Faß = 11—12 M. engl. 1 M. engl. iſt im 14. Jahrh. = 40 lüb. Schill. = $1^{2}/_{3}$ M. pr. (Vgl. Stieda, Revaler Zollbücher, S. XII.)

Digitized by Google

1 Faß Poitou-Wein 1402 = rund 9 M. pr.[1]
1 Pipe Roch. Wein 1436 = 27½ M. pr.[2]
1 Faß Roch. Wein 1436 = 28 M. 18 Sc. — 41 M. 6 Sc.[3]
1443 = 38 M.(?)[4]
1 Pipe Nanter Wein = { rund 60 M. pr.(?) / rund 21 M. pr.(?)[5]
1 Pipe Wein in der Baienflotte 1449 = 40 M. pr.[6]
1 Pipe Poitou-Wein 1453 = 15 M. pr.[7]
1 Faß Wein aus Brouage 1485 = 4 Pf. vl.[8]

III. Preise des Kanevas.

1 Hundert . . 1439 = 18 M. pr.[9]
1452 = 20 M. lüb.[10]
1453 = rund 11 M. pr.[11]

---

[1] Kunze, Hanseakten, 317, § 8: 92 Faß = 816 Nob. 1 Nob. galt Anfang des 15. Jahrh. = 21½—27 pr. Scot. (S. Sattler, Handelsrechn., S. XL.)

[2] H. R.² VII, S. 733, § 72: 40 Pipen = 300 Nob. 1 Nob. galt 1436 = 3⅔ M. pr. (Hirsch, S. 242.)

[3] H. U. B. VIII, 84, § 50: 15 Faß = 75 Pf. vl. 1 Pf. vl. schwankte 1436 zwischen 5 M. 18 Sc. und 8 M. 6 Sc. (Vgl. Hirsch, S. 243.)

[4] H. R.² VII, S. 735, § 93: 90 Faß = 1140 Nob. Die Nob. ist zu 3 M. pr. angenommen; vgl. Hirsch, S. 242.

[5] H. R.² VII, S. 735, § 96 und 97: 44½ Pipen = 911 Nob., 136½ Pipen = 958 Nob. Auch hier ist die Nob. zu 3 M. pr. angenommen.

[6] H. U. B. VIII, 215, § 67: 1 Pipe = 5 Pf. vl. 1 Pf. vl. galt um diese Zeit 8 M. pr.; vgl. Hirsch, S. 243.

[7] H. U. B. VIII, 1160, § 69.

[8] H. R.³ II, 509, § 79. Leider ist der Wert des vl. Pf. in preuß. Münze für dieses Jahr nicht bekannt.

[9] H. R.² VII, S. 734, § 79: 1 Hundert = 6 Nob. 1 engl. Nob. galt um diese Zeit 3 M. pr.; vgl. Hirsch, S. 242.

[10] H. U. B. VIII, 215, § 25.

[11] H. U. B. VIII, 1160, § 68: 3½ Hundert baiesches Kanevas = 800 pr. Ellen. 1 Hundert also rund 228 Ellen. 100 pr. Ellen kosten 5 M., demnach kostet 1 Hundert rund 11 M.

Digitized by Google

Auch über die Preise und Größe der Schiffe lassen sich einige Zahlen aufstellen. Als die eigentlichen Seeschiffe galten die Koggen, wozu man namentlich die Holke rechnete. Die Holke waren die eigentlich großen und schweren Schiffe. 1438 befanden sich in der Baienflotte Holke im Werte von 750, 900, 1500, 1875, 2225 M.[1] 1403 kostete ein mit Baiensalz beladenes Schiff 1114 Nob., andere standen im Werte von 2445, 2600, 1869 Nob.[2] 1449 waren in der Baienflotte Holke im Preise von 2400 und 1400 M.[3] Neben den Holken werden auch Kreyer im Baienverkehr genannt. Diese waren bedeutend kleiner als die Holke. 1438 werden einige, die an der Baienfahrt teilnehmen, abgeschätzt auf 375 und 638 M.[4] 1411 wird ein Kreyer erwähnt, der 12 Hundert (= 90 Last) Salz an Bord hatte.[5] Noch eine dritte Art von Schiffen begegnet uns auf den Fahrten nach Westfrankreich: Busen, die sonst nur zum Heringsfang benutzt wurden. Eine solche kam 1449 von Bordeaux.[6]

Die mittelalterlichen Schiffe waren natürlich bedeutend kleiner als die unserer Zeit. Die Durchschnittsgröße der hansischen mag im 14. Jahrhundert 50 Lasten betragen haben. Im 15. Jahrhundert, wo der Verkehr mächtig wuchs, wurden weit größere gebaut. Bei den Baienfahrten finden wir ganz ansehnliche Fahrzeuge, solche von 150 Lasten und darüber kommen vor. 1488 werden zwei Schiffe von über 150 Lasten erwähnt.[7] 1438 luden die größten Baienschiffe außer einer beträchtlichen Quantität anderer Waren 150—180 Last Salz.[8] Ein Holk hatte 24 Hundert Salz an Bord, macht 180 Last.[9] 1439 hatte

[1] Hirsch, S. 264.
[2] Kunze, Hanseakten, 317, §§ 11, 12, 13, 18.
[3] H. U. B. VIII, 84, § 23 u. 24. — [4] Hirsch, S. 264.
[5] H. U. B. VIII, 215, § 65. — [6] H. U. B. VIII, 84, § 11.
[7] H. R.[3] II, 251. — [8] Hirsch, S. 264.
[9] H. U. B. VIII, 61.

Digitized by Google

ein Schiff sogar 28 Hundert Salz (= 210 Last) geladen.[1] 1449 befanden sich in einem Schiff 18 Hundert Lissaboner Salz (= 144 Last) und $1^1/_2$ Hundert baiesches Salz (= rund 11 Last), dazu eine Menge anderer Waren.[2] Ein Schiff im Werte von 2000 M. lüb. lud 22 Hundert Salz (= 165 Last).[3] Schiffe von 100—150 Last sind keine Seltenheit im Verkehr mit der Baie.

Die Namen der Schiffe wurden gewöhnlich von den Heiligen entlehnt. Wir finden unter den Baienschiffen folgende ausdrücklich genannt: Mariencogge von Lübeck, Marienknecht von Middelburg, Marienschiff von Greifswald, Marienknecht von Danzig, Christoffer von Bremen, Jorgen und andere. Eins der berühmtesten Schiffe von Danzig war die große Karavelle „Peter von Danzig", früher ein französisches Handelsschiff mit dem Namen „Peter von Rochelle".[4]

Die Reederei ernährte zahlreiche Kaufleute in den Hansestädten. Selten besitzt der Kaufmann ein Schiff allein, in der Regel gehört dasselbe einer Genossenschaft. Solche von 16 Partnern kommen vor. Auch der Schiffer hat gewöhnlich einen Anteil am Schiff. Wird der Schiffer zu einer Fahrt nach der Baie geheuert, so erhält er in der Regel schon im voraus seine Fracht ausbezahlt, gegen das Versprechen jedoch, wenn keine Flotte ausgerüstet werde, das Geld zurückzuzahlen.[5]

Die Frachtsätze waren wegen der großen Gefahren, denen ein Schiff ausgesetzt war, sehr hoch und warfen einen reichen Gewinn ab. 1438 gewann ein Schiff, das 1400 M. kostete, ebensoviel an Fracht für eine einzige Fahrt aus der Baie nach Danzig.[6] Hirsch erwähnt[7], daß 1439 eine Last Baien-

[1] H. R.[2] VII, S. 734, § 77.
[2] H. U. B. VIII, 84, § 23. — [3] H. U. B. VIII, 215, § 29.
[4] Weinreichs Chronik, S. 1, A. 3.
[5] Vgl. Lüb. Urkdb. VIII, 62; Pauli, Lüb. Zustände III, Urk. Nr. 111.
[6] Hirsch, S. 267. — [7] Hirsch, S. 268.

Digitized by Google

salz von der Baie nach Seeland 1 M. Fracht kostete. Doch sind die Preise in der Regel viel höher. Vergleichen wir sie mit den Warenpreisen, so sehen wir, daß die Fracht für eine Last Salz beinahe ebensoviel kostete wie die Last selbst. 1428 kostete eine Last Baiensalz von Brügge bis nach Preußen an Fracht 8 M.[1] 1429 finde ich 4 M. als Fracht für die Last Baiensalz von Brügge bis Danzig angegeben.[2] 1442 kostete eine Last von der Baie bis Reval an Fracht 14 M. rig.[3] (= 9 1/3 M. pr.). 1438 20 M. rig. (= 13 1/3 M. pr.)[4], das Hundert von der Baie nach Sluis 12 Pf. vl. (die Last also 11 1/3 M. pr.)[4], 1449 die Last von der Baie nach Lübeck 13 M. lüb.[5], 1462 die Last von der Baie nach Reval 12 M. rig. 1 fr.[6]

Die Hauptbestimmungsländer für das Baiensalz waren England, die Niederlande, Deutschland und die Ostseegebiete.

Sehr früh sind die Engländer an dem Handel beteiligt. Solange sie noch Herren der westfranzösischen Küstengebiete waren, holten sie die Waren selber. Aber die Kriege, die sie um den Besitz jener Länder mit Frankreich zu führen hatten, brachten das Land wirtschaftlich herunter und störten den Handel. So kam es, daß andere Nationen auf den westfranzösischen Märkten allmählich heimisch wurden. Namentlich waren es die hansischen Kaufleute, die es verstanden, im westfranzösischen Verkehr sich ein entschiedenes Übergewicht zu erringen. Sie haben, indem sie die jeweilige politische Lage geschickt ausnutzten, aus dem Zwischenhandel Frankreichs und Englands ganz erheblichen Gewinn gezogen und England in wirtschaftliche Abhängigkeit von sich gebracht. Vom 13.—16. Jahrhundert hat diese hansische Vormachtstellung gedauert, obwohl es die Engländer nicht an Versuchen haben fehlen lassen, die Handelsvor-

[1] Sattler, Handelsrechnungen, S. 493. — [2] Sattler, S. 498.
[3] Lüb. Urkdb. VIII, 62. — [4] H. U. B. VIII, 61.
[5] H. U. B. VIII, 215, § 29. — [6] Lüb. Urkdb. X, 283.

Digitized by Google

herrschaft der Hansen zu brechen. In keinem Volke ist so früh ein nationaler wirtschaftlicher Wille erwacht wie bei den Angelsachsen.[1] Daß englische Unternehmungslust nicht vor geschriebenen Urkunden und Statuten Halt zu machen gesonnen war, zeigte sich schon 1461, als Eduard IV. eine Art Navigationsakte erließ und den hansischen Zwischenhandel zwischen England und der Baie untersagte.[2] Aber trotzdem haben die Hansen den Handel nicht aus der Hand gegeben, noch in der Mitte des 16. Jahrhunderts brachten sie westfranzösische Waren auf den englischen Markt.[3]

Von den deutschen Kaufleuten sind am frühesten Lübecker und Hamburger in der Baie zu finden. Hamburg scheint im 13. Jahrhundert ein Hauptstapelplatz für Baiensalz gewesen zu sein. Von hier aus wurde das Salz die Elbe hinauf geführt nach Braunschweig, Magdeburg, Brandenburg und Meißen.[4] Auch den Rhein hinauf kamen französisches Salz und französische Weine.[5]

Die preußischen und livländischen Städte beteiligten sich erst seit der Mitte des 14. Jahrhunderts an dem Baiensalzgeschäft. An der Spitze stand Danzig, daneben Reval. Die wendischen Städte traten vor ihnen zurück; erst um die Mitte des 15. Jahrhunderts finden wir wieder lübische Kaufleute zahlreicher unter den Baiensahrern. Immerhin bleiben die preußischen und livländischen Städte an erster Stelle.

Die große Verbreitung des Baiensalzes tat dem Lüneburger Salz gewaltigen Abbruch. Der Lüneburger Handel ging beständig zurück. Wir haben Klagen Lüneburgs aus den Jahren

---

[1] Schäfer, Deutschland zur See, S. 19.

[2] H. R.[2] V, 147.

[3] Kölner Inventar I, S. 389, Schreiben des Londoner Kontors an Köln vom 10. April 1555.

[4] H. U. B. I, 573, S. 204.

[5] H. U. B. III, 545, §§ 35, 36, 50.

Digitized by Google

1405 und 1407, infolgedessen der Herzog von Braunschweig-Lüneburg die Durchfuhr fremden Salzes durch seine Herrschaft verbot.[1] 1470 bediente man sich sogar der Hülfe des Dänenkönigs, um die Konkurrenz des Baiensalzes zu brechen. König Christian I. untersagte den Holländern mit Baiensalz durch den Sund zu fahren.[2]

Von Danzig aus wurde das Baiensalz in das preußische Hinterland und nach Polen ausgeführt. Besonders nach Litauen trieben die Danziger einen blühenden Salzhandel, den sie fast ausschließlich in ihre Hand brachten.[3] Den Norden Litauens beherrschten allerdings die Rigaer Kaufleute; sie fuhren die Düna hinauf und hatten in Polozk einen wichtigen Stapelplatz.[4] Neben den Landstraßen benutzte man von Danzig aus vor allem die Memel, um in das Innere des Landes zu gelangen. Der Haupthandelsplatz war Kauen (Kowno).[5] Von hier aus gingen wichtige Straßen weiter ins innere Litauen und nach Rußland.

Der Salzhandel brachte hier den größten Gewinn, weil der Artikel damals in Litauen gänzlich fehlte. Die Stadt Kauen übte über alles aus Preußen kommende Salz ein unbedingtes Stapelrecht. In der Stadt befand sich eine Danziger Niederlassung, die den Handel nur in großhändlerischer Weise betrieb; sie sandte ihre Faktoren durch ganz Litauen bis tief nach Rußland hinein. Alljährlich wurden von Danzig die Salzschiffe abgesandt.[6] Wenn im Frühjahr die Wasser vom Eise frei waren, kehrten die Schiffe mit den Produkten Litauens zurück. Als solche werden hauptsächlich genannt: Holz, Asche, Wachs und Pelzwerk.[7] Als später Wilna im Handel das Übergewicht über Kauen gewann, wurde das Salz dort auf den

[1] H. U. B. V, 786. — [2] H. R.[2] VI, 389 und 445.
[3] Hirsch, S. 162. — [4] Vgl. H. U. B. V, 1084.
[5] Vgl. H. U. B. VIII, 111, § 6.
[6] Hirsch, S. 164. — [7] Hirsch, S. 165—166.

Digitized by Google

Stapel gebracht (nach 1470). Infolgedessen verfiel das Kontor zu Kauen mehr und mehr, bis es 1540 tatsächlich aufgelöst wurde.[1]

Die Ausfuhr Danzigs beschränkte sich nicht allein auf Litauen und Polen, auch in den skandinavischen Reichen hatte man ein vorzügliches Absatzgebiet. Namentlich auf dem dänischen Schonen, in den beiden Heringsplätzen Skanör und Falsterbo, spielte der Salzbetrieb eine Hauptrolle. Das Salzen der Heringe erforderte große Mengen Salz, und die Lüneburger Salinen waren nicht imstande, den Bedarf allein zu decken.

Es wird an dieser Stelle angebracht sein, auf die Bedeutung der schonenschen Märkte für den Salzbetrieb hinzuweisen. Der Salzhandel befriedigte hier nicht nur den umfassenden Bedarf, sondern die beiden Orte bildeten auch, namentlich im 14. Jahrhundert, einen Salzmarkt für den Norden Europas überhaupt. Zu einer Zeit, wo die Nautik noch wenig entwickelt war, bot Schonen dem Verkehr aus dem Westen in das baltische Meer eine bequeme Zwischenstation, wo der Schiffer, um der weiten und gefährlichen Reise um das Falsterbo-Riff in die Ostsee aus dem Wege zu gehen, seine Waren absetzen konnte. Zu dieser Zeit spielten neben den wendischen, hauptsächlich die suiderseeischen Städte, die sogenannten Umlandsfahrer, unter ihnen an erster Stelle Kampen, im schonenschen Salzhandel eine Hauptrolle.

Als nun mit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts die hansische Schiffahrt immer leistungsfähiger wurde, brauchte man Schonen nicht mehr als Umschlagsplatz, sondern man fuhr durch den Sund in die Ostsee.[2] Die Stapelplätze für Baiensalz wurden in die preußischen und livländischen Städte verlegt. Damit hängt zusammen, daß erst jetzt die preußischen Städte

[1] Hirsch, S. 282 ff.

[2] Schäfer, Das Buch des lüb. Vogts auf Schonen, Einl. S. 64—72.

Digitized by Google

sich lebhafter am Baienhandel beteiligten, der bis dahin fast ausschließlich in den Händen der wendischen und suiderseeischen Genossen gelegen hatte.

Die Teilnahme Danzigs an dem Handel nach Livland und Nowgorod blieb gering. Hier brachten die livländischen Städte allmählich den Verkehr ganz in ihre Hand, an erster Stelle Reval und Riga. Von Riga aus benutzte man die Düna, um in das Innere des Landes zu gelangen; von Reval aus fuhr man in den finnischen Meerbusen, dann durch die Newa, den Ladoga-See in die Wolchow nach Nowgorod. Oder man benutzte die Landwege, die von Riga und Reval in das Innere Rußlands führten.[1]

Nicht unbedeutend auch war die Salzausfuhr Revals nach Finnland.[2]

Das Salzgeschäft muß ein sehr einträgliches gewesen sein; denn gerade die livländischen Städte stellten einen bedeutenden Anteil an den Baienfahrten dar.[3]

Ein wichtiges Absatzgebiet für das Baiensalz war naturgemäß auch das dichtbevölkerte Flandern. Es wurde nebst Poitou-Wein und anderen französischen Waren auf den Brügger Stapel gebracht und von da weiter durch Flandern verkauft; ja wir können annehmen, daß es auf der Brügge-Kölner Straße an den Rhein gelangte. An dem Handel beteiligten sich weniger die Flandrer selbst; sie hatten in ihrer großartig entwickelten Tuchindustrie eine hinreichende Erwerbsquelle, so daß sie die Frachtschiffahrt anderen Völkern überlassen konnten.[4]

---

[1] Hirsch, S. 154 ff.; Schäfer, Die Hansestädte, S. 185. Vgl. H. U. B. V, 512, 516, 807, 997, 1084, 1093, § 10, 11; Livl. Urkdb. II, 1228 (Regesten), IV, 1726, 1730, V, 2569, VI, ad N. 2096.

[2] Vgl. Livl. Urkdb. V, 2438.

[3] Vgl. Stieda, Schiffahrtsregister, i. d. H. G. Bl. 1884.

[4] Hirsch, S. 121.

Digitized by Google

Die hanſiſchen Kaufleute werden in erſter Linie das Salz gebracht und weiter verhandelt haben.[1]

Während die Flandrer ſich alſo weniger an einem aktiven Handel beteiligten, iſt von den nördlichen Niederlanden, von Holland und Seeland, gerade das Gegenteil zu berichten.

Um die Handelsverhältniſſe beſſer zu verſtehen, müſſen wir einen Blick in das politiſche Gebiet tun. Von den Städten der heutigen Niederlande haben nur Kampen, Deventer, Zütfen, Zwolle, Harderwijk, Elborg, Doesborg Doetinchem und Haſſelt zur Hanſe gezählt, vorübergehend auch Groningen, Stavoren, Sneek, Bolsward und Hindelopen. Die Frieſen der Grafſchaften Holland und Seeland, alſo der Landſchaften zwiſchen Vlie und Swin, haben nie zur Hanſe gehört.[2]

Die Bewohner dieſer Gebiete waren von jeher tüchtige Seeleute. Bis in die Zeiten der Karolinger laſſen ſie ſich als Händler und Seefahrer verfolgen. Es war eine ländliche, durchweg bäuerliche Bevölkerung, die von Kindesbeinen an mit dem Waſſer vertraut war. Der Schiffahrtsbetrieb ruhte ganz überwiegend auf ihr. Das ſtädtiſche Element trat noch im 16. Jahrhundert ganz zurück.[3]

Früh ſchon erſchienen die Frieſen in der Oſtſee. Im 13. Jahrhundert werden ſie von Lübeck und Zwolle als Konkurrenten im Oſtſeehandel angeſehen, denen es nicht erlaubt ſein dürfe, in direkter Fahrt nach Gotland zu ſegeln.[4] Aber es iſt den Hanſen nicht gelungen, ſie aus der Oſtſee fernzuhalten. Im Gegenteil, mehr und mehr haben ſie ſich dort eingeniſtet.

[1] Vgl. die Privilegien der Herzöge von Brabant für den Handel der hanſiſchen Kaufleute auf dem Markt zu Antwerpen: H. U. B. II, 266; V, 874; desgl. H. U. B. III, 499: Privileg Ludwigs III. von Flandern für den Handel in Flandern, 1360, Juni 14.

[2] Schäfer, Die Hanſe, 1903, S. 39.

[3] Schäfer, Deutſchland zur See, S. 17.

[4] H. U. B. I, 1154; Schäfer, Die Hanſeſtädte, S. 63; Schäfer, Das Buch des lüb. Vogts, Einl. S. 66.

Digitized by Google

Recht empfindlich wurde ihre Konkurrenz zuerst im 15. Jahrhundert, bei Gelegenheit des Krieges, den die wendischen Städte 1427—35 gegen Dänemark führten. Der dänische König hatte ihnen große Handelsvorteile zugestanden[1], und die Holländer haben diese denn auch zum Schaden der Hansen rücksichtslos ausgenutzt. Eine heftige Spannung trat allmählich ein. Die Vereinigung Hollands mit dem kräftig aufstrebenden Burgund (1433) mußte die Entwicklung des holländischen Handels begünstigen und damit zugleich das feindliche Verhältnis zur Hanse.

Im Verkehr mit der Baie haben die Holländer früh eine wichtige Rolle gespielt. Sie versorgten nicht nur ihr eigenes Land mit den westfranzösischen Produkten, sondern erschienen auch zahlreich in der Ostsee. Gerade in Zeiten, wo die Preußen sich wegen Kriegsgefahr nicht durch den Sund wagten, war das Baiensalzgeschäft äußerst gewinnbringend für die Holländer. In solchen Fällen blieb den preußisch-livländischen Kaufleuten nichts anders übrig, als auf dem Landweg über Hamburg-Lübeck den Sund zu umgehen oder sich der Vermittlung der Holländer zu bedienen. Jedenfalls wurden sie im 15. Jahrhundert den Hansen ganz gefährliche Konkurrenten auch im Baienhandel.[2] In der Regel drückte die Ankunft einer holländischen Flotte in den preußischen oder livländischen Häfen die Salzpreise gewaltig herunter. Die Großhändler sahen deshalb der Ankunft der Holländer nie ohne Besorgnis entgegen, da in diesem Falle geringer Gewinn für sie in Aussicht stand.[3]

Wir haben gesehen, daß der Baienhandel hauptsächlich in den Händen von Nichtfranzosen lag. In der Tat haben die Franzosen lange Zeit die Ausnutzung ihres Handels den Frem-

[1] Hirsch, S. 127.

[2] Schäfer, Die Hanse und ihre Handelspolitik, S. 24.

[3] Vgl. Stein, Handelsbriefe aus Riga und Königsberg, i. d. H. G. Bl. 1898.

Digitized by Google

den überlassen. Höchstens nach Flandern und nach der Südküste von England kam der französische Kaufmann im Mittelalter mit seinen Waren. Dagegen ist er bis ins 15. Jahrhundert hinein nicht im baltischen Meer zu finden. 1449 hören wir zum ersten Male, daß unter den aus der Baie zurückkehrenden Schiffen auch einige französische sich befanden.[1] Das Erscheinen des „Peter von Rochelle" in Danzig 1462 ist auch noch eine Ausnahme. Die nationale Periode des französischen Handels beginnt erst mit Ludwig XI.[2] und damit auch ein Vordringen französischer Kaufleute in bis dahin unbekannte Gebiete. Mit dem Ausgang des Jahrhunderts und besonders im sechzehnten befuhren französische Schiffe schon in ziemlicher Anzahl die Ostsee.[3]

Immerhin bleibt die Tatsache, daß die Hansen vom 13. bis 16. Jahrhundert die Hauptrolle im Baienhandel gespielt haben, und daß erst dann die Holländer an ihre Stelle traten.

[1] H. R.[2] III, 536.

[2] Pigeonneau, Histoire du commerce I, S. 2 und 400.

[3] Damus, i. d. Z. d. wpr. G. V. V, S. 36.

Digitized by Google

III. Nachrichten über die geschichtliche Entwicklung des Handels.

1. Die Anfänge des Handels.

Die Anfänge der westfranzösischen Salzindustrie reichen zurück bis ins frühe Mittelalter. Es möchte aber vergebliches Bemühen sein, genau das Jahrhundert anzugeben, in dem die ersten marais salants angelegt worden sind. Wenn Reclus in seiner Geographie Frankreichs[1] behauptet, daß die Salzgewinnung schon im 7. Jahrhundert an der Westküste Frankreichs nachweisbar sei, so bleibt er dafür den Beweis schuldig. Freilich unbedingt von der Hand zu weisen ist diese Behauptung nicht; denn im 7. Jahrhundert gründete der heilige Philibert auf Noirmoutier ein Benediktinerkloster, und von der Tätigkeit dieses Heiligen leiten die Bewohner von Noirmoutier ihre Kenntnis der Seesalzgewinnung her. Will man diese Überlieferung nicht gelten lassen, so darf man doch mit Sicherheit behaupten, daß irgend ein besonderes Interesse die Mönche nach dieser entlegenen Insel geführt haben muß, und daß entweder schon zur Zeit ihrer Niederlassung dort Salz gewonnen wurde oder, was wahrscheinlicher ist, daß sie den Betrieb dort heimisch machen wollten. Daher können wir der Meinung Piets[2], daß die ersten

[1] Reclus, Nouvelle géographie universelle II, S. 509.
[2] Piet, Recherches sur l'île de Noirmoutier, S. 36.

Digitized by Google

Anlagen von marais durch Mönche der Abtei ausgeführt seien und zwar im 8. Jahrhundert, beipflichten, zumal wir aus dem 9. Jahrhundert schon die Nachricht haben, daß Schiffe in jene Gegenden kamen, um Salz zu holen.[1] Aus derselben Zeit (821) haben wir eine Verordnung König Ludwigs, der den Bewohnern der Meeresküste das Recht zuspricht, Salz zu gewinnen.[2] Sicher also im 9., vielleicht schon im 8. Jahrhundert hat man Salz an der französischen Westküste gewonnen.

Soweit ein Handel über See mit diesem Artikel stattfand, war er jedenfalls sehr unbedeutend; es ist kaum anzunehmen, daß er sich über die westlichen und nordwestlichen Küstengebiete hinaus erstreckte. Vorläufig wird er in der Hauptsache den Bedarf jener Gegenden befriedigt haben. Die Normannen, die bekanntlich ihre Züge bis in diese Gebiete ausdehnten, sind vielleicht die ersten gewesen, die das französische Seesalz in entferntere Gegenden gebracht haben. Nach ihnen mögen dann öfters Schiffe aus dem Norden nach dem Westen Frankreichs gesegelt sein, um den wichtigen Artikel nach der Heimat fortzuführen.

Die ersten sicheren Nachrichten über einen westfranzösischen Handel weisen uns in das 12. Jahrhundert. Es sind englische Kaufleute, die in Poitou Wein holen, um ihn nach London zu bringen.[3] Aus dem Ende desselben Jahrhunderts besitzen wir eine Urkunde, in der die Königin Alienore die Freiheiten der Insel Oléron bestätigt und ihren Bewohnern erlaubt, Wein und Salz ungehindert zu verkaufen.[4] Daraus geht hervor, daß die Insel Oléron um diese Zeit bereits eine wichtige Rolle im Wein- und Salzhandel spielte. Auch der Umstand, daß im 13. Jahrhundert

[1] Translatio St. Philiberti, S. 90.
[2] Waitz, Verfassungsgesch. IV², S. 135 u. Anm. 3.
[3] H. U. B. I, 13 und III, 603, A.
[4] Rymer, Foedera I, 1, S. 75.

Digitized by Google

eine Sammlung von Seerechten (siehe S. 24) gerade nach ihr benannt wurde, beweist, welche Bedeutung unsere Insel hatte. Wenn auch in dieser Sammlung nur Wein als Ausfuhrartikel angegeben ist, so dürfen wir doch mit Sicherheit behaupten, daß auch der Salzexport bedeutend gewesen ist.

Daß die Westküste Frankreichs, vor allem Bordeaux, Rochelle und Nantes, bereits am Anfang des 13. Jahrhunderts mit Deutschland in Verbindung gestanden hätte, wie Pigeonneau in seiner Handelsgeschichte[1] ausführt, kann doch wohl schwerlich behauptet werden; bis jetzt wenigstens fehlen darüber alle historischen Dokumente.

Es ist kaum zu leugnen, daß die Engländer, solange sie die Westküste Frankreichs in ihrem Besitz hatten, auf den Märkten und im Handel die Hauptrolle spielten. Die fortwährenden Kämpfe aber, die sie mit Frankreich führten, dann vollends der Verlust der Bretagne und von Poitou, handelspolitisch so wichtiger Küstenstrecken, mußten dem englischen Handel einen empfindlichen Stoß versetzen und auch anderen Völkern den Weg in jene Gebiete eröffnen. Die Flandrer scheinen von diesen die ersten gewesen zu sein, die jene westlichen Gestade aufsuchten.

1226 hören wir zuerst von ihnen; es werden uns 13 Schiffe genannt, die in der Gascogne, in Rochelle, bei St. Johannem (St. Jean d'Angély) und Senomannum (Saintes?) Wein luden.[2] 1227 finden wir Antwerper Kaufleute aus dem Lande Heinrichs von Brabant in St. Sammanum (Saintes?), um eine Ladung Wein von dort nach Boston (St. Botulfsmarkt) und Berwick zu führen.[3] Diese Nachricht lehrt uns auch, daß die Flandrer und Brabanter nicht allein ihre Heimat mit den westfranzö-

[1] Pigeonneau I, S. 155—157.
[2] H. U. B. I, 198 und 201.
[3] H. U. B. I, 220.

Digitized by Google

fischen Waren versorgten, sondern auch den Verkehr mit England vermittelten.

Deutsche Kaufleute können wir um diese Zeit noch nicht an der Westküste Frankreichs nachweisen.

Bis ins 12. Jahrhundert hinein kann ja von einem deutschen Seehandel kaum die Rede sein. Die Nordsee war das einzige Meer, an dem das deutsche Reich ein unmittelbares Interesse hatte. An seinem Gestade liegen die ersten Anfänge deutschen Seeverkehrs. Die Fahrten vollzogen sich ganz überwiegend auf den Binnengewässern und dem Wattenmeer; doch hat man das offene Meer nicht ganz gemieden. Von den Mündungsgewässern des Rheins, der Maas und Schelde gelangte man schon früh nach England.

Das wurde anders, als die großartige Kolonisation der Ostseeländer vollzogen war (Mitte des 13. Jahrhunderts), die den Deutschen zum Herrn der ganzen Südküste des baltischen Meeres machte, von Kiel bis hinauf zum finnischen Meerbusen.[1] Diese Kolonisation war „eine Kulturtat ersten Ranges". Ihr verdanken wir die großartige Entwicklung unseres mittelalterlichen Verkehrs, unsere jahrhundertelange Vormachtstellung auf den nordeuropäischen Gewässern.[2]

Mit dem Emporblühen der deutschen Ostseesiedelungen entwickelten sich Beziehungen zwischen den baltischen Gebieten und dem Westen Europas. Es war die Zeit, wo der Kaufmann zuerst begann, seinen Gewinn im Vertrieb von Massenprodukten zu suchen, wo die Erträge des Ackerbaus und der Waldwirtschaft, des Bergbaus und der Fischerei in den Verkehr kamen. Hatte man sich bisher auf wenige, aber wertvolle und leicht zu transportierende Gegenstände beschränkt, so traten jetzt Handelsartikel auf, die nur in größeren Mengen Gewinn

[1] Schäfer, Deutschland zur See, S. 5.
[2] Schäfer, Deutschland zur See, S. 6.

Digitized by Google

bringen konnten und dem Verkehr einen ganz anderen Charakter gaben. Neben Getreide und Holz, Teer und Pech, Eisen und Eisenerzen wurde namentlich das Seesalz ein beliebter Handelsgegenstand.[1] Durch den Verbrauch dieses Artikels trat der deutsche Kaufmann zuerst in Verbindung mit dem Westen Frankreichs.

Baiensalz wird in Deutschland zuerst erwähnt in einer Urkunde des Jahres 1276. Es ist diese eine spätere Bearbeitung und Ergänzung einer Urkunde von 1262, die Baiensalz noch nicht aufführt.[2] Beide Urkunden enthalten eine Zollordnung für die Hamburg besuchenden fremden Kaufleute, und zwar sind es Ausfuhrzölle. Es ist anzunehmen, daß die Hamburger selbst das Salz geholt haben.

Noch ein anderes Dokument weist uns darauf hin. Wenn wir nämlich in dem ältesten hamburgischen Schiffsrecht, das nach Lappenbergs Ausführungen[3] älter als 1270 ist, im Artikel 9[4] Salz und Wein aus Rochelle erwähnt finden, so zeigt das, daß der hamburgische Handel sich bis in jene Gegenden erstreckte. Auch das lübische Schiffsrecht vom Jahre 1299[5] erwähnt im Artikel 10 Wein aus Rochelle. Es sind dieses die ersten sicheren Nachrichten vom Auftreten deutscher Kaufleute an der französischen Westküste. Wir dürfen mit ziemlicher Gewißheit behaupten, daß Ende des 13. Jahrhunderts die Handelsbeziehungen der Hanse zu Westfrankreich eröffnet wurden.

Der gänzliche Mangel aber an weiteren Nachrichten läßt uns diesen Verkehr noch als einen recht dürftigen und unbedeutenden erscheinen. Der fast ununterbrochene Kriegszustand zwischen England und Frankreich ließ einen ausgedehnten Han-

[1] Schäfer, Deutschland zur See, S. 7.

[2] H. U. B. I, 573, S. 204.

[3] Lappenberg, Hamb. Rechtsaltertümer I, Einl., S. 137; vgl. dazu H. G. Bl., 1900, S. 47.

[4] Lappenberg, S. 77. — [5] Lüb. Urkdb. II, 105.

Digitized by Google

delsbetrieb nicht aufkommen. Auch der Friede von Chartres (1299) schaffte noch keine günstigeren Bedingungen, da Philipp IV. den Kampf gegen Flandern fortsetzte. Infolgedessen gerieten auch Holland und Brabant, die zu Frankreich hielten, mit Flandern in Konflikt. Man suchte sich gegenseitig die Handelsschiffe wegzufangen: Flandrische Schiffer plünderten ein holländisches Schiff bei Rochelle.[1]

Mußten schon diese kriegerischen Wirren lähmend auf den Handelsverkehr einwirken, so führten Ausfuhrverbote des französischen Königs vollends eine Unterbrechung herbei. 1302 untersagte nämlich Philipp IV. die Ausfuhr von Wein, Getreide und anderen Waren. Von diesem Verbot sollten diejenigen Kaufleute nicht betroffen werden, denen die Ausfuhr durch Vertrag zugestanden war, unter der Bedingung jedoch, daß sie die Waren nicht in Feindesland führten und sich erst die Erlaubnis des Königs holten.[2]

Schärfer gefaßt war das Ausfuhrverbot von 1304[3], das ein langes Verzeichnis von Waren enthält. Unter diesen ist Wein genannt, merkwürdigerweise Salz nicht; doch gestattet uns die Schlußbemerkung: et quascumque merces etiamsi in præsentibus non nominentur, quas pro nominatis expresse volumus haberi, auch Salz zu den verbotenen Ausfuhrartikeln zu rechnen, da Poitou und Saintonge, die Gebiete also, die hauptsächlich am Salzexport beteiligt waren, ausdrücklich genannt werden.

Erst mit dem Jahre 1305, in dem der Friede zwischen Frankreich und Flandern zustande kam, schienen bessere Zeiten für den Handel anzubrechen, zumal 1308 sich Eduard II. von

---

[1] H. U. B. II, 71, A. 1; III, S. 422 (Schreiben Philipps vom 10. Oktober 1306).

[2] Ordonnances des rois de France I, S. 351.

[3] Ordonnances I, S. 422.

Digitized by Google

England mit Isabella, der Tochter Philipps IV., vermählte. Die englischen Kaufleute nutzten die günstige Lage nach Kräften aus. Es wird uns berichtet, daß zur Krönungsfeier allein 1000 Faß Wein aus der Gascogne geholt wurden.[1] Auch nach Poitou fuhr man: Ein Bürger von Lynn, der in Nantes Lampreten und in Poitou Salz geladen hatte, wurde von deutschen Schiffern 1311 geplündert.[2]

Ob in jenen Jahren auch deutsche Kaufleute die Küste von Poitou aufgesucht haben, darüber haben wir keine direkte Nachricht. Doch glaube ich daraus, daß ein Kölner Bürger 108 Tonnen Gascogner Wein nach Holland verkaufte[3] (1316), schließen zu dürfen, daß die deutschen Kaufleute in dem westfranzösischen Handel nicht zurückblieben.

Der Friede zwischen England und Frankreich war nur von kurzer Dauer. Schon 1324 begannen die Feindseligkeiten wieder. Nach einer 10jährigen Waffenruhe, die mit der Ermordung Eduards II. eintrat, folgten dann jene gewaltigen Kämpfe, die über 100 Jahre die beiden Nationen in Atem gehalten haben. Bis zum Frieden von Brétigny (1360) liegen nur ganz vereinzelte Nachrichten über den westfranzösischen Handel vor. 1342 finden wir Bürger von Kampen in Rochelle.[4] 1351 lieferte ein hansischer Kaufmann, Johann Lange, 22 Faß Gascogner Wein nach London.[5]

Ein Jahr nachdem der Friede von Brétigny die Ruhe im Westen vorläufig wiederhergestellt hatte, begannen im Osten die Kämpfe der Hansestädte mit Waldemar von Dänemark, die erst 1370 durch den Stralsunder Frieden ihren Abschluß fanden. Wir begreifen leicht, daß bis dahin nicht eine Spur von Han-

[1] Pauli, Geschichte von England IV, S. 205.
[2] H. U. B. II, 324.
[3] Kunze, Hanseakten aus England, 60.
[4] H. U. B. III, 653. — [5] Kunze, Hanseakten, 157.

Digitized by Google

delsverkehr der Hanse mit Westfrankreich vorhanden ist. Der Handel war schweren Hemmnissen unterworfen und lag zeitweise durch Handelsverbote ganz darnieder.[1]

Dagegen finden wir andere Nationen, die von den hansisch-dänischen Verwicklungen nicht berührt wurden, in den westlichen Gewässern. Das Privileg Eduards III. an die flandrischen Kaufleute vom Jahre 1363 weist auf Beziehungen derselben zu Bayonne hin.[2] Andeutungen auf einen Verkehr zwischen England und der Gascogne finden sich gleichfalls im Jahre 1363.[3] Die Kamper holten Wein und Salz in der Baie und brachten es namentlich nach Schonen.[4]

Erst als der Friede mit Dänemark geschlossen war, treffen wir auch wieder deutsche Kaufleute auf den westfranzösischen Handelsplätzen. 1370 holte ein lübischer Schiffer für einen Engländer Salz aus der Baie.[5] Die häufigen Räubereien der Normannen[6], die den Handel sehr beeinträchtigten, machten Verhandlungen mit dem französischen König notwendig. Karl V. erwies sich den Hansen freundlich und verbot seinen Ausliegern, die hansischen und preußischen Schiffe zu belästigen (Herbst 1375).[7] Doch hörten damit noch keineswegs die Plünderungen auf. So wurden im Jahre 1378 24 preußische Schiffe von der Küste der Normandie aus angefallen. Karl V. versprach den Geschädigten Ersatz und bemühte sich, die Hansen von seiner wohlwollenden Gesinnung zu überzeugen.[8]

Weniger freundlich war in dieser Zeit das Verhältnis zu England. Die Neutralität der hansischen Schiffe wurde in dem

---

[1] Schäfer, Die Hansestädte, S. 356.
[2] H. U. B. IV, 76, A. 1. — [3] H. U. B. IV, 99, A. 1.
[4] H. U. B. IV, 105; Schäfer, Das Buch des lüb. Vogts, Einl., S. 66.
[5] Kunze, Hansealten, 197.
[6] H. U. B. IV, 374; H. R.[1] II, 86, § 17.
[7] H. U. B. IV, 513.
[8] Hirsch, S. 95; vgl. auch H. R.[1] II, 168.

Digitized by Google

wieder ausgebrochenen Kriege der beiden Westmächte mehrfach verletzt. Besonders hatten sich die Preußen über die Engländer zu beklagen. 1375 hören wir, daß ein Danziger Bürger, Hermann Hallembergh, auf der Fahrt von Bordeaux von Engländern seines Weines beraubt wird.[1] Verschärft wurde der Konflikt dadurch, daß die Engländer am 12. Mai 1385 den Preußen sechs Schiffe im Swin wegnahmen.[2] Sofort wurde alles englische Gut in den preußischen Häfen mit Arrest belegt. Gleichzeitig ging eine Gesandtschaft nach England. Bei den Verhandlungen kam der Schaden, den man in letzter Zeit von den Engländern erlitten hatte, zur Sprache, und wir erfahren, daß 1378 ein Danziger Bürger, Tidemann Stiker, als er mit vielen anderen Schiffen aus der Baie kam, an der englischen Küste beraubt wurde.[3] Diese Nachricht ist vor allem deshalb von Interesse, weil wir hier zum ersten Male von Danziger Schiffern in der Baie hören.

Der Verkehr der Preußen an der Küste von Poitou und namentlich in der Baie muß um diese Zeit schon ziemlich bedeutend gewesen sein. Der Hauptanteil an diesem Verkehr war ohne Zweifel auf seiten Danzigs, das ja seit etwa 1380 den preußischen Großhandel zum größten Teil an sich brachte.[4] Auch Reval ist schon lebhaft an dem Baiensalzhandel beteiligt. Es kamen dorthin:

1378	. . .	61	Hundert	Salz	= 457	Last.
1379	. . .	32	„	„	= 240	„
1381	. . .	54½	„	„	= 408	„
1382	. . .	13	„	„	= 97½	„
1383	. . .	148½	„	„	= 1113	„
1384	. . .	21	„	„	= 157	„[5]

[1] H. R.[1] III, 317, § 11.

[2] Koppmann, Die preuß.-engl. Beziehungen der Hanse, i. d. H. G. Bl. 1883, S. 118; vgl. H. R.[1] III, 198, § 6.

[3] H. R.[1] III, 202, § 15. — [4] Hirsch, S. 83.

[5] Stieda, Revaler Zollbücher, i. d. H. G. Q. V, S. LVIII und LIX.

Digitized by Google

Betrachten wir dazu die fortwährenden Klagen der Hansen über Plünderung durch die Normannen, Bretonen und Engländer[1], so sehen wir, daß der Baienhandel in den achtziger Jahren in kräftiger Blüte stand.

Bereits waren die Hansen auch stark an der englischen Einfuhr beteiligt. 1381 sollte ein Danziger Schiffer für einen Londoner Kaufmann Salz in der Baie laden.[2] 1383 erhielten hansische Kaufleute von König Richard II. die Erlaubnis, eine Ladung schonensches Herings gegen Zahlung der üblichen Zölle nach Bordeaux auszuführen, um dafür Wein nach England zurückzubringen.[3] 1386 wurde ein preußischer Schiffer von König Richard für die Fahrt nach Bordeaux geleitet.[4] 1384 beklagten sich zwei Londoner Kaufleute über den Anspruch der Hansen auf Ausdehnung der für ihre heimischen Waren gewährten Zollfreiheit auch auf ihre nicht aus Deutschland stammende Einfuhr und erwähnten dabei ausdrücklich das Baiensalz[5], ein Beweis, daß dieses damals schon in Mengen nach London gekommen sein muß.

Aus allen diesen Tatsachen geht deutlich hervor, daß die Beziehungen der Hanse zur Baie schon recht rege waren. Nicht zum wenigsten hat dazu die freundliche Gesinnung beigetragen, die der französische König Karl VI. den Hansen bezeigte. Da er mit den Engländern, die bereits ihre französischen Plätze

---

[1] H. R.[1] III, 144, 358. 1387(?) plünderten die Normannen einen Holk mit Salz in der Baie (H. R.[1] III, 341, § 3). 1388 nahmen die Engländer eine Stralsunder Kogge, die mit Wein beladen von Rochelle nach London wollte (Kunze, Hanseakten, 345, § 4). 1389 raubten die Engländer einem Schiffer aus Zierikzee, der von Rochelle nach dem Swin segelte, 22 Faß Poitou-Wein (Kunze, Hanseakten, 329, § 18).

[2] H. R.[1] III, 404, A, § 30.

[3] Kunze, Hanseakten, 219; vgl. Kunze, 265: 1391 erlaubte Richard II. hansischen Kaufleuten Getreide nach Bordeaux und Bayonne auszuführen gegen eine Rückfracht Wein.

[4] Kunze, Hanseakten, 230. — [5] H. U. B. IV, 806.

Digitized by Google

bis auf einige wenige verloren hatten, im Kampfe stand, diese ihrerseits mit den Hansen fortwährende Reibereien hatten, so ist erklärlich, daß Karl den deutschen Kaufleuten gern den Weg in seine neuen Besitzungen eröffnete und ihren Wünschen entgegenkam.[1]

Im Jahre 1388 wurden endlich durch den Marienburger Vertrag die Feindseligkeiten zwischen England und Preußen beigelegt. Die Engländer gelobten den Preußen Schadenersatz; dafür erhielten sie das Recht, in jeder Hafenstadt Preußens anzulegen und ihre Waren zum Verkauf zu bringen.[2]

Aber dem so frisch aufgeblühten Verkehr stellten sich bald neue Hindernisse in den Weg. Streitigkeiten der Hanse mit Flandern veranlaßten im August 1388 die Verlegung des Stapels von Brügge nach Dordrecht. Jeder Handel mit Flandern war verboten[3]; die wichtigsten Artikel, Baiensalz und Poitou-Wein, durften nur auf den Dordrechter Stapel gebracht werden. Es wurde streng untersagt, sie an irgend einen Flandrer zu verkaufen.[4] Der Graf von Holland gewährte zwar für diese Artikel möglichst günstige Zollsätze[5]; aber es läßt sich denken, daß die unsicheren Verhältnisse, die sich jeden Augenblick wieder ändern konnten, den Kaufmann nicht zu den weiten Fahrten nach der Baie verlockten. Immerhin haben wir aus dem Jahre 1390 eine Bescheinigung des in Dordrecht weilenden deutschen Kaufmanns über den Ankauf von dreizehn Hundert Salz auf dem Dordrechter Stapel.[6]

Zwar war mit der Rückkehr des Kaufmanns nach Brügge (Ende 1392) hier ein auf sicheren Grundlagen ruhender Handel

---

[1] H. R.[1] III, 162—165.
[2] Koppmann i. d. H. G. Bl. 1883, S. 119 und Hirsch, S. 100.
[3] H. U. B. IV, 917 u. 965.
[4] H. U. B. IV, 968; H. R.[1] III, 425, §§ 1, 9; 428.
[5] H. U. B. IV, 965, § 1. — [6] H. U. B. IV, 1008 und 1009.

Digitized by Google

wieder möglich. Doch fehlen uns aus den nächsten Jahren bestimmte Nachrichten. Wir hören nur, daß die Vitalienbrüder Schiffe plünderten, die aus Frankreich mit Öl, Wachs, Honig, Wein und anderen Gütern kamen.[1] Ihr Treiben, welches bekanntlich mit den dänisch-mecklenburgischen Kämpfen im Zusammenhang stand, wird es hauptsächlich gewesen sein, das die Kaufleute vor weiteren Fahrten zurückschreckte.[2] Nur ein Fall ist bekannt, wo ein Danziger Bürger Salz in der Baie holt: 1397 fiel Klaus Rogge, als er von der Baie nach Preußen segelte, einem Seeräuber in die Hände.[3]

Erst als mit dem Ende des Jahrhunderts die Verhältnisse im Norden zur Ruhe gekommen waren, konnten Handel und Schiffahrt sich wieder entfalten. So sehen wir denn, daß mit dem neuen Jahrhundert auch der Baienhandel einen ungeahnten Aufschwung nimmt.

2. Die Blütezeit des Handels.

Reichlich hundert Jahre waren verflossen, seit deutsche Schiffe zum ersten Mal in den westfranzösischen Gewässern aufgetaucht waren. Geschickt hatten es die hansischen Kaufleute verstanden, ihre Konkurrenten, die Engländer und Flandrer, zu verdrängen und den ganzen Baienhandel allmählich an sich zu bringen. Jetzt, zu Beginn eines neuen Jahrhunderts, standen sie als die Beherrscher der westfranzösischen Märkte da, in erste Linie aber die Kaufleute der preußischen Städte.

Da die Preußen mit den Engländern seit 1398 wieder auf Kriegsfuß lebten[4], gerieten ihre Handelsflotten häufig mit ihnen zusammen. 1402 wurden an der Küste der Bretagne bei

[1] H. R.[1] IV, 453.
[2] Daenell, Geschichte der deutschen Hanse, S. 97, 116, 122—124.
[3] H. R.[2] I, 381, § 1.
[4] Koppmann i. d. H. G. Bl. 1883, S. 119—122.

Digitized by Google

Cap le Raz zwei preußischen Kaufleuten 92 Faß Rocheller Wein geraubt.[1] 1403 verlor ein Danziger Kaufmann ein Schiff mit einer Salzladung im Wert von 1114 Nob., andere preußische Kaufleute verloren Salz im Wert von 400 Nob.[2]

Auch aus nichtpreußischen Häfen finden wir Kaufleute im Westen Frankreichs. Stettiner holten Wein in Bayonne.[3] 1404 büßten Stralsunder und Greifswalder eine Menge Salz ein, das sie wahrscheinlich in der Baie geladen hatten.[4] Ein anderer Stralsunder hatte den Verlust von 14 Faß Rocheller Wein zu beklagen.[5] Alle diese Nachrichten beweisen uns, daß die Beziehungen zur Baie in diesen Jahren sehr lebhaft gewesen sein müssen. Selbst der Orden scheint an dem Handel beteiligt gewesen zu sein. 1404 bat nämlich der Hochmeister Konrad von Jungingen König Karl VI. von Frankreich um Rückgabe eines Ordensschiffes, das in portu Britannie genommen sei.[6]

Dieser lebhafte Verkehr war nicht von langer Dauer. Die in Frankreich zwischen den Häusern Orléans und Burgund ausbrechenden Kämpfe riefen auch die Engländer wieder auf den Plan. Mit einer großen Flotte erschienen sie 1405 im Kanal und nahmen im Swin 2 Hamburger Schiffe. Der Kaufmann zu Brügge warnte daher Hamburg und die übrigen Hansestädte vor der Fahrt in die westlichen Gewässer.[7] Infolgedessen scheint die Schiffahrt vorläufig ganz eingestellt zu sein. Erst 1409 hören wir wieder von zwei preußischen Schiffen in der Baie.[8]

Der Friede und Handelsvertrag zwischen England und Preußen vom Jahre 1409[9] konnte dem preußischen Handel

[1] H. R.[1] V, 94.
[2] Kunze, Hanseakten, 317, §§ 18. 19.
[3] H. R.[1] V, 159. — [4] Kunze, 345, § 18.
[5] H. U. B. V, 621, § 10.
[6] H. R.[1] V, 201. — [7] H. U. B. V, 667.
[8] Sattler, Handelsrechnungen, S. 96. — [9] Hirsch, S. 103.

Digitized by Google

wenig Vorteil bringen; denn das schwere Mißgeschick des Ordens im polnischen Kriege und die anarchischen Zustände in Preußen[1] mußten jede kaufmännische Unternehmungslust lähmen. Ganz allerdings hat der Verkehr nicht geruht: 1410 finden wir den Danziger Johann Broke in der Baie, um dort Salz und Kanevas zu laden.[2]

In den folgenden Jahren mehren sich die Nachrichten wieder. Ein Danziger Schiffer, Gervinus von Buren, lud 1411 zwölf Hundert Salz in Brouage[3] — die erste Erwähnung von Brouager Salz —, um sie nach Riga zu führen. Da mittlerweile das Verhältnis der Stadt Danzig zu den Engländern sich wieder verschlechtert hatte[4], begegnen wir auch wieder preußischen Klagen über englischen Seeraub. Am 1. Mai 1412 schrieb der Hochmeister an Heinrich IV., daß ein Rigaer Schiff auf der Fahrt nach der Baie beraubt worden sei.[5] In demselben Jahre wurde ein hansisches Schiff, das in Rochelle Wein holen sollte, geplündert.[6] 1413 fielen zwei preußische Holke, die mit Wein beladen von Rochelle kamen, bei der Insel Belle-Ile den Engländern in die Hände.[7]

Bis jetzt steht fest, daß in erster Linie die preußischen und livländischen Städte den Baienhandel betrieben, und daß die anfangs so tätigen Flandrer fast vollständig verdrängt waren. Neben den Preußen kommen in Betracht hauptsächlich nur noch die Kamper, die bereits früher lebhaften Anteil an den Westfahrten nahmen.[8] Sie scheinen jetzt neben den Preußen eine Hauptrolle in der Baie gespielt zu haben. Im Jahre 1414 nämlich erteilte Herzog Johann von der Bretagne gerade ihnen ein Privileg für den Handel in seinem Reich.[9]

[1] Hirsch, S. 104.
[2] Kunze, Hanseakten, 307. — [3] H. R.[2] I, 385, § 4.
[4] Hirsch, S. 104.
[5] H. U. B. V, 1047. — [6] H. R.[2] VII, S. 729, § 31.
[7] H. U. B. V, 1099. — [8] Vgl. oben S. 52. — [9] H. U. B. V, 1123.

Digitized by Google

Bald brachen wieder schwere Zeiten für den Baienhandel herein. 1415 ging der Kampf zwischen England und Frankreich, der seit dem Jahre 1389 durch Stillstandsbeschlüsse immer wieder hinausgeschoben war, von neuem los. Natürlich litt darunter der hansische Handel nicht wenig. Namentlich die Engländer machten sich wieder unangenehm bemerkbar. In Konstanz weilende Ratsendeboten der Hansestädte erhoben heftige Klagen wider sie (1417). Bereits hatten sie zehn hansische Schiffe, die aus der Baie kamen und Salz an Bord hatten, nach England aufgebracht.[1]

Weit schlimmer aber als dieser Gewaltakt war ein anderer, den die Engländer im Jahre 1416 verübten, und der die Hansen durch seine Folgen aufs schwerste schädigte. Die Engländer hatten nämlich hansische Schiffe mit Beschlag belegt und sie gezwungen, an dem Kampfe gegen die Franzosen und deren Verbündete, die Spanier, teilzunehmen[2]. Diese sahen darin einen Akt offener Feindseligkeit, für den sie Rache zu nehmen entschlossen waren. Als nun im Jahre 1419 eine hansische Kauffahrteiflotte von 40 Schiffen, unter denen auch einige aus Flandern sich befanden, in die Nähe von Rochelle gekommen war, wurde sie dort von einer spanischen Flotte angegriffen und überwältigt[3].

Eine hansische Tagfahrt beschloß, durch Vermittelung der Flandrer von den Spaniern Ersatz zu fordern. Allein die Flandrer waren nicht geneigt, die hansische Angelegenheit mit der ihrigen zu verquicken, um so weniger, als kurze Zeit nach dem Überfall von Rochelle hansische Seeleute im Hafen von Brügge einen galizischen Holk weggenommen hatten, was bei

[1] H. R.[1] VI, 451.

[2] Häbler, Der hansisch-spanische Konflikt von 1419, i. d. H. G. Bl. 1894, S. 54. Vgl. auch H. R.[1] VI, 451.

[3] H. R.[1] VII, 145.

Digitized by Google

den Flandrern große Verstimmung hervorrief. Der Kaufmann zu Brügge, der die unfreundliche Gesinnung der flandrischen Kommunen zunächst zu fühlen bekam, lehnte jede Verantwortung ab, bat aber doch die Hansestädte, das Schiff festzuhalten, wenn es einen Hafen anlaufen sollte.[1]

Dieser Brief ist in durchaus kriegerischem Sinne gehalten. Um nicht von den Spaniern aus dem Westen verdrängt zu werden, rät der Kaufmann, sich den Engländern anzuschließen, die sich eben zu einem Vergeltungszuge gegen Spanien rüsteten. Auf die Vermittelung Flanderns dürfe man sich nicht verlassen; man solle vielmehr tatkräftig gegen die Spanier vorgehen und die Wegnahme spanischen Gutes gestatten.

Doch zunächst mußte man sich wegen des galizischen Holkes mit Flandern verständigen. Recht verwickelt wurde die Angelegenheit für die Hansen, als bekannt wurde, daß die Räuber in Danzig gelandet seien und vom Hochmeister freies Geleit erhalten hätten. Der Rat von Brügge drohte jetzt mit Beschlagnahme aller Danziger Güter, wenn nicht bald Genugtuung geleistet würde.[2] Die Sache wurde nunmehr auf einem preußischen Städtetag ernstlich verhandelt. Der Hochmeister rechtfertigte sein Verhalten in einem Brief an die vier Lede, und damit scheint der Zwischenfall erledigt zu sein.[3]

Während nun die Hansen die Spanier durch Wegnahme ihrer Güter zum Nachgeben zu bringen suchten[4], erlangten die Flandrer vom spanischen König die Erlaubnis, sich durch eine Steuer von 5 Prozent auf spanische Waren für ihren Schaden bezahlt zu machen (1420).[5] Sie scheinen sogar im Verein mit den Holländern die Lage für sich ausgenutzt zu haben, indem

[1] H. R.[1] VII, 145; Häbler, S. 56/57.
[2] H. R.[1] VII, 231.
[3] H. R.[1] VII, 283; dazu Häbler, S. 59/60.
[4] H. R.[1] VII, 186.
[5] H. R.[1] VII, 576.

Digitized by Google

sie hansische Schiffer in Dienst nahmen und nach dem Westen fuhren.[1]

Unterdessen herrschte zwischen den Hansen und Spaniern ein tatsächlicher Kriegszustand. Auch die Bretonen mischten sich als die Bundesgenossen der Spanier ein. Die flandrischen Gewässer waren sehr unsicher, sodaß Brügge 1424 vor der Fahrt dorthin warnte.[2] Dadurch litt der Handel Brügges, und der Rat der Stadt nahm allmählich eine weniger schroffe Haltung gegenüber den Hansestädten an, so daß 1425 eine neue Verständigung zustande kam.[3] Jetzt konnte man daran denken, auch mit Spanien wieder auf friedlichen Fuß zu kommen. Auf ein Schreiben des Lübecker Hansetages vom Jahre 1426[4] erklärte sich der spanische König sogar bereit, mit den Hansen in Rochelle zu verhandeln.[5] Aber bei dem Versprechen blieb es; wir hören auch in den nächsten Jahren nur von gewalttätigen Schritten der Spanier.[6] Erst das im Jahre 1431 erlassene Verbot gegen den Gebrauch von spanischer Wolle im ganzen Gebiet der Hansen verhieß größere Wirkung.[7] Flandern, das am meisten durch dieses Verbot litt, bemühte sich jetzt ernstlich um eine Versöhnung der Gegner und erlangte vom spanischen König die Zusage, mit der Hanse in Brügge zu verhandeln.[8] Jedoch die erwartete Gesandtschaft erschien nicht.[9] Dagegen hörte man wieder von Beraubung und Bedrohung hansischer Schiffe durch spanische Auslieger. Die Folge war, daß das Wollverbot von neuem eingeschärft wurde.[10]

[1] H. R.[1] VII, 576 und Hirsch, S. 94, A. 80.
[2] Häbler, S. 68; H. R.[1] VII, 719.
[3] Häbler, S. 69/70.
[4] H. R.[1] VIII, 66.
[5] H. R.[1] VIII, 194, § 2.
[6] Hirsch, S. 87.
[7] H. R.[2] I, S. 328, § 37.
[8] H. R.[2] I, 190. — [9] H. R.[2] I, 317.
[10] Häbler, S. 74.

Digitized by Google

Die Sehnsucht nach Beilegung des Streites war überall unverkennbar. Auch andere Handelsstädte als Brügge, die aus der Westfahrt der Hansen Nutzen zogen, empfanden mehr und mehr die Fortdauer des Krieges als eine ernste Schädigung. Namentlich hatten die westfranzösischen Plätze unter dem verminderten Verkehr zu leiden und unter ihnen an erster Stelle Rochelle. Dieses ging nun tatkräftig vor, als 1435 die Hansen um Unterstützung ihrer Friedensbestrebungen baten, und erwirkte durch die Fürsprache des französischen Königs einen Geleitsbrief für die hansischen Gesandten.[1]

Während der Kaufmann zu Brügge nun mit Rochelle verhandelte, war eine preußisch-livländische Flotte in der Baie anwesend (1436). Hier trafen auch spanische Schiffer und Kaufleute ein, die, von gleichem Friedenswunsch beseelt wie die Hansen, einige Vertreter von Rochelle mit nach Bourgneuf gebracht hatten, um weiter über den Frieden zu verhandeln. Obwohl nun die Führer der preußischen Flotte keine Vollmacht zum Abschluß eines Friedens hatten, glaubten sie doch die günstige Gelegenheit benutzen zu müssen, einen Vertrag zustande zu bringen. So wurde am 21. Juli 1436 zu Bourgneuf zwischen dem deutschen und spanischen Kaufmann ein sechsjähriger Waffenstillstand abgeschlossen[2] und zwar ohne Mitwirkung des Kaufmanns zu Brügge (buten des copmanns wetene).[3] Als dieser nun die Verhandlungen mit Rochelle fortsetzte, gab man dort jede weitere Vermittelung auf. Die Folge davon war, daß die Spanier jenen Frieden nicht anerkannten und von neuem den hansischen Schiffen nachstellten.[4] 1439 war die Fehde zur See wieder in vollem Gange. Doch ist man dabei vor allem auf

[1] Häbler, S. 75.
[2] Häbler, S. 76; H. R.[2] II, 6 und 7.
[3] H. R.[2] II, 36.
[4] H. R.[2] II, 36, 40 und 111.

Digitized by Google

hanſiſcher Seite auf endgültige Beilegung des Streites bedacht.[1] 1443 fanden endlich Verhandlungen in Brügge ſtatt, die zu einem dreijährigen Stillſtand führten, der jedoch, wenn keine Kündigung erfolgte, bis 1458 Gültigkeit haben ſollte.[2]

Während dieſer ganzen Konfliktszeit dauerte der Verkehr der beiden feindlichen Nationen fort. Man traf ſich in der Baie, in Rochelle, ja die Spanier ſind ſogar nach hanſiſchen Häfen gekommen; denn Brügge ſchlug gelegentlich dem deutſchen Kaufmann vor, entſprechend dem Verhalten der Flandrer einen Zoll auf ſpaniſche Waren zu legen.[3] Im Jahre 1430 brachte Bertold Buramer ſein Baienſalz auf einem ſpaniſchen Schiff nach Danzig.[4] Es waren eben nicht ſo ſehr die ſpaniſchen Kaufleute als vielmehr die Führer der ſpaniſchen Kriegsſchiffe, welche den hanſiſchen Kaufmann zu ſchädigen ſuchten. Der ſpaniſche Kaufmann wünſchte nicht minder als der hanſiſche die Fortdauer friedlicher Verhältniſſe.[5]

Es entſprach ganz dem ſonſtigen tatkräftigen Verhalten des deutſchen Kaufmanns, wenn auch er ſich nicht durch den Konflikt vor den Fahrten nach den weſtfranzöſiſchen Plätzen abſchrecken ließ. Die vorhandenen Nachrichten beweiſen, daß gerade nach dem Zwiſchenfall von 1419 ein lebhafter Verkehr in der Baie ſich entwickelte. So kam ſchon 1420 eine Baienflotte in Reval an.[6] 1422 holten Revaler Kaufleute Salz in Brouage.[7] 1423 kam Albrecht Boſinghuſen mit einer holländiſchen Flotte aus Rochelle.[8] 1425 nahmen Danziger Kaufleute ſieben Schiffer aus Zierikſee und Weſtenſchouwen in Dienſt, um in

[1] Hirſch, S. 88; vgl. dazu H. R.[2] II, 534.
[2] Hirſch, S. 88.
[3] Häbler, S. 74/75; H. R.[1] VII, 576.
[4] Hirſch, S. 93, A. 71.
[5] Vgl. Häbler, S. 82.
[6] Vgl. Livl. Urkdb. V, 2438.
[7] Livl. Urkdb. V, 2703; VII, 464.
[8] Hirſch, S. 94, A. 80.

Digitized by Google

der Baie Salz zu laden und es dann nach Reval zu bringen.[1] Seit 1426 scheint auch der Orden sich lebhaft am Baiensalzgeschäft beteiligt zu haben; bis 1430 sind Spuren eines schwunghaften Handels vorhanden.[2]

Für die livländischen Städte können wir seit 1426 genau die Handelsbewegung verfolgen.[3] Wir sehen, daß jedes Jahr mit geringen Ausnahmen große Baienflotten in Reval ankamen. Für Danzig fehlen uns leider noch genauere Angaben, doch ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß hier der Verkehr nicht geringer gewesen sein wird.

1426 kamen 17 Salzschiffe nach Reval[4]; 1427 sind nur 8 verzeichnet.

Diese plötzliche Abnahme der Salzzufuhr erklärt sich aus den Vorgängen, die sich im Sommer dieses Jahres im Sund abspielten. 1426 hatten nämlich die wendischen Städte Lübeck, Stralsund, Rostock, Wismar, Lüneburg und Hamburg an König Erich von Dänemark den Krieg erklärt.[5] Den Oberbefehl über die hansische Flotte erhielt Tidemann Steen, Ratsherr zu Lübeck. Er hatte den Auftrag bekommen, mit der ganzen Flotte in den Sund zu segeln, um die Fahrt der baieschen Flotte[6] in die Ostsee und die der preußischen in die Nordsee zu sichern. Als alles geordnet war, segelten die Hansen, über 4000 Mann stark[7], ab und kamen am Abend des 21. Juli 1427 in den Sund. Hier entspann sich ein Gefecht mit den Dänen. Es

[1] H. R.[1] VII, 795.

[2] Sattler, Handelsrechnungen, S. 473, 493, 498, 502/503, 504, 508.

[3] Vgl. Stieda, Schiffahrtsregister, in den H. G. Bl. 1884.

[4] Siehe Stieda. Es sei an dieser Stelle ein für alle Male auf diese Register verwiesen. Im folgenden wird bei Revaler Schiffen nicht mehr die Quelle angeführt.

[5] Dahlmann, Geschichte von Dänemark III, S. 125.

[6] Die baiesche Flotte hatte in Flandern eine Warnung erhalten (H. R.[1] VIII, 181).

[7] Nach einer anderen Angabe 8000 Mann: Rufus, Städtechroniken, 23. Bd., S. 268.

Digitized by Google

gelang den Lübeckern einige feindliche Schiffe zu nehmen, aber die Hamburger gerieten auf den Grund und erlagen den Dänen. Statt nun auf die Baienflotte zu warten, räumte Tidemann Steen den Sund, um, wie er später behauptete, die preußische Flotte bei Bornholm in Schutz zu nehmen.[1] Er unterließ jedoch nicht, der Baienflotte eine Warnung entgegenzusenden, die aber zu spät kam.[2] Drei Stunden, nachdem er weggesegelt war, kamen die Baienschiffe in den Sund und fielen nach erbittertem Kampfe den Dänen in die Hände. 1300 Tote kostete den Dänen der Sieg, dafür konnten sie über 30 beladene Schiffe nach Hause führen.[3] Die Fahrzeuge gehörten zum größten Teil nach Preußen und Livland,[4] doch waren auch lübische Kaufleute an dem Verluste beteiligt.[5]

Die Folge dieses Unglücks war, daß man in Preußen alsbald die Schiffahrt einstellte und jede Ausfuhr verbot.[6] Dasselbe geschah in Livland.[7] Ein empfindlicher Salzmangel machte sich allenthalben geltend. Der Ordensmeister sah sich genötigt, Lübeck um Zusendung von Travensalz zu bitten.[8] Jede Unternehmungslust war gelähmt; wir hören 1427 nur von Unterhandlungen und Klagen. Die livländischen Städte beschlossen, ein Schreiben an König Erich zu senden, wovon sich aber Riga wenig Erfolg versprach. Dafür beraumte es auf den 5. September eine Versammlung in Pernau an.[9] Aber zu einem definitiven

[1] Dahlmann III, S. 131.
[2] H. R.[1] VIII, 214.
[3] Detmar, Städtechroniken 28. Bd., S. 386; Rufus, S. 273 gibt 46 Schiffe an. Eine dritte Chronik nennt 36 Schiffe (Scr. rer. Pruss. III, S. 491).
[4] H. R.[1] VIII, 259; H. R.[2] I, 381, § 98.
[5] Lüb. Urkdb. VII, 105; H. U. B. VIII, 1255 III, § 22.
[6] H. R.[1] VIII, 237, § 1.
[7] Livl. Urkdb. VII, 658; vgl. auch 655.
[8] Lüb. Urkdb. VII, 115 und 227.
[9] Livl. Urkdb. VII, 658.

Digitized by Google

Entschluß scheint man weder hier noch in Preußen gekommen zu sein. Man blieb neutral. Danzig gelang es infolgedessen auf diplomatischem Wege von König Erich die Freilassung der preußisch-livländischen Gefangenen zu erwirken.[1]

1428 kam in Reval nicht ein einziges Salzschiff an. Man wandte sich deshalb an Preußen und bat um Zufuhr. Da in diesem Jahre von Lübeck aus eine Menge Salz nach Danzig kam,[2] so konnte der Hochmeister die Salzausfuhr nach Livland und ins Deutschordensland freigeben.[3]

Mittlerweile setzten die wendischen Städte ihre Unternehmungen gegen die Dänen fort. Ihr Hauptaugenmerk war auf den Schutz der Handelsflotten gerichtet, die sich im Juli 1428 wieder einstellten. Auch Baienschiffe, wahrscheinlich waren es lübische, werden erwähnt.[4]

Am 15. Dezember gaben die preußischen Städte die Schiffahrt wieder frei. Gleichzeitig wurde eine Gesandtschaft an König Erich abgeordnet, der am 23. Februar 1429 die Fahrt durch seine Gewässer gestattete.[5] Infolgedessen hob sich der Handel wieder. Am 27. Mai 1429 kamen in Reval 27 Salzschiffe an. Auch in Danzig war eine Baienflotte ausgerüstet worden.[6] Indessen verliefen die Fahrten nicht ohne Störung. Da die Feindschaft der wendischen Städte gegen Dänemark fortdauerte, wurden die Schiffe der neutralen Preußen von beiden Parteien als feindlich behandelt.[7]

Auch unter dem englisch-französischen Krieg hatte der Verkehr zu leiden. Wir hören wieder von englischem Seeraub an hansischem Gut. Englische Auslieger nahmen einem Schiffer

[1] H. R.[1] VIII, 432.
[2] Scr. rer. Pruss. V, S. 495. — [3] H. R.[1] VIII, 433, § 3.
[4] H. R.[1] VIII, 467.
[5] H. R.[1] VIII, 546, § 1 u. 2; H. R.[1] VIII, 606.
[6] Vgl. H. R.[2] I, 381, S. 287, § 75.
[7] H. R.[2] I, Einleitung, S. IX.

Digitized by Google

von Sluis sein Schiff weg, in welchem hansische Kaufleute 18 Faß Rocheller Wein, 1 Pipe Honig, 3000 Pfund Rosinen und 80 Last Salz hatten.[1] Überhaupt stand die Hanse, namentlich Preußen, mit England immer noch auf gespanntem Fuß. In Hamburg schob man den Verlust der Seeschlacht im Sunde geradezu englischen Fahrzeugen zu, die den Dänen zu Hülfe gekommen seien.[2]

Das Jahr 1430 zeigt uns den Baienhandel in ziemlicher Blüte. Reval verzeichnet allein 37 Salzschiffe.[3] Die Revaler scheinen sich bei ihren Westfahrten vielfach flandrischer Schiffer bedient zu haben.[4] Auch in Danzig kamen Baienschiffe an.[5] Der andauernde Kriegszustand erforderte die größte Vorsicht. Im Sommer 1431 bat Lübeck den Kaufmann zu Brügge, die Schiffe aus der Baie zurückzuhalten. Allerdings kam der Brief zu spät, die meisten Schiffe waren schon weggesegelt;[6] doch scheinen sie glücklich den Sund passiert zu haben, denn Reval verzeichnet diesen Sommer 14 Salzschiffe.

In diesen Jahren wurde den Hansen die Konkurrenz der Holländer im Baienhandel empfindlich fühlbar. Von König Erich begünstigt — hatten sie doch im Jahre 1427 den Dänen im Kampfe gegen die hansische Baienflotte beigestanden[7] —, drangen sie von Jahr zu Jahr weiter in die baltischen Gewässer vor. Die preußisch-livländischen Städte, die aus ihrer neutralen Lage keinen Vorteil zogen, vielmehr von beiden feindlichen Teilen scheel angesehen wurden, hätten sich am liebsten auf die Seite ihrer westlichen Genossinnen gestellt, aber sie vermochten nicht den Hochmeister zu sich herüberzuziehen. So

[1] H. R.[2] VII, S. 730, § 41.

[2] H. R.[2] I, Einleitung, S. XV.

[3] Vgl. zu den Schiffahrtsreg. von Stieda H. R.[1] VIII, 769, §§ 46, 81, 91, 102, 111, 117, 204.

[4] Vgl. H. R.[1] VIII, 765 und 767. — [5] H. R.[1] VIII, 778.

[6] H. R.[2] I, 53. — [7] H. U. B. VIII, 1255 III, § 22.

Digitized by Google

konnten sie keine energische Handelspolitik treiben, sie mußten anderen die Früchte überlassen. Da verstanden es die Holländer sich in die Lücke einzudrängen. Sie holten sich einerseits das Getreide aus der Ostsee, andererseits brachten sie das Baiensalz dorthin. 1432 berichtet der Kaufmann zu Brügge an Lübeck, daß die Holländer und Seeländer, ferner Bürger aus Kampen mehr als 50 Schiffe ausrüsteten, um von der Baie Salz nach Preußen und Livland zu bringen.[1] Sieben Baienschiffe kamen in diesem Sommer in Riga an[2], 22 in Reval.

1433 kam nur ein Salzschiff nach Reval. Vielleicht erklärt sich dies aus einer Nachricht, die wir bei Hirsch[3] finden: Die Baienflotte war, als sie aus dem Hafen von Bourgneuf ausgelaufen war, durch einen Sturm zur Rückkehr gezwungen worden. Der Danziger Heinrich Brand verkaufte hierauf einen Teil der Ladung, um die Kosten für die Aufbewahrung der noch übrigen Waren bestreiten zu können. Als Anfang des Jahres 1434 in dem dänischen Krieg durch Ermüdung auf beiden Seiten ein vorläufiger Stillstand eingetreten war[4], ergab sich alsbald ein Aufschwung der Baienfahrten. In Reval kamen 35 Salzschiffe an; im Jahr des Wordingborger Friedens, 1435, sogar 58.

Unterdessen aber hatte sich das Verhältnis zu Holland äußerst zugespitzt. Noch während des Hansetages von 1434 liefen Nachrichten ein über Vergewaltigung hansischer Schiffe durch den Admiral des Herzogs von Burgund, den Herrn von der Veere.[5] So mußte vor allem mit Holland verhandelt werden. Das Ergebnis dieser vom Dezember 1434 bis April 1435 dauernden Unterhandlungen war ein Waffenstillstand bis zum 1. März 1436.[6]

[1] H. R.[2] I, 94.
[2] H. R.[2] I, 137. — [3] Hirsch, S. 92.
[4] Reibstein, Heinrich Vorrath, i. d. Z. d. wpr. G. V. XLII, S. 11.
[5] Reibstein, S. 16. — [6] Reibstein, S. 23.

Digitized by Google

Da nun aber 1436 der Kampf zwischen Burgund und England ausbrach, ferner die Verhandlungen mit Holland noch zu keinem definitiven Ergebnis gekommen waren, untersagte der Hochmeister die Schiffahrt durch den Sund, gab sie aber Ende März 1436 wieder frei.[1] Infolgedessen, und weil es dem hansischen Kontor gelungen war, den Stillstand mit Holland bis zum 1. März 1437 zu verlängern, wurden die Baienfahrten nicht unterbrochen. Reval verzeichnet für dieses Jahr 22 Salzschiffe. Auch die Danziger hatten eine Flotte nach der Baie gehen lassen.[2] Der Danziger Claus Winkelmann mietete in Hamburg zwei Schiffe, um Salz zu holen[3], ein anderer, Hans Wegner, fuhr mit zwei Schiffen nach Rochelle.[4] Zwei hansische Schiffer, die in Rochelle Wein geladen hatten, verloren ihre Ladung an die Engländer[5]; ein Danziger, der in der Baie Salz geholt hatte, fiel ebenfalls den Engländern in die Hände.[6] Ein lübischer Schiffer, Hans Bodendorp, sollte zwei Revaler Kaufleuten acht Hundert Baiensalz liefern, konnte aber seine Pflicht nicht erfüllen, sondern mußte van nodsake in die Welinge (d. h. die Mündung der Westerschelde) segeln.[7]

Wir sehen also, daß in diesem Jahre ein reger Verkehr im Westen Frankreichs sich entwickelte; in erster Linie waren Preußen und Livländer daran beteiligt; aber auch die Holländer blieben trotz des Krieges mit England nicht zurück.[8]

Während der Verhandlungen mit Holland waren auch solche mit England geführt worden, hatten aber keinen Erfolg gehabt. Durch den Ausbruch des burgundisch-englischen Krieges

---

[1] Reibstein, S. 30; H. R.[2] I, 520.
[2] H. R.[2] I, 525. — [3] Hirsch, S. 90.
[4] Hirsch, S. 94, A. 81.
[5] H. R.[2] VII, S. 732, § 57 u. S. 733, § 72.
[6] H. R.[2] VII, S. 733, § 70.
[7] Pauli, Lüb. Zustände im Mittelalter III, Urk. Nr. 107 und 242.
[8] H. R.[2] I, 525.

Digitized by Google

war es nun nicht möglich, mit den englischen Gesandten zusammenzukommen, so daß die hansischen unverrichteter Sache nach Hause zurückkehrten. (Mitte Juni 1436.) Es lag aber den Hansen sehr viel daran, es mit den Engländern, die zur See die Stärkeren waren, nicht zu verderben, zumal die Schiffe aus der Baie noch nicht zurück waren. So beschloß man denn, von Hamburg aus direkt eine Gesandtschaft nach England zu schicken. Diese langte Ende Oktober 1436 an der englischen Küste an. Am 11. März 1437 war man so weit gekommen, daß die Vertragsartikel aufgesetzt werden konnten. Am 7. Juni wurden die besiegelten Urkunden ausgetauscht.[1]

Der Friede mit England wirkte natürlich zurück auf das Verhältnis der Hanse zu Flandern und Holland. Schon Anfang März tauchte das Gerücht auf, daß die Holländer und Seeländer die Verlängerung des Waffenstillstandes verweigerten und zum Kriege gegen die Seestädte, namentlich gegen Danzig, rüsteten.[2] Trotzdem sind in diesem Sommer zahlreiche Schiffe nach der Baie gefahren, in Reval langten allein 44 Salzschiffe an.

Im Sommer 1437 war das Verhältnis zu Holland schon sehr gespannt. Bereits kamen Plünderungen zur See vor: Ein hansischer Schiffer, Albert von Buren, wurde von holländischen Ausliegern, als er von der Baie nach England unterwegs war, nach dem Swin aufgebracht.[3] Es schien daher ratsamer einzulenken. Aber die Verhandlungen zu Deventer führten nicht zum Ziel. Die gegenseitige Erbitterung steigerte sich vielmehr. Preußen war seine eigenen Wege gegangen und hatte sich an den Verhandlungen nicht beteiligt; ebensowenig schloß es sich der Anfang 1438 erlassenen Handelssperre gegen Holland und Flandern an. Jedoch hatte es mit seiner Neutralität in dem

[1] Vgl. die Darstellung bei Reibstein, S. 33—46.
[2] Reibstein, S. 46.
[3] H. R.[2] II, 113.

Digitized by Google

nunmehr ausbrechenden Kriege kein Glück. Auch die preußischen Schiffe, die auf der Fahrt nach der Baie waren, wurden von den Holländern angehalten. Sie mußten entweder einen Neutralitätseid leisten oder sich nach der Rückkehr aus der Baie als Gefangene stellen. Die Beweise scheinen den Holländern nicht genügt zu haben; jedenfalls belegten sie alle hansischen Schiffe, auch die preußisch-livländischen, am 1. April mit Beschlag.[1] Zu gleicher Zeit sagten die wendischen Städte Preußen Fehde an und drohten gegen seine Kauffahrteischiffe vorzugehen.[2]

Trotz dieser schwierigen Verhältnisse stockte der Handel durchaus nicht. Eine große preußisch-livländische Flotte war glücklich nach der Baie gelangt. Die Danziger Kaufleute luden allein 2700 Last Salz.[3] Gleichzeitig war auch eine holländische Flotte nach dem Westen gesegelt, in einer Stärke von 104 Schiffen. Diese traf auf der Trabe (d. h. dem Fahrwasser von Brest) mit den Hansen zusammen. (Donnerstag vor Pfingsten, am 29. Mai.) Einige von den hansischen Schiffern fuhren zu den Holländern hinüber, um zu erfahren, wie sie es mit ihnen halten wollten. Diese erklärten ihnen, daß sie mit den Preußen und Livländern in Friede und Freundschaft lebten, mer so wes uten zes steden (d. h. Lübeck, Hamburg, Rostock, Stralsund, Wismar und Lüneburg) were, dat solden se wol vinden. Trotz dieser Zusicherung fielen sie aber am Pfingstabend, den 31. Mai, über die Preußen her und nahmen ihnen 23 Schiffe. Die elf Schiffe, die in die wendischen Städte gehörten, entgingen diesem Schicksal, da sie auf die Kunde von den feindlichen Absichten der Holländer in die Bucht von Brest (Brustwater) hineingesegelt waren.[4]

[1] Reibstein, S. 60—61; dazu H. R.[3] II, 211 und 212.

[2] Reibstein, S. 62.

[3] Hirsch, S. 92.

[4] Bericht des deutschen Kaufmanns zu Antwerpen an Danzig, 1438 Juni 23 (nach der Darstellung eines Augenzeugen): H. R.[3] II, 240.

Digitized by Google

Dieses unerwartete Ereignis brachte die gesamte hansische Welt in gewaltige Aufregung. Die verräterische Wegnahme der Handelsflotte wurde namentlich in den wendischen Städten als eine Schmach empfunden, obwohl sie nicht direkt an dem Verlust beteiligt waren. Der Kriegseifer erhielt hier wieder frische Nahrung. Lübeck warnte Danzig dringend vor der Fahrt durch den Sund und riet, die Holländer in Preußen festzunehmen.[1] Es hoffte jedenfalls, daß Preußen sich nunmehr mit allem Feuer der wendischen Aktion gegen Holland anschließen werde, aber es täuschte sich. Zwar drangen die Danziger und die livländischen Städte unter dem unmittelbaren Eindruck des Vorfalls bei dem Hochmeister auf ein Bündnis mit den wendischen Städten, aber dieser wollte aus seiner neutralen Stellung nicht heraus und versuchte durch Verhandlungen zum Ziele zu gelangen.[2] Man kam vorläufig noch zu keinem Verständnis, und die Verhältnisse waren nach wie vor höchst unsicher. Die Baienfahrten gerieten ins Stocken; in Reval kamen 1439 nur 4 Salzschiffe an, 1440 und 1441 war es nicht besser.

Hierzu kam, daß die inneren dänischen Angelegenheiten nicht

Etwas anders lautet die Erzählung bei Detmar (Deutsche Städtechron., 28. Bd., S. 440): Die hansischen Schiffer hatten sich zusammengetan und sich gegenseitige Unterstützung gelobt. Aber die Preußen brachen den Eid und gingen zu den Holländern über. Do geschach alse men plecht to seggene, dat vakene en droch bedrucht den andern und droch wert droghe to lone: die Holländer hielten ihr Wort nicht und nahmen den Preußen 23 Schiffe. Dieser Bericht Detmars, der den Preußen Wortbruch vorwirft, ist natürlich übertrieben und nicht ohne Parteinahme geschrieben. Die Erbitterung in den wendischen Städten gegen die Preußen war nicht gering, und es ist erklärlich, daß ein lübischer Chronist die Gelegenheit nicht vorübergehen ließ, ihnen etwas anzuhängen. H. R.² II, 241 spricht dafür, daß Lübeck sich der Sache der Preußen annahm; hätten die Preußen Verrat begangen, so würde Lübeck sich dazu nicht herbeigelassen haben.

[1] H. R.² II, 241.

[2] Reibstein i. d. Z. d. wpr. G. V. XLII, S. 62.

Digitized by Google

ohne Bedeutung blieben. 1439 wurde nämlich König Erich vom dänischen Reichsrat abgesetzt und Christoph von Baiern auf den Thron berufen. Die wendischen Städte erklärten sich zur Unterstützung Christophs bereit gegen Zusage der Hülfeleistung wider die Holländer, bei denen der vertriebene Erich einen Rückhalt gefunden hatte. Aber Christoph war klug genug, die Hanse nicht zu mächtig werden zu lassen. Er wußte „die Hanse durch Holland und Holland durch die Hanse im Schach zu halten". Er wurde der Vermittler zwischen beiden Teilen.

Bei der Hanse war gegen Ende 1440 das Friedensbedürfnis außerordentlich groß, da der Handel nach dem Westen schwer darniederlag. Doch kamen auf dem Lübecker Hansetag von 1441, an dem auch eine preußische Gesandtschaft teilnahm, noch keine gemeinsamen Beschlüsse zustande, da unter den Städten gegenseitiges Mißtrauen herrschte.[1] Daß man allerdings Grund hatte, vor Lübeck auf der Hut zu sein, zeigt uns ein Brief Vorraths an Danzig, worin er mitteilt, daß in Lübeck[2], Wismar und Hamburg eine Flotte nach der Baie ausgerüstet werde.[3]

Vor allem aber sehen wir die Holländer wieder auf dem Plan. Wie immer in kritischen Zeiten der Hansestädte, so nutzten sie auch jetzt ihre überlegene Stellung aus und suchten den ganzen Baienhandel in ihre Hand zu bringen. Wir hören, daß sie 1441 eine große Flotte ausrüsteten, die Seeländer allein 35, die Amsterdamer 20 Schiffe.[4] Von Danziger Unternehmungen haben wir dagegen keine Nachricht.

Mittlerweile hatten preußische Sendboten mit den Holländern in Kampen getagt, ohne jedoch etwas zu erreichen.[5] Erst auf dem

[1] Siehe die Darstellung bei Reibstein, S. 62—63.

[2] Vermutlich waren auch die Kaufleute, die 1439 aus Brouage und der Baie kamen und dabei den Engländern in die Hände fielen, größtenteils Lübecker (H. R.[2] VII, S. 734, §§ 77, 79, 83, 84, 85).

[3] H. R.[2] II, 458 und 459.

[4] H. R.[2] II, 465 und 466.

[5] Reibstein, S. 64; H. R.[2] II, 463.

Digitized by Google

großen Kongreß zu Kopenhagen (Juni bis September 1441) wurde den Preußen ein Schadenersatz von 9000 Pf. = 72000 M. pr. zugestanden, der in vier Raten bezahlt werden sollte.[1] Der Krieg der wendischen Städte gegen Holland fand ebenfalls durch einen 10jährigen Waffenstillstand seinen Abschluß.[2]

Es herrschte also wieder Frieden, und der Kaufmann konnte daran gehen, die Verluste, die er in den letzten Jahren erlitten hatte, durch einen gewinnbringenden Handel zu ersetzen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß nach Krisen bei gesunden Verhältnissen meist eine gesteigerte Tätigkeit einsetzt. Diese Erscheinung sehen wir denn auch im Jahre 1442 deutlich hervortreten. Während 1441 von einem preußischen Baienhandel kaum die Rede sein konnte, ergab sich nun, als die Verhältnisse wieder sicher geworden waren, alsbald ein gewaltiger Aufschwung. Reval weist allein 59 Salzschiffe auf, die höchste Zahl, die es je erreicht hat. Dabei waren es vielfach lübische Schiffer, die das Salz aus der Baie holten.[3]

Auch die Holländer griffen eifrig zu und fuhren in großen Flotten nach dem Westen. Was die Hanse erstrebte, die Holländer aus der Ostsee auszuschließen, hatte sie in Kopenhagen nicht erreicht. So sehen wir denn die gefürchteten Konkurrenten nun mehr als früher in den baltischen Gewässern. 1443 liefen 40 holländische Baienschiffe im Danziger Hafen ein[4]; 13 andere wurden von Bremer Ausliegern genommen.[5]

---

[1] Hirsch, S. 130; Scr. rer. Prass. V, S. 495: Bernt Stegmanns hansische Chronik zum Jahre 1441; H. R.[2] II, 494, § 2. — Aus H. R.[2] II, 489, § 5 geht hervor, daß die Preußen zuerst 15000 Pf. verlangten, während die Holländer nur 8000 Pf. boten.

[2] H. R.[2] II, 507.

[3] Vgl. Pauli, Lübische Zustände im Mittelalter III, Urk. Nr. 110, 111 und 112.

[4] Hirsch, S. 131.

[5] H. R.[2] III, 52.

Digitized by Google

Auch eine preußisch-livländische Flotte finden wir in der Baie.[1]

Auf diese glänzende Zeit folgte ein kleiner Rückschlag; der Handel blieb in den folgenden Jahren nicht ganz auf der Höhe der beiden vorhergehenden. 1444 langten 14 Salzschiffe in Reval an, 1445: 27, 1446: 42, 1447: 12, 1448: 9. Der Grund dieses Rückgangs lag in den Zeitverhältnissen. Mit den Holländern war schon wieder ein neuer Zwist entstanden, weil sie in der Bezahlung der Entschädigungsgelder allerhand Schwierigkeiten machten. Danzig schritt zu Repressalien an holländischen Kaufleuten in seiner Stadt; dafür entschädigten sich die Holländer wieder durch Seeraub.[2]

Ferner geriet die Hanse mit der französischen Regierung in Streit. Bremer Auslieger hatten nämlich 1441 einen der Königin Marie von Frankreich gehörenden Holk weggenommen. Ein französischer Auslieger, mit Kaperbriefen des französischen Königs ausgestattet, nahm deshalb drei nach Preußen und Livland bestimmte Salzschiffe weg (1446).[3]

Bestimmend für den Baienhandel wurde vor allem das Verhältnis Preußens zu England. In Preußen war der Vertrag von 1437 nie ratifiziert worden, und es hatte an Mißhelligkeiten mit England nicht gefehlt. Die Engländer wurden in Danzig schlimmer behandelt als die Angehörigen anderer Nationen.[4] Da nun die preußischen Städte zur Hanse gehörten, so

[1] Hirsch, S. 274, Beilage III. — Am 17. Dezember 1442 erteilte der Herzog der Bretagne den hansischen Kaufleuten einen Geleitsbrief für den Verkehr in seinem Land (Departementalarchiv zu Nantes E 125). — Auch Rochelle und Nantes wurden in diesem Jahre fleißig besucht. Ein Hanse verlor 90 Faß Rocheller Wein an engl. Seeräuber, ein anderer 44½ Pipen Nanter Wein, ein dritter 136½ Pipen Wein (H. R.² VII, S. 735, §§ 93, 96 und 97).

[2] Hirsch, S. 130—131.

[3] H. R.² III, 249 und 283.

[4] Hirsch, S. 113.

Digitized by Google

übertrug der König von England die Streitigkeiten auf die gesamte Hanse. Es kam zu Verhandlungen in Lübeck (Sommer 1449), die zu einem zweijährigen Stillstand führten. Während dieser Zeit sollte weiter verhandelt werden. Da machte ein Friedensbruch der Engländer eine Versöhnung vorläufig unmöglich. Kurz nach dem Lübecker Tag nämlich rüsteten die Engländer eine große Flotte gegen die Königin von Schottland, die ihr Vater, der Herzog von Burgund, hinübersenden wollte. Als sie nun in der See lagen, kam eine Baienflotte von 108 Schiffen, von denen 50 in die Hansestädte gehörten, darunter 14 nach Danzig und 13 nach Lübeck; die meisten waren Holländer und Kamper.

Die Engländer zwangen sie, mit ihnen in einen englischen Hafen zu segeln. Hier nahmen sie den Hansen alles weg, während sie die Holländer nnd Kamper, nachdem sie ihre Ladung genommen hatten, freiließen.[1]

Dieser englische Friedensbruch stellte den holländischen von 1438 doch einigermaßen in den Schatten. Es war ein Schlag, den die gesamte Hanse zu fühlen bekam, und den sie entschlossen war, nicht so ohne weiteres hinzunehmen. Auch in Preußen raffte man sich jetzt zu energischem Handeln auf; der Hochmeister ließ alle Engländer im Lande gefangen setzen.[2] Lübeck erhob heftige Beschwerden beim König von England[3], freilich ohne überhaupt einer Antwort gewürdigt zu werden.[4]

Trotz der Wegnahme der Baienflotte erschienen 1449 noch 27 Salzschiffe im Revaler Hafen. Wir müssen daher annehmen,

---

[1] Detmar bei Grautoff II, S. 125ff.; H. R.[2] III, 530, 531, 532, 535; H. R.[3] III, 536 gibt die Größe der Baienflotte auf 130 Schiffe an; siehe auch H. U. B. IX, 196, § 2.

[2] H. R.[2] III, 536.

[3] H. R.[2] III, 534.

[4] H. R.[2] VII, 517 und [2] III, 551.

Digitized by Google

daß noch eine zweite Flotte nach der Baie gesegelt war.[1] Jedenfalls war der Handel in diesem Jahr ein bedeutender. Die preußischen und wendischen Städte waren gleich stark daran beteiligt.

Im Jahre 1450 nahmen dann die Fahrten infolge der Feindschaft mit England sehr ab: Reval verzeichnet nur elf Salzschiffe. Die Engländer fuhren fort, hansischen Schiffen nachzustellen[2]; auch durch Franzosen und Bretonen waren die Meere gefährdet.[3] Bei dieser allenthalben herrschenden Unsicherheit vermochte auch die wohlwollende Gesinnung des Herzogs der Bretagne, der am 21. Februar 1450 den hansischen Kaufleuten ein Handelsprivileg erteilte[4], keine lebhaftere Bewegung hervorzurufen.

Die Wegnahme der Baienflotte durch die Engländer und die Regelung der gegenseitigen Beziehungen wurde von tiefgreifender Bedeutung für die inneren Verhältnisse der Hanse. Ein heftiger Gegensatz trat zutage zwischen Lübeck und Preußen. In Preußen war der Kriegseifer bald erloschen und hatte einer versöhnlicheren Stimmung Platz gemacht. Man wünschte hier durchaus eine Verständigung mit England, während Lübeck, in vollem Bewußtsein der erlittenen Schmach, jede friedliche Vermittlung zurückwies.

1450 war es lübischen Schiffern gelungen, auf der Fahrt nach Bergen ein englisches Schiff zu erbeuten. Auf demselben befanden sich zwei Gesandte des Königs von England, die an den Hochmeister geschickt waren, um über die Erledigung der Streitfragen zu verhandeln. Mit Rücksicht auf ihren offiziellen

[1] Diese Annahme scheint richtig zu sein; denn die Wegnahme der Baienflotte erfolgte am 23. Mai (H. R.[2] III, 531), in Reval kam die Flotte schon am 15. Mai an.

[2] H. R.[2] III, 627, § 8.

[3] H. R.[2] III, 636, § 5.

[4] Departementalarchiv zu Nantes, E 125.

Digitized by Google

Charakter ließ der lübische Rat sie nicht ins Gefängnis sperren, sondern erlaubte ihnen, eine Privatwohnung zu nehmen. Im März 1451 wünschte der eine von ihnen, John Stocker, seiner Geschäfte wegen nach England zurückzukehren. Der Rat gestattete es ihm gegen die eidliche Verpflichtung, an den bevorstehenden Verhandlungen zu Utrecht teilzunehmen und, falls sich diese zerschlügen, freiwillig in die Gefangenschaft zurückzukehren. Dr. Kent, der zweite Gefangene, übernahm die Bürgschaft für Stocker und versprach in Lübeck zu bleiben. Dennoch verließ er kurz darauf heimlich die Stadt.

Zur festgesetzten Zeit, im Mai 1451, trafen nun die lübischen Abgeordneten in Utrecht ein. Als auch Dr. Kent dort erschien, weigerten sich die Lübecker, mit dem eidbrüchigen Mann in irgend eine Verhandlung einzutreten. Durch die dringenden Vorstellungen der übrigen Ratsendeboten ließen sie sich jedoch schließlich bewegen, ihren Widerspruch fallen zu lassen. Nun aber verlangte Kent plötzlich, daß vorher die englischen Gefangenen in Lübeck freigegeben würden. Solche Zumutungen lehnte Lübeck strikte ab, und die Verhandlungen zerschlugen sich. Man vereinbarte eine neue Versammlung für das nächste Jahr auf vierzehn Tage nach Ostern. Bis zum 1. Oktober des Jahres 1451 sollten sämtliche Streitigkeiten ruhen; wenn die Verhandlungen dann gesichert seien, sollte der Friede bis zum 1. Oktober 1452 dauern.[1]

Der Hochmeister nahm die neue Tagfahrt an und sandte ein Schadenverzeichnis seiner Untertanen nach England.[2] Der

[1] Siehe die Darstellung bei Wehrmann, Lübeck als Haupt der Hanse um die Mitte des 15. Jahrh., i. d. H. G. Bl. 1892, S. 83—86.

[2] H. U. B. VIII, 84, besonders §§ 11, 17, 19, 22, 23, 24, 30, 31, 34, 36, 38, 50, 51, 65, 69, 72, 74. Dieses Schadenverzeichnis unterrichtet uns genau über den Schaden, den die preußischen Kaufleute seit dem Jahre 1436 durch die Engländer erlitten hatten und gibt so Aufschluß über die Ausdehnung des preußischen Handelsverkehrs mit Westfrankreich. Nicht nur

Digitized by Google

Rat von Lübeck zeigte keinen großen Eifer, die Versammlung zustande zu bringen. Im September 1451 erließ er einen heftigen Brief an König Heinrich, der einer Absage gleichkam. Lübeck verlangte vor allem Genugtuung für die 1449 genommenen Schiffe und Bestrafung der wortbrüchigen Gefangenen Kent und Stocker.[1] Auf diesen Brief, der in deutscher Sprache abgefaßt war, folgte keine Erwiderung; er hatte den König wegen seiner stolzen Sprache tief verletzt. Die beabsichtigte Tagfahrt kam nicht zustande. Lübeck führte seine Sache konsequent weiter: Am 22. April 1452 erließ es ein Verbot gegen die Einfuhr englischer Tücher und rüstete auch Kaperschiffe aus.[2]

Während des Jahres 1451 scheint der lübische Baienhandel ziemlich geruht zu haben.[3] Dagegen sind die Preußen und Livländer wieder in großen Flotten nach dem Westen gesegelt. 1451 kamen 31 Salzschiffe in Reval an, 1452 sogar 48.[4] Preußen hatte eben seinen Frieden mit England und konnte so ungestört seinen Handel fortsetzen.[5]

Lübeck beharrte während des Jahres 1452 auf seiner Ablehnung jeder Verhandlung mit England.[6] Der König von England jedoch war zum Frieden geneigt und gab 1453 allen Hansestädten, zunächst noch mit Ausnahme von Lübeck, sicheres Geleit auf drei Jahre.[7] Da aber der Krieg zwischen den mit

mit der Baie bestand in diesen Jahren ein reger Verkehr, auch mit Brouage, Rochelle, Bordeaux (ja wieder mit Lissabon) sehen wir die Preußen in Beziehungen. 1449 verloren die Preußen allein 45176 M. an die Engländer.

[1] H. R.[2] IV, 14.

[2] Wehrmann, S. 86—87.

[3] Nur eine Erwähnung: H. U. B. VIII, 215, § 64.

[4] Im Jahre 1452 hören wir von groben Ausschreitungen der preußischen Schiffer in Bourgneuf. Die Flotte hatte wegen des dänisch-schwedischen Krieges von Lübeck eine Warnung erhalten und blieb so länger als gewöhnlich liegen (H. U. B. VIII, 129 und A. 3).

[5] Hirsch, S. 114.

[6] H. R.[2] IV, 127. — [7] Wehrmann, S. 87.

Digitized by Google

Dänemark verbundenen Lübeckern und England fortdauerte[1], war die Sicherheit auf dem Meere zu gering, als daß ein ergiebiger Handel stattfinden konnte.[2] Nach Reval kamen nur 12 Salzschiffe.

Lübeck stand unter allen Hansestädten so ziemlich allein da und konnte deshalb nicht mehr länger seine energische Haltung behaupten. Es wurde den vermittelnden Vorstellungen des Hochmeisters zugänglicher und gestattete wenigstens die Durchfuhr englischer Tücher. Auch war es damit einverstanden, den König von England um Wiederanknüpfung der abgebrochenen Verhandlungen anzugehen. Dieser war dazu nicht abgeneigt, verlangte aber, daß die Gesandten zu ihm nach England kämen. Das war nun freilich wegen der unruhigen Zeiten — der Orden stand bereits im Kampf mit den preußischen Städten — nicht möglich. Doch wurden die einmal angeknüpften Fäden nicht zerrissen, und am 1. März 1456 erschien ein Erlaß des Königs, der sämtlichen Hansestädten sicheres Geleit in seinem Lande gewährleistete.[3]

Unterdessen hatte der lange Kampf zwischen England und Frankreich sein Ende erreicht. Die Engländer verloren endgültig das alte Erbe der Eleonore von Poitou, jene reichen Küstenländer, die so oft von den Franzosen angefallen, aber nie ganz bezwungen waren. Mit dem Jahre 1451 brach für diese Gebiete eine neue Zeit herein, sie kamen nun dauernd unter französische Herrschaft.

Noch in demselben Jahre bemühte sich der Hochmeister mit Karl VII. anzuknüpfen.[4] Dieser nahm das Schreiben freund-

[1] Hirsch, S. 114.

[2] 1453 wurde ein preußisches Schiff aus der Baie vom Vogt zu Helsingör genommen (H. U. B. VIII, 254).

[3] Wehrmann, S. 87 und 88; H. U. B. VIII, 446.

[4] H. U. B. VIII, 115 Einl.

Digitized by Google

lich auf[1], aber sein Schutzbrief vom 7. Januar 1452[2] enthielt die Klausel, daß die Hansen nicht seine Feinde, d. h. die Engländer, mit Waren unterstützen dürften. Natürlich ging Lübeck, Englands Feindin, sofort darauf ein und forderte am 3. Juni den deutschen Kaufmann zu Deventer zum Abschluß mit dem französischen Unterhändler auf.[3] Die preußischen Städte aber verwiesen die Angelegenheit auf eine allgemeine Tagfahrt.[4] So scheiterte die Annahme des Schutzbriefes wahrscheinlich an der englischen Frage.[5]

Infolgedessen trübte sich das Verhältnis der Hanse zu Frankreich. Auch die alte Schadenersatzforderung wegen des genommenen Holkes tauchte wieder auf. Karl VII. erließ einen Arrestbefehl gegen die hansischen Kaufleute, und wir hören, daß einige in der Baie verhaftet wurden.[6] Das wird neben der Unsicherheit auf dem Meere der Hauptgrund gewesen sein, daß 1453 der Verkehr im französischen Westen ein schwacher blieb. Doch hob sich der Baienhandel 1454 schon wieder, nach Reval kamen 48 Salzschiffe. Auch Danzig hatte eine Flotte nach der Baie gesandt.[7]

Während nun diese Flotte in der Baie war, erfolgte in Preußen der Abfall der Städte vom Orden. Sie fanden Unterstützung beim König von Polen, während der Orden mit Dänemark ein Bündnis schloß. Das war für die Städte nicht unwichtig, da der König von Dänemark durch die Beherrschung des Sundes Gewalt über die für Preußen so wichtigen Baien-

[1] H. R.[2] IV, 93.

[2] H. U. B. VIII, 115. — Auch Peter II. von der Bretagne versprach am 8. Februar 1452 den Hansen Schutz und Sicherheit (H. U. B. VIII, 1260).

[3] H. R.[2] IV, 96. — [4] H. R.[2] IV, 107, § 2.

[5] H. U. B. VIII, 115 Einl.

[6] H. R.[2] IV, 161, § 10.

[7] H. R.[2] IV, 276.

Digitized by Google

flotten bekam. In der Tat machte Chriſtian ſchon Ende Mai 1454 einen Verſuch, die heimkehrende Baienflotte zu nehmen[1]; dieſer mißglückte jedoch, da dieſelbe rechtzeitig gewarnt war.[2] Trotzdem gelang es dem König nachträglich, noch acht hanſiſche Schiffe zu erbeuten, die mit Salz beladen waren, und von denen zwei nach Danzig gehörten.[3]

Da Memel und ſeit Juli 1455 auch Königsberg in den Händen des Ordens waren, ſo konnte derſelbe über dieſe Häfen leicht Verſtärkungen erhalten. Dies ſuchte Danzig natürlich zu verhindern und erließ deshalb am 24. Juni 1455 an Lübeck eine Warnung, dieſe Häfen zu beſuchen.[4] Es ſandte Auslieger in die See, die jeden Verkehr mit den feindlichen Häfen abzuſchneiden ſuchten.[5] Darüber geriet Danzig mit den Hanſeſtädten in Konflikt, die ihren Verkehr nach dem Oſten einzuſchränken nicht gewillt waren. Auch die livländiſchen Städte, mit denen Danzig ſonſt immer gute Beziehungen hatte, wurden in den Streit hineingezogen. Der Meiſter von Livland behandelte nämlich die Danziger Schiffer als Feinde trotz des Widerſpruchs ſeiner Städte. Danzig machte deshalb die Städte für das feindliche Verhalten des Meiſters verantwortlich und hielt ſich an ihren Gütern ſchadlos.[6]

Es läßt ſich denken, daß bei dieſen Wirren keine großen Handelsunternehmungen nach dem Weſten ſtattfinden konnten. Nur vereinzelt ſcheinen Danziger nach der Baie[7] und nach Rochelle[8] geſegelt zu ſein. Von Revaler Salzſchiffen hören wir

[1] Simſon, Danzig im 13jährigen Kriege, i. d. Z. d. wpr. G. V. XXIX, S. 61; H. R.[2] IV, 278.

[2] H. U. B. VIII, 328.

[3] H. R.[2] IV, 232 und 280; vgl. auch H. U. B. VIII, 1160, §§ 14 und 30.

[4] Simſon, S. 62. — [5] H. U. B. VIII, 410.

[6] Simſon, S. 62—63.

[7] H. U. B. VIII, 1160, §§ 43, 48, 68.

[8] H. U. B. VIII, 890.

Digitized by Google

1455 gar nichts.[1] Doch haben die Holländer sich wieder die allgemeine Verwirrung zu nutze gemacht und Salz aus der Baie nach Danzig gebracht.[2] Trotz des Verbots, die feindlichen Häfen zu besuchen, segelten sechs holländische Schiffe nach der Balga; sie wurden aber von nachgesandten Danziger Kapern aufgebracht.[3]

Obwohl Danzig im Jahre 1456 den Livländern gegenüber einen feindseligeren Ton anschlug und ihren Schiffen nachstellen ließ[4], so wurde von Reval doch eine Baienflotte ausgesandt, die ungefährdet ihren Bestimmungsort erreichte. Auf der Rückreise wurden vier Schiffe, die Salz und andere Güter geladen hatten, vom dänischen König zurückgehalten, trotzdem Livland mit Dänemark im Bunde stand.[5] Immerhin kamen noch 27 Schiffe nach Reval. Danzig hat in diesem Jahre kein Salz in der Baie geholt.[6]

Der Anteil Livlands am Baienhandel war 1457 gering, es liefen nur 18 Schiffe in Reval ein. Vielleicht war die Beunruhigung der westlichen Gewässer durch französische Kriegsschiffe schuld an dem Sinken des Verkehrs.[7] 1458 wurden wieder größere Unternehmungen ins Werk gesetzt. Wir hören von livländischen und holländischen Baienflotten.[8] Genaueres über den Verkehr in diesem Jahre erfahren wir aus den Rigaer

[1] Juni 1455 wird in Riga Schiffsvolk aus der Baie erwähnt (H. R.[2] IV, S. 244, A.); es ist aber unsicher, ob daraus auf das Vorhandensein einer Baienflotte für dieses Jahr geschlossen werden kann.

[2] H. U. B. VIII, 410. — [3] H. U. B. VIII, 412.

[4] Simson, S. 63.

[5] H. R.[2] IV, 468.

[6] 1456 war eine hansische Flotte in Lissabon, um dort Salz zu laden. Wegen der zu hohen Abgaben drohte sie dem König, wieder andere Plätze aufzusuchen, namentlich die Baie, daer wij of groote eere ontfanghen ende jonst (H. U. B. VIII, 464, § 2); ob Danziger dabei waren, wird nicht gesagt.

[7] H. U. B. VIII, 620 Einl.

[8] H. U. B. VIII, 739.

Digitized by Google

Handelsbriefen.[1] Daraus ersehen wir, daß dort 25 Baienschiffe ankamen, darunter Kamper und Hamburger. Die Holländer, deren Ankunft man mit einiger Besorgnis entgegensah, scheinen nicht gekommen zu sein.

Auch eine lübische Flotte von 18 Segeln fuhr nach der Baie, um dort Wein und Salz zu laden. Diese Flotte wurde auf der Rückfahrt von den Engländern unter Graf Warwick, der auf der Suche nach den Franzosen war und im Februar einen vergeblichen Landungsversuch in Bourgneuf gemacht hatte[2], von Calais aus angegriffen und nach hartem Strauß genommen.[3] Warwick verkaufte die Ladung in England zu Spottpreisen. König Heinrich setzte zwar eine Untersuchungskommission ein, aber von einem Ersatz der geraubten Waren hören wir nichts. Er begnügte sich damit, den Frieden von 1456 noch einmal zu publizieren. Lübeck nahm infolge dieses Friedensbruches den Kampf gegen England wieder auf.[4]

Als Ersatz gewissermaßen für die Störung des Friedens mit England bot sich Lübeck die Aussicht auf den Abschluß eines Abkommens mit Frankreich. Der Rat erteilte deshalb dem Kaufmann zu Brügge unbeschränkte Vollmacht, mit den Abgeordneten des

---

[1] Stein, Handelsbriefe, i. d. H. G. Bl. 1898.

[2] Chevas, S. 22.

[3] Detmar bei Grautoff II, S. 209; H. R.[2] IV, 667; H. U. B. VIII, 780 Einl. — Graf Warwick (in seinem Schreiben an Lübeck vom 2. April 1459, H. U. B. VIII, 780) stellte die Sache so dar, als sei er von den Lübeckern zuerst angegriffen worden. — Wir haben außerdem den Bericht einer kleinen englischen Chronik des 15. Jahrh.: Also a none after he toke 17 hulkes with other smaler vesselles laden with salt, for be cause the wolde not strike in the kinges name of Inglond (H. U. B. VIII, 780 Einl.). Nach allem scheint dies der Tatbestand zu sein: Auf der Suche nach den Franzosen traf Warwick mit der lübischen Flotte zusammen. Als sie seiner Aufforderung, die Segel zu streichen, nicht nachkommen wollte, kam es zum Kampfe, in dem die Lübecker überwältigt wurden.

[4] H. R.[2] IV, S. 471.

Digitized by Google

Königs Karl über die Schlichtung der Streitigkeiten, die noch von der Wegnahme des französischen Holkes herrührten, zu verhandeln und einen mehrjährigen Frieden abzuschließen.[1]

Es scheint dem französischen König nicht wenig an guten Beziehungen zur Hanse gelegen zu haben, um so mehr, als bereits am 16. Mai 1459 Herzog Franz von der Bretagne den Hansen einen Geleitsbrief ausstellte.[2] Aber der Abschluß der Verhandlungen mit Frankreich wurde durch ungenügende Vollmachten des Kaufmanns zu Brügge, die nur auf einen Waffenstillstand von 8—10 Jahren lauteten[3], verzögert. Der König wünschte dagegen einen ewigen Frieden.[4] Wenn derselbe in diesem Jahre auch noch nicht zustande kam, so weckte doch die günstige Stimmung in Frankreich zusammen mit dem zwischen Preußen und Dänemark eingetretenen Waffenstillstand die Unternehmungslust der hansischen Kaufleute; Reval allein verzeichnet 33 Baienschiffe.

Auch das Jahr 1460 zeigt keinen Niedergang; Reval sandte eine Flotte von 21 Schiffen nach der Baie. Desgleichen scheint auch von Lübeck eine starke Flotte dorthin gegangen zu sein.[5] Diese kam in Gefahr, von dem Dänenkönig gekapert zu werden, zu dem sich infolge seiner Wahl zum Herzog von Schleswig-Holstein das Verhältnis etwas verschlechtert hatte.[6] Doch gelangte sie infolge rechtzeitiger Warnung glücklich an ihren Bestimmungsort.[7] Auch hören wir in diesem Jahre wieder von Danziger Baienschiffen.[8]

[1] H R.² IV, 672 und Einleit. dazu S. 471—472.
[2] H. U. B. VIII, 796.
[3] H. R.² IV, 714, 715.
[4] H. R.² IV, 717, 720.
[5] Vgl. H. U. B. VIII, 963.
[6] Christian von Dänemark war gegen den Willen Hamburgs und Lübecks zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein gewählt worden (Wehrmann i. d. H. G. Bl. 1892, S. 112).
[7] H. R.² V, 5. — [8] H. R.² V, 6.

Digitized by Google

Mittlerweile ging die Fehde zwischen Lübeck und England weiter. Lübische Schiffer plünderten englische Kaufleute an der bretonischen Küste.[1] Auch im Osten dauerte der Kampf zwischen dem Orden und den Städten mit ungeschwächter Kraft fort. Danzig richtete seine Bemühungen vor allem darauf, dem Orden jede Hülfe von der See her abzuschneiden. Nicht nur Danzigs Feinde, auch seine Freunde unterstützten den Orden durch Zufuhren. Die Handelsbriefe aus Königsberg[2] zeigen uns, daß diese Stadt hauptsächlich über Riga durch lübische Kaufleute mit Lebensmitteln versehen wurde. Daß die Lübecker nicht gesonnen waren, ihrem Verkehr mit dem Ordensland irgend welchen Zwang aufzuerlegen, kann freilich nicht Wunder nehmen. Wir müssen bedenken, daß das Ordensland verwüstet und mehr als je auf Zufuhr von außen angewiesen war; daher standen die Lebensmittel sehr hoch, und die Einfuhr war äußerst gewinnbringend. Der lohnendste Artikel war Baiensalz, das man hauptsächlich von lübischen Kaufleuten erhielt. Aber trotz des reichen Gewinns scheint in diesem Jahr (1461) der Baienhandel nicht besonders im Schwung gewesen zu sein; nach Reval kamen nur 15 Salzschiffe.

Die Verhandlungen mit Frankreich kamen wegen der fortwährenden Räubereien der Franzosen[3] nicht recht vorwärts. Endlich am 15. Juni 1461 wurde beschlossen, einen Gesandten zum Abschluß eines ewigen Friedens abzuordnen[4]. Da starb am 22. Juli Karl VII., und am 10. September beschlossen die Städte, noch eine Weile zu warten[5], um schwebende Ersatzverhandlungen erst zu Ende zu führen. Ende des Jahres wurde ein Lieger in der Baie beauftragt, mit dem Sekretär der Königin

[1] H. U. B. VIII, 963, 965.
[2] Stein, Handelsbriefe, i. d. H. G. Bl. 1898, Brief 21—27.
[3] Vgl. H. U. B. VIII, 880, 891, 944, 1014.
[4] H. R.[2] V, 121, § 7.
[5] H. R.[2] V, 161, § 6.

Digitized by Google

wegen des weggenommenen Holkes zu verhandeln.[1] Dieser verlangte 10000 Kronen, gab sich aber schließlich mit 3000 zufrieden.[2] Da der Kaufmann in Brügge außer stande war, diese Summe zu zahlen, kam man vorläufig nicht weiter.[1]

Lübeck weigerte sich nach wie vor, in irgend eine Verhandlung mit England einzutreten, namliken umme des groten merkliken und unvorwintliken schaden, den wij unde unse borgere . . . in korten jaren . . . van den Engelschen geleden hebben.[3] Die Lage wurde immer unerquicklicher, zumal nach der Thronbesteigung Eduards IV. auch die Engländer energisch Front machten gegen die hansischen Privilegien. Auf das Drängen der englischen Kaufmannschaft untersagte der König den Hansen den Zwischenhandel zwischen England und der Baie (de lande hopen se selven myt oren eghenen schepen to hanterende).[4] Dieses Verbot traf so ziemlich die Reedereien sämtlicher östlichen Hansestädte, namentlich aber diejenigen Lübecks und Danzigs. Köln und die westlichen Binnenstädte, die weniger davon getroffen wurden, wollten eine Tagfahrt mit England, um eine Bestätigung ihrer Privilegien zu erzielen. Aber Lübeck ging darauf nicht ein, es betrachtete sich wie vor 1456 mit England im Kriegszustand. Danzig, welches durch den Ordenskrieg noch vollauf in Anspruch genommen war, konnte dieser Angelegenheit seine Aufmerksamkeit weniger widmen und mußte sich vorläufig damit begnügen, auf Lübeck in versöhnlichem Sinne einzuwirken.[5] Zu offenem Kampfe kam es daher noch nicht.

Aus dem Jahre 1462 haben wir Nachrichten von einem ziemlich ausgedehnten Verkehr. Von Brügge wurde eine Baien-

[1] H. R.[2] V, 204. — [2] H. R.[2] V, 203.
[3] H. R.[2] V, 169.
[4] H. R.[2] V, S. 85 und Nr. 147.
[5] H. R.[2] V, Einleit., S. V—VI.

Digitized by Google

flotte ausgesandt, die teils in Livland, teils in Danzig, teils in Lübeck und Hamburg löschen sollte.[1] Nun hatte Danzig am 2. März 1462 die Hansestädte ersucht, nicht nur vor dem Besuch der Häfen Balga und Memel, sondern auch vor dem Verkehr mit Riga und Pernau zu warnen, da beide Städte Danzigs Feinde unterstützten.[2] Infolgedessen mußte der Kaufmann Danzig bitten, die Schiffe in Frieden ziehen zu lassen[1]; auch Hamburg suchte in diesem Sinne auf Danzig einzuwirken.[3] Lübeck aber unterließ es nicht, der Baienflotte eine Warnung entgegenzusenden.[4] Die Flotte scheint keine Verluste von Danziger Ausliegern erlitten zu haben; in Reval langten 28 Salzschiffe an. Die holländischen Baienfahrer wagten aus Furcht vor den Danziger Kaperschiffen nicht weiter als Lübeck zu segeln. Doch fuhren sieben von ihnen, nachdem sie vorher einen Geleitsbrief von Danziger Gesandten erhalten hatten, nach Preußen.[5]

Vom Jahre 1463 an lassen uns die Revaler Schiffahrtsregister für einen längeren Zeitraum leider im Stich; wenigstens ist es unbestimmt, ob die daselbst verzeichneten Schiffe Salzschiffe sind. Wir können uns daher nur ein unklares Bild machen von dem westfranzösischen Verkehr in diesem und den folgenden Jahren, zumal auch Weinreich uns keine Nachrichten gibt. Doch dürfen wir mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Baienfahrten nicht ganz eingestellt worden sind. So hören wir 1463 von einigen Danziger Baienschiffen — sechs scheinen es gewesen zu sein —, die im Belt von zwei dänischen Orlogschiffen angegriffen werden. Die Hansen blieben Sieger; das eine der beiden Kriegsschiffe wurde gefangen und ein Teil der Besatzung mit nach Reval genommen.[6]

[1] H. R.[2] V, 224.
[2] H. R.[2] V, 223.
[3] H. R.[2] V, 233. — [4] H. U. B. VIII, S. 684, A. 6.
[5] H. R.[2] V, 264.
[6] H. U. B. IX, 28 und 104.

Digitized by Google

In diesem Jahre erlangte die Hanse vom König von Frankreich ein Handelsprivileg. Am 20. Juli 1463 sandte Ludwig XI. seinen Unterhändler Wilhelm de Combes mit Instruktionen nach Brügge[1], und im Oktober desselben Jahres war man so weit, daß der Schutzbrief in allen Häfen Frankreichs veröffentlicht wurde.[2] Dieses Privileg wurde dann im April des folgenden Jahres mit einigen Abänderungen erneuert.[3] Während es nach der ersten Fassung noch erlaubt war, Handel zu treiben auf eigenen oder fremden Schiffen, wurde jetzt die Klausel eingeschoben: ausgenommen auf den Schiffen, welche unseren alten Feinden, den Engländern, gehören.[4] Unter den in dem Privileg genannten Häfen fehlt merkwürdigerweise die Baie, aufgeführt werden dagegen Rochelle, Bordeaux und Brouage.[5]

Der Friede mit Frankreich war leider nur von kurzer Dauer. Kamper Schiffer beraubten nämlich einige Franzosen[6], worauf diese sofort wieder den Seeraub auf hansische Schiffe eröffneten.[7] Hierzu kam noch eine andere Angelegenheit, die, anfangs rein privater Natur, bald von der französischen Regierung als casus belli angesehen wurde. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Kurz nach Pfingsten 1462 war ein großes französisches Kauffahrteischiff, „Peter von Rochelle", mit Salz nach Danzig gekommen. Als es im Hafen lag, zertrümmerte ein Blitzstrahl seinen Mast. Der Schiffer reiste nach Hause und übertrug die Aufsicht über das Krawel einem Franzosen. Da dieser bald starb, übernahm auf seine Verfügung hin ein Bretone, Peter de Nautis aus Nantes, die Verwaltung des Schiffes. Diesem fehlte nun das zur Ausbesserung des Fahrzeuges nötige Geld,

[1] H. R.[2] V, 704.
[2] H. U. B. IX, 29; H. R.[2] V, 705. — [3] H. U. B. IX, 87.
[4] H. U. B. IX, 89. — [5] H. U. B. IX, 118.
[6] H. R.[2] V, 722. — [7] H. R.[2] V, 736, 775.

Digitized by Google

weshalb er nach und nach bei Danziger Kaufherrn 1000 Mark aufnahm, indem er das Geld hypothekarisch auf das Schiff verschreiben ließ. Als nun nach anderthalb Jahren (1464) der Schiffer mit dem Eigentümer zurückkehrte, um das Schiff abzuholen, verlangten die beiden Danziger vorerst Befriedigung ihrer Forderungen. Die beiden Franzosen wiesen die Sache vor das Danziger Gericht, welches dahin entschied, daß sie die Summe, welche Peter de Nautis zum Nutzen des Schiffes verwandt habe, bezahlen müßten. Da sie aber das erforderliche Geld nicht bereit hatten, so bewogen sie drei Danziger Bürger vorläufig die Verantwortlichkeit über das Schiff zu übernehmen, versprachen, bald mit dem zur Auslösung des Krawels nötigen Geld zurückzukehren und reisten ab. In ihrer Heimat angekommen, erhoben sie sofort heftige Klagen beim König gegen Danzig. Dieser nahm sich ihrer Sache an und drohte in einem Schreiben an den Kaufmann zu Brügge (5. Juli 1466)[1] mit Beschlagnahme aller hansischen Güter in Frankreich, wenn nicht das Krawel seinem Besitzer zurückgegeben würde. Die Danziger Regierung aber beharrte auf dem Standpunkte, daß zunächst die Forderungen der Pfandgläubiger befriedigt werden müßten und wandte sich an den König von Polen mit der Bitte, sich zu ihren Gunsten bei König Ludwig zu verwenden.[2] Die Angelegenheit zog sich noch mehrere Jahre hin; die Gläubiger hielten sich dadurch schadlos, daß sie nach und nach alle Schiffsgeräte auf gerichtlichem Wege verkaufen ließen. Schließlich, als die Franzosen das Fahrzeug, trotzdem sie von Danzig dazu aufgefordert wurden[3], nicht aus dem Hafen entfernten, ließ die Stadt das Schiff ausbessern und in ein Kriegsschiff umbauen.[4]

---

[1] H. U. B. IX, 294; dazu 296, 297.
[2] H. U. B. IX, 330.
[3] H. U. B. IX, 552.
[4] Vgl. Weinreichs Danziger Chronik, S. 93—94.

Digitized by Google

Diese Angelegenheit veranlaßte die Franzosen, gegen die hansischen Handelsschiffe vorzugehen. Vor allem natürlich die Danziger selbst[1], aber auch die anderen Städte hatten unter ihren Verfolgungen zu leiden.[2]

Während so Danzig zu Frankreich in ein feindliches Verhältnis geraten war, hatte sich Lübecks Stellung zu England, die bestimmt war durch die Wegnahme der Baienflotte im Jahre 1458, noch keineswegs gebessert. 1465 fanden Verhandlungen in Hamburg statt, wo auch englische Gesandte erschienen. Lübeck, mit ihm Bremen, Rostock und Wismar bestanden auf vorhergehende Begleichung ihrer Ersatzansprüche an England, während Köln, Hamburg und Danzig eine vermittelnde Haltung annahmen und in Übereinstimmung mit den Engländern den Abschluß eines Stillstandes wünschten. Aber dieser Vermittlungsversuch erwies sich als undurchführbar.[3] Doch scheint das Scheitern der Friedensverhandlungen keine schlimme Folgen gehabt zu haben; Weinreich berichtet wenigstens zum Jahre 1466, daß die Engländer Frieden hielten.[4]

Doch ist es klar, daß gerade das unsichere Verhältnis zu England und die erneute Feindschaft mit Frankreich keineswegs dem Baienhandel förderlich waren. Jedenfalls ist das Fehlen jeder Nachricht über die Westfahrten der politischen Lage zuzuschreiben. Das Schlimmste war nun, daß der schon lange glimmende Zwiespalt mit England bald zur offenen Flamme emporloderte und den ganzen Hansebund mit sich fortriß. Im Jahre 1467 erschlugen Seefahrer von Lynn den dänischen Vogt auf Island. Zur Entschädigung griff König Christian im Sommer 1468 vier englische Schiffe im Sund auf. Da nun nach dem Thorner Frieden eine Menge preußisches Kriegsvolk

[1] H. U. B. IX, 332. — [2] Vgl. H. U. B. IX, 449.
[3] H. R.[2] V, S. 458.
[4] Weinreichs Danziger Chronik, S. 8.

Digitized by Google

in dänische Dienste getreten war, so warfen die Engländer die Schuld auf die Hansen. Der deutsche Kaufmann zu London wurde gefangen gesetzt und seiner Habe beraubt.[1] Lübeck beobachtete diesen Ereignissen gegenüber eine zuwartende Haltung. Danzig aber, das aus dem Thorner Frieden innerlich gestärkt hervorgegangen war und auf den Hochmeister keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchte, verlangte ein energisches Vorgehen gegen die Engländer.[2] Es rüstete Kaper aus, Paul Beneke und Merten Bardewigk eröffneten den Kampf.[3] Sie eroberten 1470 am Neujahrstag einen englischen Kauffahrer, „Joen von Neucastel", welchen sie in ein Kriegsschiff umwandelten. Damit segelten sie in die Baie, wo das Schiff alsbald unterging.[4] Mittlerweile waren noch andere Danziger Kriegsschiffe in Dienst gestellt. Wahrscheinlich unter deren Schutz gelangte eine große Baienflotte, die aus der Baie und Brouage kam und aus holländischen, Kamper und Danziger Schiffen bestand, 1470 glücklich nach Danzig.[5] Es war dies die erste große Baienflotte, die seit langer Zeit wieder in Danzig ankam.

Im Jahre 1470 war der Kampf gegen England in vollem Gang[6]; auch gegen Frankreich wurde gestritten.[7]

Inzwischen war König Eduard mit seinem bisherigen Anhänger, dem Grafen Warwick, in bittere Feindschaft geraten. Warwick mußte England verlassen und wandte sich nach Frankreich, wo er große Rüstungen betrieb. Das veranlaßte den englischen König, der Hanse durch burgundische Vermittelung Friedensanerbietungen zu machen.[8] Nicht minder wandte sich

---

[1] H. R.[2] VI, Einleit., S. VI; Weinreich, S. 5.
[2] H. R.[2] VI, Einleit., S. VI—VII.
[3] Weinreich, S. 5. — [4] Weinreich, S. 6.
[5] Weinreich, S. 8.
[6] Vgl. Weinreich, S. 7.
[7] H. R.[2] VI, 314.
[8] H. R.[2] VI, Einl., S. VII.

Digitized by Google

der König von Frankreich mit Friedensanträgen an die Städte.[1] Da traten neue Verwickelungen ein. Noch im Sommer 1470 kehrte Warwick nach England zurück und vertrieb König Eduard, der nach Burgund floh. Im März 1471 wurde er mit hansisch-burgundischer Macht wieder nach England zurückgeführt.[2] Dieses Ereignis hatte aber auf den hansisch-englischen Handelskrieg keinen Einfluß. Danzig betrieb vielmehr, um einen Druck auf England auszuüben, noch viel eifriger den Seekrieg. Die Lübecker zauderten noch; erst im Frühjahr 1472 sandten auch sie Kaper aus.[3] Doch behielten die Engländer und Franzosen im Westen das Übergewicht, so daß der hansische Handel dorthin eine Zeit lang stockte.[4] Das wurde anders, als im Herbst 1472 Paul Beneke die Leitung des „Peter von Danzig" übernahm.[5] Und als es nun dem „harten Seevogel" im Frühjahr 1473 gelang, eine unter burgundischer Flagge segelnde Galeere mit englischen Gütern zu nehmen, waren die Engländer des Kampfes müde. Eifrig betrieben sie das Friedenswerk, das 1474 zu Utrecht abgeschlossen wurde.

Während der Verhandlungen in Utrecht bemühten sich die Hansen, auch die Fehde mit Frankreich beizulegen. Schon war durch die Vermittelung des Dänenkönigs der Boden dazu geebnet.[6] Daher riet Brügge am 16. April 1473, die Gesandten in Utrecht zugleich mit Vollmachten für die Verhandlungen mit Frankreich auszurüsten.[7] Zwei Boten wurden an den König geschickt. Dieser, in der Hoffnung die Hansen als Bundesgenossen gegen England zu gewinnen, nahm die Unterhändler wohlwollend auf und gewährte am 25. August 1473 einen zehnjährigen Waffenstillstand.[8]

[1] H. R.[2] VI, 320—323. — [2] Weinreich, S. 7 und 9.
[3] Weinreich, S. 10.
[4] Weinreich S. 11.
[5] Weinreich, S. 11. — [6] Vgl. H. R.[2] VI, 575 und 623.
[7] H. R.[2] VI, 652. — [8] H. R.[2] VII, 45, 47, 51, 55.

Digitized by Google

Auch mit dem Herzog der Bretagne wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen (9. Juli 1474), der sich freilich nur auf ein Jahr erstreckte. In der Zwischenzeit sollten die bestehenden Streitfragen erledigt werden, damit man zu einen dauernden Frieden gelange.[1]

Daß in den unruhigen Jahren von 1471—74 ein blühender Handel nach dem Westen nicht stattfinden konnte, ist klar. Trotzdem sind die Baienfahrten nicht unterbrochen worden. Namentlich sehen wir die geschäftigen Holländer den Verkehr aufrecht erhalten. Doch scheinen sie 1471 wegen eines Verbots des Dänenkönigs nicht durch den Sund gekommen zu sein.[2] Am 12. März 1472 segelte eine große Flotte aus der Welinge nach der Baie.[3] Es waren meist holländische Schiffe, die trotz des Verbots, Außenhansen zu verfrachten, zum Teil von hansischen Kaufleuten gemietet waren, um das Salz nach Livland zu bringen.[4] Von dieser Flotte fielen neun flämische und einige Danziger Baienschiffe den Franzosen in die Hände.[5] Infolgedessen erhielt eine andere holländische Flotte, die noch zur Baie wollte, keine Erlaubnis zur Ausfahrt.[6] 1473 scheinen die Holländer wieder nach dem Westen gesegelt zu sein; dänische Auslieger nahmen einem Kaufmann aus Sluis eine Ladung Salz von Brouage.[7]

Ein ganz anderer Verkehr konnte sich nun entwickeln, als man 1474 mit England und Frankreich in ein friedliches Ver-

[1] H. R.[2] VII, 238—239.

[2] H. R.[2] VI, 445. — Lüneburgs Handel war durch die Konkurrenz des Baiensalzes sehr geschädigt, so daß es sich an den König von Dänemark wandte. Dieser ließ sich gegen eine Geldsumme zu obigem Verbot herbei. (Vgl. auch H. R.[2] VI, 389.)

[3] Weinreich, S. 112, Brief des Berndt Paweſt, Nr. 13 (auch H. R.[2] VI, S. 504).

[4] H. R.[2] VI, 596, § 30. — [5] Weinreich, S. 11.

[6] Vgl. Weinreich, S. 115, Brief Nr. 20.

[7] H. R.[2] VII, 26.

Digitized by Google

hältnis gekommen war und auch die Beziehungen zur Bretagne von neuem geregelt waren. In dem Geleitsbrief, den der Herzog den Hansen am 9. Juli 1474 gab, hören wir, daß zu dieser Zeit eine Menge Danziger in der Baie sich befanden.

In der Tat war der Danziger Baienhandel im Jahre 1474 ein glänzender. Lauffer hat in der Zeitschrift des westpreußischen Geschichtsvereins, Heft XXXIII, sehr wertvolle Tabellen veröffentlicht, die uns ein klares Bild von dem damaligen Verkehr geben. Danach liefen in diesem Jahr im Danziger Hafen ein:

aus der Baie 71 Schiffe,
aus Brouage 2 Schiffe.[1]

Diese 71 Baienschiffe brachten 526 Hundert 16 Last Salz, 5 Pipen 10 Ohm Wein, 2 Pipen Poitou-Wein, 12 Sack Hopfen, 1 Last Walnüsse und Laken. Die 2 Schiffe aus Brouage brachten 22 Hundert Salz.[2] Ferner kamen von Lübeck 12 Pipen Poitou-Wein[3], die also lübische Schiffer geholt hatten. Aus Lissabon, wo, wie wir gesehen haben, die Hansen ebenfalls Salz holten, kam in diesem Jahre kein einziges Schiff.[4]

Wir sehen aus diesen Tabellen, daß Baiensalz einer der Haupteinfuhrartikel in Danzig war und fast ausschließlich direkt aus der Baie, resp. aus Brouage bezogen wurde. Die Holländer scheinen in diesem Jahre sehr gering an der Einfuhr beteiligt gewesen zu sein; nur die Amsterdamer brachten 15 Hundert Baiensalz.[5]

Auch das Jahr 1475 zeigt einen lebhaften Handel. Aus der Baie werden zwar nur 2 Schiffe, dagegen aus Brouage 21 verzeichnet.[6] 28 Schiffe waren dorthin ausgesegelt, unter

[1] Z. d. wpr. G. V. XXXIII, Tab. I, S. 8.
[2] Z. d. wpr. G. V. XXXIII, Tab. II, S. 22.
[3] Tab. II, S. 12.
[4] Tab. I, S. 8. — [5] Tab. II, S. 20.
[6] Tab. I, S. 8.

Digitized by Google

ihnen auch das große Krawel. Dieses ging in Brouage unter. Von den 28 Schiffen kamen 21 zurück[1], über den Verbleib der übrigen wird nichts berichtet.

In Verbindung mit diesem Danziger stand, wie es scheint, ein großes holländisches Unternehmen. Trotz des zwischen Burgund und Frankreich wieder ausgebrochenen Krieges waren die Amsterdamer mit 4 Orlog- und 50 Kauffahrteischiffen nach dem Westen gesegelt. In der Baie schloßen sich ihnen noch Schiffe aus Enkhuisen und Hoorn an, so daß auf der Rückfahrt gegen 70 Schiffe beisammen waren. Unterwegs wurden sie von französischen Kriegsschiffen angefallen und ihrer zehn genommen.[2] Nach Danzig ist von diesen holländischen Baienschiffen keins gekommen.[3]

Was nun die Danziger Flotte angeht, so brachten die beiden Schiffe aus der Baie $9^1/_2$ Hundert Salz; die 21 Brouager Schiffe brachten $108^1/_2$ Hundert 6 Last $15^1/_2$ Quarter Salz und 4 Pipen Wein.[4]

Das Jahr 1476 verzeichnet:

aus der Baie 15 Schiffe,
aus Brouage 16 Schiffe,
aus Lissabon 1 Schiff.[5]

Die 15 Baienschiffe brachten $91^1/_2$ Hundert 28 Last 1 Quarter Salz und 10 Pipen Poitou-Wein (+ 3 Pipen Wein); die Brouager Schiffe brachten 74 Hundert Salz und 4 Pipen Poitou-Wein.[6]

---

[1] Scr. rer. Pruss. V, S. 443, Christoph Beyers des Älteren Danziger Chronik ad a. 1475; Weinreichs Chronik, S. 17.

[2] Weinreich, S. 17, A. 5.

[3] Z. d. wpr. G. V. XXXIII, Tab. II.

[4] Tab. II, S. 22. — [5] Tab. I, S. 8.

[6] Tab. II, S. 22.

Digitized by Google

In diesem Jahre war die Einfuhr der Holländer sehr stark. Es wurden eingeführt durch Schiffer aus:

Ter-Schelling	1 Last Baiensalz,
Amsterdam	51 Pipen Poitou-Wein,
	5 Pack Kanevas,
Monnickendam	6 Hundert Baiensalz,
Enkhuisen	2 Pipen Poitou-Wein,
Delfshaven	5 Hundert Brouager Salz,
Schiedam	6 Hundert Baiensalz,
Rotterdam	5½ Hundert Baiensalz,
Vlieland	1½ Hundert Baiensalz,
Seeland	1 Quarter Baiensalz,
	4 Pipen Poitou-Wein,
Zierikse	3 Pipen Poitou-Wein,
Goes	6½ Hundert Brouager Salz,
Veere	2 Hundert Baiensalz,
Antwerpen	2 Pipen Poitou-Wein,
	3 Cent Kanevas.[1]

Über die Handelsbewegung in den folgenden Jahren sind wir leider nicht unterrichtet. Es ist aber ausgeschlossen, daß die Fahrten, nachdem sie einen so glänzenden Aufschwung genommen hatten, plötzlich wieder aufgehört haben sollten, zumal der Herzog von der Bretagne am 15. April 1477 den Hansen auf sieben Jahre Geleit für den Verkehr in seinem Lande gewährte.[2] Möglich ist allerdings, daß der zwischen Frankreich und Burgund tobende Krieg die Unternehmungslust des Kaufmanns etwas gedämpft hatte.[3] Auch hören wir von neuem Seeraub der Franzosen.[4] Doch war der König von Frankreich geneigt,

[1] Tab. II.
[2] H. R.[3] I, S. 58, A. 4. — [3] Vgl. H. R.[3] I, 15; 72, § 1; 131.
[4] H. R.[3] I, 132, 206.

Digitized by Google

den Waffenstillstand, den er 1473 gewährt hatte, zu verlängern und einen ewigen Frieden mit der Hanse abzuschließen.[1]

Erst aus dem Jahre 1479 haben wir wieder sichere Nachrichten über den Baienhandel. Der Herzog Franz II. von der Bretagne hatte im Januar 1479 mit der Hanse einen Handelsvertrag abgeschlossen.[2] Infolgedessen sehen wir einen starken Verkehr sich anbahnen. In Reval kamen 48 Salzschiffe an.[3] Auch die Kamper rüsteten eine Flotte nach der Baie aus.[4]

In den folgenden Jahren herrschte gleichfalls ein starker Verkehr. Reval verzeichnet 1480: 34, 1481: 39, 1482: 20 Salzschiffe. Als 1482 durch den Abschluß des Friedens von Arras zwischen Frankreich und Burgund die westlichen Gewässer wieder ruhiger geworden waren, nahm der Verkehr noch mehr zu; Reval hatte 1483 45 Salzschiffe.

Im August dieses Jahres kam mit Frankreich ein ewiger Friede zustande.[5] Der Waffenstillstand von 1473 war abgelaufen, aber man hielt in den Hansestädten so lange mit der Erneuerung zurück, bis zwischen Frankreich und Burgund der Friede geschlossen war. Im September desselben Jahres bestätigte Karl VIII. den Vertrag.[6] Auch mit der Bretagne hatte man wieder in Verhandlungen gestanden; ein Gesandter des Herzogs, Antoine Baudin, war eigens deshalb nach Brügge geschickt worden. Das Ergebnis war ein Vertrag auf zehn Jahre.[7]

Trotzdem sehen wir im Jahre 1484 keinen stärkeren Verkehr im Westen Frankreichs; Reval hatte nur 25 Salzschiffe.

---

[1] H. R.[3] I, 128, 140.
[2] Departementalarchiv von Nantes, E 125.
[3] Stieda, Schiffahrtsregister, i. d. H. G. Bl. 1884.
[4] H. R.[3] III, 91.
[5] H. R.[3] I, 502.
[6] H. R.[3] I, 503.
[7] Departementalarchiv von Nantes, E 125; H. R.[3] I, 480; 482, § 16, 17; 484; 490.

Digitized by Google

Dieſer Rückgang des Baienhandels wird ſeinen Grund haben in der Unſicherheit der nordiſchen Meere. Dänemark lag mit England im Kampf; däniſche Auslieger fahndeten nach engliſchen Waren. Die Ausſicht auf reiche Beute lockte die kühnſten und frechſten Räuber in die engen, belebten Gewäſſer. Unter König Johann (1481—1513) wurde dieſes Raubgeſindel zu einer ſchweren Plage für die deutſchen Kaufleute.[1] Im Spätſommer 1484 nahmen nun zwei däniſche Auslieger, Potthorſt und Pynynk, drei ſpaniſche Schiffe; dieſe führten bretoniſche Güter an Bord. Der Herzog der Bretagne warf die Schuld auf die Hanſen und ließ einige Lübecker ins Gefängnis werfen.[2] Natürlich wurden infolgedeſſen die Fahrten nach der Baie möglichſt eingeſchränkt; wir hören in Reval 1485 nur von 16 Salzſchiffen. Danziger Schiffe, die nach der Baie geſegelt waren, kamen ohne Ladung zurück, weil Salzmangel im Weſten eingetreten war.[3]

Erſt 1486 ließ der Herzog von der Bretagne durch Vermittlung der Nanteſer und des Kaufmanns zu Brügge die Gefangenen wieder frei und ſicherte den Hanſen von neuem ungehinderten Verkehr in der Baie zu.[4]

Aber trotzdem konnte der Baienhandel nicht ſo recht aufblühen. Das Verhältnis Danzigs zu England hatte ſich wieder zugeſpitzt.[4] Dazu kam, daß die Engländer, weil hanſiſche Auslieger in däniſche Dienſte getreten waren, den Hanſen die Räubereien der Dänen in die Schuhe ſchoben. Sie ſchritten zu Repreſſalien an hanſiſchen Schiffen. Am 20. Dezember 1485 wurden zwei Danziger Schiffe, die von Brouage kamen, an der Inſel Wight von Engländern geplündert.[5] Im Sommer 1486 wurde

[1] Weinreichs Chronik, Einl. S. XIV—XV; vgl. H. R.[3] I, 550, § 7.
[2] Weinreichs Chronik, S. 35 und A. 1; dazu H. R.[3] II, 21; 26, § 61.
[3] Weinreich, S. 39. — [4] Weinreich, Einl. S. XI.
[5] H. R.[3] II, 510, § 18; H. R.[3] IV, 134.

Digitized by Google

ein Danziger Baienschiff in der Nähe von Dover ausgeraubt.[1] Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß 1486 nur sechs Salzschiffe im Revaler Hafen vor Anker gingen; in Danzig wird uns nur von vier Baienschiffen gemeldet.[2]

1487 scheint der Verkehr wieder zugenommen zu haben, wahrscheinlich weil die Beilegung der Feindschaft mit der Bretagne zu neuen Unternehmungen lockte. Nach Reval kamen 33 Salzschiffe. Doch dauerte der friedliche Zustand nicht lange. Schon in diesem Jahre hören wir über französischen Seeraub klagen. Zwei Danziger Baienschiffe wurden von Seesoldaten aus der Normandie an der Küste der Bretagne vor der Baie geplündert.[3] Nebenher wurde der Kaufmann von den Engländern, Spaniern und Bretonen geschädigt.[4] Dazu liefen Klagen ein über Bedrückung der Baienschiffe im Sunde.[5] Alles das zeigt uns, daß der Baienhandel in diesem Jahre ziemlich umfangreich gewesen sein muß; auffallenderweise schweigt Weinreich ganz davon.

Als dann 1488 der König von Frankreich in Krieg geriet mit England und der Bretagne, England andererseits mit Holland, Seeland, Flandern und Brabant[6], war es vollends mit der Sicherheit auf dem Meere vorbei. Dazu kam noch die Feindschaft Lübecks gegen Dänemark.[7] Aber trotz dieser Schwierigkeiten sind die Baienfahrten nicht eingestellt worden. Wir sehen die Lübecker in der Baie, die Danziger in Brouage.[8] Auch von holländischen Baienschiffen hören wir.[9] In Reval kamen 25 Salzschiffe an.

---

[1] H. R.[3] II, 510, § 27. — [2] Weinreichs Chronik, S. 45.
[3] H. R.[3] II, 517; Damus i. d. Z. d. wpr. G. V. V, S. 32.
[4] H. R.[3] II, 162, § 5; vgl. Weinreichs Chronik, S. 48.
[5] H. R.[3] II, 170. — [6] Weinreichs Chronik, S. 53.
[7] Weinreichs Chronik, S. 56.
[8] H. R.[3] II, 250; H. R.[3] II, 510, § 34.
[9] H. R.[3] II, 251.

Digitized by Google

Im Jahre 1489 verzeichnet Reval nur 10 Salzschiffe. Ein Danziger, der in Brouage Salz geholt hatte, verlor seine Ladung an einen englischen Auslieger.[1] Nähere Angaben fehlen uns aus diesem Jahre. Es ist anzunehmen, daß der Verkehr nicht sehr bedeutend gewesen ist; denn im Westen waren mittlerweile die Verhältnisse derart geworden, daß ein gesicherter Handelsbetrieb ausgeschlossen war. In Flandern tobten die Kämpfe der aufrührerischen Städte gegen die habsburgische Herrschaft fort, und da Brügge ein Hauptherd des Aufstandes war, stockte an diesem wichtigen Handelszentrum natürlich jeder Handel. Daß dadurch auch der Verkehr mit der Baie in Mitleidenschaft gezogen wurde, ist klar, zumal Lübeck vor den Fahrten dorthin gewarnt hatte.[2]

Auch mit dem Frieden von Tours (30. Oktober 1489) war noch keineswegs die für einen ergiebigen Handelsverkehr nötige Ruhe geschaffen. Denn Philipp von Cleve (bei den Hansen Philipp Munsoer genannt) setzte den Kampf gegen Maximilian auf eigene Faust fort und bemächtigte sich 1490 des Hafens von Sluis. Hier fand sich denn allerhand Raubgesindel und «vil verloffene diebe» zusammen, deren Treiben dem hansischen Kaufmann in jenen Gewässern die größten Gefahren brachte.[3]

So fuhr denn im Jahre 1490 nur ein Schiff von Danzig nach der Baie.[4] Eigentümlich, daß trotzdem von Danzig im ganzen 692 Last 2½ Hundert 36 Tonnen Baiensalz ausgeführt wurde.[5] Wir können dies nur daraus erklären, daß die Revaler, die mit 21 Schiffen nach der Baie gefahren waren,

[1] H. R.[3] II, 510, § 39.

[2] Remus, Die Hanse und das Kontor zu Brügge am Ende des 15. Jahrh., in d. Z. d. wpr. G. V. XXX, S. 16.

[3] Weinreich, S. 68; Remus, S. 16.

[4] Lauffer i. d. Z. d. wpr. G. V. XXXIII, Tab. III, S. 29.

[5] Lauffer, Tab. V, S. 36.

Digitized by Google

Danzig mit Salz versorgt hatten. 1491 hören wir nur von zwei Schiffen, die von Danzig nach der Baie gesegelt waren, und die unterwegs französischen Freibeutern in die Hände fielen.[1] Dagegen waren acht Schiffe nach Brouage gefahren, von denen aber sechs durch die Engländer geplündert wurden.[2] Zahlreich stellten sich in diesem Jahre die Holländer ein, sie kamen mit 20 Baienschiffen nach Danzig.[3] Da auch die Revaler eine große Flotte (23 Schiffe) ausgesandt hatten, erklärt es sich, daß Danzig noch 593½ Last 15 Tonnen Baiensalz selbst ausführen konnte. Auch im Jahre 1492 hat die Revaler Baienflotte (33 Schiffe) augenscheinlich Danzig mit Salz versorgt; denn die Ausfuhr betrug 379 Last 53 Tonnen.[4]

Wir hören fortwährend von Seeraub in diesen Jahren. Im Norden machten die dänischen Auslieger dem Kaufmann viel zu schaffen. Auch die Engländer, die heimlich mit den Dänen paktierten[5], verübten Gewalttaten zur See. Dafür entschädigten sich die Hansen wieder, indem sie drei Huller Schiffe, die von Rochelle kamen und mit Wein, Salz und Leinwand beladen waren, ausplünderten.[6] Es scheint, daß die Hansen in jenen Jahren Rochelle und Bordeaux fleißig besucht und Wein in ihren Schiffen nach England geführt haben.[7]

Die Franzosen standen hinter den Engländern im Seeraub nicht zurück. Zwar hatte der französische König auf die Klagen der Hansestädte hin Abhülfe versprochen[8], aber eine Wendung trat nicht ein. 1492 waren acht Danziger Schiffe nach Brouage gesegelt. Nachdem sie dort Salz geladen hatten, kam der Admiral des Königs mit Kriegsschiffen heran und beschoß die

[1] H. R.[3] II, 496, § 48.
[2] Weinreich, S. 70. — [3] Weinreich, S. 77.
[4] Lauffer, Tab. V, S. 36.
[5] Vgl. Weinreich, S. 74. — [6] H. R.[3] II, 511, § 24.
[7] Vgl. H. R.[3] II, 501, § 6; 506, § 16.
[8] H. R.[3] II, 516.

Digitized by Google

Danziger, wobei er von der Stadt Rochelle unterstützt wurde. Als sich infolgedessen die Schiffer ergaben, legte er ihnen eine Zahlung von 1000 Kronen auf und verlangte noch neun Fässer Wein.[1]

Unter diesen Umständen, wo französischerseits die bestehenden Verträge einfach ignoriert wurden, mußte der so lebhafte Baienverkehr allmählich eingeschränkt werden. Ja es scheint, daß 1493 kein einziges Schiff in der Baie Salz geholt hat, wir haben wenigstens keine Nachrichten davon. 1494 verzeichnet Reval 16 Salzschiffe. 1495 segelten von Danzig 4 Schiffe nach Brouage.[2] 1496 kamen 29 Salzschiffe nach Reval. Es ist aber bei dem gänzlichen Mangel an anderen Nachrichten sehr zweifelhaft, ob dies nur Baienschiffe waren. Möglich ist, daß auch Traven- oder Lissaboner-Salz[3] von diesen Schiffen gebracht wurde.

Gegen Ende des Jahrhunderts hören wir direkt nichts mehr von Fahrten nach der Baie. Doch weisen uns die Klagen hansischer Kaufleute, daß sie Wein von Bordeaux nur in englischen Schiffen nach London führen durften, darauf hin, daß der Verkehr in jenen Gegenden noch fortdauerte.[4]

3. Der Rückgang der Baienfahrten.

Mit dem neuen Jahrhundert kam der direkte Verkehr der Hanse mit Spanien und Portugal mehr und mehr in Anwendung. Das Salz, das man bisher fast nur in der Baie und Brouage geholt hatte, lud man jetzt in Setubal und St. Lucar. Der Grund, daß die Hansen diese längere und gefahrvollere

[1] Damus i. d. Z. d. wpr. G. V. V, S. 33.

[2] Weinreich, S. 88.

[3] Daß die Preußen um diese Zeit nach Lissabon fuhren, beweist eine Nachricht bei Weinreich, S. 88.

[4] H. R.[3] IV, 8, § 9; 13, § 7; 174, § 38.

Digitized by Google

Fahrt der Reise nach den westfranzösischen Salzplätzen vorzogen, wird hauptsächlich in der unfreundlichen Behandlung seitens der französischen Regierung gelegen haben.[1]

Ganz aber haben auch im 16. Jahrhundert die Fahrten nach der Baie und Brouage nicht aufgehört. Es zeigt sich in der Korrespondenz, die Danzig während des 16. Jahrhunderts mit Frankreich führte, daß die Neigung zum Besuch der französischen Salzhäfen nicht erloschen war; doch wurde dann weniger die Baie als Brouage aufgesucht. Die Beziehungen zu Westfrankreich waren eben zu alt, die Baienfahrten Jahrhunderte hindurch ein zu wichtiger Bestandteil des hansischen Großhandels gewesen, als daß der Verkehr so plötzlich abgebrochen werden konnte.

So haben wir denn aus dem Jahre 1506 die Nachricht, daß Danziger auswärts nach Brouage sind.[2] 1509 klagten die Hansen auf dem Kölner Drittelstag zu Münster, daß die Baienschiffe im Sunde gezwungen würden, außer dem Durchgangszoll noch sechs Tonnen Baiensalz[3] zu zahlen. Es sind also Spuren eines Baienhandels vorhanden. Auch die Holländer finden wir daran beteiligt; sie fuhren vorzugsweise nach Brouage und brachten das Salz in die baltischen Länder. Um ihre lästige Konkurrenz wenigstens aus den preußischen Häfen fernzuhalten, versuchten die Danziger sie durch «fruntlike handelynge» dahin zu bringen, das Salz nur nach Holland zu befördern.[4] Die Tatsachen beweisen uns, daß Danzig mit diesem Versuch keinen Erfolg gehabt hat. 1512 hören wir von Kampern in Brouage.[5] Desgleichen sind Spuren eines lübischen Baienhandels vorhanden.[6] Auch weisen die fortgesetzten Klagen der wendischen

[1] Vgl. Damus, S. 34.
[2] H. R.[3] V, 128. — [3] H. R.[3] V, 420, § 2.
[4] H. R.[3] VI, 192, § 10. — [5] H. R.[3] VI, 334.
[6] H. R.[3] VI, 479.

Digitized by Google

Städte über Bedrückung ihrer Baienſchiffe im Sunde auf einen ſolchen hin.[1]

Aus dieſen Nachrichten iſt zu erſehen, daß der Baienhandel in dem erſten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts noch ein ziemlich reger war. Es ſteht aber feſt, daß die Danziger ſo gut wie gar keinen Anteil daran hatten, und daß von den Hanſeſtädten ihn hauptſächlich die Lübecker in der Hand hatten.[2]

Franz I. war bemüht, den hanſiſchen Verkehr im Weſten wieder zu heben. Als 1519 franzöſiſche Kaper, welche er dem Dänenkönig Chriſtian II. zu Hülfe geſandt hatte, ein lübiſches Schiff wegnahmen, ſicherte er den Lübeckern auf ihre Klagen hin in wohlwollenden Ausdrücken Beſtrafung der Schuldigen zu und verſprach ihnen Sicherheit des Verkehrs in ſeinem Reich.[3] Wie weit die Lübecker ſich dieſes Privileg zu nutze gemacht haben, wiſſen wir nicht; bis jetzt fehlt uns jede Nachricht darüber. Auch von Danziger Baienfahrten hören wir nichts. Dagegen wird uns berichtet, daß 1521 die Holländer mit 100 Schiffen aus dem Weſten kamen, um die Ladung, die aus Salz beſtand, in den Oſtſeeländern zu veräußern.[4]

Dieſe Nachricht beweiſt uns jedenfalls, daß die Holländer den Baienhandel ſo ziemlich ganz in ihre Hand gebracht hatten, und daß die hanſiſche Flagge jetzt ſeltener in den weſtfranzöſiſchen Gewäſſern erſchien.[5]

Vereinzelt begegnen uns allerdings auch in den nächſten Jahren noch hanſiſche Baienfahrer. 1526 rüſteten Danziger Ratsherren ein Schiff aus, um nach Brouage zu ſegeln. Aber

---

[1] H. R.[3] VI, 512, § 36.

[2] Vgl. Damus, S. 34.

[3] Burmeiſter, Beiträge, S. 88 und Urk. Nr. 6. Vgl. auch H. G. Bl. 1882: Höhlbaum, Hanſiſches aus dem 16. Jahrh. in Paris, S. 112.

[4] Scr. rer. Pruss. V, S. 522: Berndt Stegmanns Hanſiſche Chronik ad a. 1521.

[5] Vgl. Pigeonneau II, S. 102.

Digitized by Google

es gelangte nicht an seinen Bestimmungsort, sondern wurde bereits in den Niederlanden aufgebracht.[1]

Aus den dreißiger Jahren sind gleichfalls Spuren eines Verkehrs vorhanden. 1533 erließ Danzig an seine Schiffer in Brouage eine Warnung, der lübischen Auslieger wegen durch den Sund zu fahren. Aus dem gleichen Jahre besitzen wir ein Schadenverzeichnis Danziger Bürger, woraus hervorgeht, daß um diese Zeit Salz in großen Mengen aus Seeland geholt wurde. Zweifellos war es Baien- oder Brouagersalz, das niederländische Schiffer gebracht hatten.[2]

Franz I. ließ in seinen Bemühungen nicht nach, die Hanse zu stärkerem Besuch seines Landes anzufeuern. 1533 bot er Erneuerung der Privilegien an. Auf dem Hansetag in Lüneburg (Juli 1535) wurde über dieses Anerbieten verhandelt. Die Städte waren sich nicht schlüssig, offenbar wollten sie nicht von dem Feind ihres Kaisers dieses Geschenk annehmen. Braunschweig mahnte geradezu zur Vorsicht, um den guten Schein nach außen zu wahren. Köln wünschte eine Vermittlung durch den Kaufmann zu Brügge, war aber zusammen mit Bremen, Rostock, Stralsund, Deventer und Zwolle einer Erneuerung der Privilegien nicht abgeneigt. Hamburg und Lübeck wollten erst ein Gutachten des Brügger Kontorsekretärs. Danzig und Riga, die keine Rücksicht auf den Kaiser zu nehmen brauchten, stimmten für eine Gesandtschaft nach Frankreich.[3]

Trotz aller Bedenken, die die Städte hatten, sind die Verhandlungen mit dem König nicht abgebrochen worden, und am 25. Januar 1536 erteilte Franz I. den Hansestädten ein Handelsprivileg.[4] Am 23. September desselben Jahres erklärten die wendischen Städte dem König sogar, daß er in seinem Kampf

[1] Damus, S. 84. — [2] Damus, S. 35.
[3] Kölner Inventar I, S. 311, Hansetag zu Lüneburg, 1535, Juli 15.
[4] Burmeister, S. 84.

Digitized by Google

mit dem Kaiser von den Hansestädten nur Gutes zu erwarten habe, und daß sie den Verkehr nach Frankreich wieder aufnehmen würden.[1] In welchem Maße dies geschehen ist, darüber sind bis jetzt freilich keine Nachrichten bekannt geworden. Nur von Deventer, Kampen und Zwolle wissen wir, daß sie Salz in die livländischen Städte führten.[2] Auch fingen die Dänen und Schweden an, sich ihr Salz aus Frankreich selbst zu holen. Am 20. November 1541 schloß Franz I. mit Dänemark und am 10. Juli 1542 mit Schweden Handelsverträge ab, welche der Ausgangspunkt direkter Beziehungen zwischen Frankreich und den nordischen Ländern wurden.[3] Aber noch blieb die dänische Schiffahrt unbedeutend gegenüber den kapitalkräftigeren Konkurrenten, den Hansen und namentlich den Holländern.[4]

Die fortwährenden Kriege zwischen Franz I. und Karl V. störten natürlich den hansischen Handel in empfindlicher Weise.[5] Die Instruktion des Kölner Rats an seine Sendboten zum Hansetag in Lübeck (1549, Juni 3) enthält die Bemerkung: „Es tut dringend not, daß die hansischen Privilegien für Frankreich vom König bestätigt werden".[6] Um die hansischen Interessen besser vertreten zu können, schlug Lübeck vor, einen Prokurator in Frankreich zu bestellen.[7] Es drang zwar mit diesem Vorschlag durch, aber zur Ausführung des Beschlusses kam es nicht.

Vor allem war es Danzig, das sich bemühte, einen neuen Handelsvertrag mit Frankreich zustande zu bringen. Im Jahre

---

[1] Höhlbaum, Hansisches aus dem 16. Jahrh. in Paris, S. 112, Brief vom 23. September.

[2] Köln. Inv. I, S. 319, Kölner Drittelstag, 1539, 1. Oktober, Nr. 7.

[3] Pigeonneau II, S. 101; Schäfer, Geschichte von Dänemark IV, S. 413.

[4] Schäfer, S. 414. — [5] Köln. Inv. I, Nr. 312, 348 und 395.

[6] Köln. Inv. I, S. 335, § 12.

[7] Köln. Inv. I, S. 340.

Digitized by Google

1551 richtete es einen Brief an König Heinrich und bat um Schutz seiner Kaufleute.[1] Die Folge dieses Schreibens war ein Privileg Heinrichs für die hansischen Kaufleute vom 20. Januar 1552.[2] Die französische Regierung ließ es sich angelegen sein, den, wie es scheint, wiederaufgenommenen Verkehr nach Kräften zu fördern. Sie ging auf die Klagen der Hansestädte bereitwilligst ein und suchte gegen etwaige Mängel Abhülfe zu schaffen. So wurden 1554 vier Danziger Schiffe, die von Untertanen des Königs genommen waren, auf seinen Befehl wieder freigegeben.[3]

Diese freundliche Gesinnung des Königs trieb wieder zu größeren Unternehmungen an. Aus den Jahren 1554 und 1555 hören wir von zahlreichen hansischen Schiffen in Frankreich, dessen Waren sie trotz des Unwillens der englischen Kaufmannschaft sogar nach England einführten.[4] 1557 sandten die Danziger eine große Flotte nach Frankreich.[5] Auch die wendischen Städte sind in diesem Jahre stark am Baienhandel beteiligt, vornehmlich holten sie Salz in Brouage; Hamburg hatte 87, Lübeck 12, Rostock und Stralsund je 5 und Wismar 4 Schiffe ausgesandt.[6] 1560 fuhren 41 Hamburger, 31 Lübecker, 7 Rostocker, 12 Stralsunder und 6 Wismarer Schiffe mit Brouager Salz durch den Sund.[7]

In Deutschland blühten allenthalben Baiensalzhandelsunternehmungen auf. 1555 erlangten Anton Schmidt aus Danzig

[1] Damus, S. 38.

[2] Burmeister, Beiträge, S. 84.

[3] Damus, S. 37.

[4] Köln. Inv. I, S. 389, Schreiben des Londoner Kontors an Köln vom 10. April 1555.

[5] Damus, S. 38.

[6] Ich verdanke diese Angaben den Mitteilungen meines Freundes Hermann Willmann aus dem Reichsarchiv zu Kopenhagen (Sundzollregister 15).

[7] Siehe die vorhergehende Note.

Digitized by Google

und seine Gesellschaft von der schlesischen Kammer ein Privileg auf 15 Jahre für alleinige Einfuhr von Baiensalz in Schlesien. Der Kurfürst von Brandenburg erteilte 1560 einem Frankfurter Bürger, Conrad Affen, das Recht, Baiensalz in zwei Pfannen gegen 800 Taler Abgabe zu versieden. Ein Jahr später erwarb sich eine schlesische Handelsgesellschaft vom Herzog Barnim von Pommern auf 25 Jahre das Privileg, das „Beyen- oder Meersalz" zu versieden und innerhalb sowie außerhalb des Landes nach ihrem Gefallen zu verkaufen.[1]

Doch der Erfolg entsprach nicht den gehegten Hoffnungen: nur die Affensche Baiensalzhandlung blühte eine Zeitlang. Trotzdem hörte die Spekulation nicht auf; in Brandenburg erwarben sich noch andere Gesellschaften Baiensalzprivilegien. Sogar Kaiser Ferdinand I. beteiligte sich an dem Geschäft und legte Siedereien in Schlesien und der Lausitz an. Für Brandenburg gab es Baiensalzsiedestätten in Frankfurt, Müllrose und anderen Orten, für das übrige Norddeutschland in Stettin, Hamburg, Bremen und Köln am Rhein.[2]

Erwähnung verdient auch an dieser Stelle die großartige Tätigkeit des Kurfürsten August von Sachsen auf dem Gebiet des Baienhandels. Sein Bemühen richtete sich darauf, sein Land von der fremden Salzproduktion unabhängig zu machen und durch Handelsunternehmungen mit Baiensalz eigene Erwerbsquellen zu eröffnen. Freilich sind diese Unternehmungen ziemlich mißglückt.[3] Doch zeigen alle diese Versuche, daß das Baiensalz damals im deutschen Handel noch eine große Rolle gespielt hat, und daß der Verkehr mit Westfrankreich ein lebhafter gewesen sein muß. Die Hauptstapelplätze waren Hamburg und Stettin, jenes für die Elb-, dieses für die Obergegenden.

[1] Fürsen, Geschichte des kursächsischen Salzwesens, i. d. Leipziger Stud., IV. Band, 3. Heft, S. 73.

[2] Fürsen, S. 74. — [3] Fürsen, S. 74—94.

Digitized by Google

Nach Stettin kamen in den siebziger Jahren des 16. Jahrhunderts jährlich 2000—3000 Last, nach Hamburg sogar 10000—30000 Last.[1]

Angesichts dieses lebhaften Verkehrs war die französische Regierung eifrig bemüht, die guten Beziehungen zur Hanse aufrecht zu erhalten. So bestätigten Franz II. am 5. August 1559 und Karl IX. am 8. Oktober 1561 den deutschen Kaufleuten ihre Privilegien.[2] Die Folgen äußerten sich sofort auf dem Gebiete des westfranzösischen Handels: 1562 kamen 61 Schiffe der wendischen Städte aus Brouage durch den Sund[3]; dabei ist ganz außer acht gelassen die gewiß große Anzahl von Schiffen, die bereits in Hamburg und Bremen gelöscht hatten. 1563 bemerken wir ein Sinken des Handels; es kamen nur 27 wendische Schiffe mit Brouager Salz durch den Sund.[4] Auch in den folgenden Jahren erreichte der Verkehr nicht ganz die Höhe der Jahre 1557—62. Natürlich ist diese Abnahme zu erklären aus den nordischen Händeln. Lübeck führte zusammen mit Dänemark den siebenjährigen Kampf gegen Schweden (1563—70). König Friedrich II. verbot den Hansestädten jede Zufuhr nach den feindlichen Häfen. Der Verkehr mit Schweden war daher äußerst erschwert, und das Land geriet in empfindliche Not; namentlich machte sich ein andauernder Salzmangel fühlbar.[5]

In den letzten Jahren war von den Hansestädten keine Gesandtschaft mehr nach Frankreich geschickt worden, um die Bestätigung der Privilegien nachzusuchen. Dies war von der französischen Regierung mit Mißfallen bemerkt worden, und Charles Dançay, der französische Gesandte am dänischen Hof[6],

[1] Fürsen, S. 72. — [2] Burmeister, Beiträge, S. 84.
[3] Reichsarchiv zu Kopenhagen. — [4] Siehe die vorhergehende Note.
[5] Schäfer, Geschichte von Dänemark V, S. 165.
[6] Vgl. über ihn Schäfer V, S. 211.

Digitized by Google

bemühte sich, die Hansestädte zu einer solchen Gesandtschaft zu bewegen.[1] Endlich, am 25. November 1567, ging eine hansische Abordnung, bestehend aus Dr. Sudermann und Dr. Cleophas Mey, nach Frankreich ab.[2] Unterwegs aber erhielt sie ein Schreiben des französischen Königs, worin dieser wegen der Unruhen im Lande um Aufschub der Reise bat.[3]

Erst im Jahre 1571, als die Verhältnisse in Frankreich wieder ruhiger geworden waren, regte Dançay zur Wiederaufnahme der Verhandlungen an[4], nachdem am 15. Februar König Karl in demselben Sinne an Lübeck geschrieben hatte.[5] Auf dem im Sommer 1572 zu Lübeck stattfindenden Hansetag wurde dann die schleunige Ausführung der Gesandtschaft durch Sudermann und Hamburg-Danzig, „die des französischen Handels am besten kundig seien", beschlossen.[6] Am 28. Juni teilte dies der Hansetag dem französischen König mit.[7] Bemerkenswert ist, daß auf diesem Hansetage zahlreiche Klagen hansischer Kaufleute über Zollbedrückungen namentlich in Brouage laut wurden.[8] Die Hamburger hatten eigens eine Klageschrift verfaßt, deren Hauptpunkte folgende waren[9]:

1. Güter, die in Rochelle oder Bordeaux eingekauft und dort bereits verzollt sind, müssen, wenn sie auf Barken nach Brouage gebracht werden, dort in der Regel noch einmal eine Abgabe tragen.

---

[1] Köln. Inv. I, Nr. 2826 (1566, Juni 14).
[2] Köln. Inv. I, Nr. 3229 (1567, November 25).
[3] Köln. Inv. I, Nr. 3267 (1568, Januar 16) und 3288 (1568, Februar 26).
[4] Köln. Inv. I, Nr. 3592 (Brief vom 25. März 1571) und S. 608.
[5] Köln. Inv. I, Nr. 3572.
[6] Köln. Inv. II, Anhang Nr. 15, S. 385.
[7] Köln. Inv. II, Nr. 149.
[8] Köln. Inv. II, Nr. 145, 146 und Anhang Nr. 8, 9.
[9] Siehe die vorhergehende Note.

Digitized by Google

2. Auf Vitriol, Pech, Schwefel und Spezereiwaren laste ein ungebührlicher Zoll.
3. Während es früher erlaubt gewesen sei, mit den Einheimischen und Fremden frei und ungehindert zu kaufschlagen, hätten jetzt einige aus dem Ort den Salzkauf in die Hand genommen und teilten den Fremden nach ihrem Willen und Belieben das Salz zu wider jedes Herkommen.
4. Auch würden sie in Brouage häufig beschimpft und hätten unter den Räubereien der dortigen Einwohner zu leiden.

Diese Klagen wurden dann von Dr. Sudermann für die Gesandtschaft bearbeitet und zusammengestellt.[1] Wir sehen daraus, daß in Brouage äußerst regellose Zustände herrschten, daß sowohl Einwohner wie Beamte sich die größten Ausschreitungen und Gesetzwidrigkeiten erlaubten. Wenn wir trotzdem in diesen Jahren einen lebhaften Handel an diesem Orte nachweisen können[2], so beweist diese Tatsache, wie beliebt und wichtig auch jetzt noch die Baienfahrten waren.

Aus der beabsichtigten Gesandtschaft wurde nichts. Schon Köln schrieb am 12. Juli an seine Sendboten zu Lübeck: „In so unruhigen und gefährlichen Zeiten sollten die Hansestädte solch kostspielige Legationen wie die nach Frankreich nicht beschließen".[3] Dann teilte Dançay am 9. Juli 1573 aus Kopenhagen mit, daß sein König wegen der unruhigen Zeiten den Termin für den Empfang der Gesandtschaft noch nicht bestimmen könne. Am Schluß des Briefes verhieß er, daß die alten Privilegien fortbestehen sollten, und daß die Kaufleute des königlichen Wohlwollens versichert seien.[4] Am 18. März 1574 folgte dann die

[1] Köln. Inv. II, Nr. 162 und Anhang Nr. 10.
[2] Siehe weiter unten.
[3] Köln. Inv. II, Nr. 176.
[4] Köln. Inv. II, Nr. 341.

Digitized by Google

Anweiſung Dançays, daß die Abordnung der Geſandten verſchoben werden ſollte.[1]

Die freundliche Haltung der franzöſiſchen Regierung während der letzten Jahre, und die in Frankreich 1571 eingetretenen friedlicheren Zuſtände hatten die Hanſen bewogen, in dieſem Jahre wieder in großen Flotten nach Brouage zu fahren. Johann von Langen berichtete am 11. Februar an Dr. Sudermann aus Antwerpen, daß gegen 200 befrachtete Schiffe aus Frankreich und Spanien glücklich in Seeland angekommen ſeien.[2] Im Oktober meldete er, daß viele Oſterlinge und Ember aus Liſſabon und Brouage nach Seeland gekommen ſeien.[3] Auch 1572 war eine große Flotte nach Brouage und anderen franzöſiſchen Häfen gefahren. Die Schiffe, die nach Hamburg, Lübeck, Bremen und Danzig gehörten, wurden bei der Rückkehr an der Küſte Seelands von Herzog Alba beſchlagnahmt.[4] Trotz der unruhigen Zeiten nahm der Verkehr ſeinen Fortgang. 1573 werden 70 Salzſchiffe, darunter 3 hanſiſche, von den Vliſſingern vor Middelburg genommen.[5] 1575 berichtete der franzöſiſche Geſandte in London an ſeinen König, daß die Hamburger mit den Rochellern einen Vertrag über Salz für 40000 Taler abgeſchloſſen hätten.[6] 1576 luden Danziger Salz in Rochelle.[7] In demſelben Jahre kamen 16 lübiſche, 3 Roſtocker und ein wismarſches Schiff mit Brouager Salz durch den Sund.[8] Der Hamburger Salzhandel mit den nordiſchen Reichen lag wegen der Feindſchaft mit Däne-

[1] Köln. Inv. II, Nr. 443.
[2] Köln. Inv. I, Nr. 3569.
[3] Köln. Inv. I, S. 300, A. 1.
[4] Köln. Inv. II, Nr. 133, 134.
[5] Köln. Inv. II, Nr. 342.
[6] Köln. Inv. II, N. 645, A. 2.
[7] Damus, S. 35—36.
[8] Reichsarchiv zu Kopenhagen.

Digitized by Google

mark schwer danieder.[1] Erst mit dem Frieden von 1579 wurden die Hamburger Salzschiffe wieder durch den Sund gelassen.

Auch aus dem Jahre 1577 haben wir Nachrichten, die auf einen ziemlich lebhaften Verkehr schließen lassen. Eine Berger Zolliste vom 1. Mai 1577 bis zum 1. Mai 1578 zeigt uns, daß 13 lübische, 1 Berger, 19 Bremer und 16 Deventer Schiffe im ganzen 1546 Tonnen Baiensalz brachten.[2] In den folgenden Jahren scheint nach dem jetzigen Stand unserer Kenntnis der Handel nicht so lebhaft gewesen zu sein. 1578 fuhren nur 7 lübische und 1579 im ganzen 22 wendische Schiffe (lübische, Stralsunder, wismarsche und Rostocker) mit Brouager Salz durch den Sund; 1580 waren es im ganzen 16 Salzschiffe, darunter eins aus Hamburg.[3]

Die siebziger Jahre des 16. Jahrhunderts sehen also die westfranzösischen Fahrten in kräftiger Blüte. Wenn wir bedenken, daß während dieser Zeit Frankreich und namentlich der Westen unter den Hugenottenkriegen schwer zu leiden hatte — 1577 wurde Brouage durch den König erobert[4] —, so sind die Fahrten ein um so glänzenderes Zeugnis für die Tatkraft und die Unternehmungslust des deutschen Kaufmanns.

Die Verhandlungen über die Gesandtschaft nach Frankreich waren nicht unterbrochen worden. Schon 1576 am 1. August forderte Dançay wieder dazu auf[5], aber der Lübecker Hansetag lehnte sie wegen der unruhigen Zeiten noch ab[6]. Dançay ließ nicht ab, die Hansestädte immer wieder dazu anzutreiben[7], ohne

---

[1] Schäfer, Geschichte von Dänemark V, S. 234.
[2] Norske Magazin II, 80.
[3] Reichsarchiv zu Kopenhagen.
[4] Köln. Inv. II, Nr. 1175.
[5] Köln. Inv. II, Nr. 890.
[6] Köln. Inv. II, Nr. 915.
[7] Köln. Inv. II, Anhang Nr. 85, S. 507.

Digitized by Google

jedoch etwas zu erreichen. Am 18. August 1579 entschuldigte sich dann der Hansetag beim französischen König, daß die lange geplante Gesandtschaft noch nicht zustande gekommen sei und bat zugleich um den Schutz seiner Kaufleute.[1] Man kam wegen der Wirren in Frankreich vorläufig nicht weiter. Die Kämpfe im Westen und Südwesten dauerten fort, zum großen Schaden des Baienhandels. Rochelle war bekanntlich ein Hauptwaffenplatz der Hugenotten; Brouage sah die Einfahrt seines Hafens seit 1586 versperrt.[2] Dazu kamen die fortdauernden spanisch-englisch-niederländischen Kämpfe, die das Meer mit Piraten aller Art füllten.[3] Kurz, der Baienhandel unterlag am Ende des Jahrhunderts schweren Hemmnissen. Erst als durch Heinrich IV. die blutigen Religionskriege beendet waren, konnten die fast gänzlich abgebrochenen Beziehungen mit der französischen Westküste wieder aufgenommen werden. Heinrich IV. kam dabei der Hanse auf halbem Wege entgegen. Er war bemüht, den Wohlstand des schwer geprüften Landes durch günstige Handelsverbindungen wieder zu heben. So gewährte er bereitwilligst einer hansischen Gesandtschaft im Jahre 1604 die nachgesuchte Bestätigung der alten Handelsprivilegien.[4]

Die Hanse war damals nicht mehr der mächtige Städtebund von ehedem. Vor den kräftig aufstrebenden Nationen der Engländer, Holländer und Dänen konnte sie, da es ihr an jedem nationalen Rückhalt fehlte, ihre alte Stellung nicht behaupten. Was früher die Städte emporgebracht hatte, die Zersplitterung des Reiches, ward jetzt Ursache ihrer Schwäche. Wie hatten sich doch die Zeiten geändert! Um sich vor den Übergriffen des

[1] Köln. Inv. II, Nr. 1576.
[2] Pigeonneau II, S. 327.
[3] Schäfer V, S. 268.
[4] Vgl. Damus, S. 43—45; Pigeonneau II, S. 322.

Digitized by Google

Dänenkönigs zu schützen, schloß die Hanse mit ihrem schlimmsten Konkurrenten, den Niederländern, im Jahre 1615 ein Schutz- und Trutzbündnis.[1]

Aber die politische Schwäche der Hanse bedingte noch keineswegs ein Zurückweichen auf dem Gebiete des Handels. Der alte hansische Geist, die kaufmännische Unternehmungslust, war noch nicht mit der äußeren Größe dahingestorben. Es ist oft behauptet worden, die Hanse habe mit ihren Konkurrenten in der Ausnutzung neuer Erwerbsquellen nicht gleichen Schritt gehalten. Das ist nur soweit richtig, als sie durch die politische Schwäche des Reiches dazu gezwungen wurde. Freiwillig hat sie nirgends das Feld geräumt. Ganz entschieden aber muß die Behauptung zurückgewiesen werden, der deutsche Kaufmann habe gegenüber dem mächtigen Vorwärtsdringen der Niederländer „feige und träge" dagestanden.[2] Nicht die „Furcht vor dem Meere" kam über ihn, sondern der Fluch vaterländischer Zerrissenheit und Ohnmacht.

Aber trotzdem, wo es möglich war, hat die Hanse sich festzusetzen gesucht, sie hat sich durch die größten Schwierigkeiten hindurchgewunden und vor dem unaufhaltsamen Vorwärtsstreben mächtiger Konkurrenten gerettet, was überhaupt zu retten war. Als Lissabon anfing, im Welthandel eine Rolle zu spielen, waren die Hansen unter den ersten, welche die indischen Waren dort holten, und sie haben bis tief ins 17. Jahrhundert hinein mit der pyrenäischen Halbinsel einen lebhaften Verkehr unterhalten. Mochten die Niederländer im 17. Jahrhundert im westfranzösischen Handel eine dominierende Stellung einnehmen, mochten sie jedes Jahr Hunderte von Schiffen nach Bordeaux und Brouage senden, um deren Weine und Salz nach Deutschland,

[1] Schäfer V, S. 363 und 365.
[2] Spahn, Der große Kurfürst, S. 22.

Digitized by Google

Schweden, Dänemark und Norwegen zu verkaufen[1], ganz haben sich die Hansen doch nicht aus den westfranzösischen Salzplätzen verdrängen lassen. Auch die Versuche Christians IV. von Dänemark, den hansischen Handel in und mit seinem Reich zu beschränken und die westfranzösischen Waren auf eigenen Schiffen zu holen[2], haben die Hansen nicht vollständig aus der Ostsee zu vertreiben vermocht.

Ob von Danzig aus die direkten Fahrten nach Westfrankreich wieder in Aufnahme gekommen sind, darüber läßt sich aus Mangel an genügendem Material nichts Bestimmtes sagen. Aber das steht fest, daß neben den Holländern das kräftig aufblühende Hamburg und Stettin in den Baienfahrten eine wichtige Rolle spielten.

1625 gingen von Hamburg nach Frankreich im ganzen 50 Schiffe, davon 1 nach Bayonne, 7 nach St. Jean de Luz, 1 nach Nantes.[3]

1623 kamen nach Hamburg: 7 Schiffe aus Bordeaux, 3 aus Guérande[4], 2 aus Nantes, 4 aus Rochelle; 1624: 4 aus Bayonne, 5 aus Bordeaux, 1 aus der Bretagne (vielleicht aus der Baie?), 4 aus Guérande, 12 aus Nantes, 11 aus Rochelle, im ganzen also 37 aus Westfrankreich. 1625 kam 1 Schiff aus Guérande, 7 kamen aus Nantes und 2 aus Rochelle; 1628: 1 aus Bayonne, 3 aus Bordeaux, 1 aus Guérande; 1629:

---

[1] Pigeonneau II, S. 406; vgl. auch Naudé, Getreidehandelspolitik, S. 337 (Raleighs Schrift: observations touching trade and commerce with the Hollander and other nations).

[2] Vgl. Schäfer V, S. 697—709.

[3] Diese und die folgenden Zahlen über Hamburgs Schiffsverkehr sind entnommen: Baasch, Hamb. Seeschiffahrt und Warenhandel vom Ende des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrh., i. d. Zeitschr. d. Ver. f. Hamb. Geschichte, 9. Band.

[4] Guérande und Croisic waren wichtige Ausfuhrplätze für Salz. Auch heute wird dort noch viel Salz gewonnen. Die beiden Orte liegen nördlich der Loiremündung.

Digitized by Google

2 aus Bayonne, 9 aus Bordeaux, 1 aus Brouage, 2 aus Guérande, 1 aus Rochelle; 1632: 6 aus Bordeaux; 1633: 5 aus Bordeaux.

Zweifellos ist die Einfuhr noch stärker gewesen; doch ist mit Hülfe der bis jetzt vorhandenen Nachrichten ein genaueres Bild nicht zu gewinnen. Soweit wir aber sehen können, ist die Einfuhr des Baiensalzes (Boisalzes)[1] auch im 17. Jahrhundert noch eine ganz beträchtliche gewesen. Baiensalz ließ Kurfürst Christian II. von Sachsen 1606 und 1611 in Hamburg ankaufen und zwar je 300 Last, Johann Georg 1612 600 Last. 1650 bat Johann Georg den Hamburger Rat um Zusendung von Baiensalz.[2] Auch nach Brandenburg kam es in ziemlicher Menge. Der große Kurfürst hat 1684 für die Neumark Baiensalzsiedereien errichtet.[3]

Noch im 18. Jahrhundert haben wir Nachrichten über Baienfahrten. Joachim Nettelbeck erzählt uns in seiner Lebensbeschreibung von einer Fahrt, die er nach Noirmoutier unternommen hat, um dort Salz zu laden.[4] Neben Hamburg war Stettin der Hauptstapelplatz für Baiensalz. Als es aber 1720 unter preußische Herrschaft kam, war seinem Baienhandel nur noch ein kurzes Leben beschieden. Friedrich Wilhelm I., dem mit Recht seine Magdeburger Salinen am Herzen lagen, gestattete den Stettinern die Einfuhr von Boisalz nur noch nach Schwedisch-Vorpommern und Mecklenburg.[5] In den Jahren 1720—26 wurde das Salzregal, wie es seit 1652 für Branden-

---

[1] Mit dem Namen Baiensalz (Boisalz) hatte man sich gewöhnt, sämtliches aus dem Westen kommende Salz zu bezeichnen.

[2] Baasch, S. 397.

[3] Schmoller, Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft XI, S. 867.

[4] Joachim Nettelbeck, Eine Lebensbeschreibung, hg. v. Haken, 3. Aufl. 1. Hälfte, K. 8.

[5] Schmoller, Jahrb. VIII, S. 402.

Digitized by Google

burg bestand, auch auf die übrigen Teile der preußischen Monarchie ausgedehnt[1], und alle Ein- und Durchfuhr von Boisalz wurde 1723 bei Leibes- und Lebensstrafen verboten.[2] So wurde dem Vertrieb des Baiensalzes in Preußen durch das preußische Salzregal ein Ende gemacht.

Nachtrag zu Seite 46, Anmerk. 2.

Waitz verweist auf eine Urkunde bei Mühlbacher, Regesta imperii, Nr. 714, S. 267. Danach bestätigt Ludwig der Fromme im Jahre 821 den Mönchen des Klosters St. Mesmin bei Orléans den Ort, quem iuxta consuetudinem terrae Areas vocant in portu Vitrariae am Fluß Tenu im Gau d'Herbauge, welchen er ihnen schon früher zum Ausladen der Schiffe und zur Salzgewinnung geschenkt hatte . . . Dazu ist zu vergleichen eine Urkunde bei Bouquet, Recueil des historiens des Gaules et de la France VI, S. 556, in der Ludwig gleichfalls die Besitzungen des oben genannten Klosters (pro Miciacensi St. Maximini Monasterio) bestätigt (ante annum 823): Ac in Pictavensi territorio, in portu Vitrariae, in pago Herbadelico, super fluvium Tannacum, habet areas salinarum ad onerandas naves, d. h. also, das Kloster besitzt im Gau Herbauge im Hafen Vitraria Salzteiche (areas = aires, vgl. oben S. 5). Ebenso ist Areas in der Urkunde bei Mühlbacher zu verstehen. Mit dem locus quem Areas (besser areas) vocant sind also marais salants gemeint.

Noch in einem anderen Punkte bedarf die Urkunde einer Berichtigung. Mühlbacher und mit ihm Schröder in den Forschungen zur deutschen Geschichte XIX, 472, Longnon in seinem Atlas historique, Spruner-Menke, Vorbem. S. 33, identifizieren den Portus Vitrariae mit Port St. Père. Diese Identität ist einmal wegen der Ungleichheit der Namen doch sehr zweifelhaft, hinfällig aber wird sie durch den Umstand, daß man bei Port St. Père nie Salz gewonnen hat. Port St. Père liegt am Nordrande des Lac de Grand-Lieu, also sehr weit vom Meere entfernt und dazu in einer hügeligen Gegend, die für Salzgewinnung ganz ungeeignet ist. Léon Maître in seinem Buch La Baie de Bourgneuf et ses ports disparus, S. 74—75, ist der erste, der gegen die Identifizierung der beiden Namen Zweifel geltend gemacht hat. Er möchte den Portus Vitrariae im Süden des Gaus Herbauge am Lay suchen, doch ist er zu sicheren Resultaten nicht gelangt. Sein Hafen, Port de Moricq,

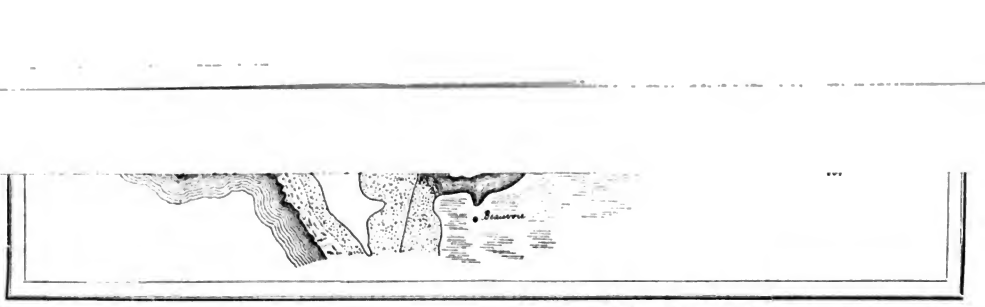
[1] Schmoller, Jahrb. XI, S. 869.
[2] Schmoller, Jahrb. VIII, S. 402.

Digitized by Google

hat, wie er ſelbſt zugibt, doch zu wenig Ähnlichkeit mit Portus Vitrariae. Wenn ein Ort den Anſpruch erheben kann, der alte Portus Vitrariae zu ſein, ſo iſt es meiner Meinung nach La Bovettrie, ſüdöſtlich von Fresnay, alſo in der Baie gelegen. In dieſer Gegend iſt Salz gewonnen worden, die Salzteiche werden bis zum Tenu gereicht haben. Die Ähnlichkeit der beiden Namen Portus Vitrariae und Bovettrie iſt doch zu auffällig, als daß wenigſtens nicht die Möglichkeit der Identität beider Ortſchaften ausgeſprochen werden ſollte.

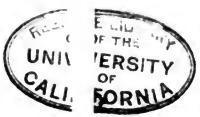
C. F. Winter'ſche Buchdruckerei.

Digitized by Google



Carl Winter's Universitätsbuchhandlung in Heidelberg.

Digitized by Google



Digitized by Google

Heidelberger Abhandlungen
zur mittleren und neueren Geschichte
Herausgegeben von Karl Hampe, Erich Marcks und Dietrich Schäfer
6. Heft

Der Übertritt
des
Großen Kurfürsten
von
der schwedischen auf die polnische Seite während des ersten nordischen Krieges in Pufendorfs „Carl Gustav" und „Friedrich Wilhelm"

von

Ernst Salzer

Heidelberg 1904
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Digitized by Google

Alle Rechte, besonders das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen, werden vorbehalten.

Digitized by Google

Meinem Vater

zu seinem

fünfzigjährigen Doktorjubiläum

Digitized by Google

Vorwort.

Die Anregung zu dieser Untersuchung verdanke ich dem verstorbenen Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. Erdmannsdörffer, einige Angaben über die Literatur Herrn Dr. F. Arnheim in Berlin. Sie wurde im August 1900 abgeschlossen, nachdem die Durchsicht der einschlägigen Akten des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin, die in den Urkunden und Aktenstücken zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm zum Teil nur auszugsweise gedruckt sind, noch einige willkommene Aufschlüsse geliefert hatte, und war ursprünglich zur Publikation in einer Zeitschrift bestimmt. Da sich diese aber allzulange hinzuziehen schien, habe ich es schließlich vorgezogen, die Untersuchung mit der gütigst erteilten Zustimmung der Herren Herausgeber in den „Heidelberger Abhandlungen" zu veröffentlichen.

Nachträge infolge inzwischen erschienener Literatur sind — soweit ich sehe — nicht notwendig geworden.

Danzig, den 14. Februar 1904.

Ernst Salzer.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

I. Auffassung 2

II. Inhalt.

1. Aktenbenutzung 20
2. Die Schlacht bei Prostko am Lyck 22
3. Verhandlungen mit Polen bis zum Ende des Jahres 1656 24
4. Die niederländische und französische Vermittlung 36
5. Bemerkungen zu „Friedrich Wilhelm“ §§ 50—61 . . . 43
6. Die beiden Sendungen Waldecks ins schwedische Hauptquartier 48
7. Beziehungen zu Schweden im Frühjahr und Sommer 1657 53
8. Verhandlungen und Abschluß mit Polen 63

III. Ergebnis 84

Schluß 88

Anhang. Auszüge aus einigen Aktenstücken des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin 94

Digitized by Google

Nulla civitas alicui magis obligatur quam suis civibus. Ergo quando aliis auxilia promittit, intelligitur id facere ea lege, quatenus id salva obligatione erga proprios cives fieri queat. Inde etiam stultus est, qui confidit in foedere, quod servare alterius non interest.

Pufendorf, De jure nat. VIII cap. VI § 14.

Notre emploi est de veiller au bonheur de nos peuples; dès que nous trouvons donc du danger ou du hasard pour eux dans une alliance, c'est à nous de la rompre plutôt que de les exposer; en cela le souverain se sacrifie pour le bien de ses sujets.

Friedrich der Große, Oeuvres II p. XVI.

Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten ist eine bedingte, sobald sie in dem Kampf ums Dasein auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehen auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen. Das ultra posse nemo obligatur kann durch keine Vertragsklausel außer Kraft gesetzt werden. . . . Ich glaube deshalb, daß das wandelbare Element des politischen Interesses und seiner Gefahren ein unentbehrliches Unterfutter für geschriebene Verträge ist, wenn sie haltbar sein sollen.

Bismarck, Gedanken und Erinnerungen II 249, 250.

Die offizielle, schwedische und die offizielle, brandenburgische Darstellung des nordischen Krieges haben einen Verfasser: Pufendorf hat zuerst als schwedischer Hofhistoriograph in der Geschichte Carl Gustavs auf Grund der schwedischen Akten, später als brandenburgischer Hofhistoriograph in der Geschichte Friedrich Wilhelms auf Grund der brandenburgischen Akten den Verlauf dieses Krieges geschildert.

Digitized by Google

Eine Vergleichung des Inhalts und der Auffassung seiner beiden Darstellungen[1] erscheint an dem Punkt von besonderem Interesse, wo der Übertritt des großen Kurfürsten von der schwedischen auf die polnische Seite behandelt wird.

I. Auffassung.

Wenn überhaupt, so muß hier die entgegengesetzte Tendenz der beiden Werke sich zeigen — wenn überhaupt, so muß hier in jeder der beiden Darstellungen das Bestreben hervortreten, die Politik des Staates, in dessen Auftrag Pufendorf gerade schreibt, zu rechtfertigen oder zu beschönigen und die Politik des Gegners in möglichst ungünstigem Lichte erscheinen zu lassen.

Es ist weder in dem einen noch in dem anderen Werke der Fall.

[1] Für die Zeit bis zum Abschluß des Königsberger Vertrags ist der Gegenstand von Bosse, Zur diplomatischen Vorgeschichte des Königsberger Vertrags, Berliner Dissertation, 1887 — nicht eben glücklich — behandelt worden. Sein Resultat, daß man Treitschkes beiläufige Bemerkung über die Abhängigkeit der späteren von der früheren Darstellung — in seinem klassischen Essay über Pufendorf, Preuß. Jahrb. XXXVI, 100 — neben dem Bericht über die Schlacht bei Warschau nur auf den Schluß des fünften Buches des „Friedrich Wilhelm“ beziehen könne, ist nicht einmal für das fünfte Buch zutreffend. Denn Pufendorf hat auch in diesem noch einen Paragraphen über die Unterhandlungen vor dem Abschluß des Königsberger Vertrags (V § 70) beinahe vollständig wörtlich dem „Carl Gustav“ II § 66 entnommen — vermutlich, weil darüber im Berliner Archiv schon damals keine Akten vorhanden waren.

Digitized by Google

Man hat die ruhige Würde, mit der Pufendorf im „Carl Gustav“ vom großen Kurfürsten redet[2], durch den Umstand zu erklären versucht, daß schon zu der Zeit, als er seine Geschichte Carl Gustavs zu schreiben begann, die Unterhandlungen über seine Berufung nach Berlin im Gange gewesen seien, und daß er mit Rücksicht darauf[3] manche herbe Äußerung über die brandenburgische Politik unterdrückt habe[4], die er sonst wohl seinen Akten entnommen haben würde[5], wie er denn auch selbst einmal bemerkt, er habe „in historia Caroli Gustavi solche moderation (dem Kurfürsten gegenüber) gebraucht, daß Herr Falaiseau[6], den er das manuscriptum von anfang zu enden lesen lassen, nichts dawider zu sagen gewußt“.[7] In der Tat mag dieser Umstand sowie die persönliche Sympathie Pufendorfs für den Kurfürsten[8] dazu beigetragen haben, daß er sich im „Carl Gustav“ aller Angriffe auf die brandenburgische Politik enthielt. Wenn man andererseits ebensowenig im „Friedrich Wilhelm“ auf Ausfälle gegen die schwedische Politik stößt, so kann man den Grund dafür zunächst gleichfalls in rein persönlichen Rücksichten suchen[9]: Der „Carl Gustav“ war zur Zeit der Abfassung

[2] Charakteristisch ist schon die erste Erwähnung Friedrich Wilhelms und der Überblick über seine Politik während des Krieges. C. G. II § 54.

[3] Tatsächlich hat der Kurfürst im Jahre 1686 Pufendorf sagen lassen, er vertraue, daß er im „Carl Gustav“ „nichts choquantes oder irraisonnables wider Uns oder Unseres Churf. Hauses interesse mit einmischen werde“. Barrentrapp, dem wir die erste Sammlung Pufendorfscher Briefe verdanken — Histor. Zeitschr. 70 p. 28 Anm. 2.

[4] Pufendorf selbst übrigens lehnt die Wiedergabe solcher Äußerungen, F. W. VII § 60, prinzipiell ab. Vgl. u. Anm. 29.

[5] Bosse, l. c. p. 3.

[6] Der brandenburgische Resident in Stockholm.

[7] Droysen, Zur Kritik Pufendorfs — Abhandlungen zur neueren Geschichte, p. 318. Der Brief jetzt vollständig Histor. Zeitschr. 70 p. 26 ff.

[8] So Bosse. Vgl. Histor. Zeitschr. 70 p. 26.

[9] Pufendorf versprach bei seinem Abschied, „die geringste animositet gegen S. K. M. und cron Schweden nicht in diesen werk blicken zu lassen,

Digitized by Google

des „Friedrich Wilhelm“ noch nicht gedruckt, ein Honorar dafür noch nicht gezahlt. Das Manuskript hatte Pufendorf bei seiner Übersiedlung nach Berlin in Stockholm zurücklassen müssen — nur eine Abschrift durfte er mitnehmen — und die schwedische Regierung konnte das Werk jederzeit von einem andern vollenden und druckfertig machen lassen. In der Tat hat sie einmal Anstalten dazu gemacht.[10] Diese Opportunitätsrücksichten hatten indessen bei Pufendorf doch eine ganz bestimmte Grenze: Als man schwedischerseits im Jahre 1692 an ihn das Ansinnen stellte, er solle nach Schweden kommen und „die Brandenburgische historie mit hinein bringen, damit man sie in Schweden durchsehen könte, damit sie mit der ihrigen wohl accordieren möchte“, hat er das für eine Sache erklärt, „die sich gar nicht practiciren lasse“; nicht nur im Hinblick auf den Auftraggeber, sondern sichtlich aus innerem Widerstreben, ja beinahe mit Entrüstung hat er es abgelehnt, sein Werk auf diese Weise zu „verstümpeln“.[11]

Mögen also immerhin die rein persönlichen Rücksichten, die Pufendorf bei der Abfassung des „Carl Gustav“ schon auf den Berliner und bei der Abfassung des „Friedrich Wilhelm“ noch auf den Stockholmer Hof zu nehmen hatte, es bis zu einem gewissen Grade erklären, daß er hier Angriffe auf die schwedische,

---

sich aller choquanten termen zu enthalten ..... die sachen bloß und ohne fehlern zu erzehlen, wie sie passiret“. Histor. Zeitschr. 70 p. 219, vgl. p. 228. Für das Folgende vgl. Nordd. Allg. Zeitung vom 13. Mai 1900, Beil. Referat über einen in der Berliner Historischen Gesellschaft gehaltenen Vortrag Arnheims, der über den „Carl Gustav“ an anderer Stelle ausführlicher handeln wird.

[10] Pufendorf meint, das „schicke sich so wenig, als es wohl stehet, wenn mann auf ein kleid einen fleck von anderer farbe lacken setzen wolte“. Histor. Zeitschr. 70 p. 228. Er wollte „die tochter gerne selbst ausstatten und sie nicht gern in schlimmer vormünder hände kommen lassen — ist zu sagen: selbst gerne zusehen, daß sie wohl und correkt gedruckt würde, daß man allerseits ehre davon hätte“. ib. p. 212.

[11] Histor. Zeitschr. 70 p. 219 und besonders p. 228.

Digitized by Google

dort auf die brandenburgiſche Politik unterließ, ſo haben daneben doch offenbar noch tiefere Gründe — prinzipieller Natur — mitgewirkt, die ihn zugleich von einer ſophiſtiſchen Verteidigung oder panegyriſchen Verherrlichung der Politik der Fürſten, in deren Auftrag er dieſe Werke ſchrieb, abgehalten haben.

Im „Carl Guſtav“ und „Friedrich Wilhelm“ ſpricht er ſelbſt zwei Grundſätze ſeiner Geſchichtsſchreibung aus. Der erſte beſteht darin, daß er die authentiſchen Akten und Urkunden zugrunde legt[12] — er ſchöpft „aus den unzweifelhaften Dokumenten“[13] — er will „aus den urſprünglichen Quellen die unverfälſchte Wahrheit“ überliefern.[14] Allerdings, da er für das ſchwediſche Werk nur die ſchwediſchen, für das brandenburgiſche Werk faſt nur die brandenburgiſchen Archivalien benutzt hat, iſt ſeine Darſtellung in den Einzelheiten naturgemäß unvollſtändig[15]

---

[12] Treitſchke, l. c. p. 81. Boſſe, l. c. Über die Bedenken der Zeitgenoſſen gegen dieſe Methode vgl. v. Wegele, Geſchichte der deutſchen Hiſtoriographie p. 511.

[13] S. u. Anm. 26.

[14] Mihi sufficit, incorruptam veritatem e genuinis fontibus candide posteritati exposuisse. Vorrede zu F. W.; vgl. auch: «solidam et incorruptam rerum notitiam». Hiſtor. Zeitſchr. 70 p. 20; «incorruptam fidem» ib. p. 50. Ähnliche Bemerkungen in der Dedicatio und in dem Vorwort zu den Commentarii de rebus Suecicis. Bei der „Einleitung zu der Hiſtorie der vornehmſten Reiche und Staaten, ſo jetziger Zeit in Europa ſich befinden“ — Band I, 1682 — einem Lehrbuch in erſter Linie, war die Methode noch eine andere: „weil er jedes Reichs Hiſtorie aus deſſen einheimiſchen Scribenten gezogen, erſcheine bißweilen in Erzehlung zweyer feindſeliger Nationen händel einiger Unterſchied, weil meiſtentheils die Scribenten ihrer Nation glückliche Thaten größer, und die unglücklichen kleiner zu machen pflegen: Welche Discrepance zu entſcheiden und gleichſam ein Urtheil darinnen zu ſprechen, ſeines Thuns nicht ſei“. Vorrede an den Leſer.

[15] Vgl. die Motivierung dafür in der Vorrede zu den Commentarii de rebus Suecicis: «Adversae partis consilia et acta non ulterius fere tradere curae fuit quam qua nostrorum velut oculis incurrerunt. Ejusdem arcana conjiciendo rimari aut interpretari temerarium fuit

Digitized by Google

— einseitig.[16] Und einseitig ist auch die Gesamtauffassung, nicht etwa unwillkürlich und lediglich infolge der Einseitigkeit des Materials, sondern vollkommen bewußt und grundsätzlich. Er spricht es gelegentlich selbst ganz allgemein aus, daß der Historiker „dessen herren, dem er dient, sentimente mit seiner feder exprimiere" — daß er „dessen Lied singe, dessen brodt er isset";[17] und über den „Friedrich Wilhelm" macht er einmal die Bemerkung, daß er hier „nicht in seinem Namen, sondern in dem des Kurfürsten", daß er „aus des churfürsten munde" rede.[18] Er erklärt ein andermal sehr bestimmt: «Historicus, qui non suum judicium exponit» — so weist er auch an derselben Stelle auf den Unterschied zwischen der Tätigkeit des Richters und der des Historikers hin — «sed publicum interpretem agit tam actionum quam inclinationum ejus principis vel rei publicae, cujus gesta conduntur, non potest non ejusdem

habitum». — Daß Pufendorf übrigens sich bemüht hat, für dieses Werk außer dem schwedischen noch weiteres Aktenmaterial zu erlangen, zeigt der Brief an Königin Christine — Arckenholtz, Memoires IV, 58, 59 — deren Vermittlung er allerdings vergeblich angerufen hat, um eine Abschrift aus dem vatikanischen Archiv zu erhalten — Briefe an Thomasius ed. Gigas, Histor. Bibliothek II p. 30; vgl. auch Histor. Zeitschr. 70 p. 47 über die Bemühungen Pufendorfs, aus dem Casseler Archiv Material zu erhalten (er macht 1684 auf der Reise nach Holland den Umweg über Cassel) und seine Klagen über die „ohnzeitige sorgfalt" und „lächerliche behutsamkeit" der Höfe, „solche dinge zu sekretiren, die in augen der ganzen welt passiret".

[16] Vgl. v. Wegele l. c. p. 504. — Vgl. aber unten III Anm. 6.

[17] In einem von Bosse p. 5 zitierten, jetzt Histor. Zeitschr. 70 p. 26 ff. gedruckten Brief. Vgl. Droysen p. 325. Diese Worte Pufendorfs enthalten allerdings nicht ein Programm über des historici Amt, sondern sie konstatieren lediglich eine Tatsache. Nur insofern liegt den Ausführungen Bosses gegen Droysen, die Barrentrapp, Histor. Zeitschr. 70 p. 4, vollkommen zu acceptieren scheint, ein richtiger Gedanke zugrunde.

[18] Histor. Zeitschr. 73 p. 62, 63.

Digitized by Google

sensa exprimere»[19]; und er tut ſich etwas darauf zugute, daß man einſt nicht werde leugnen können: infensissimos dum viverent principes, Carolum Gustavum et Fridericum Wilhelmum a me ita descriptos, ut . . . et ibi Suecica et heic Brandenburgica sensa non infeliciter assimilaverim.[20]

So iſt Pufendorf bewußt einſeitig[21] — ſeine Darſtellung iſt nicht objektiv, aber ſtets ſubjektiv-wahr: er iſt einſeitig, aber er iſt nicht tendenziös.[22] In demſelben Briefe, in dem er

[19] Ni quod stolidissimum habetur, se ipsum arguere ac damnare velit. Darauf folgt eine ſehr bezeichnende Nutzanwendung dieſes Satzes: Als die Königin Chriſtine ihm vorgehalten habe, vieles in ſeiner Schwediſchen Geſchichte könne nur von den Proteſtanten gebilligt werden, habe er erwidert: Eine Geſchichte des von den Schweden in Deutſchland geführten Krieges, die bei der römiſchen Kurie großen Beifall finden könne, wäre lächerlich (ridiculam) geworden. Hiſtor. Zeitſchr. 70 p. 44 (vgl. auch p. 38).

[20] ib. Die Begründung ſchickt Pufendorf voraus: . . . principes ac reipublicae . . . peculiares status sui rationes sequuntur. Quae cum inter diversos diversae plerumque ac saepe contrariae existant, inde contigit, ut uterque inter se bellantium justitiam a se stare videri velit et ubi armorum satietas est, uterque quantum ad justitiam causae pro aequali habeatur. Unde fieri potest, ut duorum infestorum inter se principum historia a duobus pari specie conscribi queat, dum uterque opinionibus sensisque ac rationibus sui principis sese attemperat, quod quin ab uno et eodem quoque praestari possit, ubi sat dexteritatis fuerit, nihil repugnat, cum historici munus ab advocati aut judicis functione longe diversum sit. — Vgl. übrigens auch ib. p. 229 Anm. 1.

[21] Sehr treffend — trotz Boſſe, ſ. o. Anm. 17 — ſind die Bemerkungen Droyſens l. c. p. 325. Übereinſtimmend Treitſchke l. c. p. 81, 100. Freilich iſt das nicht durchweg der Fall, iſt das nur die eine Seite der Pufendorfiſchen Geſchichtsſchreibung. S. u. Vgl. auch oben Anm. 15.

[22] Vgl. Treitſchke p. 81: „eine in ihrer Einſeitigkeit völlig zuverläſſige Darſtellung“ — und Breßlau, Allg. d. Biogr. 26 p. 705. — Der Unterſchied zwiſchen tendenziöſer und bloß einſeitiger Geſchichtsſchreibung in unſerem Sinne beſteht darin, daß die erſtere den wahren Sachverhalt bewußt entſtellt, die letztere dagegen in bezug auf die einzelnen Tatſachen zuverläſſig iſt; beiden gemeinſam iſt die Parteilichkeit des Standpunkts,

Digitized by Google

erklärt, der Historiker könne nicht umhin, die «sensa» des Staates auszudrücken, dessen Geschichte er schreibe, betont er zugleich den Unterschied zwischen dem Beruf des Historikers und dem des Advokaten; was er damit sagen will, geht aus dem abfälligen Urteil hervor, das er einmal über Pallavicinis Geschichte des Tridentiner Konzils ausspricht: sie sei „nicht das Werk eines historici, sondern eines schlimmen advokaten, der alle streiche brauchet, seine sache zu behaupten und seinen Gegenpart außer credit zu setzen".[23]

Wir kommen damit zu dem zweiten Grundsatz Pufendorfs, den er einmal beiläufig im „Friedrich Wilhelm" verkündigt und hier ausdrücklich als ein „Gesetz der Geschichtsschreibung" bezeichnet: „Die Geschichtsschreibung soll sich damit bescheiden, die Dinge so, wie sie geschehen sind, ohne Liebe und Haß zu berichten[24] und das Urteil darüber, ob sie mit der Vernunft und der Gerechtigkeit übereinstimmen, dem einsichtigen Leser überlassen".[25] Es wird hier also jede tendenziöse Entstellung und Polemik von der Hand gewiesen — sine ira et studio soll der Geschichtsschreiber berichten[26] — und zwar lebig-

die sich in der Gesamtauffassung sowohl als in der Auswahl des Stoffes äußert.

[23] Histor. Zeitschr. 70 p. 194, 195.

[24] Vgl. das Zitat o. Anm. 9 sowie: in historico id maxime quaeritur, ut neque falsi quid dicat nec veri quid non dicat; quod cum optima fide a me praestitum sit . . . Commentarii de rebus Suecicis, Vorrede. v. Wegele, l. c. p. 505 Anm. 3 und p. 506 Anm. 1.

[25] F. W. VII. § 60. Vgl.: «lectori judicium ubique integrum reliquimus, quid nobis videatur haut interposito, cum aliena gesta memorare, non censuram in eadem exercere constitutum fuerit». Commentarii, Vorwort. Vgl.: „So wird bei der Applikation und wenn man das Morale aus der Historie ziehen soll, nicht nur erfordert, daß man zu supplieren wisse, was der Historicus sich nicht erkühnet zu schreiben". Einleitung zu der Geschichte der vornehmsten Reiche II, Vorrede.

[26] Dieser Sinn noch deutlicher C. G. I, § 1: «(scriptio mea) sincera

Digitized by Google

lich berichten, nicht urteilen.[27] Man sieht, wenn Pufendorf „moderation gebraucht", „die sachen so viel möglich abdouciret", „sich aller choquanten termen enthält"[28], so entspringt das nicht etwa bloßer Konnivenz dem brandenburgischen und schwedischen

fide ex indubiis documentis deprompta est, nullo affectu aut praejudicio interpolata». Er war eben kein „schlimmer Advokat" (s. o.) oder „kahler flatteur", Histor. Zeitschr. 73 p. 62 (dieser Brief ist für die Ehrlichkeit und Geradheit seines Charakters überhaupt sehr bezeichnend). Vgl. auch die drastische, auf den Kaiser und Sachsen bezügliche Wendung, er habe „beyderseits conduite und actiones ohne etwas zu deguisiren und einen senf darüber zu machen, also vorgestellet, wie die acta archivi regii an die hand gegeben und eines historici amt ist, der so wenig von allen leuten gloriose schreiben kan, als aller menschen actiones mit den regeln der klugheit und tugend übereinstimmen". Histor. Zeitschr. 70 p. 28. Vgl. ferner die Bemerkung über „die Hofschmeichler, die mit hübschen Farben anzustreichen sich befleißen". Einleitung zu der Geschichte der vornehmsten Reiche II. Vorrede, sowie das Urteil über den „miserablen flatteur" Leti. Histor. Zeitschr. 70 p. 34, 35; und p. 209, 210 (amor veri); p. 219, 220: „Und halten ohne dem vernünftige leute mehr auf einen guten freund, der einem die wahrheit saget und seine fauten mit guter manier vorstellt, umb solche ins künftige zu unterlassen, als wenn man einem mit flatterie ein hauffen wind in kopf gesetzet." S. endlich die Bemerkung über die Commentarii, die „so ehrlich geschrieben seien, daß vernünftige Päbstler nichts dagegen zu sagen hätten", ib. p. 38. — Im Widerspruch zu dem „Exprimieren der Sentimente des Herrn" steht dieses Gesetz Pufendorfs nicht; denn die Forderung subjektiver Wahrheit und die Ablehnung jeder Polemik sind mit ersterem wohl vereinbar, wenn sie ihm auch bisweilen gewisse Grenzen ziehen, s. u. Anm. 29; daß aber auch wirkliche Objektivität im ersten Teil jenes Gesetzes verlangt werde, wird man nicht wohl behaupten können; schon der zweite Teil des Satzes, der im Prinzip jedes Urteil des Autors ablehnt, widerspräche dem; und ein solches Postulat wäre allerdings auch gänzlich unvereinbar mit der Einseitigkeit von Pufendorfs Geschichtsschreibung, über die er sich selbst in so unzweideutiger Weise ausgesprochen hat.

[27] Eine andere Auffassung mit Bezug auf die Commentarii in einem Brief an Königin Christine — Arckenholtz IV, 58, wofern das dort wiedergegebene, französische Exzerpt des Sekretärs der Königin aus dem lateinischen Briefe präzis ist (vgl. die Randbemerkung der Königin).

[28] S. o. p. 3. Histor. Zeitschr. 73 p. 62. S. o. Anm. 9.

Digitized by Google

Hofe gegenüber, ſondern ſeiner grundſätzlichen Auffaſſung von den Aufgaben der Geſchichtsſchreibung: Auf eben jenes Geſetz beruft er ſich im „Friedrich Wilhelm“, indem er es ablehnt, ein ſchwediſches Aktenſtück mitzuteilen, das in ſo ſcharfen Worten abgefaßt ſei und die Ereigniſſe in einer ſolchen Weiſe deute, wie es heftige Affekte zu bewirken pflegten.[29]

Wem entginge übrigens die merkwürdige Übereinſtimmung zwiſchen dieſem Geſetz Pufendorfs und den bekannten Worten Rankes? „Man hat der Hiſtorie das Amt, die Vergangenheit zu richten, die Mitwelt zum Nutzen zukünftiger Jahre zu belehren[30], beigemeſſen: ſo hoher Ämter unterwindet ſich gegenwärtiger Verſuch nicht: er will bloß zeigen, wie es eigentlich geweſen“.[31] Man wird darüber allerdings nicht den Unterſchied zwiſchen der Pufendorfiſchen Geſchichtsſchreibung und der objektiven Geſchichtsſchreibung im modernen Sinne vergeſſen: Gemeinſam iſt beiden das Mittel, das Zurückgehen auf die authentiſchen Quellen[32], gemeinſam auch das Ziel, frei von tendenziöſer Entſtellung, ohne Polemik und ohne ſubjektive Voreingenommenheit den Verlauf der Dinge im einzelnen darzuſtellen; inſofern kann man Pufendorf immerhin als einen Vorläufer der modernen Geſchichtsſchreibung anſehen, und inſofern hatte er ein Recht dazu, ſelbſt zu ſagen, „er handle nicht wider dasjenige, was einem unparteyiſchen historico zuſtehet“.[33] Wenn aber zum Weſen wahrhaft objektiver Geſchichtsſchreibung weiterhin der

[29] S. o. Anm. 4. Dieſe Folgerung Pufendorfs aus ſeinem Geſetz beſtätigt die obige Deutung desſelben. Daß das Schriftſtück von der Gegenſeite (Schweden) ausgegangen iſt, tut nichts zur Sache; die Ablehnung iſt eine prinzipielle.

[30] Pufendorf teilt — im Gegenſatz zu Ranke — die letztere Anſicht; ſ. z. B.: Hiſtor. Zeitſchr. 70 p. 198 Anm. 1 Schluß.

[31] Werke 33 p. VII.

[32] Allerdings bei Pufendorf meiſt nur auf die der einen Seite ſ. o. p. 5; aber auch Anm. 15 und III Anm. 6.

[33] Hiſtor. Zeitſchr. 70 p. 219.

Digitized by Google

höchste, erreichbare Grad von Unparteilichkeit der Auffassung[34] sowie eine gewisse Vollständigkeit in bezug auf die Tatsachen und die auf allen Seiten wirksamen Motive gehört — beide bedingen sich gegenseitig —, so wird man Pufendorf nicht als objektiven Geschichtsschreiber im eigentlichen Sinn bezeichnen können.[35] Seine Geschichtsschreibung ist im allgemeinen ebensowenig objektiv, als sie tendenziös ist; sie gehört einer dritten Art — der einseitigen Geschichtsschreibung — an, die zwischen jenen beiden diametral entgegengesetzten Richtungen in der Mitte steht, die mit der ersten die subjektive Wahrhaftigkeit teilt, während sie mit der zweiten die Einseitigkeit des Standpunktes[36] gemein hat. Und zwar ist die Einseitigkeit Pufendorfs nicht etwa subjektiver Natur[37], sie entspringt im einzelnen Fall nicht seinen persönlichen Empfindungen und Anschauungen — lehnt er doch im Prinzip überhaupt jedes eigene Urteil ab — sie besteht vielmehr darin, daß er lediglich die offizielle Auffassung der einen Seite wiedergibt, daß er „die Sentimente des Herrn — des Staates, dem er dient, exprimiert".[38]

[34] Freilich liegt die Gefahr nahe, daß durch das Streben nach Objektivität der Mut zu eigenem Urteil gelähmt wird, da ja jedes Urteil bis zu einem gewissen Grade subjektiv, keines ganz objektiv ist; es handelt sich hier eben darum, einem nie ganz erreichbaren Ziele möglichst nahe zu kommen. Trotz der scheinbar auch in diesem Punkt bestehenden Übereinstimmung zwischen den beiden im Text angeführten Äußerungen geht Ranke natürlich nicht so weit, daß er, wie Pufendorf, auf jedes eigene Urteil verzichtet — vgl. z. B. Werke XXXI p. VII —, er wendet sich mehr gegen jene Schlossersche Richtung, die den Beruf des Geschichtsschreibers mit dem des Sittenrichters verwechselte.

[35] Im Prinzip ist diese Objektivität mit dem Exprimieren der Sentimente des Herrn natürlich nicht vereinbar. Daß Pufendorf aber tatsächlich derselben trotzdem bisweilen nahe kommt, werden wir weiter unten sehen. —

[36] Vgl. o. Anm. 22.

[37] Vgl. Wegele l. c. S. 505.

[38] Es ist einleuchtend, daß das eine mit dem anderen aufs engste zusammenhängt. S. o. p. 6: «Historicus qui etc».

Digitized by Google

Eben weil die Perſönlichkeit Pufendorfs in beiden Werken ſo völlig zurücktritt[39], war es möglich, daß er zuerſt ein einſeitig ſchwediſches und dann ein einſeitig brandenburgiſches Geſchichtswerk ſchreiben und ſich etwas darauf zugute tun konnte, ohne daß dadurch auf ſeinen Charakter ein ungünſtiges Licht fiele.[40] Wir haben heute eine andere — höhere — Auffaſſung von den Aufgaben der Geſchichtsſchreibung: Wir würden heute ein Werk, das nach den Grundſätzen Pufendorfs verfaßt iſt, nicht der rein wiſſenſchaftlichen Literatur, ſondern eher der politiſchen Publiziſtik zuzählen[41]; für das ſiebzehnte Jahrhundert bedeuten die Geſchichtswerke Pufendorfs wiſſenſchaftliche Leiſtungen allererſten Ranges — wir würden es heute entſchieden verurteilen, wenn ein Gelehrter ein Werk von derartiger, offizieller Einſeitigkeit im Dienſte eines fremden Staates ſchriebe[42]; einem Deutſchen des ſiebzehnten Jahrhunderts werden wir keinen Vorwurf daraus machen.[43] —

[39] Es ſoll damit allerdings nicht geleugnet werden, daß Pufendorf ſich tatſächlich bisweilen ſehr für ſeine Helden erwärmt — man leſe z. B. die beiden Charakteriſtiken F. W. XIX § 102 und C. G. VII § 3; ganz unhaltbar ſind Boſſes — l. c. p. 6 — Ausführungen über Pufendorfs Urteil über Carl Guſtav.

[40] Er ſelbſt ſchreibt an Thomaſius: „Und kan ich kein wichtiger testimonium, daß man mich für einen redlichen Man helt, für der welt produciren, als daß man mich aus Schweden gelaſſen, nachdem ich 10 jahr in ihrem archivo geſeſſen und mich nun in das hieſige (Berliner) läßet“. Gigas p. 15.

[41] Allerdings unterſcheidet ſich die Geſchichtsſchreibung Pufendorfs von dieſer ſehr weſentlich durch die vornehme Zurückhaltung, die jede Polemik prinzipiell ablehnt.

[42] Wenigſtens, wenn die Intereſſen ſeines eigenen Staates mit denen des betreffenden Staates in Kolliſion geraten wären.

[43] Auch eine Geſchichte des Türkenkriegs Kaiſer Leopolds zu ſchreiben, hätte Pufendorf keine prinzipiellen Bedenken gehabt — ſ. das Schreiben an Seilern, Hiſtor. Zeitſchr. 70 p. 41 ff., insbeſondere die bezeichnende Stelle p. 45: «quod nihil plane obstet, quo minus serio totum Austriacum exprimam»; freilich mußte die Berufung nach Wien, auch abgeſehen von der Rückſicht auf den noch nicht abgeſchloſſenen „Friedrich

Digitized by Google

Die ganze Art der Geschichtsschreibung Pufendorfs steht übrigens unverkennbar im engsten Zusammenhang mit seinen allgemeinen, politischen — staatsphilosophischen — Anschauungen und mit der Staatsauffassung seiner Zeit überhaupt.

Es ist gewiß kein Zufall, daß derselbe Pufendorf, der als Geschichtsschreiber prinzipiell jedes moralische und juristische Räsonnement ablehnt[44], in seinem Naturrecht sagt: „Es ist töricht, auf ein Bündnis zu vertrauen, dessen Aufrechterhaltung nicht im Interesse des anderen Teiles liegt"[45] — daß er in dem Abschnitt über Bündnisse an die Unterstützung von Bundes-

---

Wilhelm" und auf das Alter Pufendorfs, sich schon deshalb zerschlagen, weil Pufendorf „sich unter die Pfaffen nicht geschickt hätte" — l. c. p. 42 Anm. 2. — Der Aufgabe dagegen, eine offizielle Geschichte Ludwigs XIV. zu schreiben, würde er sich sicher *nicht* unterzogen haben — vgl. z. B. Histor. Zeitschr. 70 p. 39 die Äußerung über «fata Germaniae»; ib. p. 48, 50; p. 198 Anm. 1: bestia Gallica; Histor. Zeitschr. 73 p. 63 — auch zahlreiche Stellen der späteren Ausgabe des Monzambano zeugen von Pufendorfs sehr lebhaftem Nationalgefühl Frankreich gegenüber. — Ebensowenig würde er wohl die Rolle eines päpstlichen Hofhistoriographen übernommen haben: er meint, wenn ihm der Papst „acceß in sein archivum verstatten wollte, so wolle er eine historiam concilii Tridentini schreiben, die ganz anders aussehen sollte als des Pallavicini, aber er zweifle, ob er den cardinalhut zum recompens davontragen würde". Histor. Zeitschr. 70 p. 195.

[44] S. o. p. 8.

[45] Vgl. das Zitat an der Spitze dieser Untersuchung. Ähnliche Anschauungen über die Haltbarkeit von Bündnissen hatten Friedrich der Große und Bismarck. S. Koser, Friedr. d. Gr. I, 181 („Große Fürsten thuen nichts für einander um ihrer schönen Augen willen. Es giebt kein Bündnis noch Band in der Welt, das als kräftig betrachtet werden kann, wenn nicht die gemeinsamen und gegenseitigen Interessen es knüpfen"); 587 (wonach Friedrich der Große sich dafür auf Grotius und zugleich auf *Pufendorf* beruft) und die Zitate an der Spitze dieser Untersuchung. In seinen Anschauungen über die mehr negative Wirkung von Allianzen stimmt — beiläufig bemerkt — Bismarck, Gedanken und Erinnerungen II, 247 in merkwürdiger Weise mit dem großen Kurfürsten — Testament bei Ranke, Werke XXVI p. 507 — überein.

Digitized by Google

genossen die Einschränkung knüpft: „wenn das nach der eigenen Staatsräson[46] ohne Schaden geschehen kann", mit der Begründung: „da ein Fürst niemand mehr als seinen Untertanen verpflichtet ist, kann er einem Fremden nichts wirksam versprechen, was deren Interesse widerstreitet" — daß er in diesem Sinn Bacons Ausspruch zustimmt: „Unter Fürsten gibt es nur eine wahre und eigene Bürgschaft der Treue: die Notwendigkeit (für die Herrschenden eine starke Macht) und die Gefahr des Staates und die Gemeinschaft der Interessen" — daß er sich auf den Satz des Aristoteles beruft: „Bündnisse pflegen die Städte des Nutzens wegen zu schließen"[47] — daß er endlich einmal in einem Briefe schreibt: „Nicht nach dem gemeinen Recht der Menschen bemessen Fürsten und Staaten ihre Handlungen, sondern vor allem, mit noch größerem Eifer fast als jenem, folgen sie den besonderen Interessen ihres Staates".[48]

Wenn der Geschichtsschreiber Pufendorf im „Carl Gustav" sich aller Ausfälle gegen die brandenburgische Politik enthält, wenn er es ebensowenig im „Friedrich Wilhelm" versucht, durch juristische oder moralische Sophistereien den Übertritt des großen Kurfürsten zu rechtfertigen, wenn er prinzipiell das Urteil darüber, ob die berichteten Handlungen mit der Gerechtigkeit übereinstimmen, dem Leser überläßt, so erscheint das als eine Konsequenz der gesunden, realpolitischen Anschauungen des Verfassers des Natur- und Völkerrechts im allgemeinen und seiner Anschauungen über politische Bündnisse im besonderen — An-

[46] Per rationes proprii regni.

[47] De jure nat. et gent. VIII cap. IX § 5.

[48] Histor. Zeitschr. 70, 44. Vgl. auch die Bemerkungen über das Interesse des Staates, das das Fundament sei, woraus man urteilen müsse, ob etwas in Staatssachen wohl oder übel getan sei, und die folgende systematische Erörterung über das Interesse verum und imaginarium, perpetuum und temporarium. Vorwort an den Leser in der Einleitung zu der Geschichte der vornehmsten Reiche I.

Digitized by Google

ſchauungen, wie ſie ſchon im ſechzehnten Jahrhundert Machiavelli ausgeſprochen hatte[49], und wie ſie im ſiebzehnten — dem Jahrhundert der Staatsräſon — allgemein verbreitet waren.[50]

Eben dieſer Geſichtspunkt der Staatsräſon — und zwar einſeitiger[51] Staatsräſon — iſt es, der Pufendorfs ganze Geſchichtsſchreibung beherrſcht; der Sinn ſeiner eigenen Worte, daß „der Scribent die Sentimente des Herrn exprimiere" — daß er im „Friedrich Wilhelm" „nomine electoris geſchrieben habe", iſt kein anderer, und eben darauf beruht einerſeits die Einſeitigkeit, andererſeits die vornehme, ruhige Sprache ſeiner Geſchichtsſchreibung. Gerade in den die Schwenkung des großen Kurfürſten behandelnden Abſchnitten tritt dieſer Geſichtspunkt der Staatsräſon ſehr klar hervor.

Am deutlichſten im „Friedrich Wilhelm": Nachdem hier im ſechſten Buch die Erzählung bis zum Abſchluß der Verträge von Wehlau und Bromberg geführt iſt, beginnt das ſiebente Buch, auf den Übertritt des Kurfürſten zurückverweiſend: „Da den Kurfürſten die Staatsräſon[52], die für die Fürſten das höchſte Geſetz iſt, gezwungen hatte, die Seite Carl Guſtavs zu

[49] Man vergleiche die an der Spitze dieſer Unterſuchung angeführten Worte Pufendorfs mit dem Ausſpruch Machiavellis: «Non può pertanto un signor prudente nì debbe osservar la fede, quando tale osservanzia gli torni contro e che sono spente le cagioni, che la feciono promettere». Principe cap. XVIII.

[50] Vgl. den im Text zitierten Ausſpruch Bacons; ferner die von Erdmannsdörffer, Graf Waldeck p. 419 zitierte Stelle aus Spinozas politiſchem Traktat III § 14; vgl. auch ib. § 17 ſowie theologiſch-politiſcher Traktat Kap. XVI, Opera ed. Ginsberg III p. 170; 174. Eine ähnliche Äußerung von ſeiten eines praktiſchen Staatsmannes in der Remonſtration für den däniſchen Geſandten — vgl. u. II Anm. 6 — „weil man wohl wüßte, daß auch confoederirte zum öftern nicht länger bey einander ſtunden als ſo lange Ihr Vorteil und ratio status es zuließen".

[51] D. h. im „Carl Guſtav" ſchwediſcher — im „Friedrich Wilhelm" brandenburgiſcher.

[52] Rationes status sui conservandi.

Digitized by Google

verlassen und sich wiederum mit Polen zu verbinden ꝛc.".[53] Und in ähnlichem Sinn werden vorher die Bemühungen des schwedischen Gesandten, Grafen Schlippenbach, den Kurfürsten zum Kampf gegen Österreich und Dänemark zu bewegen, als ein fruchtloser Versuch der Überredung bezeichnet und ihnen die Staatsräson (rationes status) als das entscheidende Moment gegenübergestellt[54] — natürlich die brandenburgische Staatsräson.

Indessen, wenn die Einseitigkeit der Geschichtsschreibung Pufendorfs darin besteht, daß er im „Friedrich Wilhelm" stets in erster Linie die brandenburgischen, im „Carl Gustav" die schwedischen Staatsinteressen ins Auge faßt, so ist diese Betrachtung doch nicht ganz konsequent durchgeführt.

Nach der Schilderung der erfolglosen Vermittlungsversuche des Kurfürsten zwischen Schweden und Dänemark wird im „Friedrich Wilhelm" auf den bevorstehenden Abzug Carl Gustavs aus Polen mit folgenden Worten hingewiesen: „Es war klar, daß Carl Gustav für die Wahrung seiner höchsten Interessen größere Anstrengungen machen werde als für ausländische und unnötige Unternehmungen von zweifelhaftem Erfolg, und daß er deshalb seine Kräfte lieber für die Verteidigung Schwedens und Livlands verwenden werde".[55] Pufendorf macht Carl Gustav

---

[53] Das Urteil von Leibniz über die preußische Politik während des nordischen Krieges: „Brandenburg marchandirte; wer mir am meisten giebt, dem adhärire ich", das Droysen gehässig findet — l. c. p. 376 —, ist schließlich nur eine andere Formulierung jener wirklich politischen Betrachtung der Dinge; etwas Gehässiges braucht darin nicht zu liegen; für die Politik ist dieser Grundsatz durchaus richtig, wofern man darin nicht ein Programm kurzsichtiger und unbedingter Vergrößerungssucht erblickt, sondern die Forderung, die Politik eines Staates lediglich durch die Rücksicht auf dessen eigenen, wohl verstandenen politischen Vorteil zu bestimmen.

[54] F. W. VI § 66.

[55] F. W. VI § 62. Als ein persönliches Urteil Pufendorfs allerdings hat man diese Stelle wohl kaum anzusehen, vielmehr scheint er hier

Digitized by Google

daraus ebensowenig einen Vorwurf, als er den Übertritt des Kurfürsten moralisch zu rechtfertigen versucht. Man sieht, die schwedische Politik wird hier im „Friedrich Wilhelm" nicht vom Standpunkt brandenburgischer, sondern vom Standpunkt schwedischer Staatsräson aus angesehen, und indem die Betrachtung der Politik des Staates unter dem Gesichtspunkt seiner Staatsräson, sozusagen, verallgemeinert und auf einen Staat ausgedehnt wird, dessen eigene Interessen den brandenburgischen widersprechen, erhebt sich Pufendorf — im Gegensatz zu seiner sonstigen Einseitigkeit — tatsächlich[56] zu einem höheren, wahrhaft welthistorischen und objektiven Standpunkt.

Das geschieht bisweilen auch schon im „Carl Gustav", und dadurch wurde es möglich, daß Pufendorf die Ausführungen über den Frontwechsel des Kurfürsten in der Hauptsache aus

einem kurfürstlichen Schreiben vom 24. September 1657, das er weiter unten — VII § 1 — wiedergibt, zu folgen; mindestens ist hier die Auffassung dieselbe: a nemine improbari posse, si rex conservationem proprii status ancipiti eventui huius belli praeferat. Auch in seinem Schreiben an Carl Gustav vom 4. Juli erkennt der Kurfürst an: «ut status eius requirat, hinc cum exercitu discedendi». Urkunden (und Aktenstücke z. Gesch. d. Kurf. Friedrich Wilhelm) VIII, 226. Vgl. auch das Schreiben vom 12. November F. W. VII § 3 extr. Aber wenn auch Pufendorf hier kein eigenes Urteil abgibt, so liegt doch schon in der Mitteilung dieser Stelle etwas von moderner Objektivität, was zu der sonstigen Einseitigkeit der Pufendorfischen Geschichtsschreibung im Widerspruch steht. Andererseits hätte er in den Berliner Akten hier leicht Material zur Polemik finden können: Denn nach Schwerins Bericht vom 21. Februar hatte Carl Gustav diesem fest versprochen „beim Kurfürsten ehrlich auszuhalten" und erklärt: „wenn ich das thue (nämlich einen Feldzug in Rußland oder Dänemark führen), so mag mein Vetter frei sagen, daß ich unredlich und leichtfertig bei ihm handele". Urk. VIII, 155. Es entspricht Pufendorfs Bestreben, sich aller «choquanten termen» zu enthalten, daß er diese Stelle nicht benutzt hat.

[56] Wenn man auch nicht aus dem oben angeführten Gesetz die theoretische Formulierung einer solchen Objektivität herauszulesen braucht. S. o. Anm. 26 Schluß.

Digitized by Google

dem offiziellen, schwedischen Werk in das offizielle, brandenburgische Werk — zum Teil vollkommen wörtlich — hinübernehmen konnte. So heißt es im „Carl Gustav" (IV. § 28): der Kurfürst, im Hinblick auf das neue, von Dänemark heraufziehende Unwetter, auf die Anstalten der Östreicher und Holländer, auf den möglichen Abzug Carl Gustavs aus Polen und auf die zweifelhaften Aussichten Rakoczys, omnes suas fortunas ob aliena commoda, sibi ubi successerint praegravia futura acipiti aleae exponere temerarium censebat. Ganz in derselben Weise werden im „Friedrich Wilhelm" die Motive des Kurfürsten angeführt: Da ein neues Unwetter von Dänemark aufstieg, die Östreicher losschlugen und die Lage Rakoczys unsicher war, omnes suas fortunas aleae exponere ob commoda alterius, qui voto suo potitus praegravis futurus erat, prudentis haud videbatur.[57]

Auch im „Carl Gustav" also gibt Pufendorf hier ganz objektiv die Umstände an, die den Kurfürsten dazu bestimmt haben, daß er seine Verbindung mit Schweden zu lösen begann, und betrachtet die brandenburgische Politik unter dem Gesichtswinkel nicht der schwedischen, sondern der brandenburgischen Staatsräson.[58]

---

[57] F. W. VI § 66. Der Verweis auf den möglichen Abzug Carl Gustavs aus Polen fehlt hier, weil davon schon § 62 die Rede ist. S. o. Anm. 55. Es liegt Pufendorf so fern, im F. W. das Zwingende jener Erwägungen zu übertreiben, daß er hier einen etwas matteren Ausdruck wählt (prudentis haud videbatur) als im C. G.

[58] Gewiß beruht jene Stelle schon im „Carl Gustav" auf der Lektüre brandenburgischer Aktenstücke, die sich unter den schwedischen Archivalien befanden, wiewohl sie nicht wörtlich einem solchen entnommen zu sein scheint. Aber schon darin, daß überhaupt im C. G. in dieser Weise die brandenburgische Staatsräson zum Ausdruck kommt, liegt wiederum ein Stück moderner Objektivität.

Digitized by Google

Dieſe — für die Objektivität, zu der ſich Pufendorf bisweilen[59] erhebt, ſo bezeichnende — Übereinſtimmung zwiſchen den beiden Darſtellungen wiederholt ſich dann weiterhin bei der Aufzählung der Gründe, die den Kurfürſten ſchließlich zum Abſchluß der Wehlau-Bromberger Verträge bewogen haben.[60]

So viel über die Auffaſſung im allgemeinen. Wie im einzelnen bald die mehr objektive Betrachtung der Dinge bald die einſeitige Wiedergabe der offiziellen Auffaſſung der einen Seite ſtärker hervortritt, wie die eine die andere ergänzt und korrigiert, wird ſich bei der Vergleichung des Inhalts der beiden Darſtellungen zeigen.

---

[59] Ich laſſe es dahingeſtellt, ob und inwieweit dieſe Seite der Pufendorfiſchen Geſchichtsbetrachtung auch in anderen Partien ſeiner Werke hervortritt.

[60] C. G. IV § 31, F. W. VI § 75. Ich komme darauf weiter unten noch zurück.

Digitized by Google

II. Inhalt.

Indem wir uns dieser Aufgabe zuwenden, erhebt sich zunächst die Frage: ist die Darstellung des brandenburgischen Werkes von der des schwedischen abhängig?[1] — und es wird sich — um das Resultat hier vorwegzunehmen — ergeben, daß das in der Tat in ziemlich starkem Maße der Fall ist.

Zugleich soll an der Hand des brandenburgischen Aktenmaterials gezeigt werden, wie und mit welcher Auswahl Pufendorf im „Friedrich Wilhelm" die Akten benutzt hat.[2]

1. Aktenbenutzung.

Die Übereinstimmung zwischen dem „Carl Gustav" und dem „Friedrich Wilhelm" erstreckt sich vorwiegend auf tatsächliche Angaben[3], nur ganz vereinzelt auf die aktenmäßige Schilderung der diplomatischen Verhandlungen, die ja — wenigstens im

[1] Wegele l. c. 519, 520 verneint diese Frage, während schon Treitschke, allerdings nur ganz allgemein, auf das Abhängigkeitsverhältnis hingewiesen hatte.

[2] Die von Arnheim vorbereitete Publikation der schwedischen Archivalien in den Urkunden und Aktenstücken ist leider vorerst noch nicht zu erwarten.

[3] Nur insoweit auch sie im C. G. auf Stockholmer Akten beruhen, sind diese im F. W. — mittelbar — verwertet.

Digitized by Google

„Friedrich Wilhelm" — durchaus im Vordergrund[4] steht. Was dieſe betrifft, ſo beſchränkt ſich Pufendorf im „Carl Guſtav" auf die Akten des Stockholmer, im „Friedrich Wilhelm" auf die Akten des Berliner Archivs. Und doch war er — wenigſtens im zweiten Fall — in der Lage, für die Darſtellung der ſchwediſch-brandenburgiſchen Beziehungen auch das ſchwediſche Aktenmaterial — ſei es nach für „Carl Guſtav" angefertigten Exzerpten, ſei es nach der Verarbeitung in dieſem Werk[5] — zu benutzen. Wenn Pufendorf darauf verzichtet hat, ſo waren dafür wohl Rückſichten formaler Natur entſcheidend. Durch die Heranziehung ſchwediſcher Akten wäre die Anordnung des Stoffes ungemein erſchwert worden, die ganze Darſtellung, die ſchon ohnehin durch die vollſtändige Wiedergabe zahlreicher Aktenſtücke etwas Schleppendes erhalten hat und bisweilen in eine bloße Aktenpublikation überzugehen beginnt, wäre dadurch noch ſchwerfälliger geworden, und es wäre nicht jene Geſchloſſenheit und Einheitlichkeit zu erreichen geweſen, die eben darauf beruht, daß nur die Berliner Archivalien — und damit ganz überwiegend brandenburgiſche Aktenſtücke — benutzt ſind. Zudem mochte das reiche Berliner Aktenmaterial vollkommen ausreichend erſcheinen, um danach ein in ſich geſchloſſenes Bild zu entwerfen. Im großen und ganzen iſt jedenfalls im „Friedrich Wilhelm" nur aus den Akten des Berliner Archivs geſchöpft.[6] Man wird es indeſſen doch nicht

[4] Vgl. die Erklärung dafür in dem intereſſanten Brief Pufendorfs an den Landgrafen Ernſt von Heſſen-Rheinfels: Da nicht bei allen Feldzügen verſtändige, curieuſe und arbeitſame leute alles obſerviren und annotiren, ſo iſt in dergleichen dingen ſo wenig accurates und gewiſſes ꝛc. „Weßwegen ich denn meine vornehmbſte werk von den ſtaatsnegotiationen mache, denn da finde ich die instructiones und relationes der miniſtren, worauf man ſich endlich ſicher verlaſſen kann ꝛc." Hiſt. Zeitſchr. 70, 199, 200.

[5] Von dem er ja eine Abſchrift nach Berlin mitgenommen hatte. S. o. p. 4.

[6] Beſonders bezeichnend dafür iſt folgender Fall: Bei der Schilderung der Vermittlungsverſuche Brandenburgs zwiſchen Schweden und

Digitized by Google

mit Droyſen[7] ganz allgemein verneinen dürfen, daß im „Friedrich Wilhelm“ auch Stockholmer Archivalien[8] benutzt ſeien, namentlich wenn ſich nachweiſen läßt, daß die Darſtellung im „Friedrich Wilhelm“ in größerem Umfang auf der des „Carl Guſtav“ beruht.

2. Die Schlacht bei Protzko am Lyck.

C. G. III § 30. F. W. VI § 48.

Beginnen wir mit der Schlacht bei Protzko. Sie fällt zwar eigentlich nicht in den Rahmen dieſer Unterſuchung, aber die Vergleichung der beiden Pufendorfiſchen Berichte darüber führt zu einem recht intereſſanten Ergebnis. Pufendorf hat im „Friedrich

---

Dänemark werden C. G. IV § 65 die Gründe aufgezählt, die der brandenburgiſche Geſandte in Kopenhagen, Kleiſt, bei dem däniſchen König geltend gemacht habe, um ihn von einem Angriff auf Schweden abzuhalten — offenbar auf Grund eines Aktenſtücks des Stockholmer Archivs. Genau dieſelben Erwägungen kehren im F. W. VI § 59 wieder als Inhalt einer Denkſchrift, die der Kurfürſt dem außerordentlichen däniſchen Geſandten, Roſevinge, zugeſtellt habe, um ſie dem däniſchen König zu überreichen. Zugleich wird hier hinzugefügt, daß der Kurfürſt geſagt habe, der ſchwediſche König ſolle davon eine Abſchrift erhalten. Es iſt damit erklärt, wie jenes Memoire für den däniſchen König ins Stockholmer Archiv gekommen iſt und von Pufendorf daher in ſeinem „Carl Guſtav“ benutzt werden konnte. Vergleicht man nun den Wortlaut im C. G. und F. W., ſo ergibt ſich, daß hier unmöglich ein Abhängigkeitsverhältnis beſtehen kann, daß Pufendorf vielmehr für den F. W. das Memoire nach dem Konzept, das im Berliner Archiv ſich befindet (im Auszug gedruckt Urk. VIII, 188), ſelbſtändig und unabhängig von der Überſetzung im C. G. überſetzt hat. Eine Probe: Urk. VIII, 188: ein martialiſch Königreich. C. G.: martius populus. F. W.: bellicosum regem. Pufendorfs Angabe, daß der König von Schweden eine Abſchrift erhalten habe, wird durch folgende Stelle des Aktenſtücks indirekt beſtätigt: „S. Ch. D. wolle es mit allem vleis auch J. K. M. in Schweden gebührend fürſtellen“. G. St. A. Berlin Rep. XI 241 c.

[7] l. c. p. 325.

[8] Oder deren Verarbeitung im „Carl Guſtav“.

Digitized by Google

Wilhelm" die Schlacht nicht nach den brandenburgischen Akten geschildert, sondern die Darstellung seines schwedischen Werkes zugrunde gelegt, an derselben allerdings gewisse Änderungen vorgenommen.[9] Er hat sie vor allem wesentlich gekürzt, wie denn überhaupt im „Friedrich Wilhelm" die kriegerischen Ereignisse vor den diplomatischen Unterhandlungen mehr zurücktreten.[10] Er hat ferner die Stelle über den Ausgang der Schlacht in einer sehr bezeichnenden Weise geändert. Nach C. G. § 30 „wenden sich die Brandenburger, durch die Menge der Feinde erschreckt, nach kurzem Kampf und geringen Verlusten[11] zur Flucht; der größte Verlust trifft die Schweden, die von der Übermacht überwältigt und tapferen Widerstand leistend, zum großen Teil getötet oder gefangen genommen werden". Man kann nicht sagen, daß der Verlauf der Schlacht hier von Pufendorf selbst oder von seinen schwedischen Quellen tendenziös dargestellt worden wäre; denn der eigene Bericht des brandenburgischen Führers, des Grafen Waldeck, bestätigt es vollkommen, daß sich seine Truppen hier schlecht geschlagen haben.[12] Der brandenburgische Hofhistoriograph indessen mochte diese Stelle wohl doch nicht unverändert in sein offizielles, brandenburgisches Werk aufnehmen. Er zieht die zwei Sätze in einen zusammen und sagt — doch offenbar

---

[9] Bosse l. c. p. 7 meint zwar, Pufendorf habe hier in jedem der beiden Werke nach den Akten der betreffenden Seite berichtet. Aber im F. W. ist hier nichts enthalten, was nicht auch in demselben oder ähnlichem Wortlaut schon im C. G. gesagt ist.

[10] Vgl. o. p. 21 Anm. 4. Eben weil Pufendorf im F. W. die kriegerischen Ereignisse meist nicht sehr eingehend behandelt, hat er wohl auch hier nicht genauere Aktenstudien gemacht, sondern, um Zeit zu ersparen, seine Darstellung einfach dem C. G. entlehnt. Vgl. u. III Anm. 1.

[11] Paucis desideratis.

[12] Waldeck an Weimann — Urk. VIII, 107: une peur panique prenant a trois de mes regiments, ils quittent le passage . . . Mais cette action lasche de mes gens etc.

Digitized by Google

zusammenfassend von Schweden und Brandenburgern[13] —: „Die Unsrigen wurden, nachdem sie eine Zeitlang dem feindlichen Angriff tapfer Widerstand geleistet hatten, von der Übermacht überwältigt, nicht ohne Verluste[14] geschlagen". Aus „nach kurzem Kampfe" wird „eine Zeitlang", aus „unter geringen Verlusten": „nicht ohne Verluste", und indem Pufendorf die Unterscheidung zwischen Schweden und Brandenburgern fallen läßt[15], kann er auch den tapferen Widerstand (strenue) und die Überwältigung durch die Übermacht (numero obrutos) aus der schwedischen Darstellung herübernehmen, wo davon eben nur in bezug auf die Schweden die Rede ist.

Man sieht, wie Pufendorf hier — vermutlich doch mit Rücksicht auf den offiziellen Charakter seines Werkes — die Darstellung des „Carl Gustav" in einer nicht ganz einwandfreien Weise umgestaltet hat. Man kann zwar nicht behaupten, daß er die Tatsachen entstellt hätte; er sagt nicht wissentlich etwas Unwahres; aber er sagt doch auch nicht die Wahrheit in dem Umfang, in dem er sie kennt: die Einseitigkeit des offiziellen, kurfürstlich brandenburgischen Hofhistoriographen streift damit hart an die Grenze des Tendenziösen.

3. Verhandlungen mit Polen bis zum Ende des Jahres 1656.

F. W. VI § 49. C. G. III §§ 34, 37.

Die Schilderung der Verhandlungen zwischen Brandenburg und Polen im Jahre 1656 leitet Pufendorf im „Friedrich

[13] Auch F. W. VI § 37 heißt es von Schweden und Brandenburgern zusammenfassend: nostri.

[14] Non sine caede.

[15] Wohl kaum lediglich in der Absicht, sich kurz zu fassen.

Digitized by Google

Wilhelm" mit der Wiedergabe des Inhalts eines Schreibens ein[16], in dem die preußischen Oberräte dem Kurfürsten am 15. August berichteten, der littauische Feldherr Gonsiewski habe einen Unterhändler nach Königsberg geschickt, um sich über das Vorgehen des brandenburgischen Obersten Wallenrodt in Podlachien zu beschweren, um zugleich den Wunsch Gonsiewskis auszusprechen, zwischen den Königen von Schweden und Polen einen Frieden zu vermitteln[17] und endlich um die Anknüpfung von Verhandlungen über einen Waffenstillstand vorzuschlagen, worauf sie eine ausweichende Antwort erteilt hätten. Pufendorf führt die in dem Schreiben erwähnten Tatsachen unter Weglassung aller Formalien und alles Unwesentlichen kurz und präzis an[18] — eine Art der Aktenbenutzung, die vor der sonst häufig von ihm beliebten Übersetzung ganzer Aktenstücke entschieden den Vorzug verdient.

Weiterhin berichtet Pufendorf die Absendung zweier kurfürstlicher Gesandter an Gonsiewski nach des Kurfürsten Rückkehr, mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß das vorher[19] dem König von Schweden mitgeteilt worden sei, „indem man als Ursache die Abwendung von Verwüstungen vorschützte, damit jener nichts Schlimmes argwöhne".

Diese Angabe Pufendorfs ist nicht ganz genau. Denn der Kurfürst hat zwar den König Karl Gustav von den Anträgen Gonsiewskis, mit ihm zu verhandeln, benachrichtigt, wie aus

---

[16] Urk. VIII, 194, wo ebenfalls mit jenem Aktenstück der Abschnitt über die Verhandlungen mit Polen beginnt.

[17] Das Schreiben der Oberräte ist nicht ganz genau in diesem Punkt; Gonsiewski selbst — sein undatiertes Schreiben im Geh. St. A. zu Berlin — Rep. 9. 5 ee. 8a — spricht nicht von den „beiden Königen", sondern von den «principes aliena causa dissidentes», womit offenbar der König von Polen und der Kurfürst gemeint sind.

[18] Ohne sie ausdrücklich als Inhalt eines Schreibens zu bezeichnen.

[19] So muß doch communicatione facta wohl verstanden werden.

Digitized by Google

seinem Brief an Carl Gustav vom 28. Oktober hervorgeht[20]; daß er einen Unterhändler an Gonsiewski abgeschickt habe, hat er dem König aber erst nachträglich in eben diesem Schreiben angezeigt, während die Instruktion für seinen Gesandten vom 16. Oktober datiert ist.[21]

Pufendorf schildert alsdann den Verlauf der Verhandlungen: Die brandenburgischen Gesandten verlangen zunächst, wie Pufendorf aus ihrer Instruktion entnimmt, Aufklärung darüber, ob Gonsiewski Vollmacht habe, im Namen Polens mit Schweden und Brandenburg gemeinsam Frieden zu schließen, oder ob er nur mit dem Kurfürsten Verhandlungen anzuknüpfen wünsche[22], und welche Bedingungen er demselben anzubieten habe; sie fügen hinzu, wenn es Gonsiewski ernst meine, solle er Preußen räumen und die Feindseligkeiten einstellen. Darauf gibt Pufendorf den Inhalt eines Schreibens Gonsiewskis vom 8. November wieder[23], in dem dieser den preußischen Oberräten mitteilt, er habe die Einstellung der Feindseligkeiten im Gebiet des Kurfürsten befohlen, sei nach Littauen abgezogen und erwarte die Eröffnungen des Kurfürsten über die Aufnahme von Verhandlungen. Pufendorf fährt weiterhin fort, die brandenburgischen Gesandten hätten ihrerseits, ihre Vollmacht überschreitend, schriftlich die Einstellung der Feindseligkeiten zugesichert und — ebenfalls in Überschreitung ihrer Vollmacht — über Friedensbedingungen voreilig An-

[20] Urk. VIII, 109, 110: „Ich habe E. K. M. auch allbereit vertraulich berichtet, wie daß Gonsiewski sich zu einigen Traktaten veranlaßet".

[21] Instruktion für Heinrich Schereta Schetnofski — G. St. A. Berlin Rep. 9. 5ee. 8a. — Auer, der andere Gesandte, war wohl schon früher oder wurde erst später bevollmächtigt. — Offenbar liegt hier bei Pufendorf nur eine Ungenauigkeit, keine tendenziöse Entstellung vor. Vgl. u. Anm. 54.

[22] In der Instruktion: sowohl mit Schweden als auch mit S. Ch. D. zu schließen ... oder nur mit dem Kurfürsten allein und apart zu traktiren.

[23] G. St. A. Berlin l. c.

Digitized by Google

deutungen gemacht.[24] In der Tat, obwohl die beiden Gesandten am 8. November „auf habendes ordre“ des Kurfürsten, wie es in dem Vertrag heißt, einen Waffenstillstand mit Gonsiewski abschlossen, hat der Kurfürst denselben später doch nicht ratifiziert und wiederholt erklärt, seine Gesandten hätten damit ihre Vollmachten überschritten.[25] Die Angaben Pufendorfs sind also vollkommen richtig

---

[24] Diese letztere Angabe ist wohl eine — nicht ganz genaue — Wiedergabe folgender Stelle des Urk. VIII, 199, 200 im Auszug gedruckten Berichts (G. St. A. Berlin Rep. 9. 5ee. 8b): sie hätten „per discursum von weitem verstanden, E. Ch. D. Meinung wäre 1. von keinem Feudo mehr zu wissen, 2. ohne Satisfaktion nichts einzugehen“ — was eine unverbindliche, private Äußerung war, erscheint also bei Pufendorf als eine förmliche Kompetenzüberschreitung. — Dieser Bericht ist derjenige der Gesandten Sereta und Auer. Denn es heißt in demselben: „Anlangend die Einhaltung der Völcker ab utrinque binnen den gräntzen und einstellung ferneres Mords, Raub- und Brennens werden E. Ch. D. auß beylagen A. B. gnädigst zu vernehmen geruhen“. Eben als B. nun ist eine Kopie des von Sereta und Auer am 8. November abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrags bezeichnet, die jetzt in ein anderes Aktenkonvolut eingeheftet ist — Rep. 9. 5ee. 8a — als die Relation, der sie ursprünglich beigelegt war; die Handschrift beider ist dieselbe.

[25] Am 13. November schreibt der Kurfürst einem seiner Generale (Sparr?), er solle mit Gonsiewski traktieren, aber bis etwas Gewisses geschlossen und von ihm ratifiziert sei, sein Bestes gegen den Feind versuchen; wenn Gonsiewski sich auf den Waffenstillstand berufe, solle er antworten, der Kurfürst habe denselben noch nicht ratifiziert, „auch sei ihm (dem Adressaten) bekannt, das Sie (die Gesandten) nicht Macht gehabtt ein solches armistitium zu machen; er werde G. vorstellen lassen, er sei nicht in solchen Zuständen gottlob, daß er Sie auf solche Art abzufertigen Ursache haben sollte“. G. St. A. Berlin Rep. 9. 5ee. 8a. Am 14. November schreibt der Kurfürst an Gonsiewski, seine Gesandten hätten gefunden, daß er nicht genügende Vollmachten habe (tantum reducendis ad obsequium regium alteri parti addictis); er wolle die Verhandlungen nicht abbrechen; sowie G. vom König eine Spezialvollmacht erhalten habe, möge er es ihm mitteilen, vorher aber könne er dessen, was G. mit seinen Abgesandten abgeschlossen habe, nicht sicher sein; er habe daher seinem General befohlen, falls es die Sicherheit seiner Lande erfordere, «per rationem belli aget, cum ill.ma dominatione vestra

Digitized by Google

den Berliner Akten entnommen, aber insofern unvollständig, als nicht ausdrücklich gesagt wird, daß der Kurfürst den Vertrag nicht ratifiziert hat.

Wenn es übrigens damals noch nicht zu einem Abschluß zwischen Brandenburg und Polen gekommen ist, trug wohl nicht die Haltung des Kurfürsten die Schuld daran. Denn der Kurfürst hat offenbar schon im Oktober vorübergehend sehr ernstlich an eine Aussöhnung mit Polen gedacht. Carl Gustav gegenüber hat er allerdings in seinem Schreiben vom 28. Oktober[26] die Sache so dargestellt, als bezwecke er durch jene Verhandlungen nur, Gonsiewski zu gewinnen, der mit dem Hofe schlecht stehe, seiner Armee sicher sei und die Absicht habe, „sich ganz zu separieren".[27] Es scheint indessen, daß der Kurfürst auf diese Weise nur den Argwohn Carl Gustavs zu beschwichtigen suchte.[28] Denn daß er doch wenigstens daran gedacht hat, „allein und apart" mit Polen zu unterhandeln, zeigt die Instruktion für

---

hisce de rebus subinde ulterius conferat. G. St. A. Berlin l. c. — Konzept. Vgl. auch die Instruktion für Wreich unten Anm. 134. Die Angabe des Kurfürsten, daß Gonsiewski nicht genügende Vollmachten besessen habe, bestätigt Rudawski, Hist. Polon. p. 271, wonach Gonsiewski ohne Vollmacht, privata auctoritate den Waffenstillstand abgeschlossen hätte.

[26] S. o. Anm. 26.

[27] Daß der Gemahlin Gonsiewskis, die in brandenburgischem Gebiet zurückgehalten worden war, im Oktober die Abreise gestattet wurde — Dankschreiben Gonsiewskis vom 3. Oktober und 24. November — G. St. A. Berlin Rep. 9. 5 ee. 8a; 8b, beweist nichts dafür.

[28] Daß es dem Kurfürsten eben gerade nicht genügte, mit Gonsiewski allein abzuschließen, daß er die Bevollmächtigung desselben durch den König wünschte, beweist das oben p. 27 Anm. 25 zitierte Schreiben an Gonsiewski. Wenn Pufendorf im F. W. den Inhalt jenes Schreibens vom 28. Oktober nicht wiedergibt, so geschieht das vielleicht deshalb nicht, weil auch er jene Angabe des Kurfürsten für einen Vorwand hielt. Auch die Worte incendii avertendi causam praetexens s. o. p. 25 scheinen auszudrücken, daß Pufendorf die Haltung des Kurfürsten Schweden gegenüber schon zu dieser Zeit für zweideutig hält.

Digitized by Google

Sereta.[29] Zwar hatte er noch im September auf Schwerins Rat, „auch bei Polen anitzo zu unterbauen", erklärt, „das würde nicht sein können, wenn er nicht zugleich sich erböte, auf die Schweden zu schlagen, und das wolle er nicht tun"[30] — aber schon am 5. Oktober berichtet der kaiserliche Gesandte Lisola, der Kurfürst denke ernstlich an seine Aussöhnung mit Polen, habe Hoverbeck, der wegen seiner entschieden anti-schwedischen Parteistellung in Ungnade gefallen und vom Hofe entfernt worden, kürzlich zurückberufen und wolle denselben nächstens mit einem gewissen Noviosky zum polnischen König entsenden.[31] Es steht damit in Einklang, wenn der Kurfürst am 26. Oktober in der Instruktion für den nach Dänemark zu entsendenden Kleist die Absicht ausspricht, sich des Königsberger Vertrags zu „entledigen"[32], und wenn an demselben 26. Oktober der französische Gesandte de Lumbres Mazarin schreibt, Schwerin habe ihn gefragt, ob Frankreich es billigen würde, wenn Brandenburg einen besonderen Vertrag mit Polen schließe.[33] Es sei endlich daran erinnert, daß kurz vorher, am 11. Oktober, die Frauenburger Verhandlungen zwischen Brandenburg und Schweden

[29] S. o. p. 26 Anm. 22. Daß Gonsiewski einen Separatabschluß Polens mit Brandenburg wünschte, beweist seine Forderung, die Verhandlungen „verschwiegen" zu führen und die „Conditionen Schweden nicht mitzuteilen". S. die Relation vom 13. November. — Urk. VIII, 199. Damit stimmen die französischen Gesandtschaftsberichte überein, Urk. II, 111, 112.

[30] Schwerin an Weimann — 28. Sept. — Urk. VII, 72. Vgl. auch das vertrauliche Schreiben des Kurfürsten an Schwerin vom 17. Sept. Urk. VIII, 738.

[31] Lisolas Gesandtschaftsberichte ed. Pribram, Archiv für östr. Gesch. LXX p. 211. Noviosky ist wohl identisch mit dem von des Noyers Lettres p. 263 genannten Nowiezski, der im Oktober noch im Auftrag des Kurfürsten ans polnische Hoflager kam. S. u. p. 33 Anm. 45.

[32] Urk. VIII, 175. Auch Pufendorf kannte dieselbe und gibt sie im F. W. VI § 54 wieder.

[33] Urk. II, 113.

Digitized by Google

abgebrochen worden waren, da man ſich über die Frage der Souveränität Preußens nicht einigen konnte, und daß infolgedeſſen die Stimmung des Kurfürſten Schweden gegenüber eine ſehr gereizte war.[34] In eben dieſen Tagen erklärte er Schwerin in einem vertraulichen, eigenhändigen Schreiben: „Was die bewuſte ſache betrift, da verwundere ich mich, daß Sie itzo Ihre gethane promeſſe zurücke ziehen und keine ſatisfaktion geben wollen, ohne der ſeindt Wir geſchiedene leutte".[35]

Indeſſen, der Kurfürſt fand bei Polen offenbar nicht das genügende Entgegenkommen[36], und indem ihm Schweden nach langwierigen Verhandlungen im Vertrag von Labiau (20. November) endlich das Zugeſtändnis der Souveränität des Herzogtums Preußen machte, wurde die ſchon erſchütterte Verbindung mit Carl Guſtav zunächſt noch einmal befeſtigt.

Die ſchwediſche Auffaſſung über die Verhandlungen zwiſchen dem Kurfürſten und Gonſiewski kommt im „Carl Guſtav" zum Ausdruck. Puſendorf berichtet hier, daß den König jene Verhandlungen mit dem größten Mißtrauen erfüllt hätten und teilt dann das oben[37] erwähnte Schreiben des Kurfürſten an Carl Guſtav vom 28. Oktober[38] mit.[39] Er fährt fort, dasſelbe habe den

---

[34] Schon am 5. Oktober ſchreibt er an Schwerin auf deſſen Bericht vom 4. Oktober — Urk. VIII, 125 — „muß derwegen ſehen, auf ander Wege ſolche conditionen, ſo zu meiner undt der meinigen ſicherheitt, von anderen zu erhalten, es mag lieb oder leitt ſein, wem es wolle". Urk. VIII, 740. „die anderen" ſind eben offenbar die Polen.

[35] Urk. VIII, 739, ohne Datum. Es iſt die Antwort auf Schwerins Schreiben vom 10. Oktober — ib. 132 — wie die Bezugnahme auf Schwerins Erkrankung an der Knieroſe, die dieſer in ſeinem Schreiben erwähnt hatte, beweiſt. Das Schreiben iſt alſo wohl vom 11. (oder noch vom 10.) Oktober zu datieren.

[36] Des Noyers p. 263; ſ. u. p. 33 Anm. 45.

[37] S. p. 26 Anm. 20.

[38] Das am Rand beigefügte Datum: 22. Oktober iſt offenbar im alten Stil angegeben und bezieht ſich auf die unmittelbar darauf mit-

Digitized by Google

König nicht befriedigt, und gibt darauf den Inhalt einer Instruktion Carl Gustavs wieder, worin dieser seinem Gesandten Schlippenbach befiehlt, in seinem Namen dagegen zu protestieren, daß der Kurfürst, ohne ihm vorher klare Mitteilung davon zu machen und ohne seine Äußerungen abzuwarten, mit Gonsiewski Verhandlungen begonnen und demselben Versprechungen gemacht habe; weiterhin erhält Schlippenbach in dieser Instruktion den Auftrag, den Kurfürsten des Vertrauens Carl Gustavs zu versichern und ihn vor polnischen Intriguen zu warnen, die ihn vom schwedischen Bündnis abzuziehen bezweckten; er wird endlich angewiesen, diesen Protest in möglichst milder Form auszusprechen[40] und nicht so sehr zu protestieren, als vielmehr in höflicher Weise um die Mitteilung der Verhandlungen zu ersuchen.

Man sieht, wie Pufendorf in der Darstellung im „Carl Gustav" hier durchaus die schwedischen „Sentimente" ausdrückt, und wie dadurch die Darstellung in der brandenburgischen Geschichte ergänzt wird. Es sind zwei Bilder desselben Gegenstandes — aber von verschiedenen Seiten und in verschiedener Beleuchtung. In einem Punkt ist die Darstellung des „Carl

geteilte Instruktion des Königs für Schlippenbach, die durch jenes kurfürstliche Schreiben vom 28. Oktober n. St. veranlaßt und demnach vom 1. November n. St. zu datieren ist.

[39] Pufendorf gibt den zweiten Teil des Schreibens im wesentlichen wieder; es fehlt jedoch die Stelle: Worüber, wie auch was mein Abgeschickter zurückbringen wird, ich allemal E. K. M. vollkommliche Nachricht geben und dero Sentiment darüber vernehmen will". Diese Auslassung ist keinenfalls tendenziös — im Gegenteil, dieses Versprechen des Kurfürsten hätte sich ja in antibrandenburgischer Tendenz sehr wohl verwerten lassen —, sie ist wohl eine Folge der kürzeren Zusammenfassung und zeigt, daß Pufendorf dabei doch bisweilen recht willkürlich wesentliche Punkte ausläßt. Tatsächlich hat der Kurfürst dem König durch Jena Mitteilungen über Gonsiewskis Forderungen machen lassen — Urk. VIII, 135 dat. 9. Nov., wo er auch dem König versichern läßt, was „uns weiter zukommen wird, allemal vertraulich zu kommuniciren".

[40] mollissima dictione uti.

Digitized by Google

Guſtav" genauer, inſofern hier nämlich — auf Grund nicht nur des Schreibens Carl Guſtavs, ſondern auch des Kurfürſten ſelbſt — hervortritt, daß der Kurfürſt erſt nach der Anknüpfung der Verhandlungen mit Gonſiewski den König davon in Kenntnis geſetzt hat.

Wie im „Friedrich Wilhelm" ſo iſt auch im „Carl Guſtav" die Darſtellung rein referierend. Pufendorf gibt die ſchwediſche Auffaſſung nach den ſchwediſchen Akten wieder, ohne an der brandenburgiſchen Politik Kritik zu üben oder ſein eigenes Urteil darüber anzudeuten, ob jenes Mißtrauen Schwedens berechtigt war.

Im „Friedrich Wilhelm" werden weiterhin nach den Akten Verhandlungen zwiſchen Gonſiewski und Sparr wegen einer angeblichen Verletzung des Waffenſtillſtands kurz erwähnt.[41] Sodann wird eine Äußerung des polniſchen Königs aus einem Briefe an den König von Dänemark angeführt[42]: Gonſiewski habe ihm als Preis jenes Waffenſtillſtandes die Trennung des Kurfürſten von Schweden und ſeine Rückkehr in das frühere Verhältnis zu Polen verſprochen. Darauf folgt die Wiedergabe der Antwort, die der polniſche König brandenburgiſchen Unterhändlern erteilte und in der er die Abtretung von Polniſch-Preußen energiſch ablehnte, im übrigen aber Schweden billige Friedensbedingungen zuzugeſtehen ſich bereit erklärte. Pufendorf überſetzt hier den zweiten Abſatz eines Schreibens des Kurfürſten an Jena, worin der Kurfürſt demſelben jene polniſche Antwort

---

[41] Pufendorf benutzte hier Gonſiewskis Schreiben an Sparr vom 27. November — wie er denn auch dieſes Datum an den Rand ſetzt — bezüglich der Miſſion Fitinghofs, das Sparr ſeinem Schreiben an den Kurfürſten vom 3. Dezember beilegte; die Antwort des Kurfürſten iſt vom 5. Dezember datiert und ein Konzept für das Antwortſchreiben, das Sparr an G. abſchicken ſollte, beigelegt. G. St. A. Berlin, Rep. 9. 5 ee. 8 a.

[42] Wohl nach einem Bericht Kleiſts aus Kopenhagen.

Digitized by Google

mitteilt, mit der Weisung, Carl Gustav davon zu benachrichtigen.[43] Den Unterhändler nennt Pufendorf nicht.[44] Es war ein Kanonikus des Bischofs von Ermland, namens Novieyski, und unter der Vermittlung des Bischofs fanden die Verhandlungen statt.[45]

Von weiteren Verhandlungen mit dem Bischof von Ermland ist im „Friedrich Wilhelm" nicht die Rede. Im „Carl Gustav" dagegen berichtet Pufendorf, daß auch nach dem Abschluß des Vertrags von Labiau geheime Verhandlungen zwischen Polen und Brandenburg stattgefunden hätten, und gibt eine Stelle aus des Kurfürsten Schreiben an Carl Gustav vom 25. November[46] wieder, worin jener diesem mitteilt, der polnische König habe ihn aufgefordert, eine „vertraute Person" zu ihm nach Danzig zu schicken, um Friedensverhandlungen anzuknüpfen, „was er aber ohne des Königs Gutfinden zu tun Bedenken trage"[47]; wenn es der König jedoch „zu dem allgemeinen Zweck

[43] Urk. VIII, 135 — 9. Nov.

[44] In dem kurfürstlichen Schreiben ist von ihm nur kurzweg als von „dem Canonicus" die Rede.

[45] Schwerin an Weimann, 28. Sept. — Urk. VII, 73. Kurfürst an Waldeck, 30. Sept. ib. VIII, 98. Des Noyers, Wolborg, 28. Okt. — p. 263; danach hätte der Bischof zwischen dem König von Polen einerseits und dem Kurfürsten und Carl Gustav andererseits vermitteln sollen; das steht nicht im Widerspruch zu der oben p. 28 wahrscheinlich gemachten Absicht des Kurfürsten, im Oktober mit Polen allein abzuschließen; denn pro forma hat er jedenfalls trotzdem zunächst die Verhandlungen zugleich im Namen Schwedens eingeleitet. Daß es nicht schon damals zu einem Separatfrieden zwischen Polen und Brandenburg kam, hat wohl nicht so sehr die erste der polnischen Forderungen (die des Noyers mitteilt): sofortiges Waffenbündnis zwischen Polen und Brandenburg, gehindert, als vielmehr die anderen: daß der Kurfürst einen neuen Lehenseid leisten, für die Zukunft Garantien bieten und durch Abgesandte den König auf dem nächsten Reichstag um Verzeihung bitten solle.

[46] Urk. VIII, 137.

[47] Die Wiedergabe dieser Stelle mit den Worten: id quod tamen ipse suspicioni apud regem declinandae abnuerit ist bei Pufendorf nicht ganz genau.

Digitized by Google

erſprießlich ermeſſe, ſo würde er ſich gar willig dazu erweiſen". Carl Guſtav hat dieſen Vorſchlag in ſeinem Antwortſchreiben abgelehnt.[48] Pufendorf aber — offenbar die Worte dieſes Schreibens, deſſen Konzept er wohl im Stockholmer Archiv fand, mißverſtehend[49] — fährt fort: „Der König konnte das nicht verweigern" und fügt, durchaus in ſchwediſchem Sinn, hinzu: „da es ſchien, daß der Kurfürſt das auch ohne ſeine Zuſtimmung tun werde". Im Zuſammenhang damit berichtet er dann weiter: „Gegen Ende des Jahres befand ſich der Biſchof von Ermland in Königsberg und führte mit dem Kurfürſten geheime Unterhandlungen[50], von denen nur Schwerin und Hoverbeck wußten, die beide Schweden ſehr feindlich geſinnt waren. Darauf begab ſich der Biſchof nach Danzig (ans polniſche Hoflager), nachdem er mit Schwerin Chiffren für einen geheimen Briefwechſel verabredet hatte. Bald danach kam auch Hoverbeck, nachdem er einen Geleitsbrief des Königs von Polen erhalten hatte[51], dahin, und der König (Carl Guſtav) glaubte nicht, daß er dort viel zu ſeinen Gunſten ins Werk ſetze."[52]

Man ſieht, auch hier drückt Pufendorf die „Sentimente des Herrn" aus, aber auch hier bleibt ſeine Darſtellung rein referierend, ohne zu urteilen oder zu verurteilen.

---

[48] Urk. VIII, 137 — 2. Dezember. Vgl. Anm. 1 ib.

[49] Droyſen, Politik III, 2 p. 321 ſcheint hier Pufendorf zu folgen.

[50] Vgl. Des Noyers, Lettres p. 282, 30. Nov. L'Electeur fait traiter sous main avec nous, mais je doute que ce soit sincèrement.

[51] Des Noyers l. c. ſchreibt, nach Briefen Johann Caſimirs aus Danzig vom 23. November habe der Kurfürſt große Luſt zur Ausſöhnung; «on a envoyé des passe-portes pour des députés qu'il veut envoyer à Dantzick».

[52] Von geheimen Verhandlungen des Kurfürſten mit dem Biſchof nach dem Abſchluß des Labiauer Vertrags redet auch Carl Guſtav in ſeinem Schreiben an den Kurfürſten vom 16. Dezember — Londorp, Acta publica VIII, 212; C. G. IV § 32 extr. — Offenbar ſchöpft Pufendorf hier im Carl Guſtav aus ſchwediſchen Akten.

Digitized by Google

Im „Friedrich Wilhelm" ist von diesen Verhandlungen nicht die Rede. Jenes Schreiben des Kurfürsten vom 25. November und Carl Gustavs Antwort vom 2. Dezember, die Pufendorf im Berliner Archiv doch vermutlich gefunden und gelesen hat, sind von ihm im „Friedrich Wilhelm" nicht verwertet worden.

Das kann ein bloßer Zufall sein: Pufendorf hat die beiden Briefe vielleicht übersehen. Vielleicht aber hat er auch ihre Mitteilung für unnötig gehalten, denn er hat, wie aus der Darstellung im „Carl Gustav" hervorgeht, jenen Brief des Königs vom 2. Dezember als eine Zustimmung zu Verhandlungen zwischen Brandenburg und Polen aufgefaßt (s. o.) — wenn er denselben bei der Bearbeitung des „Friedrich Wilhelm" wiederum[53] las, so verstand er ihn wahrscheinlich wiederum ebenso, und da er schon vorher (§ 49) berichtet hatte, daß die Verhandlungen mit Gonsiewski erst angeknüpft worden seien, nachdem man Carl Gustav davon benachrichtigt habe, mochte er es für unnötig halten, noch einen Brief Carl Gustavs wiederzugeben, in dem dieser — nach seiner allerdings irrigen Auffassung — den Verhandlungen mit Polen zustimmte.[54]

Keinenfalls kann gegen Pufendorf der Vorwurf erhoben werden, daß er im „Friedrich Wilhelm" in tendenziöser Absicht über jene beiden Briefe mit Stillschweigen hinweggegangen wäre. Denn so, wie er — allerdings irrig — die Antwort Carl Gustavs verstand, hätte sich dieselbe im Gegenteil zur Recht-

[53] Jetzt das in Berlin befindliche Original.

[54] Wenn Pufendorf im „Friedrich Wilhelm" auf diese Weise die nachträgliche Mitteilung der Anknüpfung von Verhandlungen mit Gonsiewski (28. Okt. s. o. Anm. 20) konfundiert hätte mit der vor Beginn der Verhandlungen mit dem polnischen Hofe eingeholten Zustimmung Carl Gustavs (durch die Schreiben vom 25. Nov. und 2. Dez., so wie Pufendorf das letztere versteht), so wäre es erklärlich, wie er dazu kommt, bei den ersteren von einer vorherigen Mitteilung an Carl Gustav zu reden.

Digitized by Google

fertigung der brandenburgiſchen Politik verwerten laſſen. Daß er es indeſſen verſchmähte, einen derartigen Verſuch zu machen, der ſchließlich auf eine ſophiſtiſche Beſchönigung des Frontwechſels des Kurfürſten hinausgelaufen wäre[55], iſt bei ſeiner Auffaſſung von den Aufgaben der Geſchichtsſchreibung ſelbſtverſtändlich.

Wenn er ferner im „Friedrich Wilhelm" von den geheimen Verhandlungen mit dem Biſchof von Ermland nichts erwähnt, ſo entſpringt dieſes Schweigen ebenſowenig einer beſtimmten Tendenz; es hat vielmehr ſeinen Grund wohl lediglich darin, daß er darüber im Berliner Archiv kein Material gefunden hat.

4. Die niederländiſche und franzöſiſche Vermittlung.

F. W. VI §§ 49, 43, 44. C. G. III §§ 57—59.

Pufendorf gibt im „Friedrich Wilhelm" weiterhin ein Schreiben des Kurfürſten an die niederländiſchen Geſandten in Danzig wieder, in welchem dieſer die Geſandten bittet, dem polniſchen König und Senat vorzuſtellen, wie ſehr er den Frieden wünſche, ſowie auch Danzig zu veranlaſſen, für denſelben zu wirken (13. Nov.). Der Inhalt des Aktenſtücks[56] wird ſehr ausführlich mitgeteilt, was eigentlich ſeiner Bedeutung nicht entſpricht. Es drängt ſich hier doch die Bemerkung auf, daß Pufendorf bei der Verarbeitung des maſſenhaften Aktenmaterials nicht immer Weſentliches und Unweſentliches zu unterſcheiden vermag.

---

[55] Während dieſer Frontwechſel — auch nach Pufendorfs Anſchauung — einer Beſchönigung ſchon deshalb nicht bedurfte, weil er eben durch die Staatsintereſſen geboten war.

[56] Konzept G. St. A. Berlin — dat. 13. Nov.

Digitized by Google

Der Vermittlungsversuche der niederländischen Gesandten in Preußen gedenkt Pufendorf schon vorher[57], im Anschluß an die Bemühungen des Kurfürsten um das Zustandekommen des Elbinger Vertrags zwischen den Niederlanden und Schweden. Er teilt hier kurz den Inhalt der Instruktion für die Gesandten vom 18. November mit — offenbar nach der Abschrift des Berliner Archivs, die der brandenburgische Resident im Haag, Weimann, am 26. Dezember dem Kurfürsten geschickt hat[58] — und gibt dann einen Teil der Relation Weimanns vom 21. November wieder[59], allerdings in einer Weise, daß man ihn zunächst für die Fortsetzung der Instruktion halten muß. Den Schluß desselben[60] läßt Pufendorf ziemlich willkürlich aus, obwohl gerade darin das Wesentliche ausgesprochen wird.

Man sieht, wie Pufendorf hier in nicht eben glücklicher Weise das, was zusammengehört, auseinanderreißt, indem er das Material über die niederländische Vermittlung an zwei verschiedenen Stellen wiedergibt, ohne durch einen Verweis den Zusammenhang herzustellen.[61]

Auch die weitere Darstellung der niederländischen und französischen Vermittlungsversuche ist im „Friedrich Wilhelm" weniger übersichtlich als im „Carl Gustav". Es empfiehlt sich daher, den letzteren zu Grunde zu legen.

Pufendorf berichtet hier zunächst von den Vermittlungsversuchen der französischen Gesandten de Lumbres und d'Avangour im Frühjahr 1656, von der Fortsetzung dieser Versuche nach

---

[57] § 43.

[58] Urk. VII, 90 Anm. 2. Gedruckt bei Aitzema, Historie of saken van staet VIII, 587. Die Abschrift im G. St. A. Berlin.

[59] Urk. VII, 83 Z. 6 v. u.

[60] ib. 84: Wünschen also fast ꝛc.

[61] Denn die Einführung der zweiten Stelle: Huic igitur negotio urgendo elector litteras ad legatos Belgicos Gedani tunc agentes dabat kann doch nicht wohl als eine genügende Rückverweisung gelten.

Digitized by Google

der Schlacht bei Warschau, von der Reise de Lumbres' an den polnischen Hof[62], und gibt dann die Bedingungen an, die dieser von dort zurückbrachte[63]: Räumung der okkupierten, polnischen Lande, Vermittlung von seiten anderer Mächte neben Frankreich[64] und Ausschließung des Kurfürsten von den Verhandlungen — wie es scheint, nach dem Konzept des Briefes, in dem Carl Gustav den Kurfürsten davon benachrichtigt[65] —, sowie weitere Erklärungen, die man polnischerseits de Lumbres gemacht hatte. Er fährt fort, daß Carl Gustav zwar auf diese Bedingungen nicht eingegangen sei, aber doch beschlossen habe, die Verhandlungen nicht abzubrechen und mit den Polen abzuschließen, falls er günstigere Bedingungen erlangen könne. Er erzählt dann im folgenden Paragraphen, daß die Verhandlungen im November von d'Avangour fortgesetzt wurden, daß die Polen diesem gegenüber weitere Zugeständnisse machten, daß Carl Gustav den Kurfürsten davon in Kenntnis setzte und bei ihm anfrug, ob er als Bundesgenosse an den Verhandlungen teilnehmen wolle, oder ob er wünsche, daß die Präliminarien von Carl Gustav allein, unter Wahrung der Interessen des Kurfürsten, mit Johann Casimir abgeschlossen würden. Diese Angaben werden von den Akten insofern bestätigt, als über die Bedingungen, die Polen damals Avangour namhaft machte[66], und die

[62] Im September; die Abreise vom polnischen Hofe erfolgte am 8./18. Sept. Des Noyers p. 241.

[63] Vgl. Des Noyers p. 241.

[64] Des Noyers l. c. nennt ausdrücklich die Niederlande und Dänemark.

[65] Urk. VIII, 118 — 21. Sept./1. Okt. Pufendorf fügt am Rand das Datum eben dieses Briefes (21. Sept.) bei. Carl Gustav sagt in dem Brief in bezug auf diese Bedingungen: ab insolentia . . . proficiscuntur, und ebenso berichtet im ‚Carl Gustav' de Lumbres «mira de Polonorum insolentia». Die polnische Forderung der Zuziehung mehrerer Mediatoren muß Pufendorf allerdings einem andern Aktenstück entnommen haben.

[66] Darunter die Forderung, daß der Kurfürst an den Verhandlungen

Digitized by Google

Pufendorf im „Carl Gustav" nunmehr — offenbar nach schwedischen Akten — aufzählt, im Berliner Archiv eine Aufzeichnung[67] vorhanden ist, die mit den Angaben Pufendorfs über jene Bedingungen vollkommen übereinstimmt — nur der Schluß fehlt. Es scheint also, daß Carl Gustav tatsächlich dem Kurfürsten jene polnischen Bedingungen mitgeteilt hat.

Sodann gedenkt Pufendorf der Vermittlung der niederländischen Gesandten Huijbert und Ysbrandt, denen die Polen die nämlichen Bedingungen angegeben hätten, wie das denn tatsächlich mit den Haager Akten übereinstimmt.[68] Er berichtet weiterhin, daß Carl Gustav, um die Verhandlungen hinzuziehen, erklärt habe, er müsse sich erst mit seinen Bundesgenossen verständigen, daß er im Dezember, da die persönliche Zusammenkunft mit dem Kurfürsten verschoben wurde, dessen Abgesandte Schwerin und Jena, die die Ratifikation des Vertrags von Labiau überbrachten[69], zu Rate gezogen und auf ihren Rat beschlossen habe, auf der Forderung zu bestehen, daß der Kurfürst zugleich mit dem König an den Unterhandlungen teilnehmen solle. Es stimmt das damit überein, daß Carl Gustav schon in seinem Schreiben an den Kurfürsten vom 1. Oktober erklärte, er werde die polnischen Bedingungen ablehnen, da er es für „unbillig und unwürdig" halte, daß die Polen den Kurfürsten von den Verhandlungen ausschließen und von ihm trennen wollten[70], und daß auch nach den Berichten der niederländischen Gesandten Carl Gustav diesen erklärte, er müsse sich über die polnischen Bedingungen mit dem Kurfürsten beraten,

zwischen Schweden und Polen nicht teilnehmen solle, sondern daß mit ihm zu gleicher Zeit Separatverhandlungen geführt werden sollten.

[67] Urk. VIII, 137 mit der Überschrift: Ces points ont esté apportez de la part du Roy de Pologne au Roy de Suède par Mr. d'Avencourt.

[68] Urk. III, 101 — Bericht vom 19. Dez.

[69] Ihre Instruktion Urk. VIII, 139 dat. 13. Dez.

[70] Urk. VIII, 118; 119.

Digitized by Google

ohne den er nichts darüber beschließen könne.[71] Pufendorf gibt darauf die schwedischen Gegenvorschläge an, die Avangour Johann Casimir nach Danzig überbringen sollte — darunter auch die Forderung, den Kurfürsten zu den Verhandlungen zuzulassen, da der König auf Grund ihres Bündnisses verpflichtet sei, in Gemeinschaft mit demselben die Verhandlungen zu führen. Sodann berichtet Pufendorf, mit welchen Vorschlägen über die Präliminarien Johann Casimir bald darauf de Lumbres und seinen Sekretär zu Carl Gustav gesandt habe. (23. Dezember wohl alten Stils.)

Im nächsten Paragraphen schildert Pufendorf eine Beratung, die Carl Gustav am folgenden Tage über jene polnischen Vorschläge abhielt, und gibt die dilatorische Antwort wieder, die der König de Lumbres erteilte: er müsse sich mit dem Kurfürsten beraten und werde ihre gemeinsamen Beschlüsse durch Gesandte anzeigen. Er erzählt dann weiter, daß der König beschlossen habe, insgeheim Verhandlungen mit den Polen anzuknüpfen, um sie auszuforschen, und daß er seine Bevollmächtigten für die Vereinbarung der Präliminarien ernannt habe. Er schließt darauf mit den Worten: „Aber da bald im Krieg eine Wendung eintrat, herrschte eine Zeit lang über den Frieden tiefes Schweigen".

Vergleichen wir mit dieser ausführlichen und übersichtlichen Darstellung im „Carl Gustav" die weitere Darstellung im „Friedrich Wilhelm". Sie ist von jener vollkommen unabhängig.

Pufendorf berichtet hier zunächst, daß Avangour unter anderem Carl Gustav die polnische Forderung überbracht habe, den Kurfürsten von den Verhandlungen auszuschließen, „wenn man auch separat und zur gleichen Zeit mit ihm unterhandeln wolle". Er hat hier offenbar den letzten Absatz der oben erwähnten Aufzeichnung über die polnischen Bedingungen über-

[71] Urk. III, 102.

Digitized by Google

ſetzt[72]: Que Ms. l' Electeur de Brandenbourg ne pourra estre receu à traiter conjointement avec la Suède, mais seulement par un traité séparé, qui pourra néantmoins estre fait en mesme temps que celuy de Suède. Pufendorf teilt im „Friedrich Wilhelm" nur dieſen letzten Punkt mit — während er im „Carl Guſtav", wie wir geſehen haben, alle Bedingungen ganz genau wiedergibt —, weil nur dieſer eine Punkt ſich auf Brandenburg bezieht. Von der früheren Miſſion de Lumbres' ſpricht er im „Friedrich Wilhelm" nur einmal ganz beiläufig weiter oben (§ 44) bei der Darſtellung der Verhandlungen zwiſchen Brandenburg und Schweden über die Souveränität Preußens (Sept. bis Nov.): „Da de Lumbres berichtete, daß die Polen den Kurfürſten von den Verhandlungen mit Schweden ausſchließen wollten", aber er gibt weder das Schreiben vom 1. Oktober wieder, in dem Carl Guſtav den Kurfürſten davon benachrichtigt, daß de Lumbres, der vom polniſchen Hofe zurückgekehrt ſei, demnächſt zur mündlichen Berichterſtattung zu ihm reiſen werde, und in dem er nach Anführung der polniſchen Forderungen erklärt, daß er dieſelben nicht annehmen werde[73], noch auch die Antwort des Kurfürſten vom 4. Oktober, in der dieſer Carl Guſtav anzeigt, daß er de Lumbres' Bericht „nicht ohne Staunen" vernommen habe, und ihm für ſeine Erklärungen dankt.[74] Es kann ſein, daß Pufendorf dieſe beiden Schreiben überſehen hat, oder daß er ſie für unweſentlich hielt, aber es läßt ſich andererſeits die Vermutung doch nicht ganz zurückweiſen, daß er ſie nicht mitteilen

[72] Urk. VIII, 137.

[73] Urk. VIII, 118.

[74] ib. 119. Dieſes Schreiben wurde übrigens von Schwerin und Jena, die damals in Frauenburg über die preußiſche Souveränität verhandelten, nicht abgegeben, weil danach die Möglichkeit, als könne der Kurfürſt „mit Polen bald aus der Sache kommen", hätte ausgeſchloſſen erſcheinen können. Urk. VIII, 127.

Digitized by Google

wollte (oder vielleicht auch nicht mitteilen durfte), weil daraus hervorgeht, daß Carl Guſtav damals — ſei es aus Bundestreue, ſei es, was wahrſcheinlicher iſt und was ja auch Pufendorf geradezu ausſpricht[75], in der Abſicht, die Verhandlungen hinzuziehen — die Ausſchließung des Brandenburgers von den Verhandlungen abgelehnt hat. Die weitere Darſtellung im „Friedrich Wilhelm", die von derjenigen im „Carl Guſtav" ſtark abweicht, ſcheint wenigſtens jene Vermutung zu beſtätigen. Denn während nach dem ſchwediſchen Werk Carl Guſtav die Zuziehung des Kurfürſten zu den Verhandlungen verlangt, wird im „Friedrich Wilhelm" nur erzählt, der Kurfürſt habe den niederländiſchen Geſandten aufgetragen, dahin zu wirken, daß Polen ihn zu den gemeinſamen Verhandlungen zulaſſe und von der Forderung abſtehe, daß Carl Guſtav vor Beginn der Unterhandlungen alles beſetzte, polniſche Gebiet räume[76]; die Geſandten hätten darauf den Kurfürſten aufgefordert, ſich von Schweden zu trennen, wofür ſie ihm bei Polen günſtige Bedingungen auszuwirken verſprochen hätten. Es iſt nicht erſichtlich, woraus Pufendorf hier ſchöpft; der letzte Satz könnte auf Weimanns Berichten vom 21. November und 26. Dezember beruhen[77] — mindeſtens erhellen aus ihnen derartige Beſtrebungen der Niederlande, ebenſo aus Haager Akten.[78] Wenn nun aber auch dieſe Angaben im „Friedrich Wilhelm" brandenburgiſchen Akten entnommen und an ſich durchaus richtig ſind, ſo iſt es doch bezeichnend, daß die Haltung des Königs, deſſen Beharren beim brandenburgiſchen Bündnis im „Carl Guſtav" ſehr entſchieden hervortritt und auch in den Akten ſeine Be-

[75] S. o. p. 39.

[76] Man ſieht, wie hier ganz beiläufig noch eine der von Avangour überbrachten, polniſchen Forderungen erwähnt wird, während zunächſt nur die erſte Forderung angeführt worden war.

[77] Urk. VII, 83; 90.

[78] Urk. III, 102 Dorps Bericht vom 6. Januar 1657.

Digitized by Google

stätigung findet, im „Friedrich Wilhelm“ vollkommen mit Stillschweigen übergangen wird. Nur von dem Verhalten des Kurfürsten wird hier gesprochen, wie denn der ganze Paragraph die Überschrift trägt: «Elector circa pacem satagit».

Die Einseitigkeit der Geschichtsschreibung, die „die Sentimente des Herrn ausdrückt, dem sie dient“, äußert sich hier im „Friedrich Wilhelm“ im höchsten Grade und erreicht fast die Grenze, an der die tendenziöse Geschichtsschreibung beginnt. Indem Pufendorf jene Vermittlungsversuche lediglich aus dem Gesichtspunkt des Brandenburgers heraus, der dabei doch nur eine Nebenrolle spielte, darstellt, wird das Bild, das er von denselben entwirft, notwendig weniger vollständig, übersichtlich und genau als im „Carl Gustav“, wo über diese Dinge ein viel besserer Überblick gegeben wird. Denn hier steht die Vermittlung selbst im Mittelpunkt der Darstellung, wie das zum Teil schon in den Überschriften der betreffenden Paragraphen zum Ausdruck kommt: «Circa pacem cum Polonis conciliandam frustra satagunt Galli» (§ 57) — «Aliqua spes pacis affulget» (§ 58) — «Regi a Polonis proposita displicent» (§ 59).

5. Bemerkungen zu Friedrich Wilhelm. § 50–61.

Droysen[79] hat darauf hingewiesen, daß Pufendorf im folgenden Paragraphen (unter dem Titel: Conclusio super praesenti rerum facie) den Inhalt einer Aufzeichnung wiedergibt, die jetzt gedruckt vorliegt[80], nur daß er an erster Stelle den zweiten Abschnitt: „Was bei den Alliirten des Königs zu konsideriren“ gibt, und an zweiter Stelle den ersten Abschnitt: „Polnische Alliirte“. Die Aufzeichnung hebt einerseits die

[79] l. c. p. 370.

[80] Urk. VIII, 140; 141.

Digitized by Google

Macht und die Kriegsvorbereitungen der Bundesgenossen Polens hervor und betont andererseits, daß Brandenburg kein Interesse an der Fortsetzung des Krieges und Schweden wenig Aussicht auf Unterstützung habe. Das Aktenstück wurde, wie Droysen[81] und Erdmannsdörffer[82] vermuten, wohl Jena und Schwerin mitgegeben, die der Kurfürst im Dezember an Carl Gustav absandte, um denselben zum Friedensschluß mit Polen zu bestimmen, und deren Instruktion[83] Pufendorf im folgenden Paragraphen übersetzt. Droysen schließt das daraus, daß jene Aufzeichnung und die Instruktion im Konzept von derselben Hand geschrieben sind, und daß jene dieser beigelegt ist. Wenn Droysen ausführt, daß die Aufzeichnung als Beilage der Instruktion nicht mehr die private Äußerung des Verfassers sei, „sondern dazu angetan wäre, den Wunsch des Kurfürsten, daß sich Carl Gustav zu baldigem Friedensschluß bewegen lasse, zu unterstützen", so ist das gewiß richtig. Nun aber wendet sich Droysen gegen die Art, wie Pufendorf dieses Aktenstück einführe, nämlich als ob es von der anti-schwedischen Partei am Hofe ausgegangen sei, und als ob diese Erwägungen den Kurfürsten bestimmt hätten, jene Gesandtschaft an Carl Gustav abzuschicken, die ihn zum Friedensschluß veranlassen sollte. Droysen meint, zu der ersten Annahme liege in den Akten auch nicht der geringste Anhalt vor und lehnt a priori die zweite Annahme ab, wie es scheint, weil daraus hervorginge, „daß der Kurfürst in seinen politischen Entschlüssen nicht eben die Initiative zu haben verstand". Beide Ausstellungen erscheinen gänzlich unberechtigt. Die Aufzeichnung hat unverkennbar die ganz entschiedene Tendenz, die Macht der polnischen Alliierten hervorzuheben, die Aussichten der Schweden möglichst

[81] l. c.
[82] Urk. VIII, 140 Anm. 2.
[83] Urk. VIII, 139 — 13. Dezember.

Digitized by Google

prekär erscheinen zu lassen und die Nachteile, die die Verbindung mit Schweden Brandenburg gebracht hatte, zu betonen. Das Konzept ist nach Erdmannsdörffer von Hoverbecks Hand geschrieben, der einer der entschiedensten Gegner der Verbindung mit Schweden war. Wenn derselbe auch das Konzept für die Instruktion geschrieben hat und die Aufzeichnung dieser beigelegt wurde, so zeigt das eben nur, daß Hoverbeck damals von Einfluß war und vom Kurfürsten zu Rate gezogen wurde — nicht aber, wie Droysen anzunehmen scheint, daß beide Aktenstücke der eigenen „Initiative" des Kurfürsten entsprungen seien — denn dann allerdings wäre die Einführung bei Pufendorf willkürlich und gäbe ein falsches Bild. Erscheint jene Aufzeichnung auch zunächst als Beilage zu der Instruktion für die Gesandten, so braucht sie deshalb doch nicht vom Kurfürsten allein oder auch nur unter der ausschlaggebenden Mitwirkung desselben abgefaßt worden zu sein. Es steht durchaus nichts der Annahme im Wege, daß der Kurfürst selbst durch diese oder ähnliche Erwägungen bestimmt worden ist, Carl Gustav durch Gesandte zu baldigem Abschluß des Friedens zu raten, daß diese Erwägungen zunächst von der anti-schwedischen Partei am Hofe ausgegangen und schließlich vom Kurfürsten acceptiert und Carl Gustav gegenüber geltend gemacht worden sind. Pufendorf bringt eben durch die Art, wie er das Aktenstück einführt, zum Ausdruck — was man durch die Akten und noch mehr durch die Berichte Lisolas bestätigt findet —, daß die polnisch gesinnte Partei am kurfürstlichen Hofe nicht ohne Einfluß auf die Haltung des Kurfürsten gewesen ist. Was Droysen für gänzlich ausgeschlossen hält, daß der Kurfürst „in politischen Entschlüssen nicht eben die Initiative zu haben verstand", das ist in der Tat doch, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, der Fall gewesen[84], und wenn Pufendorf das aus seinen Akten —

[84] S. u. p. 90 Anm. 5.

Digitized by Google

mehr zwiſchen den Zeilen — herausgeleſen hat und in ſeiner Darſtellung andeutet, ſo iſt das kein Fehler, ſondern ein Vorzug derſelben, um ſo mehr, als er ſich ſonſt im allgemeinen darauf beſchränkt, lediglich den Inhalt ſeiner Akten wiederzugeben, was doch — Droyſen betont es ſelbſt[85] — niemals allein genügt, um Geſchichte zu ſchreiben.

In der folgenden Wiedergabe der Inſtruktion für Schwerin und Jena[86] läßt Pufendorf nur die Stelle über die beiderſeitigen Bundesgenoſſen[87] aus, wohl um nicht zu wiederholen, was ſchon im vorigen Paragraphen ausführlicher geſagt iſt.[88]

Im nächſten Paragraphen weiſt dann Pufendorf darauf hin, daß die Verſuche des Kurfürſten, den Frieden herbeizuführen, erfolglos blieben, da Carl Guſtav auf den Beiſtand Rakoczys, Polen auf die Hülfe Dänemarks rechnete. Er ſtellt darauf nach den Akten über die beiden Sendungen Kleiſts nach Kopenhagen[89] ſehr eingehend die Bemühungen Friedrich Wilhelms dar, den Ausbruch eines Krieges zwiſchen Schweden und Dänemark zu verhindern (§ 52—61). Dabei macht ſich ein Mangel der Pufendorfiſchen Darſtellung bemerkbar, auf den auch ſonſt ſchon hingewieſen worden iſt.[90] Jene Verhandlungen zogen ſich vom Sommer 1656 bis zum Sommer 1657 hin, und Pufendorf ſtellt dieſelben nun in einem Zuge dar, ſo wie er die darauf bezüglichen Akten in einem Aktenkonvolut gefunden hat. Es iſt einleuchtend, daß die Wechſelwirkung zwiſchen den

---

[85] l. c. p. 326.

[86] Urk. VIII, 139.

[87] ib. Abſatz 4.

[88] Droyſens Anſicht, daß in den Worten ejus consilia exploraturum in bezug auf jene Geſandtſchaft der Schein einer Zweideutigkeit liege, vermag ich nicht zu teilen.

[89] Urk. VIII, 113 ff. 5. Juli bis 4. Oktober 1656. ib. 175 ff. 26. Oktober 1656 bis 26. Auguſt 1657.

[90] Boſſe l. c. p. 12.

Digitized by Google

Ereigniſſen auf den verſchiedenen Schauplätzen dabei leicht verwiſcht wird. Es zeigt ſich allerdings gerade in dieſem Abſchnitt, wie Pufendorf dieſer Unzulänglichkeit teilweiſe abgeholfen hat.[91] Indem er nach jenen Akten die mannigfach verſchlungenen, politiſchen Beziehungen zwiſchen Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Rußland und Brandenburg ſchildert, beſchränkt er ſich doch nicht lediglich darauf, den Inhalt der auf Kleiſts Sendungen bezüglichen Akten wiederzugeben. Um ein vollſtändiges Bild zu entwerfen, zieht er vielmehr auch andere Akten heran. Seine Angaben am Schluß des § 53, daß zwar nicht die niederländiſche Regierung Rußland zum Angriff auf Livland veranlaßt habe, daß aber der niederländiſche Geſandte Beuningen aus Haß gegen Schweden in dieſem Sinn auf den ruſſiſchen Geſandten in Kopenhagen eingewirkt, daß er ferner Dänemark ſtärker, als es im Sinn der Generalſtaaten gelegen, zu Rüſtungen angeſpornt habe und deshalb mit den niederländiſchen Geſandten, die in Elbing mit Schweden unterhandelten, zerfallen ſei, ſcheinen einem Bericht des brandenburgiſchen Reſidenten im Haag, Weimann, entnommen zu ſein[92], obwohl Pufendorf ſie mit den Worten einführt: Intellexit ibi Kleistius. Über jene Verhandlungen zwiſchen Schweden und Dänemark berichtet Pufendorf — nach den ſchwediſchen Archivalien — auch im „Carl Guſtav“[93] ausführlich. Eine Abhängigkeit der Darſtellung im

[91] Sonſt geſchieht das vielfach durch Verweiſe; ſo bei der Darſtellung der Stettiner Konferenzen. Zwar vermißt Boſſe ib. das Ineinandergreifen derſelben und des Abſchluſſes der Niederländiſchen Allianz. Allein ſoweit Pufendorf den Zuſammenhang nach dem ihm vorliegenden Material überhaupt erkennen konnte, tritt er in ſeiner Darſtellung hervor. Der vollſtändige Zuſammenhang allerdings wurde erſt aus Weimanns Geſchäftsjournal, das ſich lange Zeit im Düſſeldorfer Archiv befand, klar. Erdmannsdörffer, Graf Waldeck p. 336. Urk. IV, 141.

[92] Urk. VII, 70 Bericht vom 19. September: Gewißlich hat auch der Staat qua Staat wohl nichts dazu getan ꝛc.

[93] IV § 61 ff.

Digitized by Google

„Friedrich Wilhelm“ von derjenigen im „Carl Guſtav“ läßt ſich indeſſen, ſoweit ich ſehe, nicht nachweiſen.

6. Die beiden Sendungen Waldecks ins ſchwediſche Hauptquartier.

(Anfang 1657.)

C. G. IV § 10. F. W. VI §§ 62—65.

Es empfiehlt ſich, hier zunächſt die Darſtellung im „Carl Guſtav“ zugrunde zu legen:

Da Rakoczy, der nach Krakau zu vordringt, in ſeiner Hoffnung auf die freiwillige Unterwerfung der Polen getäuſcht, nunmehr ſein Vertrauen auf die Verbindung mit Schweden ſetzt, glaubt Carl Guſtav die Gelegenheit gekommen, Polen in einem Anſturm niederzuwerfen, den Krieg zu beenden und das Land mit Rakoczy und dem brandenburgiſchen Kurfürſten zu teilen. Er bittet zu dieſem Zweck Friedrich Wilhelm dringend um Hülfe. Auf der andern Seite ſucht Polen dieſen auf ſeine Seite hinüberzuziehen; der öſterreichiſche Geſandte Liſola und eine polniſch geſinnte Partei am Hofe, beſonders Hoverbeck, unterſtützen dieſe Bemühungen eifrig; dazu kommen aus dem Herzogtum Preußen Klagen über die verheerenden Einfälle der Polen und ein ungeſtümes Drängen auf Friedensſchluß. Dadurch ſchwankend gemacht[94], entſendet der Kurfürſt im Februar den Grafen Waldeck an Carl Guſtav: «consilium ipsius praesenti rerum facie exquisiturum et quomodo se pacis negotium habeat auditurum». Der König erklärt Waldeck, Polen habe ihn getäuſcht und die Verhandlungen abgebrochen; er zeigt ihm zugleich Briefe, aus denen hervorgeht, daß der Angriff Rakoczys und der Koſaken bevorſteht, was Waldeck mit großer Genug-

[94] Tot sollicitationibus distractus.

Digitized by Google

tuung erfüllt, weil er glaubt, es werde dem Kurfürſten willkommen ſein, wenn dadurch die Polen nach einer andern Seite abgelenkt würden und die Gegner Schwedens[95] zum Schweigen gebracht werden könnten. Carl Guſtav läßt dem Kurfürſten ferner durch Waldeck die Verwüſtung der ſamogitiſchen und littauiſchen Grenzlande anraten, um von dieſer Seite her ſeine Lande zu ſichern, und ihn bitten, einen Teil ſeiner Truppen ihm zu Hülfe zu ſchicken. Das wird endlich — aegre quantumvis — erreicht.[96] Waldeck ſelbſt wird mit Truppen entſandt, «non ut una cum rege in causam communem niteretur, sed ut hac occasione hospitiis Majoris Polonaie frueretur, donec post saepius ingesta foedera ipsi demum injungeretur, ut regem cum copiis suis sequeretur».[97] Im folgenden Paragraphen wird dann berichtet, daß die brandenburgiſchen Truppen — ein Dragoner- und vier Reiterregimenter — unter Führung Waldecks ſich mit den Schweden vereinigt hätten (11./21. März).

In dieſer Darſtellung werden alſo die erſte und die zweite Sendung Waldecks — die diplomatiſche und die militäriſche — deutlich unterſchieden, wie ja denn jene militäriſche Sendung überhaupt erſt die Folge der diplomatiſchen geweſen iſt. Der Ton der Darſtellung entſpricht durchaus den ſchwediſchen „Sentimenten", inſofern die Unzufriedenheit über das Zögern des Kurfürſten hindurchklingt, und es ſcheint, daß Pufendorf hier Carl Guſtavs Schreiben an den Kurfürſten vom 6./16. Dezem-

[95] d. h. doch wohl die antiſchwediſche Partei am brandenburgiſchen Hofe.

[96] Es iſt die ſpätere ſchwediſche Auffaſſung, die Pufendorf hier wiedergibt. Nach Schwerins Bericht hat Carl Guſtav im Februar „weitläufig des Kurfürſten Staathaftigkeit gerühmt und daß er jetzt aufs neue ein theils Truppen .... deroſelben zuſchicken würde" — Urk. VIII, 156 — und er hat ſich beim Kurfürſten in einem eigenhändigen Schreiben für die Überſendung der Truppen „zum höchſten bedankt". ib. 157.

[97] In demſelben Sinn kommt Pufendorf darauf noch einmal weiter unten — IV § 28 — zurück.

Digitized by Google

der benutzt hat[98], das auf denselben Ton gestimmt ist, und das auch Pufendorf weiter unten (§ 32) mitteilt.

Pufendorf hat diese frühere Darstellung für den „Friedrich Wilhelm" (§ 62) zugrunde gelegt. Die Teilungspläne Carl Gustavs und seine Bitte um Unterstützung durch brandenburgische Truppen werden hier fast genau mit den nämlichen Worten erzählt.[99] Was dann im „Carl Gustav" über die Gegenwirkung Polens, Lisolas, der polnisch gesinnten Hofpartei und über die Haltung Preußens gesagt wird, ist im „Friedrich Wilhelm" weggelassen — in ziemlich willkürlicher Weise; denn nur zum Teil werden hier jene Gegenwirkungen weiter unten erwähnt. Statt dessen heißt es im „Friedrich Wilhelm", der Kurfürst hätte von Rakoczys Eingreifen nicht viel erwartet: seine Kräfte seien schwach, auf die Bundesgenossenschaft der Kosaken sei wenig Verlaß, Österreich und die Türken würden ihm entgegentreten. Mit offenbarem Anklang an den Wortlaut im „Carl Gustav" fährt er dann fort: Missus tamen cum parte copiarum Waldeccius, consilia ejus circa praesentem rerum faciem exquisiturus[100] ac ut legiones per hospitia majoris Poloniae distribueret, novis delectibus supplendis. Etsi rege vehementer instante elector demum consensit, ut is exercitu regio aliquamdiu junctus maneret. Cui rex magnifica de spe sua ingerebat, laeta admodum comiti, qui Suecorum rebus impense favebat. Man sieht, wie aus der Darstellung der ersten Sendung im „Carl Gustav" der

[98] G. St. A. Berlin. Rep. 9. 5 ff. 4a. Der betr. Passus: Post sedulam subsidiorum sollicitationem huic expeditioni suppeditandorum comes de Waldeck quidem se associavit, non tamen ut nobis adhaereret, sed mandatis instructus erat, ut in Poloniam majorem se conferet, que mandata sepius iterabantur, adeo ut non nisi aegre illum apud nos aliquamdiu retinere potuerimus.

[99] F. W. § 62. C. G. § 10.

[100] Vgl. o. p. 49.

Digitized by Google

Zweck der Sondierung des Königs, deſſen Angaben über ſeine günſtigen Ausſichten und Waldecks Befriedigung darüber — aus der Darſtellung der zweiten Sendung im „Carl Guſtav" der Befehl, ſich in Großpolen feſtzuſetzen, und die ſchließliche Einwilligung, daß die brandenburgiſchen Truppen mit dem königlichen Heer vereinigt bleiben ſollten, in den „Friedrich Wilhelm" hinübergenommen und die beiden Sendungen Waldecks in eine verſchmolzen ſind. Zugleich iſt die Beleuchtung der Dinge in ſchwediſchem Sinn im „Friedrich Wilhelm" verſchwunden: Daß die Truppenſendung aegre quantumvis (post multam tergiversationem)[101] erreicht wurde, wird hier natürlich nicht geſagt. Und wenn es im ſchwediſchen Werk heißt, der Kurfürſt habe nur post saepius ingesta foedera (post multas sollicitationes et pactorum exprobrationes)[101] eingewilligt, daß Waldeck dem König folgte, ſo iſt im „Friedrich Wilhelm" der mildere Ausdruck gewählt: «etsi rege vehementer instante elector demum consensit».

Nun hat allerdings Pufendorf im „Friedrich Wilhelm" ſeine frühere Darſtellung nach den Berliner Akten ergänzt, aber in einer nicht eben glücklichen Weiſe. Die Inſtruktion für Waldecks erſte, diplomatiſche Sendung[102] hat er ſeiner, im Anſchluß an „Carl Guſtav" entworfenen Darſtellung nicht organiſch eingefügt, ſondern er gibt dieſelbe erſt im drittfolgenden Paragraphen (§ 65) wieder, ſo daß alſo das, was zu unterſcheiden iſt, die erſte und zweite Sendung Waldecks, konfundiert, das dagegen, was zuſammengehört, die erſte Sendung und die Inſtruktion für dieſelbe, auseinandergeriſſen iſt.

Im § 62 ſpricht Pufendorf zunächſt noch von den Beziehungen des Kurfürſten zu Rakoczy und erzählt dann im § 63 von den Verſuchen Öſterreichs, den Kurfürſten vom ſchwediſchen

[101] C. G. IV § 28.

[102] Urk. VIII, 153 — dat. 15. Febr.

Digitized by Google

Bündnis abzuziehen, von dem Abschluß der österreichisch-polnischen Allianzen vom 1. Dezember 1656 und 27. Mai 1657, von den Bemühungen des dänischen Gesandten in Wien, Sehestedt, für das Zustandekommen derselben[103], endlich von der Sendung Lisolas an den Kurfürsten und den König von Polen, der ihn beauftragt, in seinem Namen mit dem Kurfürsten über eine Aussöhnung zu unterhandeln.

Im folgenden Paragraphen schildert er darauf die Verhandlungen Brandenburgs mit den Niederlanden und England im Frühjahr 1657 nach den Relationen Weimanns und Schlezers und den kurfürstlichen Instruktionen für dieselben.[104]

Nun erst, im § 65, folgt die Wiedergabe jener Instruktion für Waldecks erste Sendung, die schon drei Paragraphen vorher berichtet worden ist, mit der Einführung: Unde sub initium anni Waldeccum ad eundem (sc. Carolum Gustavum) misit.

Die Instruktion für die zweite Sendung Waldecks[105], die sich doch vermutlich auch damals unter den Akten befunden hat, hat Pufendorf nicht benutzt. Vielleicht ist das bloße Willkür, die auch sonst bei Pufendorfs Auswahl aus den Akten bisweilen begegnet; vielleicht hat er auch diese Instruktion übersehen oder sie für unwesentlich gehalten, weil in ihr der Kurfürst das Mindestmaß der territorialen Ansprüche bezeichnet, mit denen er sich bei einem allgemeinen Friedensschluß zu begnügen bereit erklärt, und weil ein solcher Friedensschluß damals nicht zustande

---

[103] Nach Neumanns Bericht aus Wien vom 12. Mai. Urk. VIII, 211.

[104] Urk. VII, 92 ff. ib. 761 ff. Die Schilderung der ersteren läßt sich nach dem publizierten Aktenmaterial genau kontrollieren, und man kommt hier zu dem Ergebnis, daß Pufendorf, wo er die Aktenstücke nicht in extenso mitteilt, dieselben sehr frei verwertet, daß er nicht etwa den Inhalt der einzelnen Stücke nacheinander genau wiedergibt, sondern sie zu einem Gesamtbild verarbeitet, das in sich geschlossen und klar ist, in dem aber die Details und das Persönliche häufig ganz verwischt sind.

[105] Urk. VIII, 158 — dat. 8. März.

Digitized by Google

gekommen ist. Auf der andern Seite aber erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Pufendorf aus einem andern Grunde jene Instruktion nicht wiedergeben mochte oder durfte. In ihr erklärt nämlich der Kurfürst, daß die mit Schweden abgeschlossene Allianz die Grundlage für jede Verhandlung bilden solle, und daß er dieselbe „als eine normam, cynosuram und Richtschnur halten müsse", wie er das auch von Schweden erwarte. Eine derartige, ausdrückliche Versicherung der Bundestreue wollte oder durfte der brandenburgische Hofhistoriograph kurz vor der Darstellung des Übertritts des Kurfürsten vielleicht doch nicht anführen. Ein solches Stillschweigen läge wenigstens durchaus im Sinne der Geschichtsschreibung, „die des Herrn Sentimente exprimiert".

7. Beziehungen zu Schweden im Frühjahr und Sommer 1657.

F. W. VI §§ 66, 67. C. G. IV §§ 28, 29.

Im folgenden Paragraphen (§ 66) spricht Pufendorf von dem vergeblichen Versuch des schwedischen Gesandten, Grafen Schlippenbach, den Kurfürsten zu einem Angriff auf Polen zu bestimmen, von seiner Reise nach Königsberg, seinem Vorschlag, der Kurfürst solle das königliche Preußen von Schweden für das herzogliche Preußen eintauschen[106], und von seinen Bemühungen, den Kurfürsten zum Krieg gegen Österreich und Dänemark zu reizen. Darauf folgt jener Satz über die Lage im Frühjahr des Jahres 1657, der fast wörtlich aus dem „Carl Gustav" herübergenommen ist.[107]

Auch weiterhin ist dann der Darstellung im „Friedrich Wilhelm" diejenige des schwedischen Werkes zugrunde gelegt.

---

[106] Nach Schlippenbachs Relation vom 28. Mai/7. Juni. Urk. VIII, 221.

[107] S. o. p. 18.

Digitized by Google

Der Hinweis auf die Verſuche Öſterreichs und Polens, den Kurfürſten von der ſchwediſchen Seite zu ſich herüberzuziehen, fehlt im „Friedrich Wilhelm“, da hier ſchon weiter oben (§ 63) davon die Rede iſt, aber der Angriff Sapiehas auf Preußen wird dann in beiden Werken faſt mit denſelben Worten erzählt. Von den Drohungen Liſolas, die darauf im „Carl Guſtav“ angeführt werden, wird im „Friedrich Wilhelm“ nichts erwähnt. Ebenſo fehlen hier die Bemerkungen über die Hülfsgeſuche des Königs und über die militäriſche Miſſion Waldecks, da Pufendorf darüber im „Friedrich Wilhelm“ ſchon vorher (§ 62) geſprochen hat, wie dieſe Dinge auch im „Carl Guſtav“ ſchon an früherer Stelle (§ 10) erzählt ſind und hier nur noch einmal wiederholt werden. Weiterhin aber beruht die Darſtellung im „Friedrich Wilhelm“ wieder auf der im „Carl Guſtav“. Ganz übereinſtimmend wird geſchildert, wie der König beim drohenden Angriff Öſterreichs den Kurfürſten abermals um Hülfe gebeten, dieſer aber eine vorhergehende Unterredung gefordert habe. Wenn im „Carl Guſtav“ als Motiv dafür angegeben wird: quo tempus extraheret et successus rerum specularetur, ſo mag das richtig ſein, aber es iſt begreiflich, daß Pufendorf dieſen Satz doch nicht in ſein brandenburgiſches Werk hinübernehmen mochte.[108] Es wird dann weiterhin im Anſchluß an die Darſtellung im „Carl Guſtav“ berichtet, wieviel Truppen der König zu ſeiner Unterſtützung gewünſcht habe, und daß er vom Kurfürſten hingehalten worden ſei. Es iſt kein Zufall, wenn die Begründung dafür, die im „Carl Guſtav“ mit den Worten eingeführt wird: quia huic (electori) haut placebat, Austriacos ultro lacessere im „Friedrich Wilhelm“ mit der Wendung eingeleitet wird: quia

[108] Das Motiv iſt wohl dem ſchon oben zitierten Schreiben Carl Guſtavs an den Kurfürſten vom 16. Dezember entnommen: subjecta etiam ad majorem temporis intercalationem congressus et colloquii specie tanquam magni aliquid pre manibus haberetur.

Digitized by Google

ab electoris rationibus abhorrebat. Die erste Wendung gibt die schwedische Auffassung wieder, mit der zweiten stellt sich Pufendorf auf den Standpunkt der brandenburgischen Staatsräson. Darauf erwähnt Pufendorf, der Darstellung im „Carl Gustav" folgend und dieselbe nur etwas kürzend, die Absendung Görtzkes mit auserlesenen Truppen nach Poltovia[109], um den König nach Preußen zu begleiten, wenn er mit dem Kurfürsten dort zu einer Besprechung zusammenkommen wolle.

Sehr bezeichnend für das Verhältnis beider Darstellungen ist die nun folgende Stelle. Unter — zum großen Teil wörtlicher — Übereinstimmung mit dem schwedischen Werke werden in dem brandenburgischen dieselben Tatsachen erzählt: die Trennung Carl Gustavs von Rakoczy beim Ausbruch des dänischen Krieges, seine Ankunft in Strasburg, sein Vorschlag einer Zusammenkunft zwischen ihm und dem Kurfürsten, die Ablehnung desselben durch Friedrich Wilhelm, die Abberufung der brandenburgischen Truppen vom schwedischen Heer, die Weigerung des Kurfürsten, sein Bündnis mit Schweden über die Verteidigung Preußens hinaus auszudehnen, die Mitteilung Carl Gustavs an Friedrich Wilhelm, daß er sich gegen Dänemark wenden müsse, seine Anklage, daß der Kurfürst durch sein Zögern daran Schuld trage, die Beschwerden des Kurfürsten, daß er vom König verlassen werde. Aber wie verschieden ist die Verknüpfung und Motivierung dieser Tatsachen in den beiden Darstellungen! Das schwedische Werk gibt auf Grund der schwedischen Akten die schwedische Auffassung wieder: Als der Kurfürst der Einladung zu einer Unterredung mit Carl Gustav nicht Folge leistet, seine Truppen zurückzieht und ein engeres Bündnis ablehnt, faßt der Schwedenkönig den Entschluß, Polen zu verlassen und gegen die Dänen vorzurücken. Er teilt das dem

[109] Sie erfolgte nach Urk. VIII, 173 Ende Mai.

Digitized by Google

Kurfürsten mit, nicht ohne Klagen, daß dessen Zögern und schwankende Entschlüsse «hisce malis causam dedisse».[110]

Für das brandenburgische Werk hat Pufendorf die Darstellung des „Carl Gustav" zwar benutzt, aber auf Grund der Berliner Akten umgestaltet und ergänzt — die Ausdrücke zum Teil in bestimmter Absicht geändert.

Für die Ablehnung der Begegnung durch den Kurfürsten gibt er den offiziellen Grund an[111], nämlich die bevorstehende Niederkunft der Kurfürstin — wohl nach dem Schreiben des Kurfürsten an Schlippenbach vom 14. Juni.[112] Im Anschluß daran berichtet er dann die Geburt und Taufe des Kurprinzen Friedrich. In einem neuen Paragraphen wird darauf mit den nämlichen Worten wie im „Carl Gustav" erzählt, daß der Kurfürst inzwischen seine Truppen vom schwedischen Heer abberufen hätte und nicht geneigt gewesen sei, das Bündnis über die Verteidigung Preußens hinaus auszudehnen. Aber während

[110] Auch hier folgt Pufendorf — mindestens in der Auffassung — dem Schreiben Carl Gustavs vom 16. Dezember — s. die Übersetzung bei Londorp, Acta publica VIII, 212. Vgl. für diese schwedische Auffassung auch den Bericht Dobrczenskis. Urk. VIII, 224, wonach diesem der König im Juli erklärt: er habe seinen Entschluß, Preußen zu verlassen, nicht eher gefaßt, als er gesehen, daß man sich auf des Kurfürsten Seiten der Gelegenheiten, dem Feinde Abbruch zu thun, nicht dergestalt gebrauchet, wie es die gemeine Sache und die Räson des Krieges erforderte ꝛc. — Von dem Entschluß Carl Gustavs, sich gegen Dänemark zu wenden, redet Pufendorf schon weiter oben — § 18, schildert den Marsch der schwedischen Truppen nach Bromberg und sagt dann — § 20 — kurz: Cum Brandenburgico ante discessum colloqui regi haut licuit, isto congressum declinante; nec regi amplius moras in Polonia nectere consultum visum. Man sieht, es ist hier nicht die Rede davon, daß erst die Haltung des Brandenburgers den Entschluß Carl Gustavs hervorgerufen habe. Die im Text angeführte Stelle steht zu dieser früheren in einem gewissen Widerspruch.

[111] Über den wahren Grund s. u. p. 91.

[112] Urk. VIII, 222.

Digitized by Google

nach der Darstellung im „Carl Gustav" diese Tatsachen den Entschluß des Königs, sich gegen Dänemark zu wenden, erst hervorrufen oder wenigstens zeitlich vor demselben liegen, verschwindet im „Friedrich Wilhelm" jene Verknüpfung der Ereignisse, und es wird vielmehr die Weigerung des Kurfürsten damit begründet: quod et ipse rex reliquam Poloniam pro derelicta habere videatur.[113] Die Anzeige Carl Gustavs von seinem Abzug[114] und seine Beschuldigungen sind fast wörtlich aus dem „Carl Gustav" in den „Friedrich Wilhelm" übernommen, die letzteren aber doch etwas gemildert: Nicht für hisce malis (wie im „Carl Gustav"), sondern für huic mutationi wird dem Kurfürsten die Schuld beigemessen.

Man sieht, in dem brandenburgischen Werk werden hier „die Sentimente" des Kurfürsten ebensowohl ausgedrückt wie im „Carl Gustav" die schwedischen.

Schon im „Carl Gustav" wird allerdings auch die brandenburgische Auffassung der Dinge angeführt: Vicissim elector aegre ferebat, se nunc a rege destitui nec vires sibi tot hostibus sustinendis. Ac se hoc modo ad talia consilia compelli, de quibus antea in mentem non venerat[115], aber in der Erzählung der Tatsachen selbst kommt doch lediglich die schwedische Auffassung zum Ausdruck.

Im „Friedrich Wilhelm" wird diese brandenburgische Auffassung mit wörtlichen Anklängen an die Darstellung im „Carl

[113] Für diese brandenburgische Auffassung vgl. die Einwände Dobrczenskis l. c. p. 224: Sintemal es Ihnen (dem Kurfürsten) wissend gewesen, daß J. K. M. schon längst gegen Dänemark mit dero Armee zu gehen entschlossen, und daß Rakoczy keinen Stich nicht halten würde.

[114] Der vorhergehende Satz Ragozio suadens etc. fehlt im F. W. Der Schluß desselben, wonach Carl Gustav seine Rückkehr in Aussicht stellt, wird im F. W. im folgenden dadurch ausgedrückt, daß Carl Gustav hier dem Kurfürsten mitteilt, er müsse «paulispor» Polen verlassen.

[115] Vermutlich hat Pufendorf hier das Schreiben des Kurfürsten vom 12. November im Sinn, das er unten IV § 35 im Auszug mitteilt.

Digitized by Google

Guſtav", aber doch in etwas abweichender Faſſung, wiedergegeben: Ast elector justiores sibi quaerendi causas ferebat, quod nunc a rege medios inter hostes destituatur, quos sustinere supra vires suas sit. Unde se ad consilia compelli, a quibus antea maxime abhorruerit. Die Steigerung des Tones, die in dieſer Wiedergabe der „Sentimente" des Kurfürſten liegt, entſpricht der Äußerung Pufendorfs, daß er im „Friedrich Wilhelm" „aus des Kurfürſten Munde reden müſſe".[116]

Die im „Friedrich Wilhelm" folgende Ausführung, daß der Kurfürſt nach dem Abzug des Königs nicht mehr an das Bündnis mit demſelben gebunden ſei, iſt wohl einem brandenburgiſchen Aktenſtück entnommen — wie ſie denn auch in indirekter Rede angeführt iſt.[117]

Weiterhin ſpricht Pufendorf im „Friedrich Wilhelm" faſt mit denſelben Worten wie im „Carl Guſtav" von der Miſſion Dobrczenskis, der Ende Juni vom Kurfürſten zu Carl Guſtav geſandt worden ſei, um deſſen Zuſtimmung zu Verhandlungen Brandenburgs mit Polen einzuholen. Er ſcheint hier wieder das ſchon mehrfach erwähnte Schreiben Carl Guſtavs vom 16. Dezember zugrunde gelegt zu haben[118], wie aus manchen

---

[116] Daß Pufendorf hier mit dem Wort justiores ein eigenes Urteil habe ausdrücken wollen, erſcheint nach ſeinen Grundſätzen ausgeſchloſſen (ſ. o. I.); justiores iſt offenbar bloß im Sinne des Kurfürſten geſagt; aber trotzdem — oder vielmehr gerade deshalb — iſt die Stelle bezeichnend.

[117] Weder in den Urk. und Aktenſtücken noch bei kurſoriſcher Durchſicht der Berliner Akten ließ ſich die Quelle ermitteln. Der Gedanke iſt auch in dem Schreiben des Kurfürſten vom 12. November ausgedrückt — ſ. die Wiedergabe desſelben F. W. VII § 3; daß aber die ausführlichere Stelle des F. W. jenem Briefe entnommen iſt, iſt nicht wahrſcheinlich.

[118] Allerdings gibt Pufendorf mehr, als in dieſem Schreiben enthalten iſt; der Paſſus non adeo desperatas etc. iſt nicht dieſem Schreiben entnommen.

Digitized by Google

wörtlichen Übereinstimmungen mit jenem Schreiben hervorgeht.[119]

Pufendorf hätte hier im „Friedrich Wilhelm" die Instruktion für Dobrczenski und deſſen Relation benutzen können[120], die er doch wohl im Berliner Archiv gefunden hat; aber er hat das nicht getan, ſondern einfach die Darſtellung aus dem ſchwediſchen Werk übernommen. Und dieſe iſt denn doch nicht ganz genau. Denn danach hätte Dobrczenski nur die Zuſtimmung des Königs zu Verhandlungen des Kurfürſten mit Polen einholen ſollen. Nach der Inſtruktion indeſſen ſollte Dobrczenski dem König mitteilen: 1. daß Gonſiewski in den Verhandlungen mit dem Kurfürſten die Zurückgabe von Polniſch-Preußen als conditio sine qua non für den Frieden mit Schweden bezeichnet und erklärt habe, falls Carl Guſtav „nicht in ganz kurzem" ſich zu den Traktaten bereit erkläre, würden Polens Allianzen „zu ſolchem Vigeur gekommen ſein, daß alsdann mit Schweden nicht traktiert werden könnte" — 2. daß Gonſiewski dem Kurfürſten auch „partikulare Traktaten" angeboten, aber keine Vollmacht gezeigt habe und nicht zuerſt die Bedingungen habe angeben wollen; ferner ſollte Dobrczenski dem König raten, jene polniſchen Bedingungen anzunehmen und erklären, wenn der König nicht darauf eingehe und alle Macht gegen Dänemark wenden

[119] Und auch mit der Wiedergabe desſelben C. G. IV § 32; ſo zum Beiſpiel die Wendung tractatus pace sua (sc. regis) instituere — fortia consilia ingerere — aliis auxiliis plane destitutus. Ganz genau gibt Pufendorf übrigens die Antwort des Königs nach jenem Schreiben nicht wieder; er läßt die Einſchränkung weg, die nach dem Schreiben der König an ſeine Zuſtimmung geknüpft hätte: modo nihil certi concluserit; nach dem Schreiben hätte der König erſt ſpäter durch Schlippenbach ſeine Zuſtimmung auch zu einem Abſchluß mit Polen überbringen laſſen, wofern derſelbe nicht gegen die Freundſchaft und Neutralität verſtoße. Pufendorf zieht alſo die Ereigniſſe hier zuſammen.

[120] Urk. VIII, 223; 224. Daß er die letztere wahrſcheinlich gekannt hat, ſ. u. p. 73.

Digitized by Google

wolle, ſo werde der Kurfürſt einen Waffenſtillſtand mit Polen abzuſchließen ſuchen; falls aber Polen dazu nicht bereit ſei und der Kurfürſt vom König „keine Aſſiſtenz zu erwarten habe", ſo möge dieſer es ihm nicht verdenken, wenn er „ſonſt bonis modis die äußerſte Ruin ſeiner Lande zu evitieren und ſich in Sicherheit zu ſetzen ſuche, wobei J. K. M. ſelbſt um Rat zu fragen, wie es S. Ch. D. anzuſtellen". Wie man ſieht, iſt nur dieſer letzte Punkt in dem Schreiben Carl Guſtavs und in den beiden aus ihm ſchöpfenden Pufendorfiſchen Darſtellungen angegeben, der erſte Punkt dagegen wird gefliſſentlich mit Stillſchweigen übergangen.[121] Und ähnlich verhält es ſich mit der Antwort des Königs. Nach Dobrczenskis Relation hätte Carl Guſtav dieſem gegenüber den Wunſch nach einem friedlichen Abſchluß mit Polen ausgeſprochen, den Kurfürſten gebeten, „es dahin zu richten, daß es zu Traktaten käme" und endlich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Kurfürſt ſich „von betrüglichen Projekten der Feinde, die alles anwenden werden, um E. Ch. D. abzuziehen, nicht werde einnehmen laſſen, ſondern auf die Gefahr, und was künftig daraus folgen kann, reflektiren".[122] Nach dem Schreiben Carl Guſtavs und den ihm folgenden Pufendorfiſchen Darſtellungen aber hätte es ſich nur um die Zuſtimmung des Königs zu Separatverhandlungen des Kurfürſten mit Polen gehandelt.

Im „Friedrich Wilhelm" gibt Pufendorf dann kurz den Inhalt eines Briefes Carl Guſtavs an den Kurfürſten vom 25. Juni/5. Juli an, in dem jener ſchreibt, daß er ſich jetzt zwar gegen Dänemark wenden müſſe, ſeine Pläne in Preußen und Polen aber nicht aufzugeben gedenke und am Bündnis mit

[121] Dieſer Vorwurf kann natürlich nicht den Verfaſſer des „Carl Guſtav", ſondern nur ſeine Quelle treffen.

[122] Urk. VIII, 225.

Digitized by Google

dem Kurfürsten festhalten werde.[123] Darauf berichtet Pufendorf in beiden Werken die Sendung Schlippenbachs nach Königsberg. Die im „Carl Guſtav" mitgeteilte Inſtruktion[124] für Schlippenbach hat er in die Darſtellung im „Friedrich Wilhelm" zum größten Teil wörtlich hinübergenommen, wo er den Inhalt derſelben als Ausführungen Schlippenbachs wiedergibt.[125] An einer Stelle iſt die Wiedergabe im „Friedrich Wilhelm" gekürzt — nicht eben zum Vorteil der Darſtellung: Nachdem die Ausſichten, die Carl Guſtav dem Kurfürſten auf die Erwerbung Schleſiens eröffnen ließ, erwähnt ſind, heißt es im „Carl Guſtav" weiter: „Dieſe Anerbietungen ſollte Schlippenbach dem Kurfürſten nur machen, wenn er merke, daß Liſola demſelben den Gewinn der deutſchen Beſitzungen Schwedens in Ausſicht ſtelle". Dieſer Satz fehlt im „Friedrich Wilhelm". Aber gerade er iſt geeignet, das Widerſpiel der beiden Parteien, die ſich am kurfürſtlichen Hofe entgegenarbeiteten, ins rechte Licht zu ſetzen. An einer andern Stelle hat Pufendorf im „Friedrich Wilhelm" in die Wiedergabe der Inſtruktion aus einem Berliner Aktenſtück etwas eingeſchoben: Das Verſprechen des Königs, in zwei Monaten nach Polen zurückzukehren, findet ſich nur in der Wiedergabe im „Friedrich Wilhelm", nicht in der im „Carl Guſtav". Pufendorf hat es offenbar einem Schreiben des Kurfürſten an Carl

[123] ib. 226. Charakteriſtiſcher für das Beſtreben Carl Guſtavs, die guten Beziehungen zum Kurfürſten aufrechtzuerhalten, iſt eigentlich ſein zweites, eigenhändiges Schreiben von demſelben Tage ib., das Pufendorf nicht wiedergibt.

[124] Dat. 13./23. Juni.

[125] Kleine Abweichungen im Wortlaut entſpringen zum Teil dem Beſtreben Pufendorfs, „ſich aller choquanten termen zu enthalten". So wird die ſchärfere Wendung: nec elector ab Austriacis ad sinistra consilia seduci se patiatur im „Friedrich Wilhelm" — offenbar mit Rückſicht auf den Übertritt des Kurfürſten — in die mildere Wendung abgeändert: nec in transversum sese abduci patiatur.

Digitized by Google

Guſtav[126] entnommen, worin jener auf dieſes Verſprechen hinweiſt. Es iſt das bezeichnend dafür, wie wenig es Pufendorf darauf ankommt, den Inhalt einzelner Aktenſtücke genau wiederzugeben, und wie frei er ſein Material verarbeitet.

Auch der geringe Eindruck, den jene problematiſchen Verſprechungen Carl Guſtavs angeblich[127] auf den Kurfürſten gemacht haben, wird in beiden Darſtellungen zum Teil in wörtlicher Übereinſtimmung geſchildert[128], das Problematiſche jener Verſprechungen aber im „Friedrich Wilhelm" noch ſtärker betont.[129] Mit denſelben Worten wie im „Carl Guſtav" berichtet dann Pufendorf im „Friedrich Wilhelm", daß Schlippenbach ſchließlich vom Kurfürſten die Einhaltung der Neutralität gefordert habe. Nach der Darſtellung im „Carl Guſtav" hätte der Kurfürſt darauf zunächſt erwidert, er wolle die von Polen vorgeſchlagene Neutralität nicht annehmen, dann von der Fortſetzung des Krieges in Polen geſprochen und endlich erklärt, er wolle nach keiner Seite hin etwas beſchließen, bis der König den däniſchen Feldzug beendigt habe. Das hat Pufendorf offenbar ſchwediſchen Akten, wahrſcheinlich einer Relation Schlippenbachs, entnommen[130], und es iſt nicht unwahrſcheinlich, daß der

---

[126] Urk. VIII, 238 — 24. Sept.

[127] Nach Liſolas Berichten erweiſt ſich das aber als unrichtig. Pribram p. 306 ff. ſ. u.

[128] Incerta ista et in longum praeminentia.

[129] Et infinitum bellum dubio eventu paritura ac forte certas ipsius possessiones in exitium tractura.

[130] In der Wiedergabe von Carl Guſtavs Schreiben vom 16. Dezember im C. G. IV § 32 heißt es in bezug darauf ähnlich: Electorem pollicitum, se tractatus cum Polonis et Austriacis extracturum, quoad rex bellum Danicum profligasset. In dem Original G. St. A. Berlin iſt aber eine derartige Stelle nicht enthalten, wie ſie denn auch in Pufendorfs Wiedergabe desſelben im F. W. VII § 4 fehlt. Ein Vergleich der beiden Wiedergaben der Schreiben des Kurfürſten vom 12. Nov. und des Königs vom 16. Dez. — C. G. IV § 32; F. W. VII § 3; § 4 — ergibt, daß die-

Digitized by Google

Kurfürst sich in der Tat in dieser Weise damals Schlippenbach gegenüber geäußert hat. In den „Friedrich Wilhelm" hat Pufendorf diese Antwort des Kurfürsten aus der Darstellung im „Carl Gustav" nicht hinübergenommen, sondern hier heißt es: „Der Kurfürst antwortete darauf mit unbestimmten Worten, er werde tun, was die gegenwärtige Lage erfordere und was, wie er überzeugt sei, die Billigung der Einsichtigen finden werde". Es erscheint zum mindesten zweifelhaft, ob diese Stelle im „Friedrich Wilhelm" aus einem Berliner Aktenstück geschöpft ist, und es ist nicht ausgeschlossen, daß Pufendorf hier mit Rücksicht auf den offiziellen Charakter seines Werkes jenes Versprechen des Kurfürsten nicht wiedergeben wollte und deshalb die Antwort desselben in dieser Weise verändert hat. Sollte diese Vermutung zutreffen — was übrigens dahingestellt bleiben muß —, so hätte Pufendorf damit allerdings hier die Grenze erreicht, wo die bloß einseitige Geschichtsschreibung aufhört und die tendenziöse beginnt.

8. Verhandlungen und Abschluß mit Polen.

(F. W. VI §§ 68—83. C. G. IV § 29 Schluß — 31.)

Auf die Erzählung der Mission Schlippenbachs folgt im „Carl Gustav" über die Verhandlungen mit Polen die Bemerkung: „Nichtsdestoweniger wurden geheime Verhandlungen

selben unabhängig voneinander nach den Originalen resp. Konzepten verfaßt sind. Die Abweichung zwischen den beiden Wiedergaben kann also auf eine Verschiedenheit zwischen dem (im F. W. benutzten) Original und dem (im C. G. benutzten) Konzept des königlichen Schreibens beruhen. Andererseits aber ist es ebensowohl möglich, daß Pufendorf im C. G. hier aus einem anderen Aktenstück etwas in das Schreiben eingeschoben hat, ähnlich wie im F. W. in die Instruktion Schlippenbachs; s. o. p. 62 Anm. 126.

Digitized by Google

mit Polen und Österreich durch Schwerin und Somnitz allein und ohne Wissen der meisten Räte eifrig betrieben".[131]

Im „Friedrich Wilhelm" kommt Pufendorf zu Beginn der Schilderung der weiteren Verhandlungen mit Polen noch einmal auf den Waffenstillstand mit Gonsiewski zurück: Der Kurfürst sei gegen Ende des Jahres nicht so sehr durch förmlichen Vertrag als stillschweigend mit Gonsiewski über die Einstellung der Feindseligkeiten übereingekommen. Das scheint zunächst im Widerspruch zu der früheren Angabe zu stehen, daß die beiden brandenburgischen Abgesandten in Überschreitung ihrer Vollmachten einen schriftlichen Waffenstillstandsvertrag mit Gonsiewski abgeschlossen hätten.[132] Allein aus den Akten ergibt sich in der Tat, daß der Kurfürst diesen Vertrag zwar nicht ratifiziert[133], der Einstellung der Feindseligkeiten aber doch stillschweigend zugestimmt hat[134], und daß Pufendorfs Angaben

[131] Das bestätigt Lisolas Bericht, Pribram p. 315, wie denn auch die Wehlauer Verträge von ihnen als brandenburgischen Bevollmächtigten unterzeichnet sind. S. F. W. VI § 78.

[132] S. o. p. 26. Weil Pufendorf dort nicht ausdrücklich sagt, daß der Kurfürst jenen Vertrag nicht ratifiziert hat, scheinen die beiden Stellen zunächst sich zu widersprechen.

[133] S. o. p. 27.

[134] Instruktion für Wreich — 17. Febr. 1657 — G. St. A. Berlin, Rep. 9 5ee. 8a: wiewohl S. Ch. D. Abgeschickte zu Wirsbollen weiter gegangen als Sie wohl gesolt, indem Sie sich auff eine nicht allein unvollkommene, sondern auch S. Ch. D. fast schimpfliche Volmacht eingelassen, uff seiten des Herrn Groß-Schatzmeisters auch der von Ihm ausgestellten Versicherung nicht nachgelebet, sondern der Obriste Woynietowic damahls mit unter seinem Commando gewesenen mehr schaden als im gantzen Kriege durch geschehen, dem Land zugefügt, über das auch von des Herrn Woywoden Sapieha hoffe S. Ch. D. die Verwarnung in Vertrauen zukommen, alles was S. Ch. D. von Ihm, Herrn Schatzmeister, angetragen worden, wehre nur betrug und hinterlist, so hetten doch S. Ch. D. aus sonderbahrem, zu seiner Person und erkanten generosität tragendem Vertrauen dergleichen anbringen nicht statt geben, und was zwischen Ihm und dero Feldzeugmeister vorgangen, nicht desavericiren

mithin im einzelnen zwar richtig, aber freilich weder völlig klar noch ganz vollständig sind.

Sodann erzählt Pufendorf nach den Akten die Sendung des Kammerjunkers Christian Sigismund von Wreich zu Gonsiewski.[135] Er gibt zunächst die wichtigsten Punkte der Instruktion desselben wieder[136]: Wreich soll Gonsiewski mitteilen, der Kurfürst wünsche, daß Polen Gonsiewski Vollmacht zu Verhandlungen mit Brandenburg und Schweden erteile; denn obwohl er von seiten Sapiehas gewarnt worden sei, die Verhandlungen Gonsiewskis seien Betrug, so vertraue er doch zu sehr auf dessen edlen Sinn, als daß er derartigen Angaben Glauben schenke; deshalb wolle er den zwischen Sparr und Gonsiewski abgeschlossenen Waffenstillstand einhalten und denselben vierzehn Tage vor Wiederaufnahme der Feindseligkeiten aufkündigen[137]; werde der Krieg fortgesetzt, so wünsche er, daß das

---

wollen und erklähren sich auch ferner dahin, daß er dem mit itzgemeltem Feldzeugmeister genommenen Verlasse nach vierzehn Tage vorhero ankündigen lassen wolle, ehe einige actus der Feindseligkeit von dero Völckern verübet würde, uff den fall, da er seines ohrts sich ebenmeßig verbinden wolte". — Offenbar hat Pufendorf hier diese Instruktion benutzt, deren weiteren Inhalt er unmittelbar darauf wiedergibt.

[135] Das am Rand beigefügte Datum: 17. Februar ist das Datum der Instruktion, s. vorige Anmerkung.

[136] Die vier ersten und die letzten Punkte der Instruktion läßt Pufendorf als unwesentlich aus.

[137] S. vorige Seite Anm. 134. In dem Vertrag vom 8. November — s. o. p. 27 — steht diese Bestimmung nicht. Sie muß also einer nach demselben zwischen Sparr und Gonsiewski — schriftlich oder mündlich — abgeschlossenen Übereinkunft über die Ausführung dieses Vertrags entnommen sein, wie denn hier in der Instruktion überhaupt von einem zwischen Sparr und Gonsiewski „genommenen Verlaß" die Rede ist; vielleicht war sie auch in der o. p. 27 Anm. 24 erwähnten Anlage A enthalten, die ich unter den Akten nicht mehr gefunden habe.

Digitized by Google

Brandſchatzen unterbleibe[138], und daß die Gefangenen ausgetauſcht würden.[139]

Darauf wird nach der Relation Wreichs[140] der Verlauf der Unterhandlungen geſchildert: Gonſiewski erklärt, König Johann Caſimir habe ihm anfangs die Verhandlungen ganz überlaſſen wollen, aber ſeine Feinde, durch franzöſiſche Intriguen unterſtützt, hätten das hintertrieben; er fordert die Ausdehnung des Waffenſtillſtands auf ganz Polen, was der brandenburgiſche Geſandte indeſſen ablehnt.[141] Nunmehr ſchlägt Gonſiewski vor, der Kurfürſt möge den Waffenſtillſtand kündigen, damit ſeine Verhandlungen mit Brandenburg ihn nicht am polniſchen Hofe verdächtig machten[142]; er werde dann den ſamogitiſchen Ständen raten, mit dem Kurfürſten einen Waffenſtillſtand zu ſchließen[143]; endlich bittet er, der Kurfürſt möge einen zuverläſſigen Unter-

---

[138] Inſtruktion: „damit . . . das unſchuldige Land ſo viel möglich verſchont und die kriegende theile ſich dabey Chriſtlich und anderer civiliſierter nationen Exempell nach begehen, ſei der Kurfürſt nicht ungeneigt, mit Gonſiewski ſich eines gewiſſen modi zu vergleichen, wodurch das ſengen und brennen zu beyden theilen verhütet werden möge".

[139] Hier iſt Pufendorfs Wiedergabe nicht ganz genau. In der Inſtruktion heißt es: Nachdem S. Ch. D. faſt alle Gefangene, ſo ſich nur auf des Herrn Groß-Schatzmeiſters Nahmen beruffen, losgegeben, hat der Churf. Abgeordnete zu ſollicitiren, daß auch ſo viel von S. Ch. D. Unterthanen bei dem Herrn Großſchatzmeiſter vorhanden, auf freyen fuß wiedergeſtellt und die von den Tartarn weggeführte, inſonderheit der von Oſten dakegen losgemacht werden möge".

[140] Konzept und Reinſchrift, ohne Datum — G. St. A. Berlin, Rep. 9. 5ee 8a.

[141] Die Motivierung iſt bei Pufendorf nicht ganz klar; aus der Inſtruktion ergibt ſich, daß für Pufendorfs «ipsum» zu ſetzen iſt: «Suecum»; «sibi» geht dann auf den Kurfürſten.

[142] Daß ein derartiger Verdacht beſtand, beſtätigt Liſolas Gutachten vom 23. März — Pribram p. 250.

[143] Nach der Relation forderte Gonſiewski zunächſt Zeit „zur Überlegung der Sachen, auf was weiſe es füglich anzuſtellen wehre, damit er

Digitized by Google

händler nach Novomiasto schicken, um ihm die Friedensbedingungen zu bezeichnen.

Die für das Verständnis des Zusammenhangs wichtige Angabe Gonsiewskis, daß er dahin zum 7. April eine Versammlung des Adels berufen habe, wird von Pufendorf nicht erwähnt, nur das Datum: 7. April am Rande beigefügt.

Pufendorf fährt fort[144], wiewohl der Kurfürst an der Aufrichtigkeit Gonsiewskis gezweifelt habe, habe er doch die Verbindung mit ihm nicht abbrechen wollen.

Sodann gibt er den Inhalt der Instruktion für den Generalfeldzeugmeister von Sparr[145] wieder, der mit einem Heer nach Podlachien entsandt wurde (28. Juni); auch hier zeigt es sich, daß Pufendorfs Wiedergabe der Akten doch bisweilen unvollständig und ungenau ist.[146]

---

nicht weiter bei J. K. M. in Verdacht gar zu großer correspondentz mit E. Ch. D. gebracht werde und den Credit, so bei E. Ch. D. er bißher gehabt, zu erhalten vermöchte"; „nach etlichen Tagen" schlägt er dann den Abschluß eines Waffenstillstands mit den samogitischen Ständen vor; „auch um Sie (die Stände) deßto eher dahin zu bringen, könnten E. Ch. D. pro forma die auffkündigung des armistitii thun; alsdan er durch seine zurichtung es dergestalt einzurichten verhoffte, daß die samogitischen Stände sich verpflichteten, keine irruptiones in die Preußischen Lande zu machen" ꝛc. . . . so erreiche der Kurfürst seine Intention, und er bleibe außer Verdacht. — Man sieht, die Wiedergabe Pufendorfs ist im einzelnen nicht ganz genau.

[144] Vielleicht auf Grund des Schreibens des Kurfürsten an Waldeck vom 12. Oktober 1656 — Urk. VIII, 102.

[145] Urk. VIII, 213.

[146] Den zweiten Punkt der Instruktion übergeht er. Die Wiedergabe des vierten Punktes ist ganz ungenau. Vgl. Erdmannsdörffer l. c. 214 Anm. 1. Denn nach der Instruktion soll Sparr, falls der Adel „eine Macht zusammen bringt und auf ihn gehen will", das „durch alles gute Erbieten zu vermeiden suchen, endlich auch eine Zeit begehren, solches an S. Ch. D. zu bringen", nötigenfalls aber „nach Kriegsmanier agieren". Pufendorf läßt den zweiten Teil weg und gibt nur den ersten wieder: Quod si occasio detur manum conserendi etiam cum certa victoriae

Digitized by Google

Im folgenden Paragraphen (69) spricht Pufendorf von den Bemühungen der Königin Maria Luise von Polen und der Kurfürstin-Witwe Elisabeth Charlotte für den Frieden. Er erzählt zunächst, daß die Kurfürstin-Mutter auf Bitte ihres Sohnes an die Königin geschrieben und dieselbe gebeten habe, ihren Einfluß für eine Aussöhnung mit Brandenburg geltend zu machen. Das betreffende Schreiben der Kurfürstin hat Pufendorf offenbar nicht vorgelegen, sondern er erschloß jenen Zusammenhang aus dem Anfang des Antwortschreibens der Königin.[147] Daß Pufendorf aber hier nicht ganz richtig kombiniert hat, geht aus Lisolas Bericht vom 18. Mai hervor[148], in dem er meldet, die Königin habe ihm jene Briefe gezeigt; danach hat die Kurfürstin-Witwe geschrieben, sie habe ihrem Sohn nachdrücklich zum Frieden mit Polen geraten, und dessen Antwortschreiben (an sie) mitgeschickt, in dem derselbe seinen Anschluß an Schweden rechtfertigt, seinen Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen beteuert und die Ratschläge der Mutter stets mit größter Verehrung annehmen zu wollen erklärt. Das beigelegte Schreiben des Kurfürsten enthielt also die Antwort auf ein Schreiben der Kurfürstin, und nicht, wie Pufendorf vermutete, eine Aufforderung an seine Mutter, sich für ihn bei der Königin zu verwenden — die Initiative ging nicht von dem Kurfürsten, sondern von der Kurfürstin-Mutter aus.

spe, potius cessim iret, und führt dafür ein Motiv an, das zwar den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, von dem aber kein Wort in dem Aktenstück steht: ne recenti collisione irritatis animis tractatus difficiliores reddantur aut plane abrumpantur; trotzdem ist das in einer Weise beigefügt, daß man zunächst annehmen muß, es sei der Instruktion entnommen. Die drei letzten Punkte der Instruktion übergeht er als unwesentlich.

[147] Urk. VIII, 206: „Das Schreiben, welches von E. Hoheit den 9. dieses ich empfangen nebst der Communikation desjenigen Schreibens von S. Ch. D., Eueres Sohnes" ꝛc.

[148] Pribram p. 274.

Digitized by Google

Sodann berichtet Pufendorf unter dem Datum des 10. April, die Königin habe der Kurfürſtin-Mutter durch den Abt von Paradeis einen Brief überbringen laſſen, und überſetzt jenen angeblichen Brief vollſtändig — es iſt derſelbe, deſſen Anfang er ſchon vorher benutzt hat. In der Tat hat die Königin im April den Abt von Paradeis mit einem Schreiben und einem ſchriftlichen Vortrag an die Kurfürſtin-Mutter entſandt, die das dem Kurfürſten in einem Schreiben vom 10. April mitgeteilt hat[149]; daraus hat Pufendorf offenbar ſeine erſte Angabe und das Datum entnommen. Das Schreiben aber, das er hier überſetzt, iſt nicht das vom Abt von Paradeis überbrachte, ſondern ein ſpäteres Schreiben der Königin, das ſeinerſeits erſt deren Antwort auf das Schreiben der Kurfürſtin enthält, mit dem dieſe das vom Abt von Paradeis überbrachte Schreiben erwidert, und das die Königin am 9. Mai erhalten hatte.[150] Im

[149] G. St. A. Berlin, Rep. 9. 5 ee. 9.

[150] Denn 1. ſagt die Königin in dem Schreiben ſelbſt, der Überbringer ſei ein Franzoſe (was auch Pufendorf überſetzt); der Abt von Paradeis aber hieß (wie Pufendorf dem Schreiben der Kurfürſtin vom 10. April ganz richtig entnimmt) Stephanus de Majori Chrzaſtowo Wierzbowski, war alſo ein Pole; 2. ſchreibt die Königin, ſie habe „am 9. dieſes“ das Schreiben der Kurfürſtin und das beigelegte Schreiben des Kurfürſten erhalten. S. oben Anm. 147. Wäre nun das Schreiben der Königin wirklich das vom Abt von Paradeis überbrachte und mithin Ende März abgefaßt, ſo müßte man auch jene beiden Schreiben vom März datieren — an ſich iſt das möglich, aber nicht wahrſcheinlich, denn einmal iſt kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß ſchon im März ein Briefwechſel zwiſchen der Kurfürſtin-Mutter und dem Kurfürſten über dieſe Frage ſtattfand, wohl aber iſt ein ſolcher für den April bezeugt. S. oben p. 68. Und zum anderen ſchreibt Liſola am 18. Mai, die Königin habe ihm ein Schreiben der Kurfürſtin-Mutter mit einem beiliegenden Schreiben des Kurfürſten an dieſelbe gezeigt und ihn gebeten, dasſelbe zu beantworten; dieſe beiden, offenbar nicht allzulange vor dem 18. Mai angekommenen Schreiben ſind vermutlich doch dieſelben, auf die in dem Schreiben der Königin Bezug genommen wird, und jenes Schreiben der Königin iſt die von Liſola bald nach dem 18. Mai verfaßte Antwort

Digitized by Google

nächsten Paragraphen teilt dann Pufendorf das Urk. VIII, 202 gedruckte und dort als Schreiben der Königin an die Kurfürstin bezeichnete Aktenstück mit und führt es als einen Vortrag des Abtes von Paradeis ein[151]; der Inhalt ist ziemlich genau und vollständig wiedergegeben, nur die Ankündigung der Ankunft polnischer Bevollmächtigter und die Erklärung, der Kurfürst müsse die von diesen überbrachten Bedingungen annehmen, wurden von Pufendorf recht willkürlich ausgelassen.

Die folgende Bemerkung über die frühere Absicht der Königin, dem Kurfürsten die polnische Krone (resp. die Anwartschaft auf dieselbe) zu verschaffen, ist der Nachschrift des Briefes der Kurfürstin vom 10. April entnommen, wonach der Abt „die guthe adfection, welche so wohl der König in Pohlen als des Reiches Stände zu E. Ch. D. allewege getragen . . . discursive verstehen lassen und zu verstehen gegeben, daß Sie vormals albereit im werke begriffen gewesen, die Stände zu convociren undt E. Ch. D. die succession in der Crohn nach des Königs tode zu conferiren".[152]

Den Vortrag des Abtes von Paradeis[153], den Pufendorf sicher auch unter den Akten gefunden hat, hat er wohl deshalb

auf das Schreiben der Kurfürstin; unter dem „9. dieses" (an dem die beiden Schreiben angekommen seien), ist dann der 9. Mai neuen Stils zu verstehen und die Datierung nach letzterem im Schreiben der Königin vielleicht auf die Abfassung durch Lisola zurückzuführen — (der 9. Mai alten Stils — 19. n. St. — kann nicht in Betracht kommen, da Lisola schon am 8./18. Mai die Briefe gesehen hat).

[151] Vielleicht ist es das vom Abt von Paradeis überbrachte Schreiben. Pufendorf hielt es wohl deshalb nicht für einen Brief, weil darin von der Königin stets in der dritten Person die Rede ist — aber das kommt auch in deren Schreiben an den Kurfürsten vor — Erdmannsdörffer Urk. VIII, 270.

[152] Die Angabe bestätigt der Bericht de Lumbres' — Urk. II, 100 — über die Mission Maidels; Pufendorf erwähnt in seinem Bericht über die letztere — VI § 30 — nichts davon.

[153] Urk. VIII, 208.

Digitized by Google

nicht wiedergegeben, weil darin nichts Neues im Vergleich zu jenen beiden anderen Aktenstücken enthalten ist.

In bezug auf diese Verhandlungen mit Polen fährt dann Pufendorf im folgenden Paragraphen (71) fort, der Kurfürst habe das einstweilen unentschieden gelassen, bis er beim Aufbruch Carl Gustavs aus Polen Radziwill und Schwerin nach Tilsit zu Gonsiewski abgesandt habe, um die Friedensbedingungen zu erfahren[154], und dieser habe erklärt, dieselben seien nach dem Wunsch des Kurfürsten, wofern er nur die schwedische Seite verlassen wolle. Er erzählt weiter, daß bald darauf der Bischof von Ermland und Gonsiewski als polnische Bevollmächtigte und der österreichische Gesandte Lisola als Vermittler eingetroffen seien[155], und man nunmehr die Verhandlungen mit Ernst aufgenommen habe. Der Kurfürst habe zunächst neutral bleiben wollen, aber Lisola habe darauf bestanden, daß er sich von Schweden trenne und auf die Seite Polens trete[156]; man habe daher über einen Friedensschluß verhandeln müssen, wenn auch offiziell nur von einem Waffenstillstand die Rede gewesen sei.[157]

Als Hauptschwierigkeit für den Abschluß bezeichnet dann Pufendorf die preußische Souveränitätsfrage, wie das ja auch den Tatsachen durchaus entspricht und von den Akten bestätigt wird.[158] Darauf berichtet er sehr ausführlich, daß der Kurfürst

[154] Urk. VIII, 202.

[155] Lisola kam am 9. Juli in Königsberg an — Urk. VII, 98. Er war übrigens der Hauptbevollmächtigte Polens — Pribram p. 56, 280, 283. Ermland traf am 10. Juli ein — ib. p. 288.

[156] Vielleicht nach dem kurfürstlichen Schreiben an Weimann, Urk. VII, 109: daß er es gern habe bei einer simplen Neutralität bewenden lassen wollen, es doch dahin nicht zu bringen gewesen.

[157] Den Scheinvertrag von Wierzbolowa vom 22. August über einen Waffenstillstand gibt Pufendorf weiter unten wieder — § 76 — vgl. Urk. VIII, 215.

[158] S. besonders Lisolas Berichte — Pribram p. 304.

Digitized by Google

durch seinen Gesandten in Kopenhagen, Kleist, im Juli die dänische Regierung über ihre Ansicht sondieren und um ihre Unterstützung in dieser Angelegenheit bitten ließ, welche Bedenken man in Kopenhagen dagegen äußerte, und wie Kleist dieselben zu widerlegen suchte — es ist eine genaue Wiedergabe der Relation Kleists vom 21./31. Juli.[159] Das entspricht dem „diskussiven" Charakter des „Friedrich Wilhelm", den schon Droysen hervorgehoben hat[160]: die Relation zeigt die Motive und Erwägungen, die für und wider die Souveränität geltend gemacht wurden, und wegen dieser, ihrer diskussiven Bedeutung teilt Pufendorf sie mit, während ihrer tatsächlichen Bedeutung nach die dänische Vermittlung mit wenigen Worten hätte erledigt werden können. Denn ganz ohne Folgen waren ja die Bemühungen Kleists in dieser Richtung nicht: Der dänische König hat mit dem polnischen Gesandten in Kopenhagen über jene Frage verhandelt und dann Gesandte an den Kurfürsten und an den König von Polen in dieser Angelegenheit abgeschickt, wie das Pufendorf nach den weiteren Berichten Kleists mitteilt.[161] Er entnimmt endlich der Relation vom 8. August[162], daß der polnische Gesandte den dänischen Ministern erklärt habe, Polen werde die Souveränität Preußens zugestehen und die Friedensverhandlungen würden eifrig betrieben.

[159] G. St. A. Berlin, Rep. 11. 241 c. 2. — Urk. VIII, 184 extr. — Pufendorf fügt am Rand das Datum der Instruktion nach dem alten Stil bei. — Wie frei Pufendorf im einzelnen den Inhalt der Akten bisweilen wiedergibt, zeigt seine Wiedergabe des Anfangs der dänischen Bedenken, der im Original lautet: „daß Pohlen zu hoch interessiret; über die alte pretension, so die Römischen Kaiser allezeit gehabt, ietzo des Hauses Östreich respect vermöge der letzten pacten mit Pohlen hinzukommt".

[160] l. c. p. 350.

[161] Urk. VIII, 184 — 3. August. Daß nach Pufendorf Rosenvinge zuerst den Kurfürsten, dann Johann Casimir aufsuchen sollte, ist wohl ein Irrtum — nach den Akten wurde Rosenvinge nur an den Kurfürsten, an Johann Casimir Juel entsandt.

[162] ib. p. 185.

Digitized by Google

Im folgenden Paragraphen erzählt Pufendorf, daß der Kurfürſt, da die Sache ſo weit gediehen war, in der Vermittlung zwiſchen Dänemark und Schweden anders auftreten zu müſſen geglaubt habe, und überſetzt das kurfürſtliche Schreiben an Kleiſt vom 23. Auguſt[163], in dem der Kurfürſt dieſem mitteilt, er zweifle daran, daß es Schweden mit den Verhandlungen ernſt meine, und ihn anweiſt: „dieweil ich nun durchaus dem Könige von Dänemark keine Urſach zu einiger Suſpicion gegen mich geben will, ſo werdet Ihr ſolches alſo mesnagiren, damit ich außer Verdacht bleiben und rechte gute Freundſchaft allda mit mir geſtiftet werde".

Pufendorf berichtet dann weiter nach den Akten, daß Kleiſt ſeine Vermittlungsverſuche doch nicht plötzlich abbrach, da der franzöſiſche Geſandte ſeine Vermittlung anbot, und er von dieſer einen dem Kurfürſten ungünſtigen Verlauf befürchtete, daß er ſich deshalb zu Carl Guſtav begab, dieſer jedoch weitere Verhandlungen ablehnte.[164] Woher Pufendorf die darauf folgenden Bemerkungen über die däniſche und niederländiſche Politik entnommen hat, iſt nicht erſichtlich. Die Angabe, daß Carl Guſtav in der preußiſchen Frage zum Nachgeben bereit geweſen ſei und den Kurfürſten um die Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten habe, beruht vielleicht auf der Relation Dobrczenskis, der Ende Juni vom Kurfürſten an Carl Guſtav abgeſandt wurde.[165]

Auch der nächſte Paragraph (73) iſt diskuſſiver Natur. Pufendorf gibt hier nach den Berichten Weimanns ein Bild von der Stellung, die die Niederlande der brandenburgiſchen Politik gegenüber einnahmen. Er überſetzt zunächſt aus der Relation vom 22. Auguſt[166] vollſtändig den Abſchnitt, in dem

[163] Urk. VIII, 185.
[164] ib. 186 — 26. Auguſt.
[165] Urk. VIII, 225.
[166] Urk. VII, 103.

Digitized by Google

Weimann über die in der Provinz Holland[167] herrschenden Ansichten über die Wiederannäherung des Kurfürsten an Polen berichtet, mit dem Schluß: Ita quidem qui per otium inanibus sermonibus aliorum principum fata disserebant. Es steht zu dieser etwas geringschätzigen Bemerkung Pufendorfs über die öffentliche Meinung allerdings in Widerspruch, daß er diese «inanes sermones» doch so ausführlich wiedergibt. Er fährt dann fort: Diejenigen, die am Steuer des Staatsschiffes saßen, wünschten, daß der Kurfürst sich von Schweden trenne und mit Polen aussöhne oder sich wenigstens neutral verhalte. Diese Bemerkung ist Weimanns Relation vom 24. Juli entnommen.[168] Darauf gibt er den Inhalt einer Unterredung zwischen Weimann und de Witt nach eben dieser Relation wieder[169], bezeichnet jedoch erst den Schluß[170] ausdrücklich als Inhalt einer Unterredung.

Weiterhin berichtet Pufendorf, daß eine niederländische Gesandtschaft nach Königsberg gekommen sei, um den Kurfürsten für die polnisch-dänische Seite zu gewinnen, und teilt die Antwort mit, die der Kurfürst derselben gegeben habe. Sie stimmt sachlich überein mit den Erwägungen, die von Pufendorf im „Carl Gustav"[171] als bestimmende Motive des Kurfürsten für den Abschluß mit Polen angeführt werden. Eine Vergleichung des Wortlauts indessen macht es unwahrscheinlich, daß Pufendorf hier im „Friedrich Wilhelm" aus dem „Carl Gustav" geschöpft habe, und die sachliche Übereinstimmung ist wohl darauf zurückzuführen, daß er dasselbe Aktenstück oder Aktenstücke ähn-

[167] Zwischen den Generalstaaten und der Provinz Holland unterscheidet Pufendorf nicht — er redet immer nur von den «Belgae» und «Belgia».

[168] ib. 99 Absatz 3.

[169] ib. Absatz 4.

[170] l. c. p. 100.

[171] IV § 31.

Digitized by Google

lichen Inhalts im Stockholmer und im Berliner Archiv gefunden und benutzt hat.

Er gibt darauf mit der Einführung: ita et isti facile agnoscebant, den letzten Teil von Weimanns Relation vom 24. Juli wieder, aber indem er die einzelnen Teile umstellt.[172] Es folgt dann eine Übersetzung des Schlusses von Weimanns Relation vom 31. Juli[173], wo dieser meldet, daß Dänemark von den Niederlanden keine Hülfe zu erwarten habe, mit der Einführung: Scrupuli tamen nonnihil electori injiciebat, quod etc. Man sieht, wie frei Pufendorf in jenen diskussiven Teilen die Akten verarbeitet, das Persönliche wegläßt oder verwischt, ein im großen und ganzen richtiges Bild entwirft, als Quelle für Details aber nicht zu gebrauchen ist.

Pufendorf erzählt dann weiter, daß Schweden Verdacht schöpfte, der Kurfürst verhandle nicht nur, wie er vorgab, wegen der Neutralität, sondern er stehe im Begriff, die Partei zu wechseln, und daß daher im August Schlippenbach die Erwägungen zu widerlegen versuchte, die für ein Bündnis mit Polen am brandenburgischen Hofe geltend gemacht werden könnten. Zunächst werden diese von Pufendorf — offenbar auf Grund eines Aktenstückes — angeführt, dann die Gegengründe Schlippenbachs — nach einem undatierten Schreiben desselben an den Kurfürsten.[174]

Im nächsten Paragraphen schildert Pufendorf den Abschluß zwischen Brandenburg und Polen unter teilweiser Benutzung der Darstellung im „Carl Gustav".

[172] Urk. VII p. 100 Absatz 8. Der vorhergehende zweite Absatz wird von Pufendorf nicht wiedergegeben, weil sein Inhalt im wesentlichen mit dem Schluß der Relation vom 22. August — ib. p. 103 —, den Pufendorf schon vorher übersetzt hat, übereinstimmt.

[173] ib. p. 101.

[174] Urk. VIII, 232; nach Erdmannsdörffer gehört dasselbe jedoch erst in den Oktober oder November.

Digitized by Google

Er kommt zunächst darauf zurück, daß die Hauptschwierigkeit in der Souveränitätsfrage bestanden habe: Um einen Druck auf Polen auszuüben, droht der Kurfürst, zwischen Küstrin und Landsberg ein Lager zu beziehen und sich mit den Schweden zu verbinden. Diese Angabe ist wörtlich aus der Darstellung im „Carl Gustav“[175] herübergenommen; sie scheint dort aus einem Bericht Schlippenbachs vom 15. August[176] geschöpft zu sein.

Im „Carl Gustav“ erzählt dann Pufendorf, es sei bald offenbar geworden, daß der Kurfürst einen Waffenstillstand mit Polen und Österreich abgeschlossen habe; Pfalzgraf Adolf Johann, den Carl Gustav mit schwedischen Truppen in Preußen zurückgelassen, habe sich bereit erklärt, zum Schutz der kurfürstlichen Lande sich mit den Brandenburgern zu vereinigen, der Kurfürst aber habe das abgelehnt, da keine Feindschaft mit Polen mehr bestehe.[177] Pufendorf fährt fort, daß einstweilen zum Schein noch die guten Beziehungen zu Schweden aufrechterhalten worden seien, daß der Kurfürst seine Vermittlung zwischen Schweden und Dänemark angeboten, Carl Gustav aber dieselbe abgelehnt habe «velut suspectum». Sodann berichtet er, wie Schlippenbach in seinen Briefen Carl Gustav geraten habe, mit seinem Heer aus Dänemark nach Preußen zurückzukehren, um den Kurfürsten dadurch auf seiner Seite festzuhalten, und teilt darauf die Antwort Carl Gustavs mit, in der dieser Schlippenbach die Gründe für die Notwendigkeit seines dänischen Feldzuges darlegt, und ihn anweist, dem Kurfürsten den Abschluß eines Waffenstillstands mit Polen zu empfehlen.

---

[175] IV § 29 Schluß.

[176] Erdmannsdörffer Urk. VIII, 230 Anm. 2 — nach einer Abschrift des Berliner Archivs.

[177] Pufendorf scheint auch hier dem mehrfach erwähnten Schreiben Carl Gustavs vom 16. Dezember zu folgen.

Digitized by Google

Die weitere Darstellung des „Carl Gustav“[178] ist fast vollständig — von einigen, unwesentlichen Abweichungen im Wort laut abgesehen — in den „Friedrich Wilhelm“[179] hinübergenommen: Der Kurfürst will zunächst neutral bleiben, Österreich und Polen aber geben das nicht zu und behaupten, Carl Gustav werde durch die Neutralitätserklärung des Kurfürsten ebensosehr verletzt als durch einen offenen Bruch; die einzige Hülfe gegen ihn gewähre der Anschluß an seine Gegner. Vor allem aber bestimmt den Kurfürsten der Umstand, daß der dänische Krieg sich in die Länge zu ziehen scheint, und das Gerücht, daß der König auf die Bitte des Senats nach Schweden zurückkehren werde, projecta — aut in longum prolata, wie merkwürdiger Weise gerade im „Friedrich Wilhelm“ einschränkend hinzugefügt wird — spe in Borussiam revertendi. Schweden erscheint nicht stark genug, um allein seinen Feinden widerstehen zu können[180], da von Frankreich und England keine Hülfe zu erwarten ist, die Niederlande feindlich gesinnt sind. Auch die Klagen der Stände über die Kriegslasten und den drohenden Ruin des Landes machen den Kurfürsten schwankend. Entscheidend aber ist sein Wunsch, die Souveränität in Preußen zu erlangen, die er zu dessen sicherem Besitz für notwendig hält.

Es ist bezeichnend für den objektiven Standpunkt, zu dem sich Pufendorf hier, wie oben ausgeführt wurde, erhebt, wenn das im „Carl Gustav“ nun näher begründet wird: „Solange der polnische Lehensverband bestehe, werde Preußen in alle polnischen Wirren verwickelt, und das sei besonders nach Johann Casimirs Tode zu befürchten, nach dem Rußland und Österreich

[178] IV § 31.

[179] § 76.

[180] Sonderbarerweise ist auch das im C. G. schroffer ausgedrückt: Cuius res in ruinam ire videbantur, im F. W. der Ausdruck gemildert: Qui et nullo modo solius Sueciae viribus tot hostes amplius sustentaturus credebatur.

Digitized by Google

um die Erwerbung der polnischen Krone wetteifern würden; auch im Frieden sei der Besitz unsicher, da die katholischen Polen das protestantische Brandenburg stets hassen und für das Bündnis mit Schweden zu bestrafen suchen würden". Im „Friedrich Wilhelm" fehlt dieser Passus — ähnliche Erwägungen sind hier weiter oben (§ 73) als Antwort des Kurfürsten an eine niederländische Gesandtschaft mitgeteilt.[181]

Sodann wird, wieder in beiden Darstellungen übereinstimmend, erzählt, wie Lisola und die Polen dem Kurfürsten Aussichten auf die Erwerbung Vorpommerns machen[182], und welche Gründe sie für die Notwendigkeit und Möglichkeit der Vertreibung der Schweden aus Deutschland anführen. Im „Carl Gustav" wird darauf auf die Gefahr hingewiesen, die dem Kurfürsten von so vielen Feinden drohe, und der er nur durch seine Trennung von Schweden entgehen könne. Eine Parallelstelle dazu folgt im „Friedrich Wilhelm" etwas weiter unten: „Jedenfalls war es klar, daß die Lande des Kurfürsten, nachdem die schwedischen Waffen nach einem anderen Schauplatz abgelenkt worden, den Verwüstungen der Polen ausgesetzt waren, denen man nicht überall entgegentreten konnte".

Im „Carl Gustav" wird dann weiterhin erwähnt, daß Gonsiewski dem Kurfürsten geraten habe, er solle Schweden zu bestimmen suchen, Preußen aufzugeben, bevor das polnisch-österreichische Bündnis zustande komme; jetzt sei Polen noch gegen dieses Zugeständnis zum Frieden bereit, später nicht mehr — wenn Schweden darauf nicht eingehe, solle sich der Kurfürst vorsehen, daß er nicht mit ins Verderben gezogen werde. Es scheint, daß Pufendorf diese Angaben einer schwedischen Aufzeichnung über die Gesandtschaft Dobrczenskis entnommen hat;

[181] Vgl. o. p. 74.

[182] Vgl. Lisolas Bericht vom 17. Juli — Pribram 298. Kittelmanns Diarium Urk. VIII, 345.

Digitized by Google

wenigſtens ſollte dieſer nach ſeiner Inſtruktion derartige Bedingungen Gonſiewskis Carl Guſtav überbringen und ihn im Namen des Kurfürſten auffordern, dieſelben anzunehmen.[183] Pufendorf führt alſo dieſe Bedingungen nicht an der richtigen Stelle an; er hätte ſie ſchon weiter oben — bei der Sendung Dobrczenskis — erwähnen müſſen. In den „Friedrich Wilhelm" iſt dieſer Fehler aus dem „Carl Guſtav" nicht übergegangen.

Im folgenden ſtimmen wieder beide Darſtellungen faſt vollkommen überein. Den Kurfürſten reizen die Verwüſtungen der ſchwediſchen Truppen beim Durchzug durch ſein Land, die der Abſicht zu entſpringen ſcheinen, den kurfürſtlichen Truppen die Lebensmittel zu entziehen. Auch der Anſchluß des Neuburgers an Frankreich trägt dazu bei, daß der Kurfürſt eine engere Verbindung mit Öſterreich ſucht.[184]

So weit beruht die Darſtellung im „Friedrich Wilhelm" auf der des „Carl Guſtav".

Man ſieht, wie ſchon im „Carl Guſtav" mit einer merkwürdigen Objektivität die Geſamtheit der Gründe, die Staatsräſon, die den Kurfürſten zu der Verbindung mit Polen beſtimmte, dargelegt wird. Pufendorf folgt dabei zum großen Teil dem Schreiben des Kurfürſten an Carl Guſtav vom 12. November, in dem jener den Abſchluß — angeblich eines Neutralitätsvertrags — mit Polen zu rechtfertigen ſucht, und deſſen Inhalt Pufendorf im „Carl Guſtav" im folgenden Paragraphen (32) angibt. Daß er demſelben mehrere Motive des Kurfürſten ſchon für ſeine Darſtellung (im § 31) entnommen hat, zeigt die — zum Teil ganz wörtliche — Übereinſtimmung,

[183] S. o. p. 59.

[184] Vgl. Liſolas Bericht vom 9. Juli — Pribram p. 288, wonach der Kurfürſt dem franzöſiſchen Geſandten Vorwürfe macht, daß Frankreich den Neuburger «aemulum suum» als Kandidaten für die Kaiſerwahl aufzuſtellen beabſichtige — ſowie Urk. VIII, 224 — Inſtruktion für Dobrczenski, Punkt 6.

Digitized by Google

mit der hier und in der Wiedergabe jenes Schreibens (§ 32) auf die lange Dauer des däniſchen Krieges, auf die Gefahr der Rückkehr Carl Guſtavs nach Schweden und auch auf die Verwüſtungen der kurfürſtlichen Lande durch die durchziehenden ſchwediſchen Truppen hingewieſen wird. Im „Friedrich Wilhelm" folgt Pufendorf in ſeiner Darſtellung hier wörtlich der Darſtellung des „Carl Guſtav", während er jenes Schreiben ſelbſt — ebenſo wie die Antwort Carl Guſtavs vom 16. Dezember — unabhängig von dem Auszug im „Carl Guſtav" direkt nach dem Konzept — bezw. nach dem Original — des Berliner Archivs wiedergibt.[185]

Wenn im „Carl Guſtav" dann weiterhin berichtet wird, Liſola habe zahlreiche Höflinge in Königsberg beſtochen[186], ſo mochte das Pufendorf natürlich nicht in ſein offizielles, brandenburgiſches Werk hinübernehmen, ob er nun jene Angabe zur Zeit der Abfaſſung des „Friedrich Wilhelm" für falſch hielt oder nicht.

Befremdlicher und etwas willkürlich erſcheint es, daß er in den „Friedrich Wilhelm" nicht die Angabe des „Carl Guſtav" aufgenommen hat, die Schwiegermutter des Kurfürſten, die Prinzeſſin Amalie von Oranien, habe auf Bitte des ſpaniſchen Botſchafters im Haag ihren Einfluß beim Kurfürſten in antiſchwediſchem Sinn geltend gemacht.[187]

Im „Friedrich Wilhelm" erzählt dann Pufendorf weiter[188], daß dem Kurfürſten Polen in der Frage der preußiſchen Sou-

[185] Das geht ganz unzweifelhaft aus einem Vergleich des Wortlauts in beiden Werken hervor: F. W. VII § 3; 4. C. G. IV § 32.

[186] Vgl. Blondels Bericht vom 27. Auguſt — Urk. II, 131.

[187] Im Mai rät Liſola, die Prinzeſſin zu veranlaſſen, daß ſie «serio et fortiter» an den Kurfürſten im Sinn einer Verſöhnung mit Polen ſchreiben möge. Pribram p. 263, vgl. 313 Anm. 1. Urk. VII, 97, 98. Über ihren Einfluß auf die Kurfürſtin: Urk. II, 132.

[188] § 75.

Digitized by Google

veränität schließlich nachgegeben habe, daß dagegen seinen Wunsch, Braunsberg[189] ihm gegen eine Entschädigung zu überlassen, Johann Casimir nicht erfüllen zu können erklärt habe, da er über kirchlichen Besitz nicht verfügen könne.[190] Pufendorf entnimmt das einem Schreiben Johann Casimirs an den Kurfürsten vom 23. Dezember.[191] Sodann gibt er den Inhalt eines Schreibens Johann Casimirs an den Papst an, von dem jener seinem Briefe an den Kurfürsten eine Abschrift beigelegt hatte[192], und in dem er den Papst um seine Zustimmung zu der Abtretung von Braunsberg an den Kurfürsten gegen eine Entschädigung des Bistums Ermland bittet.[193] Pufendorf fährt fort, die Antwort des Papstes sei ihm nicht bekannt — «sane eam rem effectu caruisse constat». Er berichtet dann weiterhin, daß der Kurfürst auch einen Platz an der Weichsel, Mewe oder Montau, gefordert, Polen das aber hartnäckig verweigert habe. Diese Angaben hat Pufendorf der Korrespondenz zwischen dem Kurfürsten und seinem Gesandten in Warschau, Hoverbeck[194], entnommen; nur hat er, wie es scheint, irrigerweise Montau statt Nebro gelesen.

Was diese Forderung des Kurfürsten betrifft, so waren die polnischen Unterhändler ermächtigt, wenn er auf die Aufrecht-

[189] Vgl. Lisola, Pribram p. 310.

[190] Es gehörte bekanntlich zum Bistum Ermland.

[191] Oder vom 27. (die Zahl ist undeutlich) — G. St. A. Berlin Rep. 131. L. 296 K.

[192] ib. Vgl. auch Anhang.

[193] Pufendorf gibt den Inhalt ziemlich genau wieder, nur die Bestimmung, daß im Falle des Aussterbens des brandenburgischen Mannesstammes Brandenburg wieder an Ermland zurückfallen solle, fehlt in seiner Wiedergabe.

[194] Ein Teil derselben und anderes in dem Archivkabinet, einer früheren, besonderen Abteilung des G. St. A. Berlin (jetzt Rep. 131) unter der Bezeichnung: Diversa Polonica de annis 1657/58 und 59 — in den Urk. und Aktenstücken nicht wiedergegeben. — S. Anhang.

Digitized by Google

erhaltung des Lehnsverhältnisses eingehe, ihm die Abtretung von Lauenburg, Bütow und eventuell auch Elbing zuzugestehen.[195] Dagegen war Lisola in seiner geheimen Instruktion angewiesen, wenn er das äußerste Zugeständnis, die preußische Souveränität, machen müsse, dies nur unter der Bedingung zu tun, daß der Kurfürst auf seine territorialen Forderungen verzichte.[196] Schließlich hat der Kurfürst trotzdem die Abtretung von Elbing, Lauenburg und Bütow durchgesetzt. Schon Lisola hat ihm in Wehlau Versprechungen in diesem Sinn gemacht[197], wenn er auch nicht zur Abtretung ermächtigt war und daher keine Bestimmungen darüber in den Wehlauer Vertrag aufgenommen werden konnten. Der Kurfürst hat dann Hoverbeck angewiesen, über diese Angelegenheit und noch andere, in Wehlau nicht erledigte Punkte in Warschau eine Spezialkonvention abzuschließen, die in die Ratifikation des Wehlauer Vertrags durch den polnischen König aufzunehmen sei. Nach den darauf bezüglichen Schreiben des Kurfürsten an Hoverbeck[198] erzählt denn auch Pufendorf[199], der Vertrag sei in Wehlau abgeschlossen, die Entscheidung über einige Punkte aber noch Johann Casimir vorbehalten und Hoverbeck vom Kurfürsten nach Warschau gesandt worden, um darüber mit dem König selbst eine Einigung zu erzielen.

Weiterhin berichtet Pufendorf die Anberaumung der Bromberger Zusammenkunft zur Ratifikation der Verträge, spricht von einem Einfall Czarneckis in der Neumark, den sich daran anknüpfenden Verhandlungen[200] und teilt darauf die Wehlauer Verträge mit (§ 78 und 79).

[195] Pribram p. 283.

[196] ib. 317. Urk. VIII, 216.

[197] Pribram p. 316.

[198] Urk. VIII, 216; 218 — d. d. 10. und 21. September, sowie dem im Anhang mitgeteilten Schreiben vom 14. August.

[199] § 77.

[200] Nach den Akten des Berliner Archivs. Schreiben des Kurfürsten

Er gibt dann die Verträge über die Abtretung der Ämter Lauenburg und Bütow[201] und der Stadt Elbing[202] wieder (§ 80, 81) mit der Einführung: „Bei der Ratifikation in Bromberg wurde von König Johann Casimir folgendes hinzugefügt", so daß also der wesentliche Inhalt der Schreiben des Kurfürsten an Hoverbeck von Pufendorf für seine Darstellung doch verwertet worden ist.[203] Es folgt im § 82 die Wiedergabe des Vertrags über die Verpfändung der Staroſtei Draheim, im § 83, zum Schluß des VI. Buches, die Wiedergabe der Schwurformeln des Königs, des Kurfürsten und der polniſchen Senatoren. Damit ſchließt im „Friedrich Wilhelm" die Darſtellung des Frontwechſels des Kurfürſten.

Im „Carl Guſtav" werden natürlich über den Inhalt der Wehlau-Bromberger Verträge keine näheren Angaben gemacht, da Pufendorf in den Stockholmer Akten wohl nichts darüber gefunden hat. Er berichtet hier nur in ſeinem vornehmen, kühlen Ton den Abſchluß des Vertrags von Wehlau zum 19. September und die Ratifikation desſelben bei der Bromberger Zuſammenkunft.

an Hoverbeck, d. d. Schneidemühl, 8. November. Bericht Hoverbecks an den Kurfürſten d. d. Poſen, 1. [5.?] Nov. — G. St. A. Berlin l. c.

[201] Der Kurfürſt mußte ſich bekanntlich dazu verſtehen, dieſelben als Lehen zu empfangen. Daß er ſie als ſouveränen Beſitz zu erhalten wünſchte, zeigt der unvollzogene Vertragsentwurf vom 3. November, wonach er Lauenburg und Bütow «jure proprio» (alſo nicht jure feudi) erhalten ſoll «cum omnibus regalibus et pertinentiis».

[202] Der Vertrag über Elbing kam bekanntlich nicht zur Ausführung. Erdmannsdörffer, Deutſche Geſchichte I, 280 Anm. 2.

[203] Von den in den kurfürſtlichen Schreiben erwähnten Geldgeſchenken für polniſche Würdenträger mochte Pufendorf wohl ebenſowenig reden als von den Geldgeſchenken Liſolas. S. o.

Digitized by Google

III. Ergebnis.

Man sieht, in wie hohem Grade die Darstellung des Übertritts des großen Kurfürsten im „Carl Gustav" für die Darstellung des „Friedrich Wilhelm" benutzt ist.

Der Grund für diese weitgehende Benutzung ist einmal wohl darin zu suchen, daß das Berliner Aktenmaterial, besonders für die Darstellung der Tatsachen, stellenweise versagte. Aber das kann nicht der einzige und nicht der stets wirksame Grund sein. Man wird vielmehr Treitschke durchaus zustimmen müssen, wenn er meint: Es war nur menschlich, daß der Historiker die Geschichte des nordischen Krieges, die er dort aus schwedischen Quellen erzählt hatte, nicht nach den brandenburgischen Akten gänzlich umgestalten wollte.[1]

Auch für die Schilderung des Tatsächlichen hat Pufendorf übrigens im „Friedrich Wilhelm" die Darstellung des „Carl Gustav" ergänzt — so zum Beispiel durch die Wiedergabe der

[1] l. c. p. 100; zumal auch, da er sein Werk möglichst schnell zu beenden wünschte — Er arbeitete sehr fleißig — „Fridericus Wilhelmus mir nichts mehr übrig lasset als Zeit zu essen und zu schlafen" — Hist. Zeitschr. 70 p. 83, vgl. auch p. 46, 199, 207, 220 — und sehr schnell: Anfang Mai 1691 war er mit seiner Darstellung bis zum Jahre 1677, Anfang August 1691 bis zum Jahre 1678, Anfang Oktober 1691 bis zum Jahre 1679 gekommen. — Hist. Zeitschr. 70, 207, 209 u. Anm. 1. Im November 1692 schreibt er, daß er das vollendete Werk dem Kurfürsten Friedrich präsentiert habe. Gigas' Briefe Pufendorfs an Thomasius p. 70.

Digitized by Google

darauf bezüglichen Briefe in einer faſt zu breiten Weiſe gezeigt, welchen Einfluß die Königin von Polen und die Kurfürſtin-Mutter auf das Zuſtandekommen der Ausſöhnung mit Polen ausgeübt haben; er hat dann andererſeits manches recht willkürlich im „Friedrich Wilhelm“ ausgelaſſen, was im „Carl Guſtav“ erwähnt war, ſo zum Beiſpiel die Bemerkung über die Rolle, die die Prinzeſſin von Oranien bei jener Ausſöhnung geſpielt hat.

Indem die Darſtellung des „Carl Guſtav“ im „Friedrich Wilhelm“ durch die Berliner Akten ergänzt wird, geſchieht es wohl einmal, daß ein Aktenſtück nicht an der richtigen Stelle eingefügt wird; nicht immer iſt dieſe Ergänzung ſo vollſtändig, wie das nach dem vorhandenen Material möglich geweſen wäre; andererſeits erhält die Darſtellung, beſonders im „Friedrich Wilhelm“, durch die häufige Aufnahme ganzer Aktenſtücke, wo eine kurze Inhaltsangabe genügt hätte, bisweilen etwas Schleppendes und wird zu einem Mittelding zwiſchen einer künſtleriſchen, hiſtoriſchen Darſtellung und einer bloßen Aktenpublikation — man hat bisweilen den Eindruck, daß Pufendorf ſozuſagen in ſeinem Material ſchwelgt, daß ihm das Mittel zum Zweck wird[2] und der Blick für die Unterſcheidung des Weſentlichen vom Unweſentlichen verloren geht[3]; die Auswahl, nach der Aktenſtücke überhaupt und die einzelnen Teile derſelben wiedergegeben werden, iſt bisweilen etwas willkürlich, die Wieder-

[2] Zum Teil wird auch, worauf mich ſeiner Zeit Herr Geh. Hofrat Erdmannsdörffer aufmerkſam gemacht hat, das Beſtreben, das große Material möglichſt ſchnell zu verarbeiten, dazu mitgewirkt haben, daß Pufendorf ſo häufig ganze Aktenſtücke mitteilt — denn das Komprimieren eines großen Materials iſt natürlich zeitraubender als die Wiedergabe der einzelnen Stücke in extenso. Inſofern ſteckt in dem ſcharfen Urteil von Leibniz — angeführt bei Wegele l. c. p. 514 — doch ein richtiger Kern.

[3] Sehr ſchroff und nicht ohne Übertreibung wirft das Friedrich der Große Pufendorf vor. ib.

Digitized by Google

gabe selbst stellenweise ungenau[4] — auf alle diese Mängel kann und mag man hinweisen, aber man wird dabei stets die historische Stellung, die Pufendorf in der Geschichte der deutschen Geschichtsschreibung einnimmt, im Auge behalten müssen, man wird nicht vergessen dürfen, daß er doch so ziemlich der erste war, der auf Grund eines ungeheuren, archivalischen Materials zwei monumentale Geschichtswerke geschaffen hat, die für lange Zeit hinaus grundlegend geworden, die noch heute als Darstellungen — und lediglich das sollen sie sein — lehrreich und lesbar sind, während sie allerdings als Quellen für die Erkenntnis der Einzelheiten meist versagen, wie schon Droysen mit Recht hervorgehoben hat.[5]

Was die Auffassung betrifft, so ist schon die weitgehende Benutzung des schwedischen Werkes in dem brandenburgischen ein Beweis dafür, daß auch in dem ersteren die Motive des Kurfürsten für seinen Frontwechsel in einer Weise gewürdigt werden, die zu der Einseitigkeit eines offiziellen, auf Grund lediglich schwedischer Archivalien gearbeiteten[6], schwedischen Geschichtswerkes im Widerspruch steht und dieselbe korrigiert. Nicht nur tatsächliche Mitteilungen, sondern auch die Angaben über die Motive des Kurfürsten sowie Urteile über den Zusammenhang der Ereignisse und über die politische Zweckmäßigkeit der Hand-

[4] Daß Pufendorf ein Sekretär excerpieren half, erfährt man aus einem Brief an Thomasius. Gigas p. 15. Zum Teil mögen Ungenauigkeiten und Flüchtigkeiten auf seine Rechnung zu setzen sein.

[5] Wegeles Widerspruch dagegen — l. c. p. 521 — scheint mir nicht berechtigt.

[6] Droysen hat die sich daraus ergebende Einseitigkeit vielleicht doch etwas zu sehr hervorgehoben. Denn unter den Stockholmer Archivalien befinden sich doch natürlich auch von der brandenburgischen Seite ausgegangene Aktenstücke und werden von Pufendorf wiedergegeben; es kommen also doch schon im „Carl Gustav“ beide Seiten zu Wort. Am bezeichnendsten kommt das in der Benutzung sowohl des kurfürstlichen Schreibens vom 12. November als auch des königlichen Schreibens vom 16. Dezember in der Darstellung des „Carl Gustav“ zum Ausdruck.

Digitized by Google

lungen werden aus dem ſchwediſchen in das brandenburgiſche Werk übernommen.

Es iſt das nur möglich infolge jener kühlen Betrachtung der Politik der verſchiedenen Staaten unter dem Geſichtspunkt ihrer Intereſſen — einer Betrachtung, die eben zeigt, daß der Verfaſſer des Natur- und Völkerrechts auch ein wirklicher, politiſcher Hiſtoriker war. Allerdings iſt das nur die eine Seite der Pufendorfiſchen Geſchichtsſchreibung. Im Widerſpruch zu ihr — gewiſſermaßen ein Gegengewicht gegen ſie bildend — ſteht jene Einſeitigkeit, die nur die „Sentimente des Herrn, dem ſie dient, mit der Feder exprimiert". Dieſe Einſeitigkeit entſpricht dem Charakter beider Werke als offizieller und auf Grund überwiegend einſeitiger Akten gearbeiteter Geſchichtswerke — ſie kommt in der Auffaſſung[7], auch in der Benutzung und Auswahl der Akten ſowie in der Verknüpfung der Ereigniſſe zum Ausdruck —, ſie äußert ſich bisweilen auch bei der Benutzung der Darſtellung des „Carl Guſtav" für den „Friedrich Wilhelm" in Änderungen des Wortlautes, in Auslaſſungen und Zuſätzen — aber ſie entartet nie zu tendenziöſer Entſtellung oder — was der wiſſenſchaftlichen Geſchichtsſchreibung ebenſo unwürdig iſt — zu politiſch-publiziſtiſcher Polemik.

[7] D. h. nicht in ſubjektiver Auffaſſung des Autors, ſondern in der Wiedergabe der offiziellen Auffaſſung der einen Seite.

Digitized by Google

Schluß.

Vergleicht man die beiden Darstellungen im ganzen in bezug auf die künstlerische Form, so fällt dieser Vergleich fraglos zugunsten des „Carl Gustav" aus. Die spätere Darstellung im „Friedrich Wilhelm" ist zwar viel ausführlicher und erschöpfender, aber entschieden weniger übersichtlich, stellenweise etwas schleppend und schwerfällig, jedenfalls nicht so frisch und lebendig.

Das Berliner Aktenmaterial ist im „Friedrich Wilhelm" ziemlich vollständig ausgenutzt, und eine intimere Kenntnis des Details und des Anteils der leitenden Persönlichkeiten gewinnt man im ganzen weniger aus den Berliner Akten als aus den Berichten des österreichischen Gesandten Francesco di Lisola.

Aus ihnen geht vor allem hervor, wie sehr das Hauptverdienst für das Zustandekommen der Aussöhnung zwischen Polen und Brandenburg diesem gewandten und feinen Diplomaten gebührt: Er kam zuerst im Januar des Jahres 1657 an den kurfürstlichen Hof nach Labiau, gewann rasch das Vertrauen des Kurfürsten und wurde von diesem gebeten, die Vermittlung zwischen ihm und Polen zu übernehmen — er begab sich dann, als Schweden die östreichische Vermittlung ablehnte, an das polnische Hoflager, um hier für die Aussöhnung mit Brandenburg zu wirken, und wurde von Polen unter weitgehenden Zugeständnissen an Brandenburg mit der Vermittlung betraut, obwohl die französische Diplomatie das auf alle Weise zu hinter-

Digitized by Google

treiben ſuchte — er erlangte endlich die Ratifikation des polniſch-öſterreichiſchen Bündniſſes vom 1. Dezember 1656 durch Polen und eilte dann auf die Bitte der Polen nach Wien, um dort für eine nachdrücklichere Unterſtützung Polens einzutreten. Das engere Bündnis zwiſchen Öſterreich und Polen vom 27. Mai 1657 iſt nicht zum mindeſten durch ſeinen Einfluß zuſtande gekommen. Noch vor dem definitiven Abſchluß desſelben kehrte er an den polniſchen Hof zurück und erhielt von dieſem Vollmacht, mit dem Kurfürſten abzuſchließen. Neben ihm wurden Gonſiewski und der Biſchof von Ermland zu polniſchen Bevollmächtigten ernannt, und offiziell fungierte Liſola nur als Vermittler, tatſächlich aber war er der polniſche Hauptbevollmächtigte und wurde nur er in einer geheimen Inſtruktion ermächtigt, im Notfall dem Kurfürſten im Namen Polens das äußerſte Zugeſtändnis, die Anerkennung der Souveränität Preußens, zu machen. Am 9. Juli traf er in Königsberg ein — am 19. September wurden die Wehlauer Verträge unterzeichnet, am 6. November zu Bromberg vom polniſchen König und vom Kurfürſten ratifiziert und beſchworen.

Aus Liſolas Berichten geht hervor, mit welchen Schwierigkeiten er bei dieſen Verhandlungen zu kämpfen hatte, wie franzöſiſche Intriguen und ſchwediſche Anerbietungen, unterſtützt von der ſchwediſch-geſinnten Hofpartei unter der Führung Waldecks, ihm entgegenwirkten, wie im letzten Moment Johann Caſimir ſelbſt den Abſchluß gefährdete, indem er das Zugeſtändnis der preußiſchen Souveränität zurücknahm, wie Liſola jene neue Inſtruktion unterdrückte, mit dem Kurfürſten abſchloß und Johann Caſimir vor eine vollzogene Tatſache ſtellte.

Aus Liſolas Berichten wird auch erſichtlich, wie ſtark weibliche Einflüſſe ſowohl auf brandenburgiſcher als auch auf polniſcher Seite hier mitgeſpielt haben. Schon Pufendorf hat im „Carl Guſtav" den Einfluß der Prinzeſſin von Oranien, im

Digitized by Google

„Friedrich Wilhelm" die Einwirkung der Königin von Polen und der Kurfürstin-Mutter erwähnt. Aus Lisolas Berichten erfahren wir, daß Johann Casimir vornehmlich unter dem Einfluß seiner Gemahlin sich zur Konzession der preußischen Souveränität entschloß[1], daß am brandenburgischen Hof die politisch sehr stark interessierte Kurfürstin Luise Henriette und die energische Schwester des Kurfürsten, die Herzogin von Kurland, die beide einen großen Einfluß auf den Kurfürsten besaßen[2], diesen zugunsten der Aussöhnung mit Polen geltend gemacht und Lisola in jeder Weise unterstützt haben.[3]

Was Pufendorf in seiner Darstellung andeutet, daß am kurfürstlichen Hofe eine schwedisch und eine polnisch gesinnte Partei die Entschlüsse des Kurfürsten zu beeinflussen suchten — das bestätigen die Angaben Lisolas vollkommen. Man ersieht daraus, daß Friedrich Wilhelm erst nach langem Schwanken[4] sich für das Bündnis mit Polen entschieden hat, und daß er in der Tat doch nicht in dem Maße, wie das Droysen meint, die Initiative besaß.[5] Er schwankte lange, bevor er seine Ent-

[1] Pribram 280. Vgl. 269.

[2] Desnoyers p. 355 sagt von der Kurfürstin: qui croit que les femmes se doivent mêler des affaires — Lisola: Certum est, quod magna vigeat apud serenissimi electoris aulam authoritate ac ingenii fama vulgoque credebatur paternae prudentiae ex asse haeres — Pribram p. 225 — von der Herzogin: Multum ipsa potest apud Brandenburgicum electorem, qui illam unice deperit — ib. 304. Über die Abfertigung des französischen Gesandten, der bei der Tafel eine taktlose Bemerkung über ihre polenfreundliche Gesinnung gemacht hatte, durch die Herzogin — ib. p. 309.

[3] ib. l. c. und p. 303, 305, 312.

[4] Quod illa aula in duas factiones, inter quas fluctuat electoris animus, divisa sit; an der Spitze der antischwedischen Partei steht die Kurfürstin, an der Spitze der schwedischen Waldeck. Sanior pars ministrorum ist für die Aussöhnung mit Polen et jam adversae factioni praevalere coepit. Bericht vom 13. Januar. ib. 227.

[5] So weist z. B. der Kurfürst am 15. Februar 1657 Weimann an,

ſchlüſſe faßte[6], und war fremden Einflüſſen leicht zugänglich; bei perſönlichen Begegnungen vermochte er ſich dem Zauber der gewinnenden und überragenden Perſönlichkeit Carl Guſtavs nicht zu entziehen, weshalb dieſer, wie Liſola berichtet, häufige Zuſammenkünfte mit dem Kurfürſten wünſchte, die brandenburgiſchen Miniſter dieſelben nach Kräften zu hintertreiben ſuchten[7]; und es ſtimmt damit überein, wenn im Juli 1657 die franzöſiſchen Geſandten berichten, der Kurfürſt ſcheine eine Begegnung mit Carl Guſtav nur abgelehnt zu haben: pour la crainte de s'y laisser persuader comme il est arrivé aux précédentes par les raisonnements du roi de Suède et par le respect qu'il a pour sa personne.[8] Es ſteht dazu keineswegs im Widerſpruch, daß der Kurfürſt den Schein fremder Beeinfluſſung ängſtlich zu vermeiden ſuchte[9] und in letzter Linie ſeine Ent-

die Generalſtaaten um Hülfe gegen Polen zu bitten. — Urk. VII, 92; den Rat dazu hatten ihm Schwerin und Jena gegeben, Relation vom 11. Februar, Marienburg — Urk. VIII, 148.

[6] Liſola ſagt: Caeterum ut electori non sublime ingenium ita nec infimi ordinis, vagum tamen ac nutans nec satis tenax propositi (in dieſem Punkte übrigens war dieſes erſte Urteil Liſolas doch nicht richtig — ſ. unten), facile aulicorum artibus patens. Pribram p. 225. Er nennt ihn: variabilis naturae. p. 302 — redet von ſeinem debilis animus et in spem inanem pronissimus. p. 306. Ähnlich ſagt Lumbres: de sa nature il change facilement d'avis — Urk. II, 113.

[7] Praevalet regis Sueciae genius ac in colloquiis cum electore nescio quod sibi praedominium vindicat, ut elector Brandenburgicus nihil ipsi negare possit, vixque ab eo recedit elector Br., quin statim illum facti poeniteat. ib. p. 226. Über die bezaubernde Wirkung der Perſönlichkeit Carl Guſtavs vgl. auch Pufendorf, C. G. VII § 3: Circa alliciendos hominum animos mira dexteritate, quae et multos nulla aut ambigua praemii spe vitam pro ipso aleae exponere subigebat.

[8] Urk. II, 127.

[9] S. den Brief Sommelsdyks an Waldeck, Erdmannsdörffer, Graf Waldeck p. 467, 468: Mais tout ce que j'apprehende est qu'on travaillera à luy faire croyre que la chaleur que vous tesmoigniez

Digitized by Google

schlüsse selbständig, plötzlich — bisweilen ex impetu, wie Lisola sagt — faßte.[10] Er hat auch jetzt vor dem Abschluß der Königsberger und Wehlauer Verhandlungen lange unentschlossen und ängstlich zwischen den beiden Parteien geschwankt, zumal infolge der französischen und schwedischen Anerbietungen[11], aber er hat dann doch an seiner Hauptforderung, der Souveränität Preußens, mit unerschütterlicher Energie festgehalten.

Lisola empfand gerade keine Sympathie für Friedrich Wilhelm. Wenn es irgend möglich war, wollte er ohne das Zugeständnis der preußischen Souveränität[12] abschließen.[13] Er hat sich zu diesem Zweck mit der Herzogin von Kurland in Verbindung gesetzt.[14] Aber Friedrich Wilhelm blieb fest. Lisola schreibt das vor allem dem Umstand zu, daß der Kurfürst von seiner geheimen Instruktion Kunde erhalten hatte.[15] Ent-

---

en ses affaires ne procede pas tant d'un zèle et d'une passion pour son bien comme d'une ambition et desseing de le gouverner; et parce qu'on m'asseure que ce prince est fort jaloux et delicat de coste là.

[10] Pribram p. 307. Lisola schreibt am 9. Juli, daß Schwerin den größten Einfluß auf den Kurfürsten hätte. l. c. p. 288, vgl. ib. 303. Urk. II, 139. Aber derselbe Schwerin schreibt am 10. Juli an Weimann, er glaube, daß der Kurfürst zu Traktaten mit Polen schreiten werde, seine Intention sei indessen noch nicht offenkundig . . . „Ich bin am übelsten dran". Urk. VII, 98. Man wird also doch den Einfluß Schwerins und die fremden Einflüsse überhaupt nicht überschätzen dürfen — so wenig, als man sie übersehen darf.

[11] Lisola redet in seinem Bericht vom 24. Juli von den Machinationen der Schweden und Franzosen: ad illaqueandum istius principis animum, qui inter utramque partem fluctuat, consilii auxius. l. c. p. 306; 311. — Über das Zusammenwirken der Waldeckschen Partei mit den Franzosen: ib. 301. Pribrams Ausführungen p. 59 widersprechen jenen Angaben Lisolas und sind daher kaum aufrechtzuerhalten.

[12] (a quo summe abhorreo!) l. c. p. 305.

[13] ib. p. 304.

[14] ib. Daß dieselbe vom Kurfürsten dazu ermächtigt war, ist nicht gesagt.

[15] ib. p. 306, vgl. p. 300.

Digitized by Google

ſcheidend war aber ſchließlich doch offenbar jene Maſſivität des Willens bei Friedrich Wilhelm, an der die Künſte des feinen, öſterreichiſchen Diplomaten zuſchanden wurden, und die ſchließlich dieſen zum Nachgeben zwang. Das geht in draſtiſcher Weiſe aus den Worten Liſolas hervor, mit denen er am 27. Juli berichtet, er hätte am Tage zuvor eine lange Audienz bei dem Kurfürſten gehabt, in qua illum vehementer ursi, sed frustra — er beſtehe auf der Souveränität — facile quidem convinci potest, sed non persuaderi; surdas habet aures ad motiva contraria et tandem mihi peremptorie declaravit, se absque hoc puncto ulterius non tractaturum et passurum potius omnimodam statuum suorum cladem. Und dann folgen die draſtiſchen Worte: Quid cum tali homine faciendum? Er ſei daher, um nicht „durch wechſelſeitige Hartnäckigkeit" die Unterhandlungen zum Scheitern zu bringen, ſchließlich mit ſeiner geheimen Inſtruktion herausgerückt.[16]

Es iſt wohl nicht Zufall oder lediglich eine Folge des Mangels an Material, daß wir bei Pufendorf derartige Details, die Liſolas Berichte zu einer ſo anziehenden Lektüre und zu einer ſo wertvollen Quelle machen, nicht finden. Schon Droyſen[17] hat es ſehr richtig hervorgehoben, daß es Pufendorf darauf nicht ankam, da er lediglich eine Geſchichte der Politik des preußiſchen Staates — ſozuſagen in abstracto, ohne Rückſicht auf den Anteil der einzelnen Perſonen — ſchreiben wollte und bei der grundſätzlichen Beſchränkung auf die Wiedergabe des Inhalts ſeiner Akten großenteils allerdings auch nur ſchreiben konnte. Seine Stärke iſt in dieſem Sinn auch ſeine Schwäche.

[16] l. c. p. 308.

[17] Abhandlungen p. 376.

Digitized by Google

Anhang.

(Vgl. oben II, Anm. 192 und 194.)

Schreiben des Kurfürſten an Hoverbeck vom 14. Auguſt — G. St. A. Berlin, Rep. 131 K. 296 L. — Konzept: Bezugnahme auf Schreiben Hoverbecks vom 25. und 27. Juli an Schwerin. Ermland, Gonſiewski und Liſola als polniſche Bevollmächtigte „urgiren“ die Friedensverhandlungen zwiſchen Polen und ihm; „wie weit man in dem handel kommen, zeiget der beiſchluß, worüber man anitzo einig geworden. Weil wir aber zufolge desſelben wegen ceſſion der Stadt Braunsberg, dan auch unſer velligen ſatisfaction halber nichts gewiſſes für uns haben wegen der von euch ſelbſt angeſehenen mängel der vollmacht, ſo man alhir auch noch nicht zu ändern vermocht, deß ganzen werckes ſicherheit halber täglich undt fort undt fort am königl. polniſchen hofe undt der republique zu arbeiten über das auch höchſtnötig, daß von nuhn an iemandeß der unſrigen beim Königl. polniſchen Hofe ſich aufhalte und welcher geſtalt das werck weiter zu führen undt zur execution von tage zu tage zu bringen mit S. M. und deren hoff überlege“, ſoll er ſich einrichten, von Cüſtrin baldigſt abzureiſen und ſich beim polniſchen Hofe einzufinden. Wegen Braunsberg habe Ermland ſich zu einem betr. Artikel oder zur Veräußerung bereit erklärt, Liſola beikommenden Revers ausgeſtellt, ſo daß der Kurfürſt es habe geſchehen laſſen, den articel für diesmahl alhier auszulaſſen; es ſolle aber beim König ferner gehandelt werden, daß der Artikel dem tractat einverleibt oder ein ſonderlicher Receß deßwegen unß ausgefertigt würde. Dem Kapitel ſoll bis zur Abtragung eines Entſchädigungskapitals ein Amt in Preußen verpfändet oder zu Eigentumsrecht eingeräumt werden. „Unſer Satisfaction belangendt wiſſet ihr fürerſt, das uns ein ort an der Weichſel gegen Pommern werts höchſtnötig; die hieſigen plenipotentiarii haben ſich bei dieſem punkte gleichfalß defectu mandati entſchuldigt; werdet derhalben ſelbigen des orts urgiren und dahin zur richtigkeit bringen, daß uns Meve oder Nebro[1] gelaſſen werdt“ —

[1] D. i. Groß-Nebrau auf dem rechten Weichſelufer (Kr. Marienwerder).

ev. gegen Entschädigung der jetzigen Besitzer. „Im Übrigen weil ihr wisset, wie unsere lande durch diesen Krieg erschöpffet und zu befürchten, daß ihnen eine viel größere Ruin vorstehet, massen wann auch der kriegk an andere örter soll transferiret werden, wir denselben woll zuvörderst auf unß und unsere lande nehmen, ja dieselbe woll dem eußersten verderb von undisciplinierten leutten werden unterwerffen müssen, so haben wir alhier etwas zu recreuten, wie ihr auß den articulis sehet, undt eine indemnitet bedungen. Zu den recreuten wirdt man vieleicht am polnischen hofe die contributiones auß gewißen distrikten ad concurrentem summae promissae quantitatem deputiren, weil aber dieselben ohne exactiones nicht folgen undt die exactiones vurter verbitterung verursachen, so würde es beiden theilen zum besten gereichen, wan unß gewiße starostien angewiesen würden, und wehren woll die uns gelegensten Schlocho, Arnskrone, Draheim und was an der Netzhe nach der Neumarck werts liegt und bannenhero in vorschlagk kan gebracht werden . . . Wir suchen hierunter keinen vorteill, nur das wir ingesamt zu allen theilen einen sicheren frieden erlangen und für uns indemnifiret bleiben." Die angeregten Starosteien seien zwar an der pommerischen und neumärkischen Grenze und also uns nicht übel gelegen, aber eben bis auf den Grund ruiniert, was in acht zu nehmen sei, wenn etwas gewißes darauf sollte geschlagen werden; „wegen recuperirung anderer lande[2] darauf Polen nicht zuspreche, wirdt nachgehends zu reden sein, und wiewoll wir darauff weiter nichts als unser sicherheitt erfordert, ein absehen haben, so möchte doch eine erklerung von polnischer seiten, daß man deß orts darauff nicht pretendirte, es lieffe damit, wie es wolle, nicht undienlich sein". Er solle weiter mit dem König verhandeln: „Es ist zwar etwas tieff ins iahr, doch kan es nicht anders sein, denn daß etwas importantes in Vorpommern fürgenommen werde undt zugleich die preussischen örter anfangs blocquiret und folgendes mitt ernst angegriffen werden"; er werde ihm deshalb bald Nachricht geben. Man hat Anregung gethan, daß wir in die alliance zwischen Polen und Ungarn eintreten; wegen der Subsidien solle es ebenso wie mit Ungarn gerichtet werden; man solle sich auch bei der ferneren Handlung nach Brandenburgs Zustand richten. Die Polen haben Einfälle in Pommern gemacht; er soll dagegen Einspruch erheben. Er soll dem Reichskanzler die Zahlung von 10000 Thlr. nach Abschluß des Vertrags zusichern. Anweisung von 400 Thlr. auf die neumärkische Kammer für die Reise. Er soll bez. der Vollmachten für eine Abfaßung sorgen, daß alles „am bündtlichsten" sein möge, weil wir zufrieden, daß sie bei der Ratifikation S. K. M. und der Senatoren den Vergleich noch einkommen".

[2] Offenbar ist Schwedisch-Pommern gemeint.

Digitized by Google

Hoverbecks Antwort dat. Berlin 10./20. August — ib.: Da ihm in Küstrin manches zur Reise gefehlt, hat er sich nach Berlin begeben; sowie er die angekündigten Beilagen erhalten hat, will er abreisen. „Der Stadt Braunsberg halber seh ich viel schwürigkeiten vor mir wegen der leute gar zu großer Superstition, welche in keine alienation ohne des Babstes Consens werden willigen wollen." Er schlägt vor, man solle daher Braunsberg auf sehr hohen Pfandschilling oder solche conditien richten, daß der Kurfürst und seine Nachkommen es nicht eher wieder ablreten müßten, bis ihnen etwas anderes und nach eigenem Belieben Annehmliches gegeben sein würde. Wegen des orts an der Weichsel werde Nebero genannt, das der Kurfürst ohne das schon habe; weil das offenbar verschrieben sei, verstehe er Neuburg darunter.[3] Öffentlich gibt er an, der Kurfürst entsende ihn zum Woywoden von Posen zum Zweck eines allgemeinen Friedensschlusses. Er fürchtet wegen des Abkommens mit den großpolnischen Ständen, daß die Anweisung auf die genannten Starosteien in Großpolen zu Schwierigkeiten führen könne; der Kurfürst solle lieber nur auf Kontributionen bestehen.

Relation Hoverbecks — Warschau, 5. Oktober — ib.: „So viel Lauenburg und Bütow betrift, wirdt es deshalb keine Schwierigkeit mehr abgeben, so weit es die Oeconomica betrift; die Jurisdiktion aber über den Adel will noch difficultiret werden". In Elbing wolle der König den Pfundzoll behalten; er habe sich deswegen mit demselben nicht in disputat eingelassen, weil er hoffe, mit Hülfe des Erzbischofs von Gnesen diese Sache zu heben. Wegen Braunsberg schneide der König fast alle Hoffnung ab, denn er halte es nicht nur für eine Gewissensache, über geistliche Güter ohne des Pabstes Spezial-Consens sich in einige, wehr es auch weith vortheilhaftige handelung einzulassen, sondern auch deswegen vornehmlich, daß Er supponirt, er (Hoverbeck) hätte nicht genug Information vom Verlauf der Traktaten, und daß der Kurfürst zu Tappiau nicht mehr darauf bestanden habe . . . —

Nach einem vom 3. November datierten Vertragsentwurf: „Wie es bey Sr. Churf. D. abreisen von Bromberg uf dero ratification behandelt worden mit dem Königl. Polnischen Deputirten Unter-Cantzler Trzebicky, Herrn Palatino Posnanensi, Herrn Palatino Plocensi, Herrn Vexillifero und Designirtem Groß-Kanzler Pac" sollte der König erklären, er sei bereit, den Wunsch des Kurfürsten, Braunsberg gegen eine Entschädigung des Bischofs und Kapitels von Ermland zu erhalten, zu erfüllen und, sowie eine Einigung mit diesen über die Entschädigung erzielt sei, den Vertrag zu bestätigen und die Zustimmung des Reichstags zu erwirken;

[3] Vgl. dazu Pribram p. 312.

Digitized by Google

indeſſen wird die Sache ad ulteriorem plenioremque tractatum remittiert; von polniſcher Seite wurde dieſem Entwurf noch das Verſprechen des Königs eingefügt: «Ut hac in re desiderio S. S. El. satisfieri possit, negotium hoc in curia Romana promovere adnitemur». Daß der König dieſe Zuſage tatſächlich erfüllt hat, zeigt ſein oben (II, Anm. 192) zitierter Brief an den Papſt. In den definitiven Ratifikationsvertrag iſt dieſe Erklärung des Königs aber nicht aufgenommen worden, obwohl das von Brandenburg mehrfach gefordert wurde: „Polniſcher Entwurf der Ratifikation vom 16. November und am 17. dabei gethanene Erinnerungen" — unter den letzteren: «addatur articulus de Brunsberge permutatione» — ebenſo bei dem von Hoverbeck am 26. November eingeſandten Entwurf die Bemerkung: «addatur articulus de commutatione Braunsbergae» — Schreiben des Kurfürſten an Hoverbeck vom 8./18. Dezember: „ſo iſt auch 2. der Paß wegen austauſchung der Stadt Braunsberg ausgelaſſen". ib. Warum Hoverbeck ſchließlich nicht auf der Aufnahme jener Erklärung in den Vertrag beſtand, erhellt aus ſeiner Relation vom 22. Dezember — Rep. 9. 5 ee. 12 a: „Wegen geſuchter Austauſchung der Stadt Braunsberg wollen J. K. M. an den Pabſt und auch an E. Ch. D. ſchreiben". Er befinde es das beſte, daß der Kurfürſt nunmehr ex possessione um dieſen Tauſch handeln könne. Er habe um die Inſertion dieſes Punktes ſo ſtark nicht dringen mögen, damit er nicht allerhandt nachdenken verurſachte, und damit er nicht Anlaß gebe, daß auf die Evakuation gedrungen werde.

Digitized by Google

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung in Heidelberg.

Geschichte der neuern Philosophie

von Kuno Fischer.

Jubiläumsausgabe in zehn Bänden.

I. Band: **Descartes' Leben, Werke und Lehre.** 4. neu bearbeitete Auflage. gr. 8°. geheftet M. 11.—, fein Halbfranzband M. 13.—.

II. Band: **Spinozas Leben, Werke und Lehre.** 4. neu bearbeitete Auflage. gr. 8°. geheftet M. 14.—, fein Halbfranzband M. 16.—.

III. Band: **Leibniz' Leben, Werke und Lehre.** 4. Auflage. gr. 8°. geheftet M. 18.—, fein Halbfranzband M. 20.—.

IV. Band: **Immanuel Kant und seine Lehre.** 1. Teil. Entstehung und Grundlegung der kritischen Philosophie. 4. neu bearbeitete Auflage. gr. 8°. geheftet M. 16.—, fein Halbfranzband M. 18.—.

V. Band: **Immanuel Kant und seine Lehre.** 2. Teil. Das Vernunftsystem auf der Grundlage der Vernunftkritik. 4. neu bearbeitete Auflage. gr. 8°. geheftet M. 16.—, fein Halbfranzband M. 18.—.

VI. Band: **Fichtes Leben, Werke und Lehre.** 3. durchgesehene Auflage. gr. 8°. geheftet M. 18.—, fein Halbfranzband M. 20.—.

VII. Band: **Schellings Leben, Werke und Lehre.** 3. durchgesehene und vermehrte Auflage. gr. 8°. geheftet M. 22.—, fein Halbfranzband M. 24.—.

VIII. Band: **Hegels Leben, Werke und Lehre.** 2 Teile mit dem Bilde des Verfassers in Heliogravüre. gr. 8°. geheftet M. 30.—, in zwei feinen Halbfranzbänden M. 34.—.

IX. Band: **Schopenhauers Leben, Werke und Lehre.** 2. neu bearbeitete und vermehrte Auflage. gr. 8°. geheftet M. 14.—, fein Halbfranzband M. 16.—.

X. Band: **Bacon.** 3. Auflage. gr. 8°. geheftet M. 14.—, fein Halbfranzband M. 16.—.

In der „Deutschen Revue" schreibt Th. Wiedemann in seinen „Sechzehn Jahre in der Werkstatt Leopold von Rankes": „**Ranke** suchte nach anderweitiger und anders gearbeiteter Belehrung. In Beziehung auf die Geschichte der neuern Philosophie zog er allen anderen bei weitem das Werk von **Kuno Fischer** vor, dem er Geistesreichtum und kongeniale Reproduktion der verschiedenen Systeme nachrühmte."

„. . . . Was Kuno Fischers Schriften und Vorträge so interessant macht, das ist das wahrhaft dramatische Leben, welches beide durchdringt, die innere Frische und geistige Elastizität, welche beide auszeichnet. . . . Das Werk gehört nicht nur in die Bibliotheek des Sachmannes, sondern ist dazu berufen, als eines der besten Bildungsmittel allen denen zu dienen, die den höchsten Aufgaben und idealen Interessen der ganzen Menschheit ihre Aufmerksamkeit zu widmen im stande sind."

(Gegenwart.)

„. . . . Fischers Eigentümlichkeit besteht in einer sonst fast nirgends erreichten Kunst, eine fremde Gedankenwelt von ihrem eigenen Mittelpunkt aus zu erleben und den Leser in der denkbar durchsichtigsten und eindringlichsten Form erleben zu lassen. . . . Kuno Fischer steht nie als überlegener, verbessernder Schulmeister hinter den dargestellten Philosophen. Dieser Geschichtschreiber läßt nicht seine Philosophen reden, sondern sie reden selbst. Sie tragen ihre eigenen Gedanken vor, nur freier, natürlicher, in einer lebhafteren, durchsichtigeren Sprache, als wir sie in ihren eigenen Werken finden, und weit fester als in ihren eigenen Werken haben sie den Zielpunkt ihrer Gedanken vor Augen. Aber diese Gedanken sind dennoch niemals verändert, niemals verschönt und niemals verbildet. Sie sind das in der Form gereinigte, im Gehalte völlig getreue Nachbild des Originaldenkers. Diese Kunst der Darstellung ist ebenso neu als notwendig. . . . Wahrlich, wer die Entwicklung des theoretischen Geistes von Descartes' bis zu Kants großen Nachfolgern zum Objekt zu machen imstande war, der hat ein schöpferisches Werk vollbracht. . . . ."

(Preußische Jahrbücher.)

C. F. Winter'sche Buchdruckerei.

Digitized by Google

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY
BERKELEY

Return to desk from which borrowed.
This book is DUE on the last date stamped below.

15Apr'50AP
18Apr'50MW
50HJ
9Nov'57JT
RETURNED TO MATH. STAT. LIB.
REC'D LD
JUN 3 '64 -9 PM
LD 21-100m-11,'49(B7146s16)476

AUG 7 1967 83
IN STACKS
JUL 24 1967
REC. CIR. 10 24 75
INTERLIBRARY LOAN
FEB 17 1977
UNIV. OF CALIF., BERK.
REC. CIR. APR 6 '77

Digitized by Google

167696

Digitized by Google